

Die sächsische Schulreform in der Weimarer Republik

Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

vorgelegt von

Andreas Reichel M.A.
aus Dresden

Betreuer: Prof. Dr. Winfried Müller

Gutachter: Prof. Dr. Winfried Müller
Prof. Dr. Frank-Michael Kuhlemann

Datum der Einreichung: 25. April 2013
Datum der Verteidigung: 09. April 2014

Teil I: Darstellung

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	7
B. Grundzüge der Reichsschulpolitik	14
I. Das Verhältnis von Reich und Ländern auf dem Gebiet des Schulwesens	14
II. Die Stellung Sachsens zu den Reichsschulgesetzentwürfen	16
III. Zusammenfassung	24
C. Die Staats- und Schulverwaltung Sachsens	25
I. Die Staatsverwaltung	25
II. Die Schulverwaltung	27
1. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts (Ministerium für Volksbildung)	27
2. Das Bezirksschulamt	32
3. Der Bezirksschulrat	34
4. Bezirkslehrrerausschuß und Bezirkslehrrat	43
5. Landesschulausschuß, Landesschulbeirat und Landeslehrrat	44
III. Zusammenfassung	48
D. Die Neuordnung des sächsischen Volksschulwesens	49
I. Die gesetzlichen Grundlagen des Volksschulwesens	49
1. Königlich Sächsisches Volksschulgesetz und Volksschulreform	49
2. Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen	50
II. Die Gestalt der Volksschule	53
1. Die konfessionelle/weltanschauliche Gliederung	53
2. Die äußere Gliederung: einfache, mittlere und höhere Volksschule – allgemeine Volksschule – Privatschule – Grundschule – höhere Abteilungen – Hilfsschule	56
III. Die innere Verwaltung der Volksschule: Direktorat und kollegiale Schulleitung	62
IV. Die äußere Verwaltung der Volksschule	67
1. Die Schulgemeinde	67
2. Der Schulvorstand	71
V. Die Finanzierung der Volksschule	74
1. Das Verhältnis von Reich und Ländern auf dem Gebiet der Schulfinanzierung	74
2. Von der Gemeindeschule zur Staatsschule	75
VI. Die Entkirchlichung der Volksschule	79
1. Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht	79
a. Die Ortsschulaufsicht	80
b. Die Aufsicht über den Religionsunterricht	81
2. Die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes	83
3. Die Auseinandersetzungen um die weltliche Volksschule	85
a. Die Einschränkung des Religionsunterrichts	85
b. Lehrerschaft und Religionsunterricht	93
c. Die Abmeldung vom Religionsunterricht	98

d.	Religiöse Handlungen außerhalb des Religionsunterrichts	101
VII.	Zusammenfassung.....	104
E.	Die Sparmaßnahmen im sächsischen Volksschulwesen	106
I.	Kontext und Grundlagen der Sparpolitik.....	106
1.	Der Personalabbau	106
2.	Die Vorschläge für eine Verwaltungsreform.....	108
3.	Weltwirtschaftskrise und Notverordnungen	111
II.	Die Bereiche der Sparpolitik.....	113
1.	Die Gliederung des Schulwesens	113
2.	Die organisatorische Höhe des Schulwesens	115
a.	Die Lehrerpflichtstunden.....	115
b.	Schülerbewegung und Lehrerbedarf.....	122
c.	Wochenstunden und Klassenstärke	128
3.	Der Unterrichtsbetrieb.....	132
III.	Zusammenfassung.....	136
F.	Die Neuordnung des sächsischen Berufsschulwesens	137
I.	Das Fortbildungsschulwesen	137
1.	Die Einführung der obligatorischen Knabenfortbildungsschule.....	137
2.	Die Einführung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule.....	139
3.	Verwaltung und Finanzierung der Fortbildungsschule.....	142
II.	Das gewerbliche Schulwesen	143
1.	Die gesetzlichen Grundlagen des gewerblichen Schulwesens	143
2.	Die Ausdifferenzierung des gewerblichen Schulwesens.....	144
a.	Gewerbeschulen.....	145
b.	Handelsschulen.....	145
c.	Landwirtschaftsschulen.....	149
3.	Die Beaufsichtigung des gewerblichen Schulwesens.....	150
4.	Die innere Verwaltung der gewerblichen Schulen.....	152
III.	Der Dualismus beider Schultypen	153
1.	Die Dualismusdebatte im Königreich Sachsen.....	153
2.	Die Dualismusdebatte zum Beginn der Weimarer Republik	157
a.	Der Ausbau der Fortbildungsschule im Rahmen der Volksschulreform	157
b.	Der erste Berufsschulgesetzentwurf des Kultusministeriums	160
c.	Die Berufsschulgesetzentwürfe der Lehrerorganisationen.....	163
d.	Die ersten Schritte zur Lösung des Dualismus	164
3.	Die Dualismusdebatte in der Zeit der relativen Stabilisierung	168
a.	Der Schulüberleitungsgesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums	168
b.	Der Dualismus im Rahmen der Verwaltungsreform	174
4.	Die Dualismusdebatte in der Weltwirtschaftskrise.....	175
a.	Vom zweiten Berufsschulgesetzentwurf des Volksbildungsministeriums zur Sparverordnung des Gesamtministeriums	175
b.	Die Neuordnung der Aufsicht über die beruflichen Schulen im Anschluß an die Sparverordnung.....	178
5.	Das Ende des Dualismus in der NS-Zeit.....	180
IV.	Zusammenfassung.....	181

G.	Die Neuordnung des sächsischen höheren Schulwesens	183
I.	Der Aufbau des höheren Schulwesens.....	183
1.	Das Knabenbildungswesen: Gymnasien – Realgymnasien – Realschulen – Oberrealschulen	183
2.	Das Mädchenbildungswesen: höhere Töchterschulen – höhere Mädchenschulen – Studienanstalten – Frauenschulen – Gemeinschaftserziehung.....	187
3.	Seminare, Deutsche Oberschulen und Aufbauschulen	192
II.	Die Reformpläne des Ministeriums für Volksbildung.....	196
1.	Die Reformbemühungen zum Beginn der Weimarer Republik.....	196
2.	Der Referentenentwurf „Grundzüge der Einheitsschule“.....	200
	<i>Exkurs:</i> Die „Klagen über die Volksschule“	206
3.	Die Denkschrift „Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen“	208
a.	Die neunstufigen Knabenanstalten	210
b.	Die verkürzten Formen der neunstufigen Knabenanstalten.....	218
c.	Die sechsstufigen Knabenanstalten	219
d.	Die Mädchenanstalten.....	222
e.	Die Kritik an der Denkschrift.....	225
III.	Das höhere Schulwesen in der Weltwirtschaftskrise.....	228
1.	Die Sparmaßnahmen im höheren Schulwesen.....	228
2.	Die Inflation der höheren Schule.....	235
3.	Die Deflation der höheren Schule	250
4.	Der Dualismus im höheren Schulwesen	258
5.	Die Frage des mittleren Schulwesens	262
IV.	Die innere Verwaltung der höheren Schule	271
1.	Direktorat und kollegiale Schulleitung	271
2.	Frauen in leitender Stellung.....	276
V.	Die äußere Verwaltung der höheren Schulen	279
VI.	Die Finanzierung der höheren Schulen.....	280
VII.	Zusammenfassung.....	288
H.	Schlußbemerkungen	291
I.	Bibliographie	294
I.	Ungedruckte Quellen	294
II.	Gedruckte Quellen, Literatur und Hilfsmittel.....	309

Tabellenverzeichnis

Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Sachsen 1919–1930	12
Die sächsischen Regierungen 1918–1933.....	13
Die Pflichtstunden der Volks- und Berufsschullehrer 1873–1932.....	122
Die Geburtenziffern in Sachsen 1914–1929.....	123
Die Schülerzahlen in der Volksschule 1927–1935.....	125
Die Schülerzahlen in der Berufsschule 1923–1940.....	126
Die Wochenstunden in der Volksschule ab 1. April 1923 und 1. November 1931	129
Die gesetzliche Klassenstärke in der Volksschule ab 1. April 1923.....	130
Die Abfolge des fremdsprachlichen Unterrichts an den höheren Knabenschulen 1882–1934	217
Die Pflichtstunden der Lehrer an höheren Schulen 1876–1932.....	231
Die Schülerzahlen in den höheren Schulen (einschließlich Seminaren) 1884–1934	247
Der Schülerverlust (Schwundsätze) an den sächsischen höheren Schulen 1928–1932	251
Die Zahl der höheren Schulen und ihre Besuchsziffern 1884–1931	256
Die Schulgeldsätze an den staatlichen und staatlich unterstützten höheren Schulen 1919–1932.....	287
Die Gebührensätze für die Teilnahme an Reifeprüfungen an den höheren Schulen 1920–1928.....	287

Abkürzungsverzeichnis

AE	Aufnahmeeinheit (bei verfilmten Archivalien)
ASP	Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens
AV	Ausführungsverordnung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GBL	Sächsisches Gesetzblatt
GM	Goldmark
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GVBL	Gesetz- und Verordnungsblatt
k. A.	keine Angabe(n)
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
LLZ	Leipziger Lehrerzeitung
L. S. B.	Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen
M	Mark
MP	Ministerpräsident
MSPD	Mehrheits-SPD
N. F.	Neue Folge
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RGBL	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RV	Reichsverfassung
SächsHStAD	Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden
SLV	Sächsisches Landvolk
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSZ	Sächsische Schulzeitung
unpag.	unpaginiert
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VBL./VOBL	Verordnungsblatt
VRP	Volksrechtspartei
WP	Wirtschaftspartei

Klassenstufen an den höheren Schulen

VI	Sexta	(5. Schuljahr)
V	Quinta	(6. Schuljahr)
IV	Quarta	(7. Schuljahr)
U III	Untertertia	(8. Schuljahr)
O III	Obertertia	(9. Schuljahr)
U II	Untersekunda	(10. Schuljahr)
O II	Obersekunda	(11. Schuljahr)
U I	Unterprima	(12. Schuljahr)
O I	Oberprima	(13. Schuljahr)

A. Einleitung

Die vorliegende Untersuchung, die die Neuordnung des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens im Freistaat Sachsen in der Weimarer Republik zum Gegenstand hat, reiht sich in einen größeren Forschungskontext ein. So wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst ganz überwiegend auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sächsische Landes- und Regionalgeschichtsschreibung betrieben. Neben den großen Forschungsfeldern Reformation – Bergbau – augusteische Epoche¹ widmeten sich Autoren auch der Geschichte des Bildungswesens². Zudem entstanden seit 1983 im Rahmen eines an der Pädagogischen Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden angesiedelten Forschungsprojekts zur sächsischen Erziehungs- und Schulgeschichte eine Reihe von Qualifikationsarbeiten zur gymnasialen Bildungstradition sowie zur Geschichte der sächsischen Volksschule und der Volksschullehrerausbildung.³ Auch die neuere Forschung hat sich der Bildungs- und Schulgeschichte zunehmend angenommen. Unverzichtbar zum thematischen Einstieg in diese Arbeit ist die Dissertation von Burkhard Poste, die den politischen und gesellschaftlichen Kontext der Schulreform in den Jahren 1918 bis 1923 darstellt.⁴ Andere Studien widmen sich dem niederen Schulwesen im Kurfürstentum und Königreich Sachsen⁵, dem Bergschulwesen⁶, der Knaben- und Mädchenfortbildungsschule⁷, der Eliten-Bildung an den sächsischen Fürsten- und Landesschulen⁸, der Reformpädagogik⁹, der Geschichte der Lehrerorganisationen¹⁰, der akade-

¹ Vgl. Müller, Winfried: Landes- und Regionalgeschichte, S. 415-431. Zu den Institutionen und Forschungsfeldern der DDR-Geschichtswissenschaft im Allgemeinen siehe auch Röhr, Werner: Abwicklung.

² Vgl. z. B. Rocks, Wolfgang: Die schulpolitischen Kämpfe der Arbeiterbewegung im Kreise Pirna in den Jahren 1924–1932 unter besonderer Berücksichtigung des Schulkampfes der KPD; Gebler, Joachim: Die schulpolitischen Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins während der Novemberrevolution 1918/19; Idel, Horst: Der Kampf um das sächsische Volksschulgesetz vor dem ersten Weltkrieg unter Berücksichtigung der Rolle der SPD; Männich, Walter: Ziel und Inhalt der staatsbürgerlichen Erziehung in der Berufsschule des imperialistischen Deutschlands bis 1933; Klement, Günter: Die beiden Klassenlinien in den kulturpolitischen Auseinandersetzungen in den Jahren 1918–1920 unter besonderer Berücksichtigung des Klassenkampfes auf bildungspolitischem Gebiet im damaligen Freistaat Sachsen; Lesanovsky, Werner: Die bildungspolitische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im sächsischen Landtag von 1877 bis 1900; Harbauer, Peter: Zur Berufsbildungspolitik der sächsischen Sozialdemokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik; Thiele, Klaus: Die Rolle von Paul Göhre in den Auseinandersetzungen um das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz und im Kampf um ein neues Volksschulgesetz in Sachsen; Schultze, Karin: Zur Maßregelung und Verfolgung progressiver sächsischer Lehrer 1933/34 und deren aktive Einflußnahme auf die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des Schulwesens nach 1945; Ertel, Annerose: Zur Entwicklung sächsischer Versuchsschulen in den Jahren der Weimarer Republik und Bewertung ihrer pädagogischen Leistungen; Mebus, Sylvia: Zu den fortschrittlichen bildungspolitischen und pädagogischen Bestrebungen im Sächsischen Lehrerverein 1918 bis 1924; Schürer, Gerold: Das sächsisch-erzgebirgische Klöppelschulwesen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts; Wenzel, Ute: Der Geschichtsunterricht im Land Sachsen in der Weimarer Republik (1918–1933); Krappig, Birgit: Die Entwicklung des höheren Schulwesens in Zwickau Ausgang der Humboldtschen Gymnasialreform bis zum Beginn des I. Weltkrieges. – Siehe auch Günther, Karl-Heinz: Traditionen und Leistungen der Geschichte der Erziehung als Wissenschaftsdisziplin in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 31-63.

³ Vgl. Adler, Klaus (Red.): Forschungen zur sächsischen Erziehungs- und Schulgeschichte; Arnhardt, Gerhard: Marginalien zu Tradition und Bestand in der sächsischen Schulgeschichte, S. 199-212; Ders. und Klaus Frotscher: Aus der Arbeit der Forschungsgemeinschaft sächsische Bildungsgeschichte, S. 213-223. – Zu den abgeschlossenen Dissertationen gehören u. a. Fischer, Ralf: Die Erziehungswirklichkeit am Gymnasium in Cottbus als Bestandteil kommunal- und bildungspolitischer, theoriegeschichtlicher und sozialer Entwicklungen im Zeitalter der bürgerlichen Umwälzungen in Preußen und Sachsen; Tiesler, Steffi: Bildungspolitische Bestrebungen bei der Entwicklung des Elementarschulwesens im albertinischen Sachsen vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts; Kohn, Maritta: Gustav Friedrich Dinter als Lehrerbildner am Friedrichstädter Volksschullehrerseminar (1797–1807); Beer, Volker: Die Entwicklung der hochschulvorbereitenden Bildung in Zittau von den Anfängen bis zur Gegenwart; Frotscher, Klaus: Zur Entwicklung und Ausgestaltung des Realschulwesens in Dresden von den Anfängen bis 1914; Moosche, Hans-Joachim: Die akademische Ausbildung der Volksschullehrer in Sachsen während der Weimarer Republik, dargestellt am Beispiel der Technischen Hochschule Dresden; Koch, Kerstin: Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung im höheren Schulwesen Dresdens zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Fächer Mathematik, Physik und Chemie.

⁴ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen. Siehe auch Ders.: Von der Volks- zur Einheitsschule, S. 226-236.

⁵ Vgl. Töpfer, Thomas: Die „Freyheit“ der Kinder; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche.

⁶ Vgl. Kaden, Herbert E.: Das sächsische Bergschulwesen.

⁷ Vgl. Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I; Wehrmeister, Kirsten: Fortbildungsschule in Sachsen II.

⁸ Vgl. Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen und Preußen.

⁹ Vgl. z. B. Pehnke, Andreas: Sächsische Reformpädagogik.

¹⁰ Vgl. Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, ein bedeutender Vertreter der Reformpädagogik; Herold, Corrina: Berufsethos zwischen Institutionalisierung und Professionalisierung; Hofmann, Andreas: Zur Geschichte des Sächsischen Lehrervereins; Frey, Krimhild: Zur Geschichte des Pädagogischen Vereins zu Chemnitz (1831–1934).

mischen Volksschullehrerausbildung¹¹, der Geschichte städtischer Schulwesen¹², dem Wirken einzelner sächsischer Kultusminister¹³ sowie der Entwicklung des Geschichtsunterrichts¹⁴. Für den Hochschulbereich ist die Untersuchung zur sächsischen Studentenschaft zu nennen¹⁵ sowie schließlich auch auf ein laufendes Dissertationsprojekt am Historischen Seminar der Universität Leipzig über die sächsische Hochschulpolitik in der Weimarer Republik hinzuweisen¹⁶.

Übersieht man die Vielzahl der Publikationen, so fällt auf, daß sie sich entsprechend ihrer jeweiligen Fragestellung entweder auf eine bestimmte Schulgattung, einen bestimmten Akteur oder eine bestimmte Stadt/Region konzentrieren. Kommen die Arbeiten zur Weimarer Republik in Betracht, so setzen sie den Fokus ganz überwiegend auf deren Anfangsjahre. So sind bislang insbesondere die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das Schulwesen nicht systematisch untersucht. Noch auffälliger ist das Fehlen einer eigenständigen Darstellung zum sächsischen höheren Schulwesen; eine solche Arbeit wurde zuletzt im Jahr 1926 vorgelegt¹⁷. Eine alle Schultypen übergreifende, den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik abdeckende Darstellung war so ein Desiderat der Forschung. Hiernach besteht das Ziel dieser Untersuchung in einer Bestandsaufnahme bzw. Gesamtschau der schulreformerischen Diskussionen und Entscheidungen auf zentralstaatlicher Ebene für die Bereiche Volksschule (unter Ausschluß der Lehrerbildung), Fortbildungs-/Berufsschule und höherer Schule im Zeitraum von der Novemberrevolution 1918 bis zur NS-„Machtergreifung“ im Frühjahr 1933, womit zunächst einmal Einsichten in die grundlegenden Strukturen und Probleme des sächsischen Schulwesens in der ersten deutschen Republik gewonnen werden sollen. Jeweils ist es aber erforderlich, die Prämissen, von denen die Reformen auszugehen hatten, mit einzubeziehen und daher auch die Schulentwicklung im 19. Jahrhundert mit anzureißen.

Sofern die Arbeit einem verwaltungsgeschichtlichen Ansatz folgt, geht es ihr nicht in einem engen Sinne um die Geschichte von Behörden, sondern allgemeiner um die Beschaffenheit oder Organisation des Schulsystems insgesamt. Aus arbeitsökonomischen Gründen kam jedoch nur die äußere Schulreform als staatlich verordnete und auf die Veränderung der Schulstruktur zielende Reform in Betracht, während die innere Schulreform, die nicht durch staatliche Erlasse geregelt sein mußte (aber konnte) und Veränderungen des Unterrichts intendierte¹⁸, unberücksichtigt bleibt. Ein politikgeschichtlicher Ansatz zeigt sich, sofern die Schaffung der das Schulwesen betreffenden gesetzlichen Grundlagen sowie das Verwaltungshandeln in Betracht kommen. Diese Ebene ist in der Analyse aber weniger stark präsent.¹⁹ Um die inhaltliche Akzentuierung schon im Vorfeld anzudeuten, wurde im Titel der Arbeit der Begriff „Schulreform“ gegenüber dem Begriff „Schulpolitik“ bevorzugt. Obwohl es zwischen beiden Begriffen inhaltliche Überschneidungen gibt, deuten sie doch verschiedene Perspektiven an.

Im Wesentlichen stützt sich die Untersuchung auf die im Sächsischen Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStAD) lagernden Bestände des Sächsischen Landtags sowie des Ministeriums für Volksbildung, die teilweise ergänzt wurden durch Akten des Ministeriums des Innern, der Staatskanzlei, des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Gesandtschaft Berlin. Ausgewertet wurden

¹¹ Vgl. Frotscher, Jutta: Volksschullehrerausbildung in Dresden 1923–1931.

¹² Vgl. z. B. Döring, Detlef und Jonas Flöter (Hrsg.): Schule in Leipzig.

¹³ Vgl. Keppeler-Schrimpf, Helga „Bildung ist nur möglich auf der Grundlage des Volkstums.“ [über Richard Seyfert]; Bürger, Jördis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber als sächsischer Kultusminister.

¹⁴ Vgl. Thiel, Ulf: Historische Bildung in Sachsen 1830 bis 1933.

¹⁵ Vgl. Lambrecht, Ronald: Studenten in Sachsen 1918–1945.

¹⁶ Als Teilergebnisse liegen vor: Kuchta, Beatrix: Probleme sächsischer Wissenschaftspolitik in der frühen Weimarer Republik; Dies.: Das Personalabbaugesetz von 1923/24 und die sächsischen Hochschulen, S. 193–220; Dies.: Sächsische Hochschulpolitik in der Weimarer Republik, S. 51–72; Dietel (geb. Kuchta), Beatrix: Berufswege und Berufungskonkurrenz, S. 471–490; Dies.: Die Ruhestandsbedingungen der sächsischen Professoren in der Weimarer Republik, S. 187–214.

¹⁷ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen.

¹⁸ Vgl. Blömeke, Sigrid et al. (Hrsg.): Handbuch Schule, S. 162.

¹⁹ So muß z. B. für die weltanschauliche Fundierung schulpolitischer Einstellungen und Programme auf die bereits erwähnte Dissertation von Burkhard Poste verwiesen werden.

sämtliche Gesetzgebungsverfahren²⁰ sowie sonstige Schuldebatten, insbesondere Haushaltsberatungen, Beratungen von Anträgen sowie Interpellationen. Nicht überliefert sind leider die Sitzungsprotokolle des Gesamtministeriums nach 1929, die ein tieferes Verständnis der in der Zeit der Weltwirtschaftskrise geübten Notverordnungspraxis ermöglicht hätten. Und zu den im Ministerium für Volksbildung „administrativ erzeugten Texte[n]“²¹ – Verordnungen, Referentenentwürfe, Berichte, Gutachten, Denkschriften, statistische Erhebungen usw. – gesellt sich eine Vielzahl von Eingaben, Petitionen und Materialien jeglicher Art der an der Entwicklung des Schulwesens besonders interessierten Kreise. An zeitgenössischem Schrifttum existieren kleinere Überblicksdarstellungen sowie Kodifikationen der gesetzlichen Bestimmungen vornehmlich zum Volksschulwesen.²² Die Pläne zur Reform des höheren Schulwesens hat das Ministerium für Volksbildung in einer Denkschrift dargelegt.²³ Vor allem wurden aber – soweit zugänglich – die Erzeugnisse der Lehrerpresse herangezogen, die ihr Entstehen naturgemäß der Tagespolitik verdankten.²⁴ Nicht verwandt wurden die Jahresberichte des Sächsischen Lehrervereins, die einen lohnenden Überblick auch zur allgemeinen schulpolitischen Lage in Sachsen versprechen. Nicht in Betracht kam die Erhebung und Auswertung serieller Daten.

Zum Gang der Untersuchung: Da der Freistaat Sachsen zum Deutschen Reich gehörte, ist zunächst das Reich-Länder-Verhältnis zu bestimmen, um die Rahmenbedingungen territorialstaatlicher Schulpolitik abzustecken. Im zweiten Schritt richtet sich der Blick auf die Schulaufsichtsbehörden der Zentral- und Regionalverwaltung. Sodann werden die einzelnen Schulgattungen voneinander getrennt untersucht. Hierfür wurden eine Reihe von Kategorien ausgewählt, die es jeweils abzuarbeiten gilt: die gesetzlichen Grundlagen – den Aufbau bzw. die Gliederung – die äußere Verwaltung in der Lokalinstanz – die Finanzierung – die innere Verwaltung (Schulleitung) – sowie die Auswirkungen von Abbau- und Sparmaßnahmen. Im Volksschulwesen wird überdies dem Verhältnis von Schule und Kirche das Augenmerk gewidmet, im Berufsschulwesen dem sogenannten Dualismus zwischen allgemeiner Fortbildungsschule und gewerblichem Schulwesen. Im höheren Schulwesen lenken die Reformpläne der Unterrichtsverwaltung den Blick auch auf den Gesamtaufbau des Schulwesens. Abschließend werden Überlegungen in Bezug auf allgemeine Schulentwicklungstendenzen (Schultypenbildung) angestellt.

Die Arbeit beansprucht nicht, eine erschöpfende Gesamtdarstellung zu sein, sondern die Grundlage für weitergehende Forschung zu schaffen. Aus dieser Zielstellung heraus muß sie sich notgedrungen im Einzelaspekt einer inhaltlichen Vertiefung enthalten. Aufgabe der Untersuchung kann es nur sein, den allgemeinen äußeren Rahmen bzw. die strukturellen/institutionellen Voraussetzungen z. B. für Reformen auch des inneren Schulwesens abzustecken. Aufgrund des überwiegend normativen Charakters der verwandten Quellen enthalten die Ausführungen zudem vielfach nur ein Programm, das nicht unbedingt mit der Schulwirklichkeit identisch sein muß. Erst ein „Hinabsteigen“ in den kommunalen Bereich kann Auf-

²⁰ Vorlagen, Berichte, Beschlüsse und Protokolle des Sächsischen Landtags liegen gedruckt vor.

²¹ Tenorth, Heinz-Elmar: Historische Bildungsforschung, S. 58.

²² Vgl. Fischer, Max: Das Schulwesen des Freistaates Sachsen; Kohlbach, Hugo: Das Schulwesen in Sachsen; Berger, Helmut: Die rechtliche Organisation des Volks- und Berufsschulwesens in Sachsen; Stahl, Friedrich: Das sächsische Volks- und Berufsschulwesen, S. 43-46; Hartnacke, Wilhelm: Das sächsische Schulwesen von heute, S. 115-122. – Pinther, Georg (Hrsg.): Sächsische Volks- und Berufsschulbestimmungen für Schulleitungen, Schulbezirke, Schulausschüsse, Elternräte; Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen über das Volks- und Berufsschulwesen im Freistaate Sachsen; Schröbler, Erich und Martin Schmidt-Breitung: Sachsens Volks- und Berufsschulwesen; Dies.: Sachsens Volks- und Berufsschule nach der nationalen Erneuerung; Laube, Horst (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht; Fuß, Richard: Neuordnung im Schulwesen und Hochschulwesen, Sp. 329-342. Siehe auch Haupt, Joachim: Neuordnung im Schulwesen und Hochschulwesen.

²³ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen. Siehe auch Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 1ff.; Menke-Glückert, Emil: Das höhere Schulwesen in Sachsen, S. 46-50.

²⁴ Für die Volksschule: Sächsische Schulzeitung; Leipziger Lehrerzeitung; Mitteilungen des Sächsischen Erzieherbundes; Der Schulwart; Sächsischer Schulwart; Neue Sächsische Schulzeitung. – Für die Berufsschule: Die Fortbildungsschule; Fortbildungsschulpraxis; Praxis der Berufsschule; Beruf und Schule; Monatsblätter; Sächsische Gewerbeschule; Gewerbeschau; Deutsche Handelsschul-Warte. – Für die höhere Schule: Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben; Mitteilungen des Sächsischen Philologenvereins; Die höhere Schule im Freistaat Sachsen; Deutsches Philologen-Blatt; Das humanistische Gymnasium.

schluß über die Praxis der Schulreform geben. Die Angelegenheiten einzelner Schulen oder Schulbezirke könnten auf Grundlage der im Sächsischen Staatsarchiv lagernden Bestände der Bezirksschulämter bzw. den in Stadtarchiven überlieferten Schulakten beleuchtet werden. Interessant wären auch die von den Gemeinden bei dem Ausbleiben an sich erforderlicher oder wünschenswerter Neuregelungen (etwa im Berufsschulwesen) verfolgten Handlungsstrategien. Anknüpfungspunkte fänden auch Spezialstudien aus Akteursperspektive, d. h. Untersuchungen mit Blick auf das schulpolitische Engagement bestimmter politischer oder gesellschaftlicher Gruppen, wobei in erster Linie die Berufsorganisationen der Lehrer sowie Parteien, Kirchen, aber auch der Sächsische Gemeindetag als lohnenswerte Untersuchungsobjekte erscheinen.

Zur Orientierung: Die Mehrheitsverhältnisse im Sächsischen Landtag

Um die Einordnung der einzelnen Sachverhalte in die jeweiligen parteipolitischen Konstellationen zu erleichtern, soll an dieser Stelle zwar keine Darstellung einer politischen Geschichte Sachsens erfolgen, wohl aber auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse kurz eingegangen werden.²⁵ Ausgehend von der fortgeschrittenen ökonomischen Entwicklung und dem hohen Organisationsgrad der Arbeiterbewegung in Sachsen konnte sich mit dem Übergang von der Monarchie zum demokratischen Verfassungsstaat im Sächsischen Landtag (zunächst) eine sozialistische Mehrheit etablieren, die – ungeachtet der unterschiedlichen Stellung von (M)SPD, USPD und KPD als Regierungs- bzw. Oppositionsfraktion – auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik zum gemeinsamen politischen Handeln auch genutzt wurde.²⁶ Zum ersten Kultusminister des Freistaats Sachsen wurde im März 1919 mit Wilhelm Buck (MSPD)²⁷ erstmals – wie auch in anderen Ländern des Deutschen Reiches²⁸ – ein Mann proletarischer Herkunft ernannt, der weder über Abitur noch akademische Bildung verfügte; seit November 1918 schon hatte Buck dieses Amt im Rat der Volksbeauftragten bekleidet. Ihm folgte im Oktober 1919 der liberale Volksschulpädagoge Dr. Richard Seyfert (DDP), der als „Nestor der akademischen Volksschullehrerausbildung in Sachsen“²⁹ gilt.³⁰ Mit dem Eintritt der USPD in die Regierung im Dezember 1920 wurde Hermann Fleißner (USPD) – ebenso wie Buck aus dem Arbeitermilieu stammend – Kultusminister, der sogleich ein hohes Reformtempo einschlug.³¹

Der weitestgehende Ausschluß der bürgerlichen Parteien von der Regierungsverantwortung sowie der in der Landespolitik verfolgte Kurs führten dazu, daß die sozialistischen bzw. sozialdemokratisch dominierten Regierungen vom konservativen Bürgertum vehement bekämpft wurden, was im Oktober 1923 – nach dem demokratischen Zustandekommen der SPD/KPD-Regierung – in der Reichsexekution gegen Sachsen und der Absetzung dieser legalen Regierung gipfelte.³² Im Januar 1924 kam es dann zur Bildung einer Großen Koalition aus SPD, DDP und DVP, die zugleich eine Zäsur in der (schul-)politischen Entwicklung Sachsens markierte, da fortan „die bürgerlichen Parteien den entscheidenden Einfluß auf die Landespolitik ausübten“³³. „Die Entscheidung über den Eintritt in diese Koalition hatte auf Seiten der

²⁵ Zur Geschichte Sachsens in der Weimarer Republik siehe z. B. Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht; Szejnmann, Claus-Christian W.: Vom Traum zum Alptraum; Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen.

²⁶ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 47, 60-61 und 115ff.

²⁷ Zur Person Bucks siehe Schmeitzner, Mike: Wilhelm Buck, S. 89-124; Ders.: Johann Wilhelm Buck, S. 249-271.

²⁸ Vgl. Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 197.

²⁹ Frotscher, Jutta: Richard Seyfert, S. 183.

³⁰ Zur Person Seyferts siehe Keppeler-Schrimpf, Helga: „Bildung ist nur möglich auf der Grundlage des Volkstums.“, S. 7-35.

³¹ Zur Person Fleißners siehe Reichel, Andreas: Hermann Fleißner.

³² Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 79ff. und 179ff. Siehe auch Voigt, Carsten und Michael Rudloff: Die Reichsexekution gegen Sachsen 1923, S. 53-72.

³³ Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 235. Nach der Landtagswahl 1926 wurde dieses Bündnis noch um Wirtschaftspartei (WP), Volksrechtspartei (VRP) und DNVP erweitert. Siehe auch Schmeitzner, Mike: Einheitsfront oder Große Koalition?, S. 60-66.

SPD [jedoch] nicht die Landespartei insgesamt, sondern lediglich die rechte Mehrheit der Landtagsfraktion mit ausdrücklicher Unterstützung des Berliner Parteivorstandes getroffen.“³⁴ Diese 23 von 41 Abgeordneten wurden im März 1926 aus der SPD ausgeschlossen und gründeten wenige Monate später die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens (ASP).³⁵ Neuer Volksbildungsminister wurde 1924 der Vorsitzende der DVP-Landtagsfraktion Dr. Fritz Kaiser³⁶. Das Amt blieb auch bis 1933 der Deutschen Volkspartei erhalten; im Februar 1929 übernahm es Dr. h. c. Wilhelm Bünger³⁷, der es seinerseits im Mai 1930 an Walther Schieck³⁸ abtrat. Die zwei Genannten – ebenfalls Juristen wie ihr Vorgänger – führten zugleich als Ministerpräsidenten (z. T. geschäftsführend) bürgerliche Minderheitsregierungen. Der Gestaltungsspielraum für eine konservative Bildungspolitik war aber insofern eingeschränkt, als es im „Sächsischen Landtag [...] auch nach 1923 über die [...] Grenze von Koalitions- und Oppositionsparteien hinweg bildungspolitisch gesehen eine alternative Mehrheit [gab] von der KPD über die gesamte SPD bis hin zur DDP, die einen weitgehenden Erhalt zumindest der vorhandenen Schulgesetzgebung garantierte und einen gewissen Schutz gegen grundlegendere Revisionsbemühungen der beiden Rechtsparteien DVP und DNVP bot“³⁹. In der Weltwirtschaftskrise änderten sich die Rahmenbedingungen für Schulpolitik dann insofern, als die Regierung – gestützt auf Ermächtigung des Reichspräsidenten – eine Notverordnungspolitik betreiben konnte, die an die Zustimmung des Sächsischen Landtages, in dem aufgrund seiner parteipolitischen Zerklüftung eine parlamentarische Mehrheitsfindung ohnehin nicht mehr gelang, sowie an das bestehende Landesrecht nicht mehr gebunden war. Der Übergang von der Demokratie zur Diktatur sowie die Übernahme des Volksbildungsministeriums durch den Dresdner Stadtschulrat Dr. Wilhelm Hartnacke⁴⁰ schließlich markiert das Ende des Untersuchungszeitraums.

³⁴ Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 235.

³⁵ Vgl. Ebd., S. 235-236. Siehe auch Voßen, Stephan: Der „Sachsenkonflikt“, S. 263-272; Hausmann, Christopher: Die „Alte Sozialdemokratische Partei“, S. 273-294.

³⁶ Zur Person Kaisers siehe Reichel, Andreas: Karl Friedrich (Fritz) Kaiser.

³⁷ Zur Person Büngers siehe Thieme, André: Wilhelm Bünger [1994], S. 117-142; Ders: Wilhelm Bünger [2006], S. 220-240.

³⁸ Zur Person Schiecks siehe Wagner, Andreas: Walther Schieck, S. 241-256.

³⁹ Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 247.

⁴⁰ Zur Person Hartnackes siehe Reichel, Andreas: Wilhelm Hartnacke.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Sachsen 1919–1930

	02.02.1919		14.11.1920		05.11.1922		31.10.1926		12.05.1929		22.06.1930	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
KPD	–		5,7	6	10,5	10	14,5	14	12,8	12	13,6	13
USPD ¹ (rechts)	16,3	15	13,9	13	–		–		–		–	
USPD (links)	–		2,9	3	–		–		–		–	
(M)SPD	41,6	42	28,3	27	41,8	40	32,1	31	34,2	33	33,4	32
ASP	–		–		–		4,2	4	1,5	2	0,7	0
DDP	22,9	22	7,7	8	8,4	8	4,7	5	4,3	4	3,2	3
Zentrum	1,0	0	1,1	1	0,9	0	1,0	0	0,9	0	–	
DVP	3,9	4	18,6	18	18,7	19	12,4	12	13,4	13	8,7	8
DNVP	14,3	13	21,0	20	19,0	19	14,5	14	8,0	8	4,8	5
NSDAP	–		–		–		1,6	2	5,0	5	14,4	14
WP	–		0,8	0	0,2	0	10,1	10	11,3	11	10,6	10
VRP	–		–		–		4,2	4	2,6	3	1,7	2
SLV	–		–		–		–		5,2	5	4,6	5
Sonstige ²	–		–		0,5	0	0,5	0	0,8	0	4,3	4
Sitze gesamt		96		96		96		96		96		96

¹ Nach ihrer Spaltung traten rechter und linker Parteiflügel der USPD 1920 getrennt zur Wahl an.

² Jeweils zwei Mandate erhielten 1930 der Christlich-Soziale Volksdienst und die Volksnationale Reichsvereinigung.

Quelle: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht, S. 385.

Die sächsischen Regierungen 1918–1933

15. November 1918 – 21. Januar 1919	Rat der Volksbeauftragten (MSPD/USPD); Kultusminister: Wilhelm Buck (MSPD)
21. Januar 1919 – 14. März 1919	Rat der Volksbeauftragten (MSPD); Kultusminister: Wilhelm Buck (MSPD)
14. März 1919 – 5. Oktober 1919	MSPD-Minderheitsregierung unter MP Dr. Georg Gradnauer (MSPD); Kultusminister: Wilhelm Buck (MSPD)
6. Oktober 1919 – 8. Dezember 1920	MSPD/DDP-Mehrheitsregierung unter MP Dr. Georg Gradnauer (MSPD), ab 4. Mai 1920 Wilhelm Buck (MSPD); Kultusminister: Dr. Richard Seyfert (DDP)
9. Dezember 1920 – 9. Oktober 1923	MSPD/USPD-Minderheitsregierung ¹ unter MP Wilhelm Buck (MSPD/SPD), ab 21. März 1923 Erich Zeigner (SPD); Kultusminister: Hermann Fleißner (USPD/SPD)
10. Oktober 1923 – 29. Oktober 1923	SPD/KPD- Mehrheitsregierung unter MP Dr. Erich Zeigner (SPD); Kultusminister: Hermann Fleißner (SPD)
29. Oktober 1923 – 31. Oktober 1923	Reichskommissariat unter Rudolf Heinze (DVP)
31. Oktober 1923 – 4. Januar 1924	SPD-Minderheitsregierung unter MP Alfred Fellisch (SPD); Volksbildungsminister: Hermann Fleißner (SPD)
4. Januar 1924 – 11. Januar 1927	SPD/DDP/DVP- Mehrheitsregierung ² unter MP Max Heldt (SPD/ASP); Volksbildungsminister: Dr. Fritz Kaiser (DVP)
11. Januar 1927 – 25. Juni 1929	bürgerliche Mehrheitsregierung aus ASP, DDP, DVP, WP, VRP und DNVP ³ unter MP Max Heldt (ASP); Volksbildungsminister: Dr. Fritz Kaiser (DVP)
25. Juni 1929 – 6. Mai 1930	bürgerliche Minderheitsregierung aus DVP, DNVP, ASP und Parteilosen unter MP Wilhelm Büniger (DVP); Volksbildungsminister: Wilhelm Büniger (DVP)
6. Mai 1930 – 10. März 1933	bürgerliche Minderheitsregierung aus Parteilosen unter MP Walther Schieck (DVP); Volksbildungsminister: Walther Schieck (DVP)

¹ Am 24. September 1922 erfolgte der Zusammenschluß von MSPD und USPD zur Vereinigten SPD.

² An der Koalition beteiligte sich nicht die SPD insgesamt, sondern nur die rechte Landtagsfraktion, die nach ihrem Parteiausschluß die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens (ASP) gründete.

³ VRP und DNVP traten in die Regierung nach vorheriger Absprache erst am 1. Juli 1927 ein.

Quellen: Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 48; Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht, S. 387-390.

B. Gründzüge der Reichsschulpolitik

I. Das Verhältnis von Reich und Ländern auf dem Gebiet des Schulwesens

Der in Deutschland traditionelle Kulturföderalismus als die Eigenständigkeit der Länder in den Angelegenheiten von Schule und Bildung entstand infolge der territorialstaatlichen – machtpolitisch durch die Souveränitätsansprüche der Fürstenhäuser bedingten – Entwicklung des Deutschen Reiches.⁴¹ „Die Reformation hat dieses dezentrale Prinzip im Übergang vom späten Mittelalter zur Frühen Neuzeit entscheidend vorangetrieben. Sie verstärkte die im spätmittelalterlichen Territorialisierungsprozeß angelegten Tendenzen zu politischer Autonomie und bildungspolitischer Autarkie des Fürstenstaates, indem in die politische Landkarte des Reiches zusätzlich die konfessionellen Trennungslinien eingezeichnet wurden.“⁴² So enthielt auch die Reichsverfassung von 1871 – im Gegensatz zur Paulskirchenverfassung von 1849 und der preußischen Verfassung von 1850 – keine Bestimmungen über das Schulwesen; dieses blieb als wesentlicher Bestandteil der bundesstaatlichen Landeshoheit den Einzelstaaten überlassen.⁴³

Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919⁴⁴ versuchte dann, die unitarischen Ambitionen des Reiches mit der föderalistischen Tradition zu verbinden, indem sie eine geteilte Kompetenz auf dem Gebiet des Schulwesens einführte.⁴⁵ Das Reich erhielt in Artikel 10 RV auf dem Gebiet des Schulwesens einschließlich des Hochschulwesens die Befugnis zur Grundsatzgesetzgebung, die in zwei Fällen sogar zur Rechtspflicht gesteigert wurde.⁴⁶ Die eigentliche Schulverwaltung und Schulfinanzierung blieb indes Ländersache.⁴⁷ Zwar übte das Reich nach Artikel 15 RV grundsätzlich die Aufsicht in den Angelegenheiten aus, in denen ihm das Recht der Gesetzgebung zustand⁴⁸, da sich diese Aufsicht aber auf eine Kontrolle der die Reichsgesetze ausführenden Länder beschränkte, war eine unmittelbare Beaufsichtigung der Länderschulbehörden durch das Reichsministerium des Innern, bei dem unter der Leitung eines Staatssekretärs eine für die Reichsschulpolitik zuständige Abteilung bestand⁴⁹, jedoch ausgeschlossen. Faktisch waren die Länder dadurch gestärkt, daß ihnen, solange das Reich von seiner Gesetzgebungskom-

⁴¹ Vgl. Geis, Max-Emanuel: Die „Kulturhoheit der Länder“, S. 523. Zur Geschichte des Föderalismus in Deutschland siehe auch Deuerlein, Ernst: Föderalismus; Kilper, Heiderose und Roland Lhotta: Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland; Laufer, Heinz und Ursula Münch: Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland; Renzsch, Wolfgang et al.: Einleitung/Föderalismus, S. 1-29.

⁴² Müller, Winfried: Herzog Moritz und die Neugestaltung des Bildungswesens, S. 173.

⁴³ Vgl. Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 177ff.; Führ, Christoph: Kompetenzverteilung und Bildungsreform, S. 116-119; Sachse, Arnold: Die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen, S. 1; Scheer, ...: Schulwesen in der Reichsverfassung, S. 692-693; Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, S. 7. Abdruck der Verfassungstexte in Blanke, Hermann-Josef (Hrsg.): Deutsche Verfassungen, S. 169-208 (hier: S. 190-191), 209-223 (hier: S. 211) und 225-245. – „Auch mit Rücksicht auf die Landesherrn dürfte man 1871 davon abgesehen haben, die Schulhoheit der Bundesstaaten anzutasten. Möglicherweise spielte eine verständliche Zurückhaltung im Blick auf die konfessionellen Verhältnisse eine Rolle, vor allem bei der noch engen Verflechtung von Kirche und Volksschule. Vielleicht schien es auch ein Wagnis, Schulfragen dem aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehenden Reichstag zur Entscheidung zu überlassen. Solange die Landtage nach Verfahren gewählt wurden, die den sozialen Unterschichten eine entsprechende Repräsentanz verwehrte, schien damit eine überwiegend konservative Bildungspolitik in den Bundesstaaten, vor allem im Preußen des Dreiklassenwahlrechts, für absehbare Zeit gesichert. Das Reich verzichtete also auf eine eigene Schul- und Bildungspolitik.“ Vgl. Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 26-27.

⁴⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1383ff. Abdruck in Blanke, Hermann-Josef (Hrsg.): Deutsche Verfassungen, S. 247-276.

⁴⁵ Zur Etablierung schulpolitischer Reichskompetenzen im Prozeß der Verfassungsgebung siehe Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 19-23.

⁴⁶ Einmal auf dem Gebiet der Lehrerbildung, für deren reichseinheitliche Regelung Artikel 143 RV ein Reichsgesetz vorschrieb; dann für die Regelung der konfessionellen Verhältnisse der öffentlichen Volksschulen, deren Grundsätze ebenso ein Reichsgesetz bestimmen sollte (Artikel 146 Absatz 2 RV), bis zu dessen Erlaß das bestehende Recht in den Ländern nicht geändert werden durfte (Artikel 174 RV).

⁴⁷ Eine explizite Beteiligung des Reiches an der Verwaltung des Schulwesens sah die Reichsverfassung in nur drei Fällen vor: bei der Einrichtung der öffentlichen Anstalten für die Bildung der Jugend – Artikel 143 Absatz 1 RV spricht hier ausdrücklich vom „Zusammenwirken“ des Reiches mit den Ländern und Gemeinden –, bei der Bereitstellung öffentlicher Mittel (Erziehungsbeihilfen) für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen (Artikel 146 Absatz 3 RV) sowie bei der Förderung des Volksbildungswesens (Artikel 148 RV).

⁴⁸ Zudem stellte Artikel 144 RV ganz allgemein das gesamte Schulwesen unter die Aufsicht des Staates.

⁴⁹ Vgl. Groeben, Klaus von der: Reichsinnenministerium, S. 164; Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 36-40.

petenz keinen Gebrauch machte, das Recht der Gesetzgebung behielten (Artikel 12 RV).⁵⁰ Rechtlich waren sie dabei an die Artikel 142 bis 149 sowie 174 RV gebunden, die einheitliche Maßstäbe für die Organisation des Schulwesens festgelegt hatten.⁵¹ Waren diese Schulartikel anfangs als allgemeine Prinzipien und Leitmotiv für eine ihnen unmittelbar folgende Reichsschulgesetzgebung gedacht, nahmen sie zusehends den Charakter positiven Reichsschulrechts an.⁵² Das Ausbleiben einer Reichsschulgesetzgebung (mit Ausnahme der drei Reichsgrundschulgesetze⁵³) führte statt zu einer Vereinheitlichung zu einer immer weiteren Differenzierung zwischen den Ländern, so daß „auf dem Gebiete des Bildungswesens jene bunte Landkarte [entstand], die auch der beste Schulgeograph [...] kaum zu lesen“⁵⁴ vermochte.⁵⁵ Nicht zuletzt deswegen war das Reichsministerium des Innern im Sinne einer wechselseitigen Anpassung bemüht, eine vermittelnde Tätigkeit zwischen den Ländern einzunehmen. Das Organ zur Zusammenarbeit von Reich und Ländern auf dem Gebiet des Schulwesens war zwischen 1919 und 1923 der Reichsschulausschuß und zwischen 1924 und 1933 der Ausschuß für das Unterrichtswesen.⁵⁶

⁵⁰ Und auch innerhalb der reichsgesetzlichen Vorgaben konnten die Länder legislativ wirksam werden, da sie in der Durchführung der durch das Reich aufgestellten Grundsätze einen Gestaltungsspielraum hatten. In diesen Fällen oblag dem Reich das Recht, Bestimmungen des Landesrechts auf ihre Vereinbarkeit mit dem Reichsrecht gerichtlich überprüfen zu lassen (Artikel 13 RV). In schulpolitischen Fragen hatte das Reichsministerium des Innern in insgesamt fünf Fällen davon Gebrauch gemacht. Vgl. Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 84-91. Der erste auf Grund Artikel 13 Absatz 2 RV gefaßte Beschluß des Reichsgerichts vom 4. November 1920 betraf die Beseitigung des Religionsunterrichts aus den sächsischen Volksschulen. Siehe Kapitel D. VI. 3. a.

⁵¹ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1410ff. (= Dokument 25). Abdruck in Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 158-160; Hennecke, Frank J. (Hrsg.): Schulgesetzgebung in der Weimarer Republik, S. 1-3; Michael, Berthold und Heinz-Hermann Schepp: Die Schule in Staat und Gesellschaft, S. 234-236; Schmoldt, Benno: Von der Volksschule zur Sekundarstufe I, S. 95-96. Für zeitgenössische Kommentare der Schulartikel siehe Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs; Foerster, Erich: Kirche und Schule in der Weimarer Verfassung; Hoffmann, Johannes: Schule und Lehrer in der Reichsverfassung; Landé, Walter: Die Schule in der Reichsverfassung; Mausbach, Joseph: Kulturfragen in der deutschen Verfassung; Poetzsch-Heffter, Fritz: Handkommentar der Reichsverfassung; Sachse, Arnold: Über die Tragweite der Schulbestimmungen, S. 448-462; Westhoff, Paul (Hrsg.): Verfassungsrecht der deutschen Schule; Wolff, Georg: Die Schule in der Verfassung des Deutschen Reiches.

⁵² Vgl. Landé, Walter: Die staatsrechtlichen Grundlagen, S. 695.

⁵³ Siehe Kapitel D. II. 2.

⁵⁴ LLZ, 1929, S. 914. Siehe auch Wolff, Georg: Das Reich und die Schule, S. 2ff.

⁵⁵ Zur Schulpolitik in der Weimarer Republik siehe Abelein, Manfred: Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches, S. 69-87; Becker, Hellmut und Gerhard Kluchert: Die Bildung der Nation, S. 145-364; Breitsohl, Theo M.: Die Kirchen- und Schulpolitik; Cloer, Ernst: Sozialgeschichte, Schulpolitik und Lehrerfortbildung; Deiters, Heinrich: Die deutsche Schulreform; Eggers, Philipp: Bildungswesen, S. 349-373; Erger, Johannes: Lehrer und Schulpolitik, S. 233-259; Flach, Herbert und Herbert Londershausen: Das proletarische Kind; Führ, Christoph: Die Schulpolitik des Reiches, S. 161-176; Ders.: Schulpolitik im Spannungsfeld, S. 3-32; Ders.: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 17-154; Gentsch, Dirk H.: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik; Giese, Gerhard: Die Schule im Reich, S. 228-239; Giesecke, Hermann: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten, S. 162-177; Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumsparität; Günther, Karl-Heinz (Hrsg.): Geschichte der Erziehung, S. 557-639; Hamburger, Franz: Lehrer zwischen Kaiser und Führer; Herrlitz, Hans-Georg et al.: Deutsche Schulgeschichte, S. 121-143; Hohendorf, Gerd: Die Schulpolitik der deutschen Arbeiterklasse, S. 776-806; Ders.: Die pädagogische Bewegung; Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 937-973; Kammerloher-Lis, Stephanie: Die Entstehung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung, S. 254-261; Kim, Sun-Ryol: Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche; König, Helmut et al.: Beiträge zur Bildungspolitik und Pädagogik, S. 118-243; Krause-Vilmar, Dietfried: Schule und Politik in Deutschland; Kronhagel, Kristian Klaus: Religionsunterricht und Reformpädagogik, S. 30-79; Kunz, Lothar: Reformistische und restaurative Tendenzen, S. 125-154; Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik, S. 20-46; Landé, Walter: Die staatsrechtlichen Grundlagen, S. 690-724; Laubach, Hans-Christoph: Die Politik des Philologenverbandes; Lemke, Hans et al.: Dokumente zur Bildungspolitik und Pädagogik, S. 33-69; Leski, Horst: Schulreform und Administration; Nitzschke, Volker: Die Auseinandersetzungen um die Bekenntnisschule; Richter, Ludwig: Kirche und Schule; Müller-Rolli, Sebastian und Reiner Anselm (Hrsg.): Evangelische Schulpolitik in Deutschland, S. 55-87; Schlemmer, Hans: Die Schulpolitik der evangelischen Kirche Preußens; Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik; Schulz, Heinrich: Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes; Ders.: Der Weg zum Reichsschulgesetz; Tews, Johannes: Zum deutschen Schulkampf; Ders.: Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen; Wende, Erich: Der Ausbau des Schulwesens, S. 445-462; Ders.: Gegenwartsprobleme des Schulrechts, S. 390-436; Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik, S. 68-161 und 206-217; Wothge, Rosemarie et al.: Zur Pädagogik und Schulpolitik der KPD, S. 49-153.

⁵⁶ Vgl. Führ, Christoph: Kompetenzverteilung und Bildungsreform, S. 123-125; Ders.: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 107-115; Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 120-130. Zur Mitwirkung des Freistaates Sachsen in den genannten Organen siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/390, 11864/410-413, 16273 und 16274. – Vorläufer dieser Institutionen war die Reichsschulkommission, die jene Anträge begutachtet hatte, in denen höhere Lehranstalten um die Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen über die wissenschaftliche Befähigung für den Einjährig-Freiwilligen Heeresdienst nachgesucht hatten. Im Zentralblatt für das Deutsche Reich bzw. im Reichsministerialblatt wurden regelmäßig die Gesamtverzeichnisse

Nach der NS-„Machtergreifung“ wurde mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 31. Januar 1934 sowie der zum 1. Mai 1934 erfolgten Gründung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung schließlich die alleinige Reichskompetenz in Schulangelegenheiten verwirklicht, was die Beseitigung der schulpolitischen Freiheitsräume der Länder implizierte.⁵⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg beschritten die beiden deutschen Staaten unterschiedliche Wege. Während die Bundesrepublik Deutschland zur föderalistischen Tradition zurückkehrte, verfolgte die Deutsche Demokratische Republik eine zentralstaatliche Bildungspolitik.⁵⁸

II. Die Stellung Sachsens zu den Reichsschulgesetzentwürfen

In den Verfassungsberatungen in Weimar hatten sich die Parteien auf einen Schulkompromiß geeinigt, der in der Reichsverfassung im Abschnitt „Bildung und Schule“ seinen Niederschlag fand. Während die Zentrumspartei für die Bekenntnisschule eingetreten war, kämpfte die SPD für die volle Weltlichkeit des Schulwesens, und die DDP forderte die Beibehaltung des Religionsunterrichts. Die Kompromißformel lautete:

„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“ (Artikel 146 Absatz 1 RV)

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.“ (Artikel 146 Absatz 2 RV)

„Bis zum Erlaß des in Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“ (Artikel 174 RV)⁵⁹

dieser berechtigten höheren Lehranstalten bekanntgegeben. Vgl. Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 16, S. 742; Messerschmidt, Manfred: Militär und Schule in der wilhelminischen Zeit, S. 66-67; Brocke, Bernhard vom und Peter Krüger (Hrsg.): Hochschulpolitik im Föderalismus, S. 207, Fußnote 59; Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 179. Siehe auch Weiß, Georg: Zur Geschichte der Reichsschulkommission; Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Zur kulturpolitischen Zusammenarbeit der Länder 1868 bis 1918; Sachse, Arnold: Der Reichsschulgedanke.

⁵⁷ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1934, Teil 1, S. 75; Nagel, Anne Christine: Hitlers Bildungsreformer, S. 80-90; Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 505ff.; Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 133-141; Diere, Horst: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, S. 107-120; Götz, Margarete: Die Grundschule in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 25-27. Abdruck des Gesetzes in Michael, Berthold und Heinz-Hermann Schepp: Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Bd. 2, S. 179f.

⁵⁸ Vgl. Führ, Christoph (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6/I+II; Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 615ff.; Ders.: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik; Ferrari-Demski, Peter: Zur Entwicklung der achtklassigen allgemeinbildenden Einheitsschule in der SBZ bzw. in der DDR in den Jahren 1945 bis etwa 1951/52; Glotz, Peter und Klaus Faber: Grundgesetz und Bildungswesen, S. 1363-1424; Häberle, Peter: Kulturhoheit im Bundesstaat, S. 55-88; Rother, Anne (Red.): Einheit in der Vielfalt; Müller, Winfried: Die Gründung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland, S. 76-106.

⁵⁹ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1410ff. (= Dokument 25). – Zu den Schulprogrammen der Parteien sowie zum Weimarer Schulkompromiß siehe Bendele, Ulrich: Sozialdemokratische Schulpolitik; Braune, Peter: Die gescheiterte Einheitsschule, S. 165-172 und 181-188; Breitsohl, Theo M.: Die Kirchen- und Schulpolitik, S. 5-31, 35-47 und 56-81; Christ, Karl: Sozialdemokratie und Volkserziehung, S. 12-154; Eggers, Philipp: Bildungswesen, S. 355-357; Frackowiak, Johannes: Soziale Demokratie als Ideal, S. 59-64; Friedrich, Norbert: Der Kampf der Protestanten, S. 112-115; Führ, Christoph: Kompetenzverteilung und Bildungsreform, S. 119-122; Gentsch, Dirk H.: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik, S. 25-56 und 131-137; Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei, S. 53-67 und 80-104; Keim, Wolfgang: Chancengleichheit im Bildungswesen, S. 119-143; Kronhagel, Kristian Klaus: Religionsunterricht und Reformpädagogik, S. 57-65; Ders.: Religionsunterricht und Verfassung, S. 181-199; Lang, Johannes: Über die Entstehung der Schulparagrafen, S. 269-273; Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, S. 457, 484-485, 511, 523-524 und 539-540; Quarck, Max: Schulkämpfe und -kompromisse, S. 6-12, 30-40 und 61-68; Richter, Ludwig: Kirche und Schule; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 29-36; Michael, Berthold und Heinz-Hermann Schepp: Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Bd. 2, S. 104ff.; Schlichting, Uta von: Die Weimarer Schulartikel, S. 27-94;

Um die Ausführung dieser Bestimmungen bemühten sich zwischen 1919 und 1928 die wechselnden Reichsregierungen; jedoch erlangte keiner der vorgelegten Entwürfe Gesetzeskraft.⁶⁰ Die Arbeiten am ersten Reichsschulgesetzentwurf begannen bereits im Jahr 1919. Im Reichschulausschuß fanden unter Beteiligung der sächsischen Regierung diesbezügliche Beratungen statt. Hierbei wies Sachsen wiederholt auf die drohende Zersplitterung des Volksschulwesens bei Errichtung von Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen hin.⁶¹ Der sächsische Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) stellte einen Antrag, nach welchem Sachsen unter anderem im Sinne von Artikel 174 Satz 2 RV besondere Berücksichtigung erfahren sollte.⁶² Jedoch erkannte die Reichsregierung die nach Bekenntnissen nicht getrennte Gemeinschaftsschule für Sachsen nicht als die gesetzlich bestehende an und versagte eine entsprechende Berücksichtigung. Das sächsische Kultusministerium versuchte daher, durch eine strenge Auslegung des Begriffs „geordneter Schulbetrieb“ die Errichtung der Sonderschulformen möglichst zu erschweren. Da entsprechende Änderungsanträge scheiterten, legte Sachsen zuletzt – ebenso vergeblich – das Hauptaugenmerk darauf, sich gegen die Einführung von besonderen Weltanschauungsschulen neben den weltlichen Schulen zu wenden.⁶³ Der schließliche Regierungsentwurf ging am 2. März 1921 dem Reichsrat zu, wo im März/April eine Reihe von Änderungen beschlossen wurden, denen die Reichsregierung im Allgemeinen zustimmte. Der Vertreter Sachsens hatte Weisung, einer Anzahl von Abänderungsanträgen der württembergischen Regierung beizutreten.⁶⁴ Im Übrigen setzt er sich vergebens gegen eine Teilung der bekenntnisfreien Schulen in weltliche Schulen und Weltanschauungsschulen ein.⁶⁵ Da das Gesetz als dringend notwendig

Schulz, Heinrich: Sozialdemokratie und Schule; Schwarte, Norbert: Schulpolitik und Pädagogik; Suhr, Hartwig: Sozialdemokratische Schulpolitik; Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, S. 88-90; Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik, S. 45-66.

⁶⁰ Zu den Versuchen zur Reichsschulgesetzgebung siehe Bölling, Rainer: Volksschullehrer und Politik, S. 140-168; Friedrich, Norbert: Der Kampf der Protestanten, S. 116-124; Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 64ff.; Geißler, Walter: Das Werden des Reichsschulgesetzes; Goeschen, Andreas: Die bekenntnisfreie weltliche Schule, S. 33-82; Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumsparität; Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 950-960; Landé, Walter (Hrsg.): Aktenstücke zum Reichsvolksschulgesetz; Mumm, Reinhard: Das Reichsschulgesetz; Offenstein, Wilhelm: Der Kampf um das Reichsschulgesetz; Rosin, Heinrich: Das Reichsschulgesetz; Schenk, Johannes: Zu den Auseinandersetzungen, S. 643-646; Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 76-81; Schulz, Heinrich: Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes; Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik, S. 102-161. Siehe auch die zahlreichen Artikel in den Jahrgängen der Sächsischen Schulzeitung und Leipziger Lehrerzeitung.

⁶¹ Gegen diese Gefahr wandten sich in zahlreichen Eingaben auch die sächsischen Schulvorstände. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 503.

⁶² Dies geschah auf der 1. Tagung des Reichsschulausschusses vom 27. November bis 3. Dezember 1919: „1. Die allgemeine Volksschule, das ist die für alle Kinder ohne Rücksicht auf das Vermögen und das Bekenntnis gemeinsame Volksschule mit einem für die Kinder verschiedener Bekenntnisse getrennten Religionsunterricht, ist für das Deutsche Reich die Regel. 2. Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen müssen nach ihrem Ausbau und nach ihrer inneren Einrichtung den Anforderungen entsprechen, die nach den landesgesetzlichen Vorschriften an eine alle schulpflichtigen Kinder der Gemeinde umfassende Schule zu stellen sind. 3. Dem Antrag auf Errichtung solcher Schulen ist stattzugeben, wenn die Zahl der Schulkinder, die durch die Antragsteller vertreten werden, zur Bildung voll entwickelter Schulen im Sinne der vorstehenden Bestimmung ausreicht. 4. Die Länder Sachsen, Baden, Hessen usw., in denen die nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule beim Inkrafttreten der Reichsverfassung gesetzlich eingeführt war, sind ermächtigt, durch Landesgesetz zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen die nach Art. 146 Abs. 2 zugelassenen abweichenden Schulformen einzurichten wären.“ Zitiert nach Rosin, Heinrich: Das Reichsschulgesetz, S. 9-10. Gegenüber dem Reichsminister des Innern legte das Kultusministerium nochmals im Schreiben vom 28. Juli 1920 Widerspruch gegen die Bestimmung in § 15 des Entwurfs ein und begründete den sächsischen Anspruch auf Anerkennung als Simultanschulland. Als eine Reaktion aus Berlin ausblieb, ließ die sächsische Regierung diesen Anspruch später stillschweigend fallen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13889, Bl. 51-60; Ebd., Nr. 13891, Bl. 47.

⁶³ Auf der 3. Tagung des Reichsschulausschusses vom 27.-30. Oktober 1920 ließ die sächsische Regierung durch Geheimen Schulrat J. Sieber erklären, daß Sachsen die Verankerung der Gemeinschaftsschule als Regelschule sowie die Feststellung der Identität von weltlicher Schule und Weltanschauungsschule wünsche. In einer späteren Stellungnahme sprach sich das sächsische Ministerium der Finanzen gegen die Errichtung von Weltanschauungsschulen aus, weil diese entweder den Charakter einer Bekenntnisschule annehmen oder im anderen Fall von einer weltlichen Schule kaum zu unterscheiden sein würden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13889, Bl. 99ff. und 128-129.

⁶⁴ Vgl. SächsHStAD, 10719, Nr. 1005, Bl. 8-10.

⁶⁵ Die anderen Landesregierungen legten wohl deshalb weniger Gewicht darauf, in diesem Punkt der Regierungsvorlage entgegenzutreten, weil es der Landesgesetzgebung vorbehalten war, durch Anerkennung oder Versagung der Eigenschaft als öffentliche Körperschaft den Vereinigungen zur Pflege einer besonderen Weltanschauung die Gründung von Weltanschauungsschulen zu erlauben oder zu verwehren. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13889, Bl. 141.

angesehen wurde, beschränkte sich die überwiegende Mehrheit im Reichsrat darauf, Verbesserungen im Interesse der Länder durch Abänderung des § 11 und Hinzufügung des § 17 zu erreichen.⁶⁶ Bei der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf in der Fassung der Reichsratsausschüsse und gegen die Regierungsvorlage angenommen. Am 22. April 1921 ging er dem Reichstag zu; in den erwähnten §§ 11 und 17 wurde er als Doppelvorlage eingebracht.⁶⁷ Inhaltlich war der Reichsschulgesetzentwurf insofern eine Fortführung des Weimarer Schulkompromisses, als er in § 1 als künftig zulässige Volksschularten die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die bekenntnisfreien Schulen, die entweder weltliche oder Weltanschauungsschulen waren, nannte, und durch seine Fassung zum Ausdruck bringen wollte, daß die Gemeinschaftsschule die Regelschule war, während die beiden anderen Typen besondere Schularten waren. Der Möglichkeit einer Zersplitterung des Schulwesens durch ungehinderte Einrichtung leistungsunfähiger Zwergschulen versuchte der Entwurf zu begegnen, indem er in § 9 Absatz 1 einen „geordneten Schulbetrieb“ vorschrieb und entsprechende Kriterien formulierte. Zudem räumte er in § 15 den Ländern Baden und Hessen sowie dem ehemaligen Herzogtum Nassau im Sinne von Artikel 174 Satz 2 RV das Recht zum Erhalt ihrer Simultanschulen ein. Da der Weimarer Schulkompromiß sich allein auf Gebiete mit sogenannten christlichen Simultanschulen bezogen habe, sei eine solche Begünstigung anderer Länder nicht in Frage gekommen.

Am 31. Mai 1921 beschäftigte sich der Sächsische Landtag mit dem Reichsschulgesetzentwurf.⁶⁸ Die Sozialdemokratie erklärte durch den Abgeordneten Kurt Weckel, daß der Entwurf verfassungswidrig sei, da er die Sonderschulformen des Artikels 146 Absatz 2 RV als gleichberechtigt mit der in Artikel 146 Absatz 1 RV verankerten Regelschule hinstelle.⁶⁹ Kultusminister a. D. Dr. Richard Seyfert (DDP) befand, daß der Entwurf über die Verfassung hinausgehe, weil er nicht nur Grundsätze für die ausnahmsweise erfolgende Einrichtung von Volksschulen als Bekenntnisschulen oder als bekenntnisfreie Schulen aufstelle, sondern allgemein das Schulwesen ordnen wolle. Daß dies unzulässig sei, habe auch das Reichsgericht in seinem Urteil vom 4. November 1920⁷⁰ festgestellt.⁷¹ Der amtierende Kultusminister Hermann Fleißner (USPD)⁷² erklärte, daß die sächsische Regierung aufgrund ihrer erfolglosen Bemühungen im Verlaufe der zurückliegenden Beratungen die Vorlage für ungeeignet halte. Auf eine Anfrage, wie denn der sächsische Vertreter im Reichsrat gestimmt habe, antwortete Fleißner lavierend und gab zu erkennen, daß er über das Abstimmungsverhalten nicht informiert war.⁷³ Aus zwei Berichten des sächsischen Gesandten in Berlin, die daraufhin eingeholt wurden, geht hervor, daß dieser für den Entwurf in der Fassung der Reichsratsausschüsse und gegen die Regierungsvorlage gestimmt hatte. Maßgebend dafür war nach seiner Angabe, daß Regierung und Landtag wiederholt baldigsten Erlaß des Reichsschulgesetzes gefordert hatten⁷⁴; daß keine ausdrückliche Instruktion vorlag, im Falle der Ablehnung eines sächsischen Wunsches oder Antrages, gegen den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit zu stimmen; und daß auch nach Vorlage des Ausschlußbe-

⁶⁶ § 11 betraf die Zuständigkeit des Reichsverwaltungsgerichts, und § 17 belastete das Reich mit zwei Dritteln der Mehrkosten, die bei Durchführung des Gesetzes entstünden. Vgl. SächsHStAD, 10719, Nr. 1005, Bl. 24. Das sächsische Ministerium der Finanzen erklärte am 6. April 1921, daß der Entwurf nur annehmbar sei, wenn alle Mehrkosten vom Reich übernommen würden. Angesichts der schon beträchtlichen Schullasten seien in Sachsen keine weiteren staatlichen oder auch Gemeindemittel verfügbar zu machen. Vgl. Ebd., 11125, Nr. 13889, Bl. 128-129.

⁶⁷ Vgl. Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 366, Nr. 1883. Abdruck in Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 226-229; Landé, Walter (Hrsg.): Aktenstücke zum Reichsvolksschulgesetz, S. 11-45; Rosin, Heinrich: Das Reichsschulgesetz, S. 11-35. Hiernach das Folgende.

⁶⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 372; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 257 (vom 24. Mai 1921) und 259 (vom 26. Mai 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 53. Sitzung vom 31. Mai 1921, S. 1685-1708; LLZ, 1921, S. 385-386; SSZ, 1921, S. 331-333. Siehe auch Hickmann, Hugo: Was haben wir von dem Reichsschulgesetz zu halten?

⁶⁹ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 53. Sitzung vom 31. Mai 1921, S. 1686-1689.

⁷⁰ Vgl. Archiv des öffentlichen Rechts, 1921, S. 98-103 (= Dokument 270).

⁷¹ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 53. Sitzung vom 31. Mai 1921, S. 1689-1692; LLZ, 1921, S. 844-845.

⁷² Zur Person Fleißners siehe Reichel, Andreas: Hermann Fleißner.

⁷³ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 53. Sitzung vom 31. Mai 1921, S. 1692-1695 und 1706; LLZ, 1921, S. 384-385.

⁷⁴ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 363; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 55 (vom 7. Januar 1921), Ziffer I. b; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 17. Sitzung vom 25. Januar 1921, S. 544-562; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 26 (vom 25. Januar 1921); SSZ, 1921, S. 65-67.

richts eine derartige Instruktion nicht ergangen war.⁷⁵ Auch die Vertreter der übrigen Parteien sprachen sich im Landtag ablehnend aus. Am Ende der Debatte wurde mehrheitlich beschlossen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung Einspruch zu erheben gegen den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf, da er dem Gedanken der einheitlichen allgemeinen Volksschule widerspreche und einen Rückschritt in der Entwicklung des Volksschulwesens bedeute.⁷⁶ Die Regierung leistete diesem Beschluß Folge, indem das Kultusministerium – nachdem der Bildungsausschuß des Reichstags in erster Lesung Beschlüsse über die Regierungsvorlage gefaßt hatte – die Gesandtschaft in Berlin am 13. Juni 1922 instruierte, allen Bestrebungen zu widersprechen, die eine Begünstigung der Bekenntnisschule und eine Abweichung von der in der Reichsverfassung verankerten Gemeinschaftsschule vorsahen.⁷⁷ Im Dezember 1923 wurde die Beratung des Entwurfs im Bildungsausschuß des Reichstags schließlich ergebnislos eingestellt.⁷⁸

Einen erneuten Versuch zur Reichsschulgesetzgebung unternahm die Reichsregierung im Jahr 1925. Der mit der Erarbeitung des Entwurfs beauftragte konservative Ministerialrat Arthur Gürich erläuterte im Mai seine Leitgedanken gegenüber dem sächsischen Geheimrat Dr. Fritz Poetzsch.⁷⁹ Dieser schickte inoffiziell eine Abschrift des vertraulich an ihn gelangten Entwurfs nach Dresden, die er mit der Bemerkung versah: „Ich persönlich halte den Entwurf für eine Umbiegung der Verfassung und wenig glücklich.“⁸⁰ Vorgeblich aus Kostengründen begnügte die Vorlage sich allein um die reichsrechtliche Absicherung der Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen.⁸¹ Der Frage der Regelschule wich er aus, indem er die Gemeinschaftsschule vollkommen unerwähnt ließ und sie damit praktisch zugunsten der Bekenntnis- und Weltanschauungsschule ausschloß. Neben diese beiden Schularten, von denen die Weltanschauungsschule praktisch niemals in Erscheinung getreten wäre, trat noch die weltliche Schule, die wiederum durch ein erschwertes Antragsverfahren diskriminiert wurde. Ferner sollten in den Ländern, in denen nach landesrechtlicher Vorschrift die Volksschulen bereits Bekenntnisschulen waren, diese Schulen ungehindert fortbestehen können. Um in den bisherigen Bekenntnisschulgebieten alles beim Alten zu belassen, wurde das von der Verfassung vorgeschriebene Antragsverfahren zur Errichtung dieser Sonderschulform kurzerhand beseitigt. Für die Simultanschulgebiete wurden für die Dauer von zehn Jahren Übergangsbestimmungen aufgestellt. In seiner Tendenz stellte der Entwurf so den Versuch dar, die Gemeinschaftsschule aus ihrer verfassungsmäßigen Vorrangstellung als Regelschule zu verdrängen und statt dessen die Be-

⁷⁵ Vgl. SächsHStAD, 10719, Nr. 1005, Bl. 32-33 und 36; Ebd., 11125, Nr. 13889, Bl. 141 und 143.

⁷⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse Nr. 113 (vom 31. Mai 1921). In gleichem Tenor bezog auch der Verein Sächsischer Bezirksschulräte am 26. August 1921 Stellung gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Vgl. SächsHStAD, 10701, Nr. 321, Bl. 120.

⁷⁷ Insbesondere war dagegen einzutreten, daß die Gemeinschaftsschule entgegen der Bestimmung in Artikel 146 Absatz 1 RV nicht als die Regelschule, sondern als eine mit den Sonderschulformen des Absatzes 2 gleichgestellte Schulform gelten solle; daß für die Gemeinschaftsschule ein Unterricht auf sittlich-religiöser Grundlage eingeführt werde; daß den Religionsgesellschaften ein Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht und über Lehrer in Bekenntnisschulen zugestanden werde; daß bei Besetzung von Schulaufsichtsbeamtenstellen Rücksicht auf konfessionelle Verhältnisse zu nehmen sei; und daß die Lehrerbildung nach konfessionellen Rücksichten einzurichten sei. Vgl. SächsHStAD, 10719, Nr. 1005, Bl. 183. – Auch anläßlich der Beratung eines Kompromißantrags der bürgerlichen Parteien erklärte Geheimrat Dr. Fritz Poetzsch am 16. März 1922 im Bildungsausschuß namens der sächsischen Regierung, daß die Gemeinschaftsschule, wie sie der vorliegende Antrag wünsche, nur durch eine Verfassungsänderung eingeführt werden könne. In Artikel 146 RV sei ausdrücklich bestimmt, daß die gemeinsame Grundschule „für alle“ bestimmt sein müsse, daß also auch das Religionsbekenntnis nicht maßgebend sein dürfe. Hieraus gehe hervor, daß die gemeinschaftliche Schule nicht als christliche Schule errichten werden dürfe. Für den Fall, daß der Reichsminister des Innern sich dem Antrag anschließen sollte, fordere Sachsen, einen Beschluß des Gesamtkabinetts und ein Einvernehmen mit dem Reichsrat herbeizuführen. Vgl. Ebd., Bl. 137-139.

⁷⁸ Schon ein Jahr zuvor hatte Dr. Richard Seyfert (DDP) beantragt, bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes durch Landesgesetzgebung das sächsische Volksschulwesen den grundsätzlichen Bestimmungen der Reichsverfassung entsprechend neu zu ordnen, um damit die Kämpfe auf dem Gebiete der Schule zu beenden. Mit Verweis auf die Sperrvorschrift in Artikel 174 RV wurde dies von der Regierung jedoch abgelehnt. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 5 (vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 161-163 und 173.

⁷⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13889, Bl. 272-274.

⁸⁰ Vgl. Ebd., 10719, Nr. 1006, Bl. 8.

⁸¹ Abdruck des Textes in Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 240-245; Landé, Walter (Hrsg.): Aktenstücke zum Reichsvolksschulgesetz, S. 48-69; Rosin, Heinrich: Das Reichsschulgesetz, S. 65-81. Siehe auch Philipp, Albrecht: Der neue Reichsschulgesetzentwurf. – Hiernach das Folgende.

kenntnisschule auch in den Simultanschulländern auf Dauer zur Regelschule zu machen.

Zur Beratung des Entwurfs waren die Unterrichtsverwaltungen der Länder für den 15./16. September 1925 nach Leipzig geladen.⁸² Nach Anschauung der den Freistaat Sachsen vertretenden Ministerialräte Dres. Wolf und Weinhold sei der Entwurf in der vorliegenden Fassung für Sachsen undurchführbar, weil er zu einer Zerschlagung des „mühsam errichteten Schulaufbaues“ führen würde.⁸³ Die zu erwartende bekenntnismäßige Zersplitterung ließe selbst in mittleren Schulbezirken mehrere – zum Teil einklassige – Sonderschulen neben der allgemeinen Volksschule entstehen; ein geordneter Schulbetrieb sei so nicht möglich.⁸⁴ Auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht wurden Bedenken erhoben. Wenn sich der Entwurf zum einen auf Artikel 146 Absatz 2 RV beschränke, überlasse der die Gemeinschaftsschule (Absatz 1) der landesgesetzlichen Regelung, insbesondere die Definition des Begriffs „geordneter Schulbetrieb“. Wolle das Reich vermeiden, daß seine Grundsatzgesetzgebung in dieser Hinsicht in eine Abhängigkeit von der Landesgesetzgebung gerate, so werde es nicht umhin können, den die Voraussetzung für Absatz 2 bildenden Teil des Absatzes 1 (des Artikels 146 RV) in seine Regelung einzubeziehen. Zum ändern sei unrichtig, daß die Reichsverfassung die Errichtung von Bekenntnisschulen und Weltanschauungsschulen auf Antrag von Erziehungsberechtigten, deren Willen möglichst zu berücksichtigen sei, vorschreibe, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt werde. Vielmehr sei die Reihenfolge der beiden Einschränkungen, an die die Errichtung der Sonderschulen geknüpft werde, umgekehrt: Die Einrichtung dürfe nur erfolgen, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt werde, und nur in diesem Rahmen sei der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst zu berücksichtigen. Daraus ergebe sich, daß die pädagogischen Rücksichten auf einen geordneten Schulbetrieb voranzugehen haben und nur, soweit ihnen genügt sei, Anträge auf Errichtung von Sonderschulen zu beachten seien.⁸⁵

Schließlich stand das Thema am 17. November 1925 im Sächsischen Landtag zur Debatte.⁸⁶ Mit Ausnahme der DNVP sprachen sich die Vertreter aller Parteien gegen den Entwurf aus. Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) wiederholte ausführlich die auf der Leipziger Beratung vorgebrachten Argumente, und obwohl er eigentlich ein Verfechter der konfessionellen Schule war, mußte er die schultechnische Undurchführbarkeit des Entwurfs konstatieren.⁸⁷ Der Beschluß des Landtags, die Regierung zu ersuchen, im Reichsrat gegen den Reichsschulgesetzentwurf einzutreten⁸⁸, war dann insoweit überholt, als im Oktober 1925 der Entwurf schon fallengelassen worden war.

Der letzte – unter der Verantwortlichkeit von Reichsinnenminister Dr. Walter von Keudell (DNVP) entstandene – Reichsschulgesetzentwurf wurde Mitte Juli 1927 veröffentlicht. Nachdem er den Reichsrat am 14. Oktober 1927 unverändert passiert hatte, weil sich dort keine Mehrheit für die Beschlüsse der Reichsratsausschüsse gefunden hatte, wurde er sogleich im Reichstag eingebracht.⁸⁹ Inhaltlich stand

⁸² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13890, Bl. 1ff.

⁸³ Vgl. Ebd., Bl. 57-62, Zitat: Bl. 58. Hiernach auch das Folgende.

⁸⁴ Die Befürchtung, daß dadurch für Sachsen erhebliche Kosten entstünden, brachte das Kultusministerium in einem Schreiben an das Finanzministerium vom 4. September 1925 zum Ausdruck, zu deren Begründung statistisches Material beigegeben war. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13890, Bl. 35-37.

⁸⁵ Darauf wurde auch seitens des Sächsischen Lehrervereins hingewiesen, der den Entwurf entschieden ablehnte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13890, Bl. 63-67; Ebd., 10693, Nr. 1189. Für weitere Einsprüche siehe: Ebd., 11125, Nr. 13892.

⁸⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 886; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1503 (vom 25. September 1925) und 1524 (vom 3. November 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 150. Sitzung vom 17. November 1925, S. 5135-5170; SSZ, 1925, S. 566-567 und 721-727; LLZ, 1925, S. 657-658 und 761-766.

⁸⁷ Um diese Diskrepanz in seinen Anschauungen zu überbrücken, entwickelte er ein Konzept einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Gemeinschaftsschule, in der nach Bekenntnissen getrennter Religionsunterricht erteilt und der übrige Unterricht mit christlichem Bildungsgut gefüllt werde.

⁸⁸ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 552 (vom 19. November 1925). Verbunden damit war auch die Annahme eines Antrages, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf die unverzügliche Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zu Artikel 146 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz) hinzuwirken. Vgl. Ebd., Nr. 553 (vom 19. November 1925).

⁸⁹ Vgl. Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 419, Nr. 3654. Abdruck in Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 252-258; Landé, Walter (Hrsg.): Aktenstücke zum Reichsvolksschulgesetz, S. 70-102; Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 5-20; Rosin, Heinrich: Das Reichsschulgesetz, S. 83-107;

der Entwurf im Widerspruch zum Regelschulgebot der Verfassung, indem er – dem Paritätsprinzip folgend – die grundsätzliche Gleichstellung der drei verfassungsmäßigen Schulformen vorsah. Da bei Inkrafttreten des Gesetzes alle bestehenden Schulformen als beantragt gelten sollten, hätte damit in den bisherigen Bekenntnisschulgebieten die Bekenntnisschule, in den bisherigen Simultanschulgebieten die Gemeinschaftsschule praktisch den tatsächlichen Vorrang erhalten. Die bisherigen Sammelschulen, die keinen Religionsunterricht erteilten, sollten als bekenntnisfreie/weltliche Schulen bestehen bleiben. Nach dem Entwurf bedurfte jeder Antrag auf Umwandlung einer Schulform in eine andere der Unterstützung der Erziehungsberechtigten von zwei Dritteln der bisherigen Schüler; ein Antrag auf Neuerrichtung der Unterstützung der Erziehungsberechtigten von wenigstens 40 schulpflichtigen Kindern. Dem Neuerrichtungsantrag war nur zu entsprechen, wenn die beantragte Schule nach Aufbau und Klassenzahl nicht hinter der Mindesthöhe der am 1. Januar 1927 in der Gemeinde rechtlich zulässigen Schulorganisation zurückblieb. Nach einer Schutzvorschrift für die bisherigen Simultanschulländer Baden, Hessen und Nassau sollte das Gesetz hier erst nach fünf Jahren in Kraft treten.

Am 15. August 1927 veröffentlichte die sächsische Regierung ihre grundsätzliche Haltung zu dem Entwurf. In den zuständigen Reichsratsausschüssen folgten am 30. September 1927 weitere Bemerkungen und Anträge.⁹⁰ Danach griff Sachsen die Vorlage verfassungsrechtlich hauptsächlich deshalb an, weil sie der Gemeinschaftsschule keine Vorzugsstellung einräume, sondern sie ebenso wie der Bekenntnisschule und die weltliche Schule zur Antragsschule mache.⁹¹ Gleichwohl stand für die sächsische Regierung außer Zweifel, daß die nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule mit Religionsunterricht (§ 18 Absatz 1 des Entwurfs) der allgemeinen Volksschule im Sinne von § 4 Absatz 1 des sächsischen Übergangsschulgesetzes vom 22. Juli 1919 gleich zu achten war, womit die Gemeinschaftsschule in Sachsen gegenüber den anderen Schulformen den tatsächlichen Vorrang erhalten hätte. Neben der Beibehaltung der Gemeinschaftsschule als Grundlage des sächsischen Volksschulwesens forderte Sachsen die Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebs. So sollte Anträgen auf Errichtung von Schulen nur stattgegeben werden, wenn die Schule nicht hinter derjenigen organisatorischen Mindesthöhe zurückblieb, die in der Gemeinde nicht nur am 1. Januar 1927, sondern zum Zeitpunkt der Antragstellung tatsächlich vorhanden war. Sachsen wendete sich ferner gegen alle Bestimmungen, die die Schulhoheit des Staates beeinträchtigten und eine auch nur mittelbare Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht implizierten. Schließlich sollten alle bei Durchführung des Gesetzes entstehenden Mehrkosten vom Reich übernommen werden. Da die sächsische Regierung die Errichtung von Bekenntnisschulen auch in Sachsen grundsätzlich ermöglichen wollte, versuchte sie in den Verhandlungen, die Interessen des Freistaates möglichst durchzusetzen, ohne aber das Reichsschulgesetz insgesamt zu gefährden.⁹² Im Sächsischen Landtag traf der Entwurf wiederum mit Ausnahme von DNVP und der ihr nahestehenden Wirtschaftspartei auf den Widerspruch der Parteien. Der SPD erschienen dabei die von der Regierung gestellten Anträge nicht weitreichend genug, und die KPD wünschte durch eine Verfassungsänderung die Beseitigung des Weimarer Schulkompromisses, um

LLZ, 1927, S. 563-565 und 632-638. Hiernach das Folgende.

⁹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13891, Bl. 7, 35-40, 46-48, 126 I ff. und 126 II ff.; Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 20-41; LLZ, 1927, S. 337-338, 766-767 und 790-794; Sächsische Staatszeitung, 1927, Nr. 239. Hiernach das Folgende.

⁹¹ In diesem Sinne fiel auch die Stellungnahme des Vereins Sächsischer Bezirksschulräte vom 19. September 1927 aus. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13891, Bl. 80-81.

⁹² Vgl. Ebd., Nr. 13106/15, Bl. 232.

die Errichtung von Sonderschulen neben der Gemeinschaftsschule überhaupt unmöglich zu machen.⁹³ Der Antrag der DDP entsprach wohl am meisten dem Geist des Artikels 146 Absatz 2 RV.⁹⁴

Als der Reichsschulgesetzentwurf zwischen 25. Oktober 1927 und 15. Februar 1928 im Bildungsausschuß des Reichstags behandelt wurde, waren die sächsischen Schulverhältnisse – insbesondere der Charakter der Volksschule – wiederholt Gegenstand der Diskussion.⁹⁵ Im Laufe dieser Verhandlungen wurde von den Regierungsparteien im Dezember 1927 als § 18 a ein Antrag angenommen, für den die Bezeichnung *Lex saxoniae* geläufig wurde. Er lautet:

„In Gebieten des Reiches, in denen seit dem 1. Oktober 1918 die Schulform geändert worden ist, ist innerhalb eines Jahres nach Beginn der Durchführung dieses Gesetzes (§ 19) einem Antrag auf Umwandlung einer Volksschule in die frühere Schulform stattzugeben, wenn die Erziehungsberechtigten von mehr als der Hälfte der die Schule besuchenden Kinder sich dafür aussprechen.“⁹⁶

Nach dem Begründer des Antrags, dem Leipziger Abgeordneten Dr. Albrecht Philipp (DNVP), sei hier versucht worden, eine Bestimmung zu treffen, durch die in gewissen Fällen die Rückumwandlung einer neuen Schulform in die vorher vorhanden gewesene erleichtert würde. Damit käme auch das Antragsverfahren in die Hände derjenigen, die eine andere Schulart als die evangelische Volksschule erstrebten. Für Sachsen sei dies nichts weiter als eine „kulturelle Reparation“.⁹⁷

Der sächsische Ministerialdirektor Dr. Fritz Poetzsch-Heffter entgegnete, daß der Antrag den Grundgedanken der Verfassung verletze, aber auch jenem Schulsystem widerspreche, welches der Ausschuß bisher bei der Beratung des Gesetzentwurfs aufgebaut habe. In Sachsen bestehe eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule, was dem Artikel 146 Absatz 1 RV entspreche. Diese Gemeinschaftsschule dürfe nach Artikel 146 Absatz 2 RV nur unter bestimmten Voraussetzungen durchbrochen werden. Nach dem vorliegenden Antrag aber solle die Regelschule in Sachsen schon dann durchstoßen werden, wenn eine Mehrheit von Erziehungsberechtigten sich für eine andere Schulform ausspreche. Die Möglichkeit, Kinder gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zum Besuche einer Schulform zu nötigen, sei nur für die Gemeinschaftsschule als Regelschule und lediglich für den Staat vorgesehen. Das Elternrecht könne keine Grundlage dafür bieten, daß eine Majorität von Eltern eine Minderheit in die Sonderschulformen des Artikels 146 Absatz 2 RV hineinzwinge; eine Antragsschule mithin den Schulzwang gegenüber den Kindern der Minderheit erhalte. Einzuwenden sei auch, daß dort, wo Bekenntnisschulen heute bestünden, nach dem neuen Gesetz eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein solle, um zur Gemeinschaftsschule zu gelangen; der Antrag Philipp aber vorsehe, wo die Gemeinschaftsschule bestehe, schon

⁹³ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 2274; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 484 (vom 15. August 1927), 492 (vom 29. August 1927), 498 (vom 19. September 1927) und 517 (vom 7. Oktober 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 48. Sitzung vom 1. November 1927, S. 1684-1729; Ebd., 111. Sitzung vom 14. März 1929, S. 4159, Nr. 1439; LLZ, 1927, S. 869-878. Siehe auch die von den Lehrerorganisationen herausgegebenen Schriften: Auswirkungen des Reichsschulgesetzentwurfs; Der Keudell-sche Reichsschulgesetzentwurf; Der Reichsschulgesetzentwurf 1927.

⁹⁴ Der Antrag wünschte für die sächsischen Volksschulen die Durchführung folgender Bestimmungen: 1.) Die sächsischen Volksschulen gelte auf Grund des Übergangsschulgesetzes vom 22. Juli 1919 als Gemeinschaftsschulen im Sinne des Artikels 146 Absatz 1 RV. 2.) An Orten, an denen nur eine Schule bestehe, könne diese nur Gemeinschaftsschule sein. 3.) Eine Bekenntnisschule und eine weltliche Schule könne nur dann eingerichtet werden, wenn die am Orte bestehende Gemeinschaftsschule in ihrem Klassenaufbau dadurch nicht beeinträchtigt würde. 4.) Eine Bekenntnisschule oder eine weltliche Schule dürfe in ihrem Aufbau nicht wesentlich hinter der am Orte bestehenden Gemeinschaftsschule zurückstehen. 5.) Eine Bekenntnisschule oder eine weltliche Schule könne errichtet werden, wenn eine solche für mindestens 60 Kinder beantragt werde. 6.) Eine Bekenntnisschule könne Kinder eines anderen Bekenntnisses nicht aufnehmen, es sei denn, daß die Erziehungsberechtigten des anderen Bekenntnisses es ausdrücklich wünschten. Diese Bestimmung gelte sinngemäß für die weltliche Schule. 7.) Die Freiwilligkeit der Übernahme des Religionsunterrichtes durch einen Lehrer gelte als Zusicherung, den Unterricht im Sinne der entsprechenden Bestimmungen der Verfassung zu erteilen. Eine kirchliche Kontrolle finde in keiner Form statt. Der Religionsunterricht stehe, wie jeder andere Unterricht, unter der ausschließlichen Aufsicht des Staates, oder aber die Erteilung des Religionsunterrichtes werde den Religionsgesellschaften selbst übertragen. 8.) Die Rechte der Lehrer dürften nicht beeinträchtigt werden. Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 517 (vom 7. Oktober 1927).

⁹⁵ Vgl. Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 41-117.

⁹⁶ Zitiert nach: Ebd., S. 18-19 und 62.

⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 62 (Zitat) und 69-73.

die einfache Mehrheit genüge, um zu einer Sonderschulform zu kommen. Schließlich erwecke der Antrag den Anschein, als solle zu jener Schulform zurückgekehrt werden, die am 1. Oktober 1918 in Sachsen vorhanden gewesen sei. Wenn man den Antrag wörtlich nehme, so werde plötzlich eine ganz neue, eine vierte Schulform eingeführt und der Eindruck hervorgerufen, als ob die verschiedenen Schultypen, die das Gesetz bereits vorsehe, nicht genügten, so daß es notwendig sei, die immerhin etwas unklare Schulform, wie sie damals in Sachsen bestanden habe, zu verewigen. Daß dies aber wohl nicht der Zweck des Antrags sei, gehe aus der Begründung hervor, aus der man die Überzeugung gewinnen müsse, daß der Antrag den Sinn habe, die Bekenntnisschule des Entwurfs für Sachsen auf Grund der einfachen Mehrheit einzuführen. Das sei dann aber kein Akt der Wiedergutmachung, sondern die Schaffung von etwas Neuem in Sachsen. Von der sächsischen Bevölkerung würde es zweifellos als ein Unrecht, als eine Verschärfung des Schulkampfes aufgefaßt werden, wenn man von Reichs wegen Ausnahmebestimmungen für Sachsen schaffen wollte, während man für die Erhaltung der nach Bekenntnissen nicht getrennten Volksschule in anderen Ländern eintrete. Der Bildungsausschuß des Reichstags sei allein dazu berufen, allgemeine Grundsätze für die Landesgesetzgebung aufzustellen; er habe aber nicht das Recht, eine Spezialgesetzgebung für Sachsen zu machen. So sei ein sachliches Motiv nicht zu erkennen, für Sachsen die Gemeinschaftsschule, die der Gesetzentwurf bringe, nicht in gleichem Umfange wie in anderen Ländern einzuführen.⁹⁸

Nachdem am 29. Januar 1928 in Dresden eine öffentliche Protestkundgebung gegen die *Lex saxoniae* stattgefunden hatte⁹⁹, war die Angelegenheit am 31. Januar 1928 auch Gegenstand im Sächsischen Landtag. Hier erklärten wiederum KPD, SPD und DDP ihre Gegnerschaft und auch Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) bekräftigte nochmals die ablehnende Haltung der sächsischen Regierung.¹⁰⁰

In Bezug auf die Anerkennung als Simultanschulland hatte Sachsen zwischen erster und zweiter Lesung im Reichsrat die Bedenken der Reichsregierung erfahren, die darin bestanden, daß in Sachsen noch 14 Minderheitsschulen bestanden und auch kein Herkommen auf diesem Gebiete vorhanden sei. Diese Gründe konnte Sachsen als stichhaltig nicht anerkennen, weshalb es einen Antrag auf Anerkennung als Simultanschulland stellte, der dann mit großer Mehrheit im Reichsrat Annahme fand.¹⁰¹ Da der dem Reichstag vorgelegte Reichsschulgesetzentwurf der ursprüngliche Regierungsentwurf war, mußte Sachsen seine Ansprüche erneuern. Die Frage, ob ein Land unter die besondere Schutzbestimmung des Artikels 174 Satz 2 RV falle, müsse als eine reine Rechtsfrage behandelt und beantwortet werden. Deshalb sei lediglich zu prüfen, ob am 14. August 1919 eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule bestanden habe. Sachsen habe in dieser Hinsicht einen günstigen Stand.¹⁰² Gleichwohl wurde in einer Referentenbesprechung im Kultusministerium am 3. September 1927 eingeräumt, daß es für Sachsens Absichten nachteilig sein könnte, daß durch das tatsächliche Fortbestehenlassen der katholischen Volksschulen der seit 1919 vorhandene Zustand einer Bekenntnistrennung angenähert worden sei.¹⁰³ Doch schließlich wurde im

⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 62-65, 73-75, 82-84 und 89-92; Dresdner Anzeiger, 1927, Nr. 577; LLZ, 1927, S. 1001-1003 und 1026-1029; SSZ, 1928, S. 58-62.

⁹⁹ Diese war einberufen worden von Minister a. D. Prof. Dr. Richard Seyfert, Minister a. D. Kreishauptmann Wilhelm Buck, Bezirksschulrat Dr. Kraner, Reichsminister a. D. Dr. Wilhelm Külz und Minister a. D. Landtagspräsident Albert Schwarz. Seine Teilnahme abgesagt hatte auf innerparteilichen Druck hin Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP). Die Veranstaltung endete mit der Annahme einer Entschließung „gegen die beabsichtigten Gewaltakte des Bildungsausschusses“. Vgl. SSZ, 1928, S. 57-66; LLZ, 1928, S. 60-63, Zitat: S. 63. Siehe auch Rocks, Wolfgang: Der Kampf der KPD und SPD im Kreise Pirna gegen den Reichsschulgesetzentwurf Keudells (1927), S. 221-224.

¹⁰⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2275, H. 62 und 63; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 601 (vom 13. Dezember 1927); 616 (vom 19. Dezember 1927) und 623 (vom 20. Dezember 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 62. Sitzung vom 31. Januar 1928, S. 2205-2245; Ebd., 63. Sitzung vom 2. Februar 1928, S. 2248; SSZ, 1927, S. 913-917; SSZ, 1928, S. 106-110. Zur Entschließung des Vorstands des Sächsischen Lehrervereins zur Ausnahmegesetzgebung gegen Sachsen siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 2274, Bl. 472-473; Ebd., 11125, Nr. 13891, Bl. 20-29; LLZ, 1927, S. 1025.

¹⁰¹ Vgl. Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 45-46 und 51.

¹⁰² Vgl. Ebd., S. 40-41 und 114.

¹⁰³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13891, Bl. 47. Schon in einer Instruktion an die Gesandtschaft in Berlin vom 5. April 1921 war es dem damaligen Kultusminister Hermann Fleißner (USPD) zumindest zweifelhaft erschienen, ob die Voraussetzungen von Artikel 174 Satz 2 RV gegeben waren, „da sich inzwischen die Verhältnisse im Lande so verändert“ hätten. Vgl. Ebd., 10719, Nr. 1005, Bl. 10.

Bildungsausschuß gegen die Stimmen von Zentrum, DNVP und Wirtschaftspartei eine Fassung des § 20 angenommen, der die in Frage kommenden Simultanschulländer nicht explizit aufzählte und mit einer Übergangsfrist bedachte, sondern nach welchem es in jenen Gebieten des Reiches, in denen einen nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule gesetzlich oder nach Herkommen bestand, es bei dieser Rechtslage zu verbleiben hatte.¹⁰⁴ Damit hätten Sachsens Bestrebungen Befriedigung gefunden. Bei etwaigen Zweifeln oder Meinungsverschiedenheiten hätte die Reichsregierung später nach Artikel 13 Absatz 2 RV eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeiführen können.

Nachdem auf der Schlußsitzung des Bildungsausschusses am 15. Februar 1928 das Scheitern des Entwurfs förmlich festgestellt worden war, war damit von Reichs wegen die Gefahr der Zerschlagung des sächsischen Volksschulwesens in Regelschule und Sonderschulformen gebannt.

III. Zusammenfassung

In der Weimarer Republik verfügte das Reich im Bereich des Schulwesens über die Kompetenz der Grundsatzgesetzgebung. In den Verhandlungen zum Reichsschulgesetz, das der Ausführung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen dienen sollte, war Sachsen stets für die Anerkennung seiner Volksschulen als Gemeinschaftsschulen eingetreten, um einer Zersplitterung des sächsischen Schulwesens durch Einrichtung von Sonderschulformen möglichst vorzubeugen. Es zeigte sich freilich, daß aufgrund des Bestehens vielfältiger gegensätzlicher Anschauungen ein Reichsschulgesetz – mit Ausnahme der Reichsgrundschulgesetze – nicht zu bewerkstelligen war. So blieb das Schulwesen weiter der einzelstaatlichen Regelung überlassen, mit der Folge, daß sich in diesem Bereich zum Ende der Weimarer Republik trotz vermittelnder Tätigkeit des Reichsministeriums des Innern eine größere Unübersichtlichkeit und Verschiedenheit zwischen den Ländern ergab als zu Beginn.

¹⁰⁴ Vgl. Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 19.

C. Die Staats- und Schulverwaltung Sachsens

Aufgrund des engen Zusammenhangs von Staatsreform und Volksschulreform, der im Bereich der Schulaufsicht auch nach 1918 von Bedeutung war, wird zunächst ein kursorischer Überblick zum Verwaltungsaufbau Sachsens geboten. Sodann folgt eine Darstellung der oberen Schulbehörden.

I. Die Staatsverwaltung

Mit dem Übergang zur konstitutionellen Monarchie¹⁰⁵ reformierte das Königreich Sachsen schrittweise seine Verwaltung, um dem Staatswesen eine einheitliche und zweckmäßige Gliederung zu verleihen.¹⁰⁶ Am Beginn stand hier die Verfassungsurkunde vom 4. September 1831, welche die Ministerialorganisation auf zentraler Verwaltungsebene einführte.¹⁰⁷ Dem folgte 1835 die Neuorganisation der mittleren Verwaltungsbehörden mit Auflösung der fünf alten Kreishauptmannschaften, an deren Stelle vier Kreisdirektionen traten.¹⁰⁸ Mit Aufhebung der Ämter durch neu gebildete Gerichtsamtsbezirke wurde im Jahr 1855 die Verstaatlichung der Gerichtsbarkeit durchgeführt.¹⁰⁹ Nach der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 und des Deutschen Reichs 1871 fand dieser Prozeß in einer zweiten Reformphase¹¹⁰ mit dem Behördenorganisationsgesetz vom 21. April 1873, das die endgültige Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf der untersten Verwaltungsebene herbeiführte, seinen Abschluß.¹¹¹ Mit der Eingliederung der Schönburgischen Rezeßherrschaft¹¹² in den sächsischen Staat im Jahr 1878¹¹³ war der Verwaltungsaufbau im Königreich schließlich vollendet, und er blieb in dieser Form auch in der Weimarer Republik grundsätzlich erhalten.¹¹⁴

¹⁰⁵ Vgl. Hammer, Michael: Volksbewegung und Obrigkeiten.

¹⁰⁶ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Die Verwaltung in Sachsen und Thüringen, S. 778-797; Ders.: Königreich Sachsen und thüringische Staaten, S. 608-644; Ders.: Die Ausbreitung des Staates in Sachsen, S. 102-109; Grohmann, Ingrid und Volker Jäger: Regionale kursächsische Verwaltung, S. 457-469; Klein, Thomas: Sachsen; Lommatzsch, Georg: Die [...] Veränderungen in der Verwaltungseinteilung, S. 84-86; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 92ff.; Oettel, Andreas: Zur Verwaltungsgliederung Sachsens, S. 79-92; Ders.: Zur Verwaltungsgeschichte Sachsens, S. 69-98; Richter, Franz Helmut: Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, S. 120ff.; Ruhland, Volker: Verwaltungsgeschichte Sachsens, S. 46-87; Schmidt, Gerhard: Zur Staats- und Verwaltungsreform, S. 47-52; Ders.: Die Zentralverwaltung Sachsens, S. 19-42 und 113-134; Ders.: Die sächsischen Amtshauptmannschaften, S. 14-36; Ders.: Reformbestrebungen in Sachsen; Ders.: Die Staatsreform in Sachsen; Wyduckel, Dieter: Die Entwicklung der Staats- und Kommunalverwaltung, S. 19-43; Ders.: Der Verwaltungsaufbau und das Verwaltungsverfahren, S. 79-91.

¹⁰⁷ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 241ff. Abdruck in Drehwald, Suzanne und Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, S. 141-153; Näf, Werner: Staatsverfassungen und Staatstypen, S. 18-57; Stober, Rolf: Quellen zur Entstehungsgeschichte, S. 7-30. Zum historischen Kontext siehe Badura, Peter: Die Verfassungsgeschichte des Königreichs Sachsen, S. 6-10; Belling, Dirk: Die Entwicklung der polizeilichen Aufgaben, S. 31-37; Blaschke, Karlheinz: Die sächsische Verfassung von 1831, S. 306-310; Böckstiegel, Elke: Volksrepräsentation in Sachsen, S. 57ff.; Drehwald, Suzanne und Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, S. 16-34; Graul, Andreas: Modernes Staatswesen und Industrialisierung, S. 61-72; Groß, Reiner: Die sächsische Verfassung vom 4. September 1831, S. 71-77; Ders.: Verfassungen deutscher Territorialstaaten, S. 399-401; Kretzschmar, Hellmut: Die sächsische Verfassung, S. 207-248; Matzerath, Josef: 1831 – Die konstitutionelle Monarchie als Beginn der Moderne, S. 153-165; Ders.: „Wenn sie auch nicht mehr ferner proprio jure hier sein könnten.“, S. 119-139; Ders.: Vom König gewährt, S. 66-70; Müller, Winfried: Zwischen Stagnation und Modernität, S. 179-210; Neemann, Andreas: Landtag und Politik in der Reaktionszeit, S. 19ff.; Reinhardt, Paul: Die sächsischen Unruhen der Jahre 1830-1831; Sächsischer Landtag (Hrsg.): Festveranstaltung „175 Jahre sächsische Verfassung“; Theise, Frank: Verfassung, Parlament und Justiz im Königreich Sachsen, S. 443-451.

¹⁰⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 237ff.

¹⁰⁹ Vgl. Ebd., 1855, S. 144ff.; Ebd., 1856, S. 243ff.; Werthmann, Sabine: Vom Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit, S. 59-64.

¹¹⁰ Vgl. Dietrich, Richard: Die Verwaltungsreform in Sachsen, S. 49-85.

¹¹¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 275ff. und Ausführungsverordnung hierzu vom 20. August 1874 (GVBl. S. 113ff.); Goldt, Christoph: Parlamentarismus im Königreich Sachsen, S. 227-239.

¹¹² Vgl. Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 129, Fußnote 178; Schlesinger, Walter: Die Landesherrschaft der Herren von Schönburg; Wetzel, Michael: Das Schönburgische Amt Hartenstein.

¹¹³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1878, S. 393ff.; Matzerath, Josef: „Sachsen zweiter Classe“, S. 18-22.

¹¹⁴ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Sachsen und Thüringen, S. 593; Clauß, Kurt: Grundzüge des sächsischen Verwaltungsrechtes; Groß, Reiner: Geschichte Sachsens, S. 260-262; Merkel, Erich und Martin Böhme: Der Gemeindebeamte; Mosel, Curt von der: Handwörterbuch des Sächsischen Verwaltungsrechts; Naumann, Kurt Emil und Johannes Köhler (Hrsg.): Sächsisches Gemeindehandbuch; Tetzner, Hartwig: Grundriß des sächsischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts; Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen, S. 70-83.

Auf der zentralen Verwaltungsebene beseitigte die Verfassung 1831 das Geheime Kabinett, den Geheimen Rat und die kollegialischen Oberbehörden. An deren Stelle traten – wie in Preußen – sechs Fachministerien: die Ministerialdepartements der Justiz, der Finanzen, des Innern, des Krieges, des Kultus und der auswärtigen Angelegenheiten.¹¹⁵ Die Vorstände aller Ministerien bildeten das Gesamtministerium als oberste kollegiale Staatsbehörde.¹¹⁶ Die Geschäftsverteilung zwischen den büromäßig geleiteten Ministerien wurde in der „Verordnung, die Einrichtung der Ministerial-Departements und die darauf Bezug habenden provisorischen Vorkehrungen betreffend“ vom 7. November 1831 getroffen.¹¹⁷ Diese Grundstruktur blieb bis zum Ende des Königreiches weitgehend unverändert; erst zum Jahresende 1918 setzte ein differenzierter Ausbau der Ministerialorganisation ein.¹¹⁸ Mit der Verfassung des Freistaats Sachsen vom 1. November 1920 wurde schließlich das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt.¹¹⁹

Nachdem durch die Schaffung der Ministerialdepartements auf zentraler Ebene eine klare Verteilung der Aufgaben verwirklicht worden war, machte sich in der Folge eine Neuordnung auch der Regionalbehörden notwendig. Am 6. April 1835 wurde die „Verordnung wegen Errichtung von Kreisdirektionen“¹²⁰ erlassen, die die bisherigen Kreishauptmannschaften auflöste und an deren Stelle vier Kreisdirektionen setzte. Diese wiederum wurden zum 15. Oktober 1874 durch neu gebildete Kreishauptmannschaften ersetzt.¹²¹ Sie bestanden wie ihre Vorgänger zunächst in Bautzen, Dresden, Leipzig und Zwickau.¹²² Im Jahr 1900 entstand als Abspaltung von der Kreishauptmannschaft Zwickau noch die Kreishauptmannschaft Chemnitz.¹²³

Mit der Verwaltungsreform 1873/1874 veränderte sich auch der Charakter der Amtshauptmannschaften. Sie waren nun nicht mehr neben den Kreisdirektionen bestehende zweite Mittelbehörden mit Kontrollfunktionen, sondern eigenständige untere staatliche Lokalbehörden.¹²⁴ Für die Landgemeinden¹²⁵

¹¹⁵ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 250, § 41.

¹¹⁶ Diese legte die einheitlichen Richtlinien für die Verwaltung fest, begutachtete die Gesetzesvorlagen, regelte Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Ministern und wirkte als beratendes Organ des Königs. Vgl. Glühmann, Günter: Die Organisation und Funktionsverteilung, S. 18-21.

¹¹⁷ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 323ff.

¹¹⁸ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Sachsen und Thüringen, S. 587-592; Glühmann, Günter: Die Organisation und Funktionsverteilung, S. 22-56; Gaul, Andreas: Modernes Staatswesen und Industrialisierung, S. 72-75; Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen, S. 70-77.

¹¹⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1920, S. 445ff. Abdruck in Drehwald, Suzanne und Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, S. 153-156; Landtagsbüro (Hrsg.): Handbuch des Landtags des Freistaates Sachsen, S. 71-85; Stober, Rolf: Quellen zur Entstehungsgeschichte, S. 35-43; Wittreck, Fabian: Weimarer Landesverfassungen, S. 513-523; Wölker, Konrad: Die Verfassung des Freistaates Sachsen. Zur Entstehung der Verfassung siehe Drehwald, Suzanne und Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, S. 48-54; Frackowiak, Johannes: Soziale Demokratie als Ideal, S. 26ff.; Groß, Reiner: Geschichte Sachsens, S. 256-258; Kirsch, Günter: Vom vorläufigen Grundgesetz vom Februar 1919 zur Verfassung für den Freistaat Sachsen vom November 1920, S. 297-299; Lechler, Frank: Parlamentsherrschaft und Regierungsstabilität, S. 160-165. Siehe auch Reichelt, Erich: Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung; Woelker, Joachim: Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung.

¹²⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 237ff.

¹²¹ Vgl. Ebd., 1873, S. 280, § 22; Ebd., 1874, S. 113-114, § 1. Die Kreishauptmannschaften waren die unmittelbar delegierten Organe der Staatsregierung für die innere Staatsverwaltung. Als solche führten sie die Aufsicht über die Tätigkeit und Geschäftsverwaltung sämtlicher dem Ministerium des Innern (bzw. später dem Wirtschafts- und dem Arbeitsministerium) untergeordneten Behörden. Gemäß der Reichs- oder Landesgesetzgebung entschieden sie erstinstanzlich in allen Angelegenheiten, die ihnen als höhere Verwaltungsbehörde oder Regierungsbehörde übertragen waren. Das galt auch bei allen Administrativjustizstreitigkeiten, an denen eine Stadt mit Revidierter Städteordnung beteiligt war, oder zwischen Verwaltungsbezirken, die nicht zu ein und derselben Amtshauptmannschaft gehörten. Zweitinstanzlich waren sie zuständig für Rekurse und Beschwerden gegen Entscheidungen und Verfügungen der Amtshauptmannschaften und der Bezirksausschüsse, der Polizeidirektion zu Dresden, des Polizeiamtes zu Leipzig sowie der Stadträte mit der Revidierten Städteordnung. Vgl. Ebd., 1873, S. 280, § 23.

¹²² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 120-122.

¹²³ Vgl. Ebd., 1900, S. 481ff.

¹²⁴ Die Amtshauptmannschaften waren die erstinstanzlichen Organe der Landesverwaltung in allen Angelegenheiten, für welche nicht die Gemeindebehörden zuständig oder besondere Organe bestellt waren. Sie vereinigten in ihrer Kompetenz Aufgaben, die bis dahin auf verschiedene Verwaltungsinstanzen, namentlich den Amtshauptleuten, den Gerichtsämtern sowie den Straßen- und Wasserbaukommissionen, verteilt gewesen waren. Vgl. Schmidt, Gerhard: Die sächsischen Amtshauptmannschaften, S. 17-22.

sowie die Städte mit der Städteordnung für kleine und mittlere Städte¹²⁶ fungierten sie als staatliche Aufsichtsbehörden.¹²⁷ In den Städten mit Revidierter Städteordnung¹²⁸ übten sie dagegen nur geringe Aufsichtsfunktionen aus.¹²⁹ Die bezirksfreien Städte waren der amtschauptmannschaftlichen Zuständigkeit vollständig entzogen.¹³⁰ Zunächst bestanden seit 15. Oktober 1874 25 Amtshauptmannschaften.¹³¹ Aus den eingegliederten Schönburgischen Rezeßherrschaften entstand 1878 die Amtshauptmannschaft Glauchau.¹³² 1880 teilte man die Amtshauptmannschaft Dresden in die beiden Amtshauptmannschaften Dresden-Alttadt und Dresden-Neustadt.¹³³ Im Jahr 1924 wurden sie wieder vereinigt.¹³⁴ 1910 entstand die Amtshauptmannschaft Stollberg durch Abspaltung von der Amtshauptmannschaft Chemnitz.¹³⁵ In Werdau wurde 1919 ein amtschauptmannschaftliches Zweigamt gegründet, das 1920 den Status einer selbständigen Amtshauptmannschaft erhielt.¹³⁶ Zum 1. März 1933 wurde diese wiederum der Amtshauptmannschaft Zwickau angeschlossen.¹³⁷ Aus Kostengründen erfolgte im Jahr 1932 die Verschmelzung der Amtshauptmannschaften Dresden und Bautzen zur Amtshauptmannschaft Dresden-Bautzen.¹³⁸

II. Die Schulverwaltung

Die Schulaufsicht¹³⁹ im Königreich Sachsen war im 19. Jahrhundert zunächst vierstufig. In den Gemeinden existierte ein Ortsschulvorstand¹⁴⁰ mit dem Lokalschulinspektor¹⁴¹, die der Distriktschulinspektion mit dem Distriktschulinspektor unterstanden. Über diesen rangierte die Kreisschulbehörde, die wiederum dem Kultusministerium bzw. zuletzt den in Evangelicis beauftragten Staatsministern verantwortlich war.¹⁴² Mit der Verwaltungsreform und der damit verbundenen Trennung von Kirche und Schule wurde dieses System 1873/1874 in ein dreistufiges verwandelt.

1. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts (Ministerium für Volksbildung)

Mit Einführung der Ministerialdepartements im Jahr 1831 wurde als oberste staatliche Aufsichtsbehörde über die Kirchen aller Konfessionen und über das Schulwesen das Ministerium des Kultus und öffentli-

¹²⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 328ff. und Abänderungsgesetz hierzu vom 11. Juli 1913 (GVBl. S. 280ff.). Abdruck in Bosse, Hans Alexander von (Hrsg.): Königlich Sächsische Revidierte Landgemeindeordnung, S. 1-88.

¹²⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 321ff.

¹²⁷ Als solche entschieden sie in erster Instanz in Administrativjustizsachen sowie über Rekurse und Beschwerden gegen die Entschlüsse der Gemeindebehörden. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 276, § 6.

¹²⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 295ff.

¹²⁹ Vgl. Clauß, Kurt: Grundzüge des sächsischen Verwaltungsrechtes, S. 6

¹³⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 277, § 9. Bezirksfrei (exemt) waren zunächst nur die Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz (Ebd.). Zwischen 1907 und 1935 entschieden sich noch 19 Mittelstädte für die Bezirksfreiheit; namentlich 1907 Plauen und Zwickau (GVBl. 1906, S. 90); 1915 Bautzen, Freiberg, Meißen und Zittau (GVBl. 1914, S. 471); 1924 Aue, Crimmitschau, Döbeln, Freital, Glauchau, Meerane, Mittweida, Pirna, Reichenbach, Werdau und Wurzen (GBL. S. 561); sowie 1935 Radebeul. Vgl. Ulbricht, Gunda: Die exemten Mittelstädte Sachsens, S. 183-196.

¹³¹ Namentlich zu Annaberg, Auerbach, Bautzen, Borna, Chemnitz, Dippoldiswalde, Döbeln, Dresden, Flöha, Freiberg, Grimma, Großenhain, Kamenitz, Leipzig, Löbau, Marienberg, Meißen, Ölsnitz, Oschatz, Pirna, Plauen, Rochlitz, Schwarzenberg, Zittau und Zwickau. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 120-123.

¹³² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1878, S. 403f.

¹³³ Vgl. Ebd., 1880, S. 109ff.

¹³⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 405.

¹³⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 155ff.

¹³⁶ Vgl. Ebd., 1920, S. 259.

¹³⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1933, S. 243.

¹³⁸ Vgl. Grohmann, Ingrid: Das Ende der regionalen Verwaltung, S. 5.

¹³⁹ Zu Begriff und Geschichte der Schulaufsicht siehe Kurtz, Dietmar: Zur Geschichte der Schulaufsicht im deutschsprachigen Raum.

¹⁴⁰ Siehe Kapitel D. IV. 2.

¹⁴¹ Siehe Kapitel D. III. 1. und D. VI. 1. a.

¹⁴² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 342, § 147; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 126-132.

chen Unterrichts begründet.¹⁴³ Die Geschäftsbereiche der neu eingerichteten Ministerien regelte die „Verordnung, die Einrichtung der Ministerial-Departements und die darauf Bezug habenden provisorischen Vorkehrungen betreffend“ vom 7. November 1831.¹⁴⁴ In die Zuständigkeit des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts fielen alle in § 57 der Verfassung begriffenen Angelegenheiten sämtlicher Konfessionen¹⁴⁵; die Wahrnehmung der nach § 60 der Verfassung dem Staate zustehenden Gerechtsame über alle Stiftungen, sofern sie nicht die Versorgung der Armen und Kranken zum Zweck hatten (und daher vom Ministerium des Innern zu beaufsichtigen waren), oder nach den Fundationsurkunden die Aufsicht anderen Behörden zustand; alle Etats der Kirchen und Schulen; die Aufsicht über das Unterrichtswesen mit Einschluß aller Erziehungs- und Bildungsanstalten, welche dem Ressort anderer Ministerien angeschlossen waren; die Bestätigung der Vereine zu wissenschaftlichen Zwecken; und vorerst noch die Zensurangelegenheiten, die erst 1836 an das Ministerium des Innern übergingen^{146, 147}. In Bezug auf die evangelisch-geistlichen sowie Schulangelegenheiten trat das Kultusministerium in alle vormaligen Geschäfte und Befugnisse des Kirchenrates in den inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche ein, und es konnte daher die Mitwirkung und den Beirat der geistlichen Mitglieder des Oberkonsistoriums in Anspruch nehmen. Die vom Kirchenrat ausgeübte geistliche Gerichtsbarkeit wurde jedoch provisorisch dem Oberkonsistorium (bis zu dessen Auflösung 1835) überwiesen. Ebenso sollte die Bestätigung und Verpflichtung der berufenen Kirchen- und Schuldienere, soweit dies bisher vom Kirchenrat geschehen war, durch das Oberkonsistorium erfolgen, sowie die Leitung und besondere Beaufsichtigung der Schullehrerseminare bei der dazu bestehenden Kommission verbleiben.¹⁴⁸

¹⁴³ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 250 (§ 41 Absatz 1) und 323-324 (§ 1); Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 98-102; Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 193; Schmidt, Gerhard: Die Zentralverwaltung Sachsens, S. 26; Ders.: Die Staatsreform in Sachsen, S. 225-231; Ders.: Ordnungsarbeiten, S. 15-21. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Aufsicht über die Kirchen- und Schulangelegenheiten durch den Kirchenrat und das Oberkonsistorium in Dresden sowie durch weitere regionale Konsistorien ausgeübt. Über ihnen stand das Geheime Konsilium bzw. seit 1817 der Geheime Rat. – Das Amt des sächsischen Kultus- bzw. Volksbildungsministers bekleideten von 1831 bis zur Novemberrevolution 1918 folgende Persönlichkeiten [biographische Angaben]: *Dr. Johann Christian Gottlieb Müller* (1831–1836) [vgl. Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 98, Fußnote 47] – *Hans Georg von Carlowitz* (1836–1840) [vgl. Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 99, Fußnote 50; Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 1, S. 198] – *Eduard von Wietersheim* (1840–1848) [vgl. Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 2, S. 1186] – *Prof. Dr. Ludwig Freiherr von der Pfordten* (1848) [vgl. Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 2, S. 977; Franz, Eugen: Ludwig Freiherr von der Pfordten] – *Friedrich Ferdinand Freiherr (Graf) von Beust* (1849–1853) [vgl. Flöter, Jonas: Friedrich Ferdinand Freiherr (seit 1868 Graf) von Beust] – *Johann August Heinrich von Bebr* (1853–1858) [vgl. Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 1, S. 85] – *Dr. Dr. Johann Paul Freiherr von Falkenstein* (1858–1871) [vgl. Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 1, S. 310-311] – *Prof. Dr. Carl Friedrich Wilhelm von Gerber* (1871–1891) [vgl. Bürger, Jödis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber] – *Dr. Dr. h. c. Paul von Seydewitz* (1892–1906) [vgl. Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 2, S. 1108] – *Richard Freiherr von Schlieben* (1906–1907) [vgl. SSZ, 1907, S. 768-769] – *Dr. Dr. Heinrich Gustav von Beck* (1908–1918) [vgl. Müller, Uwe: Heinrich Gustav (seit 1918 von) Beck; SSZ, 1907, S. 768-769; LLZ, 1907/1908, S. 232-234] – *Alfred von Nostitz-Wallwitz* (1918) [vgl. Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch, Bd. 2, S. 928]. Vgl. Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 203; Drehwald, Suzanne und Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, S. 175; Klein, Thomas: Sachsen, S. 113-114; Meyer, Johannes: Ein Jahrhundert sächsische Schulgeschichte; Müller, Georg: Die sächsischen Kultusminister, S. 80-84; Ders.: Hundert Jahre Sachsens Ministerium des Kultus, S. 193-219; Scheuffler, ...: Sächsische Kultusminister, Sp. 582-586 und 631-633.

¹⁴⁴ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 323ff. Die Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 enthielt zunächst nur die Bezeichnung Ministerium des Kultus; erst die Verordnung vom 7. November 1831 nannte das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

¹⁴⁵ § 57 lautet: „(1) Der König übt die Staatsgewalt über die Kirchen (jus circa sacra), die Aufsicht und das Schutzrecht über dieselben nach den diesfallsigen gesetzlichen Bestimmungen aus, und es sind daher namentlich auch die geistlichen Behörden aller Confessionen der Oberaufsicht des Ministeriums des Cultus untergeordnet. (2) Die Anordnungen im Betreff der innern kirchlichen Angelegenheiten bleiben der besonderen Kirchenverfassung einer jeder Confession überlassen. Insbesondere wird die landesherrliche Kirchengewalt (jus episcopale) über die evangelischen Glaubensgenossen, so lange der König einer andern Confession zugethan ist, von der § 41 bezeichneten Ministerialbehörde ferner in der zeitherigen Maße ausgeübt.“ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 252-253. Die Oberaufsicht über den Kultus und die Schulen der Juden erhielt das Ministerium durch Verordnung vom 20. Dezember 1834. Vgl. Sammlung der Gesetze und Verordnungen, 1834, S. 540ff.

¹⁴⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1836, S. 278ff.

¹⁴⁷ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 328, § 4 E Absatz 1.

¹⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 328-329, § 4 E Absatz 2 und 3.

Neben dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts bestand eine weitere Behörde für kirchliche Angelegenheiten, die ihre Existenz dem Umstand zu verdanken hatte, daß der Landesherr nicht der evangelischen Konfession angehörte. Nachdem Kurfürst Friedrich August I. zum Katholizismus übergetreten war, konnte er das evangelische Kirchenregiment¹⁴⁹ nicht mehr persönlich ausüben, weswegen er per Nebeninstruktion vom 21. Dezember 1697¹⁵⁰ die Evangelischen Wirklichen Geheimen Räte mit seiner Vertretung beauftragte.¹⁵¹ Diesen Auftrag in Evangelicis¹⁵² übernahm 1831 der Kultusminister, welcher stets das evangelische Glaubensbekenntnis haben mußte, in Gemeinschaft mit wenigstens zwei weiteren evangelischen Mitgliedern des Gesamtministeriums.¹⁵³ Während zunächst sämtliche evangelische Minister den Auftrag in Evangelicis ausübten, nahmen ihn seit 1840 ohne weitere öffentliche Bekanntmachung allein die vier Minister der Justiz, der Finanzen, des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts wahr.¹⁵⁴ Die Minister in Evangelicis übten bis 1918¹⁵⁵ in kollegialischer Beratung und Entschließung die gesamte Leitungstätigkeit über die Evangelisch-lutherische Landeskirche aus. Die Ressortverhältnisse zwischen ihnen sowie dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts regelte das Regulativ vom 12. November 1837.¹⁵⁶

Während in den ersten 40 Jahren seines Bestehens zunächst die kirchlichen Aufgaben des Kultusministeriums den Vorrang vor den Schulangelegenheiten hatten, änderte sich dies 1873/1874 mit der Trennung von kirchlicher und staatlicher Verwaltung.¹⁵⁷ Alle Geschäfte und Befugnisse des evangelisch-lutherischen Kirchenregiments gingen per Kirchengesetz vom 15. April 1873¹⁵⁸ auf ein neues erweitertes Landeskonsistorium über, das im Gegensatz zu seinem Vorgänger¹⁵⁹ eine oberste Verwaltungsbehörde

¹⁴⁹ Vgl. Brandenburg, Erich: Zur Entstehung des landesherrlichen Kirchenregiments, S. 195-237; Pallas, K.: Die Entstehung des landesherrlichen Kirchenregiments, S. 129-171; Bünz, Enno und Christoph Volkmar: Das landesherrliche Kirchenregiment, S. 89-109.

¹⁵⁰ Vgl. Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Codex des [...] Kirchen- und Schulrechts, 1890, S. 152.

¹⁵¹ Vgl. Vötsch, Jochen: Kursachsen, das Reich und der mitteldeutsche Raum, S. 21-45; Wyduckel, Dieter: Staats- und religionsrechtliche Probleme, S. 196; Rosseaux, Ulrich: 1697 – Politik und Konfession, S. 119-135.

¹⁵² Zur Herausbildung der Institution der Minister in Evangelicis und der Stellung des Kultusministers unter denselben siehe Bürger, Jödis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber, S. 95-111.

¹⁵³ Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 250 (§ 41 Absatz 3) und 329 (§ 4 E Absatz 4).

¹⁵⁴ Vgl. Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Codex des [...] Kirchen- und Schulrechts, 1890, S. 151-152, Fußnote 12.

¹⁵⁵ Nachdem das Gesamtministerium im Aufruf der Regierung vom 18. November 1918 erklärt hatte, daß die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen sei, hatte dasselbe aufgehört, Behörde der Kirche zu sein. In einem Schreiben an das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium vom 26. November 1918 wurde daher festgestellt, daß die in Evangelicis beauftragten Staatsminister nicht mehr existierten. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2459. Die ihnen in der kirchlichen Gesetzgebung zugewiesenen Geschäfte gingen aufgrund des „Kirchengesetz[es], die einstweilige Führung des evangelisch-lutherischen Kirchenregiments betreffend“ vom 10. Juni 1919 (GVBl. S. 107) auf das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium und die sechs Mitglieder des ständigen Synodalausschusses über. Die Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen vom 29. Mai 1922, die zum 1. Oktober 1926 in Kraft trat, bewirkte dann eine Aufteilung dieser Befugnisse auf das Landeskonsistorium, die Landessynode bzw. den Synodalausschuß und den Landeskirkenausschuß. Vgl. Verordnungsblatt des Evangelisch-Lutherischen Landesconsistoriums, 1922, S. 35ff.; Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 339.

¹⁵⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1837, S. 103ff.; SächsHStAD, 11125, Nr. 10363.

¹⁵⁷ Die aus der Reformationszeit herrührende Verbindung der Kirche mit dem Landesfürstentum und die daraus resultierende Ausbildung des landesherrlichen Kirchenregiments ließ die evangelische Landeskirche in Sachsen zu einem Zweig der Staatsverwaltung werden. Die allgemeine Staatsreform nach 1830 hatte eine Neuordnung auch der Kirchenbehörden zur Folge. Vgl. Blanckmeister, Franz: Sächsische Kirchengeschichte, S. 375-379; Schmidt, Gerhard: Das Verhältnis von Staat und Kirche, S. 399-406; Thomas, Ralf: Wirkungen der Reformation, S. 37-45.

¹⁵⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 376ff.; Bürger, Jödis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber, S. 52-61 und 138-151; Herzog, Heinrich: Beitrag zur Geschichte des sächsischen Konsistorialgesetzes, S. 149-211.

¹⁵⁹ An die Stelle des Oberkonsistoriums zu Dresden und des Konsistoriums zu Leipzig war 1835 als neue mittlere – auf der Ebene der Kreisdirektionen angesiedelte – Staatsverwaltungsbehörde für die Angelegenheiten der Evangelisch-lutherischen Landeskirche ein Landeskonsistorium getreten, das vor allem eine Prüfungs- und Ordinationsbehörde mit geringem Einfluß war. Es führte unter der Oberaufsicht des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts die Aufsicht über die Bestellung des geistlichen Amtes und konnte bei allen allgemeinen dogmatischen oder liturgischen Angelegenheiten und bei wesentlichen Änderungen der Kirchenverfassung mit beratender Stimme gehört werden. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 246-247, §§ 11-15; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 129-130; Pfeiffer, Johannes: Die Entwicklung der sächsischen Kirchenverfassung.

und als solche den einzelnen Fachministerien nebengeordnet war.¹⁶⁰ Das Landeskonsistorium stand unter der allgemeinen staatlichen Oberaufsicht der in Evangelicis beauftragten Staatsminister und hatte im Hinblick auf die Volksschule einzig die Aufsicht über den Religionsunterricht und die sittlich-religiöse Erziehung zu führen.¹⁶¹

Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts übernahm als oberste Schulbehörde die Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Volksschulwesens, indem es die seither von den Kreisdirektionen, dem Gesamtkonsistorium zu Glauchau und den katholisch-geistlichen Behörden in Schulsachen besorgten Geschäfte in sich vereinigte und die Mitwirkung der in Evangelicis beauftragten Staatsminister in den Angelegenheiten der evangelischen Volksschulen erlosch.¹⁶² Mit diesen Neuordnungen und dem Übertritt der Kirchenräte in das Landeskonsistorium erhielt das Ministerium so ein „stark schulisch geprägtes Gesicht“, das sich äußerlich auch in der Einrichtung eigener Referentenstellen für die verschiedenen Schularten ausdrückte.¹⁶³ Das Ministerium bildete die Oberaufsichtsbehörde und letzte Instanz in inneren und äußeren Angelegenheiten auch der höheren Unterrichtsanstalten sowie der Privatunterrichtsanstalten.¹⁶⁴

Das Kultusministerium war im 19. Jahrhundert nach dem Außenministerium das kleinste der sächsischen Ministerien. Nach amtlichen Angaben umfaßte der personelle Stab im Jahr 1832 nur den Staatsminister, drei Geheime Kirchen- und Schulräte sowie je einen Sekretär und Kassierer. Zusätzlich war die Mitwirkung und Unterstützung verschiedener Geistlicher anderer Behörden vorgesehen.¹⁶⁵ 1837 betrug die Zahl der Räte fünf nebst drei deputierten Räten der oberen Justizstellen zur Entscheidung der Administrativjustizsachen. Das Kanzleipersonal war schon auf 13 Personen angewachsen.¹⁶⁶ Für 1874 nennt das Staatshandbuch sieben Ministerialräte (plus einen Hilfsarbeiter), zwei deputierte Räte und 30

¹⁶⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 377, § 4 Absatz 1. Indem dem Kultusministerium in dieser Weise die Verwaltung der inneren kirchlichen Angelegenheiten genommen und dieselbe – wie vor 1835 – einer Kirchenbehörde übertragen wurde, hörte die Vereinigung von *ius circa sacra* und *ius in sacra* auf.

¹⁶¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 376 (§ 1) und 377 (§ 4 Absatz 2).

¹⁶² Vgl. Ebd., S. 372 (§ 36) und 373 (§ 38 Absatz 1); Ebd., 1874, S. 198, § 68. Die Ausübung des staatlichen Oberaufsichtsrechts erstreckte sich auf die Vorbereitung der das Volksschulwesen betreffenden Gesetze und den Erlaß hierauf bezüglicher allgemeiner Anordnungen; die Einrichtung der vom Staate unterhaltenen Lehrerbildungsanstalten, die Anstellung der Direktoren und Lehrer an denselben sowie die Überwachung der aus Privatmitteln errichteten Lehrerbildungsanstalten; die Anstellung und Verpflichtung der Bezirksschulinspektoren, sowie die Ausübung des Vorschlags- bzw. Versetzungsrechts; die Ernennung der Mitglieder der Prüfungskommissionen für Lehrer und Lehrerinnen sowie die Bestellung von Kommissaren für die Abgangsprüfungen der Seminare; die Disziplinargewalt über Lehrer und Lehrerinnen; die Entscheidung über Gesuche um Urlaub für die Bezirksschulinspektoren und Lehrer, für letztere auf länger als vier Wochen; die Entschließung über die Emeritierung von Lehrern und die Feststellung ihres Ruhegehalts; die Verwendung der für Schulzwecke bewilligten Staatsgelder, sowie der zu gleichem Zwecke der obersten Schulbehörde zur Verfügung gestellten Stiftungsfonds; die Entscheidung über Beschwerden gegen die Bezirksschulinspektionen und die fachmännischen Bezirksschulinspektoren sowie über alle gegen deren Verfügungen zuständigen Rechtsmittel; die Genehmigung der Errichtung von Privatunterrichtsanstalten sowie die Verfügung zur Rücknahme solcher Genehmigung; die Aufstellung allgemeiner Lehrnormen und Lehrpläne und die Bezeichnung der zur Einführung geeigneten Lehrmittel und Lehrbücher; die Veranstaltung regelmäßiger Revisionen der mit Landesanstalten verbundenen Volksschulen und außerordentlicher Revisionen anderer Schulen, wobei auf die Wahrung der Gesundheitspflege Rücksicht zu nehmen war. Bei Entschließungen über alle Angelegenheiten bezüglich des Religionsunterrichts oder über kirchendienstliche Verrichtungen und Bezüge hatte sich die oberste Schulbehörde mit der kirchlichen Oberbehörde der betreffenden Konfession in Vernehmung zu setzen. Diese konnte aufgrund ihrer Wahrnehmungen über den Zustand der religiösen Jugendbildung Anträge an das Unterrichtsministerium stellen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 372-373, § 37; Ebd., 1874, S. 198, § 69; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 141-144.

¹⁶³ Vgl. Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 355-357, Zitat: S. 355; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 6.

¹⁶⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 358, § 15; Ebd., 1876, S. 318 (§ 4) und 326 (§ 35). Gegen die im Schulbezirksgesetz vorgeschriebene Stellung des Ministeriums als letztrichterliche Instanz in Schulsachen hatte sich unter anderem der Sächsische Gemeindetag, der die Anfechtungsklage beim Obergerichtsgericht forderte, gewandt. Da der bestehende Zustand keinen Rechtsschutz gegen Verwaltungsmaßnahmen des Volksbildungsministeriums gewähre, sei die Trennung von Verwaltung und Justiz zu erstreben. Dies wurde grundsätzlich auch vom Ministerium befürwortet. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/16, Bl. 65-68 und 70-71; Der Sächsische Gemeindetag, 1929, Sp. 319-322.

¹⁶⁵ Vgl. Übersicht der Königlich Sächsischen Hof-, Staats- und Militärbehörden 1832, S. 57.

¹⁶⁶ Vgl. Staatshandbuch, 1837, S. 389-390.

Angestellte in Ministerialkanzlei und Kassenexpedition.¹⁶⁷ Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs wurde das Ministerium des Kultus in organisatorisch-personeller Hinsicht weiter ausgebaut.¹⁶⁸ Im Zuge der allgemeinen Umgestaltung der Ministerialebene nach 1918 wurde der Geschäftsbereich des Ministeriums in zwei Abteilungen geschieden, die unter Leitung je eines Ministerialdirektors gestellt wurden.¹⁶⁹ Die Zahl der Ministerial-, Oberregierungs- und Regierungsräte wuchs bis 1921 auf 20 an; das weitere Personal in Ministerialbürokratie, Buchhaltung und Rechnungsamt belegte knapp 70 Stellen.¹⁷⁰ Die Neuordnungen infolge des Personalabbaugesetzes vom 29. Januar 1924 brachten im Ministerium dann lediglich eine Zusammenlegung der beiden Abteilungen unter Einsparung eines Ministerialdirektors.¹⁷¹

Die Zunahme der Verwaltungsaufgaben war zum einen das Ergebnis des schrittweisen Ausbaus des sächsischen Schulwesens, zum anderen wurden dem Geschäftsbereich des Kultusministeriums nach und nach einzelne Aufgaben anderer Behörden zugeschlagen. So erhielt es vom Ministerium des Innern 1876 die Aufsicht über das Polytechnikum zu Dresden, das 1890 zur Technischen Hochschule erhoben wurde. Im November 1918 wurden die ehemaligen Hoftheater, die bis dahin dem Ministerium des königlichen Hauses unterstanden, der Zuständigkeit des Kultusministeriums überstellt. Ebenso wurde die Generaldirektion der Königlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, die eine selbständige Hofbehörde war, aufgelöst und ihre Aufgaben am 1. Januar 1919 auf das Kultusministerium übertragen.¹⁷² Äußerlich wurde dem Wandel des Aufgabenkreises am 6. Juli 1923 mit der Umbenennung in Ministerium für Volksbildung Rechnung getragen.¹⁷³ Mit der Angliederung der Forsthochschule Tharandt an die Technische Hochschule Dresden durch Verordnung vom 28. März 1929 ging die Oberaufsicht über diese Einrichtung vom Finanzministerium auf das Ministerium für Volksbildung über.¹⁷⁴ Ebenso wurden zum 1. November 1931 sowie zum 1. April 1937 vom Wirtschaftsministerium die Gewerbeschulen übernommen.¹⁷⁵ Die Oberaufsicht über die Staatliche Akademie der bildenden Künste zu Dresden sowie die Verwaltung der staatlichen Mittel für allgemeine Kunstzwecke übernahm das Volksbildungsministerium im Jahre 1933 vom Ministerium des Innern.¹⁷⁶ Die Angelegenheiten der Bergakademie Freiberg wurden 1936 vom Wirtschaftsministerium auf das Volksbildungsministerium übertragen.¹⁷⁷ So gingen allmählich fast alle fachlichen Lehranstalten aus den anfangs zuständigen Fachverwaltungen auf den Bereich des Ministeriums für Volksbildung über. Seit 1937 leitete das Ministerium im Wesentlichen den gesamten Unterrichtsbetrieb, das allgemeine Bildungswesen sowie die wissenschaftliche Forschung.¹⁷⁸

¹⁶⁷ Vgl. Ebd., 1874, S. 352-353.

¹⁶⁸ Vgl. Ebd., 1914, S. 371-372.

¹⁶⁹ Abteilung I umfaßte alle Hochschulsachen, die früheren Königlichen Sammlungen, das Landestheater und die Stiftungssachen. Unter die Zuständigkeit der II. Abteilung fielen Gymnasien, Realgymnasien, Oberreal- und Realschulen, Höhere Mädchenschulen, Seminare, Volksschulen, Dienststrafsachen der Volksschullehrer, Taubstummenanstalten, Kirchensachen und Jugendpflegesachen. Vgl. Staatshandbuch, 1921, S. 191-192.

¹⁷⁰ Vgl. Ebd.

¹⁷¹ Vgl. Staatshandbuch, 1925, S. 209; Kalender für den sächsischen Staatsbeamten, 1925, S. 64. Siehe auch Kapitel E. I. 1. Für den personellen Umfang des Ministeriums siehe neben den Staatshandbüchern auch die Staatshaushalts-Etats bzw. Staatshaushaltspläne für das Königreich bzw. den Freistaat Sachsen. Für die interne Organisation im Zeitraum 1831 bis 1925 siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 10333-10335/3.

¹⁷² Vgl. Glühmann, Günter: Die Organisation und Funktionsverteilung, S. 51; Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, S. 38.

¹⁷³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10335/3, Bl. 190ff.; Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 224; Verordnungsblatt, 1923, S. 127; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 9. Juli 1923, S. 1358, Nr. 571. Das ministerielle Verordnungsblatt führte die neue Bezeichnung erstmals auf Nr. 16 vom 1. September 1923. Seit dem Amtsantritt von Dr. Richard Seyfert (DDP) im Oktober 1919 war im Kontext der Trennung von Staat und Kirche übergangsweise auch die Bezeichnung Unterrichtsministerium in Gebrauch. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2460.

¹⁷⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1929, S. 47, Nr. 30; Steude, Rudolf: Bildungswesen, S. 150.

¹⁷⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159 (Artikel 15 [Absatz 1] und 18) und 241 (= Dokument 233); Ebd., 1937, S. 27 (= Dokument 260). Siehe auch Kapitel F. III. 4. a. und 5.

¹⁷⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 27.

¹⁷⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16058; Sächsisches Verwaltungsblatt, 1936, Teil I, S. 73.

¹⁷⁸ Vgl. Schmidt, Gerhard: Die Staatsreform in Sachsen, S. 230; Hermann, Konstantin: Arthur Göpfert, S. 225.

Nach der Reichsgründung 1871 hatte das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts gegenüber den Reichsbehörden eine völlig unabhängige Stellung behalten, da seine Angelegenheiten nicht in deren Kompetenzbereich fielen. Dies änderte sich erst 1919 mit Verkündung der Weimarer Reichsverfassung sowie der Einrichtung der Abteilung für Bildung und Schule beim Reichsministerium des Innern als schulpolitisch zuständige Instanz der Reichsverwaltung. In der NS-Zeit blieb das Ministerium zwar bestehen, verlor aber seine Selbständigkeit, indem es faktisch zu einer Mittelinstanz des Reiches und im Wesentlichen auf administrative Aufgaben beschränkt wurde.¹⁷⁹

2. Das Bezirksschulamt

Vor der Gründung der Bezirksschulämter bzw. Bezirksschulinspektionen waren in Sachsen sowohl geistliche als auch weltliche Stellen für Schulangelegenheiten zuständig. Während die Durchführung des Unterrichts (inneres Schulwesen) Aufgabe der geistlichen Gewalt war, kam der weltlichen Obrigkeit die Sorge für das äußere Schul- und Kirchenwesen zu. Im Laufe der Zeit kam es zu einer Vereinigung dieser von zwei Instanzen auf dem Gebiet des Schulwesens ausgeübten Tätigkeit.¹⁸⁰ An dieser Stelle interessiert allein die Entwicklung vom Beginn des 19. Jahrhunderts an.

Als mit der „Verordnung, die veränderte Organisation der evangelisch-lutherisch-kirchlichen Mittelbehörden betreffend“ vom 10. April 1835 das Oberkonsistorium zu Dresden und das Konsistorium zu Leipzig aufgelöst wurden, gingen die Konsistorialgeschäfte derselben auf die Kreisdirektionen in Dresden, Leipzig und Zwickau über.¹⁸¹ Für alle Angelegenheiten, welche das evangelische Kirchen- und Schulwesen sowie die damit verbundenen geistlichen Stiftungen betrafen, wurden dort als besondere Abteilungen kollegialische Kirchen- und Schuldeputationen eingerichtet.¹⁸² Das „Kirchengesetz, die Errichtung eines Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums betreffend“ vom 15. April 1873 hob die Funktion der Kreisdirektionen als Konsistorialbehörde wieder auf.¹⁸³

¹⁷⁹ Vgl. Schmidt, Gerhard: Ordnungsarbeiten, S. 16; Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 181; Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 198-199. Siehe auch Kapitel B. I.

¹⁸⁰ Vgl. Friedemann, Paul: Geschichtliches über die Schulaufsicht, 259-262; Kobuch, Agatha: Die sächsischen Bezirksschulinspektionen, S. 101; Kupke, Anne-Kristin: Die Kirchen- und Schulvisitationen; Löschner, Hermann: 400 Jahre mittlere Schulaufsicht in Sachsen, S. 21-23 und 25-27; Ders.: Ursprung und Auflösung der Kircheninspektion, S. 1-67; Zimmermann, Hans Kuno: Die Entwicklung der Kircheninspektionen, S. 120-209.

¹⁸¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 243ff; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 128-129. In der sächsischen Oberlausitz (siehe allgemein Herrmann, Matthias und Danny Weber (Hrsg.): Oberlausitz; Müller, Winfried et al.: Oberlausitz), die seit ihrer Übernahme durch Sachsen im Jahr 1635 eine rechtliche Sonderstellung innehatte, wurden konsistoriale Angelegenheiten von der Regierungsbehörde in Bautzen sowie das Unterkonsistorium zu Glauchau erledigt. Vgl. Sammlung der Gesetze und Verordnungen, 1834, S. 486, § 11; Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 349-350 (§ 173) und 634 (Nr. 115); Ebd., 1873, S. 381, § 8; Herzog, Heinrich: Die rechtliche Sonderstellung der Oberlausitz, S. 71-95; Ders.: Die Geistlichen Räte bei der Regierungsbehörde, S. 136-177; Katzer, Ernst: Das evangelisch-lutherische Kirchenwesen; Schmidt, Gerhard: Aus der Geschichte der Oberlausitz, S. 88-98; Ders.: Die Einschränkung der rechtlichen Sonderstellung, S. 51-83. Siehe auch Müller, Georg: Beiträge zur Geschichte der Südläusitzer Schulverwaltung im 19. Jahrhundert, S. 93-130. – Das für die Schönburgischen Rezeßherrschaften zuständige Gesamtkonsistorium Glauchau verblieb bis zu seiner Auflösung 1878 in seinen bisherigen Rechten und unterstand direkt dem Kultusministerium. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 245 (§ 9) und 342 (§ 149); Ebd., 1878, S. 431.

¹⁸² Diese bestanden aus dem Kreisdirektor (der den Vorsitz führte), einem juristischen Rat (als Vertreter des Kreisdirektors), mindestens einem hauptamtlichen, theologisch ausgebildeten Kirchen- und Schulrat sowie einem weiteren Geistlichen als Beisitzer. Ihnen oblagen die Geschäfte der Gesamtleitung des Volksschulwesens, die direkte Aufsicht über die im Bezirk vorhandenen Lehrerseminare, die Regulierung der Schulbezirke, die Aufsicht über die Verwaltung des Schulvermögens, Disziplinarverfahren, die Prüfung der Vokationsurkunden sowie die Anordnung der Bestätigung und Einweisung der Schullehrer. Alle Verfügungen wurden namens der Kreisdirektion (in ihrer Stellung als Kreisschul- und Konsistorialbehörde) erlassen und vom Kreisdirektor vollzogen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 244-245 (§§ 3-8) und 349 (§§ 171-172); Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 129.

¹⁸³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 377, § 4 Absatz 4 Satz 2. Die Kircheninspektionen entwickelten sich in der Folge zu selbständigen Behörden, die dem neuen Landeskonsistorium unterstanden, und an denen neben dem Superintendenten der jeweilige Amtshauptmann als weltliche Koinsektion beteiligt war; in Städten mit der Revidierten Städteordnung war noch der Stadtrat als drittes Mitglied vorgeschrieben. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1863, S. 758f.; Ebd., 1874, S. 216, §§ 2 und 3. Infolge der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche wurden die Kircheninspektionen durch das „Gesetz über die Aufhebung von Behörden der Evangelisch-lutherischen Landeskirche“ vom 17. Juli 1926 (GBl. S. 153) be-

Unterhalb der Kreisdirektionen existierten die ihnen verantwortlichen Distriktsschulinspektionen, welche sich aus dem jeweiligen Superintendenten und der Gerichtsobrigkeit¹⁸⁴ (als weltlicher Koinsektion) zusammensetzten. Der Superintendent führte als Distriktsschulinspektor die Aufsicht über sämtliche Schulen einer Ephorie, wozu er einige Pfarrer mit den Visitationen beauftragen konnte.¹⁸⁵

Das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 brachte dann tiefgreifende Veränderungen dieser seit 1835 bestehenden Schulverfassung, indem es eine fachmännische Oberleitung des Schulwesens anordnete und unter gleichzeitiger Aufhebung der Mittelinstanz die den Unterinstanzen zukommenden Befugnisse erweiterte.¹⁸⁶ Die Aufsicht über das Volksschulwesen erhielten die zum 15. Oktober 1874 neu errichteten rein weltlichen Bezirksschulinspektionen.¹⁸⁷ Diese traten nach Aufhebung der Zuständigkeit der Gerichtsämter als Verwaltungsbehörden¹⁸⁸ an die Stelle der Distriktsschulinspektionen und übernahmen zugleich einen Teil der bis dahin den Kirchen- und Schuldeputationen bei den Kreisdirektionen (Kreisschulbehörde) obliegenden Befugnisse.¹⁸⁹ Zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung im Schulwesen bildeten sie die nächstvorgesezte Instanz für die örtlichen Schulvorstände.¹⁹⁰

Die Bezirksschulinspektion bestand aus dem Amtshauptmann (in der Nachfolge des Gerichtsamtsmannes) und dem Bezirksschulinspektor (als Nachfolger des Superintendenten).¹⁹¹ In bezirksfreien Städten sowie Städten mit der Revidierten Städteordnung trat der Stadtrat an die Stelle des Amtshauptmannes.¹⁹² Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 ersetzte die Bezeichnungen

seitigt und an ihrer Stelle rein kirchliche Bezirkskirchenämter (Ebd., S. 5f.) gebildet, die sich aus dem Superintendenten und einem rechtskundigen Kirchenamtsrat zusammensetzten und an denen der Amtshauptmann keinen Anteil mehr hatte. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1579.

¹⁸⁴ Namentlich das Patrimonialgericht und in dessen Nachfolge ab 1856 das Gerichtsamt.

¹⁸⁵ Zum Wirkungskreis des Distriktsschulinspektors zählten hauptsächlich Kenntnisnahme vom Zustand der Schulen, Überwachung der Ausführung von Anordnungen, Erstattung jährlicher Berichte über die Ergebnisse der Lokalrevisionen, Fortbildung der Schullehrer und Schulgehilfen, einstweilige Verwaltung erledigter Schulstellen, Erteilung des Reiseurlaubs an Schullehrer, sowie Aufsicht über die Hauslehrer. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 347-348, §§ 168-170; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 126-127.

¹⁸⁶ Vgl. Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 100.

¹⁸⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 216-217, § 5.

¹⁸⁸ Vgl. Ebd., 1873, S. 275, § 5.

¹⁸⁹ Vgl. Landtags-Acten, 1871/1873, 1. Abtheilung, Bd. 2, S. 190, § 32. Nach Auflösung der Distriktsschulinspektion wurde der Superintendent Mitglied der unter dem Landeskonsistorium stehenden Kircheninspektion.

¹⁹⁰ Die Bezirksschulinspektionen waren selbständige, von der Amtshauptmannschaft getrennte, und von anderen Mittelinstanzen unabhängige Verwaltungsbehörden, die nicht dem Ministerium des Innern und der Kreishauptmannschaft, sondern direkt dem Kultusministerium unterstanden. Als Verbindungsglied zwischen der Staats- und der Gemeindeschulaufsicht ermöglichte sie einen kürzeren, völlig geradlinig verlaufenden Verwaltungszug von der Volksschule bis zum Ministerium.

¹⁹¹ In der Abgrenzung der Aufgaben, die dem Amtshauptmann als juristischem Verwaltungsbeamten und dem Bezirksschulinspektor als Schulfachmann oblagen, blieb noch die seit der Reformation üblich gewordene Unterscheidung zwischen äußerem und innerem Schulwesen bestehen. Die Bezirksschulinspektion war so in ihrer Art eine spezifisch sächsische Einrichtung. Vgl. Kobuch, Agatha: Die sächsischen Bezirksschulinspektionen, S. 101. Die Federführung der Behörde kam dem juristischen Mitglied der Bezirksschulinspektion zu. Ansonsten waren beide Mitglieder gleichberechtigt und hatten in den zu ihrem Geschäftskreis gehörigen Angelegenheiten gemeinschaftlich zu entschließen und zu verfügen; bei Meinungsverschiedenheiten entschied die oberste Schulbehörde. Ihr Wirkungskreis umfaßte die Sorge für die Ausführung der das Volksschulwesen betreffenden Gesetze und Anordnungen; die Leitung der Verhandlungen über Aus- und Einschulungen, Oberaufsicht über Schulbauten, Beschaffung von Schulräumen und Schuleinrichtungen sowie die Gewährung der Lehrergehälter; die Prüfung und Genehmigung der Anstellungsurkunden für Lehrer sowie der Lokalschulordnungen; die Ausübung des staatlichen Schutzrechts über die Lokalschulfonds und Schulstiftungen; die Prüfung der jährlichen Voranschläge über die finanziellen Erfordernisse der Schulen sowie die Durchsicht und Richtigstellung der Schulkassenrechnungen; die Entscheidung in erster Instanz bei Administrativjustizstreitigkeiten oder anderen Differenzen über die Beiträge und Leistungen zu Schulzwecken und die Begutachtung der Gesuche um Zuschüsse aus Staatsmitteln; die Erledigung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Schulvorstand und dessen Vorsitzenden, sowie von Beschwerden, welche das Schulwesen ihres Bezirks betrafen; das Disziplinarverfahren gegen Lehrer; die Abgabe von Gutachten und Erstattung von periodischen Schulberichten über äußere Schuleinrichtungen an die oberste Schulbehörde; sowie die Entschliebung über Gnadengesuche in Schulstrafsachen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 371-372, §§ 34-35; Ebd., 1874, S. 197-198, §§ 66-67; Ebd., 1876, S. 192; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 134-141. Zu den allgemeinen Angelegenheiten der Bezirksschulinspektionen siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13342-13344.

¹⁹² Die Deputation der Zweiten Kammer hatte in den Verhandlungen 1872 ausgeführt: „Die Deputation will nicht bloß, wie der Entwurf, für die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz, sondern für alle Städte, welche die revidierte Städteordnung angenommen haben, die Mitgliedschaft des Amtshauptmanns bei der Bezirksschulinspektion in Wegfall bringen. Daß man den Stadträthen, welche die Coinspektion erst seit dem Jahre 1864 erhalten haben, dieselbe jetzt wieder entziehe, hält die Deputa-

Bezirksschulinspektion und Bezirksschulinspektor durch die Bezeichnungen Bezirksschulamts und Bezirksschulrat.¹⁹³ Eine Veränderung hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Zuständigkeiten war damit nicht verbunden, womit die im alten Volksschulgesetz definierten Aufgaben wirksam blieben.¹⁹⁴

3. Der Bezirksschulrat

Die Bezirksschulinspektoren wurden von der obersten Schulbehörde „aus der Reihe bewährter Fachmänner“¹⁹⁵ ausgewählt und vom Kultusminister verpflichtet.¹⁹⁶ Im Juli 1920 erklärte die Regierung Buck, daß die jetzt nach der Verordnung vom 4. April 1919 dem Gesamtministerium zukommende Berufung¹⁹⁷ weiter nach dem Grundsatz der Tüchtigkeit erfolge; jedoch habe die Besetzung nun im Einvernehmen mit den Lehrerorganisationen zu geschehen.¹⁹⁸ Daß die Auswahl der Beamten dabei nicht nur auf fachlichen,

tion [...] nicht für geboten. Man glaubt überhaupt die Rechte der Städte in Betreff des Schulwesens in keinerlei Weise beschränken zu sollen, da man Dessen eingedenk ist, was gerade die Städte für die Hebung des Volksschulwesens aus eigenem freien Antriebe und zwar zu Zeiten gethan haben, wo von anderer Seite wenig oder gar nichts dafür geschah. Gerade das städtische Bürgerschulwesen Sachsens steht in hohem Ansehen da; lasse man daher den Städten die Mitaufsicht über ihre eigenen Schöpfungen.“ Vgl. Landtags-Akten, 1871/1872, 3. Abtheilung, Beilagen, Bd. 1, S. 264, § 34 Absatz 1.

¹⁹³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 183, § 16. Im Jahr 1925 war den 21 Bezirksschulräten der Besoldungsgruppe A XII die Dienstbezeichnung Bezirksoberschulrat beigegeben worden. Nach Zusammenführung in der gemeinsamen Besoldungsgruppe 7 a war ab 1928 wieder die Bezeichnung Bezirksschulrat die einzig zulässige. Der Verein Sächsischer Bezirksschulräte hatte sich zwar für die einheitliche Bezeichnung Bezirksoberschulrat eingesetzt, war aber am Widerstand des Ministeriums des Innern gescheitert. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 170, S. IX. 26, Kap. 71, Tit. 5; Ebd., 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 42, S. IX. 29, Kap. 71, Tit. 4 a; SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/10, Bl. 388-391 und 397.

¹⁹⁴ Auch das Anpassungsschulgesetz vom 17. Juli 1926 hielt an dem Grundsatz fest, daß alle Gemeinden, die nicht der Aufsicht der Amtshauptmannschaft unterstanden, selbst Mitglieder des Bezirksschulamtes seien. Das waren seit dem Inkrafttreten der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen zum 1. April 1924 aber nicht mehr die Städte mit der Revidierten Städteordnung, sondern alle bezirksfreien und sonstigen Gemeinden, die unmittelbar der Aufsicht der Kreishauptmannschaft unterstanden. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 153, Artikel 1 und 2. Nicht bezirksfreie Gemeinden mit vormals Revidierter Städteordnung konnten indes auf ihren Antrag hin vom Ministerium des Innern auf fünf Jahre der Aufsicht der Amtshauptmannschaft entzogen werden. Vor Ablauf dieser Frist sollten die Voraussetzungen für die dauerhafte Unterstellung unter die Kreishauptmannschaft eine gesetzliche Regelung erfahren. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 401, § 182 Absatz 4; Ebd., 1925, S. 163, § 176 Absatz 4; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 121 (vom 3. März 1924), S. 7. Das Ausbleiben dieser Regelung führte 1929 dazu, daß die betreffenden Städte – soweit ihre Frist nicht durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. März 1929 (Sächsische Staatszeitung, 1929, Nr. 75, S. 5) verlängert worden war – mit ihren Schulbezirken unter die Zuständigkeit der Amtshauptmannschaft fielen und die Stadträte damit automatisch ihre koinspektionalen Befugnisse als Mitglieder des Bezirksschulamtes an den Amtshauptmann verloren. Eine diesbezügliche Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 28. März 1929 (Vbl. S. 27) setzte auch die Bezirkslehrausschüsse der wegfallenden Bezirksschulämter außer Wirksamkeit und ordnete für diejenigen Schulaufsichtsbezirke, zu denen die betreffende Schulbezirke hinzutreten waren, eine Neuwahl des Bezirkslehrausschusses an. Abdruck zweier gegen diese Regelung an das Ministerium gerichteter Eingaben des Sächsischen Gemeindetags in: Der Sächsische Gemeindegtag, 1929, Sp. 239-241. Zum 1. Oktober 1929 bestanden in Sachsen 78 Bezirksschulämter, darunter 34 ländliche und 44 städtische. Vgl. Verordnungsblatt, 1929, S. 65f.

¹⁹⁵ Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 369, § 32 Absatz 1. Zu den Anstellungs-, Personal- und allgemeinen Angelegenheiten der Bezirksschulräte siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13313-13316/10 und 13342-13344/1.

¹⁹⁶ Eine Zusammenstellung über alle 50 bis zum Jahr 1897 Berufenen zeigt, daß deren Durchschnittsalter bei Amtsantritt 45,8 Jahre betrug. Es standen im Alter von 30 bis 39 Jahren: 9 (= 18 %), von 40 bis 49 Jahren: 26 (= 52 %), von 50-59 Jahren: 13 (= 26 %), und von 60-63 Jahren: 2 (= 4 %). Gerade die Hälfte (25) hatte ihre Vorbildung auf dem Gymnasium und der Universität (Theologie) genossen, 14 (= 28 %) auf dem Seminar und der Universität (Pädagogik), und 11 (= 22 %) nur auf dem Seminar. Ihrer früheren Stellung nach waren 31 Schuldirektoren (= 62 %), 1 Lehrer (= 2 %), 1 Seminardirektor (= 2 %), 8 Seminaroberlehrer (= 16 %), 3 Realschuldirektoren (= 6 %), 1 Realschuloberlehrer (= 2 %), 3 Gymnasialoberlehrer (= 6 %), und 2 Pfarrer (= 4 %). Sämtliche 50 Bezirksschulinspektoren hatten bei ihrem Amtsantritt eine Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst von 1114 Jahren, durchschnittlich 22,3 Jahre, hinter sich. Vgl. LLZ, 1896/1897, S. 459. Bis zum Jubiläumsjahr 1924 – „50 Jahre staatliche fachmännische Schulaufsicht“ – bekleideten insgesamt 110 sächsische Schulmänner dieses Amt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13625, Bl. 166 I ff.; Fritzsche, Theodor: Die sächsischen Bezirksschulinspektoren; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 357-359; Weidemüller, Otto Reinhard: Fünfzig Jahre staatliche fachmännische Schulaufsicht, S. 97-115.

¹⁹⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 86, § 1.

¹⁹⁸ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 138. Sitzung vom 15. Juli 1920, S. 4376; LLZ, 1919, S. 99. Richtlinien für die Vorschläge von Kandidaten hatte der Sächsische Lehrerverein bereits am 30. August 1919 formuliert: „1. Der Vorzuschlagende muß das Vertrauen der im Sächsischen Lehrerverein organisierten Lehrer im besonderen Maße genießen. 2. Er muß eine in langjährigem Volksschuldienste gewonnene pädagogische Erfahrung besitzen. 3. Er muß die wesentlichen Bestrebungen der neueren und neuesten Zeit auf pädagogisch-wissenschaftlichem und schulpolitischen Gebiete kennen und zu den Hauptfragen in einem inneren Verhältnis stehen. 4. Er muß auf dem Boden der Schulforderungen des Sächsischen Lehrervereins stehen und

sondern auch parteipolitischen Erwägungen beruhte, ist naheliegend. Während die sozialdemokratischen Regierungen bis 1923 ihren Parteileuten den Vorzug gaben, betrafen die Ernennungen nach 1924 nichtsozialistische Männer.¹⁹⁹ Im Zuge der NS-„Machtergreifung“ wurden durch Verordnung vom 12. Juli 1933 acht Bezirksschulräte aus dem sächsischen Staatsdienst entlassen, drei in ein Lehramt zurückversetzt, zwei in einen anderen Bezirk bzw. ins Ministerium für Volksbildung versetzt sowie elf neue berufen.²⁰⁰

Die Bezirksschulräte führten die innere Schulaufsicht über den Unterrichtsbetrieb²⁰¹, wofür ihnen eine Instruktion vom 6. November 1874 einheitliche Richtlinien gegeben hatte²⁰². Infolge der Volksschul-

durch Wort und Schrift in der Öffentlichkeit dafür eingetreten sein. 5. Er muß bewiesen haben, daß er auch unter schwierigen Umständen seine Überzeugung vertreten hat. 6. Im Umgang mit Kollegen und im sonstigen Verkehr muß er sich durch gesellschaftlichen Takt auszeichnen. 7. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei ist ohne Einfluß auf die Auswahl.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/7, Bl. 104. Schon die Besetzung des Leipziger Bezirksschulratspostens zum 1. Mai 1919 war auf Vorschlag der Lehrerschaft erfolgt. Die Leipziger Lehrerzeitung vom 2. April 1919 berichtete hierzu: „Der Bezirksschulinspektor für Leipzig I, Oberschulrat Prof. D. Dr. Müller geht in den Ruhestand. An seine Stelle tritt Lehrer Ernst Beyer. Der Wechsel der Dinge, wie er durch die Revolution bedingt ist, kann nicht schärfer zum Ausdruck gebracht werden als durch die Aufeinanderfolge dieser beiden Namen. Der extreme Vertreter des Autoritätsprinzips, der Vertreter des Militarismus im Schulstaate, der Nur-Beamte, der nichts kannte als das Gesetz und seine Erfüllung, weicht einem Manne, dessen Lebensarbeit der Befreiung und Selbstbestimmung des Lehrerstandes und der Befreiung und Selbstbestimmung des Volkes gewidmet war. Der Mann, der, gewollt oder ungewollt, der Schildhalter aller Reaktionäre im Leipziger Schulwesen war und mit der Direktorenkonferenz die Hauptverantwortung dafür trägt, wenn der Wille zum Fortschritt, wie er in der Lehrerschaft vorhanden ist, gelähmt und niedergehalten wurde, der Mann, der jeden Übergriff unfähiger Schulautokraten deckte und die für die freie Schule kämpfenden Lehrer mit Maßregelungen verfolgte, er macht seinen Platz frei für einen, der das unbestrittene Vertrauen der Gesamtlehrerschaft genießt und in ganz Deutschland einen Namen hat, aber gleichwohl es in Leipzig nicht einmal zum Schulleiter bringen konnte, für einen, der sein ganzes Selbst für Wahrheit und Recht einsetzte, aber gerade deswegen verfolgt und bestraft wurde.“ Vgl. LLZ, 1919, S. 167.

¹⁹⁹ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3555. In einer 1921 anonym erschienenen Broschüre „Lehrer und Beamte“ war behauptet worden, daß einige Bezirksschulräte um der Parteizugehörigkeit und nicht um der fachlichen Eignung willen ernannt worden seien. Auf der Jahresversammlung der Bezirksschulräte vom 6. Oktober 1921 wies Kultusminister Hermann Fleißner (USPD) diese Vorwürfe zurück. So seien für ihn in erster Linie rein sachliche Erwägungen in Frage gekommen. Wenn er allerdings zwischen zwei geeigneten Bewerbern zu wählen habe, so würde er immer dem den Vorzug geben, der auf dem Boden der neuen Verhältnisse stehe. Unter seinen insgesamt neun Ernennungen sollen mindestens acht Sozialdemokraten gewesen sein. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13624, Bl. 288 und 290-291. Siehe auch: Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 47. Sitzung vom 28. Juni 1923, S. 1251-1252; Ebd., 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6085. – Zur Personalpolitik von Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) schrieb die Leipziger Lehrerzeitung am 29. August 1928: „Wir wiesen bei den Ernennungen der letzten Zeit wiederholt darauf hin, [...], daß die parteipolitischen Ansprüche in der Personalpolitik in jeder Beziehung den Vorrang erhalten haben. Die Ernennungen erscheinen immer mehr ausschließlich als Koalitionsangelegenheit. Die Berufsorganisation und ihre Vorschläge sind dabei höchstens unbequem. Auf die Personen, die neu berufen worden sind, gehen wir nicht ein, stellen aber die Tatsache fest, daß der Volksschullehrer als solcher bei den Berufungen ganz auffällig übersehen und zurückgeschoben wird. Man findet im Ministerium unter den 15.000 Volksschullehrern nicht genug geeignete Männer für die zwei oder drei Stellen, die im Jahr zu besetzen sind. Während es berechtigt wäre, wenn der Philologe nur im Ausnahmefalle unter ganz besonderen Umständen in das Aufsichtsamt für die Volksschulen berufen würde, droht der Volksschullehrer bei der Personalpolitik der letzten Zeit zur Ausnahmeerscheinung zu werden.“ Vgl. LLZ, 1928, S. 634-635. Siehe auch: Leipziger Volkszeitung, 1928, Nr. 204, Beilage 4, S. 1; NSSZ, 1932, S. 105-106.

²⁰⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 50. Zur NS-Personalpolitik siehe auch Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 198; Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen, S. 204ff.; Schultze, Karin: Zur Maßregelung und Verfolgung progressiver sächsischer Lehrer 1933/34.

²⁰¹ Hierzu waren sie zu periodischen Visitationen der Volksschulen und Lehrer sowie der Privatschulen und Privatlehrer ihres zugewiesenen Bezirks angehalten. Ihre Aufmerksamkeit hatten sie zu richten auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bei Aufnahme und Entlassung der Kinder; auf den Fleiß und das Verhalten des Lehrpersonals und auf die in der Schule herrschende Disziplin, Ordnung und Reinlichkeit; auf die Einhaltung des Lehrplans, auf die Unterrichtsmethode und auf die Fortschritte der Kinder im Allgemeinen und in den einzelnen Fächern; auf die eingeführten Lehrmittel und die innere Einrichtung des Lehrplans; auf die wissenschaftliche Fortbildung der Lehrer und deren etwaige Nebenbeschäftigung; auf die ökonomischen Verhältnisse der Schule, insbesondere auf die pünktliche Bezahlung der Lehrerbesoldung und die Unterhaltung der Schuleinrichtung; auf die Beschaffenheit der Schulräume; sowie auf die amtliche Wirksamkeit des Ortsschulvorstands. Der Bezirksschulinspektor prüfte und genehmigte die von den Lehrern und Direktoren ihm überreichten Lehr- und Stundenpläne. Er hatte für die einstweilige Verwaltung erledigter Lehrerstellen Sorge zu tragen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen bezüglich Verpflichtung und Einweisung der in seinem Bezirk berufenen Lehrer und Entschließung zu treffen über Urlaubsgesuche von Lehrern auf die Zeit von vier Tagen bis zu vier Wochen (bzw. drei Monaten). Wenigstens einmal im Jahr veranstalteten und leiteten die Bezirksschulinspektoren mit den Lehrern ihres Bezirks eine Konferenz zur Entwicklung des Schulwesens und Förderung des wissenschaftlich pädagogischen Strebens. Ebenfalls jährlich traten sämtliche Bezirksschulinspektoren zu einer Beratung zusammen, über deren Ergebnisse die oberste Schulbehörde Entschließung zu fassen hatte. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 369-370, §§ 32 und 33; Ebd., 1874, S. 194-197, §§ 60-65; Ebd., 1919, S. 180, § 13 Absatz 5; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 126-133 und 246-251. Für die Jahresberichte der Bezirksschulinspektoren über den Stand des sächsischen Volk- und Fortbildungsschulwesens

reform sahen sich die Bezirksschulräte nach 1919 mit einem veränderten Aufgabengebiet konfrontiert. Mit Aufhebung der Ortsschulaufsicht zum 1. Januar bzw. 22. Juli 1919 wurde der Bezirksschulrat der nächste Vorgesetzte des Lehrers und hatte nun die vormalige Aufsichtstätigkeit der Ortsschulinspektoren mit zu bewältigen.²⁰³ Das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden vom 11. Juli 1921 beließ die im Jahr 1873 getroffenen Bestimmungen über den Wirkungskreis des Bezirksschulamtes, hob aber jene über die besonderen Obliegenheiten des Bezirksschulrats formal auf.²⁰⁴ Eine in Aussicht gestellte Dienstanweisung war in der Folge nicht ergangen, weswegen die Bezirksschulräte ihren Dienst in gewohnter Weise versahen.²⁰⁵ Doch hatten sich die Dienstgeschäfte insgesamt so außerordentlich vermehrt, daß der einzelne Beamte seiner Aufgabe kaum mehr gerecht werden konnte.²⁰⁶ Zudem erschwerten äußere Bedingungen

sowie die Jahreskonferenzen derselben siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13198-13202/1, 13421-13569, 13586-13626 und 13928-13933.

²⁰² Diese ordnete außerdem die Aufsichtsführung über Vorschulen, Kindergärten und Kinderbewahranstalten an und empfahl die Abhaltung besonderer Hilfslehrerkonferenzen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13313, Bl. 206-212; Ebd., Nr. 13625, Bl. 166 I ff. (S. 15-17); Entscheidungen und Verordnungen, 4. Heft, S. 38-53; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Codex des [...] Kirchen- und Schulrechts, 1890, S. 546-548, Fußnote 190.

²⁰³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 390, § 1 Absatz 2; Ebd., 1919, S. 177, § 9 Absatz 1 sowie 5 Satz 4; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 12, Absatz 4. Eine Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung nennt 400 Schuldirektoren und 1200 geistliche Ortsschulinspektoren, die in diesem Zusammenhang in Wegfall geraten waren. Vgl. Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und den höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 72.

²⁰⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 236, §§ 20 (Absatz 2) und 23 (Absatz 1 Ziffer 1).

²⁰⁵ Vgl. Ebd.; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 2; Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und den höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 72, Buchstabe b Absatz 2. Der Entwurf einer Dienstanweisung wurde auf der Jahresversammlung der Bezirksschulräte am 20. Dezember 1930 behandelt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13626, Bl. 162ff. und 178. Sein Wortlaut selbst ist an dieser Stelle nicht überliefert.

²⁰⁶ Im Jahresbericht auf das Jahr 1922 bemerkte der Bezirksschulrat für Chemnitz I, Dr. Weidemüller, einleitend: „Zum ersten Male in meiner 12jährigen Tätigkeit als Bezirksschulrat war es mir nicht möglich, den Jahresbericht bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkte fertigzustellen. Die Ursachen sind die Überlastung mit Arbeit und die Unzulänglichkeit meiner Hilfskräfte. Die Einrichtungen der Selbstverwaltung, die fortschreitende Zentralisierung des gesamten Schulwesens, die Übernahme der persönlichen Lasten auf den Staat und die sonstigen Bestimmungen des Schulbedarfsgesetzes haben den Bezirksschulräten eine fast nicht mehr zu tragende Arbeitslast gebracht. Der größte Teil dieser Arbeiten wurde bisher – wenigstens in den Großstädten – vom Stadtrate mit einem ganzen Stabe von Beamten und Hilfsarbeitern geleistet; jetzt muß sie der Bezirksschulrat mit seinen wenigen und vor allen Dingen ganz unzureichenden Hilfskräften übernehmen und soll die Verantwortung dafür tragen. Wenn alle die vorgeschriebenen Arbeiten von Schreiberlehrlingen oder eben erst ausgelernten Schreibern geleistet werden sollen, so muß das zu Unzuträglichkeiten führen. Es ist darum unbedingt nötig, daß den Bezirksschulräten geschulte Beamte beigegeben werden oder wenigstens ihre Schreiber, wenn sie tüchtig sind, zu Beamtenanwärtern und später zu Beamten gemacht und nicht mehr dahingehende Anträge grundsätzlich abgelehnt werden. Sonst verlassen auch weiterhin gerade die tüchtigsten und zuverlässigsten Leute nach Beendigung ihrer Lehrzeit so rasch als möglich den Dienst, um eine feste Anstellung bei der Gemeinde oder bessere Bezahlung in der Industrie zu erlangen. Der häufige Wechsel aber und die damit zusammenhängende Beschäftigung ungeschulter Kräfte hat zu Folge, daß der Bezirksschulrat seine Zeit und Kraft an Arbeiten verschwenden muß, deren Erledigung weder seiner Vorbildung noch der Bedeutung seiner Stellung entspricht, und die wichtigeren Aufgaben seines Amtes mehr oder weniger zu vernachlässigen gezwungen ist. Wenn der Bezirksschulrat wochenlang von den frühesten Morgenstunden bis spät in die Nacht hinein bei häufiger Überschreitung eines 12stündigen Arbeitstages an seinen Schreibtisch gefesselt und trotzdem nicht imstande war, die ihm obliegenden Arbeiten fristgemäß und restlos zu erledigen, so müssen darunter die körperliche und geistige Spannkraft und die Berufsfreudigkeit leiden, und bei aller Pflichttreue und allem guten Willen kann ein solcher Zustand auf die Dauer nicht ertragen werden.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13569, Bl. 18ff. Die Zunahme der Arbeitsleistung der Bezirksschulräte drückte sich statistisch wie folgt aus: Unmittelbar nach Gründung der Bezirksschulinspektionen im Jahr 1874 zählte man 2099 Schulen mit 455.003 Kindern, 4994 wissenschaftliche Lehrer und 187 Fachlehrer; im Jahr 1925 waren es 2177 Schulen mit 717.452 Kindern, 16.479 wissenschaftliche Lehrer und 766 Fachlehrer. Es kamen somit zu Beginn auf einen Bezirksschulinspektor durchschnittlich 77 Schulen mit 16.250 Kindern in etwa 325 Klassen, 178 wissenschaftliche Lehrer und 7 Fachlehrer; im Jahr 1925 durchschnittlich 67 Schulen mit 22.420 Kindern in rund 615 Klassen, 515 wissenschaftliche Lehrer und 24 Fachlehrer. Verminderte sich zwar die Zahl der Schulen, so erhöhte sich aber ganz unverhältnismäßig die Zahl der Schüler und damit der Klassen, die auf einen Aufsichtsbeamten kamen; das war eine Steigerung der Kinder um 38 %, der Klassen um 90 % und der Lehrer um 200 %. Die Steigerung der Arbeitsleistung in der Schulaufsicht zeigte sich auch in der Verteilung der Lehrer auf die einzelnen Aufsichtsbezirke, deren Fläche zwischen 316 und 812 km² schwankte. Kamen 1876 in 20 von 28 Aufsichtsbezirken (also in 71,5 % der Fälle) bis zu 200 Lehrer auf einen Aufsichtsbeamten, und in 8 Bezirken (28,5 % der Fälle) 200 bis 379 Lehrer, so waren es 1925 nur in 4 Bezirken (12,5 %) bis zu 200 Lehrer, in 15 Bezirken (47 %) bis zu 400 Lehrer und in 13 Bezirken (40,5 %) dagegen bis 2500 Lehrer. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 2-3; SächsHStAD, 11125, Nr. 13625, Bl. 166 I ff. (S. 21-23). Im Jahr 1909 waren bei den 31 Bezirksschulinspektionen 44 Mitarbeiter beschäftigt. Es entfielen damit auf einen Bezirksschulinspektor durchschnittlich 1,4 Mitarbeiter für die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte. 1923 hatte sich dieses Verhältnis gerade um 0,1 erhöht, wobei sich von den 51 Mitarbeitern an den 34 Bezirksschulämtern 60,8 % noch in ihrer Ausbildung befanden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13824, Bl. 198ff.

wie die Inflation im Jahr 1923, während der das Ministerium die eigentlich notwendigen Inspektionsreisen untersagt hatte, ihre Tätigkeit.²⁰⁷ Die staatliche fachmännische Schulaufsicht war so nach dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 zwar eingeführt, nicht aber bis zuletzt durchgeführt worden.

Die Motive zum Volksschulgesetzentwurf vom 8. Dezember 1871 hatten nicht zu sagen vermocht, ob es möglich sein würde, mit 20 bis 24 fachmännischen Aufsichtsbeamten die wachsende Arbeitslast zu bewältigen.²⁰⁸ Nach der Ausführungsverordnung zum Volksschulgesetz vom 25. August 1874 sollten die den Bezirksschulinspektoren anzuweisenden Bezirke nach den Bezirken der Amtshauptmannschaften abgegrenzt, sowie für die exemten Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz je ein besonderer Bezirksschulinspektor angestellt werden.²⁰⁹ Zunächst wurden zum 15. Oktober 1874 nur 25 Schulinspektionsbezirke unter Leitung je eines Bezirksschulinspektors begründet; unter ihnen auch die Schönburgischen Rezeßherrschaften, die 1878 zur Amtshauptmannschaft Glauchau wurden.²¹⁰ Im Jahr 1876 wurden die Amtshauptmannschaften Oschatz, Marienberg und Oelsnitz, die den kombinierten drei größten Bezirksschulinspektionsbezirken Döbeln, Annaberg bzw. Auerbach angehörten, zu eigenen Schulaufsichtsbezirken erhoben.²¹¹ Nun bildeten lediglich die Stadt Chemnitz und die Amtshauptmannschaft Flöha noch den gemeinsamen Schulaufsichtsbezirk Chemnitz I. Ebenso blieben nach der Teilung der Amtshauptmannschaft Dresden in die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt im Jahr 1880 beide als ein Schulaufsichtsbezirk Dresden II bestehen.²¹² Der Bezirksschulinspektor für Dresden II bildete mit beiden Amtshauptmännern jeweils eine eigene Bezirksschulinspektion.²¹³ Auch das Gebiet der 1910 errichteten Amtshauptmannschaft Stollberg zählte weiterhin zum Schulaufsichtsbezirk Chemnitz II, weswegen der dortige Bezirksschulinspektor mit dem Stollberger Amtshauptmann eine selbstständige Bezirksschulinspektion begründete. Schließlich wurde im Jahr 1901 eine Teilung der Bezirke Chemnitz I, Dresden II und Zwickau nötig, wodurch die Aufsichtsbezirke Dresden III, Flöha und Zwickau II entstanden.²¹⁴ Die Grenzen der Dresdner Bezirke deckten sich mit den Grenzen der 1880 gebildeten Amtshauptmannschaften. Die nun erreichte Zahl von 31 Bezirksschulinspektoren hatte für die folgenden 19 Jahre Bestand.

Erstmals 34 Bezirksschulratsstellen waren im Staatshaushaltplan für das Jahr 1920 verzeichnet; drei von ihnen vom 1. Juli 1920 ab als Neueinstellungen durch die Spaltung der Schulaufsichtsbezirke Grimma, Pirna und Plauen.²¹⁵ Nach der Bewilligung durch den Landtag wurden zum 1. Oktober 1920 die

²⁰⁷ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3626; Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und den höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 11.

²⁰⁸ Vgl. Landtags-Akten, 1871/1873, 1. Abtheilung, Bd. 2, S. 190.

²⁰⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 194, § 60.

²¹⁰ Innerhalb der Kreishauptmannschaft Bautzen: Zittau, Löbau, Bautzen, Kamenz; Kreishauptmannschaft Dresden: Dresden I, Dresden II, Pirna, Dippoldiswalde, Freiberg, Meißen, Großenhain; Kreishauptmannschaft Leipzig: Leipzig I, Leipzig II, Borna, Grimma, Döbeln, Rochlitz; Kreishauptmannschaft Zwickau: Chemnitz I, Chemnitz II, Annaberg, Schwarzenberg, Zwickau, Plauen, Auerbach, Schönburgische Rezeßherrschaften (seit 1878 Glauchau). Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 216-217 (§§ 5 und 6) und 222 (= Dokument 89). Die Schulaufsichtsbezirke Glauchau, Zwickau, Schwarzenberg und Chemnitz II wurden 1878 infolge der Übernahme der vollen Justiz- und Verwaltungshoheit in den Schönburgischen Rezeßherrschaften durch den sächsischen Staat geändert. Vgl. Ebd., 1878, S. 518f. Die Bildung der Kreishauptmannschaft Chemnitz im Jahr 1900 hatte keinen Einfluß auf die Grenzen der Amtshauptmannschaften und die der Schulinspektionsbezirke. Vgl. Ebd., 1900, S. 481ff.

²¹¹ Vgl. Landtags-Akten, 1875/1876, Königliche Dekrete, Nr. 2, S. 304, Pos. 66 d, Tit. 9 a; Landtags-Akten, 1875/1876, 2. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 302-307; Mittheilungen, 1875/1876, 2. Kammer, 18. Sitzung vom 1. März 1876, S. 444-448; Landtags-Akten, 1875/1876, 1. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 89-90; Mittheilungen, 1875/1876, 1. Kammer, 23. Sitzung vom 6. April 1876, S. 379-380; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 358.

²¹² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1880, S. 136, Nr. 50.

²¹³ Vgl. Entscheidungen und Verordnungen, 5. Heft, S. 50-51.

²¹⁴ Vgl. Landtags-Akten, 1899/1900, Königliche Dekrete, Nr. 2, S. XI. 108, Kap. 96, Tit. 5; Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 444-447; Mittheilungen, 1899/1900, 2. Kammer, 49. Sitzung vom 21. Februar 1900, S. 758. Zum 1. Juli 1919 erfolgte die Verkleinerung des Schulaufsichtsbezirks Zwickau II zugunsten des Schulaufsichtsbezirks Zwickau I. Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 145.

²¹⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13813, Bl. 151-155; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 68 (vom 8. Mai 1920), S. IX. 72, Kap. 96, Tit. 5. Während der Etatberatung war vom Finanzministerium angemahnt worden, daß die Sparsamkeit auch da einsetzen müsse, wo es sich um die Vermehrung von Beamten handle. Auf Nachfrage des Haushaltsausschusses A, ob es denn

genannten Bezirke geteilt sowie – unter Berufung je eines neuen Bezirksschulrats – die Bezirksschulämter Wurzen, Schandau und Plauen II begründet.²¹⁶ Damit wurde der bis dahin eingehaltene Grundsatz verlassen, wonach sich die Bezirke der Schulaufsicht mit den Bezirken der inneren Verwaltung deckten. In den genannten Fällen existierten nun Amtshauptmannschaften, die zwei Bezirksschulräte beherbergten.

Die nächste Änderung ergab sich zu Beginn der Großen Koalition aus SPD, DDP und DVP. Auf Antrag des Volksbildungsministeriums erklärte sich die Regierung am 14. März 1924 bereit, die Schulaufsichtsbezirke Dresden II und III, Plauen I und II sowie Grimma und Wurzen wieder zusammenzulegen.²¹⁷ Der Wegfall dreier Stellen ab 1. Juni 1924 war entsprechend im Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924 verzeichnet.²¹⁸ Zugleich beabsichtigte das Volksbildungsministerium in Durchführung des Personalabbaugesetzes durch Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, Bezirksschulräte abzubauen, wofür es die fünf über Sechzigjährigen in Vorschlag brachte.²¹⁹ Hiergegen wandten sich der Verein Sächsischer Bezirksschulräte, der Sächsische Lehrerverein sowie eine große Zahl von Bezirkslehrervereinen, Schulausschüssen und Stadträten.²²⁰ Doch Minister Dr. Fritz Kaiser (DVP) verteidigte die Maßnahmen am 21. Mai 1924 im Haushaltsausschuß B des Landtags.²²¹ Nachdem er aber fünf Tage später im Haushaltsausschuß A Schwierigkeiten im Falle Grimma-Wurzens einräumen mußte²²², erhielt tags darauf der Bezirksschulrat Dr. Feldner in Wurzen Mitteilung, daß die Zusammenlegung von Grimma-Wurzen ausgesetzt werde und er weiter sein Amt zu verwalten habe.²²³ Unter dem 12. Juni 1924 wurde im Ministerialverordnungsblatt schließlich nur die Zusammenlegung der Schulaufsichtsbezirke Dresden II und III zum 1. Juni 1924 sowie der Schulaufsichtsbezirke Plauen I und II zum 1. Juli 1924 verkündet.²²⁴

Am 9. Juli 1924 standen dann im Sächsischen Landtag zwei Anträge des Haushaltsausschusses A²²⁵ zur Debatte, gelegentlich welcher der Berichterstatter Bernhard Claus (DDP) einen Überblick über

möglich sei, die Errichtung der drei neuen Stellen wenigstens vielleicht noch hinauszuschieben, wurde vom Kultusministerium erwidert, daß die Besetzung unumgänglich nötig sei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13813, Bl. 184; Verhandlungen, Volkskammer, 138. Sitzung vom 15. Juli 1920, S. 4376.

²¹⁶ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 746 (vom 14. Juli 1920), Ziffer 3; Verhandlungen, Volkskammer, 138. Sitzung vom 15. Juli 1920, S. 4377; Verordnungsblatt, 1920, S. 113.

²¹⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 52. Die Verschmelzung der Dresdner Bezirke sollte wegen der Zusammenlegung der Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt erfolgen. Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4939. Die Wiederbesetzung der eingezogenen Stellen wurde für das Ende der Geltungsdauer des Personalabbaugesetzes erwogen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 63.

²¹⁸ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 129 (vom 9. Mai 1924), S. X. 17, Kap. 96, Tit. 4 a.

²¹⁹ Die Zahl fünf ergab sich aus dem Personalabbaugesetz, das eine Abbaquote von 15 % vorschrieb. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 43, § 2 Absatz 1. Namentlich kamen in Betracht Kuhne in Pirna (* 1. Januar 1860), Dr. Stephan in Freiberg (* 15. März 1861), Hiemann in Dresden III (* 8. April 1861), Stolze in Zwickau I (* 16. April 1863) und Dr. Barthel in Meißen (* 27. September 1863). Dr. Spitzner in Plauen II war 59 Jahre alt (* 2. Februar 1865). Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 53 (vom 20. März 1924). Die Personalfragen wurden in der Gesamtministersitzung vom 21. März 1924 behandelt. Es wurde darin zugestimmt, daß die Bezirksschulräte Kuhne in Pirna, Dr. Stephan in Freiberg, Hiemann in Dresden III und Dr. Spitzner in Plauen II abgebaut werden; die Bezirksschulräte Jochen in Plauen I, Stolze in Zwickau I, Dr. Barthel in Meißen und Kretzschmar in Marienberg verbleiben; die Bezirksschulräte Prof. Seeliger von Döbeln nach Zittau, und Dr. Feldner von Wurzen nach Döbeln; sowie daß Lehrer Janetz aus Dresden und Schuldirektor Dr. Schneider aus Grimma unter Ernennung zu Bezirksschulräten nach Freiberg bzw. Pirna versetzt werden. Vgl. Ebd., Bl. 54 und 61; Ebd., 10693, Nr. 1719, Bl. 18-19.

²²⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 49-51 und 64-64 I; LLZ, 1924, S. 241.

²²¹ Er erklärte, daß der Abbau vor einer Beamtenart nicht haltmachen könne, weshalb auch bei den Bezirksschulräten abgebaut werden müsse, aber nicht – wie zunächst vorgesehen – fünf, sondern nur drei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 71-71 II; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3200; LLZ, 1924, S. 332.

²²² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 72.

²²³ Vgl. Ebd., Bl. 72 III. Die Verwaltung des Schulaufsichtsbezirks Döbeln, wohin Dr. Feldner ursprünglich wechseln sollte, wurde vertretungsweise dem Bezirksschulrat Hartmann in Oschatz übertragen und dann durch Versetzung dem Bezirksschulrat Kretzschmar, dessen Nachfolge in Marienberg Dr. Schröpler aus Zschopau antrat. Vgl. Ebd., Bl. 73 und 79.

²²⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 68, Nr. 120.

²²⁵ In der Sitzung des Haushaltsausschusses A vom 26. Mai 1924 wurden zwei Anträge bezüglich beim Landtag eingegangener Eingaben gestellt. Der Mehrheitsantrag sah vor, lediglich die wegen Zusammenlegung von Grimma und Wurzen eingegangenen Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen und alle anderen für erledigt zu erklären. Nach dem Minderheitsantrag sollten dagegen sämtliche Eingaben zur Berücksichtigung überwiesen werden. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1470; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 828 (vom 26. Mai 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3200.

die Ausschußverhandlungen lieferte, den er mit einer Kritik am Volksbildungsministerium verband.²²⁶ In der anschließenden namentlichen Abstimmung beschlossen die Abgeordneten mit 54 gegen 17 Stimmen unter Annahme des Minderheitsantrags, die gegen die Zusammenlegung der Schulaufsichtsbezirke Plauen I und II sowie Dresden II und III gerichteten Eingaben der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.²²⁷ Zugleich wurden im Staatshaushaltsplan für 1924 die bisherigen 34 Bezirksschulratsstellen erneut bewilligt.²²⁸ Das Ministerium war nun zur Aufgabe seiner Pläne bereit.²²⁹ Da aber die Vereinigung der Bezirke in Übereinstimmung mit dem Mehrheitsbeschluß des Haushaltsausschusses A vom 26. Mai 1924 bereits durch die Verordnung vom 12. Juni 1924 angeordnet, öffentlich bekanntgegeben und durchgeführt worden war, beschloß das Gesamtministerium in seiner Sitzung vom 18. Juli 1924, sich über den Landtagsbeschluß hinwegzusetzen und es bei der Vereinigung zu belassen.²³⁰

Erstaunlicherweise räumte trotz des Personalabbaues die Regierung selbst ein, daß die Schulaufsicht im Grunde ungenügend sei und nicht mehr dem Stand entspreche, den sie im Jahr 1874 hatte. Der Volksbildungsminister erklärte im Mai 1924, daß mindestens die dreifache Zahl von Bezirksschulräten erforderlich sei, um die Schulaufsicht annähernd zu gewährleisten.²³¹ Er wandte sich aber gegen eine Vermehrung der Bezirksschulratsstellen, da er die Ansicht vertrat, daß die Schulaufsichtsbezirke sich mit den staatlichen Verwaltungsbezirken zu decken hätten, um die Gleichstellung der Bezirksschulräte gegenüber den Amtshauptmännern und Stadträten zu dokumentieren. Das Ansehen des Amtes verlange es, daß das Bezirksschulamt die einzige Verwaltungsstelle resp. vorgesetzte Behörde, und er allein der nächste Vorgesetzte der Lehrer innerhalb des großen Verwaltungsbezirks sei.²³² Zur Lösung der Aufsichtsfrage schlug das Ministerium für Volksbildung in ihrer im Dezember 1924 veröffentlichten Denkschrift²³³ die Einführung eines Helfersystems vor.²³⁴ Sogleich nach ihrem Erscheinen stellte Arthur Arzt (SPD) die Anfrage, ob „die Regierung die Schulaufsicht durch Anstellung der von ihr erwähnten ‚zweiten Beamten‘ im Widerspruch zum Übergangsschulgesetz in der nächsten Zeit neu zu regeln“²³⁵ gedenke. Am 20. Januar 1925 erläuterte der Minister dem Landtag seine diesbezüglichen Vorstellungen²³⁶, die bei den politi-

²²⁶ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3187-3188.

²²⁷ Vgl. Ebd., S. 3201-3202.

²²⁸ Vgl. Ebd., S. 3202.

²²⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 86.

²³⁰ Vgl. Ebd., Bl. 87-88; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3564. Hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit hatte der Minister keine Bedenken, da bei der Überweisung einer oder mehrerer Petitionen an die Regierung zur Berücksichtigung diese nicht die zwingende Verpflichtung habe, einem derartigen Votum des Landtages zu entsprechen. Und ebenso verletzte die Nichtbesetzung auch nicht das Etatrecht des Landtages, da die Regierung nicht genötigt sei, ohne weiteres jede bewilligte Stelle zu besetzen. Arthur Arzt (SPD) entgegnete, daß das Ministerium sehr wohl eine gewisse Bewegungsfreiheit habe; daß aber im vorliegenden Fall doch der Wille des Landtages gegen eine Maßnahme zum Ausdruck gekommen sei, die bereits vom Kultusministerium angeordnet worden war, und daß der Landtagsbeschluß weiter nichts als eine Korrektur dieser Maßnahme bedeuten solle. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1051 (vom 17. Dezember 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3564; Ebd., 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3633 und 3642.

²³¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 71 I.

²³² Diese Ansicht wurde verschiedentlich vorgetragen. Vgl. z. B. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 4.

²³³ Siehe Kapitel G. II. Exkurs.

²³⁴ Vgl. Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 72.

²³⁵ Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1050 (vom 17. Dezember 1924). Arthur Arzt wies in der parlamentarischen Aussprache auch auf den Widerspruch der Regierung hin, einerseits die Bezirksschulräte abzubauen, andererseits aber mehr Aufsicht zu fordern. Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3633; SSZ, 1924, S. 443-444 und 661-662.

²³⁶ Er führte aus: „Wir gehen von dem Gedanken aus, daß der Bezirksschulrat in den Stand gesetzt werden muß, neben und mit seiner Tätigkeit als unentbehrlicher Schulverwaltungsbeamter auch noch Führer, Förderer und tatsächlicher Beurteiler des Unterrichts seines Bezirks zu bleiben. Das wird er nur dann sein, wenn an seiner Stellung im Bezirksschulamte nichts geändert wird, wenn dieses mit ihm allein die einzige Verwaltungsstelle des Bezirks, die einzige vorgesetzte Behörde und er allein der nächste Vorgesetzte der Lehrer seines großen Verwaltungsbezirks bleibt, wenn er neben der Erledigung allgemeiner Angelegenheiten des Bezirks den Teil der Schulen in der Unterrichterteilung überwacht, dem seine Kraft gewachsen ist. Für die Durchführung der Überwachung des Schulbetriebs werden ihm aber unter Beachtung auch der räumlichen Ausdehnung seines Bezirks – etwa auf 2-300 Lehrer je einer – erfahrene praktische Schulmänner als Helfer, Inspektoren oder wie man sie

schen Parteien allein auf Seiten der DVP auf Akzeptanz stießen.²³⁷ Die SPD währte dagegen, daß mit dem „Schulrat zweiter Güte“ der Charakter der Schulaufsicht verändert werden solle. Denn wenn neben dem „Offizier“ noch ein „Unteroffizier“ im Bezirk bestehe, bedeute dies eine Wiederkehr der Doppelaufsicht.²³⁸ Ebenso befürchtete die DDP eine Rückkehr in das alte System des „Mißtrauens“.²³⁹ Die DNVP lehnte die vorgeschlagene Einrichtung ab, weil sie ihr nicht weitreichend genug erschien. Statt dieser „Zwischenlösung“ plädierte sie für die Wiedereinführung des autoritativen Volksschuldirektorats.²⁴⁰ Trotz dieser parteiübergreifenden Ablehnung übersandte Ministerpräsident Max Heldt (SPD/ASP)²⁴¹ im März 1925 dem Landtag den Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes.²⁴² In Ausführung der in der Denkschrift bekundeten Absicht sah dieser vor, eine Änderung des Übergangsschulgesetzes durch den Zusatz herbeizuführen: „Die oberste Schulbehörde kann dem Bezirksschulrat fachmännische Hilfsarbeiter begeben, die die staatliche Schulaufsicht im Hauptamt als seine Vertreter ausüben.“²⁴³ Ferner sollte auch die als Mangel bezeichnete Bestimmung beseitigt werden, wonach der zufällig Schulleiter gewordene Lehrer zum Förderer des jungen Lehrers werden solle²⁴⁴, was die restlose Beseitigung der Ortsschulaufsicht implizierte. In der Begründung der Vorlage wurde auch gegen die Vermehrung der Schulaufsichtsbezirke argumentiert²⁴⁵

sonst nenn will, beigegeben werden, die die oberste Schulbehörde ernennt. Im Auftrage und unter der Verantwortlichkeit des Bezirksschulrates, ohne aber Vorgesetzte der Lehrer zu sein, üben sie die Aufsicht über den Schulbetrieb eines Teiles der Schulen im Bezirk aus. Sie vergewissern sich wie der Bezirksschulrat durch Schulbesuche über den Stand der Klassen, nötigenfalls prüfen sie diese, überwachen die Schuleinrichtungen, Aufnahme-, Versetzungs-, Entlassungsverfahren, Lehr- und Lernmittel der Schule und die Niederschriften über deren amtliche Lehrerversammlungen. Der Revisionsbefund ist mit dem Lehrer bzw. dem Schulleiter oder der Lehrerversammlung in aller Offenheit zu besprechen. Sobald dagegen Widerspruch erhoben wird oder Übelstände im Einvernehmen mit den Beteiligten nicht abzustellen sind, ist dem Bezirksschulrat Mitteilung zu machen. Die Revision ist in den Arbeitsbericht einzutragen, das Ergebnis in einer Niederschrift festzuhalten. Gleiches Recht und gleiche Pflicht steht diesen Helfern hinsichtlich des Privatunterrichts, der Privatschulen, der Kindergärten zu. Im Auftrage des Bezirksschulrats kann der Schulinspektor amtliche Gruppenversammlungen der Lehrer, Arbeitsgemeinschaften der nicht wahlfähigen Lehrer leiten. Er kann in der Abwesenheit des Bezirksschulrats mit dessen Vertretung betraut werden. Der Bezirksschulrat kann ihm auch die Erledigung einzelner Verwaltungsgeschäfte je nach Bedürfnis zuweisen. So denkt sich die oberste Schulbehörde, daß der Bezirksschulrat zum Besten aller Teile tatsächlich entlastet wird und auf diese Weise die fachmännische staatliche Schulaufsicht auch praktisch in allen Teilen des Landes durchgeführt wird. Sie wird nicht, wie ehemals, Beamten übertragen, auf deren Ernennung die oberste Schulbehörde keinen Einfluß hat, und auch nicht, das betone ich ausdrücklich, mit der Schulleitung erneut verbunden. Ich muß in diesem Zusammenhange ausdrücklich darauf hinweisen, daß in die Veröffentlichungen auch noch der letzten Tage große Irrtümer in dieser Beziehung sich eingeschlichen haben, wenn nämlich geglaubt wird, daß diese Helfer die Ortsschulaufsicht ersetzen oder neu einführen sollen. Das ist durchaus nicht der Fall. Es handelt sich nach wie vor nur um die Wirkksammachung der einzigen staatlichen Schulaufsicht, die wir bereits haben.“ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3569. Siehe auch: Ebd., 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3636 und 3640.

²³⁷ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3616-3617.

²³⁸ Vgl. Ebd., S. 3613; Ebd., 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3555. Mit dieser Begründung lehnte auch der Sächsische Lehrerverein das Helfersystem ab. Vgl. SächsHStAD, 10736, Nr. 9339, Bl. 80; Ebd., 10693, Nr. 769, Bl. 249.

²³⁹ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3629.

²⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 3626; Ebd., 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3558-3559; Für einen abermaligen Austausch der Ansichten siehe: Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2741, 2748 und 2758-2759.

²⁴¹ Zur Person Heldts siehe Fischer, Thomas: Max Heldt, S. 182-219.

²⁴² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1560; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925) (= Dokument 55); LLZ, 1925, S. 254-255; Praxis der Berufsschule, 1925, S. 180-182.

²⁴³ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 1, § 1. Auf der Jahresversammlung der Bezirksschulräte am 30. Dezember 1924 in Dresden bezeichnete Bezirksschulrat Dr. Weidemüller in seinem Referat zur Geschichte der Schulaufsicht in Sachsen diese Absicht als durchaus zweckentsprechend und verwies auf die Parallele, wonach schon das Elementarvolksschulgesetz von 1835 es dem Distriktsschulinspektor gestattet habe, einige Pfarrer mit seiner Vertretung zu beauftragen. Dr. Weidemüller erinnerte auch daran, daß der Antrag, allgemein solche Hilfskräfte anzustellen, bereits im Jahre 1904 einmal gestellt, aber von der Regierung nicht weiter verfolgt worden sei. Auf der Bezirksschulinspektorenkonferenz im Juli 1908 sei die Frage im Anschluß an einen Vortrag „Über die Durchführung der fachmännischen Schulaufsicht“ und die Aufhebung der Ortsschulinspektion abermals zur Sprache gebracht worden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13625, Bl. 166ff. (S. 27); SSZ, 1925, S. 26-28.

²⁴⁴ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 1, § 2.

²⁴⁵ Diese führe zu einer kaum zu rechtfertigenden Vermehrung der politischen Beamten der Schulverwaltung, zur Zersplitterung der unteren Schulverwaltungsbehörde, zu einer unnötigen Vermehrung der den Lehrern vorgesetzten Behörden, der Bezirkslehrerräte und Bezirkslehrerausschüsse und zweifellos zu einer Schwächung der Stellung des Bezirksschulrats in den unteren Schulverwaltungsbehörden, solange deren Zahl größer sei als die der unteren Behörden der inneren Verwaltung. Letzten Endes würden damit zu enge Verwaltungskreise für die Schule geschaffen, mit denen nur zu leicht sich auch der

sowie die beabsichtigte Neuerung gegenüber dem Vorwurf des Wiederkehrens der Doppelaufsicht verteidigt²⁴⁶. Insgesamt ging es dem Minister so nicht um eine anders geartete, sondern um eine intensivere Schulaufsicht in den bisherigen Bahnen.²⁴⁷

Am 7. Juli 1926 wurde das Schulaufsichtsgesetz erstmals parlamentarisch behandelt und ohne eine Wortmeldung dem Rechtsausschuß überwiesen.²⁴⁸ Dort kam es bis zum Ende der zweiten Wahlperiode des Sächsischen Landtags nicht zur Erledigung. Die DNVP hatte sich in den Ausschüßberatungen bereits frühzeitig gegen das Helfersystem ausgesprochen²⁴⁹, und SPD und DDP favorisierten nach wie vor die Vermehrung der Bezirksschulratsstellen. Zum Beginn der dritten Parlamentsession gab der Abgeordnete (und spätere Bezirks- und Gewerbeschulrat) Arthur Röllig (DVP) noch seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Sache in diesem Landtage weitergebracht werden könne als im letzten²⁵⁰; doch tatsächlich war das Gesetz bereits endgültig gescheitert. Denn am 20. Juni 1925 hatte der Haushaltsausschuß A beschlossen, die Zahl der Bezirksschulratsstellen einschließlich der durch Beschluß des Landtags vom 9. Juli 1924 wieder bewilligten Stellen um fünf zu erhöhen, sowie die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst auf eine Vermehrung der Bezirksschulratsstellen zuzukommen.²⁵¹ Im Landtag stimmte selbst die DVP für die Erhöhung der Bezirksschulratsstellen, womit sie aber keineswegs zum Ausdruck gebracht haben wollte, daß auf diese Weise die Frage der Schulaufsicht erledigt werden könne; sie stünde nach wie vor auf dem Standpunkt des von der Regierung vorgelegten Schulaufsichtsgesetzes.²⁵² Entsprechend dieses Landtagsbeschlusses stellte die Regierung in der Vorlage des Staatshaushaltsplans für 1926 37 Bezirksschulratsstellen ein.²⁵³ Zum 15. Mai 1926 wurde die Teilung der Schulaufsichtsbezirke Dresden II, Chemnitz II und

Sinn verenge. Es solle dieser Vorschlag aber nicht ausgeschlossen sein, wo neue Bezirke der inneren Verwaltung gebildet würden. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 4.

²⁴⁶ Sowenig man die Aufsicht des Amtshauptmanns über die Gemeinden – wenn sie in dessen Auftrag von einem seiner Regierungsräte ausgeübt werde – als Doppelaufsicht bezeichne, so könne man eine solche auch in dem geplanten Helfersystem nicht erkennen. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 4-5.

²⁴⁷ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6084.

²⁴⁸ Vgl. Ebd., 192. Sitzung vom 7. Juli 1926, S. 6787.

²⁴⁹ Vgl. Ebd., 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4927.

²⁵⁰ Vgl. Ebd., 3. Wahlperiode, 14. Sitzung vom 15. Februar 1927, S. 342.

²⁵¹ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1430 (vom 20. Juni 1925), S. 1 (Ziffer 1. b) und 2 (Ziffer 5). Dies entsprach im Wesentlichen der Forderung des Sächsischen Lehrervereins. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13316/9, Bl. 51; Ebd., 10693, Nr. 769, Bl. 150; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3547 und 3555; Ebd., 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3613 und 3633. Siehe auch einen ähnlichen Antrag der DNVP in: Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer I. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3556-3561; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1439 (vom 24. Juni 1925), Buchstabe A Ziffer I. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6064-6098; Ebd., 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6105; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 628 (vom 21. April 1926). – Ferner wünschte der Ausschuß, die Bezirksschulräte von Büro- und Verwaltungsarbeiten weitgehend zu entlasten, indem ihnen an Stelle der jetzigen Lehrlinge eine größere Zahl älterer nichtbeamteter Hilfskräfte zugewiesen werde. Ein Antrag, sämtlichen Bezirksschulräten Verwaltungsbeamte beizugeben, fand hier keine Zustimmung. Dieser Minderheitsantrag wurde im darauffolgenden Jahr erneut gestellt mit der Begründung, daß von diesen Verwaltungsbeamten so mancher Aktenvorgang erledigt werden könne, der von einem gewöhnlichen Angestellten doch nicht geregelt werden könne. Der Minister stand diesem Vorschlag ablehnend gegenüber; einmal wegen der finanziellen Belastungen für die Staatskasse; zum andern befürchtete er, die Verwaltungsbeamten könnten dem Bezirksschulrat jene Verwaltungsgeschäfte abnehmen, die seiner Entschließung unterlägen. Da es sich aber nur darum handeln könne, diesen in den mechanischen und technischen Geschäften zu entlasten, seien hierfür wohl einfache Angestellte ausreichend. Im Jahr 1927 schaffte es ein gleichlautender Antrag, die Mehrheit des Ausschusses zu gewinnen, scheiterte jedoch auch im Plenum. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1430 (vom 20. Juni 1925), S. 1 (Ziffer 1. c) und 2 (Ziffer 3); Ebd., Nr. 1750 (Neudruck vom 17. März 1926), S. 1, Ziffer I. 1. b; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6072 und 6084; Ebd., 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6103-6104; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 272 (vom 23. März 1927), S. 2, Ziffer II. 2. b; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 936-937 und 940.

²⁵² Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4927-4943. Auch der Minister betonte, daß mit der Vermehrung der Bezirksschulratsstellen irgendein Zusammenhang mit der Schulaufsicht nicht geschaffen werden solle, sondern daß diese Dinge völlig getrennt zu behandeln seien. Allein unter dieser Voraussetzung habe er seine Zustimmung zur Bewilligung dieser Stellen gegeben. Gleichwohl verhielt sich das Ministerium für Volksbildung in der Frage der Beschaffung neuer Bezirksschulratsstellen äußerst zurückhaltend, da es dies außerordentlich eng mit der Frage verbunden sah, ob das Gesetz über die Schulaufsicht im Landtag zur Beratung und Verabschiedung kommen würde. Vgl. Ebd., 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6084.

²⁵³ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 201 (vom 11. Januar 1926), S. IX, 27, Kap. 71, Tit. 4 a.

Plauen vollzogen und damit Dresden III und Plauen II wiederbesetzt sowie der Bezirk Stollberg neu errichtet.²⁵⁴ Weitere drei Bezirksschulratstellen wurden im Ergebnis der Haushaltsberatungen im Jahr 1927 geschaffen. Von den nun insgesamt 40 Stellen für die staatliche fachmännische Schulaufsicht waren noch fünf zu besetzen.²⁵⁵ In Ausführung eines Landtagsbeschlusses vom 20. April 1926²⁵⁶ wurde zum 1. Oktober 1927 je ein weiterer Bezirksschulrat für die Großstadtbezirke Dresden I und Leipzig I berufen.²⁵⁷ Die sofortige Besetzung der verbliebenen drei Stellen sicherte der Minister am 19. April 1928 nach einem entsprechenden Beschluß des Haushaltsausschusses A zu.²⁵⁸ Zum 1. Mai 1928 erfolgte sodann die Teilung der Schulaufsichtsbezirke Bautzen, Glauchau und Schwarzenberg, und es entstanden die Bezirksschulämter Bischofswerda, Glauchau II und Aue²⁵⁹, womit endlich alle 40 Bezirksschulratsstellen besetzt waren. Im Hinblick auf die erschöpften Staatsfinanzen wurde in der Folge von einer weiteren Vermehrung der Bezirke abgesehen.

Der nun sich anschließende Entwicklungsgang muß im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Verselbständigung der Aufsicht über das Berufsschulwesen betrachtet werden.²⁶⁰ Aufgrund eines Landtagsbeschlusses vom 12. Juli 1929²⁶¹ wurden die Einnahmen und Ausgaben für das Volks- und Berufsschulwesen im Jahr 1931 erstmals getrennt aufgeführt. Von den 40 Bezirksschulräten waren 38 in A (Volksschule) und zwei in B (Berufsschule) verzeichnet, wobei letztere nur Berufsschulaufsicht ausübten (in Dresden und Leipzig).²⁶² Im Staatshaushaltsplan für 1932 waren 36 Bezirksschulräte verzeichnet, da zwei weitere Stellen nach Kapitel 71 a (Berufsschule) überwiesen worden waren.²⁶³ Die nun fehlenden Stellen für die Aufsicht über das Volksschulwesen führten zum Einzug bzw. zur Nichtbesetzung von Bezirksschulämtern. So erfolgte zum 1. Februar 1932 die Wiederzusammenlegung der Schulaufsichtsbezirke Grimma und Wurzen zu einem Bezirk Grimma.²⁶⁴ Und zum 1. Oktober 1932 wurde die Wiedervereinigung der Bezirke Aue und Schwarzenberg zu einem Schulaufsichtsbezirk Schwarzenberg angeordnet.²⁶⁵

Die letzte Veränderung ergab sich zum 1. März 1933 mit der Einverleibung der Amtshauptmannschaft Werdau zur Amtshauptmannschaft Zwickau. Das Bezirksschulamt V für den Bezirk der bisherigen

²⁵⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1926, S. 35.

²⁵⁵ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 2 (vom 26. Januar 1927), S. IX. 30, Kap. 71, Tit. 4 a; Ebd., Berichte, Nr. 272 (vom 23. März 1927), S. 2, Ziffer II. 1 und 2; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 904 und 940.

²⁵⁶ Auf Antrag des Haushaltsausschusses A waren die städtischen Schulbezirke Dresden I, Chemnitz I und Leipzig I zu teilen und zwei Bezirksschulämtern zu unterstellen. Obwohl eindeutig in der Formulierung wurde im Landtag erläutert, daß der Antrag so zu verstehen sei, daß nur die Aufsicht geteilt werde, die Einheitlichkeit der Schulbezirke im übrigen aber gewahrt bleiben solle. Es sei damit keine weitere Vermehrung der Bezirksschulratstellen gefordert, sondern die fraglichen Bezirksschulämter mit jeweils zwei Bezirksschulräten zu besetzen. Der Minister gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Anträge des Haushaltsausschusses geeignet seien, der Entschließung über seine Gesetzesvorlage vorzugreifen. So betonte er, daß auch bei weiterer Teilung, selbst bei Verdopplung, der Schulaufsichtsbezirke die nötige Aufsicht und die nötige Fühlung mit den Lehrern im Unterrichtsbetriebe nicht zu erreichen sei. Er warb daher intensiv für seinen Entwurf und gab zu bedenken, daß, wenn es nicht möglich sein werde, auf seinen vermittelnden Standpunkt zu treten, man dem Ansturm auf Schaffung des Schuldirektorats, sei es auch in einer gemilderten Form, auf die Dauer nicht widerstehen können. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1750 (Neudruck vom 17. März 1926), S. 2, Ziffer II. 2. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6065, 6072, 6082 und 6084; Ebd., 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6105.

²⁵⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 99. Siehe auch Kapitel F. III. 4. b.

²⁵⁸ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), S. 1, Ziffer II. 3; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2751 und 2760.

²⁵⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 27. Zum 1. Oktober 1929 erfolgte eine anderweite Teilung des Schulaufsichtsbezirks Schwarzenberg. Vgl. Ebd., 1929, S. 65.

²⁶⁰ Siehe Kapitel F. III. 4. b.

²⁶¹ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Nr. 99 (vom 28. Juni 1929), S. 2, Ziffer II. 1; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 10. Juli 1929, S. 236. In einer Eingabe vom 5. September 1928 hatte schon der Sächsische Berufsschulverein gebeten, der Berufsschule im Haushaltsplan ein besonderes Kapitel einzuräumen, damit der Landtag durch die Bestellung eines besonderen Berichterstatters zu einer gründlicheren Behandlung der Berufsschulangelegenheiten veranlaßt werde, als dies bisher der Fall gewesen sei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13820, Bl. 16.

²⁶² Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 24 (vom 17. Februar 1931), S. IX. 37, Kap. 71, Abt. A, Tit. 4 a; Ebd., S. IX. 40, Kap. 71, Abt. B, Tit. 4; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1966-1967.

²⁶³ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 50 (vom 27. Mai 1932), S. IX. 37, Kap. 71, Tit. 4 a.

²⁶⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 8.

²⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 54.

Amtshauptmannschaft Werdau erhielt die Bezeichnung Bezirksschulamt (Amtsh.) Zwickau III, das Bezirksschulamt V für den Bezirk der Stadt Zwickau die Bezeichnung Bezirksschulamt V (Stadtr.) Zwickau I. An der Bezeichnung des Bezirksschulamtes V (Amtsh.) Zwickau II wurde nichts geändert. Das Bezirksschulamt B (Amtsh.) Zwickau II hatte die Aufgaben des bisherigen Bezirksschulamts B (Amtsh.) Werdau mit zu übernehmen.²⁶⁶

Im Zuge der NS-„Machtergreifung“ erging am 18. April 1933 eine Verordnung „Zur wirksamen Gestaltung der staatlichen fachmännischen Schulaufsicht“²⁶⁷, die – in Anlehnung an den Schulaufsichtsgesetzentwurf von 1925 – den Bezirksschulräten nach dem räumlichen Umfange der Schulaufsichtsbezirke, der Zahl der Schüler, der Klassen und Lehrer ein bis vier Helfer zuteilte. Diese hatten den Bezirksschulrat in der Überwachung der Unterrichtserteilung der Lehrer, der Lehrerversammlungen, in der Leitung der Junglehrerarbeitsgemeinschaften und in seinem besonderen Auftrag in der Miterledigung von Leitungs-, Verwaltungs- und anderen Aufsichtsmaßnahmen zu unterstützen, die mit der Unterrichtserteilung unmittelbar im Zusammenhang standen. Im Hinblick auf die Einführung des Helfersystems sollten von den 36 Bezirksschulräten drei in Wegfall geraten, nämlich noch im selben Jahr Bischofswerda und Glauchau II, sowie 1934 Schandau.²⁶⁸

4. Bezirkslehrrerausschuß und Bezirkslehrerrat

Zur Mitwirkung der Volksschullehrerschaft an der Schulverwaltung existierten auf der mittleren Verwaltungsebene besondere Einrichtungen.²⁶⁹ So hatte schon im Landtag 1907/1909 die Beschwerde- und Petitionsdeputation die Aufnahme von Bestimmungen in das neue Volksschulgesetz gefordert, wonach es den Bezirksschulinspektoren zur Pflicht gemacht werden sollte, bei allgemeinen Entschlüssen über pädagogische Fragen, Lehrpläne und Schulbücher und sonstige den Unterricht betreffende wichtige Fragen Sachverständige gutachtlich zu hören, bei deren Auswahl den Direktoren und Lehrern eine Mitwirkung einzuräumen war.²⁷⁰ Der Volksschulentwurf vom 12. Januar 1912 sah vor, daß sich der Bezirksschulinspektor mit besonders erfahrenen Schulmännern seines Bezirks zu beraten hatte, wenn es sich um Lehrpläne, Lehrbücher usw. handelte, und daß der Lehrerschaft ein Recht gegeben werden sollte, solche Personen dem Bezirksschulinspektor zu bezeichnen.²⁷¹ Doch erst das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 bestimmte, daß das Bezirksschulamt zur Beratung und Mitwirkung bei der Regelung allgemeiner Angelegenheiten der Schulverwaltung des Amtsbezirks den *Bezirkslehrrerausschuß* zu berufen hatte.²⁷² Dieser bildete sodann zusammen mit mindestens je einem Mitglied der im Bezirk bestehenden städtischen Be-

²⁶⁶ Vgl. Ebd., 1933, S. 12.

²⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 24 (= Dokument 254).

²⁶⁸ Vgl. Landtags-Akten, 6. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 2 (vom 19. August 1933), S. IX. 40, Kap. 71, Tit. 4 a.

²⁶⁹ Da im höheren Schulwesen eine Mittelinstanz der Schulaufsicht nicht existierte, entfielen hier dementsprechende Einrichtungen der Philologen. Siehe Kapitel G. V.

²⁷⁰ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2882 (B. IX) und 2895-2896; Mitteilungen, 1907/1909, 2. Kammer, 172. Sitzung vom 19. Januar 1909, S. 4979 und 5042; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 128-136. Die Jahreskonferenz der Bezirksschulinspektoren beschäftigte sich in der Folge am 9. März 1911 mit der Frage, ob für die Bezirksschulinspektion ein Sachverständigenrat einzuführen sei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13623, Bl. 133ff.

²⁷¹ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 813, § 65 Ziffer 2. Die Deputation der Zweiten Kammer wünschte dagegen einen ständigen Beirat, zu dem die Lehrerschaft drei Mitglieder wählen und der Bezirksschulinspektor beliebig viele ihm geeignete Kräfte hinzuberufen können sollte. Dieser Bezirksschulbeirat wurde als ein Mittel verstanden, die Berufsfreudigkeit der Lehrerschaft zu steigern, vor allem aber im Interesse der Schule die lebendige Fühlung der Aufsichtsbehörde mit allen Richtungen und Bestrebungen im Schulwesen zu gewährleisten. Die Regierung lehnte den Vorschlag jedoch ab und erklärte, daß die Bildung eines ständigen Bezirksschulbeirates nicht zweckmäßig sei, da ein solcher neben den verantwortlichen Bezirksschulinspektor unverantwortliche Mandatare der Lehrerschaft stelle, an welche der Bezirksschulrat nicht gebunden werden könne. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1685.

²⁷² Dieser wurde von zwei Schulleitern und fünf Lehrern der Volks- und Fortbildungsschulen gebildet, die dem Bezirksschulamt unterstanden. Seine Mitglieder wurden von den Lehrern dieser Schulen in geheimer Wahl auf drei Jahre gewählt. In Städten mit Revidierter Städteordnung, in denen nur eine Schule bestand, übernahmen der Schulleiter und der Lehrerrat die Aufgaben des Ausschusses.

zirkslehrerausschüsse den *Bezirkslehrerrat*, der dem Bezirksschulrat zur Seite trat. Der Bezirksschulrat hatte den Bezirkslehrerrat zur Teilnahme an der Beratung und Beschlußfassung bei der Regelung allgemeiner Angelegenheiten des inneren Schulbetriebes sowie der Jugend- und Volksbildung einzuberufen. Bezirkslehrerausschuß sowie Bezirkslehrerrat hatten das Recht, in den sie betreffenden Angelegenheiten Anregungen zu geben und Anträge zu stellen; ihre Einberufung hatte jeweils auf Antrag von mindestens drei ihrer Mitglieder zu erfolgen.²⁷³ Die Befugnisse der Bezirkslehrerausschüsse wurden später durch Verordnung vom 21. September 1927 eingeschränkt, in der es für unstatthaft erklärt wurde, in diesen Jahresversammlungen über Gesetzentwürfe der Reichs- oder der Landesregierung Entschließungen zu fassen und Abstimmungen herbeizuführen.²⁷⁴ Da dies vor dem Hintergrund des Keudellschen Reichsschulgesetzentwurfs geschah, den kirchliche Kreise bei allen Gelegenheiten – selbst bei kirchlichen Amtshandlungen – bewarben, formulierte der Sächsische Lehrerverein einen Protest, in dem er klarstellte, daß Lehrer Sachverständige in Schul- und Erziehungsfragen und darum in erster Linie berufen seien, zu Gesetzesentwürfen auf dem Gebiete des Schulwesens Stellung zu nehmen. Und angesichts der Bedeutung des Gegenstands mußten auch Entschließungen zum Reichsschulgesetz gefaßt werden.²⁷⁵ Ein im Sächsischen Landtag von der SPD gestellter Antrag auf Aufhebung der Verordnung blieb im Rechtsausschuß unerledigt.²⁷⁶

5. Landesschulausschuß, Landesschulbeirat und Landeslehrerrat

Wie für die Mittel- so waren auch für die Zentralinstanz Bestrebungen zur Etablierung von Beratungsgremien im Gange. Als im Landtag 1907/1909 von der nationalliberalen Partei die Einrichtung von Schulsynoden²⁷⁷ vorgeschlagen wurde, verhielt sich die Regierung noch völlig ablehnend, da nach ihrer Auffassung für die Angelegenheiten des Volksschulwesens lediglich die gesetzgebenden Körperschaften des Staates in Frage kämen.²⁷⁸ Der Antrag wurde sowohl in der Deputation als auch in der Zweiten Kammer abgelehnt.²⁷⁹ In den Deputationsberatungen über den Volksschulgesetzentwurf im Frühjahr 1912 griff der Abgeordnete Dr. Richard Seyfert den alten Vorschlag in modifizierter Form auf. Kultusminister Dr. Heinrich Gustav von Beck hielt an der Ablehnung der Regierung fest, indem er darauf verwies, daß der Landesschulbeirat längst in der Form der Bezirksschulinspektorenkonferenz vorhanden sei, und er signalisierte die Bereitschaft, zu dieser künftig auch Vertreter der Elternschaft hinzuzuziehen.²⁸⁰ Dennoch wurde gegen die konservative Deputationsminderheit der Antrag in den Entwurf aufgenommen.²⁸¹ Während sich

²⁷³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 183-184, § 16; Verordnungsblatt, 1919, S. 162; Ebd., 1921, S. 191; Ebd., 1922, S. 166-167; Ebd., 1930, S. 82, Ziffer 15; LLZ, 1925, S. 769-776.

²⁷⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/15, Bl. 271 (= Dokument 195).

²⁷⁵ Vgl. Ebd., Bl. 275-276

²⁷⁶ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 565 (vom 17. November 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 62. Sitzung vom 31. Januar 1928, S. 2214-2221; Ebd., 63. Sitzung vom 2. Februar 1928, S. 2248.

²⁷⁷ Der betreffende Antrag wünschte, „daß in dem Volksschulgesetze Schulsynoden eingeführt werden, welche vor Erlaß gesetzlicher oder verordnungsmäßiger, auf das Volksschulwesen bezüglicher Bestimmungen gutachtlich zu hören sind und welche das Recht haben, über Anträge ihrer Mitglieder zu verhandeln und sie dem Kultusministerium zu unterbreiten. Diese Schulsynoden sollen a) aus Mitgliedern, welche das Kultusministerium ernennt, b) aus Mitgliedern, welche von den unteren Organen der Volksschulverwaltung (Schulvorständen) gewählt werden, c) aus Mitgliedern, welche durch Direktoren und Lehrer gewählt werden, bestehen.“ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2908. Der Gedanke einer „Schulsynode“ war bereits in den Landtagsverhandlungen 1872 ausgesprochen worden. Vgl. Mittheilungen, 1871/1873, 2. Kammer, 46. Sitzung vom 4. März 1872, S. 1349.

²⁷⁸ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2908-2909.

²⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 2909; Mittheilungen, 1907/1909, 2. Kammer, 172. Sitzung vom 19. Januar 1909, S. 4986-4987, 4998-4999, 5007-5008 und 5043; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 128-134 und 136. Der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 enthielt daher keine diesbezüglichen Bestimmungen. Wohl aber wurde in der Begründung darauf hingewiesen, daß sich die Regierung bei Vorbereitung des Gesetzentwurfes des Beirates erfahrener Persönlichkeiten bedient habe. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 823.

²⁸⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16144, Bl. 6-13.

²⁸¹ Er lautet: „Der obersten Schulbehörde steht ein Landesschulbeirat zur Seite, der die unter § 68 [Absatz] 2 a und o bezeichneten Angelegenheiten mit vorzubereiten hat. Dieser besteht aus 12 Fachleuten – nämlich 3 Bezirksschulinspektoren, 4 Schuldirektoren und 5 Volksschullehrern – und aus 6 anderen Mitgliedern. Die Bezirksschulinspektoren werden bei der im § 68 [Absatz] 3 genannten Jahreszusammenkunft, die Direktoren und Lehrer durch die Gesamtheit von der Lehrerschaft zu den

die Mehrheit der Zweiten Kammer dem Votum anschloß, versagte die Erste Kammer den Beitritt zu diesem Beschluß.²⁸² Das Scheitern des Volksschulgesetzes bedeutete (ohnehin) das vorläufige Ende der Bemühungen um die Errichtung eines Landesschulbeirats.

Einen nächsten Versuch unternahm Dr. Richard Seyfert am 20. November 1917 durch Einbringung eines Antrages.²⁸³ Anlässlich der allgemeinen Vorberatung am 7. März 1918²⁸⁴ schilderte Seyfert den Landesschulausschuß als eine temporäre Vereinigung, zu der eine große Anzahl berufener Männer und Frauen sich zusammenfänden, damit „in einer mehrtägigen Beratung alles das, was an schöpferischen Ideen auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens sich kundgegeben hat oder kundgeben könnte, durch Rede und Gegenrede einmal dargestellt“²⁸⁵ werde. „Aus dieser großen Vereinigung heraus müßte dann ein kleinerer Ausschuß gewählt werden, der nunmehr das, was dort an Ideen gegeben worden ist, zu prüfen und zu greifbaren Ergebnissen zu formen hat, die verwendbar sind für die Gesetzgebung oder auch für den inneren Ausbau und den Unterricht, also ein ständiger Ausschuß, der die Aufgabe hätte, zu prüfen, zu sichten und zu vereinheitlichen. Dieser schüfe den Stoff, der dann den gesetzgebenden Faktoren übergeben werden müßte.“²⁸⁶ Der Minister des Kultus und öffentlichen Unterrichts signalisierte in dieser Frage nun ein wohlwollendes Entgegenkommen.²⁸⁷ Der Sozialdemokratie schien der Antrag geeignet, in seiner Folge die Volksschulreform endlich in Angriff nehmen zu können.²⁸⁸

Die außerordentliche Neuordnungsdeputation, die mit der weiteren Beratung beauftragt worden war, legte am 16. April 1918 einen Bericht vor, in dem sie den Antrag zur Annahme empfahl.²⁸⁹ In der

Bezirksschulbeiräten erwähnten Personen gewählt, die 6 nichtfachmännischen Mitglieder vom Ministerium berufen. Die Wahl gilt auf 5 Jahre.“ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1688-1689.

²⁸² Vgl. Mitteilungen, 1911/1912, 2. Kammer, 110. Sitzung vom 3. Dezember 1912, S. 4509-4513; Ebd., 1. Kammer, 59. Sitzung vom 11. Dezember 1912, S. 1057.

²⁸³ Dieser wünschte, „die Regierung zu ersuchen, einen im Einvernehmen mit den beiden Ständekammern zusammenzusetzenden Landesausschuß ins Leben zu rufen, der die Aufgabe haben soll, das gesamte öffentliche Erziehungs- und Bildungswesen des Landes daraufhin zu prüfen, ob es nach innerer Geschlossenheit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit den Neugestaltungen und den neuen Aufgaben des Lebens voll entspricht und, soweit das nicht mehr der Fall ist, Vorschläge für den weiteren Ausbau des Bildungswesens auszuarbeiten.“ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, S. 24.

²⁸⁴ Vgl. Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 36. Sitzung vom 7. März 1918, S. 1190-1215; SSZ, 1918, S. 107-111, 120-121 und 127-128.

²⁸⁵ Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 36. Sitzung vom 7. März 1918, S. 1198.

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Vgl. Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 36. Sitzung vom 7. März 1918, S. 1199. Das Ministerium des Innern war in dieser Frage (seit 1910) schon mit der Gründung von Sachverständigenausschüssen (ohne Aufsichtsbezugnis) für das Handelsschulwesen, für die Web- und Wirkschulen, für das Musikschulwesen und für die der Spielwarenindustrie dienenden Schulen vorangegangen. In Bildung begriffen waren Ausschüsse für das Gewerbe- und Fachgewerbeschulwesen. Die Einrichtung eines allgemeinen Landesschulbeirats vermochte das Ministerium des Innern für die Gesamtheit der ihm unterstehenden Erziehungs- und Bildungsanstalten aufgrund der Verschiedenartigkeit der Aufgaben und Lehrziele der Schulen nicht als zweckmäßig anzuerkennen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14528, Bl. 32-34, 39-40 und 50; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, S. 281; Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 51. Sitzung vom 26. April 1918, S. 1612. Das Finanzministerium nahm in der Frage des Landesschulausschusses zunächst eine entschieden ablehnende Haltung ein, da es unzweifelhaft sei, daß der Zweck des Antrags nicht in erster Linie ein schultechnischer, sondern ein politischer sei. Der geplante Landesschulausschuß solle mutmaßlich der Forderung der Einheitsschule und Staatsschule sowie vermeintlichen Interessen der Volksschullehrer Vorschub leisten. Er werde nicht der notwendigen Entpolitisierung der Schule dienen, sondern die gegenwärtige Entwicklung befördern. Im April 1918 war das Ministerium der Finanzen dann schließlich doch geneigt, einer einmaligen Tagung zuzustimmen, sofern sich daraus keine irgendwie dauernde oder wiederkehrende Einrichtung entwickle. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14528, Bl. 47-48 und 62.

²⁸⁸ Vgl. Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 36. Sitzung vom 7. März 1918, S. 1204.

²⁸⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, S. 278-283. Darin waren auch (S. 282f.) diesbezügliche Richtlinien formuliert: „I. Es ist einmalig ein Landesschulausschuß zu einer mehrtägigen Beratung über das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen Sachsens einzuberufen. 2. Er ist so zusammenzusetzen, daß außer Vertretern aller Gebiete des öffentlichen Erziehungswesens auch sachkundige Männer und Frauen anderer Stände, im ganzen etwa 80 bis 100 Personen berufen werden. 3. Die Berufung erfolgt durch die Regierung im Einvernehmen mit den Ständekammern. 4. Für die Arbeit des Landesschulausschusses ist ein Arbeitsplan zu entwerfen: a) Es sind berufene Personen zu bestellen, die in großen Linien die für die zukünftige Gestaltung des gesamten öffentlichen Erziehungswesens zu erhebenden Forderungen begründen. Bei der Auswahl der Berichterstatter ist dafür zu sorgen, daß neuere Anschauungen besonders zur Geltung kommen; für umstrittene Fragen sind Berichterstatter und Gegenberichterstatter zu bestellen. Angebote auf freiwillige Berichte sind, wenn möglich, zu beachten. b) Die Berichte sollen, ohne sich in Einzelfragen zu verlieren, in praktische Vorschläge ausmünden. c) Für die Berichte sind Leitsätze zu entwerfen und den Mitgliedern des Landesschulausschusses geraume Zeit vor den Verhandlungen zuzustellen. d) An Bericht und Gegenbericht schließt sich in jeder Frage eine zeitlich beschränkte Aussprache. e) Beschlüsse

sich anschließenden Schlußberatung am 26. April 1918 unterstützten alle Parteien das Ergebnis der Deputationsberatungen.²⁹⁰ Die Sozialdemokraten machten freilich geltend, daß sich die Regierung das Recht der Berufung gesichert hatte; unter diesen Umständen sei „gewiß nicht zu erwarten, daß Himmelstürmer auf pädagogischem Gebiete in dieser Schultagung das Wort führen werden“²⁹¹. Dennoch könne man „diese Bedenken zurücksetzen vor der einen Erwägung, daß durch diese Schultagung in einer Zeit, wo für parlamentarische Aktionen vielleicht schwer Raum zu schaffen ist, die Schulreformfrage wenigstens im Fluß bleibt“²⁹². Die Bildung eines Landesschulausschusses kam bis zum Jahresende 1918 jedoch nicht mehr zustande.

In der Begründung zum Übergangsschulgesetzentwurf war dann vermerkt, daß sich das Kultusministerium die Bildung eines Landesschulbeirats zur Beratung wichtiger allgemeiner Angelegenheiten des Volks- und Berufsschulwesens vorbehalte, ohne aber gleichzeitig konkrete Schritte hierfür anzukündigen.²⁹³ So erneuerte die DDP im Dezember 1919 ihr Herzensanliegen auch unter Verweis auf den in der früheren Zweiten Kammer gefaßten Beschluß.²⁹⁴ Schon am 28. November 1919 war ein Schreiben des Kultusministeriums, das sich seit dem 6. Oktober 1919 unter der Leitung von Dr. Richard Seyfert (DDP) befand, ergangen, das die Planung einer entsprechenden für Anfang 1920 in Aussicht genommenen Tagung dokumentiert.²⁹⁵ Anläßlich der ersten Programmrede des nunmehrigen Ministers am 16. Dezember 1919 wurde die Volkskammer über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Das Arbeitsprogramm, das Seyfert als Berichterstatter der Zweiten Kammer der damaligen Regierung empfohlen hatte, nahm er als Regierungsvertreter nun wieder auf und empfahl es als Leitfaden für die Arbeit des Landesschulausschusses.²⁹⁶ Nachdem die Auswahl der Teilnehmer erfolgt²⁹⁷ und interne Querelen²⁹⁸ beseitigt worden waren, tagte

werden nicht gefaßt. f) Die Leitsätze und die wichtigsten Gedanken aus der Aussprache werden zu einem Verhandlungsbericht zusammengestellt und veröffentlicht. 5. Den Mitgliedern des Landesschulausschusses sind Tagegelder zu gewähren. – II. Es ist ein ständiger Landesschulbeirat von 24 Mitgliedern zu bilden, von denen 12 durch die Regierung, 7 durch die zweite, 5 durch die erste Ständekammer gewählt werden, der erstmalig aus Mitgliedern des Landesschulausschusses zusammengesetzt sein soll und durch Regierung und Ständekammern zu wählen ist.“

²⁹⁰ Vgl. Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 51. Sitzung vom 26. April 1918, S. 1606-1613.

²⁹¹ Ebd., S. 1609. In gleichem Sinne äußerte sich (S. 1608) auch Hermann Fleißner.

²⁹² Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 51. Sitzung vom 26. April 1918, S. 1610.

²⁹³ Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 19. Der Landesschulbeirat war neben den lokalen Elternräten und regionalen Bezirkslehrerausschüssen als Zentralinstanz zur Beratung aller wichtigen Schulfragen gedacht. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 669-670.

²⁹⁴ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 460 (vom 3. Dezember 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2452-2454. Vor der Volkskammer faßte der Abgeordnete Hermann Schiersand (DDP) die früheren Vorgänge zusammen und führte (S. 2454) des Weiteren aus: „Wenn wir [...] die Einsetzung eines Landesschulausschusses wünschen, so kann der Zweck dieser Übung nicht mehr der von ehemals sein, die Regierung zu drängen und durch den Ausschluß drängen zu lassen, daß sie auf dem Gebiete des Bildungswesens überhaupt etwas tut. [...] Der Hauptzweck der Verhandlungen dieses Landesschulausschusses würde diesmal wohl zweifelsohne der sein, die verschiedenen Anregungen, Gedanken und Vorschläge der einander zunächst vielfach noch gegensätzlich gegenüberstehenden Vertretungen der verschiedenen Organisationen möglichst [...] unter einen Hut zu bringen, [...] Wenn dieser Zweck erreicht würde [...], so würde der Arbeit, die bevorsteht, nämlich einer Neuordnung unseres gesamten Bildungswesens, gewiß ein großer Dienst erwiesen.“ Der aus dieser Versammlung hervorgehende Landesschulbeirat würde dann „unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers oder eines von ihm abgeordneten Vertreters aus dem Ministerium über wichtige Schulfragen gutachtlich zu hören sein. Er würde vor dem Erlass wesentlicher Verordnungen, bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Schulwesen und das Unterrichtsministerium, vor allem aber bei der Vorberatung des neuen Schulgesetzes oder, sagen wir besser, des Volksbildungsgesetzes, das in einigen Jahren doch endlich einmal kommen muß und das die Aufgabe haben wird, die alten Gesetzesbestimmungen und die Bestimmungen des jetzigen Übergangsschulgesetzes zusammenzufassen und in übersichtlicher Weise den sächsischen Staatsbürgern vorzulegen, gehört werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf das kommende Reichsschulgesetz hinweisen. Bei der Fülle der großen Aufgaben, die in der nächsten Zeit gerade auf dem Gebiete des Schulwesens zu lösen sein werden, würde der Landesschulbeirat sich gewiß als eine segensreiche Einrichtung zu erweisen Gelegenheit haben.“

²⁹⁵ Darin wurde die Staatskanzlei ersucht, mit tunlichster Beschleunigung zunächst die Zustimmung des Gesamtministeriums und sodann die der Volkskammer zu diesem Vorhaben sowie die Bewilligung der erforderlichen Mittel vermitteln zu wollen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14528, Bl. 170. Zu den organisatorischen Vorbereitungen der Tagung siehe: Ebd., Nr. 14529 und 16144.

²⁹⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, S. 279-281; Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2471.

²⁹⁷ Ein Schreiben mit einer Aufstellung über die Zusammensetzung des Landesschulausschusses ging am 10. Januar 1920 an die Sächsische Volkskammer. Die Auswahl der insgesamt 69 vorgesehenen Teilnehmer sollte dabei den aufgeführten Verbänden

im Freistaat Sachsen – noch ehe die Reichsschulkonferenz²⁹⁹ zusammentrat – vom 13.–16. April 1920 der Landesschulausschuß.³⁰⁰ Die Ergebnisse seiner Verhandlungen stellte das Kultusministerium in gekürzter Form eigens in einer Publikation zusammen.³⁰¹ Da aus der Versammlung selbst kein Landesschulbeirat hervorgegangen war, wandte sich der Minister am 13. November 1920 mit einer entsprechenden Anregung an den Vorstand des Sächsischen Lehrerbundes.³⁰² Doch wurde nach dem Wechsel an der Spitze des Ministeriums im Dezember 1920 das Thema durch Amtsnachfolger Hermann Fleißner (USPD) zunächst nicht weiter verfolgt. Zu Beginn der zweiten Wahlperiode des Sächsischen Landtages rief die Abgeordnete Dr. Doris Hertwig (DVP) die Angelegenheit in Erinnerung.³⁰³ Ministerpräsident Wilhelm Buck (SPD) bekundete in seiner Regierungserklärung vom 12. Dezember 1922 die Absicht, dem Landtag eine Gesetzesvorlage über die Errichtung eines Landesschulbeirates, „der zu einer Zentralstelle für die mannigfaltigen Schulfragen und Probleme auszugestalten“³⁰⁴ sei, vorzulegen. Der im Januar 1924 erstellte vorläufige Entwurf³⁰⁵ wurde in der Folge von dem neuen Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) fallengelassen; die Gründung eines Landesschulbeirats wurde nicht weiter betrieben.

In Bezug auf die Bildung eines auf zentraler Verwaltungsebene angesiedelten Beratungsorgans der Lehrer hatte der Entwurf von 1924 vorgesehen, daß die Vertreter der Lehrerschaft der Volks-, Fortbildungs- und höheren Schulen innerhalb des geplanten Landesschulbeirats eine Abteilung – den Landeslehrerrat – bilden sollten, dem alle Fachangelegenheiten des Erziehungs- und Unterrichtswesens zur Vorberatung zuzuweisen waren.³⁰⁶ Faktisch nahmen bereits die Vorstände der einzelnen Lehrerorganisationen (Sächsischer Lehrerverein, Sächsischer Fortbildungsschulverein, Sächsischer Philologenverein usw.) jeweils die Funktion eines solchen Gremiums wahr, doch fehlte – nachdem auf lokaler und regionaler Ebene längst Eltern- und Lehrerräte gebildet worden waren – auf gesetzlicher Grundlage noch „die Krönung

selbst überlassen bleiben. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 79. Sitzung vom 13. Januar 1920, S. 2698. Für die letztlich realisierte Zusammensetzung siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, Bl. 42.

²⁹⁸ So war es zu Auseinandersetzungen mit dem Wirtschaftsministerium gekommen, nachdem dieses übergangen worden war. Nach Vermittlung durch die Staatskanzlei wurde es an den Vorbereitungen beteiligt und mit dem Referat über Auf- und Ausbau des Berufsschulwesens betraut. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14529, Bl. 73-74 und 78; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 259ff.

²⁹⁹ Die vom 11.–20. Juni 1920 einberufene Reichsschulkonferenz war das dritte bildungspolitische Ereignis zum Beginn der Weimarer Republik, dessen Anliegen darin bestand, mittels einer Generaldebatte eine Verständigung über Inhalte, Methoden und Organisation im Hinblick auf die Reichsschulgesetzgebung zu erreichen. Im Gegensatz zu den Schulartikeln der Verfassung und dem Reichsgrundschulgesetz hatte die Reichsschulkonferenz aber keinen direkten Einfluß auf die weitere Entwicklung, sondern leistete letztlich nur die erneute Verdeutlichung schon bekannter Positionen. Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 9044; Ebd., 11125, Nr. 11864/390; Reichsministerium des Innern (Hrsg.): Die Reichsschulkonferenz 1920; Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): Die deutsche Schulreform; Dass. (Hrsg.): Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen; Oestreich, Paul: Ein großer Aufwand, schmachvoll, ist vertan; Becker, Hellmut und Gerhard Kluchert: Die Bildung der Nation, S. 263-364; Braune, Peter: Die gescheiterte Einheitsschule, S. 178-202; Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 45-50; Heydorn, Heinz-Joachim und Gernot Koneffke: Zur Bildungsgeschichte des deutschen Imperialismus, S. 38-62; Müller, Sebastian F.: Die Höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik, S. 52-69; Schorb, Alfons Otto und Volker Fritzsche: Schulerneuerung in der Demokratie.

³⁰⁰ Vgl. LLZ, 1920, S. 71, 177-178, 250-251 und 261-262; SSZ, 1920, S. 162-163, 209-212 und 246-250.

³⁰¹ Vgl. Verhandlungen des Landesschulausschusses.

³⁰² Er bat den Lehrerbund, Vorschläge für die Ausgestaltung eines Landesschulbeirats zu unterbreiten und womöglich auch schon die Persönlichkeiten zu benennen, auf deren Berufung die im Lehrerbund zusammengeschlossenen Vereinigungen besonderen Wert legten. Es war dabei auch hinzugefügt worden, daß die Materie nach Möglichkeit beschleunigt werden sollte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, Bl. 2.

³⁰³ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 880; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 15 (vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 164, 173, 184, 187 und 189; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 9 (vom 11. Januar 1923); SSZ, 1923, S. 53-54.

³⁰⁴ Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 12. Dezember 1922, S. 16; SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, Bl. 19.

³⁰⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, Bl. 84-87 (= Dokument 51). Die ersten „Leitsätze für den Gesetzentwurf über den Landesschulbeirat“ stammten vom 1. Juni 1923 und enthielten Erläuterungen zu Wesen, Aufgabe, Bildung und Zusammensetzung sowie Geschäftsführung des Beirates. Sie bildeten am 14. Juni 1923 den Gegenstand einer Beratung von Ministerialräten. Die daraus resultierenden überarbeiteten „Leitsätze zum Landesschulbeiratsentwurf“ wurden am 27. September 1923 mit Bitte um schriftliche Äußerung den maßgeblichen Stellen zugestellt. Vgl. Ebd., Bl. 52-67 und 71-73.

³⁰⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, Bl. 86, § 8.

nach oben“.³⁰⁷ Zuletzt forderte der Landtag erfolglos am 19. April 1928 die umgehende Einrichtung eines Landeslehrerrates.³⁰⁸

III. Zusammenfassung

Die oberste Aufsichtsbehörde über das Volks-, höhere und Privatschulwesen war das im Jahr 1831 gegründete Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts (im September 1923 in Ministerium für Volksbildung umbenannt), das seit 1937 ausnahmslos auch die Aufsicht über das Fachschulwesen führte. Mit der Verwaltungsreform von 1873/1874 erlosch die in der Mittelinstanz durch Geistliche ausgeübte Aufsicht über das Volksschulwesen. Seit diesem Zeitpunkt existierten neu eingerichtete Bezirksschulinspektionen (Bezirksschulämter), die sich aus je einem Verwaltungsbeamten (Amtshauptmann) und einem Schulfachmann zusammensetzten. Letztgenannter war der Bezirksschulinspektor (Bezirksschulrat), welcher die innere Schulaufsicht über den Unterrichtsbetrieb führte. Mit zunehmender Arbeitslast wurde die Zahl der Bezirksschulräte durch Teilung ihrer Bezirke von ursprünglich 25 schrittweise auf 40 erhöht. Ein von der Regierung seit 1925 verfolgter Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes, das den Bezirksschulräten fachmännische Hilfsarbeiter begeben sollte, scheiterte am breiten Widerstand der Parteien (mit Ausnahme der DVP). Die Mitwirkung der Volksschullehrerschaft an der Schulverwaltung erfolgte über den Bezirkslehrerausschuß und den Bezirkslehrerrat. Die gesetzliche Einrichtung eines auf zentraler Verwaltungsebene angesiedelten Landeslehrerrates mit Vertretern aller Schulgattungen kam jedoch nicht zustande. Der allgemeinen Verständigung über Gegenwartsfragen des öffentlichen Bildungs- und Erziehungswesens diente der im Jahr 1920 tagende Landesschulausschuß, aus dem sich in der Folge jedoch keine dauernde Einrichtung (Landesschulbeirat) entwickelte.

³⁰⁷ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 471 und 472; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 109. Sitzung vom 26. Mai 1922, S. 4067; LLZ, 1919, S. 665-666; LLZ, 1920, S. 567-568, Zitat: S. 568; SSZ, 1921, S. 659-660; SSZ, 1923, S. 45.

³⁰⁸ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), Ziffer V. 4; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2761.

D. Die Neuordnung des sächsischen Volksschulwesens

I. Die gesetzlichen Grundlagen des Volksschulwesens

1. Königlich Sächsisches Volksschulgesetz und Volksschulreform

Das Volksschulwesen im Königreich Sachsen war in seinen Grundsätzen geregelt durch das „Gesetz, das Elementar-Volksschulwesen betreffend“ vom 6. Juni 1835³⁰⁹, das im Rahmen der allgemeinen Staatsreform nach 1831 entstanden und jahrzehntelang mit wenigen Modifikationen³¹⁰ gültig war. Im Zusammenhang mit der Reorganisation der Staats- und Kirchenbehörden wurde 1871/1874 auch das Volksschulwesen neu geordnet. Nachdem über einen im Dezember 1871 vorgelegten Volksschulgesetzentwurf in beiden Kammern des Sächsischen Landtags abweichende Beschlüsse gefaßt worden waren, blieb auch das parlamentarische Vereinigungsverfahren ohne Erfolg. Daraufhin erklärte der Vorstand des Gesamtministeriums, Staatsminister Freiherr von Friesen, daß das Gesetz dennoch publiziert werden müsse, weil die übrigen Organisationsgesetze über die innere Verwaltung ohne gleichzeitige Ausführung des Schulgesetzes nicht ausführbar seien.³¹¹ Die Regierung machte daher von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, eine Gesetzesvorlage in Kraft zu setzen, sofern in einer Kammer eine ablehnende Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam.³¹² Auf diese Weise konnte das „Gesetz, das Volksschulwesen betreffend“ vom 26. April 1873 veröffentlicht werden.³¹³

³⁰⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 279ff. und Ausführungsverordnung hierzu vom 9. Juni 1835 (GVBl. S. 298ff.). Abdruck in Schulze, Gottlob Leberecht (Hrsg.): Das Elementar-Volksschulgesetz. Siehe auch Reh, Johannes: Gottlob Leberecht Schulze; Simon, Chr. August: Quellenschriften zur Geschichte der Volksschule, S. 119-150; Trögel, Robert: Das sächsische Volksschulgesetz von 1835, S. 153-165; Richter, Julius: Geschichte der sächsischen Volksschule; Paetzold, Wilhelm: Geschichte des Volksschulwesens im Königreich Sachsen, S. 134ff.; Arnhardt, Gerhard: Die Erneuerung des „Elementar-Volksschulwesens“, S. 64-69; Hohendorf, Gerd: Das sächsische Schulgesetz von 1835, S. 39-42; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 102-125.

³¹⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1851, S. 107ff.; Ebd., 1858, S. 271; Ebd., 1864, S. 286; Ebd., 1870, S. 92ff. Zur Volksschulpolitik in dieser Zeit siehe Siegert, Gustav: Der Kampf um das sächsische Volksschulgesetz, S. 293-296 und 305-306; Paetzold, Wilhelm: Geschichte des Volksschulwesens im Königreich Sachsen, S. 134-181; Georgi, Johannes: Die politischen und geistigen Kämpfe, S. 13-72; Kirchberg, Ulrike: Vom Privileg zum Allgemeingut?, S. 81-82; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 89-337.

³¹¹ Vgl. Mittheilungen, 1871/1873, 2. Kammer, 140. Sitzung vom 7. März 1873, S. 5053.

³¹² Vgl. Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen, 1831, S. 262, § 92. Zu den Erwägungen der Regierung über den weiteren Umgang mit der Gesetzesvorlage siehe Bürger, Jödis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber, S. 155-165. Erläuterungen zum § 92 auch bei Neemann, Andreas: Landtag und Politik in der Reaktionszeit, S. 75-76.

³¹³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 350ff. und damit in Verbindung stehende Verordnungen vom 25. August 1874 (GVBl. S. 155ff.), 30. Dezember 1874 (GVBl. S. 551), 4. August 1875 (GVBl. S. 310ff.), 4. November 1878 (GVBl. S. 432ff.) und 10. Oktober 1881 (GVBl. S. 195). Abdruck in Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz; Walter, O. E. (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulrecht; Gesetze und Verordnungen, das Seminar- und Volksschulwesen im Königreiche Sachsen betreffend; Laube, Horst und Karl Seyfert (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht, S. 1-93. Siehe auch: Entscheidungen und Verordnungen. – Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 6612-6616 und 6855-6860; Landtags-Acten, 1871/1873, 1. Abtheilung, Bd. 2, S. 153-191; Ebd., 3. Abtheilung, Beilagen, Bd. 1, S. 189-284; Ebd., 3. Abtheilung, S. 291-378; Mittheilungen, 1871/1873, 2. Kammer, 46. Sitzung vom 4. März 1872, S. 1284-1355; Ebd., 47. Sitzung vom 5. März 1872, S. 1357-1395; Ebd., 48. Sitzung vom 6. März 1872, S. 1398-1432; Ebd., 49. Sitzung vom 7. März 1872, S. 1433-1475; Ebd., 50. Sitzung vom 8. März 1872, S. 1479-1515; Ebd., 52. Sitzung vom 9. März 1872, S. 1563-1601; Ebd., 53. Sitzung vom 11. März 1872, S. 1604-1645; Ebd., 54. Sitzung vom 12. März 1872, S. 1648-1653; Landtags-Acten, 1871/1873, 2. Abtheilung, Beilagen, Bd. 1, S. 363-533; Ebd., 2. Abtheilung, S. 305-344, Nr. 43-49; Mittheilungen, 1871/1873, 1. Kammer, 43. Sitzung vom 13. November 1872, S. 849-891; Ebd., 44. Sitzung vom 14. November 1872, S. 894-926; Ebd., 45. Sitzung vom 15. November 1872, S. 927-963; Ebd., 46. Sitzung vom 16. November 1872, S. 965-1005; Ebd., 47. Sitzung vom 19. November 1872, S. 1007-1034; Ebd., 48. Sitzung vom 20. November 1872, S. 1035-1069; Ebd., 49. Sitzung vom 21. November 1872, S. 1072-1090; Landtags-Acten, 1871/1873, 2. Abtheilung, S. 376-377, Nr. 55; Ebd., 3. Abtheilung, Beilagen, Bd. 3, S. 693-725; Mittheilungen, 1871/1873, 1. Kammer, 55. Sitzung vom 6. Dezember 1872, S. 1252-1253; Landtags-Acten, 1871/1873, 2. Abtheilung, Beilagen, Bd. 3, S. 29-61; Ebd., 2. Abtheilung, S. 407-409; Mittheilungen, 1871/1873, 1. Kammer, 60. Sitzung vom 7. Januar 1873, S. 1338-1354; Ebd., 61. Sitzung vom 8. Januar 1873, S. 1355-1379; Landtags-Acten, 1871/1873, 3. Abtheilung, S. 878-891; Mittheilungen, 1871/1873, 2. Kammer, 112. Sitzung vom 17. Januar 1873, S. 4200-4249; Ebd., 113. Sitzung vom 18. Januar 1873, S. 4251-4277. Siehe auch: Der Entwurf eines Schulgesetzes für das Königreich Sachsen, S. 53ff.; Paetzold, Wilhelm: Geschichte des Volksschulwesens im Königreich Sachsen, S. 182ff.; Georgi, Johannes: Die politischen und geistigen Kämpfe, S. 73ff.; Siegert, Gustav: Der Kampf um das sächsische Volksschulgesetz, S. 306ff.; Goldt, Christoph: Parlamentarismus im Königreich Sachsen, S. 169ff.; Schmidt, Roland: Geschichte des Sächsischen Schulwesens von 1600 bis 1918, S. 119ff.; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen

In den folgenden Jahrzehnten kam es während der Landtage zu keinen grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die Volksschule; lediglich finanzielle Fragen standen zur Beratung.³¹⁴ Erst als sich zum Beginn des 20. Jahrhunderts Mängel und unzeitgemäße Bestimmungen des Volksschulgesetzes offenbarten³¹⁵, regten sich Aktivitäten zu dessen Umgestaltung. Im Oktober 1907 wurden im Sächsischen Landtag entsprechende Anträge auf Neuregelung gestellt, und im Januar 1912 erschien der Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes. Nachdem dieser in der Zweiten Kammer in fortschrittlichem Geist umgestaltet worden war, stellte die Erste Kammer die Regierungsvorlage jedoch nicht nur wieder her, sondern faßte Beschlüsse, die zum Teil noch hinter diese zurückfielen. Daß wiederum das Vereinigungsverfahren ohne Erfolg blieb, sich nun aber in der Zweiten Kammer eine Zweidrittelmehrheit gegen die Beschlüsse der Ersten Kammer fand³¹⁶, bedeutete das Scheitern der Volksschulreform.³¹⁷ Die notwendigen Neuerungen wurden so auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

2. Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen

Als in der Novemberrevolution³¹⁸ Wilhelm Buck (MSPD) mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt wurde (15. November 1918), leitete er sogleich eine tiefgreifende Umgestaltung des gesamten Volks-

Staat und Kirche, S. 337ff. – Zum Charakter des Gesetzes siehe Adam, Thomas: Das sächsische Schulgesetz von 1874, S. 345ff.; Bürger, Jödis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber, S. 173; Göhre, Paul: Die Sächsische Volksschule und ihre Reform, S. 7-11; Rühle, Otto: Das sächsische Volksschulwesen, S. 8-12.

³¹⁴ Vgl. Goldt, Christoph: Parlamentarismus im Königreich Sachsen, S. 218-227. Zur bildungspolitischen Tätigkeit der sächsischen Sozialdemokratie in jener Zeit siehe Lesanovsky, Werner: Bildungspolitik, Schule und Pädagogik.

³¹⁵ Vgl. Rühle, Otto: Das sächsische Volksschulwesen, S. 12; LLZ, 1904/1905, S. 525-528.

³¹⁶ Damit war die Anwendung von § 92 der sächsischen Verfassung ausgeschlossen.

³¹⁷ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 13785, 14095, 14412-14419, 14421-14423 und 14437-14445; Ebd., 11125, Nr. 13106/18-21, 13106/24-27 und 16123-16124; Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 300 (Nr. 11) und 319 (Nr. 17); Mitteilungen, 1907/1909, 2. Kammer, 85. Sitzung vom 23. März 1908, S. 2211-2272; Ebd., 86. Sitzung vom 24. März 1908, S. 2274-2327; Ebd., 87. Sitzung vom 25. März 1908, S. 2342-2386; Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2037-2040 (Nr. 484), 2878-2911 und 3018-3019 (Nr. 640); Mitteilung, 1907/1909, 2. Kammer, 172. Sitzung vom 19. Januar 1909, S. 4974-5044; Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 783-878, insbesondere S. 785-816 (= Dokument 13); Mitteilungen, 1911/1912, 2. Kammer, 40. Sitzung vom 6. Februar 1912, S. 1372-1452; Ebd., 41. Sitzung vom 7. Februar 1912, S. 1454-1539; Ebd., 42. Sitzung vom 9. Februar 1912, S. 1544; Ebd., 93. Sitzung vom 21. Mai 1912, S. 3645-3647; Landtags-Akten, 1911/1912, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1549-1839 (Nr. 530), 2150-2151 (Nr. 550), 2158-2163 (Nr. 552-555), 2413-2533 (Nr. 600) und 2559-2565 (Nr. 606); Mitteilungen, 1911/1912, 2. Kammer, 105. Sitzung vom 26. November 1912, S. 4118-4191; Ebd., 106. Sitzung vom 27. November 1912, S. 4194-4265; Ebd., 107. Sitzung vom 28. November 1912, S. 4268-4346; Ebd., 108. Sitzung vom 29. November 1912, S. 4348-4438; Ebd., 110. Sitzung vom 3. Dezember 1912, S. 4479-4548; Ebd., 120. Sitzung vom 18. Dezember 1912, S. 4944-4951; Landtags-Akten, 1911/1912, 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 635-825 (Nr. 432) und 1177-1212; Mitteilungen, 1911/1912, 1. Kammer, 59. Sitzung vom 11. Dezember 1912, S. 1004-1058; Ebd., 63. Sitzung vom 19. Dezember 1912, S. 1140-1141; Ebd., 2. Kammer, 121. Sitzung vom 19. Dezember 1912, S. 4965-4978. Siehe auch: LLZ, 1911/1912, S. 359-367 und 385-390; Fleißner, Hermann: Der Kampf um die Volksschule in Sachsen, S. 794-801; Göhre, Paul: Die Sächsische Volksschule und ihre Reform; Ders.: Volksschulreform in Sachsen, Sp. 321-328; Nitzsche, Emil: Das neue Volksschulgesetz für Sachsen, S. 161-170; Seyfert, Richard: Auf dem Weg zu einem neuen Volksschulgesetz, S. 233-235 und 243-246; Uhlig, Otto: Die liberal-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, S. 88-95; Ders.: Die Schulreform in Sachsen und ihr Scheitern, Sp. 97-104; Ders.: Die Volksschule; Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 32-59; Idel, Horst: Der Kampf um das sächsische Volksschulgesetz; Moderow, Hans-Martin: Sachsens Volksschule am Ende des Kaiserreichs, S. 5-15. – Für Eingaben und Vorschläge verschiedener Akteure siehe auch Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Drei Hauptforderungen der sächsischen Volksschullehrer; Ders. (Hrsg.): Grundforderungen der Sächsischen Volksschullehrer; Ders. (Hrsg.): Die Neugestaltung des Volksschulgesetzes; Ders. (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft; Ders. (Hrsg.): Stellungnahme der Vertreterversammlung des S. L.-V.; Vorstand des Verbandes Sächsischer Lehrerinnen (Hrsg.): Zur Reform des Volksschulwesens; Verein Sächsischer Schuldirektoren: Wünsche zur Neugestaltung des Volksschulgesetzes; Sächsischer Fortbildungsschulverein (Hrsg.): Grundzüge für eine gesetzliche Neuordnung des Fortbildungsschulwesens; Vorschläge zur Reform des Volksschulwesens mit Berücksichtigung des Fachschulwesens in Sachsen; Wünsche und deren Begründungen der Vereinigung der seminarisch vorgebildeten, staatlich geprüften Fachlehrer; Sächsischer Schulverein für Reform des Religionsunterrichts (Hrsg.): Die Forderungen des Sächsischen Schulvereins; Ehrerbietigste Petition des Katholischen Lehrerverbandes im Königreiche Sachsen; Landesverein Sächsischer Taubstummenlehrer (Hrsg.): Denkschrift des Landesvereins Sächsischer Taubstummenlehrer.

³¹⁸ Zum Revolutionsgeschehen siehe Berger, W., Sachsen unter der Revolution, S. 7-17; Berger, Willi: Der Verlauf der Revolution in Sachsen; Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, S. 14-48; Frackowiak, Johannes: Verfassungsdiskussionen in Sachsen, S. 34-42; Groß, Reiner: Geschichte Sachsens, S. 254-258; Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie, S. 136-147; Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht, S. 13-17; Rüdiger, Bernd: Freistaat in der Weimarer Republik, S. 429-436; Ders.: Der Freistaat in der Weimarer Republik, S. 138-141; Ders.: Revolutionäre Kommu-

schulwesens ein, in deren Zusammenhang auch die Trennung von Kirche und Staat bzw. Kirche und Schule weiter vorangetrieben wurde. Entsprechend des sozialdemokratischen Schulprogramms sollte die „Autonomie des Bildungswesens“³¹⁹ bzw. die Beseitigung des Bildungsmonopols der Herrschenden realisiert werden. Am Beginn dieses Prozesses stand der Aufruf „An das sächsische Volk!“ vom 18. November 1918.³²⁰ Hierauf folgten die Verordnungen über:

- Unterricht in biblischer Geschichte und Katechismusunterricht vom 2. Dezember 1918³²¹;
- Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterrichte vom 6. Dezember 1918³²²;
- Ortsschulaufsicht und Schulleitung vom 11. Dezember 1918³²³;
- Wegfall des Schulgeldes in der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschule und Einführung der allgemeinen Volksschule vom 12. Dezember 1918³²⁴;
- Bestätigung einiger bisher ergangener Verordnungen vom 27. Dezember 1918³²⁵;
- Wegfall des Katechismusunterrichts in den Volksschulen“ vom 30. Dezember 1918^{326, 327}

Nach den Wahlen zur Sächsischen Volkskammer am 2. Februar 1919, aus denen die MSPD als stärkste Partei hervorgegangen war³²⁸, stellte der Abgeordnete und Volksschullehrer Arthur Arzt³²⁹ (MSPD), den Antrag, die Regierung zu ersuchen, ein Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vorzulegen, das die dringendsten Reformen im Schulwesen durchführe.³³⁰ In seiner Regierungserklärung vom 20. März 1919 signalisierte der erste Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Dr. Georg Gradnauer (MSPD)³³¹, seine grundsätzliche Bereitschaft. Gleichwohl betonte er, daß die Gesetzgebung über Erziehungs-, Bildungs- und Religionsfragen in Übereinstimmung mit den bevorstehenden Beschlüssen der Deutschen Nationalversammlung gehandhabt werden solle.³³² Nach Plenar- sowie Ausschußverhandlungen legte die Sächsische Volkskammer der Regierung am 5. Juni 1919 die Grundzüge vor, in denen sie das Übergangsgesetz gestaltet sehen wollte.³³³ Schon am 23. Juni 1919 war die Regierungsvorlage fertiggestellt, und in ihrer Begründung war ausgesagt, daß sie sich im Ganzen an die von der Volkskammer gefaßten Beschlüsse anlehne, aber eine Reihe ergänzender Bestimmungen enthalte, die von der Regierung für notwendig und dringlich erachtet worden seien.³³⁴ In der Tat hatte die Regierung – mit Rücksicht auf die kommende Reichsverfassung – eine Reihe der ursprünglichen zum Teil weitreichenden Bestimmungen (insbesondere in der Frage des Religionsunterrichts) abgemildert.³³⁵ Arthur Arzt (SPD) hielt dies für bedenklich, weswegen er „eine

nalpolitik, S. 121-185; Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie, S. 169-203; Schmeitzner, Mike: 1918 – Revolution und Freistaat, S. 183-207; Ders. und Michael Rudloff: Geschichte der Sozialdemokratie, S. 57-60; Schmidt, Carsten: Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf, S. 285-298; Szejnmann, Claus-Christian: Vom Traum zum Alptraum, S. 14-22; Vogel, Jesko: Der sozialdemokratische Parteibezirk Leipzig, Bd. 1, S. 110-148.

³¹⁹ Schwab, Alexander: Schulprobleme in der Revolution, S. 649 und 658.

³²⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 365 (= Dokument 96).

³²¹ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 16 (= Dokument 97).

³²² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 385f. (= Dokument 98).

³²³ Vgl. Ebd., S. 389f. (= Dokument 99).

³²⁴ Vgl. Ebd., S. 392f. (= Dokument 100).

³²⁵ Vgl. Ebd., S. 407f. (= Dokument 101); Verordnungsblatt, 1919, S. 14-15.

³²⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 17 (= Dokument 102).

³²⁷ Siehe auch Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 8 und 77-78; SSZ, 1919, S. 2-3.

³²⁸ Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen, 1918/1920, S. 424-425.

³²⁹ Zur Person Arzts siehe Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 349-350, Nr. 10280.

³³⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/13 und 16125; Ebd., 10693, Nr. 269; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 13 (vom 27. Februar 1919). Vor der Volkskammer erläuterte Arzt: „Wir wissen, daß dieses Übergangsgesetz nicht alle Wünsche erfüllen kann, [...] Aber dieses Notstands- oder Übergangsgesetz soll doch, das wünschen wir, die Morgenröte sein, die einen neuen Tag verkündigt.“ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 597 und 607-608.

³³¹ Zur Person Gradnauers siehe Schmeitzner, Mike: Georg Gradnauer, S. 52-88.; Ders.: Georg Gradnauer und die Begründung des Freistaats Sachsen, S. 249-270.

³³² Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 13. Sitzung vom 20. März 1919, S. 441.

³³³ Vgl. Ebd., 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 596-640; Ebd., 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 642-693; SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 55ff.; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919) (= Dokument 18); Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1366-1428; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 85 (vom 6. Juni 1919).

³³⁴ Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 11.

³³⁵ Siehe hierzu Kapitel D.VI.3.a.

gründliche Arbeit“ ankündigte, „um bei den einzelnen Punkten noch diesen und jenen Schönheitsfehler nicht allein zu beseitigen, sondern auch diesen und jenen prinzipiellen Gesichtspunkt wieder festzulegen“³³⁶. Im Anschluß an die Vorberatung in der Volkskammer faßte der Gesetzgebungsausschuß am 8. Juli 1919 (restaurative) Beschlüsse in dieser Richtung.³³⁷ Am 11. Juli 1919 wurden mit den Stimmen beider sozialdemokratischer Fraktionen und gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Beschlüsse des Gesetzgebungsausschusses durch die Volkskammer angenommen³³⁸ und am 22. Juli 1919 – noch vor Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung – als „Übergangsgesetz für das Volksschulwesen“ veröffentlicht³³⁹.

Während in der Folge die sozialdemokratisch geführten Regierungen und die sie stützenden Landtagsfraktionen weitere Gesetzgebungsaktivitäten im Volksbildungs- und Kirchenbereich entfalteten, beschränkten sich die bürgerlichen Regierungen ab 1924 darauf, diese Grundlagen der Volksschulreform in Teilbereichen zu ergänzen bzw. zu revidieren. Die diesbezüglichen Gesetze lauten:

- Kirchenaustrittsgesetz vom 4. August 1919³⁴⁰;
- Gesetz zur Abänderung des Kirchenaustrittsgesetzes vom 26. Januar 1920³⁴¹;
- Gesetz über die religiöse Erziehung der Kinder vom 16. Juni 1920³⁴²;
- Gesetz über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer vom 10. Juni 1921³⁴³;
- Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden vom 11. Juli 1921³⁴⁴;
- Gesetz über die Verteilung der persönlichen Volksschullasten zwischen Staat und Schulbezirken in den Rechnungsjahren 1920 und 1921 vom 11. Oktober 1921³⁴⁵;
- Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922³⁴⁶;
- Gesetz über die Ausbildung der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen vom 4. April 1923³⁴⁷;
- Gesetz zur Abänderung des Schulbedarfsgesetzes vom 25. Juli 1923³⁴⁸;

³³⁶ Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1651.

³³⁷ Vgl. Ebd., S. 1651-1688; SächsHStAD, 10693, Nr. 239, Bl. 74-124; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 356 (vom 8. Juli 1919) (= Dokument 19).

³³⁸ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1941-2005; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 141 (vom 12. Juli 1919).

³³⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 171ff. (= Dokument 20) und Ausführungsverordnung hierzu vom 23. Juli 1919 (GVBl. S. 185ff.) (= Dokument 21). Abdruck in Lipinski, Richard: Die allgemeine Volksschule, S. 13-56; Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 3-26; Laube, Horst und Karl Seyfert (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht, S. 94-185; LLZ, 1919, S. 434-436 und 454-455. Siehe auch Berger, W.: Sachsen unter der Revolution, S. 234-241; Lipinski, Richard: Die allgemeine Volksschule, S. 5-12; Seyfert, Richard: Das Schulwesen im Freistaat Sachsen seit der Revolution, S. 134-139; Ders.: 10 Jahre Übergangsschulgesetz im Freistaat Sachsen, S. 397-410; Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie, S. 180-186; Klenke, Dietmar: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik, S. 154ff.; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 45ff.; Schmeitzner, Mike und Michael Rudloff: Geschichte der Sozialdemokratie, S. 63-64; Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, S. 87-88.

³⁴⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 205f. (= Dokument 24) und Ausführungsverordnung hierzu vom 5. August 1919 (GVBl. S. 206ff.). Abdruck in Lipinski, Richard: Heraus aus der Kirche, S. 9-11. Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 119; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 45 (vom 25. März 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 21. Sitzung vom 3. April 1919, S. 805-821; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 19 (vom 23. Juni 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1640; Ebd., 50. Sitzung 1. Juli 1919, S. 1689-1697; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 344 (vom 4. Juli 1919) und 345 (vom 7. Juli 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 54. Sitzung vom 8. Juli 1919, S. 1843-1856; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 127 (vom 9. Juli 1919).

³⁴¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 20 (= Dokument 27). Abdruck in Lipinski, Richard: Heraus aus der Kirche, S. 8-9. Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 34; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 41 (vom 20. Dezember 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 79. Sitzung vom 13. Januar 1920, S. 2702-2707; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 501 und 502 (beide vom 13. Januar 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 82. Sitzung vom 20. Januar 1920, S. 2844-2846; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 220 (vom 21. Januar 1920).

³⁴² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 253f. (= Dokument 31). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 253; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 54 (vom 27. Februar 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 98. Sitzung vom 4. März 1920, S. 3295-3304; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 656 (vom 20. Mai 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 123. Sitzung vom 10. Juni 1920, S. 3801-3808; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 315 (vom 10. Juni 1920). Siehe auch Kammerloher-Lis, Stephanie: Die Entstehung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung, S. 240-241.

³⁴³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 147f. (= Dokument 35).

³⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 231ff. (= Dokument 37).

³⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 335ff. (= Dokument 39).

³⁴⁶ Vgl. Ebd., 1922, S. 405ff. (= Dokument 44).

³⁴⁷ Vgl. Ebd., 1923, S. 68 (= Dokument 46).

- Personalabbaugesetz vom 29. Januar 1924³⁴⁹;
- Gesetz zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen vom 27. März 1924³⁵⁰;
- Schuländerungsgesetz vom 23. März 1925³⁵¹;
- Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues vom 8. März 1926³⁵²;
- Anpassungsschulgesetz vom 17. Juli 1926³⁵³;
- Schulbezirksgesetz vom 17. Juli 1926³⁵⁴;
- Schuländerungsgesetz vom 12. April 1927³⁵⁵;
- Schuländerungsgesetz vom 16. März 1928³⁵⁶;
- Schuländerungsgesetz vom 27. März 1929³⁵⁷;
- Schuländerungsgesetz vom 2. April 1930³⁵⁸;
- Verordnung zur Sicherung des Staatshaushaltes und der Haushalte der Gemeinden vom 21. September 1931³⁵⁹.³⁶⁰

II. Die Gestalt der Volksschule

1. Die konfessionelle/weltanschauliche Gliederung

Das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 erblickte die Aufgabe der Volksschule in der Gewährung der Grundlagen sittlich-religiöser Bildung. Demgemäß nannte es Religions- und Sittenlehre an erster Stelle der wesentlichen Unterrichtsgegenstände³⁶¹ und ging davon aus, daß einerseits der Religionsunterricht kein anderer als ein konfessioneller sein konnte, andererseits an einer Schule nicht zweierlei Religionsunterricht stattfinden sollte. In jeder Volksschule war der Religionsunterricht so nach dem Bekenntnis einer Religionsgemeinschaft zu erteilen, und jeder Lehrer, der zur Erteilung desselben aufgrund bestandener Prüfungen berechtigt war, hatte das Gelöbnis konfessioneller Treue zu leisten.³⁶² Durch diese Gestaltung der Volksschule war auch der Unterricht in anderen Fächern beeinflusst. Selbst der naturgeschichtliche Unterricht sollte dahin wirken, den religiösen und moralischen Sinn zu kräftigen. Daher wurden die sächsischen Volksschulen als Konfessionsschulen bezeichnet.³⁶³ Doch aufgrund der konfessionellen Homogenität des

³⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 244 (= Dokument 48).

³⁴⁹ Vgl. Ebd., 1924, S. 43ff.

³⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 208 (= Dokument 53).

³⁵¹ Vgl. Ebd., 1925, S. 53f. (= Dokument 57).

³⁵² Vgl. Ebd., 1926, S. 50f.

³⁵³ Vgl. Ebd., S. 153ff. (= Dokument 64).

³⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 156ff. (= Dokument 65).

³⁵⁵ Vgl. Ebd., 1927, S. 79f. (= Dokument 71).

³⁵⁶ Vgl. Ebd., 1928, S. 70ff. (= Dokument 73).

³⁵⁷ Vgl. Ebd., 1929, S. 45 (= Dokument 77).

³⁵⁸ Vgl. Ebd., 1930, S. 16 (= Dokument 78).

³⁵⁹ Vgl. Ebd., 1931, S. 155ff. (= Dokument 223).

³⁶⁰ Für einen Überblick siehe auch: SSZ, 1926, S. 597-599; LLZ, 1929, S. 436-439 und 463-466; LLZ, 1930, S. 545-548; Fröhlich, Walter: Die nach der Novemberrevolution von 1918 in Sachsen geschaffenen neuen gesetzlichen Grundlagen für das Volksschulwesen, S. 258-261.

³⁶¹ Quantitativ fiel der Religionsunterricht mit 22 % der gesamten Stundenzahl ins Gewicht.

³⁶² Die Formel lautete: „Ich gelobe vor Gott, daß ich das Evangelium von Christo, wie dasselbe in der Heiligen Schrift enthalten und in der ersten ungeänderten Augsburgischen Konfession, sowie in den beiden Katechismen Dr. Luthers bezeugt ist, nach bestem Wissen und Gewissen lauter und rein lehren will.“ Zitiert nach Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 214.

³⁶³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 350 (§§ 1 und 2) und 360 (§ 18 Absatz 4 Satz 2); Ebd., 1876, S. 502ff.; Ebd., 1877, S. 286f.; Ebd., 1878, S. 434ff.; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 1-3 und 277-296; Kockel, F. W. und E. Kühn (Hrsg.): Lehrplan für die einfachen Volksschulen des Königreichs Sachsen; Rietschel, Ernst: Simultanschule, konfessionslose Schule und konfessionelle Schule, S. 65-84; LLZ, 1909/1910, S. 727-732; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 261-266. – Der konfessionelle Charakter der Volksschule war in den Landtagsverhandlungen 1872 von der Mehrheit der Zweiten Kammer erfolglos bekämpft worden. Vgl. Georgi, Johannes: Die politischen und geistigen Kämpfe, S. 81-84. Der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 hielt am konfessionellen Charakter fest, weil dieser den konfessionellen Frieden gewahrt und sonst keinen Anlaß zu Beschwerden gegeben habe. Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2881 und 2884-2885, jeweils Buchstabe B. I.; Ebd., 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 787-788 (§ 7) und 835. Die Deputation der Zweiten Kammer hatte zwar Bedenken gegen die konfessionelle Trennung, da vielerorts de facto schon Gemeinschaftsschulen bestanden, die von Kindern verschiedener Bekenntnisse besucht wurden, dennoch folgte sie mehrheitlich dem Entwurf. Die Deputation der Ersten Kammer stand dagegen uneingeschränkt auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage. Vgl. Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1567-1576; Ebd., 1. Kammer,

Landes³⁶⁴ waren diese Schulen trotz ihres konfessionellen Charakters in 99 von 100 Fällen zugleich Gemeinschaftsschulen, womit sie den Charakter als strenge Bekenntnisschulen einigermaßen verloren.³⁶⁵ Denn die mit der Verwaltung der Schulen betrauten Schulgemeinden waren nicht Vereinigungen von Mitgliedern einer Religionsgemeinschaft, auch wenn die Schulgemeinde ursprünglich – da sie in der Regel mit der kirchlichen Pfarodie zusammenfiel – die Anhänger des gemeinsamen Bekenntnisses umfaßt hatte. Nach dem genannten Gesetz hatte vielmehr jede öffentliche Volksschule – wenn mehr solche Schulen an einem Ort bestanden, ihre Gesamtheit – einen bestimmten räumlich abgegrenzten Schulbezirk. In der Regel bildeten alle Bewohner dieses Bezirks ohne Rücksicht auf ihr Religionsbekenntnis die Schulgemeinde. Die Mitglieder jeder im Königreich Sachsen zugelassenen Religionsgesellschaft konnten jedoch für ihre Kinder eigene Volksschulen errichten.³⁶⁶ Wenn eine Bekenntnisgemeinschaft von diesem Recht Gebrauch machte, bildeten ihre im Schulbezirk wohnenden Mitglieder eine besondere Schulgemeinde der konfessionellen Minderheit.³⁶⁷ Solchenfalls bestand die Schulgemeinde der Mehrheit aus allen Bewohnern des Schulbezirks, die jener Religionsgesellschaft nicht angehörten. Die Mehrheitsgemeinden waren somit rechtlich stets interkonfessionell; konfessionell waren nur die wenigen Minderheitsgemeinden.³⁶⁸

Durch Verordnung vom 12. Dezember 1918 waren mit Beginn des Schuljahres 1919/1920 die Volksschulen als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Schulbezirks ohne Unterschied des Vermögens und der Religion einzurichten. Die seitherigen Schulgemeinden des Bekenntnisses der Minderheit waren mit den Schulgemeinden des Bekenntnisses der Mehrheit zu vereinigen, so daß nun die Bewohner des Schulbezirks ohne Unterschied der Religion die Schulgemeinde bildeten.³⁶⁹ Die in der Verordnung genannten Bestimmungen nahm das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 auf und setzte für deren Durchführung Frist bis spätestens 1. April 1923.³⁷⁰ Während im Königreich Sachsen also

Berichte, Bd. 2, S. 641-643 (Ziffer 4) und 653; Rietschel, Ernst: Simultanschule, konfessionslose Schule und konfessionelle Schule, S. 7-23.

³⁶⁴ Vgl. Berger, Erich: Das nationale und konfessionelle Gefüge, S. 47-60. Nach den dortigen Angaben (S. 48) waren im Jahr 1905 von der sächsischen Bevölkerung 93,90 % evangelisch-lutherischen, 4,69 % römisch-katholischen, 0,34 % evangelisch-reformierten, und 0,29 % israelitischen Glaubens.

³⁶⁵ In diesem Zusammenhang war auch von einer „verwachsene[n] Bekenntnisschule“ die Rede. Vgl. Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 72. Zur Illustration: Von den 1921 Schulgemeinden, die im Jahr 1901 bestanden hatten, waren 1879 *evangelische Mehrheitschulgemeinden* mit 4.178.504 Einwohnern (unter ihnen 94,52 % evangelisch-lutherischen, 4,29 % römisch-katholischen, und 1,19 % anderen Glaubens); 21 *katholische Mehrheitschulgemeinden* mit 21.117 Einwohnern (unter ihnen 16,15 % evangelisch-lutherischen, 83,6 % römisch-katholischen, und 0,25 % anderen Glaubens); 3 *evangelische Minderheitschulgemeinden* (Schirgiswalde, Ostritz, Seitendorf) mit 2573 Einwohnern; sowie 18 *katholische Minderheitschulgemeinden* mit 95.300 Einwohnern. Fielen die katholischen Schulen mit ungefähr 1 % quantitativ schon kaum ins Gewicht, so war die Bekenntnistrennung weiter gemindert durch den Besuch Bekenntnisfremder an den Mehrheitschulen. Von 24.900 katholischen Kindern besuchten 9800 evangelische Schulen; und umgekehrt besuchten in katholischen Mehrheitschulgemeinden evangelische Kinder die katholische Schule. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 742-743 und 767-772; Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1568-1569; Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 21, 40-41, 43-45, 47-50, 63-64 und 109-110; SSZ, 1928, S. 58-62; LLZ, 1928, S. 58-60. Und schließlich waren die Fortbildungsschulen in der Regel ohne Berücksichtigung der Konfessionsverhältnisse eingerichtet worden. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 175, § 32 Absatz 4.

³⁶⁶ Existierte nur eine Schule im Schulbezirk, hatte diese als Schule der konfessionellen Mehrheit zu gelten. Vgl. Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 31, Ziffer 3.

³⁶⁷ In diesem Fall hatten die Kinder der Angehörigen dieses Bekenntnisses der Minderheit die Schule ihrer Konfession zu besuchen. Stand indes die Schule der konfessionellen Minderheit hinter der Schule der konfessionellen Mehrheit nach Einrichtung und Leistung zurück, so durften die Kinder – in Abweichung von dieser Maßregel und entgegen dem Prinzip der Bekenntnistrennung – die Schule der konfessionellen Mehrheit besuchen. Umgekehrt waren alle Kinder zum Besuch der öffentlichen Ortsschule verpflichtet, wenn für sie keine besondere Schule im Schulbezirk bestand. Unter entsprechender Ermäßigung des Schulgeldes waren sie dort von der Teilnahme am Religionsunterricht befreit, für den dann die betreffende Religionsgemeinschaft zu sorgen hatte. Die Kinder religionsloser Eltern (Dissidenten) mußten am Religionsunterrichte einer im Lande zugelassenen Religionsgesellschaft teilnehmen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 353, § 6; Ebd., 1874, S. 163-164, §§ 14 und 15; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 30-36 und 170-172.

³⁶⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 354, § 9 Absatz 1 und 2; Jahrbücher des Königlich Sächsischen Oberverwaltungsgerichts, Bd. 18, S. 56-64. Siehe auch Kapitel D. IV. 1.

³⁶⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 392-393, §§ 2 (Absatz 1), 4 und 7; Verordnungsblatt, 1919, S. 13-14 (= Dokument 100).

³⁷⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 174 (§ 4 Absatz 1 und 2), 185 (§ 18 Absatz 2 Satz 7) und 187 (§ 8). Ein in den Beratungen gestellter Antrag von Prof. Dr. Franz Rendtorff (DNVP), daß dort, wo besondere Bedürfnisse bestünden, Schu-

in den interkonfessionellen Mehrheitsschulgemeinden Gemeinschaftsschulen konfessionellen Charakters bestanden, in denen der Religionsunterricht im Bekenntnis der Mehrheit erteilt wurde, waren in den konfessionslosen Schulgemeinden nach 1918/1919 die Gemeinschaftsschulen allgemeine Volksschulen ohne Rücksicht auf ein Religionsbekenntnis, die sich von der weltliche Schule dadurch unterschieden, daß in ihnen Religionsunterricht – und zwar nach Bekenntnissen getrennt – erteilt wurde. Zur Berücksichtigung der Empfindungen Andersdenkender trat in der allgemeinen Volksschule alles Religiöse weit in den Hintergrund bzw. war auf den Religionsunterricht zu beschränken.³⁷¹

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmte sodann in Artikel 174, daß die Länder bis zum Erlaß des in Artikel 146 Absatz 2 genannten Reichsschulgesetzes an der konfessionellen/weltanschaulichen Gliederung des Volksschulwesens keine Änderungen vornehmen durften. Die in Sachsen gesetzlich bestehende nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule gelangte so unter den Schutz der Reichsverfassung.³⁷² Allein den wenigen in 14 Schulbezirken noch bestehenden katholischen Schulen sicherte Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) mit Verordnung vom 3. März 1920 ihren Bestand bis zum Inkrafttreten des in nächster Zukunft erwarteten Reichsschulgesetzes. So sollten Lehrerschaft und Schülerbestand in der bisherigen Zusammensetzung bleiben und bei der Neubesetzung von Lehrerstellen an diesen Schulen die Zugehörigkeit zum katholischen Bekenntnis die Voraussetzung bilden. Dieses Zugeständnis, das den Katholiken zur Erhaltung des konfessionellen Friedens und Vermeidung jeden Schulkampfes gemacht worden sei, sei als Abweichung von der gesetzlichen Regel zu verstehen und könne keine weiteren Ansprüche begründen; auch habe die Gesamtheit der Schulen damit nicht den Charakter der allgemeinen Volksschule verloren.³⁷³

Die evangelische Kirche freilich vermochte sich mit dieser Erklärung nicht zu begnügen und kämpfte für den Erhalt ihrer evangelischen Schulen.³⁷⁴ In diversen Eingaben an die Landesbehörden und das Reichsministerium des Innern wurden Argumente vorgetragen. So habe die Einrichtung der Volksschule als allgemeine Volksschule bis zum Inkrafttreten der Reichsverfassung am 11. August 1919 nicht verwirklichen lassen. Das Übergangsschulgesetz enthalte nur ein Programm, für dessen Durchführung bis zum 1. April 1923 Frist gegeben war, weshalb am konfessionellen Charakter nach Artikel 174 RV festzuhalten sei.³⁷⁵ Im Laufe der Zeit wurde dann das Argument gebräuchlich, daß in Sachsen keine Gemeinschaftsschule im Sinne von Artikel 146 Absatz 1 RV bestehe, sondern „eine weltliche [also verfassungswidrige – A. R.] Gemeinschaftsschule mit äußerlich angehängtem Religionsunterricht [...] ohne jede Wir-

len konfessioneller Minderheiten als allgemeine Volksschulen bis auf weiteres bestehen bleiben könnten, wurde abgelehnt. Vgl. SächsHStAD, 10693 Landtag, Nr. 269, Bl. 57-58; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 19, Buchstabe A. 2.

³⁷¹ Mit dieser Entkonfessionalisierung in Zusammenhang standen auch die Beseitigung jeglicher kirchlicher Beaufsichtigung und der Wegfall des Gelöbnisses konfessioneller Treue. Siehe Kapitel D. VI.

³⁷² Vgl. Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumsparität, S. 102-104.

³⁷³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14567, Bl. 176-177 (= Dokument 118) und 178; Ebd., Nr. 13891, Bl. 71-72; SSZ, 1928, S. 59. In der Konsequenz wurden die katholischen Schulen von der im August 1922 erlassenen Verordnung über das Verbot religiöser Beeinflussung ausgenommen. Vgl. Verordnungsblatt, 1922, S. 126 (= Dokument 149) und 169-170 (= Dokument 152). Siehe auch Kapitel D. VI. 3. d. Noch im Jahr 1919 waren sechs katholische Schulen verschmolzen worden; in anderen Fällen war die Umwandlung im Gange. So seien nach einer 1921 erschienenen Denkschrift von sächsischen Zentrumsanhängern vor Schuljahresbeginn 1920/1921 katholische Schulleiter angewiesen worden, Kinder ihrer Schulen den Mehrheitschulen zu überweisen und evangelische Kinder in die bisherigen katholischen Klassen aufzunehmen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13889, Bl. 33-35 und 51ff.; Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 87-88.

³⁷⁴ Eine imparitätische Behandlung der Konfessionen lag ja zweifellos vor.

³⁷⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13889, Bl. 33-35; Ebd., Nr. 13890, Bl. 79-80; Ebd., 10701, Nr. 322, Bl. 52-55; Ebd., 10693, Nr. 1901; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 8 (vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 165 und 175-176; Ebd., 45. Sitzung vom 21. Juni 1923, S. 1179, 1183 und 1186. Siehe auch Hickmann, Hugo: Zum Schulkampf in Sachsen; Ders.: Warum wollen wir die evangelische Volksschule?; Ders.: Was haben wir von dem Reichsschulgesetz zu halten?; Barth, Georg: Für Kirche und Schule; Philipp, Albrecht: Der Kampf um die evangelische Volksschule Sachsens; Ders.: Der neue Reichsschulgesetzentwurf; Ders. (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf.

kung auf den übrigen Unterricht“³⁷⁶. Da das Reichsschulgesetz, das allein die Errichtung evangelischer Bekenntnisschulen neben den allgemeinen Volksschulen ermöglichen konnte, nicht kam, wurden vorsorglich Anträge in dieser Richtung gestellt.³⁷⁷ DNVP und Christlich-Sozialer Volksdienst versuchten, die evangelische Bekenntnisschule auf dem Wege der christlichen Versuchsschule einzuführen.³⁷⁸ Doch all diesen Bestrebungen stand grundsätzlich die Sperrvorschrift des Artikels 174 RV entgegen.

Auch wenn die Reichsregierungen sich stets weigerten, Sachsen in den Reichsschulgesetzentwürfen im Sinne des Artikels 174 Satz 2 RV als Simultanschulland anzuerkennen, mußte der Reichsminister des Innern im Schreiben vom 16. Oktober 1922 doch feststellen, daß die sächsischen Volksschulen weder Bekenntnis- noch weltliche Schulen waren, sondern simultanen Charakter gehabt haben dürften, weil sie sowohl von am Religionsunterricht teilnehmenden als auch von am Religionsunterricht nicht teilnehmenden Kindern besucht worden seien.³⁷⁹ Auch das Ministerium für Volksbildung nahm in einer Stellungnahme vom 29. August 1925 den Standpunkt ein, daß die sächsischen Volksschulen – mit Ausnahme einiger Schulen früherer Minderheitsgemeinden – allgemeine Volksschulen im Sinne von § 4 des Übergangsschulgesetzes waren.³⁸⁰ In den Beratungen der Reichsschulgesetzentwürfe hatten sich die sächsischen Regierungen wiederholt für den Bestand der sächsischen Gemeinschaftsschule eingesetzt.³⁸¹ Und die Katholiken hegten den Verdacht, Sachsen könne unter Berufung auf Artikel 174 Satz 2 RV die Ausführung des Reichsschulgesetzes umgehen, gleichzeitig aber die katholischen Minderheitsschulen in allgemeinen Volksschulen umwandeln, weil deren Bestand ja ausdrücklich nur bis Inkrafttreten dieses Gesetzes zugesichert worden war.³⁸²

2. Die äußere Gliederung: einfache, mittlere und höhere Volksschule – allgemeine Volksschule – Privatschule – Grundschule – höhere Abteilungen – Hilfsschule

Die äußere ständisch strukturierte Dreiteilung des Volksschulwesens, wie sie das Elementarvolksschulgesetz von 1835 gesichert hatte³⁸³, schrieb das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 fort. Die *einfache Volksschule* (Bezirksschule) unterrichtete ihre Zöglinge in zwei oder mehreren nach Altersstufen getrennten Klassen. Die Schülerzahl einer Klasse durfte 60 nicht übersteigen, und einem Lehrer sollten nicht mehr als 120 Kinder zum Unterricht zugewiesen werden. Der Unterricht beschränkte sich in der Religion auf biblische Geschichte und christliche Glaubens- und Sittenlehre, in den übrigen Fächern auf Aneignung der für das bürgerliche Leben unentbehrlichen Kenntnisse und Fertigkeiten. Neben der einfachen Volksschule oder anstatt derselben hatten die Gemeinden – wo es das örtliche Bedürfnis erheischte – mittlere und höhere Volksschulen zu errichten. *Mittlere Volksschulen* (Bürgerschulen) waren, unter entsprechender Klassenteilung, Vermehrung der Unterrichtsstunden, nach Befinden auch Verlängerung der Schulzeit, so einzurichten, daß ihre Zöglinge eine nach Inhalt und Umfang das Ziel der einfachen Volksschule überragende Bildung erreichten. *Höhere Volksschulen* (höhere Bürgerschulen) erstreckten ihren Unterricht noch auf

³⁷⁶ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 150. Sitzung vom 17. November 1925, S. 5149-5150; Ebd., 3. Wahlperiode, 48. Sitzung vom 1. November 1927, S. 1702 und 1726. Daneben existierten aber auch evangelische Gruppen, die der Gemeinschaftsschule das Wort redeten. Vgl. Müller-Röcknitz, Hans: Der Sächsische Weg.

³⁷⁷ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2064, 2422 und 3252; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 8 (vom 10. Juli 1930); Verordnungsblatt, 1920, S. 25 (= Dokument 116).

³⁷⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2275, H. 64; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 59 (vom 7. Dezember 1926); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 907-909 und 941; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 556 (15. November 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 62. Sitzung vom 31. Januar 1928, S. 2221-2223; Ebd., 63. Sitzung vom 2. Februar 1928, S. 2249; Ebd., 4. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 16. Januar 1930, S. 779-780. – SächsHStAD, 10693, Nr. 3258; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 151 (vom 13. November 1930); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 5. Februar 1931, S. 1073-1086.

³⁷⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14567, Bl. 131; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 21. Juni 1923, S. 1190.

³⁸⁰ Als „evangelische Bekenntnisschulen“ könnten sie schon deshalb nicht bezeichnet werden, weil der Begriff der Bekenntnisschule erst durch das zu erwartende Reichsschulgesetz festgelegt werden solle. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13890, Bl. 81.

³⁸¹ Siehe Kapitel B. II.

³⁸² Vgl. Sächsische Volkszeitung, 1924, Nr. 279, S. 5-6.

³⁸³ Vgl. Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 110ff.

andere Fächer, z. B. fremde Sprachen, ohne jedoch damit die Pflege der deutschen Sprache und Literatur zu beeinträchtigen oder die Zwecke einer Fachschule zu verfolgen. Ihr Lehrplan stufte sich nach wenigstens fünf Klassen ab, während die Schulzeit entsprechend auf ein 9. bzw. 10. Schuljahr verlängert wurde. Die Schülerzahl einer Klasse der mittleren Volksschule durfte 50, die einer höheren Volksschule 40 nicht übersteigen.³⁸⁴ Der Zugang zu den einzelnen Schulen wurde über die Höhe des Schulgeldes bestimmt.³⁸⁵ Aber schon das rein quantitative Verhältnis der Schultypen zueinander sorgte dafür, daß der Großteil der Bevölkerung die einfache Volksschule besuchte, während nur Bessergestellte ihren Kindern eine höhere Bildung gewähren konnten.³⁸⁶

Als am 12. Dezember 1918 die Verordnung über den Wegfall des Schulgeldes in der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschule und über die Einführung der *allgemeinen Volksschule* erging³⁸⁷, wurden dagegen von keiner Seite ernsthafte Einwände erhoben.³⁸⁸ In der Volkskammer war allein die Zeitspanne, in welcher die Überführung der mehrgliedrigen Volksschule abgeschlossen sein sollte, Gegenstand der Auseinandersetzung.³⁸⁹ Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919, das die wichtigsten seit der Novemberrevolution erlassenen Verordnungen zusammenfaßte, bestätigte sodann die Schulgeldfreiheit³⁹⁰ sowie die allgemeine Volksschule für alle Kinder des Schulbezirks ohne Unterschied des Vermögens und der Religion, für deren Durchführung es Frist bis spätestens zum 1. April 1923 setzte³⁹¹.

Eng mit der äußeren Gliederung war die Frage der *Privatschulen* verbunden, weil deren Fortbestehen den Zweck der allgemeinen Volksschule unterlaufen hätte. Während im Königreich Sachsen das Privatschulwesen gesetzlich verankert war³⁹², sollte nach der genannten Verordnung vom 12. Dezember

³⁸⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 356-357, §§ 12 und 13; Ebd., 1874, S. 171-175, §§ 24-31; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 55-59 und 190-201. – Zur näheren Charakterisierung der drei Volksschultypen siehe: Landtags-Akten, 1871/1873, 1. Abtheilung, Bd. 2, S. 160-161 und 184-186; Ebd., 2. Abtheilung, Beilagen, Bd. 1, S. 534-538; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 266-270; Lesanovsky, Werner: Bildungspolitik, Schule und Pädagogik, S. 72-73.

³⁸⁵ Das Schulgeld war vom Schulvorstand zu bestimmen und seine Höhe konnte sowohl nach den verschiedenen Arten der Schulen als auch nach den Erwerbs- und Vermögensverhältnissen der Beitragspflichtigen, sowie nach der Zahl der aus derselben Familie die Schule besuchenden Kinder abgestuft werden. Es sollte dabei nicht das gesamte Bedürfnis der Schule decken, sondern einen mit dem Vermögen der Kontribuenten im Verhältnisse stehenden Beitrag dazu gewähren. Und in der Tat verlor das Schulgeld als Deckungsmittel für den Volksschulaufwand kontinuierlich an Bedeutung. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 353, § 7 Absatz 2; Ebd., 1874, S. 164, § 16 Absatz 1; Entscheidungen und Verordnungen, 1. Heft, S. 16; Ebd., 5. Heft, S. 3-6; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 36-42 und 172-177; Kahlert, Helmut: Das Schulgeld als Instrument der Finanz- und Bildungspolitik, S. 40.

³⁸⁶ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 268. In ihrem Programm von 1911 hatte die sächsische Lehrerschaft den Standpunkt der Einheitsschule vertreten, forderte als Mindestmaß aber die Durchführung der allgemeinen Volksschule. So sollte die qualitative Unterscheidung in einfache, mittlere und höhere fallengelassen und allgemein ein dem Stand der gegenwärtigen mittleren Volksschule entsprechendes Mindestmaß von Stunden festgesetzt werden. Nach vierjährigem Volksschulbesuch sollten die Schüler entweder in eine höhere Schule eintreten oder weitere vier Jahre in der Volksschule bleiben, dessen Unterricht auf allen Stufen unentgeltlich sein sollte. Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 5-13; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 289-291. Der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 überließ es der freien Entschließung der Schulgemeinde, ob sie eine allgemeine Volksschule oder mehrere Arten – einfache, mittlere, höhere Volksschule – unterhalten und ob sie ein Schulgeld erheben wollte. Wo die Verhältnisse es gestatteten, sollte die Volksschule jedoch nicht als einfache, sondern als mittlere eingerichtet werden. Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2881 und 2891, jeweils Buchstabe B. V; Ebd., 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 785 (§ 3 Absatz 1), 788 (§ 8), 834-835 und 839-840.

³⁸⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 392-393; Verordnungsblatt, 1919, S. 13-14 (= Dokument 100).

³⁸⁸ Beispielsweise waren in Leipzig seit dem Frühjahr 1918 Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Volksschulwesens im Gange. Vgl. Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie, S. 179.

³⁸⁹ Im Gesetzgebungsausschuß setzte sich die vier- gegenüber der sechsjährigen Frist durch. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 56 und 74; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 2-3 und 19, Buchstabe A.

³⁹⁰ Gleichwohl ermöglichte das Gesetz die Erhebung eines in der Höhe begrenzten Fremdschulgeldes für Schüler, die von auswärts die Ortsschule besuchten. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 175, § 5.

³⁹¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 174 (§ 4 Absatz 1 Satz 1) und 185 (§ 18 Absatz 2 Satz 7); Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 324-328. – Zu den Volksschulen in den „wendischen und gemischtsprachigen Gebieten“ Sachsens siehe Pech, Edmund: Deutsche Schulpolitik in der zweisprachigen Lausitz, S. 3-16.

³⁹² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 358, § 15; Ebd., 1874, S. 176-177, § 33; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 64-65 und 210-212; Gellert, M.: Das Privatschulwesen im Königreich Sachsen, S. 1ff. An diesen Einrichtungen hielt auch der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 unverändert fest. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 789 (§ 10), 835 und 840.

1918 zur Errichtung von Privatschulen für solche Kinder, die nach ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung und Beschaffenheit unbedenklich am Unterrichte der allgemeinen Volksschule teilnehmen konnten, in der Regel keine Genehmigung mehr erteilt werden.³⁹³ Die Verordnung vom 26. März 1919 beschränkte zudem noch den privaten Hausunterricht, gestattete aber bis auf weiteres die Weiterführung der bestehenden Privatschulen; jedoch durften diese über ihren bisherigen Umfang – etwa durch Bildung neuer Klassenzüge – nicht erweitert werden.³⁹⁴ Im Gesetzgebungsausschuß der Volkskammer wurden Anträge in dieser Richtung angenommen, die der Antragsteller Arthur Arzt (MSPD) damit begründete, daß viele Eltern noch derart unsozial empfänden, daß von dem Augenblicke der Einführung der allgemeinen Volksschule zu befürchten stünde, daß die Privatschulen „wie Pilze aus der Erde“ wüchsen und damit die allgemeine Volksschule von vornherein illusorisch gemacht werden würde, weil ja die Privatschulen Standesschulen seien und daher zur Weitertragung der Klassengegensätze beitrügen.³⁹⁵ Das Übergangsschulgesetz sowie das Schulbedarfsgesetz bestätigten die bisher getroffenen Einschränkungen für Privatschulen³⁹⁶, und auch die Reichsverfassung ließ sie nach Artikel 147 Absatz 2 nur unter bestimmten Voraussetzungen zu³⁹⁷.

Als die für alle gemeinsame *Grundschule* richtete das noch von der Nationalversammlung verabschiedete Reichsgrundschulgesetz vom 28. April 1920 reichseinheitlich die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen ein, auf der sich das mittlere und höhere Schulwesen aufbaute. Es verfügte ferner die Aufhebung der bestehenden öffentlichen und privaten Vorschulen und Vorschulklassen, regelte aber Ausnahmen, unter denen Privatunterricht für Kinder anstelle des Besuchs der Grundschule zugelassen werden konnte.³⁹⁸ Richtlinien für den Übergang von der Volksschule zur höheren Schule veröffentlichte das Kultusministerium am 13. Januar 1923.³⁹⁹ Aufgrund der Beratungen des Reichsschulausschusses verein-

³⁹³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 392, § 2 Absatz 4.

³⁹⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 88 (= Dokument 107). Kultusminister Wilhelm Buck (MSPD) bemerkte hierzu: „Ich habe aber geglaubt, daß es eine Härte wäre, die nicht zu verantworten ist, wenn man jetzt die Privatschulen ohne weiteres aufheben wollte, weil dadurch die Zahl der arbeits- und stellungslosen Lehrer vermehrt würde.“ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 631.

³⁹⁵ Von der Gegenseite wurde erklärt, daß es eine Vergewaltigung der Gewissensfreiheit der Eltern sei, wenn sie gezwungen sein sollten, ihre Kinder einem Unterrichtsorganismus anzuvertrauen, dessen Erziehungsgrundsätze zu den eigenen Überzeugungen im Widerspruch stünden. Die Deutschnationalen machten hier insbesondere religiöse und konfessionelle Gesichtspunkte geltend. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 65-69; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 8-10 (Zitat: S. 8) und 20, Buchstabe A. IV und Ziffer 8. In der Vorlage zum Übergangsschulgesetz erteilte die Regierung Privatschulen für konfessionelle Zwecke eine Absage, weil sich daraus ein kirchliches Schulwesen neben dem staatlichen entwickeln würde. Soweit bestehende Privatschulen Standesschulen seien, hätten sie keine Daseinsberechtigung, und das Kultusministerium werde die allmähliche Beseitigung solcher Schulen im Auge behalten. Dagegen aber würden Privatschulen zu Hilfsschulzwecken solange anerkannt werden müssen, als die staatlichen und gemeindlichen Einrichtungen für den Unterricht der nicht zum Besuch der allgemeinen Volksschulen geeigneten Kinder nicht ausreichten. Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 15-16. Für Eingaben gegen die Beschränkung des Privatschulwesens siehe auch: SächsHStAD, 10694, Nr. 240/1.

³⁹⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 175 (§ 6) und 188 (§ 11); Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 409, § 25 Satz 4. – Im September 1925 gelangte eine Petition an den Landtag, in der Leipziger Eltern Beschwerde darüber führten, daß eine Vielzahl von an einer Privatschule angemeldeten Kinder nicht aufgenommen werden konnte, weil die Klassenzahlen ausgeschöpft waren. Der Mehrheit der auf der Liste unterzeichneten Eltern sei damit die Privatschule verschlossen, weswegen sie energisch gegen diese – ihre Rechte beeinträchtigenden – Einschränkungen protestieren. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16125, Bl. 254. Zwei Anträge der DNVP auf Zulassung neuer Klassenzüge an den Privatschulen blieben in der Folge aber ohne Erfolg. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1658; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1584 (vom 24. November 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 156. Sitzung vom 8. Dezember 1925, S. 5426-5427, 5429-5430 und 5431; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1642 (vom 13. Januar 1926). – Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), S. 3, Ziffer VI. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3561; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1714 (vom 17. Februar 1926), Ziffer 2. e; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6105.

³⁹⁷ Vgl. Schneider, Klemens: Die Privatschule in der Reichsverfassung, S. 5-19.

³⁹⁸ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1920, S. 851-852 (= Dokument 29); Verordnungsblatt, 1920, S. 147 (= Dokument 129) und 162 (= Dokument 133); Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 101-103 (= Dokument 137); Verordnungsblatt, 1921, S. 140-141 (= Dokument 143).

³⁹⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 13-14 (= Dokument 156).

barten die Regierungen der Länder im Frühjahr 1923 die Durchführung weiterer Bestimmungen.⁴⁰⁰ Das Reichsgesetz vom 18. April 1925 änderte grundsätzlich zwar nichts an der vierjährigen Dauer der Grundschule, gewährte aber ausnahmsweise bei besonderen Leistungen schon nach dreijährigem Grundschulbesuch den Übergang in eine höhere Schule.⁴⁰¹ Und die zweite Novelle vom 26. Februar 1927 schuf Ausnahmen für die Auflösung von privaten Vorschulen.⁴⁰²

Blieben die Kinder nach erfüllter Grundschulzeit in der Volksschule, konnten sie dort – seit Einführung der allgemeinen Volksschule – *höhere Abteilungen* besuchen, die eine über die allgemeine Volksschulbildung hinausgehende vertiefte Allgemeinbildung vermittelten. Sie liefen vom 5. Schuljahr neben den Normalklassen als in sich geschlossener Bildungszug und konnten in ein (zunächst) ebenfalls schulgeldfreies 9. und 10. Schuljahr münden. Die Aufnahme der Schüler erfolgte lediglich mit Rücksicht auf Begabung und Leistungen. Der Plan für höhere Abteilungen konnte so gestaltet werden, daß den Schülern der Übergang in die ihrem Alter entsprechenden Klassen höherer Schulen ermöglicht wurde. Etwa eingeführter fremdsprachlicher Unterricht mußte für alle Schüler verbindlich sein.⁴⁰³ Ursprünglich waren die höheren Abteilungen für Kleinstädte und deren ländliche Umgebung konzipiert, um auch dort, wo Realschulen, höhere Handelsschulen und höhere Mädchenschulen nicht bestanden, eine Vorbildung zu den mittleren Berufen zu ermöglichen.⁴⁰⁴ Doch entgegen dieser Intention setzte sich diese Einrichtung vornehmlich in den größeren Städten und Großstädten durch, da diese am stärksten am Ausbau ihres Schulwesens interessiert waren und auch über die entsprechenden Ressourcen verfügten.⁴⁰⁵

Die Ausführungsverordnung zum Schulbedarfsgesetz vom 5. Februar 1923 überließ die Errichtung höherer Abteilung nicht mehr der örtlichen Entschließung, sondern führte als „ein vor dem Gesamtministerium schwierig zustande gekommenes Kompromiß“⁴⁰⁶ die Genehmigungspflicht ein, wobei die Voraussetzung für die Zulassung der Nachweis des Bedürfnisses war. Ein Bedürfnis zur Errichtung von Klassen für ein 9. und 10. Schuljahr wurde nicht anerkannt, wenn für den Bildungszweck, dem die Klassen dienen sollten, im Schulbezirk oder in dessen Umgebung eine öffentliche Bildungsanstalt be-

⁴⁰⁰ Vgl. Ebd., S. 116-118 (= Dokument 163) und 159 (= Dokument 164). – Während die Grundschule in dieser Weise geregelt worden war, blieb die Ausgestaltung der Volksschuloberstufe (ab 5. Schuljahr) offen und damit Gegenstand der zeitgenössischen Diskussion. Vgl. Hylla, Erich: Die Oberstufe der Volksschule; Reiniger, Max: Die Erneuerung der Volksschuloberstufe; Weinhold, Paul: Die Oberstufe der Volksschule im Mittelbau des deutschen Schulwesens, S. 130-148; Ders.: Zur Oberstufe der Volksschule; SSZ, 1932, S. 988-990.

⁴⁰¹ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1925, Teil 1, S. 49 (= Dokument 59); Sächsische Staatszeitung, 1925, Nr. 99, Beilage (= Dokument 60); Verordnungsblatt, 1925, S. 61-62 (= Dokument 61). Diese Novelle des Reichsgrundschulgesetzes hatte die Zustimmung der sächsischen Regierung gefunden. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1281 (vom 5. Mai 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 138. Sitzung vom 19. Mai 1925, S. 4429. – Dagegen erblickte die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins in dem Gesetz eine Niederlage derer, die in der Grundschule den Ausgangspunkt und die Grundlage für die Vereinheitlichung und soziale Gestaltung des deutschen Bildungswesens erblickten. Die vorzeitige Aufnahme in die höhere Schule dürfe nur wirklich begabten Kindern zugestanden werden. Und von der zur Mitwirkung berufenen Lehrerschaft erwarte man, daß die Empfehlung eines früheren Eintrittes in jedem Falle unter vollster Wahrung der pädagogischen und gesundheitlichen Anforderungen erfolge. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13851, Bl. 210-211.

⁴⁰² Vgl. Reichsgesetzblatt, 1927, Teil 1, S. 67 (= Dokument 69). Wiederum erklärte sich die sächsische Regierung mit dem Gesetz einverstanden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/429, Bl. 157. – Abdruck der genannten Reichsgesetze in Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 161-164 und 311; Hennecke, Frank J. (Hrsg.): Schulgesetzgebung in der Weimarer Republik, S. 3-4, 24 und 28; Lahmeyer, Gustav und Erich Schneider: Das Reichsgrundschulgesetz; Schmoldt, Benno: Von der Volksschule zur Sekundarstufe I, S. 96-98. Zur Problematik des Grundschulgesetzes siehe auch Nave, Karl-Heinz: Das Grundschulproblem, S. 78-142; Riege, Jochen: Die sechsjährige Grundschule, S. 35-156. Siehe allgemein auch Götz, Margarete und Uwe Sandfuchs: Geschichte der Grundschule, S. 13-30.

⁴⁰³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 393, § 3 Absatz 2; Ebd., 1919, S. 174-175 (§ 4 Absatz 5 und 6) und 187 (§ 9 Absatz 1-3); Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 21-22; Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens, S. 49; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die höhere Abteilung der Volksschule und die Wirtschaft. Siehe auch: LLZ, 1922, S. 741-742; LLZ, 1923, S. 184-186; LLZ, 1927, S. 931-932; LLZ, 1929, S. 221-223; LLZ, 1930, S. 33-37 und 979-980; SSZ, 1922, S. 514-515 und 531-533; SSZ, 1930, S. 568-569, 595-598, 613-617, 634-637, 652-654 und 674-677; NSSZ, 1931, S. 326-327; NSSZ, 1932, S. 280-283; Lang, Johannes: Mittlere Reife und Schulaufbau, S. 13ff.; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 328-339.

⁴⁰⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/421, Bl. 27; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 13.

⁴⁰⁵ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 330-331.

⁴⁰⁶ SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/422, Bl. 175.

stand.⁴⁰⁷ Ab 1. April 1925 erteilte das Ministerium die Genehmigung unter folgenden Bedingungen: Die Errichtung von Klassen für das 9. und 10. Schuljahr durfte nur erfolgen, wenn dadurch das Bestehen einer höheren Lehranstalt oder die vorhandenen Einrichtungen der Berufsschule in demselben Orte oder seiner Umgebung nicht gefährdet wurden. Der dem Ministerium vor der Genehmigung vorzulegende Lehrplan mußte den Charakter eines Volksschullehrplanes tragen und sich von dem Lehrplan der höheren Schule und der Berufsschule unterscheiden; er durfte nicht mehr als vier Stunden fremdsprachlichen Unterricht haben, und unzulässig war die Bildung beruflicher Klassen. Ferner mußte bereits vom 5. Schuljahr ab eine höhere Abteilung vorhanden sein, in die sich die Klassen für das 9. und 10. Schuljahr einzufragen hatten. Ihre Errichtung war demnach nicht durch Aufsetzen auf die Normalklassen der Volksschule (8. Schuljahr) statthaft. Für die Aufnahme der Schüler in die unterste Klasse der höheren Abteilung und für deren Weiterführung im 9. und 10. Schuljahr mußten wenigstens 25 Schüler gesichert sein. Und in den Schulbezirken mit mehr als 100.000 Einwohnern war die Zahl der Klassen für das 9. und 10. Schuljahr den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend auf eine bestimmte Höchstzahl festzusetzen.⁴⁰⁸

Mit Verordnung vom 4. Januar 1927 erhielten jene höheren Abteilungen, die ihre Schüler nach der Grundschule in einem mindestens sechsjährigen Lehrgang mit einer Fremdsprache unterrichten, das Recht zur Vergabe der mittleren Reife, die an die Stelle des nach dem Kriege weggefallenen Zeugnisses über die Befähigung zum Einjährig-Freiwilligen Heeresdienst trat.⁴⁰⁹ Nach den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 8. Februar 1927 wurde in diesen Abteilungen ein der Volksschule ansonsten fremdes Prüfungswesen⁴¹⁰ (Aufnahmeprüfung⁴¹¹, Jahresprüfungen, Reifeprüfung) eingeführt. Zudem mußten im Interesse einer einheitlichen Durchführung des Unterrichts sowie der Prüfungsbestimmungen von Ostern 1928 an die Klassen, soweit sie in den einzelnen Schulbezirken auf verschiedene Volksschulen verteilt waren, in geschlossenen Klassenzügen an einzelnen Volksschulen zusammengezogen werden.⁴¹² Diese Maßnahmen schienen insgesamt geeignet, die organisatorische Verselbständigung und schließliche Trennung der höheren Abteilungen von der Volksschule anzubahnen und dieselben innerhalb des Gesamtaufbaues des Schulwesens entweder in eine eigenständige Mittelschulform umzuwandeln bzw. in das höhere Schulwesen einzugliedern.⁴¹³

Im Sächsischen Landtag wurde erklärt, daß die Verordnung über die mittlere Reife in der Lehrerschaft Beunruhigung ausgelöst habe, da man eine Zerschlagung der Volksschule und die Wiedereinführung der alten Bürgerschule/Standesschule befürchte. Demgegenüber betonte der Minister Dr. Fritz Kaiser (DVP), daß die höheren Abteilungen vollgültige Glieder der Volksschule seien und an allen ihren Einrichtungen und gesetzlichen Grundlagen, insbesondere an der Schulgeldfreiheit, teilnahmen. Jedes Kind, das nur einigermaßen die Begabung mitbringe, könne diese Klassen ohne Rücksicht auf den Stand oder die finanziellen Verhältnisse der Eltern besuchen.⁴¹⁴ Eine Mehrheit für die Aufhebung der Ausführungs-

⁴⁰⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 30, § 4 Absatz 3.

⁴⁰⁸ Vgl. Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens, S. 49-50 (= Dokument 175).

⁴⁰⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 1-2 (= Dokument 186) und Änderungsverordnung hierzu vom 4. Januar 1929 (VBl. S. 1f.) (= Dokument 198); SSZ, 1927, S. 40-42. Siehe auch Kapitel G. II. 3. c. und G. III. 2.

⁴¹⁰ Zur Charakterisierung der Volksschule und des Volksschulzeugnisses siehe Urabe, Masashi: Funktion und Geschichte des deutschen Schulzeugnisses, S. 43ff.

⁴¹¹ In die erste Klasse der höheren Abteilung durften nach der Verordnung vom 17. November 1931 direkt auch Schüler aufgenommen werden, die die Aufnahmeprüfung für die Sexta einer höheren Lehranstalt bestanden hatten. Der umgekehrte Fall war dagegen ausgeschlossen. Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 90.

⁴¹² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 30, § 40 Absatz 4 Satz 1; Verordnungsblatt, 1927, S. 13-15 (= Dokument 188) und Änderungsverordnung hierzu vom 25. Juli 1931 (VBl. S. 60) (= Dokument 222); SSZ, 1927, S. 327-329.

⁴¹³ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 334. Diesbezügliche Überlegungen wurden z. B. im Dezember 1928 von Ministerialrat Prof. Dr. Emil Menke-Glückert angestellt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 72. – Schon im Jahr 1923 war die Gefahr erkannt worden, daß sich im Laufe der Entwicklung die zehnjährigen Klassenzüge der Volksschule von den achtstufigen als besondere Schulart abtrennen könnten und dadurch die Einheitlichkeit des Lehrkörpers sowie des Volksschullehrerstandes zerrissen werde. Vgl. Lang, Johannes: Mittlere Reife und Schulaufbau, S. 17ff.

⁴¹⁴ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 904, 918 und 924. Siehe auch: SSZ, 1927, S. 116-117 und 327-329; LLZ, 1927, S. 145-146, 173 und 300-301.

verordnung fand sich im Landtag nicht.⁴¹⁵ Im Folgejahr stimmte dieser jedoch dafür, die Regierung zu ersuchen, im Sinne der Vereinheitlichung des Schulwesens besondere Züge für die höheren Abteilungen und deren Unterbringung in besondere Gebäude nicht zu fordern; sowie die Rücksicht auf andere Schularten nicht dazu führen zu lassen, daß die Bildung höherer Abteilungen an den Volksschulen unterbleibt, obwohl das Bedürfnis des Schulbezirks solche fordern würde.⁴¹⁶ Eine daraufhin im Ministerium für Volksbildung unter Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker (DVP) einberufene Dienstbesprechung, an der die Referenten aller Schulgattungen teilnahmen, verständigte sich jedoch darauf, es bei der bisherigen Praxis zu belassen.⁴¹⁷ Nochmals wurde im Jahr 1930 betont, daß jede Einrichtung von Klassen höherer Abteilungen der ausdrücklichen Genehmigung des Ministeriums bedurfte; auch auf eigene Kosten war es einem Schulbezirk nicht gestattet, solche Einrichtungen zu schaffen.⁴¹⁸

Weitere Ausgestaltung erfuhren die höheren Abteilungen durch den Landeslehrplan für die Volksschulen vom 10. Mai 1928. Sie sollten hiernach der höheren Begabungs- und Leistungsfähigkeit der Schüler, der Vermehrung der Bildungsgüter und gegebenenfalls der verlängerten Schulzeit entsprechend die Ausbildung der Volksschüler vertiefen und erweitern. Ausdrücklich galten für ihren Unterricht dabei die im Lehrplan aufgestellten allgemeinen und besonderen Vorschriften. Sie durften demnach „aus der Fülle der Bildungsgüter [auch] nur die Gebiete“ auswählen, „die allen Gliedern der deutschen Volksgemeinschaft zugänglich gemacht werden“ sollten. Und dieselben waren gleichfalls „nicht in der begrifflichen, theoretischen Art, mit den Mitteln und in der Geschlossenheit des wissenschaftlichen Aufbaues der Einzelfächer, sondern [...] in den Formen anschaulichen, eindrucksvollen Begegnens und Erfassens“ zu behandeln. Die höheren Abteilungen vom 5. bis 8. Schuljahr ohne fremdsprachlichen Unterricht hatten ihre Stundentabelle nach derjenigen der Normalklassen einzurichten. Für diejenigen Abteilungen, die fremdsprachlichen Unterricht erteilten und ihre Schüler bis zum 10. Schuljahr zur Abschlußprüfung der mittleren Reife führten, waren indes Lehr- und Übungsgebiete durch Sondervorschriften anders verteilt worden, wobei die bewußte und enge Anlehnung an andere, insbesondere außersächsische Schulen, die ebenfalls zur mittleren Reife führten, sowie die Gleichheit der Gliederung dieser Abteilung im Lande zu diesen genaueren stofflichen Bestimmungen gezwungen habe.⁴¹⁹

Die höheren Abteilungen blieben zwar äußerlich mit der Volksschule verbunden, implizierten in ihrer besonderen Eigenart aber eine Spaltung des Volksschulwesens: „Der Riß tut sich unheilbar und unüberbrückbar auf zwischen den allgemeinen und den höheren Volksschulabteilungen vom 5. bis 8. Schuljahr auf der einen und den ‚höheren Abteilungen, die zur mittleren Reife führen‘ auf der anderen Seite, so bald man in den Landeslehrplan [...] hineinsieht. Hier bewegt man sich in *zwei verschiedenen Welten*. Nicht das Mehr an sich macht das. Aber auf der einen Seite völlige Freiheit im Stoff und auf der anderen Seite Stoffzwang mit genauer Aufteilung auf Jahresabschnitte, Nachweis von Kenntnissen durch Prüfung für ‚Berechtigungen‘ gegenüber der sonst geforderten ‚Bewährung‘ – das klappt so weit voneinander, daß jeder Versuch, es zu verdecken, nur die Unmöglichkeit erweist.“⁴²⁰ Begünstigt wurde diese Entwicklung weiter durch die Anordnung des Ministeriums für Volksbildung, den fremdsprachlichen Unterricht in den höheren Abteilungen in erster Linie jenen Lehrern zu übertragen, die eine Fachlehrerprüfung oder eine Prüfung am Pädagogischen Institut mit der betreffenden Fremdsprache als Wahlfach mit Erfolg abgelegt hatten.⁴²¹ Hier war der Grundstein gelegt, überhaupt besondere, akademisch vorgebildete Lehrkräfte zu beschäftigen, womit allen Absonderungstendenzen weiterer Vorschub geleistet worden wäre. Daher konn-

⁴¹⁵ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 272 (vom 23. März 1927), S. 2, Ziffer I. 4. b; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 940.

⁴¹⁶ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), S. 2, Ziffer V. 1 und 2; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2742-2743, 2759-2760 und 2761.

⁴¹⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 73ff.

⁴¹⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1930, S. 48, Buchstabe D Ziffer 1.

⁴¹⁹ Vgl. Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens, S. 7-8, 9, 13 und 31-36, Zitate: S. 9.

⁴²⁰ Die höhere Schule, 1932, S. 289, Hervorhebung im Original.

⁴²¹ Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 62 (= Dokument 246).

te folgende Auffassung nicht als gänzlich unbegründet angesehen werden: „Die höheren Volksschulabteilungen in Sachsen treiben über die Hilfsschwelle der ‚mittleren Reife‘ zu einer völlig neuen Schulform mit eigenem Lehrplan und für sich eigen gestaltetem Lehrkörper.“⁴²²

Neben den begabten Kindern erhielten auch *der Hilfe bedürftige Schüler* besondere Einrichtungen. So hatte schon das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 den größeren Städten für die Unterrichtung von Kindern, die dem Lehrgang der öffentlichen Volksschule nicht folgen konnten, die Einrichtung von besonderen Schulen oder Klassen empfohlen.⁴²³ Bis März 1909 entstanden so in 26 sächsischen Orten Hilfsschuleinrichtungen für 3049 Kinder.⁴²⁴ Die Vereinigung zur Förderung des sächsischen Hilfsschulwesens legte im März 1911 Leitsätze für die Ausbildung schwachsinniger schulpflichtiger Kinder vor.⁴²⁵ Dem wachsenden Bedürfnis nach derartigen Einrichtungen verschloß sich der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 nicht.⁴²⁶ Und auch die Jahreskonferenz der Bezirksschulinspektoren am 29. Dezember 1913 beschäftigte sich mit dieser Frage.⁴²⁷ Durch Verordnung vom 12. Dezember 1918, das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 sowie das Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 sollte für Kinder, die wegen schwacher Befähigung nicht mit Erfolg am Unterricht der Volksschule teilnehmen konnten, Hilfsschulen oder Hilfsschulklassen eingerichtet, zumindest aber durch die Schulgemeinde Nachhilfeunterricht gewährt werden.⁴²⁸ Durch Verordnung vom 24. Februar 1925 wurden die Bezirksschulämter veranlaßt, ihre besondere Aufmerksamkeit dem Ausbau der Hilfsschulen zu widmen und die Schulbezirke zur Errichtung von Hilfsschulklassen anzuhalten.⁴²⁹ Im Jahr 1926 veröffentlichte der Sächsische Hilfsschullehrerverein den Entwurf eines Hilfsschulgesetzes, der die Hilfsschule als nunmehr eigenständige Schulgattung zu begründen beabsichtigte.⁴³⁰

Nachdem durch das Übergangsschulgesetz, das in vielen Punkten durch das Schulbedarfsgesetz fortgeführt wurde, die Grundlagen der Volksschulreform in der gezeigten Weise gelegt waren, setzte (wieder) eine Einheitsschuldiskussion ein, die zu einer Vereinheitlichung des gesamten Bildungsaufbaus führen sollte, letztlich aber am Widerstand der höheren Schule scheiterte.⁴³¹

III. Die innere Verwaltung der Volksschule: Direktorat und kollegiale Schulleitung

Mit Einrichtung der Bezirksschulinspektionen als mittlere Schulaufsichtsbehörden im Jahr 1874 war die Abschaffung der Lokalschulinspektion nicht verbunden gewesen. Da die anfängliche Zahl von 28 Bezirksschulinspektoren, denen die Beaufsichtigung der Lehrer oblag, von vornherein als nicht ausreichend erachtet wurde, blieb als Notbehelf die Ortsschulaufsicht bestehen. Diese zusätzliche Aufsicht über die Lehrer übte der Schulvorstand im Auftrage des Staates durch den Ortsschulinspektor aus. Die Leitung und unmittelbare Aufsicht über die Schule kam dem Direktor zu (im Hauptamte), der immer dann zu berufen war, wenn an der Schule sechs oder mehr Lehrer angestellt waren bzw. es sich um eine mittlere oder höhere Volksschule handelte. Bei kleineren Schulanstalten genügte es, die einheitliche innere Leitung in die Hände des ersten Lehrers der Schule zu legen; hier führte das geistliche Mitglied im Schulvorstand die

⁴²² Die höhere Schule, 1932, S. 291.

⁴²³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 351, § 4 Absatz 5; Ebd., 1874, S. 160, § 9; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 4, 10-12 und 159-160.

⁴²⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/24, Bl. 97.

⁴²⁵ Vgl. Ebd., Bl. 97-100 (= Dokument 263).

⁴²⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2881 und 2891, jeweils Buchstabe B. VI; Ebd., 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 786 (§ 4 Absatz 6) und 793 (§ 21).

⁴²⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13624, Bl. 17-23 und 29-39.

⁴²⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 392, § 2 Absatz 3; Ebd., 1919, S. 173, § 3 Absatz 10; Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 410, § 31 Absatz 2 Satz 2; Ebd., 1923, S. 30, § 40 Absatz 3-5; Handbuch für die sächsischen Hilfsschullehrer.

⁴²⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1925, S. 14 (= Dokument 176).

⁴³⁰ Vgl. SSZ, 1926, S. 660-661 (= Dokument 68), 679-680, 693-694 und 746-747; LLZ, 1926, S. 562; LLZ, 1927, S. 886-887. Siehe allgemein auch Möckel, Andreas: Selbständigkeit und Isolation der Hilfsschule in der Weimarer Republik, S. 117-130.

⁴³¹ Siehe Kapitel G. II. 2.

Ortsschulaufsicht. In jedem Falle hatte der betreffende Ortsschulinspektor den Lehrer bei Ausübung seines Berufs zu unterstützen; sich über den Zustand der Schule durch öfteren Besuch der einzelnen Klassen zu informieren; sich mit den Lehrern im Einvernehmen zu erhalten und dieselben auf etwa vorgefundene Mängel aufmerksam zu machen. Beschwerden über Lehrer waren zunächst bei ihm anzubringen; Beurlaubungen der Lehrer konnte er bis zu drei Tagen gewähren.⁴³² In der Praxis führte diese „Hausaufsicht“ – das Inspizieren, Hospitieren und Reglementieren bis in die Unterrichtsmethode hinein – immer wieder zu Mißhelligkeiten zwischen den Beteiligten. Die Aufsicht durch den Geistlichen war von den Lehrern schon früher als eine nicht fachmännische abgelehnt worden.⁴³³ Und die zu starke Heraushebung des Schulleiters über die Lehrer seiner Schule konnte zur Folge haben, „daß die kleinen Geister unter den Schulleitern nicht das rechte Verhältnis zu ihrer Lehrerschaft fanden“⁴³⁴.

Als es an die Revision des Volksschulgesetzes ging, trat der Verein Sächsischer Volksschuldirektoren „im Interesse eines einheitlichen und gedeihlichen Schulbetriebes“ für die Beibehaltung ihrer Aufsichtsbefugnisse ein, während die Landschulen ohne Direktor unter Wegfall der geistlichen Ortsschulaufsicht dem Bezirksschulinspektor unmittelbar unterstellt werden sollten.⁴³⁵ Auf der Jahresversammlung des Vereins am 26./27. Juni 1909 in Chemnitz wurden entsprechende Leitsätze zur Schulaufsicht und Schulleitung ausgegeben.⁴³⁶ Die sächsische Lehrerschaft erstrebte dagegen die vollständige Aufhebung der Lokalschulinspektion. So sollte die gesamte Schulaufsicht dem Bezirksschulinspektor als dem nächsten Dienstvorgesetzten des Lehrers übertragen, und insbesondere in internen Angelegenheiten der einzelnen Schule dem Lehrerkollegium das Recht der Selbstverwaltung eingeräumt werden.⁴³⁷ Der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 hielt schließlich an der Einrichtung des Schuldirektorats fest, entsprach aber dem Wunsche der Lehrerschaft nach stärkerer Beteiligung an den laufenden Geschäften des inneren Schulbetriebs, indem er Bestimmungen über die Lehrerversammlung traf.⁴³⁸

Durch Verordnung vom 11. Dezember 1918 wurde endlich die geistliche Ortsschulaufsicht aufgehoben und die Volksschulen ohne Direktor – wie schon im Entwurf 1912 vorgesehen⁴³⁹ – unmittelbar der Aufsicht des Bezirksschulinspektors unterstellt.⁴⁴⁰ Zugleich wurden Bestimmungen über die Lehrerversammlung getroffen⁴⁴¹ und die den Beamten in der Verordnung vom 25. Januar 1919 zugesprochenen Befugnisse⁴⁴² am 20. Februar 1919 auch auf die Schulen übertragen⁴⁴³ (Bildung von Lehrerausschüssen). Nun wollte die sächsische Lehrerschaft auch das alte Volksschuldirektorat fallen sehen.⁴⁴⁴ Diesbezügliche Beschlüsse zur Selbstverwaltung in der Schule wurden auf der außerordentlichen Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 29./30. März 1919 in Dresden gefaßt.⁴⁴⁵

⁴³² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 356-357 und 368-369, §§ 12 (Absatz 6 und 7), 13 (Absatz 4) und 29; Ebd., 1874, S. 172 und 193, §§ 27 und 57; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 55-59, 118-124, 192 und 242-245.

⁴³³ Siehe Kapitel D. IV. 1. a.

⁴³⁴ Verhandlungen des Landesschulausschusses, S. 368.

⁴³⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13638, Bl. 22.

⁴³⁶ Vgl. Verein Sächsischer Schuldirektoren (Hrsg.): Wünsche zur Neugestaltung des Volksschulgesetzes, S. 28-31 (= Dokument 262); LLZ, 1910/1911, S. 843-846, 866-869 und 891-894.

⁴³⁷ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 50-58.

⁴³⁸ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 794 (§ 23) und 848-849.

⁴³⁹ Vgl. Ebd., S. 794-795 (§ 24), 812-813 (§ 64) und 847.

⁴⁴⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 390, § 1 Absatz 2. Längst waren Sachsen, Preußen und Bayern die einzigen größeren Staaten, in denen die Ortsschulaufsicht noch bestanden hatte. Vgl. Sachse, Arnold: Der bisherige Aufbau der Schulbehörden, S. 133-135.

⁴⁴¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 390, § 2.

⁴⁴² Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 22-23 (= Dokument 104).

⁴⁴³ Vgl. Ebd., S. 39 (= Dokument 105). Im Laufe des Jahres 1918 war es bereits auf lokaler Ebene – wie in Leipzig – zur Bildung von Lehrerräten gekommen. Vgl. Gebler, Joachim: Die Novemberrevolution und die Bewegung der Lehrerräte, S. 197-203; Ders.: Die schulpolitischen Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins [1962], S. 872-874; Ders.: Die schulpolitischen Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins [1961]; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 356-358.

⁴⁴⁴ Vgl. LLZ, 1919, S. 18-19.

⁴⁴⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/13, Bl. 284 (= Dokument 265).

In der Folge waren die Fragen der Schulleitung Gegenstand bei den Beratungen zum Übergangsschulgesetz. An der Diskussion beteiligte sich der Verein Sächsischer Schuldirektoren mit zwei Druckschriften, in denen er zwar größere Mitwirkungsrechte der Lehrer anerkannte, aber die Selbständigkeit des Direktors und dessen Aufsichtsrecht erhalten wissen wollte.⁴⁴⁶ Im Gesetzgebungsausschuß der Volkshammer war sich die sozialistische Mehrheit dagegen einig, daß die Einrichtung des Direktorats auf Lebenszeit überholt sei und dem Gedanken der Selbstverwaltung in der Schule widerspreche.⁴⁴⁷ Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 beseitigte folglich jedwede Ortsschulaufsicht⁴⁴⁸ und regelte die Selbstbestimmungsrechte der Lehrer. So hatte der Schulleiter die Lehrerversammlung zu berufen, die von den an der Schule angestellten ständigen und nichtständigen Lehrern gebildet wurde. Die Lehrerversammlung beriet und beschloß über die Hausordnung, den Lehrplan, die Grundsätze für die Stundenplanaufstellung, Stellvertretungen, Zensurerteilung und die Versetzung der Schüler, die Durchführung von Verordnungen und Verfügungen der Schulbehörden, über besondere Veranstaltungen der Schule u. a. In Schulen mit zehn und mehr ständigen Lehrern, Hilfs- und Fachlehrern war zusätzlich ein Lehrerrat zu bilden; bei kleineren Anstalten konnte die Gesamtheit der Lehrer die Aufgabe des Lehrerrats übernehmen. Mit diesem hatte der Schulleiter dringende Angelegenheiten, die an sich der Beratung und Beschlußfassung der Lehrerversammlung unterlagen, zu erledigen, wenn die sofortige Einberufung der Lehrerversammlung nicht möglich war. Unter der gleichen Voraussetzung hatte der Lehrerrat das Recht, in solchen Angelegenheiten Anregungen zu geben und Anträge zu stellen. Anträge, denen der Schulleiter nicht stattgeben konnte oder wollte, waren auf die Tagesordnung der nächsten Lehrerversammlung zu setzen.⁴⁴⁹

Mit Einführung der Selbstverwaltung in der Schule erhielt das Amt des Schulleiters eine neue Gestalt. Dieser war Lehrer der Anstalt und besorgte die Leitungsgeschäfte ehren- und nebenamtlich, wofür er vom Schulvorstand – an Schulen mit mehr als fünf ständigen Lehrern auf Vorschlag der Lehrerschaft – auf drei Jahre gewählt wurde. Der Schulleiter vertrat die Schule gegenüber den Eltern und Erziehungspflichtigen und vermittelte den Verkehr mit den Schulbehörden und dem Schulvorstand. Er trug Sorge, daß die allgemeinen und die örtlichen Bestimmungen für den äußeren Schulbetrieb eingehalten, die Beschlüsse der Lehrerversammlung durchgeführt und Mängel im äußeren Schulbetriebe abgestellt wurden. Beschwerden über Lehrer, die sich nicht durch Verständigung des Lehrers mit dem Beschwerdeführer erledigten, hatte er an das Bezirksschulamt abzugeben. Die Hilfslehrer hatte er in ihrer Berufstätigkeit zu fördern. Im Übrigen stand ihm die Aufsicht über den inneren Schulbetrieb nur insoweit zu, als er vom Bezirksschulrat im einzelnen Falle mit Aufsichtshandlungen beauftragt wurde.⁴⁵⁰ Ebenso hatte die Pflege

⁴⁴⁶ Vgl. Verein Sächsischer Schuldirektoren (Hrsg.): Gedanken über Schulaufsicht und die Wahl des Schulleiters; Ders. (Hrsg.): Vom Schuldirektorat.

⁴⁴⁷ In diesem Zusammenhang wurden Begriffe wie „Mißstände“, „Hort der Reaktion“ und „Schulmonarchentum“ gebraucht. Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 11 und 20, Buchstabe C. I.

⁴⁴⁸ Nur ein kleiner Rest blieb von ihr insofern bestehen, als dem Schulleiter die Förderung der Hilfslehrer übertragen wurde. Diese Bestimmung wollte der – letztlich gescheiterte – Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes beseitigen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 177, § 9 Absatz 1 und 5; Landtags-Akten, Vorlagen, 2. Wahlperiode, Nr. 175 (vom 14. März 1925). Zu dem Entwurf siehe auch Kapitel C. II. 3.

⁴⁴⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 177-178, § 10; LLZ, 1922, S. 225-226; Bericht über die 19. allgemeine Versammlung und die 50. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 5.–7. April 1925 in Leipzig, S. 103-127; Trinks, Karl: Die Selbstverwaltung als Baugesetz der neuen Schule.

⁴⁵⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 177 (§ 9) und 180 (§ 14 Absatz 4); LLZ, 1920, S. 615-617. Nach Ansicht des seit 1913 im Amte befindlichen Plauener Bezirksschulrats Dr. Spitzner sei mit dieser veränderten inneren Schulverfassung der einstige direktoriale Pflichtenkreis als besonderer Faktor der Schulverwaltung ausgeschaltet worden. So sei eine auf unmittelbarer persönlicher Kenntnis des allgemeinen Zustandes einer Schule fußende Einsicht in die Bedingungen ihrer Gesamtleistung und eine dadurch bestimmte Verwaltungsarbeit in ihr nicht mehr gegeben, wofür die Organe der Selbstverwaltung keinen Ersatz böten. Scharfe Kritik erteilte Spitzner wegen eines diesbezüglichen Artikels, nach dessen Veröffentlichung es zu einem regelrechten „Krieg“ in der Plauener Ortspresse gekommen war. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13569, Bl. 38ff., Ziffer 1 und Beilagen; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 109. Sitzung vom 26. Mai 1922, S. 4067-4068; Spitzner, ...: Zur Frage der Schulaufsicht, S. 102-107. Eine Dienstanweisung, die den Pflichtenkreis der Schulleiter hätte genauer definieren können, lag

und Verwaltung der Schule durch die bürgerliche Gemeindevertretung und den Schulausschuß unter Beachtung des Selbstverwaltungsrechts der Schule zu geschehen. Aufsichtsbefugnisse hatte die Ortsschulbehörde nicht mehr – mit Ausnahme des Stadtrats, soweit er als Mitglied des Bezirksschulamtes tätig war. Auch der zur Pflege eines guten Einvernehmens zwischen Schule und Haus berufene Elternrat war nicht berechtigt, eine Aufsicht über die Schule auszuüben oder Anordnungen für den Schulbetrieb zu treffen. Die Entschließung darüber, ob und in welcher Weise Gelegenheit gegeben wurde, vom inneren Schulbetrieb Kenntnis zu nehmen, stand der Lehrerversammlung zu.⁴⁵¹

Umstritten blieb noch die Frage, wie mit den bereits auf Lebenszeit angestellten Direktoren zu verfahren war. Im Gegensatz zur Volkskammer wollte die Regierung Gradnauer die Direktoren von den Bestimmungen über die Schulleiterwahl ausnehmen und bis zum Eintritt in den Ruhestand in ihren Stellen belassen.⁴⁵² Dabei berief sich Kultusminister Wilhelm Buck (MSPD) auf eine Bekanntmachung der Revolutionsregierung vom 16. November 1918, die den Beamten ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt wahrte, und für deren Einhaltung Buck sich nun verpflichtet fühlte.⁴⁵³ Dagegen bestimmte das Übergangsschulgesetz, daß die alten Schuldirektoren sich nach einer dreijährigen Übergangsfrist ebenfalls der Wiederwahl zu stellen hatten. Wurde ein Schuldirektor nicht zum Schulleiter gewählt, so konnte er binnen eines Monats nach der Wahl unter Bezug des gesetzlichen Ruhegehalts seine Entlassung beanspruchen.⁴⁵⁴

Gegen diese Bestimmungen kämpfte der Verein Sächsischer Schuldirektoren in zahlreichen Eingaben.⁴⁵⁵ Als besonders schlimm wurde hervorgehoben, daß die Schuldirektoren im Falle ihrer Nichtwiederwahl „einer peinvollen Demütigung, einer beschämenden Bloßstellung in den Augen ihres Berufs- und Lebenskreises“⁴⁵⁶ preisgegeben würden, einer Herabsetzung, die ihnen unmöglich zugemutet werden könne und die mit ihrer Ehre unvereinbar sei. In den Anstellungsurkunden sei ihnen die Unkündbarkeit als ein wohlverworbenes Recht zugesichert, das ihnen die Reichsverfassung in Artikel 129 und 143 Absatz 3 gewährleiste. Und nicht zuletzt bedeute die getroffene Ruhegehaltsregelung eine materielle Schädigung.⁴⁵⁷

Die sächsische Koalitionsregierung aus MSPD/DDP erklärte sich am 20. Januar 1920 in einer schriftlichen Stellungnahme solidarisch. So könne sie den Eingriff in die Anstellungsrechte der Schuldirektoren als gerechtfertigt nicht anerkennen, da die einstige Bestätigung durch die oberste Schulbehörde in sich die Zusicherung einer dauernden Anstellung als Schulleiter schließe. Im Falle ihrer Nichtwiederwahl

erst 1930 im Entwurf vor und wurde auf der Jahresversammlung der Bezirksschulräte am 20. Dezember 1930 behandelt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13626, Bl. 161ff. und 178. Zu den Schulleiterwahlen siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13854-13858.

⁴⁵¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 178-179, § 11; Verordnungsblatt, 1921, S. 30-31 (= Dokument 136); SächsHStAD, 11125, Nr. 13880/1-3; LLZ, 1920, S. 77-80; LLZ, 1923, S. 102-104; Fröhlich, Walter: Die Entwicklung von Elternräten, S. 25-33; Ders.: Standpunkte der KPD, USPD und SPD zur Arbeit der Elternbeiräte, S. 23-30; Geißler, Walter: Der Elternrat an Volksschulen. Siehe allgemein auch Wagner-Winterhager, Luise: Schule und Eltern in der Weimarer Republik.

⁴⁵² Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 6, § 9 Absatz 5.

⁴⁵³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 362; Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1993-1994.

⁴⁵⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 177 (§ 9 Absatz 4) und 184 (§ 18 Absatz 1 Satz 2); SSZ, 1922, S. 334-336; LLZ, 1922, S. 546-548; Der Schulwart, 1922, S. 332-334.

⁴⁵⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 276; Ebd., 12495, Nr. 23. Unterstützt wurde er in diesem Ansinnen von dem Landesverband Sächsischer Seminarakademiker. Vgl. SächsHStAD, 10701, Nr. 321, Bl. 15.

⁴⁵⁶ SächsHStAD, 11125, Nr. 13854, Bl. 24.

⁴⁵⁷ Vgl. Ebd., 12495, Nr. 23, unpag., Eingaben vom 27. August 1919. – In den Jahresberichten der Bezirksschulräte auf das Jahr 1919 finden sich hierzu folgende Bemerkungen: Bezirksschulrat Dr. Weidemüller (Chemnitz I): „Sehr erwünscht wäre es auch, wenn das den bisherigen Schuldirektoren zweifellos zugefügte Unrecht wieder gutgemacht würde.“ Bezirksschulrat Pönitz (Chemnitz II): „Das Los der fachmännischen Ortsschulinspektoren, der Schuldirektoren, muß jeder Billigdenkende beklagen. Daß sie in ihren persönlichen Recht gekränkt worden sind, ist gegen den Willen des Ministeriums geschehen, [...]. Die Behandlung aber, die vielen von ihnen, auch die mildesten, freundlichsten, friedlichsten, auch die, welche nicht Mitglieder des Direktorenvereins waren, von Seiten ihrer Mitarbeiter erfahren haben, ist mir ein Rätsel.“ Bezirksschulrat Brethfeld (Leipzig II): „Auch bei den Schulleitern machte sich eine auffällige Verbitterung und Verminderung der Arbeitsfreude bemerkbar. Bei einzelnen haben sich seelische Erschlaffungs- oder Reizzustände entwickelt. Diese Herren schieben das nicht bloß auf die unerquicklichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch auf die Lösung der Schulleiterfrage durch das Übergangsgesetz.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13566, Bl. 79, 127 und 356.

als Schulleiter seien die Schuldirektoren zudem finanziell schlechter gestellt als die Beamten durch das Zivilstaatsdienergesetz vom 7. März 1835. Da allein die Schuldirektoren unter allen Gruppen der Lehrer an den Volks- und an den höheren Schulen und der Beamten durch den Eingriff in die Anstellungsverhältnisse getroffen worden seien, sei dies als ein Ausnahmegesetz gegen sie zu verstehen. Daher erklärte sich die Regierung bereit, der Volkskammer auf deren Wunsch einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Übergangsschulgesetz die Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage erhalte.⁴⁵⁸ Doch da im Gesetzgebungsausschuß aufgrund einer Pattsituation kein Beschluß zu den Eingaben des Vereins Sächsischer Schuldirektoren gefaßt werden konnte, war deren Weiterbehandlung im Plenum und damit eine Stellungnahme der Volkskammer in ihrer Gesamtheit nicht möglich. Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) wandte sich unterm 7. Juni 1920 mit der Bitte um Weiterbehandlung an den Ministerpräsidenten Wilhelm Buck (MSPD).⁴⁵⁹ Und längst war auch der Reichsminister des Innern mit der Angelegenheit befaßt, der ebenfalls einer Entscheidung der Volkskammer entgegensah.⁴⁶⁰ In der Sitzung des Rechtsausschusses vom 28. Juni 1920 wurde die Frage wieder aufgenommen. Doch wurden beide Anträge – die Petitionen auf sich beruhen zu lassen bzw. die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage zum Übergangsschulgesetz wiederherzustellen – jeweils mit Stimmengleichheit abgelehnt.⁴⁶¹ Mit Schluß der Volkskammer erledigten sich nach der Geschäftsordnung die Petitionen⁴⁶² und wurden deswegen am 5. Januar 1921 erneut eingereicht⁴⁶³, worauf nun bereits der Prüfungsausschuß entschied, sie auf sich beruhen zu lassen.⁴⁶⁴ Da dies als Landtagsbeschluß galt und von keiner Seite des Landtags irgendwelche Regungen kamen, ließ es das Kultusministerium damit bewenden.⁴⁶⁵ Schließlich befand sich das Ministerium seit Dezember 1920 unter der Leitung von Hermann Fleißner (USPD), der ein Verteidiger der sozialistischen Schulreform war und Änderungen zu Lasten der schulischen Selbstverwaltung entschieden ablehnte. Und da die DDP dem zweiten Kabinett Buck nicht mehr angehörte, fand sich die Regierung nun insgesamt zu einer Stellungnahme auf der Grundlage des Übergangsschulgesetzes bereit.

Da für den Verein Sächsischer Schuldirektoren die landesrechtlichen Möglichkeiten hiermit erschöpft waren, wandte er sich wiederum mit der Bitte an den Reichsminister des Innern, eine reichsgerichtliche Entscheidung nach Artikel 13 Absatz 2 RV herbeizuführen.⁴⁶⁶ Dieser stand wegen Verletzung wohlverworbener Rechte von Schulleitern neben der sächsischen Regierung auch mit den Regierungen von Bremen und Thüringen in Verbindung und stellte zunächst einen Reichsgerichtsentscheid in Aussicht, verwarf diese Option aber ein Dritteljahr später.⁴⁶⁷ Unterdessen hatten sich die Petenten auf eine zivilgerichtliche Auseinandersetzung verlegt, die indes erst- bzw. berufungsinstanzlich scheiterte.⁴⁶⁸ In der Folge

⁴⁵⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13854, Bl. 37-39 und 119. Schon in seiner Antrittsrede am 16. Dezember 1919 hatte Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) erklärt: „Die Regierung steht auch in der heutigen Zusammensetzung noch auf dem Standpunkte, der in der Regierungsvorlage zum Übergangsschulgesetze eingenommen worden ist, findet sich aber zur loyalen Durchführung des Gesetzes verpflichtet, wenn nicht etwa aus der Kammer selbst eine Milderung der Härte für die im Amte befindlichen Schulleiter beschlossen wird.“ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2469; Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 331, S. 4165. Als der Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Übergangsschulgesetz, welches die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule rückgängig machen sollte, in der Volkskammer eingebracht wurde, bat der Verein Sächsischer Schuldirektoren sogleich am 4. März 1920 um die Aufnahme seiner Wünsche in denselben. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 276, Bl. 3; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 53 (vom 27. Februar 1920).

⁴⁵⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13854, Bl. 115-116.

⁴⁶⁰ Im Schreiben vom 24. Dezember 1919 und 22. April 1920 hatte der Reichsminister des Innern die Volkskammer um eine Stellungnahme hinsichtlich der Vereinbarkeit von § 9 Absatz 4 des Übergangsschulgesetzes mit Artikel 129 RV ersucht.

⁴⁶¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 276, Bl. 19-25.

⁴⁶² Vgl. Ebd., 11125, 13854, Bl. 123.

⁴⁶³ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 530.

⁴⁶⁴ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 116 (vom 9. Februar 1921), Ziffer 4.

⁴⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13854, Bl. 174.

⁴⁶⁶ Vgl. Ebd., 12495, Nr. 23, unpag., Eingabe vom 8. März 1921.

⁴⁶⁷ Vgl. Ebd., unpag., Schreiben vom 18. Juni und 29. Oktober 1921.

⁴⁶⁸ Für Details zu den Direktorenprozessen in Dresden und Chemnitz siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13855; SSZ, 1922, S. 183-185 und 262-264; LLZ, 1922, S. 171-173.

kämpften die Schuldirektoren für Verbesserung ihres Dienst Einkommens, des Ruhegehalts und der Freizügigkeit, wofür Regierung und Landtag nur geringes Entgegenkommen zeigten.⁴⁶⁹

Mit Beginn der Großen Koalition im Januar 1924 schien eine Revision schon eher möglich. Die DNVP plädierte dafür, „für jede Volksschule mit 6 und mehr Lehrkräften unter maßvoller Wahrung des Selbstverwaltungsprinzips das staatliche Amt eines verantwortlichen, aufsichtsberechtigten Schulleiters wieder einzurichten“⁴⁷⁰. Der Verein Sächsischer Schuldirektoren schloß sich dieser Forderung in einer weiteren monothematischen Druckschrift an.⁴⁷¹ Die DVP, die sich zwar auch für eine Intensivierung der staatlichen Schulaufsicht aussprach, wollte dieselbe aber nicht mit der Schulleitung erneut verbinden, sondern favorisierte die im Schulaufsichtsgesetzesentwurf vom 14. März 1925 vorgesehene Anstellung fachmännischer Hilfsarbeiter für die Bezirksschulräte.⁴⁷² SPD, DDP und KPD weigerten sich aber, die kollegiale Schulleitung in ihrer bestehenden Form preiszugeben.⁴⁷³ Der Wunsch der DNVP erfüllte sich so erst nach der NS-„Machtergreifung“. Durch Verordnung vom 23. März 1933 waren die Schulleiter an Beschlüsse der Lehrerversammlung nicht mehr gebunden.⁴⁷⁴ Und am 12. Mai 1933 verfügte der Beauftragte für das Volksbildungsministerium die Aufhebung der Lehrerräte.⁴⁷⁵ Das Gesetz über die Schulleitung an den Volks- und Berufsschulen vom 18. Dezember 1935 gestattete dem Minister schließlich, im Verordnungswege die Schulleitung „im Sinne des Führergedankens“ zu ordnen und den Schulleitern auch Zuständigkeiten zu übertragen, die nach sonstiger gesetzlicher Vorschrift bisher den Schulaufsichtsbeamten zugestanden hatten.⁴⁷⁶

IV. Die äußere Verwaltung der Volksschule

1. Die Schulgemeinde

Nach dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 mußte jede öffentliche Schule bzw. die Gesamtheit an einem Ort befindlichen öffentlichen Schulen einen bestimmten, räumlich abgegrenzten, in der Regel nicht über eine halbe Stunde im Halbmesser ausgedehnten Schulbezirk haben. Dieser konnte sich über mehrere Orte (bürgerliche Gemeinden) und Ortsteile erstrecken und ihm waren auch die keinem Gemeindeverbande angehörigen Grundstücke (Rittergüter) zuzuteilen. Die Gesamtheit der Bewohner eines Schulbezirks bildete – unter Ausschluß der Angehörigen anderer Religionsbekenntnisse, welche eigene Volksschu-

⁴⁶⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1703; Landtags-Akten, Berichte, Nr. 354 (vom 13. Juni 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 47. Sitzung vom 28. Juni 1923, S. 1253-1256.

⁴⁷⁰ Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), S. 1, Ziffer I. b. Vor dem Landtag erläuterte der Abgeordnete Prof. Johannes Siegert diesen Antrag: „Die Abschaffung des auf Autorität und schulische Erfahrung gegründeten Direktors der Einzelschule hat sich als ein Irrtum und vielfach als ein Unsegen für unsere Schulverhältnisse erwiesen. Es fehlt der Schule und dem ganzen Unterrichtsbetrieb im weitesten Sinne des Wortes der einheitliche Geist. Alle möglichen verschiedensten Methoden nebeneinander werden in der einen Schule willkürlich, womöglich von Klasse zu Klasse wechselnd, an den Kindern ausprobiert. Es gibt kein geistiges Zusammenarbeiten in einer solchen Schule, in die alle hineinregieren und hineinreden. Es gibt [...] keine fachliche und keine amtliche Autorität, die vor allem die jüngeren Lehrkräfte anweist, denen doch die wirkliche berufliche Durchbildung noch fehlt und die in jugendlicher Begeisterung meist immer nur für das Neueste, womöglich Sensationellste sich begeistern und entscheiden; es fehlt die vermittelnde, ausgleichende Vertrauensstelle, die dem einzelnen Lehrer einen Halt gibt, die auch für die Rat und Hilfe suchenden Eltern unentbehrlich ist. Der jetzige Schulleiter ist nichts als Schreiber und Verwaltungsbeamter, und in den Schulbetrieb hat er autoritativ überhaupt nicht hineinzureden; er kann wohl reden, aber er hat nichts zu sagen.“ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3558.

⁴⁷¹ Vgl. Pätzold, Wilhelm: Das Schuldirektorat in Sachsen; NSSZ, 1926, S. 148-150; SSZ, 1926, S. 268-269; LLZ, 1926, S. 276-279.

⁴⁷² Siehe Kapitel C. II. 3.

⁴⁷³ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1439 (vom 24. Juni 1925), Buchstabe A. I. b; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6070-6071, 6074-6075 und 6081-6082; Ebd., 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6105.

⁴⁷⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 18 (= Dokument 252). Auf der mittleren Verwaltungsebene wurden zudem den Bezirksschulräten „zur wirksamen Gestaltung der staatlichen fachmännischen Schulaufsicht“ per Verordnung vom 18. April 1933 Helfer zugeteilt. Vgl. Ebd., S. 24 (= Dokument 254). Siehe auch Kapitel C. II. 3.

⁴⁷⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 34 (= Dokument 257).

⁴⁷⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1933, S. 139 (= Dokument 88).

len unterhielten – die Schulgemeinde.⁴⁷⁷ Diese war verpflichtet, die Mittel zur Errichtung und Unterhaltung der Volksschulen aufzubringen.⁴⁷⁸ Für diese Aufgabe war die Schulgemeinde zwar in bestimmten Beziehungen auf die Mitwirkung der bürgerlichen Gemeinde angewiesen, besaß aber eigene Rechtspersönlichkeit und deckte ihren Bedarf durch eigene Schulsteuern.⁴⁷⁹ Die Schulgemeinde fiel nicht mit der bürgerlichen Gemeinde zusammen, sondern war eine eigenständige, mit dem Rechte der Selbstverwaltung ausgestattete juristische Person des öffentlichen Rechts, die ihre Angelegenheiten selbständig, jedoch unter der Aufsicht des Staates, verwaltete.⁴⁸⁰

Im Jahr 1909 vertrat die Zweite Kammer des Sächsischen Landtags den Standpunkt, daß als gesetzliche Regel die bisherige Einrichtung der Schulgemeinden mit ihren Schulvorständen aufrecht zu erhalten sei, beantragte jedoch, den bürgerlichen Gemeinden die Befugnis einzuräumen, auf ortsstatutarischem Wege die Angelegenheiten der Volksschule – unter Beseitigung besonderer Schulgemeinden – zu übernehmen.⁴⁸¹ Dem stellte sich die Regierung mit einer ausführlichen Begründung entgegen.⁴⁸² Ebenso

⁴⁷⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 354, § 9; Ebd., 1874, S. 166-168, §§ 18 und 19; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 42-44. Die Mitglieder einer im Königreich Sachsen zugelassenen Religionsgesellschaft konnten mit Genehmigung des Kultusministeriums eigene Schulen für ihre Kinder errichten, womit sie sodann eigene Schulgemeinden bildeten. Vgl. Kapitel D. II. 1.

⁴⁷⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 353-354, § 7; Ebd., 1874, S. 164-165, § 16; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 43, Fußnote 2. In den Landtagsverhandlungen 1872 hatte sich die Zweite Kammer vergebens dahin ausgesprochen, anstelle der Schulgemeinden die bürgerlichen Gemeinden – wie dies in den meisten Ländern des Deutschen Reiches der Fall gewesen war – zu den örtlichen Trägern der Volksschulverwaltung zu erklären. Damit wäre zugleich die Aufhebung des konfessionellen Charakters der Volksschule verbunden gewesen. Vgl. Mittheilungen, 1871/1873, 2. Kammer, 48. Sitzung vom 6. März 1872, S. 1419-1431; Ebd., 49. Sitzung vom 7. März 1872, S. 1434-1438; Ebd., 1. Kammer, 44. Sitzung vom 14. November 1872, S. 916-926; Ebd., 45. Sitzung vom 15. November 1872, S. 927-935; Ebd., 60. Sitzung vom 7. Januar 1873, S. 1346-1351; Ebd., 2. Kammer, 112. Sitzung vom 17. Januar 1873, S. 4203-4204 und 4208-4209.

⁴⁷⁹ Siehe Kapitel D. VI. 2.

⁴⁸⁰ Historisch war dieses Gebilde aus der Parochiallastengesetzgebung erwachsen, in der die Kirchen- und Schullasten als Einheit zusammengefaßt und den Gemeindelasten gegenübergestellt waren. Die Trennung der Gemeindesteuern von den Kirchen- und Schulsteuern wiederum resultierte aus dem konfessionellen Charakter der Schulgemeinde, die ursprünglich nur die Anhänger des gemeinsamen Bekenntnisses umfaßte und mit der kirchlichen Parochie in der Regel zusammenfiel. Vgl. Kapitel D. II. 1.

⁴⁸¹ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1908, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2882 (Buchstabe B. XIII) und 2900-2904; Mitteilungen, 1908/1909, 2. Kammer, 172. Sitzung vom 19. Januar 1909, S. 5042; LLZ, 1909/1910, S. 727-732; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 118-121 und 134-135. Dieser Beschluß ging auf eine Initiative des nationalliberalen Abgeordneten Hettner zurück, nach dessen Auffassung das Prinzip der Konfessionsschule durchaus nicht die Existenz besonderer Schulgemeinden bedingte. Vielmehr sei durch ihre Gründung ein künstlicher Dualismus geschaffen worden, der den ganzen Verwaltungsapparat außerordentlich erschwert und vor allem die Rechte der politischen Gemeinden verkümmert habe. Vgl. Mitteilungen, 1907/1908, 2. Kammer, 85. Sitzung vom 23. März 1908, S. 2214-2215.

⁴⁸² Sie ließ erklären: „In Sachsen gibt es 3182 politische Gemeinden, von ihnen sind aber nur 722 solche, die ein eigenes Volksschulwesen unterhalten, bei denen sich also Schulbezirk und politischer Gemeindebezirk decken. Die übrigen 2460 sind zu 1199 Schulgemeinden vereinigt, sie sind gar nicht in der Lage, ein eigenes Schulwesen zu unterhalten. [...] Es ist nicht möglich, die politischen Gemeinden grundsätzlich zu Trägern der Schulunterhaltung zu machen. Eine solche Regel würde für drei Viertel der sächsischen Gemeinden als undurchführbar nur auf dem Papiere stehen. Grundsätzlich ist deshalb an den Schulgemeinden als Trägern der Schulunterhaltung festzuhalten. [...] Aber auch gegen die Durchbrechung dieses Grundsatzes durch Nachlassen ortsstatutarischer Abweichungen, [...], gehen der Staatsregierung schwerwiegende Bedenken bei. Es leuchtet von vornherein ein, daß eine statistische Beauftragung der politischen Gemeinde mit den Aufgaben der Volksschule überhaupt nur bei den obengenannten 722 Gemeinden in Frage kommen könnte, bei denen sich politischer und Schulgemeindebezirk decken. Die Verhältnisse liegen bei diesen 722 Gemeinden aber durchaus nicht gleich. 42 davon sind Städte mit Revidierter Städteordnung, [...], 688 dagegen sind Landgemeinden oder Städte mit Städteordnung für mittlere oder kleine Städte. In diesen 688 Gemeinden würde [...] eintreten, daß die Verwaltung der Volksschule in allen wesentlichen Stücken den Schulvorständen entnommen und dem Gemeinderate übertragen würde. Eine solche Verschiebung kann aber die Regierung weder für einen Fortschritt noch überhaupt für wünschenswert erachten. Der wesentliche Fortschritt, den das jetzige Volksschulgesetz vom Jahre 1873 gegenüber dem früheren Rechte machte, bestand gerade darin, daß die Schulangelegenheiten in den Landgemeinden nicht mehr von den politischen Gemeindevertretern allein erledigt werden sollten, sondern daß eine besondere Schulgemeindevvertretung geschaffen wurde, in der selbstverständlich auch politische Gemeindevertreter tätig waren, aber auch der Pfarrer und vor allem der Lehrer und der Schuldirektor eine vollgültige mit entscheidende Stimme haben sollten. Es würde demnach einen offenen Rückschritt bedeuten, wenn man diese Einrichtung wieder fallen lassen und damit auch den Einfluß der Lehrerschaft auf die Schulverwaltung wieder ausschalten wollte. [...] Bei den 42 Städten mit Revidierter Städteordnung ist es ein anderes Moment, das gegen die [...] Verschmelzung von Stadt- und Schulgemeinde spricht. Hier sind es konfessionelle Bedenken, die sich gegen eine solche Einrichtung erheben. In den größten Städten des Landes bestehen bekanntlich seit langen Jahren, zum Teil schon seit dem Elementarschulgesetz vom Jahre

sprach sich die Begründung zum Schulsteuergesetzentwurf vom 4. Januar 1912 für die Aufrechterhaltung der konfessionellen Schulgemeinden aus, da ihre Beseitigung nur auf Grundlage einer völlig veränderten Schulverfassung möglich sei.⁴⁸³ Diese Neuerung versagte indes der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912, indem er unter Verwendung der in Anmerkung 483 zitierten Argumente an der bisherigen Gestalt der Schulgemeinde festhielt.⁴⁸⁴ Sowohl Erste und Zweite Kammer folgten mehrheitlich der Regierungsvorlage.⁴⁸⁵ Mit dem Scheitern der Volksschulreform blieb es auch so beim alten Zustand.

Im Ergebnis der Novemberrevolution entfielen die Voraussetzungen für das Fortbestehen der Schulgemeinden. Die Verordnung vom 12. Dezember 1918 schloß alle Bewohner des Schulbezirkes ohne Unterschied der Religion zu einer Schulgemeinde zusammen.⁴⁸⁶ Damit war das konfessionelle Moment als Begründung zur Trennung der Schulgemeinde von der bürgerlichen Gemeinde entfallen. Daneben nötigte die Steuergesetzgebung⁴⁸⁷ zur Auflösung der Schulgemeinden. Denn mit dem Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz vom 12. August 1920⁴⁸⁸ entfiel deren Steuerrecht, wodurch sie auf die Überweisungen der bürgerlichen Gemeinden und der Bezirksverbände angewiesen waren.⁴⁸⁹ Damit bestand überall dort, wo

1835, neben den evangelischen Schulgemeinden auch selbständige Schulgemeinden der konfessionellen Minderheit. Wollte man [...] die Volksschulunterhaltung zur Aufgabe der politischen Gemeinde machen, so entsteht die ernste Frage, was aus den Schulgemeinden der Minderheit und ihren Schulvorständen werden soll. Diese Minderheitsgemeinden haben bisher ihre Schulangelegenheiten völlig selbständig geordnet, dafür aber auch ihren Bedarf für die Schule allein aufbringen müssen. Ihre Schulvorstände haben über die Zahl und Verwendung der Lehrkräfte, die Lehrergehälter, die Schulbauten, die Lehrmittel usw. allein Beschluß gefaßt. Man müßte sie also zu bloß begutachtenden, beratenden Organen herabdrücken. Das werden sie sich nicht gefallen lassen. Das wird unter Umständen zu einem schweren Kampfe insbesondere mit den katholischen Glaubensgenossen beziehentlich mit der katholischen Kirche führen. Auch werden, wenn die überwiegend evangelischen Stadträte und Stadtverordneten die hauptsächliche Entscheidung in den äußeren wie den inneren Verhältnissen der katholischen Schulen haben sollen, die konfessionellen Meinungsverschiedenheiten in die städtische Verwaltung hineingetragen, während bei der jetzigen reinlichen Scheidung der Schulgemeinden je nach der Konfession der Schule solche Differenzen überhaupt nicht entstehen können. Hierzu kommt noch ein anderes. Macht man die politischen Gemeinden zu Trägern des Volksschulwesens, so folgt aus dem [...] Grundsatz der konfessionellen Volksschule, daß die Voraussetzungen, unter denen Schulen des Minderheitsbekenntnisses zu errichten sind, im Gesetz festgelegt werden müßten. Denn die Entscheidung dieser Frage in das Ermessen der städtischen Kollegien oder der obersten Schulbehörde zu legen, würde geradezu unheilvoll wirken. Auch die anderen deutschen Bundesstaaten, in denen die politischen Gemeinden Träger der Volksschule ganz oder teilweise sind, haben sich der Pflicht nicht entziehen können, für bestimmte Schülerzahlen ein Recht der Minderheit auf eigene Lehrkräfte und Schulen anzuerkennen. Die Vorschriften des preußischen Schulunterhaltungsgesetzes vom Jahre 1906 setzen in kleineren Orten bei 60, in größeren Orten bei 120 katholischen Schulkindern die Pflicht der politischen Gemeinde fest, eine katholische Lehrkraft beziehentlich katholische Schule einzurichten. Wollte man die gleichen Zahlen im Königreiche Sachsen zugrunde legen, so würde sich die Pflicht ergeben, in 41 beziehentlich wenigstens in 12 überwiegend evangelischen Orten, also im wesentlichen auf Kosten der evangelischen Bevölkerung, neue katholische Schuleinrichtungen zu treffen. In allen Orten, wo Schulen beider Bekenntnisse vorhanden sind, würde außerdem nach dem preußischen Vorbilde auch der Schulvorstand paritätisch gestaltet, d. h. dem katholischen Pfarrer die Mitgliedschaft im Schulvorstand eingeräumt werden müssen. Die Staatsregierung fürchtet, daß diese kaum abzulehnenden Folgen in dem zu fast 94 % evangelisch-lutherischen Königreiche Sachsen eine sehr starke konfessionelle Beunruhigung hervorrufen würden. Endlich kommt in Betracht, daß gerade in den Städten mit Revidierter Städteordnung schon nach dem jetzigen Gesetz die Schulverwaltung der evangelischen Schulgemeinden in den Händen der städtischen Kollegien ruht, die Wahrung der politischen Gemeindeinteressen bei der Schulverwaltung also hinreichend gesichert scheint.“ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1908, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2900-2904. Siehe auch Mitteilungen, 1908/1909, 2. Kammer, 172. Sitzung vom 19. Januar 1909, S. 5008-5009.

⁴⁸³ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 743-746.

⁴⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 790 (§ 13) und 864-866.

⁴⁸⁵ Die außerordentliche bzw. Zwischendeputation der Zweiten Kammer war zunächst weiter für die Aufhebung der Schulgemeinden eingetreten, sah aber im Laufe der Beratungen davon ab, ihre Forderung länger aufrechtzuerhalten. Sie betrachtete diese Frage zunehmend nicht mehr als besonders entscheidend, zumal die etwaige Umgestaltung des Entwurfs seine Verabschiedung zu sehr verzögert haben würde. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1581-1587; Landtags-Akten, 1911/1912, 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 657-658 und 728-733.

⁴⁸⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 392-393, § 4; Ebd., 1919, S. 187, § 8. Wegen der Vereinigung der Schulgemeinden des Bekenntnisses der Minderheit mit den Schulgemeinden des Bekenntnisses der Mehrheit hatten sich die beiderseitigen Schulgemeindevertretungen auseinanderzusetzen. Die Verhandlungen leitete die Bezirksschulinspektion, sofern nicht die oberste Schulbehörde dafür besonderen Auftrag erteilt hatte. Die getroffenen Vereinbarungen waren der obersten Schulbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Kam eine Vereinbarung nicht zustande, so entschied auch diese Behörde. Für die vereinigten Schulgemeinden waren neue Schulvorstände (Schulausschüsse) zu bilden.

⁴⁸⁷ Siehe Kapitel D. V.

⁴⁸⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 311ff.

⁴⁸⁹ Um die Verteilung des Steueraufbringens zwischen Reich, Staat und Gemeinden nach dem Landessteuergesetz zu vereinfachen, hatte das Ministerium des Innern frühzeitig die Auflösung der Schulgemeinden und die Übertragung ihrer Rechte und Pflichten auf die bürgerlichen Gemeinden angeregt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13863, Bl. 18-26. Anlässlich der ersten Be-

der Gemeindebezirk und der Schulbezirk sich deckten, kein Grund für den Weiterbestand besonderer Schulgemeinden.⁴⁹⁰ Am 11. Mai 1921 ging daher dem Landtag der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schulgemeinden zu.⁴⁹¹ Zwischen den Parteien bestand in den Beratungen grundsätzliches Einvernehmen.⁴⁹² So wurden die Schulgemeinden zum 23. Juli 1921 gesetzlich aufgehoben.⁴⁹³ Die Verpflichtung zur Unterhaltung der Volksschulen ging – soweit sie nicht durch besonderes Gesetz vom Staate übernommen wurde – auf die bürgerlichen Gemeinden und die selbständigen Gutsbezirke über.⁴⁹⁴ Zu diesem Zweck bildeten die Gemeinden entweder eigene Schulbezirke (einfache Schulbezirke) oder sie waren mit anderen Gemeinden, Gemeindeteilen oder selbständigen Gutsbezirken zu einem Schulbezirk verbunden (zusammengesetzte Schulbezirke). Der einfache Schulbezirk war nun mit der bürgerlichen Gemeinde identisch. Die zusammengesetzten Schulbezirke waren eine Form der Gemeindeverbände und als solche Körperschaften des öffentlichen Rechts.⁴⁹⁵ Das Vermögen der bisherigen Schulgemeinden ging mit allen Rechten und Verbindlichkeiten als Ganzes auf die Schulbezirke über.⁴⁹⁶ Um die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen oder besser erfüllen zu können, konnten sich die Schulbezirke zu Schulverbänden vereinigen. Aus diesem Grund konnte auch die oberste Schulbehörde eine Vereinigung mehrerer Schulbezirke zu einem Schulverband vornehmen.⁴⁹⁷

ratung des Vollzugsgesetzes erklärte hierzu Finanzminister Dr. Peter Reinhold (DDP): „Die Regierung würde es an und für sich begrüßt haben, wenn es möglich gewesen wäre, bereits jetzt die Trennung zwischen politischer und Schulgemeinde zu beseitigen und die Selbständigkeit der Schulgemeinden aufzuheben. Um indes die Gesetzesvorlage, die mit möglichster Beschleunigung verabschiedet werden muß, nicht noch weiter mit dieser Frage zu belasten, war einstweilen von dem selbständigen Weiterbestehen der Schulgemeinden auszugehen“. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 141. Sitzung vom 20. Juli 1920, S. 4457.

⁴⁹⁰ So waren es vor allem die bürgerlichen Gemeinden, die aus Gründen der Geschäftsvereinfachung ein Interesse an der Auflösung der Schulgemeinden hatten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13879, Bl. 409-411.

⁴⁹¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 689; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 48 (vom 10. Mai 1921). Nach der Begründung der Vorlage verlange der Umstand, daß die Schulverwaltung eigenartige Aufgaben stelle, die eine besondere Sachkenntnis erfordere, nicht den Fortbestand besonderer Schulgemeinden. So liege deren Beseitigung nicht nur im Interesse der bürgerlichen Gemeinden, sondern das Schulwesen selbst würde benachteiligt werden, wenn der gegenwärtige Zustand Dauer gewänne, bei dem die Verwaltung der Volksschule zwar keine Aufgabe der bürgerlichen Gemeinde sei, aber von deren Einnahmen zehren müsse. So sehr auch erwartet werden könne, daß es die bürgerlichen Gemeinden an Fürsorge für das Schulwesen nicht fehlen lassen würden, stünde doch zu erwarten, daß die örtlich zu regelnden Bedürfnisse der Schule vielfach hinter den eigenen Aufgaben der Gemeinde zurückstehen müßten, wenn die bürgerliche Gemeinde auf die Beteiligung an der Kostenaufbringung beschränkt bliebe. Sie würde diese Belastung viel leichter tragen, wenn die Unterhaltung der Volksschule eine Gemeindeaufgabe wäre, und das sei auch dann der Fall, wenn die einzelne Gemeinde zu diesem Zweck mit anderen Gemeinden oder Gutsbezirken verbunden wäre. Vgl. Ebd., S. 9-10.

⁴⁹² Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 53. Sitzung vom 31. Mai 1921, S. 1679-1685; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 329 (vom 23. Juni 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 69. Sitzung vom 30. Juni 1921, S. 2055-2066; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 153 (vom 30. Juni 1921).

⁴⁹³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 231ff. (= Dokument 37) und Ausführungsverordnung hierzu vom 20. August 1921 (GBl. S. 298ff.) (= Dokument 38) sowie Verordnung vom 26. September 1921 (VBl. S. 138ff.); Sächsische Gemeindezeitung, 1920, Sp. 425-430; SSZ, 1920, S. 543-544 und 556-557; SSZ, 1921, S. 298-300; SSZ, 1922, S. 476-478; LLZ, 1921, S. 341-342, 373-375; LLZ, 1922, S. 471-475.

⁴⁹⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 231, § 1.

⁴⁹⁵ Vgl. Ebd., S. 235, § 15; Huhle, Willy: Die sächsischen Gemeindeverbände, S. 120-128.

⁴⁹⁶ Sämtliche Vermögensbestände mit ihren Erträgen waren den Zwecken der Schule zu erhalten; die Kassen- und Rechnungsführung über das Schulwesen waren von der übrigen Rechnungsführung der Gemeinde getrennt zu halten. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 231-232, § 3. Zur Praxis der Vermögensverwaltung siehe SächsHStAD, 10693, Nr. 3264; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 361 (vom 13. März 1931); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1973-1974; Ebd., 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2020.

⁴⁹⁷ Der Zweck eines Schulverbandes konnte sein die gemeinschaftliche Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungs-/Berufsschulen, Hilfsschulen und höheren Abteilungen der allgemeinen Volksschule; von besonderen Einrichtungen für einzelne Lehr- und Übungsgebiete (z. B. Koch- und Haushaltungsunterricht); sowie die gemeinschaftliche Anstellung von Fortbildungs-/Berufsschullehrern, Nadelarbeits-, Koch- und Haushaltungslehrerinnen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 176-177 (§ 8) und 188 (§ 13); Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 235-236, § 19; Ebd., 1925, S. 161-162, §§ 160-169; Ebd., 1926, S. 160-161, § 19; SSZ, 1922, S. 678-680. Ein Verzeichnis der Schulverbände bietet die Verordnung vom 14. November 1921 (VBl. S. 175ff.) mit 23 Nachträgen vom 1. April 1922 (VBl. S. 59ff.), 9. Oktober 1922 (VBl. S. 153ff.), 11. April 1923 (VBl. S. 79ff.), 10. Oktober 1923 (VBl. S. 186ff.), 8. April 1924 (VBl. S. 53ff.), 17. Oktober 1924 (VBl. S. 97ff.), 15. April 1925 (VBl. S. 31ff.), 5. Oktober 1925 (VBl. S. 76f.), 10. April 1926 (VBl. S. 28f.), 11. Oktober 1926 (VBl. S. 72ff.), 9. Mai 1927 (VBl. S. 49ff.), 26. September 1927 (VBl. S. 86f.), 11. Mai 1928 (VBl. S. 45ff.), 25. Oktober 1928 (VBl. S. 83f.), 24. April 1929 (VBl. S. 35f.), 24. Oktober 1929 (VBl. S. 73ff.), 26. April 1930 (VBl. S. 34f.), 18. Oktober 1930 (VBl. S. 96ff.), 23. April

2. Der Schulvorstand

Nachdem das Elementarvolksschulgesetz vom 6. Juni 1835 die politische Gemeindeverwaltung zur Beschlußfassung über die Schulgemeindeangelegenheiten ermächtigt hatte⁴⁹⁸, wurden wegen Erlaß der Landgemeindeordnung vom 7. November 1838 entstandene Unklarheiten durch die Verordnung über die Mitwirkung der Gemeinden bei der Verwaltung der Schulangelegenheiten vom 5. August 1841 erhellet⁴⁹⁹. Weitere Erläuterungen und Ergänzungen enthielt das Gesetz über die Vertretung der Schulgemeinden vom 14. September 1843.⁵⁰⁰ Mit dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 wurden die Pflichten und Rechte der Schulgemeinden bezüglich der Verwaltung des Volksschulwesens auf den für jeden Schulbezirk zu bestellenden Schulvorstand übertragen.⁵⁰¹ Infolge der Trennung von Staat und Kirche durfte durch Verordnung vom 11. Dezember 1918 der Pfarrer als solcher nicht mehr dem Schulvorstand angehören.⁵⁰² Die Zusammensetzung der Schulvorstände wurde durch das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22.

1931 (VBl. S. 34f.), 30. Oktober 1931 (VBl. S. 84f.), 30. April 1932 (VBl. S. 33f.), 21. Oktober 1932 (VBl. S. 64f.) und 28. April 1933 (VBl. S. 27f.).

⁴⁹⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 296-297 (§§ 70-79) und 342-345 (§§ 150-159); Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 127.

⁴⁹⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1841, S. 88ff.

⁵⁰⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13166; Gesetz- und Verordnungsblatt, 1843, S. 125ff. und Ausführungsverordnung hierzu vom 17. September 1843 (GVBl. S. 129ff.).

⁵⁰¹ Der Schulvorstand bestand auf dem Lande und in Städten ohne die Revidierte Städteordnung aus einer durch Ortsstatut festzustellenden und von den bürgerlichen Gemeindevertretern auf die Dauer von drei Jahren zu wählenden Anzahl von Mitgliedern der bürgerlichen Gemeinde bzw. – sofern dem Schulbezirk mehrere Gemeinden angehörten – aus jeweils einem Vertreter der Mitgliedsgemeinden; ferner aus dem Lehrer, und in Schulbezirken, welche mehrere Schulen umfaßten, aus einer durch die Lokalschulordnung zu bestimmenden Anzahl von Lehrern bzw. Schuldirektoren; aus dem Pfarrer der Parochie, in welcher der Schulort lag; sowie in dem Fall, daß der Pfarrer nicht die Schulaufsicht führte, aus dem von der obersten Schulbehörde bestellten Ortsschulinspektor. In Städten, in welchen die Revidierte Städteordnung eingeführt war, wurde der Schulvorstand nach Art eines gemischten Ausschusses zusammengesetzt und nahm dem Stadtrat gegenüber die Stellung und den Wirkungskreis eines solchen ein; er führte den Namen Schulausschuß. – Aus seiner Mitte wählte der Schulvorstand auf höchstens drei Jahre den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter sowie einen Protokollführer. Der Vorsitzende berief und leitete die Versammlungen des Schulvorstandes, verwahrte die Akten, sorgte für die Ausführung der Beschlüsse und vermittelte die Geschäftsverbindungen mit der Schulinspektion und anderen Behörden. Er führte das Siegel des Schulvorstandes oder Schulausschusses und vertrat denselben in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten. Er war berechtigt, die Ausführung von Beschlüssen, welche nach seiner Ansicht dem Gesetz zuwiderliefen oder das Interesse der Schule wesentlich gefährdeten, zu beanstanden; hatte aber solchenfalls sofort der Schulinspektion Anzeige zu erstatten. – Der Wirkungskreis des Schulvorstandes umfaßte die Ausführung der Schulgesetze und Anordnungen der höheren Schulbehörden, insoweit solche die Schulgemeinden betrafen; die Beschaffung der nötigen Schulräume, Schuleinrichtungen und Lehrerwohnungen, sowie die Aufsicht über die Schulgebäude nebst den dazu gehörigen Grundstücken und über deren Gebrauch; die Wahl und Einführung der nötigen Lehrmittel und Lehrbücher unter Genehmigung des Bezirksschulinspektors; die Verwaltung des Vermögens der Schulgemeinde und der der Schule gewidmeten Stiftungen; die Aufstellung der jährlichen Voranschläge über die Erfordernisse der Schulen; die Beschlußfassung über die Art der Beschaffung dieser Erfordernisse, die Sorge für die Erhebung der Gelder und die Ablegung der Schulkassenrechnungen; die Ausübung der Rechte, welche der Schulgemeinde bezüglich der Besetzung erledigter Lehrerstellen zustanden; die Unterstützung der Lehrer bei der Ausübung ihres Berufs, insbesondere in der Handhabung der Disziplin und der Abstellung von Schulversäumnissen; die Beaufsichtigung des Verhaltens und der Leistungen der Lehrer im Amte, mit dem Recht, denselben wegen Pflichtvernachlässigung Zurechtweisungen zu erteilen; die Aufsicht über Kindergärten, Kinderbewahranstalten, Arbeitsschulen und dergleichen mehr, sofern diese Einrichtungen ganz oder teilweise aus den Mitteln der Gemeinden gegründet und unterhalten wurden; die Abgabe von Erklärungen namens der Schulgemeinde gegenüber der bürgerlichen Gemeinde und den vorgesetzten Behörden, sowie die rechtliche Vertretung der Schulgemeinde in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten. Die Schulvorsteher hatten ihr Amt unentgeltlich zu führen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 365-369, §§ 24-27 und 31; Ebd., 1874, S. 190-192 und 194, §§ 51-55 und 59; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 99-116 und 125; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 116-127 und 134-135; LLZ, 1909/1910, S. 748-751 und 766-769; LLZ, 1918, S. 278-279 und 294-296. Der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 hatte demgegenüber eine modifizierte Zusammensetzung sowie eine Erweiterung der Befugnisse des Schulvorstandes vorgesehen. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 805-812 (§§ 48-62) und 866-870; Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1667-1684; Ebd., 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 690-699 und 786-809.

⁵⁰² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 389, § 1. Zur geistlichen Schulaufsicht siehe Kapitel D. VI. 1.

Juli 1919 verändert.⁵⁰³ Innerhalb von drei Monaten nach der Verkündung des Gesetzes waren die Umbildungen entsprechend vorzunehmen.⁵⁰⁴

Mit dem Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden wurde zum 23. Juli 1921 die Unterhaltung, Pflege und Verwaltung der Volks- und Fortbildungsschulen – wie schon vor 1873 – in einfachen Schulbezirken der bürgerlichen Gemeindevertretung, in zusammengesetzten Schulbezirken dem Schulbezirksvorstand übertragen.⁵⁰⁵ Ferner hatte in jedem Schulbezirk ein gemischter Ausschuß mitzuwirken, der den Namen Schulausschuß trug und der bürgerlichen Gemeindevertretung bzw. dem Schulbezirksvorstand untergeordnet war.⁵⁰⁶

⁵⁰³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 181 (§ 15 Absatz 1) und 183 (§ 15 Absatz 16) (= Dokument 20); Verordnungsblatt, 1920, S. 32-33 und 37.

⁵⁰⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 185, § 18 Absatz 2 Satz 8; Verordnungsblatt, 1919, S. 176; Ebd., S. 180; Ebd., S. 178-179; Ebd., 1920, S. 32-33. Durch Verordnung vom 25. Februar 1919 (VBl. S. 45) waren bereits einmal Neuwahlen – parallel zu denen der politischen Körperschaften – durchgeführt worden. Zur Praxis der Wahlen zu den Schulvorständen und den dabei etwa entstandenen Unklarheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen im Zeitraum von 1874 bis 1934 siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13385-13397.

⁵⁰⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 233, § 10 Absatz 1. In den Schulbezirksvorstand hatte jede Gemeinde wenigstens einen Vertreter zu entsenden; das Nähere war durch die Ortsschulordnung zu bestimmen. Den Vorsitz führte in der Regel der Bürgermeister oder Gemeindevorstand bzw. ab 1926 ein Gemeinderatsmitglied des Schulortes oder, wenn der Schulort eine Stadt mit Revidierter Städteordnung war, ein vom Stadtrat ernanntes Ratsmitglied. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 235, § 16; Ebd., 1926, S. 160, § 16. – Der bürgerlichen Gemeindevertretung als auch dem Schulbezirksvorstand oblagen in ihrem Schulbezirk insbesondere die Beschlußfassung über den Schulhaushaltplan und die Bewilligung außerordentlicher Mittel zur Errichtung und Unterhaltung der Schulen und nach Befinden der Lehrerwohnungen sowie zur Beschaffung und Unterhaltung der Schuleinrichtungen; die Aufsicht über die Schulgebäude und Schulgrundstücke; die Errichtung und Unterhaltung von Kindergärten in Verbindung mit den Schulen, soweit dafür ein Bedürfnis vorlag; die Verwaltung des Schulvermögens und der Stiftungen für Schulzwecke, soweit nicht darüber besondere Bestimmungen getroffen waren; die Beschlußfassung über die Ortsschulordnung und über sonstige Schulortsgesetze; die Richtigsprechung der Schulkassenrechnung; die rechtliche Vertretung des Schulbezirks und die Abgabe von Erklärungen für diesen in allen Schulangelegenheiten. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 233, § 10 Absatz 2.

⁵⁰⁶ Der Schulausschuß setzte sich zusammen aus einer nach dem Umfange des Schulbezirks zu bemessenden und durch die Ortsschulordnung festzusetzenden Zahl von Mitgliedern der bürgerlichen Gemeindevertretung; dem Schulleiter und in Schulbezirken mit mehreren Schulen nach Bestimmung der Ortsschulordnung einem oder mehreren Schulleitern; Vertretern der Elternschaft des Schulbezirks und der Lehrerschaft; sowie dem Schularzt, bei mehreren Schulärzten einem nach Vorschrift der Ortsschulordnung zu bestimmenden Schularzt. Die Vertreter der Lehrer einschließlich der Schulleiter und die Vertreter der Eltern mußten zahlenmäßig einander und zusammen den Mitgliedern der bürgerlichen Gemeindevertretung gleichkommen. Die bürgerliche Gemeindevertretung wählte ihre Vertreter und die Vertreter der Elternschaft nach den für diese Körperschaft geltenden Vorschriften auf die Dauer von drei Jahren. Den Vorsitzenden des Schulausschusses und dessen Vertreter wählte der Schulausschuß; in Städten mit der Revidierten Städteordnung stand diese Wahl dem Stadtrat zu. In zusammengesetzten Schulbezirken hatte die Ortsschulordnung zu bestimmen, wieviel Vertreter der bürgerlichen Gemeindevertretung und der Elternschaft jede zum Schulbezirk gehörige Gemeinde in den Schulausschuß zu entsenden hatte. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 233-235, §§ 11 und 17; Verordnungsblatt, 1922, S. 22; Ebd., S. 108-109. Wegen des Begriffs „Vertreter der Elternschaft im Schulbezirke“ richtete der Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens am 12. Februar 1930 eine Eingabe an den Sächsischen Landtag, der diese der Regierung zur Kenntnisnahme überwies. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2419; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 357 (vom 12. Februar 1930), S. 1, Ziffer 6; Ebd., Beschlüsse, Nr. 72 (vom 27. Februar 1930), Ziffer 6. Zur Vereinfachung der Verwaltung war mehrfach (vergeblich) die Herabsetzung der Mitgliederzahlen der Schulausschüsse angeregt worden. Vgl. Verordnungsblatt, 1929, S. 11 (= Dokument 200). – Die Aufgabe des Schulausschusses war es, darauf hinzuwirken, daß die Einrichtungen der Schule den gesetzlichen Anforderungen entsprachen und daß die zur gedeihlichen Entwicklung der Schule erforderlichen Maßnahmen getroffen wurden. Angelegenheiten der Schulverwaltung und der Schulpflege, die der Ausschuß nicht selbständig zu erledigen hatte, waren ihm vor der Entschließung der bürgerlichen Gemeindevertretung oder des Schulbezirksvorstandes zur Vorberatung zu überweisen. Zu seinem Wirkungskreis gehörte unbeschadet der Befugnisse der bürgerlichen Gemeindevertretung oder des Schulbezirksvorstandes und unbeschadet des Selbstverwaltungsrechtes der Schule insbesondere die Sorge für die Unterhaltung, pflegliche Benutzung und sonstige Verwaltung der Schulgrundstücke und der dazu gehörigen Einrichtungen; die Beschaffung der für die Bedürfnisse des Schulbetriebes erforderlichen Einrichtungen und Gegenstände, soweit dafür Mittel im Haushaltplan bereitgestellt oder besonders bewilligt waren; die Vorbereitung des Haushaltplanes für die Erfordernisse der Schule; die Vorberatung der Ortsschulordnung und sonstiger Schulortsgesetze; die Unterstützung der Lehrer bei Ausübung ihres Berufs, namentlich bei der Handhabung der Schulzucht und bei Abstellung von Schulversäumnissen; die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen der Schule; die Förderung der Jugendwohlfahrt, auch für das vor- und nachschulspflichtige Alter, insbesondere die Mitwirkung bei der Pflege und Verwaltung von Kindergärten, die mit Schulen verbunden waren; die Mitwirkung bei Errichtung und Besetzung von Lehrerstellen nach Maßgabe der Gesetzgebung; und die Wahl der Schulleiter. Die Ortsschulordnung konnte dem Schulausschuß die selbständige Erledigung weiterer Angelegenheiten übertragen. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 234, § 12.

Als die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923 die Verfassung und die Aufgaben der bürgerlichen Gemeinden reformierte⁵⁰⁷, war die Schulgesetzgebung davon in äußerlicher Weise nur dort berührt, wo sie bei Ordnung der Schulbehörden auf die Gemeindeverfassung Bezug nahm⁵⁰⁸. Eine tiefgreifende sachliche Anpassung an die Vorschriften der Gemeindeordnung erforderte dagegen das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden vom 11. Juli 1921, da es die Verfassung und den Wirkungskreis der Schulbezirke in Anlehnung an die Gemeindeverwaltung geregelt und vielfach auf die bisherigen Gemeindeordnungen Bezug genommen hatte. Zu diesem Zweck wurde im Landtag am 4. März 1924 der Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Schulgesetzgebung an die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen eingebracht.⁵⁰⁹ Da die Vorlage nicht mehr bis zum Inkrafttreten der Gemeindeordnung am 1. April 1924 verabschiedet werden konnte, erging als Übergangsregelung zunächst die Verordnung vom 25. März 1924.⁵¹⁰ Durch das Anpassungsschulgesetz vom 17. Juni 1926 wurden die notwendigen Änderungen herbeigeführt⁵¹¹ sowie das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden in neuer Fassung als Schulbezirksgesetz vom 17. Juni 1926 veröffentlicht⁵¹².

Weitere Veränderungen ergaben sich durch die Vereinfachungsverordnung vom 20. März 1930⁵¹³, die Verordnung über die Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 15. Juli 1931⁵¹⁴ und – auf Grund der Sparverordnung vom 21. September 1931 – die Verordnungen vom 10. März 1932 zur Vereinheitlichung der Schulverwaltung⁵¹⁵ sowie zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Schulbezirksgesetz⁵¹⁶.

Nach der NS-„Machtergreifung“ blieben mit Verordnung vom 17. März 1933 die Wahlen der Lehrer und Schulleiter zu den Schulausschüssen bis auf weiteres aufgeschoben⁵¹⁷, und die Schulbezirks- und Schulverbandsvertretungen waren gemäß Gesetz vom 22. Mai 1933 umzubilden⁵¹⁸. Das Schulbeirätegesetz vom 10. August 1935 regelte schließlich die Verwaltung der Volks- und Berufsschulen neu.⁵¹⁹

⁵⁰⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 373ff. und Novelle hierzu vom 15. Juni 1925 (GVBl. S. 136ff.). Abdruck der Novelle in Streit, Arnold (Hrsg.): Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen; Graff, Albert (Hrsg.): Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. – Zur Entstehung der Gemeindeordnung(en) siehe Belling, Dirk: Die Entwicklung der polizeilichen Aufgaben, S. 100-105; Blaschke, Karlheinz: Sachsen und Thüringen, S. 594-596; Groß, Rainer: Zur Ausarbeitung der Gemeindeordnung, S. 347-372; Ulbricht, Gunda: Die exemten Mittelstädte Sachsens, S. 29ff. und 113ff.; Dies.: Die Selbstverwaltungsgarantie, S. 300-301; Fischer, Thomas: Max Heldt, S. 202-204; Landesarbeitsausschuß der SPD (Hrsg.): Der Abbau der freien Gemeindeverfassung Sachsens.

⁵⁰⁸ Vgl. SSZ, 1922, S. 354-356.

⁵⁰⁹ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 121 (vom 3. März 1924).

⁵¹⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 43 und 58 (= Dokument 172); LLZ, 1924, S. 243-244.

⁵¹¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 153ff. und 332 (= Dokument 64); Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 98-99. Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 16124, Bl. 167ff.; Ebd., 10693, Nr. 1540; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2650; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 833 (vom 27. Mai 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3539; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1924 (vom 30. Juni 1926); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 192. Sitzung vom 7. Juli 1926, S. 6785-6787; Ebd., 193. Sitzung vom 8. Juli 1926, S. 6791-6793; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 696 (vom 8. Juli 1926); SSZ, 1926, S. 438-439; LLZ, 1926, S. 487-489.

⁵¹² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 156ff. und 332 [sowie GBl. 1927, S. 47] (= Dokument 65) und Ausführungsverordnung hierzu vom 9. Dezember 1926 (GBl. S. 423ff.) (= Dokument 67). Abdruck in Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 26-51; Laube, Horst und Karl Seyfert (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht, S. 186-237; LLZ, 1926, S. 831-832; LLZ, 1927, S. 32-34; SSZ, 1927, S. 210-213.

⁵¹³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1930, S. 11-13 (= Dokument 207); LLZ, 1930, S. 353-354 und 445-446.

⁵¹⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 115 (= Dokument 221) und Ergänzungsverordnung hierzu vom 29. Juli 1931 (GBl. S. 127).

⁵¹⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1932, S. 25 (= Dokument 242).

⁵¹⁶ Vgl. Ebd., S. 25f. (= Dokument 80).

⁵¹⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 16, Nr. 20.

⁵¹⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1933, S. 72 (= Dokument 81).

⁵¹⁹ Vgl. Ebd., 1935, S. 89ff. (= Dokument 86) und Ausführungsverordnung hierzu vom 10. Oktober 1935 (GBl. S. 111f.) (= Dokument 87).

V. Die Finanzierung der Volksschule

1. Das Verhältnis von Reich und Ländern auf dem Gebiet der Schulfinanzierung

Während sich das Deutsche Reich von 1871 aus den Zöllen, den großen Verbrauchsteuern sowie aus den Matrikularbeiträgen der Länder finanzieren mußte, waren alle direkten Steuern den Bundesstaaten vorbehalten. Eine umfassende Neuregelung des gesamten Systems der Steuern und der Steuerverwaltung von Reich, Länder und Gemeinden wurde nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommen. Die wichtigste Grundlage dieser Reichsfinanzreform bildeten die einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung (u. a. Artikel 8, 11 und 87), die Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919⁵²⁰ sowie das Landessteuergesetz vom 30. März 1920⁵²¹, dessen erste Novelle als Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz) am 23. Juni 1920⁵²² veröffentlicht wurde. Mit diesen Gesetzen beendete das Reich die Finanzsouveränität der Länder und zog die Steuerquellen in weitestem Umfang an sich.⁵²³

Nachdem die „fiskalische Prärogative“⁵²⁴ dem Reich zugefallen war, mußte über eine neue Aufgabenteilung in der Bildungsfinanzierung nachgedacht werden. Aus dem Artikel 143 RV, wonach Reich, Länder und Gemeinden bei der Errichtung von öffentlichen Schulen zusammenwirkten, war eine Verpflichtung des Reiches abgeleitet worden, sich an der Unterhaltung der öffentlichen Schulen zu beteiligen.⁵²⁵ Dieser etwaigen Zuständigkeit entzog sich das Reich mittels der Dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924.⁵²⁶ Diese überließ das Schul- und Bildungswesen zu selbständiger Regelung den Ländern, die darüber bestimmten, inwieweit sie die Gemeinden und Gemeindeverbände an der Erfüllung der einzelnen Aufgaben beteiligten.⁵²⁷ Damit war nicht ausgesprochen, daß das Reich sein Recht zur Grundsatzgesetzgebung aufgegeben hatte, zumindest aber war die angebahnte Einheitlichkeit des deutschen Kulturwesens in Frage gestellt.⁵²⁸ In der Folge verblieb es bei der Regelung der Schulunterhaltung, wie sie in den einzelnen Ländern getroffen war.⁵²⁹

⁵²⁰ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1993ff.

⁵²¹ Vgl. Ebd., 1920, S. 402ff.

⁵²² Vgl. Ebd., S. 494ff. Das Finanzausgleichsgesetz wurde im Laufe der Jahre immer wieder den aktuellen Erfordernissen entsprechend novelliert.

⁵²³ Vgl. Becker, Reinhard: Der Reich-Länder-Finanzausgleich; Heindl, Wolfgang: Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden; Gerloff, Wilhelm: Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Deutschlands, S. 1-69; Hettlage, Karl M.: Die Finanzverwaltung, S. 177-201; Hornschu, Hans-Erich: Die Entwicklung des Finanzausgleichs im Deutschen Reich, S. 5-26; Meisel, Franz: Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft, S. 245-290; Popitz, Johannes: Der Finanzausgleich, S. 338-375; Ders.: Die Finanzpolitik seit 1918-1928, S. 179-202; Ders.: Reich, Länder und Gemeinden, S. 1081-1091; Ders.: Die staatsrechtlichen Grundlagen des öffentlichen Finanzwesens, S. 176-206; Röhr, Paul: Die Entwicklung des Finanzsystems, S. 18-37; Statistisches Reichsamt: Der Finanzausgleich im Deutschen Reich, Teil I, S. 36-49; Voigt, Rüdiger: Die Auswirkungen des Finanzausgleichs, S. 81-102.

⁵²⁴ Wirsching, Andreas: Zwischen Leistungsexpansion und Finanzkrise, S. 46.

⁵²⁵ Einstweilen gewährte das Reich bescheidene Mittel zu Erziehungsbeihilfen. Vgl. Sachse, Arnold: Schulunterhaltung, S. 25.

⁵²⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1924, Teil 1, S. 74ff. Zum Vollzug der Dritten Steuernotverordnung erließ die sächsische Regierung die Notverordnungen vom 28. März und 2. April 1924 (GBl. S. 209ff. und 221ff.), die nachträglich die Billigung des Landtages fanden. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 128 (vom 2. Mai 1924), S. 2-17 (Anlage 1) und 30-53 (Anlage 2); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 8. Mai 1924, S. 2679; Ebd., 93. Sitzung vom 15. Mai 1924, S. 2753-2771; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 843 (vom 27. Mai 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 97. Sitzung vom 5. Juni 1924, S. 2934-2938; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 360 (vom 6. Juni 1924); Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 941 (vom 3. Juli 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 103. Sitzung vom 10. Juli 1924, S. 3208; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 385 (vom 10. Juli 1924).

⁵²⁷ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1924, Teil 1, S. 84, § 42.

⁵²⁸ Vgl. LLZ, 1924, S. 294-296.

⁵²⁹ Zu den Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern um die Finanzierung des Schulwesens siehe Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 85-98.

2. Von der Gemeindeschule zur Staatsschule

Nachdem das Elementarvolksschulgesetz vom 6. Juni 1835 die Schulgemeinden zu den Trägern der persönlichen und sächlichen Volksschullasten gemacht hatte⁵³⁰, konnten zur Deckung derselben die Mitglieder der Schulgemeinde durch das Parochiallastengesetz vom 8. März 1838 mit Steuern und Abgaben belegt werden.⁵³¹ Auch das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 hielt am „Kommunalprinzip“⁵³² fest und verpflichtete die Schulgemeinden, die erforderlichen Mittel zur Erfüllung der ihnen obliegenden Leistungsverbindlichkeiten sämtlich aufzubringen.⁵³³ Wenn die zur Deckung ihrer Ausgaben verfügbaren Mittel nicht ausreichten, wurden den Schulgemeinden staatliche Beihilfen gewährt.⁵³⁴ Änderungen in dieser Las-

⁵³⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 284-288 (§§ 29-42) und 323-327 (§§ 95-111). Unter Schullasten verstehen wir – vom Standpunkt der Deckung aufgefaßt – den Schulbedarf bzw. die persönlichen und sächlichen Kosten der Schule. Im Untersuchungszeitraum gehörten zum *persönlichen* Schulbedarf alle Ausgaben, die für Lehrkräfte zur Durchführung des staatlich festgestellten Unterrichtsplanes gemacht werden mußten. Er umfaßte die Gehälter, Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Wartegelder; den Wohnungsgeldzuschuß bzw. den Entgelt für die gewährte Dienstwohnung; die Umzugs- und Reisekosten; die Vergütungen für die nicht planmäßig sowie für die nebenamtlich beschäftigten Lehrkräfte; die Notstandsbeihilfen und sonstigen Unterstützungen; sowie die Stellvertretungskosten. Zum *sächlichen* Schulbedarf wurden gerechnet der Bedarf für die Herstellung der Schulbauten, also die Schulbaulast (Grunderwerb, konstruktive Teile, innere Einrichtung und Ausstattung, Lehrmittel), sowie der Bedarf für die laufende Benutzung der Schulbauten (Ausgaben für Reinigung, Heizung und Beleuchtung; zuweilen die Kosten für die örtliche Verwaltung, den Schularzt und den Schulwärter). Was den Bedarf der Schule ausmachte, wurde gesetzlich aber nicht explizit festgestellt; vielmehr waren Bestimmungen getroffen worden, wer welche Kosten zu decken hatte. Vgl. Sachse, Arnold: Schulunterhaltung, S. 33-34 und 37-38.

⁵³¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1838, S. 266ff.; Simon, Chr. August: Quellenschriften zur Geschichte der Volksschule, S. 180-183; Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 146-148. Die Ausführungsverordnung für die Oberlausitz vom 12. Juli 1842 (GVBl. S. 88f.) wurde teilweise durch Verordnung vom 12. März 1872 (GVBl. S. 34) aufgehoben. Das Parochiallastengesetz wurde nach einer Reihe von Modifikationen (GVBl. 1843, S. 18ff.; Ebd., 1855, S. 659ff.; Ebd., 1877, S. 228; Ebd., 1887, S. 72) sowie einem Reformversuch 1907/1908 abgelöst durch das Schulsteuergesetz vom 11. Juli 1913 (GVBl. S. 250ff.; LLZ, 1912/1913, S. 1513-1515) nebst Ausführungsverordnungen vom 1. bzw. 2. Oktober 1913 (GVBl. S. 405ff.; SächsHStAD, 11125, Nr. 13837, Bl. 6ff.) und 21. Februar 1924 (GBl. S. 197f.) sowie Abänderungsgesetz vom 31. Mai 1918 (GVBl. S. 183ff.), das wegen der Kriegsverhältnisse und aufgrund eines Abänderungsgesetzes vom 3. Dezember 1914 (GVBl. S. 491f.) erst am 1. Januar 1916 in Kraft getreten war und mit Wirkung vom 1. April 1920 (GBl. 1921, S. 336, § 7 Absatz 1 c) aufgehoben wurde. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 (d. h. bis Inkrafttreten des Steuervollzugsgesetzes vom 12. August 1920) galten die Bestimmungen des Abänderungsgesetzes vom 23. Februar 1920 (GBl. S. 40ff.). Zum Reformversuch 1907/1908 siehe: Mitteilungen, 1903/1904, 1. Kammer, 43. Sitzung vom 21. April 1904, S. 475-476; Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3/1, Nr. 23 (vom 17. Oktober 1907); Mitteilungen, 1907/1908, 2. Kammer, 62. Sitzung vom 13. Februar 1908, S. 1522-1566.

⁵³² Fügner: Willy: Die öffentlichen Ausgaben für Schul- und Hochschulzwecke, S. 37.

⁵³³ Für diesen Zweck hatten sie eine Schulkasse zu führen, aus welcher zu bestreiten waren: die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen sowie den Aufwand, der aus Anlaß ihrer Anstellung entstanden war; den Aufwand für etwaige Stellvertretungen, die ohne Schuld des Lehrers erforderlich waren; die Kosten für Errichtung der Schulgebäude, für Unterhaltung derselben und der dazu gehörigen Grundstücke, sowie die von denselben zu entrichtenden Abgaben; den Bedarf zur Herstellung und Unterhaltung des Schulinventars und des Lehrapparats; den zur Heizung, Beleuchtung und Reinhaltung der Schulräume erforderlichen Aufwand; sowie den bei Verwaltung der Schulangelegenheiten und der Schulkasse entstandenen Geschäfts- und Nebenaufwand. An Einnahmen flossen in die Schulkasse: das Schulgeld; das Einkommen aus Stiftungen und Fonds sowie die der Schule überwiesenen Zuschüsse aus anderen Fonds; die für die Schule einzufordernden Abgaben bei Käufen und anderen Besitzveränderungen; die gegen Schüler resp. Eltern verhängten Strafgelder; die von allen Mitgliedern der Schulgemeinde und dem ganzen im Schulbezirk befindlichen unbeweglichen Eigentum verhältnismäßig aufzubringenden Schulanlagen; sowie die aus der Staatskasse etwa erhaltenen Zuschüsse. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 355, § 10.

⁵³⁴ In den Landtagsverhandlungen 1872 hatte die Zweite Kammer den Beschluß gefaßt, die Regierung zu verpflichten, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die Grundsätze für Gewährung von Staatszuschüssen festzustellen seien. Den hiergegen vom Minister erhobenen Einwänden folgte die Erste Kammer, so daß eine gesetzliche Regelung dieser Materie zunächst ausblieb und alle Entscheidungen noch im Ermessen der obersten Schulbehörde blieben. Vgl. Mitteilungen, 1871/1873, 2. Kammer, 48. Sitzung vom 6. März 1872, S. 1422-1423 und 1431; Ebd., 1. Kammer, 44. Sitzung vom 14. November 1872, S. 918 und 930. Erstmalig mit dem Finanzgesetz vom 27. März 1886 (GVBl. S. 67, § 2) erfolgte in jedem der beiden Jahre der Finanzperiode 1886/1887 zur Abminderung der Schullasten die Überweisung der halben Grundsteuer an die Schulgemeinden. Mit dem Gesetz, die direkten Steuern betreffend vom 3. Juli 1902 (GVBl. S. 278-279, Artikel III) blieb es vom 1. Januar 1904 ab in der Hauptsache bei dem seitherigen Zustand; allerdings wurden die Überweisungen in ihrer Höhe auf einen festen Betrag beschränkt. Mit dem Abänderungsgesetz vom 30. Mai 1910 (GVBl. S. 91f.) erhielten die Schulgemeinden anstelle der Grundsteuerdotations eine jährliche Staatsbeihilfe von 2.558.000 M, die in der Weise verteilt wurde, daß jede Schulgemeinde vom 1. Januar 1910 an alljährlich für jedes Schulkind 2,50 M, mindestens aber den Betrag von 300 M erhielt. Aufgrund des Finanzgesetzes vom 26. März 1890 (GVBl. S. 49-50, § 3) waren den Schulgemeinden unter bestimmten Bedingungen Beihilfen zu den Dienstehälften der Lehrer und Lehrerinnen an den einfachen oder, wenn solche am Ort nicht bestanden, an den mittleren Volksschulen gewährt worden, und zwar in der Höhe von 300 M für jede ständige Lehrerstelle, einschließlich der Direktorstelle, und von 150 M für jede Hilfslehrerstelle. Diese zunächst auf zwei Jah-

tenverteilung ergaben sich infolge der Erzbergerschen Finanzreform, die 1919/1920 eine Umkehrung der finanzhoheitlichen Kompetenzen brachte.⁵³⁵ Der in diesem Zusammenhang erwachsenen Verpflichtung der Länder, unter ihren Gemeinden und Gemeindeverbänden für einen Lastenausgleich, insbesondere auf dem Gebiet der Armen-, Schul- und Polizeilasten, zu sorgen⁵³⁶, entsprach der Freistaat Sachsen mit dem Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetze vom 12. August 1920⁵³⁷. Dessen Erlaß war indes so beschleunigt worden, daß der dringlichste Teil des Lastenausgleichs, die Verteilung der persönlichen Volksschullasten zwischen Staat und Gemeinden, noch nicht spruchreif gemacht werden konnte. Diese Regelung blieb daher mit rückwirkender Kraft einem späteren Gesetz vorbehalten.⁵³⁸ Am 23. Juli 1920 ersuchte die Volkskammer die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs, der die persönlichen Schullasten mit Wirkung vom 1. April 1920 ab auf den Staat übernehme.⁵³⁹ Schon im Februar 1920 hatte das Kultusministeri-

re begrenzten Zuwendungen wurden durch das Gesetz, die Bewilligung fortlaufender Staatsbeihilfen an die Schulgemeinden betreffend vom 26. April 1892 (GVBl. S. 95f.) in dauernde umgewandelt. Da die Beihilfen nach der Zahl der Lehrerstellen bemessen wurden, war in der Praxis auf die größeren und in der Regel leistungsfähigeren Schulgemeinden mit den mittleren Volksschulen ein wesentlich höherer Betrag entfallen als auf die kleineren und in der Regel wenig leistungsfähigen Schulgemeinden mit den einfachen Volksschulen. Deshalb legte das Gesetz vom 23. Mai 1914 (GVBl. S. 120ff.) bei der Bemessung der Beihilfen nunmehr im allgemeinen die Schulkinderzahl zugrunde. Den Bezug dieser Zuschüsse sicherte den Schulgemeinden bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung die Verordnung vom 12. Dezember 1918 (GVBl. S. 393, § 6) in dem höchsten Jahresbetrage, den sie innerhalb der Jahre 1914 bis 1918 erhalten hatten. Seit 1898 (GVBl. S. 185, § 7; Ebd., 1900, S. 42f.; Ebd., 1908, S. 366, § 10) erhielten die Schulgemeinden auch Staatsbeihilfen zu den Alterszulagen der Lehrer; ebenso zu den Teuerungszulagen, die sie ab 1. Januar 1918 (GVBl. S. 376-377, Artikel 3, §§ 1 und 2) den Lehrern zu zahlen hatten. Zusammenfassend siehe hierzu: SSZ, 1918, S. 329-333.

⁵³⁵ Das vom Reichstag verabschiedete Landessteuergesetz vom 30. März 1920 bestimmte, daß die Inanspruchnahme von Steuern für das Reich die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder und Gemeinden ausschloß, wenn reichsgesetzlich nicht etwas anderes vorgeschrieben war. Statt dessen waren die Länder und Gemeinden fortan durch einen Finanzausgleich am Ertrag der Einkommens- und Körperschaftssteuer beteiligt. Vgl. Reichsgesetzblatt, 1920, S. 402 (§ 2) und 405 (§ 17). Während die Einkommenssteuer bisher den Hauptanteil der kommunalen Einnahmen gebildet hatte, machte die Reichsfinanzreform die Gemeinden plötzlich zu Kostgängern des Reiches. Dieser Eingriff in die Finanzautonomie berührte wesentlich den Gehalt der kommunalen Selbstverwaltung. Die Einengung des Besteuerungsrechtes und die gleichzeitige Häufung neuer Aufgaben führten in der Folge zu einer chronischen Finanznot, die während der Weimarer Republik grundsätzlich nicht überwunden werden konnte. Vgl. Hansmeyer, Karl-Heinrich (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik; Heindl, Wolfgang: Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden; Bleicher, Heinrich: Kommunale Finanzwirtschaftslehre, S. 450-478; Bohmann, Herbert: Das Gemeindefinanzsystem, S. 47-50; Elsner, Hermann: Das Gemeindefinanzsystem, S. 21-38; Gerloff, Wilhelm und Josef Brix: Reichs- und Gemeindefinanzen, S. 535-541; Reulecke, Jürgen: Zur städtischen Finanzlage, S. 199-219; Statistisches Reichsamt: Der Finanzausgleich im Deutschen Reich, Teil II, S. 14-64; Wysocki, Josef: Die Kommunalfinanzen in Erzbergers Reformkonzept, S. 35-59.

⁵³⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1920, S. 413, § 55.

⁵³⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 311ff. und vorläufige Ausführungsbestimmungen hierzu vom 3. September 1920 (VBl. S. 123f.). Von dem durch das Reich dem Freistaat Sachsen zugewiesenen Anteil am Ertrag der Einkommen- und Körperschaftssteuer wurde den bürgerlichen Gemeinden je die Hälfte überlassen. Einen Teil dieser Steueranteile hatten die bürgerlichen Gemeinden den beteiligten Schulgemeinden zu überweisen (GBl. 1920, S. 311-312, §§ 1 und 2; VBl. 1921, S. 7). Diese Überweisungen waren mit Aufhebung der Schulgemeinden (23. Juli 1921) wieder in Wegfall geraten, da ab dann der Bedarf für das Volks- und Fortbildungsschulwesen in einfachen Schulbezirken als Gemeindelast aufzubringen bzw. in zusammengesetzten Schulbezirken auf die Mitglieder umzulegen war (GBl. 1921, S. 232, §§ 4, 5 und 7). Ferner war nach dem Steuervollzugsgesetz von den Erträgen der Gemeindegrundsteuer, die nur die bürgerlichen Gemeinden unter Mitberücksichtigung des Bedarfs der Schulgemeinden erheben durften, ein Teil der Schulkasse zu überweisen (GBl. 1920, S. 315, § 15 Absatz 2). Zur Entstehung des Vollzugsgesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 260; Ebd., 11125, Nr. 13058/9, 13879 und 13905; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 88 (vom 10. Juli 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 141. Sitzung vom 20. Juli 1920, S. 4452-4479; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 801 (vom 21. Juli 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 144. Sitzung vom 23. Juli 1920, S. 4599-4605; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 360 (vom 23. Juli 1920); SSZ, 1920, S. 407-409. Neben dem Vollzugsgesetz traten noch das Gemeindesteuergesetz vom 20. Oktober 1920 (GVBl. S. 430ff.) nebst einer Reihe von Einzelgesetzen über verschiedene Steuerarten in Kraft. Später erfolgten weitere Änderungen im Kommunalsteuersystem durch das Grundsteuergesetz vom 30. Juni 1926 (GBl. S. 165ff.), das Gewerbesteuerengesetz vom 30. Juli 1926 (GBl. S. 173ff.), die Gemeindesteuernotverordnung vom 24. September 1930 (GBl. S. 121ff.) sowie das Gesetz zum Vollzuge des Zweiten Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 in der Fassung vom 1. Dezember 1930, vom 30. März 1931 (GBl. S. 52f.). Einen Überblick über das sächsische Kommunalsteuersystem bieten Neumann, Friedrich Julius: Zur Gemeindesteuerreform in Deutschland; Thümmeler, Johannes: Die Entwicklung des sächsischen Gemeindesteuerrechts; Troitzsch, ...: Sachsen [I und II], S. 46-56 und 851-859; Ulbricht, Gunda: Die exemten Mittelstädte Sachsens, S. 213-224.

⁵³⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1920, S. 311, § 1 Absatz 1 Satz 3.

⁵³⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 181; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 21 (vom 3. März 1919) und 801 (vom 21. Juli 1920), S. 4, Ziffer 21; Verhandlungen, Volkskammer, 144. Sitzung vom 23. Juli 1920, S. 4605. Einzig die DNVP nahm später wieder den Standpunkt der Gemeindeschule ein. Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 63. Sitzung vom 17. Juni 1921, S. 1920-1921;

um gegenüber dem Finanzministerium erklärt, daß sich die Übernahme der persönlichen Schullasten nicht aufhalten lassen werde.⁵⁴⁰ Als die Lehrer mit dem Beamtenbesoldungsgesetz zum 1. April 1920 die Einstufung in die allgemeine staatliche Besoldungsordnung erlangten⁵⁴¹, wurden die Schulgemeinden verpflichtet, bis zur gesetzlichen Neuregelung der Schullastenverteilung für die (nunmehr erhöhten) Dienstbezüge der Lehrer weiterhin aufzukommen.⁵⁴² Doch als den Gemeinden unmittelbar nach Inkrafttreten der Reichsfinanzreform noch keine Beträge aus der Reichseinkommensteuer zufließen, waren viele Schulgemeinden mit dieser Aufgabe überfordert. Um die Zahlung der Lehrergehälter nicht zu verzögern, beschloß das Kultusministerium daher am 5. Juni 1920, bedürftigen Schulgemeinden, die für diesen Zweck notwendigen Gelder durch Gewährung von Darlehen zur Verfügung zu stellen.⁵⁴³ Diese Option, die zunächst für die Monate April bis Juli 1920 vorgesehen und nach Ablauf der Frist auf ein weiteres Dritteljahr ausgedehnt worden war, besaß indes nur bis September 1920 praktische Relevanz.⁵⁴⁴

Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP), der sich schon im Königreich mit Nachdruck für das Prinzip der Staatsschule ausgesprochen hatte⁵⁴⁵, ordnete zum 1. Oktober 1920 die Zahlung der Dienstbezüge für die Lehrer an den öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen aus der Staatskasse an.⁵⁴⁶ Diese Verordnung, die mit der Notlage der Gemeinden und den zunehmend in Verwirrung geratenen Finanzbeziehungen zwischen Staat und Gemeinden begründet wurde⁵⁴⁷, fand nachträglich die Billigung des Gesamtministeriums und der Volkskammer, weil sie die Einführung der Staatsschule, die klares politisches Programm der Regierung war, vorbereitete.⁵⁴⁸ Da der Regierungsentwurf über die Verteilung der persönlichen Schullasten im Laufe des Jahres 1921 nicht fertiggestellt werden konnte⁵⁴⁹, wurden dieselben aus praktischen/technischen Gründen für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 endgültig geregelt⁵⁵⁰. Am 11.

Ebd., 69. Sitzung vom 30. Juni 1921, S. 2079 und 2089-2090. Bereits vor diesem Landtagsbeschluß war das Kultusministerium mit den Arbeiten zu einem solchen Gesetz befaßt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13861, Bl. 2.

⁵⁴⁰ So habe die gewaltige Steigerung der Ausgaben für die Besoldung der Lehrkräfte zu einer Überlastung der meisten Schulgemeinden geführt. Dazu komme, daß der Ausbau des Schulwesens, wie ihn das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen fordere, neue Anforderungen an die Schulgemeinden stelle, denen sie ohne grundlegende Hilfe des Staates nichts gewachsen seien. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13863, Bl. 18-26. Im Antwortschreiben vom 11. März 1920 hatte das Finanzministerium dieses Vorhaben als in höchstem Maße unerwünscht (Ebd., Bl. 27-29) bezeichnet.

⁵⁴¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1920, S. 117ff. Die Leipziger Lehrerzeitung vom 30. Juni 1920 kommentierte hierzu: „In diesen Tagen nun schaffte die Einreihung der Lehrer in die Besoldungsordnung endlich die vollendete Tatsache. Der Staat übernimmt die persönlichen Schullasten, wenn es auch noch nicht ausgesprochen ist. Er muß sie übernehmen. Es ist Voraussetzung und Folge der Besoldungsreform zugleich. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird bereits bearbeitet. Was jahrzehntelang die Gemeinden und die Lehrer vergeblich erstrebten, unter dem ehernen Zwang der Verhältnisse geschieht es von selbst und ohne Widerspruch.“ Vgl. LLZ, 1920, S. 409. Zum genannten Gesetzentwurf siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13863, Bl. 78-81. Der Sächsische Lehrerverein selbst hatte sich auf seiner Vertreterversammlung Ende Dezember 1919 für folgende Leitsätze ausgesprochen: „Die Volksschule ist aus Mitteln des Staates zu erhalten. Für alle im Gesetz geforderten Ausgaben hat der Staat aufzukommen; freiwillige sachliche Mehrleistungen übernimmt die bürgerliche Gemeinde.“ Vgl. LLZ, 1920, S. 8, Ziffer 6. 1. Siehe auch Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Denkschrift zur Neuordnung der Volksschullehrergehälte; Pädagogischer Verein zu Chemnitz (Hrsg.): Staats- oder Gemeindeschule.

⁵⁴² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1920, S. 129, § 20.

⁵⁴³ Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 84f.

⁵⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 104, 125 und 160.

⁵⁴⁵ Vgl. Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 36. Sitzung vom 7. März 1918, S. 1196-1197.

⁵⁴⁶ Die Vergütungen für Überstunden, für den Unterricht nicht vollbeschäftigter Lehrkräfte, für die nebenamtliche Leitung von Fortbildungs- und Hilfsschulen und für Vertretungen waren weiterhin aus der Schulkasse zu zahlen; die gezahlten Beträge wurden den Gemeinden am Ende des Haushaltsjahres jedoch rückvergütet. Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 113 und 126. Siehe auch: SSZ, 1920, S. 390-393.

⁵⁴⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 62 (vom 11. Juni 1921), S. 4; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 63. Sitzung vom 17. Juni 1921, S. 1926; Ebd., 69. Sitzung vom 30. Juni 1921, S. 2090.

⁵⁴⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 49; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 99 (vom 16. Oktober 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4776-4781; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 377 (vom 25. Oktober 1920); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 63. Sitzung vom 17. Juni 1921, S. 1925 und 1929; LLZ, 1920, S. 655-656.

⁵⁴⁹ Die Fertigstellung nahm darum so viel Zeit in Anspruch, weil der Lastenausgleich endgültig nur im Zusammenhang mit der Verteilung sämtlicher Steuereinkünfte zwischen dem Staat und den Gemeinden geregelt werden konnte und diese wiederum davon abhing, daß sich die Höhe der zu erwartenden Steuereinkünfte bestimmen ließ. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 366; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 89 (vom 25. Januar 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 24. Sitzung vom 4. Februar 1921, S. 761-765; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 36 (vom 4. Februar 1921).

⁵⁵⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 581; Ebd., 11125, Nr. 13862; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 62 (vom 11. Juni 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 63. Sitzung vom 17. Juni 1921, S. 1919-1930; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Be-

Oktober 1921 erging das Gesetz über die Verteilung der persönlichen Volksschullasten zwischen Staat und Schulbezirken in den Rechnungsjahren 1920 und 1921.⁵⁵¹ Bis Ablauf dieses Schullastenverteilungs-gesetzes sollte der am 24. Februar 1922 endlich im Landtag eingebrachte Entwurf eines Schulbedarfsgeset- zes Gesetzeskraft erlangt haben.⁵⁵² Da dessen Verabschiedung so schnell nicht zu bewerkstelligen war, wurde die Regierung durch einstimmigen Landtagsbeschluß ermächtigt, unbeschadet der anstehenden Neuregelung über den 31. März 1922 hinaus die Lehrerbesoldung in der bisherigen Weise zunächst wei- terzuzahlen.⁵⁵³ Währenddessen wurde der Schulbedarfsgesetzentwurf in zwei Lesungen beraten⁵⁵⁴ und am 31. Juli 1922 verkündet.⁵⁵⁵ Mit Beginn des Schuljahres 1923/1924 wurde der Staat damit endgültig zum Träger der persönlichen Aufwendungen für die öffentlichen allgemeinen Volks- und Fortbildungsschul- len.⁵⁵⁶ Allerdings wurde von den Aufwendungen des Staates ein Drittel durch Änderung der Verteilung

richte, Nr. 343 (vom 28. Juni 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 69. Sitzung vom 30. Juni 1921, S. 2073-2092; Landtags- Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 353 (vom 12. Juli 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 70. Sitzung vom 29. Juli 1921, S. 2113 und 2145; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 379 (vom 26. September 1921); Verhandlungen, 1. Wahl- periode, 71. Sitzung vom 27. September 1921, S. 2167-2174; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 176 (vom 28. September 1921).

⁵⁵¹ Nach diesem wurde rückwirkend auf die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1922 die Besoldung der Lehrer an öffentli- chen Volks- und Fortbildungsschulen verlagsweise aus der Staatskasse gezahlt. Den Besoldungsaufwand auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1920 hatten die Schulgemeinden (inzwischen: Schulbezirke) endgültig zu tragen einschließlich derjenigen Nachzahlungen, die noch auf diese Zeit zu leisten waren. Für den Besoldungsaufwand auf das Rechnungsjahr 1921 wurden den Gemeinden von den ihnen für das Rechnungsjahr 1921 zukommenden Anteilen am Ertrag der Einkom- men- und Körperschaftssteuer 20 % und von den ihnen für die Rechnungsjahre 1922 und folgende zukommenden Anteilen am Ertrage der beiden genannten Steuern 10 % so lange abgezogen und der Staatskasse überwiesen, bis ein Drittel des Ges- amtbetrages des aus der Staatskasse für das Rechnungsjahr 1921 verlagsweise bezahlten Besoldungsaufwandes gedeckt war. Als Besoldung galten neben den Dienstbezügen der Lehrer auch die Vergütungen für Überstunden sowie die Entschädigung der Schulleiter für Besorgung der Verwaltungsgeschäfte. Für die den Schulgemeinden gewährten Besoldungsdarlehen und etwaige außerordentliche Staatsbeihilfen zum Besoldungsaufwand sowie für die nach dem Gesetz vom 30. Mai 1910 auf die Zeit nach dem 31. März 1920 entfallenden Staatsbeihilfen fanden bei der Verteilung der Einkommen- und Körperschafts- steuer an die einzelnen Gemeinden entsprechende Kürzungen statt. Die Kürzung erfolgte gegenüber derjenigen bürgerlichen Gemeinde, die an die Stelle der bisherigen Schulgemeinde getreten war; bei zusammengesetzten Schulbezirken erfolgte sie gegenüber der einzelnen Gemeinde nach dem Anteil, den sie zum Bedarf des Schulbezirks beizutragen hatte. Vgl. Sächsi- sches Gesetzblatt, 1921, S. 335ff. (= Dokument 39) und Ausführungsverordnung hierzu vom 17. Dezember 1921 (GBl. S. 452ff.) (= Dokument 40); LLZ, 1921, S. 705; Sächsische Gemeindezeitung, 1921, Sp. 399-401; Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1921, Sp. 49; Ebd., 1922, Sp. 10-13.

⁵⁵² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 709; Ebd., 11125, Nr. 13860-13861, 13863-13866 und 16134; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922); LLZ, 1922, Nr. 8, Beilage; SSZ, 1922, S. 21-22.

⁵⁵³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 348; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 119 (vom 27. März 1922); Verhandlun- gen, 1. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 30. März 1922, S. 3556; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 289 (vom 31. März 1922).

⁵⁵⁴ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3368-3397; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 115. Sitzung vom 5. Juli 1922, S. 4334-4374; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 336 (vom 6. Juli 1922); Sächsische Gemeindezeitung, 1921, Sp. 297-302; SSZ, 1922, S. 12, 141-142, 157-158, 379-380, 413-416, 449-451, 473-476, 479-480 und 516-519; LLZ, 1922, S. 133-134, 149-152, 422-426 und 524-526.

⁵⁵⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 405ff. (= Dokument 44) und Ausführungsverordnung hierzu vom 5. Februar 1923 (GBl. S. 19ff. und 68) (= Dokument 45) sowie Abänderungsgesetz vom 25. Juli 1923 (GBl. S. 244) (= Dokument 48). Ab- druck in Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 52-98; Laube, Horst und Karl Seyfert (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht, S. 238-319; LLZ, 1922, S. 469-471; SSZ, 1922, S. 473-476. – Zur Entstehung der Ausführungsverordnung siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13867; LLZ, 1923, S. 90-93; Mitteilungen des Sächsischen Gemein- detages, 1922, Sp. 453; Ebd., 1923, Sp. 6. – Zur Entstehung des Abänderungsgesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 817 und 1704; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode; Berichte, Nr. 202 (vom 14. März 1923), Ziffer 1; Landtags-Akten, 2. Wahlperi- ode, Beschlüsse, Nr. 75 (vom 31. März 1923); Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 274 (vom 25. April 1923); Ver- handlungen, 2. Wahlperiode, 40. Sitzung vom 15. Mai 1923, S. 1030-1031; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 114 (16. Mai 1923); Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 72 (vom 28. Juni 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 6. Juli 1923, S. 1352-1353; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 171 (vom 7. Juli 1923).

⁵⁵⁶ Damit erledigte sich die im Schulbezirksgesetz vom 11. Juli 1921 (GBl. S. 231, § 1) ausgesprochene Verpflichtung der Schulbezirke in Bezug auf die Lehrerbesoldung. Aus der Staatskasse wurden fortan gewährt: die Dienstbezüge der Lehrer nach Maßgabe des Beamtenbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. August 1921 (GBl. S. 275ff.); die Vergütung für Überstunden an Volksschulen; die Vergütung für Überstunden an Fortbildungsschulen, soweit diese Stunden nicht die Anstellung hauptamtlicher Lehrer zuließen; sowie die Besoldungskosten des Sonderunterrichts für sittlich verwahrloste, für schwachsinige und für gebrechliche Schüler, die nicht am Unterricht der öffentlichen Volks- und Fortbil- dungsschule teilnahmen und nicht in Anstalten untergebracht werden konnten, soweit der Sonderunterricht von der obers- ten Schulbehörde genehmigt worden war. Ferner wurden aus der Staatskasse übernommen: die Umzugskosten bei Verset-

der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer zu Lasten der Gemeinden ausgeglichen.⁵⁵⁷ Zugleich erweiterte der Staat seinen Einfluß auf das Schulwesen durch Mitwirkung bei der Besetzung der Lehrerstellen.⁵⁵⁸

VI. Die Entkirchlichung der Volksschule

1. Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht

Die Wurzeln der geistlichen Aufsicht über das Schulwesen reichen in das Zeitalter der Reformation zurück. In der Kirchen- und Schulordnung des Kurfürsten August aus dem Jahr 1580, die als „ein Instru-

zung von Lehrern; die Tagegelder und Reisekosten bei Teilnahme an Sitzungen des Bezirkslehrerrats und des Bezirkslehrerausschusses; sowie die Aufwendungen für Unfallfürsorge. Alle sonstigen Aufwendungen, die zur Einrichtung und Unterhaltung des Volks- und Fortbildungsschulwesens nötig waren, trugen die Schulbezirke. Hierzu gehörten insbesondere: die Kosten für Errichtung und Unterhaltung der Schulen und nach Befinden der Lehrerwohnungen, sowie für Beschaffung und Unterhaltung der Schuleinrichtungen; die Vergütung für Überstunden mit Ausnahme der in § 3 des Gesetzes bezeichneten Stunden, sowie die Kosten wahlfreien Unterrichts; die Umzugskosten bei Stellenwechsel von Lehrern; die Besoldung der Kindergärtnerinnen an Kindergärten, die den Volksschulen angeschlossen waren; die Tagegelder und Reisekosten bei Teilnahme der Lehrer an amtlichen Versammlungen; sowie die Kosten für die ärztliche Überwachung der Volks- und Fortbildungsschüler. Zur Erfüllung der ihnen obliegenden Verpflichtungen wurden bedürftigen Schulbezirken nach Maßgabe der hierfür in den Staatshaushaltsplan eingestellten Mittel Staatszuschüsse gewährt. Siehe hierzu auch die Richtlinien für die Erstattung des persönlichen Volksschulaufwandes durch den Staat vom 27. August 1924 (VBl. S. 83ff.), 13. April 1927 (VBl. S. 39ff.) und 23. Mai 1930 (VBl. S. 45ff.).

⁵⁵⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 3 (§ 5) und 15; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 1-3 und 19 (Ziffer 4); Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 405, § 5; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), Ziffer III. d; Sächsische Gemeindezeitung, 1922, Sp. 361-362.

⁵⁵⁸ Nach dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 (GVBl. S. 360-361, §§ 19 und 20) stand in allen Orten, an deren gesamten Volksschulen der konfessionellen Mehrheit mindestens zehn Lehrer angestellt waren, sowie in allen Städten, welche die Revidierte Städteordnung angenommen hatten, das Vorschlagsrecht für die Lehrerstellen dem Gemeinderat bzw. Stadtrat zu. Bei Besetzung der Schulen der konfessionellen Minderheit übte der seitherige Kollator das Vorschlagsrecht aus, und bei allen übrigen Schulstellen – insbesondere in Schulbezirken, die aus mehreren politischen Gemeinden zusammengesetzt waren – stand dieses der obersten Schulbehörde zu. Für das Besetzungsverfahren der Schulstellen galten dabei folgende Bestimmungen: Für jede zu besetzende Stelle hatte der Kollator innerhalb der nächsten vier Wochen nach Erledigung einer Schulstelle dem Schulvorstande drei geeignete Bewerber vorzuschlagen und gleichzeitig beim Bezirksschulinspektor zu beantragen, mit denselben am Schulort vor der Schulgemeinde eine Probe zu veranstalten. Unterließ es der Schulvorstand, über die getroffene Wahl spätestens drei Tage nach der letzten Probe sich zu erklären, so hatte der Kollator das Recht, einen der von ihm Vorgeschlagenen für die betreffende Stelle selbständig zu designieren. Konnte der Kollator indes von seinem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch machen und nicht drei Bewerber vorschlagen, und war nicht mindestens ein Bewerber vorhanden, den sowohl Kollator als auch Schulvorstand geeignet fanden, so wurde die Stelle ohne Weiteres von der obersten Schulbehörde besetzt. Lehnte der Schulvorstand alle vom Kollator Vorgeschlagenen als ungeeignet ab, so ging das Besetzungsrecht für diesen Fall ebenso auf die oberste Schulbehörde über, welche die Stelle ohne Mitwirkung des Kollators und des Schulvorstands besetzte. Bei Besetzung einer Stelle durch die oberste Schulbehörde benannte diese dem Schulvorstand drei Bewerber, wenn so viele vorhanden waren, und überließ ihm die Wahl unter diesen. Eine Änderung in den Bestimmungen über dieses Verfahren traf das „Gesetz über die Besetzung von Lehrerstellen an Volksschulen“ vom 27. Mai 1918 (GVBl. S. 133f.). Danach besetzte die oberste Schulbehörde unmittelbar ohne Mitwirkung des Schulvorstands die ersten 10 und bis zum 30. Juni 1923 die ersten 15 in jedem Kalenderjahr durch Tod, freiwilligen Übertritt in den Ruhestand oder Amtswechsel ihres Inhabers freigewordenen ständigen Lehrerstellen an den Volksschulen, für welche ihr das Vorschlagsrecht zustand. Nach der Verordnung vom 12. Dezember 1918 (GVBl. S. 393, § 5) sowie dem Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 (GVBl. S. 179, § 12) oblag das Vorschlagsrecht für Lehrerstellen an Volks- und Fortbildungsschulen in den Städten mit der Revidierten Städteordnung dem Stadtrat, in anderen Orten, an deren Schulen mindestens 10 ständige und Hilfslehrer angestellt waren, dem Gemeinderat des Schulortes, im Übrigen der obersten Schulbehörde. Mit dem Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 (GBl. S. 407, §§ 9-11) ging das Vorschlagsrecht für die Besetzung von Stellen an öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen mit ständigen Lehrern ohne Einschränkung auf die oberste Schulbehörde über. Diese benannte dem Schulausschuß für jede Stelle drei Bewerber, falls so viele vorhanden waren, und überließ ihm die Wahl. Der Schulausschuß hatte sich binnen 4 Wochen nach Bekanntgabe der Vorschläge über die Wahl zu erklären. Unterblieb die Erklärung oder lehnte der Schulausschuß die vorgeschlagenen Bewerber ab, so besetzte die oberste Schulbehörde ohne weitere Mitwirkung des Schulausschusses durch Ernennung eines geeigneten Bewerbers. Unmittelbar ohne Mitwirkung des Schulausschusses besetzte die oberste Schulbehörde in jedem Kalenderjahr 50 Stellen, die durch Tod, durch Stellenwechsel oder durch Übertritt ständiger Lehrer in den Ruhestand freigeworden waren, und zwar je die ersten 25 freigewordenen Stellen an Schulen mit weniger als 10 Lehrern und an Schulen mit 10 oder mehr Lehrern.

ment der lutherischen Konfessionalisierung geschaffen⁵⁵⁹ worden war, fanden sich unter der Überschrift „Von *Inspection* derer deutschen Schulen“ diesbezügliche Bestimmungen.⁵⁶⁰ Seit dem 19. Jahrhundert wurde die geistliche Visitation dann immer stärker bekämpft und zuletzt abgeschafft.

a. Die Ortsschulaufsicht

Nach dem Elementarvolksschulgesetz vom 6. Juni 1835 führten die Ortsbehörden die nächste Aufsicht über das Schulwesen. Dem Pfarrer kam insbesondere die Aufsicht über den Unterricht und die Disziplin zu. Auch war dieser zu allen Versammlungen des Gemeinderats, in welchen Schulangelegenheiten verhandelt wurden, hinzuzuziehen, und er führte dabei den Vorsitz.⁵⁶¹ Seitens der Lehrerschaft wurde die Forderung nach fachmännischer Schulaufsicht auf der Allgemeinen Lehrerversammlung in Leipzig am 25. April 1848 aufgestellt⁵⁶², und sie fand sich so auch in den Chemnitzer Thesen von 1866⁵⁶³ sowie der Denkschrift des Pädagogischen Vereins zu Dresden aus dem Jahr 1868⁵⁶⁴ wieder.⁵⁶⁵ Mit der Trennung von Schul- und Kirchenverwaltung wurde 1873/1874 zumindest in der Mittelinstanz die Einführung der fachmännischen Schulaufsicht durch Beseitigung der Distriktsschulinspektionen verwirklicht.⁵⁶⁶ Allein an kleinen Schulen ohne Direktor wirkte die geistliche Aufsicht durch den Pfarrer, der Mitglied des Schulvorstandes war, fort.⁵⁶⁷ Zum Beginn des 20. Jahrhundert erhob der Sächsische Lehrerverein die Durchführung der fachmännischen Aufsicht zu einer seiner Hauptforderungen.⁵⁶⁸ Im Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 war gemäß der Richtlinien der Beschwerde- und Petitionsdeputation die geistliche Orts-

⁵⁵⁹ Junghans, Helmar: Die kursächsische Kirchen- und Schulordnung von 1580, S. 236. Siehe auch Wartenberg, Günther: Visitationen des Schulwesens im albertinischen Sachsen, S. 159-174; Thomas, Ralf: Die Neuordnung der Schulen und der Universität Leipzig, S. 115-132.

⁵⁶⁰ Im Wortlaut: „Damit auch die Schulmeister, so deutsch lehren, nichts ihres Gefallens handeln, sondern alle Sachen dieser Ordnung gemäß anrichten, und der armen Jugend Wohlfahrt gänzlich bedacht werde; so sollen an denen Orten, da alleine deutsch gelehrt und gelernt würde, die Pfarrer selbiger Orte die *Inspectores* sein, auch allewege in acht oder vierzehn Tagen unversehens, doch zu gelegener Zeit, sich in die Schule verfügen, sehen und acht nehmen, wie sich der Schulmeister gegen die Schuljungen mit Lehre und *Disciplin* halte, auch selber etliche darunter im Katechismo, Buchstaben, Syllabieren, Lesen, auch Schreiben examinieren, damit er erkundigen möge, ob der Schulmeister fleißig, und was er vor Frucht bei denen Kindern schaffe. – Desgleichen in der Kirchen, bei dem Gesange, auch Katechismo Aufmerkens haben: ob der Schulmeister die Kinder fleißig dazu führe; und was er für Fehl und Mangel befindet, jedesmal dieselben unterstehen abzustellen; wo es dann nicht verfangen wollte, solches mit allen guten Umständen dem ordentlichen *Visitatori* zur Zeit ihrer Visitation anzeigen oder schriftlich zustellen, damit solches folgendes an den *Superintendenten* noch ferners gelange, und gebührliches zeitliches Einsehen beschehen möge.“ Vgl. Wattendorff, Ludwig (Hrsg.): Die Schul- und Universitäts-Ordnung Kurfürst Augusts von Sachsen, S. 112, Hervorhebungen im Original.

⁵⁶¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 296 (§§ 69 und 73) und 345-347 (§§160-168); Kirsch, Karl: Die Aufsicht des Geistlichen über die Volksschule.

⁵⁶² Aus den Leitsätzen der Versammlung: „Beaufsichtigung der Lehrer durch Sachverständige. Unabhängigkeit der Schule von der Kirche. Aufhebung des amtlichen Aufsichtsrechts der Lokalinspektoren und Ephoralrevisoren.“ Vgl. SSZ, 1848, S. 306, Ziffer 3.

⁵⁶³ „Der Staat führt die Oberaufsicht und Leitung des Schulwesens durch von ihm eingesetzte fachkundige Behörden und Beamte, und es löst sich hierdurch das Aufsichtsrecht der Geistlichen als solcher über die Schule auf.“ Vgl. SSZ, 1866, S. 201, Buchstabe A. 3.

⁵⁶⁴ „Die Beaufsichtigung und Leitung des Schulwesens erfolgt nur durch Pädagogen von Fach, nicht durch Geistliche als solche.“ Vgl. Pädagogischer Verein zu Dresden (Hrsg.): Ansichten und Wünsche, S. 4 (Zitat) und 13-19. – Zu dem genannten Verein siehe auch Mebus, Sylvia: Die Sächsische Verfassung von 1831, S. 234-236.

⁵⁶⁵ Siehe auch Zieger, Alfred: Schulmeister, Schullehrer, Volkslehrer, S. 164ff.

⁵⁶⁶ Siehe Kapitel C. II. 2.

⁵⁶⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 368-369, § 29 Absatz 1 b; Ebd., 1874, S. 193, § 57; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 109-111 und 233-236. Im Entwurf des Gesetzes hieß es: „Daß für die regelmäßige Schulinspektion und die Erledigung der täglich dabei eintretenden Vorkommnisse ein bestimmtes Mitglied der Ortsschulvorstands designiert sein muß, welches im Namen und Auftrage des Collegiums das Erforderliche vorkehrt, liegt ebenso sehr in der Natur der Sache, als daß dieses Mitglied überall da, wo kein Direktor angestellt ist, der Ortsgeistliche ist.“ Vgl. Landtags-Acten, 1871/1873, 1. Abtheilung, Bd. 2, S. 173-174 (§ 29) und 190 (Zitat). Im Gegensatz dazu vermochte die Deputation der Zweiten Kammer nicht, den Geistlichen als zwangsläufiges Mitglied des Schulvorstands anzuerkennen, dem zudem eine Inspektionsbefugnis zukam. „Der Geistliche als solcher kann mit der Aufsicht über die Schule, die Sache des Staates ist, nichts zu thun haben.“ Auch das Erfordernis einer besonderen Inspektion über Schulen ohne Direktor wurde in Zweifel gezogen. Vgl. Landtags-Acten, 1871/1872, 3. Abtheilung, Beilagen, Bd. 1, S. 223-227 und 258-259, Zitat: S. 227.

⁵⁶⁸ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Drei Hauptforderungen der sächsischen Volksschullehrer, S. 44-51; Ders. (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 124-125.

schulaufsicht dann aufgegeben und damit die fachmännische Schulaufsicht auch in der Unterinstanz vorgesehen.⁵⁶⁹ Doch erst im Ergebnis der Novemberrevolution durfte nach Verordnung vom 11. Dezember 1918 sowie dem Übergangsschulgesetz der Pfarrer als solcher nicht mehr dem Schulvorstande angehören. Die Ortsschulaufsicht über die Volksschulen ohne Direktor wurde aufgehoben und diese Schulen unmittelbar der Aufsicht des Bezirksschulinspektors unterstellt.⁵⁷⁰

b. Die Aufsicht über den Religionsunterricht

Nach dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 hatte sich die oberste Schulbehörde bei Entschließungen über alle Angelegenheiten des Religionsunterrichts oder über kirchendienstliche Verrichtungen mit der kirchlichen Oberbehörde der betreffenden Konfession in Vernehmung zu setzen.⁵⁷¹ Das Kirchengesetz vom 15. April 1873 sowie das dazugehörige Publikationsgesetz vom 16. April 1873 berechtigten zudem das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium zur Aufsicht über den evangelischen Religionsunterricht und die sittlich-religiöse Erziehung, welche vom Ortsgeistlichen, der in der Regel der Pfarrer war, ausgeübt wurde.⁵⁷² Aufgrund der von ihm angestellten Beobachtungen konnte das Landeskonsistorium Anträge an die oberste Schulbehörde – die ihr ausschließliches Recht auf Leitung des gesamten Schulwesens wahrte – richten, nicht selber aber eingreifen. Nach Entschließung des Ministeriums war die Anrufung der in Evangelicis beauftragten Staatsminister als Berufungsinstanz möglich.⁵⁷³

Die sächsische Lehrerschaft, die für die vollständige Durchführung der Fachaufsicht kämpfte, richtete wegen Aufhebung der besonderen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts im Jahr 1906 eine Eingabe an die Evangelisch-lutherische Landessynode sowie im Anschluß daran im Oktober 1907 eine weitere an den Sächsischen Landtag.⁵⁷⁴ Diese Forderung fand Eingang in die Zwickauer Thesen und harr-

⁵⁶⁹ Maßgebend für die Regierung war der Blick auf andere deutsche Staaten; die Befragung der Bezirksschulinspektoren, die ein Votum von 20 gegen 7 für die Aufhebung ergeben hatte; sowie der Standpunkt der evangelischen Kirche, die das Streben des Lehrerstandes nach ausschließlich fachmännischer Aufsicht anerkannt hatte. Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2881, Ziffer B. II; Ebd., 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 845-847; SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/22, Bl. 6ff. Nach wie vor sollte aber dem Schulvorstande der Pfarrer als solcher oder ein von der kirchlichen Oberbehörde bestimmter Geistlicher angehören. Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 807, § 49 Absatz 1 d; Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1677-1678; Ebd., 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 690-697.

⁵⁷⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 389-390, § 1; Ebd., 1919, S. 177, § 9 Absatz 1. Nachdem das Landeskonsistorium verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Verordnung vom 11. Dezember 1918 angemeldet hatte, wurde diese am 27. Dezember 1918 mit Gesetzeskraft bestätigt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13383/7, Bl. 117; Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 407-408 (= Dokument 101).

⁵⁷¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 373, § 37 Absatz 2.

⁵⁷² Dies war im Volksschulgesetzentwurf vom 8. Dezember 1871 abgekündigt: „Verschieden von dieser Function des Ortsgeistlichen [als Ortsschulinspektor – A. R.] ist die ihm als Diener der Kirche obliegende Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, welche in höherer Instanz dem höheren kirchlichen Aufsichtsbeamten zusteht. Über die Einrichtung dieser Mitaufsicht über den Religionsunterricht wird der nächsten evangelisch-lutherischen Landessynode auf Grundlage der Bestimmungen dieses Gesetzes eine besondere Vorlage gemacht werden.“ Vgl. Landtags-Akten, 1871/1873, 1. Abtheilung, Bd. 2, S. 190.

⁵⁷³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 369 (§ 29 Absatz 5), 375 (§ III) und 377-378 (§ 4 Absatz 2 und 3 sowie § 5 Ziffer 4); Ebd., 1874, S. 193, § 57 Absatz 3; Entscheidungen und Verordnungen, 1. Heft, S. 48-52; Herzog, Heinrich: Beitrag zur Geschichte des sächsischen Konsistorialgesetzes, S. 168-169. Gegenüber der Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer erklärte die Regierung 1908/1909: „Die Beaufsichtigung auch der Methode des Religionsunterrichts durch die Geistlichen geben den Geistlichen nicht das Recht, dem Lehrer Vorschriften zu erteilen, vielmehr handle es sich in Gemäßheit einer Verordnung des Landeskonsistoriums um Anregungen und Winke; werde der amtliche Weg nötig, so habe sich der Geistliche an den Direktor oder Bezirksschulinspektor zu wenden, eventuell stehe dem Geistlichen das Recht zu, durch den Ephorus das Landeskonsistorium anzugehen.“ Zitiert nach: Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2886.

⁵⁷⁴ Die Synode widerstrebte zwar nicht der Durchführung der rein fachmännischen Staatsaufsicht über die Schule, hielt aber weiter an der Aufsicht über die religiöse Unterweisung ihrer heranwachsenden Glieder fest. Der Sächsische Lehrerverein hielt dagegen, daß der Religionslehrer in einer zweifachen Religionsprüfung in Anwesenheit eines Vertreters des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums seine Befähigung nachgewiesen und zudem das Gelöbnis konfessioneller Treue abgelegt habe. Vgl. SächsHStAD, 11125, 13106/20, Bl. 5ff.; Ebd., 13106/22, Bl. 210-212; Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 846; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Drei Hauptforderungen der sächsischen Volksschullehrer, S. 48-49.

te bis nach der Novemberrevolution auf ihre Verwirklichung.⁵⁷⁵ Im März 1919 faßte die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins den Beschluß:

„Die geistliche Ortsschulaufsicht ist aufgehoben, nicht aber die Aufsicht der Geistlichen über den Religionsunterricht. In dem Fortbestehen dieses Aufsichtsrechtes erblickt die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins einen Widerspruch zu der verkündeten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie richtet daher an das Ministerium die dringende Bitte, sofort durch die Volkskammer die gesetzliche Bestimmung hierüber außer Kraft setzen zu lassen. Andernfalls ist es den Lehrern unmöglich, den Religionsunterricht weiterhin zu erteilen.“⁵⁷⁶

Aufgrund der im letzten Satz ausgesprochenen Konsequenz wandte sich der Verein Sächsischer Bezirksschulräte am 17. April 1919 mit der Bitte an das Ministerium, Mittel und Wege zu finden, die Geistlichen bis zum Inkrafttreten des Übergangsschulgesetzes von der Ausübung ihres Aufsichtsrechtes abzuhalten.⁵⁷⁷ Am 14. Mai 1919 ging ein Gesuch an das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium, die Aufhebung des Aufsichtsrechtes schon jetzt in die Wege zu leiten. Dieses wurde am 22. Mai 1919 dahin beantwortet, daß die evangelische oberste Kirchenbehörde die schwersten Bedenken habe, der Anregung in der gegebenen Form zu entsprechen, aber bereit sei, eine an die Kreishauptmannschaft Bautzen als Konsistorialbehörde und an einige Superintendenturen ergangene Verordnung, in der den Geistlichen eine gewisse Selbstbeschränkung bei der Ausübung des Aufsichtsrechts über den Religionsunterricht nahegelegt wurde, als allgemeine Verordnung an alle Superintendenturen zu erlassen.⁵⁷⁸

Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 beseitigte dann endgültig die kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in der Volksschule und unterstellte diesen der durch den Bezirksschulrat ausgeübten staatlichen Schulaufsicht.⁵⁷⁹ Während die evangelische Kirche dies akzeptierte, vermochte sich die katholische Kirche nicht zu beruhigen.⁵⁸⁰ Anlässlich eines Aufenthalts in Leipzig

⁵⁷⁵ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 52-53 (= Dokument 261); Ders. (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 49. Siehe auch Kapitel D. VI. 3. b. Von der Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht im Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 blieb die Aufsicht der kirchlichen Behörde über den Religionsunterricht unberührt. Die Zwischendeputation der Zweiten Kammer war entgegen ihren anfänglichen Bedenken nur insoweit von der Regierungsvorlage abgewichen, als sie die Ausübung des der kirchlichen Oberbehörde zustehenden Aufsichtsrechtes nicht dem Ortspfarrer, sondern – nach württembergischem Vorbild – einem von der kirchlichen Oberbehörde für jeden Schulinspektionsbezirk zu ernennenden Geistlichen übertragen wissen wollte. Die Deputation der Ersten Kammer stimmte dem Entwurf zu. Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2881 und 2885-2887, Buchstabe B. II; Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 795 (§ 25) und 849; Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1620-1623; Ebd., 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 667-668.

⁵⁷⁶ SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/13, Bl. 283; LLZ, 1919, Nr. 39, Beilage, S. 5.

⁵⁷⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 36.

⁵⁷⁸ Vgl. Ebd., Bl. 43-44; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 16-17; Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1421. Am 28. Mai 1919 erklärte der Präsident des Landeskonsistoriums in der Synode, „daß selbstverständlich das Kirchenregiment die Möglichkeit haben muß, sich jederzeit zu vergewissern, daß die vorgetragene Lehre mit dem Bekenntnis der Kirche übereinstimmt. Das ist eine Forderung, auf welche die Kirche nicht verzichten kann“. Zitiert nach: LLZ 1920, S. 143.

⁵⁷⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 185, § 18 Absatz 2 Satz 6. Ab 1924 hatten aus der Kirche ausgetretene Bezirksschulräte die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts allein auf dessen technische Seite zu beschränken. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 502 (vom 17. September 1923), Ziffer 1; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 84. Sitzung vom 21. Februar 1924, S. 2433-2434 und 2436; SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/16, Bl. 118. Siehe auch: Landtagsakten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer V. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3559-3561; Ebd., 150. Sitzung vom 17. November 1925, S. 5153-5154.

⁵⁸⁰ In einer Eingabe vom 13. Februar 1920 führte das Apostolische Vikariat aus, daß die Vorschrift in § 37 Absatz 2 des Volksschulgesetzes durch die Aufhebung der kirchlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts nicht als erledigt anzusehen sei. Die Bestimmung im Übergangsschulgesetz beseitige nur das bisherige Inspektionsrecht der Geistlichen beim Religionsunterricht, während § 37 Absatz 2 den geistlichen Oberbehörden beider Konfessionen das viel umfassendere Recht, vor Entschlüssen der obersten Schulbehörde über alle Angelegenheiten des Religionsunterrichts gehört zu werden, zusichere. Da der Religionsunterricht nach Artikel 149 Absatz 1 Satz 3 RV in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft zu erteilen war, vermochte das Apostolische Vikariat die ohne sein Gehör getroffenen Regelungen und einen ohne seine Aufsicht erteilten Religionsunterricht nicht als verfassungsgemäß anzuerkennen. Der Reichsminister des Innern mußte die Richtigkeit dieser Rechtsauffassung immerhin als streitig anerkennen, entzog sich aber einer Entscheidung, indem er es den Ländern überließ, bei der Neuordnung des Schulwesens auf Grund der Vorschriften der Reichsverfassung im Bedarfsfalle zu bestimmen, in welcher Weise festzustellen sei, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt werde. Praktisch war diese Feststellung in das freie Ermessen der

im Oktober 1921 plante der neue Bischof von Meißen, Dr. Christian Schreiber⁵⁸¹, den Besuch katholischer Schulen und die Abnahme von Religionsprüfungen. Dabei ging es ihm mutmaßlich nicht um eine „interessierte Kenntnisnahme“ des Religionsunterrichts, sondern um eine Demonstration, welche den kirchlichen Einfluß auf das Schulwesen restaurieren sollte. Kultusminister Hermann Fleißner (USPD), der dieses Ansinnen entschieden bekämpfte, griff sofort mit einer Verfügung ein, die dem Bischof derartige Handlungen untersagte.⁵⁸² Erst nach dem Amtsantritt von Dr. Fritz Kaiser (DVP) wurde das Anliegen der Kirche wieder freundlicher aufgenommen. Im Mai 1924 gestattete das Volksbildungsministerium dem Bischof von Meißen nun, in den Räumen der 2. katholischen Volksschule in Leipzig eine Religionsprüfung abzuhalten. Dieser benutzte die Gelegenheit und nahm die Prüfung direkt in der Kirche ab und erstreckte sie auch auf die Kinder der 1. katholischen Volksschule.⁵⁸³

Ein ähnlicher Vorfall begab sich nach Veröffentlichung des Landeslehrplans für die Volksschulen vom 19. Mai 1928.⁵⁸⁴ Aufgrund landesgesetzlicher sowie dem Fehlen reichsgesetzlicher Bestimmungen hatten die Kirchen zu den Arbeiten an den Religionslehrplänen mit entscheidender Stimme nicht hinzugezogen werden können.⁵⁸⁵ Das Ordinariat des Bistums Meißen gab daher ein Rundschreiben heraus, in dem die Pfarr- und Seelsorgämter angewiesen wurden, fortan in Religion nur noch nach dem im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz herausgegebenen Lehrplan für den katholischen Religionsunterricht in der Volksschule zu unterrichten. Dieser Übergriff der katholisch-geistlichen Behörden auf das sächsische Schulwesen wurde vom Volksbildungsministerium in einer Verordnung an die Bezirksschulräte vom 26. November 1928 relativiert. Danach habe sich das Rundschreiben lediglich auf etwaige katechetische Unterweisungen der Kirche an Volksschüler außerhalb des verbindlichen Volksschulunterrichts bezogen. Für die Aufstellung von örtlichen und Bezirkslehrplänen sowie die Erteilung des Religionsunterrichts besäßen nur die Bestimmungen des von der obersten Schulbehörde veröffentlichten Landeslehrplans Geltung.⁵⁸⁶

2. Die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes

Nach Artikel 149 Absatz 2 RV war die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen der Willenserklärung der Lehrer überlassen. Die zwangsmäßige Verbindung von Kirchen- und Schulamt, wie sie sich in Sachsen bei den Kirchschulstellen herausgebildet hatte, stand somit in Widerspruch zur Verfassung und führte dort zu unhaltbaren Zuständen, wo Kirchschullehrer sich auf den Boden der weltlichen Schule stellten und die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnten. Mit dem Gesetz über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer vom 10. Juni 1921 wurde – ohne die Grundsatzgesetzgebung des Reiches in dieser Angelegenheit abzuwarten – das Kirchenamt vom Schulamt gelöst und die vermögensrechtlichen Ansprüche der Lehrer aus ihrer bisherigen kirchlichen

Unterrichtsverwaltung gestellt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 212-215, 218-219 und 227-229; Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs, S. 597, Ziffer 4.

⁵⁸¹ Dr. Christian Schreiber (1872–1933), 1898 Priester; 1899 Professor der Philosophie, 1907 der Dogmatik, Apologetik und Homiletik in Fulda; 1907 zugleich Regens des dortigen Priesterseminars; 1921–1930 erster Bischof des wiedererrichteten Bistums Meißen; 1929 Apostolischer Administrator für die Errichtung des Bistums Berlin; 1930–1933 dessen erster Bischof. Vgl. Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 874.

⁵⁸² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/8, Bl. 46-47; Ebd., Nr. 13893, Bl. 81ff.; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 395 (vom 24. Oktober 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 24. November 1921 S. 2612-2635; LLZ, 1921, S. 704-705.

⁵⁸³ Vgl. LLZ, 1924, S. 465.

⁵⁸⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 33-44.

⁵⁸⁵ Der mit der Erarbeitung des Landeslehrplans beauftragte Ministerialrat Dr. Paul Weinhold betonte im Sächsischen Landtag, daß die in der Reichsverfassung in Bezug auf den Religionsunterricht geforderte Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaften gleichwohl gewährleistet sei. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2332, Bl. 197-201; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 90 (vom 28. Juni 1929), Ziffer 2; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 16. Januar 1930, S. 736-739 und 750-751.

⁵⁸⁶ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 853 (vom 11. Juni 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3415-3416 und 3430; SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 265; LLZ, 1928, S. 524-525, 545 und 996.

Tätigkeit geregelt. Überdies sollte das Gesetz die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schule anbahnen.⁵⁸⁷ So hatten sich Kirche und Schulbezirk wegen ihrer Ansprüche am Kirchschullehensvermögen⁵⁸⁸ im Verhandlungswege auseinandergesetzt. Für den Fall, daß keine Einigung erfolgte, hatte die Auseinandersetzung nach Maßgabe eines noch zu erlassenden Gesetzes zu erfolgen und blieb solange ausgesetzt.⁵⁸⁹ Da die Verhandlungen zwischen Kirche und Schule fast ausnahmslos scheiterten, gerieten die Schulbezirke in eine mißliche Lage, da sie etwa notwendige Bauarbeiten an den Schulgebäuden nicht ausführen konnten und überdies die Gefahr vermögensrechtlicher Schädigung drohte.⁵⁹⁰ Auf zentraler Ebene wurden zwischen Volksbildungsministerium und Landeskonsistorium Vertragsverhandlungen über eine Vermögensauseinandersetzung an Kirchschullehen geführt, die 1925 in einem Referentenentwurf mündeten, der jedoch dann nicht weiter verfolgt wurde.⁵⁹¹ Da die Ersitzung von Eigentumsrechten drohte, schlossen beide Parteien im Jahre 1929 eine Vereinbarung, wonach die Bezirkskirchenämter sowie die Bezirksschulämter angewiesen wurden, jeweils dem von der anderen Seite gestellten Antrag auf Eintragung eines Widerspruchs gegen die Richtigkeit des Grundbuchs zuzustimmen, bis eine Klärung der Eigentumsverhältnisse erfolgt sei.⁵⁹² Und auch trotz mehrfachen Drängens im Sächsischen Landtag, daß die Regierung zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung schreiten möge, welche die Interessen der Schule ausdrücklich zu berücksichtigen habe⁵⁹³, wurde ein Gesetz über die Aufteilung der Kirchschullehne erst am 14. November 1939 erlassen⁵⁹⁴. Die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen freilich werden noch in der Gegenwart geführt.⁵⁹⁵

⁵⁸⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 147f. (= Dokument 35) und Ausführungsverordnung hierzu vom 11. Juni 1921 (GBl. S. 149) (= Dokument 36). Abdruck in Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 140-142; Laube, Horst und Karl Seyfert (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht, S. 342-345. Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 685; Ebd., 11125, Nr. 13058/18; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 36 (vom 5. März 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 37. Sitzung vom 15. März 1921, S. 1127-1140; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 245 (vom 3. Mai 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 24. Mai 1921, S. 1570-1574; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 258 (vom 24. Mai 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 53. Sitzung vom 31. Mai 1921, S. 1672; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 115 (vom 1. Juni 1921).

⁵⁸⁸ Das Kirchschullehn war eine historisch entstandene Rechtspersönlichkeit, die die Aufgabe hatte, Erträge aus den zum Schullehn gehörigen Grundstücken zu ziehen und dem Lehrer und Kantor eine Wohnung zu gewähren. Eine ausdrückliche Trennung von Kirchschullehn und weltlichen Schullehn war in einschlägigen Gesetzen, wie dem Parochiallastengesetz vom 8. März 1838 (GVBl. S. 266ff.) und dem Elementarvolksschulgesetz vom 6. Juni 1835 (GVBl. S. 279ff.), nicht normiert. Zu Herkunft und Problematik des Kirchschullehens siehe Blanckmeister, Franz: Die sächsischen Kirchschullehen, S. 86-91; Dietze, Robert: Das sächsische Kirchschullehn; Hase, Armin: Kirchschullehn und Schullehn, S. 1-19 und 77-97; Gündel, Herbert: Das sächsische Kirchschullehn als Stiftung; Moderow, Hans-Martin: Das kirchliche Stiftungsvermögen, S. 209-214; Otto, Gerhard: Eigentum und öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte am sächsischen Kirchschullehn; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Zur Frage der Kirchschullehen, S. 31-37; Zur Rechtsstellung der Schul- und Küsterschullehen in Sachsen, S. 310-324.

⁵⁸⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 148, §§ 4 und 5. Siehe auch: Ebd., S. 231 (§ 3 Absatz 1) und 299 (§ 4 Absatz 3). – Im Gegensatz zum Volksbildungsministerium gab das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium diesbezügliche Verfahrensrichtlinien an die Bezirkskirchenämter aus. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2313, Bl. 116.

⁵⁹⁰ Vom Sächsischen Lehrerverein und vom Sächsischen Gemeindetag wurde dies wiederholt thematisiert. Für den Sächsischen Lehrerverein siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 1766 (Bl. 206-213), 2153, 2312 (Bl. 160-167), 2516 (AE 139-146), 2556 (AE 38-40) und 2955; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Zur Frage der Kirchschullehen. Für den Sächsischen Gemeindetag siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 2313 (Bl. 115-121), 2516 (AE 190-197), 2554 (Bl. 81-87) und 3251. Zur Kirchschullehensfrage siehe im Übrigen auch: LLZ, 1919, S. 349-352 und 527-529; LLZ, 1921, S. 209-210; LLZ, 1923, S. 166-169; LLZ, 1926, S. 396-399; LLZ, 1928, S. 176-177, 561-562, 574-575, 612-614, 802-804 und 950-951; LLZ, 1929, S. 5-8, 31-33, 264-267, 514-515, 568-569, 736-738, 798-799, 822-823, 968, 1036-1038; LLZ, 1930, S. 221-222, 253-254, 277-278 und 329-335; SSZ, 1921, S. 210-212; SSZ, 1925, S. 436-437; SSZ, 1930, S. 205-206; Starke, ...: Die Auseinandersetzung über das sächsische Kirchschullehn, S. 1006-1012.

⁵⁹¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13058/30, 13058/31 und 13058/169.

⁵⁹² Vgl. Gündel, Herbert: Das sächsische Kirchschullehn als Stiftung, S. 37-38.

⁵⁹³ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1033 (vom 13. Dezember 1928); Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 99 (vom 28. Juni 1929), S. 2, Ziffer II. 8. b; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 10. Juli 1929, S. 236; SächsHStAD, 10693, Nr. 2332, Bl. 202-206; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 181 (vom 10. September 1929), Buchstabe b; SächsHStAD, 10693, Nr. 2516, H. 12; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 251 (vom 29. November 1929) und 252 (vom 28. November 1929); SächsHStAD, 10693, Nr. 3249; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 882 (vom 4. Mai 1932).

⁵⁹⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1939, S. 53 und Ausführungsverordnung hierzu vom selben Tag (GBl. S. 54).

⁵⁹⁵ Vgl. Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946, Bd. 38, S. 104-112; Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1999, S. 551-553.

3. Die Auseinandersetzungen um die weltliche Volksschule

a. Die Einschränkung des Religionsunterrichts

Am 21. November 1918 erklärte der Volksbeauftragte Wilhelm Buck (MSPD) als Vorstand des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts gegenüber dem Präsidenten des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums, daß die Kirche sich in nächster Zeit unter anderem auf die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule einzustellen habe.⁵⁹⁶ Am 2. Dezember 1918 erging eine entsprechende Verordnung, wonach von Neujahr 1919 ab der Unterricht in biblischer Geschichte auf der Unterstufe in allen Volksschulen auf zwei Stunden einzuschränken und der Katechismusunterricht ganz einzustellen war.⁵⁹⁷ Da die am 27. Dezember 1918 mit Gesetzeskraft bestätigten Verordnungen⁵⁹⁸, die das Verhältnis von Kirche und Schule neu bestimmten, zu öffentlichen Protesten geführt hatten und am 2. Februar 1919 auch die Wahlen zur Sächsischen Volkskammer anstanden⁵⁹⁹, veranlaßte die „Sorge vor einem unnötigen Beschwören des Kulturkampfes, [...] die Regierung zu einer milderen Tonart“⁶⁰⁰. So ergänzte die Verordnung vom 30. Dezember 1918, daß die im Katechismuslehrplan für den Rest des Schuljahres vorgesehenen Aufgaben innerhalb des bibelkundlichen Unterrichts im Zusammenhang mit der Betrachtung von Lebens- und Zeitbildern aus der biblischen und Kirchengeschichte berücksichtigt werden konnten.⁶⁰¹

Nach dem Wahlerfolg der Sozialdemokratie wurden die eingeleiteten Maßnahmen bis zum abschließenden Gesetzgebungsverfahren, welche die neu gewählte Sächsische Volkskammer in Angriff nahm, weitergeführt.⁶⁰² Bei den Beratungen zum Übergangsschulgesetz war zu entscheiden, ob in der allgemeinen Volksschule Religionsunterricht beibehalten bzw. wie er gestaltet werden solle. Im Gesetzgebungsausschuß wurden diesbezügliche Richtlinien formuliert, welche die Regierung bei der Erarbeitung der Gesetzesvorlage inhaltlich binden sollten.⁶⁰³ Der Berichterstatter im Ausschuß, Arthur Arzt (MSPD), bezog sich in der ersten Lesung am 3. April 1919 auf grundsätzliche Erklärungen, die die Sozialdemokrati-

⁵⁹⁶ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 649. Eine diesbezügliche Unterrichtung der Superintendenten erfolgte einen Tag später durch das Landeskonsistorium, das den Superintendenten empfahl, bereits das für ihre Ephorien Nötige zu erwägen und zweckdienliche Maßnahmen der obersten Kirchenbehörde mitzuteilen. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 658; Ebd., 2. Wahlperiode, 5. Sitzung vom 15. Dezember 1922, S. 65.

⁵⁹⁷ Die freiwerdenden Unterrichtsstunden waren für Unterrichtsgebiete zu verwenden, die während des Krieges in besonderem Maße beeinträchtigt worden waren und erhöhter Pflege bedurften. Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 16 (= Dokument 97); SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/8, Bl. 141 a. Das Landeskonsistorium protestierte gegen die Verordnung im Schreiben vom 16. Dezember 1918. In formaler Hinsicht wurden verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht. Zum einen seien vor Erlaß die kirchlichen Oberbehörden übergangen worden, zum anderen bestehe die Erklärung des Gesamtministeriums vom 27. November 1918, wonach die Trennung von Staat und Kirche im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen, solange aber unberührt zu lassen sei. Sachlich konnte sich das Landeskonsistorium mit der getroffenen Maßregel nicht einverstanden erklären, weil die Religions- und Sittenlehre ohne Hinzutritt einer systematischen Ergänzung zum biblischen Geschichtsunterricht als lückenhaft und ungenügend und damit als nicht-konfessioneller Religionsunterricht angesehen werden müßte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/11, Bl. 27. Dem entgegnete Minister Buck, daß nicht eine Feindschaft gegen die Kirche die Verordnung diktiert habe. Vielmehr habe der Lehrermangel infolge von Einberufung zum Heeresdienst die Wochenstundenzahl auf 12 bis 14 Unterrichtsstunden verkürzt und somit die Aufgabe der Schule, das Kind zu seinem Berufe als Staatsbürger vorzubereiten, erschwert. Da zu dieser Aufgabe aber nicht „das Memorieren von weltfremden Sprüchen und [...] Gesangbuchversen“ gehöre, seien zwei Stunden für den Religionsunterricht reichlich bemessen. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 631-632, Zitat: S. 632; Ebd., 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 657-660. Siehe auch ebenda (S. 648-650) die Darstellung des Abgeordneten Prof. Dr. Franz Rendtorff (DNVP).

⁵⁹⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 407-408; Verordnungsblatt, 1919, S. 14-15 (= Dokument 101).

⁵⁹⁹ Am 2. Januar 1919 legte der Apostolische Vikar für Sachsen, Bischof Löbmann, Verwahrung gegen die staatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht ein, und am 29. Januar 1919 forderte er die katholischen Gläubigen auf, diesen Protest durch ihr Wahlverhalten zu unterstreichen. Vgl. Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 79.

⁶⁰⁰ Verhandlungen, Volkskammer, 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 649.

⁶⁰¹ Im Übrigen wurde bemerkt, daß die angeordnete Kürzung des Religionsunterrichts nur eine vorläufige notwendige Maßnahme sei. Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 17 (= Dokument 102).

⁶⁰² Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 83 (= Dokument 106). Ihren Widerspruch zu der unveränderten Haltung der Regierung brachten die katholischen Schulvorstände Sachsens in einer Druckschrift zum Ausdruck. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 384ff.

⁶⁰³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 56-59 und 70-73; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 3-8; Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1366-1428.

sche Partei bereits im Schulkampf des Jahres 1912 abgegeben hatte.⁶⁰⁴ Die Ausführungen mündeten in dem Antrag, daß aller Unterricht gesinnungsbildend wirken solle. Religionsunterricht werde in der allgemeinen Volksschule nicht erteilt; vielmehr finde in den letzten beiden Schulklassen eine sittliche Unterweisung in wöchentlich 2 Stunden statt.⁶⁰⁵ Der Mitberichterstatter im Ausschuß, Dr. Hermann Barge (DDP), erkannte als Vertreter der Minderheit wohl eine gründliche Reform des Religionsunterrichts als notwendig an, nicht aber seine Beseitigung aus der Schule. Mit der Frage der Trennung von Staat und Kirche habe der Gegenstand nichts zu tun. Religion sei ein Bestandteil des allgemeinen Kulturlebens und gehöre als wichtiges Kulturgut in den Bereich der Schulpolitik.⁶⁰⁶

In der zweiten Lesung am 29. April 1919 waren diese Fragen nochmals Gegenstand ausführlicher Beratung, da sich inzwischen der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung zum gleichen Gegenstand geäußert hatte.⁶⁰⁷ Die Sozialdemokratie erklärte, daß die Weimarer EntschlieÙung keine Veranlassung zu einer veränderten Stellungnahme sein könne.⁶⁰⁸ Der Mitberichterstatter machte demgegenüber geltend, daß durch die Aufstellung der allgemeinen Grundsätze über den Religionsunterricht der Verfassungsausschuß bereits die Kompetenz zur Grundsatzgesetzgebung ausgeübt habe, weswegen der gefaßte Beschluß, wenn er durch die Nationalversammlung bestätigt sei, bindendes Recht darstelle. Und da der Grundsatz gelte, daß Reichsrecht Landesrecht breche, könne eine von Sachsen einseitig vorgenommene Beseitigung des Religionsunterrichts einen ernsten Verfassungskonflikt heraufbeschwören.⁶⁰⁹ Eine Ver-

⁶⁰⁴ Demnach begreife die Forderung der Trennung von Kirche und Staat, die unter anderem auch aus gesteigerter Sorge um die Reinheit der Religion gestellt werde, in sich die Trennung von Kirche und Schule und damit auch die Entfernung des Religionsunterrichts aus dieser. Seitdem sich die Begriffe Staat und Glaubensgemeinschaft nicht mehr deckten und die Religion immer differenzierter geworden sei, könne die Schule nicht einer bestimmten kirchlichen Richtung einen Einfluß auf Festlegung von Unterrichtszielen und -gegenständen gewähren, ohne gleichzeitig eine andere zu verletzen. Um der Einheit der Erziehung willen müsse daher die Entfernung des Religionsunterrichts gefordert werden. Seitens der USPD wurde ergänzt, daß die Freiheit des Glaubens durch den Wegfall des Religionsunterrichts nicht angetastet werden solle, doch ergäbe sich seine Ausscheidung als ein notwendiges Erfordernis auch angesichts des hemmenden Einflusses, den die Vertreter der christlichen Kirchen in der Vergangenheit auf die Entwicklung des Schulwesens ausgeübt hätten. Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 3.

⁶⁰⁵ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 3 und 19 (Ziffer III). Siehe auch: SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 58; Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 599-603 und 608; Ebd., 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1367.

⁶⁰⁶ Für Millionen stelle die Religion den wertvollsten inneren Besitz dar. Darum müsse für diese der Wegfall des Religionsunterrichts in der Schule einen schweren Schlag bedeuten. Vollwertiger Ersatz für diesen Wegfall lasse sich namentlich in den Großstädten durch kirchlichen Religionsunterricht nicht bieten; schon weil es auf absehbare Zeit der Kirche aus technischen Gründen unmöglich sein werde, ihn im großen Maßstabe durchzuführen. Auch sei zu besorgen, daß bei einem von der Schule gesonderten Religionsunterricht, den die Kirche erteile, sich ein Gegensatz zwischen dieser und der religionslosen Schule herausbilden werde, wodurch die Einheitlichkeit des Bildungswesens und Kulturlebens gefährdet werde. Darum müsse ein Weg gefunden werden, daß den religiösen Bedürfnissen des Volkes durch einen von Lehrern in der Schule erteilten staatlichen Religionsunterricht Rechnung getragen werde. Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 4; Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1371-1374.

⁶⁰⁷ Dieser hatte als Artikel 31 b der Verfassungsvorlage vom 4. April 1919 beschlossen: „Die Erteilung des Religionsunterrichts, der ordentlicher Lehrgegenstand der Schule ist, wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Kein Lehrer darf zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Verrichtungen, kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaften erteilt.“ Zitiert nach: Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 5.

⁶⁰⁸ Solange das Reich noch kein Reichsgesetz für die Schule erlassen habe, bleibe die gesetzgeberische Regelung dieser Materie den Einzelstaaten vorbehalten. Darum sei es ganz unbedenklich für Sachsen, in der Frage des Religionsunterrichts selbständige Entscheidungen zu treffen. Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 5-6; Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1380 und 1398-13992.

⁶⁰⁹ Zudem habe das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts selbst in der Verordnung vom 2. Dezember 1918 erklärt, daß die Frage des Religionsunterrichts in der Volksschule endgültig erst nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung im Wege der Gesetzgebung geregelt werden solle, und das hieÙe doch auf Grund der von der Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse. Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 5-6; Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1374-1375. Das Ausschußmitglied Prof. Dr. Franz Rendtorff (DNVP) erklärte, daß der Wegfall des Religionsunterrichts in der Schule eine schwere Vergewaltigung derer bedeute, die ihre Kinder in religiösem Geiste erziehen sehen wollten. Damit sei einerseits eine VergröÙerung und Trivialisierung des gesamten Erziehungswerkes der Volksschule verbunden. Zum anderen sei – wenn die Schule die Kinder jeder religiösen Berührung entziehe – eine Entchristlichung und Verarmung des Volkes im weitesten Umfange zu befürchten. Dies könne nur ein Gesetzgeber wollen, der es auf planmäßige Ausrottung der Religion abgesehen habe. Unter Bezugnahme auf die Weimarer EntschlieÙungen be-

ständigung in der Frage des Religionsunterrichts wurde nicht erzielt, weshalb der Abgeordnete Moritz Beutler (DNVP) beantragte, diese Frage aus dem Übergangsgesetz auszuschließen.⁶¹⁰ Die Abstimmung ergab in beiden Lesungen mit jeweils 10 gegen 8 Stimmen die Annahme des Antrages Arzt und die Ablehnung sämtlicher Minderheitsanträge.⁶¹¹

Obwohl die Richtlinien durch die Volkskammer angenommen wurden⁶¹², fühlte sich die Regierung bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs an diese nicht gebunden. Zwar schied die Regierungsvorlage vom 23. Juni 1919 den Religionsunterricht aus der Reihe der verbindlichen Unterrichtsgegenstände aus⁶¹³, sah aber vor, daß derselbe bis zur Regelung in der Reichsverfassung noch weiter nach den im Verordnungsweg getroffenen Bestimmungen erteilt werden solle. Der Forderung nach Gewissensfreiheit trüge die Vorlage dadurch in vollem Umfange Rechnung, daß sie den Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht beseitige und dem Lehrer das Recht zuspreche, die Erteilung desselben abzulehnen.⁶¹⁴

Der Regierungsentwurf wurde nach allgemeiner Vorberatung in der Volkskammer im Gesetzgebungsausschuß umgestaltet.⁶¹⁵ In der dortigen Sitzung am 1. Juli 1919 wurde ein vom Abgeordneten Hermann Müller (USPD) eingebrachter Antrag, wonach Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt werde, mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.⁶¹⁶ Der in der zweiten Lesung am 8. Juli 1919 gestellte Antrag von Dr. Hermann Barge (DDP) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage blieb bei Bestätigung des bereits gefaßten Beschlusses (diesmal mit 10 gegen 8 Stimmen) erfolglos.⁶¹⁷ An-

antragte Dr. Rendtorff, daß der in Übereinstimmung mit den Lehren der betreffenden Religionsgemeinde zu erteilende Religionsunterricht ordentlicher Lehrgegenstand der Schule sei. Kein Lehrer dürfe zur Erteilung, kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichts gezwungen werden, ebensowenig wie zum Besuch des allgemeinen interkonfessionellen Religionsunterrichts oder des an Stelle des Religionsunterrichts erteilten Moralunterrichts. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 70-71; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 19, Ziffer 3 und 4. Einen auf Vermittlung ausgerichteten Antrag brachte der Abgeordnete Eduard Hermann Kruspe (DDP) durch seinen Parteifreund Dr. Emil Menke-Glückert ein. Der Antrag käme der Auffassung der Sozialdemokraten, daß Religion Privatsache sei, in weitgehendem Maße entgegen. Aber die Religion sei, schulpolitisch gesehen, nicht so sehr Privatsache des Einzelnen, als vielmehr der Elterngemeinde; eine Privatsache, die von der Schule nicht getrennt zu werden brauche. Nach Kruspes Vorstellungen würde die Elterngemeinde mit der Schule einen Kollektivvertrag zwecks Abhaltung von Religionsunterricht schließen, welcher damit eine Kollektiv-Privatveranstaltung sei. Der Religionsunterricht dürfe aber nicht die Einheitlichkeit der Volksschule sprengen, weswegen die konfessionellen Schulen in Wegfall zu kommen hätten. Der Religionsunterricht solle aber im Schulgebäude und als ein vom Staate geordneter Unterricht konfessionell erteilt werden. Die Festsetzung des Lehrplanes habe unter Oberaufsicht des Staates zu erfolgen, aber auf Grund der Abmachung zwischen der Organisation der den Religionsunterricht erteilenden Lehrer und der Elternschaft. Auf diese Weise bliebe den kirchlichen Organisationen auf dem Umweg über die Elternschaft ein gewisser Einfluß auf die Art des Religionsunterrichts gewahrt und diesem gleichzeitig der Charakter einer Privatveranstaltung erhalten. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 70; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 6-7 und 20, Ziffer 7; Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1389-1393. Die Auffassung, daß Religion Privatsache sei, hatte der Abgeordnete Richard Lipinski (USPD) bereits im Plenum als irrtümlich bezeichnet. So stehe im Programm der Sozialdemokratie: Erklärung der Religion zur Privatsache. Damit würde zum Ausdruck gebracht, daß die Religion eine staatliche Angelegenheit sei, die benutzt würde, um der arbeitenden Klasse die Untertänigkeit unter die Besitzenden beizubringen. Erklärung der Religion zur Privatsache bedeute also Aufhebung der Staatskirche und Belassung der Kirche als eine private Einrichtung. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 608.

⁶¹⁰ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 19, Ziffer 6.

⁶¹¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 58 und 73; LLZ, 1919, S. 311-314.

⁶¹² Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1425-1426.

⁶¹³ Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 2, § 2 Absatz 1.

⁶¹⁴ Vgl. Ebd., S. 2, § 2 Absatz 2. Die Regierung räumte zugleich ein, daß eine derartige Regelung gewisse Gefahren für die Ruhe und die Stetigkeit des Schulbetriebes berge und es schon aus diesem Grunde besser gewesen wäre, den Religionsunterricht ganz aus dem Plan der Schule auszuschneiden und der Kirche zu überlassen. Sie hatte daher dem Gesandten in Weimar Weisung gegeben, bei der zweiten Lesung über die Grundrechte des deutschen Volkes im Verfassungsausschuß dahin zu wirken, daß der Religionsunterricht der Kirche zu überlassen sei. Da indessen damit gerechnet werden mußte, daß eine Bestimmung über die Erteilung von Religionsunterricht, wenn auch nur als wahlfreier Unterrichtsgegenstand, in die Reichsverfassung aufgenommen werden würde, erschien es der Regierung angezeigt, den Religionsunterricht mit den schon angeordneten und im Entwurf vorgesehenen Einschränkungen beizubehalten, um ihn nicht wegen Übereilung über kurz oder lang wieder einführen zu müssen. Vgl. Ebd., S. 13; Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1956.

⁶¹⁵ Für die Aussprache über § 2 siehe: Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1653, 1663-1664, 1668-1669 und 1677.

⁶¹⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 239, Bl. 74-76 und 82, Anlage 2.

⁶¹⁷ Vgl. Ebd., Bl. 115 und 117; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 356 (vom 8. Juli 1919), S. 6, § 2 Absatz 2. Zum Gang der Ausschlußverhandlungen siehe: Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1941-1943 und 1961-1963.

läßlich der letzten Lesung in der Volkskammer am 11. Juli 1919⁶¹⁸ wurden von den Oppositionsparteien nochmals verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht.⁶¹⁹ Demgegenüber stellte der Abgeordnete Hermann Müller (USPD) fest, daß es zu einer Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete bisher noch nicht gekommen und der Entwurf des Ausschusses in Weimar noch nicht Gesetz geworden sei.⁶²⁰ Bei der namentlichen Abstimmung votierten 51 Abgeordnete für und 25 gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts; von den Bürgerlichen schloß sich allein der Leipziger Volksschullehrer Bernhard Claus (DDP) dem sozialdemokratischen Standpunkt an.⁶²¹ Bei der Behandlung der Übergangsbestimmungen wurde sodann durch den Abgeordneten Wilhelm Heinrich Lange (MSPD) ein Antrag eingebracht und mit Mehrheit angenommen, wonach die Bestimmung über den Wegfall des Religionsunterrichts erst vom 1. April 1920 ab durchzuführen sei.⁶²² Mit Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt traten die genannten Beschlüsse am 22. Juli 1919 in Kraft.⁶²³

Am 14. August 1919 folgte sodann die Verkündung der Weimarer Reichsverfassung, welche die Gemeinschaftsschule, d. h. die Volksschule mit einem für die Kinder verschiedener Bekenntnisse nach Bekenntnissen getrennten Religionsunterricht, als Regelform forderte.⁶²⁴ Die Gegner der weltlichen Schulen in Sachsen sahen sich in ihren Einwänden bestätigt. Stellvertretend für sie fragte der Abgeordnete Dr. Eduard Wagner (DNVP) die neue sächsische sozialliberale Regierung, ob sie bereit sei, der Volkskammer baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen in Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung bringe.⁶²⁵ Am 16. Dezember 1919 teilte Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) in einer Regierungserklärung seine grundsätzliche Bereitschaft mit.⁶²⁶ Dieser Ankündigung folgte am 27. Februar 1920 als Vorlage Nr. 53 der Entwurf eines Abänderungsgesetzes, der den Verbleib des Religionsunterrichts in den sächsischen Volksschulen bis zum Inkrafttreten des Reichsschulgesetzes vorsah.⁶²⁷ In der Begründung wurde die von der Regierung vertretene Rechtsauffassung

⁶¹⁸ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1941-1974.

⁶¹⁹ Vgl. Ebd., S. 1946, 1951, 1963-1964 und 2003-2004.

⁶²⁰ Vgl. Ebd., S. 1949. Sein Parteifreund Richard Lipinski ergänzte (S. 1955): „Wir erkennen an, daß das Reich in seiner Gesetzgebung vorangehen muß, wir behalten uns aber vor, wenn das Reich auf diesem Gebiete nicht bahnbrechend ist, die Bahn vorwärts zu beschreiten, und wir wollen einmal sehen, ob die Regierung mit Maschinengewehren und Panzerautos nach Sachsen einrücken wird, um dem Volke die Religion zu erhalten.“

⁶²¹ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1973. Zur gegensätzlichen Haltung von Fraktion und Regierung siehe auch Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 56-57.

⁶²² Dies sei nicht als Zugeständnis an die Minderheitsparteien zu verstehen, das die Risse in den sich gegenüberstehenden Anschauungen überkleistern solle. Vielmehr habe man sich hier von praktischen Gesichtspunkten leiten lassen. Wenn das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft träte, könnten die Religionsgesellschaften innerhalb von 24 Stunden keinen Religionsunterricht einrichten. Diese Zeit müßte ihnen in einer Übergangsfrist eingeräumt werden. Zudem habe das Schuljahr begonnen, und die Eltern und Kinder hätten ein Anrecht darauf, dieses unter den begonnenen Verhältnissen auch durchzuführen. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 2003-2004.

⁶²³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 171 (§ 2 Absatz 2) und 184 (§ 18 Absatz 2 Satz 2 und 3).

⁶²⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1410-1412 und 1416 (= Dokument 25). Siehe auch Kapitel B. II.

⁶²⁵ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 433 (vom 26. November 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2448-2452

⁶²⁶ Er erklärte: „Ein Widerspruch zwischen der Reichsverfassung und dem sächsischen Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 besteht insofern, als § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes bestimmt, daß Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt wird, während nach Artikel 149 Absatz 1 der Reichsverfassung der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen ist. Hiernach kann es nicht zweifelhaft sein, daß § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes abgeändert werden muß. Denn wie sich auch das Schulwesen der Reichsgebiete auf Grund des Reichsschulgesetzes gestalten mag, steht doch schon so viel fest, daß die religionslose Schule nur auf Antrag der sich für sie erklärenden Erziehungsberechtigten und nur für deren Kinder eingerichtet werden kann, als einzige Schulform also nicht zulässig ist. Da aber § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes nach § 18 Absatz 2 desselben Gesetzes erst am 1. April 1920 in Kraft treten sollte, so gilt die Bestimmung, daß der Religionsunterricht wegfallen soll, zurzeit noch nicht; die Regierung hält es jedoch für erforderlich, daß sie durch eine [andere] Vorschrift ersetzt wird“. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2468.

⁶²⁷ Insofern stellte er die Bestimmungen, wie sie die Regierungsvorlage Nr. 15 zum Übergangsschulgesetz getroffen hatte, wieder her. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16125, Bl. 114ff.; Ebd., 10693, Nr. 252; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 53 (vom 27. Februar 1920) (= Dokument 28).

ausführlich dargelegt.⁶²⁸ Aufgrund des Widerstands beider sozialdemokratischer Fraktionen zog die Regierung den Entwurf jedoch wieder zurück.⁶²⁹ Darauf erklärte am 30. März 1920 der Reichsminister des Innern, daß die Reichsregierung sich zu einem Einschreiten gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Reichsverfassung veranlaßt sehen würde (Anrufung des Reichsgerichts), wenn der Religionsunterricht in allen Schulen Sachsens für eine Übergangszeit völlig beseitigt werden sollte.⁶³⁰ So wurde ab 1. April 1920 Religionsunterricht zunächst per Verordnung für jene Kinder weiter erteilt, deren Erziehungsberechtigten ihre Teilnahme an demselben wünschten.⁶³¹

Zur grundsätzlichen Klärung der Angelegenheit stellte der Reichsminister des Innern schließlich am 24. April 1920 beim Reichsgericht den Antrag auf Entscheidung, ob die Vorschrift in § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen mit der Reichsverfassung vereinbar sei.⁶³² Da nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1920 vor der Entscheidung des Reichsgerichts die beteiligten Reichs- und Lan-

⁶²⁸ Sie lautet: „Die Vorschrift in § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes, wonach Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt wird, steht mit Artikel 149 der Reichsverfassung in Widerspruch. Dort wird bestimmt, daß Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen ist. – Es könnte zunächst so scheinen, als ob diese Ausnahme zugunsten von § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes Anwendung finden könnte, allein nach dem Zusammenhange der Vorschriften, die die Reichsverfassung über Bildung und Schule gibt, kann das nicht aufrecht erhalten werden. Welche Arten von öffentlichen Schulen zulässig sind, bestimmt Artikel 146 der Reichsverfassung dahin, daß die für die gemeinsame Schule ohne Sonderung der Kinder nach der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung oder nach dem Religionsbekenntnisse ihrer Eltern (Absatz 1) – also die sogenannte Gemeinschafts- oder Simultanschule – die gesetzliche Regel bilden soll; neben ihr aber sind als Sonderschulformen unter gewissen Voraussetzungen auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten (Absatz 2). Wenn demnach Artikel 149 Absatz 1 die bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen von der Verpflichtung zur Erteilung von Religionsunterricht ausnimmt, so können damit nur Volksschulen ihrer Weltanschauung gemeint sein, die Erziehungsberechtigte auf Grund von Artikel 146 Absatz 2 beantragt haben; denn andere Schulen läßt die Reichsverfassung nicht zu. Demnach sind nur die Weltanschauungsschulen, die als Sonderschulen nach Artikel 146 Absatz 2 bestehen, von der Verpflichtung befreit, Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu haben. Dagegen gestattet Artikel 149 der Reichsverfassung nicht, daß die allgemeine Volksschule, die als Regelform besteht, religionsfrei eingerichtet wird. Das würde auch mit Artikel 146 (Absatz 1) in Widerspruch stehen, der die Gemeinschaftsschule – d. h. die Volksschule mit einem für die Kinder verschiedener Bekenntnisse nach Bekenntnissen getrennten Religionsunterricht – als Regelform fordert. – Ergibt sich hiernach, daß der angeführte § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes mit der Reichsverfassung in Widerspruch steht, so ist doch die Frage berechtigt, ob es seiner Aufhebung noch bedarf, denn einmal ist er schon nach Artikel 13 der Reichsverfassung (Reichsrecht bricht Landesrecht) aufgehoben, sodann aber sollte er nach § 18 Absatz 2 des Übergangsgesetzes erst am 1. April 1920 in Kraft treten. [...] Außerdem wird ein weiterer Widerspruch zwischen der Reichsverfassung und dem Übergangsgesetz entstehen, wenn das Reichsschulgesetz und das nach seinen Grundsätzen zu erlassende Landesgesetz, in denen die Zulassung von Bekenntnisschulen und bekenntnisfreien oder Weltanschauungsschulen nach Artikel 146 Absatz 2 näher geregelt werden soll, bis zum 1. April 1920 nicht in Kraft tritt, denn dann würde § 2 Absatz 2 des Übergangsgesetzes die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der allgemeinen Volksschule von diesem Tage ab vorschreiben, während Artikel 174 Satz 1 der Reichsverfassung bestimmt, daß es bei der bestehenden Rechtslage bis zum Erlasse des erwähnten Reichsgesetzes bleibt. – Unter der bestehenden Rechtslage kann nur die Rechtslage verstanden werden, die am Tage des Inkrafttretens der Verfassung, also am 11. August 1919, bestand. Der Begriff ‚Rechtslage‘ umfaßt – wie nach dem Wortsinne nicht zweifelhaft sein kann – die Gesamtheit der rechtlichen Vorschriften, die am 11. August 1919 zur Ordnung des Volksschulwesens in Geltung standen, soweit sich diese Vorschriften auf die Berücksichtigung der Bekenntnisse und Weltanschauungen, und damit insbesondere des Religionsunterrichts in der Schule beziehen. Hiernach wird die Rechtslage, die am genannten Tage in Sachsen bestand, durch folgenden Satz in § 18 Absatz 2 des Übergangsgesetzes bezeichnet: ‚Bis zum 1. April 1920 wird Religionsunterricht nach den im Verordnungswege getroffenen Bestimmungen erteilt.‘ Wenn es bei dieser Rechtslage bis zum Erlasse des mehrfach erwähnten Reichsschulgesetzes zu bleiben hat, so folgt daraus, daß Religionsunterricht auch über den 1. April 1920 hinaus nach den im Verordnungswege getroffenen Bestimmungen erteilt werden muß, sofern das Reichsgesetz bis dahin nicht erlassen worden ist. Daraus ergibt sich weiter, daß auch der vorhergehende Satz ‚die Bestimmung in § 2 Absatz 2 ist vom 1. April 1920 an durchzuführen‘ wegfallen muß, weil er mit Artikel 174 Satz 1 der Reichsverfassung nicht zu vereinbaren ist und überdies, wie im Eingange dargelegt, einen Widerspruch zu Artikel 149 der Reichsverfassung hervorrufen würde.“ Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 53 (vom 27. Februar 1920), S. 2-3.

⁶²⁹ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 129. Sitzung vom 23. Juni 1920, S. 4079. Zu den verfassungsrechtlichen Ansichten der Parteien bezüglich der Frage des Religionsunterrichts siehe: Ebd., 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2466-2469, 2474, 2492-2494, 2505-2506 und 2510-2511; Ebd., 77. Sitzung vom 8. Januar 1920, S. 2649-2650, 2653, 2656, 2658-2661, 2668-2671, 2676, 2678-2679 und 2681-2682.

⁶³⁰ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 9047, Bl. 3-4; Verhandlungen, Volkskammer, 115. Sitzung vom 11. Mai 1920, S. 3649.

⁶³¹ Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 51-52 (= Dokument 121); SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 331; Verhandlungen, Volkskammer, 117. Sitzung vom 17. Mai 1920, S. 3694 und 3699-3700; Ebd., 129. Sitzung vom 23. Juni 1920, S. 4078-4081 und 4116-4117.

⁶³² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 332; Ebd., 10701, Nr. 321, Bl. 70-71; Verhandlungen, Volkskammer, 115. Sitzung vom 11. Mai 1920, S. 3649.

deszentralbehörden zu hören und ihre Erklärungen schriftlich abzugeben waren⁶³³ – und auch der sächsischen Regierung daran gelegen war, die Rechtsauffassung der Volkskammer in allen Einzelheiten zutreffend darlegen zu können –, richtete das Gesamtministerium am 11. Mai 1920 das Ersuchen an die Volkskammer, den Entwurf Nr. 53 durch den zuständigen Ausschuß vorberaten und schriftlichen Bericht darüber erstatten zu lassen.⁶³⁴ Die Vorlage wurde am 17. Mai 1920 zunächst in der Volkskammer in erste Lesung genommen und dann dem Rechtsausschuß überwiesen.⁶³⁵ Dieser lehnte dieselbe in seiner 73. Sitzung am 7. Juli 1920 mit 10 gegen 8 Stimmen ab.⁶³⁶ Anlässlich der zweiten Lesung in der Volkskammer wurde aufgrund der klaren Standpunkte keine Aussprache mehr gepflogen und die Regierungsvorlage mehrheitlich abgelehnt.⁶³⁷ Wohl aber wurde ein Antrag des Abgeordneten Arthur Arzt (MSPD) beraten, der sich vorsorglich mit Einzelheiten über die Erteilung des Religionsunterrichts beschäftigte für den Fall, daß sich das Reichsgericht der Ansicht der Minderheit anschließen könnte.⁶³⁸ Das Reichsgericht verkündete schließlich in seinem Urteil vom 4. November 1920:

„§ 2 Abs. 2 und § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Sächsischen Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 (GVBl. S. 171) stehen mit Artikel 146, 149, 174 der Verfassung des Deutschen Reichs im Widerspruche.“⁶³⁹

Da der Spruch nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1920 Gesetzeskraft besaß, waren damit die fraglichen Paragraphen aufgehoben.⁶⁴⁰ Das Kultusministerium ordnete deswegen am 8. Dezember 1920 die Forterteilung des Religionsunterrichts an.⁶⁴¹

Die Befürworter der weltlichen Schule gaben sich damit jedoch nicht geschlagen. Am 1. März 1921 beschloß der Landtag bei namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 44 Stimmen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung einen Antrag auf gesetzliche Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule zu stellen.⁶⁴² Das am 4. April 1921 gestellte Gesuch beschied der Reichsminister des Innern abschlägig⁶⁴³, womit nun endgültig der Fortbestand des Religionsunterrichts in den Volksschulen gesichert schien.⁶⁴⁴

⁶³³ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1920, S. 511, § 2 Absatz 1.

⁶³⁴ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 115. Sitzung vom 11. Mai 1920, S. 3648-3649. Dieses Ersuchen war gestützt auf § 5 der Volkskammerordnung vom 11. Februar 1920 (GVBl. S. 21).

⁶³⁵ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 117. Sitzung vom 17. Mai 1920, S. 3692-3702.

⁶³⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 252, Bl. 86. Die sozialdemokratische Ausschlußmehrheit vertrat den Standpunkt, daß das Übergangsgesetz vor Erlass der Reichsverfassung in Kraft getreten sei, demzufolge Sachsen die Sperrklausel des Artikels 174 zugute komme. Auch wenn man aus Gründen der Unterrichtstechnik – um eine Störung des Unterrichtes mitten im Schuljahre zu vermeiden – in § 18 Absatz 2 den Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 2 Absatz 2 auf den 1. April 1920 verschoben habe, so ändere dies nichts an dem Grundcharakter des Gesetzes, welches die weltliche Schule für ganz Sachsen eingeführt und somit zur Rechtslage gemacht habe, die bis zum Erlass eines Reichsschulgesetzes Geltung habe. Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 837 (vom 21. Oktober 1920), S. 1.

⁶³⁷ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4781-4803; Ebd., 152. Sitzung vom 26. Oktober 1920, S. 4806; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 388 (vom 27. Oktober 1920).

⁶³⁸ Der Antrag stellte insofern eine „Umgruppierung der Streitkräfte“ dar, als er sich nicht gegen die Beibehaltung des Religionsunterrichts selbst aussprach, sondern darauf zielte, der Regierung sowie den Lehrern und Hilfskräften die Durchführung bzw. Erteilung des Religionsunterrichts maximal zu erschweren. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 268; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 828 (vom 14. Oktober 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4781-4803; Ebd., 152. Sitzung vom 26. Oktober 1920, S. 4806; LLZ, 1920, S. 656-657.

⁶³⁹ Reichsgesetzblatt, 1920, S. 2016, Nr. 7866, Artikel I. Wiedergabe des Beschlusses nebst Gründen in: SächsHStAD, 10701, Nr. 321, Bl. 87-89; Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche, S. 83-84; Archiv des öffentlichen Rechts, 1921, S. 98-103 (= Dokument 270); Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf, S. 121-125. Zur Bewertung des Urteils siehe: LLZ, 1920, S. 733-734; Lassar, Gerhard: Ein Beschluß des Reichsgerichts, S. 103-112; Poetzsch-Heffter, Fritz: Handkommentar der Reichsverfassung, S. 504; Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 84-85.

⁶⁴⁰ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1920, S. 511, § 3 Absatz 3.

⁶⁴¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1920, S. 488-489; Verordnungsblatt, 1920, S. 155 (= Dokument 132).

⁶⁴² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 368; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 45 (vom 17. Dezember 1920) und 98 (vom 28. Januar 1921); SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 94 a; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 1. Februar 1921, S. 667-699; Ebd., 25. Sitzung vom 22. Februar 1921, S. 784-792; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 129 (vom 22. Februar 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 29. Sitzung vom 1. März 1921, S. 888-889; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 56 (vom 2. März 1921).

⁶⁴³ Im Schreiben vom 16. April 1921 führte er aus: „Die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule könnte nur auf dem Wege der verfassungsändernden Gesetzgebung erreicht werden. Ich müßte zunächst der Reichsregierung einen ent-

Da die Reichsverfassung aber keine Bestimmungen über den Umfang des Religionsunterrichts enthielt⁶⁴⁵, d. h. über die Anzahl der Wochenstunden und die verschiedenen Zweige dieses Lehrgegenstandes, war zumindest noch strittig, ob Religionsunterricht auf allen Klassenstufen erteilt werden mußte.⁶⁴⁶ Die Verordnung vom 25. Februar 1921 gestattete, soweit der Unterricht auf der Unterstufe der Volksschule als Gesamtunterricht⁶⁴⁷ gehalten wurde, daß auch der Religionsunterricht innerhalb dieses Unterrichts erteilt und von Einstellung besonderer Religionsstunden in den Stundenplan abgesehen werden konnte.⁶⁴⁸ Daran anknüpfend stellte Arthur Arzt (SPD) am 21. Februar 1924 den Antrag, den Religionsunterricht innerhalb der ersten vier Schuljahre überhaupt abzusetzen.⁶⁴⁹ Wenn sich dieser Antrag auch auf pädagogische Erwägungen stützte, war ersichtlich, daß er auf die Umwandlung der Grundschule in eine weltliche Schule abzielte. Die Zustimmung hierfür versagte der Landtag noch.⁶⁵⁰ Aber anläßlich der Haushaltsberatungen für das Jahr 1929 beschloß dieser am 10. Juli 1929, daß in den ersten beiden Schuljahren weder Unterricht in Religion noch in Lebenskunde erteilt werde.⁶⁵¹ Ministerpräsident Wilhelm Büniger (DVP) verweigerte die Ausführung dieses Landtagsbeschlusses, da nach seiner Rechtsauffassung zweistündiger Religionsunterricht ein charakteristisches Merkmal für die sächsische Gemeinschaftsschule gewesen sei, wie sie beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden habe.⁶⁵² Dieser Auffassung kann

sprechenden Gesetzentwurf unterbreiten. Nach Lage der Sache würde dieser mit Sicherheit abgelehnt werden. Auch im Reichsrat und Reichstag, für dessen Beschlußfassung die Vorschriften des Artikel[s] 76 der Reichsverfassung maßgebend wären, würde der Gesetzentwurf keine Aussicht auf Annahme haben. Ich bin schon auf Grund dieser Erwägung nicht in der Lage, dem Antrag zu entsprechen, und sehe davon ab, meine eigene Stellung zu dem Beschluß des sächsischen Landtags sachlich darzulegen.“ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 9047, Bl. 22 (Zitat); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 24. Mai 1921, S. 1568.

⁶⁴⁴ Zumal sich auch die politischen Kräfteverhältnisse nach der Reichsexekution gegen Sachsen zugunsten der bürgerlichen Parteien verschoben hatten. Siehe zusammenfassend Frackowiak, Johannes: Soziale Demokratie als Ideal, S. 64-77; Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie, S. 186-190.

⁶⁴⁵ Dies stellten übereinstimmend sowohl eine Verordnung des Kultusministeriums vom 11. Oktober 1919 als auch eine Einschätzung des Reichsministers des Innern vom 17. Mai 1920 fest. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 214 und 228.

⁶⁴⁶ Die Bezeichnung „ordentliches Lehrfach“ besagte nur, daß das betreffende Fach einen wesentlichen Bestandteil des Lehrplans bildete; nicht aber, daß dies vom ersten Schuljahr an erteilt werden müsse. Beispielsweise galt dies auch für die Fächer Geschichte und Erdkunde, die auch nicht in der ersten Klasse einsetzten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 57; LLZ, 1928, S. 973-974.

⁶⁴⁷ Zum pädagogischen Konzept des Gesamtunterrichts siehe Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, S. 199-246; Vilsmeier, Franz (Hrsg.): Der Gesamtunterricht; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 299-300.

⁶⁴⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1921, S. 29 (= Dokument 138). Zur Behebung schultechnischer Schwierigkeiten wurde später von den Ministern Kaiser und Büniger noch verordnet, daß Religionsunterricht innerhalb des Gesamtunterrichts nur dann erteilt werden durfte, wenn der Lehrer Mitglied der Kirche war und der Erteilung des Religionsunterrichts zustimmte; und wenn in der Klasse keine Kinder vorhanden waren, die vom Religionsunterricht abgemeldet waren. Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 96. Sitzung vom 16. Februar 1922, S. 3238-3239; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 502 (vom 17. September 1923), Ziffer 3; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 84. Sitzung vom 21. Februar 1924, S. 2435; SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 30; Ebd., Nr. 13365/10, Bl. 103 und 107; Verordnungsblatt, 1930, S. 5; Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens, S. 67.

⁶⁴⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1651; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 735 (vom 21. Januar 1924).

⁶⁵⁰ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 88. Sitzung vom 11. März 1924, S. 2561-2562 und 2572; Ebd., 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2652-2653, 2660, 2666-2668 und 2675; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 864 (vom 3. Juni 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3539-3541 und 3573.

⁶⁵¹ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 99 (vom 28. Juni 1929), S. 2, Ziffer II. 8. a; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 10. Juli 1929, S. 232 und 236; LLZ, 1929, S. 667-668; SSZ, 1929, S. 571-572; NSSZ, 1929, S. 250-252. Bemerkenswert ist, daß noch am 19. April 1928 der Landtag auf Antrag der DNVP beschlossen hatte, daß nach dem vorläufigen Scheitern des Reichsschulgesetzes für die Sicherstellung des Religionsunterrichts zu sorgen sei. Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), S. 2, Ziffer V. 7; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2742 und 2761. Der Landtagsbeschluß vom 10. Juni 1929 rief dagegen lebhaften Protest in christlichen Kreisen hervor. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 24ff.; Ebd., 10693, Nr. 2415 und 2420. Dies voraussehend hatte im Haushaltsausschuß A der Abgeordnete Kurt Weckel (SPD) schon am 28. Juni 1929 erklärt, daß mit dem Wegfall des Religionsunterrichts in den beiden untersten Stufen nicht jede religiöse oder lebenskundliche Unterweisung verboten werden solle. Aber es solle die Betonung der konfessionellen Fragen, mit der die Gegenseite immer sofort käme, ausgeschaltet werden. Aus pädagogischen Gründen sei ein planmäßiger Religionsunterricht in den beiden Unterstufen nicht mehr zu verlangen; wer ihn dennoch verlange, gehe nicht vom Standpunkt des Kindes und der Pädagogik aus, sondern von außerschulischen Gründen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 20.

⁶⁵² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2332, Bl. 202ff.; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 181 (vom 10. September 1929), Buchstabe a; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 16. Januar 1930, S. 751-754.

die Stellungnahme des Sächsischen Lehrervereins entgegengehalten werden.⁶⁵³ Ihr inhaltlich folgend erklärte der Abgeordnete Arthur Bretschneider (DDP), daß es dem Landtag nicht um die etappenweise Beseitigung des Religionsunterrichts gehe, sondern darum, eine landesgesetzliche Regelung zu treffen, die bereits in der Vorkriegszeit mit ministerieller Genehmigung bestanden habe.⁶⁵⁴ Diese würde somit nicht im Widerspruch zur Reichsverfassung stehen, sondern sei vielmehr Bestandteil einer nach Artikel 174 RV zu schützenden Rechtslage.⁶⁵⁵ Die Einwendungen änderten freilich nichts an der Haltung der Regierung, die ihren Gegnern statt dessen die Anrufung des Staatsgerichtshofs empfahl.⁶⁵⁶

Im Gegensatz zu dieser Landtagsmehrheit wurden vornehmlich von den christlichen Elternvereinen Forderungen gestellt z. B. nach Aufhebung der Beschränkungen im Hinblick auf Anzahl und Inhalt der Religionsstunden⁶⁵⁷, nach Ansetzung einer dritten Wochenstunde Religionsunterricht für die oberen drei Schuljahre⁶⁵⁸, nach Ausweitung des Religionsunterrichts über das 8. Schuljahr hinaus in den höheren Abteilungen der Volksschule⁶⁵⁹ sowie nach Einführung des Religionsunterrichts in der Berufsschule⁶⁶⁰. Dem trug die sächsische Regierung insoweit Rechnung, als sie im Anschluß an den Landeslehrplan durch Verordnung vom 23. September 1930 vom Schuljahr 1931/1932 ab wieder einen umfangreichen Memorierstoff im evangelisch-lutherischen Religionsunterricht einführte.⁶⁶¹ Zudem waren die Bezirksschulämter und Schulbezirke auch während der Weltwirtschaftskrise explizit angehalten, den Religionsunterricht trotz der Sparverordnung vom 21. September 1931 zu gewährleisten.⁶⁶² Nach Übernahme des Volksbildungsministeriums durch den Dresdner Stadtschulrat Dr. Wilhelm Hartnacke hatten mit Beginn des Schuljahres

⁶⁵³ „Der Sächsische Lehrerverein begrüßt den Beschluß des Landtags vom 10. Juli 1929, nach dem in den beiden ersten Schuljahren weder Religionsunterricht noch Unterricht in Lebenskunde in besonderen Stunden erteilt werden soll. Der Sächsische Lehrerverein begrüßt diesen Beschluß schon um der Kinder willen. Für die wenigen biblischen Geschichten und für die sittlichen Belehrungen aus dem Gebiete der Lebenskunde, die für sechs- und siebenjährige Kinder möglich sind, bedarf es nicht eines besonderen Unterrichts in wöchentlich 2 Stunden, bedarf es nicht des Aufwandes von 160 Wochenstunden in 2 Schuljahren. Auch Geistliche, die diesen Unterricht jetzt hier und da in der Schule erteilen, empfinden die mit der jetzt eingeführten Regelung verbundenen Schwierigkeiten. Der Beschluß des Landtags versucht, dem Alter der Kinder in den beiden ersten Schuljahren Rechnung zu tragen; er stellt eine rein pädagogische Maßnahme dar und sollte – um der Kinder willen – nicht schulpolitisch gesehen werden. – Vor der Staatsumwälzung war für den Religionsunterricht der Elementarstufe eine pädagogischere Gestaltung möglich als es gegenwärtig, zuletzt durch den neuen Landeslehrplan, verordnet ist. Der Lehrplan vom 27. November 1876 ließ für die Elementarklasse gegliederter Schulen nach, den Religionsunterricht in besonderen Stunden erst nach Ablauf der Sommerferien zu beginnen, und für die ersten beiden Schuljahre durfte es in gegliederten Schulen bei der Regelung bleiben, ihn in Verbindung mit dem Anschauungsunterrichte zu betreiben. Schon damals war es möglich, in den ersten beiden Schuljahren von besonderen Stunden für den Religionsunterricht abzusehen. Diese Bestimmungen des Landeslehrplans aus dem Jahre 1876 lagen ganz in der Richtung, die auch in dem Landtagsbeschluß vom 10. Juli 1929 vorliegt. Wird mit dem besonderen Religionsunterricht und mit dem besonderen Unterricht in sittlicher Lebenskunde, stundenplanmäßig festgelegt, später, mit dem 3. Schuljahre begonnen, so bedeutet das keine Minderung religiöser und sittlicher Erziehung; gerade für die Kleinen ist die Arbeit auf diesem Gebiete Aufgabe des gesamten Unterrichts. – Mit dem Landtagsbeschluß ist auch dem Artikel 149 der Reichsverfassung entsprochen, nach dem der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen ist. Daß der Religionsunterricht in allen Klassen, vom 1. Schuljahr ab, erteilt werden müsse, wird von der Reichsverfassung nicht gefordert. In den Schulen Hamburgs beginnt heute noch wie vor Jahren der Religionsunterricht mit dem 4. Schuljahre. Und bei der Regelung, die der Religionsunterricht in den ersten beiden Schuljahren bereits vor der Schulgesetzgebung auf Grund der Bestimmungen des Landeslehrplans aus dem Jahre 1876 erfahren konnte und in vielen sächsischen Schulen auch erfahren hat, kommt auch Artikel 174 der Reichsverfassung nicht in Frage.“ Vgl. SSZ, 1929, S. 572.

⁶⁵⁴ Beispielsweise hatte der im Jahr 1908 erschienene Lehrplan der Stadt Leipzig für die mittlere Volksschule besondere Religionsstunden für das erste und zweite Schuljahr nicht angesetzt. Vgl. LLZ, 1929, S. 667.

⁶⁵⁵ Vgl. Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 16. Januar 1930, S. 772-773. Siehe auch (S. 758-759, 765-767 und 770-771) die weiteren Wortmeldungen innerhalb der Aussprache:

⁶⁵⁶ Vgl. Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 16. Januar 1930, S. 753.

⁶⁵⁷ Vgl. Landtagsakten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer V. a und b; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3559-3561; SächsHStAD, 10693, Nr. 1178 und 2414.

⁶⁵⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2412. Die dritte Wochenstunde sollte in der Hauptsache als Singstunde verwandt werden.

⁶⁵⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 98-99 und 100 I; Ebd., 10693, Nr. 2077 und 2078.

⁶⁶⁰ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 2555 und 3315; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 29 (vom 15. Juli 1930). Die Einführung von Religionsunterricht an den Berufsschulen war verfassungsrechtlich bedenklich, da die Verfassung vom Religionsunterricht überhaupt nur im Zusammenhang mit den allgemeinbildenden Volks-, nicht aber mit den beruflichen Schulen sprach.

⁶⁶¹ Vgl. Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens, S. 18-20; Verordnungsblatt, 1930, S. 89-90 (= Dokument 210). Einen Antrag des Haushaltsausschusses A, sich für die Aufhebung der Verordnung auszusprechen, lehnte der Landtag mit 43 gegen 41 Stimmen ab. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2826; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 560 (vom 26. Juni 1931), S. 2, Ziffer III. 6; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2019.

⁶⁶² Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 84 (= Dokument 234).

1933/1934 wieder alle Schüler an Volks- und Hilfsschulen verbindlich am Religionsunterricht teilzunehmen.⁶⁶³

b. Lehrerschaft und Religionsunterricht

Die Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins nahm im September 1908 in Zwickau eine Reihe Thesen an, welche die Umgestaltung des Religionsunterrichts betrafen.⁶⁶⁴ Sie sahen zwar die grundsätzliche Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Volksschule vor, wollten ihn aber seines konfessionellen Charakters entkleiden.⁶⁶⁵ Die im Januar 1910 abgehaltene Vertreterversammlung formulierte zusätzlich Vorschläge für einen gesetzlichen Religionslehrplan in der Volksschule.⁶⁶⁶ Die Zwickauer Thesen, deren Verwirklichung am Widerstreben von Kirche und Regierung scheiterten⁶⁶⁷, bildeten ein Jahrzehnt lang einen wesentlichen Bestandteil der bildungspolitischen und pädagogischen Forderungen der sächsischen Volksschullehrerschaft.⁶⁶⁸

Als die Lehrer im Januar 1919 durch zwei Verordnungen zur gutachtlichen Berichterstattung über die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts aufgerufen waren⁶⁶⁹, zeugten die uneinheitlichen in den

⁶⁶³ Vgl. Ebd., 1933, S. 23-24 (= Dokument 253).

⁶⁶⁴ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 52-53 (= Dokument 261).

⁶⁶⁵ Vgl. Ders. (Hrsg.): Drei Hauptforderungen der sächsischen Volksschullehrer, S. 48-49; Ders. (Hrsg.): Die Umgestaltung des Religionsunterrichts; Leipziger Lehrerverein (Hrsg.): Die Zwickauer Thesen; Bezirkslehrerverein Dresden-Land (Hrsg.): Christlicher Religionsunterricht auf Grund der Zwickauer Thesen; Neues Sächsisches Kirchenblatt, 1908, Sp. 305-308, 529-540, 545-552, 753-758 und 769-774; LLZ, 1907/1908, S. 951-953; Graefe, Camillo: Zu den Leitsätzen der sächsischen Lehrer-Versammlung; Rietschel, Georg: Zur Reform des Religionsunterrichts; Rietschel, Ernst: Simultanschule, konfessionslose Schule und konfessionelle Schule, S. 12ff.; Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 26-32.

⁶⁶⁶ Vgl. Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 117-119; Chemnitzer Konferenz (Hrsg.): Vorschläge zur Reform des Religionsunterrichts; Müller, Adolf: Der Rote Katechismus; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 37-49; Ders. (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 53-54; Was aus dem Kleinen Katechismus [...] werden soll. Zu den Auseinandersetzungen um eine zeitgemäße Reform des Religionsunterrichts im Zusammenhang mit der Reform des Volksschulgesetzes siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/22-27; Arzt, Arthur: Welche Mängel zeigt der gegenwärtige Religionsunterricht.

⁶⁶⁷ Vgl. Mitteilungen, 1909/1910, 2. Kammer, 11. Sitzung vom 1. Dezember 1909, S. 262-264; Ebd., 1. Kammer, 19. Sitzung vom 3. März 1910, S. 246-247 und 249-252; Baring, Adolf: Die Zwickauer Thesen und die Landeskirche; Cristiani, B.: Die Zwickauer Thesen und die Dresdner Synodalbeschlüsse; Thieme, Karl: Die Theologie der Heilstatsachen.

⁶⁶⁸ Noch Anfang Januar 1919 erging folgende Erklärung: „Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins ist von der Notwendigkeit einer künftigen Trennung von Staat und Kirche als der Vorbedingung zur freien Volkskirche überzeugt und erblickt in ihr die Voraussetzung für die Trennung von Kirche und Schule. Auch nach der Trennung darf religiöse Unterweisung der Jugend in der Schule nicht fehlen. In das eigenste Erziehungsgebiet der Schule gehört die Pflege auch der religiösen Anlagen des Kindes. Die Lehrerschaft erkennt an, daß die Religion unbestreitbar ein Kulturgut ist. Aber sie lehnt mit aller Entschiedenheit die Erteilung eines bekenntnismäßigen Religionsunterrichtes im Auftrage und Geiste der Kirche ab und hat daher die kürzlich von der obersten Schulbehörde verfügten Maßnahmen begrüßt, insbesondere den Wegfall des Katechismusunterrichtes. Damit bekennt sich die Lehrerschaft erneut zu den Hauptgrundsätzen der Zwickauer Thesen und den dazu gefaßten Beschlüssen“. Vgl. LLZ, 1919, Nr. 39, Beilage, S. 5.

⁶⁶⁹ Insbesondere sollte zu der Frage Stellung genommen werden, ob der Religionsunterricht nach Einführung der allgemeinen Volksschule an Kinder verschiedenen Bekenntnisses gesondert innerhalb des Bekenntnisses oder allen Kindern ohne Unterschied des Bekenntnisses als allgemeiner Religionsunterricht erteilt, oder ob die Erteilung des Religionsunterrichtes ganz der Kirche überlassen werden solle. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/11, Bl. 2; Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 638. Auffallend war, daß die Ergebnisse der Umfrage, die u. a. in den Jahresberichten der Bezirksschulräte dokumentiert sind (vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13565), nicht offiziell bekannt wurden. Der Abgeordnete Eduard Hermann Kruspe (DDP) mutmaßte, daß die Lehrer sich – im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen – mehrheitlich für die Beibehaltung des Religionsunterrichts ausgesprochen hätten, weswegen das mißliebige Ergebnis nicht veröffentlicht würde. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 40. Sitzung vom 5. Juni 1919, S. 1391-1392. Einer im Kultusministerium erstellten diesbezüglichen Tabelle waren folgende Bemerkungen vorangestellt: „Die beiliegende Übersicht ermöglicht ein bestimmtes Urteil über die Stellung der Lehrerschaft zur Frage des Religionsunterrichts schon deshalb nicht, weil die Lehrerschaft des Bezirks Schwarzenberg wegen Erkrankung des Bezirksschulinspektors überhaupt nicht befragt und in einigen Bezirken die Beantwortung der Fragen von einem größeren oder geringeren Teile der Lehrerschaft abgelehnt worden ist. Dazu kommt, daß die Antworten zum Teil mehrdeutig sind. Wo sich die Lehrerschaft für einen Unterricht nach den Zwickauer Thesen ausgesprochen hat, bleibt fraglich, ob dieser Unterricht – wie er ursprünglich gedacht war – nur für evangelische Kinder, oder für Kinder aller christlichen Bekenntnisse oder endlich für alle Kinder ohne Unterschied der Religion bestimmt sein soll. Andererseits kann unter dem vielfach geforderten allgemeinen Religionsunterricht für alle Kinder ohne Unterschied des Bekenntnisses sowohl allgemeiner religionskundlicher oder religionsgeschichtlicher als auch allgemein christlicher Religionsunterricht verstanden werden. Die Bezirkslehrervereine Leipzig und Plauen haben statt der Antworten Thesen vorgelegt.

einzelnen Bezirksvereinen gefaßten Entschlüsse von nun mangelnder Klarheit und Geschlossenheit in dieser Frage⁶⁷⁰. Erst die außerordentliche Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 29./30. März 1919 in Dresden⁶⁷¹ brachte mit Annahme der Leipziger Thesen⁶⁷² eine einheitliche Position im Sinne einer weltlichen Volksschule, die jede religiöse Beeinflussung der Schulkinder untersagte, gleichwohl aber im Rahmen des Moralunterrichts einen objektiven Unterricht in Religionsgeschichte zuließ.⁶⁷³ Mit der Beseitigung des Religionsunterrichts durch das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 waren die Forderungen des Sächsischen Lehrervereins im Wesentlichen erfüllt.⁶⁷⁴ Als sich jedoch die Regierung an die Revision der Bestimmungen in § 2 Absatz 2 sowie § 18 Absatz 2 dieses Gesetzes machte, führte der Sächsische Lehrerverein im März 1920 eine Urabstimmung unter den Volksschullehrern durch. Auf die erste Frage: „Sind Sie bereit, einen Religionsunterricht ‚in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft‘, das heißt also einen konfessionellen Religionsunterricht unter Aufsicht oder Mitbestimmung der Kirche in irgendeiner Form zu erteilen?“ antworteten von 13.344 Befragten 95 % mit Nein. Die zweite Frage: „Sind Sie bereit, einen religionsgeschichtlichen Unterricht, der das religiöse Kulturgut in anschaulicher Form vermittelt und einen Unterricht, der [...] die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit fordert, zu erteilen?“ beantworteten knapp 85 % mit Ja.⁶⁷⁵

Als jedoch der Minister Dr. Richard Seyfert (DDP) die Forterteilung des Religionsunterrichts über den 1. April 1920 hinaus anordnete, nahm der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins am 9. April 1920

So kann zusammenfassend nur gesagt werden, daß von den Lehrern, die an den Beratungen und Abstimmungen teilgenommen haben, sich die weitüberwiegende Mehrheit für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in irgend welcher Form ausgesprochen hat.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 76. Für die genannte Übersicht siehe: Ebd., Bl. 78-79.

⁶⁷⁰ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 18. Sitzung vom 28. März 1919, S. 650; Ebd., 1. Wahlperiode, 25. Sitzung vom 22. Februar 1921, S. 785-786. Die Leipziger Lehrerzeitung vom 19. Februar 1919 berichtete hierzu: „Es hilft kein Verschleiern: dem Sächsischen Lehrerverein, dessen Glieder in den Zwickauer Thesen seit einem Jahrzehnt eine feste Richtlinie fanden, droht in der Religionsfrage die Einheit verloren zu gehen. Daran ist das Tempo schuld, mit dem die Bezirksvereine die Frage angefaßt und erledigt haben. Der Vorstand, der in dieser Frage überhaupt keine glückliche Hand gehabt und sich mit seinen Thesen über das Übliche nicht erhoben hat, hätte diese vorschnellen Entschließungen verhüten und statt dessen eine gemeinsame Erarbeitung von Leitsätzen organisieren sollen, wie wir es eigentlich gewöhnt sind. Nur eine Vertreterversammlung kann die Frage entscheiden, ob und wie die Zwickauer Thesen der neuen Zeit entsprechend fortzubilden sind. Und dazu ist es noch nicht zu spät, wenngleich die Kirchenleute schon mit den Beschlüssen einzelner Vereine Verwirrung anzurichten suchen. Was bis jetzt vorliegt, sind Vorarbeiten. Wir brauchen Referat und Korreferat und erhoffen davon, daß die Gedanken, die hierzu von der Leipziger Lehrerzeitung vertreten wurden, gegenüber den Anschauungen der von Kompromißgeiste getragenen Zwickauer Thesen sich durchsetzen werden. Wir fordern die weltliche Schule und erwarten, daß das, was man nach dem Sprachgebrauche als Religionsunterricht bezeichnet, der Unterricht mit dem Zwecke religiöser, wenngleich überkonfessioneller Beeinflussung, aus der öffentlichen Schule entfernt wird.“ Vgl. LLZ, 1919, S. 82.

⁶⁷¹ Zur Bedeutung dieser Vertreterversammlung siehe Klement, Günter: Die beiden Klassenlinien, S. 173ff.; Mebus, Sylvia: Zu den fortschrittlichen [...] Bestrebungen, S. 25-31.

⁶⁷² Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 54-55 (= Dokument 264).

⁶⁷³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/13, Bl. 283; Bericht über die 39. (außerordentliche) Vertreterversammlung [des Sächsischen Lehrervereins] am 29. und 30. März 1919, S. 308-349; Berger, W.: Sachsen unter der Revolution, S. 231-232; Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 155-157; Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie, S. 187; Hertel, Otto: Der Leipziger Lehrerverein, S. 86-87; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Religionsunterricht oder nicht?; Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, S. 86-87; LLZ, 1919, S. 2-3. Zur Programmentwicklung des Sächsischen Lehrervereins hin zur Weltlichkeit der Schule siehe Mebus, Sylvia: Zu den fortschrittlichen [...] Bestrebungen, S. 42ff.; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 307-314; Wacker, Uli: Der Versuch des Sächsischen Lehrervereins, S. 85-88. – Zur Bewegung für weltliche Schulen in der Weimarer Republik siehe auch Behrens-Corbet, Heidi und Norbert Reichling: „Wir fordern die freie Schule, weil sie die Schule des Sozialismus ist“, S. 485-505.

⁶⁷⁴ Vgl. Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 64 und 162-163; Hertel, Otto: Der Leipziger Lehrerverein, S. 87-88; Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, S. 87-88. Die Leipziger Lehrerzeitung vom 10. September 1919 schrieb zu § 2 Absatz 2 des Gesetzes: „Dieser Satz bringt die glücklichste und reinlichste Lösung der vielerörterten Trennungsfrage von Kirche und Schule und überweist den Religionsunterricht den Religionsgesellschaften. Alle andern Versuche stellen nur Halbheiten dar, so die Simultanschule, so auch die Einräumung des Rechtes für die Lehrer, die Erteilung des Religionsunterrichtes abzulehnen, und des Rechtes für die Eltern, ihre Kinder von der Teilnahme am Religionsunterricht fernzuhalten.“ Vgl. LLZ, 1919, S. 454. Auch die Vertreterversammlung Ende Dezember 1919 sprach sich abermals für die weltliche Schule aus. Vgl. Hertel, Otto: Der Leipziger Lehrerverein, S. 94; LLZ, 1920, S. 7.

⁶⁷⁵ Vgl. LLZ, 1920, S. 429; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 55; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 25. Sitzung vom 22. Februar 1921, S. 787; Mebus, Sylvia: Erinnerter Geschichte, S. 295. Die hohe Zahl an Neinstimmen mochte daraus resultiert sein, daß viele Lehrer eine Wiederkehr der kirchlichen Aufsicht fürchteten und sie deshalb einen konfessionellen Religionsunterricht rundweg ablehnten. Vgl. LLZ, 1920, S. 143.

zunächst eine abwartende Haltung ein.⁶⁷⁶ Nachdem aber am 15. Mai 1920 den Lehrern zudem untersagt wurde, den Religionsunterricht als ethischen oder religionsgeschichtlichen Unterricht zu erteilen⁶⁷⁷, reagierte der Vorstand am 18. August 1920 mit einem Aufruf an alle Mitglieder, gemäß dem Abstimmungsergebnis nunmehr jeglichen konfessionellen Religionsunterricht einzustellen.⁶⁷⁸ Das Motiv bestand wohl darin, einen Mangel an Lehrern und Hilfskräften⁶⁷⁹ herbeizuführen, um nach derselben Verordnung wie bisher einen Unterricht gesinnungsbildenden Inhalts erteilen zu können⁶⁸⁰. Der erhoffte Erfolg blieb allerdings aus.⁶⁸¹ Einmal fand sich eine Reihe von geistlichen Ersatzkräften zur Übernahme des Religionsunterrichts bereit.⁶⁸² Zum andern gab es wieder Lehrer, die hinter die 1919 einstimmig gefaßte Entscheidung der Weltlichkeit der Volksschule zurückwollten.⁶⁸³ Nicht selten wurde auf Lehrer auch Druck ausge-

⁶⁷⁶ Vgl. LLZ, 1920, S. 741.

⁶⁷⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 67, Absatz 1 (= Dokument 123); Verhandlungen, Volkskammer, 129. Sitzung vom 23. Juni 1920, S. 4079. Seit Dezember 1918 hatte sich stillschweigend die von den meisten Lehrern geübte Praxis eingebürgert, ethischen und religionsgeschichtlichen Unterricht nach eigenen Vorstellungen zu halten. Dies rief natürlich die Gegner der weltlichen Schule auf den Plan. Wenn Lehrer aus Gewissensbedenken die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnten, so mußten sie diesen anderen Lehrern überlassen und könnten ihn nicht einfach durch anderen Unterricht ersetzen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 18; Verhandlungen, Volkskammer, 117. Sitzung vom 17. Mai 1920, S. 3694 und 3698-3699.

⁶⁷⁸ „An der sächsischen Lehrerschaft ist es nun, die Folgerungen zu ziehen und zur befreienden Tat zu schreiten.“ Vgl. LLZ, 1920, S. 742. Dieses Recht gewährte den Lehrern übereinstimmend die Landes- und Reichsgesetzgebung. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 184, § 18 Absatz 2 Satz 4; Verordnungsblatt, 1921, S. 29, Absatz 1 (= Dokument 139); Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1412, Artikel 149 Absatz 2 (= Dokument 25). Die Form, in welcher die Ablehnung zu erfolgen hatte, wurde im Verordnungswege bestimmt. Vgl. Verordnungsblatt, 1925, S. 18, Absatz 1 (= Dokument 178); Ebd., 1927, S. 18 (Absatz 3) und 36 (Absatz 1 und 3) (= Dokument 187 und 189). Ferner war durch Verordnung vom 17. März 1919 sowie das Übergangsschulgesetz von den Lehrern das Gelöbnis konfessioneller Treue nicht mehr zu fordern. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 117. Sitzung vom 17. Mai 1920, S. 3695; Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 179, § 12; SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/9, Bl. 36 und 38. Im Gegenzug war den Lehrern, die aus der Kirche ausgetreten waren, untersagt, Religionsunterricht zu erteilen und an der Aufstellung von Lehrplänen für den Religionsunterricht mitzuwirken. Vgl. Verordnungsblatt, 1925, S. 49 (= Dokument 181); Ebd., 1929, S. 6 (= Dokument 199). In Bezug auf restaurative Bestrebungen hatte bereits Anfang Januar 1920 der Abgeordnete Bernhard Claus (DDP) erklärt: „Die sächsische Lehrerschaft hat sich mit überwiegender Mehrheit zu der weltlichen Schule bekannt [...]. Wenn gewisse kirchliche Kreise trotzdem auf die konfessionelle Schule hinarbeiten, dann wird allerdings die Lehrerschaft den Kampf aufnehmen, und wenn es sich darum handelt, die allgemeine Volksschule zu verteidigen, dann wird sie sicher solidarisch sein. [...] Ihr Kampfmittel wird die Verweigerung jeden Religionsunterrichts sein.“ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 77. Sitzung vom 8. Januar 1920, S. 2662. Darauf erwiderte der Abgeordnete Dr. Eduard Wagner (DNVP): „Nun weiß ich, daß den Lehrern in der Reichsverfassung das Recht gegeben ist, die Erteilung von Religionsunterricht abzulehnen. Das ist ein Persönlichkeitsrecht des einzelnen; er soll sein Gewissen nicht zu belasten brauchen. Hier wird aber der Versuch gemacht, aus einer Bestimmung, die eine Befreiung des einzelnen von einer Gewissensnot bedeutet, ein politisches Kampfmittel zu machen. Nicht der einzelne soll hier nach seinem Gewissen entscheiden, ob er Religionsunterricht erteilen will oder nicht, sondern es soll eine Agitation einsetzen, um die Lehrer in dieser Gewissensfrage des einzelnen zu einer geschlossenen Phalanx gegen den Religionsunterricht zusammenzuschließen, auch die, die keine Gewissensbedenken haben. Das ist ein Mißbrauch jener Gewissensklausel als Kampfmittel für einen politischen Zweck. Das ist nicht verträglich mit dem Eid der Treue, den die Lehrer der Reichsverfassung geleistet haben. Dieser Eid verlangt, daß sie in ihrer dienstlichen Betätigung die Bestimmungen der Reichsverfassung ihrem Sinn gemäß auch redlich durchzuführen sich bemühen.“ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 77. Sitzung vom 8. Januar 1920, S. 2677.

⁶⁷⁹ Da die Hilfskräfte nach dem Tarif für Überstunden bezahlt wurden, erwies sich ihre Vergütung mitunter als so gering, daß der Abgeordnete Prof. Johannes Siegert (DNVP) befürchtete, daß sich nur noch wenige oder gar keine Ersatzkräfte mehr finden würden und in vielen Schulen der Religionsunterricht ganz eingestellt werden würde. Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 133, Absatz 2 (= Dokument 128); Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 502 (vom 17. September 1923), Ziffer 2; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 84. Sitzung vom 21. Februar 1924, S. 2434-2436; Landtagsakten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer V. f und g; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3559-3561. Eine Regelung zur ersatzweisen Einstellung von Fachlehrern, die der Entwurf zum Schulbedarfsgesetz vorgesehen hatte, wurde im Rechtsausschuß aufgehoben. Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 6 (§ 19) und 20; Ebd., Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 20, Ziffer 12.

⁶⁸⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 67, Absatz 2 und 3 (= Dokument 123); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 96. Sitzung vom 16. Februar 1922, S. 3241.

⁶⁸¹ In der Volkskammer wußte der Abgeordnete Dr. Fritz Kaiser (DVP) zu berichten, daß sich im Durchschnitt etwa 70 % der Lehrer bereit erklärt hätten, den Religionsunterricht, konfessionell oder auf Grund der Zwickauer Thesen, zu erteilen. Das Ergebnis sei in den einzelnen Gebieten verschieden gewesen. In der Großstadt hätten 67 % der Lehrer die Erteilung jeglichen Religionsunterrichts abgelehnt. Auf dem Lande sei das Verhältnis umgekehrt gewesen; dort sei die Ablehnungsquote bis auf 7 % herabgesunken. Arthur Arzt (MSPD) bestritt diese Zahlen. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4784 und 4786.

⁶⁸² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 31 und 42; Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4795.

⁶⁸³ Zu den internen Richtungskämpfen im Sächsischen Lehrerverein in dieser Frage siehe Wacker, Uli: Der Versuch des Sächsischen Lehrervereins, S. 94ff.

übt, den Religionsunterricht weiterzuführen oder wieder aufzunehmen. In manchen Gemeinden wurde die Anstellung der Lehrer von deren Stellung zur Kirche und zum Religionsunterricht abhängig gemacht.⁶⁸⁴ Nach einer Erhebung im August 1922 hatten von 15.809 Lehrern 5505 Lehrer die Erteilung des Religionsunterrichts abgelehnt, 177 Ersatzkräfte waren eingestellt; von den Lehrern, die Religionsunterricht übernommen hatten, erteilten 7151 nach den Zwickauer Thesen.⁶⁸⁵

Zu den Zwickauer Thesen ist überdies noch zu bemerken, daß nach der Reichsverfassung der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates zu erteilen war.⁶⁸⁶ Da zu den Grundlagen der evangelischen Religion die Augustana, die beiden Artikel Dr. Martin Luthers sowie die Heilige Schrift zählen, waren die Zwickauer Thesen, die einen derartigen Unterricht vollständig ablehnten⁶⁸⁷, kein Unterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der evangelischen Kirche und somit kein Unterricht im Sinne der Verfassung.⁶⁸⁸ Und viele Lehrer machten die Bereitschaft zur Erteilung von Religionsunterricht gerade davon abhängig, daß der Unterricht nicht unter Mitwirkung und Aufsicht der Kirche stand, und die Lehrer keine Dogmen zu lehren brauchten. Auf Anfrage einiger Meißner Pastoren und Lehrer erklärte Minister Dr. Richard Seyfert (DDP) dennoch, daß Religionsunterricht nach den Zwickauer Thesen den Anforderungen der Reichsverfassung entspreche⁶⁸⁹, woraufhin eine Zahl von Lehrern ihre Ablehnung des Religionsunterrichts zurücknahmen⁶⁹⁰. In der Volkskammer stellte Arthur Arzt (MSPD) darauf am 14. Oktober 1920 den Antrag, festzustellen, „daß Religionsunterricht nach den Zwickauer Thesen kein Unterricht im Sinne der Verfassung ist“⁶⁹¹. Er erklärte, daß man die Lehrer „durch die Berufung auf die Zwickauer Thesen kapern [wolle] für die Erteilung des Religionsunterrichts“⁶⁹². Tatsächlich oblag die Entscheidung, ob die

⁶⁸⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1921, S. 29, Absatz 1 (= Dokument 139); Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4787.

⁶⁸⁵ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 109. Sitzung vom 26. Mai 1922, S. 4068-4069; Verordnungsblatt, 1922, S. 109 (= Dokument 148); Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 6 (vom 1. Dezember 1922); SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/7, Bl. 175; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 6. Sitzung vom 9. Januar 1923, S. 117; Ebd., 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 164-165 und 173. Da den Verweigerern nur eine geringe Zahl an Ersatzkräften gegenüberstand, konnte diesem Mangel oft nur dadurch abgeholfen werden, daß die in ihrer Klasse Religionsunterricht erteilenden Lehrer den Religionsunterricht auch in anderen Klassen mit übernahmen und dabei andere Stunden ihrer Klasse abgaben. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 189. Der Landesverband der christlichen Elternvereine forderte deswegen, daß beim Ausscheiden von Religionslehrern aus dem Schuldienst nur neue Lehrer einzustellen waren, die ebenfalls den Religionsunterricht erteilten. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2416.

⁶⁸⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1412, Artikel 149 Absatz 1 Satz 3 (= Dokument 25)

⁶⁸⁷ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 52-53, These 4 und 5 (= Dokument 261).

⁶⁸⁸ Gleichwohl erkannten weite Kreise der evangelischen Kirche auch einen undogmatischen Religionsunterricht als einen Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der evangelischen Kirche im Sinne von Artikel 149 RV an und traten für einen Religionsunterricht ohne Bindung an den Buchstaben der Bekenntnisse und unter Berücksichtigung der pädagogischen Forderungen der Gegenwart ein. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 79.

⁶⁸⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 22. Vor der Volkskammer gab er bekannt: „In betreff der Zwickauer Thesen [...] hat sich das Ministerium vor kurzem zu einer Anfrage dahin geäußert, daß nach seiner Auffassung ein Religionsunterricht nach diesen Thesen als Religionsunterricht im Sinne von Artikel 149 Abs. 1 der Reichsverfassung anzuerkennen sei. Nach diesen Thesen soll ein im wesentlichen biblisch-geschichtlicher, christlicher Religionsunterricht erteilt werden, in dem das Dogmatische weit in den Hintergrund rückt. Als geeignete Grundlage für eine Zusammenfassung der in der christlichen Religion enthaltenen sittlichen Gedanken werden die 10 Gebote, die Bergpredigt und das Vaterunser bezeichnet. Das Ministerium hält [...] an der Ansicht fest, daß ein solcher Unterricht zu den Grundsätzen der evangelisch-lutherischen Kirche nicht in Widerspruch steht“. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4800-4801. Demgegenüber stellte die Sächsische Schulzeitung vom 3. November 1920 fest, daß auch ein gemäßigt konfessioneller Religionsunterricht den Zwickauer Thesen widerspreche, weil diese das Dogmatische nicht „weit in den Hintergrund“ rückten, sondern rundweg ablehnten. Vgl. SSZ, 1920, S. 557-558. Für ein Referat, das die letztgenannte Position stützt, siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 163-172.

⁶⁹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 34-35.

⁶⁹¹ Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 828 (vom 14. Oktober 1920), Ziffer 5.

⁶⁹² Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4790. Die Abgeordneten Dr. Fritz Kaiser (DVP) und Prof. Dr. Franz Rendtorff (DNVP) meinten übereinstimmend, daß der Zweck des Antrags darin bestehe, den Lehrern, die sich zur Erteilung des Religionsunterrichts auf der Grundlage der Zwickauer Thesen bereit erklärten, diesen Unterricht unmöglich zu machen, um sie damit zur grundsätzlichen Ablehnung des (konfessionellen) Religionsunterrichts zu bewegen. Vgl. Ebd., S. 44784 und 793-4794.

Zwickauer Thesen den Grundsätzen der evangelisch-lutherischen Kirche entsprachen, weder dem Kultusminister noch der Volkskammer, sondern der obersten Kirchenbehörde.⁶⁹³ Das Landeskonsistorium verhielt sich zunächst abwartend, erklärte aber in der Synodalsitzung vom 29. November 1920 das Festhalten am bekennnismäßigen Religionsunterricht.⁶⁹⁴ Dies freilich änderte nichts daran, daß Religionsunterricht weiter nach den Zwickauer Thesen erteilt wurde.

Die Berufsorganisation der Volksschullehrer sah sich daher zu anderen Maßnahmen gezwungen.⁶⁹⁵ So verschickte z. B. der Dresdner Lehrerverein, der sich vorbehaltlos für die weltliche Schule einsetzte⁶⁹⁶, im Frühjahr 1929 ein gedrucktes Rundschreiben, das mit einem Vordruck zur Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht versehen war.⁶⁹⁷ Der Sächsische Lehrerverein ermutigte in einem Rundschreiben die Mitglieder in den Bezirkslehrervereinen, den Religionsunterricht abzulehnen.⁶⁹⁸ Großen Widerstand provozierte die Wiedereinführung des Katechismus durch die Memorierstoffverordnung vom 23. September 1930⁶⁹⁹, die vom Sächsischen Lehrerverein scharf verurteilt wurde⁷⁰⁰. Darauf setzte eine

⁶⁹³ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1412, Artikel 149 Absatz 1 Satz 3 (= Dokument 25). Der Reichsminister des Innern hielt die Gemäßheit der Zwickauer Thesen zumindest für zweifelhaft und empfahl, das Landeskonsistorium um ein Gutachten in dieser Frage zu ersuchen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 79.

⁶⁹⁴ In einer Erklärung des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins heißt es hierzu: „Das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium hat zunächst geschwiegen und geschehen lassen, daß in verschiedenen Bezirken die Superintendenten ihr Einverständnis mit einem Unterricht nach den Zwickauer Thesen erklärten. Jetzt ist das Konsistorium genötigt worden, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten. Es hat das Sächsische Kirchenblatt zu der Mitteilung ermächtigt, daß es in bezug auf die Zwickauer Thesen ‚nach wie vor auf dem Boden der letzten Kundgebung der Synode zum Religionsunterricht steht‘. Die Synode hat aber in dieser Kundgebung (Sitzung vom 29. November 1920) gefordert, ‚daß auch in Zukunft eine geschlossene christliche Erziehung unserer Jugend in evangelisch-lutherischen Bekenntnisschulen im Sinne der Reichsverfassung gewährleistet wird‘. Sie ist weiter nachdrücklich dafür eingetreten, ‚daß über den fachlichen Inhalt des Religionsunterrichts nicht einseitig eine staatliche Stelle, sondern die Kirche zu entscheiden hat‘. Der beauftragte Berichterstatter führte erläuternd aus, daß für die Übergangszeit ‚die volle Kenntnis und das Bekenntnis mindestens der drei ersten Hauptstücke des evangelisch-lutherischen Katechismus das erstrebenswerte Ziel wäre‘. Das Konsistorium hält also am bekennnismäßigen Religionsunterricht unter allen Umständen fest. Es ist demnach eine Täuschung, wenn Lehrer und Eltern annehmen, daß in der Volksschule ein Religionsunterricht nach den Zwickauer Thesen vom sächsischen Kirchenregiment als verfassungsmäßiger Religionsunterricht anerkannt wird.“ Zitiert nach Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 175-176. Zur erwähnten Synodalerklärung siehe Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 81-82.

⁶⁹⁵ Spätestens seit dem Reichsgerichtsurteil vom 4. November 1920 sollte der Tätigkeitsschwerpunkt von der Einflußnahme auf staatliche Stellen auf die unmittelbare Mobilisierung der Lehrer und Eltern verlagert werden. Vgl. Wacker, Uli: Der Versuch des Sächsischen Lehrervereins, S. 93.

⁶⁹⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 8, Bl. 298.

⁶⁹⁷ Vgl. Ebd., 11125, Nr. 13365/10, Bl. 117. Christliche Kreise protestierten gegen diese „religionsfeindliche Propaganda“, wovon sich der Dresdner Lehrerverein aber nicht beirren ließ. Vgl. Ebd., Bl. 118-120 und 124-134; SSZ, 1929, S. 302-305.

⁶⁹⁸ Darin heißt es auszugsweise: „Eine nach Neujahr 1930 veranstaltete Umfrage über die Erteilung des Religionsunterrichts unter den Mitgliedern des Vereins ergab, daß noch nicht ganz 10 % aller Kollegen im Bezirk die Erteilung des Religionsunterrichts abgelehnt hatten. Das ist recht wenig, wenn wir bedenken, daß auf anderer Seite die übergroße Mehrheit des Vereins entschieden zu der Forderung der kirchen- und weltanschauungsfreien Staatsschule steht“. Zitiert nach: SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 167.

⁶⁹⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1930, S. 89-90 (= Dokument 210).

⁷⁰⁰ Am 28. Januar 1931 veröffentlichte der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins folgende Erklärung: „Mit dem neuen Schuljahr tritt die Verordnung Nr. 85 vom 23. September 1930 über den Lernstoff für den evangelisch-lutherischen Religionsunterricht in den Volksschulen in Kraft. Zu den Katechismusstücken, die seit der Geltung des Landeslehrplanes von allen Schülern, die am Religionsunterricht teilnehmen, auswendig zu lernen sind, kommen nunmehr noch 71 Sprüche und 64 Liedstrophen aus dem Katechismus. Die Absicht der Verordnung vom 2. Dezember 1918, durch Beseitigung des Katechismusunterrichts die unmündigen Kinder vor den dogmatischen Lehrsätzen der Kirche zu bewahren, ist zunichte gemacht. Ein Religionsunterricht nach pädagogischen Grundsätzen auf der Grundlage der Zwickauer Thesen, wie er von vielen Lehrern bisher noch erteilt worden ist, war schon nach Artikel 149 der Reichsverfassung nicht zulässig und ist nun erst recht nicht mehr möglich. Die Bezirksschulräte werden in der Verordnung ausdrücklich angewiesen, ‚darauf zu achten, daß die Lehrpläne der Aufsichtsbezirke und der einzelnen Schulen rechtzeitig abgeändert oder ergänzt werden und daß darnach der Anordnung des Ministeriums beim Unterrichte allenthalben nachgegangen wird. Jeder Lehrer, der noch Religionsunterricht erteilt, wird jetzt erneut vor die Entscheidung gestellt, ob er bei dieser Sachlage weiterhin Religionsunterricht erteilen kann. Im alten Staate mußte er, wenn er sein Amt nicht verlieren wollte, das Gelöbnis konfessioneller Treue ablegen. Die Reichsverfassung der deutschen Republik gibt dem Lehrer das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen. Entschiede sich jeder so, daß er vor seinem Gewissen bestehen kann! Mit der Verordnung Nr. 85 vom 23. September 1930 ist die eingetretene Entwicklung zu einem gewissen Abschluß gekommen. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins hat diesen Verlauf vorausgesehen. Er hatte recht, wenn er der sächsischen Lehrerschaft riet, von dem vergeblichen, am Widerstande der Kirche scheiternden Bemühen um eine Reform des Religionsunterrichts abzusehen und in konsequenter Verfolgung des Zieles, die Schule von der Kirche vollständig zu befreien, die weltliche Schule zu fordern. Wir wollen die kirchenfreie,

Agitation gegen den Kleinen Katechismus ein, in deren Zusammenhang die Lehrerschaft öffentlich aufgefordert wurde, die Erteilung des Religionsunterrichts zu verweigern.⁷⁰¹ Das Ministerium für Volksbildung griff mit Rücksicht auf den nahen Schuljahrwechsel sofort mit zwei Verordnungen ein, um den Religionsunterricht im Sinne der Reichs- und Landesbestimmungen zu sichern.⁷⁰² Es zeigte sich, daß in 34 von 37 Schulaufsichtsbezirken mit den verfügbaren Stunden und Lehrkräften der Religionsunterricht nach wie vor gedeckt war. Nur in drei Bezirken mußten infolge vermehrter Ablehnung des Religionsunterrichts durch Lehrer geringe Verschiebungen vorgenommen werden; rechnerisch handelte es sich um sechs Lehrkräfte, von denen fünf auf eine Großstadt entfielen. Die Erteilung des Religionsunterrichts war in den sächsischen Volksschulen nach Angabe des Ministeriums für Volksbildung so auch im Schuljahr 1931/1932 voll gewährleistet.⁷⁰³

c. Die Abmeldung vom Religionsunterricht

Während der Religionsunterricht im Königreich Sachsen noch eine für alle Schüler verbindliche Einrichtung der Volksschule war⁷⁰⁴, entthob die Verordnung vom 6. Dezember 1918 zunächst die Kinder von Dissidenten der Verpflichtung, am Religionsunterricht einer anerkannten oder bestätigten Religionsgesellschaft teilzunehmen.⁷⁰⁵ Das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 sowie die Reichsverfassung bestimmten sodann, daß über die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht die Erziehungsberechtigten zu entscheiden hatten.⁷⁰⁶ Obgleich mit dem genannten Gesetz zum 1. April 1920 die Einführung der weltlichen Volksschule in Sachsen beschlossen worden war, verfügte Minister Dr. Richard Seyfert (DDP) am 17. März 1920, daß Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen lassen wollten, dies dem Schulleiter schriftlich zu erklären hatten.⁷⁰⁷ Die darin ausgesprochene Begünstigung der den Religionsunterricht befürwortenden (christlichen) Eltern⁷⁰⁸ schaffte der im Dezember 1920 zum Un-

allgemeine Staatsschule, in der alle Kinder des Volkes ohne Unterschied des Vermögens und der Religion zusammengefaßt werden: die Volksschule des Volksstaates. Für dieses Schulideal hat sich auch der Deutsche Lehrerverein entschieden. An dieser Schulform wollen wir festhalten. Nur sie kann die Zerschlagung unserer deutschen Volksschule verhindern.“ Vgl. SSZ, 1931, S. 64. Siehe auch: Ebd., S. 150-151, 211-212 und 259-260.

⁷⁰¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3263 und 3308; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 345 und 350 (beide vom 10. März 1931); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1970-1971.

⁷⁰² Am 10. Februar 1931 wurden die Bezirksschulräte angewiesen, darüber zu wachen, daß der Religionsunterricht in der Volksschule im Einklang mit den Bestimmungen des Landeslehrplans erteilt werde. Die zweite Verordnung vom selben Tage gab den Bezirksschulräten auf, wegen der Regelung des Stundenbedarfs und der Stundendeckung die Erklärungen der Lehrer über die Ablehnung des Religionsunterrichts bis zum 21. Februar 1931 zu verlangen. Sie sollten ferner bis zum 1. März 1931 unter Berücksichtigung des Ausgleichs der Stunden unter den Lehrern des Schulbezirks die Zahl der Stunden anzeigen, die durch die Ablehnung des Religionsunterrichts etwa frei werden würden, und gleichzeitig die Zahl der Unterrichtsstunden melden, die zur Deckung des Religionsunterrichts Ostern 1931 etwa noch benötigt würden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 179 I.

⁷⁰³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 179 I; SSZ, 1931, S. 212 und 245. – Zu Fragen des Religionsunterrichts siehe auch die Jahrgänge der Neuen Sächsischen Schulzeitung sowie des Neuen Sächsischen Kirchenblatts.

⁷⁰⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 353, § 6 Absatz 4; Ebd., 1874, S. 163-164, § 15.

⁷⁰⁵ Vgl. Ebd., 1918, S. 385-386 (= Dokument 98).

⁷⁰⁶ Vgl. Ebd., 1919, S. 184-185, § 18 Absatz 2 Satz 5; Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1412, Artikel 149 Absatz 2 (=Dokument 25).

⁷⁰⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 51 (= Dokument 120). Ende Oktober 1920 erging an eine Schulbehörde noch folgende Verordnung: „Eine Aufforderung an die Erziehungsberechtigten, von Schulamts wegen sich darüber zu erklären, ob sie für ihre Kinder konfessionellen Religionsunterricht wünschen, oder ob sie ihre Kinder von der Teilnahme am Religionsunterricht befreit wissen wollen, ist nicht angezeigt. Die Erziehungsberechtigten haben volle Freiheit, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden, wenn sie die Teilnahme nicht wünschen. Solange Schüler nicht abgemeldet werden, ist anzunehmen, daß die Erziehungsberechtigten mit der Teilnahme einverstanden sind.“ Zitiert nach: Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 1. Februar 1921, S. 671.

⁷⁰⁸ Der Abgeordnete Hermann Müller (USPD) erklärte, daß diese Verordnung „gegen den Geist des Gesetzes verstößt. Wir haben den Religionsunterricht beseitigt und es kann nur von denjenigen eine Erklärung verlangt werden, die die Absicht haben, ihre Kinder weiter am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, aber nicht umgekehrt. Durch die umgekehrte Regelung wird auf die Eltern der Kinder ein Zwang ausgeübt und auch auf die Lehrer, und dagegen wenden wir uns. Wir wünschen, daß der Geist, der in dieses neue Gesetz hineingelegt wurde, auch richtig interpretiert wird und daß nicht durch eine Auslegung das ganze Gesetz in sein Gegenteil verzerrt und umgekehrt wird.“ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 129. Sitzung vom 23. Juni 1920, S. 4079-4080.

terrichtsminister berufene Hermann Fleißner (USPD)⁷⁰⁹ ab. Er erließ am 8. Januar 1921 eine Verordnung, wonach bei der Anmeldung von Kindern zum Besuch der Volksschule die Erziehungspflichtigen dem Schulleiter ganz allgemein eine Erklärung darüber abzugeben hatten, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollten oder nicht.⁷¹⁰ Evangelische Kirche, Zentrum und Rechtsparteien machten sofort einen „offenkundigen“ Widerspruch zur Reichsverfassung aus, da die Verordnung aus einem „ordentlichen“ Unterrichtsgegenstand einen „wahlweisen“ mache, der nur auf Verlangen erteilt werden würde. Da bisher auf gesetzlichem Wege die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule nicht zu erreichen war, sei nun beabsichtigt, die weltliche Schule auf einem Umwege einzuführen.⁷¹¹ Doch der sächsische Kultusminister befand sich in seiner Verfassungsinterpretation im Einklang mit dem Reichsminister des Innern.⁷¹² Als die sächsische Verordnung aufgrund einer Interpellation des Zentrums am 4. Februar 1921 Gegenstand einer Reichstagssitzung war, erklärte der Reichsminister, daß es den Ländern überlassen sei, die Form der Willensäußerung festzusetzen. Im Gegensatz zur (ebenfalls zulässigen) Hamburger Regelung, die ein positives Votum forderte, sei die sächsische Variante im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit noch unbedenklicher.⁷¹³

Da die Verordnung bisweilen in dem Sinn ausgedeutet worden war, daß die Nichtabgabe einer Erklärung als Ablehnung des Religionsunterrichts galt, verfügte Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP)⁷¹⁴ am 13. März 1925, daß nur der bestimmten Erklärung, das Kind solle am Religionsunterricht nicht teilnehmen, diese Bedeutung zukam. Die Schulleiter hatten bei der Anmeldung auf die Abgabe einer bestimmten Erklärung über die Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht hinzuwirken,

⁷⁰⁹ Auf der Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 3.–5. Januar 1921 (also zwei Monate nach dem Reichsgerichtsurteil) erklärte Fleißner, daß er die Dinge in der Richtung zu gestalten versuche, wie sie von seiner Fraktion und fortschrittlicher Lehrerschaft übereinstimmend gefordert würden. Insbesondere gedenke er nicht, weiteres vom Übergangsschulgesetz bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche preiszugeben, als es die Machtverhältnisse erforderten. Vgl. Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 171–172; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 1. Februar 1921, S. 668.

⁷¹⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1921, S. 6 (= Dokument 134); SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 107–108; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 1. Februar 1921, S. 674–679.

⁷¹¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 109; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 76 und 77 (beide vom 18. Januar 1921) sowie 581 (vom 21. Februar 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 1. Februar 1921, S. 667–699; Ebd., 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3361–3362. Die bürgerlichen Parteien hegten grundsätzlich Zweifel an der loyalen Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über den Religionsunterricht durch die sozialistische Regierung Buck. Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte Nr. 526 (vom 19. Januar 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 96. Sitzung vom 16. Februar 1922, S. 3237–3254.

⁷¹² Dieser hatte bereits in einem Schreiben an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 7. April 1920 ausgeführt, daß die Parteien bei der Vereinbarung des Wortlauts des Artikels 149 Absatz 2 RV zum Ausdruck bringen wollten, daß der Wille der Bestimmungsberechtigten, das Kind solle am Religionsunterricht teilnehmen, ausdrücklich erklärt werden müsse. Dennoch sei nach den Buchstaben der Verfassung nichts ausgesagt über die Form, in der diese Willenserklärung tatsächlich abzugeben war. Nach dem allgemeinen Grundsatz des Artikels 14 RV sei es Aufgabe der Landesbehörden, die reichsrechtliche Bestimmung in Artikel 149 Absatz 2 RV auszuführen. Der Reichsminister des Innern empfahl eine Regelung in dem Sinne, daß bei Bekenntnisschulen die negative Willenserklärung genüge, da es kaum Fälle geben würde, in denen Erziehungsberechtigte ihre Kinder in Bekenntnisschulen schicken ohne die Absicht, diese am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Bei den Simultanschulen, an denen nach Bekenntnissen getrennter Religionsunterricht erteilt werde, der übrige Unterricht jedoch nicht religiös beeinflusst sei, sollte dagegen eine positive Erklärung verlangt werden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/5, Bl. 243–244. Der Reichsminister des Innern sprach sich auch gegen einen Reichstagsbeschluß sowie einen damit in Zusammenhang stehenden vom Zentrum eingebrachten Reichsgesetzesentwurf zur Ausführung von Artikel 149 Absatz 2 RV aus, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, in denen von den Erziehungsberechtigten die Nichtteilnahme begehrt wurde, zu erfolgen hatte. Vgl. Ebd., Nr. 13365/7, S. 356–357; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 354 (vom 12. Juli 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 74. Sitzung vom 3. November 1921, S. 2308–2309; Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 369, S. 2740, Nr. 2915.

⁷¹³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/6, Bl. 112–113; Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 346, S. 1976; Ebd., Bd. 347, S. 2384; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 25. Sitzung vom 22. Februar 1921, S. 785; Ebd., 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3362.

⁷¹⁴ Dr. Kaiser befand sich seit dem 4. Januar 1924 im Amt des Volksbildungsministers und war als solcher bestrebt, die Ergebnisse der sozialistischen Schulreform der Jahre 1918 bis 1923 zu revidieren. Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 235ff.; Reichel, Andreas: Karl Friedrich (Fritz) Kaiser. Der Abgeordnete Kurt Weckel (SPD) charakterisierte Kaiser mit den Worten: „Es ist bekannt, daß der Herr Volksbildungsminister Dr. Kaiser der Liebling christlicher Elternvereine ist.“ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3554.

nicht aber aus dem Unterlassen einer Erklärung die Ablehnung des Religionsunterrichts zu folgern.⁷¹⁵ Zugleich wurde bestimmt, daß die Abmeldungen in der Regel nur zu Beginn eines Schulhalbjahres, während des Schulhalbjahres dagegen nur aus wichtigen Gründen und mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zulässig waren.⁷¹⁶ In einem Urteil vom 22. Dezember 1926 befand der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden diese Bestimmung als mit der Reichsverfassung unvereinbar, weil die Ausübung des in Artikel 135 garantierten Rechts auf Glaubensfreiheit zeitlich nicht eingeschränkt werden könne.⁷¹⁷ Das Ministerium leistete diesem Beschluß am 21. Januar 1927 Folge.⁷¹⁸ Die Verordnung vom 9. April 1927, die das Abmeldeverfahren grundsätzlich neu regelte, legte sodann fest, daß die Abmeldungen der Schüler vom Religionsunterricht schriftlich an die Schulleitung zu richten waren.⁷¹⁹ Das Unterlassen einer solchen Erklärung wurde nun explizit als Einverständnis mit der Teilnahme am Religionsunterricht erachtet.⁷²⁰

Als zusätzliche Erschwernis wurden bei der Abmeldung der Schüler vom Religionsunterricht vielfach die Unterschriften beider Erziehungspflichtigen gefordert, obwohl eine derartige Vorschrift nicht existierte.⁷²¹ In einem Urteil vom 24. Februar 1928 entschied das Preußische Kammergericht, daß die Abmeldung eines Kindes vom Religionsunterricht nach § 2 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1921 zwar Willensübereinstimmung der Eltern erforderte, die rechtsverbindliche Erklärung Dritten gegenüber aber allein dem gesetzlichen Vertreter zukomme.⁷²² Im Anschluß daran verfügte ein Bezirksschulamt nach Rücksprache mit dem Ministerium, daß es genüge, wenn der Vater die schriftliche Erklärung allein unterschreibe. Die Schule sei weder verpflichtet noch berechtigt, das tatsächliche Vorliegen der Einigung der Eltern nachzuprüfen.⁷²³ Die Verordnung vom 18. März 1931 gab diese Entscheidung allgemein bekannt.⁷²⁴

Für die vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder bestanden keine besonderen (Sammel-)Schulen oder Klassenzüge, statt dessen wurde diesen Kindern zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Wochenstundenzahl besonderer Unterricht erteilt, der zur Förderung der sittlichen Bildung benutzt wurde. Dafür kam in erster Linie die Betrachtung von Schriftwerken gesinnungsbildenden Inhalts in Betracht, woraus sich die Gepflogenheit entwickelte, diesen Ersatzunterricht als Lebenskunde bzw. Moralunterricht zu bezeichnen.⁷²⁵ Nach einer Mitte August 1922 durchgeführten Erhebung waren von 720.174

⁷¹⁵ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer V. d; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3559-3561; Verordnungsblatt, 1925, S. 18, Absatz 5 (= Dokument 178); Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 43 (vom 2. Dezember 1926), Ziffer 2; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 911-914 und 941.

⁷¹⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1925, S. 18, Absatz 2 (= Dokument 178).

⁷¹⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 42, 44-45 und 50-52 (Abschrift des Urteils).

⁷¹⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 18 (= Dokument 187); SächsHStAD, 10693, Nr. 2073; Ebd., 11125, Nr. 13365/9, Bl. 60-65.

⁷¹⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 36 (= Dokument 189). Für Schüler unter 14 Jahren war die Erklärung schriftlich durch die Erziehungspflichtigen abzugeben, und in schriftlicher oder mündlicher Form durch die älteren Schüler selbst. Diese Bestimmung wurde durch Verordnung vom 2. Januar 1932 (Vbl. S. 2) (= Dokument 237) ergänzt. Hintergrund bildete die Auslegung eines Paragraphen im Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (RGBl. S. 939). Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 39-40, 40 V, 40 VIII-IX, 45 und 203.

⁷²⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1925, S. 18 (= Dokument 178). Die Vertreter der weltlichen Schule erblickten darin eine Benachteiligung und Erschwerung ihrer Absichten. Die Elternratszentrale für die weltliche Schule erklärte, daß das Ministerium sich nicht unparteiisch zu dieser Frage stelle, sondern offen für Kirchenschulen Vorarbeit leiste. In der Tat beriefen sich die christlichen Elternvereine Sachsens zum Zweck einer Belehrung der Eltern auf die Verordnung. In ihrem Vereinsorgan führten sie aus, daß diejenigen, die Religionsunterricht wollten, keine besondere Erklärung dafür abzugeben hätten, da ja die Nichtabgabe einer Erklärung die Zuführung des Kindes zum Religionsunterricht automatisch zur Folge habe. Das Ministerium bezeichnete diese Auslegung dagegen als unzutreffend. Die Verordnung sei vielmehr im Sinne der Fleißnerschen Verordnung vom 8. Januar 1921 zu verstehen. Zudem seien die Schulleiter ausdrücklich verpflichtet, bei der Anmeldung auf die Abgabe einer Erklärung hinzuwirken. Da in der Praxis das Unterlassen aber als Einverständnis mit der Teilnahme am Religionsunterricht galt, war dies zumindest einer Erleichterung der Anmeldung zum Religionsunterricht gleichzuachten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/9, Bl. 69 I-V und 156-157.

⁷²¹ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 151. Sitzung vom 25. Oktober 1920, S. 4791.

⁷²² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 260-262 (Abschrift des Urteils) und 268-275.

⁷²³ Vgl. Ebd., Bl. 257 und 279; LLZ, 1930, S. 985-986; SSZ, 1930, S. 787-788.

⁷²⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 26, C I: 3 e/64 (= Dokument 215).

⁷²⁵ Der Moralunterricht war ursprünglich im Übergangsschulgesetz gegenüber der Vorlage weggefallen, wurde dann mit Verordnung vom 15. Mai 1920 eingeführt, 1928 in den Landeslehrplan aufgenommen und schließlich durch Verordnung vom

Volksschülern 94.945 vom Religionsunterricht abgemeldet (= 13,2 %).⁷²⁶ Die christliche „Schulpolitische Korrespondenz“ berichtete 1930, daß von den Schulanfängern des Jahres 1930/1931 in den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz 15.001 Kinder (= 81,3 %) am Religionsunterricht teilnahmen, während 3450 (= 18,7 %) den Lebenskundeunterricht besuchten.⁷²⁷

d. Religiöse Handlungen außerhalb des Religionsunterrichts

Mit Einführung der nach Bekenntnissen nicht getrennten allgemeinen Volksschule war das den Unterricht bislang prägende Religiöse einzuschränken⁷²⁸, wofür sich insbesondere Kultusminister Hermann Fleißner (USPD/SPD) eingesetzt hatte. Nachdem in Sachsen der Frühjahrsbußtag durch Gesetz vom 22. Dezember 1920 die Eigenschaft eines staatlich anerkannten Feiertags verloren hatte⁷²⁹, verordnete Fleißner, an diesem Tage den Unterricht in allen Schulen wie gewöhnlich abzuhalten⁷³⁰. Als diese Bestimmung im März 1922 erstmals wirksam werden sollte, wurde von kirchlicher Seite öffentlich zur Umgehung dieser Verfügung aufgerufen.⁷³¹ Da es kleinen Religionsgesellschaften bisher gestattet worden war, an ihren Feiertagen ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken, forderte man nun Gleichbehandlung der Konfessionen.⁷³² Zur Beseitigung etwaiger Widersprüche und Unklarheiten erließ Fleißner daher am 12. August 1922 eine Verordnung, die Lehrern und Schülern an staatlich nicht anerkannten Feiertagen die Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagshandlungen grundsätzlich nicht mehr gestattete; zugleich wurden die den religiösen Minderheiten früher eingeräumten Rechte aufgehoben.⁷³³ In Ergänzung dazu erging am 24. August 1922 eine Verordnung, die zum Schutz der Empfindungen Andersdenkender in den Schulen jede Art religiöser Beeinflussung (Andachten, Gebete, Kirchenlieder) außerhalb des Religionsunterrichts verbot. Die allgemeinen Veranstaltungen der Schule (Schulfeiern, Aufnahme und Entlassung von Schülern, Einweisung und Verabschiedung von Lehrern) durften keinen

18. April 1933 wieder abgeschafft. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 9 (vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 166 und 173; LLZ, 1923, S. 18-19; Verordnungsblatt, 1920, S. 67 (= Dokument 123); Ebd., 1921, S. 137-138 (= Dokument 142); Ebd., 1928, S. 37-38; Ebd., 1930, S. 5 (= Dokument 204); Ebd., 1933, S. 23-24, § 1 (= Dokument 253). Siehe auch Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 2, S. 31-37.

⁷²⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/7, Bl. 175; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 6. Sitzung vom 9. Januar 1923, S. 117; Ebd., 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 165.

⁷²⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13365/10, Bl. 112-114 I.

⁷²⁸ Schon im Aufruf der Volksbeauftragten des Reichs an das deutsche Volk vom 12. November 1918 hieß es: „Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.“ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1918, S. 1303, Ziffer 5.

⁷²⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 497.

⁷³⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1921, S. 17-18 (= Dokument 135). Gestützt war die Verordnung auch auf die Artikel 135 und 136 Absatz 1 RV, welche die ungestörte Religionsausübung gewährleisteten, sofern die allgemeinen Staatsgesetze hiervon unberührt blieben. Zu den staatsbürgerlichen Pflichten gehörte aber auch der regelmäßige Schulbesuch, dem die Ausübung der Religionsfreiheit nicht entgegengesetzt werden konnte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14567, Bl. 150-151.

⁷³¹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 622 (vom 16. März 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 104. Sitzung vom 6. April 1922, S. 3742-3758; Ebd., 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 173-174; SächsHStAD, 11125, Nr. 14567, Bl. 25 I.

⁷³² Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 131 (= Dokument 127); SächsHStAD, 11125, Nr. 13895, Bl. 46-51; Ebd., Nr. 14567, Bl. 37 und 43-49. Zudem berief man sich auf eine Verordnung vom 27. Juni 1921, die nach ihrem Entstehungszusammenhang aber keine allgemeingültige, sondern eine speziell für die Internate an den Seminaren herausgegebene gewesen war. Vgl. Verordnungsblatt, 1921, S. 81 (= Dokument 141).

⁷³³ Vgl. Verordnungsblatt, 1922, S. 126 (= Dokument 149); Ebd., S. 171 (= Dokument 151); SächsHStAD, 10693, Nr. 1645; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 828 (vom 11. September 1922); Ebd., 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 10 und 16 (beide vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 168-171, 175-176 und 189; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 141 (vom 21. Februar 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 21. Juni 1923, S. 1178-1198; Ebd., 46. Sitzung vom 26. Juni 1923, S. 1204. Begründet wurde die Verordnung mit der Gewährleistung eines ordentlichen Schulbetriebs, der nicht möglich sei, wenn die evangelische Kirche ebenso von Ausnahmen Gebrauch machen wolle, weil an solchen Tagen dann nur eine geringe Zahl von Schülern überhaupt die Schule besuchen werde. Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 104. Sitzung vom 6. April 1922, S. 3752.

kirchlichen oder religiösen Charakter tragen.⁷³⁴ Nachträglich ausgenommen hiervon waren nur die Schulen katholischer Minderheitsgemeinden, denen bei der Vereinigung mit der Mehrheitsgemeinde die einstweilige Erhaltung ihres konfessionellen Charakters ausdrücklich zugesichert worden war.⁷³⁵ Der Erlaß dieser Verordnungen wurde von einer öffentlichen Kampagne gegen die sozialistische Regierung begleitet⁷³⁶, gleichwohl aber in einen Gerichtsurteil für rechtens befunden⁷³⁷.

Um die Frage der Schulbefreiung im Sinne der Toleranz neu zu regeln, führte der Reichsminister des Innern im Dezember 1922 Verhandlungen mit den Unterrichtsministern von Sachsen, Thüringen und Braunschweig, in deren Ergebnis die Verordnung vom 9. März 1923 erging.⁷³⁸ Demnach hatten zwar Lehrer und Schüler keinen Rechtsanspruch auf Unterrichtsbefreiung an staatlich nicht anerkannten Feiertagen, diese sollte ihnen aber auf Antrag in gewissem Umfang gewährt werden.⁷³⁹ Ferner hatte nun in den öffentlichen Schulen jede Art religiöser Beeinflussung im Sinne eines *bestimmten* Bekenntnisses außerhalb des Religionsunterrichts zu unterbleiben.⁷⁴⁰ Ausgenommen hiervon blieben weiter die Schulen katholischer Minderheitsgemeinden, denen die einstweilige Erhaltung ihres konfessionellen Charakters zugesichert worden war. Als aber in Orten der Lausitz das allgemeine Verbot des Schulgebets nicht befolgt wurde, griff das Bezirksschulamt Zittau im Einvernehmen mit dem Kultusministerium ein. Darauf traten am 4. Juni 1923 die acht katholischen Schulen des Ostritzer Kirchspiels in einen Schulstreik.⁷⁴¹ Daß die fraglichen Schulen nach § 4 Absatz 1 des Übergangsschulgesetzes als allgemeine Volksschulen eingerichtet

⁷³⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1922, S. 126 (= Dokument 150); Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 829 und 830 (beide vom 11. September 1922); Ebd., 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 7 und 8 (beide vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 164-166 und 174-176; Sächsische Staatszeitung, 1922, Nr. 230, S. 1; LLZ, 1922, S. 548. Diese Verordnung stützte sich auf Artikel 148 Absatz 2 RV sowie § 4 Absatz 1 des Übergangsschulgesetzes, wonach eine religiöse Beeinflussung der Schüler im Sinne eines Bekenntnisses zum Charakter der allgemeinen Volksschule im Widerspruch gestanden haben würde. Gegen die Veranstaltung von Weihnachtsfeiern hatte das Ministerium aber insofern keine Bedenken, als solche außerhalb der planmäßigen Unterrichtsstunden stattfanden und auf Lehrer und Schüler kein Zwang zur Teilnahme ausgeübt wurde. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 13 (vom 1. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 161. Am 5. September 1919 hatte Kultusminister Wilhelm Buck (SPD) bereits verordnet, daß ein Zwang, den Unterricht mit Gebet und mit dem Gesang religiöser Lieder zu beginnen und zu schließen, für die Lehrer nicht mehr bestünde. Derartige Handlungen stellte er so in das Ermessen des Lehrers, sofern keine Schüler zur Teilnahme an diesen genötigt wurden. Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 174 (= Dokument 112). Durch Verordnung vom 30. April 1920 fanden diese Bestimmungen auch Anwendung auf die höheren Schulen. Vgl. Ebd., 1920, S. 60 (= Dokument 122).

⁷³⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1922, S. 169-170 (= Dokument 152).

⁷³⁶ Ebenso wie das Verfahren zur Abmeldung vom Religionsunterricht werteten kirchliche Kreise das Verbot religiöser Beeinflussung als einen Versuch, auf dem Wege der Schulverwaltungspraxis die weltliche Schule einzuführen. Der Abgeordnete Hermann Müller (USPD) bemerkte: „Es ist gesagt worden, der sächsische Staat und das sächsische Kultusministerium übe einen unerhörten Terror und Gewissenszwang auf die kirchlichen Kreise aus. [...] Aber der Kulturkampf wird entfesselt durch die kirchlichen Kreise selbst, die es nicht dulden wollen, daß wirkliche Toleranz geübt wird, die heute noch genau wie im alten Staats ihren Gewissenszwang ausüben möchten.“ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 5. Sitzung vom 15. Dezember 1922, S. 105-106. Zu den Umständen, die im Einzelnen zum Erlaß der Augustverordnungen geführt hatten siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13893 und 14567.

⁷³⁷ Das Leipziger Schöffengericht, das zu prüfen hatte, ob die auf Grund der Verordnungen erlassenen Strafbefehle rechtliche Gültigkeiten besaßen oder nicht, entschied in einem Falle zu Ungunsten eines Mannes, der gegen eine Bestrafung Berufung eingelegt hatte. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 359, S. 10306.

⁷³⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 42-43 (= Dokument 160); Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 357, S. 8812; Ebd., Bd. 359, S. 10285-10328; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 176-178; Ebd., 45. Sitzung vom 21. Juni 1923, S. 1180-1182 und 1186-1187.

⁷³⁹ Die in Betracht kommenden Feiertage der römisch-katholischen Kirche und der israelitische Religionsgesellschaft wurden explizit aufgeführt, während die evangelisch-lutherische Kirche keine Erwähnung fand. Der Reichsminister des Innern vermochte darin aber keine Ungleichbehandlung zu sehen, weil die Feiertage der evangelisch-lutherischen Kirche mit Ausnahme des Frühjahrsbußtags bereits staatlich anerkannte Feiertage waren. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14567, Bl. 300-301.

⁷⁴⁰ Andachten, Gebete und Kirchenlieder waren nur in den Religionsstunden zulässig. Dementsprechend waren die allgemeinen Veranstaltungen der Schule, wie Schulfeste, Aufnahme und Entlassung von Schülern, Einweisung und Verabschiedung von Lehrkräften und dergleichen so zu gestalten, daß es jedem Lehrer und jedem Schüler möglich war, ohne Gewissensbedenken daran teilzunehmen. Die Beseitigung religiöser Zeichen in der Schule führte vielfach zu Konflikten zwischen den beteiligten Kreisen. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2065, 2068, 2074 und 2075; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1042 (vom 21. Dezember 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 101. Sitzung vom 22. Januar 1929, S. 3770-3772.

⁷⁴¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 888; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 188; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 331 (vom 6. Juni 1923) und 364 (vom 19. Juni 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 21. Juni 1923, S. 1182-1198; Ebd., 46. Sitzung vom 26. Juni 1923, S. 1204.

worden waren, vermochte auch ihr rein katholischer Schülerbestand nicht zu ändern, so daß hier keine Ausnahmebestimmungen gelten konnten.⁷⁴² Nach Ansicht des Ministers diene der Kampf gegen die Gebetsverordnung vornehmlich der Feststellung, daß die katholischen Schulen Bekenntnisschulen seien, um bei der kommenden Reichsschulgesetzgebung besondere Berücksichtigung zu finden. Um einer Konfessionalisierung des Schulwesens vorzubeugen, wurde daher gegen die Streikenden rigoros vorgegangen.⁷⁴³ Am 21. August 1923 erfolgte die Wiederaufnahme des Schulbetriebes, ohne daß das Ministerium von seinem Standpunkt abgewichen war.⁷⁴⁴

Als Dr. Fritz Kaiser (DVP) die Leitung des Volksbildungsministeriums übernahm, verordnete er sogleich am 14. Januar 1924, daß Unterrichtsbefreiung auch für den Frühjahrsbußtag zulässig und das Verbot religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts aufgehoben sei.⁷⁴⁵ Vor dem Landtag erklärte er, daß ihn Gründe der Toleranz und Gerechtigkeit hierzu veranlaßt hätten. Aus den geringen Abmeldungen vom Religionsunterricht sei ein gewisses religiöses Bedürfnis der Bevölkerung abzulesen, dessen Befriedigung man nach demokratischen Prinzipien nicht verwehren könne.⁷⁴⁶ Doch damit war keinesfalls eine Beruhigung eingetreten. Denn die Schüler waren nach wie vor zum Besuch des Frühjahrgottesdienstes vom Unterricht nur insoweit zu befreien, als es zur Verrichtung ihrer religiösen Pflichten erforderlich war. Die Befreiung sollte nur für die Tageshälfte ausgesprochen werden, in welcher der Gottesdienst stattfand. Aber dies war keine so weitherzige Regelung wie sie den katholischen und israelitischen Kindern durch Verordnung vom 19. Mai 1923 zugebilligt worden war.⁷⁴⁷ Die Verordnung vom 28. Februar 1925 schaffte hier Gleichbehandlung der Konfessionen, indem sie ausschließlich nur noch halbtägige Unterrichtsbefreiung zuließ.⁷⁴⁸

⁷⁴² Paradox freilich war, daß das Schulgebet an katholischen Minderheitsschulen erlaubt war, während es an katholischen Mehrheitsschulen untersagt blieb. Der Reichsminister des Innern hatte daher schon im Januar 1923 angeregt, für die Schulen Ausnahmen zuzulassen, denen zwar ihr konfessioneller Charakter nicht ausdrücklich zugesichert worden war, die aber tatsächlich durch ihren homogenen Schülerbestand einen rein bekenntnismäßigen Charakter trugen. Da in diesen Schulen Kinder anderer Bekenntnisse oder vom Religionsunterricht abgemeldete Kinder nicht vorhanden sein würden, hätte die Anwendung der Vorschrift in Artikel 148 Absatz 2 RV (Berücksichtigung der Empfindung Andersdenkender) keine Berechtigung. Das sächsische Kultusministerium vermochte dem aber unter Verweis auf Artikel 174 RV, der eine Änderung des Charakters der Volksschulen als allgemeine Volksschule bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes ausdrücklich untersagte, nicht zu folgen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14567, Bl. 246 und 289-290.

⁷⁴³ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 21. Juni 1923, S. 1186-1187; Sächsische Volkszeitung, 1924, Nr. 279, S. 5. Beispielsweise wurde mit Verordnung vom 19. Juni 1923 das Verfahren zur Bestrafung von Schulversäumnissen vereinacht. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13894, Bl. 27 II (= Dokument 162).

⁷⁴⁴ Zu den Vorgängen im Detail siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13894.

⁷⁴⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 14 (= Dokument 170) und 59 (= Dokument 173); Ebd., 1925, S. 25 (= Dokument 179); SächsHStAD, 10693, Nr. 1652; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 736 (vom 21. Februar 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2653-2656, 2660-2663, 2667-2670 und 2674-2675; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 845 (vom 27. Mai 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3541 und 3573; SSZ, 1924, S. 83-85 und 545-546. Zur praktischen Handhabung der Verordnung siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13895. Für erfolglose Anträge zur Aufhebung dieser Verordnung siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 2076; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1750 (Neudruck vom 17. März 1926), S. 2, Ziffer I. 4. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6104; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 43 (vom 2. Dezember 1926), Ziffer 1; Ebd., Nr. 272 (vom 23. März 1927), S. 2, Ziffer I. 4. c; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 911-914 und 940-941. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), S. 1, Ziffer III. b; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2761.

⁷⁴⁶ Indes wurden von der Gegenseite gerade im Hinblick auf die Toleranz Zweifel an der Durchführbarkeit der Gebetsverordnung erhoben. Vgl. LLZ, 1924, S. 31-32 und 477. Darauf verordnete das Ministerium, es sei die beste Lösung, daß die Kinder sich während des Gebets nicht aus der Klasse entfernten, sondern sich ruhig verhaltend in der Klasse blieben. Darin könne keine unbillige Zumutung diesen Kindern gegenüber erblickt werden, da es eine allgemein anerkannte Forderung des Taktgefühls sei, andächtigen Handlungen anderer Achtung zu erweisen. Das Ministerium setze aber voraus, daß Form und Inhalt des Gebets so gewählt würden, daß eine Verletzung Andersdenkender ausgeschlossen sei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13895, Bl. 2; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 150. Sitzung vom 17. November 1925, S. 5162; SSZ, 1929, S. 731.

⁷⁴⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 94 (= Dokument 161).

⁷⁴⁸ Vgl. Ebd., 1925, S. 15 (= Dokument 177); SächsHStAD, 10693, Nr. 1652; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1033 (vom 9. Dezember 1924) und 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer V. h; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3541-3543, 3559-3561 und 3570-3571; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1384 (vom 10. Juni 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4931-4932 und 4940; LLZ, 1925, S. 290. Zur Übersichtlichkeit wurde die Verordnung über Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen und die Berücksichti-

Nach der NS-„Machtergreifung“ war mit Beginn des Schuljahres 1933/1934 der Unterricht in Volks- und Hilfsschulen schließlich wieder mit Choralgesang und Gebet zu beginnen und zu schließen.⁷⁴⁹

VII. Zusammenfassung

Nachdem das Volksschulwesen seine letzte gesetzliche Regelung im Jahr 1873 erfahren hatte, erfolgte zum Beginn der Weimarer Republik seine Neuordnung. Im Hinblick auf den äußeren Aufbau wurde das gegliederte und konfessionell geprägte Volksschulwesen unter weitestgehender Einschränkung des Privatschulwesens zugunsten der allgemeinen Volksschule für alle Kinder ohne Unterschied des Vermögens und der Religion aufgegeben. Das Reichsgrundschulgesetz vom April 1920 richtete die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle Kinder des Volkes gemeinsame Grundschule ein. Innerhalb der allgemeinen Volksschule konnten Lehrgänge mit höheren Bildungszielen gebildet werden, wobei diese höheren Abteilungen durch Einrichtung, Lehrplan und Lehrkörper in sich die Tendenz zur organisatorischen Verselbständigung und Abtrennung von der Volksschule trugen. Für Kinder mit schwacher Befähigung war die Einrichtung von Hilfsschulen, Hilfsschulklassen sowie Nachhilfeunterricht möglich.

Mit dem Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden wurde die zuvor bestehende Unterscheidung zwischen Schulgemeinde und bürgerlicher Gemeinde aufgehoben. Die Verpflichtung zur Unterhaltung der Volksschulen ging auf die bürgerlichen Gemeinden über, die zu diesem Zweck entweder eigene (einfache) oder zusammengesetzte Schulbezirke bildeten. Innerhalb der Schulgemeinden bzw. Schulbezirke wurde die Verwaltung des Volksschulwesens durch den Schulvorstand bzw. die bürgerliche Gemeindevertretung resp. den Schulbezirksvorstand ausgeübt.

In Bezug auf die Finanzierung des Volksschulwesens galt zunächst das Kommunalprinzip, d. h. die Schulgemeinden hatten ggf. unter Gewährung von Staatsbeihilfen die Mittel zu den sächlichen und persönlichen Lasten selbst aufzubringen. Nachdem im Zuge der Reichsfinanzreform ihr Besteuerungsrecht entfiel, wurden sie an den Mitteln aus dem Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern beteiligt. Im Jahr 1920 erfolgte die Übernahme der persönlichen Schullasten auf die Kasse des Staates, der im Gegenzug seinen Einfluß auf das Schulwesen durch Mitwirkung bei der Besetzung der Lehrerstellen ausweitete.

Neu geregelt wurde auch die Aufsicht über den inneren Schulbetrieb. Mit Beseitigung der Ortschaftschulaufsicht und Einführung der kollegialen Selbstverwaltung verlor der Direktor seine Vorgesetzteneigenschaft und wurde zum bloßen Vollzugsorgan der Lehrerversammlung. Da zudem das Direktorat aus einem lebenslänglichen in ein zeitlich befristetes umgewandelt worden war, mußten sich auch die bereits amtierenden Direktoren einer Wiederwahl stellen. Diese Bestimmung war vom Verein Sächsischer Schuldirektoren entschieden, aber erfolglos bekämpft worden.

Einen wichtigen Teilbereich der Volksschulreform bildete schließlich die Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche und Schule. Durch Beseitigung sowohl der durch den Pfarrer ausgeübten geistlichen Ortschaftschulaufsicht als auch der kirchlichen Aufsicht über den Religionsunterricht wurde die fachmännische Schulaufsicht – nachdem sie bereits 1873/1874 in der Mittelinstanz verwirklicht worden war – in der Lokalinstanz durchgeführt. Auch durfte der Pfarrer als solcher nicht mehr dem Schulvorstand angehören. Während die evangelische Kirche dies akzeptierte, war die katholische Kirche auf Restauration ihres früheren Status bedacht. Mit dem Gesetz über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer wurde zudem das Kirchenamt vom Schulamt gelöst und die vermögensrechtlichen Ansprüche der Lehrer aus ihrer bisherigen kirchlichen Tätigkeit geregelt. Überdies sollte das Gesetz die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schule an dem Kirchschullehensvermögen anbahnen.

gung der Empfindungen Andersdenkender nebst Änderungen am 21. August 1929 neu publiziert. Vgl. Verordnungsblatt, 1929, S. 61-62 (= Dokument 202); SächsHStAD, 10693, Nr. 2418 und 2079.

⁷⁴⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 23 (= Dokument 255).

Der Religionsunterricht war zunächst durch das Übergangsschulgesetz aus der Volksschule entfernt worden. Aufgrund eines Urteils des Reichsgerichts wurde diese Bestimmung jedoch als verfassungswidrig eingestuft, so daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach blieb. Nun machten sich Bestrebungen geltend, seine Erteilung auf möglichst wenige Klassenstufen bzw. wenige Stunden zu beschränken. Als Vertreter der weltlichen Volksschule nahm der Sächsische Lehrerverein in diesen Auseinandersetzungen einen wichtigen Platz ein. Wiederholt forderte er seine Mitglieder auf, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen. Wechselnde Regelung erfuhr die Form, in der die Erziehungsberechtigten ihren Willen, ob ihr Kind am Religionsunterricht teilnehmen solle oder nicht, dartun sollten. Seit 1927 wurde die Nichtabgabe einer Erklärung explizit als Einverständnis mit der Teilnahme am Religionsunterricht gewertet.

Die Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagshandlungen wurde Lehrern und Schülern an staatlich nicht anerkannten Feiertagen zunächst (seit August 1922) grundsätzlich nicht mehr gestattet. Vom selben Zeitpunkt an herrschte zum Schutz der Empfindungen Andersdenkender in den Schulen ein Verbot jeder Art religiöser Beeinflussung (Andachten, Gebete, Kirchenlieder) außerhalb des Religionsunterrichts. Die allgemeinen Veranstaltungen der Schule (Schulfeiern, Aufnahme und Entlassung von Schülern, Einweisung und Verabschiedung von Lehrern) durften keinen kirchlichen oder religiösen Charakter tragen. Diese Bestimmungen wurden nach dem Regierungswechsel im Januar 1924 wieder aufgehoben.

E. Die Sparmaßnahmen im sächsischen Volksschulwesen

Nachdem bisher die Grundlagen der Volksschulreform dargestellt wurden, werden nun die Sparmaßnahmen im sächsischen Volksschulwesen in den Blick genommen. Dies geschieht zunächst in einem chronologischen Längsschnitt, der sich an den Schlagworten „Personalabbau“, „Verwaltungsreform“ und „Weltwirtschaftskrise“ orientiert. Auf dieser Grundlage folgt anschließend die sachlich-inhaltliche Erörterung der Problematik.

I. Kontext und Grundlagen der Sparpolitik

1. Der Personalabbau

Als die Reichsregierung am 27. Oktober 1923 eine Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben in den Reichsverwaltungen (Personal-Abbau-Verordnung) erließ⁷⁵⁰, verpflichtete sie darin die Länder, für die Landes- und Gemeindebeamten entsprechende Regelung zu treffen.⁷⁵¹ Gegen dieses Vorgehen hatte die sächsische Regierung vor der Beschlußfassung des Reichskabinetts zwar Protest eingelegt, mußte sich wegen der finanziellen Abhängigkeit des Landes vom Reich zur Durchführung letztlich aber bereit finden.⁷⁵² Zu diesem Zweck ging dem Sächsischen Landtag am 4. Dezember 1923 der Entwurf eines Personalabbaugesetzes zu, der am 13. Dezember 1923 in erster Lesung beraten wurde.⁷⁵³ Zur vorläufigen Durchführung der Reichsverordnung erließ das Gesamtministerium am 21. Dezember 1923 eine Personalabbau(not)-verordnung, ohne damit das parlamentarische Verfahren abzubrechen.⁷⁵⁴ Ministerpräsident Alfred Fellisch (SPD)⁷⁵⁵ sowie eine spätere Vorlage begründeten dieses Vorgehen damit, daß sich der Landtag am 19. Dezember 1923 auf unbestimmte Zeit vertagt hatte und die Regierung den Abbau der ersten Quote von mindestens 5 % der Beamten bis zum 1. Februar 1924 fristgerecht sicherstellen wollte.⁷⁵⁶ Der wieder zusammengetretene Landtag brachte die Beratung dieser Materie zum Abschluß.⁷⁵⁷ Am 29. Januar 1924 erging das Personalabbaugesetz, das bis zum 1. April 1924 ein Ausscheiden von mindestens 15 % der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Staats- und Gemeindedienst befindlichen Beamten vorschrieb und hierfür in erster Linie die über Sechzigjährigen vorsah.⁷⁵⁸ Mitte des Jahres 1924 wurde der schematische Abbau in Sachsen, der in die wohlerworbenen Rechte der Beamten eingriff, eingestellt und nur noch in besonderen Fällen von den Abbaubestimmungen Gebrauch gemacht.⁷⁵⁹ Das Reichsgesetz über Einstellung des Personalabbaues und Änderung der Personal-Abbau-Verordnung vom 4. August 1925 hob schließlich die wichtigsten Bestimmungen der Personalabbauverordnung zugunsten der Beam-

⁷⁵⁰ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1923, Teil 1, S. 999ff.; SächsHStAD, 10717, Nr. 1107 und 5002.

⁷⁵¹ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1923, Teil, S. 1007, Artikel 18.

⁷⁵² Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 5002, Bl. 5. Zum Widerstand der sächsischen Beamten- und Lehrerschaft gegen den Personalabbau siehe: LLZ, 1923, S. 543-544, 553-555, 574-575 und 578-579.

⁷⁵³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/81; Ebd., 10717, Nr. 5002; Ebd., 10693, Nr. 1536; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlage, Nr. 101 (vom 4. Dezember 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 74. Sitzung vom 13. Dezember 1923, S. 2051-2085; LLZ, 1923, S. 605 und 621.

⁷⁵⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 557f.; SSZ, 1924, S. 9-10 und 20-21.

⁷⁵⁵ Zur Person Fellischs siehe Schmeitzner, Mike: Alfred Fellisch [2000]; Ders.: Alfred Fellisch [2006], S. 159-181.

⁷⁵⁶ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 78. Sitzung vom 29. Dezember 1923, S. 2163-2164; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 114 (vom 2. Januar 1924). Für dieses Vorgehen war die Regierung sowohl durch die Reichsverordnung als auch die Verfassung des Freistaates Sachsen ermächtigt.

⁷⁵⁷ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 79. Sitzung vom 4. Januar 1924, S. 2181-2198; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 662 (vom 14. Januar 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 15. Januar 1924, S. 2205-2206; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 679 (vom 22. Januar 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 82. Sitzung vom 24. Januar 1924, S. 2306-2328; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 276 (vom 16. Januar 1924) und 280 (vom 25. Januar 1924); LLZ, 1924, S. 58-63 und 74-76.

⁷⁵⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 43ff. und Ausführungsverordnungen hierzu vom 15. Februar 1924 (GBl. S. 115ff.) und 25. Februar 1924 (VBl. S. 27f.) (= Dokument 171); LLZ, 1924, S. 121-123; SSZ, 1924, S. 55-56.

⁷⁵⁹ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 156. Sitzung vom 8. Dezember 1925, S. 5403. Zu den finanziellen Folgen des Personalabbaues siehe: Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 129 (vom 9. Mai 1924), S. I. 13-15; Ebd., Nr. 170 (vom 21. Februar 1925), S. I. 14-16; LLZ, 1927, S. 135-136.

ten auf und ermächtigte die Länder, entsprechende Änderungen ihrer Abbaugesetze vorzunehmen.⁷⁶⁰ In der Folge erging in Sachsen das Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues vom 8. März 1926.⁷⁶¹

Um den Personalabbau auf dem Gebiet des Schulwesens zu beraten, trafen sich am 12. November 1923 Vertreter der deutschen Unterrichtsverwaltungen in Frankfurt am Main.⁷⁶² Dabei nahmen sie den Standpunkt ein, daß eine Senkung der Bildungshöhe des deutschen Volkes durch den Beamtenabbau nicht herbeigeführt werden dürfe, erkannten jedoch an, daß auch auf dem Gebiete des Schulwesens Sparmaßnahmen nicht zu vermeiden seien. Ihren Regierungen schlugen sie daher – zugleich zur Geltendmachung gegenüber dem Reich – eine Reihe von Richtlinien vor.⁷⁶³

Die neue sächsische Koalitionsregierung unter Max Heldt (SPD/ASP) nutzte den Personalabbau zu einer Reorganisation der Ministerien und des Polizeiwesens, in deren Verlauf sie vornehmlich sozialdemokratische und republikanisch eingestellte Beamte entließ oder auf weniger bedeutende Posten versetzte.⁷⁶⁴ Im Volksbildungsministerium wurde unterm 1. Februar 1924 Ministerialdirektor Michel in den einstweiligen Ruhestand versetzt.⁷⁶⁵ Aus seinem Arbeitsbereich entfernt wurde ebenso Ministerialdirektor Dr. Kittel, der in gleichem Rang ins Arbeitsministerium wechselte.⁷⁶⁶ Die miteinander vereinigten Abteilungen des Ministeriums wurden sodann dem neu als Ministerialdirektor eingestellten Dr. Konrad Woelker (DVP)⁷⁶⁷ unterstellt, der den weiteren Verwaltungsumbau im Ministerium durchführte.⁷⁶⁸ In der Folge wurden abgebaut 31 Beamte durch Versetzung in Wartegeld, 18,5 Beamte durch Entlassung auf andere Weise, 72 Beamte durch Anrechnung freier Planstellen sowie 97,5 Tarifangestellte. Gegenüber dem Volksbildungsminister bezeichneten am 20. November 1924 die Sparkommissare des Ministeriums einen weiteren Personalabbau als nicht durchführbar. Insgesamt habe sich der Abbau als eine im Verhältnis zur Geschäftslast so weitgehende Verringerung des Personals erwiesen, daß die Sacharbeit von Grund auf neu geregelt werden mußte.⁷⁶⁹

⁷⁶⁰ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1925, Teil 1, S. 181ff.

⁷⁶¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 50f. Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/84, Bl. 468ff.; Ebd., 10693, Nr. 1309; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1504 (vom 25. September 1925); Ebd., Vorlagen, Nr. 194 (vom 20. November 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 156. Sitzung vom 8. Dezember 1925, S. 5401-5406; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1675 (vom 3. Februar 1926); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 168. Sitzung vom 11. Februar 1926, S. 5769-5770; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 603 (vom 12. Februar 1926); LLZ, 1925, S. 812-814.

⁷⁶² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13917, Bl. 13-18.

⁷⁶³ Vgl. Ebd., Bl. 17 (= Dokument 274). Gegen diese Richtlinien hatte allein der Vertreter Thüringens gestimmt, da er anstelle von Abbaumaßnahmen in der Durchführung der Planwirtschaft die geeignete Maßnahme sah, ohne Schädigung der allgemeinen Bildungsinteressen eine möglichst sparsame Organisation des gesamten Schulwesens herbeizuführen. Überdies wünschte er die Berufsschule sowie das Volks- und Arbeiterbildungswesen gänzlich von den Abbaumaßnahmen auszunehmen. Der Vertreter Sachsens schloß sich zwar der thüringischen Erklärung an, stimmte im Übrigen aber für die Entschließung der Mehrheit. Vgl. Ebd., Bl. 17-18.

⁷⁶⁴ Vgl. Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik, S. 9-14; Die angefeindete Beamtenpolitik der Regierung Heldt; Fischer, Thomas: Max Heldt, S. 194-196; Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen, S. 73-75.

⁷⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/83, Bl. 11. Noch am 15. Dezember 1923 hatte ein internes Schreiben der II. Abteilung des Volksbildungsministeriums organisatorische Änderungen im Behördenaufbau ausgeschlossen, da man diesen nicht weiter zu vereinfachen können glaubte. Vgl. Ebd., Nr. 13106/14, Bl. 122.

⁷⁶⁶ Vgl. Die angefeindete Beamtenpolitik der Regierung Heldt, S. 9 und 14-15.

⁷⁶⁷ Dr. jur. Konrad Woelker, geboren 1875, Regierungsrat bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, 1917 Amtshauptmann von Dresden-Altstadt, 1919 Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern und Referent (später Ministerialrat) beim Gesamtministerium (Staatskanzlei), unter dem Reichskommissariat (29.-31. Oktober 1923) beauftragt mit der Weiterführung der Geschäfte des Ministeriums für Volksbildung, 1924 Ministerialdirektor im Ministerium für Volksbildung, 1935 Ruhestand, Kommentare zur Verfassung des Freistaates Sachsen und zum sächsischen Landeswahlgesetz. Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, Bd. 4, S. 4312; Klein, Thomas: Sachsen, S. 121 und 334; Schmidt, Hartmut: Die Sprache des Regimes, S. 65.

⁷⁶⁸ Vgl. SächsHStAD, 10701, Nr. 203, Bl. 47; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 740 (vom 21. Februar 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2656-2675; Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik, S. 14; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 237.

⁷⁶⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/84, Bl. 281. Vom Abbau betroffen war auch der mit dem Einheitsschulplan befaßte Oberregierungsrat Dr. Alwin Wünsche. Versetzt wurde Regierungsrat Forkhart. Vgl. Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik, S. 12. Zur Durchführung des Personalabbaus im Geschäftsbereich des Volksbildungsministeriums siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/83-85. Für den Abbau im Hochschulbereich siehe Kuchta, Beatrix: Das Personalabbaugesetz von 1923/24 und die sächsischen Hochschulen, S. 193-220.

Während die Verwaltungsbeamten unter das Personalabbaugesetz fielen, mußte der Lehrerabbau durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.⁷⁷⁰ Zwar sollte das Personalabbaugesetz sinnngemäße Anwendung auch auf diese Beamtengruppe finden, jedoch mit der Maßgabe, daß der Abbau erst mit Ende März 1924 beginne und bei der Verminderung der Lehrerstellen auf die besonders gearteten Bedürfnisse der Schule weitgehende Rücksicht genommen werde.⁷⁷¹ Entsprechend erklärte das Volksbildungsministerium am 11. März 1924, daß der Lehrerabbau nicht nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden könne, sondern sich der Eigenart der einzelnen Schulgattungen anpassen müsse.⁷⁷² Das nicht näher bezifferte Abbauergebnis sollte durch organisatorische Maßnahmen im Schulbetrieb, die selbst nicht der Gesetzesform bedurften, erzielt werden.⁷⁷³ Alles weitere regelte das Gesetz zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen vom 27. März 1924, dessen Geltungsdauer bis zum 31. März 1927 befristet war.⁷⁷⁴ So wurden im Jahr 1924 1289 Volksschullehrer (darunter 106 seitherige Schuldirektoren) sowie 48 Berufsschullehrer abgebaut. Damit blieb das Abbauergebnis mit 9,9 % bzw. 9,2 % deutlich unter der Marke von 15 %, wie sie für die anderen Verwaltungszweige vorgeschrieben war.⁷⁷⁵

2. Die Vorschläge für eine Verwaltungsreform

Schon beim Personalabbaugesetz war ein Antrag angenommen worden, wonach mit dem Personalabbau ein Behördenabbau und eine Einschränkung des bürokratischen Apparates Hand in Hand zu gehen hatte.⁷⁷⁶ In der Folge wurde dieser Beschluß nicht umgesetzt. Vielmehr hatte man rückblickend den Beamtenabbau als einen Fehlschlag bezeichnen müssen, weil er eben nicht Aufgaben des Staates, sondern nur Beamte abgebaut hatte, die der Staat mit Wartegeld oder Ruhegehalt weiter bezahlen mußte. Teilweise waren auch abgebaute Beamten durch neu eingestellte Beamte ersetzt worden.⁷⁷⁷ Ab Mitte des Jahres 1926 regten sich Bestrebungen für eine Verwaltungsreform mit finanziellem Erfolg. So entsprangen den Landtagsfraktionen von DNVP, DDP und KPD Forderungen, die Regierung möge einen Plan zur Vereinfachung

⁷⁷⁰ Darauf hatte bereits die Vorlage zum Personalabbaugesetz orientiert. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlage, Nr. 101 (vom 4. Dezember 1923), S. 14. Vorläufige Anordnungen trafen zunächst die Verordnung des Ministeriums des Innern zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Gemeinden vom 4. Februar 1924 (Sächsische Staatszeitung, 1924, Nr. 30, Beilage, § 8), die Ausführungsverordnung zum Personalabbaugesetz vom 15. Februar 1924 (GBl. S. 117, § 25), die Verordnung über die Grundsätze für den Personalabbau an den Volks- und Fortbildungs-(Berufs-)schulen vom 21. Februar 1924 (SächsHStAD, 11125, Nr. 13918, Bl. 1-2) sowie die Verordnung über die Anwendung der Ausführungsverordnung zum Personalabbaugesetz auf die Lehrer vom 25. Februar 1924 (Vbl. S. 27f.; LLZ, 1924, S. 155-156) (= Dokument 171).

⁷⁷¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 43 (§ 2), 47 (§ 25 Absatz 1) und 48 (§ 31 Absatz 1).

⁷⁷² Daher ließe sich der Abbau streng nach dem Alter z. B. nur bei der Volksschule durchführen, da die Volksschullehrer aufgrund gleicher Lehrbefähigung den Lehrfächern nach in der Regel ersetzbar seien. Bei der Berufsschule und den höheren Schulen müsse dagegen darauf Rücksicht genommen werden, wegen des Fachlehrersystems den Schulen die nötigen Lehrer für die einzelnen Lehrfächer nicht zu entziehen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13917, Bl. 89-90. Gegen eine schematische Anwendung des Personalabbaugesetzes auf die Lehrer wandte sich auch der Sächsische Lehrerverein in einer Eingabe vom 21. November 1923, da er einen „Rückgang der Volksbildung“ und die „Vernichtung aller verheißungsvollen Anfänge der neuen Schule“ befürchtete. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/82, Bl. 75-78, Zitate: Bl. 78.

⁷⁷³ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 117 (vom 18. Februar 1924), S. 3-4.

⁷⁷⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 208 (= Dokument 53) mit Ausführungsverordnungen vom 1. April 1924 (GBl. S. 250f.) (= Dokument 54) und 23. März 1925 (GBl. S. 53) (= Dokument 56). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 1537; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 117 (vom 18. Februar 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 84. Sitzung vom 21. Februar 1924, S. 2425; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 6. März 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2637-2650 und 2660; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 342 (vom 21. März 1924); LLZ, 1924, S. 119-121 und 151-152; SSZ, 1924, S. 121-122, 169-170 und 197-199.

⁷⁷⁵ Vgl. Sächsischer Pestalozzi-Verein (Hrsg.): Landeslehrerbuch des Freistaates Sachsen, 1924, S. 157. Zur Durchführung des Lehrerabbaus siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13917-13923 und 16119.

⁷⁷⁶ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 679 (vom 22. Januar 1924), Ziffer 40 c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 82. Sitzung vom 24. Januar 1924, S. 2328. Da die Regierung ihrer Verpflichtung, von den in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen den Landtagsausschüssen Mitteilung zu geben, nur ungenügend nachgekommen war, forderte sie der Landtag im Januar 1925 nochmals zur Auskunftserteilung auf. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 892; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1002 (vom 2. November 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 113. Sitzung vom 22. Januar 1925, S. 3577-3578; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 435 (vom 23. Januar 1925).

⁷⁷⁷ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 594 (vom 8. Dezember 1927).

chung und Verbilligung der Staatsverwaltung vorlegen.⁷⁷⁸ Da diese zunächst nicht reagierte (es war ja auch kein entsprechender Landtagsbeschluß herbeigeführt worden), brachte die DNVP ihren Antrag im Januar 1927 in Erinnerung.⁷⁷⁹ Und um diesen einen gewissen Nachdruck zu verleihen, beantragte sie im März 1927, von dem Präsidenten des Reichsrechnungshofes ein Gutachten für die Vereinfachung der Verwaltung in Sachsen einzuholen; den Präsidenten des Sächsischen Staatsrechnungshofes in gleichem Sinne zu beauftragen; sowie beide Gutachten dem Landtag im Wortlaut mitzuteilen.⁷⁸⁰ Die Staatskanzlei mochte zur Einsichtnahme eines hohen Reichsbeamten in die internen Angelegenheiten des Freistaates ihre Zustimmung nicht erteilen, wohl aber einer Beauftragung eines sächsischen Landesbeamten. So ersuchte Ministerpräsident Max Heldt (ASP) am 28. Juli 1927 den Präsidenten des Sächsischen Staatsrechnungshofes, Walther Schieck, um Erstattung einer Expertise über Möglichkeiten einer Vereinfachung und Verbilligung der sächsischen Staatsverwaltung.⁷⁸¹ Im Dezember 1927 war dieses Gutachten abgeschlossen und im Januar 1928 als Druckschrift erschienen.⁷⁸²

Nach den Ausführungen Schiecks hätten die Erfahrungen mit dem Personalabbau gezeigt, daß mit einer schematischen Herabsetzung der Zahl der Beamten eine Abminderung der Verwaltungsausgaben nur in den seltensten Fällen erreicht werden konnte. Zum Ziele führen dagegen nur eine planmäßige Vereinfachung des Behördenaufbaus sowie der Abbau der Staatsaufgaben. Eine Entlastung der höheren Staatsbehörden könne dabei durch Abgabe von Verwaltungsgeschäften an untere Instanzen erreicht werden, sowie durch Eingliederung von Spezialverwaltungsstellen in die Behörden der Lokal- und Regionalinstanz.⁷⁸³ Für das Volksbildungsministerium schlug Schieck eine Reihe von Einsparungs- und Vereinfachungsmöglichkeiten vor.⁷⁸⁴ Am weitreichendsten waren indes seine Vorschläge zur Schulaufsicht. So wollte er beim horizontalen Behördenaufbau auch das Bezirksschulamt⁷⁸⁵ in die Amtshauptmannschaft als mittlere Verwaltungsbehörde einordnen; den Bezirksschulrat in den Beamtenkörper dieser Verwaltungsbehörde einreihen; und für den Fall, daß es aus verwaltungstechnischen oder anderen Gründen nicht möglich sein sollte, diesen beiden Vorschlägen zu entsprechen, wenigstens das Büro- und Kassenwesen des Bezirksschulamtes und des Bezirksschulrates an die Verwaltungsstelle einer Staatsbehörde anschließen.⁷⁸⁶ In einer Denkschrift vom 20. März 1928 begrüßte das Ministerium des Innern diese Anregungen, was seitens des Ministeriums für Volksbildung die schwersten sachlichen Bedenken hervorrief.⁷⁸⁷ Da die genannten Vorschläge in ihrer Konsequenz weit über den Rahmen einer bloßen Verwaltungsreform hinausgingen, machte sie auch der Verein Sächsischer Bezirksschulräte zum Gegenstand eingehender Bera-

⁷⁷⁸ Vgl. Ebd., 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1950 (vom 6. Juli 1926) und 1968 (vom 21. August 1926); Ebd., 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 2 (vom 25. November 1926).

⁷⁷⁹ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 132 (vom 20. Januar 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 14. Sitzung vom 15. Februar, S. 345-347; Ebd., 15. Sitzung vom 16. Februar 1927, S. 377 und 430.

⁷⁸⁰ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 243 (vom 15. März 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 21. Sitzung vom 22. März 1927, S. 653.

⁷⁸¹ Vgl. Groß, Reiner: Der Freistaat Sachsen und seine Bemühungen, S. 648ff.; Ders.: Geschichte Sachsens, S. 260-262; Wagner, Andreas: Walther Schieck, S. 243-246; Ders.: „Machtergreifung“ in Sachsen, S. 75-76.

⁷⁸² Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 58. Sitzung vom 17. Januar 1928, S. 2048, Ziffer 719; Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform; Amt und Volk, 1928, S. 29-33; LLZ, 1928, S. 1-6; SSZ, 1928, S. 5-8.

⁷⁸³ Vgl. Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, S. 1-15.

⁷⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 38-40.

⁷⁸⁵ Siehe Kapitel C. II. 2.

⁷⁸⁶ Vgl. Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, S. 15 und 18.

⁷⁸⁷ Im Schreiben vom 23. Oktober 1928 wurden zusammenfassend folgende Einwände formuliert: „1. Die Unterordnung des Bezirksschulrats unter den Amtshauptmann würde diesem eine Verantwortung auferlegen, die er nicht tragen kann. 2. Sie würde der Tatsache nicht gerecht werden, daß der Schwerpunkt der Aufgaben des Bezirksschulrats in der rein fachmännischen Schulaufsicht liegt, die mit der dem Amtshauptmann übertragenen allgemeinen staatlichen Hoheitsverwaltung nichts zu tun hat. 3. Sie würde dem Bezirksschulrat die Autorität seines Amtes nehmen, die er zur wirksamen Aufsichtsführung heute besonders nötig hat. 4. Sie würde keine Ersparnisse bringen. 5. Der büro- und kassenmäßigen Angliederung stehen grundsätzliche Bedenken nicht entgegen; doch ist von Fall zu Fall zu prüfen, ob sie mit Rücksicht auf Raum- und Personalverhältnisse zweckmäßig und wirtschaftlich ist.“ Vgl. SächsHStAD, 10736, Nr. 9344, Bl. 81. Zum letztgenannten Punkt hatte das Ministerium bereits im Frühjahr 1924 Verordnungen erlassen, wonach die Bezirksschulratskanzleien in Gebäuden staatlicher Behörden grundsätzlich unterzubringen waren, während das Kanzleipersonal beibehalten werden durfte. Vgl. Ebd., 11125, Nr. 31136/10, Bl. 69-76 und 80.

tung. Dies führte in einer Vollversammlung Ende 1928 zu dem Beschluß, an die oberste Schulbehörde und alle sonstigen maßgebenden Stellen die dringende Bitte zu richten, jene Vorschläge im vollen Umfange abzulehnen.⁷⁸⁸

Weiter plädierte Schieck dafür, für jeden amts-hauptmannschaftlichen Bezirk und für die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz nur je einen Bezirksschulrat anzustellen, da sich bei weiterer Teilung der Schulaufsichtsbezirke und Vermehrung der Bezirksschulratsstellen die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte entsprechend vervielfachten. Zur wirksamen Gestaltung der Schulaufsicht sei dagegen das von der DNVP ersehnte Schuldirektorat bzw. das von Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) favorisierte Helfersystem (wieder) einzuführen.⁷⁸⁹ Der Abgeordnete Bernhard Claus (DDP) bezeichnete diesen Vorschlag im Sächsischen Landtag als eine „Verbeugung gegen die Rechtsparteien“ und hielt ihm sachliche Gründe entgegen.⁷⁹⁰

Zwar setzte im Anschluß an die Schiecksche Denkschrift eine lebhafte Diskussion ein, doch wurden praktische Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1928/1929 nicht durchgeführt.⁷⁹¹ Ein im März 1929 vorgelegter Gesetzentwurf zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung (einschließlich Schulwesen), welcher z. B. auch von der Wirtschaftspartei gefordert worden war⁷⁹², wurde wegen der Landtagsauflösung nicht behandelt.⁷⁹³ So blieb trotz zeitweiliger Gerüchte⁷⁹⁴ der Charakter des Bezirksschulamtes bis 1933 unverändert. Auch hatten autoritatives Schuldirektorat und Helfersystem keine Erfolgsaussichten.⁷⁹⁵

Nachdem Walther Schieck am 6. Mai 1930 zum Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt worden war, führte er dieses Amt sowie das Amt des Volksbildungsministers wie sein Vorgänger, Dr. h. c. Wilhelm Bünger (DVP), in Personalunion.⁷⁹⁶ Um seine früher als Präsident des Staatsrechnungshofes gemachten Vorschläge zu realisieren, erging unter anderem am 9. Juli 1930 eine Verordnung über Änderungen in der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und andere Vereinfachungsmaßnahmen (Re-

⁷⁸⁸ Es wurde argumentiert, daß es eine der größten Errungenschaften des Volksschulgesetzes von 1873 preiszugeben hieße, wenn man dem Bezirksschulamte die Selbständigkeit nehme, indem man es einer Mittelbehörde eingliedere und damit unterordne. Höre das Bezirksschulamte auf, eine selbständige Behörde zu sein, und sinke es zu einer bloßen Abteilung der Amtshauptmannschaft herab, so wäre die Schulverwaltung überdies den Bestimmungen der Gemeindeordnung unterworfen. Damit wäre nicht nur der einfache und geradlinige Verwaltungszug von der Schule bis zum Ministerium verlassen, sondern auch allerlei außerschulischen Einflüssen Tür und Tor geöffnet. Die Eingliederung des Bezirksschulrates in den Beamtenkörper der Amtshauptmannschaft würde dem Bezirksschulrat dessen Selbständigkeit und Unabhängigkeit nehmen und ihn, der jetzt den Charakter eines unabhängigen Regierungsbeauftragten mit dem Recht der Entschließung und Mitentschließung besitze, zu einem Fachreferenten der Amtshauptmannschaft und damit zum bloßen Sachverständigen machen. Der Bezirksschulrat würde in dieser Stellung zwar auch künftig bei Fragen des inneren Schulbetriebes als Sachverständiger wirken, aber die formelle Verantwortung würde dem nichtfachmännischen Amtshauptmann übertragen sein. Dazu würde der Amtshauptmann auch noch die formelle Verantwortung für alle die Amtshandlungen des Bezirksschulrates tragen, die diesem als nächstem Vorgesetzten der Lehrer nach obliegen. Bei dem Mißverhältnis zwischen tatsächlicher Arbeit und formeller Verantwortung würden so Zustände entstehen, die der gedeihlichen Entwicklung des Volks- und Berufsschulwesens gewiß abträglich sein würden. Vgl. Verein Sächsischer Bezirksschulräte (Hrsg.): Das Bezirksschulamte und der Bezirksschulrat in der Verwaltungsreform; SächsHStAD, 10736, Nr. 9344, Bl. 5-6, Ziffer 3; SSZ, 1928, S. 368-371 und 799-800; LLZ, 1928, S. 977-979. Die dargelegten Positionen vertrat im Wesentlichen auch der Sächsische Lehrerverein in einer Eingabe vom 22. Januar 1929. Vgl. SächsHStAD, 10736, Nr. 9339, Bl. 79-80, Ziffer II und III; LLZ, 1929, S. 85-87. Siehe auch: Bericht über die [...] 53. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 2. bis 4. April 1928 in Chemnitz, S. 24-25 und 108.

⁷⁸⁹ Vgl. Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, S. 81-82.

⁷⁹⁰ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2741.

⁷⁹¹ Vgl. Groß, Reiner: Der Freistaat Sachsen und seine Bemühungen, S. 653ff.

⁷⁹² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2229; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 594 (vom 8. Dezember 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 55. Sitzung vom 8. Dezember 1927, S. 2003; Ebd., 57. Sitzung vom 20. Dezember 1927, S. 2010-2011.

⁷⁹³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1803; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 83 (vom 6. März 1929); LLZ, 1929, S. 259-260; SSZ, 1929, S. 221-222.

⁷⁹⁴ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1055 (vom 15. Januar 1929); Der Sächsische Gemeindetag, 1928, Sp. 558-559.

⁷⁹⁵ Siehe Kapitel C. II. 3.

⁷⁹⁶ Vgl. Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht, S. 390. Die Einsparung eines Ministergehalts war laut den Staatshaushaltsplänen mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

formverordnung), die am 1. August 1930 in Kraft trat.⁷⁹⁷ Die weiteren Bemühungen um eine Verwaltungsreform waren maßgeblich durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bestimmt.

3. Weltwirtschaftskrise und Notverordnungen

Angesichts von Wirtschaftskrise und Haushaltsdefiziten zum Ende der Weimarer Republik versuchte die Reichsregierung unter Heinrich Brüning mittels einer Deflationspolitik, die Ausgaben den sinkenden Einnahmen durch immer drastischere Einsparungen anzupassen und sich neue Einnahmequellen zu erschließen.⁷⁹⁸ Hierfür erließ sie mit Billigung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg mehrere Notverordnungen, so unter anderem zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“⁷⁹⁹. In Sachsen, das aufgrund der Struktur seiner Wirtschaft von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen wurde⁸⁰⁰, hatten die bürgerlichen Minderheitsregierungen unter Wilhelm Bünger und Walter Schieck keine eigenen Konzepte zur Krisenbewältigung, sondern folgten dem wirtschaftspolitischen Kurs der Reichsregierung. Statt die zur Krisenregulierung notwendigen Finanzmittel im Wege der Staatsverschuldung aufzubringen, sollten die Haushalte von Land und Gemeinden trotz sinkender Einnahmen ausgeglichen werden.⁸⁰¹ Am 18. Januar 1930 wies das Gesamtministerium die Ministerien an, Vorschläge zur Erzielung von Ersparnissen auf dem Gebiete des Volks- und Berufsschulwesens zu unterbreiten.⁸⁰² Die Verordnung über Sparmaßnahmen im Schulwesen vom 10. April 1931 verpflichtete dann die Gemeinden und Schulbezirke, ihren Schulaufwand mit ihren Gesamteinnahmen in Einklang zu bringen, und sie nannte hierfür eine Reihe von Einsparungsmöglichkeiten.⁸⁰³ Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 („Dietramszeller Verordnung“), ermächtigte sodann die Landesregierungen, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich schienen, im Verordnungswege vorzuschreiben und dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen zu können.⁸⁰⁴ In einem Schreiben an die Landesregierungen vom 27. August 1931 erläuterte der Reichsminister der Finanzen die Intention dieser Verordnung, die auf der Erwägung beruhe, daß die zum Ausgleich der Haushalte bestehenden Hemmungen unbedingt beseitigt werden mußten. Unter anderem wurde hierbei auf eine Verringerung der Schullasten hingewiesen.⁸⁰⁵

In Verfolg dieser Bestimmungen erließ die sächsische Regierung am 21. September 1931 eine Verordnung zur Sicherung des Staatshaushaltes und der Haushalte der Gemeinden.⁸⁰⁶ Diese Sparverord-

⁷⁹⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1930, S. 49ff. und Ausführungsverordnung hierzu vom 20. Oktober 1931 (GBl. S. 235).

⁷⁹⁸ Vgl. Reichszentrale für Heimatdienst (Hrsg.): Wirtschaftskrise und öffentliche Finanzen; Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik, S. 64-69; Knortz, Heike: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, S. 200ff.

⁷⁹⁹ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1930, Teil 1, S. 517ff.; Ebd., 1931, Teil 1, S. 279ff., 537ff. und 699ff.; SächsHStAD, 10717, Nr. 5359 und 5360.

⁸⁰⁰ Vgl. Karlsch, Rainer und Michael Schäfer: Wirtschaftsgeschichte Sachsens, S. 180-195; Szejnmann, Claus-Christian W.: Vom Traum zum Alptraum, S. 102ff.; Rudloff, Michael: Die Strukturpolitik in den Debatten des sächsischen Landtags, S. 241-260; Bramke, Werner: Sachsen Industrie(gesellschaft), S. 27-51; Ders.: Die Industrieregion Sachsens, S. 310ff.; Ders.: Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme, S. 4-12; Rüdiger, Bernd: Freistaat in der Weimarer Republik, S. 448-454; Groß, Reiner: Geschichte Sachsens, S. 265-266; Birkefeld, Steffen und Thomas Daelen: Sachsens Wirtschaft in der Krise, S. 8-16; Schneider, Michael C.: Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, S. 72ff.; Keller, Katrin: Landesgeschichte Sachsen, S. 322; Vorländer, Hans und Claudia Creutzburg: Wirtschaftskrise und Notstandsprogramme, S. 18-19; Sachsen und seine besondere Lage im Reich, S. 1-3; SächsHStAD, 10717, Nr. 5360, Bl. 109ff., hier: S. 6-11 und 17-18; Ebd., Nr. 5419, unpag., Bericht vom 27. September 1932; SSZ, 1930, S. 77-85; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1931 (1932), 1932/1933 (1933) und 1934/1935 (1936).

⁸⁰¹ Vgl. Karlsch, Rainer und Michael Schäfer: Wirtschaftsgeschichte Sachsens, S. 186; Rudloff, Michael: Die Strukturpolitik in den Debatten des sächsischen Landtags, S. 255-260.

⁸⁰² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 10.

⁸⁰³ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 27-28 (= Dokument 217) mit Ergänzung vom 18. Oktober 1932 (VBl. S. 64); SSZ, 1931, S. 282-283; NSSZ, 1931, S. 117-118; Beruf und Schule, 1931, S. 385-386.

⁸⁰⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1931, Teil 1, S. 458.

⁸⁰⁵ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 5418, Bl. 152-156.

⁸⁰⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 155ff. und Ergänzungsverordnung hierzu vom 11. Dezember 1931 (GBl. S. 253ff.) (= Dokument 235); Sächsische Staatszeitung, 1931, Nr. 221; Stoye, Werner: Die Änderungen in der Organisation der sächsischen Verwaltung, S. 13-16. Die Sparverordnung entstand ohne Beteiligung des Landtages und Anhörung seines Zwischenausschusses. Allein die Fraktionsvorsitzenden wurden am Tage der Veröffentlichung informiert. Die Regierung war zu die-

nung sah eine Vereinfachung der Verwaltung (u. a. durch Änderungen im Behördenaufbau und in der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden) vor, zudem die Sicherung der Staatswirtschaft, die Senkung der Personallasten sowie Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung. Im ersten Teil von Kapitel II enthielt sie auch umfangreiche Abbaubestimmungen für das Gebiet des Schulwesens, die am 1. November 1931 in Kraft traten.⁸⁰⁷ In der Öffentlichkeit, insbesondere in Beamten-, Lehrer- und Elternkreisen, stießen diese auf Kritik und Ablehnung.⁸⁰⁸ Der Abgeordnete Erwin Hartsch (SPD) bemerkte, daß oftmals der Wille zur Sparsamkeit mit dem Willen zur „Kulturreaktion“ verwechselt werde. Die Notverordnung stelle die Erfüllung aller der reaktionären Wünsche dar, die sich gegen die – im Ergebnis der Novemberrevolution eingeleiteten – Schulreform richteten.⁸⁰⁹ Während der Aussprache im Sächsischen Landtag am 29. September und 1. Oktober 1931⁸¹⁰ verteidigte Ministerpräsident Walther Schieck die eingeleiteten Maßnahmen unter Darlegung der Finanzlage⁸¹¹. So habe die Drosselung der Ausgaben auch vor dem Schulwesen nicht haltmachen können, dessen Leistungshöhe gleichwohl nicht herabgedrückt werden solle.⁸¹² Schon in einer Besprechung am 15. September 1931 in der Reichskanzlei hatte der sächsische Ministerpräsident gegenüber dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und den Ministerpräsidenten Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens erklärt, daß die von Sachsen geplanten Sparmaßnahmen bis an die Grenze des irgendwie Möglichen gingen. Und er fügte hinzu, daß sie aber ihren inneren Sinn verlören, wenn sich die Reichsregierung weigere, das trotzdem bleibende Defizit auszugleichen.⁸¹³ In einer Beratung der sächsischen Ministerialdirektoren aller Ressorts am 10. Oktober 1931 über die Finanzlage des Freistaates wurde festgestellt, daß die Einsparungen nicht ausreichten, um die Ausgabenseite zu decken. Doch da es sich bei den Bemühungen um den Bestand des sächsischen Staates handele, bleibe nichts anderes übrig, „als die erlassenen [...] Drosselungsverordnungen des Gesamtministeriums strengstens durchzuführen“.⁸¹⁴

Da dem Schulwesen auf der Aufgabenseite der öffentlichen Haushalte eine besondere Bedeutung zukam, unterließ es das Reich nicht, wiederholt auf Ersparnismöglichkeiten auf diesem Gebiet hinzuweisen. Auf ein Schreiben vom 25. April 1932 hin übergab die sächsische Regierung dem Reichsfinanzminister nähere Aufzeichnungen über das Volks- und Berufs- sowie das höhere Schulwesen des Landes. Diese wurden sodann dem Reichssparkommissar⁸¹⁵ mit der Bitte übermittelt, sie für seine allgemeinen Sparvorschläge zu verwenden und zugleich unter Verwertung des inzwischen eingegangenen Entwurfs des sächsischen Staatshaushaltplanes für 1932 nach der Richtung zu überprüfen, ob und gegebenenfalls welche wei-

sem Vorgehen einmal durch die „Dietramszeller Verordnung“ ermächtigt. Zum anderen war nach den Landtagswahlen vom 22. Juni 1930 und der Neukonstituierung des Landtags am 10. Juli 1930 keine Regierungsbildung geglückt, so daß Walther Schieck ohne parlamentarische Mehrheit nur geschäftsführend das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete.

⁸⁰⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 157-159 (= Dokument 223) und Ausführungs- und Ergänzungsverordnungen hierzu vom 22. September 1931 (Vbl. S. 69ff.) (= Dokument 224); 21. Oktober 1931 (Vbl. S. 79) (= Dokument 227); 22. Oktober 1931 (Vbl. S. 79ff.) (= Dokument 228); 30. Oktober 1931 (Vbl. S. 85) (= Dokument 232); 30. Oktober 1931 (GBl. S. 241) (= Dokument 233); 11. Dezember 1931 (GBl. S. 253) (= Dokument 235); 10. März 1932 (GBl. S. 25) (= Dokument 242) und 10. März 1932 (GBl. S. 25f.) (= Dokument 80). Derartige Abbaumaßnahmen wurden grundsätzlich auch in anderen Ländern des Deutschen Reichs durchgeführt. Vgl. Deutscher Lehrerverein (Hrsg.): Umfang und Wirkungen des Volksschulabbaus; Erger, Johannes: Lehrer und Schulpolitik in der Finanz- und Staatskrise der Weimarer Republik, S. 233-259; Küppers, Heinrich: Der Katholische Lehrerverband, S. 53ff.; Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 484ff.

⁸⁰⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2832; SSZ, 1931, S. 625-640, 649-661, 697-707, 768-769 und 787-789; NSSZ, 1931, S. 257ff.; Beruf und Schule, 1931, S. 698-700 und 722-730; Der Freiheitskampf, 1931, Nr. 219, S. 10; Ebd., Nr. 233, S. 3; Ebd., Nr. 245, S. 3; Ebd., Nr. 250, S. 3; Außerordentliche allgemeine Versammlung [des Sächsischen Lehrervereins] am 11. Oktober 1931 in Dresden.

⁸⁰⁹ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 29. September 1931, S. 2395 (Zitat) und 2398.

⁸¹⁰ Vgl. Ebd., S. 2362ff.; Ebd., 57. Sitzung vom 1. Oktober 1931, S. 2405ff.; Ebd., 58. Sitzung vom 9. Oktober 1931, S. 2487-2489; SSZ, 1931, S. 672-680; Beruf und Schule, 1931, S. 812-822.

⁸¹¹ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 29. September 1931, S. 2362-2364.

⁸¹² Vgl. Ebd., 57. Sitzung vom 1. Oktober 1931, S. 2409.

⁸¹³ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 5418, Bl. 177ff., hier: S. 5.

⁸¹⁴ Vgl. Ebd., Nr. 5432, unpag., Protokoll vom 10. Oktober 1931, Zitat: S. 9.

⁸¹⁵ Zu Person und Institution des Reichssparkommissars siehe Dommach, Hermann: Der Reichssparkommissar Moritz Saemisch in der Weimarer Republik; Butzer, Hermann: Der Reichssparkommissar der Weimarer Republik, S. 54-112.

teren Ersparnismöglichkeiten im sächsischen Schulwesen bestünden.⁸¹⁶ Am 22. Juni 1932 meldete der Reichssparkommissar, daß die von Sachsen bisher vorgelegten Aufzeichnungen nicht ausreichten, um die Meinung der sächsischen Regierung zu stützen, daß eine besondere Aufwendigkeit im sächsischen Schulwesen nicht vorliege. Vielmehr sei gerade in Sachsen eine erhebliche Vereinfachung auf fast allen Gebieten des Schulwesens mit dem Ziele der Senkung des zu hohen Zuschußbedarfs möglich und notwendig. Eine Stellungnahme zu den einzelnen Schularten könne aber nur bei Vorlage exakter Unterlagen und nach örtlicher Unterrichtung erfolgen.⁸¹⁷ Der Reichsfinanzminister empfahl daher am 11. Juli 1932 der sächsischen Regierung, den Reichssparkommissar um Abgabe eines solchen Gutachtens zu ersuchen.⁸¹⁸ Zunächst wurde eine Entschließung in dieser Angelegenheit wegen Abwesenheit des Ministerpräsidenten zurückgestellt.⁸¹⁹ Anfang September erklärte die Regierung dann, daß sie sich „zu ihrem Bedauern“ nicht habe entschließen können, die Abgabe eines Gutachtens zu beantragen. Ausschlaggebend seien hierbei lediglich allgemeinpolitische Erwägungen grundsätzlicher Art gewesen. Die sächsische Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß die Reichsregierung, die sich mehrfach als Hüterin des föderalistischen Systems bezeichnet habe, Verständnis für diese Stellung haben werde. Andererseits sei die sächsische Regierung weiterhin gern bereit, dem Reiche jede von ihm gewünschte weitere Aufklärung schriftlich oder auch mündlich zu geben.⁸²⁰ Dieses Kompromißangebot aufgreifend erwiderte der Reichsfinanzminister, daß er zum Zwecke seiner Unterrichtung über das Schulwesen in Sachsen einen Beauftragten entsenden werde. Er bitte, diesem alle gewünschten Auskünfte zu erteilen und ihm insbesondere Gelegenheit zu geben, in das Schulwesen an Ort und Stelle Einblick nehmen zu können.⁸²¹ Auf Grundlage der Tätigkeit dieses Beauftragten⁸²² konnte der Reichssparkommissar schließlich sein Gutachten anfertigen und im Oktober 1933 abschließen.⁸²³ Auswirkungen auf die Etatverhandlungen konnte es freilich erst in der NS-Zeit haben; für den Untersuchungszeitraum blieb es ohne praktische Bedeutung.

II. Die Bereiche der Sparpolitik

Für die Untersuchung der im Einzelnen vorgenommenen Sparmaßnahmen werden drei Ebenen unterschieden. Ein erster kurzer Blick gilt der äußeren Gliederung des Schulwesens. Sodann wird in Bezug auf die organisatorische Höhe des Schulwesens der Zusammenhang zwischen Schülerbewegung, Lehrer- und Stundenbedarf und Klassenbildung beleuchtet. Zuletzt folgen die Auswirkungen auf den Unterrichtsbetrieb. Wegen Änderungen in der Schulverwaltung wird auf den vorletzten Absatz von Kapitel D. IV. 2. verwiesen.

1. Die Gliederung des Schulwesens

Nach der Sparverordnung vom 21. September 1931 war die Gliederung der Volksschulen in Normalklassen, Nachhilfe- und Hilfsschulklassen und Klassen der höheren Abteilungen, ebenso wie die berufliche Gliederung der Berufsschulen, aufrecht zu erhalten.⁸²⁴ Eine Veränderung ergab sich nur in einer Sache. Während das Übergangsschulgesetz für die zum Besuche der Ortsschule verpflichteten Volks- und Fort-

⁸¹⁶ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 9062, unpag., Schreiben des Reichsfinanzministers vom 11. Juli 1932.

⁸¹⁷ Vgl. Ebd., unpag., Schreiben des Reichssparkommissars vom 22. Juni 1932.

⁸¹⁸ Vgl. Ebd., unpag., Schreiben des Reichsfinanzministers vom 11. Juli 1932.

⁸¹⁹ Vgl. Ebd., unpag., Protokoll der 18. außerordentlichen Sitzung des Gesamtministeriums vom 16. Juli 1932.

⁸²⁰ Vgl. Ebd., unpag., Schreiben des sächsischen Finanzministers vom 3. September 1932.

⁸²¹ Vgl. Ebd., unpag., Schreiben des Reichsfinanzministers vom 6. Oktober 1932.

⁸²² Namentlich Staatsfinanzrat Dr. Dr. Fuchs. Vgl. Die höhere Schule, 1933, S. 25; SSZ, 1933, S. 131. Siehe auch: Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4448.

⁸²³ Vgl. Gutachten des Reichssparkommissars über das Schulwesen des Landes Sachsen. – Im Oktober 1934 lag auch die gemeinsame ausführliche Stellungnahme des Ministers für Volksbildung und des Wirtschaftsministers zu dem Gutachten vor. Vgl. Stellungnahme zu dem Gutachten des Reichssparkommissars über das Schulwesen des Landes Sachsen.

⁸²⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 157, Artikel 1.

bildungsschüler die Schulgeldfreiheit vorschrieb⁸²⁵, führte die Sparverordnung für Schüler höherer Volksschulabteilungen für das 9. und 10. Schuljahr sowie für Berufsschüler, die eine Vollklasse mit wenigstens 30 Wochenstunden besuchten, zum 1. April 1932 ein jährliches Schulgeld von 60 RM ein⁸²⁶. Am 6. Juli 1932 und 7. Februar 1933 stimmte der Sächsische Landtag gegen die Einführung dieses Schulgeldes, da minderbemittelte Eltern infolge wirtschaftlicher Notlage gezwungen sein würden, ihren Kindern diese Bildungsmöglichkeiten vorzuenthalten. Außerdem bedeuteten diese Maßnahmen eine stärkere Belastung des Arbeitsmarktes, wenn die betreffenden Bildungsmöglichkeiten einschrumpfen müßten.⁸²⁷ Die Abstimmungen blieben freilich ohne Erfolg, und auch der NS-Staat hielt durch Verordnung vom 23. Mai 1933 am Schulgeld fest.⁸²⁸

Eine alte Diskussion, die anlässlich der Wirtschaftskrise wieder aufgenommen wurde, betraf die Verlängerung der Schulpflicht.⁸²⁹ Von Preußen als vorübergehende Maßnahme zur Jugendwohlfahrt und zur Entlastung des Arbeitsmarktes angestoßen, wurde die Frage in Sachsen durch zwei Anträge der SPD und der DDP aktuell, die vom Schuljahr 1931/1932 an die Einführung des 9. Schuljahres begehrten.⁸³⁰ Diese Anträge sowie ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 22. November 1930, das um grundsätzliche Stellungnahme der Länder bat, führten am 28. November 1930 zu einer Besprechung der zuständigen sächsischen Ministerien.⁸³¹ Im Landtag fand eine diesbezügliche Aussprache am 5. Februar 1931 statt.⁸³² Die Antragsteller nahmen dabei die wirtschaftliche Situation nur zum äußeren Anlaß, um für eine dauerhafte Verlängerung der Schulpflicht einzutreten. Sie begründeten ihre Forderung im Übrigen aber vom pädagogischen Standpunkt wie er auch von der Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 25./26. März 1929 in Pirna vertreten worden war.⁸³³ Namens der Regierung konnte Ministerpräsident Walther Schieck hierzu keine abschließende Erklärung abgeben. Doch tendierte er dazu, in der Schulpflichtverlängerung nur eine vorübergehende Maßnahme zu erblicken in den Jahren, in denen die Berufsschule infolge des Schülerrückganges Stunden und Lehrkräfte zur Verfügung stellen könnte. Doch insbesondere die kurze Frist bis zum Beginn des neuen Schuljahres, die fragliche Entlastung des Arbeitsmarktes sowie ungeklärte Fragen über Finanzierung und Organisation eines 9. Schuljahres sowie über Verfügbarkeit von Lehrkräften und Unterrichtsräumen ließen den Landtag – nicht zuletzt aufgrund der ablehnenden Haltung der Rechtsparteien – gegen die Annahme der Anträge stimmen.

⁸²⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 175, § 5 Absatz 1.

⁸²⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159 (Artikel 14 a) mit Ausführungsverordnung vom 24. Februar 1932 (Vbl. S. 12f.) (= Dokument 239); SSZ, 1933, S. 15; Der Sächsische Gemeindetag, 1933, Sp. 10-14 und 58-64.

⁸²⁷ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 752 (vom 26. Januar 1932); Ebd., Nr. 998 (vom 21. Juni 1932), S. 2, Ziffer III; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 85. Sitzung vom 6. Juli 1932, S. 3752-3753 und 3787; SächsHStAD, 10693, Nr. 3295; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1102 (vom 17. November 1932), Buchstabe b; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4465-4471.

⁸²⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 33-34.

⁸²⁹ Die sächsischen Volksschulgesetze von 1873 und 1919 verpflichteten die Kinder zum achtjährigen Besuch der Volksschule und zum anschließenden dreijährigen Besuch der Fortbildungsschule. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 351-352, § 4; Ebd., 1874, S. 156-161, §§ 4-11; Ebd., 1919, S. 172-174 (§ 3) und 186-187 (§§ 4-7); Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 4-14 und 149-164.

⁸³⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3303; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 148 (vom 13. November 1930) und 170 (vom 18. November 1930); LLZ, 1930, S. 1004.

⁸³¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16118, Bl. 52ff.

⁸³² Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 5. Februar 1931, S. 1051-1073; SSZ, 1931, S. 97-102. Hiernach das Folgende. – Zur zeitgenössischen Diskussion siehe auch Kerschensteiner, Georg et al.: Das neunte Schuljahr; Schulz, Otto: Der Aufstieg des Volksschulkindes, S. 47-58.

⁸³³ Vgl. Bericht über die 54. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins, S. 79-119; LLZ, 1929, S. 330; SSZ, 1930, S. 543-545; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 335-339.

2. Die organisatorische Höhe des Schulwesens

a. Die Lehrerpflichtstunden

Im Königreich Sachsen hatten die Lehrer an einfachen Volksschulen (und Fortbildungsschulen) wöchentlich noch bis zu 32 Unterrichtsstunden zu übernehmen. Für Lehrer an mittleren und höheren Volksschulen war diese Stundenzahl je nach den Verhältnissen abzumindern.⁸³⁴ Sie sollte nach der Ausführungsverordnung zum Volksschulgesetz für Lehrer an mittleren Volksschulen 26, für Lehrer an höheren Volksschulen 24 betragen.⁸³⁵ Jedoch bestimmten äußere Gründe, vor allem der damals herrschende Lehrermangel, das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, durch Verordnung vom 30. Dezember 1874 auf die Aufrechterhaltung dieser Stundenermäßigungen „bis auf Weiteres“ zu verzichten.⁸³⁶ Der Berichterstatter der Zwischendeputation der Zweiten Ständekammer für den Volksschulgesetzentwurf vom Jahr 1912 griff auf diese Verordnung zurück und würdigte die Gründe für eine Pflichtstundenermäßigung.⁸³⁷ Der Sächsische Lehrerverein hielt eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl auf 24 für erforderlich, da die Volksschullehrer dann annähernd zu derselben Arbeitsleistung verpflichtet gewesen wären wie die Lehrer an den höheren Schulen, für die 24 Stunden wöchentlich als die Höchstzahl vorgeschrieben waren.⁸³⁸ In einer Eingabe vom 10. März 1919 hielt der Sächsische Lehrerverein diese Forderung aufrecht, da ihre Erfüllung die Durchführung des Achtstundentages auch für den Volksschullehrer bedeute.⁸³⁹ Nach Einführung der allgemeinen Volksschule orientierte die Verordnung vom 2. April 1919 auf eine Senkung der Pflichtstunden.⁸⁴⁰ Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 bestimmte sodann: „Wo es die Verhältnisse gestatten, ist die seitherige Pflichtstundenzahl der Lehrer abzumindern und Lehrern in höherem Lebensalter sowie Hilfslehrern, die vor der Wahlfähigkeitsprüfung stehen, ein besonderer Stundennachlaß zu gewähren.“⁸⁴¹ So war es in das Ermessen der Gemeinden gestellt, entsprechende Bestimmungen in ihre Ortsschulordnungen aufzunehmen.

In der Vorlage zum Schulbedarfsgesetz setzte die Regierung 1922 die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volksschullehrer auf 30 herab, nahm aber eine Differenzierung vor, indem sie diese Zahl für die Fortbildungs- und Hilfsschullehrer um zwei ermäßigte.⁸⁴² Der Sächsische Lehrerverein forderte in einer Eingabe vom 14. März 1922 wiederum die Gleichstellung mit den Lehrern an den höheren Schulen. Zudem bedeute die Festlegung auf 30 Stunden eine Verschlechterung, da viele Lehrer bereits ortsgesetzlich 28 oder weniger Stunden erteilten.⁸⁴³ Auch SPD, USPD und KPD konnten einer unterschiedlichen Behandlung der Lehrer nicht zustimmen. Wenn sie auch im Hinblick auf die Finanzlage des Staates davon absahen, die Pflichtstundenzahl für Volksschullehrer auf 24 herabzusetzen, so forderten sie doch eine Abminderung auf 28 und eine gleichmäßige Behandlung der Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschullehrer. Gegen diese Gleichsetzung wiederum wandten sich DVP und DNVP, da die 28 Stunden für die Mehrheit der Fortbildungsschullehrer eine Heraufsetzung ihrer bisherigen Pflichtstundenzahl bedeute⁸⁴⁴, wohinge-

⁸³⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 362, § 22 Absatz 1.

⁸³⁵ Vgl. Ebd., 1874, S. 186, § 45.

⁸³⁶ Vgl. Ebd., S. 551.

⁸³⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 1655-1662.

⁸³⁸ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 153-158; LLZ, 1920, S. 597-599; LLZ, 1921, S. 697-699.

⁸³⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 8, Bl. 34, Ziffer 8.

⁸⁴⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 111 (= Dokument 108).

⁸⁴¹ Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 180, § 14 Absatz 1.

⁸⁴² Ferner sollte die oberste Schulbehörde für Lehrer in vorgeschrittenem Lebensalter die Pflichtstundenzahl herabsetzen können. Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 7 (§ 27 Absatz 1 und 2) und 23-24; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3370-3371 und 3397; SSZ, 1922, S. 106-107.

⁸⁴³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 302, Bl. 63, Ziffer III. Zur näheren Begründung dieser Forderung siehe Meyrich, O.: Pflichtstunden und Arbeitstag der Lehrer.

⁸⁴⁴ Auf die Fortbildungsschullehrer entfielen durchschnittlich 24,7 Pflichtstunden, wobei es sich um Vergünstigungen handelte, die ihnen ortsgesetzlich zugestanden worden waren. Da die Fortbildungsschule 1873 gerade erst im Entstehen begriffen war,

gen die Eigenart der Fortbildungsschularbeit eine geringere Stundenzahl erfordere. Hinsichtlich der Pflichtstundenzahl für Volksschullehrer stimmte nur die DNVP für die Regierungsvorlage.⁸⁴⁵ Das Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 legte schließlich die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschullehrer einheitlich auf 28 Stunden fest und verpflichtete die Lehrer, über diese Zahl hinaus, bis zu vier Stunden wöchentlich planmäßigen Unterricht als bezahlte Überstunden zu erteilen. Für die Besorgung der Leitungsgeschäfte war den Schulleitern ein angemessener Teil dieser Zeit auf ihre Pflichtstunden anzurechnen; mindestens hatten sie aber 12 bzw. 8 Wochenstunden Unterricht zu erteilen. Ebenso konnte die oberste Schulbehörde in besonderen Fällen für einzelne Lehrer bzw. für Lehrer, die ständig mit der Besorgung bestimmter Verwaltungsgeschäfte beauftragt waren, die Pflichtstundenzahl herabsetzen.⁸⁴⁶

Schon mit Durchführung des Personalabbaues im Jahr 1924 wurde die bestehende Regelung einer Revision unterzogen. Das Finanzministerium legte am 1. Februar 1924 weitreichende Vorschläge für Einsparungen im Schulwesen vor.⁸⁴⁷ Um dasselbe auf seiner Höhe zu halten, einigten sich Regierungsvertreter und Vertreter der Lehrerorganisation am 6. Februar 1924 auf eine vorübergehende Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstunden.⁸⁴⁸ Entsprechend legte das Gesetz zur Durchführung des Personalabbaues in den Schulen die Lasten des Abbaues auf die Schultern der Lehrer und verlangte von diesen „persönliche Opfer“. Anstatt also die Unterrichtsstundenzahl der Schüler herabzusetzen oder die Klassenstärken zu erhöhen, bildete die Regelung der Pflichtstundenfrage den Kern des Lehrerabbaues.⁸⁴⁹ Die Regierung erblickte in der Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl aller Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschullehrer von 28 auf 30 Stunden das probate Mittel, um den vorgeschriebenen Abbau durchzuführen. Der vom Sächsischen Gemeindetag angeregten Erhöhung auf 32 Stunden widersprach der Sächsische Lehrerverein mit der Begründung, daß bei einer derartigen Belastung der Lehrer eine schwere Schädigung des Unterrichts unvermeidlich sei. Der Sächsische Berufsschulverein beantragte, die Pflichtstundenzahl der Fortbildungsschullehrer auf 28 Stunden zu belassen.⁸⁵⁰ Im Haushaltsausschuß A fand sich zunächst eine Mehrheit, welche die Fortbildungsschullehrer (nicht aber die Hilfsschullehrer) von der Pflichtstundenerhöhung ausnehmen wollte, da diese bereits beim Schulbedarfsgesetz „ihr Opfer“ gebracht hätten. Bei der Abstimmung folgte der Landtag dann dem Minderheitsantrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Abgelehnt wurde aber das Ansinnen, die Vergütung für die beiden ersten Überstunden abzuschaffen.⁸⁵¹ Das Gesetz zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen vom 27. März 1924 erhöhte so die Pflichtstundenzahl auf 30.⁸⁵² Die Ausführungsverordnung vom 1. April 1924 schränkte die Pflichtstundenermäßigung für Schulleitung und Verwaltungsgeschäfte ein.⁸⁵³

Da in den nun anstehenden Jahren ein Lehrerüberfluß drohte, stellte der Abgeordnete Bernhard Claus (DDP) am 24. Oktober 1924 einen Antrag, der u. a. zur Durchführung des Schulbedarfsgesetzes

wurden ihre Lehrer gesetzlich nicht besonders gestellt, sondern hatten wie die Volksschullehrer 32 Stunden zu erteilen. Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 6.

⁸⁴⁵ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 5-14; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3376-3377, 3381-3382 und 3393-3394; Ebd., 115. Sitzung vom 5. Juli 1922, S. 4335-4337, 4340, 4342-4343, 4350-4352 und 4358-4359.

⁸⁴⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 409-410, § 26; Ebd., 1923, S. 26-28, §§ 26-31.

⁸⁴⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13868, Bl. 298-303.

⁸⁴⁸ Vgl. LLZ, 1924, S. 92-93; SSZ, 1924, S. 81-83.

⁸⁴⁹ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 117 (vom 18. Februar 1924), S. 4.

⁸⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 4-5, Ziffer I.

⁸⁵¹ Vgl. Ebd., Berichte, Nr. 762 (vom 6. März 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2637-2650.

⁸⁵² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 208, Ziffer I. Für die übrige Beamtenschaft wurde der Personalabbau dagegen ohne Verlängerung der Wochenarbeitszeit durchgeführt. Die Pflichtstundenerhöhung war damit ein Alleinstellungsmerkmal der Lehrer, wofür der Sächsische Lehrerverein zunächst sein Einverständnis gegeben hatte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13876, Bl. 90; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 69. Sitzung vom 23. Februar 1928, S. 2485.

⁸⁵³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 250-251, Absatz 3 und 4.

und des Übergangsschulgesetzes die Herabsetzung der Pflichtstunden forderte.⁸⁵⁴ Am 26. Februar 1925 beschloß der Landtag, die Pflichtstundenzahl der Lehrer in Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschulen vom 45. Lebensjahre ab um zwei Stunden wöchentlich zu ermäßigen sowie die früheren Pflichtstundenermäßigungen für Schulleiter und für laufende Verwaltungsgeschäfte wieder in Kraft zu setzen.⁸⁵⁵ In Ausführung dieses Beschlusses legte die Regierung am 14. März 1925 den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes vor.⁸⁵⁶ Allerdings erachtete sie darin die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl bereits vom 45. Lebensjahr ab für zu weitgehend und legte statt dessen das 50. Lebensjahr fest. Wohl hielt sie aber an der Zahl von vier bezahlten Überstunden fest.⁸⁵⁷ Am 17. März 1925 nahm der Landtag die Vorlage in sofortiger Schlußberatung an.⁸⁵⁸ Das Schuländerungsgesetz vom 23. März 1925 führte sodann für die über 50 Jahre alten Lehrer die Stundenzahl des Schulbedarfsgesetzes wieder ein.⁸⁵⁹ Die am selben Tag erlassene Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen hob die Einschränkung der Pflichtstundenermäßigung wieder auf, womit die Ausführungsverordnung zum Schulbedarfsgesetz zum 1. April 1925 wieder ihre ursprüngliche Fassung erhielt.⁸⁶⁰

Der Sächsische Lehrerverein würdigte in einer Eingabe vom 10. November 1925 das Schuländerungsgesetz als einen ersten Schritt zur Aufhebung der Abbaubestimmungen. Zugleich beantragte er die Herabsetzung der Pflichtstunden auf 28.⁸⁶¹ Die Eingabe wurde durch Landtagsbeschluß der Regierung zur Erwägung überwiesen.⁸⁶² Das Ministerium für Volksbildung sah sich indes unter Verweis auf fehlende Lehrkräfte außerstande, dieser Bitte zu entsprechen.⁸⁶³ Davon ließ sich der Landtag nicht beirren. Während die KPD anläßlich der Haushaltsberatungen im Jahr 1926 die Pflichtstundenzahl der Lehrer grundsätzlich wieder auf 28 herabsetzen wollte, plädierte der Abgeordnete Kurt Weckel (SPD) dafür, die Stundenermäßigung vom 40. Lebensjahr an eintreten zu lassen. Der Landtag folgte dem Mehrheitsantrag, die Pflichtstunden der Lehrer, die bei Beginn des Schuljahres 1926/1927 das 45. Lebensjahr erfüllt hatten, auf 28 herabzusetzen, um somit die Forderung des Landtags vom Vorjahr endlich umzusetzen.⁸⁶⁴ Die Regierung stand jedoch jeder weiteren über das Schuländerungsgesetz 1925 hinausgehenden Pflichtstundenermäßigung ablehnend gegenüber, da nach ihrer Ansicht die Durchführung im bereits begonnen Schuljahr nicht mehr möglich sei. Zudem fehle es in der höheren und der Berufsschule an den erforderlichen Lehrkräften, und die Volksschule allein könne die Vergünstigung nicht erhalten.⁸⁶⁵ So wurde der Landtagsbeschluß in der Folge nicht ausgeführt.⁸⁶⁶

Immerhin war allgemein die Ansicht verbreitet, daß mit Ablauf des Gesetzes zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen zum 1. April 1927 die im Schulbedarfsgesetz fixierte Pflichtstundenzahl automatisch und ohne weiteres wieder in Kraft treten würde. Entsprechend forderte der Ab-

⁸⁵⁴ Siehe Kapitel E. II. 1. b.

⁸⁵⁵ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1186 (vom 18. Februar 1925) und 1196 (vom 25. Februar 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 121. Sitzung vom 26. Februar 1925, S. 3874-3878; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 455 (vom 28. Februar 1925).

⁸⁵⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13874; Ebd., 10693, Nr. 850; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 174 (vom 14. März 1925); SSZ, 1925, S. 197-198.

⁸⁵⁷ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 174 (vom 14. März 1925), S. 1-7, Buchstabe A.

⁸⁵⁸ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 125. Sitzung vom 17. März 1925, S. 3984-3985; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 475 (vom 18. März 1925); SSZ, 1925, S. 238-239 und 268-269.

⁸⁵⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1925, S. 53, Ziffer I (= Dokument 57) und Ausführungsverordnungen hierzu vom 10. Juli 1925 (GBl. S. 197f.) (= Dokument 58) und 11. Juli 1925 (VBl. S. 51ff.). Abdruck des Gesetzes in: LLZ, 1925, S. 254-255.

⁸⁶⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1925, S. 53 (= Dokument 56); SSZ, 1925, S. 490-491.

⁸⁶¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13869, Bl. 68-71.

⁸⁶² Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Nr. 1636 (vom 17. Dezember 1925), Ziffer 1; Ebd., Beschlüsse, Nr. 584 (vom 31. Dezember 1925), Ziffer 1.

⁸⁶³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13869, Bl. 82-85.

⁸⁶⁴ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1750 (Neudruck vom 17. März 1926); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6066-6067, 6072, 6083, 6090 und 6097; Ebd., 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6104.

⁸⁶⁵ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6083.

⁸⁶⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13876, Bl. 227; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 7 (vom 4. März 1927), S. 7.

geordnete Otto Röttscher (KPD) die Regierung auf, die hierfür nötigen Maßnahmen für das Schuljahr 1927/1928 einzuleiten.⁸⁶⁷ Die Regierung selbst war bei Abfassung des Entwurfs zum Schuländerungsgesetz 1925 davon ausgegangen, daß dessen Regelung nur von vorübergehender Dauer sein sollte. Sie glaubte, dies damit zum Ausdruck gebracht zu haben, daß sie der Bestimmung des § 26 Absatz 1 Satz 1 des Schulbedarfsgesetzes einen Wortlaut ausdrücklich „in der Fassung von Abschnitt I Punkt 2 des Gesetzes zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen“ gegeben hatte.⁸⁶⁸ Ein beim Justizministerium eingeholtes Rechtsgutachten vom 19. Februar 1927 wies dagegen darauf hin, daß das Schuländerungsgesetz vom 23. März 1925 selbst im ersten Satz von Abschnitt I als seinen gewollten Inhalt eine Abänderung des Schulbedarfsgesetzes vom 31. Juli 1922 bezeichnete, nicht etwa bloß eine Abänderung des nur bis zum 31. März 1927 geltenden Gesetzes zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen vom 27. März 1924. Und da die Geltung des Schuländerungsgesetzes zeitlich nicht beschränkt sei, müsse auch den in ihm abgeordneten Neufassungen unbeschränkte Geltung beigelegt werden.⁸⁶⁹

Um also eine gesetzliche Neuregelung zu schaffen, legte die Regierung am 4. März 1927 den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes 1927 vor.⁸⁷⁰ Da sich die Pflichtstundenzahl von 30 angesichts zunehmender Erkrankungen der Lehrer als zu hoch herausgestellt habe, sah die Regierung nun die früheren Pflichtstundenzahlen als die Norm an, zu der man wieder zurückkehren müsse. Da die hierbei erforderlichen Lehrkräfte aus den sächsischen Anwärtern aber nur zum Teil gestellt werden könnten, käme eine Herabsetzung der Pflichtstunden nur für bestimmte Altersklassen in Frage. Daher setzte die Regierung die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volksschullehrer auf 28, die der Fortbildungs- und Hilfsschullehrer auf 26 Stunden fest, wobei sich diese Zahlen für die Lehrer erhöhten, die bei Beginn des Schuljahres das 45. Lebensjahr noch nicht erfüllt hatten, und zwar bei den Volksschullehrern um 2 Stunden, und bei den Fortbildungs- und Hilfsschullehrern um 4 Stunden.⁸⁷¹ Im Grunde war dies keine Verbesserung, sondern lediglich eine Umformulierung und Fortführung des bestehenden Zustands – bei Besserstellung der Fortbildungs- und Hilfsschullehrer. In den Landtagsverhandlungen stellte sich heraus, daß eine Differenzierung der Lehrergattungen wie sie bereits die Vorlage zum Schulbedarfsgesetz vorgesehen hatte, sich nicht würde durchsetzen lassen.⁸⁷² Die Mehrheit im Rechtsausschuß setzte die Pflichtstundenzahl aller Lehrer auf 28 fest. Jedoch sollte sie bis zum 1. April 1929 für die Lehrer, die am 1. April 1927 noch nicht das 40. Lebensjahr, und am 1. April 1928 noch nicht das 35. Lebensjahr vollendet hatten, zwei Wochenstunden mehr betragen. Damit sollte eine Staffelung geschaffen werden, um bis zum Schuljahr 1929/1930 schrittweise auf das im Schulbedarfsgesetz festgesetzte Normalmaß zu gelangen.⁸⁷³ Da die Beschlußfassung über andere Punkte der Vorlage ausgesetzt wurde, begnügte sich das Schuländerungsgesetz vom 12. April 1927 zunächst mit einer Zwischenregelung. Anstelle des Mehrheitsantrags wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Richard Seyfert (DDP) angenommen, der die Regierung ermächtigte, die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl um zwei für Lehrer, die am 1. April 1927 das 45. Lebensjahr vollendet hatten, auf dem Wege der Verordnung für das Schuljahr 1927/28 durchzuführen.⁸⁷⁴ Damit blieb zunächst die im Schulände-

⁸⁶⁷ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 155 (vom 1. Februar 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 15. Sitzung vom 16. Februar 1927, S. 391-393 und 413; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 272 (vom 23. März 1927), S. 3, Ziffer II. 8; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 940.

⁸⁶⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13876, Bl. 205.

⁸⁶⁹ Vgl. Ebd., Bl. 207; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung vom 10. März 1927, S. 514.

⁸⁷⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13876; Ebd., 10693, Nr. 2240; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 7 (vom 4. März 1927); LLZ, 1927, S. 10-11 und 217-219; SSZ, 1927, S. 84 und 172.

⁸⁷¹ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 7 (vom 4. März 1927), S. 2 (Ziffer 7) und 6-7 (Ziffer II).

⁸⁷² Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung vom 10. März 1927, S. 508-515; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 256 (vom 16. März 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 24. Sitzung vom 31. März 1927, S. 723-737; LLZ, 1927, S. 220-222, 242, 262-263 und 294-298.

⁸⁷³ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 256 (vom 16. März 1927), S. 3, Ziffer III. 3. f; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 24. Sitzung vom 31. März 1927, S. 725; SSZ, 1927, S. 248-250.

⁸⁷⁴ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 24. Sitzung vom 31. März 1927, S. 737; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 32 (vom 1. April 1927); Sächsisches Gesetzblatt, 1927, S. 79, Ziffer I (= Dokument 71) und darauf Bezug nehmende

runsgesetz 1925 festgesetzte Zahl von 30 bestehen, wogegen die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 12. Mai 1927 schärfsten Protest einlegte.⁸⁷⁵ Zwei weitere Eingaben vom Dezember 1927 und Januar 1928 sowie die 20. Allgemeine Versammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 2.–4. April 1928 in Chemnitz bekräftigten die Forderung nach Wiederherstellung des Schulbedarfsgesetzes; zumindest sollte aber die Herabsetzung der Altersgrenze auf ein wesentlich früheres Lebensjahr erfolgen.⁸⁷⁶ Auch der Sächsische Berufsschulverein hatte sich wiederholt mit Bitten an Regierung und Landtag gewandt, den Berufsschullehrern 24 Pflichtstunden zuzumessen.⁸⁷⁷ In einer Eingabe vom 5. Januar 1928 räumte der Berufsschulverein zwar selbst ein, daß diese Forderung gegenwärtig nicht durchführbar sei, doch angesichts eines merkbaren Rückgangs der Schülerzahl von Ostern 1928 ab solle im Schuljahre 1928/1929 die Pflichtstundenzahl der Berufsschullehrkräfte auf 28 festgesetzt werden, wobei die über 50 Jahre alten Lehrkräfte eine Ermäßigung um weitere 2 Stunden bekommen sollten.⁸⁷⁸

Da mit dem 31. März 1928 die Pflichtstundenregelung für das Schuljahr 1927/1928 ablief, beantragte der Abgeordnete Arthur Arzt (SPD), ab 1. April 1928 die Bestimmungen des Schulbedarfsgesetzes durchzuführen.⁸⁷⁹ Die Regierung sah sich jedoch wiederum nicht imstande, für das Schuljahr 1928/1929 dem Landtag eine Pflichtstundenherabsetzung auch nur bis zum 40. Lebensjahr vorzuschlagen. Vielmehr müsse es bei der bisherigen durch das Schuländerungsgesetz 1927 getroffenen Regelung verbleiben. Die Vorlage zum Schuländerungsgesetz 1928 legte so die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschullehrer für das Schuljahr 1928/1929 einheitlich auf 30 Stunden, für die Lehrer jedoch, die bei Beginn des Schuljahres das 45. Lebensjahr vollendet hatten, auf 28 Stunden fest.⁸⁸⁰ Im Rechtsausschuß erkannte der Abgeordnete Dr. Richard Seyfert (DDP) in dieser Formulierung eine Tendenz der Regierung, die 28 Stunden überhaupt zu beseitigen, um dauerhaft die 30 Stunden installieren zu können. Jetzt ging es also nicht mehr um eine Differenzierung zwischen den einzelnen Lehrergattungen, sondern – die Grundlage des Schulbedarfsgesetzes verlassend – offenbar darum, die Pflichtstunden prinzipiell zu erhöhen.⁸⁸¹ Denn wenn die Vorlage angenommen worden wäre, wären ohne weitere gesetzliche Regelungen vom Schuljahr 1929/1930 an 30 Pflichtstunden für alle Lehrer obligatorisch geworden. Gegen dieses Bestreben richtete der sich im Rechtsausschuß angenommene Antrag, die Pflichtstundenzahl grundsätzlich auf 28, für die Lehrer jedoch, die bei Beginn des Schuljahres 1928/1929 das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, für dieses Schuljahr auf 30 Stunden festzusetzen.⁸⁸² Diese Herabsetzung der Altersgrenze um fünf Jahre von der bisher geltenden Marke wäre ein weiterer Schritt zur Durchführung des Schulbedarfsgesetzes gewesen. Da sie bei den übrigen Regierungsparteien auf große Ablehnung stieß, einigten sich die Koalitionäre schließlich auf einen Kompromiß, indem sie die 28 Stunden anerkannten und die Altersgrenze für Stundenermäßigungen auf dem bestehenden Maß beließen. Nachdem diese Formel im Landtag

Verordnung über den Stundenbedarf vom 2. April 1927 (Sächsische Staatszeitung, 1927, Nr. 79, S. 5). Abdruck des Gesetzes in: LLZ, 1927, S. 328.

⁸⁷⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13871, Bl. 4.

⁸⁷⁶ Vgl. Ebd., Nr. 13877, Bl. 31 und 37.

⁸⁷⁷ Vgl. Ebd., Nr. 13869, Bl. 41–42 und 59–61; Ebd., Nr. 13876, Bl. 104ff.; Ebd., Nr. 16129, Bl. 24; Praxis der Berufsschule, 1922, S. 2–4, 37–38, 109–110 und 179; LLZ, 1925, S. 46; Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Zur Frage der Pflichtstundenzahl.

⁸⁷⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13877, Bl. 40–41 und 51ff. Die Vertreterversammlung des Sächsischen Berufsschulvereins am 28./29. September 1928 in Grimma stellte sich dann wieder auf den Standpunkt von 24 Pflichtstunden. Vgl. Ebd., Nr. 13878, Bl. 35.

⁸⁷⁹ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 666 (vom 2. Februar 1928).

⁸⁸⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13877; Ebd., 10693, Nr. 2241; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 40 (vom 1. Februar 1928), S. 3 (Ziffer 7) und 6–10; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 666 (vom 2. Februar 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 65. Sitzung vom 9. Februar 1928, S. 2347–2349; LLZ, 1928, S. 141–145 und 155–156; SSZ, 1928, S. 112–115.

⁸⁸¹ Ein Befund, der in den Verhandlungen auch von kommunistischer Seite geteilt wurde. Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 69. Sitzung vom 23. Februar 1928, S. 2490.

⁸⁸² Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 698 (vom 22. Februar 1928), S. 2, Ziffer 4. c; LLZ, 1928, S. 202–207; SSZ, 1928, S. 171–175.

Zustimmung gefunden hatte⁸⁸³, führte das Schuländerungsgesetz vom 16. März 1928 die Pflichtstundenzahl grundsätzlich wieder auf das Maß herab, das vor dem Personalabbau gegolten hatte; für Lehrer, die bei Beginn des Schuljahres das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, war jedoch eine Erhöhung um zwei Stunden vorgeschrieben⁸⁸⁴.

Nach dem Willen der Regierung sollte es bei dieser Regelung auch für das Schuljahr 1929/1930 verbleiben. Gemäß einer Ankündigung im November 1928⁸⁸⁵ sah die Vorlage zum Schuländerungsgesetz 1929 die Verlängerung der bestehenden Zwischenregelung vor.⁸⁸⁶ Nachdem die Materie in den Vorjahren breit diskutiert worden war, traten neue Gesichtspunkte in den Verhandlungen nun nicht mehr zutage. Doch bemerkenswert ist, daß im Rechtsausschuß sowohl alle gestellten Anträge als auch die Regierungsvorlage selbst abgelehnt wurden.⁸⁸⁷ Verbunden war damit wohl das Kalkül, daß ohne gesetzliche Neuregelung wegen Wegfalls der auf das Schuljahr 1928/1929 begrenzten Pflichtstundenerhöhung für die unter 45 Jahre alten Lehrer automatisch das Schulbedarfsgesetz in diesem Punkt wieder vollumfänglich in Kraft getreten wäre. Auch stand die DDP nach wie vor auf dem Boden des Schulbedarfsgesetzes, womit sie sich im Gegensatz zu ihren Koalitionspartnern befand. Zugleich war man sich uneins in der Bewertung der vom Finanzministerium vorgelegten Berechnungen.⁸⁸⁸ Um die Differenzen innerhalb der Koalition zu beseitigen und damit den Landtag zur Annahme der Vorlage zu bewegen, bot die Regierung durch den Abgeordneten Karl Bethke (ASP) an, bis zum 1. Oktober 1929 einen Plan vorzulegen, aus dem sich ergebe, in welcher Weise die Vorschriften des Schulbedarfsgesetzes über die Pflichtstundenzahl sowie über die Unterrichtsstundenzahl und die Klassenstärke in den Volksschulen durchgeführt werden könnten.⁸⁸⁹ Auf diese Weise konnte die Regierung ihr Ziel erreichen.⁸⁹⁰ Das Schuländerungsgesetz vom 27. März 1929 erhielt so die bestehende Zwischenregelung um ein weiteres Jahr aufrecht.⁸⁹¹

Aber auch die Vorlage zum Schuländerungsgesetz 1930 präsentierte wiederum keine Dauerregelung, sondern enthielt – unter Verweis auf den im Erscheinen begriffenen Plan des Volksbildungsministeriums über die Ausgestaltung des ihm unterstellten Schulwesens von Ostern 1930 ab – die Beibehaltung

⁸⁸³ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 69. Sitzung vom 23. Februar 1928, S. 2484-2503; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 160 (vom 24. Februar 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 73. Sitzung vom 15. März 1928, S. 2617; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 163 (vom 15. März 1928); LLZ, 1928, S. 226-227.

⁸⁸⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1928, S. 71, Ziffer I. 7 (= Dokument 73). Abdruck des Gesetzes in: LLZ, 1928, S. 305-306.

⁸⁸⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2275, H. 61; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 952 (vom 27. September 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3411-3412 und 3429-3430. Für die Durchführung des Schulbedarfsgesetzes mit Beginn des Schuljahres 1929/1930 sprach sich wiederum der Sächsische Lehrerverein in einer Eingabe vom 12. November 1928 aus. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13871, Bl. 43-44, Ziffer 2.

⁸⁸⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13878; Ebd., 10693, Nr. 2242; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 76 (vom 17. Januar 1929), S. 1 (Ziffer I) und 2-7; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 24. Januar 1929, S. 3796-3797; SSZ, 1929, S. 56-59.

⁸⁸⁷ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1187 (vom 13. März 1929).

⁸⁸⁸ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 923; Ebd., 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3430-3431.

⁸⁸⁹ Die ursprüngliche Initiative für einen solchen Plan ging auf den Abgeordneten Bernhard Claus (DDP) zurück, der schon vor Abschluß der Beratungen zum Schuländerungsgesetz 1927 beantragt hatte, die Regierung zu ersuchen, recht bald dem Landtag einen Plan vorzulegen, nach dem in möglichst kurzer Frist das Schulbedarfsgesetz durchzuführen sei. Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 276 (vom 28. März 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 915-916; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 560 (vom 15. November 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 65. Sitzung vom 9. Februar 1928, S. 2348-2349; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1187 (vom 13. März 1929); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 113. Sitzung vom 21. März 1929, S. 4256-4266. Nachdem die Vorarbeiten durch die Verordnung vom 4. September 1928 (Vbl. S. 72f.) eingeleitet worden waren, legte die Regierung am 25. März 1930 schließlich ihre Denkschrift „Plan des Ministeriums für Volksbildung für die Ausgestaltung des ihm unterstellten Schulwesens von Ostern 1930 ab“ vor. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13871, Bl. 11ff., 86-90 und 97; Ebd., Nr. 13872; Ebd., 10693, Nr. 2330; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930); LLZ, 1930, S. 341-351; SSZ, 1930, S. 279-285; NZZ, 1930, S. 118-121, 136-140 und 151-154; Sächsische Gemeindezeitung, 1930, Sp. 323-328 und 355-360.

⁸⁹⁰ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 113. Sitzung vom 21. März 1929, S. 4256-4266; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 263 (vom 22. März 1929); SSZ, 1929, S. 272-275.

⁸⁹¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1929, S. 45, Ziffer I (= Dokument 77).

der Zwischenregelung für die kommenden zwei Schuljahre 1930/1931 und 1931/1932.⁸⁹² Sowohl der Rechtsausschuß als auch der Landtag fanden sich nach kürzester Beratung mit dieser Regelung einverstanden⁸⁹³ und fixierten diese im Schuländerungsgesetz vom 2. April 1930⁸⁹⁴.

Während der Weltwirtschaftskrise wurden dann durch die Sparverordnung vom 21. September 1931 die Ermäßigungsstunden für Stellvertretung der Schulleitung um 50 %, für Verwaltungsgeschäfte um 100 % gekürzt, sowie die wöchentliche Pflichtstundenzahl aller Volks-, Hilfs- und Berufsschullehrer auf 30 Stunden festgelegt; besondere Arbeitsstunden, die Schülern strafweise auferlegt wurden, waren weder in die Pflichtstunden einzurechnen noch besonders zu vergüten.⁸⁹⁵ Durch Bekanntmachung vom 21. Oktober 1931 wurde indes die allgemeine Pflichtstundenerhöhung zunächst ausgesetzt, sowie die über 45 Jahre alten Lehrer aller Schulgattungen zur unentgeltlichen Erteilung bis zu zwei Überstunden verpflichtet, sofern ihnen Überstunden übertragen werden mußten.⁸⁹⁶ Mit Ablauf des Schuländerungsgesetzes 1930 wäre damit an sich die gesetzlich festgelegte Pflichtstundenzahl von 28 wieder für alle Lehrer in Kraft getreten. Obgleich sich eine rechtliche Grundlage nicht ermitteln ließ, muß nach einer Aussage von Ministerpräsident Walther Schieck jedoch davon ausgegangen werden, daß die Pflichtstundenerhöhung gegenüber dem Schulbedarfsgesetz auch nach dem 1. April 1932 in Kraft blieb.⁸⁹⁷

⁸⁹² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2515; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 30 (vom 19. März 1930), S. 1-2 (Ziffer I) und 3-4; Ebd., Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 9-10, Ziffer 8; SSZ, 1930, S. 265-267.

⁸⁹³ Vgl. Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 33. Sitzung vom 25. März 1930, S. 1246; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 403 (vom 26. März 1930); Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 34. Sitzung vom 1. April 1930, S. 1304-1306; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 84 (vom 1. April 1930).

⁸⁹⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1930, S. 16, Ziffer I (= Dokument 78).

⁸⁹⁵ Vgl. Ebd., 1931, S. 157-158, Artikel 3 (Absatz 1 und 2), 4 und 5 (Absatz 1); Verordnungsblatt, 1931, S. 79, Ziffer III.

⁸⁹⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 79, Ziffer I. a. Und durch Verordnung vom 3. August 1932 hatten im Schuljahr 1933/1934 grundsätzlich alle über 45 Jahre alten Volks- und Hilfsschullehrer zwei nicht bezahlte Überstunden wöchentlich zu übernehmen. Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 52.

⁸⁹⁷ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4449.

Die Pflichtstunden der Volks- und Berufsschullehrer 1873–1932

Jahr	Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden	Bemerkungen
1873	32	Stundenermäßigungen durch Ortsschulordnung möglich, insbesondere für Lehrer an mittleren und höheren Volksschulen
1919	32	Stundenermäßigungen durch Ortsschulordnung möglich
1922	28	zuzüglich bis zu 4 bezahlter Überstunden; Stundenermäßigung bei Schulleitung und Erledigung von Verwaltungsgeschäften
1924	30	Stundenermäßigung bei Schulleitung und Erledigung von Verwaltungsgeschäften eingeschränkt
1925	30	abzüglich 2 Stunden ab dem 50. Lebensjahr; Stundenermäßigung bei Schulleitung und Erledigung von Verwaltungsgeschäften wieder im vollen Ausmaß von 1922
1927	30	abzüglich 2 Stunden ab dem 45. Lebensjahr
1928	28	zuzüglich 2 Stunden bis zum 45. Lebensjahr
1929	28	zuzüglich 2 Stunden bis zum 45. Lebensjahr
1930	28	zuzüglich 2 Stunden bis zum 45. Lebensjahr
1931/1932	30*	zuzüglich 2 unbezahlter Überstunden ab dem 45. Lebensjahr (sofern diese anfallen); Stundenermäßigung für Stellvertretung der Schulleitung halbiert, bei Erledigung von Verwaltungsgeschäften aufgehoben

* Die Bestimmung wurde ausgesetzt, so daß vermutlich die frühere Regelung galt.

Quellen: Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 362, § 22 Absatz 1; Ebd., 1919, S. 180, § 14 Absatz 1; Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 409-410, § 26; Ebd., 1923, S. 26-28, §§ 26-31; Ebd., 1924, S. 208 (Ziffer I) und 250-251 (Absatz 3 und 4); Ebd., 1925, S. 53 und 197; Ebd., 1927, S. 79, Ziffer I; Ebd., 1928, S. 71, Ziffer I. 7; Ebd., 1929, S. 45, Ziffer I; Ebd., 1930, S. 16, Ziffer I; Ebd., 1931, S. 157-158, Artikel 3; Verordnungsblatt, 1931, S. 79, Ziffer I. a.

b. Schülerbewegung und Lehrerbedarf

Auf das Engste mit der Pflichtstundenfrage verbunden waren die Schülerbewegung sowie der sich daraus ergebende Lehrerbedarf. So hatte die den Schülerbestand beeinflussenden Geburtenschwankungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre die Schulverwaltung vor Aufgaben gestellt, die nicht von Schuljahr zu Schuljahr, sondern mittel- und langfristig zu lösen waren. Hoch und Tief dieser Wellenbewegung machten sich in den einzelnen Schularten zu verschiedenen Zeiten geltend. Sie traten nach sechs Jahren an die Volksschule, nach zehn Jahren an die höhere Schule und nach 14 Jahren an die Berufsschule heran. So gelangten z. B. die schwachen Jahrgänge von 1915/1916 bis 1918/1919 in den Jahren 1922 bis 1925 in die Volksschule, 1926 bis 1929 in die höhere Schule und 1930 bis 1933 in die Berufsschule, womit sich die einzelnen Schularten ständig in voneinander abweichenden Stadien der Schülerbewegung befanden.⁸⁹⁸

⁸⁹⁸ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 3-4; LLZ, 1921, S. 819-820; SSZ, 1922, S. 5-7; Beruf und Schule, 1931, S. 241-247.

Die Geburtenziffern in Sachsen 1914–1929

Jahr (jeweils vom 1. Juli bis zum 30. Juni des Folgejahres)	Geburtenziffern
1914/1915	110.000
1915/1916	67.000
1916/1917	55.000
1917/1918	49.000
1918/1919	56.000
1919/1920	117.000
1920/1921	117.000
1921/1922	104.000
1922/1923	94.000
1923/1924	85.000
1924/1925	86.000
1925/1926	86.000
1926/1927	82.000
1927/1928	79.000
1928/1929	85.000

Quelle: Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 3.

Für die Volksschule bedeutete der durch die Geburten bedingte Schülerrückgang, daß der gesamte jährliche Schülerbestand zwischen 722.000 im Jahre 1922/1923 und 507.000 im Jahre 1925/1926 schwankte. Dieser Rückgang in den Schülerzahlen hätte an sich einen Rückgang in der Zahl der Klassen und in der Stufengliederung der einzelnen Schulen und ein Freiwerden von Lehrerstellen und -stunden sowie von Unterrichtsräumen zur Folge haben müssen. Auch drohte in Sachsen eine Junglehrernot, da in der Zeit des Schülerrückgangs alljährlich bis Ostern 1928 400 bis 500 Schulamtsanwärter von den Seminaren abgingen. Zudem wurden Lehrerstellen infolge des Personalabbaues sämtlicher über 60 Jahre alten Volksschullehrer durch Abgang in den Ruhestand nicht mehr frei. Um die negativen Folgen abzuwenden, ermächtigte der Landtag am 20. März 1924 die Regierung, die durch den Geburtenrückgang freigewordenen Lehrerstellen und -stunden nicht einzuziehen, sondern zum Ausbau der Volks- und Hilfsschulen zu verwenden.⁸⁹⁹ In dieselbe Richtung wies auch der Antrag des Abgeordneten Bernhard Claus (DDP) vom 24. Oktober 1924, der die Durchführung des Schulbedarfs- und des Übergangsschulgesetzes forderte. So sollte eine Vermehrung der Unterrichtsstunden die Beschäftigung von Lehrern gewährleisten und damit das Schulwesen schrittweise heben.⁹⁰⁰ Unterstützt wurde dieses Anliegen der DDP durch eine Eingabe des Sächsischen Lehrervereins vom 11. Dezember 1924, die ein ausführliches Programm zur Durchführung des Schulbedarfsgesetzes formulierte, wofür sie ebenso die Zeit des allgemeinen Rückgangs der Schulkinderzahl als am besten geeignet bezeichnete.⁹⁰¹ Am 14. Januar 1925 folgte noch ein Antrag der DNVP, der sich gleichfalls den weiteren Ausbau der Volksschule zum Ziel setzte.⁹⁰² Im Haushaltsausschuß A einigten sich die Parteien am 18. Februar 1925 auf einen gemeinsamen Antrag.⁹⁰³ Im Sinne dieser

⁸⁹⁹ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2650; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 342 (vom 21. März 1924), Ziffer 5. c.

⁹⁰⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1654; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 993 (vom 24. Oktober 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3545-3548. Die Regierung räumte auch ein, daß sich der Lehrerabbau durch Pflichtstundenerhöhung nicht ohne eine Schädigung des Schulwesens selbst habe durchführen lassen, da die zu starke Beanspruchung und Ausnutzung der Lehrkräfte negative Auswirkungen auf den Unterrichtsbetrieb gezeitigt habe. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 174 (vom 14. März 1925), S. 4.

⁹⁰¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13874, Bl. 46-47; SSZ, 1924, S. 677-679.

⁹⁰² Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1084 (vom 14. Januar 1925), Ziffer II. a-e; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3559.

⁹⁰³ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1186 (vom 18. Februar 1925) und 1196 (vom 25. Februar 1925).

Beschlüsse führte das Ministerium für Volksbildung seit Mitte 1924 statistische Erhebungen über Schülerbewegung und Lehrbedarf in den Jahren bis 1930 durch, setzte die Schülerzahlen der Volks- und Hilfsschulklassen herab, erhöhte (soweit es die Schulräume ermöglichten) die Wochenstunden und übertrug Überstunden und nebenamtlichen Unterricht auf Aushilfslehrkräfte.⁹⁰⁴ In den Volksschulen blieben so mehr Lehrkräfte beschäftigt, als nach der stark gesunkenen Gesamtschülerzahl anzunehmen war, womit das Ministerium für Volksbildung zunächst eine „produktive Erwerbslosenfürsorge“ betrieben und für Sachsen eine Junglehrernot verhindert hatte. Zugleich aber wurden damit bewußt Lehrerreserven für die kritische Zeit der Volksschule geschaffen. Der erwartete Wiederanstieg der Schülerzahlen hinderte die oberste Schulbehörde auch, vorschnell für die vollständige Zurückführung der Pflichtstunden aller Volksschullehrer auf das Maß des Schulbedarfsgesetzes einzutreten.⁹⁰⁵

Vom Schuljahr 1927/1928 an stiegen wie erwartet die Schülerzahlen von 507.000 bis auf 631.000 im Schuljahr 1933/1934, wobei die erste fühlbare Steigerung des Gesamtschülerbestandes im Schuljahr 1930/1931 zu verzeichnen war.⁹⁰⁶ Der Zunahme der Schulkinder entsprach ein erhöhter Bedarf an Stellen und Stunden, der aus der in den zurückliegenden Jahren gebildeten Reserve allein nicht gedeckt werden konnte. Angesichts der Finanzlage des Staates konnten neue Lehrerstellen jedoch nicht bewilligt werden, die zudem nach Regierungsangaben aufgrund eines sich nun einstellenden Lehrermangels auch nicht hätten besetzt werden können. Denn von Ostern 1929 ab rechneten die Volksschulen wieder mit einem umfanglicheren Ausscheiden von Lehrkräften, die das 65. Lebensjahr vollendet hatten. Diesem verstärkten Ausfall von Lehrern stand die Tatsache gegenüber, daß infolge der Übergangs der Lehrerausbildung auf die Pädagogischen Institute⁹⁰⁷ zunächst die jährlich rund 500 Schulamtsanwärter aus den Seminaren nicht mehr sowie der benötigte Ersatz von akademisch gebildeten Anwärtern fürs Lehramt noch nicht zur Verfügung standen. Erst von 1932 an sollten einem Abgang bis zu 290 Lehrern alljährlich eine Zahl von 400 bis 500 Lehramtsanwärtern wieder gegenüberstehen und damit auch ein wachsender Überschuß an Lehrkräften. Solange hatte vom Schuljahr 1930/1931 an jeder Ausbau der Volks- und Hilfsschulen zu ruhen. Zwangsläufiger Mehrbedarf an der einen Stelle war durch Einsparungen an anderer Stelle zu decken. Dabei hatten die Volks- und Hilfsschulen die Pflichtstunden ihrer in anderen Schularten tätigen Lehrkräfte für ihre eigenen Zwecke heranzuziehen; auch konnten vorübergehend Berufsschullehrer beschäftigt werden. Der restliche Bedarf war durch Auffüllung und Zusammenziehung von Klassen zu realisieren.⁹⁰⁸ Auf diese Weise versuchte man, den verhältnismäßig hohen Schülerbestand mit den bestehenden Einrichtungen zu bezwingen. Eine Entlastung wegen des dann einsetzenden Rückganges des Schülerbestands stand ab dem Schuljahr 1934/1935 in Aussicht.⁹⁰⁹

⁹⁰⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13874, Bl. 100ff. und 123-124; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3570; Ebd., 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4930; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 4-5.

⁹⁰⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 72.

⁹⁰⁶ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 7.

⁹⁰⁷ Siehe Kapitel G. I. 3.

⁹⁰⁸ Siehe Kapitel E. II. 2. c.

⁹⁰⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13950-13955; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 5-10; Verordnungsblatt, 1928, S. 72f.; Ebd., 1929, S. 47f.; Ebd., 1930, S. 71f.; Ebd., 1931, S. 27 (Ziffer 1) und 49f.; Ebd., 1932, S. 51ff.; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 29. Sitzung vom 10. Februar 1931, S. 1111-1112; LLZ, 1929, S. 613-614; LLZ, 1930, S. 715-716.

Die Schülerzahlen in der Volksschule 1927–1935

Schuljahr	Schülerzahlen
1927/1928	507.000
1928/1929	518.000
1929/1930	522.000
1930/1931	543.000
1931/1932	576.000
1932/1933	610.000
1933/1934	631.000
1934/1935	610.000

Quelle: Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 7.

Anders lagen die Verhältnisse bei der Berufsschule. Während die Volksschule Ende der 1920er Jahre zunehmende Schülerzahlen zu verzeichnen hatte, war die Berufsschule mit einer entgegengesetzten Schülerbewegung konfrontiert. Waren die Zahlen schon seit 1923/1924 rückläufig, so wirkten sich die schwachen Kriegsjahrgänge, die ab 1929/1930 in die Berufsschule eintraten, in besonders starkem Umfang aus. Die Schwankungen in der Schülerbewegung machten sich dabei viel stärker geltend als in der Volksschule, da die Berufsschule nur einen dreijährigen Lehrgang umschloß und infolgedessen zu gleicher Zeit (namentlich im Schuljahr 1933/1934) drei nur schwachbesetzte Jahrgänge in sich vereinigte, ohne daß, wie bei der Volksschule, ein Ausgleich durch stärkere Jahrgänge geschaffen wurde. Die Schülerzahlen sanken von 1923/1924 bis 1933/1934 auf fast ein Drittel, von 1929/1930 bis 1933/1934 auf unter die Hälfte. Unmittelbar an diesen Absturz schloß sich von 1933/1934 bis 1936/1937 ein steiler Anstieg, eine Vermehrung um mehr als das Doppelte, an. Der Schülerbestand lag 1936/1937 so über dem Niveau von 1929/1930 und fast auf der Höhe von 1928/1929. Von 1937/1938 ab folgte bis zum Schuljahr 1939/1940 dann wieder ein langsames Absinken.⁹¹⁰ Aus dieser Sachlage ergab sich die Aufgabe, die Berufsschule ohne allzu dramatische Eingriffe in ihren Gesamtorganismus und ihres Lehrkörpers durch die Zeit des Schülerrückganges zu führen. Einen Weg wies der Sächsische Landtag bei den Haushaltsberatungen 1929, indem er beschloß, daß der Berufsschule ihre durch den Geburtenrückgang freiwerdenden Stellen und Stunden ebenso zum Ausbau überlassen werden, wie dies 1924 der Volksschule zugebilligt worden war.⁹¹¹ Die Durchführung dieses Beschlusses wollte das Ministerium für Volksbildung von den wechselnden Verhältnissen und insbesondere von der Finanzlage abhängig machen. Auch war zu berücksichtigen, daß der Landtag nur das vorübergehende Tief ins Auge gefaßt hatte. Daher kamen die durch den Schülerrückgang freigewordenen Stunden nur zum Teil dem Ausbau der Berufsschule – durch Herabsetzung der Klassenstärken und Erhöhung der Zahl der Wochenstunden – zugute.⁹¹² Die Weiterbeschäftigung – wenn auch zum Teil mit verminderter Stundenzahl – der darüber hinaus freigesetzten (überzähligen) Berufsschullehrer versuchte man unter anderem durch Abbau von Überstunden und nebenamtlichen Unterricht sowie durch vorübergehende Verwendung an den Volks- und anderen öffentlichen Schulen zu gewährleisten. An und für sich wäre es auch möglich gewesen, die durch den Schülerrückgang freiwerdenden Stunden für die Herabsetzung der Pflichtstunden der Berufsschullehrer auf 28 oder 26 zu verwenden. Doch hätte dies (wie beim Ausbau) zum Zeitpunkt des höchsten Wiederanstiegs der Schülerzahlen eine finanzielle Mehr-

⁹¹⁰ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 12-13.

⁹¹¹ Vgl. Ebd., Berichte, Nr. 99 (vom 28. Juni 1929), S. 2, Ziffer III. 3; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 10. Juli 1929, S. 236.

⁹¹² Siehe Kapitel E. II. 2. c.

belastung bedeutet und unter anderem auch die Möglichkeit einer zeitweiligen Verwendung von Berufsschullehrern an den Volksschulen eingeschränkt.⁹¹³

Die Schülerzahlen in der Berufsschule 1923–1940

Schuljahr	Schülerzahlen
1923/1924	221.143
1925/1926	203.829
1926/1927	197.364
1927/1928	196.638
1928/1929	191.363
1929/1930	183.265
1930/1931	154.215
1931/1932	120.516
1932/1933	90.595
1933/1934	86.412
1934/1935	124.673
1935/1936	166.004
1936/1937	189.904
1937/1938	178.138
1938/1939	161.113
1939/1940	154.550

Quelle: Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 12-13.

Wichtig in diesem Zusammenhang war die Sparverordnung vom 21. September 1931, weil diese die Kündigungsfrist für nichtständige Lehrkräfte, Vertreter und Aushilfslehrer auf vier Wochen festsetzte und denselben Gruppen in allen Schularten für den 31. Oktober 1931 vorsorglich kündigte.⁹¹⁴ Dies stand im Gegensatz zu einem Landtagsbeschluss vom 2. Juli 1931, der die Teilung überbesetzter Volksschulklassen sowie die Errichtung und Besetzung weiterer ständiger Lehrerstellen vorgesehen hatte.⁹¹⁵ Vor dem Landtag verteidigte am 1. Oktober 1931 Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) das Regierungshandeln. Demnach habe das Gesamtministerium für die zu ergreifenden Maßnahmen zunächst einmal „freie Hand“ bekommen müssen. Am naheliegendsten sei da die Entlassung von Lehrkräften, da dies das größte Ersparnispotential berge. Gleichwohl stellte er in Aussicht, eine Anzahl von Kündigungen zurückzunehmen, um eine ernste Notlage der Junglehrer zu verhindern.⁹¹⁶ Der Landtag freilich gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und beschloß, die anlässlich der Haushaltsberatung zum Volksschulkapitel angenommenen Anträge nunmehr unmittelbar zur Durchführung zu bringen sowie jeden weiteren Abbau auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu unterlassen.⁹¹⁷

⁹¹³ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 10-20; Verordnungsblatt, 1930, S. 12f. und 57f.; Ebd., 1931, S. 8f., 50ff. und 83; Ebd., 1932, S. 18 und 53f.; Ebd., 1933, S. 8; Sächsisches Gesetzblatt, 1930, S. 16, Ziffer I. 3. Damit Lehrer an gewerblichen Schulen, die infolge des Schülerrückganges keine Verwendung hatten, ebenso weiter beschäftigt werden konnten, griff das Wirtschaftsministerium zu ähnlichen Maßnahmen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16249, Bl. 11, 23 (= Dokument 201), 34, 44, 56 (= Dokument 205), 64 (= Dokument 208), 102 (= Dokument 213), 136 (= Dokument 218) und 169ff.

⁹¹⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 9; Verordnungsblatt, 1931, S. 79-80, Ziffer I. 3.

⁹¹⁵ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 560 (vom 26. Juni 1931), S. 2, Ziffer III. 1-3; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2019.

⁹¹⁶ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 57. Sitzung vom 1. Oktober 1931, S. 2409-2410.

⁹¹⁷ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3272; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 638 (vom 7. September 1931), 639 (vom 9. September 1931) und 651 (vom 29. September 1931); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 29. September 1931, S. 2373 und 2395; Ebd., 58. Sitzung vom 9. Oktober 1931, S. 2487-2489; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 168 (vom 13. Oktober 1931).

Um Beschäftigungsmöglichkeiten für Junglehrer zu schaffen, wurden in der Folge verschiedene Maßnahmen probiert, wozu die Beseitigung von Überstunden zählte.⁹¹⁸ Weiter war die Erteilung von Privatunterricht nur dann noch zulässig, wenn es nicht möglich war, den Unterricht einem hierzu geeigneten beschäftigungslosen Lehrer zu übertragen.⁹¹⁹ Ständig angestellte Lehrkräfte aller Schularten konnten sich auf ihren Antrag ohne Gehalt, aber unter Aufrechterhaltung der bisher erdienten Versorgungsansprüche unter Widerrufsvorbehalt bis zu drei Jahren beurlauben lassen.⁹²⁰ Lehrkräfte, die das 60. Lebensjahr vollendet hatten, konnten auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden.⁹²¹ Die öffentlichen Schulen wurden angewiesen, auf die Verwendung von Ruheständlern bei der Unterrichtserteilung künftig völlig zu verzichten.⁹²² Schließlich bestand die Möglichkeit, daß Lehrkräfte auf einen Teil ihrer Pflichtstunden verzichteten, wobei für jede Pflichtstunde die Vergütung für eine Überstunde vom Grundgehalt gekürzt wurde. Die so gewonnenen Verzichtsstunden mußten den Lehrern zugute kommen, denen vorsorglich gekündigt worden war.⁹²³ Diese Maßnahmen konnten nur beschränkt Erfolg haben, zumal die Regierung gleichzeitig weitere Stellenstreichungen und Entlassungen vornahm. So ordnete das Gesamtministerium im Juni 1932 an, die Zahl der Planstellen bei den Beamten, Lehrern und Angestellten gegenüber dem Stande von 1931 in kürzester Frist um mindestens 10 % zu vermindern.⁹²⁴ Im Bereich des Berufsschulwesens mochte es angehen, überzählige Lehrkräfte abzubauen.⁹²⁵ Doch im Bereich des Volksschulwesens herrschte durch den hohen Schülerbestand ein Bedarf an Lehrkräften, der auf diese Weise noch verstärkt wurde. Dies hatte Auswirkungen auf die Organisationshöhe des Schulwesens, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

Und schließlich waren die Lehrer durch die Sparmaßnahmen nicht nur mit Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverlängerung, sondern auch mit Gehaltseinbußen konfrontiert. Mit dem Gesetz über die Besoldung der Staatsbeamten und Lehrer vom 21. Mai 1920 waren die Volksschullehrer in die staatliche Besoldungsordnung eingereiht worden⁹²⁶, und das Beamtenbesoldungsgesetz vom 28. Dezember 1927 fand einen organischen Zusammenhang in der Besoldung zwischen den verschiedenen Lehrergruppen⁹²⁷. Die fortschreitende Akademisierung der Lehrerbildung führte wegen höherer Grundgehälter zunehmend zu Mehrbelastungen der Staatskasse.⁹²⁸ Um die persönlichen Volksschullasten zu vermindern, führte die Regierung zum 1. April 1930 daher ein Probejahr für akademisch gebildete Volksschullehrer ein, welche in dieser Zeit bei halbem Gehalt zur vollen Arbeitsleistung verpflichtet waren.⁹²⁹ Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten wurden aufgrund von Notverordnungen des Reichspräsidenten allgemein durch die Verordnungen vom 8. Dezember 1930, 20. Juni 1931 sowie vom 21. September 1931 gekürzt.⁹³⁰

⁹¹⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 10 Absatz 1

⁹¹⁹ Vgl. Ebd., Artikel 10 Absatz 2; Verordnungsblatt, 1931, S. 70, Buchstabe A Ziffer 6; Ebd., S. 73f. (= Dokument 225).

⁹²⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 81 (= Dokument 226).

⁹²¹ Vgl. Ebd., S. 70, Buchstabe A Ziffer 5 Absatz 1.

⁹²² Vgl. Ebd., S. 95 (= Dokument 236).

⁹²³ Vgl. Ebd., S. 70 (Buchstabe A Ziffer 5 Absatz 2), 83f. und 92 (Buchstabe A Ziffer 10); Ebd., 1932, S. 18 (= Dokument 241) und 87.

⁹²⁴ Vgl. Sachsen und seine besondere Lage im Reich, S. 2.

⁹²⁵ So etwa durch die Verordnung vom 8. Februar 1932, die den Aushilfslehrkräften wegen des weiteren Rückgangs der Schülerzahlen an den Berufsschulen zum 31. März 1932 vorsorglich gekündigt hatte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16249, Bl. 168.

⁹²⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 117ff. und Ausführungsverordnung hierzu vom 12. Juni 1920 (GVBl. S. 155f.).

⁹²⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1927, S. 171ff. und Ausführungsverordnung hierzu vom selben Tag (GBl. S. 211ff.); LLZ, 1927, S. 1014-1015.

⁹²⁸ Vgl. SächsHStAD, 10736, Nr. 9341, Bl. 95-96 (S. 13-14).

⁹²⁹ Vgl. Sächsische Staatszeitung, 1930, Nr. 63, S. 5; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 30. Sitzung vom 17. März 1930, S. 1142; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Berichte, Nr. 385 (vom 14. März 1930) und 388 (vom 17. März 1930); SSZ, 1930, S. 237-239. – Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 156 (vom 18. November 1930); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 29. Sitzung vom 10. Februar 1931, S. 1091-1092 und 1106-1107; Ebd., 31. Sitzung vom 17. Februar 1931, S. 1166; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 352 (vom 11. März 1931); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1974-1975 und 1977.

⁹³⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1930, S. 143f. und Ausführungsvorschriften hierzu vom 2. Januar 1931 (GBl. S. 1ff.) und 20. Juli 1931 (GBl. S. 118); SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/45, Bl. 102ff. Ein (nicht behandelter) Antrag der KPD versuchte ei-

Für die Lehrer galten eigens die Verordnungen vom 7. Januar 1931, 17. Juni 1931 sowie vom 14. Oktober 1931.⁹³¹ Im August 1931 vertrat das Reichsfinanzministerium gleichwohl die Meinung, daß die Länder über bisher nicht ausgeschöpfte Ersparnismöglichkeiten verfügten. Insbesondere sei die „übermäßig hohe“ Besoldung der sächsischen Volksschullehrer auf das Maß der Besoldung zurückzuführen, die die Volksschullehrer in den anderen Ländern erhielten.⁹³² Der Sächsische Lehrerverein protestierte indes in einer Eingabe vom 27. August 1931 dagegen, die Volksschullehrerbesoldung außerhalb des Rahmens der gesamten Beamtenbesoldungsordnung zu verschlechtern, da dies eine Herabsetzung der Lehrer gegenüber anderen Beamtengruppen impliziere.⁹³³ Nach der dritten Gehaltskürzungsrunde waren nach Aussagen der sächsischen Regierung weitere Ersparnisse zu Lasten der Beamtenschaft nicht zu machen. Die Beamtengehälter seien unter die Gehälter der Reichsbeamten herabgesetzt worden, und von den wenigen Ausnahmen abgesehen, habe Sachsen von allen Ländern nun die niedrigsten Anfangs- und Höchstgehälter.⁹³⁴

c. **Wochenstunden und Klassenstärke**

Nach dem Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 sollten die Kinder – wo es die Verhältnisse gestatteten – wöchentlich im dritten Schuljahr wenigstens 20 Unterrichtsstunden, im vierten Schuljahr wenigstens 22, vom fünften Schuljahr an die Knaben wenigstens 26 (ausschließlich Turnunterricht), die Mädchen wenigstens 24 (ausschließlich Handarbeits-, Turn-, Haushaltungs- und Kochunterricht) erhalten.⁹³⁵ Während hier das Mindestmaß der Stunden genannt wurde, definierte die Vorlage zum Schulbedarfsgesetz die Höchstzahl der Wochenstunden. So sollten die Kinder im ersten Schuljahr 16, im zweiten Schuljahr 18, im dritten Schuljahr 20, im vierten Schuljahr 22 und vom fünften Schuljahr ab wöchentlich 28 verbindliche Unterrichtsstunden erhalten. Die Regierung erkannte zwar an, daß diese Regelung der Entwicklung des Schulwesens ziemlich enge Grenzen setze und daß in einer Anzahl von Schulbezirken die Unterrichtszeit sogar beschnitten werden müßte. Doch wollte sie diese durch die Nivellierung eintretenden Nachteile in Kauf nehmen, da sie in der Entwicklung der – zahlenmäßig überwiegenden – zurückgebliebenen Schulen ihre vordergründigste Aufgabe erblickte.⁹³⁶ Im Rechtsausschuß überwogen dagegen die Bedenken gegenüber einer solchen Regelung. So habe beispielsweise die Stadt Dresden gezeigt, daß im Falle der Festsetzung der Unterrichtsstundenzahl nach dem Gesetzentwurf jedes Dresdner Schulkind künftig 960 Stunden weniger Unterricht während der achtjährigen Schulzeit haben würde, was einem Ausfall eines ganzen Schuljahres gleichkäme. Infolge dieser Stundenherabsetzung würden allein in Dresden 359 Lehrkräfte weniger erforderlich sein. Der Landtag beschloß daher auf Antrag der Linksparteien, daß durch Ortsschulordnung die in der Vorlage genannten Stundenzahlen, die nun als Mindestsätze fixiert wurden, im ersten Schuljahr auf 18, im zweiten auf 20, im dritten auf 24, im vierten auf 26 und vom fünften Schuljahr ab auf 30 erhöht werden konnten. Von einer gänzlichen Beseitigung der Höchstgrenzen

ne nachträgliche Beratung und Beschlußfassung der Verordnung durch den Landtag herbeizuführen. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2967; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 213 (vom 11. Dezember 1930). – Gemeinsames Ministerialblatt, 1931, S. 39ff.; SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/45, Bl. 157ff. Am 2. Juli 1931 forderte der Landtag vergebens die Rückgängigmachung der zweiten Gehaltskürzung. Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 560 (vom 26. Juni 1931), S. 3, Ziffer III. 12. a; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2019. – Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 171ff. und Ausführungsverordnungen hierzu vom 30. September 1931 (GMBI. S. 57ff.) und 11. Dezember 1931 (GMBI. S. 85f.); SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/45, Bl. 374ff. und 439ff. – Zum Ergebnis der Notverordnungen siehe allgemein Bohlen, Adolf: Die höheren Beamten nach drei Gehaltskürzungen.

⁹³¹ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 2f., 45ff., 49 und 75f.

⁹³² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/45, Bl. 268.

⁹³³ Vgl. Ebd., Bl. 320.

⁹³⁴ Vgl. Ebd., 10717, Nr. 5432, unpag., Protokoll vom 10. Oktober 1931, S. 10-11; Ebd., Nr. 9062, unpag., Bericht vom 27. September 1932; Sachsen und seine besondere Lage im Reich, S. 2.

⁹³⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 174, § 4 Absatz 3.

⁹³⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 8 (§ 31 Absatz 1) und 27-28.

wurde aber deshalb abgesehen, weil man bei einer unbegrenzten Heraufsetzung der Stundenzahl eine Gefährdung der Schüler befürchtete.⁹³⁷

Die Wochenstunden in der Volksschule ab 1. April 1923 und 1. November 1931

Schuljahr	Zahl der Wochenstunden nach	
	dem Schulbedarfsgesetz 1922	der Sparverordnung 1931
1.	16 bis 18	16 bis 18
2.	18 bis 20	18 bis 20
3.	20 bis 24	20 bis 22
4.	22 bis 26	22 bis 24
5.	28 bis 30	28 bzw. 30*
6.	28 bis 30	28 bzw. 30*
7.	28 bis 30	28 bis 30
8.	28 bis 30	28 bis 30

* Für Klassen höherer Abteilungen.

Quellen: Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 410, § 30 Absatz 1; Ebd., 1931, S. 158, Artikel 8 Absatz 1; Verordnungsblatt, 1931, S. 80, Ziffer II. 2.

In Bezug auf die Schülerzahl besagte das Übergangsschulgesetz, daß den Klassen der allgemeinen Volksschule nicht mehr als 40 Schüler und den Hilfsschulklassen in der Regel nicht mehr als 15 Schüler zuzuweisen waren. Nebeneinander bestehende und aufeinanderfolgende Schulklassen durften nicht zusammengelegt werden, wenn die Schülerzahl dadurch über 50 stieg. Die Bildung zweiklassiger Schulen durch Zusammenlegung von Klassen war unzulässig, solange die Gesamtzahl der Schüler nicht unter 80 herabsank.⁹³⁸ Hieran knüpfte die Vorlage zum Schulbedarfsgesetz an, indem sie den Volksschulklassen mit nur einem Jahrgang weiterhin 40 Schüler zuwies, für Klassen mit mehreren Jahrgängen aber die zulässige Schülerzahl auf höchstens 35 begrenzte. Konnten die Schüler einer Klasse zu Beginn des Schuljahrs innerhalb des Schulbezirks auf gleichlaufende Klassen verteilt werden, ohne daß die Schülerzahl dieser Klassen über 40 stieg, so war die Klasse aufzulösen. In drei- und mehrklassigen Schulen mit nur einem Klassenzug waren Klassen einzuziehen, wenn aufeinanderfolgende Jahrgänge zu einer Klasse vereinigt werden konnten, ohne daß die Schülerzahl über 35 stieg. Die Errichtung von Nachhilfeklassen war zulässig, wenn für eine Klassenstufe wenigstens 20 Schüler vorhanden waren. Für Hilfsschulklassen war die Schülerzahl entsprechend abzumindern.⁹³⁹ Wiederum auf Antrag der Linksparteien setzte der Landtag die Schülerzahl für Schulen mit einem Jahrgang auf 35 und für Schulen mit mehreren Jahrgängen auf 30 herab, behielt die Vorschriften über Klassenbildung im Übrigen aber bei.⁹⁴⁰ In den Hilfsschulklassen sollten weiterhin in der Regel nicht mehr als 15 Kinder unterrichtet werden.⁹⁴¹

⁹³⁷ Vgl. Ebd., Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 8-14 und 21 (Ziffer 17 a); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 115. Sitzung vom 5. Juli 1922, S. 4373; Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 410 (§ 30 Absatz 1) und 411 (§ 36 Absatz 3 und 4); Ebd., 1923, S. 30, § 39.

⁹³⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 175 (§ 4 Absatz 8 und 9) und 188 (§ 10).

⁹³⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 8-9 (§ 32) und 28-29.

⁹⁴⁰ Vgl. Ebd., Berichte, Nr. 759 (vom 22. Juni 1922), S. 8-14 und 21 (Ziffer 18); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 115. Sitzung vom 5. Juli 1922, S. 4373; Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 410, § 31; Ebd., 1923, S. 30, § 40 Absatz 3.

⁹⁴¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 30, § 40 Absatz 3.

Die gesetzliche Klassenstärke in der Volksschule ab 1. April 1923

Klassen	Zahl der Schüler
mit einem Jahrgang	35
mit mehreren Jahrgängen	30
Nachhilfeklassen	20
Hilfsschulklassen	15

Quellen: Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 410, § 31 Absatz 1 und 2; Ebd., 1923, S. 30, § 40 Absatz 3.

Der zum Beginn der 1920er Jahre einsetzende Schülerrückgang mußte sich auf die Klassenbildung auswirken. So forderte die Verordnung vom 27. August 1924 von den Schulbezirken Anzeige, sobald die Schülerzahl von Klassen unter 20 oder die von Abteilungen unter 13 herabging; auch waren dabei Vorschläge wegen Zusammenlegung von Klassen und Abteilungen zu unterbreiten.⁹⁴² Damit bei Auflösung von Volksschulklassen wegen zu geringer Schülerzahl dem pädagogischen Aspekt genügend Beachtung geschenkt werde, forderte der Sächsische Lehrerverein in einer Eingabe vom 10. November 1925, daß während der vier Grundschuljahre keine Zerreißung der Klassenverbände erfolgen dürfe. Erst nach dem Übergang aus der Grundschule zur höheren Schule seien die durch den Abgang herabgeminderten Klassen aufzufüllen und die Schüler bis zum Ende ihrer Schulpflicht in diesen Klassenverbänden zu belassen. Eine Auflösung von Klassen dürfe erst vorgenommen werden, wenn ein dauernder Rückgang der Kinderzahl zu erwarten sei.⁹⁴³ Auf Beschluß des Landtags wurden diese Forderungen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.⁹⁴⁴ In der Verordnung vom 8. März 1926 wies das Ministerium für Volksbildung darauf hin, daß die Schulbezirke es nach der Bestimmung in § 40 Absatz 2 der Ausführungsverordnung zum Schulbedarfsgesetz selbst in der Hand hätten, den pädagogischen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen, wenn es sich um Versetzung nach den Klassen des 2. und des 8. Schuljahrs handele. Das Ministerium vermeide es im Übrigen, die Gesetzesvorschriften rein schematisch zu handhaben, indem es bei Berechnung der Schülerzahl gewisse Spannen zur Berücksichtigung des normalen Ab- und Zuges offen ließe und besonderen Ausnahmeverhältnissen nach Möglichkeit Rechnung trüge.⁹⁴⁵ In der Verordnung vom 4. September 1928 erklärte das Ministerium auf die Zeit des Schülerrückgangs rückblickend, daß es Schülerbestände in den Klassen zugelassen habe, die den Schülerdurchschnitt in den Volksschulklassen (einschließlich Sonderklassen) auf 27,89, in den Hilfsschulklassen auf 14,48 herabgedrückt hätten. Trotz Schülerrückganges sei daher vielfach in die Stufengliederung kleinerer Volksschulen und in die Klassenbestände der Volksschulen überhaupt nicht eingegriffen worden, weil die sich anschließenden Jahre der Schülerzunahme ihr Weiterbestehen rechtfertigten. Ferner seien die Wochenstunden aufgebessert worden, so daß in der Mehrzahl der Klassen nicht nur die im Schulbedarfsgesetz vorgeschriebenen Mindestsätze, sondern sogar die dort zugelassenen Höchstsätze erreicht wurden. In den folgenden Jahren müsse das Ministerium für Volksbildung aber darauf achten, daß die Beschulung der Kinder der einzelnen Schulbezirke im bisherigen Umfang aufrecht erhalten bleibe. Vor einem weiteren Ausbau der Schulen in diesem oder jenem Schulbezirk müsse Vorsorge getroffen werden, daß in allen anderen Schulbezirken der wachsenden Schülerzahl Unterricht in dem Umfang erteilt werden könne, den die bisherigen Schulklassen hatten. Da die reichliche Zahl der Volksschulklassen noch sehr aufnahmefähig seien, müsse das Ministerium darüber wachen, daß die Klassen bei wieder eintretender größerer Stetigkeit in den Schülerzahlen mit der gesetzlichen Zahl von Schülern gefüllt, die Stufen der Schule ihrer jeweiligen Schülerzahl angepaßt

⁹⁴² Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 84; SSZ, 1926, S. 659-660.

⁹⁴³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1188 und 1709, jeweils Ziffer III.

⁹⁴⁴ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1636 (vom 17. Dezember 1925), Ziffer 1; Ebd., Beschlüsse, Nr. 584 (vom 31. Dezember 1925), Ziffer 1.

⁹⁴⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1926, S. 21 (= Dokument 184).

und die wöchentlichen Stundenzahlen den Klassen erhalten werde.⁹⁴⁶ Entsprechend dieser Vorgabe verpflichteten die Organisationsrichtlinien, die alljährlich von der obersten Schulbehörde aufgestellt wurden, die Schulbezirke, die Klassen der Volks- und Hilfsschulen allmählich mit Schülern aufzufüllen oder zusammenzuziehen, um so den eintretenden Schülerzuwachs mit den zur Verfügung stehenden Lehrkräften bis Ostern 1935 zu meistern.⁹⁴⁷ Während die Verordnung vom 10. April 1931 noch allgemeine Vorschläge für Sparmaßnahmen im Schulwesen enthielt⁹⁴⁸, bestimmte die Sparverordnung vom 21. September 1931 sodann, daß die Volksschulklassen eines Schulbezirks schon im laufenden Schuljahr nun nicht mehr mit höchstens, sondern mit durchschnittlich 35 Schülern zu besetzen waren⁹⁴⁹. Ferner wurde die ortsgesetzlich zulässige Erhöhung der Wochenstundenzahl für das 3. Schuljahr auf 22 Stunden und für das 4. Schuljahr auf 24 Stunden herabgesetzt; die Möglichkeit zur Erhöhung auf 30 Stunden bestand nur noch im 7. und 8. Schuljahr. Die damit ausgesprochene Begrenzung auf 28 Wochenstunden im 5. und 6. Schuljahr wurde nur für die höheren Abteilungen wieder zurückgenommen.⁹⁵⁰ Zudem geriet wahlfreier Unterricht der Volksschule und der Berufsschule, der über die schulortsgesetzlich festgelegten verbindlichen Wochenstunden der Klassen hinausging, in Wegfall.⁹⁵¹

Bei der Berufsschule hatte der allgemeine Schülerrückgang die Schülerbestände so vermindert, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Auflösung von Klassen vorzunehmen war. Durch den Eingriff in die bestehende Organisation der Schulen hätte aber ein weit größerer Schaden angerichtet werden können als an anderen Schularten; namentlich dann, wenn Klassen mit verschiedener Berufsrichtung zusammengelegt würden, weil dadurch die berufliche Gliederung der Schule auf Jahre hinaus in ihrer Organisation gestört und der Unterricht wesentlich verschlechtert werden würde. Eine solche Auswirkung ließe sich wegen einer im allgemeinen nur vorübergehenden Erscheinung in der Schülerbewegung nicht rechtfertigen. Auf der anderen Seite aber konnte die Beibehaltung ungenügend gefüllter Klassen auch nicht in zu weitgehendem Maße nachgelassen werden. So suchte das Ministerium für Volksbildung einen Mittelweg zu beschreiten, der beiden Gesichtspunkten gerecht zu werden versuchte. So sollte die bisherige Organisationshöhe des Berufsschulwesens erhalten bleiben, um dann ohne Schwierigkeiten von Ostern 1934 an in den Jahren des steilen Wiederanstiegs der Schülerzahl den Schülerzuwachs aufzunehmen. Vom 1. April 1929 an galten so folgende Erleichterungen für die Klassenbildung, die in der hier genannten Reihenfolge anzuwenden waren. An erster Stelle waren die Voraussetzungen für eine Verbandsbildung oder eine vertragliche Zuweisung der Schüler zu prüfen. Sodann war, wenn die Schülerzahl zweier Klassen gleicher Berufsrichtung oder des gleiches Jahrgangs (Parallelklassen) bis auf 30 oder nur wenig über 30 sank, eine Klasse aufzulösen. Bestanden innerhalb eines Schulbezirks an mehreren Schulen Klassen glei-

⁹⁴⁶ Vgl. Ebd., 1928, S. 72; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 5-6; LLZ, 1928, S. 701-703. In einer Eingabe vom 12. November 1928 formulierte der Sächsische Lehrerverein Einwände gegen die in der Verordnung genannten Zahlen. So müßten bei der Durchschnittberechnung von Schulklassen z. B. die schwach besetzten katholischen Minderheitsschulen ausscheiden, um ein realistisches Bild zu erhalten. Ferner dürften die gesetzlich festgeschriebenen Höchstzahlen von 35 und 30 nicht als Regel- und Durchschnittszahlen aufgefaßt werden. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1766, Bl. 80-81; LLZ, 1928, S. 878-879.

⁹⁴⁷ Vgl. SächsHStAD, 10736, Nr. 9341, Bl. 96-97; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 9, Ziffer 2; Verordnungsblatt, 1928, S. 72; Ebd., 1929, S. 47-48; Ebd., 1930, S. 72; Ebd., 1931, S. 8 (Ziffer II. 1) und 50; Ebd., 1932, S. 17 (Ziffer III) und 52; LLZ, 1928, S. 701-703; LLZ, 1929, S. 613-614; LLZ, 1930, S. 715-716; Der Sächsische Gemeindetag, 1930, Sp. 464-465. – SächsHStAD, 10693, Nr. 3304 und 3255; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 94 (vom 23. September 1930) und 238 (vom 7. Januar 1931); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 29. Sitzung vom 10. Februar 1931, S. 1092, 1106 und 1111-1112; Ebd., 30. Sitzung vom 12. Februar 1931, S. 1139-1140, 1141-1143 und 1150; Ebd., 31. Sitzung vom 17. Februar 1931, S. 1166; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 60 (vom 17. Februar 1931); SSZ, 1931, S. 117-129 und 141-143.

⁹⁴⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 27, Ziffer 1-3.

⁹⁴⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 7 Absatz 1; Verordnungsblatt, 1931, S. 69, Buchstabe A Ziffer 3. Den Hilfsschulklassen waren ab dem 1. April 1932 in der Regel 15, aber keinesfalls mehr als 20 Schüler zuzuweisen. Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 22.

⁹⁵⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 8 Absatz 1; Verordnungsblatt, 1931, S. 69, Buchstabe A Ziffer 4; Ebd., S. 80, Ziffer II. 2.

⁹⁵¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 157, Artikel 2 Absatz 1; Verordnungsblatt, 1931, S. 69 (Buchstabe A Ziffer 1) und 71 (Buchstabe B Ziffer 1).

cher Art oder gleicher Jahrgänge, konnten die Schüler bei schwacher Klassenbesetzung an gewissen Schulen zusammengezogen werden. Die Zusammenlegung der Klassen zweier aufeinanderfolgender Jahrgänge war zulässig, wenn die Schülerzahl dieser Jahrgänge auf 26, die Zusammenlegung der Klassen aller drei Jahrgänge, wenn die Schülerzahl auf 20 herabsank. Bei Hilfsberufsschulklassen trat an die Stelle der Schülerzahlen 26 und 20 die Zahlen 15 und 12. Bestand nur eine Hilfsberufsschulklasse, die alle drei Jahrgänge umfaßte, so konnte die Beibehaltung der Klassen nachgelassen werden, solange die Schülerzahl nicht unter acht herabsank. Bestanden neben Klassen mit besonderem fachkundlichem Unterricht auch Klassen für Ungelernte, so waren zuerst die nicht beruflich eingestellten und sodann die leistungsschwächeren Klassen einzuziehen. Nach Befinden konnten auch die Schüler verwandter Berufszweige zusammengefaßt werden. Ferner konnten Klassen gleicher Fachrichtung für Knaben und Mädchen zu gemischten Klassen vereinigt werden. Schließlich kam bei der Zusammenlegung von Klassen bestimmter Berufszweige oder Berufsgruppen die Einrichtung von sogenannten Zusatzstunden für den Fachunterricht bei Klassen verschiedener Fachrichtung in Betracht. So konnten von den freiwerdenden Stunden der wegfallenden Klassen insgesamt bis zu drei Wochenstunden, bei einer Wochenstundenzahl von acht und mehr bis zu vier Wochenstunden für jede aufgelöste Klasse für die Dauer der Zusammenlegung belassen werden, um die Trennung der Schüler in berufskundlichen Fächern zu ermöglichen.⁹⁵²

Neben der Herabsetzung der Klassenstärken sollten freiwerdende Stunden und Lehrkräfte dem Ausbau der Berufsschule zugute kommen. Nach dem Übergangsschulgesetz war der Unterricht dort wöchentlich in mindestens drei Stunden zu erteilen und konnte durch die Ortsschulordnung auf 12 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden.⁹⁵³ Der Ausbau konnte nicht von der obersten Schulbehörde verfügt werden, sondern er erfolgte auf Antrag des Schulbezirks und im Wege ortsgesetzlicher Regelung. Doch mit Rücksicht auf den Wiederanstieg der Schülerzahlen vom Schuljahre 1934/1935 an bewilligte das Ministerium für Volksbildung den Stundenbedarf, der durch eine Erhöhung der Wochenstundenzahlen in den einzelnen Klassen erforderlich wurde, nur bis zum Ende des Schuljahres 1933/1934.⁹⁵⁴ Die Sparverordnung vom 21. September 1931 gestattete den Schulbezirken, Unterrichtsstunden in der Berufsschule zu kürzen, obgleich allgemein die Ansicht verbreitet war, daß das Ausmaß des Berufsschulunterrichts nicht reiche, um die allgemein verbindlichen Lehr- und Übungsgebiete genügend zu berücksichtigen und eine hinreichende berufliche Ausbildung der Schüler zu gewährleisten. Ausgenommen von der Stundenkürzung waren indes mit Rücksichtnahme auf die jugendlichen Erwerbslosen Klassen mit drei bis sechs Wochenstunden. In Klassen mit sieben bis acht Wochenstunden konnte höchstens eine, in Klassen mit 10 bis 12 Wochenstunden konnten höchstens zwei Wochenstunden durch die Ortsschulordnung gekürzt werden. In diesen Klassen waren sodann die Stunden auf die einzelnen Unterrichtsfächer neu zu verteilen, wobei allgemein verbindliche Unterrichtsfächer nicht ausfallen durften.⁹⁵⁵

3. Der Unterrichtsbetrieb

Nachdem bisher die Maßnahmen erläutert wurden, die in den Zuständigkeitsbereich der obersten Schulbehörde fielen, begeben wir uns nun auf die kommunale Ebene. Die Gemeinden als Träger der sächlichen Volksschullasten⁹⁵⁶ gerieten infolge der Wirtschaftskrise schnell in eine Finanznot; insbesondere drückten

⁹⁵² Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 63ff. (= Dokument 197); Ebd., 1930, S. 13 (= Dokument 206) und 45ff.; Ebd., 1931, S. 7f. (= Dokument 212); Ebd., 1932, S. 17 (= Dokument 240); Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 16-17 und 20; Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 7 Absatz 2; Verordnungsblatt, 1931, S. 71 (Buchstabe B Ziffer 4), 79 (Ziffer I. b) und 80 (Ziffer III. 2).

⁹⁵³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 176 (§ 7) und 188 (§ 12).

⁹⁵⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1930, S. 13, Ziffer II.

⁹⁵⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 8 Absatz 2; Verordnungsblatt, 1931, S. 70 (Ziffer 5) und 80 (Ziffer III. 3).

⁹⁵⁶ Siehe Kapitel D. V. 2.

angesichts steigender Arbeitslosenziffern die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge.⁹⁵⁷ Da alle zu Gebote stehende Mittel zur Eindämmung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung bis zum äußersten Maß anzuwenden waren, mußte unter diesem Zwang auch der Aufwand für das Schulwesen starken Einschränkungen unterworfen werden.⁹⁵⁸ Eine erweiterte Übernahme gemeindlicher Schullasten auf den Staat oder wenigstens eine Erhöhung von Staatsbeihilfen kamen nicht in Betracht. Vielmehr betonte die Verordnung vom 10. April 1931 die volle Verantwortung der Gemeinden und Schulbezirke zur Aufbringung des notwendig laufenden Aufwands des verbindlichen Schulbetriebs.⁹⁵⁹ Durch Verordnung vom 14. Dezember 1931 wurde den Schulbezirken hinsichtlich von Beihilfengesuchen sogar die weitestgehende Beschränkung auferlegt. So war in jedem Einzelfalle unter Anwendung des strengsten Maßstabes zu prüfen, ob ohne Gewährung einer Staatsbeihilfe der Schulbetrieb gefährdet war. Dies konnte der Fall sein in leistungsschwachen oder ähnlich die Sicherheit und Gesundheit der Lehrer und Kinder gefährdenden Verhältnissen, die auf andere Weise nicht beseitigt werden konnten.⁹⁶⁰ Weiter wurde eine Knappheit erzeugt durch einen im Juni 1932 vom Gesamtministerium gefaßten Beschluß, von allen sächlichen Titeln des Haushaltsplanes zunächst 30 % zurückzuhalten.⁹⁶¹

In der Praxis führten die Kürzungen der Ausgabenseite zu schulischen Mißständen. So war z. B. in jedem Einzelfalle strengstens zu prüfen, ob Vorhaben für Schulbauten wirklich unaufschiebbar waren.⁹⁶² Vom Aufschub betroffen waren aber z. B. auch Instandsetzungsarbeiten für sanitäre Einrichtungen. Weiter kam in einem Antrag der KPD die Befürchtung zum Ausdruck, daß es wegen Heizstoffmangels zu Einschränkungen des Schulbetriebs kommen könne⁹⁶³ – wie es bereits im Inflationsjahr 1923 geschehen war⁹⁶⁴. Im Winter 1932/1933 wurden Fälle bekannt, in denen der Unterricht wegen Mangels an Heizstoffen vorübergehend eingestellt worden war.⁹⁶⁵ Viele Schulbezirke hatten nämlich angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage die Beschaffung von Heizstoffen in der Hoffnung auf Gewährung entsprechender Staatsbeihilfen unterlassen. Das Ministerium wies deswegen in der Verordnung vom 30. Juni 1932 darauf hin, daß dem Staat hierzu ausreichende Mittel nicht zur Verfügung stünden und daß Unterstützungsersuchen zwecks Fortführung des Schulbetriebs nur in seltenen, besonders gelagerten Fällen und ganz ausnahmsweise stattgegeben werden könnten.⁹⁶⁶ Obgleich die Schulbezirke gewarnt waren, auf Staatsbeihilfen zu vertrauen und ihre eigenen Bemühungen um Erwerb der nötigen Heizstoffe zu vernachlässigen, mehrten sich im Herbst 1932 die Fälle, in denen Schulbezirke und Schulverbände um Beihilfen baten. Das Ministerium für Volksbildung eröffnete deshalb in einer Verordnung vom 21. September 1932 gemeinsam mit dem Ministerium des Innern den Schulbezirken bis zum 31. Dezember 1932 unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, staatliche Zuwendungen zur Sicherstellung der Schulheizung zu erlangen. Dies bezog sich auf solche Schulbezirke, die die erforderlichen Mittel nachweislich in keiner Weise selbst beschaffen konnten; auch wurden die Zuwendungen in der Regel nur in Form von Krediten gewährt, die vom 1. Januar 1933 ab ratenweise zurückzuzahlen waren. Weitere diesbezügliche Anweisungen erteilte das

⁹⁵⁷ Vgl. Klimpel, Gustav: Gemeindefinanzen und Realsteuern in Sachsen, S. 13ff.; Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 25. Sitzung vom 4. Februar 1930, S. 964-970; Der Sächsische Gemeindetag, 1932, Sp. 180-182.

⁹⁵⁸ Der Sächsische Gemeindetag, 1932, Sp. 191-196.

⁹⁵⁹ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 27-28.

⁹⁶⁰ Vgl. Ebd., S. 97-98.

⁹⁶¹ Vgl. Sachsen und seine besondere Lage im Reich, S. 2.

⁹⁶² Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 27; Ebd., 1930, S. 66; Ebd., 1931, S. 27-28 (Ziffer 5) und 97-98. Für statistischen Angaben über Schulbauten siehe: SSZ, 1925, S. 434-436; SSZ, 1929, S. 147-148, 705-707 und 725-729; SSZ, 1930, S. 865-869; LLZ, 1925, S. 468-470; LLZ, 1929, S. 171-172 und 841-845; LLZ, 1930, S. 1043-1046.

⁹⁶³ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 643 (vom 18. September 1931), S. 2, Ziffer VII. 3; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 29. September 1931, S. 2372; Ebd., 58. Sitzung vom 9. Oktober 1931, S. 2489.

⁹⁶⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 124-125, 183, 184 und 219. Zur Inflation siehe auch Knortz, Heike: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, S. 35ff.; Feldman, Gerald D.: Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, S. 569-609.

⁹⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. N 139, Bl. 56 und 66; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4460-4461.

⁹⁶⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 46-47.

Ministerium den Bezirksschulämtern in der Verordnung vom 7. Januar 1933.⁹⁶⁷ Weiter ist zu sagen, daß die mangelhafte bzw. ausbleibende Reinigung der Unterrichtsräume, aber auch die Einschränkung unentgeltlicher Schulkinderspeisung⁹⁶⁸ sich negativ auf die hygienischen und Gesundheitsverhältnisse auswirkten. Zwei auf Verlangen des Sächsischen Landtags⁹⁶⁹ im November 1932 vorgelegte Denkschriften konstatierten eine zunehmende Verschlechterung beim Entwicklungs- und Ernährungszustand der Kinder⁹⁷⁰. Die Lage war damit ähnlich prekär wie schon zu Beginn der 1920er Jahre.⁹⁷¹ Diese Entwicklungen überschauend, stimmte der Sächsische Landtag am 6. Juli 1932 dafür, die erlassenen Sparverordnungen, die den geordneten Schulunterricht an den Volks- und beruflichen Schulen „bis zur Unerträglichkeit“ einengten, sowie den Gesundheitszustand der Schüler und Lehrer immer mehr verschlechterten, sofort aufzuheben.⁹⁷² Ebenso wurden am 7. Februar 1933 eine Reihe von Anträgen und Anfragen beraten, die sich mit den Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf den Schulbetrieb auseinandersetzten. Gegen den Appell der Regierung wurden die im Wesentlichen gleich gerichteten Forderungen angenommen, den Gemeinden sofort ausreichende Mittel zu überweisen, um allen Bedürfnissen zur Durchführung eines geordneten Schulbetriebes und zur Schaffung der notwendigen hygienischen Einrichtungen und Maßnahmen Rechnung tragen zu können.⁹⁷³

Schließlich muß in diesem Kontext noch auf die Lernmittel eingegangen werden, die auch dem sächlichen Schulaufwand zugehören. Nach Artikel 145 Satz 3 RV waren der Unterricht und die Lernmittel in den Volks- und Fortbildungsschulen unentgeltlich. In einer im Oktober 1919 abgehaltenen Besprechung der Reichsregierung mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder herrschte allgemeines Einverständnis darüber, daß diese Vorschrift die einzelnen Schulgemeinden nicht unmittelbar binde, sondern daß sie nur einen allgemeinen Grundsatz ausspreche, der erst durch einen Akt der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern durchgeführt werden müsse.⁹⁷⁴ Denselben Standpunkt vertrat der Reichsminister des Innern im August 1921, indem er in der Lernmittelfreiheit kein unmittelbar zwingendes Recht erkannte, sondern vielmehr ein Programm, das besonderer Ausführungsmaßnahmen erheische. Auch sei die Einführung der Lernmittelfreiheit in erster Linie Sache der Länder und Gemeinden, da diese Schulverwaltungsbehörden und Schullastenträger seien. Den Wünschen der Länder und Gemeinden nach Kostenbeteiligung des Reiches könne die Reichsregierung mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage nicht entsprechen. Sollten die Länder und Gemeinden aus demselben Grunde ihrerseits nicht bereit und in der Lage sein, die Kosten zu tragen, so könne die genannte Verfassungsvorschrift vorläufig leider nicht verwirklicht werden.⁹⁷⁵

In Sachsen war durch das Übergangsschulgesetz zwar die Schulgeldfreiheit, nicht aber die Lernmittelfreiheit eingeführt. Die Verordnung vom 10. Dezember 1919 stellte es – solange es an landesgesetzlichen Vorschriften mangle – in das Ermessen der Schulgemeinden, schon jetzt die Lernmittel unentgelt-

⁹⁶⁷ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4461.

⁹⁶⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3253; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 16 (vom 11. Juli 1930); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 47. Sitzung vom 23. Juni 1931, S. 1766-1768, 1774 und 1789.

⁹⁶⁹ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 998 (vom 21. Juni 1932), S. 2, Ziffer IV. 8; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 85. Sitzung vom 6. Juli 1932, S. 3788.

⁹⁷⁰ Vgl. Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder der Volks- und Hilfsschulen; Denkschrift über den Gesundheitszustand der Schüler und Schülerinnen der beruflichen Schulen; SSZ, 1933, S. 15-16.

⁹⁷¹ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 87ff.

⁹⁷² Ebenso stimmte er dafür, den weiteren Ausbau des beruflichen Schulwesens auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen. Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 998 (vom 21. Juni 1932), S. 2, Ziffer IV. 3 und 5 (Zitat); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 85. Sitzung vom 6. Juli 1932, S. 3788.

⁹⁷³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3278, 3280 und 3286; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1113 (vom 22. November 1932), 1136 (vom 2. Dezember 1932), 1144 (vom 12. Dezember 1932), 1145 (vom 12. Dez. 1932), 1151 (vom 14. Dez. 1932), 1177 (vom 5. Januar 1933) und 1224 (vom 28. Januar 1933); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4454-4465; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 317-321 (alle vom 7. Februar 1933); SSZ, 1933, S. 137-152.

⁹⁷⁴ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 104. Sitzung vom 24. März 1920, S. 3427.

⁹⁷⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13882, Bl. 1; Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1921, Sp. 174; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3371-3372.

lich zu gewähren.⁹⁷⁶ Die USPD drängte, mit dem Schuljahr 1920/1921 die Lernmittelfreiheit an den sächsischen Schulen allgemein durchzuführen und damit im Zusammenhang auch die Vereinheitlichung der Lernmittel vorzunehmen. Die Regierung ließ durch einen Vertreter erklären, daß sie diese Frage nicht für dringlich halte, stellte aber in Aussicht, sie im Rahmen der gesetzlichen Neuregelung der Schullastenverteilung mit zu behandeln.⁹⁷⁷ Das Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 überließ die Frage, ob und inwieweit den Schülern die vorgeschriebenen Lehrmittel unentgeltlich zu gewähren waren, weiterhin der schulortsgesetzlichen Bestimmung.⁹⁷⁸ Maßgeblich hierfür waren finanzielle Erwägungen, doch hoffte man, die allmähliche Durchführung der Verfassungsvorschrift wenigstens in die Wege geleitet zu haben. Immerhin waren Anfänge getan. So hatten von etwa 1880 im Freistaat Sachsen bestehenden Schulbezirken am 1. April 1921 eingeführt: Freiheit sämtlicher Lehrmittel für sämtliche Schüler: 29 Schulbezirke; Freiheit sämtlicher Lehrmittel für einen Teil der Schüler: 46 Schulbezirke; Freiheit eines Teiles der Lehrmittel für sämtliche Schüler: 347 Schulbezirke; sowie Freiheit eines Teiles der Lehrmittel für einen Teil der Schüler: 104 Schulbezirke.⁹⁷⁹ Während ein Antrag der KPD zum Jahresbeginn 1923 die allgemeine Durchführung von Artikel 145 Satz 3 RV forderte, wurde die Regierung am 19. Juni 1923 durch Landtagsbeschluß ersucht, genügend Mittel bereit zu stellen, um wenigstens den Kindern minderbemittelter Familien an Volks-, Fortbildungs- und höheren Schulen die Lernmittel unentgeltlich abgeben zu können. Nach Aussage von Kultusminister Hermann Fleißner (SPD) standen Mittel des Reiches hierfür in Aussicht. Ferner wurde um die Herausgabe allgemeiner Richtlinien für den sparsamen Gebrauch von Lernmitteln gebeten.⁹⁸⁰ Diesem Anliegen entsprach das Kultusministerium mit der Verordnung über Maßnahmen zur Linderung der Lernmittelnöte vom 10. September 1923, die insgesamt 21 Maßregeln – wie etwa Einrichtung von Klassen- oder Hilfsbüchereien und Bildung von Einkaufsgenossenschaften – enthielt.⁹⁸¹ In den folgenden Jahren wurden Anträge auf Einführung der Lernmittelfreiheit vom Landtag stets abgelehnt.⁹⁸² Während der Weltwirtschaftskrise beschränkte die Verordnung vom 10. April 1931 den Ersatz und die Ergänzung von Lernmitteln auf das allernötigste Maß.⁹⁸³ Und auf Grund der Anregung des zur Prüfung von Sparmöglichkeiten von der Konferenz der Finanzminister der Länder am 20. September 1932 eingesetzten Aus-

⁹⁷⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 231-232 (= Dokument 114).

⁹⁷⁷ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 563 (vom 3. März 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 104. Sitzung vom 24. März 1920, S. 3426-3429.

⁹⁷⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 407, § 6 Absatz 3; Ebd., 1923, S. 22, § 8 Absatz 8. In der Praxis führte dies unter anderem dazu, daß Gemeinden wohl Lernmittelfreiheit gewährten, aber z. B. die Lernmittel für den Religionsunterricht davon ausnahmen. Dies führte bei den christlichen Elternvereinen und dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium zu wiederholten Protesten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13885, Bl. 131 und 133; Ebd., Nr. 13886, Bl. 12ff.; Ebd., Nr. 13887, Bl. 88ff.

⁹⁷⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 16; SächsHStAD, 11125, Nr. 13881 und 13882.

⁹⁸⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1389; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 100 (vom 24. Januar 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 19. Sitzung vom 22. Februar 1923, S. 466-477; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 322 (vom 5. Juni 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 44. Sitzung vom 19. Juni 1923, S. 1150-1153; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 149 (vom 19. Juni 1923).

⁹⁸¹ Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 160-161 (= Dokument 165) mit Ergänzung vom 24. September 1923 (Vbl. S. 172) (= Dokument 166). Siehe auch: LLZ, 1924, S. 453-456 und 470-474. Zur ebenfalls diskutierten Frage der Gründung eines staatlichen Lehrmittelverlages siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 13624, Bl. 210-211 und 224; Ebd., Nr. 16294, Bl. 7ff.; LLZ, 1919, S. 493.

⁹⁸² Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4930, 4933 und 4938; Ebd., 148. Sitzung vom 7. Juli 1925, S. 5010-5011. – Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 24 (vom 25. November 1926); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 15. Sitzung vom 16. Februar 1927, S. 388-391; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 272 (vom 23. März 1927), S. 2, Ziffer I. 5; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 940. – Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 560 (vom 26. Juni 1931), S. 2, Ziffer III. 4. a; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1969; Ebd., 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2019. – Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 998 (vom 21. Juni 1932), S. 2, Ziffer IV. 4; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 85. Sitzung vom 6. Juli 1932, S. 3788.

⁹⁸³ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 28 (Ziffer 6) mit Ergänzung vom 18. Oktober 1932 (Vbl. S. 64).

schusses⁹⁸⁴ erging noch die Verordnung über Lernmittelfreiheit sowie Vereinheitlichung und Vereinfachung der Lehr- und Lernmittel vom 14. Januar 1933⁹⁸⁵.

III. Zusammenfassung

Das sächsische Volksschulwesen war von Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen betroffen, die zeitlich in Krisenzeiten fielen. Den Personalabbau im Jahr 1924, den das Reich als eine Maßnahme zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und Überwindung der Inflationsfolgen verordnet hatte, führte auch in Sachsen zur Entlassung von Beamten und Lehrern. Die bürgerliche Regierung in Sachsen nutzte diese Gelegenheit, um die Pflichtstunden der Lehrer dauerhaft von 28 auf 30 zu erhöhen.

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise kürzten die Notverordnungen die Ausgaben der öffentlichen Hand rigoros. Zwar blieb die äußere Gliederung des Schulwesens davon unberührt, wohl aber hatte die Unstetigkeit in der Schülerbewegung das Ministerium für Volksbildung zu weitsichtigen Organisationsmaßnahmen gezwungen. So waren während des Schüllerrückgangs Lehrerreserven geschaffen worden, die beim Wiederanstieg der Schülerzahlen zur Stundendeckung herangezogen werden konnten. Andererseits wurden beim Hochstand der Schülerzahlen keine neuen Lehrkräfte eingestellt, um nicht Überkapazitäten für die Zeit des anschließenden Rückgangs zu erzeugen. So war man bemüht, die hohen Schülerzahlen während der Weltwirtschaftskrise mit den bestehenden Einrichtungen durch Maßnahmen in der Klassenbildung zu meistern. Waren in den Jahren des Schülerhochstandes Klassen aufzulösen oder mit einer anderen zusammenzulegen, sobald sie unter einen bestimmten Schülerbestand herabsanken, so durften sie in den Jahren des Tiefs mit einem etwas niedrigeren Schülerbestand beibehalten werden. Des Weiteren führten die Kürzungen der Ausgaben für den sächlichen Schulaufwand zu Mißständen, die einen geordneten Schulbetrieb und überdies die Gesundheit von Schülern und Lehrern gefährdeten. Da eine grundlegende Verwaltungsreform in Sachsen nicht hatte realisiert werden können, bezogen sich Veränderungen in der Schulverwaltung dagegen nur auf Nebensachen; insbesondere blieb das seit 1874 bestehende Schulaufsichtssystem erhalten.

⁹⁸⁴ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 5361; SSZ, 1932, S. 848-850, 907-908 und 1000-1001; Die höhere Schule, 1932, S. 310.

⁹⁸⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 1-2 (= Dokument 249); SSZ, 1933, S. 102; SächsHStAD, 11125, Nr. 13887, Bl. 265ff.

F. Die Neuordnung des sächsischen Berufsschulwesens

Das sächsische berufliche Schulwesen war durch eine Zweiheit, einen Dualismus, gekennzeichnet, der sich in einem Nebeneinanderbestehen des Fortbildungsschulwesens einerseits und des Gewerbeschulwesens andererseits ausdrückte. Dieser Umstand war das Ergebnis der verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit dieser Schulen zu verschiedenen Oberaufsichtsbehörden, und er führte zu einer gegenseitigen Abgrenzung, mit- hin Frontalstellung. Im Folgenden werden zunächst beide Schulgattungen gesondert dargestellt, um anschließend die Bemühungen um die Beseitigung des Dualismus im beruflichen Schulwesen zu erörtern.

I. Das Fortbildungsschulwesen

Die Fortbildungsschule hatte zu ihrem Zweck die Ausbildung der volksschulentlassenen Jugend. War der Unterricht zunächst auf die Verlängerung der Allgemeinbildung gerichtet, verschob sich nach und nach der Schwerpunkt auf das Berufliche, was sich auch in der offiziellen Bezeichnung niederschlug. So nannte das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 noch die „Fortbildungs- (Sonntags- oder Abend-)Schule“⁹⁸⁶. Das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden vom 11. Juli 1921 verzichtete mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuordnung des gesamten Berufsschulwesens auf die Bezeichnung der Fortbildungsschule als „Berufsschule“.⁹⁸⁷ Das Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 prägte dann die Doppelbezeichnung „Fortbildungs-(Berufs-)Schule“, weil nun einerseits die Bezeichnung „Fortbildungsschule“ als veraltet und die Bezeichnung „Berufsschule“ als die sachgemäße betrachtet wurde, andererseits aber die gesetzliche Umbenennung dem Berufsschulgesetz vorbehalten bleiben sollte.⁹⁸⁸ Schließlich führte das Schuländerungsgesetz vom 16. März 1928 die Bezeichnungen „Berufsschule“ und „Berufsschullehrer“ als ausschließliche verbindliche Bezeichnungen ein.⁹⁸⁹ Die Etablierung der Berufsschule als selbständige Schulgattung – auch wenn sie organisatorisch noch mit der Volksschule verbunden blieb – drückte sich äußerlich auch in der Erstellung eines eigenständigen Berufsschullehrplans aus, der 1931 im Entwurf vorlag.⁹⁹⁰

1. Die Einführung der obligatorischen Knabenfortbildungsschule

Die Gründung der Sonntagsschule der Freimaurerloge Balduin zur Linde in Leipzig im Jahr 1815 bildete im 19. Jahrhundert den Ausgang zur Ausbreitung der Sonntagsschulbewegung, die zur Etablierung der Fortbildungsschule in Sachsen beitrug.⁹⁹¹ So führte das Volksschulgesetz vom 26. April 1873 zur weiteren allgemeinen Ausbildung der Schüler die obligatorische Fortbildungsschule ein, welche die der Volksschule entlassenen Knaben noch drei Jahre lang zu besuchen verpflichtet waren. Dispensation hiervon war möglich bei regelmäßigem Besuch einer höheren Lehranstalt bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, bei Besuch

⁹⁸⁶ Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 351, § 3 Absatz 1.

⁹⁸⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 48 (vom 10. Mai 1921), S. 10-11.

⁹⁸⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16106, Bl. 92; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 104 (vom 23. Februar 1922), S. 12. Das Anpassungsschulgesetz vom 17. Juli 1926 sorgte für die entsprechende Umbenennung im Schulbezirksgesetz. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 156, Artikel 6 Absatz 2.

⁹⁸⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1928, S. 72, Abschnitt III. Zur Entwicklung der Fortbildungsschule in Sachsen siehe grundlegend Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I; Wehrmeister, Kirsten: Fortbildungsschule in Sachsen II. Siehe auch Yu, Jinyoung: Die Entwicklung berufsbildender Schulen in Preußen, Sachsen und Württemberg zwischen 1869 und 1914.

⁹⁹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16304. Vom Ministerium für Volksbildung mit der Erarbeitung beauftragt war der Bezirksschulrat Dr. Schneider (Pirna), der sich hierzu mit jenen Bezirksschulräten, die allein Berufsschulaufsicht ausübten (vgl. Kapitel F. III. 4. b.) zu verständigen hatte. Vgl. SSZ, 1929, S. 572.

⁹⁹¹ Vgl. Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 31ff.; Hunger, Johannes: Das Fortbildungsschulwesen in Sachsen, S. 254-294; Ders.: Die Fortbildungsschule Sachsens, S. 133-141. – Die Ursprünge der sächsischen Fortbildungsschule reichen indes bis ins 16. Jahrhundert zurück. Vgl. Hunger, Johannes: Die Anfänge des Fortbildungsschulwesens in Sachsen, S. 124-125; Ders.: Die Fortbildungsschule Sachsens, S. 131-132; Richter, J.: Die Entwicklung des Fortbildungsschulgedankens in Sachsen, S. 49ff.; Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Die Berufsschule Sachsens unter dem Ministerium für Volksbildung, S. 4.

einer mindestens neun Schuljahre umfassenden mittleren oder höheren Volksschule oder durch entsprechenden Privatunterricht von gleicher Dauer.⁹⁹² Ebenso konnten diejenigen, die eine gewerbliche oder landwirtschaftliche Fortbildungsschule besuchten, durch das vom Ministerium des Innern im Einverständnis mit dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts genehmigte Regulativ dieser Schule von der Verpflichtung zum Besuche der allgemeinen Fortbildungsschule befreit werden.⁹⁹³ Durch Generalverordnung vom 27. März 1875 galt die Fortbildungsschulpflicht erstmals für die Ostern 1875 volksschulentlassene Jugend.⁹⁹⁴ Ein Königliches Dekret über die mit der Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen konstatierte wenig später, daß schon im Jahr 1876 dank der loyalen Haltung der meisten Schulvorstände die Einführung der Fortbildungsschule der Hauptsache nach als abgeschlossen betrachtet werden konnte.⁹⁹⁵

Nach 1918 war die Fortbildungsschule als ein Teilbereich des Volksschulwesens gleichsam Gegenstand (sozial)demokratischer Schulreformpolitik. Das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 definierte die allgemeine Schulpflicht – noch ehe sie die Weimarer Reichsverfassung in Artikel 145 bis auf das vollendete 18. Lebensjahr ausdehnte – als den achtjährigen Besuch der Volks- und den dreijährigen Besuch der Fortbildungsschule, wobei letztgenannte unter besonderer Berücksichtigung der staatsbürgerlichen, der beruflichen und der hauswirtschaftlichen Ausbildung der Jugend – nun auch mit Einschluß der Mädchen – am Bildungsziel der Volksschule mitzuwirken hatte.⁹⁹⁶ Und wiederum regelte das Gesetz die Voraussetzungen zur Befreiung vom Fortbildungsschulunterricht.⁹⁹⁷

Die Einführung der Fortbildungsschule im Allgemeinen sowie auch die Bestimmung des Volksschulgesetzes, wonach Lehrherren, Dienstherrschaften und Arbeitgeber ihre Lehrlinge, Diener und Arbeiter zum Besuche derselben anzuhalten und ihnen die dazu nötige Zeit einzuräumen hatten⁹⁹⁸, war nicht allenthalben auf Zustimmung gestoßen.⁹⁹⁹ Wurde der Fortbildungsschulunterricht zunächst noch sonntags oder am Abend eines Wochentags erteilt¹⁰⁰⁰, verlegte das Übergangsschulgesetz ihn in die werktägliche Zeit von 7 bis 19 Uhr¹⁰⁰¹, womit sich Überschneidungen mit den normalen Arbeitszeiten ergeben mußten. Auf Arbeitgeberseite führte dies bisweilen zu der Praxis, den Lehrlingen für die Zeit des Pflichtbesuchs

⁹⁹² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 351-352 (§ 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 8 und 9) und 357-358 (§ 14); Ebd., 1874, S. 161 (§ 11) und 175-176 (§ 32); Ebd., 1878, S. 434, § 8; Stoerl, Heinrich (Hrsg.): Das Fortbildungsschulwesen des Königreiches Sachsen in seinen gesetzlichen Bestimmungen; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 3-4, 5, 12-14, 59-64, 163-164 und 201-210; Pache, Oskar: Handbuch des deutschen Fortbildungsschulwesens, Bd. I/1, S. 55-66; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 56ff.; Adam, Thomas: Das sächsische Schulgesetz von 1874, S. 345ff.; Lesanovsky, Werner: Bildungspolitik, Schule und Pädagogik, S. 185-193; Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Die Berufsschule Sachsens unter dem Ministerium für Volksbildung, S. 8ff.

⁹⁹³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1874, S. 176, § 32 Absatz 7; Ebd., 1892, S. 54, § 74.

⁹⁹⁴ Vgl. Entscheidungen und Verordnungen, 1. Heft, S. 7, § 1.

⁹⁹⁵ Vgl. Landtags-Akten, 1879/1880, Königliche Dekrete, Nr. 11 (vom 3. November 1879), S. 1. Zur weiteren parlamentarischen Behandlung des Dekrets siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 7880 und 7982/07; Landtags-Akten, 1879/1880, Königliche Dekrete, Nr. 11 (vom 3. November 1879); Mittheilungen, 1879/1880, 2. Kammer, 4. Sitzung vom 14. November 1879, S. 56-62; Landtags-Akten, 1879/1880, 2. Kammer, Berichte, Nr. 32 (vom 28. November 1879); Mittheilungen, 1879/1880, 2. Kammer, 14. Sitzung vom 4. Dezember 1879, S. 200-217; Landtags-Akten, 1879/1880, 1. Kammer, Berichte, Nr. 20 (vom 15. Dezember 1879); Mittheilungen, 1879/1880, 1. Kammer, 11. Sitzung vom 12. Januar 1880, S. 85-101; Landtags-Akten, 1879/1880, Ständische Schriften, Nr. 10 (vom 13. Februar 1880).

⁹⁹⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 171 (§ 1 Absatz 3), 172 (§ 2 Absatz 6 und § 3 Absatz 1), 176 (§ 7) und 186 (§ 3).

⁹⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 172-173 (§ 3 Absatz 4 bis 6) und 186 (§ 4); Sächsisches Gesetzblatt, 1927, S. 123 (= Dokument 72); Verordnungsblatt, 1927, S. 77f. (= Dokument 193); Ebd., 1930, S. 26 (= Dokument 209); Ebd., 1931, S. 28 (= Dokument 214).

⁹⁹⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 352, § 5 Absatz 2.

⁹⁹⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1879/1880, Königliche Dekrete, Nr. 11 (vom 3. November 1879), S. 1-2. So hatte sich z. B. der Gemeindevorstand Zschoge in Mögen im Jahr 1877 im Interesse der Landwirtschaft für Wiederaufhebung des Instituts der Fortbildungsschule ausgesprochen. Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 7658; Landtags-Akten, 1877/1878, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 10 (vom 12. November 1877); Mittheilungen, 1877/1878, 2. Kammer, 11. Sitzung vom 19. November 1877, S. 182-199; Landtags-Akten, 1877/1878, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 92 (vom 15. Januar 1878); Mittheilungen, 1877/1878, 2. Kammer, 39. Sitzung vom 17. Januar 1878, S. 803-804; Landtags-Akten, 1877/1878, 1. Kammer, Berichte Bd. 1/1, Nr. 17 (vom 7. Dezember 1877); Mittheilungen, 1877/1878, 1. Kammer, 13. Sitzung vom 13. Dezember 1877, S. 150-158; Ebd., 36. Sitzung vom 16. Februar 1878, S. 467-468; Ebd., 2. Kammer, 62. Sitzung vom 21. Februar 1878, S. 1329.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 357, § 14 Absatz 2.

¹⁰⁰¹ Vgl. Ebd., 1919, S. 176, § 7 Absatz 4 Satz 1.

Lohnabzüge zu berechnen. Da es sich hierbei um eine juristisch ungeklärte Frage gehandelt habe, sah das Kultusministerium davon ab, im Verordnungswege zugunsten der Lehrlinge einzuschreiten.¹⁰⁰² Dies wiederum führte überall dort zu Schulversäumnissen, wo die Familien auf den Verdienst der fortbildungsschulpflichtigen Kinder angewiesen waren. Auf diesen Umstand wies der Abgeordnete Arthur Arzt (MSPD) am 19. April 1921 im Sächsischen Landtag hin, und er kritisierte die von den Unternehmern geübte „passive Resistenz“ gegen die Fortbildungsschule.¹⁰⁰³ Von der genannten Seite gelangten dann auch Anträge an das Ministerium für Volksbildung zwecks Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts auf die späten Nachmittagsstunden oder den Sonabend sowie auf Zusammenlegung der Schulstunden auf einen Tag der Woche. Das Ministerium vermochte jedoch in Anbetracht der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nicht, eine diesbezügliche allgemeine Anordnung zu treffen. Vielmehr sollten nach Verordnung vom 28. Mai 1924 die aus dem Nebeneinander von Berufstätigkeit und Schulpflicht sich ergebenden Reibungen dadurch vermindert werden, daß die für die Aufstellung der Stundenpläne zuständigen Stellen sich mit den Vertretern der Wirtschaft ins Einvernehmen zu setzen und – soweit dies mit den schulischen Verhältnissen und pädagogischen Notwendigkeiten vereinbar war – auf deren Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen hatten.¹⁰⁰⁴ Diese Anweisung wurde insbesondere von der KPD bekämpft, da sie ihr geeignet schien, die „Ausbeutung der Lehrlinge noch rücksichtsloser durchzuführen“, da bei Feststellung der Unterrichtszeit nicht pädagogische, sondern rein wirtschaftliche Erwägungen bestimmend sein würden.¹⁰⁰⁵

2. Die Einführung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule

Nach dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 konnte der Schulvorstand auch für die aus der einfachen Volksschule entlassenen Mädchen eine Fortbildungsschule errichten und die Verpflichtung zu deren Benutzung auf zwei Jahre erstrecken, wobei der Unterricht auf zwei Stunden wöchentlich begrenzt war.¹⁰⁰⁶ Im Oktober 1899 wünschte der Verband sächsischer Lehrerinnen in einer Eingabe die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Mädchen unter Aufhebung der Beschränkung der Stundenzahl. Doch angesichts von gerade 13 Gemeinden, die nach einer Statistik von 1894 solche Schulen (mit obligatorischem oder fakultativem Besuch) eingerichtet hatten, vermochte die Regierung ein allgemeines Bedürfnis hierfür nicht zu erkennen. Anstatt mit gesetzlichem Zwang vorzugehen, hielt sie es vielmehr für angezeigt, zunächst die weitere Entwicklung zu beobachten.¹⁰⁰⁷ Als sich das Kultusministerium mit der Generalverordnung vom 17. Dezember 1907 für die weitere Ausgestaltung der Fortbildungsschule erklärte, wies es nun darauf hin, daß von der Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen für Mädchen möglichst überall Gebrauch gemacht werde. Wenigstens sollten die größeren Schulgemeinden zumindest mit Schulen für freiwilligen Besuch der schulentlassenen Mädchen hier den Anfang machen.¹⁰⁰⁸

¹⁰⁰² Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 96 (= Dokument 124).

¹⁰⁰³ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 169 (vom 15. März 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 19. April 1921, S. 1423-1426, Zitat: S. 1423; Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1922, Sp. 47-48 und 123-124; Harbauer, Peter: Zur Berufsbildungspolitik der sächsischen Sozialdemokratie, S. 114-116.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 64-65, Ziffer I; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3199; Ebd., 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4939-4940.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3195. – SächsHStAD, 10693, Nr. 1653; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 965 (vom 9. Juli 1924), Zitat: S. 1; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3543-3545; Ebd., 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3645; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1382 (vom 10. Juni 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4935-4936 und 4943.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 357, § 14 Absatz 6; Ebd., 1874, S. 175, § 32 Absatz 5. Von dieser Möglichkeit war in der Folge nur wenig Gebrauch gemacht worden. Vgl. Landtags-Akten, 1879/1880, Königliche Dekrete, Nr. 11 (vom 3. November 1879), S. 18-19.

¹⁰⁰⁷ Dieser Ansicht schlossen sich beide Kammern des Landtags an, indem sie beschlossen, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 10938, Bl. 1; Ebd., 11125, Nr. 13720, Bl. 14; Landtags-Akten, 1899/1900, 2. Kammer, Berichte, Nr. 63 (vom 11. Januar 1900); Mitteilungen, 1899/1900, 2. Kammer, 28. Sitzung vom 18. Januar 1900, S. 476-479; Landtags-Akten, 1899/1900, 1. Kammer, Berichte, Nr. 104 (vom 15. Februar 1900); Mitteilungen, 1899/1900, 1. Kammer, 37. Sitzung vom 8. März 1900, S. 308-310; Wehrmeister, Kirsten: Fortbildungsschule in Sachsen II, S. 62-65.

¹⁰⁰⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13202/3, Bl. 50-51, Ziffer 8.

Im Januar 1908 wurde dann in der Ersten Kammer des Sächsischen Landtags eine Eingabe des Bundes deutscher Frauenvereine (Dresden) beraten, in der dieser die gesetzliche Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die gewerblichen Arbeiterinnen wünschte. Durch Geheimen Schulrat Dr. Kühn ließ die Regierung erklären, daß sie diesem Ansinnen im Allgemeinen sympathisch gegenüberstehe, es in seiner Beschränkung auf die gewerblichen Arbeiterinnen aber nicht für gerechtfertigt halte. Der Durchführung eines allgemeinen Zwanges stünden auch insofern Schwierigkeiten entgegen, als in den zahlreichen kleinen Schulgemeinden des Landes die Zahl der Mädchen vielfach so gering sei, daß das finanzielle Opfer in keinem rechten Verhältnisse zu dem zu erreichenden Ziele stehen würde. Hinzu komme, daß für die Ausbildung der Mädchen in gewerblichen Berufen durch eine genügende Anzahl von unter der Oberaufsicht des Ministeriums des Innern stehenden gewerblichen Lehranstalten gesorgt sei. Der Landtag schloß sich diesen Ausführungen an; und um sein grundsätzliches Wohlwollen zu dokumentieren, überwies er die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme.¹⁰⁰⁹ Die hier genannten Bedenken wurden auch in der Folge immer wieder angeführt. So in der Deputation zur Vorbereitung des Volksschulgesetzes¹⁰¹⁰ oder anlässlich der Beratung von Petitionen, die allesamt die Einführung des Fortbildungsschulzwanges für weibliche Handelsangestellte zum Gegenstand hatten¹⁰¹¹.

Endlich sah der Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 die Fortbildungsschule für Mädchen vor, und zwar bei zweijährigem Lehrgang mit wenigstens zwei Wochenstunden und bei einjährigem Lehrgang mit wenigstens vier Stunden.¹⁰¹² Während sich landwirtschaftliche Kreise dafür aussprachen, die Einführung der Mädchenfortbildungsschule in ländlichen Gegenden in das Ermessen der Schulgemeinden zu stellen bzw. den Besuch derselben für in der Landwirtschaft tätige Mädchen für fakultativ zu erklären¹⁰¹³, forderte der im Mai 1900 gegründete Sächsische Fortbildungsschulverein¹⁰¹⁴ sogar eine dreijährige Schulpflicht mit vier Wochenstunden¹⁰¹⁵. Im Anschluß an seine Denkschrift vom Jahr 1909¹⁰¹⁶ hielt auch der Vorstand des Verbandes Sächsischer Lehrerinnen seine früheren Forderungen aufrecht.¹⁰¹⁷ Zuletzt blieb nach dem Scheitern des Volksschulgesetzes die Einführung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule im Rahmen der Auseinandersetzungen um ein Fortbildungsschul- bzw. Gewerbeschulgesetz eine nicht verwirklichte Forderung.¹⁰¹⁸

Erst bei Beratung des Übergangsschulgesetzes im Jahr 1919 einigte sich der Gesetzgebungsausschuß auf die Einführung der Mädchenfortbildungsschule. Das demokratische Gebot der Gleichstellung von Mann und Frau, das wenig später in Artikel 109 Absatz 1 RV seinen Ausdruck fand, sollte so im Bereich der schulischen Ausbildung endlich verwirklicht werden. In begründeten Einzelfällen – worin man weniger finanzielle Umstände als vielmehr den Mangel an geeigneten Lehrkräften erblickte – sollte die Regierung jedoch nach Ermessen Aufschub bewilligen können.¹⁰¹⁹ Das Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 bestimmte sodann die Einrichtung von Fortbildungsschulen für die volks-

¹⁰⁰⁹ Vgl. Ebd., Nr. 18529, Bl. 2-4; Landtags-Akten, 1907/1909, 1. Kammer, Berichte, Nr. 43 (vom 8. Januar 1908); Mitteilungen, 1907/1909, 1. Kammer, 13. Sitzung vom 15. Januar 1908, S. 128-138; Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Nr. 564 (vom 7. Dezember 1908); Ebd., Ständische Schriften, Nr. 87 (vom 15. Dezember 1908).

¹⁰¹⁰ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1909, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, S. 2882 (Ziffer VIII) und 2894-2895.

¹⁰¹¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18529, Bl. 42; Landtags-Akten, 1909/1910, 2. Kammer, Berichte, Nr. 408 (vom 21. April 1910); Mitteilungen, 1909/1910, 2. Kammer, 71. Sitzung vom 3. Mai 1910, S. 2843-2845.

¹⁰¹² Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 796, § 29.

¹⁰¹³ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14416 und 14417.

¹⁰¹⁴ Vgl. Burkhardt, Gustav: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Sächsischen Berufsschulvereins, S. 4ff.

¹⁰¹⁵ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 310 und 312, jeweils Ziffer 12.

¹⁰¹⁶ Vgl. Vorstand des Verbandes Sächsischer Lehrerinnen (Hrsg.): Zur Reform des Volksschulwesens, S. 5-16.

¹⁰¹⁷ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 264-265.

¹⁰¹⁸ Vgl. Ebd., Nr. 16101, Bl. 15-17; Wünsche des Sächsischen Fortbildungsschulvereins, ein besonderes Gesetz für das Fortbildungsschulwesen betreffend, S. 2.

¹⁰¹⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 269, Bl. 60 und 74-75; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 10 und 20 (Buchstabe B, Ziffer II).

schulentlassenen Mädchen, die spätestens bis zum 1. April 1923 durchzuführen war.¹⁰²⁰ In der Begründung der Vorlage war ausgesagt, daß für die ländlichen Schulgemeinden eine vierjährige Frist nachgelassen sei, daß aber überall dort, wo die erforderlichen Einrichtungen schon jetzt getroffen seien, die Mädchenfortbildungsschule bereits Ostern 1920 ins Leben zu rufen sei.¹⁰²¹ Doch da sich sowohl bei Bezirksschulräten und Stadträten Zweifel einstellten, wann mit Errichtung der Mädchenfortbildungsschule begonnen werden solle¹⁰²², als auch in einigen Landgemeinden die Ansicht propagiert wurde, die Einrichtung überhaupt bis 1923 hinausschieben zu können, beschloß die Volkskammer auf gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Paul Barthel (USPD) und Arthur Arzt (MSPD) am 28. Oktober 1920, daß die Bestimmung des Übergangsschulgesetzes nicht so auszulegen sei, daß erst zum 1. April 1923 generell mit der Einrichtung der Mädchenfortbildungsschule begonnen werden solle, sondern daß vielmehr mit der Einrichtung des ersten Schuljahres sofort, spätestens also am 1. April 1921, zu beginnen sei.¹⁰²³ So sollte gewährleistet werden, daß in den Schulen zum 1. April 1923 die zur Erfüllung der Berufsschulpflicht dienenden drei aufsteigenden Klassenzüge eingerichtet waren. Durch Verordnungen wurde dieser Beschluß allgemein bekanntgegeben sowie zur Bildung von Schulverbänden zwecks gemeinsamer Unterhaltung von Fortbildungsschulen aufgerufen.¹⁰²⁴

Auf Seiten der Landwirte vermochte dies indes nicht zur Beruhigung zu führen. So wurden um Weihnachten 1920 in einer Kampagne vorgedruckte Petitionsformulare verschickt, die dann mit 22.000 Unterschriften an den Landtag gelangten und dort mehrere Bände füllten. In diesen äußerte sich Widerspruch gegen die verbindliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem Lande, weil diese zum Entzug von Arbeitskräften aus dem laufenden Betrieb führe. Es wurde gebeten, daß die Fortbildungsschule für Mädchen auf dem Lande entweder ganz weg falle oder doch nur in der für jeden Ort nach seinen Verhältnissen angemessenen Weise – etwa nur in den Wintermonaten bzw. außerhalb der regulären Arbeitszeiten – eingerichtet werde.¹⁰²⁵ Nach dem Beschluß des Prüfungsausschusses, die Eingaben auf

¹⁰²⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 176 (§ 7 Absatz 1) und 185 (§ 18 Absatz 2 Satz 7); Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen, S. 22, Ziffer 9.

¹⁰²¹ Vgl. Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 15 (vom 23. Juni 1919), S. 16.

¹⁰²² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13720, Bl. 252, 258 und 274.

¹⁰²³ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 72; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 841 (vom 25. Oktober 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 154. Sitzung vom 28. Oktober 1920, S. 4918-4920; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 399 (vom 28. Oktober 1920).

¹⁰²⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1920, S. 471; Verordnungsblatt, 1920, S. 147 (= Dokument 129); Ebd., 1921, S. 29, Ziffer 3 (= Dokument 139); Ebd., S. 34-35 (= Dokument 140); Ebd., 1922, S. 9 (= Dokument 146); Ebd., 1923, S. 24-25 (= Dokument 159).

¹⁰²⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 546-549. Auch in anderen Branchen gab es Widerstand gegen die Mädchenfortbildungsschule. So klagte der Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie zu Chemnitz, daß durch die Teilnahme am Fortbildungsschulunterricht ein großer Teil der weiblichen Arbeitskräfte seiner Berufstätigkeit entzogen werde, so daß sogar die Aufrechterhaltung und Durchführung des Betriebes gefährdet sei. Damit verbunden war die Bitte, erwägen zu wollen, ob eine der Industrie günstigere Regelung des Fortbildungsschulunterrichts für Mädchen durchführbar sei. Und die Wirkwaren-Fabrikanten-Vereinigung e. V. in Chemnitz hielt es für wünschenswert, wenn auch noch weiterhin von der Errichtung des Mädchenfortbildungsschulunterrichtes in Sachsen abgesehen würde. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13721, Bl. 31-34 und 117-120. Am 12. Juli 1921 erschien in der Leipziger Volkszeitung ein anonymes Appell an die Unternehmer, der für mehr Verständnis gegenüber der Mädchenfortbildungsschule warb. Dieser wurde zunächst der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei zugeschrieben, was aber später widerrufen wurde. Er lautet: „Der Gedanke, die Pflichtmädchenfortbildungsschule einzuführen, bestand schon vor dem Kriege und war bereits der Verwirklichung nahe, als der Krieg ausbrach. Leider gebot auch hier der Krieg Stillstand. Nach langen Vorbereitungen ist nunmehr aber die Pflichtmädchenfortbildungsschule gesetzlich eingeführt. Leider besitzt ein Teil unserer Bevölkerung noch nicht das richtige Verständnis für den Wert und die Ziele dieser neuen Einrichtung. Eine Anzahl Gesuche von Angehörigen und Arbeitgebern um Befreiung vom Besuche des Fortbildungsschulunterrichts bestätigt dies. Wir verkennen durchaus nicht, daß es für die Arbeitgeber oft ein großes Opfer bedeutet, wenn die jungen Mädchen wegen des Unterrichts der Arbeit fernbleiben müssen. Wir geben aber zu bedenken, daß es sich wöchentlich ja nur um 6, höchstens 8 Stunden handelt, die zum Teil auch noch außerhalb der Arbeitszeit liegen. Wir glauben, daß diese Zeilen dazu beitragen werden, daß künftig alle Arbeitgeber das kleine Opfer bringen und den Mädchen bereitwilligst die Zeit gewähren werden, die zum Besuch der Schule nötig ist. Die Arbeitgeber wollen nicht verkennen, daß die weitere Ausbildung der Mädchen nicht nur zu deren Wohl, sondern vor allem auch zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft, der Allgemeinheit gereichen soll. Wir richten daher die dringende Bitte an die Arbeitgeber, junge Mädchen nicht deshalb zu entlassen, weil sie die Fortbildungsschule besuchen. Es würde ja eine große Härte für die Mädchen bedeuten, wenn sie lediglich deshalb ihre Stellung einbüßen würden, weil sie einer gesetzlichen Pflicht zu genügen haben.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13721, Bl. 160.

sich beruhen zu lassen¹⁰²⁶, wurde die Frage im Plenum nochmals grundsätzlich behandelt. Von den Gegnern wurden die Gründe benannt, die einer Einführung hinderlich seien, was zu dem Gegenantrag führte, die Eingaben der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, damit diese noch einmal Gelegenheit habe, sich die Sache reiflich zu überlegen. Demgegenüber erklärte Kultusminister Hermann Fleißner (USPD), daß die Regierung durch Reichsverfassung, Übergangsschulgesetz und Volkskammerbeschluß gebunden sei, das zu tun, was sie ohnehin tun wolle. Mit großer Mehrheit folgte der Landtag dem Beschluß des Prüfungsausschusses¹⁰²⁷, womit der Mädchenfortbildungsschule endgültig der Weg geebnet war¹⁰²⁸.

3. Verwaltung und Finanzierung der Fortbildungsschule

Auf die Verwaltung und Finanzierung des Fortbildungsschulwesens fanden grundsätzlich die für das Volksschulwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen Anwendung.¹⁰²⁹ Darüber hinaus ist zu bemerken, daß nach dem Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 überall dort, wo beruflich gegliederte Fortbildungsschulen bestanden, ein Fortbildungsschulbeirat zu bilden war, der sich aus Vertretern von Berufsvereinigungen und aus Leitern und Lehrern der Fortbildungsschulen zusammensetzte, wobei die Berufsvertreter von der bürgerlichen Gemeindevertretung gewählt wurden und die Lehrerschaft ihre Vertreter selbst wählten. Dem Fortbildungsschulbeirat waren die Angelegenheiten der Fortbildungsschule zur Vorberatung zu unterbreiten. Auch konnte er mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Schulvorstands zugezogen werden. Zudem konnten für Fachklassen an Fortbildungsschulen Sonderausschüsse (Fachbeiräte) gebildet werden, die sich aus Vertretern des Fachgebiets und aus Lehrern zusammensetzten und denen Angelegenheiten des Fachunterrichts zur Beratung und Begutachtung vorzulegen waren.¹⁰³⁰ Das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden vom 11. Juli 1921 hielt an der Einrichtung von Fortbildungsschulbeiräten und Fachbeiräten fest, erlaubte aber in Schulbezirken, in denen die Fortbildungsschule unter eigener Leitung stand, daß an Stelle des Schulausschusses ein besonderer Fortbildungsschulausschuß durch die Schulortsgesetzgebung mit der Verwaltung und Pflege der Fortbildungsschulen betraut werden konnte, wobei solchenfalls die Bildung eines Fortbildungsschulbeirats nicht zu erfolgen hatte. Mit Rücksicht auf die erwartete – jedoch nicht eingetretene – Neuregelung des gesamten Berufsschulwesens wurde ansonsten davon abgesehen, weitere Vorschriften über die örtliche Verwaltung der Pflichtberufsschule zu treffen.¹⁰³¹

¹⁰²⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 148 (vom 3. März 1921).

¹⁰²⁷ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 39. Sitzung vom 17. März 1921, S. 1182-1201.

¹⁰²⁸ Zur Einführung und Entwicklung der Mädchenfortbildungsschule siehe im Übrigen Schecker, Margarete: Die Entwicklung der Mädchenberufsschule; Wehrmeister, Kirsten: Fortbildungsschule in Sachsen II; Bormann, Kirsten: Über die gesetzliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule in Sachsen, S. 190-204; Lesanovsky, Werner: Bildungspolitik, Schule und Pädagogik, S. 193-196; Harbauer, Peter: Zur Berufsbildungspolitik der sächsischen Sozialdemokratie, S. 58-60 und 100-110; Richter, Julius: Die Anfänge der Mädchenschulen in Sachsen, S. 6-24; Verhandlungen des Landesschulausschusses, S. 169ff.; Sander, Else: Die Pflicht-Berufsschule für Mädchen, S. 224-241; Endler, Hugo: Der gegenwärtige Stand des Mädchenberufsschulwesens, S. 1ff.; Ders.: Die Umgestaltung der Fortbildungsschule zur Berufsschule, S. 1ff.; Ders.: Das sächsische Übergangsschulgesetz im Berufsschulwesen, S. 1f.; Fortbildungsschulpraxis, 1919, S. 90-92; Ebd., 1920, S. 19-23; LLZ, 1921, S. 229-232; LLZ, 1922, S. 475-476; SSZ, 1922, S. 378-379; Praxis der Berufsschule, 1922, S. 141-143 und 241-243.

¹⁰²⁹ Siehe Kapitel D. IV. 2 und D. V. 2.

¹⁰³⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 182-183 (§ 15 Absatz 15) und 190 (§ 20).

¹⁰³¹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 48 (vom 10. Mai 1921), S. 10-11 und 15-16; Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 234-235 (§ 14) und 300 (§§ 13 und 14).

II. Das gewerbliche Schulwesen

1. Die gesetzlichen Grundlagen des gewerblichen Schulwesens

Das gewerbliche Schulwesen, das – insbesondere nach Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1861¹⁰³² – aufgrund privater Initiative unter dem Gesichtspunkte der Förderung der Gewerbe und des gewerblichen Nachwuchses entsprechend den örtlichen geschäftlichen Verhältnissen gegründet und ausgebaut worden war, entwickelte sich zunächst ohne besondere gesetzliche Grundlage. Erst nachdem für das Volksschul- und das höhere Schulwesen in den Jahren 1873 und 1876 umfassende, insbesondere Fragen des Unterrichts betreffende, gesetzliche Bestimmungen erlassen worden waren, wandte sich die Regierung im Jahr 1879 dem Gewerbeschulwesen zu. Das daraufhin erlassene „Gesetz, gewerbliche Schulen betreffend“ vom 3. April 1880 regelte jedoch allein die Konzessions- und Aufsichtsfrage und traf Vorschriften über die erforderliche Befähigung der Lehrer.¹⁰³³ Nach Aussage der Regierung sei es nicht der Zweck des Gesetzes gewesen, die gewerblichen Schulen in allen Beziehungen zu reglementieren, sondern der Regierung Mittel zu verschaffen, um künftig Mißbräuchen und Übelständen – wie sie aktuell vorgekommen waren – entgegenzutreten zu können.¹⁰³⁴ In der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtags wurde das Gesetz denn auch „mehr als ein Polizeigesetz, denn als ein Schulgesetz“¹⁰³⁵ charakterisiert. War das Gewerbeschulgesetz in mancher Hinsicht unvollkommen, so gestattete es dennoch den gewerblichen Schulen einerseits eine freie Entwicklung, führte aber andererseits dazu, daß sich im Laufe der Zeit eine verhältnismäßig große Verschiedenheit der Schulen sowohl in ihrer organisatorischen Ausgestaltung und inneren Durchbildung als auch in den Anstellungs- und Rechtsverhältnissen der Lehrer herausbilden konnte.¹⁰³⁶ Insbesondere die fehlenden Vorschriften über die Finanzierung der gewerblichen Schulen gefährdeten später deren Existenz. Die gewerblichen Schulen hatten ihre von eigenen Einnahmen – etwa durch das Schulgeld – nicht gedeckten persönlichen und sächlichen Aufwendungen aus Beihilfen von Staat, Gemeinden, Handels- und Gewerbekammern, aus Beiträgen der an den Schulen beteiligten Innungen und Vereine sowie aus freien Spenden der am Gedeihen der einzelnen Schule besonderes interessierten Wirtschaftskreise bestritten. Störungen in dieser Form der Bedarfsdeckung ergaben sich, als einzelne Akteure sich weigerten, die bisherigen Schulbeihilfen weiterzuzahlen.¹⁰³⁷ Einmal entstand unter den prekären finanziellen Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegsjahre die Tendenz zur Verstaatlichung bzw. Verstaatlichung, d. h. des Übergangs der Schulträgerschaft auf die Gemeinden bzw. den Staat. In diesen Fällen fielen oftmals die bisherigen Unterhaltungsträger als Beitragszahler weg. Zum anderen mochten Ge-

¹⁰³² Vgl. Penndorf, Balduin: Die Einführung der Gewerbefreiheit im Königreich Sachsen und ihr Einfluß auf das gewerbliche Schulwesen, S. 177-185.

¹⁰³³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1880, S. 50ff. (= Dokument 3). Beachte auch die Ausführungsverordnung (zur Bundesratsverordnung vom 2. August 1917 – RGBl. S. 683ff. –) vom 15. September 1917 (GVBl. S. 90f.). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 7982/36 a; Landtags-Akten, 1879/1880, Königliche Dekrete, Bd. 2, Nr. 13 (vom 4. November 1879); Ebd., 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 13 (vom 8. Dezember 1879); Mittheilungen, 1879/1880, 1. Kammer, 7. Sitzung vom 10. Dezember 1879, S. 48-57; Landtags-Akten, 1879/1880, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 23 (vom 19. Dezember 1879); Mittheilungen, 1879/1880, 1. Kammer, 13. Sitzung vom 9. Januar 1880, S. 113-120; Landtags-Akten, 1879/1880, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 83 (vom 23. Februar 1880); Mittheilungen, 1879/1880, 1. Kammer, 34. Sitzung vom 26. Februar 1880, S. 386-395; Landtags-Akten, 1879/1880, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1/2, Nr. 137 (vom 9. Februar 1880); Mittheilungen, 1879/1880, 2. Kammer, 48. Sitzung vom 17. Februar 1880, S. 915-925; Landtags-Akten, 1879/1880, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1/2, Nr. 193 (vom 3. März 1880); Mittheilungen, 1879/1880, 2. Kammer, 58. Sitzung vom 4. März 1880, S. 1194-1195; Ebd., 1. Kammer, 38. Sitzung vom 4. März 1880, S. 478-479; Landtags-Akten, 1879/1880, Ständische Schriften, Nr. 42 (vom 6. März 1880). Abdruck des Gesetzes sowie damit in Verbindung stehender Verordnungen in Pache, Oskar: Handbuch des deutschen Fortbildungsschulwesens, Bd. I/2, S. 56-65.

¹⁰³⁴ Vgl. Landtags-Akten, 1879/1880, Königliche Dekrete, Bd. 2, Nr. 13 (vom 4. November 1879), S. 2; Mittheilungen, 1879/1880, 1. Kammer, 7. Sitzung vom 10. Dezember 1879, S. 53; Ebd., 2. Kammer, 48. Sitzung vom 17. Februar 1880, S. 919.

¹⁰³⁵ Landtags-Akten, 1879/1880, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1/2, Nr. 137 (vom 9. Februar 1880), S. 1.

¹⁰³⁶ Etwa bestehende Lücken war das Ministerium des Innern auf dem Verordnungswege auszufüllen bestrebt gewesen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18302, Bl. 48; Ziegler, Adolf: Der Dualismus im kaufmännischen Schulwesen, S. 35-37.

¹⁰³⁷ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 108 (vom 8. Dezember 1923), S. 3.

meinden lieber jener Schulform den Vorzug gegeben haben, für die der Staat die größeren Aufwendungen erbrachte – und das waren die Fortbildungsschulen des Kultusministeriums, die im Rahmen der Volksschulreform eine Sicherung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erfahren hatten.¹⁰³⁸ In Anbetracht der Inflation und des drohenden Ruins vieler Schulen beschloß der Sächsische Landtag – nicht zuletzt aufgrund der Mahnungen des Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner sowie des Bundes Sächsischer Handelsschulmänner¹⁰³⁹ – das Notgesetz über Schulbeihilfen für gewerbliche Schulen vom 29. Dezember 1923, das vorübergehend – um die Schulen durch die Zeit finanzieller Unsicherheit zu geleiten – Staat, Gemeinden sowie Handels- und Gewerbekammern zur zwangsweisen Beitragsleistung in dem Umfang und Verhältnis verpflichtete, wie diese das bisher freiwillig getan hatten.¹⁰⁴⁰ Die endgültige Regelung der Aufwandsdeckung für die gewerblichen Schulen sollte zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Neuordnung des beruflichen Schulwesens überhaupt erfolgen. Da dieselbe jedoch ausblieb, nahm das Gesetz die Form einer Dauereinrichtung an, was bisweilen zu negativen Erscheinungen führte¹⁰⁴¹ und vom Sächsischen Gewerbeschulverband als nicht vollbefriedigend angesehen wurde¹⁰⁴².

2. Die Ausdifferenzierung des gewerblichen Schulwesens

Zur Typologisierung des gewerblichen Schulwesens wurden in den amtlichen Zeugnissen keine einheitlichen Maßstäbe zugrundegelegt. In den Gesamtberichten über die Unterrichts- und Erziehungsanstalten im Königreich Sachsen wurde eine vergleichsweise breite Fächerung vorgenommen.¹⁰⁴³ Den Einzelverzeichnissen über die Anstalten im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern genügten bis 1905 dagegen die Dreiteilung in Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftsschulen. Im Bericht von 1909 trat an diese Stelle die Klassifizierung: Lehranstalten für allgemeine gewerbliche Bildung, Schulen für Kunst und Kunstgewerbe sowie Lehranstalten für besondere gewerbliche Bildung.¹⁰⁴⁴ Im Verzeichnis über die Schulen des Wirtschaftsministeriums von 1927 erfolgte dann die Einteilung in Lehranstalten für gewerbliche Bildung, Lehranstalten für Handelswissenschaften und Sprache, Lehranstalten für künstlerische Bildung, Lehranstalten für Landwirtschaft und Gartenbau sowie gewerbliche Lehranstalten für Frauen und Mädchen.¹⁰⁴⁵ Den Motiven für die verschiedenen Klassifizierungen muß an dieser Stelle nicht nachgespürt

¹⁰³⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16105, Bl. 37-38; Ebd., Nr. 16134, Bl. 70-71; Ebd., Nr. 16405, Bl. 17-18, Ziffer I. 2; Ebd., Nr. 18280, Bl. 49 und 84-86; Schulze, ...: Die Verstädtlichung bzw. Verstaatlichung der Handelsschulen in Sachsen, S. 345-350; Abteilung Berufsbildung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Hrsg.): Die kaufmännische Berufsschule, S. 17; Woelker, Konrad: Vorbereitendes Gutachten über die Beseitigung des Dualismus im Berufsschulwesen, S. 9.

¹⁰³⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 82-85; Ebd., 10693, Nr. 1185, AE 3-6. Der Sächsische Berufsschulverein hielt dagegen solch eine Sicherung nur für die Schulen des Wirtschaftsministeriums, die nicht fortbildungsschulpflichtige Kinder unterrichteten, für angebracht, und er plädierte daher für die Eingliederung der gewerblichen Schulen in die am Orte bestehende Berufsschule, um dieser eine bessere berufliche Gliederung zu verleihen. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1174, AE 3-4.

¹⁰⁴⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 3f. (= Dokument 50). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 831; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 108 (vom 8. Dezember 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 75. Sitzung vom 14. Dezember 1923, S. 2127-2129; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 260 (vom 14. Dezember 1923). Abdruck des Entwurfs in: Deutsche Handelsschul-Warte, 1924, S. 4-5. Zur Praxis der Beitragsleistung der Gewerbekammern siehe: Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1924, Sp. 278; Ebd., 1925, Sp. 236. Siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 16107, Bl. 146-149.

¹⁰⁴¹ So war z. B. die Stadt Kötzschenbroda zu Beiträgen an den Gemeindeverband für die Gewerbe- und Handelsschule der Lößnitzgemeinden in Radebeul verpflichtet, weil sie früher solche Beiträge freiwillig geleistet hatte, ohne aber selbst Mitglied des Gemeindeverbandes zu sein oder auch eine Vertretung im Schulvorstand zu haben. Da Kötzschenbroda selbst eine bestens gegliederte Berufsschule unterhielt, sah sich die Stadt mit Doppelleistungen konfrontiert, was sie als eine unbillige Härte empfand. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2070, AE 3-4.

¹⁰⁴² Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1929, S. 8.

¹⁰⁴³ Vgl. [Erster bis Sechster] Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten im Königreiche Sachsen; Bericht über die Unterrichts- und Erziehungsanstalten im Bereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Verzeichniß der Gewerbe-, Landwirthschafts- und Handelsschulen im Geschäftsbereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern; Verzeichnis der Gewerbe-, Landwirtschafts- und Handelsschulen im Geschäftsbereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern; Enke, Rudolf: Über den Stand des gewerblichen Schulwesens Sachsens, S. 18-24. Zur Person des 1909 verstorbenen Gewerbeschulinspektors Oberregierungsrat Rudolf Enke siehe: Gewerbeschau, 1910, S. 150-154.

¹⁰⁴⁵ Vgl. Verzeichnis der Lehranstalten im Geschäftsbereiche des Sächsischen Wirtschaftsministeriums.

werden. Vielmehr genügt es, der genannten Dreiteilung zu folgen und die innere Differenzierung der einzelnen Schulformen zu skizzieren.

a. Gewerbeschulen

Die erste Kategorie der gewerblichen Schulen bildeten die Gewerbeschulen, die wiederum in Untergruppen zerfielen.¹⁰⁴⁶ Zu den *höheren gewerblichen Schulen* zählten die 1836 gegründeten Technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz, die unter einheitlicher Direktion und mit einem gemeinsamen Lehrerkollegium eine Reihe höherer und niederer Lehranstalten umfaßten, namentlich Gewerbeakademie, Bauschule, Maschinenbauschule, Färbereischule, Gewerbelehrerbildungsanstalt und Gewerbezeichenschule.¹⁰⁴⁷ Des Weiteren gehörten zu den höheren gewerblichen Schulen die Kunstgewerbeschule zu Dresden, die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig sowie die Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen. Diese genannten vier Schulen waren Staatsanstalten. Gemeindliche Anstalten waren die Städtischen Gewerbeschulen zu Dresden, Leipzig und Bautzen, und als Privatunternehmungen existierten noch die Techniken. Andere Bildungsziele verfolgten die in der Regel von Berufsangehörigen unterhaltenen *Fachschulen*, die ausschließlich je einem gewerblichen Berufe dienten, auf den jedes Unterrichtsfach entsprechend ausgerichtet war. Die *Zeichen- und Malschulen* vermittelten einen einseitigen Unterricht ohne die Weiterbildung in den schriftlichen und rechnerischen Fächern. Die *Schulen für Frauen und Mädchen* dienten dem Unterricht in weiblichen Handarbeiten, dem Koch- und Haushaltsunterricht sowie der musikalischen und der kaufmännischen Ausbildung. Und die *gewerblichen Fortbildungsschulen* wurden zumeist in kleineren Orten errichtet, wo von jedem Berufe nur wenige Lehrlinge vorhanden waren. Sie vereinigten in sich die Lehrlinge verschiedener Berufsarten und vermittelten im Gegensatz zu den Fachschulen eine allgemeine gewerbliche Bildung; sie erteilten Unterricht in gewerblichem Zeichnen, Deutsch, Rechnen, Buchführung und allgemeiner Gewerbekunde.

b. Handelsschulen

Die zweite Kategorie der gewerblichen Schulen bildeten die Schulen für die kaufmännische Jugend, die in Sachsen nicht die Form der kaufmännischen Fortbildungsschule angenommen hatten, sondern seit ihrer Entstehung eigenständig unter der Bezeichnung Handelsschulen bestanden. Diese gliederten sich grob in Handelsvollschulen, Handelslehrlingsschulen, höhere Handelsschulen sowie in die Handelshochschule. Üblicherweise waren die einzelnen Formen als Züge in einer Anstalt vereinigt, so daß z. B. eine Handelsschule mit höheren Abteilungen die Bezeichnung „Höhere Handelsschule“ führte, zugleich aber auch Lehrlingsabteilungen beherbergen konnte.¹⁰⁴⁸

Die *Handelsvollschule* (auch Handelsvorschule oder Handelsjahresschule genannt), die besonders während des Ersten Weltkrieges entstanden war, war ein ein- bzw. zweijähriger Lehrgang, der nach Abschluß der Volksschulbildung, aber vor Beginn der praktischen Lehre, eine theoretische Fachbildung ver-

¹⁰⁴⁶ Das Folgende nach: Verzeichniß der Gewerb-, Landwirthschafts- und Handelsschulen im Geschäftsbereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern; Verzeichnis der Gewerbe-, Landwirtschafts- und Handelsschulen im Geschäftsbereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern; Verzeichnis der Lehranstalten im Geschäftsbereiche des Sächsischen Wirtschaftsministeriums; Enke, Rudolf: Über den Stand des gewerblichen Schulwesens Sachsens, S. 18-24; Kähler, W.: Das mittlere und niedere technische Unterrichtswesen im Königreich Sachsen, S. 114-144. Siehe auch Simon, Oskar: Das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen in Deutschland; Wehrmeister, Kirsten: Fortbildungsschule in Sachsen II, S. 87ff.; Reichelt, Bernd: Die Entwicklung der Baugewerkschulen in Sachsen, S. 175-189; Pfuhl, Werner: Die allgemeinen Ursachen für die Entstehung des technischen Bildungswesens, S. 130ff.; Günther, Christiane: Die Entwicklung technischer Bildung in Sachsen.

¹⁰⁴⁷ Im Jahr 1913 wurde der Vorschlag geäußert, die Technischen Staatslehranstalten Chemnitz zur *Gewerbehochschule* auszubauen, die sich so als ein Pendant zur Leipziger Handelshochschule hätten entwickeln können. Vgl. Fortbildungsschulpraxis, 1913, S. 66-67.

¹⁰⁴⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18280, Bl. 89.

mittelte und vom Besuch der Fortbildungsschule befreite. Da ihre Einrichtung und ihr Betrieb nur mit hauptamtlichen, besonders vorgebildeten Lehrern durchgeführt werden konnte, entstanden erhebliche Kosten, die sich in hohen Schulgeldern ausdrückten. Für den späteren Handelsherrn hatte die Handelsvollschule den Vorteil, daß ihm der Lehrling, da er seiner Schulpflicht bereits genügt hatte, während der Arbeitszeit ohne Einschränkung zur Verfügung stand. Nach vielfacher Ansicht konnte der Besuch der Handelsvorschule jedoch keinen vollwertigen Ersatz für den Besuch einer Handelslehrlingsschule bieten.¹⁰⁴⁹

Die *Handelslehrlingsschule* unterrichtete in einem dreijährigen Lehrgang wöchentlich in 12 bis 20 Stunden neben Beachtung der allgemeinbildenden Fächer besonders die kaufmännischen Disziplinen. Sie war jene Ausbildungsform, die die Lehre und die Schule neben- und miteinander arbeiten ließ, so daß die Lehrlinge die Schule neben der Lehre besuchten. Sie war auch die Schulform, der man stets die meiste Sorgfalt zugewandt hatte. Auch das Wirtschaftsministerium gab im Jahr 1921 anläßlich der Beratung von Handelsschulfragen der Handelslehrlingsschule den Vorzug und plädierte für künftige Zurückhaltung bei der Gründung von Handelsvollschulen.¹⁰⁵⁰

Die *höhere Handelsschule* (auch Handelslehranstalt oder Handelsrealschule genannt) entstand im 19. Jahrhundert als dreijährige Aufbauschule im unmittelbaren Anschluß an die Volksschule, die neben der Allgemeinbildung, ähnlich der Realschule, insbesondere die kaufmännische Fachbildung pflegte und seit 1867 mit dem Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligen Heeresdienst abschloß.¹⁰⁵¹

Spätestens zum Beginn der Weimarer Republik vollzog sich ein Wandel im höheren Handelsschulwesen, der dem zunehmenden Bedürfnis nach wirtschaftlicher und handelswissenschaftlicher Bildung Rechnung trug.¹⁰⁵² So forderte die Vereinigung der Philologen an den sächsischen höheren Handelsschulen in ihren Richtlinien zur bevorstehenden Neugestaltung des höheren Schulwesens vom 16. April 1919 unter anderem den Ausbau der höheren Handelsschulen zu sechsklassigen Realanstalten.¹⁰⁵³ Eine Versammlung von Leitern von höheren Handelsschulen sprach sich am 29. Oktober 1921 für den Ausbau in Richtung Handelsoberralschule mit Oberprimareife aus.¹⁰⁵⁴ Und schließlich betonte der 1. Sächsische Handelsschulmännertag am 3. Oktober 1922 in Chemnitz, daß der Ausbau der höheren Handelsschule zur Wirtschaftsschule im Interesse des Wirtschaftslebens, wie auch im Interesse der gründlichen Ausbildung der Schüler und des zweckmäßigen Einbaus dieser Schulen in das gesamte Schulwesen dringend erforderlich sei. Das Wirtschaftsministerium wurde gebeten, Ausbaupläne nicht mehr zurückzuhalten, sondern tatkräftig zu fördern.¹⁰⁵⁵

¹⁰⁴⁹ Vgl. Ebd., Bl. 89-90; Ebd., Nr. 18304; Frahm, Friedrich: Handelsvorschulen (Handelsjahresschulen).

¹⁰⁵⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18280, Bl. 89-90; Ebd., Beiheft, Bl. 10-20 und 46-52.

¹⁰⁵¹ Vgl. Ebd., Nr. 18280, Bl. 89; Die höhere Schule, 1932, S. 318; Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 290. Zur Entwicklung des Handelsschulwesens im 18. und 19. Jahrhundert siehe außerdem Zieger, Bruno: Der Handelsschulgedanke in Kursachsen; Dietrich, Bernhard: Das kaufmännische Unterrichtswesen im Königreich Sachsen; Abteilung Berufsbildung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Hrsg.): Die kaufmännische Berufsschule, S. 17; Lorey, Wilhelm: Über die gegenwärtige Lage der Handelsrealschulen, S. 4-5; Rachel, Paul: Zur Entwicklung des Handelsschulwesens, S. 211-212, 228-230 und 243-245; Ziegler, Adolf: Der Dualismus im kaufmännischen Schulwesen, S. 35-36; Rätzer, Manfred: Kurze Geschichte der Öffentlichen Handelslehranstalt Leipzig, S. 17-111; Dietze, Hugo: Die Geschichte der öffentlichen Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft; Ders.: Die Geschichte der Öffentlichen Höheren Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft.

¹⁰⁵² Ausgangspunkt war hier der 3. Ausschluß der Reichsschulkonferenz, der dem Plenum die Einführung der Wirtschaftsschule als neuen Schultyp vorgeschlagen hatte, der nach abgeschlossener Volksschulbildung und längerer Zeit im Berufsleben jungen Leuten beiderlei Geschlechts eine grundlegende Ausbildung in wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Kenntnissen vermitteln sollte, um sie für herausgehobene Stellen im öffentlichen und privaten Dienst vorzubereiten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16127, Bl. 29 (Ziffer III) und 30 (Anlage 2); Ebd., Nr. 18281/1, Bl. 1 und 16-18; Kümmel, Klaus (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung, S. 75-78.

¹⁰⁵³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16405, Bl. 17-18, Ziffer II. 1.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Ebd., Nr. 18303, Bl. 48-54.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Ebd., Nr. 18302, Bl. 152, Ziffer 1.

Noch im Jahr 1921 hatte das Wirtschaftsministerium ein Bedürfnis zum Ausbau der höheren Handelsschulen nach oben nicht anzuerkennen vermocht. Allenfalls bezüglich der Verlängerung des Lehrgangs durch Aufsetzen auf ein früheres Volksschuljahr schien ein Entgegenkommen im Einzelfall möglich, wenn auch grundsätzlich der Charakter der Aufbauschule erhalten bleiben sollte.¹⁰⁵⁶ So erhielten zunächst einige höhere Handelsschulen die Genehmigung, Volksschüler schon nach siebenjährigem Volksschulbesuch in eine vierte Klasse (Vorklasse/Quarta) aufzunehmen. In einer Eingabe vom 2. Juli 1923 erblickte der Sächsische Berufsschulverein darin die Möglichkeit für „Schulhinterziehungen“, die dadurch entstünden, daß Schüler dieser Klassen in andere Abteilungen mit weniger Stunden, als sie gesetzlich zur Erfüllung der Fortbildungsschulpflicht vorgeschrieben waren, wechselten oder die Handelsschule ganz verließen.¹⁰⁵⁷ In Erwiderung hierzu erklärte Gewerbeschulrat Hans Calletsch¹⁰⁵⁸, daß die Vorklassen aus der praktischen Notwendigkeit eingerichtet worden seien, die Schüler auf die Fächer der Handelsschule etwas eher einzustellen. In dieser vierten Klasse würden die Fächer des 8. Volksschuljahres mit der einzigen Abweichung der Einstellung auf den späteren Handelsschulunterricht gelehrt. Die Umgehung der Fortbildungsschulpflicht sei daher ausgeschlossen und entspreche nicht der Realität.¹⁰⁵⁹

Nach den Wünschen der Wirtschaft sollte sich mit der Einrichtung von Sexten in direktem Anschluß an die Grundschule jahrgangsweise die Einführung eines Unterbaues (Sexta, Quinta, Quarta) an den höheren Handelsschulen vollziehen. Da dies aber in das schulpflichtige Schüleralter einschnitt, war hierfür die Zustimmung der Unterrichtsverwaltung notwendig.¹⁰⁶⁰ Die Verständigung über den weiteren Ausbau des Handelsschulwesens erfolgte im Frühjahr 1925 zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Volksbildung. Diese vereinbarten, daß das Wirtschaftsministerium auf die Angliederung von Sexten an die höheren Handelsschulen und damit auf den Ausbau nach unten verzichte, wofür ihm im Gegenzug die Errichtung der *Wirtschaftsoberschule* vorbehalten bleibe. Deren Schüler sollten sich aus den Kreisen der Handelsschüler rekrutieren, um nicht in eine Konkurrenz zu den übrigen höheren Lehranstalten zu geraten.¹⁰⁶¹ Wenig später widerrief das Ministerium für Volksbildung seine ursprüngliche Zustimmung, da ihm Bedenken kamen, daß durch die Wirtschaftsoberschule seine eigenen Absichten durchkreuzt würden, einzelne Typen seines höheren Schulwesens stärker auf das Wirtschaftliche einzustellen.¹⁰⁶² Auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums erklärte sich jedoch das Gesamtministerium am 12. März 1926 damit einverstanden, daß von Ostern 1926 ab an den (vierklassigen) Höheren Handelsschulen zu Plauen, Chemnitz, Dresden und Leipzig als sechsstufige Begabtenaufbauschulen (Begabtenzüge) Wirtschaftsoberschulen (Untertertia bis Oberprima – also Aufnahme nach dem 7. Volksschuljahr) eingerichtet wurden, die mit der Reife für die Handelshochschule Leipzig abschließen sollten.¹⁰⁶³ Die Wirtschaftsoberschule vollendete so als bislang fehlender Oberbau den einheitlichen Aufbau des Handelsschulwesens von der Volksschule bis zur Hochschule.¹⁰⁶⁴ Nachdem dann später auch aus Lehrerkreisen die Forderung zur

¹⁰⁵⁶ Vgl. Ebd., Bl. 59-62. Eine beim Wirtschaftsministerium einberufende Versammlung mit für den Handelsschulbeirat bestimmten Vertretern wies zudem darauf hin, daß ein Ausbau nach unten geeignet sei, den Typ der Handelsschule als Fachschule zu verwässern, da die unteren Klassen nur allgemeinbildend sein könnten. Vgl. Ebd., Bl. 69-71.

¹⁰⁵⁷ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1173, AE 3.

¹⁰⁵⁸ Zur Person Calletschs siehe: Deutsche Handelsschul-Warte, 1930, S. 215-216.

¹⁰⁵⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, 18303, Bl. 7-8.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Die höhere Schule, 1930, S. 57.

¹⁰⁶¹ Bei dem Wirtschaftsministerium hatte die Frage der Wirtschaftsoberschule aufgrund des Antrags der Schulträger sowie der dringenden Befürwortung der Handelskammern und des Professorenrates der Handelshochschule Leipzig, die sehr stark an dieser Einrichtung interessiert waren, rasch Gestalt angenommen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/1, Bl. 166 B; Ebd., Nr. 11864/437, Bl. 1 und 4.

¹⁰⁶² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/437, Bl. 13-14. Zum daraus im höheren Schulwesen resultierenden Dualismus siehe Kapitel G. III. 4.

¹⁰⁶³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/437, Bl. 13-14; Ebd., Nr. 18281/1, Bl. 174.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Ebd., Nr. 18281/2, Bl. 3. Zur Begründung und (inhaltlichem) Ausrichtung der Wirtschaftsoberschule siehe im Übrigen Arbeitsgemeinschaft von Lehrern an höheren sächsischen Handelsschulen (Hrsg.): Die Wirtschaftsoberschule; Adolphs, L.: Die deutsche Wirtschaftsoberschule; Zur Frage der Wirtschaftsaufbauschule; Calletsch, Hans: Die Wirtschaftsoberschule, S. 241-252; Fickert, ...: Wirtschaft, Bildung und Wirtschaftsoberschule, S. 106-107, 119-121 und 137-139; Großmann, Reinhold: Die Wirtschaftsoberschule, S. 372-373; Lorey, Wilhelm: Handelsrealschule, (sächsische) höhere Handelsschule und

Einrichtung des Unterbaues an den höheren Handelsschulen und den Wirtschaftsoberschulen kam¹⁰⁶⁵, erklärte sich das Ministerium für Volksbildung mit dem Aufbau der drei Wirtschaftsoberschulen in Leipzig, Plauen und Dresden auf der Grundschule – d. h. mit der Einrichtung als neunjährigen Lehrgang – zum 1. April 1930 einverstanden. Im Gegenzug erhielt die Handelsabteilung (höhere Handelsschule) am Realgymnasium in Zittau einen wirtschaftlich gerichteten Zug mit Maturaabschluß.¹⁰⁶⁶ Damit existierten in Sachsen Wirtschaftsoberschulen entweder mit grundständigen Zügen oder als Aufbauschulen.

Im Gesamtministerialratsbeschluß vom 12. März 1926 war noch ausgesagt, daß für die Wirtschaftsoberschule auch die Reife für die volkswirtschaftlichen Fächer an der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule Dresden erstrebt werden solle.¹⁰⁶⁷ Doch lag diese Entscheidung nicht allein bei der sächsischen Regierung, sondern sie erforderte die Zustimmung der anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen, die im Ausschuß für das Unterrichtswesen unter anderem die gegenseitige Anerkennung ihrer Reifezeugnisse berieten und beschlossen. Das Wirtschaftsministerium begründete seinen Antrag vom 28. Mai 1929 zur Erteilung der Berechtigung zum Hochschulstudium damit, daß die Wirtschaftsoberschule nicht als Fortsetzung der höheren Handelsschule gedacht sei, sondern als eine selbständige Anstalt, die nur Begabte aufnehme.¹⁰⁶⁸ Doch am 29. Januar 1932 erklärte das Ministerium für Volksbildung, daß die Ausweitung der Berechtigung auf andere Hochschulen zur Zeit nicht möglich sei.¹⁰⁶⁹ In der Praxis führte dies dazu, daß die Absolventen der Wirtschaftsoberschule, die Ostern 1932 erstmals die Reifeprüfung ablegten, den Abiturienten anderer höherer Schulen im Nachteil waren, da ihnen vielfach der Eintritt in die praktischen Berufe, insbesondere in die der mittleren Beamtenlaufbahnen, die die Hochschulreife der allgemeinbildenden neunstufigen höheren Schule verlangten, versagt wurde.¹⁰⁷⁰

sächsische Wirtschaftsoberschule, S. 405-416; Ziegler, Adolf [1924]: Die Wirtschaftsoberschule, S. 33-34 und 49-50; Ders. [1926]: Die Wirtschaftsoberschule, S. 2; Ders.: Der Dualismus im kaufmännischen Schulwesen, S. 36.

¹⁰⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 25, Ziffer 3.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Ebd., Nr. 11864/437, Bl. 138-139 und 142-143; Ebd., Nr. 18281/2, Bl. 47. Diese Vereinbarung galt nicht für die Wirtschaftsoberschule in Chemnitz, da an der dortigen Höheren Handelsschule bereits Sexten eingerichtet worden waren. So hatte sich das Ministerium für Volksbildung 1927 durch das eigenmächtige Vorgehen der Chemnitzer Stadtverwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt gesehen, die es nachträglich zu billigen gezwungen war. Und im Folgejahr wurde trotz unverändert ablehnender Haltung der Unterrichtsverwaltung eine weitere Handelsschulsexta für Chemnitz durch das Gesamtministerium genehmigt. Vgl. Ebd., Nr. 11864/437, Bl. 52ff. und 109.

¹⁰⁶⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/1, Bl. 174. Auf die Klärung der Berechtigungsfrage für die Abiturienten der Wirtschaftsoberschule wurde z. B. vom Sächsischen Philologenverein immer wieder gedrängt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 25, Ziffer 5; Ebd., Nr. 16406, Bl. 32, Ziffer 6.

¹⁰⁶⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/2, Bl. 52-54.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Ebd., Bl. 101. Gegenüber dem Sächsischen Philologenverein erläuterte das Ministerium am 9. Februar 1932 diesen Umstand wie folgt: Die Zulassung der Abiturienten der Wirtschaftsoberschule zu einem anderen Studium als dem an der Handelshochschule würde eine völlige Änderung des deutschen Systems der Vorbereitung auf die Hochschulen insofern bedeuten, als man bisher mit den neunklassigen Anstalten davon ausgegangen sei, daß sie auf die Erfordernisse der Hochschulen in den hauptsächlichen Fächern gleichmäßig vorbereiteten und die für den Lehrbetrieb der Hochschulen erforderliche allgemeine grundlegende Vorbildung schüfen. Die Anerkennung der Wirtschaftsoberschule als einer auch zum Studium an der Universität und der Technischen Hochschule vorbereitenden Schule würde aber voraussetzen, daß man der Wirtschaftsoberschule, die in erster Linie unmittelbar bestimmte Fach- und Berufskennntnisse vermitteln und nach wie vor die Mehrzahl ihrer Schüler für den unmittelbaren Eintritt in den kaufmännischen Beruf vorbereiten solle, eine Aufgabe zuweise, die in der ursprünglichen Absicht nicht begründet sei und nicht im Wesen ihrer Zweckbestimmung liege, auch nur durch weitgehende Anpassung ihres Lehrplanes an die zur Hochschulreife führenden allgemeinbildenden höheren Schulen erfüllt werden könne. Ein Bedürfnis, diese Schulen um eine weitere Schulart zu vermehren, liege gerade jetzt, in einer Zeit verhängnisvoller Überfüllung aller akademischer Laufbahnen und namentlich auch der volkswirtschaftlichen und juristischen, am wenigsten vor. Die Zulassung der Abiturienten der Wirtschaftsoberschule zum Studium an Universität und Technischer Hochschule würde aber auch gegen die Vereinbarung der Länder verstoßen. Der Versuch, die Vereinbarung auf die Wirtschaftsoberschule auszu dehnen, sei zur Zeit von vornherein aussichtslos. Vgl. SächsHStAD, Nr. 11864/437, Bl. 310-311.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte Nr. 1160 (vom 15. Dezember 1932); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4470 und 4471; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 322 (vom 7. Februar 1933).

Den oberen Abschluß des Handelsschulwesens bildete schließlich die bereits erwähnte Leipziger *Handelshochschule*, die 1898 im Kontext der Handelshochschulbewegung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen als erste ihrer Art im Deutschen Reich gegründet worden war.¹⁰⁷¹

c. Landwirtschaftsschulen

Die dritte und letzte Kategorie der gewerblichen Schulen bildeten die Landwirtschaftsschulen, die jedoch keine so vielfältige innere Differenzierung boten wie die Gewerbe- und Handelsschulen. Der erste landwirtschaftliche Unterricht wurde in Sachsen in Verbindung mit der Höheren Gewerbeschule in Chemnitz erteilt, wo im Jahre 1849 eine landwirtschaftliche Abteilung errichtet worden war. Ab 1875 entstanden dann – als Unternehmungen der Landwirtschaftskammern – landwirtschaftliche Winterschulen, die mit Rücksicht auf die Landwirtschaft keinen Sommerunterricht erteilten, zunehmend jedoch auf Jahresschulen unter dauernder Anstellung der Lehrkräfte umgestellt wurden. Weiter existierten landwirtschaftliche Schulen für Frauen und Mädchen. Für die Ausbildung von Landwirtstöchtern wurde von 1877 an zunächst eine Anzahl Lehrmeiereien begründet, die aber durchweg keinen Bestand hatten und durch landwirtschaftliche Haushaltsschulen ersetzt wurden.¹⁰⁷² Neben diesen landwirtschaftlichen Schulen bildeten sich Sonderschulen, unter denen den gärtnerischen Schulen eine besondere Bedeutung zukam. So wurde 1879 mit der landwirtschaftlichen Schule Bautzen eine Obst- und Gartenbauschule verbunden. Die Hauptausbildungsstätte für Gärtnerei war jedoch die im Jahre 1892 vom Gartenbauverband für das Königreich Sachsen gegründete Gartenbauschule, die sich seit 1907 in Laubegast befand. Nach einem weiteren Umzug sowie der Vereinigung mit dem höheren Lehrgang der Gartenbauschule Bautzen ging aus ihr im Jahr 1922 die Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau zu Pillnitz hervor.¹⁰⁷³ Und schließlich existierten neben dem landwirtschaftlichen Institut der Universität Leipzig, das die höchste landwirtschaftliche Bildungsstätte war, noch die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten in Leipzig, Dresden und Pommritz.¹⁰⁷⁴

Eine Neuregelung erfuhr das landwirtschaftliche Schulwesen durch die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. März 1926, die für die Einrichtung der Lehranstalten ab 1. April 1928 einheitliche Maßstäbe festlegte.¹⁰⁷⁵

In den Verhandlungen des Sächsischen Landtags der Weimarer Zeit nahm das landwirtschaftliche Schulwesen zumindest in den eigentlichen Schuldebatten nur einen marginalen Platz ein. In den Jahren 1929 und 1931 entsprang der KPD-Fraktion die Anregung, die Regierung zu ersuchen, dem Landtag eine Vorlage zugehen zu lassen, „nach der die landwirtschaftlichen Schulen ihres jetzigen halb privaten, halb staatlichen Charakters entkleidet und völlig in das staatliche Berufsschulwesen überführt werden“¹⁰⁷⁶. Diese Anträge wurden jeweils ohne besondere Aussprache abgelehnt.¹⁰⁷⁷ Unerledigt blieb eine Anfrage

¹⁰⁷¹ Vgl. Pfeiff, Andreas: Die Entstehung und Entwicklung der Handelshochschulen in Deutschland, S. 132-144; Wiedenfeld, Kurt und Balduin Penndorf: Universität und Handels-Hochschule, S. 37ff.; Hebler, Lieselotte: Der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen, S. 37-49; Verzeichnis der Lehranstalten im Geschäftsbereiche des Sächsischen Wirtschaftsministeriums, S. 201-204.

¹⁰⁷² Vgl. Denkschrift des Wirtschaftsministeriums über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht, S. 14ff.; Verzeichnis der Lehranstalten im Geschäftsbereiche des Sächsischen Wirtschaftsministeriums, S. 313ff. Siehe auch Förster, Hellmut: Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens im Königreich Sachsen; Renner, Kurt: Geschichte der landwirtschaftlichen Berufsbildung in Sachsen, S. 205-219.

¹⁰⁷³ Vgl. Denkschrift des Wirtschaftsministeriums über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht, S. 14ff.; Amtlicher Bericht über die 48. Gesamtsitzung des Landeskulturrates, S. 198-200; Verzeichnis der Lehranstalten im Geschäftsbereiche des Sächsischen Wirtschaftsministeriums, S. 344ff. Siehe auch Verband der Gartenbauvereine im Königreich Sachsen (Hrsg.): Das gärtnerische Fachschulwesen betreffend.

¹⁰⁷⁴ Vgl. Denkschrift zur Ausgestaltung der sächsischen landwirtschaftlichen Versuchsanstalten.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 77f. (= Dokument 193).

¹⁰⁷⁶ Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Nr. 99 (vom 28. Juni 1929), S. 2, Ziffer II. 4; Ebd., 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 560 (vom 26. Juni 1931), S. 3, Ziffer III. 13.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 10. Juli 1929, S. 236; Ebd., 5. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2019.

des Abgeordneten Prof. Dr. h. c. Hugo Hickmann (DVP) vom Januar 1933, der sich angesichts von Abbaumaßnahmen um den Fortbestand der landwirtschaftlichen Schulen sorgte.¹⁰⁷⁸

3. Die Beaufsichtigung des gewerblichen Schulwesens

Die oberste Aufsichtsbehörde über das gewerbliche Schulwesen war das Ministerium des Innern (später das Wirtschaftsministerium).¹⁰⁷⁹ Allein unter der Oberaufsicht des Ministeriums der Finanzen standen die Schifferschulen, deren Leitung bzw. unmittelbare Beaufsichtigung dem Wasserbaudirektor bzw. den jeweiligen Straßen- und Wasserbauämtern übertragen war, sowie die der Leitung des Bergamtes unterstellten Bergschulen.¹⁰⁸⁰ Die Aufsicht über die gewerblichen Schulen übte, was die Kunstgewerbeschulen zu Dresden und Leipzig, die Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen, die Technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz und die landwirtschaftlichen Schulen betraf, das Ministerium des Innern unmittelbar aus.¹⁰⁸¹ Ansonsten oblag die unmittelbare Aufsicht der gewerblichen Schulen in Städten mit der Revidierten Städteordnung den Stadträten, in den übrigen Ortschaften den Amtshauptmannschaften.¹⁰⁸² Diese Vorschrift hatte sich nach Ansicht des Ministeriums des Innern und des Wirtschaftsministeriums als so zweckentsprechend erwiesen, daß auch nach Einführung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen im Jahr 1923 die Aufsicht denjenigen Gemeinden nicht übertragen worden war, die inzwischen die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörden in vollem Umfange ausübten.¹⁰⁸³

Zur technischen Beaufsichtigung der gewerblichen Schulen (mit Einschluß der Handelsschulen) wurde im Jahr 1884 ein erster, 1902 ein zweiter technisch gebildeter Gewerbeschulinspektor ernannt. Die Dienststelle des einen war in Dresden, er hatte die gewerblichen Schulen der Kreishauptmannschaften Dresden, Leipzig und Bautzen zu besuchen. Der andere mit Sitz in Zwickau führte die Aufsicht über die Schulen der Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau. Den beiden Gewerbeschulinspektoren war auch die Beaufsichtigung der Klöppelschulen übertragen, die von 1858 bis 1892 durch einen besonderen Klöppelschulinspektor revidiert worden waren.¹⁰⁸⁴ Ab 1921 waren in den Staatshaushaltsplänen alljährlich drei Gewerbeschulratsstellen verzeichnet, von denen eine stets unbesetzt blieb.¹⁰⁸⁵ Die Zahl der Gewerbeschulräte erhöhte sich weiter im Zusammenhang mit der Neuordnung der Aufsicht über die beruflichen Schulen, die im Anschluß an die Sparverordnung vom 21. September 1931 erfolgte.¹⁰⁸⁶

Die Befugnisse der Gewerbeschulinspektoren waren gesetzlich nicht festgelegt, sondern beruhten auf Verordnungen und tatsächlicher Handhabung, und sie waren im Wesentlichen auf begutachtende Funktionen beschränkt. So hatten die Gewerbeschulinspektoren die ihnen unterstellten Schulen beim Entwurf von Organisations- und Lehrplänen, bei der Wahl von Lehrmitteln, bei der Aufstellung des Unterrichtsganges in den einzelnen Fächern, wie überhaupt bei allen Bestrebungen, die der Erreichung des Lehrzieles dienten, beratend zu unterstützen. Über den Befund der von ihnen besuchten Schulen hatten

¹⁰⁷⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3314; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1223 (vom 28. Januar 1933). Wegen statistischer Angaben zum landwirtschaftlichen Schulwesen siehe die Einzeljahrgänge von: Sächsische landwirtschaftliche Zeitschrift; Amtlicher Bericht über die [...] Gesamtsitzung des Landeskulturrates; Aus der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1880, S. 50, § 2 Absatz 1.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Sechster Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten, S. 92 und 95. Zu den Bergschulen siehe auch Kaden, Herbert E.: Das sächsische Bergschulwesen.

¹⁰⁸¹ Vgl. Ebd., S. 148.

¹⁰⁸² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1880, S. 50, § 2 Absatz 2.

¹⁰⁸³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16121, Bl. 53.

¹⁰⁸⁴ Vgl. Sechster Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten, S. 148. Siehe auch Schürer, Gerold: Das sächsisch-erzgebirgische Klöppelschulwesen.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 80 (vom 28. Oktober 1921), S. VIII. 82, Kap. 59 d, Tit. 2; Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 235. – Eine dieser Stellen hatte seit 1921 Dr. Rudolf Schubert inne, der von 1925 bis 1934 an den Technischen Hochschule Dresden zudem Honorarprofessor für Berufspädagogik und Geschichte des Berufsschulwesens war. Vgl. Sächsische Gewerbeschule, 1925/1926, S. 269; Petschel, Dorit (Bearb.): Die Professoren der TU Dresden 1828–2003, S. 878.

¹⁰⁸⁶ Siehe Kapitel F. III. 4. b.

sie jedesmal einen Bericht an das Ministerium einzureichen, das seinerseits durch einen Fachreferenten EntschlieÙung faÙte. Auch oblag den Gewerbeschulinspektoren die Begutachtung der beim Ministerium eingegangenen Anträge auf Genehmigung von Regulativen, Lehrplänen, Gesuchen um Staatsbeihilfen sowie die Prüfung der Jahresberichte der gewerblichen Schulen. Einer direkten Einmischung in den inneren Schulbetrieb hatten sie sich zu enthalten.¹⁰⁸⁷ Erst durch die Verordnung über die Aufsicht über die beruflichen Schulen vom 10. Juni 1932 wurden die Gewerbeschulräte Dienstvorgesetzte der Lehrer, und die Angelegenheiten der ihnen unterstellten Schulen wurden nunmehr von ihnen unmittelbar und nicht mehr wie bisher vom Fachreferenten im Ministerium vertreten. Auch traten sie erstmals – wie die Bezirksschulräte bereits seit Jahrzehnten – in Koordination mit den unteren Aufsichtsbehörden (Amtshauptmannschaften, Stadträten).¹⁰⁸⁸

Aufgrund der wachsenden Zahl der gewerblichen Schulen waren weitere Einrichtungen getroffen worden, um die Gewerbeschulinspektoren in ihrer Revisionstätigkeit zu entlasten. So wurden im Frühjahr 1894 einige gewerbliche Fachschulen, ohne sie der allgemeinen Aufsicht des Gewerbeschulinspektors zu entziehen, unter besondere fachmännische Fürsorge je eines Professors der Technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz gestellt, dem die Beurteilung des Fachunterrichts und der dem Fachunterrichte dienenden Werkstätten zufiel. Ebenso veranlaÙte das Ministerium des Innern einige Weblehrer und Vorstände größerer Webschulen zum Besuch kleinerer Webschulen. Am Ende des Schuljahres wurden die von ihnen angestellten Beobachtungen in gemeinsamer Besprechung mit den Gewerbeschulinspektoren, denen der allgemeinbildende Unterricht dieser kleineren Webschulen allein unterstellt blieb, beraten. Weiter wurde im Februar 1896 dem Direktor der Königlichen Gewerbezeichenschule zu Schneeberg die Beaufsichtigung des Zeichenunterrichts an zehn in der Umgebung von Schneeberg befindlichen gewerblichen Fortbildungsschulen übertragen. Im Interesse eines wirksamen Ineinandergreifens des vorbereitenden gewerblichen Zeichenunterrichts an den Volksschulen der Spielwarenbezirke und des Unterrichts an den Fachschulen für Spielwarenfabrikation zu Grünhainichen und Seiffen wurde den Gewerbelehrern dieser beiden Fachschulen, ohne ihnen ein Aufsichtsrecht zu übertragen, 1889 gestattet, diesen vorbereitenden Zeichenunterricht von Zeit zu Zeit zu besuchen. Mit der Aufsicht über die Bauschulen und die Bauabteilung der Höheren Gewerbeschule zu Chemnitz wurde im Dezember 1893 ein höherer Baubeamter betraut. Und in den großen Städten (insbesondere Dresden, Leipzig und Chemnitz), wo eine Vielzahl gewerblicher Schulen bestand, war noch eine vom Stadtrat unmittelbar ausgeübte Inspektion eingerichtet.¹⁰⁸⁹

Nachdem in den Reihen der Handelslehreshaft die Forderung nach fachmännischer Beaufsichtigung erhoben worden war, wurde im Juni 1910 dem Professor an der Handelshochschule zu Leipzig, Geheimen Hofrat Dr. Abraham Adler¹⁰⁹⁰, die Beratung einiger höherer Handelsschulen nebst den ihr angegliederten Lehrlingsschulen übertragen. Adler war nach Visitationen zur Berichterstattung verpflichtet, hatte sich im Übrigen aber jeder Anordnung zu enthalten; etwa vorgefundene Mängel durfte er nur als persönliche Meinung ansprechen. Von der Anstellung eines besonderen Handelsschulinspektors wurde seitens der Regierung mit der Begründung abgesehen, daß ein solcher bei den bestehenden 68 Handelsschulen wohl kaum die genügende Beschäftigung gefunden haben würde.¹⁰⁹¹ Das Amt des Handelsschulberaters erlosch wohl wenige Jahre später mit der Emeritierung Adlers; zumindest läÙt sich ein Nachfolger nicht nachweisen. Als darum der Bund Sächsischer Handelsschulmänner im Juli 1922 abermals mit

¹⁰⁸⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 84ff., hier: S. 5; Ebd., Nr. 18299, Bl. 8; Sechster Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten, S. 148; Paetzold, Wilhelm: Geschichte des Volksschulwesens im Königreich Sachsen, S. 215. Der Wortlaut einer in den Akten erwähnten Dienstanweisung für die Gewerbeschulräte vom 18. Januar 1921 konnte nicht ermittelt werden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16537, Bl. 140.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 41ff. (= Dokument 244); SSZ, 1932, S. 489; Kapitel F. III. 4. b.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Sechster Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten, S. 148; Enke, R.: Über den Stand des gewerblichen Schulwesens Sachsens, S. 25; Kähler, W.: Das mittlere und niedere technische Unterrichtswesen im Königreich Sachsen, S. 116; Simon, O.: Gewerbliches Unterrichtswesen, S. 277.

¹⁰⁹⁰ Zur Person Adlers siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 18301, Bl. 11; Deutsche Handelsschul-Warte, 1922, S. 75-76.

¹⁰⁹¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18301, Bl. 1, 3-4, 9 und 11.

dem Wunsch nach fachmännischer Beaufsichtigung an das Wirtschaftsministerium herantrat, erklärte dieses, daß diese Frage erst mit der Lösung des Dualismus entschieden werden könne.¹⁰⁹²

Neben dem Handelsschulberater existierte beim Ministerium des Innern seit Februar 1913 ein Handelsschulausschuß zur Beratung wichtiger der die Entwicklung des Handelsschulwesens betreffender Fragen. Dieser Ausschuß hatte keine Aufsichtsbezugnis, sondern war ein Sachverständigenorgan, das je nach Bedarf zu Sitzungen unter Leitung eines Mitglieds des Ministeriums des Innern zusammentrat, und in welchen auf die Dauer bis Ende 1916 22 männliche Personen (unter anderem der Handelsschulberater Prof. Dr. Adler, die beiden Gewerbeschulinspektoren, Vertreter der Handelskammern sowie Vorstandsmitglieder und Direktoren einiger Handelsschulen) berufen worden waren.¹⁰⁹³ Seit Februar 1921 existierten Planungen für einen neuzugründenden Handelsschulbeirat. Dieser wurde im Februar 1922 errichtet und hatte wie sein Vorgänger die Aufgabe, die Regierung in Handelsschulfragen zu beraten. Die erste und letzte Sitzung fand am 29. März 1922 statt. Da seine Mitglieder explizit auf die Dauer bis Ende 1925 berufen worden waren und danach eine Neubestellung nicht erfolgt war, ging das Wirtschaftsministerium im März 1930 davon aus, daß der Beirat zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bestand. Ob und in welcher Zusammensetzung er neu berufen werden sollte, wurde späterer Entschließung überlassen.¹⁰⁹⁴

Durch Verordnung vom 26. April 1921 erklärte das Wirtschaftsministerium, daß es zudem beabsichtige, einen Landesausschuß für die Gewerbeschulen (mit Ausschluß der Handels-, Textil-, Kunst- und der besonderen Fachschulen¹⁰⁹⁵) zu bilden, der als Beratungsorgan Anregungen zur Förderung des Gewerbeschulwesens geben sollte. Verbunden damit waren Vorschläge für die in den Ausschuß zu berufenen Mitglieder.¹⁰⁹⁶ Dem Ministerium des Kultus erschien es dagegen zweckmäßiger, die Errichtung eines Gewerbeschulausschusses im Zusammenhang mit der Neuordnung des Berufsschulwesens für beide Ministerien einheitlich (d. h. mit Einschluß der Fortbildungsschulen) in Angriff zu nehmen. Dies sollte gelegentlich der Bearbeitung des Landesberufsschulgesetzes oder – falls dies vorher durch besonderen Akt geschehen sollte – der Beseitigung des Dualismus geschehen. Etwa bestehende Pläne sollten solange aufgeschoben werden.¹⁰⁹⁷ Schließlich wurde in einer Aktennotiz vom 14. Dezember 1922 festgehalten, daß der personelle Umfang des Ausschusses mit 27 Mitgliedern zu groß geraten sei und er verkleinert werden müsse. Zudem wurde handschriftlich vermerkt, daß momentan kein Grund vorliege, den Landesausschuß für die Gewerbeschulen zu einer Sitzung einzuberufen; daß es aber nötig gewesen sei, ihn in seiner Zusammensetzung festzulegen, womit er zur Verfügung stünde und einberufen werden könne, sobald er vom Ministerium gebraucht werden würde.¹⁰⁹⁸

4. Die innere Verwaltung der gewerblichen Schulen

Für die innere Verwaltung der gewerblichen Schulen galt die Verordnung vom 15. November 1920, welche die Grundsätze für die Lehrerversammlung und den Lehrerausschuß aufstellte.¹⁰⁹⁹ Durch Verordnung vom 29. November 1924 war es dann den Handelsschulen freigestellt – sofern es die Mehrheit der hauptamtlich angestellten Lehrkräfte verlangte –, alternativ die Verordnung vom 16. Juli 1924, die die Befugnis-

¹⁰⁹² Vgl. Ebd., Nr. 16542, Bl. 100-102.

¹⁰⁹³ Vgl. Ebd., Nr. 18297, Bl. 3 und 39-40; Ebd., Nr. 18279, Bl. 172ff.; Dresdner Journal, 1912, Nr. 113, 2. Beilage, S. 9.

¹⁰⁹⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18297, Bl. 65, 68, 75, 106, 133-134 und 143; Ebd., Nr. 18280, Beiheft, Bl. 32-33 und 52-53; Gewerbeschau, 1921, S. 161.

¹⁰⁹⁵ Diese Bereiche des gewerblichen Schulwesens besaßen etwa mit dem Beirat für das Musikschulwesen, dem Ausschuß für die Textilschulen oder dem Ausschuß für die Web-, Wirk- und Spinnschulen ihre eigenen Beratungsorgane. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16520, Bl. 68; Ebd., Nr. 16420, Bl. 164; Gewerbeschau, 1921, S. 161; Kapitel C. II. 5.

¹⁰⁹⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16520, Bl. 29; Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1921, Sp. 164-165.

¹⁰⁹⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16520, Bl. 55.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Ebd., Bl. 68.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Ebd., Nr. 16121, Bl. 20 (= Dokument 130).

se der Lehrerversammlungen und der Schulleiter an den höheren Lehranstalten regelte¹¹⁰⁰, sinngemäß anzuwenden.¹¹⁰¹

III. Der Dualismus beider Schultypen

Unter dem Begriff „Dualismus“ verstehen wir in diesem Kontext das Vorhandensein von Schulen für die berufliche Ausbildung, die unter Anwendung gleicher Mittel gleichen Zielen nachstreben, sich aber, da sie unter verschiedenen Aufsichtsbehörden arbeiten, als Konkurrenzanstalten gegenüberstehen.¹¹⁰² Ein solcher Dualismus wurde in Sachsen im Jahr 1880 durch das Gewerbeschulgesetz strukturell angelegt, indem dieses einen Teil der Schulen für die fortbildungsschulpflichtige Jugend nicht dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, sondern dem Ministerium des Innern unterstellt hatte.¹¹⁰³ Im Folgenden wird gezeigt, wie sich dieser Konflikt auswirkte und welche Wege zu seiner Lösung beschritten wurden. Damit im Zusammenhang wird die Frage des Berufsschulgesetzes erörtert.

1. Die Dualismusdebatte im Königreich Sachsen

Als ein Teil der Volksschule bekam die Fortbildungsschule bei ihrer Einführung die weitere allgemeine Ausbildung der Schüler als ihre Aufgabe zugewiesen, was ihr zunächst den Charakter einer Wiederholungsschule verlieh. Dieser Unterricht erfolgte wöchentlich in wenigstens zwei bis maximal sechs Stunden.¹¹⁰⁴ In den 1880er und 1890er Jahren begann man, das Berufsinteresse des Schülers in höherem Maße zu berücksichtigen, den Unterrichtsstoff mehr auf das Berufliche zuzuschneiden, Lehrwerkstätten einzurichten und die Schüler in Klassen mit gleichen oder wenigstens gleichartigen Berufen zu vereinigen.¹¹⁰⁵ Durch Verordnung vom 7. November 1907 wurden sodann die Anforderungen zur Befreiung von der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht erhöht. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erklärte, daß es künftig sein Einverständnis hierzu nur noch erteilen wolle, wenn sich der Ersatzunterricht an den gewerblichen Schulen des Ministeriums des Innern auf mindestens sechs Wochenstunden bei dreijährigem Kursus oder auf mindestens sieben Wochenstunden bei zweijährigem Kursus erstrecke, und sofern nicht durch Gliederung der allgemeinen Fortbildungsschule in Fachklassen dem örtlichen Bedürfnisse nach beruflicher Ausbildung Rechnung getragen werden sollte.¹¹⁰⁶ Die Generalverordnung an die Bezirksschulinspektoren vom 17. Dezember 1907 enthielt schließlich Richtlinien über die weitere Ausgestaltung und Hebung der Fortbildungsschule.¹¹⁰⁷ War diese in den größeren Schulgemeinden schon bereits vergleichsweise entwickelt, sollte eine berufliche Gliederung bei den ländlichen Fortbildungsschulen durch Verbandsbildung ermöglicht werden.¹¹⁰⁸

Seitens der Vertreter der gewerblichen Schulen wurde diese Entwicklung mit wachsender Skepsis verfolgt. Das Ministerium des Innern sah sich daher seinerseits veranlaßt, mit der Verordnung vom 14.

¹¹⁰⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 76ff. (= Dokument 174).

¹¹⁰¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16121, Bl. 21.

¹¹⁰² Vgl. Schäme, Arthur: Der Dualismus im sächsischen Fortbildungsschulwesen, S. 2.

¹¹⁰³ Auf diesen möglichen Konflikt war schon bei der damaligen Beratung des Entwurfs hingewiesen worden. Vgl. Mittheilungen, 1879/1880, 1. Kammer, 7. Sitzung vom 10. Dezember 1879, S. 50-51.

¹¹⁰⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 357, § 14 Absatz 1 bis 3.

¹¹⁰⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 201; Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Entwurf eines Berufsschulgesetzes, S. 33ff.; Ders. (Hrsg.): Die Berufsschule Sachsens unter dem Ministerium für Volksbildung, S. 4ff.; Burkhardt, Gustav: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Sächsischen Berufsschulvereins, S. 54ff.; Morgner, ...: Die Berufsschule in Sachsen, S. 82; Adam, Thomas: Das sächsische Schulgesetz von 1874, S. 354.

¹¹⁰⁶ Vgl. Monatsblätter, 1911, S. 7 (= Dokument 91).

¹¹⁰⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13202/3, Bl. 50-51 (= Dokument 92); Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 191ff.

¹¹⁰⁸ Vgl. Wohlrab, E. H.: Zum Ausbau der ländlichen Fortbildungsschule; Ders.: Weitere Vorschläge zum Ausbau unserer ländlichen Fortbildungsschule; Endler, Hugo: Entwurf zu Satzungen für eine Distrikts- oder Verbandsfortbildungsschule; Schäme, Arthur: Der Dualismus im sächsischen Fortbildungsschulwesen, S. 30; Die Fortbildungsschule, 1910, S. 97-104 und 113-118.

November 1910 zu reagieren, die sich den Ausbau der Lehrlingsabteilungen der gewerblichen Schulen zum Ziele setzte, wofür auch entsprechende Beihilfen in Aussicht gestellt wurden.¹¹⁰⁹ Um den Konkurrenzkampf zwischen beiden Schulgattungen künftig zu vermeiden, trafen die beteiligten Ministerien am 4. Mai 1912 eine Vereinbarung¹¹¹⁰, die freilich den Dualismus nicht grundsätzlich zu lösen vermochte, sondern der Konfliktregulierung diene.¹¹¹¹

Auf dem 10. Sächsischen Fortbildungsschultag in Oschatz 1910 widmete sich Arthur Schäme in einem ausführlichen Referat dem Dualismus im sächsischen Berufsschulwesen.¹¹¹² Nachdem er die Bedingungen seines Entstehens umrissen hatte¹¹¹³, wandte er sich den daraus resultierenden Mißständen zu. So führte nach seiner Ansicht der Dualismus zu einer dreifachen Zersplitterung, nämlich 1.) des fortbildungsschulpflichtigen Schülermaterials, die in Bezug auf Erreichung einer durchgreifenden Allgemein-, Berufs- und sittlichen Bildung sowie im Interesse des Ansehens beider Unterrichtsanstalten bedenklich sei; 2.) der an Fach- und Fortbildungsschulen arbeitenden Lehrerschaft, die deren einheitliche Ausbildungsmöglichkeit hemme und sowohl das Ansehen als auch die Kraft der Weiterentwicklung beider Schulgattungen schwäche; sowie 3.) der für die Ausbildung der fortbildungsschulpflichtigen Jugend aufgewandten Geldmittel, indem deren wirtschaftlich-zweckmäßige Ausnützung verhindert werde.¹¹¹⁴ Abschließend – als Vorschlag zur Beseitigung der genannten Probleme – gelangte Schäme zu der Forderung, daß der Staat unter Mitwirkung der Gemeinden und der von ihr berufenen Lehrerschaft und unter Mitberatung der für die Fortbildungsschule interessierten Kooperationen aus Handel, Industrie und Handwerk die Ausbildung der fortbildungsschulpflichtigen Jugend durch ein besonderes Fortbildungsschulgesetz regeln müsse, das einmal nach einheitlichen Gesichtspunkten die verschiedenen Stufen der beruflichen Ausbildung überhaupt festlege und innerhalb derselben Ziele und Mittel sowie Deckung der Ausbildungskosten bestimme.¹¹¹⁵ Die von Schäme 1910 formulierten Leitsätze fanden sogleich Eingang in eine Denkschrift, an welcher der Vorstand des Sächsischen Fortbildungsschulvereins bereits arbeitete¹¹¹⁶, und die im Jahr 1911 unter dem Titel „Grundzüge für eine gesetzliche Neuordnung des Fortbildungsschulwesens“ erschien¹¹¹⁷. In dieser wurde als letzte Konsequenz die Forderung ausgesprochen, alle beruflichen Schulen der Aufsicht einer obersten Behörde zu unterstellen.¹¹¹⁸

Die sächsischen Gewerbe- und Handelsschulmänner warben ihrerseits in Eingaben und Denkschriften für ihre Positionen. Die Entwicklung der Fortbildungsschule in Richtung Berufsschule erschien den gewerblichen Schulen als ernste Existenz- und Lebensfrage, da sie befürchteten, ihre Selbständigkeit zu verlieren und zu einer Abteilung der allgemeinen Fortbildungsschule herabgedrückt zu werden.¹¹¹⁹

¹¹⁰⁹ Vgl. Die Fortbildungsschule, 1910, S. 284-285; Monatsblätter, 1911, S. 10-11 (= Dokument 93).

¹¹¹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16104, Bl. 84 (= Dokument 94); Ebd., Nr. 16115, Bl. 216-217; Mitteilungen, 1913/1914, 2. Kammer, 8. Sitzung vom 27. November 1913, S. 155; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 729-730, Buchstabe A; Gewerbeschau, 1912, S. 193.

¹¹¹¹ Vgl. Ziegler, Adolf: Der Dualismus im kaufmännischen Schulwesen, S. 37-39.

¹¹¹² Vgl. Schäme, Arthur: Der Dualismus im sächsischen Fortbildungsschulwesen; Die Fortbildungsschule, 1911, S. 1-11, 17-23, 25-36, 42-45 und 54-58.

¹¹¹³ Vgl. Schäme, Arthur: Der Dualismus im sächsischen Fortbildungsschulwesen, S. 1-15.

¹¹¹⁴ Vgl. Ebd., S. 15-28. Siehe auch: Landtags-Akten, 1911/1912, 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 670-671.

¹¹¹⁵ Vgl. Schäme, Arthur: Der Dualismus im sächsischen Fortbildungsschulwesen, S. 28-35. In Anbetracht der durch das Kultusministerium geförderten zunehmenden Betonung des fachlichen und beruflichen Charakters der Fortbildungsschule gelangte bereits der Sächsische Fortbildungsschultag 1908 in Meißen zu der Auffassung, daß die Fortbildungsschule nunmehr ihren eigenen Weg gehen müsse. Mit der erstrebten Loslösung von der Volksschule fiel so auch der Grund für die bisherige gemeinsame gesetzliche Regelung. Vgl. Vereinigung gewerblicher Lehrer Sachsens (Hrsg.): Das sächsische Gewerbeschulgesetz, S. 23-24.

¹¹¹⁶ Vgl. Die Fortbildungsschule, 1910, S. 209-210 und 257-259.

¹¹¹⁷ Vgl. Sächsischer Fortbildungsschulverein (Hrsg.): Grundzüge für eine gesetzliche Neuordnung des Fortbildungsschulwesens.

¹¹¹⁸ Vgl. Ebd., S. 11-12.

¹¹¹⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16115; Bl. 80-86; Ebd., Nr. 16455, Bl. 84-93; Denkschrift des Vereins sächsischer Handelsschulmänner, betreffend eine gesetzliche Neuordnung des sächsischen Handelsschulwesens; Welche Folgen können die Bestrebungen des Sächs. Fortbildungsschul-Vereins für unsere Handelsschulen haben; Landtags-Akten, 1909/1910, 2. Kammer, Berichte, Bd. 2, Nr. 461 (vom 2. Mai 1910), S. 3-4.

Und in der Tat fielen die Bestrebungen des Sächsischen Fortbildungsschulvereins bei der Regierung auf fruchtbaren Boden. So wurden bestehende Hemmnisse im Volksschulgesetzentwurf vom 12. Januar 1912 beseitigt und fortschrittliche Bestimmungen aufgestellt, indem unter anderem die Aufgabe der Fortbildungsschule weiter gefaßt und insbesondere die Aufnahme von besonderen, der fachlichen Berufsausbildung dienenden, Unterrichtsgegenständen ermöglicht, die Unterrichtszeit auf wenigstens drei bis maximal zwölf Stunden wöchentlich erhöht sowie die Schülerzahl einer Klasse auf 30 festgelegt wurde. Ebenso war die Einführung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule vorgesehen.¹¹²⁰ Während der Vorstand des 1905 gegründeten Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner¹¹²¹ eine scharfe Abgrenzung der Fortbildungsschule zur Gewerbeschule im Volksschulgesetzentwurf nicht zu erkennen vermochte¹¹²² und auch dem Verein Sächsischer Handelsschulmänner die Bestimmungen geeignet schienen, den Fortbestand der Handelsschulen zu gefährden¹¹²³, war dem Sächsischen Fortbildungsschulverein der Entwurf dagegen nicht weitgehend genug, weshalb er sogleich detaillierte Abänderungsvorschläge formulierte¹¹²⁴. Insbesondere der nicht in Erfüllung gegangene Wunsch nach einem besonderen Fortbildungsschulgesetz veranlaßte den Verein zu einer ausführlichen Stellungnahme zu den von der Regierung in den Motiven der Vorlage angeführten Beweggründen, die Fortbildungsschulverhältnisse weiterhin im Rahmen des Volksschulgesetzes zu regeln^{1125, 1126}.

Nachdem der Volksschulentwurf schließlich gescheitert war, wandte sich der Sächsische Fortbildungsschulverein im Jahr 1913 erneut mit einer Petition an den Landtag, in welcher er erklärte, daß das Volksschulgesetz von 1873 die Entwicklung der Fortbildungsschule nach wie vor hemme, weshalb die gewerblichen Schulen sowie die gleichartigen Schulen der anderen Bundesstaaten die Fortbildungsschulen zu überflügeln drohten. Daher möchten die fortschrittlichen Bestimmungen aus dem Volksschulgesetzentwurf in irgendeiner Weise realisiert werden. Und es wurde nicht versäumt, hinzuzufügen, daß ein wirklicher durchgreifender Fortschritt nur durch ein besonderes Fortbildungsschulgesetz erzielt werden könne.¹¹²⁷ Und weiterhin erblickte der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner in diesem Bestreben eine ernste Gefahr für das sächsische Gewerbeschulwesen.¹¹²⁸ Anlässlich der Beratung der Eingabe in der vierten Deputation der Ersten Kammer des Sächsischen Landtags erklärten die abgesandten Regierungskommissare am 21. Januar 1914, daß das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts bemüht sein werde, die Verbesserungen des Fortbildungsschulwesens, die sich im Rahmen des bestehenden Volks-

¹¹²⁰ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 795-796 (§§ 26-29), 850-854 und 856-857; Mitteilungen, 1911/1912, 2. Kammer, 108. Sitzung vom 29. November 1912, S. 4394-4417; Landtags-Akten, 1911/1912, 1. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 669ff.; Monatsblätter, 1911/1912, S. 163-164; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 218ff.

¹¹²¹ Vgl. Gewerbeschau, 1906, S. 4 und 384ff.

¹¹²² Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 239-240; Monatsblätter, 1911/1912, S. 173-183, 198-199 und 200-203.

¹¹²³ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 301-307; Ebd., 11125, Nr. 18315, Bl. 33.

¹¹²⁴ Vgl. Ebd., 10692, Nr. 14414, Bl. 310-315.

¹¹²⁵ Vgl. Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 853.

¹¹²⁶ Dem Einwand, daß die Fortbildungsschule innerlich fest mit der Volksschule verbunden sei, hielt er entgegen, daß die Fortbildungsschule zwar die Volksbildung fortzusetzen, dabei aber von einem ganz anderen Schülermaterial auszugehen habe. Und wollte man den inneren Zusammenhang beider Schulen in der Person des Lehrers erblicken, so habe hier der Entwurf selbst den Zusammenhang gelöst, indem er einmal Nichtpädagogen als Fortbildungsschullehrer zuließe und zum anderen Schulverbände in Aussicht stelle. Um die von der Regierung angeführten formellen Bedenken zu entkräften, zog der Sächsische Fortbildungsschulverein alle gesetzlichen Bestimmungen, die die Fortbildungsschule betrafen, aus dem Entwurf heraus und stellte sie einheitlich in 12 Paragraphen zusammen. Dies so geschaffene einheitliche Gesetz verbürge wegen seiner Übersichtlichkeit – im Gegensatz zu dem geltenden Gesetz mit seinen vielen Verordnungen – eine leichte Handhabung. Und schließlich könne die Fortbildungsschule, sobald sie aufgehört habe, ein Anhängsel der Volksschule zu sein, ihr Ansehen ganz erheblich vermehren und auf diese Weise zu einer selbständigen, vollwertigen Erziehungsanstalt für die reifere Jugend werden. Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 310-315, Ziffer 14. Für den genannten Gesetzentwurf siehe: Ebd., Bl. 314-315 (= Dokument 14).

¹¹²⁷ Vgl. Wünsche des Sächsischen Fortbildungsschulvereins, ein besonderes Gesetz für das Fortbildungsschulwesen betreffend.

¹¹²⁸ So sei es zur Genüge bekannt, daß die Fortbildungsschulen die Gewerbeschulen mit allen denkbaren Mitteln bekämpften und daß sich der Fortbildungsschulverein das Ziel gesetzt habe, den von ihm vielgeschmähten Dualismus dadurch zu beseitigen, daß die Gewerbeschulen gezwungen würden, ihre Tore zu schließen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18765, Bl. 1. Seit Mai 1913 war der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner seinerseits in die Beratungen eines Gewerbeschulgesetzes eingetreten. Vgl. Monatsblätter, 1913/1914, S. 1-4 und 23-29.

schulgesetzes auf dem Verordnungswege ermöglichen ließen, durchzuführen. Den Erlaß eines besonderen Fortbildungsschulgesetzes halte das Ministerium indes nach wie vor nicht für angezeigt. Es sei aber bereit, ein Abänderungsgesetz zum Volksschulgesetz, durch das die Bestimmungen über die Fortbildungsschule zeitgemäß ergänzt und ausgestaltet werden, vorzulegen, falls ein dahingehender Antrag von beiden Kammern gestellt werde. Und auf Befragen erklärten die Regierungskommissare, daß die Regierung einen solchen „Antrag“ in einer Überweisung der Petition „zur Erwägung“ sehen würde, während in einer Überweisung nur „zur Kenntnisnahme“ ein solcher „Antrag“ nicht erblickt werden könnte.¹¹²⁹ Nachdem der Berichterstatter im Plenum unter anderem noch daran erinnerte, daß bei Beratung des Volksschulgesetzentwurfs 1912 die Paragraphen über die Fortbildungsschule in beiden Kammern verhältnismäßig wenig umstritten waren und deswegen eine „Regierungsvorlage alle Fährnisse der parlamentarischen Behandlung glücklich“ überwinden könnte, folgte die Erste Kammer einstimmig dem Antrag ihrer Deputation. So wurde die Petition des Sächsischen Fortbildungsschulvereins, insofern sie eine gesetzliche Neuregelung des Fortbildungsschulwesens überhaupt erstrebte, der Regierung in dem Sinne zur Erwägung überwiesen, daß dieselbe ein Abänderungsgesetz zum Volksschulgesetz, durch das die Bestimmungen über die Fortbildungsschule ergänzt und ausgestaltet werden, vorlegen solle.¹¹³⁰ Während sich in der Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer die Minderheit zu der Stellung der Ersten Kammer bekannte, vertrat die Deputationsmehrheit die Auffassung, daß, wenn die Regierung ein Abänderungsgesetz für dringlich halte, sie pflichtgemäß ein solches einzubringen habe, ohne auf die Anregung aus dem Landtage zu warten. Darüber hinaus stand die Deputationsmehrheit auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen über die Fortbildungsschule nicht aus dem organischen Ganzen des Volksschulgesetzes zu reißen, vielmehr mit und in einem neuen Volksschulgesetz als Teil eines harmonischen Ganzen zu schaffen seien. Auch im Plenum folgte die Mehrheit dem Antrag, die Petition des Sächsischen Fortbildungsschulvereins der Regierung als Material für den Erlaß eines neuen Volksschulgesetzes zur Kenntnisnahme zu überweisen. Mit dieser eigentümlichen – einen scheinbaren Widerspruch enthaltenden – Formulierung sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß der Inhalt der Petition an sich der Beachtung und Förderung wert sei, aber nicht durch ein besonderes Gesetz, sondern daß die Fortbildungsschule gleichzeitig und im Zusammenhang mit der Volksschule geregelt werden solle.¹¹³¹ Da nun voneinander abweichende Beschlüsse vorlagen, sah sich die Regierung zu einem Tätigwerden nicht veranlaßt.

Aktuell wurde die Frage erst wieder, als am 8. Mai 1917 durch den Abgeordneten Dr. Friedrich Roth ein Antrag zwecks Vorlage eines Gewerbeschulgesetzentwurfs eingebracht wurde, durch welchem dem Nachwuchs im Handwerk und Gewerbe eine gründliche zeitgemäße Ausbildung und dem Gewerbelehrerstande die dringend benötigte Festigung seiner Stellung gewährleistet werde.¹¹³² Nach der Überweisung an die Beschwerde- und Petitionsdeputation konnte diese wegen des Landtagsschlusses ihre kaum begonnene Arbeit nicht zum Abschluß bringen.¹¹³³ Deswegen brachte Dr. Roth im folgenden Landtag seinen Antrag abermals ein, der in überarbeiteter Fassung – aber inhaltlich gleichgerichtet – nun die Vorlage eines Gesetzentwurfs wünschte, durch welchen die Vereinheitlichung des sächsischen Fachschulwesens herbeigeführt werde.¹¹³⁴ Der Sächsische Fortbildungsschulverein lehnte freilich den Antrag Roth in

¹¹²⁹ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14665, Bl. 8; Landtags-Akten, 1913/1914, 1. Kammer, Berichte, Nr. 108 (vom 12. Februar 1914), S. 2.

¹¹³⁰ Vgl. Landtags-Akten, 1913/1914, 1. Kammer, Berichte, Nr. 108 (vom 12. Februar 1914), S. 3; Mitteilungen, 1913/1914, 1. Kammer, 21. Sitzung vom 4. März 1914, S. 278-280.

¹¹³¹ Vgl. Landtags-Akten, 1913/1914, 2. Kammer, Berichte, Bd. 2, Nr. 462 (vom 5. Mai 1914); Mitteilungen, 1913/1914, 2. Kammer, 87. Sitzung vom 12. Mai 1914, S. 3382-3389.

¹¹³² Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 15153; Landtags-Akten, 1915/1917, 2. Kammer, Berichte, Nr. 391 (vom 8. Mai 1917); Mitteilungen, 1915/1917, 2. Kammer, 85. Sitzung vom 3. Oktober 1917, S. 2757-2780; Gewerbeschau, 1917, S. 177-179, 193-195, 305-306 und 321-323.

¹¹³³ Vgl. Mitteilungen, 1915/1917, 2. Kammer, 89. Sitzung vom 10. Oktober 1917, S. 2950.

¹¹³⁴ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 9 (vom 12. November 1917); Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 3. Sitzung vom 20. November 1917, S. 16-22.

seiner Beschränkung auf die Gewerbeschulen ab und forderte nun die Beseitigung des Dualismus durch ein einheitliches Volksbildungsgesetz, das auch unter anderem Organisation und Aufgabe der Fach- und Fortbildungsschule regeln und die Aufsicht über alle Lehranstalten einem Unterrichtsministerium zuweisen solle.¹¹³⁵ Der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner begrüßte naturgemäß den Antrag Roth und hielt es nicht für richtig, daß die Schaffung eines zeitgemäßen Gewerbeschulgesetzes erst im Rahmen einer noch in ungewisser Ferne gelegenen Regelung des gesamten Schulwesens stattfinden solle. Sie müsse vielmehr sofort in Angriff genommen werden, weil ein Aufschub zum Nachteil der gewerblichen Berufsstände, des Volks- und Staatswohles gereichen würde, und weil die große Verschiedenheit und Unsicherheit in den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der an den gewerblichen Schulen tätigen Lehrer schon lange einer einheitlichen Regelung bedürfe. Das gesamte gewerbliche Bildungswesen sei demgemäß einheitlich zu regeln, stufenmäßig auszubauen und *einer* obersten Schulbehörde zu unterstellen.¹¹³⁶

Anläßlich der Beratung des Antrags Roth traten das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und das Ministerium des Innern in Verhandlungen und verständigten sich über die etwa zu ergreifenden Maßnahmen zur Beseitigung von Unzuträglichkeiten, die sich an verschiedenen Orten aus dem Nebeneinanderbestehen von Gewerbeschulen und allgemeinen Fortbildungsschulen ergeben hatten.¹¹³⁷ Im Ergebnis erging am 28. Februar 1918 eine Regierungserklärung, in der die Staatsregierung die angeregten – mit Gesetzesänderungen verbundenen – Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht geeignet ansah. Vielmehr seien die beteiligten Ministerien im Anschluß an ihre frühere Vereinbarung vom 4. Mai 1912 übereingekommen, sich zur tunlichsten Milderung der bestehenden Zwiespältigkeiten über Maßnahmen zu einigen, die einen Wettbewerb ihrer Organe bei Errichtung von gewerblichen Schulen einerseits und von Fachklassen der Pflichtfortbildungsschule andererseits, sowie eine Zersplitterung von staatlichen Geldern und eine Verschwendung von Lehrkräften und Lehrmitteln ausschlossen.¹¹³⁸

Die abermals mit der Beratung betraute Beschwerde- und Petitionsdeputation konnte sich nun angesichts der Ungeneigtheit der Regierung nur darauf beschränken, die ihrerseits aufgestellten Leitsätze zu überarbeiten und der Regierung als Material für ein künftiges Volksschulgesetz zu überweisen.¹¹³⁹ Einen Landtagsbeschluß gab es in dieser Angelegenheit nicht mehr. Die geäußerte Befürchtung, daß die zwischen den Ministerien getroffene Vereinbarung den Dualismus nicht aus der Welt schaffen werde, sondern sich selbst bei anfänglich friedlichem Nebeneinanderarbeiten beider Schularten bald wieder Unstimmigkeiten einstellen würden¹¹⁴⁰, sollte sich freilich bewahrheiten – wenn auch unter veränderten politischen Verhältnissen.

2. Die Dualismusdebatte zum Beginn der Weimarer Republik

a. Der Ausbau der Fortbildungsschule im Rahmen der Volksschulreform

Dem Fortbildungsschulwesen waren durch das reformfreundliche Klima zum Beginn der Weimarer Republik günstige Entwicklungsbedingungen gegeben.¹¹⁴¹ Obwohl an ein einheitliches Berufsschulgesetz

¹¹³⁵ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 15658, Bl. 3-4; Ebd., Nr. 16101, Bl. 18-23; Fortbildungsschulpraxis, 1917, S. 121-124 und 167-170; Ebd., 1918, S. 51-59 und 61-63; SSZ, 1918, S. 169-170; Gewerbeschau, 1917, S. 289-290; Ebd., 1918, S. 23-25.

¹¹³⁶ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 16101, Bl. 24-25 und 28-29; Ebd., Nr. 15740, Bl. 2-5; Ebd., 11125, Nr. 16104, Bl. 77 III-IV; Gewerbeschau, 1917, S. 369-375; Ebd., 1918, S. 1-6, 17-23, 33-41 und 101-104; Wünsche des Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner zur gesetzlichen Neugestaltung des gewerblichen Schulwesens; Vereinigung gewerblicher Lehrer Sachsens (Hrsg.): Das sächsische Gewerbeschulgesetz.

¹¹³⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16104, Bl. 3-6, 7-8, 13-14, 33-34, 42-48, 80 I-II und 82-85.

¹¹³⁸ Vgl. Ebd., 10692, Nr. 16101, Bl. 9-11 (= Dokument 95); Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 728-729.

¹¹³⁹ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 16101, Bl. 34ff.; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 296 (vom 11. Mai 1918).

¹¹⁴⁰ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 730.

¹¹⁴¹ Vgl. Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 251ff.

wegen der noch ungelösten Dualismusfrage zunächst nicht zu denken war, konnten Teilgebiete doch herausgegriffen und im Kontext der Volksschulgesetzgebung erledigt werden. Nachdem die Sächsische Volkskammer die Arbeiten am Übergangsschulgesetz begonnen hatte, kündigte das unter der Leitung von Wilhelm Buck (MSPD) stehende Kultusministerium am 2. Juni 1919 an, in den Entwurf auch entsprechende Bestimmungen über das Fortbildungsschulwesen aufnehmen zu wollen.¹¹⁴² Aufgrund ihrer eigentümlichen Kompliziertheit sollte diese Materie aber weder umfassend noch endgültig geordnet, sondern vielmehr erst im Rahmen der Einheitsschule abschließend erörtert werden.¹¹⁴³ Nach den Beschlüssen der Volkskammer vom 11. Juli 1919 hatte die Fortbildungsschule während ihrer dreijährigen Dauer unter besonderer Berücksichtigung der staatsbürgerlichen, der beruflichen und der hauswirtschaftlichen Ausbildung der volksschulentlassenen Jugend das Erziehungswerk der Volksschule fortzusetzen.¹¹⁴⁴ Der unentgeltliche Unterricht war in mindestens drei bis höchstens 12 Stunden wöchentlich zu erteilen, wobei die Zahl der Schüler einer Klasse 30 nicht übersteigen sollte.¹¹⁴⁵ Ebenso wurde die obligatorische Mädchenfortbildungsschule eingeführt.¹¹⁴⁶ Der Sächsische Fortbildungsschulverband sah damit seine dringendsten Forderungen zwar verwirklicht, erkannte aber, daß dies den Dualismus verschärfen werde.¹¹⁴⁷ Schon in den Verhandlungen hatte der Abgeordnete Prof. Dr. Franz Rendtorff (DNVP) zu bedenken gegeben, daß die nicht unter dem Kultusministerium stehenden kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschulen unter dem Übergangsschulgesetz schwer zu leiden haben würden.¹¹⁴⁸ Auch der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner hatte frühzeitig darum ersucht, die Frage des Fortbildungsschulwesens nicht in den Bereich des „Notschulgesetzes“ zu ziehen.¹¹⁴⁹ In einer weiteren – gemeinsamen mit dem Sächsischen Handelsschulmänner-Verband, dem Verband der Textilschulmänner und dem Verband der Sächsischen Landwirtschaftslehrer unterzeichneten – Eingabe vom 30. Juni 1919 wurde vor den schwersten Nachteilen für die dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Schulen gewarnt, deren Schicksal durch die Annahme des Entwurfs besiegelt sein würde.¹¹⁵⁰

Nach Übernahme des Vorsitzes im Kultusministerium erklärte Dr. Richard Seyfert (DDP) am 16. Dezember 1919 in der Volkskammer, daß mit dem weiteren Ausbau der Fortbildungsschule nicht bis zur Entscheidung der Dualismusfrage gewartet werden könne. Die Grundsätze, nach denen die Berufsschule weiter auszugestalten sei, seien vom Dualismus unabhängig, da sie nicht aus einer Ressortzugehörigkeit, sondern aus der Aufgabe der Fach- und Fortbildungsschule selbst erwüchsen.¹¹⁵¹ Diese Stellungnahme drückte sich sodann in der Verordnung vom 20. August 1920 aus. In dieser wurden die Bezirksschulämter veranlaßt, um die Durchführung der schon in der Generalverordnung vom 17. Dezember 1907 geforderten beruflichen Gliederung der Fortbildungsschulen besorgt zu sein. Diejenigen Schulgemeinden, in denen die Zahl der Fortbildungsschüler zu klein war, um eine hinreichende berufliche Gliederung zu ermöglichen, waren – nötigenfalls auf Anordnung durch das Ministerium selbst – mit den Nachbargemeinden zu Schulverbänden zusammenzuschließen.¹¹⁵² Daraufhin entfaltete der im Juni 1920 zum Ministerialbeauftragten für das Berufsschulwesen im Ministerium des Kultus berufene Fortbildungsschuldirektor in Groß-

¹¹⁴² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16105, Bl. 1.

¹¹⁴³ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 205 (vom 27. Mai 1919), S. 10. Im Gesetzgebungsausschuß hatten die Vertreter des Wirtschaftsministeriums geklagt, daß den gewerblichen Fachschulen durch die geplante Fortentwicklung der Fortbildungsschule im Wege der fachlichen Gliederung sowie durch die Schulgeldfreiheit eine nicht zu überwindende Konkurrenz entstünde, weswegen diese strittige Materie überhaupt aus dem Übergangsschulgesetz auszuschneiden sei. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 239, Bl. 78-81.

¹¹⁴⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 171 und 172, §§ 1 (Absatz 3), 2 (Absatz 6) und 3 (Absatz 1).

¹¹⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 175 und 176, §§ 5 (Absatz 1) und 7 (Absatz 2, 5 und 6).

¹¹⁴⁶ Vgl. Ebd., S. 176, § 7 Absatz 1.

¹¹⁴⁷ Vgl. Fortbildungsschulpraxis, 1919, S. 65-69, 76-79 und 97-105; Ebd., 1920, S. 3-8.

¹¹⁴⁸ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1965.

¹¹⁴⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16125, Bl. 43-45.

¹¹⁵⁰ Vgl. Ebd., Bl. 147.

¹¹⁵¹ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2470-2471; Fortbildungsschulpraxis, 1920, S. 39-43.

¹¹⁵² Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 119 (= Dokument 126).

zschachwitz, Hugo Endler, eine Reise- und Vortragstätigkeit, um die Gründung von Zweckverbänden insbesondere in kleinen Orten zu unterstützen sowie die Einführung der Mädchenfortbildungsschule vorzubereiten.¹¹⁵³ Die am 30. Oktober 1920 versammelten Vorstandsmitglieder des Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner wußten alle „eine Reihe neuer Fälle mit[zu]teilen, die zeigten, mit welchen Mitteln auf der Gegenseite gearbeitet wird, um in letzter Stunde für das Kultusministerium zu retten, was noch irgend möglich ist“¹¹⁵⁴. Zwei Tage zuvor war ihnen durch das Wirtschaftsministerium versichert worden, daß es hiergegen Schritte zu unternehmen gedenke¹¹⁵⁵, denn schließlich wimmelten „[d]ie Akten des Wirtschaftsministeriums [...] nur so von Beschwerden von Schulleitern und Trägern von Schulunternehmungen, die sich durch die Tätigkeit des Regierungsrats Endler in ihrer Existenz bedroht fühlen und nicht verstehen, daß hier das eine Ministerium unter Verschwendung von Staatsmitteln einreißt, was das andere in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaut hat“¹¹⁵⁶.

Zur Beilegung dieses Konflikts verständigten sich die beiden Ministerien vorläufig – bis die Vereinheitlichung des gesamten Berufsschulwesens geregelt sein würde – auf eine dritte Vereinbarung, die in der Verordnung vom 19. Dezember 1921 ihren Niederschlag fand. So wurden die Bezirksschulämter angewiesen, künftig in allen Fällen, in denen die berufliche Gliederung einer Fortbildungsschule Auswirkungen auf eine am gleichen Orte bestehende Gewerbeschule haben würde, zunächst Bericht an das Kultusministerium zu erstatten, damit dieses sich mit dem Wirtschaftsministerium ins Einvernehmen setzen könne. Ohne die ausdrückliche Genehmigung des Kultusministeriums durfte mit dem Ausbau oder mit den Vorarbeiten zu dem Ausbau nicht begonnen werden. Umgekehrt hatten die Bezirksschulämter zu berichten, sobald ihnen Bestrebungen bekannt wurden, die auf die Neugründung, den Ausbau oder die Umgestaltung einer als Ersatz für die Pflichtfortbildungsschule anerkannten Gewerbe-, Handels- oder Landwirtschaftsschule oder auf die Angliederung einer Fortbildungsschule an eine solche Schule oder auf ihre Unterstellung unter die Leitung einer solchen Schule hinzielten.¹¹⁵⁷

Damit konnte freilich nur vorübergehend Beruhigung gefaßt werden. Denn schon das Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 sorgte für eine weitere Hebung des Fortbildungsschulwesens, indem es auch für diese Schulgattung die Übernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat vorschrieb.¹¹⁵⁸ Hiergegen hatte bereits Ende September 1921 das Wirtschaftsministerium in einem Schreiben lebhaften Einspruch erhoben. So sei es eine Lebensfrage für die Gewerbeschulen, daß das Schulbedarfsgesetz nur im Zusammenhang und gleichzeitig mit dem Berufsschulgesetz behandelt werde, nicht aber dessen wichtigsten Bestimmungen vorwegnehme. Durch die Regelung der Schullastenverteilung stünde zu befürchten, daß die jetzigen Schulträger, die Innungen und die Gewerbevereine, ihre Schulen in städtische Fortbildungsschulen umwandeln würden, weil sie dann der Sorge um die Personalkosten enthoben seien. Zumindest könnten diese Schulträger vom Wirtschaftsministerium soviel Zuschuß verlangen, wie sie als Fortbildungsschulen auf Grund des Schulbedarfsgesetzes erhalten würden. Und wenn das Schulbedarfsgesetz die Lehrerbesoldung aus der Staatskasse festlege und die Lehrer die Sicherheit der Gehaltszahlung und die Pensionsrechte der Staatsbeamten hätten, würden die Lehrer an den Gewerbeschulen in der Weise auf Gleichstellung drängen, daß auch ihre Schulen zu Fortbildungsschulen würden. Während also die Wünsche des Kultusministeriums sowie seiner Schulen und Lehrer durch das Schulbedarfsgesetz befrie-

¹¹⁵³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16105, Bl. 185 II, 190 und 191.

¹¹⁵⁴ Ebd., Bl. 189

¹¹⁵⁵ Vgl. Ebd., Bl. 261ff. (S. 37ff.).

¹¹⁵⁶ Ebd., Bl. 192.

¹¹⁵⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1922, S. 3 (= Dokument 145).

¹¹⁵⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 405, § 1 Absatz 1; Kapitel D. V. 2.

digst würden, gingen die Schulen des Wirtschaftsministeriums leer aus, woraus sich ihr baldiges Sterben ableiten ließe.¹¹⁵⁹

In der Verordnung vom 8. Februar 1923 wurde sodann darauf hingewiesen, daß die Verordnung über die gegenseitigen Beziehungen des Wirtschafts- und des Kultusministeriums vom 19. Dezember 1921 weder durch das Schulbedarfsgesetz noch durch seine Ausführungsverordnung berührt werde und sie vielmehr weiterhin bis zur Vereinheitlichung des gesamten Berufsschulwesens Geltung behalte.¹¹⁶⁰ Der Sächsische Berufsschulverein wandte sich scharf gegen die beiden genannten Dualismusverordnungen, indem er sie als „Fesseln für das Berufsschulwesen unterm Volksbildungsministerium“¹¹⁶¹ bezeichnete, die den Dualismus nicht milderten, sondern verschärften, weil sie etwa die Entwicklung der in den Anfängen steckenden Mädchenberufsschule behinderten. Damit verstießen sie auch gegen bestehendes Recht, weil es ja gerade in der Absicht des Schulbedarfsgesetzes liege, die Berufsschulen zu fördern, deren Ausbau aber durch die Verordnungen rechtswidrig gehemmt sei.¹¹⁶² Der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner beklagte dagegen, daß die Verordnung vom 8. Februar 1923 zu spät gekommen sei. So habe sich die Fortbildungsschule an die Vereinbarung der Ministerien – daß aus wirtschaftlichen Gründen dort, wo ausgebaute Gewerbeschulen bestünden, Fortbildungsschulen nicht ebenso ausgebaut werden sollten – infolge des Übergangsschul- und Schulbedarfsgesetzes nicht mehr zu halten brauchen geglaubt. Da andererseits eine zeitgemäße gesetzliche Regelung des Gewerbeschulwesens nicht erfolgt sei, habe der begonnene Ausbau der Fortbildungsschule vielfach den Charakter des einseitigen, ungesunden Wettbewerbs angenommen. Demgegenüber habe die Gewerbeschule in Beachtung der genannten Vereinbarung auf den auch für sie notwendigen Ausbau verzichten und aus haushälterischen Gründen sogar eine beträchtliche Erhöhung der Klassenstärken hinnehmen müssen.¹¹⁶³ Daß diese Feststellung nicht leicht von der Hand zu weisen war, zeigt auch die Bemerkung des Ministerpräsidenten Wilhelm Buck (SPD) in seiner Regierungserklärung vom 12. Dezember 1922, wonach dem Ausbau der Fortbildungsschulen dauernd die nötige Aufmerksamkeit zu widmen war.¹¹⁶⁴ Und auf Befragen erklärte das Wirtschaftsministerium am 24. Februar 1923, daß es selbst zwar nicht daran denke, die Handelsschulen abzubauen. Doch sei es leider nicht in der Lage, zu verhindern, daß den genannten Schulen durch den Ausbau der Fortbildungsschulen, insbesondere der Mädchenfortbildungsschule, eine sehr unerwünschte Konkurrenz gemacht werde.¹¹⁶⁵

b. Der erste Berufsschulgesetzentwurf des Kultusministeriums

Während der Ausbau der Fortbildungsschulen in die Wege geleitet wurde, befaßte sich das Kultusministerium zugleich mit den Arbeiten an einem Berufsschulgesetz. Bereits Anfang 1920 war der sächsischen Regierung der Entwurf eines Berufsschulgesetzes vom Reichsministerium des Innern zur Äußerung vorgelegt worden.¹¹⁶⁶ Da damit gerechnet werden mußte, daß der Entwurf in absehbarer Zeit dem Reichsrat

¹¹⁵⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16134, Bl. 70-71. So wußte auch der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner mitzuteilen, daß das an sich segensreiche Schulbedarfsgesetz auf das Gewerbeschulwesen leider eine vom Gesetzgeber ungewollte, schädigende Nebenwirkung ausgeübt habe. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 83.

¹¹⁶⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 24.

¹¹⁶¹ SächsHStAD, 10693, Nr. 1657, AE 40, Ziffer II.

¹¹⁶² Vgl. Ebd., Nr. 1171, AE 3-4; Praxis der Berufsschule, 1923, S. 120-121 und 151. Diese Auffassung wird durch eine Aussage des Abgeordneten Ernst Schneller (KPD) gestützt. Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 48. Sitzung vom 3. Juli 1923, S. 1267-1268.

¹¹⁶³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 82-85.

¹¹⁶⁴ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 12. Dezember 1922, S. 16; Endler, Hugo: Stand des sächsischen Fortbildungs-(Berufs-)schulwesens, S. 4; Praxis der Berufsschule, 1923, S. 7-9 und 75-78.

¹¹⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18280, Bl. 137.

¹¹⁶⁶ Vgl. Ebd., Nr. 16127, Bl. 2ff.; Ebd., 10717, Nr. 9048. Zur Frage des Reichsberufsschulgesetzes siehe Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 96-97; Harbauer, Peter: Zur Berufsbildungspolitik der sächsischen Sozialdemokratie, S. 76-86; Kümmel, Klaus (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung, S. 75-78; Lipsmeier, Antonius: Die Berufsschulforderungen der Reichsschulkonferenz, S. 857-874; Muth, Wolfgang: Berufsausbildung in der Weimarer Republik, S. 444-482; Pätzold, Günter: Quellen und Dokumente zur Geschichte des Berufsbildungsgesetzes, S. 15-21 und 53-75; Schütte, Friedhelm: Berufserziehung zwischen Revolution und Nationalsozialismus, S. 100-119.

und dem Reichstag vorgelegt werden würde, wollte die sächsische Regierung zunächst die reichsgesetzliche Regelung abwarten. Als das Reichsministerium des Innern Anfang Juni 1921 erklärte, daß es vorläufig von dieser Regelung absehen und das Weitere der Landesgesetzgebung überlassen müsse, betrieb das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts die Vorarbeiten an dem Landesberufsschulgesetz. Angesichts der Dringlichkeit der Reformen wurden diese Arbeiten auch dann nicht wieder zurückgestellt, als Ende des Jahres 1922 der Reichsminister des Innern die Arbeiten an dem Reichsberufsschulgesetz wieder aufnahm.¹¹⁶⁷ Am 12. Dezember 1922 erklärte Ministerpräsident Wilhelm Buck (SPD), daß ein Berufsschulgesetz in Bearbeitung sei und alsbald dem Landtag vorgelegt werde, da nicht mehr auf ein in Aussicht gestelltes Reichsgesetz gewartet werden könne.¹¹⁶⁸ Am 22. Mai 1923 leitete das Kultusministerium schließlich den fertiggestellten Berufsschulgesetzentwurf nebst Vorbemerkungen den beteiligten Ministerien zu, und am 28. Mai sowie 22. Juni 1923 folgte in zwei Teilen die Begründung.¹¹⁶⁹ Im August und September 1923 nahmen Wirtschafts- und Berufsverbände gutachtlich Stellung.¹¹⁷⁰

Nach der Begründung des Entwurfs bestünde dessen Aufgabe darin, die beiden Hauptgedanken zu verwirklichen, die sich nach den bisherigen Erfahrungen als notwendig zu einer sachgemäßen Weitergestaltung des Berufsschulwesens herausgestellt hätten, nämlich die Fortbildungsschule zur Berufsschule weiter zu entwickeln, sowie die Berufsschule zu einer selbständigen und von der Volksschule getrennten Schulart mit einem besonderen Aufgabenkreis auszubauen. Vorbehaltlich einer späteren Zusammenfassung sei davon abgesehen worden, in dem Gesetz das gesamte für die Berufsschule geltende Recht durch selbständige Vorschriften zu regeln. Der Entwurf enthalte vielmehr nur diejenigen Bestimmungen, die eine Änderung oder Ergänzung der bisherigen Rechtslage bedeuteten, und er beschränke sich im Übrigen darauf, die bisher für die Fortbildungsschule geltenden Vorschriften weiter für anwendbar zu erklären. Dem weiteren Ausbau der Fortbildungsschule zur Berufsschule sei insbesondere durch folgende Maßnahmen Rechnung getragen worden: berufliche Ausgestaltung des Unterrichtsbetriebes, berufliche Gliederung der Schülerschaft, fachmännische Beaufsichtigung des Unterrichts, Verwendung hauptamtlicher, besonders vorgebildeter Lehrkräfte, Zusammenwirken von Schule und Beruf. Keinerlei Vorschläge enthielt der Entwurf über die Unterstellung des gesamten Berufsschulwesens unter die Aufsicht eines Ministeriums. Anstatt das Ende der Verhandlungen über diese Frage abzuwarten, erscheine es vielmehr geboten, bereits diejenigen Fragen zu bearbeiten, die von der Vereinheitlichung des Berufsschulwesens unabhängig seien, und den Entwurf unter Beschränkung auf diese Gebiete an den Landtag zu bringen.¹¹⁷¹

Das Wirtschaftsministerium gelangte nach Überprüfung zu dem vorläufigen Ergebnis, daß die Vorlage zwar keinerlei Vorschläge über die Beseitigung des Dualismus enthalte, aber schon formell in die bisherigen Zuständigkeiten sehr einschneidend eingreife, indem sie einen Teil der bisher dem Wirtschaftsministerium unterstellten Schulen dem Kultusministerium zuweise. Er enthalte ferner Bestimmungen über die Zahl der Unterrichtsstunden in den Fachschulen, deren Durchführung das Dasein dieser Schulen teilweise untergraben würde. Die Durchführung des Entwurfs mit seinem nach allen Richtungen aufs höchste entwickelten unentgeltlichen Berufsschulwesen würde zu einer teilweisen Zertrümmerung des Fachschulwesens führen.¹¹⁷²

Der Sächsische Gewerbeschulverband kritisierte, daß der Entwurf mit den Gewerbe- und Fachschulen des Wirtschaftsministeriums ohne vorherige Fühlungnahme eigenmächtig und willkürlich verfahre und einschneidend in deren Interessengebiet eindringe. Trotz der Dualismusvereinbarungen der Ministe-

¹¹⁶⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 68 und 89-90; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 68. Sitzung vom 29. Juni 1921, S. 2016-2017.

¹¹⁶⁸ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 12. Dezember 1922, S. 16.

¹¹⁶⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 88-90, 91-118 (= Dokument 47), 119-170 und 200-207; LLZ, 1923, S. 345-347 und 418-421; Praxis der Berufsschule, 1923, S. 186-188; Neuere Berufsschulgesetzgebung, S. 5-16; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 303ff.

¹¹⁷⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 221ff.

¹¹⁷¹ Vgl. Ebd., Bl. 89-90 und 120-123.

¹¹⁷² Vgl. Ebd., Bl. 188.

rien nehme der Entwurf zum Teil Ziel und Bereich gewerblicher Schulen – obendrein unter dem Zeichen der Schulgeldfreiheit – für die Fortbildungsschulen in Anspruch. Er tue dies, obgleich die dazu nötigen Lehrkräfte nicht vorhanden seien. Daß sich ein großer Teil von ausgebauten Gewerbe- und Handelsschulen dann einfach totlaufen müßte, und daß sich damit der Dualismus auf eine „überraschende Weise“ schließlich von selbst erledige, das dürfe auch dem Schöpfer des Entwurfs bei einer Nachprüfung seiner Arbeit nicht verborgen bleiben. Zudem berücksichtige der Entwurf den Grundsatz der Einheitsschule nicht. Als im Jahr 1917 durch den Antrag Dr. Roth ein Gewerbeschulgesetz gefordert wurde, sei die Forderung innerlich berechtigt gewesen. Der Antrag sei damals im Interesse der Einheitsschule bekämpft worden. Jetzt, wo der Einheitsschulgedanke erst richtig brennend geworden sei, geschehe durch den aus diesem Rahmen herausgelösten Entwurf zu einem Sondergesetz für Fortbildungsschulen dasselbe, was man der Gewerbeschule damals zum Vorwurf gemacht habe. Abschließend wurde die Forderung aufgestellt: „Erst Lösung der Dualismusfrage, dann Schaffung eines Rahmengesetzes für alle beruflichen Schularten, sodann Einzelgesetze.“¹¹⁷³

Auch die Handelsschulgruppe im Sächsischen Philologenverein äußerte sich dem Entwurf gegenüber grundsätzlich ablehnend, weil derselbe es unternehme, ausschließlich die Verhältnisse der bisherigen Pflichtfortbildungsschule, also einer einzelnen beruflichen Schulgattung, gesetzlich zu regeln. Dabei müsse vielmehr entweder ein alle beruflichen Schulgattungen umfassendes Gesetz, oder, wenn an dem Entwurfe festgehalten werden sollte, daneben gleichzeitig ein Gesetz geschaffen werden, das auch die Rechtsgrundlagen aller anderen beruflichen Schulen ausgestalte. Die Handelsschulen würden daher noch im Laufe des Monats (August 1923) dem Wirtschaftsministerium den Entwurf eines Gesetzes für das sächsische Handelsschulwesen vorlegen und fordern, daß gleichzeitig mit dem Berufsschulgesetz das Handelsschulgesetz organisch in dasjenige Gesetz eingebaut werde, das überhaupt das gesamte berufliche Schulwesen regle.¹¹⁷⁴

Nicht zuletzt lehnte der Sächsische Lehrerverein den Entwurf ab, weil dieser einen Teil aus der Gesamtheit des Volksbildungswesens herausgreife und damit künftigen Einheitsschulbestrebungen entgegenstehe.¹¹⁷⁵

Zuspruch erhielt der Entwurf dagegen von der Berufsschullehrerschaft. So habe nach der Entschließung des 15. Sächsischen Berufsschultags am 31. August 1923 in Pirna der Sächsische Berufsschulverein mit Entrüstung von Eingaben verschiedener Lehrergruppen gegen den Entwurf des Berufsschulgesetzes erfahren. Diese Eingaben bedeuteten eine beabsichtigte Behinderung des Ausbaues der Schule für den weitaus größten Teil der werktätigen Jugend. So lasse z. B. die Begründung mit finanziellen Schwierigkeiten und etwaigen Raumnöten, sowie die Betonung einseitiger Gruppeninteressen die pädagogische Großzügigkeit und das Verständnis für die Bedürfnisse des heranwachsenden werktätigen Volkes vermissen. Sie bildeten eine bedauernswerte Abkehr von der oft vertretenen Großzügigkeit der sächsischen Lehrerschaft in Bildungsfragen. Der Berufsschultag erwarte zuversichtlich von der Einsicht der Staatsregierung und der Volksvertretung die Annahme des geplanten Berufsschulgesetzes.¹¹⁷⁶

Die Reichsexekution gegen Sachsen im Oktober 1923 beendete jedoch die Diskussion um das Berufsschulgesetz jäh. Der Entwurf, dessen Inkrafttreten ursprünglich für den 1. April 1924 in Aussicht genommen worden war, wurde nicht weiter verfolgt.

¹¹⁷³ Vgl. Ebd., Bl. 244 und 283-286, Zitat: Bl. 244; Praxis der Berufsschule, 1923, S. 212-213.

¹¹⁷⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16129, Bl. 21.

¹¹⁷⁵ Vgl. SSZ, 1923, S. 333-334, 371-372 und 386-388.

¹¹⁷⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16129, Bl. 23; Praxis der Berufsschule, 1923, S. 241-251; Beruf und Schule, 1930, S. 532-534.

c. Die Berufsschulgesetzentwürfe der Lehrerorganisationen

Welche Reaktionen gab es angesichts der bisher skizzierten Entwicklung auf Seiten der gewerblichen Schulen? Der nach der Novemberrevolution in den Lehrerkreisen verbreitete Optimismus, die lange verschleppte Schulreform nun endlich zu bewerkstelligen, hatte zu einer breiten Diskussion geführt, die eine Vielzahl von Vorschlägen und Forderungen hervorbrachte. Am 23. Dezember 1918 verabschiedete der Vorstand des Sächsischen Fortbildungsschulverbands „Grundsätze für die Neuordnung des Fach- und Fortbildungsschulwesens“, die sowohl den Zweigvereinen als auch dem Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner übergeben wurden.¹¹⁷⁷ Letztgenannter meldete im April 1919, daß die Verhandlungen zwischen ihm und dem Sächsischen Fortbildungsschulverein über die Vereinigung der beiden Schulgattungen bzw. die Ordnung des ganzen nachschulpflichtigen Jugendunterrichts vor dem Abschluß stünden.¹¹⁷⁸ Das Ergebnis dieser Beratungen wurde im September 1919 veröffentlicht und als gemeinsame Beschlüsse für den Ausbau des sächsischen Berufsschulwesens am 23. Oktober 1919 dem Wirtschaftsministerium übermittelt.¹¹⁷⁹ Sodann gingen die Berufsorganisationen getrennte Wege. Im Mai 1920 veröffentlichte der Vorstand des Sächsischen Berufsschulvereins „Bausteine zum Gesetzesentwurf für die Berufspflichtschule“¹¹⁸⁰, und am 27. November 1920 beschloß die Vertreterversammlung den Entwurf eines Berufsschulgesetzes¹¹⁸¹. Am 5. Januar 1921 wurde in Dresden von der Hauptversammlung des Verbands Sächsischer Gewerbeschulmänner der Entwurf eines Berufspflichtschulgesetzes beschlossen.¹¹⁸² Aufgrund der gemeinsamen Vorarbeiten weisen beide Entwürfe inhaltliche Überschneidung auf. Insbesondere bezweckten sie gleichermaßen die Vereinheitlichung des beruflichen Schulwesens; der Sächsische Berufsschulverein freilich durch Unterstellung unter das Kultusministerium, und der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner durch Unterstellung unter das Wirtschaftsministerium. Bei beiden Vereinen zeigte sich zu diesem Zeitpunkt noch die Zuversicht, alsbald die Lösung des Dualismus bewerkstelligen zu können. Ihnen ging es hier also (noch) nicht um Sondergesetze zur Regelung bestimmter Gebiete des Berufsschulwesens.

Anders lagen die Verhältnisse beim Verein sächsischer Handelsschulmänner. Im Anschluß an seine Publikation vom Jahre 1909¹¹⁸³ veröffentlichte dieser im Oktober 1919 eine zweite Denkschrift, in der er die Notwendigkeit besonderer gesetzlicher Regelung für das sächsische Handelsschulwesen begründete. Diese sei notwendig, um die Handelsschulen nicht nur auf ihrer bisherigen Höhe zu erhalten, sondern ihre Weiterentwicklung zu gewährleisten, die auch im Interesse des Wirtschaftslebens sei. Die durch die bisherige Entwicklung der Handelsschulen unter den kaufmännischen Innungen entstandenen Verschiedenheiten – insbesondere im Hinblick auf Lehrplan und Anstellungsverhältnisse der Lehrer – bedürften einer einheitlichen Regelung. Und werde die Volksschule als der Grundbau des deutschen Schulwesens gesetzlich neu geregelt, so könne die Fachschule nicht unberührt bleiben, da diese sich im Rahmen der Einheitsschule auf jene aufbaue.¹¹⁸⁴ Als Nachtrag zur Denkschrift erschien im März 1921 noch ein diesbezüglicher Entwurf eines Handelsschulgesetzes.¹¹⁸⁵ Am 12. Dezember 1922 wandte sich der Bund sächsischer Handelsschulmänner¹¹⁸⁶ abermals mit seinem Wunsche an den Landtag. Er begründete die

¹¹⁷⁷ Vgl. Fortbildungsschulpraxis, 1919, S. 5-7.

¹¹⁷⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16125, Bl. 43-45.

¹¹⁷⁹ Vgl. Fortbildungsschulpraxis, 1919, S. 70-72; SächsHStAD, 11125, Nr. 16105, Bl. 32-36 (= Dokument 266).

¹¹⁸⁰ Vgl. Fortbildungsschulpraxis, 1920, S. 53-57.

¹¹⁸¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 412, AE 4-7 (= Dokument 32); Praxis der Berufsschule, 1921, S. 6-11; Neuere Berufsschulgesetzgebung, S. 17-21.

¹¹⁸² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 47-53 (= Dokument 33). Zu den Vorarbeiten hierzu siehe auch: Monatsblätter, 1917, S. 14-19; Gewerbeschau, 1919, S. 33-35; Ebd., 1920, S. 1-6, 52-53 und 257-258.

¹¹⁸³ Vgl. Denkschrift des Vereins sächsischer Handelsschulmänner, betreffend eine gesetzliche Neuregelung des sächsischen Handelsschulwesens.

¹¹⁸⁴ Vgl. Denkschrift des Vereins sächsischer Handelsschulmänner, betreffend besondere gesetzliche Regelung des sächsischen Handelsschulwesens.

¹¹⁸⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 413, AE 4-6 (= Dokument 34).

¹¹⁸⁶ Der Bund sächsischer Handelsschulmänner war eine Arbeitsgemeinschaft aus Sächsischem Philologenverein und Gewerkschaft der Oberlehrer an sächsischen Handelsschulen, die am 23. Dezember 1921 in Bautzen gebildet wurde. Vgl. Sächs-

Dringlichkeit seiner Forderung mit dem Erlaß des Übergangsschul- und des Schulbedarfsgesetzes, die der Handelsschule durch Einrichtung von kaufmännischen Fortbildungsschulklassen eine Konkurrenz beschert hätten. Einerseits bedürfe es hier einer klaren Abgrenzung des Bereiches beider Schularten. Andererseits sei die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse der Handelsschulen zu beseitigen durch Übernahme der Schulen in die Verwaltung durch den Staat oder durch die Gemeinden. Und nicht zuletzt seien gesetzliche Regelungen bezüglich des inneren Betriebes sowie der Rechtsverhältnisse der diesen Schulen angehörenden Lehrer und Schüler zu treffen.¹¹⁸⁷

In dieselbe Richtung wies nun auch die Eingabe des Verbands Sächsischer Gewerbeschulmänner vom 1. März 1923, worin gefordert wurde, der Landtag wolle endlich das Wirtschaftsministerium beauftragen, das Gewerbeschulgesetz von 1880 einer zeitgemäßen Bearbeitung zu unterziehen und eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.¹¹⁸⁸ Hierin drückte sich offenbar die Einsicht aus, daß sich aufgrund der ungelösten Dualismusfrage das Berufsschulwesen so bald nicht vereinheitlichen lassen würde. Daher schien angesichts der Fortschritte im Fortbildungsschulwesen nun doch ein Sondergesetz für die gewerblichen Schulen – analog zum Entwurf des Kultusministeriums – zweckmäßig, um zu den Konkurrenzschulen des Kultusministeriums wieder aufschließen zu können.

Zumindest konnte in der Folge in einer Hinsicht vom Gesetzgeber Wandel geschaffen werden. Dem berechtigten Bestreben nach wirtschaftlicher Sicherung wurde mit dem Notgesetz über Schulbeihilfen für gewerbliche Schulen vom 29. Dezember 1923 entsprochen.¹¹⁸⁹ Ansonsten wurden keine weiteren Gesetze verabschiedet.¹¹⁹⁰ Gegenüber dem Sächsischen Gemeindetag teilte das Wirtschaftsministerium am 24. Mai 1922 zwar mit, daß es die Bestimmungen des Gesetzes von 1880 für die Verwaltung des entwickelten sächsischen gewerblichen und Handelsschulwesens – zumindest soweit es als Ersatz für die Pflichtfortbildungsschule diene – nicht mehr für ausreichend erachte. Das Gesetz über die Berufspflichtschule könne aber nicht eher zweckmäßig bearbeitet werden, ehe nicht die Unterstellungsfrage entschieden sei.¹¹⁹¹

d. Die ersten Schritte zur Lösung des Dualismus

Wie gezeigt: In den ersten Jahren der Weimarer Republik wurde weder ein Einheitsschulgesetz oder wenigstens ein Berufsschulgesetz zur Vereinheitlichung des gesamten Berufsschulwesens erlassen noch ein Berufsschulrahmengesetz, auf dessen Grundlage ein Gewerbe- oder Handelsschulgesetz hätte ergehen können. Statt dessen erfolgte ein einseitiger Ausbau der Fortbildungsschule im Rahmen der Volksschulgesetzgebung (bzw. im letztlich nicht realisierten Berufsschulgesetzentwurf des Kultusministeriums), wodurch die Gewerbeschule zunehmend in die Defensive geriet. Als äußerst hinderlich für gesetzliche Vorhaben wirkte sich in erster Linie die noch ungelöste Dualismusfrage aus, d. h. die Frage, unter wel-

HStAD, 11125, Nr. 18316, Bl. 11. Zur Gewerkschaft der Oberlehrer an sächsischen Handelsschulen hatten sich zuvor am 26. September 1921 die Lehrer ohne abgeschlossene Hochschulbildung an Handelsschulen (Nichtakademiker) innerhalb des Vereins Sächsischer Handelsschulmänner zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen. Vgl. Ebd., Nr. 18297, Bl. 90 und 130. Und als „Gruppe der Handelsschulen“ ist die genannte Gewerkschaft im Oktober 1924 dem „Landesverein seminarisch und technisch gebildeter Lehrer an höheren Schulen Sachsens“ beigetreten, der seit November 1924 den Namen „Landesverein für Lehrer an höheren Schulen Sachsens“ trug. Vgl. Ebd., Nr. 11864/62, Bl. 129 und 130. Im Übrigen existierte noch eine „Vereinigung der Philologen an den sächsischen höheren Handelsschulen“, die am 16. Mai 1918 von für das Lehramt an den sächsischen höheren Schulen geprüften Lehrern zur Vertretung ihrer Standesinteressen und zur Mitarbeit an allen großen das höhere Schulwesen betreffenden Fragen gegründet worden war, und die an den „Verbandsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands“ angegliedert war. Vgl. Ebd., Nr. 16406, Bl. 4.

¹¹⁸⁷ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1185, AE 3-6.

¹¹⁸⁸ Vgl. Ebd., 11125, Nr. 16128, Bl. 85.

¹¹⁸⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 3f. (= Dokument 50). Siehe auch Kapitel F. II. 6.

¹¹⁹⁰ Für Januar 1924 lassen sich immerhin Vorarbeiten für eigenständige Gewerbe-, Handels- und Textilschulgesetze im Wirtschaftsministerium belegen. Vgl. SächsHStAD, 11125, 16106, Bl. 256-278. Daß diese offenbar nicht weiter verfolgt wurden, ist wohl dadurch erklärlich, daß sich dem Wirtschaftsministerium in der Folge die Möglichkeit eröffnete, das gesamte Berufsschulwesen unter seiner Leitung zu vereinigen. Vgl. Kapitel F. III. 3.

¹¹⁹¹ Vgl. Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1922, Sp. 209-210.

chem Ministerium künftig die Gesamtheit der beruflichen Schulen stehen solle. Im Folgenden wird gezeigt, welche Lösungsversuche – über die bereits genannten Dualismusverordnungen vom 19. Dezember 1921 und 8. Februar 1923 hinaus (Kap. F. III. 2. a) – in dieser Richtung unternommen wurden.

Sogleich bei Beratung des Übergangsschulgesetzes hatten sich die alten Fronten gezeigt, die einer raschen Lösung der Dualismusfrage im Wege stehen würden. In der 27. Sitzung des Gesetzgebungsausschusses vom 1. Juli 1919 erklärten Kultusminister Wilhelm Buck sowie der Abgeordnete Arthur Arzt (beide MSPD), daß sie die einheitliche Fortbildungsschule erstrebten, und daß alle Fragen, die die Erziehung und Bildung betrafen, *einer* Leitung unterstellt werden müßten. Darauf entgegnete Geheimrat Dr. Klien, daß sich das Wirtschaftsministerium das gewerbliche Fortbildungsschulwesen nicht aus der Hand nehmen lassen wolle, und daß die Unterstellungsfrage nicht im Rahmen des Übergangsschulgesetzes geklärt werden könne.¹¹⁹² In einem Schreiben vom August 1919 lehnte das Wirtschaftsministerium nochmals eine übereilte Entscheidung dieser Frage ab und schlug dagegen zur weiteren Beratung die Bildung einer Kommission aus Vertretern beider Ministerien vor.¹¹⁹³ Anlässlich der Beratungen dieses Gremiums im November 1919 wurde die Vereinheitlichung des beruflichen Schulwesens allgemein für nötig befunden, wobei ein Konsens in der Frage der praktischen Realisierung nicht erzielt werden konnte.¹¹⁹⁴ Erneut wurde diese Frage in der Sitzung des Finanzausschusses A vom 26. November 1919 aufgerollt. Der Vertreter des Kultusministeriums erklärte, daß dieses zur Übernahme sämtlicher Schulen unter seine Leitung bereit sei, worauf der Wirtschaftsminister nun seinerseits dafür eintrat, daß nicht nur die ihm jetzt unterstehenden Fachschulen blieben, sondern künftig auch die Fortbildungsschulen, sofern sie einen fachlichen Ausbau trügen, unterstellt würden. Von anderer Seite wurde gefordert, die Ministerien mögen über diese Angelegenheiten Denkschriften ausarbeiten und der Volkskammer vorlegen.¹¹⁹⁵

Zur vorläufigen Regelung der Frage, wie die Berufsschulen vereinheitlicht werden könnten, unterbreitete Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) den nicht realisierten Vorschlag, unter seinem Vorsitz und unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums eine „Einstweilige Landesbehörde für die Berufsschulen in Sachsen“ zu bilden, die eine Verordnung erlassen sollte, um die Gemeinden zur Vereinheitlichung ihrer Fach- und Fortbildungsschulen anzuhalten.¹¹⁹⁶ In seiner Antrittsrede am 16. Dezember 1919 wandte sich Seyfert nochmals gegen den Dualismus, weil dieser Mittel und Kräfte doppelt verwende, wo mit einfachen Mitteln dasselbe geleistet werden könne.¹¹⁹⁷ Sodann wurden auf der Tagung des Landesschulausschusses vom 13.–16. April 1920 die Fragen des Auf- und Ausbaues des Berufsschulwesens intensiv erörtert.¹¹⁹⁸ Nachdem bis zum Jahresende jedoch kein Fortschritt erzielt worden war, beantragte Seyfert im Dezember unmittelbar nach Ausscheiden aus seinem Ministeramte nunmehr als einfacher Landtagsabgeordneter, die Regierung möge Mittel und Wege suchen, um den schädlichen Dualismus auf dem Gebiete der Berufsschule sowie den Kampf innerhalb der Regierung um die Berufsschule zu beenden.¹¹⁹⁹ Im Juni 1921 folgte noch aus den Reihen der DVP ein Antrag, die Regierung zu ersuchen, noch vor der Sommergeversammlung die Frage zu klären, welchem Ministerium die Berufsschulen unterstellt werden sollen.¹²⁰⁰

¹¹⁹² Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 239, Bl. 78-80.

¹¹⁹³ Vgl. Ebd., 11125, Nr. 16105, Bl. 2-3.

¹¹⁹⁴ Vgl. Ebd., Bl. 50ff.; LLZ, 1920, S. 199-201.

¹¹⁹⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16105, Bl. 53-57; Verhandlungen, Volkskammer, 71. Sitzung vom 9. Dezember 1919, S. 2382-2383.

¹¹⁹⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16105, Bl. 238 (= Dokument 267).

¹¹⁹⁷ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2466 und 2470; Fortbildungsschulpraxis, 1920, S. 39-43.

¹¹⁹⁸ Vgl. Verhandlungen des Landesschulausschusses, S. 127-213. Zu diesem Anlaß hatte die Referentin Else Sander einen vorläufigen Entwurf zu einem Gesetz für die Mädchenfortbildungsschule ausgearbeitet. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14529, Bl. 11-13.

¹¹⁹⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 15 (vom 14. Dezember 1920).

¹²⁰⁰ Vgl. Ebd., Nr. 282 (vom 7. Juni 1921).

Unterdessen hatte das Kultusministerium der früheren Anregung aus dem Finanzausschuß A entsprochen und im März 1921 eine Denkschrift über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht, die es im Interesse der Einheitsschule verlangte, vorgelegt.¹²⁰¹ Im Juni 1921 erschien die Gegen-schrift des Wirtschaftsministeriums, die vornehmlich die Vorteile darlegte, die das Berufsschulwesen aus der Verbindung mit dem Wirtschaftsleben erziele.¹²⁰²

Doch nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch in den Berufsorganisationen war diese Frage heiß umkämpft. So erklärte der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins, daß die Fortbildungsschule nicht nur Berufs-, sondern auch Erziehungsschule zu sein habe. Sie setze das Erziehungswerk der Volksschule fort und müsse bestrebt sein, nicht nur auf „Kopf und Hand“, sondern auch auf „Gemüt und Wil-len“ einzuwirken. Diese doppelte Aufgabe der Berufsschule könne am besten erfüllt werden, wenn inner-halb des Unterrichtsministeriums eine selbständige Abteilung gebildet werde, in der beide Ministerien in gleicher Weise vertreten seien. Das Volksbildungswesen sei etwas durchaus Einheitliches und verlange eine einheitliche, gesetzliche Regelung, die von einem einheitlichen Geist erfüllt sein müsse.¹²⁰³

Auch der Sächsische Berufsschulverein forderte die Aufhebung des Dualismus. Die Eigenart der Berufsschule, die neben der Erziehungsarbeit und Pflege der allgemeinen Bildung in dauernder Fühlung-nahme mit dem Berufsleben bestehe, bedinge die Errichtung eines selbständigen Landesberufsschulamtes, in dem beide beteiligten Ministerien vertreten sein müßten. Die erziehliche und unterrichtliche Tätigkeit der Berufsschule erfordere dabei die Angliederung dieses Landesberufsschulamtes an das Unterrichtsmini-sterium. Die erste Aufgabe des selbständigen Landesberufsschulamtes sei, den Erlaß des längst notwen-digen Berufsschulgesetzes zu erwirken. Doch solange der Dualismus nicht beseitigt sei, sei die Zahl der nur für das Berufsschulwesen tätigen Referenten im Unterrichtsministerium zu vermehren.¹²⁰⁴

Während der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner im Königreich Sachsen immer für den Verbleib der gewerblichen Schulen unter dem Ministerium des Innern eingetreten war, glaubte er im April 1919, daß der Dualismus am besten dadurch gelöst werde, wenn in einem zu errichtenden Unterrichts-ministerium eine Abteilung für die Erziehung und den Unterricht des nachschulpflichtigen Alters geschaf-fen würde, das alle Schulgruppen umfassen sowie engste Fühlung mit dem Wirtschaftsministerium halten müsse.¹²⁰⁵ Diese Position wurde bald aufgegeben, indem sich der genannte Verband für die Unterstellung des gesamten Berufsschulwesens unter das Wirtschaftsministerium aussprach.¹²⁰⁶ Zur Begründung wurde dabei im Wesentlichen das Argument angeführt (und variiert), daß allein das Wirtschaftsministerium, das über eine hundertjährige Erfahrung auf diesem Gebiete verfüge, die Fühlungnahme mit den wirtschaftli-chen Kreisen vermitteln sowie auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens eingehen könne.¹²⁰⁷ Außerdem

¹²⁰¹ Vgl. Denkschrift des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht.

¹²⁰² Vgl. Denkschrift des Wirtschaftsministeriums über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht. – Eine erste Denkschrift des Wirtschaftsministeriums zur Frage der Berufsschulen hatte bereits im März 1920 in Typoskriptform vorge-legen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16144, Bl. 140-153.

¹²⁰³ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 550, Bl. 5 (Zitate); Ebd., Nr. 1657, AE 46-47. Siehe auch Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein, S. 189-190.

¹²⁰⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16106, Bl. 71 (= Dokument 273). Für weitere diesbezügliche Eingaben und Entschliefungen des Sächsischen Berufsschulvereins siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 1172, AE 3-4; Ebd., 11125, Nr. 16106, Bl. 13; Ebd., Nr. 16128, Bl. 60; Ebd., Nr. 16129, Bl. 22; Praxis der Berufsschule, 1921, S. 124-126 und 151-152; Ebd., 1922, S. 127-129 und 253-255; SSZ, 1922, S. 258-260; Deutsche Handelsschul-Warte, 1922, S. 95; Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Warum fordert der Sächs. Berufsschulverein die Bildung eines selbständigen Landesberufsschulamtes.

¹²⁰⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16125, Bl. 43-45.

¹²⁰⁶ Vgl. Ebd., Nr. 16128, Bl. 53, § 21 Absatz 1; Ebd., 10693, Nr. 550, Bl. 12; Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner (Hrsg.): Zur Unterstellungsfrage.

¹²⁰⁷ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 550, Bl. 22 (= Dokument 271); Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner (Hrsg.): Zur Unterstellungsfrage, S. 15; LLZ, 1920, S. 399-400, 709-714 und 791-792; Fortbildungsschulpraxis, 1920, S. 59-61; Praxis der Beru-fsschule, 1921, S. 17-23, 41-42 und 68-77; Ebd., 1922, S. 21-24. Der Dresdner Berufsschulverein hielt dem entgegen, daß die Fühlungnahme mit der Wirtschaft immer an Ort und Stelle durch Lehrer und Vertreter der Wirtschaft unabhängig von einem übergeordneten Ministerium erfolge. Inwiefern auf diese Beziehungen das Kultusministerium nur hemmend, das

habe die Gewerbeschule nicht die Aufgabe, das Ideal der Allgemeinbildung zu erfüllen, sondern praktisch-wirtschaftlichen Erfordernissen zu genügen.¹²⁰⁸ Die überwiegende Mehrheit von Lehrern an gewerblichen Schulen – etwa im Verein Sächsischer Handelsschulmänner, im Verein Sächsischer Landwirtschaftslehrer, im Verband Sächsischer Textilschulmänner, in der Frauengruppe des Verbands Sächsischer Gewerbeschulmänner als Vertreterin der Mädchengewerbeschule sowie im Verband hauptamtlicher Lehrer an den Berufsschulen Sachsens – schlossen sich ausdrücklich dieser Anschauung an.¹²⁰⁹ Dagegen plädierte z. B. der Verband Sächsischer Musikschuldirektoren für den Wechsel der Unterstellung der Musikschulen vom Wirtschaftsministerium unter das Kultusministeriums, weil diese sich in der Pflege der klassischen, vor-klassischen und romantischen Musik in erster Linie als Erziehungs- und Unterrichtsanstalten verstünden und nicht den gewerblichen Schulen zugehörig fühlten, denen sie seit jener Zeit zugewiesen seien, in der die Musiker als fahrende Leute der Polizei unterstellt waren.¹²¹⁰

Nachdem also beim Landtag die beiden genannten Anträge auf Entscheidung der Unterstellungsfrage eingegangen waren, ersuchte das Wirtschaftsministerium am 13. Juni 1921 die Staatskanzlei, beim Präsidenten des Landtags zu beantragen, daß eine Entscheidung in dieser Sache noch vor der Sommerpause erfolge. Dies sei notwendig, weil der durch das Übergangsschulgesetz gebotene Ausbau der allgemeinen Fortbildungsschule durch das Kultusministerium ohne Berücksichtigung der bereits bestehenden Gewerbe- und Handelsschulen des Wirtschaftsministeriums die Staatskasse ohne Not belaste, immer neue Reibungsflächen zwischen den verschiedenen Ministerien unterstehenden Berufsschulen schaffe und endlich auch die zwischen den beiden Ministerien herrschende Spannung unerträglich erscheinen lasse. Die Durchführung der dem Landtag bereits vorliegenden sowie die Vorbereitung neuer Schulgesetzentwürfe erfordere dringend vom Standpunkte der Berufsschule aus nunmehr eine einheitliche Bearbeitung.¹²¹¹ Auf Befragen erklärte Ministerpräsident Wilhelm Buck (MSPD), daß er hierüber zuerst eine Entschliebung im Gesamtministerium wünsche.¹²¹² Dieses beschloß am 24. Juni 1921, zur weiteren Klärung eine Kommission einzusetzen, die aus dem Ministerpräsidenten, dem Kultus- und dem Wirtschaftsminister und je zwei Referenten dieser Ministerien bestehen solle. Aufgabe dieser Kommission sei es, eine Vorlage auszuarbeiten, die zunächst dem Finanzministerium zur Äußerung und dann dem Gesamtministerium zur Beschlußfassung vorzulegen sei. Mit den Vorarbeiten für die Entschliebung der Kommission wurde der Ministerialrat in der Staatskanzlei (und spätere Ministerialdirektor im Volksbildungsministerium) Dr. Konrad Woelker (DVP) beauftragt, der insbesondere im Einvernehmen mit den Referenten der beiden beteiligten Ministerien eine einheitliche vergleichbare Statistik erstellen sollte.¹²¹³ Das Gutachten, in dem sich Woelker schließlich für das Wirtschaftsministerium aussprach, wurde am 16. Juni 1923 in der Staatskanzlei erstattet und am 10. September 1923 durch die Kommission beraten.¹²¹⁴

Die Referenten des Volksbildungsministeriums setzten sich auf 25 Schreibmaschinenseiten mit dem Gutachten auseinander. Sie konstatierten zunächst eine Voreingenommenheit des Verfassers, die darin zum Ausdruck gekommen sei, daß dieser keine gleichgewichtige (sich quantitativ in Seiten ausdrückende) Würdigung beider Seiten vorgenommen habe. Er habe sich beim Ministerium für Volksbildung

Wirtschaftsministerium einzig und allein fördernd einwirken könne, sei schlechterdings unerfindlich. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16106, Bl. 182.

¹²⁰⁸ Das differenzierte Fachschulwesen gliche „einem lustigen Mischwald mit allerlei Unterholz und frischgrünen Kräutern“, die bei Unterstellung unter ein Ministerium, das weder auf reiche technische und wirtschaftliche Erfahrung zurückgreifen noch Fühlung mit den entsprechen Kreisen haben könne, schlicht „wegrasiert und dafür durch das Mittel der Verordnung gleichförmiger Kiefernbestand, brav zu regelmäßigen Reihen ausgerichtet“, gesetzt werde. Die Gewerbe- und Fachschulen würden so in absehbarer Zeit auf denselben toten Punkt geraten wie die alte Fortbildungsschule. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16128, Bl. 84-85.

¹²⁰⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 303, Bl. 16-17; Ebd., Nr. 414, AE 3; Ebd., Nr. 550, Bl. 23.

¹²¹⁰ Vgl. Ebd., Nr. 1099.

¹²¹¹ Vgl. Ebd., 11125, Nr. 16108, Beilagenheft 1, Bl. 26.

¹²¹² Vgl. Ebd., Bl. 26 III.

¹²¹³ Vgl. Ebd., Nr. 16129, Bl. 35; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 68. Sitzung vom 29. Juni 1921, S. 2016-2017.

¹²¹⁴ Vgl. Woelker, Konrad: Vorbereitendes Gutachten über die Beseitigung des Dualismus im Berufsschulwesen.

nicht ausreichend unterrichten lassen, was zu Irrtümern und schiefen Auffassungen geführt habe. Insbesondere sei seine vorgeschlagene Lösung nicht geeignet, den Dualismus zu beseitigen. Denn einmal würde sie einen Teil der Fortbildungsschule (nämlich die der Volksschule angegliederten Fortbildungsschulen) nicht umfassen können, und auch bei der selbständigen Fortbildungsschule blieben mit der Volksschule soviel gemeinsame verwaltungstechnische Berührungspunkte (Verfassung des Schulbezirks, Finanzgebarung des Schulträgers, Gemeinsamkeit der Lehrkräfte, wenn Lehrer der Volksschule ihre Pflichtstunden teilweise in der Fortbildungsschule ableisteten), daß eine gemeinsame oberste Aufsichtsinstanz unerlässlich sei. Eine Unterstellung der Fortbildungsschulen unter das Wirtschaftsministerium würde demnach die Verewigung des Dualismus in der Form bedeuten, daß der Trennungsstrich fortan auf die Grenze zwischen Volksschule und Fortbildungsschule und zum Teile gar durch die Fortbildungsschule selbst hindurch gelegt werde. Völlig unklar sei der Gutachter auch über die finanztechnische Seite seines Vorschlags geblieben. Wenn die Fortbildungsschule auch zu einer selbständigen Schulart entwickelt werden solle, so stehe sie doch gemeinsam mit der Volksschule auf der Grundlage des Schulbedarfsgesetzes. Für die finanzielle Beteiligung des Staates an beiden Schularten seien Einrichtungen geschaffen worden, die sich nicht voneinander trennen ließen (Auszahlung der Dienstbezüge durch das Gehaltsamt, Berechnung des Stunden- und Lehrerbedarfs usw.). Nach alledem unterliege es so keinem Zweifel, daß das Gutachten als eine maßgebende Grundlage für die Lösung der Dualismusfrage nicht in Frage komme.¹²¹⁵

Als Zwischenfazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, daß es in der Zeit sozialdemokratisch geführter Regierungen nicht gelungen war, das Problem zu lösen. Ob das Gutachten zum Jahresende 1923 unter den Ministerpräsidenten Dr. Erich Zeigner und Alfred Fellisch (beide SPD) noch eine Rolle gespielt hat, muß dahingestellt bleiben. Zumindest befanden sich in der Folge jene Kräfte, die für eine Unterstellung unter das Wirtschaftsministerium eintraten, in der Offensive.

3. Die Dualismusdebatte in der Zeit der relativen Stabilisierung

a. Der Schulüberleitungsgesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums

Im Ergebnis der Beratung einer Eingabe des Sächsischen Berufsschulvereins¹²¹⁶ beschloß der Prüfungsausschuß des Landtags am 5. Februar 1924, die Regierung zu ersuchen, dem Landtag bis zum 1. April 1924 eine Vorlage über das Berufsschulwesen vorzulegen, durch die der im Berufsschulwesen vorhandene Dualismus beseitigt werde.¹²¹⁷ Nachdem diese Frist ergebnislos verstrichen war, ersuchten das Wirtschafts- und Volksbildungsministerium die Staatskanzlei am 2. Juni 1924 in einem gemeinsamen Schreiben, eine Entscheidung des Gesamtministeriums darüber herbeizuführen, daß mit der Ausarbeitung des Gesetzes für das gesamte berufliche und gewerbliche Schulwesen eines der beiden Ministerien beauftragt werde und daß in dem Gesetz die Zuständigkeit über das gesamte berufliche und gewerbliche Schulwesen grundsätzlich dem beauftragten Ministerium zuzuweisen sei.¹²¹⁸ Jedoch gelangte das Gesamtministerium in seiner Sitzung vom 6. Juni 1924 zu dem Entschluß, daß der Dualismus nicht dadurch beseitigt werden könne, daß sämtliche Berufsschulen entweder dem Wirtschafts- oder dem Volksbildungsministerium übertragen würden, sondern daß vielmehr eine Verteilung der Berufsschulen auf beide Ministerien je nach Zweckmäßigkeitsgründen, insbesondere nach den überwiegenden Interessen der Ministerien an den einzelnen Schulen und im Hinblick auf die Erzielung größtmöglicher Sparsamkeit vorgenommen werden müsse. So wurden die beiden beteiligten Ministerien ersucht, ein Verteilungsprogramm – möglichst in der Form eines

¹²¹⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16108, Beilagenheft 1, unpag. (zwischen Bl. 72 u. 73).

¹²¹⁶ Vgl. Praxis der Berufsschule, 1923, S. 120-121.

¹²¹⁷ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 299 (vom 5. Februar 1924). Da ein Antrag auf Beschlußfassung in einer Vollsitzung nicht gestellt worden war, galt dieser Beschluß geschäftsordnungsmäßig als Landtagsbeschluß.

¹²¹⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16106, Bl. 279.

Gesetzentwurfs – aufzustellen und die etwa verbleibenden Streitpunkte mit diesem Programm dem Gesamtministerium zur Entscheidung vorzulegen.¹²¹⁹

In Ausführung dieses Beschlusses schlug das Wirtschaftsministerium im November 1924 vor, die Trennung so zu vollziehen, daß nur die selbständigen, beruflich gegliederten und fachlich ausgebauten Schulen zum Wirtschaftsministerium kommen und alle nichtselbständigen, noch in engem Zusammenhang mit der Volksschule stehenden, Berufsschulen beim Ministerium für Volksbildung verbleiben. Gleichwohl vertrat das Wirtschaftsministerium die Ansicht, daß der Gesamtministerialbeschluß den Dualismus nicht beseitige, sondern nur bewirke, daß der Schnitt im beruflichen Schulwesen an anderer Stelle als bisher gemacht werde. Außerdem würde bei der vorgeschlagenen Lösung die Gesamtheit des beruflichen Schulwesens geschädigt, weil das Ministerium für Volksbildung dann nicht mehr auf eine berufliche Gliederung seiner Schulen drängen würde, um diese nicht an das Wirtschaftsministerium zu verlieren. Das Richtige sei daher weiterhin die Unterstellung des gesamten beruflichen Schulwesens unter das Wirtschaftsministerium. Zur Durchführung der weiteren Maßnahmen schlug dasselbe unter seiner Führung die Bildung einer aus Vertretern beider Ministerien bestehenden vorläufigen Berufsschulkommission vor, die zunächst für eine einheitliche Verwaltung des beruflichen Schulwesens Sorge zu tragen, auf eine Verschmelzung beider Schularten hinzuwirken, sowie insbesondere ein Berufsschulgesetz zu entwerfen habe.¹²²⁰

Im Februar 1925 präsentierte dann auch das Volksbildungsministerium seinen Verteilungsvorschlag, der von dem Grundsatz ausging, daß von einer Übernahme in den eigenen Geschäftsbereich nur diejenigen Schulen, die von Schülern im fortbildungsschulpflichtigen Alter überhaupt nicht oder nur zu einem unbedeutenden Teile besucht würden und solche, die eine besonders ausgeprägte Einstellung auf das Speziell-Fachliche und das Wirtschaftliche hätten, ausgeschlossen blieben. Den Vorschlag einer vorläufigen Berufsschulkommission hielt es für zweckmäßig unter der Maßgabe, daß ihm selbst darin die Führung zukomme.¹²²¹

In der Folge kam es zu einem weiteren Briefwechsel zwischen der Staatskanzlei und den Ministerien, der zwar die Erkenntnis beförderte, daß eine bloße Aufteilung den Dualismus nicht beseitigen, sondern sogar vertiefen würde, aber beiderseits mit dem Plädoyer schloß, die beruflichen Schulen jeweils dem eigenen Geschäftsbereich zuzuschlagen.¹²²²

Am 14. Mai 1925 war die Angelegenheit wiederum Gegenstand einer Landtagsdebatte anläßlich der Beratung eines Antrags des Abgeordneten Prof. Johannes Siegert (DNVP), der die Verhältnisse so zu regeln wünschte, daß die beruflichen und gewerblichen Schulen für Knaben und Mädchen im Freistaat Sachsen ohne Ausnahme dem Wirtschaftsministerium unterstellt werden. Siegert begründete sein Anliegen im Wesentlichen mit der Überlegung, daß es mit viel geringeren Schwierigkeiten verknüpft sei, das Wirtschaftsministerium pädagogisch zu durchtränken als das Volksbildungsministerium auf allen Gebieten wirtschaftlich zu orientieren. Kultusminister a. D. Dr. Richard Seyfert (DDP), der selbst auf eine jahrzehntelange Praxis als Fortbildungsschullehrer zurückblicken konnte, bemerkte dagegen, daß die Aufgabe der Berufsschule ein Bestandteil des gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsgedankens, welcher auf das Ressort des Unterrichtsministerium verweise, sei und dieselbe daher unter das genannte Ministerium gehöre. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß überwiesen.¹²²³

¹²¹⁹ Vgl. Ebd., Bl. 292.

¹²²⁰ Vgl. Ebd., Bl. 317-320 a und 324-325. Diese grundsätzliche Stellung nahm das Wirtschaftsministerium kurze Zeit später auch auf Befragen und gegenüber dem Sächsischen Berufsschulverein ein. Vgl. Ebd., Nr. 16111, Bl. 12 a ff.

¹²²¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16107, Bl. 26-30.

¹²²² Vgl. Ebd., Bl. 35-37, 61-65 und 67-69.

¹²²³ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1657; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1090 (vom 14. Januar 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 137. Sitzung vom 14. Mai 1925, S. 4381-4390; LLZ, 1925, S. 394-396; Praxis der Berufsschule, 1925, S. 301-305; Sächsische Gewerbeschule, 1924/1925, S. 149-164.

In seiner Sitzung vom 1. Juli 1925 ordnete das Gesamtministerium schließlich an, daß die Fürsorge für das gesamte berufliche Schulwesen, insbesondere auch für die Fortbildungs-(Berufs-)Schulen des Ministeriums für Volksbildung, dem Wirtschaftsministerium übertragen werde und dasselbe dem Gesamtministerium baldigst den Entwurf eines Berufsschulgesetzes vorzulegen habe.¹²²⁴ Im Rechtsausschuß wurde eine diesbezügliche Regierungserklärung zu dem Antrag Siegert abgegeben. Laut dieser sei zur Durchführung des Gesamtministerialratsbeschlusses bei dem Wirtschaftsminister eine Kommission gebildet worden, die aus den beteiligten Referenten der beiden Ministerien bestünde. Diese Kommission habe für eine einheitliche Verwaltung des beruflichen Schulwesens Sorge zu tragen und insbesondere in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, in denen sich verschmelzbare Schularten der beiden Ministerien befanden, auf eine Verschmelzung hinzuwirken. Vor allem aber habe die Kommission in Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen der Lehrer und den beteiligten Wirtschaftskreisen mit Beschleunigung ein das gesamte berufliche Schulwesen umfassendes Gesetz auszuarbeiten.¹²²⁵

Mit der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs wurde im Wirtschaftsministerium Ministerialrat Mühlmann beauftragt¹²²⁶, der schon im September 1925 einen ersten Entwurf zu einem „Berufsschul-Einigungsgesetz“ vorlegen konnte¹²²⁷. Eine spätere Fassung ging am 2. März 1926 den Ministerien zu¹²²⁸ und wurde aufgrund ihrer Stellungnahmen¹²²⁹ im Mai 1926 überarbeitet¹²³⁰. Am 17. Juni 1926 wurde die Vorlage mit Änderungen im Gesamtministerium angenommen¹²³¹ und sodann dem Landtag übermittelt¹²³². Nachdem Ministerpräsident Max Heldt (ASP) um baldige Behandlung gebeten hatte¹²³³, wurde der Entwurf dort am 8. Juli 1926 in erster Lesung – unter ausschließlicher Wortmeldung des Wirtschaftsministers Hermann Müller (ASP) – beraten und dem Rechtsausschuß überwiesen.¹²³⁴

Als seinen Hauptzweck bezeichnete die Vorlage die Beseitigung des Dualismus. Die Verabschiedung eines erschöpfenden Berufsschulgesetzes müsse dagegen aus temporären, finanziellen, wirtschaftlichen und privatrechtlichen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.¹²³⁵

Das Ministerium für Volksbildung hatte schon frühzeitig durch Oberregierungsrat Beschorner seine Bedenken gegen den Entwurf vortragen lassen.¹²³⁶ Auch in schriftlicher Stellungnahme hielt es ihn für nicht geeignet, die ihm gestellte Aufgabe zu lösen, wobei in der Hauptsache die folgenden Einwände vorgebracht wurden.¹²³⁷ So bezeichne sich der Entwurf abweichend vom Beschluß des Gesamtministeriums als Schulüberleitungsgesetz, also ein Gesetz, das nur der Vereinheitlichung des gesamten beruflichen Schulwesens dienen solle. Er sei nicht das an sich geforderte Berufsschulgesetz, welches das Berufsschulwesen neu ordne und die für seinen weiteren Ausbau erforderlichen Vorschriften aufstelle. Dabei sei die Gedankenfolge „erst Unterstellung unter das Wirtschaftsministerium, dann Ausbau“ bereits bei den zurückliegenden Verhandlungen angeregt, aber abgelehnt worden. Bevor also durch die Vorlage endgültig die Unterstellungsfrage entschieden werde, bedürfe es einer Klarstellung der Frage, wie das vereinheitlich-

¹²²⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16107, Bl. 96; Praxis der Berufsschule, 1925, S. 426; Sächsische Gewerbeschule, 1924/1925, S. 195-196; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 312ff.

¹²²⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16107, Bl. 104.

¹²²⁶ Vgl. Ebd., Nr. 13947 a, Bl. 6.

¹²²⁷ Vgl. Ebd., Nr. 16130, Bl. 30-52.

¹²²⁸ Vgl. Ebd., Nr. 16131, Bl. 1 ff.; Ebd., Nr. 13947 a, Bl. 20-34.

¹²²⁹ Vgl. Ebd., Nr. 16131, Bl. 143-180, 185-189 und 193-234; Ebd., Nr. 13947 a, Bl. 78-121 und 155-160.

¹²³⁰ Vgl. Ebd., Nr. 13947 a, Bl. 162-175.

¹²³¹ Vgl. Ebd., Bl. 221-222.

¹²³² Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1578; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 234 (vom 28. Juni 1926) (= Dokument 63). Abdruck des Entwurfs in: Sächsische Gewerbeschule, 1925/1926, S. 183-203.

¹²³³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16132, Bl. 70.

¹²³⁴ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 193. Sitzung vom 8. Juli 1926, S. 6846-6848; Praxis der Berufsschule, 1926, S. 481-488.

¹²³⁵ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 234 (vom 28. Juni 1926), S. 10-11.

¹²³⁶ Über eine diesbezügliche Besprechung am 21. Dezember 1925 notierte der mit der Erarbeitung des Entwurfs betraute Mühlmann: „Ich hatte den Eindruck, daß Beschorner nicht mitarbeiten will und alles tun wird, um die Weiterbearbeitung des Entwurfs und das Werden des Gesetzes zu verhindern.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16130, Bl. 123-124 und 175, Zitat: Bl. 175.

¹²³⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16131, Bl. 193-234; Ebd., Nr. 13947 a, Bl. 78-121 und 206-212. Hiernach das Folgende.

te Berufsschulwesen in dem neuen Geschäftsbereich behandelt werden solle, damit die Wirkungen der Unterstellung deutlich sichtbar würden und insbesondere erkenntlich werde, wie entsprechend der Forderung des Gesamtministeriums der Dualismus im beruflichen Schulwesen dauernd aus der Welt geschafft werden solle. Weiter gehe der Entwurf insoweit über das durch den Gesamtministerialbeschluß gesteckte Ziel hinaus, als er nicht allein die Beseitigung des Dualismus zwischen den Pflichtberufsschulen und den Schulen des Wirtschaftsministeriums bezwecke, sondern für das Wirtschaftsministerium alle Schulen in Anspruch nehme, die „der Berufsausbildung“ dienen. Diese Formulierung könne in ihrer Allgemeinheit als Grenzbestimmung für die Schulen der beiden Ministerien als ausreichend nicht anerkannt werden, weswegen das Wirtschaftsministerium nur die Berufe beanspruchen dürfe, die ressortmäßig in seinen Geschäftsbereich fielen (Handel, Gewerbe und Landwirtschaft), nicht aber z. B. die Hauswirtschaft, die Lehrerbildung und die Hochschulen. Überdies übersehe der Entwurf, daß mit einer Anzahl (unter dem Volksbildungsministerium stehenden) höherer Schulen Abteilungen ausgesprochen beruflichen Charakters verbunden seien (Realgymnasium Döbeln mit höherer landwirtschaftlicher Schule, Realgymnasium Zittau mit höherer Handelsschule, Oberrealschule Dresden-Neustadt mit Beamtenklassen). Außerdem gebe es eine Anzahl privater Schulen, die nebeneinander Klassenzüge hätten, die der Volksschule und der Berufsschule, zum Teil auch der höheren Schule entsprächen. Die Unklarheit, die der Entwurf bei der Abgrenzung der Schulen offenlasse, sei letztlich darauf zurückzuführen, daß er nicht für alle diese Schulen die sie einende Aufgabe und ihr Lehrziel festlege und daß dies für einzelne Gruppen von ihnen – namentlich die gewerblichen Lehranstalten – bisher noch überhaupt nicht geschehen sei. Des Weiteren verursache der Entwurf einen neuen Dualismus zwischen Volksschule und Berufsschule. Wenn der Entwurf alle Berufsschulen für selbständig erkläre, bedeute dies bei der Gemeinschaftlichkeit der Lehrkräfte, Schulräume und Finanzverwaltung sowie bei der Unmöglichkeit einer beruflichen Ausgestaltung nur eine leere Bezeichnung ohne inneren Sinn und eine Erschwerung der Verwaltung. Da sich die beiderseitigen Aufsichtsorgane nebeneinander mit ein und derselben Sache zu befassen hätten, müßten deren Zuständigkeiten sowohl in der Lokal- als auch in der Regionalinstanz klar gegeneinander abgegrenzt werden, also die des Berufsschulausschusses zum Volksschulausschuß, des Bezirksschulrats zum Berufsschulrat, des Bezirksschulamts zum Berufsschulamt. Und schließlich werde es nach dem Entwurf künftig zwei Schulministerien geben. Da jedoch die Berufsschule nur ein Teil des gesamten Volksbildungswesens sei, das nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgebaut und geleitet werden müsse, sei es zur Gewährleistung einer einheitlichen Schulpolitik zu bestimmen erforderlich, daß das Wirtschaftsministerium alle Anordnungen und Entscheidungen allgemeiner oder grundsätzlicher Art in Angelegenheiten, die mehreren oder allen Schularten gemein seien oder sich auf mehrere auswirkten, nur im Einvernehmen mit dem Ministerium für Volksbildung zu treffen habe.

In ähnlichem Tenor äußerte sich auch der Verein der Bezirksschulräte. Nach diesem lasse der Entwurf den Bildungsgedanken vollständig hinter den Wirtschaftsgedanken, das pädagogische Element hinter das technisch-fachliche zurücktreten und mache damit den einheitlichen Auf- und Ausbau des Schulwesens unmöglich. Er behandle die Berufspflicht- und die Berufswahlschulen ungleichmäßig, hemme die Entwicklung der Berufsschulen und begünstige den Ausbau der Freiwilligkeitsschulen. Er fördere die Entstehung von Privatschulen und führe damit die Gefahr der Zersplitterung des beruflichen Schulwesens herbei. Er leide im Einzelnen an Unklarheiten und Widersprüchen und gefährde und beeinträchtige wichtige Belange der Volksschule. Er unterschätze die aus der Überleitung sich ergebenden Kompetenz- und Verwaltungsschwierigkeiten und lasse eingehende Bestimmungen zur Verhinderung und Schlichtung von Differenzfällen vermissen. Insbesondere bringe er keine Lösung des Dualismus, sondern könne ihn allenfalls verhüllen. Abgesehen davon, daß er eine einigende Verwaltungsbehörde schaffe, bleibe jede Berufsschulgruppe in der Hauptsache auf ihrer bisherigen gesetzlichen Grundlage, die von der anderen Gruppe erheblich abweiche, stehen. Weiterhin ergebe sich zur Volksschule der Dualismus aus der unvermeidlichen Tatsache, daß – zumindest in den kleinen Schulen – Lehrkräfte und Unterrichtsräume und -einrichtungen beiden gemeinsam dienen müßten, während sie zwei vollständig getrennten Verwal-

tungen unterstünden. Im Falle gemeinsamer Entschließung beider Geschäftsbereiche trüge dies den Keim für Differenzen in sich. Indem der Entwurf die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums für die Ausbildung von Berufsschullehrern ausspreche, schaffe er sogar einen neuen Dualismus zur Hochschule, so daß ein Riß künftig durch das gesamte Bildungswesen klaffen werde. Der Verein der Bezirksschulräte schloß mit der Feststellung, daß die genannten Mängel am sichersten vermieden und die Lebensnotwendigkeiten der einzelnen Schularten im Rahmen der Einheit des Bildungswesens am besten gewahrt würden, wenn alle Schulen unter die Verwaltung des Volksbildungsministeriums kämen.¹²³⁸

Die gegen den Willen des Wirtschaftsministeriums schon frühzeitig an die Öffentlichkeit gelangte Vorlage¹²³⁹ wurde auch in Lehrerkreisen lebhaft diskutiert. Der Sächsische Lehrerverein erklärte, daß der Entwurf kein Berufsschulgesetz sei, sondern nur eine Verwaltungsfrage lösen wolle. Dadurch mißachte er die Erziehungsarbeit der Schule des nachschulpflichtigen Alters und mache aus der Berufsschule eine reine Fachschule, in welcher der „flache Nützlichkeitsstandpunkt“ in den Vordergrund gerückt und der ethische Gehalt des Berufsgedankens verfälscht werde. Indem der Entwurf an keiner Stelle auf einen Zusammenhang oder auf eine Zusammenarbeit mit anderen Schulen weise, löse er die Berufsschulen aus dem Verband der allgemeinen Bildungsanstalten und zerstöre so die äußere und innere Einheit des sächsischen Schulwesens und mache eine Entwicklung im Sinne der Einheitsschule unmöglich. Der Entwurf bringe nicht das Ende, sondern die Festigung und Verschärfung des Dualismus aufgrund der weiteren – schon oben beschriebenen – engen Verbindung zwischen Volksschule und Berufsschule. Zudem erschwere und verteuere er die Verwaltung wegen der Einführung eines zweiten Verwaltungszuges. Auch verlasse er den Gedanken der schulgeldfreien Staatsschulen und begünstige die Gründung halböffentlicher Wahlschulen und Privatschulen. Und nicht zuletzt schädige der Entwurf die Lehrerrechte.¹²⁴⁰

Im Anschluß an seine Eingaben und Entschließungen aus den Jahren 1924/1925¹²⁴¹ vermochte auch der Sächsische Berufsschulverein den Entwurf eines Schulüberleitungsgesetzes nicht als geeignete Grundlage für die notwendige Vereinheitlichung des beruflichen Schulwesens anzusehen, da dieser jede Zielstellung für die Berufsschule absichtlich vermeide und ihre weitere Entwicklung nicht gewährleiste. Wohl bringe der Entwurf die Vereinheitlichung in der Spitze, beseitige aber nicht den Dualismus und die Unübersichtlichkeit im beruflichen Schulwesen und vermeide in seiner finanziellen Auswirkung also auch nicht die damit verbundene Vergeudung von öffentlichen Mitteln. Der Entwurf lasse das Vielerlei der Freiwilligkeitsschulen absichtlich bestehen und erleichtere sogar die Gründung neuer Wahlschulen. Damit hemme er den Ausbau der Pflichtberufsschulen und schaffe die Möglichkeit, gut ausgebaute Pflichtberufsschulen zu zerschlagen, was den Weg zur Auflösung der Staatsschule ebne. Der Entwurf folge nicht den großen Richtlinien, die die Reichsverfassung in Artikel 146 der Landesgesetzgebung für die Gestaltung des öffentlichen Schulwesens vorschreibe, indem er das berufliche Schulwesen aus der Organisation der öffentlichen Volksbildungsveranstaltungen herausreißt und es einer vorwiegend wirtschaftlich eingestellten Instanz ankoppele. Schließlich befestige der Entwurf zwar die Stellung der Lehrer an den Schulen, die bisher dem Wirtschaftsministerium unterstanden, für die Lehrer an den Pflichtberufsschulen

¹²³⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13947 a, Bl. 231-237.

¹²³⁹ Diese Indiskretion hatte das Wirtschaftsministerium in einer Pressenotiz vom 23. Juni 1926 moniert, in welcher es den Entwurf zugleich gegenüber Angriffen aus der Lehrerpresse verteidigte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16132, Bl. 62-66; Deutsche Handelsschul-Warte, 1926, S. 153.

¹²⁴⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2469, AE 7-10, Zitat: AE 7; SSZ, 1926, S. 370-372 und 418-420; Sächsische Gewerbeschule, 1925/1926, S. 123-124 und 151-153.

¹²⁴¹ In diesen sprach sich der Sächsische Berufsschulverein nach wie vor und wiederholt für die Beseitigung des Dualismus durch Unterstellung des gesamten beruflichen Schulwesens unter das Ministerium für Volksbildung sowie für den Erlass eines Berufsschulgesetzes aus, für dessen Inhalt er auch Richtlinien und Grundsätze aufstellte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16106, Bl. 236 (= Dokument 279), 237 und 238 (= Dokument 281); Ebd., Nr. 16107, Bl. 41-42 und 110; Ebd., Nr. 16111, Bl. 13-15; Ebd., 10693, Nr. 1657, AE 12 (= Dokument 282), 40-41, 62 und 64 (= Dokument 285); Praxis der Berufsschule, 1925, S. 49-51, 438-442 und 557-559; Ebd., 1926, S. 8-9 (= Dokument 286).

bringe aber er den Abbau bisher gewährleisteter Rechte.¹²⁴² In Ergänzung dieser Negativkritik übermittelte der Sächsische Berufsschulverein dem Ministerium für Volksbildung am 24. September 1926 als konstruktiven Beitrag und als Material die Forderungen der sächsischen Berufsschullehrerschaft zur Gestaltung des Schulüberleitungsgesetzes, die in der Gestalt eines Gesetzentwurfs abgefaßt waren.¹²⁴³

Im Gegensatz zu den bisher genannten Akteuren, die sich allesamt ablehnend geäußert hatten, erkannte der Sächsische Gewerbeschulverband – ebenso im Anschluß an frühere Erklärungen¹²⁴⁴ – in dem Schulüberleitungsgesetzentwurf die Voraussetzung und Vorbereitung für ein Berufsschulgesetz, das die unbedingt erforderliche Vereinheitlichung des beruflichen Pflichtschulwesens und den Auf- und Ausbau des beruflichen Gesamtschulwesens endgültig regelt. Wenn er wegen der Kurzfristigkeit seiner in Aussicht genommenen Maßnahmen den Grundforderungen, die der Sächsische Gewerbeschulverband an das kommende Berufsschulgesetz richte, zwar nicht genügen könne, mache er jedoch die Bahn frei für eine allmähliche Verwirklichung und bedeute unter allen Umständen einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand der unheilvollen Zerklüftung des sächsischen beruflichen Schulwesens.¹²⁴⁵

Nachdem die hier geschilderten Ansichten öffentlich in den jeweiligen Organen ausgebreitet worden waren, konstatierte der Arbeits- und Propagandausschuß der Lehrerverbände an den Handels-, Gewerbe-, Textil- und Landwirtschaftsschulen, daß gegen den Schulüberleitungsgesetzentwurf ein scharfer Kampf des Sächsischen Lehrervereins und des Sächsischen Berufsschulvereins eingesetzt habe, die beide einen zunehmenden Druck auf die Mitglieder des Landtags ausübten. So solle der Gesetzentwurf im Rechtsausschuß so stark mit Abänderungsvorschlägen belastet werden, daß die Verabschiedung in der Oktobersitzung¹²⁴⁶ unmöglich werde.¹²⁴⁷ Auch wenn sich das „Zwickauer Tageblatt“ der Hoffnung hingab, daß die Abgeordneten, die sich schon jahrelang eingehend mit dieser Gesetzesmaterie befaßten, „zu einem erheblichen Teile keine Neigung haben [dürften], das Schmerzenskind in die nächste Landtagssession hinüberzuschleppen und ihre Entschluß- und Urteilsfähigkeit in Mißkredit zu bringen“¹²⁴⁸, erwies sich die Front gegen den Entwurf doch als geschlossen und massiv.

Als nämlich der Rechtsausschuß am 28. September 1926 tagte, beantragte der Abgeordnete Arthur Arzt (SPD), die Beratung der Vorlage bis auf weiteres zu vertagen. Er begründete dies damit, daß die Materie so umstritten und kompliziert sei und es nicht mehr die Aufgabe des demnächst auseinandergehenden Landtages sein könne, in solchen grundsätzlichen Fragen eine die kommende Regierung bindende Entschließung zu fassen. Der Ausschußvorsitzende Moritz Beutler (DNVP) vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß der Ausschuß nicht das Recht habe, sich einer ihm durch Überweisung einer Vorlage gestellten Aufgabe definitiv zu entziehen, und demgemäß zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen habe; sonst sei das Streik. Obwohl Wirtschaftsminister Hermann Müller (ASP) ausdrücklich dieser Auffassung beitrug und unter Verweis auf die unhaltbaren Zustände im Berufsschulwesen die Weiterbehandlung der Vorlage verlangte, wurde der Antrag Arzt angenommen. In einem am selben Tag an die Staatskanzlei gerichteten Schreiben erklärte Müller, daß dieser Beschluß im Widerspruch zur Verfassung stehe, die in Artikel 17 besage, daß auf Verlangen der Regierung jede Vorlage und jeder im Landtag gestellte Antrag

¹²⁴² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13947 a, Bl. 248 und 263; Praxis der Berufsschule, 1926, S. 421-425; LLZ, 1926, S. 411-414, 435-436, 448-450 und 468-469; Beruf und Schule, 1930, S. 534-535.

¹²⁴³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13947 a, Bl. 259-262 (= Dokument 289).

¹²⁴⁴ Vgl. Ebd., Nr. 16106, Bl. 236 (= Dokument 279) und 241 (= Dokument 278); Ebd., Nr. 16107, Bl. 113-115; Ebd., 10693, Nr. 1657, AE 12; Praxis der Berufsschule, 1925, S. 618-619; Sächsische Gewerbeschule, 1924/1925, S. 81-91.

¹²⁴⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16132, Bl. 99 (= Dokument 288) und 100; Praxis der Berufsschule, 1926, S. 565-570; Sächsische Gewerbeschule, 1925/1926, S. 8-10 und 177-182.

¹²⁴⁶ Der Landtag hatte in seiner 2. Wahlperiode zuletzt am 12. Oktober 1926 getagt. Die am 31. Oktober 1926 gewählte Kammer (3. Wahlperiode) trat am 25. November 1926 zusammen.

¹²⁴⁷ Weiter hieß es: Im Hinblick auf diese Tatsache mehrte sich die Zahl jener Abgeordneten, die das Gesetz aus wahltaktischen Gründen dem neuen Landtag zur Erledigung überlassen wolle. Man fürchte nämlich den scheinbar sehr weitreichenden Einfluß des Sächsischen Lehrervereins. So solle einzelnen Abgeordneten der Verlust ihres Mandats bereits angedroht worden sein für den Fall, daß sie dem Überleitungsschulgesetz zustimmten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16132, Bl. 108.

¹²⁴⁸ SächsHStAD, 11125, Nr. 16132, Bl. 106-107.

durch einen Ausschuß vorberaten und schriftlich Bericht darüber erstattet werden müsse. Die Staatskanzlei wurde deshalb ersucht, eine Entschließung des Gesamtministeriums herbeizuführen, die das Präsidium des Landtages veranlassen sollte, mittels einer Beratung im Ältestenausschuß auf sofortige Weiterbehandlung der Vorlage im Rechtsausschuß hinzuwirken.¹²⁴⁹ Doch angesichts des bevorstehenden Landtagschlusses war der zeitliche Spielraum wohl zu eng, um diesem Anliegen zu entsprechen. Die Vorlage wurde nicht mehr beraten. Zwar ersuchte das Wirtschaftsministerium – nachdem sich der neue Landtag konstituiert hatte – am 19. April 1927 die Staatskanzlei, den Entwurf dem Gesamtministerium zur abermaligen Beschlußfassung und Weitergabe an den Landtag vorzulegen¹²⁵⁰, doch war das Schulüberleitungsgesetz bereits endgültig gescheitert.

b. Der Dualismus im Rahmen der Verwaltungsreform

In seiner im Dezember 1927 vorgelegten Denkschrift hatte der Präsident des Sächsischen Staatsrechnungshofes (und spätere Ministerpräsident), Walther Schieck, es als eines der wichtigsten Ziele einer Verwaltungsreform bezeichnet, daß der Streit und der Konkurrenzkampf der beiden beruflichen Schularten begraben werde. Er schlug vor, daß gesamte gewerbliche und landwirtschaftliche Fachschulwesen, dazu auch die Kunstakademie und die Förderung der Kunst im Allgemeinen, die kunstgewerblichen Akademien, die Gewerbeakademie zu Chemnitz, die Staatsbauschulen und die Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau, die Bergakademie in Freiberg und die Forstliche Hochschule Tharandt dem Ministerium für Volksbildung zu unterstellen. Die Vereinigung des gesamten Bildungswesens beim Volksbildungsministerium biete allein die Gewähr, daß an Stelle des alten kein neuer Dualismus entstehe. Gleichwohl sei Bedacht darauf zu nehmen, daß die gewerblichen Fachschulen ihre engen Beziehungen zu den Trägern der Wirtschaft nicht verlören. Dies sei möglich, wenn innerhalb des Ministeriums für Volksbildung alle der beruflichen Fachausbildung dienenden Bildungsanstalten in einer Ministerialabteilung vereinigt würden, die von einer entsprechenden, nicht einseitig eingestellten Persönlichkeit zu leiten sei.¹²⁵¹ Während das Wirtschaftsministerium befürchtete, daß dabei die Fachschulen den unerläßlichen Zusammenhang mit der Wirtschaft verlören und es selbst einer der wichtigsten Möglichkeiten für eine nachhaltige Gewerbeförderung verlustig ginge, stimmte das Ministerium für Volksbildung dem Vorschlag Schiecks zu.¹²⁵²

Nur kurze Zeit später nahm der Haushaltsausschuß A des Landtags einen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wurde, baldigst eine Gesetzesvorlage zu erarbeiten, wonach das gesamte Volks- und Berufsschulwesen Sachsens einheitlich organisiert und dem Volksbildungsministerium unterstellt werde.¹²⁵³ Hier bat nun Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) den Landtag, dem Antrag des Haushaltsausschusses in seiner vorliegenden Form nicht zuzustimmen, weil das ein Komplex von Fragen sei, der „nicht so nebenbei“ behandelt werden könne. Der Abgeordnete Otto Röttscher (KPD) hielt diese Begründung nicht für überzeugend; dagegen pflichtete der Abgeordnete Prof. Johannes Siegert (DNVP) dem Minister bei. Was in dieser Situation nun die Beweggründe Dr. Kaisers gewesen sein mochten, eine passive Haltung einzunehmen, ist letztlich unklar. Vom Landtag wurde der Antrag zumindest mit Stimmenmehrheit angenommen.¹²⁵⁴

Während sich der Sächsische Lehrerverein weiterhin gegen die Ausgestaltung des Wirtschaftsministeriums zu einem zweiten Unterrichtsministerium und für die einheitliche Verwaltung des Bildungswe-

¹²⁴⁹ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1578, Bl. 69-70; Ebd., 11125, Nr. 16132, Bl. 126; Sächsische Gewerbeschule, 1925/1926, S. 305-306. Ein in den Landtagsverhandlungen erwähntes Antwortschreiben des Ministerpräsidenten vom 30. September 1926 konnte nicht ermittelt werden. Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 195. Sitzung vom 5. Oktober 1926, S. 6884, Nr. 2421.

¹²⁵⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13947 a, Bl. 281.

¹²⁵¹ Vgl. Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, S. 30, 31, 72 und 76; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 315-316.

¹²⁵² Vgl. SächsHStAD, 10736, Nr. 9341, Bl. 100-101 (S. 24-25).

¹²⁵³ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), S. 2, Ziffer V. 9.

¹²⁵⁴ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2749 (Zitat), 2753, 2756 und 2761.

sens beim Ministerium für Volksbildung aussprach¹²⁵⁵, forderte der Sächsische Gewerbeschulverband unverändert die Lösung des Dualismus zugunsten des Wirtschaftsministeriums, wobei bis zu der Erledigung dieser Maßnahme durch Erlass eines Notgesetzes für die den zwei Ministerien unterstehenden Schulen die gleichen wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen seien¹²⁵⁶. Der Sächsische Berufsschulverein bezog in der Diskussion Stellung, in dem er als Abschluß jahrelanger Vorarbeit einen ausgewachsenen Berufsschulgesetzentwurf vorlegte, der einen organischen Aufbau des Berufsschulwesens durch die Vereinigung der Schulen für die berufsschulpflichtige Jugend unter dem Ministerium für Volksbildung anstrebte.¹²⁵⁷

Der Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes, der im März 1929 an den Landtag gelangte, ließ die Aufsichtsfrage unentschieden und versuchte, den Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Bestehen verschiedener Schularten an einzelnen Orten entwickelt hatten, auf dem Wege örtlicher Regelung beizukommen. So sollte das Gesamtministerium für die Dauer des aktuellen Landtags ermächtigt werden, auf dem Gebiete des beruflichen Unterrichtswesens Maßnahmen zu treffen, die einer Zusammenlegung von Schulen oder Klassen oder einer Arbeitsteilung zwischen ihnen an solchen Orten dienten, an denen durch das Nebeneinander verschiedener Schularten Doppeleinrichtungen entstanden waren oder zu entstehen drohten.¹²⁵⁸ Da indes der Landtag durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 22. März 1929 über die Ungültigkeit der Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 vorzeitig aufgelöst wurde¹²⁵⁹, blieb die Vorlage unerledigt. Der aufgrund der Neuwahlen vom 12. Mai 1929 am 6. Juni 1929 zusammengetretene Landtag fand wiederum bis zu seiner Selbstauflösung am 20. Mai 1930 keine Gelegenheit, um auf dem Gebiet voranzukommen.¹²⁶⁰ So wurde die Lösung des Dualismus in eine für die Republik besonders schwierige Zeit verschoben.

4. Die Dualismusdebatte in der Weltwirtschaftskrise

Nachdem – wie gezeigt – alle bisherigen Versuche zur Lösung des Dualismus und zur Schaffung eines Berufsschulgesetzes gescheitert waren, gelang es der sächsischen Regierung unter dem Druck von Sparmaßnahmen und insbesondere mit Hilfe von Notverordnungen, geeignete Schritte zu unternehmen. Zunächst werden an dieser Stelle die die Ministerialebene betreffenden Maßnahmen, sodann die sich für die Mittelinstanz ergebenden Konsequenzen dargestellt.

a. Vom zweiten Berufsschulgesetzentwurf des Volksbildungsministeriums zur Sparverordnung des Gesamtministeriums

Zum 1. Januar 1930 hatten sich der Sächsische Berufsschulverein und der Sächsische Gewerbeschulverband unter Aufrechterhaltung ihrer jeweiligen Eigenständigkeit zur Gewerkschaft „Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen (L. S. B.)“ zusammengeschlossen, um über die Vereinigung der bisher getrennten Lehrergruppen die Beseitigung des Dualismus überhaupt zu erreichen und sich auch gemeinschaftlich Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet des Berufsschulwesens entgegenzustellen. Als Ver-

¹²⁵⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2469, AE 4, Ziffer I; SSZ, 1929, S. 707.

¹²⁵⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16108, Bl. 36 (= Dokument 290).

¹²⁵⁷ Vgl. Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Entwurf eines Berufsschulgesetzes, S. 5-31 (= Dokument 76); SächsHStAD, 10693, Nr. 1763, Bl. 5; Ebd., Nr. 2062, AE 4; Praxis der Berufsschule, 1926, S. 8-9 (= Dokument 286); Ebd., 1928, S. 23-33, 65-68 und 728-731; Beruf und Schule, 1930, S. 535; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 317-318.

¹²⁵⁸ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1803; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 83 (vom 6. März 1929), S. 2 (§ 6 Absatz 1 Ziffer 4) und 12-13.

¹²⁵⁹ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, Bd. 4, S. 4309.

¹²⁶⁰ Vgl. Ebd., 4. Wahlperiode, S. 1470. In seiner Regierungserklärung vom 13. Mai 1930 bemerkte Ministerpräsident und Volksbildungsminister Walther Schieck nur, daß sein Kabinett die Bemühungen der vorigen Bemühungen zur Beseitigung des Dualismus' im beruflichen Schulwesens fortsetzen werde. Vgl. Ebd., 37. Sitzung vom 13. Mai 1930, S. 1423.

bandsthema wurde „Aufgabe und Aufbau eines einheitlichen beruflichen Schulwesens“ ausgegeben.¹²⁶¹ Der Aufstellung diesbezüglicher Grundsätze widmete sich die Vertreterversammlung am 8./9. Oktober 1932 in Schandau¹²⁶², und kurz darauf erschien im Druck die entsprechende programmatische Schrift¹²⁶³.

Anlässlich der ersten Vertreterversammlung des L. S. B. am 16./17. April 1930 in Dresden erklärte Ministerialrat Beschorner, daß ein Referentenentwurf über Änderungen im beruflichen Schulwesen vorliege, in welchem die Ministerien nunmehr eine Verständigung erzielt hätten.¹²⁶⁴ Intern wurde der Entwurf, der schon den Grundsatz der späteren Lösung enthielt, noch als Referenten-Vorentwurf bezeichnet.¹²⁶⁵ Nach weiteren Verhandlungen, in denen unter anderem die Belange des Wirtschaftsministeriums gestärkt worden waren¹²⁶⁶, lag am 24. Juli 1931 die schließliche Einigung in der Form eines Gesetzentwurfs vor, der das berufliche Schulwesen einer gemeinsamen Oberaufsicht unterstellte, die Neuordnung und den einheitlichen Aufbau dieses Schulwesens aber einem späteren Gesetz vorbehielt.¹²⁶⁷ Gleichwohl der parteilose Finanzminister Dr. Hans Hedrich am 10. März 1931 angekündigt hatte, daß der Entwurf nach seiner Verabschiedung im Gesamtministerium dem Landtag baldmöglichst zugestellt werden solle¹²⁶⁸, konnte die Regierung – gestützt auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931¹²⁶⁹ – ihr Vorhaben im Herbst 1931 nunmehr unter Umgehung des Parlaments realisieren.

So wurden durch die Sparverordnung vom 21. September 1931 die gewerblichen Lehranstalten zum 1. November 1931 dem Ministerium für Volksbildung unterstellt, in welchem – zugleich für die Angelegenheiten des Pflichtberufsschulwesens – eine besondere Abteilung für berufliche Schulen errichtet wurde, die der Leitung des Ministerialdirektors des Wirtschaftsministeriums unterstand.¹²⁷⁰ Anlässlich der Errichtung dieser Abteilung erklärte ihr Vorstand, Dr. Klien, daß die Vereinigung zwar nicht ganz den Wünschen entspreche, die im Wirtschaftsministerium gehegt worden seien, daß aber doch eine Form gefunden worden sei, die dem Ministerium für Volksbildung zwar die Schulen unterstelle, den gewünschten Zusammenhang mit der Wirtschaft aber gewährleiste.¹²⁷¹ Auf der Grundlage der Sparverordnung einigten sich die Ministerien zudem in der Ausführungsverordnung vom 30. Oktober 1931 auf eine Anzahl von Schulen, die unter der Oberaufsicht des Wirtschaftsministeriums verblieben.¹²⁷² Diese Ausnahmen wurden damit begründet, daß diese Schulen keine Ersatzschulen für die Pflichtberufsschule seien und nicht mit ihr konkurrierten, sondern ausschließlich der Förderung eines bestimmten Gewerbes dienten.¹²⁷³ Außerdem blieben dem Wirtschaftsministeriums grundsätzlich unterstellt die nicht unter das Gewerbeschulgesetz von 1880 fallenden staatlichen Lehranstalten.¹²⁷⁴ Da die beschlossenen Maßnahmen letztlich einem Kompromiß entsprangen, blieb die Chance, zu einer wirklichen Einheitlichkeit in der Verwaltung zu gelangen, zu diesem Zeitpunkt ungenutzt.

¹²⁶¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 7; SSZ, 1929, S. 708; Beruf und Schule, 1930, S. 530ff.; Ebd., H. 35, Anhang; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 319-321.

¹²⁶² Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 332-333; Die höhere Schule, 1932, S. 304 (= Dokument 295); Beruf und Schule, 1932, H. 33 und 44; SSZ, 1932, S. 762-763. – Die Vertreterversammlung nahm auch eine EntschlieÙung an, die sich unter anderem gegen alle Bestrebungen richtete, welche die Berufsschule – etwa durch Sparmaßnahmen oder unzweckmäßige Organisationsänderungen – in ihrem Kern gefährdeten. Vgl. SSZ, 1932, S. 774-775.

¹²⁶³ Vgl. Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg. – Siehe hierzu auch Kapitel G. III. 5.

¹²⁶⁴ Vgl. Beruf und Schule, 1930, S. 337-339 und 530ff.; Deutsche Handelsschul-Warte, 1930, S. 155.

¹²⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 1-6.

¹²⁶⁶ Vgl. Ebd., Bl. 36ff., 37-42, 43-45, 50 I, 55-63, 69ff., 72ff., 73, 75-76 und 80-81.

¹²⁶⁷ Vgl. Ebd., Bl. 83 (= Dokument 79) und 84ff.; SSZ, 1931, S. 528.

¹²⁶⁸ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 35. Sitzung vom 10. März 1931, S. 1262; SSZ, 1931, S. 205.

¹²⁶⁹ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1931, Teil 1, S. 458; Kapitel E. I. 3.

¹²⁷⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 15 (Absatz 1) und 18; Beruf und Schule, 1931, S. 822-823; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 325ff.

¹²⁷¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 116ff.

¹²⁷² Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 85 (= Dokument 232), hier: Anlage A, Ziffer 1; Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 241 (= Dokument 233).

¹²⁷³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 135 und 147; Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 15 Absatz 2.

¹²⁷⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 85, Anlage A, Ziffer 2.

Und wenn auch auf der Ministerialebene zumindest eine gewisse Vereinheitlichung herbeigeführt worden war, so blieb doch der Dualismus in der Lokalinstanz grundsätzlich erhalten, da für beide Schulgruppen jeweils die bisher geltenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft blieben. Durch den Übergang der gewerblichen Schulen auf ein anderes Ressort wurden weder die Rechtsverhältnisse ihrer Schulträger noch ihrer Lehrer berührt. Auch wurde die Aufsicht einstweilen von denselben Dienststellen und in derselben Weise wie bisher ausgeübt.¹²⁷⁵ In Anbetracht der Verschiedenheit der Aufsichtsorgane wurde – in Anlehnung an den Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes von 1929 – allgemein angeordnet, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem das berufliche Schulwesen neu geordnet und einheitlich aufgebaut sei, Maßnahmen zu treffen seien, die einer Zusammenlegung von Schulen oder Klassen oder einer Arbeitsteilung zwischen ihnen an solchen Orten dienten, an denen durch das Nebeneinander verschiedener Schularten Doppelleistungen entstanden waren oder zu entstehen drohten oder sonst eine Vereinheitlichung des beruflichen Schulwesens aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erwünscht sei.¹²⁷⁶

Im Sächsischen Landtag, der am 2. Juli 1931 eine Eingabe der Akademiker an sächsischen Handelsschulen¹²⁷⁷ zur Beseitigung des Dualismus der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen hatte¹²⁷⁸, stieß die gefundene Lösung nicht allenthalben auf Zustimmung. Der Abgeordnete Curt Fritzsche (Konservative Volkspartei) meinte, daß ein großer Optimismus dazu gehöre, den geschaffenen Zustand als die Beseitigung des Dualismus zu bezeichnen.¹²⁷⁹ Auch der Abgeordnete Bernhard Claus (Deutsche Staatspartei), Volksschullehrer und langjähriger Berichterstatter zum Volksschuletat, befand, daß „also wieder nur eine halbe Sache geschaffen worden“ sei, die sich aus den Kompetenzstreitigkeiten ergeben habe. Der Artikel 15 der Sparverordnung sei keine Sparmaßnahme, da es für die Staatsfinanzen gleichgültig sei, unter wem eine Schule stehe; die Regelung der Aufsichtsfrage bringe sogar mehr Aufwand.¹²⁸⁰ Der Abgeordnete Prof. Johannes Siegert (DNVP) vermutete, daß für den Ministerialdirektor, der aus dem Wirtschaftsministerium ins Ministerium für Volksbildung hinüberkomme, ein neuer Dualismus entstehe, der diesem außerordentlich schwere Konflikte bringen werde.¹²⁸¹ Demgegenüber begrüßte der Abgeordnete Erwin Hartsch (SPD) die gemachten „Ansätze“ und hoffte auf eine endgültige und restlose Klärung dieser Frage.¹²⁸²

Der Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen, der am 4. Oktober 1931 in Dresden seine Vertreterversammlung abhielt, begrüßte es als einen Fortschritt, daß durch die Sparverordnung der Dualismus im beruflichen Schulwesen in der Spitze beseitigt worden sei. Er sei jedoch der Auffassung, daß die erlassenen Vorschriften nicht genügen, um den notwendigen einheitlichen Aufbau des beruflichen Schulwesens in zielbewußter Weise in die Wege zu leiten. Deshalb forderte er unter anderem, alle beruflichen Schulen ohne Ausnahme dem Ministerium für Volksbildung zu unterstellen, damit die Entwicklung eines neuen Dualismus verhindert werde; den Gesetzentwurf zur Neuordnung des gesamten beruflichen Schulwesens dem Landtage spätestens innerhalb von zwei Jahren vorzulegen; für die Beseitigung des örtlichen Dualismus umgehend Richtlinien aufzustellen und die hierzu von dem Landesverein

¹²⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 85, Ziffer 1.

¹²⁷⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 15 Absatz 3. In der Durchführung dieser Maßnahmen erblickte Ministerpräsident Schieck die eigentliche Hauptsache der neu errichteten Abteilung. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 115ff., 120 und 123; SSZ, 1932, S. 503.

¹²⁷⁷ Der Verein der Akademiker an sächsischen Handelsschulen wurde am 1. Juli 1928 als Landesverein Sachsen des Reichsverbandes Deutscher Handelslehrer mit Hochschulbildung gegründet und hielt am 10. November 1928 in Chemnitz seine erste Hauptversammlung ab. Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1928, S. 156, 278 und 284-285.

¹²⁷⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 53 I ff., hier: S. 1 und 7; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2020.

¹²⁷⁹ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1997.

¹²⁸⁰ Vgl. Ebd., 85. Sitzung vom 6. Juli 1932, S. 3753 (Zitat); SSZ, 1932, S. 502.

¹²⁸¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 53 I ff., hier: S. 6.

¹²⁸² Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 29. September 1931, S. 2397.

gemachten Vorschläge zu berücksichtigen; sowie das neu errichtete Berufsschulamt zu einer berufspädagogischen Zentralstelle zu entwickeln.¹²⁸³

b. Die Neuordnung der Aufsicht über die beruflichen Schulen im Anschluß an die Sparverordnung

Schon im Königreich Sachsen war der Sächsische Fortbildungsschulverein mit der Forderung an die Öffentlichkeit getreten, eine sachliche Trennung der Schulaufsicht in der Mittelinstanz zu vollziehen durch Anstellung von besonderen Aufsichtsbeamten – und zwar vorläufig einem pro Kreishauptmannschaft –, denen nur daß Fortbildungsschulwesen zu unterstellen sei.¹²⁸⁴ Die Erfüllung dieses Ansinnens stellte dann der Schulaufsichtsgesetzentwurf vom 14. März 1925 in seiner Begründung in Aussicht.¹²⁸⁵ Der Sächsische Berufsschulverein wünschte nun um so mehr die Einführung selbständiger fachmännischer Berufsschulräte, da die Berufsschule kein Anhängsel der Volksschule mehr, sondern eine eigenständige Schulform sei, und die jetzigen Bezirksschulräte mit einer Doppelaufgabe konfrontiert seien.¹²⁸⁶

Während sich im Frühjahr 1926 ein Landtagsbeschluß abzeichnete, durch Neueinrichtung von Stellen die Bezirksschulräte großer Bezirke zu entlasten¹²⁸⁷, konkretisierte sich beim Ministerium für Volksbildung die Vorstellung, daß eine Teilung der großstädtischen Aufsichtsbezirke nach sachlichen Gesichtspunkten sich zweckmäßiger erweisen müsse als nach räumlichen¹²⁸⁸. Nachdem die Bedenken des Wirtschaftsministeriums¹²⁸⁹ zerstreut werden konnten, trafen beide Ministerien am 18. August 1927 eine Vereinbarung, um einen Versuch in Richtung der Vereinheitlichung des Berufsschulwesens im Freistaat Sachsen einzuleiten.¹²⁹⁰ So wurde zum 1. Oktober 1927 je ein weiterer Bezirksschulrat für die Großstadtbezirke Dresden I und Leipzig I berufen, die aber nicht die Volksschulen, sondern allein die Berufsschulen zu beaufsichtigen hatten. Dem neuen Bezirksschulrat für Leipzig kam zudem die Aufsicht über die gewerblichen Anstalten der Stadt zu. Im Gegenzug wurden in Chemnitz dem Gewerbeoberschulrat die Obliegenheiten des dortigen Bezirksschulrates für die Berufsschulen übertragen.¹²⁹¹ Vom Abgeordneten Bernhard Claus (DDP) wurde bei den Haushaltsberatungen des Folgejahres der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie mit der Ernennung der Bezirksschulräte der Lösung des Dualismus vorgegriffen habe. So habe der Landtag ausdrücklich die Teilung der Riesenbezirke bzw. die Verdopplung der Schulaufsicht in den Großstädten gefordert. Gleichwohl habe Leipzig nun – nicht zwar dem Namen nach, aber de facto – einen Berufsschulrat erhalten. Dabei sei die Schaffung besonderer Berufsschulratsstellen – sie möge zweckmäßig sein oder nicht – Sache der Gesetzgebung, nicht aber der Verwaltung. Und noch weniger habe die Regierung das Recht, durch Bezirksschulräte, die aus dem Staatshaushaltskapitel 71 (Volksschulen) besoldet werden, Schulen des Wirtschaftsministeriums mit beaufsichtigen zu lassen. Diese Maßnahme verstoße gegen das Etatrecht des Landtages. Demgegenüber vertrat die Regierung die Ansicht, daß sie berechtigt sei, die Schulaufsicht nach Sachgebieten zu teilen. Sie fühle außerdem die Verpflichtung in sich,

¹²⁸³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 143 (= Dokument 293), 144-145 (= Dokument 294), 146-151 und 157-162.

¹²⁸⁴ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 312; Sächsischer Fortbildungsschulverein (Hrsg.): Grundzüge für eine gesetzliche Neuordnung des Fortbildungsschulwesens, S. 11-12.

¹²⁸⁵ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 175 (vom 14. März 1925), S. 5.

¹²⁸⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1560, Bl. 10-11; Praxis der Berufsschule, 1925, S. 229-231.

¹²⁸⁷ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1750 (Neudruck vom 17. März 1926), S. 2, Ziffer II. 2. c; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6065, 6072, 6082 und 6084; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 180. Sitzung vom 20. April 1926, S. 6105; Kapitel C. II. 3.

¹²⁸⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16131, Bl. 120; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 179. Sitzung vom 15. April 1926, S. 6065 und 6084.

¹²⁸⁹ Dieses vermutete, daß die gedachten Maßnahmen die ihm in Zukunft zufallenden Organisationsfragen beeinträchtigen könnten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16130, Bl. 277; Ebd., Nr. 16131, Bl. 122.

¹²⁹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13947 a, Bl. 284-285 (= Dokument 194).

¹²⁹¹ Vgl. Ebd., Bl. 284 und 286; Ebd., Nr. 16537, Bl. 137, 140, 147 und 186; Verordnungsblatt, 1927, S. 99.

den Interessen der Berufsschule, die an Selbständigkeit und Bedeutung in den letzten Jahren gewonnen habe, mehr als bisher Rechnung zu tragen.¹²⁹²

Im Anschluß an die Sparverordnung vom 21. September 1931 traten dann – jedoch nicht sogleich – grundlegende Veränderungen ein. Nach der Ausführungsverordnung vom 30. Oktober 1931 war trotz der zum 1. November 1931 vollzogenen Vereinheitlichung die Aufsicht über die beruflichen und gewerblichen Schulen zunächst noch von denselben Dienststellen und in derselben Weise wie bisher auszuüben.¹²⁹³ Gegenüber dem Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen, der alle beruflichen Schulen der Aufsicht von Berufsschulräten unterstellt sehen wollte, erklärte Ministerialdirektor Dr. Klien am 7. November 1931, daß die Bildung von Berufsschulaufsichtsbezirken im Gange sei.¹²⁹⁴ Tatsächlich ging zum 1. Juli 1932 die fachmännische Aufsicht über sämtliche beruflichen Schulen im Geschäftsbe-
reich des Ministeriums für Volksbildung auf die Gewerbeschulräte über, die einen bestimmten Bezirk zugewiesen bekamen.¹²⁹⁵ Auf dem Gebiete des Pflichtberufsschulwesens traten die Gewerbeschulräte an die Stelle der Bezirksschulräte und bildeten zusammen mit den Verwaltungsbehörden das „Bezirksschulamt B“, während die für die Angelegenheiten der Volksschulen zuständigen Bezirksschulämter fortan die Bezeichnung „Bezirksschulamt V“ führten. Die Aufsicht des Gewerbeschulrates und des Bezirksschulamtes B erstreckte sich auch auf die Berufsschulen, die derselben Leitung wie die Volksschule unterstanden. Durch Dienstanweisungen sollte die Zusammenarbeit zwischen den Gewerbeschulräten und den Bezirks-
schulräten geregelt und der Dienstverkehr zwischen ihnen vereinfacht werden. Bis zu weiterer Vereinheitlichung des beruflichen Schulwesens sollte die Aufsicht über die Berufsschulen sowie über die dem Ministerium für Volksbildung unterstehenden gewerblichen Lehranstalten für jede dieser beiden Schularten nach den bisher für sie geltenden Vorschriften ausgeübt werden.¹²⁹⁶

Die einheitliche Aufsicht über beide Schularten stieß vornehmlich auf zwei Seiten auf Ablehnung. So trugen einerseits die Vertreter der Handelsschule in zahlreichen Eingaben die Bitte vor, von der Beaufsichtigung der Handelsschulen durch den Gewerbeschulrat abzusehen und diese weiter direkt beim zuständigen Fachreferenten im Ministerium zu belassen. Verbunden damit war die Befürchtung, daß die Handelsschule, die eine gehobene Schule bleiben wolle, durch eine Annäherung an die Berufsschule im öffentlichen Ansehen herabgesetzt werde und dadurch Schüler verlieren würde.¹²⁹⁷ Die Ernennung des Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Hugo Dähne am 1. Januar 1933 zum Gewerbeschulrat unter gleichzeitiger Verwendung als Referent für das Handelsschulwesen im Ministerium für Volksbildung mochte in dieser Hinsicht wohl zur Beruhigung geführt haben.¹²⁹⁸ Und zum anderen erstattete zum Jahresende 1932 die überwiegende Mehrzahl der Amtshauptmannschaften Bericht über fühlbar gewordene Geschäfterschwernisse infolge der Neuerung und sprach sich für Wiederbeseitigung aus.¹²⁹⁹ Immerhin hatte jeder Amtshauptmann nun jeweils mit zwei Schulräten auch zwei Schulämter („V“ und „B“) zu bilden, während umgekehrt jeder Gewerbeschulrat mit mehreren Amtshauptleuten zu verkehren hatte. Im Ergebnis der deswegen im Ministerium für Volksbildung geführten Beratungen erging am 20. Mai 1933

¹²⁹² Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2741; Ebd., 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1967; LLZ, 1928, S. 20.

¹²⁹³ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 85, Ziffer 1 Satz 3.

¹²⁹⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 143 (Ziffer 2) und 147.

¹²⁹⁵ Zunächst wurden acht Aufsichtsbezirke eingerichtet und mit sechs Gewerbeschulräten sowie drei Oberregierungsräten besetzt. Wenig später wurde die Zahl der Gewerbeschulräte auf sieben, und zum 1. Januar 1934 auf acht erhöht. Vgl. Verordnungsblatt, 1932, S. 42, Anlage I; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 50 (vom 27. Mai 1932), S. IX. 40, Kap. 71 a, Tit. 4 a; Ebd., 6. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 2 (vom 19. August 1933), S. IX. 43, Kap. 71 a, Tit. 4 a; Pischel, Otto (Hrsg.): Das neue Sachsen, S. 41.

¹²⁹⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1932, S. 111 und 119 (= Dokument 243); Verordnungsblatt, 1932, S. 41-43 (= Dokument 244); Ebd., S. 54; SSZ, 1932, S. 488-489. Für die ersten Jahresberichte der Gewerbeschulräte siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 16465.

¹²⁹⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 173-201; Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 205.

¹²⁹⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 9; Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I, S. 327-328.

¹²⁹⁹ Aufgrund des Ersuchens der Staatskanzlei vom 21. November 1932 waren die Amtshauptmannschaften durch das Ministerium des Innern zur Berichterstattung aufgefordert worden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 238.

eine Verordnung an die Bezirksschulämter B, in der zumindest um Verständnis für die Neuregelung der Aufsicht über die beruflichen Schulen gebeten wurde.¹³⁰⁰

5. Das Ende des Dualismus in der NS-Zeit

Nach der NS-„Machtergreifung“ beschloß der Nationalsozialistische Lehrerbund (Gauverband Sachsen/Fachschaft „Berufsbildende Schulen“) am 17. Juli und 16. September 1933 ein Sofortprogramm nebst Richtlinien zur Beseitigung des Dualismus im Berufsschulwesen. So sollten alle berufsbildenden Schulen sofort ohne Ausnahme dem Wirtschaftsministerium sowie die seither unter dem Ministerium für Volksbildung bestehende Abteilung für berufliche Schulen als selbständige Abteilung des Wirtschaftsministeriums einem Dezernenten unterstellt werden, der nur diese Abteilung zu leiten habe. Zum Zwecke der Beseitigung des Dualismus sei ein Kommissar beim Ministerium zu ernennen, der das berufsbildende Schulwesen genau kenne, und dem die notwendigen Vollmachten zur Überwindung aller Widerstände zu erteilen seien. Für jede Kreishauptmannschaft seien ebenfalls Kommissare zu ernennen, die für ihre Bezirke im Einvernehmen mit den Gewerbeschulräten die Dualismusbeseitigung nach den vom Ministerium aufzustellenden Richtlinien sofort, spätestens aber bis zum Ende des Schuljahres 1933/1934 durchführen. Das Wirtschaftsministerium werde mit der sofortigen Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Berufsschulgesetz beauftragt.¹³⁰¹ In Ergänzung dieses Programms legte der NS-Lehrerbund im November 1933 noch zwei Denkschriften vor.¹³⁰²

Im Ministerium für Volksbildung wurde am 16. Juli 1934 die Frage erörtert, ob in Sachsen das gesamte berufliche Schulwesen nach preußischem Vorbild auf das Volksbildungsministerium übernommen werden solle.¹³⁰³ Mit Schreiben vom 13. Oktober 1934 wies der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Länder unter Bezugnahme auf den Erlaß des Reichskanzlers Adolf Hitler vom 11. Mai 1934¹³⁰⁴ an, den Übergang des gesamten Berufs- und Fachschulwesens einschließlich der Lehrerausbildung auf die Unterrichtsverwaltungen in die Wege zu leiten.¹³⁰⁵ Ein Schriftwechsel innerhalb der sächsischen Regierung dokumentiert, daß eine entsprechende Maßnahme für den 1. April 1935 in Aussicht genommen war.¹³⁰⁶ Allein der Wirtschaftsminister vermochte sich im Interesse der Gewerbeförderung nicht mit dem Gedanken anzufreunden, die ihm noch verbliebenen Schulen abzugeben, weshalb er sich über den Reichsstatthalter in Sachsen, Martin Mutschmann¹³⁰⁷, an den Reichsunterrichtsminister wandte. Da bei diesem auch von anderen Landesregierungen Anträge um Aufschub oder Aussetzung eingegangen waren, teilte er am 29. Januar 1935 mit, daß er alle Vorschläge zusammen einer grundsätzlichen Prüfung unterziehen werde. Das Ministerium für Volksbildung erklärte sich bereit, die Angelegenheit solange zurückzustellen.¹³⁰⁸ Nachdem der Reichsminister schon zwischenzeitlich seine Neigung zu erkennen gegeben hatte¹³⁰⁹, erklärte er per Verordnung vom 29. Februar 1936, daß er nach eingehender Prüfung der vorgetragenen Bedenken die Überzeugung gewonnen habe, daß rechtliche, finanzielle und verwaltungstechnische Schwierigkeiten der Durchführung seines Runderlasses vom 13. Oktober 1934 nicht

¹³⁰⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16109, Bl. 241, 244-245 und 250 (= Dokument 258).

¹³⁰¹ Vgl. Ebd., Nr. 16460, Bl. 350-354.

¹³⁰² Vgl. Denkschrift, betr. die Unterstellung der berufsbildenden Schulen in Sachsen unter das Wirtschafts-Ministerium; Denkschrift über den Stand der Dualismusbeseitigung im berufsbildenden Schulwesen Sachsens.

¹³⁰³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16157, Bl. 14.

¹³⁰⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1934, Teil 1, S. 375.

¹³⁰⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16158, Bl. 18. – Zur Vereinheitlichung des Berufs- und Fachschulwesens durch das Reich siehe Nagel, Anne Christine: Hitlers Bildungsreformer, S. 206-215.

¹³⁰⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16158, Bl. 19-21 und 25.

¹³⁰⁷ Zur Person Mutschmanns siehe Wagner, Andreas: Martin Mutschmann, S. 279-308; Schmeitzner, Mike: Der Fall Mutschmann.

¹³⁰⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16158, Bl. 26-27 und 58.

¹³⁰⁹ So in einer mündlichen Besprechung am 17. Mai 1935 in Berlin gegenüber dem (kommissarischen) Minister für Volksbildung Artur Göpfert. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16158, Bl. 43-45. Zur Person Göpferts siehe Hermann, Konstantin: Arthur Göpfert, S. 222-226.

entgegenstünden. Zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung ordnete er daher an, zum 1. April 1936 die Bearbeitung der Angelegenheiten der Berufs-(Fortbildungs-)Schulen, Gewerbe- und Handelsschulen, Handwerker-Schulen, Haushaltungsschulen, Fachschulen usw. den Unterrichtsverwaltungen federführend, also unbeschadet einer etwaigen Mitbeteiligung anderer Behörden, zu übertragen.¹³¹⁰ Diese Frist ließ man in Sachsen verstreichen, gleichwohl ein Schreiben vom 15. April 1936 die Planung über die vorzunehmenden Verwaltungsänderungen belegt.¹³¹¹ Da die geforderte Neuregelung nicht zustande gekommen war, bat der Volksbildungsminister am 23. Juli 1936 den Reichsstatthalter, es beim bisherigen Stande zu belassen und beim Reichsminister die Aufhebung der Verordnung für Sachsen zu beantragen.¹³¹² Nachdem dieser schon am 25. Juli 1936 baldige Ausführung seiner Verordnung angemahnt hatte, ordnete Mutschmann schließlich (wohl nach weiterer Rücksprache mit Berlin) am 7. September 1936 an, den Erlaß des Reichsministers zum 1. April 1937 nunmehr durchzuführen.¹³¹³ So gelangten mit Verordnung vom 31. März 1937 zum genannten Tag sämtliche gewerbliche Lehranstalten, sofern sie nach der Ausführungsverordnung zur Sparverordnung noch vom Wirtschaftsministerium verwaltet worden waren, unter die Oberaufsicht des Ministeriums für Volksbildung.¹³¹⁴

IV. Zusammenfassung

Das sächsische berufliche Schulwesen zerfiel in das im Hinblick auf Verwaltung und Finanzierung noch ganz überwiegend mit der Volksschule verbundene Fortbildungsschulwesen einerseits sowie das gewerbliche Schulwesen andererseits. Die obligatorische Fortbildungsschulpflicht wurde nach ihrer gesetzlichen Einführung erstmals wirksam für volksschulentlassene Knaben im Jahr 1875, für Mädchen – nachdem die Forderung hiernach spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker vertreten worden war – im Jahr 1920. Beide Male ergaben sich aus dem Nebeneinander von Berufstätigkeit und Schulpflicht Reibungen, so daß diese Neuerung gegen Widerstand, der vornehmlich aus Kreisen der Landwirtschaft geübt worden war, durchgesetzt werden mußte. Für die gewerblichen Schulen waren im Jahr 1880 gesetzlich zunächst nur die Konzessions- und Aufsichtsfrage und die nötige Befähigung der Lehrer geregelt worden, so daß sich in freier Entwicklung eine Vielzahl gewerblicher Schuleinrichtungen herausbilden konnte. Grob gliederte sich das gewerbliche Schulwesen in Gewerbeschulen, Landwirtschaftsschulen und Handelsschulen, wobei unter den Letztgenannten vor allem die höheren Handelsschulen den Ausbau zur Vollanstalt erstrebten – zur sechsstufigen Handelsrealschule oder zur neunstufigen Wirtschaftsoberschule.

Der Dualismus im beruflichen Schulwesen, der aus der unterschiedlichen Ressortzugehörigkeit der genannten zwei Schularten resultiert war, trat offen in Erscheinung, als die Fortbildungsschule begann, ihre ursprüngliche Aufgabe der Allgemeinbildung zu verlassen und immer stärker das Berufliche zu betonen und somit in das Gebiet der gewerblichen Schulen einzudringen. Diese Tendenz wurde aktiv befördert durch die Generalverordnung des Kultusministeriums von 1907 sowie die allgemeine Volksschulreform nach 1918, in deren Rahmen auch der Ausbau der Fortbildungsschule erfolgte. Diese wurde immer mehr fachlich gegliedert und erhielt eine feste finanzielle Grundlage durch die Übernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat. Ein im Mai 1923 vom Kultusministerium vorgelegter – jedoch nicht realisierter – Berufsschulgesetzentwurf versuchte, die Fortbildungsschule zur Berufsschule weiter zu entwickeln sowie die Berufsschule zu einer selbständigen und von der Volksschule getrennten Schulart mit einem besonderen Aufgabenkreis auszubauen. Da andererseits eine zeitgemäße Bearbeitung des alten Gewerbeschulgesetzes nicht erfolgt war, hatte diese Entwicklung vielfach den Charakter des einseitigen Wettbewerbs angenommen, der zwischen den verschiedenen Ministerien unterstehenden Berufsschulen

¹³¹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16158, Bl. 48.

¹³¹¹ Vgl. Ebd., Bl. 52-57.

¹³¹² Vgl. Ebd., Bl. 60.

¹³¹³ Vgl. Ebd., Bl. 61 und 63.

¹³¹⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1937, S. 27 (= Dokument 260).

immer neue Reibungsflächen geschaffen und auch innerhalb der Regierung Spannungen verursacht hatte. Darum waren das Kultusministerium und das Innenministerium (resp. Wirtschaftsministerium) wiederholt bestrebt, bestehende Zwiespältigkeiten und Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen von gewerblichen Schulen einerseits und von Fachklassen der Pflichtfortbildungsschule andererseits ergeben hatten, im Wege der Vereinbarung möglichst zu mildern oder auszuräumen. Dies führte dazu, daß der gesetzlich an sich geforderte Ausbau der Fortbildungsschule in der Praxis vielfach gebremst wurde. Dem berechtigten Bestreben nach Beseitigung der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse der gewerblichen Schulen wurde im Dezember 1923 mit einem Notgesetz über Schulbeihilfen entsprochen.

Zur Schaffung eines das gesamte berufliche Schulwesen einigenden Berufsschulgesetzes war die Beseitigung des Dualismus' durch Vereinigung aller beruflicher Schulen unter einer gemeinsamen Leitung Voraussetzung. Nachdem das Für und Wider für das eine oder das andere Ministerium diskutiert worden war, entschied das Gesamtministerium im Jahr 1925, die Fürsorge für das gesamte berufliche Schulwesen, insbesondere auch für die Fortbildungs-(Berufs-)Schulen des Ministeriums für Volksbildung, dem Wirtschaftsministerium zu übertragen. Ein umstrittener in der Folge vom Wirtschaftsministerium vorgelegter Schulüberleitungsgesetzesentwurf fand jedoch keine Mehrheit im Sächsischen Landtag. Und auch im Rahmen der Verwaltungsreformdiskussion in den Jahren ab 1927 blieb diese Frage ungelöst. So wurde erst unter dem Druck von Sparmaßnahmen und Vereinfachungsbestrebungen im Jahr 1931 eine Verständigung in der Weise erzielt, daß die gewerblichen Lehranstalten dem Ministerium für Volksbildung unterstellt wurden, in welchem – zugleich für die Angelegenheiten des Pflichtberufsschulwesens – eine besondere Abteilung für berufliche Schulen errichtet wurde, die der Leitung des Ministerialdirektors des Wirtschaftsministeriums unterstand. Die Oberaufsicht über jene restlichen Schulen, die zunächst noch beim Wirtschaftsministerium verbliebenen waren, erhielt das Ministerium für Volksbildung im Jahr 1937. Das berufliche Schulwesen einigende Berufsschulgesetz kam im Untersuchungszeitraum jedoch nicht zustande, so daß für die einzelnen Schularten die jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft blieben. Daher sollten durch örtliche Maßnahmen Schulen oder Klassen verschmolzen oder eine Arbeitsteilung zwischen ihnen an solchen Orten realisiert werden, an denen durch das Nebeneinander verschiedener Schularten Doppelseinrichtungen entstanden waren oder zu entstehen drohten.

Nach der Beseitigung des Dualismus' in der Zentralinstanz erfolgte auch die Neuordnung der in der Mittelinstanz über die beruflichen Schulen geübten Aufsicht. Bis dahin waren die Fortbildungsschulen (als Teil der Volksschule) durch den Bezirksschulrat revidiert worden, während die gewerblichen Schulen in die Zuständigkeit technisch vorgebildeter Gewerbeschulräte fielen, die in ihrer Tätigkeit durch diverse Einrichtungen unterstützt worden waren; auf zentraler Ebene existierten zudem verschiedene Beratungsorgane. Im Jahr 1932 ging die fachmännische Aufsicht über sämtliche beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Volksbildung auf die Gewerbeschulräte über; die Bezirksschulräte führten fortan allein die Aufsicht über das Volksschulwesen.

G. Die Neuordnung des sächsischen höheren Schulwesens

I. Der Aufbau des höheren Schulwesens

1. Das Knabenbildungswesen: Gymnasien – Realgymnasien – Realschulen – Oberrealschulen

Während seit dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit die Städte die Träger der sogenannten Gelehrtenschulen waren, machte sich seit dem 19. Jahrhundert zunehmend ein staatlicher Einfluß geltend, der zur Normierung des höheren Schulwesens führte; dieser Prozeß setzte in Sachsen nach dem Erlaß der Verfassung vom Jahr 1831 ein.¹³¹⁵ So wurde in dem neu geschaffenen Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts ein Gesetzentwurf über die Organisation der Gelehrtenschulen erarbeitet, der als Dekret Nr. 115 vom 22. März 1834 den Ständen vorgelegt wurde.¹³¹⁶ Da sich in der Ersten Kammer jedoch Widerstand gegenüber der Vorlage formiert hatte¹³¹⁷, sah sich die Regierung veranlaßt, dieselbe im Juli 1834 wieder zurückzunehmen.¹³¹⁸ Die erste umfassende Regelung des höheren Schulwesens blieb so dem Regulativ für die Gelehrtenschulen vom 27. Dezember 1846 vorbehalten.¹³¹⁹ An dessen Stelle trat später das Regulativ für die Gymnasien im Königreiche Sachsen vom 1. Juni 1870.¹³²⁰ Dieses definierte die Gymnasien als diejenigen höheren Unterrichtsanstalten, welche zum selbstständigen Studium der Wissenschaften durch eine allseitige auf den Geist des klassischen Altertums gerichtete humanistische Bildung, die sich vor allem auf das Studium der lateinischen und griechischen Sprache gründete, vorbereiteten.¹³²¹

Neben den Gymnasien entwickelten sich mit dem Aufschwung von Industrie und Handel noch die Realschulen, deren Verhältnisse durch das Regulativ vom 2. Juli 1860 geregelt wurden.¹³²² Diese Schulen hatten gleichfalls die Aufgabe, eine höhere allgemeine Bildung der männlichen Jugend zu vermitteln. Sie unterschieden sich von den Gymnasien aber dadurch, daß sie nicht mittels altklassischer Bildung auf das Universitätsstudium vorbereiteten, sondern mit dem unmittelbaren Einstieg in einen Beruf praktische Zwecke verfolgten. Hierfür diente in erster Linie der Unterricht in den neueren Sprachen (Französisch und Englisch) sowie in Mathematik und Naturwissenschaften, der in sechs aufsteigenden Klassen erteilt

¹³¹⁵ Zur Geschichte des sächsischen höheren Schulwesens siehe Calnich, Ernst Adolph Eduard: Das gesammte Unterrichtswesen im Königreiche Sachsen, S. 26-28; Rethwisch, Conrad: Deutschlands höheres Schulwesen im neunzehnten Jahrhundert; Scholtze, A.: Humanismus und Realismus im höheren Schulwesen Sachsens; Kaemmel, Otto: Die Organisation des höheren Unterrichts im Königreich Sachsen; Peter, Hermann et al.: Übersicht über die geschichtliche Entwicklung der Gymnasien; Hörnig, ...: Überblick über die Entwicklung des sächsischen Realschulwesens, S. 130-138; Schwabe, Ernst: Beiträge zur Geschichte des sächsischen Gelehrtenschulwesens; Ders.: Das Gelehrtenschulwesen Kursachsens; Kriester, Karl: Die Entwicklung des Realschulwesens in Preußen und Sachsen, S. 65-100; Seeliger, Konrad: Theodor Vogel, S. 293-321, 386-407 und 449-466; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 1ff.; Menke-Glückert, Emil: Tausend Jahre Bildungs- und Schulgeschichte Sachsens, S. 100ff.; Heinecke, Fritz: Der höhere Lehrer, S. 14-63; Heyner, Erwin: Der Kampf um die Neugestaltung der sächsischen Gymnasien, S. 71-114; Arnhardt, Gerhard: Zu den Anfängen des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 35-44; Frotscher, Klaus: Zur Entwicklung und Ausgestaltung des Realschulwesens; Ders.: Umbrüche im höheren Schulwesen?, S. 236-239; Steude, Rudolf: Bildungswesen, S. 137ff.; Uhlig, Gottfried: Geschichte des sächsischen Schulwesens bis 1600, S. 64ff.; Kirchberg, Ulrike: Vom Privileg zum Allgemeingut?, S. 80-88; Thomas, Ralf: Die Neuordnung der Schulen und der Universität Leipzig, S. 115-132; Richter, Anja: „Volkserziehung ist Staatssache“, S. 215-230; Schmidt, Roland: Geschichte des Sächsischen Schulwesens von 1600 bis 1918, S. 87ff. und 148ff.; Flöter, Jonas: Die Leipziger Gelehrtenschulen im 19. Jahrhundert, S. 145-162; Moderow, Hans-Martin: Eigenlogik oder Dependenz des mittelstaatlichen Schulwesens?, S. 109-132.

¹³¹⁶ Vgl. Landtags-Acten, 1833/1834, 1. Abtheilung, Bd. 3, S. 502-525.

¹³¹⁷ Vgl. Ebd., 2. Abtheilung, Bd. 4, S. 90-91, 481-535, 538-580 und 582-595; Nachrichten vom Landtage, S. 4510-4519, 4534-4544, 4578-4590, 4630-4636, 4673-4681, 4705-4710, 4722-4730 und 4735-4754 (= Außerordentliche Beilage zur Leipziger Zeitung, Nr. 427-429, 432, 433, 436, 439 und 441-445). Siehe auch Lindemann, Friedrich: Die wichtigsten Mängel des Gelehrtenschulwesens im Königreiche Sachsen; Ders.: Die Verhandlungen über den Entwurf eines Gesetzes, die Organisation der Gelehrtenschulen betreffend.

¹³¹⁸ Vgl. Landtags-Acten, 1833/1834, 1. Abtheilung, Bd. 3, S. 670.

¹³¹⁹ Vgl. Regulativ für die Gelehrtenschulen im Königreiche Sachsen.

¹³²⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1870, S. 161ff.; Regulativ für die Gymnasien im Königreiche Sachsen.

¹³²¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1870, S. 162 (§ 1) und 176 (§ 37 Absatz 2).

¹³²² Vgl. Ebd., 1860, S. 95ff.; Regulativ für die Realschulen vom 2ten Juli 1860.

wurde.¹³²³ Diejenigen Realschulen, die nach besonderer Revision durch das Kultusministerium dazu ermächtigt worden waren, nahmen am Ende des Lehrganges eine Maturitätsprüfung ab.¹³²⁴ Schüler, die eine solche Prüfung abzulegen wünschten, hatten Latein zu erlernen; für die übrigen Schüler blieb dieser Unterricht fakultativ.¹³²⁵ Inhaber eines Realschulzeugnisses erhielten sodann Zugang zu bestimmten höheren Unterrichtsanstalten und Fachschulen des Landes.¹³²⁶ Die Realschulen mit dem Recht der Maturitätsprüfung wurden als Realschulen I. Ordnung bezeichnet, während für die Realschulen ohne Reifeprüfung die Bezeichnung Realschulen II. Ordnung gebräuchlich wurde.¹³²⁷ Durch Verordnung vom 2. Dezember 1870 wurde die Unterrichtsdauer der Realschulen I. Ordnung unter Erweiterung der Lehrziele durch Teilung der Prima in eine Unter- und eine Oberprima von sechs auf sieben Jahre erhöht.¹³²⁸ Eine weitere Verlängerung um ein Jahr – Teilung der Sekunda in eine Unter- und eine Obersekunda – erfolgte durch Verordnung vom 15. März 1873.¹³²⁹

Nachdem im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltungsreform 1873/1874 das Volksschulwesen neu geordnet worden war, richtete die Regierung im Jahr 1875 ihren Blick auf das höhere Schulwesen, um dasselbe nunmehr auf eine feste gesetzliche Grundlage zu stellen. In der Folge erging das Gesetz über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876.¹³³⁰ Nach demselben blieben die Gymnasien weiterhin einer humanistischen Bildung verpflichtet. Neben Religion und deutscher Sprache wurde Unterricht in Lateinisch, Griechisch, Französisch und, sofern ein Schüler Theologie zu studieren beabsichtigte, in Hebräisch erteilt. Weitere Lehrgegenstände waren philosophische Propädeutik in Verbindung mit dem deutschen Unterricht, Zahlenrechnen, Mathematik, Physik, Naturbeschreibung, Geographie und Geschichte.¹³³¹ Jedes Gymnasium bestand aus neun Klassen (Sexta, Quinta, Quarta, Untertertia, Obertertia, Untersekunda, Obersekunda, Unterprima und Oberprima). Nur die beiden Fürsten- und Landesschulen zu Meißen und Grimma waren auf die Mittel- und Oberklassen (Untertertia bis Oberprima) beschränkt, wobei von den aufgenommenen Schülern gefordert wurde, daß sie in allen Unterrichtsfächern das Pensum der drei Unterklassen eines Gymnasiums (Sexta bis Quarta) bereits absolviert

¹³²³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1860, S. 97 (§ 1), 108 (§ 44) und 115ff.

¹³²⁴ Vgl. Ebd., S. 129, § 99; Ebd., 1862, S. 19.

¹³²⁵ Vgl. Ebd., S. 120, § 68.

¹³²⁶ Vgl. Ebd., S. 96 (Ziffer 4) und 134 (§ 108); Ebd., 1861, S. 16.

¹³²⁷ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 4.

¹³²⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1870, S. 429ff. Nach der Verordnung war Latein nun für alle Schüler der Realschulen I. Ordnung obligatorisch. An den Realschulen II. Ordnung waren die Schüler zur Erlernung zweier Fremdsprachen verbunden (Französisch und Latein bzw. Französisch und Englisch), wobei die Gelegenheit für das Erlernen einer dritten Fremdsprache möglichst geschaffen werden sollte. Vgl. Ebd., S. 432-433 (Ziffer II) und S. 435-436 (Ziffer 5).

¹³²⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1873, S. 440f.

¹³³⁰ Vgl. Ebd., 1876, S. 317ff. (= Dokument 1) und Ausführungsverordnung hierzu vom 29. Januar 1877 (GVBl. S. 43ff.) (= Dokument 2) mit Änderungen und Nachträgen vom 8. Juli 1882 (GVBl. S. 151ff.) (= Dokument 4) sowie Abänderungsgesetzen vom 24. Dezember 1908 (GVBl. S. 376f.) (= Dokument 10) und 14. Januar 1913 (GVBl. S. 16ff.) (= Dokument 15), sowie mit Lehr- und Prüfungsordnung für die Gymnasien, die Realschulen I. Ordnung, die Realschulen II. Ordnung und die Seminare vom 29. Januar 1877 (GVBl. S. 55ff.). Abdruck in Götz, R. (Hrsg.): Gesetz über die Gymnasien, Realschulen und Seminare; Philipp, L. (Hrsg.): Das höhere Schulwesen im Königreiche Sachsen; Kretschmar, Johannes F. (Hrsg.): Das Höhere Schulwesen im Königreiche Sachsen. – Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 7302, 7303, 7408 und 7409; Ebd., 11125, Nr. 11283/1 und 11284; Landtags-Akten, 1875/1876, Königliche Decrete, Bd. 3, S. 471ff.; Landtags-Akten, 1875/1876, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 123-159; Mittheilungen, 1875/1876, 1. Kammer, 18. Sitzung vom 31. März 1876, S. 261-277; Ebd., 19. Sitzung vom 1. April 1876, S. 278-299; Ebd., 20. Sitzung vom 3. April 1876, S. 302-324; Ebd., 21. Sitzung vom 4. April 1876, S. 325-338; Landtags-Akten, 1875/1876, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 569-660; Mittheilungen, 1875/1876, 2. Kammer, 60. Sitzung vom 18. Mai 1876, S. 1468-1498; Ebd., 61. Sitzung vom 19. Mai 1876, S. 1503-1535; Ebd., 62. Sitzung vom 22. Mai 1876, S. 1539-1540; Landtags-Akten, 1875/1876, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 333-341 und 343ff.; Ebd., 2. Kammer, Berichte, Bd. 4, S. 229-233; Ebd., 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 343-399, 409-411 und 463-470; Mittheilungen, 1875/1876, 2. Kammer, 79. Sitzung vom 21. Juni 1876, S. 1996-2004; Mittheilungen, 1875/1876, 1. Kammer, 57. Sitzung vom 21. Juni 1876, S. 914-917; Landtags-Akten, 1875/1876, Ständische Schriften, S. 323-324. – Beachte auch die Neupublikationen der Lehr- und Prüfungsordnung für die Gymnasien vom 8. Juli 1882 (GVBl. S. 153ff.; Götz, R. (Hrsg.): Lehr- und Prüfungsordnung für die Gymnasien) sowie vom 28. Januar 1893 (GVBl. S. 15ff.) mit Änderungen hierzu vom 26. April 1913 (GVBl. S. 112ff.), 21. November 1918 (GVBl. S. 371f.), 3. Juni 1920 (GVBl. S. 114f.) und 24. Mai 1923 (GBl. S. 110).

¹³³¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 327, §§ 36 und 37; Ebd., 1877, S. 55ff.

hatten.¹³³² Der Lehrgang des Gymnasiums schloß mit einer Reifeprüfung ab, deren Bestehen das unbeschränkte Recht zu akademischen Studien sowie zum Eintritt in alle höheren Fachlehranstalten des Landes verlieh.¹³³³

Bei den Realschulen I. Ordnung blieb es ebenfalls bei den bereits getroffenen Einrichtungen. Sie führten die männliche Jugend zu einer höheren allgemeinen Bildung, wobei sie dieselbe auf den Unterricht in deutscher, lateinischer, französischer und englischer Sprache, Religion, Geschichte, politische, mathematische und physische Geographie, Naturbeschreibung (Mineralogie, Botanik, Zoologie) und Naturlehre (Physik, Chemie), Zahlenrechnen und Mathematik (Algebra, Geometrie) gründeten.¹³³⁴ Jede Realschule I. Ordnung bestand aus acht aufsteigenden Klassen (Sexta bis Oberprima, wobei Tertia in einem Jahreskurs vereinigt war).¹³³⁵ Das mit der abschließenden Reifeprüfung erworbene Zeugnis gewährte das Recht zu Studien an allen höheren Fachschulen des Landes und zum Besuche der Universität, um dort Mathematik und Naturwissenschaften sowie Pädagogik in Verbindung mit modernen Sprachen zu studieren.¹³³⁶

Die Realschulen II. Ordnung wurden als Unterrichtsanstalten für die männliche Jugend mit gleichen Bildungsmitteln wie die Realschulen I. Ordnung definiert. Das Unterrichtsziel ihrer ersten Klasse entsprach jedoch im Wesentlichen nur demjenigen der Sekunda der Realschulen I. Ordnung.¹³³⁷ Der sechsjährige Realschulkursus umfaßte fünf Klassen, wobei für die letzte (Klasse I) ein zweijähriger Besuch vorgeschrieben war.¹³³⁸ An die Stelle der Reifeprüfung trat die schriftliche und mündliche Jahresprüfung der Oberklasse.¹³³⁹ Der Besuch der Realschulen II. Ordnung qualifizierte zwar nicht zum Besuch der Universität, jedoch erhielten die Schüler ohne besondere Prüfung das Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligen Heeresdienst.¹³⁴⁰ Auf diese Weise sorgten die Realschulen II. Ordnung für eine gewisse Entlastung der anderen höheren Schulen, indem sie diejenigen Schüler aufnahmen, die kein Studium anstrebten, sondern mit dem Realschulzeugnis in das Erwerbsleben einzutreten beabsichtigten.

Einen gewissen Abschluß der dargestellten Entwicklung brachte dann das Gesetz vom 15. Februar 1884.¹³⁴¹ Mit Beginn des Schuljahres 1884/1885 wurden die Realschulen I. Ordnung unter Wahrung des Lehrziels zu vollen neunstufigen Anstalten ausgebaut und erhielten die Bezeichnung Realgymnasium.¹³⁴² Die Realschulen II. Ordnung verloren ihren Namenszusatz und führten fortan die einfache Be-

¹³³² Vgl. Ebd., 1876, S. 327-328, § 39. Zu den Fürsten- und Landesschulen siehe grundlegend Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen und Preußen; Ders.: Eliten-Bildung in Sachsen. Siehe auch: Ders. (Hrsg.): Erziehung zur Elite; Ders.: Fürstenschulen im Übergang, S. 231-246; Ders. und Günther Wartenberg (Hrsg.): Die sächsischen Fürsten- und Landesschulen; Arnhardt, Gerhard: Reformersches im Denken und Handeln an den Fürsten- und Landesschulen, S. 113-126; Gründel, Roland und Joachim Petzold: Die Gründung der kursächsischen Fürstenschulen, S. 80-86; Müller, Winfried: Herzog Moritz und die Neugestaltung des Bildungswesens, S. 189ff.

¹³³³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 328, § 42; Ebd., 1877, S. 51, § 20.

¹³³⁴ Vgl. Ebd., 1876, S. 328, §§ 43 und 44; Ebd., 1877, S. 87ff.

¹³³⁵ Vgl. Ebd., 1876, S. 329, § 46 Absatz 1.

¹³³⁶ Vgl. Ebd., S. 329, § 47.

¹³³⁷ Vgl. Ebd., S. 329-330, §§ 48, 51 (Absatz 1) und 52; Ebd., 1877, S. 51 (§§ 21 und 22) und 109ff.

¹³³⁸ Vgl. Ebd., 1876, S. 329, § 50.

¹³³⁹ Vgl. Ebd., S. 330, § 55.

¹³⁴⁰ Zur Entwicklung des Berechtigungswesens siehe Kapitel G. III. 2.

¹³⁴¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1884, S. 21f. (= Dokument 5) mit Ausführungsverordnungen hierzu vom selben Tag (GVBl. S. 22f.) (= Dokument 6) und vom 20. März 1884 (GVBl. S. 69) (= Dokument 7); Götz, R. (Hrsg.): Gesetz, veränderte Bestimmungen über die Realschulen I. und II. Ordnung betreffend. Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 8372 und 8520; Landtags-Akten, 1883/1884, Königliche Decrete, Bd. 2, Nr. 23 (vom 16. November 1883); Mittheilungen, 1883/1884, 2. Kammer, 6. Sitzung vom 22. November 1883, S. 49-52; Landtags-Akten, 1883/1884, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 49 (vom 19. Dezember 1883); Mittheilungen, 1883/1884, 2. Kammer, 23. Sitzung vom 7. Januar 1884, S. 284-296; Landtags-Akten, 1883/1884, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 44 (vom 22. Januar 1884); Mittheilungen, 1883/1884, 1. Kammer, 14. Sitzung vom 25. Januar 1884, S. 129-143; Landtags-Akten, 1883/1884, Ständische Schriften, Nr. 8 (vom 29. Januar 1884).

¹³⁴² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1884, S. 21 (§ 46 Absatz 1) und 23 (§§ 2 und 3). Die bestimmenden Motive hierfür waren, einerseits der Überbürdung der Schüler der Mittelklassen mit Unterrichtsstoff abzuweichen, andererseits sich im Sinne der Vergleichbarkeit (der Bildungsabschlüsse) der Organisation der Realschulen I. Ordnung der anderen deutschen Länder anzugleichen. Vgl. Landtags-Akten, 1883/1884, Königliche Decrete, Bd. 2, S. 139-140.

zeichnung Realschulen.¹³⁴³ Sie bauten sich nun aus sechs Klassen (Klasse VI bis I) auf, wobei für Klasse I ein zweijähriger Kursus eingerichtet werden konnte.¹³⁴⁴ Ihr Lehrziel entsprach im Wesentlichen dem der Untersekunda eines Realgymnasiums. Sie erreichten aber dieses Ziel durch vorzugsweise Pflege des deutschen Unterrichts und gewährten ihren als reif entlassenen Schülern in allen Unterrichtsfächern der Schule einen für den unmittelbaren Übergang in das praktische Leben geeigneten Abschluß.¹³⁴⁵ Der Unterrichtslehrgang schloß mit einer Reifeprüfung ab.¹³⁴⁶ Mit den drei untersten Klassen der Realschulen konnten nach dem Lehrplan der Realgymnasien einzurichtende Progymnasialklassen verbunden werden, welche ihren Schülern nach erfolgreichem Besuch die Möglichkeit gewährten, in die entsprechende Klasse (Untertertia) eines Gymnasiums oder Realgymnasiums überzutreten.¹³⁴⁷

Verbunden mit diesen Änderungen war auch die Neupublikation der Lehr- und Prüfungsordnungen¹³⁴⁸, deren bedeutendste Innovation die Abschaffung des Lateins in den Realschulen war. Da es nach dem Gesetz von 1876 den Realschulen II. Ordnung freigestellt gewesen war, ob sie den geforderten Unterricht zweier Fremdsprachen in Französisch und Latein oder in Französisch und Englisch erteilten¹³⁴⁹, entstanden verschiedene Sorten von Realschulen II. Ordnung, was einen Schülerwechsel unter ihnen erschwerte¹³⁵⁰. Um dieses Problem zu beseitigen und die Realschule auf ihren eigentlichen Zweck als Bildungsanstalt für den höheren Bürgerstand auszurichten, geriet das Latein 1884 daher in Wegfall. Zur Vorbereitung von Schülern auf das Realgymnasium oder Gymnasium bestand jedoch weiterhin die Möglichkeit zur Errichtung von Progymnasialklassen, die Lateinkenntnisse vermittelten.¹³⁵¹ Weiterreichende Zugeständnisse waren aus schultechnischen Gründen nicht zugebilligt worden, da an den Gymnasien bereits in Untertertia der Griechischunterricht einsetzte.¹³⁵²

Eine weitere höhere Schulgattung wurde in Sachsen nach dem Vorbild anderer größerer deutscher Bundesstaaten durch das Gesetz über die Oberrealschulen vom 8. April 1908 eingeführt.¹³⁵³ Die Oberrealschulen bestanden wie Gymnasien und Realgymnasien aus neun aufsteigenden Klassen (Sexta bis Oberprima), und sie hatten ebenso die Aufgabe, ihre Schüler zu einer höheren allgemeinen Bildung zu führen, die sie aber vorzugsweise auf Unterricht im Deutschen und in den neueren Sprachen sowie auf Mathematik und Naturwissenschaften unter Ausschluß der alten Sprachen gründeten.¹³⁵⁴ Der Unterrichtskursus schloß mit einer Reifeprüfung ab, deren Bestehen zu akademischen Studien berechnete.¹³⁵⁵

Nachdem die preußische Schulkonferenz von 1900 zur grundsätzlichen Gleichberechtigung von Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule geführt hatte, erhielten die Abiturienten der Realgymna-

¹³⁴³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1884, S. 23, § 2.

¹³⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 22, § 50.

¹³⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 70.

¹³⁴⁶ Vgl. Ebd., S. 22, § 55.

¹³⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 70 und 83; Ebd., 1904, S. 25-26.

¹³⁴⁸ Vgl. Ebd., 1884, S. 24ff. (mit Änderung vom 13. November 1893 [GVBl. S. 255f.]) und 70ff. – Beachte auch die Neupublikation der Lehr- und Prüfungsordnung für die Realgymnasien vom 22. Dezember 1902 (GVBl. 1903 S. 1ff.) mit Änderungen vom 26. April 1913 (GVBl. S. 112ff.), 3. Juni 1920 (GVBl. S. 114f.) und 24. Mai 1923 (GBl. S. 110) sowie die Neupublikation der Lehr- und Prüfungsordnung für die Realschulen vom 8. Januar 1904 (GVBl. S. 1ff.) mit Änderungen vom 3. Juni 1920 (GVBl. S. 114f.), 19. Dezember 1921 (GBl. S. 454), 24. Mai 1923 (GBl. S. 110) und 31. März 1926 (GBl. S. 91).

¹³⁴⁹ Vgl. Ebd., 1876, S. 330, § 51 Absatz 2; Ebd., 1877, S. 51, §§ 21.

¹³⁵⁰ Vgl. Mittheilungen, 1883/1884, 1. Kammer, 14. Sitzung vom 25. Januar 1884, S. 140-141.

¹³⁵¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1884, S. 70 Absatz 3.

¹³⁵² Vgl. Ebd., S. 164, § 17.

¹³⁵³ Vgl. Ebd., 1908, S. 81f. (= Dokument 8) und Ausführungsverordnung hierzu vom selben Tag (GVBl. S. 83f.) (= Dokument 9), sowie die Lehr- und Prüfungsordnung für die Oberrealschulen vom 8. April 1908 (GVBl. S. 85ff.) mit Änderungen vom 3. Juni 1920 (GVBl. S. 114f.) und 24. Mai 1923 (GBl. S. 110). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 12579 und 12913; Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 16 (vom 15. Oktober 1907); Landtags-Akten, 1907/1908, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 29 (vom 3. Dezember 1907); Mitteilungen, 1907/1908, 1. Kammer, 10. Sitzung vom 19. Dezember 1907, S. 94-100; Landtags-Akten, 1907/1908, 2. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 209 (vom 24. Februar 1908); Mitteilungen, 1907/1908, 2. Kammer, 75. Sitzung vom 4. März 1908, S. 1921-1952; Landtags-Akten, 1907/1908, Ständische Schriften, Nr. 25 (vom 25. März 1908).

¹³⁵⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1908, S. 82 (§§ 2 und 5 Absatz 1) und 85ff.

¹³⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 82 (§ 6) und 83-84 (§ 3).

sien und Oberrealschulen Zugang zu allen akademischen Studien (insbesondere Medizin¹³⁵⁶ und Jura¹³⁵⁷); gegebenenfalls hatten sie eine Ergänzungsprüfung abzulegen, um die für bestimmte Fächer erforderlichen Fremdsprachenkenntnisse (Latein, Griechisch, Hebräisch) nachzuweisen.¹³⁵⁸

Die höheren Schulen hatten ihre Zöglinge zunächst nach dem erfüllten 9. Lebensjahr (3. Schuljahr) aufgenommen.¹³⁵⁹ In der Weimarer Republik war dann infolge des Reichsgrundschulgesetzes vom 28. April 1920, das die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule einrichtete, der Eintritt in die Sexta erst im 5. Schuljahr möglich. Da an der Dauer des Lehrgangs der höheren Schulen von neun Jahren festgehalten wurde, verlängerte sich die Gesamtschulzeit entsprechend um ein Jahr auf 13 Jahre.¹³⁶⁰

2. Das Mädchenbildungswesen: höhere Töchterschulen – höhere Mädchenschulen – Studienanstalten – Frauenschulen – Gemeinschaftserziehung

Die gesetzliche Regelung des sächsischen höheren Mädchenschulwesens erfolgte erst zum Beginn des 20. Jahrhunderts.¹³⁶¹ Mittels Ständischer Schrift vom 30. Juni 1876 war die Regierung zunächst ermächtigt worden, die Verhältnisse solcher für den Besuch von Mädchen bestimmter Schulen, die in ihrer Einrichtung die Ziele der höheren Volksschule überstiegen, nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare von 1876 zu ordnen.¹³⁶² Auf Grund dieser Ermächtigung entstanden je zwei zehnklassige höhere Töchterschulen in Dresden und Leipzig, und eine solche in Chemnitz. In anderen Städten diente der Befriedigung eines etwaigen Bedürfnisses nach höherer Bildung der Mädchen die Einrichtung von Selektenklassen mit dem Ziele der höheren Volksschule.¹³⁶³

Mit der im Kontext der Frauenbewegung erkämpften Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium im Jahr 1906¹³⁶⁴ wurde die Reform des Mädchenbildungswesens zur schulpolitischen Notwendigkeit. So wünschten die sächsischen Abteilungen des Vereins Frauenbildung – Frauenstudium in einer Eingabe vom Oktober 1907, daß in größerem Maße als bisher befähigten Mädchen Gelegenheit gegeben werde, sich die nötige Vorbildung für das akademische Studium zu erwerben, indem ihnen die Zulassung zu allen Klassen der höheren Knabenschule gewährt werde.¹³⁶⁵ Bislang hatte die Möglichkeit zur Zulassung von Hospitantinnen für die drei Oberklassen der Knabenschulen bestanden, wovon jedoch nur äußerst sparsam Gebrauch gemacht worden war. Seit 1894 konnten Mädchen auch im Institut von Fräulein Dr. Käte Windscheid in Leipzig einen Gymnasialkurs absolvieren. Für die Reifeprüfung wurde 1898 bis 1906 am Königlichen Gymnasium in Dresden-Neustadt eine besondere Prüfungskommission gebildet; dann war die Prüfung dem Realgymnasium in Leipzig zugewiesen. Eine weitere Gelegenheit zur Vorbereitung auf die realgymnasiale Reifeprüfung bot in Dresden das Institut von Fräulein Nolden, das Ostern 1909 die

¹³⁵⁶ Vgl. Zentralblatt für das Deutsche Reich, 1901, S. 137, § 6; Ebd., 1907, S. 35.

¹³⁵⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1907, S. 113f.; Ebd., 1910, S. 370f.

¹³⁵⁸ Vgl. Kaemmel, Otto: Der Kampf um das humanistische Gymnasium; Paulsen, Friedrich: Geschichte des gelehrten Unterrichts, S. 715ff.; Kraul, Margret: Das deutsche Gymnasium 1780-1980, S. 111-114. Abdruck der diesbezüglichen Kabinettsordre Kaiser Wilhelms II. in Michael, Berthold und Heinz-Hermann Schepp: Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Bd. 1, S. 419-421. Siehe auch Lexis, Wilhelm: Die Berechtigungen der Reifezeugnisse, S. 157-174; Katz, Martin: Die Berufsmöglichkeiten der Schüler höherer Lehranstalten; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 37-38.

¹³⁵⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 328, § 39 Absatz 3; Ebd., 1884, S. 21, § 46 Absatz 2; Ebd., 1908, S. 82, § 5 Absatz 2.

¹³⁶⁰ Vgl. Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, S. 83-84.

¹³⁶¹ Zur Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens im Königreich Sachsen siehe Wychgram, Jakob (Hrsg.): Handbuch des Höheren Mädchenschulwesens; Rost, Bernhard: Entwicklung und Stand des höheren Mädchenschulwesens; Bäumer, Gertrud: Das Mädchenschulwesen, S. 366-375; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 73ff.

¹³⁶² Vgl. Landtags-Akten, 1875/1876, Ständische Schriften, S. 324.

¹³⁶³ Vgl. Ebd., 1909/1910, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 513-514; Rost, Bernhard: Entwicklung und Stand des höheren Mädchenschulwesens, S. 127-224.

¹³⁶⁴ Vgl. Immatrikulations- und Disziplinar-Ordnung für die Studierenden der Universität Leipzig, S. 11-12, § 20; Nagelschmidt, Ilse (Hrsg.): 100 Jahre Frauenstudium an der Alma Mater Lipsiensis; Lambrecht, Ronald: Studenten in Sachsen, S. 69ff.

¹³⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 12560, Bl. 53-54.

ersten Abiturientinnen entließ. Der Nachteil dieser Privatschulen war die Entrichtung eines – im Vergleich zu den öffentlichen Knabenschulen – relativ hohen Schulgeldes, weshalb sich allenthalben der Wunsch regte, Mädchengymnasien aus öffentlichen Mitteln zu errichten.¹³⁶⁶

Die sächsische Regierung sah sich in Anbetracht der Verhältnisse zum Handeln veranlaßt und legte mittels Dekret vom 15. Oktober 1907 einen Aufsatz zum Problem der höheren Mädchenbildung vor.¹³⁶⁷ Grundsätzlich wurde darin das Bedürfnis nach besseren Bildungsmöglichkeiten der Mädchen anerkannt. Jedoch stand der Zulassung der Mädchen in die höheren Knabenschulen entgegen, daß den Gymnasien und Realgymnasien nach dem Gesetz die Aufgabe zukam, die *männliche* Jugend zu einer höheren allgemeinen Bildung zu führen.¹³⁶⁸ Da die Regelung der Materie im Wege der Gesetzgebung nicht angezeigt erschien, wurde die Ständeversammlung ersucht, von Ostern 1908 ab versuchsweise – unter gewissen Beschränkungen und Vorbehalten – die Zulassung von begabten und gesunden Mädchen, die sich akademischen Studien zuwenden sollten, in die Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Progymnasien und Realprogymnasien zu gestatten.¹³⁶⁹ Schon Anfang Januar 1908 wurde das Dekret wieder zurückgezogen, da der Regierung nunmehr die Regelung des *gesamten* Gebietes der höheren Mädchenbildung angezeigt erschien.¹³⁷⁰ Der neue Kultusminister Dr. Heinrich Gustav von Beck erläuterte vor der Ersten Kammer des Landtags die Beweggründe und formulierte ein Programm zur künftigen Ausgestaltung des Mädchenschulwesens, wofür er für die nächste Landtagssession eine entsprechende Gesetzesvorlage in Aussicht stellte.¹³⁷¹ Der Einlösung dieses Versprechens diente das Dekret vom 14. November 1909, das in seiner Begründung auch auf die Entwicklung des Mädchenbildungswesens in den anderen deutschen Ländern einging.¹³⁷² Die gedachten Neuerungen führte dann das Gesetz vom 16. Juni 1910 herbei¹³⁷³, das zur höheren Bildung des weiblichen Geschlechts die höhere Mädchenschule, die Studienanstalten und die Frauenschule bestimmte¹³⁷⁴. Ergänzung fand dieses Gesetz durch die Lehr- und Prüfungsordnungen vom 8. Dezember 1910.¹³⁷⁵

Die höhere Mädchenschule hatte die Aufgabe, der weiblichen Jugend eine über das Ziel der Volksschule hinausgehende höhere allgemeine Bildung zu vermitteln. Sie bestand zunächst aus sieben

¹³⁶⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 3 (vom 15. Oktober 1907), S. 1-2; Mitteilungen, 1907/1908, 1. Kammer, 20. Sitzung vom 14. Februar 1908, S. 232 und 237; Rost, Bernhard: Entwicklung und Stand des höheren Mädchenschulwesens, S. 391-412; Ders.: Die gymnasiale Ausbildung der Mädchen; Franzke, Astrid: Von den Anfängen, S. 80-82.

¹³⁶⁷ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 12560 und 12876; Ebd., 11125, Nr. 11864/185; Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 3 (vom 15. Oktober 1907); Ebd., Nr. 34 (vom 7. Januar 1908); Landtags-Akten, 1907/1908, 1. Kammer, Berichte, Nr. 97 (vom 10. Februar 1908); Mitteilungen, 1907/1908, 1. Kammer, 20. Sitzung vom 14. Februar 1908, S. 229-245; Landtags-Akten, 1907/1908, 2. Kammer, Berichte, Nr. 560 (vom 3. Dezember 1908); Mitteilungen, 1907/1908, 2. Kammer, 157. Sitzung vom 11. Dezember 1908, S. 4470-4471.

¹³⁶⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 328, § 43; Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 3 (vom 15. Oktober 1907), S. 4.

¹³⁶⁹ In dieser Auflistung fehlten die lateinlosen Realschulen, da man eine gleichwertige Bildungsmöglichkeit zu ihnen in den höheren Töchterschulen gegeben sah. Vgl. Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 3 (vom 15. Oktober 1907), S. 4 und 5.

¹³⁷⁰ Vgl. Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 34 (vom 7. Januar 1908).

¹³⁷¹ Vgl. Mitteilungen, 1907/1908, 1. Kammer, 20. Sitzung vom 14. Februar 1908, S. 230-238.

¹³⁷² Vgl. Landtags-Akten, 1909/1910, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 14 (vom 14. November 1909).

¹³⁷³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 140ff. (= Dokument 11) und Ausführungsverordnungen hierzu vom 8. Dezember 1910 (GVBl. S. 585ff.) (= Dokument 12), 2. Januar 1913 (GVBl. S. 7ff.) und 12. Juli 1913 (GVBl. S. 194). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 13226 und 13517-13519; Ebd., 11125, Nr. 11864/186; Landtags-Akten, 1909/1910, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 14 (vom 14. November 1909); Landtags-Akten, 1909/1910, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 145 (vom 24. Februar 1910); Mitteilungen, 1909/1910, 1. Kammer, 22. Sitzung vom 11. März 1910, S. 316-352; Landtags-Akten, 1909/1910, 2. Kammer, Berichte, Bd. 2, Nr. 489 (vom 4. Mai 1910); Mitteilungen, 1909/1910, 2. Kammer, 74. Sitzung vom 7. Mai 1910, S. 3044-3070; Landtags-Akten, 1909/1910, 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, Nr. 396 (vom 10. Mai 1910); Mitteilungen, 1909/1910, 1. Kammer, 42. Sitzung vom 12. Mai 1910, S. 851-858; Ebd., 2. Kammer, 79. Sitzung vom 12. Mai 1910, S. 3294-3295; Ebd., 1. Kammer, 43. Sitzung vom 12. Mai 1910, S. 881; Landtags-Akten, 1909/1910, Ständische Schriften, Nr. 46 (vom 13. Mai 1910). Siehe auch Apelt, ...: Die Reform der höheren Mädchenschule, S. 17-28; Döhler, Emil: Die Neuordnung des höheren Mädchenbildungswesens, S. 524-534; Moderow, Hans-Martin: Die sächsische Mädchenschulreform von 1910, S. 100-110.

¹³⁷⁴ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 140, § 1 Absatz 1.

¹³⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 589ff. und Änderungen hierzu vom 12. November 1912 (GVBl. S. 481ff.), 18. März 1920 (VBl. S. 47f.), 15. Mai 1920 (VBl. S. 64f.), 3. Juni 1920 (GVBl. S. 114f.) und 24. Mai 1923 (GBl. S. 110).

aufsteigenden Klassen, wobei zur Aufnahme in die unterste Klasse (Klasse VII) in der Regel das erfüllte 9. Lebensjahr (also dreijähriger Volksschulbesuch) genügte. Für die beim Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden zehnklassigen höheren Töchterschulen war die Einrichtung von drei Vorschulklassen (X bis VIII) zulässig, sofern die restlichen Stufen (Klassen VII bis I) in eine höhere Mädchenschule umgewandelt wurden.¹³⁷⁶ Der Unterrichtsgang schloß mit einer Abgangsprüfung, die der Reifeprüfung der Realschule für gleichwertig zu erachten war.¹³⁷⁷ Infolge der Bestimmungen des Reichsgrundschulgesetzes wurde durch Gesetz vom 29. November 1921 mit Beginn des Schuljahres 1922/1923 die Dauer des Lehrgangs unter Wegfall der Klasse VII auf sechs Jahre verkürzt.¹³⁷⁸ Ein Siebenklassensystem im Aufbau auf die vierjährige Grundschule – entweder unter Wahrung oder Erhöhung des Schulzieles – wurde aus Kostengründen verworfen.¹³⁷⁹ Zum genannten Zeitpunkt trat auch die neue Lehrordnung für die höhere Mädchenschule in Kraft.¹³⁸⁰

Die Studienanstalt hatte die Aufgabe, ihre Schülerinnen auf das akademische Studium vorzubereiten.¹³⁸¹ Sie war einzurichten entweder als sechsklassige Lehranstalt (Untertertia bis Oberprima) nach Art des Reformrealgymnasiums, nach Befinden mit Gabelung in eine realgymnasiale und gymnasiale Abteilung, oder als dreiklassiger Aufbau der höheren Mädchenschule mit deren wissenschaftlichen Unterrichtsfächern unter Hinzutritt von philosophischer Propädeutik und Psychologie, sowie mit wahlfreiem Lateinunterricht. Während die sechsklassige Studienanstalt selbständig errichtet oder mit einer höheren Mädchenschule verbunden werden konnte, mußte die dreiklassige Studienanstalt in Verbindung mit einer höheren Mädchenschule bestehen.¹³⁸² In die Studienanstalten konnten nur Schülerinnen aufgenommen werden, die eine Aufnahmeprüfung bestanden hatten; die Abgangsprüfung der höheren Mädchenschule ersetzte die Aufnahmeprüfung für die dreiklassige Studienanstalt.¹³⁸³ Der Lehrgang der Studienanstalt schloß mit einer Reifeprüfung ab, wobei diejenige an der sechsklassigen Studienanstalt derjenigen der entsprechenden gymnasialen Knabenanstalt, die Reifeprüfung an der dreiklassigen Studienanstalt derjenigen der Oberrealschule für gleichwertig zu erachten war.¹³⁸⁴

Die Frauenschule diente der wissenschaftlichen Weiterbildung der weiblichen Jugend, ohne zu dem Ziele akademischer Studien zu führen, sowie der Vorbereitung auf den besonderen Beruf der Hausfrau.¹³⁸⁵ Sie war niemals selbständig, sondern konnte nur in Verbindung mit einer höheren Mädchenschule oder einer Studienanstalt errichtet werden. Die Frauenschule hatte in der Regel einen zweijährigen Lehrgang und konnte – unter Berücksichtigung der entsprechenden Unterrichtsgegenstände – eingerichtet werden entweder als höhere Frauenbildungsschule oder als höhere Haushaltungsschule, wobei beide Abteilungen für sich errichtet oder miteinander verbunden werden konnten.¹³⁸⁶ Die Aufnahme in diese Anstalten war erst mit 15½ Jahren gestattet.¹³⁸⁷ Nach zweijährigem Besuch erhielten die Schülerinnen ein Abgangszeugnis, bei kürzerem Besuch nur ein Zeugnis über dessen Dauer und Umfang.¹³⁸⁸ Im Gegensatz

¹³⁷⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 141, § 5.

¹³⁷⁷ Vgl. Ebd., § 7 Absatz 1.

¹³⁷⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 424 (= Dokument 41). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 340; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 83 (vom 29. Oktober 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 17. November 1921, S. 2440-2446; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 185 (vom 19. November 1921).

¹³⁷⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 83 (vom 29. Oktober 1921), S. 2.

¹³⁸⁰ Vgl. Lehrordnung für die Höhere Mädchenschule im Freistaat Sachsen; Verordnungsblatt, 1922, S. 58.

¹³⁸¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 142, § 11.

¹³⁸² Vgl. Ebd., S. 142-143, § 12.

¹³⁸³ Vgl. Ebd., S. 143, § 14.

¹³⁸⁴ Vgl. Ebd., § 15 Absatz 1 und 2. Für Erläuterungen zu den Studienanstalten siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/284, Bl. 15-18.

¹³⁸⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 144, § 19.

¹³⁸⁶ Vgl. Ebd., S. 144, §§ 20 und 21.

¹³⁸⁷ Vgl. Ebd., S. 145, § 22 Absatz 2.

¹³⁸⁸ Vgl. Ebd., § 23.

zur höheren Mädchenschule, die die Hauptform unter den Mädchenbildungsanstalten war, konnte sich die Frauenschule kaum durchsetzen; von den drei Gründungen hatte nur die in Dresden-Altstadt bestand.¹³⁸⁹

Im Zusammenhang mit der Reform des höheren Mädchenbildungswesens war auch die Frage der Gemeinschaftserziehung zu klären, gegen die sich in zurückliegenden Verhandlungen eine Reihe von Abgeordneten schon ablehnend ausgesprochen hatte.¹³⁹⁰ Das Gesetz vom 16. Juni 1910 ermächtigte nun bis zum Ablauf des Jahres 1920 die oberste Schulbehörde, ausnahmsweise in besonderen Fällen den Eintritt von Mädchen in die Mittel- und Oberklassen der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen sowie in die Klassen III bis I der Realschulen zu gestatten. Die Zulassung in die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen war jedoch ausgeschlossen, wenn eine Studienanstalt, die Zulassung in die Realschulen, wenn eine höhere Mädchenschule am Orte vorhanden oder von diesem aus ohne größere Schwierigkeiten zu erreichen war.¹³⁹¹ Diese Regelung war das Ergebnis eines Kompromisses. Die temporäre Befristung hatte dabei dem Zweck gedient, die grundsätzlichen Gegner der Gemeinschaftserziehung zu gewinnen, um die Verabschiedung des Gesetzes insgesamt nicht zu gefährden. Denn nach Ablauf der Frist – so die Ansicht – würde Gelegenheit sein, die mit der Gemeinschaftserziehung gemachten Erfahrungen zu bilanzieren und sie gegebenenfalls wieder abzuschaffen.¹³⁹² Die tatsächliche Entwicklung freilich war eine andere.

Zunächst offenbarte sich in Dresden eine Lücke des Gesetzes. Am Ort befand sich nämlich eine sechsklassige Studienanstalt, auf die die Mädchen nach Abschluß der Klasse IV (7. Schuljahr) der höheren Mädchenschule wechseln konnten. Für die Mädchen, die den gesamten Lehrgang der höheren Mädchenschule absolvierten und bei denen sich erst zu einem späteren Zeitpunkt die Neigung oder der Wunsch nach einem Studium zeigte, existierte aber keine dreiklassige Studienanstalt als Aufbau der höheren Mädchenschule. Aufgrund ungenügender Vorbildung (fehlendes Latein) war der Übertritt in die sechsklassige Studienanstalt nicht möglich. Und auch der Eintritt in eine höhere Knabenschule, insbesondere in die hier in Frage kommende lateinlose Oberrealschule, blieb ihnen nach dem Gesetz gerade darum verwehrt, weil sich am Orte ja eine (sechsklassige) Studienanstalt befand. Während also in allen sächsischen Städten, die keine höheren Mädchenbildungsanstalten unterhielten, den Mädchen die Knabenanstalten ganz selbstverständlich offenstanden, war einigen Mädchen ausgerechnet in der Residenzstadt – sollten sie sich nicht etwa zum Besuch einer Schule in einer anderen Gemeinde entschlossen haben – die Aufnahme eines akademischen Studiums verwehrt. Um hier nun vorübergehend Abhilfe zu schaffen, wurde die Regierung mittels Ständischer Schrift vom 14. März 1916 ermächtigt, Mädchen, die an einer höheren Mädchenschule der Stadt Dresden in den Jahren 1915, 1916 oder 1917 die Abgangsprüfung bestanden hatten, den Eintritt in die drei Oberklassen der Oberrealschule zu Dresden zu gewähren.¹³⁹³ Durch eine weitere Ermächtigung galt diese Regelung auch für das Jahr 1918.¹³⁹⁴

In der Folgezeit machten sich weitere Bestrebungen geltend, die auf eine Ausdehnung der Gemeinschaftserziehung abzielten. Anlässlich der Haushaltsberatungen im Jahr 1917 sprach sich die Zweite

¹³⁸⁹ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 75-77.

¹³⁹⁰ Vgl. Mitteilungen, 1907/1908, 1. Kammer, 20. Sitzung vom 14. Februar 1908, S. 229-245.

¹³⁹¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 145 (§ 25) und 586-587 (§ 7). Wegen Aufnahmegesuchen von Mädchen siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/230-234.

¹³⁹² Vgl. Landtags-Akten, 1909/1910, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 530-534; Mitteilungen, 1909/1910, 1. Kammer, 22. Sitzung vom 11. März 1910, S. 343-351; Ebd., 2. Kammer, 74. Sitzung vom 7. Mai 1910, S. 3044-3069.

¹³⁹³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/187, Bl. 191-192; Landtags-Akten, 1915/1916, 2. Kammer, Berichte, Nr. 134 (vom 3. Februar 1916); Mitteilungen, 1915/1916, 2. Kammer, 21. Sitzung vom 10. Februar 1916, S. 625-629; Landtags-Akten, 1915/1916, 1. Kammer, Berichte, Nr. 97 (vom 24. Februar 1916) und 103 (vom 1. März 1916); Mitteilungen, 1915/1916, 1. Kammer, 17. Sitzung vom 2. März 1916, S. 205-210; Landtags-Akten, 1915/1916, 2. Kammer, Berichte, Nr. 231 (vom 8. März 1916); Mitteilungen, 1915/1916, 2. Kammer, 33. Sitzung vom 14. März 1916, S. 958-959; Landtags-Akten, 1915/1916, Ständische Schriften, Nr. 10 (vom 14. März 1916).

¹³⁹⁴ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 1. Kammer, Berichte, Nr. 5 (vom 7. Dezember 1917); Mitteilungen, 1917/1918, 1. Kammer, 5. Sitzung vom 17. Januar 1918, S. 28-31; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Nr. 127 (vom 7. Februar 1918); Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 28. Sitzung vom 14. Februar 1918, S. 967-969; Landtags-Akten, 1917/1918, Ständische Schriften, Nr. 9 (vom 21. Februar 1918).

Kammer des Landtags dafür aus, sowohl Mädchen in alle Klassen der Realschule zuzulassen als auch die Befristung der Gemeinschaftserziehung auf das Jahr 1920 aufzuheben. So sollte insbesondere in mittleren und kleineren Städten, die keine höheren Mädchenschulen zu unterhalten vermochten, eine Verbesserung der Mädchenbildung ermöglicht werden, die wiederum auch der Realschule einen festeren Schülerbestand gesichert hätte. Nachdem die Regierung zugesagt hatte, eine Umfrage über die Gemeinschaftserziehung in die Wege zu leiten, deren Ergebnis mitzuteilen sowie gegebenenfalls in der Form einer Gesetzesvorlage Stellung dazu zu beziehen, wurde die Beschlußfassung in dieser Angelegenheit jedoch ausgesetzt.¹³⁹⁵

Am 28. März 1918 gelangte das angekündigte Dekret an die Erste Kammer. Verbunden mit diesem war ein Bericht über die mit der Gemeinschaftserziehung gemachten Erfahrungen, die sich im allgemeinen als günstig herausgestellt hätten.¹³⁹⁶ Das Dekret schlug daher zu Abänderung des Gesetzes vom 16. Juni 1910 vor, die bisherige zeitliche Beschränkung aufzuheben; das Alter der Mädchen beim Eintritt in die Knabenschulen um ein Jahr herabzusetzen (d. h. die Aufnahme schon ab Quarta bzw. Klasse IV zu gestatten); sowie die Zulassung in die neunstufigen Anstalten nunmehr – unter Berücksichtigung der Dresdner Erfahrungen – nur zu verwehren, wenn eine Studienanstalt gleicher Art, die Zulassung in die Realschule, (weiterhin) wenn eine höhere Mädchenschule am Ort vorhanden war.¹³⁹⁷ Ausdrücklich vermerkt wurde, daß mit dieser Regelung keine grundsätzliche Stellungnahme zur Gemeinschaftserziehung verbunden gewesen sei, sondern man diese vielmehr aus Gründen der Zweckmäßigkeit – solange es an einer ausreichenden Zahl höherer Mädchenschulen mangle – weiterhin als Notbehelf betrachte, um den Mädchen, die sich eine höhere Bildung aneignen wollten, den Besuch der heimischen Knabenschule zu ermöglichen.¹³⁹⁸ Da der Landtag unmittelbar vor seinem Abschluß stand, jedoch eine eingehende Erörterung der Materie allgemein als notwendig empfunden wurde, wurde die Beschlußfassung über das Dekret wiederum ausgesetzt und die Regierung bis zur endgültigen Erledigung ermächtigt, grundsätzlich den Eintritt von Mädchen in Knabenlehranstalten zu genehmigen, wenn die Mädchen keine gleichartige höhere Mädchenbildungsanstalt am Orte oder in leicht erreichbarer Nähe tatsächlich besuchen konnten, sowie auch sonst in besonderen Fällen Ausnahmen von den gesetzlichen Vorschriften zu bewilligen.¹³⁹⁹

Die im Ergebnis der Landtagswahlen vom 2. Februar 1919 zusammengetretene Sächsische Volkskammer nahm sich der Angelegenheit wieder an und beschloß das Gesetz über Gemeinschaftserziehung an höheren Schulen vom 30. Juli 1919.¹⁴⁰⁰ Dieses gestattete mit Beginn des Schuljahres 1920/1921 begabten Mädchen bis auf weiteres den Eintritt in alle Klassen der Realschulen und der neunstufigen höheren Unterrichtsanstalten für Knaben, sofern am Orte keine entsprechenden höheren Mädchenanstalten vorhanden waren bzw. die entsprechenden Klassen einer solchen Schule bereits voll besetzt waren, und so-

¹³⁹⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/188; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Nr. 53 (vom 13. Dezember 1917), S. 2, Ziffer IV; Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 18. Sitzung vom 23. Januar 1918, S. 555- 601, insbesondere S. 556-557; Landtags-Akten, 1917/1918, 1. Kammer, Berichte, Nr. 65 (vom 21. Februar 1918); Mitteilungen, 1917/1918, 1. Kammer, 13. Sitzung vom 1. März 1918, S. 160-173, insbesondere S. 161-162; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Nr. 278 (vom 7. Mai 1918); Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 59. Sitzung vom 10. Mai 1918, S. 1948.

¹³⁹⁶ Vgl. SächsHStAD, 10692, Nr. 15767 und 15953; Ebd., 11125, Nr. 11864/188; Landtags-Akten, 1917/1918, Königliche Dekrete, Nr. 32 (vom 25. März 1918) (= Dokument 17).

¹³⁹⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, Königliche Dekrete, Nr. 32 (vom 25. März 1918), S. 5.

¹³⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 4.

¹³⁹⁹ Vgl. Landtags-Akten, 1917/1918, 1. Kammer, Berichte, Nr. 158 (vom 6. Mai 1918); Mitteilungen, 1917/1918, 1. Kammer, 27. Sitzung vom 8. Mai 1918, S. 425-426; Landtags-Akten, 1917/1918, 2. Kammer, Berichte, Nr. 291 (vom 10. Mai 1918); Mitteilungen, 1917/1918, 2. Kammer, 60. Sitzung vom 11. Mai 1918, S. 1980-1981; Landtags-Akten, 1917/1918, Ständische Schriften, Nr. 33 (vom 17. Mai 1918).

¹⁴⁰⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 197f. (= Dokument 22) und Ausführungsverordnung hierzu vom 29. Dezember 1919 (GVBl. S. 279f.) (= Dokument 26) sowie Erläuterungen vom 14. März 1922 (Vbl. S. 49) (= Dokument 147) und 16. November 1922 (Vbl. S. 174) (= Dokument 153). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 242; Ebd., 11125, Nr. 11864/188, Bl. 144 A ff.; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 18 (vom 23. Juni 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1643-1651; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 359 (vom 9. Juli 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 58. Sitzung vom 12. Juli 1919, S. 2034-2035; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 144 (vom 14. Juli 1919).

fern auch die Aufnahme der rechtzeitig angemeldeten hinreichend begabten Knaben nicht beeinträchtigt wurde.¹⁴⁰¹

Mit dem Gesetz vom 23. Dezember 1921 wurde auch die Gemeinschaftserziehung an den Seminaren geregelt.¹⁴⁰² Danach durften in beschränkter Anzahl sowohl Schülerinnen in die Volksschullehrerseminare als auch Schüler in das Lehrerinnenseminar zu Lichtenstein-Callnberg aufgenommen werden und ebenda die Schulamtskandidatenprüfung ablegen.¹⁴⁰³

Durch das Gesetz vom 6. März 1924 wurde die Gemeinschaftserziehung dann in noch größerem Umfange zugelassen.¹⁴⁰⁴ Die diesbezügliche Vorlage bemerkte, daß die Gemeinschaftserziehung nicht mehr als Notbehelf angesehen werde, da sich vielmehr ein weitergehendes Bedürfnis nach ihr gezeigt habe.¹⁴⁰⁵ So konnte nun das Ministerium für Volksbildung auch ohne die bislang geforderten Voraussetzungen die Zulassung von Mädchen genehmigen. Die Knaben erhielten nicht mehr automatisch, sondern nur noch bei gleicher Begabung den Vorzug. Und zudem sollten an Schulen mit einer größeren Anzahl von Mädchen auch Lehrerinnen, und zwar nicht nur für den technischen, sondern auch für den wissenschaftlichen Unterricht angestellt werden.¹⁴⁰⁶

Mit Gesetz vom 3. Oktober 1933 wurden die dargestellten gesetzlichen Bestimmungen über die Gemeinschaftserziehung an höheren Schulen aufgehoben.¹⁴⁰⁷ Die Verordnung vom 9. Oktober 1933 bestimmte sodann, daß Mädchen grundsätzlich Mädchenanstalten besuchen sollten, ließ aber unter bestimmten Voraussetzungen wieder Ausnahmen hiervon zu.¹⁴⁰⁸

3. Seminare, Deutsche Oberschulen und Aufbauschulen

Zum höheren Schulwesen zählten auch die der Ausbildung des Volksschullehrerstandes dienenden Seminare¹⁴⁰⁹, deren Verhältnisse zunächst geregelt worden waren durch die Ordnung der evangelischen Schullehrerseminare im Königreiche Sachsen vom Jahre 1857¹⁴¹⁰ sowie durch die Lehrordnung für die evangelischen Schullehrerseminare vom 14. Juli 1873¹⁴¹¹. In die wenig später durch das Gesetz vom 22. August 1876 erfolgte gesetzliche Regelung des höheren Schulwesens wurden neben den Gymnasien und Realschulen auch die Seminare einbezogen.¹⁴¹² Hiernach bestand wie an den übrigen höheren Schulen auch an den Seminaren Geschlechtertrennung. Die Volksschullehrerseminare bestanden aus sechs aufsteigenden, beim Unterricht von einander getrennten, Klassen. Die einmal jährlich nach Ostern aufgenommenen

¹⁴⁰¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 197 (§ 1 Absatz 1 und 2) und 280 (§ 7).

¹⁴⁰² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 457 (= Dokument 42). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 12881/238; Ebd., 10693, Nr. 343; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 94 (vom 10. Dezember 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 15. Dezember 1921, S. 2943; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 230 (vom 16. Dezember 1921).

¹⁴⁰³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1921, S. 457, §§ 1 (Absatz 1) und 4.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Ebd., 1924, S. 201f. (= Dokument 52). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 1535; Ebd., 11125, Nr. 11864/189, Bl. 210ff.; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 26. November 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 75. Sitzung vom 14. Dezember 1923, S. 2106-2107; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 706 (vom 13. Februar 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 84. Sitzung vom 21. Februar 1924, S. 2425-2127; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 318 (vom 22. Februar 1924).

¹⁴⁰⁵ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 26. November 1923), S. 2.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 201-202, § 1.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Ebd., 1933, S. 175 (= Dokument 82).

¹⁴⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 175f. (= Dokument 83).

¹⁴⁰⁹ Zur Entwicklung des sächsischen Seminarwesens im 19. Jahrhundert siehe Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche, S. 365ff.; Frotscher, Jutta: Volksschullehrerausbildung in Dresden, S. 21ff.; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 507ff.; Schmidt, Roland: Geschichte des Sächsischen Schulwesens, S. 143ff.; Rost, Bernhard: Die Sächsischen Lehrerinnenseminare; Exposé über das Seminarwesen im Königreiche Sachsen.

¹⁴¹⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1859, S. 250ff.

¹⁴¹¹ Vgl. Ebd., 1873, S. 485ff.

¹⁴¹² Vgl. Ebd., 1876, S. 333ff. Siehe auch die Lehr- und Prüfungsordnungen für Seminare vom 29. Januar 1877 (GVBl. S. 111ff.) und 1. November 1877 (GVBl. S. 306ff.) mit Änderungen vom 19. Februar 1890 (GVBl. S. 25ff.), 7. Mai 1903 (GVBl. S. 437f.), 3. Juli 1903 (GVBl. S. 507), 4. Mai 1914 (GVBl. S. 37ff. und 77ff.), 10. März 1915 (GVBl. S. 48ff.), 24. Juni 1921 (GBL. S. 194), 19. September 1922 (GBL. S. 559ff.) und 24. Mai 1923 (GBL. S. 110).

Schüler sollten mindestens das 13. Lebensjahr vollendet haben und den Grad der Vorbildung nachweisen, welchen ein zur Entlassung aus der mittleren Volksschule reifer Schüler erreicht haben mußte.¹⁴¹³ Mit jedem Seminar war eine Seminarübungsschule verbunden, in welcher den Seminarzöglingen Gelegenheit zum Anhören von Musterlektionen und zu eigenen Versuchen in Erteilung von Unterricht geboten wurde. Dieselbe war als mittlere Volksschule zu vier Klassen, von denen in der Regel keine mehr als 24 Kinder zählen sollte, organisiert und unterstand der unmittelbaren Leitung des Seminardirektors. Der Unterricht wurde sowohl von den Lehrern des Seminars als auch unter Aufsicht derselben von Zöglingen des Seminars erteilt.¹⁴¹⁴ Die Aufnahme von Eleven in die *Lehrerinnenseminare* erfolgte in der Regel nicht vor vollendetem 14. Lebensjahr und setzt eine Vorbildung voraus, wie solche im Durchschnitt die mittlere Volksschule gewährte. Der Unterricht wurde in fünf aufsteigenden Klassen erteilt. Es konnte jedoch eine Anstalt auch so organisiert werden, daß ein höheres Lebensalter zum Eintritt und demgemäß eine entsprechend höhere Vorbildung erfordert, dafür aber die Ausbildung in einer geringeren Anzahl von Jahreskursen zu Ende geführt wurde.¹⁴¹⁵ Mit jedem Lehrerinnenseminar war eine Mädchenschule als Seminarübungsschule zu verbinden, deren Einrichtung die oberste Schulbehörde bestimmte.¹⁴¹⁶ Durch das Gesetz vom 14. Januar 1913 wurde die Seminarbildung beiderlei Geschlechts um je ein Jahr verlängert.¹⁴¹⁷

Eine Umgestaltung des Seminarwesens erfolgte dann zum Beginn der Weimarer Republik. Nach Artikel 143 Absatz 2 RV war die Lehrerbildung nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein galten, für das Reich einheitlich zu regeln. Dieser Verfassungsauftrag, der ein Ausführungsgesetz erheischte, wurde in den Verhandlungen des Reiches dahin gedeutet, die Lehrerausbildung nicht mehr seminaristisch, sondern akademisch einzurichten und demgemäß von den angehenden Studenten das Reifezeugnis einer beliebigen neunstufigen höheren Schule zu verlangen.¹⁴¹⁸ Da die reichsgesetzliche Regelung trotz mehrfacher Anläufe nicht zustande kam, entschied sich der Freistaat Sachsen, in dieser Frage selbständig voranzugehen.¹⁴¹⁹ Mit dem Gesetz vom 4. April 1923 wurde so die wissenschaftliche Berufsausbildung der Volksschullehrer und -lehrerinnen an die Universität Leipzig und die Technische Hochschule Dresden sowie die praktisch-pädagogische Ausbildung an mit diesen Hochschulen verbundene Pädagogische Institute verlegt.¹⁴²⁰

¹⁴¹³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 330-331, § 57.

¹⁴¹⁴ Vgl. Ebd., S. 331-332, § 60 Absatz 1 und 2.

¹⁴¹⁵ Vgl. Ebd., S. 334, § 69.

¹⁴¹⁶ Vgl. Ebd., § 71.

¹⁴¹⁷ Vgl. Ebd., 1913, S. 16ff. (= Dokument 15) und Ausführungsverordnung hierzu vom 10. März 1915 (GVBl. S. 47) (= Dokument 16). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 13826 und 14133; Ebd., 11125, Nr. 11287/5, Bl. 1-201; Landtags-Akten, 1911/1912, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 14 (vom 13. November 1911); Ebd., 1. Kammer, Berichte, Nr. 28 (vom 13. Dezember 1911); Mitteilungen, 1911/1912, 1. Kammer, 24. Sitzung vom 29. Februar 1912, S. 274-291; Landtags-Akten, 1911/1912, 2. Kammer, Berichte, Nr. 529 (vom 23. Mai 1912); Mitteilungen, 1911/1912, 2. Kammer, 96. Sitzung vom 11. November 1912, S. 3713-3756; Landtags-Akten, 1911/1912, 1. Kammer, Berichte, Nr. 433 (vom 22. November 1912); Mitteilungen, 1911/1912, 1. Kammer, 56. Sitzung vom 29. November 1912, S. 932-933; Ebd., 57. Sitzung vom 6. Dezember 1912, S. 935-936; Landtags-Akten, 1911/1912, Ständische Schriften, Nr. 82 (vom 29. November 1912).

¹⁴¹⁸ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 21. Januar 1922), S. 2. Zu den Bemühungen um ein Reichslehrerbildungsgesetz siehe Paul, Gernot: Lehrerbildung und Politik; Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 73-80; Frotscher, Jutta: Volksschullehrerausbildung in Dresden, S. 66ff.; Denkschrift des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung zur Neuordnung der Lehrerbildung im Freistaate Sachsen, S. 5-12; Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 31-32.

¹⁴¹⁹ Die sächsische Regierung hatte bei den zuständigen Stellen wiederholt auf baldige Klärung der Lehrerbildungsfrage gedrängt, um einer Zerrüttung des Seminarwesens zu begegnen. Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 278 (vom 2. Juni 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 58. Sitzung vom 9. Juni 1921, S. 1806-1807.

¹⁴²⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 68 (= Dokument 46). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 1513; Landtags-Akten, 2. Wahlperioden, Vorlagen, Nr. 30 (vom 6. März 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 25. Sitzung vom 15. März 1923, S. 633-644; Landtags-Akten, 2. Wahlperioden, Berichte, Nr. 240 (vom 22. März 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 23. März 1923, S. 714; Landtags-Akten, 2. Wahlperioden, Beschlüsse, Nr. 68 (vom 23. März 1923); LLZ, 1922, S. 79-81 und 209-211; Denkschrift des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung zur Neuordnung der Lehrerbildung im Freistaate Sachsen, S. 13-26; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 530ff.; Frotscher, Jutta: Volksschullehrerausbildung in Dresden, S. 79-90. Siehe auch die Prüfungsordnung für das Lehramt an der Volksschule vom 17. Juni 1925 (GBl. S. 175ff.) sowie die Prüfungsordnung für Berufsschullehrer vom 22. August 1925 (GBl. S. 233ff.). Zur Geschichte der Berufsschullehrerausbildung in Sachsen siehe Hortsch, Hanno und Frank Wehrmeister (Hrsg.): Berufsschulleh-

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Lehrerbildungsgesetzes war bereits entschieden, was mit den Seminaren geschehen solle. Schon zu Ostern 1921 hatte nämlich nur eine geringe Zahl von Schülermeldungen für die Seminare vorgelegen, da Eltern wie Schüler in Ungewißheit waren, wie der künftige Gang der Lehrerbildung sich gestalten würde.¹⁴²¹ Da dieselbe Zurückhaltung für Ostern 1922 erwartet wurde, traf die sächsische Regierung durch Verordnung vom 4. Januar 1922 Maßnahmen zum Abbau der Seminare für den Beginn des Schuljahres 1922/1923.¹⁴²² Durch das Gesetz über die Umwandlung der Lehrerseminare und der Lehrerinnenseminare vom 8. April 1922 erhielt sie die parlamentarische Bestätigung, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten.¹⁴²³ Das Gesetz bestimmte die Umwandlung der im Lande bestehenden Seminare in andere öffentliche höhere Lehranstalten, indem an den Seminaren neue unterste Klassen nicht mehr aufgenommen wurden; Schulumtskandidatenprüfungen sollten bis zum 30. September 1928 abgehalten werden.¹⁴²⁴

Obleich nach dem Gesetz das Kultusministerium von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu bestimmen hatte, in welche Form der höheren Schule das einzelne Seminar umzuwandeln war¹⁴²⁵, so war diese Frage im Wesentlichen bereits entschieden. Denn zunächst unabhängig von der Lehrerbildungsfrage und später mit dieser verquickt war im ganzen Reich die Einführung einer neuen höheren Schulform erörtert worden. Diesen Verhandlungen entsprang die *Deutsche Oberschule* als eine neunstufige Anstalt, die ihre entscheidende und wesentliche Aufgabe gegenüber den anderen höheren Schulen in einer wissenschaftlich begründeten Einführung in das deutsche Kulturgut erblickte.¹⁴²⁶ Daneben war zugleich diskutiert worden die *Aufbauschule* als sechsstufige Anstalt, die besonders begabten Kindern weniger bemittelter Volksschichten, die aus wirtschaftlichen Gründen den Übergang zur höheren Schule nicht rechtzeitig bewerkstelligt hatten, und solchen Kindern, deren wissenschaftliche Begabung erst später hervorgetreten war, die Möglichkeit geben sollte, in sechs Jahren den Lehrstoff der neunstufigen

rerabildung in Dresden in Vergangenheit und Gegenwart; Justin, Jürgen J. (Hrsg.): Berufsschullehrerabildung in Chemnitz; Jahrbuch des Deutschen Vereins für Berufsschulwesen, 1927/1928 (1928), S. 37-40; Endler, Hugo: Zum fünfzigjährigen Jubiläum der sächsischen Fortbildungsschule, S. 6.

¹⁴²¹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 21. Januar 1922), S. 3.

¹⁴²² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 12881/266, Bl. 24; LLZ, 1922, S. 54; Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 36-37. Siehe auch: Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 411 (vom 3. November 1921); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 87. Sitzung vom 8. Dezember 1921, S. 2833-2839, Ebd., 93. Sitzung vom 26. Januar 1922, S. 3073.

¹⁴²³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 164 (= Dokument 43). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 12881/224; Ebd., 10693, Nr. 706; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 21. Januar 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 94. Sitzung vom 2. Februar 1922, S. 3153-3183; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 623 (vom 16. März 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 101. Sitzung vom 23. März 1922, S. 3529-3550; Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 281 (vom 24. März 1922); Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 29-39; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 10-11; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 408-425.

¹⁴²⁴ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 164, §§ 1 und 2 (Absatz 2). Durch Gesetz vom 17. November 1928 wurde diese Frist ausgesetzt, so daß auch über das genannte Datum hinaus zurückgebliebene Seminaristen, für die am vormaligen Lehrerseminar in Frankenberg eine Sammelklasse zur Sonderbeschulung eingerichtet wurde, die Schulumtskandidatenprüfungen ablegen konnten. Vgl. Ebd., 1928, S. 151 (= Dokument 74). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 1798; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 62 (vom 27. Oktober 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3396-3397; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 214 (vom 13. November 1928).

¹⁴²⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 164, § 4 Absatz 2 Satz 1.

¹⁴²⁶ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 21. Januar 1922), S. 3. Siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 14510 und 14511; Die Umgestaltung des höheren Schulwesens; Denkschrift des Reichsministeriums des Innern über Maßnahmen zur Umgestaltung des höheren Schulwesens, S. 5977-5994; Denkschrift über die grundständige deutsche Oberschule sowie über die Aufbauschule; Richert, Hans: Die Ober- und Aufbauschule; Bauser, Adolf: Die deutsche Oberschule als deutsche Kulturschule; SSZ, 1920, S. 241, 259; SSZ, 1921, S. 750 und 761; SSZ, 1922, S. 133, 163, 616 und 260. – Die Einführung eines neuen höheren Schultyps war von den Vertretern der bereits etablierten Gattungen – insbesondere des humanistischen Gymnasiums – als eine Gefahr betrachtet worden, da man darin einen vermeintlich leichteren Weg zur Hochschulreife wähnte und die Abwanderung von Schülern in diese Anstalten befürchtete. Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 68; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 11. – Die Deutsche Oberschule wurde alternativ auch als deutsches Gymnasium bezeichnet. Vgl. z. B. Vogel, Paul: Die Idee des deutschen Gymnasiums und ihre Verwirklichung; Weiß, Georg: Das deutsche Gymnasium als die neue höhere Schule; Menke-Gluckert, Emil: Über das deutsche Gymnasium, S. 593-596.

Anstalt zu bewältigen. Die Aufbauschule hatte mindestens siebenjährigen Besuch der Volksschule zur Voraussetzung und konnte die Form jeder Art der höheren Schulen annehmen.¹⁴²⁷

Mit dem Schuljahr 1922/1923 begann der Abbau der 26 in Sachsen bestehenden Seminare durch deren Umwandlung in Deutsche Oberschulen sowohl in grundständiger als auch in Aufbauform. In wenigen Fällen wurden Seminare mit am Ort befindlichen anderen höheren Schulen verschmolzen.¹⁴²⁸

Während die Aufbauschule Eingang in die Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse vom 19. Dezember 1922¹⁴²⁹ fand und damit als zur Hochschule führende höhere Lehranstalt deklariert war¹⁴³⁰, war die Frage der Berechtigungen der Deutschen Oberschule zum Zeitpunkt ihrer Einführung noch ungeklärt¹⁴³¹. Die Deutsche Oberschule existierte – in Sachsen aufgrund der zur Erprobung zugelassenen Lehrplanvorschläge des Sächsischen Seminarlehrervereins und des Sächsischen Philologenvereins – in zwei Formen: Typ A mit *einer* pflichtmäßigen Fremdsprache, Typ B mit *zwei* pflichtmäßigen Fremdsprachen.¹⁴³² Nachdem jedoch die deutschen Hochschulen im Frühjahr 1922 der Deutschen Oberschule nach Typ A die Studienberechtigung abgesprochen hatten¹⁴³³, sah sich die sächsische Regierung veranlaßt, die Verordnung vom 27. Oktober 1922 herauszugeben. Hiernach erhielt die grundständige Form der Deutschen Oberschule mit zwei Fremdsprachen die Berechtigungen des Realgymnasiums, wenn die eine Fremdsprache Latein war; die der Oberrealschule, falls an die Stelle von Latein eine zweite andere Fremdsprache trat. Der Zug mit nur einer Fremdsprache erhielt alle Berechtigungen der neunstufigen höheren Lehranstalten außer der Zuerkennung der Hochschulreife. Der künstlerisch-technische Zug berechnete zum Besuch der Kunsthochschulen, und die Aufbauschulen erhielten die Berechtigungen derjenigen Formen der neunstufigen höheren Lehranstalten, deren Verkürzung sie darstellten.¹⁴³⁴ Aufgrund eines Landtagsbeschlusses vom 22. Februar 1923, der die Benachteiligung der Deutschen Oberschule Typ A aufzuheben bezweckte¹⁴³⁵, erging dann die Verordnung vom 21. März 1923, nach welcher der Zug mit nur einer Fremdsprache alle Berechtigungen der neunstufigen höheren Lehranstalten einschließlich der Hochschulreife erhielt, wobei für einzelne Studienfächer die Ablegung von Ergänzungsprüfungen vor der Zulassung zum Studium oder zu den Prüfungen vorbehalten blieb¹⁴³⁶. Schon im Vorfeld hatte sich Sachsen mit Württemberg, Hessen, Braunschweig, Anhalt, Hamburg, Bremen, den beiden Lippe, Thüringen und Lübeck unter anderem darauf verständigt, jenen Abiturienten mit nur einer Fremdsprache die Hochschulreife zu erteilen und untereinander Vereinbarungen über die gegenseitige

¹⁴²⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 21. Januar 1922), S. 3-4; Sächsischer Philologenverein (Hrsg.): Die Aufbauschule.

¹⁴²⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 164, § 2 Absatz 1; Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 39-41; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 9-14, S. 29-31, 48-49, 57-58 und 82; Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 78 (S. 2) und 79 (S. 1-2).

¹⁴²⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 5ff. (= Dokument 154) und Änderungen und Ergänzungen hierzu vom 27. März 1926 (GBl. S. 89), 24. Januar 1928 (GBl. S. 65f.), 16. Januar 1929 (GBl. S. 44f.) und 6. August 1930 (GBl. S. 108). Bereits in den Jahren 1874, 1889 und 1909 hatten die Länder eine derartige Vereinbarung getroffen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1909, S. 639ff.

¹⁴³⁰ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 7 (= Dokument 155).

¹⁴³¹ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 99 (vom 21. Januar 1922), S. 4; Ebd., Berichte, Nr. 811 (vom 12. Juli 1922).

¹⁴³² Vgl. Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 15-29; Die deutsche Oberschule nach den Beschlüssen des Sächs. Seminar-Lehrervereins; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 14, S. 89-100; Deutsches Philologen-Blatt, 1921, S. 340-341.

¹⁴³³ Vgl. Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 45ff. Für das Gutachten der Universität Leipzig zur Deutschen Oberschule Typ A siehe: LLZ 1923, S. 2-5.

¹⁴³⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 12881/266, Bl. 63, Ziffer II; LLZ, 1922, S. 678-679. Zu den Beweggründen der Regierung siehe: Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 19. Sitzung vom 22. Februar 1923, S. 480 und 482-483.

¹⁴³⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1647; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 61 (vom 15. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 171-173, 178-179, 186 und 189; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 123 (vom 14. Februar 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 19. Sitzung vom 22. Februar 1923, S. 479-488; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 39 (vom 23. Februar 1923).

¹⁴³⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 12881/266, Bl. 83.

Anerkennung solcher Reifezeugnisse zu treffen. So war Sachsen in dieser Frage nicht allein geblieben, sondern konnten den „Einsprachlern“ eine gewisse Freizügigkeit gewährleisten.¹⁴³⁷

Schließlich bestimmte die Vereinbarung der Länder über die Deutsche Oberschule vom 28. März 1925, der sich allein die bayerische Regierung nicht angeschlossen hatte, daß Schüler solcher Deutscher Oberschulen, die nur *eine* verbindliche fremde Sprache eingeführt hatten, die Berechtigungen der Deutschen Oberschule nur dann erwerben konnten, wenn an ihrer Schule eine zweite fremde Sprache als unverbindliches Fach mit mindestens drei Wochenstunden während der letzten vier Jahre betrieben wurde und sie die Teilnahme an diesem Unterricht nachweisen konnten.¹⁴³⁸

Die genannten Vereinbarungen von 1922 und 1925 samt ihren Ergänzungen und Nachträgen wurden zum Zwecke der Übersichtlichkeit später in der Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse vom 25. März 1931 zusammengefaßt.¹⁴³⁹

II. Die Reformpläne des Ministeriums für Volksbildung

1. Die Reformbemühungen zum Beginn der Weimarer Republik

Während die Sächsische Volkskammer relativ schnell – aufbauend auf den umfangreichen Vorarbeiten zum gescheiterten Volksschulgesetzentwurf von 1912 – die während der Novemberrevolution eingeleitete Volksschulreform durch das Übergangsschul- und Schulbedarfsgesetz fortführen und so die dringendsten Probleme abstellen konnte, mangelte es zur Neuordnung des höheren Schulwesens zwar nicht an Ideen und Vorschlägen, jedoch existierte kein konsistentes (Regierungs-)Programm, das unmittelbar hätte zur Durchführung gebracht werden können.¹⁴⁴⁰ Abgesehen von kleinen Veränderungen blieb es deshalb zunächst nur „beim Reden über Reform“¹⁴⁴¹.

So skizzierte Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1919 die Konturen, nach denen sich das höhere Schulwissen nach seinen Vorstellungen künftig gestalten sollte. In dem Entwurf nahm die höhere Schule ihre Zöglinge nach dem vierten Schuljahre (nach erfüllter Grundschulzeit) auf, wobei im Einzelfall eine spätere Aufnahme zugelassen war. Die höhere Schule gliederte sich in einen vierjährigen Unterbau und einen dreijährigen (Realschule) oder fünfjährigen Oberbau. Der Unterbau sollte möglichst auf zwei Formen vereinheitlicht, der Oberbau durch Einführung der Deutschen Oberschule auf vier Formen erweitert werden. Der Lehrgang der Realschule war damit um ein Jahr verlängert. Jede Schulform sollte ihre Eigenart scharf betonen. Keine Schule sollte mehr als zwei fremde Sprachen gleichzeitig als Pflichtfächer treiben. In der Deutschen Oberschule sollte als Ersatz der zweiten fremden Sprache das Mittelhochdeutsche und eine vertiefte geschichtliche deutsche Sprachlehre behandelt werden. Grundsätzlich war durch Abbau die Zahl der höheren Schulen den Bedürfnissen des Landes anzupassen sowie der Zudrang zur höheren Schule einzudämmen. Die in diesem Zusammenhang von Seyfert gemachten Vorschläge zur Umwandlung der Seminare sowie der Akademisierung der Volksschullehrerbildung wurden in der Folge verwirklicht.¹⁴⁴²

¹⁴³⁷ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 19. Sitzung vom 22. Februar 1923, S. 483.

¹⁴³⁸ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1925, S. 171 (= Dokument 180) und Ergänzung hierzu vom 16. Januar 1929 (GBl. S. 45); Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen, S. 56-57.

¹⁴³⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 87ff. (= Dokument 219). Abdruck aller Ländervereinbarungen sowie Kommentare hierzu in Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 287-303 und 325-332. Siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 14548.

¹⁴⁴⁰ Vgl. Amlung, Ullrich: Dresdner Schulwesen in der Weimarer Republik, S. 182.

¹⁴⁴¹ LLZ, 1923, S. 526.

¹⁴⁴² Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2469-2470; Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 67-69. Zum letztgenannten Punkt siehe Kapitel G. I. 3.

Als im April 1920 der Landesschulausschuß tagte, betonte der vom Kultusministerium für den Aus- und Aufbau des höheren Schulwesens bestellte Referent, Prof. Dr. Oskar Stöckert¹⁴⁴³, die weitere Zusammenfassung der Bildungseinrichtungen innerhalb der höheren Schule mittels der allgemeinen Durchführung des Reformschulsystems. Gemeint war damit die Einrichtung von gemeinsamen Unterbauten, die denselben Lehrplan hatten, und aus denen sich die verschiedensten Schulformen entwickeln konnten. Konkret sah das vorgeschlagene System – in teilweiser Abgrenzung zum Kultusminister – neun- oder sechsklassige höhere Schulen vor. An die vierjährige Grundschule schloß sich ein allen höheren Schulen gemeinsamer Unterbau an, der je nach der Entscheidung der Lehrerschaft der Schule zwei oder drei Klassenstufen umfaßte. Aus diesen entwickelten sich als neunklassige Anstalten das Gymnasium, das Realgymnasium, die Oberrealschule und die Studienanstalt, als sechsklassige die Realschule und die höhere Mädchenschule. Der Oberbau von Gymnasium und Realgymnasium konnte während der ersten zwei, der von Realschule und Oberrealschule während der ersten drei Jahre verbunden werden. Einige Gymnasien der bisherigen Art (Beginn des Lateinunterrichts in Sexta) sollten, mindestens in solchen Orten, wo mehrere Gymnasien vorhanden waren, erhalten bleiben. Des Weiteren formulierte und begründete Stöckert Leitsätze zu Lehrplan und Lehrerschaft der höheren Schule.¹⁴⁴⁴

Anläßlich der Haushaltsberatungen 1921/1922 kam es dann im Sächsischen Landtag zu einer Grundsatzdebatte, bei der sich die Regierung Angriffen ausgesetzt sah, die teilweise aus den eigenen Fraktionen kamen, und die nicht etwa intern in den Ausschußverhandlungen, sondern öffentlichkeitswirksam im Plenum vorgetragen wurden.¹⁴⁴⁵ So konstatierte der Abgeordnete Arthur Arzt (MSPD), daß man seit den Tagen des Landesschulausschusses nichts mehr gehört habe, daß irgendwelche Bestrebungen zur Reform des höheren Schulwesens im Gange seien, was auf ihn den Eindruck mache, „als wenn man im Kultusministerium von der Spindel gestochen worden wäre“ und „in einen gesegneten Schlaf verfallen“ sei. Die Reformarbeit müsse nun energisch in Angriff genommen werden, um auf der Grundlage des Übergangsschulgesetzes eine Gesetzgebung für das höhere Schulwesen aufzubauen. Dabei habe die Mitwirkung des Sächsischen Philologenvereins¹⁴⁴⁶ möglichst zu unterbleiben, da dieser der größte „Hort der pädagogischen Reaktion“ sei und jeden Gedanken auf schulreformerischem Gebiet glatt ablehne. Auch der Abgeordnete Ernst Schneller (KPD) kritisierte den in der höheren Schule herrschenden reaktionären Geist, den er insbesondere in der Person des Oberstudiendirektors verkörpert sah, weshalb er für die Einführung der kollegialen Schulleitung plädierte.¹⁴⁴⁷ Kultusminister Hermann Fleißner (USPD) entgegnete beiden Rednern, daß sehr wohl schon etwas „im Werke“ sei, doch er den momentanen Zustand auch nicht für befriedigend halte; insofern könne er gut verstehen, wenn die Reformarbeit gerade den fortschrittlich gesinnten Volksschullehrern zu langsam gehe. Unterstützung erhielt der Minister durch den langjährigen Ministerialrat Dr. Friedrich Giesing, der sich bemühte, durch eine Reihe von Beispielen die Reformtätigkeit des Ministeriums nachzuweisen¹⁴⁴⁸, womit er jedoch den Kritikern weitere Angriffsflä-

¹⁴⁴³ Oberstudiendirektor Oskar Stöckert war Rektor der Oberrealschule Chemnitz sowie Vorsitzender des Vereins Sächsischer Realschullehrer und nach dessen Auflösung Vertreter für die Oberrealschulen und Realschulen im Gesamtvorstand des Sächsischen Philologenvereins. Er starb am 26. Juli 1922 in Bayreuth. Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 21, S. 97.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Verhandlungen des Landesschulausschusses, S. 74-90, hier insbesondere S. 75 und 80-81; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 3, S. 12-15. Zum Reformschulsystem siehe im Einzelnen Kapitel G. II. 3.

¹⁴⁴⁵ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 10. Januar 1922, S. 2947-2979, Zitate: S. 2952, 2959 und 2973; LLZ, 1922, S. 22-23. Hiernach das Folgende. – Der Sächsische Philologenverein sprach sogar von einem „wüste[n] Angriff auf die höhere Schule, ihren Unterrichtsbetrieb, ihre Lehrer und deren Standesvereinigung“, worin „die alte Feindschaft des Volksschullehrers gegen die Philologen besonders scharf zum Ausdruck“ gekommen sei. Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 18, S. 55.

¹⁴⁴⁶ Zur Geschichte des Sächsischen Philologenvereins siehe Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 210-221; Mellmann, P.: Geschichte des Deutschen Philologen-Verbandes, S. 82; Die höhere Schule, 1929, S. 257ff.

¹⁴⁴⁷ Zur inneren Verwaltung der höheren Schulen siehe Kapitel G. IV. Zur Person Schnellers siehe Kießling, Wolfgang: Ernst Schneller; Ernst Schneller – Schulpolitische Reden im sächsischen Landtag, Teil I-III.

¹⁴⁴⁸ Siehe hierzu auch Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 1ff.; Verordnungsblatt, 1919, S. 57ff. Zur Person Giesings siehe Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen, S. 280-282.

chen lieferte. Für den Abgeordneten Hermann Müller (USPD) war es hiernach ausgemacht, daß es im Kultusministerium Abteilungen gebe, die von dem modernen Geist sehr wenig verspürten. Arthur Arzt erblickte in Giesing den „Typus einer völlig veralteten Richtung“, der nicht mit dem wünschenswerten Eifer und der Reformfreudigkeit an das höhere Schulwesen herantrete. Und Ernst Schneller bemerkte abschließend, daß zwischen den Ausführungen des Kultusministers und denen des Ministerialrats ein großer Gegensatz zutage getreten sei, und er frage sich, wie man in einem sozialistischen Ministerium noch eine fortschrittliche Schulpolitik treiben wolle, wenn der maßgebliche Dezernent einen reaktionären Standpunkt einnehme und allem Anschein nach mehr Macht in der Hand habe, als vom Kultusminister beseitigt werden könnte. Aus den hier skizzierten Ausführungen sprach allenthalben die Beobachtung und auch die Befürchtung, daß die noch aus dem alten monarchischen System stammenden Ministerialbeamten sich nicht auf den Boden der neuen Zeit würden stellen können und somit der Durchführung wirksamer Reformen im höheren Schulwesen hinderlich seien.¹⁴⁴⁹

Als der Landtag im Februar 1922 in die Beratungen über die Gesetzesvorlage zur Umwandlung der Lehrerseminare eintrat, wurde dies von Arthur Arzt als „die endliche Einleitung zur Reform des gesamten höhern Schulwesens“¹⁴⁵⁰ begrüßt. In seiner Regierungserklärung vom 12. Dezember 1922 kündigte Ministerpräsident Wilhelm Buck (SPD) dann an, die komplizierten Verhältnisse im höheren Schulwesen in Bezug auf Organisation, Verwaltung und Schulplan einer zeitgemäßen Reform entgegenzuführen.¹⁴⁵¹ Ein diesbezüglicher Entwurf, der unter Amtsnachfolger Dr. Erich Zeigner (SPD)¹⁴⁵² bzw. unter dessen Kultusminister Hermann Fleißner (SPD)¹⁴⁵³ erarbeitet wurde, ging dann insofern über das ihm gesteckte Ziel hinaus, als er die Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens überhaupt bezweckte.¹⁴⁵⁴ Dem Zeitgeist gemäß war der Gedanke der Einheitsschule in der Weimarer Reichsverfassung in Artikel 146 Absatz 1 zum Ausdruck gekommen, wonach das öffentliche Schulwesen organisch auszugestalten war.¹⁴⁵⁵ Der Durchführung dieser Bestimmung diene das Reichsgrundschulgesetz vom 28. April 1920, das die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule einrichtete.¹⁴⁵⁶ Zu einer Reichsgesetzgebung, die das Schulwesen in dieser Richtung weiter hätte ausgestalten können, war es nicht gekommen. Die Realisierung von Einheitsschulkonzeptionen blieb so einzelstaatlicher Initiative überlassen – wie z. B. in Thüringen, wo seit 1922 ein umstrittenes Einheitsschulgesetz in Kraft war.¹⁴⁵⁷ Im Freistaat Sachsen hatte nach den Wahlen zur Sächsischen Volkskammer Ministerpräsident Dr. Georg Gradnauer (MSPD) in seiner Regierungserklärung vom 20. März 1919 konstatiert, daß die auf dem Gebiete der Schule durch die vorläufige Regierung (Rat der Volksbeauftragten) erlassenen Verordnungen¹⁴⁵⁸ die Einleitung der Schulreform in Richtung Einheitsschule bedeuteten, und daß diese Reform mit Entschieden-

¹⁴⁴⁹ Vgl. Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 232-233. Zur personellen Kontinuität in den deutschen Unterrichtsverwaltungen nach der Novemberrevolution siehe Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 197.

¹⁴⁵⁰ Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 94. Sitzung vom 2. Februar 1922, S. 3157.

¹⁴⁵¹ Vgl. Ebd., 2. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 12. Dezember 1922, S. 16.

¹⁴⁵² Zur Person Zeigners siehe Schmeitzner, Mike: Erich Zeigner, S. 125-158.

¹⁴⁵³ Als sich Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) im Jahr 1920 Angriffen gegenüber seiner Person aus den Reihen der Philologenschaft ausgesetzt sah, forderte er Zurückhaltung und warnte, daß an seine Stelle vielleicht auch ein anderer Mann von einer „ganz radikalen Partei“ treten und dem höheren Schulwesen „die größten Schwierigkeiten“ bereiten könne. Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 6, S. 1. – Mit Hermann Fleißner schien dieser Mann nun gekommen zu sein.

¹⁴⁵⁴ Siehe Kapitel G. II. 2.

¹⁴⁵⁵ Zur Geschichte des Einheitsschulgedankens siehe Oppermann, Detlef: Gesellschaftsreform und Einheitsschulgedanke.

¹⁴⁵⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1920, S. 851f. (= Dokument 29). „In bezug auf die Einheitsschule ist das Grundschulgesetz [somit] als ein Torso anzusehen, in seiner Auswirkung allerdings brach es mit den tradierten Grundsätzen der Standesschule und kann in eine Reihe mit den demokratischen Errungenschaften nach der Revolution von 1918, dem allgemeinen, freien und geheimen Wahlrecht, dem Achtstundentag und dem Betriebsrätegesetz, gestellt werden.“ Vgl. Braune, Peter: Die gescheiterte Einheitsschule, S. 177.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Mitzenheim, Paul: Die Greilsche Schulreform 1921 bis 1923, S. 79-100.

¹⁴⁵⁸ Siehe Kapitel D. I. 2.

heit fortgeführt werden solle.¹⁴⁵⁹ In der sich nun entspinrenden Debatte offenbarte sich freilich die völlige inhaltliche Unbestimmtheit des Einheitsschulbegriffs. Denn mit der Einheitsschuldiskussion eng verwoben bzw. begrifflich nicht scharf genug von ihr getrennt, war die Frage eines einheitlichen Schulgesetzes. So führte der Abgeordnete Arthur Arzt (MSPD) ebenso im März 1919 aus: „Deshalb also erwarten wir, daß die neue Regierung uns ein Schulgesetz bringt, das die deutsche Einheitsschule uns gibt, also ein Gesetz, in dem das gesamte Bildungswesen der Nation von der Volksschule bis hinauf zur Universität inbegriffen ist und wo der Weg der Bildung von der Volksschule bis hinauf zur Universität einem jeden Volksgenossen unentgeltlich geöffnet wird, [...]“¹⁴⁶⁰ Kultusminister Wilhelm Buck (MSPD) erklärte hierzu, daß die „Durchführung der Einheitsschule, eine Forderung [sei], die nicht erst durch die Revolution aktuell [...], die aber durch die Revolution spruchreif geworden ist“¹⁴⁶¹, und er fügte hinzu, daß seine Mitarbeiter im Ministerium einmal – zeitlich also noch völlig unbestimmt – den Grundbau aufrichten würden „zu dem Gesetz, in dem alle Arten der Schule, unter Umständen von der vorschulpflichtigen Zeit, von der frühesten Kindheit an bis zur [...] Hochschule eingefaßt sein sollen“¹⁴⁶². Im Dezember 1919 prognostizierte auch der Abgeordnete Hermann Schiersand (DDP) ein Volksbildungsgesetz, das die Aufgabe haben würde, die alten und neuen Gesetzesbestimmungen über das Schulwesen in übersichtlicher Weise zusammenzufassen.¹⁴⁶³ Einen Plan bzw. ein Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens forderte wiederholt der Abgeordnete Ernst Schneller (KPD), „damit dieses Durcheinander einmal aufhört“¹⁴⁶⁴. Und als Wilhelm Buck (SPD) als Ministerpräsident in seiner bereits erwähnten Regierungserklärung vom 12. Dezember 1922 auf die Notwendigkeit der Reform des höheren Schulwesens zu sprechen kam, führte er unter anderem aus, daß allen aktuellen Erfordernissen in einem alle Schularten umfassenden Einheitsschulgesetz zu entsprechen sei.¹⁴⁶⁵ Die gewählte Formulierung ließ m. E. dabei die Beschaffenheit dieses Einheitsschulgesetzes – entweder als die Zusammenfassung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Zwecke ihrer Übersichtlichkeit unter Beibehaltung des gegliederten Schulwesens bzw. als die eigentliche (organische) Einheitsschule – noch vollkommen offen. Eine gewisse Synthese dieser beiden Linien (Einheitsschule – einheitliches Schulgesetz) bedeutete dann ein Antrag von Kultusminister a. D. Dr. Richard Seyfert (DDP), der bezweckte, „daß eine großzügige Gesetzgebung das gesamte Bildungswesen auf Grund großer sozialer und pädagogischer Gesichtspunkte“ zweckmäßig gliedere und doch einheitlich zusammenfasse; bzw. „daß die Gesetzgebung die Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse in der Einheit des Schulwesens organisiert“. Im Sächsischen Landtag stimmte man im Januar/Februar 1923 im Allgemeinen darin überein, daß eine Zusammenfassung der in den einzelnen Gesetzen verstreuten zusammengehörigen Bestimmungen über den Auf- und Ausbau der Schule zu wünschen sei, um Klarheit zu schaffen. Auch die Regierung gab ihre Bereitwilligkeit kund, daß eine Regelung des gesamten Schulwesens in einem Gesetze noch folgen werde, hielt aber eine Regelung des Einheitsschulwesens zur Zeit noch nicht für möglich, da zunächst Einzelfragen besprochen werden müßten.¹⁴⁶⁶ In seiner Regierungserklärung vom 10. April 1923 betonte wiederum Ministerpräsident Dr. Erich Zeigner (SPD) ausdrücklich den Einheitsschulgedan-

¹⁴⁵⁹ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 13. Sitzung vom 20. März 1919, S. 441. Die Verabschiedung des Übergangsschulgesetzes – mit seiner Einführung der allgemeinen (und zunächst weltlichen) Volksschule, der Schulgeldfreiheit und der Einschränkung des Privatschulwesens – kann in diese Richtung interpretiert werden.

¹⁴⁶⁰ Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 597.

¹⁴⁶¹ Ebd., S. 630.

¹⁴⁶² Ebd., S. 632-633.

¹⁴⁶³ Vgl. Ebd., 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2454.

¹⁴⁶⁴ Vgl. Ebd., 1. Wahlperiode, 98. Sitzung vom 2. März 1922, S. 3387; Ebd., 103. Sitzung vom 5. April 1922, S. 3692 (Zitat); Ebd., 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 184.

¹⁴⁶⁵ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 12. Dezember 1922, S. 16.

¹⁴⁶⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1646; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 50 (vom 12. Dezember 1922); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 11. Januar 1923, S. 163 (Zitate), 173, 184, 186 und 189; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 108 (vom 24. Januar 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 19. Sitzung vom 22. Februar 1923, S. 479; SSZ, 1923, S. 19-20.

ken.¹⁴⁶⁷ Die Verwirklichung eines diesbezüglichen Programms scheiterte jedoch noch binnen Jahresfrist – wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird. Und so war noch im Jahr 1930 von der endlich vorzunehmenden Schaffung eines einheitlichen bzw. von der Kodifikation des zerstreuten Schulrechts die Rede¹⁴⁶⁸, die aber letztlich wegen einer immerzu erwarteten, eine abermalige Änderung der landesgesetzlichen Bestimmungen nach sich ziehenden Reichsschulgesetzgebung¹⁴⁶⁹ nie erfolgt war.

2. Der Referentenentwurf „Grundzüge der Einheitsschule“

Zum 1. Mai 1923 wurde der Bezirksschulrat in Löbau, Dr. Alwin Wünsche (SPD), im Rang eines Oberregierungsrates ins Kultusministerium berufen und mit den Vorarbeiten zur Reform des höheren Schulwesens beauftragt.¹⁴⁷⁰ Hierzu war er ermächtigt, sämtliche höhere Schulen Sachsens zu besuchen, dem Unterricht beizuwohnen und von allen Schuleinrichtungen Kenntnis zu nehmen. Die Schulen waren angewiesen, ihm bei den Besprechungen die gewünschten Auskünfte zu erteilen.¹⁴⁷¹ Am 17. September 1923 lieferte Wünsche einen Bericht über die von ihm angestellten Beobachtungen, dem am 6. Oktober 1923 ein vorläufiger Entwurf für den Aufbau einer Einheitsschule folgte.¹⁴⁷² Hiernach hatte Wünsche sämtliche höhere Schulen in Dresden sowie mehrere auswärtige Schulen inspiziert und dem Unterricht von insgesamt 96 Lehrkräften beigewohnt, bei mehreren in verschiedenen Klassen. Neben anderen Dingen sei es seine Absicht gewesen, sich ein sicheres Urteil darüber zu bilden, ob die vier oberen Klassen der Volksschule und die vier untersten Klassen der höheren Schule – obwohl es beide mit demselben Schüleralter zwischen 10 und 14 Jahren zu tun hatten – scharf getrennt nebeneinander her laufen müßten, oder ob es möglich sei, für dieses Alter eine gemeinsame Schulstufe zu errichten. Daher habe er vorwiegend dem Unterricht in den vier untersten Klassen beigewohnt, um die Lehrer und Schüler der höheren Schulen mit den Lehrern und Schülern der Volksschulen – letztere aus seiner bisherigen Tätigkeit als Volksschullehrer und Bezirksschulrat – zu vergleichen. Dabei kam Wünsche zu dem Ergebnis, daß kein Grund vorliege, für das genannte Schüleralter die Trennung zwischen Volks- und höherer Schule weiter aufrecht zu erhalten. Der Unterricht, der in der höheren Schule erteilt werde, sei – durchschnittlich betrachtet – in keiner Weise besser als der Volksschulunterricht. Im Gegenteil befinde sich unter den „hospitierten“ Lehrern der höheren Schulen nur eine sehr geringe Zahl, die über eine zufriedenstellende Lehrbefähigung verfüge. Die Volksschule könne sich der geistigen Entwicklungsstufe der Kinder dagegen viel sorgfältiger anpassen und die Anlagen der Kinder viel planmäßiger entfalten, weshalb es keine Hemmung der geistigen Entwicklung der Jugend und kein Herabdrücken des Bildungsniveaus überhaupt bedeuten würde, wenn alle Kinder über die Grundschule hinaus nach gleichem, dem Alter gut angepaßten Lehrplane und nach der Lehrweise der Volksschule unterrichtet würden. Nach diesem Befund würde die Einheitsschule folgenden Aufbau haben: vier Jahre Grundschule; vier Jahre Mittelstufe als für alle Kinder zwischen 10 und 14 Jahren gemeinsame Schulstufe, die zugleich als Unterstufe der höheren Schule gelten würde; vier Jahre Oberschule als Oberstufe der höheren Schule mit allerhand Differenzierungen im Lehrplan. Die Berufsschule schlosse

¹⁴⁶⁷ „Als Regierung eines demokratischen Staates muß sie auf die Pflege einer allgemeinen und neuzeitlichen Volksbildung den größten Wert legen. [...] Die über die Volksschule hinausführenden Schulgattungen werden, gemäß Artikel 146 Absatz 1 der Reichsverfassung, mit der Grundschule einerseits, andererseits auch unter sich in jenes gegenseitige organische Verhältnis gebracht werden müssen, das einen einheitlichen und gesunden Aufbau von der Volks- bis zur Hochschule ermöglicht und denjenigen Schülern, die beabsichtigen, von einer Schulgattung in die andere zu wechseln, oder erst in höherem Alter eine weitergehende Ausbildung verlangen, diese Bestrebungen denkbarst erleichtert.“ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 29. Sitzung vom 10. April 1923, S. 719.

¹⁴⁶⁸ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 762 (vom 27. März 1928), S. 2, Ziffer V. 5; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 19. April 1928, S. 2761; Ebd., 4. Wahlperiode, 32. Sitzung vom 20. März 1930, S. 1222; Ebd., 37. Sitzung vom 13. Mai 1930, S. 1423.

¹⁴⁶⁹ Vgl. Sächsischer Gemeindetag, 1925, Sp. 79.

¹⁴⁷⁰ Vgl. LLZ, 1926, S. 595; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 466ff.

¹⁴⁷¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14497, Bl. 245.

¹⁴⁷² Vgl. Ebd., Nr. 14498, Bl. 1, 3-20 und 34-36. Hiernach das Folgende.

sich ungezwungen wie bisher an die Volksschule an; doch müsse sie – als die Schule der ungeheuren Mehrheit des Volkes – Einrichtungen erhalten, daß begabte Schüler und Schülerinnen auch von ihr aus noch leichten Zugang zu den wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen höheren oder Hochschulen finden könnten.

Im Ergebnis dieser Erwägungen formulierte Wünsche die „Grundzüge der Einheitsschule“ vom 27. November 1923.¹⁴⁷³ Die Einführung der vierjährigen Mittelschule als auf der Grundschule aufsetzende und mit Bezirkszwang versehene Schulstufe sollte dabei die weitere gemeinschaftliche Unterrichtung der Kinder bis zur Erfüllung der Volksschulpflicht gewährleisten.¹⁴⁷⁴ Die sich an die Mittelschule anschließende Oberschule war eine allgemeine Wahlschule und konnte entweder sein eine zweijährige Realschule, eine zweijährige Deutsche Oberschule (sogenanntes 9. und 10. Volksschuljahr mit Vollunterricht), eine vierjährige Oberrealschule, eine vierjährige Deutsche Oberschule oder eine vierjährige gymnasiale Oberschule. Die nur vierjährige Oberschule implizierte die Verkürzung der Gesamtschulzeit bis zur Hochschulreife von 13 auf 12 Jahre. Für alle Arten der Oberschule waren – ebenso wie für die Mittelschule – neue Lehrpläne aufzustellen, in denen auch die Unterrichtsgebiete, die der bisherigen Oberprima zugewiesen waren, möglichst Berücksichtigung zu finden hatten. Der Beschäftigung mit der Sprache und Kultur der Antike sollte kein so breiter Raum mehr wie bisher gewährt werden. Geeigneten Schülern war mit Beginn der Mittelschule fremdsprachlicher Unterricht (Englisch) zu erteilen. Für Schüler, die nicht an diesem Unterricht teilnahmen, aber für eine andere Seite der Schularbeit besondere Neigung zeigten (Zeichnen, Naturlehre), waren nach Bedarf wahlfreie Kurse einzurichten, deren Teilnehmer nicht Schüler ein- und desselben Schuljahres zu sein brauchen. In der Oberschule konnte eine zweite moderne Fremdsprache oder Latein als verbindliches Fach einsetzen. Eine dritte Fremdsprache (auch Griechisch und Hebräisch) durfte nur als Wahlfach erteilt werden. Schülerprüfungen fanden weder am Schlusse der halben und ganzen Schuljahre, noch am Ende eines ganzen Lehrganges statt. Die Halbjahrs- und Jahreszeugnisse und das Reifezeugnis wurden den Schülern aufgrund ihrer Schulleistungen erteilt.

Was war nun das Schicksal des hier skizzierten Plans? Schon frühzeitig war die Tätigkeit Wünsches auf Kritik gestoßen. So hatten anläßlich der Haushaltsberatungen im Juni 1923 die Abgeordneten Oberstudienrat Prof. Johannes Siegert (DNVP) und Studienrätin Dr. Doris Hertwig (DVP) erklärt, daß in den Kreisen der Lehrerschaft an den höheren Schulen eine starke Beunruhigung herrsche, weil die Vorarbeiten zur Reform der höheren Schulen offiziell in die Hände eines Mannes gelegt worden seien, der mit den höheren Schulen bisher überhaupt noch nichts zu tun gehabt habe. Insbesondere verwahrten sie sich gegen die Kritik eines Nichtphilologen an dem Unterricht des einzelnen Lehrers. Auf diese Weise wurde versucht, die fachliche Eignung Wünsches grundsätzlich und überhaupt in Frage zu stellen, um die von ihm zu erarbeitenden Vorschläge von vornherein als unmaßgeblich zu disqualifizieren.¹⁴⁷⁵ Auch innerhalb des Ministeriums hatte sich Wünsche die Gegnerschaft der für die höheren Schulen zuständigen Fachräte eingehandelt, da diese sich mit der Berufung Wünsches offenbar übergangen und in ihren Kompetenzen geschmälert fühlten. Um eine klare Sachlage zu schaffen, bat Wünsche am 4. Dezember 1923 den zuständigen Ministerialdirektor Michel um formale Feststellung, ob die „Grundzüge der Einheitsschule“ lediglich als sein persönlicher Vorschlag zu gelten hätten, oder ob sie als vom Ministerium gebilligte Richtlinien anzusehen seien. Wünsche betonte dabei, daß der Minister dem Entwurf in allen Hauptpunkten zugestimmt habe und auf eine baldige Umgestaltung des Schulwesens in seinem Sinne Wert lege.¹⁴⁷⁶ Zunächst

¹⁴⁷³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 40-41 (= Dokument 49). Abdruck in: Mitteilungen des Sächsischen Philologenvereins, 1923, S. 81-84; LLZ, 1924, S. 39-40; SSZ, 1924, S. 53-54; Neuere Berufsschulgesetzgebung, S. 22-23. – Hiernach das Folgende.

¹⁴⁷⁴ Eine Trennung der Schulkinder nach verschiedenen Schulgattungen schon am Ende der Grundschule sei nicht zu rechtfertigen, sondern aus pädagogischen und sozialen Gründen vielmehr so weit hinauszuschieben, bis sich die verschiedenen Begaunungsrichtungen deutlich bemerkbar machen.

¹⁴⁷⁵ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 44. Sitzung vom 19. Juni 1923, S. 1145-1146 und 1150.

¹⁴⁷⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 123-124.

wurden die „Grundzüge“ am 10. Dezember 1923 als Referentenentwurf des Ministeriums für Volksbildung – und somit nicht als reine Privatmeinung seines Verfassers (aber den das Ministerium grundsätzlich abzuändern sich vorbehielt) – zur gutachtlichen Stellungnahme an die Berufsorganisationen der Lehrer verschickt.¹⁴⁷⁷ Anlässlich einer Anfrage der Abgeordneten Dr. Doris Hertwig (DVP) war dieser dann am 14. Dezember 1923 Gegenstand einer Landtagsdebatte. Dort verteidigte der Minister für Volksbildung, Hermann Fleißner (SPD), seinen Beamten, indem er erklärte, daß die Frage der Reform des höheren Schulwesens geradezu die Frage der Einheitsschule sei. Sie stehe in so unmittelbarem Zusammenhang mit der Volksschule und dem ganzen Schulwesen überhaupt, daß man nicht sagen und verlangen könne, daß der mit den diesbezüglichen Vorarbeiten Beauftragte unter allen Umständen einer bestimmten Kategorie von Schulmännern entstammen müsse.¹⁴⁷⁸

Auch in der Öffentlichkeit wurden die „Grundzüge“ lebhaft diskutiert. Während Wünsche seinerseits z. B. in einer Versammlung der republikanisch gesinnten Lehrer der höheren Schule von Leipzig und Umgebung für seinen Plan eintrat¹⁴⁷⁹, formierte sich auf der Gegenseite massiver Widerstand gegen die bekundeten Absichten¹⁴⁸⁰. So wurde im November 1923 eigens eine „Schutzgemeinschaft für die höheren Schulen Deutschlands“ ins Leben gerufen. Dies war eine Vereinigung von 60 wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und Berufsorganisationen mit Sitz in Leipzig, die ihre Aufgabe in der Abwehr der insbesondere dem thüringischen und sächsischen höheren Schulwesen durch die Einheitsschulbestrebungen drohenden „Zertrümmerung“ erblickte. In einer an Reichsregierung, Reichstag und andere Behörden gerichteten Eingabe wurde die Einheitsschule als verfassungswidrig darum angegriffen, weil sie den in Artikel 146 Absatz 1 RV allein für die Grundschule vorgesehenen gemeinsamen Unterricht auch auf den sich anschließenden Schulstufen weitgehend durchführe, was der in demselben Artikel verbürgten Mannigfaltigkeit des mittleren und höheren Schulwesens widerspreche. Da die Einheitsschule in allen ihren Zweigen das Gemeinsame so stark in den Vordergrund stelle, könne eine Differenzierung nur sehr unvollkommen und zum Teil erst in den letzten Schuljahren erfolgen. Die Schutzgemeinschaft forderte daher den Erhalt sowie die reichsgesetzliche Sicherung der höheren Schulen als äußerlich und innerlich einheitlich organisierte, nach der Verschiedenheit ihrer Ziele differenzierte Anstalten mit einem geschlossenen von dem Abschluß der Grundschule zur Hochschulreife führenden neunjährigen Aufbau; gegebenenfalls (alternativ) war die Anerkennung der Reifezeugnisse solcher Anstalten, die infolge eingreifender Organisationsänderungen die bisherigen Bildungsziele nicht zu erreichen vermochten, zu verwehren.¹⁴⁸¹

Die zwingende Notwendigkeit „für den geplanten radikalen Umsturz des sächsischen höheren Schulwesens“¹⁴⁸² wurde auch vom Deutschen Philologenverband in Zweifel gezogen. Der Sächsische Philologenverein hatte zunächst kritisiert, daß ihm die Einsichtnahme in die von Dr. Alwin Wünsche über dessen Schulbesuche angefertigten Berichte verwehrt worden sei.¹⁴⁸³ Später wurden die Bedenken, die die

¹⁴⁷⁷ Vgl. Mitteilungen des Sächsischen Philologenvereins, 1923, S. 81; LLZ, 1924, S. 39.

¹⁴⁷⁸ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 561 (vom 13. November 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 75. Sitzung vom 14. Dezember 1923, S. 2107-2115.

¹⁴⁷⁹ Vgl. LLZ, 1923, S. 526-527.

¹⁴⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 622-623; SSZ, 1924, S. 19-21 und 35-37.

¹⁴⁸¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1187; Schutzgemeinschaft für die höhere Schulen: Die Zertrümmerung des humanistischen Gymnasiums im Freistaate Sachsen, S. 67-75; Deutsches Philologen-Blatt, 1924, S. 5-7; LLZ 1924, S. 69-71; Die höhere Schule, 1924, S. 66-67. In einer Eingabe an das Volksbildungsministerium vom 18. Januar 1924 lehnte die Schutzgemeinschaft die „Grundzüge der Einheitsschule“ „als eine verhängnisvolle Abkehr vom bewährten organischen Aufbau der höheren Schulen zu einem auf vorgefaßten Theorien beruhenden äußerlichen Schematismus“ sowie als „ein auf sehr anfechtbaren pädagogischen und sozialen Theorien beruhendes Experiment“ ab. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 98-114, Zitate: Bl. 104 und 108. Im April 1924 konstatierte die Schutzgemeinschaft, daß die Einheitsschulbewegung zu einem gewissen Stillstand gekommen sei. Dafür kritisierte sie nun die Absichten – die auch in den Plänen der Unterrichtsverwaltung bestimmend sein sollten –, die bisher bestehenden Typen der höheren Schulen durch einen weitgehend gemeinsamen Unterbau miteinander mehr oder weniger zu verquicken. Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1187, AE 31-32.

¹⁴⁸² Mitteilungen des Sächsischen Philologenvereins, 1923, S. 77.

¹⁴⁸³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 23-24, 27-28 und 46.

Philologen im Einzelnen gegen den Einheitsschulentwurf hegten, veröffentlicht.¹⁴⁸⁴ So bestreite dieser, daß sich verschiedene Begabungsrichtungen am Ende der Grundschule deutlich bemerkbar machten, erkenne aber Differenzierungen der Leistungsfähigkeit in der Form besonderer Eignungen und Neigungen bzw. schwacher Begabung an. Die Absicht, durch eine längere Vereinigung die Kinder aller Stände auf der gleichen Schulbank zum sozialen Ausgleich zu kommen, überschätze die Wirkung der Schule. Die Trennung in Kurse innerhalb der Mittelschule würde nicht anders wirken als eine volle Trennung nach Schulgattungen, zumal sie sich auf dieselben Voraussetzungen gründe. Die zu lange andauernde Vereinigung aller Grade von Begabung werde dazu führen, daß der Unterricht ein langsames Zeitmaß anschlage. Weiter versuche der Unterricht der Mittelschule zwei verschiedene Blickrichtungen zu vereinen: Abschluß der Schulbildung für die ins Berufsleben Tretenden und Vorbereitung der späteren Bildung für die in die Oberschule Eintretenden. Diese innere Zerrissenheit könne keiner der beiden Gruppen ganz gerecht werden und schädige daher die Schüler. Auch wenn die Mittelschule zugleich als Unterstufe der höheren Schule gelten solle, so sei sie ihrer ganzen Richtung nach nichts anderes als der Oberbau der Volksschule. Als allgemeine Pflichtschule müsse sie sich im Wesentlichen auf die Volksschule einstellen, womit der Unterricht weder durch Methode noch Stoffauswahl auf die Oberschule vorbereiten könne. Das bedeute, daß Kräfte, deren Übung für die Oberschule notwendig sei, brach liegen blieben. Daraus folge ein Sinken der Leistung der Oberschule, was später auch die Ziele der Hochschule herabsetzen müßte. Auch mit dem Bezirkszwang werde der Charakter der Volksschule erneut betont. Es müßten danach die Lehrer als Volksschullehrer vom Staat besoldet werden, was es unmöglich machen würde, daß die Lehrer der Oberschule auch an der Mittelschule unterrichteten. Damit würden aber Mittel- und Oberschule endgültig auseinander gerissen und somit die höhere Schule endgültig zerstört. Und nicht zuletzt widerspreche die Festlegung der Dauer der Oberschule auf zwei bzw. vier Jahre der Vereinbarung der Länder, die den Lehrgang der höheren Schule auf neun Jahre festsetze, während nach dem Entwurf Mittel- und Oberschule zusammen höchstens acht Jahre erreichten. Ebenso sei eine Reifeprüfung in der Vereinbarung der Länder vorgeschrieben. Die Verletzung dieser Vorschriften würde den Abiturienten der sächsischen höheren Schulen die deutschen Hochschulen verschließen. Insgesamt sei der Referentenentwurf als Ganzes unannehmbar, da er um der sozialen Einigung willen das ganze höhere Schulwesen äußerlich zerschlage und innerlich unmöglich mache, aber trotzdem das angestrebte Ziel nicht erreiche. Der Sächsische Philologenverein plädierte statt dessen dafür, die bestehenden, geschichtlich gewordenen und lebenskräftigen Formen der höheren Schule zu vereinheitlichen und die Übergangsmöglichkeiten von der Volks- zur höheren Schule zu verstärken.¹⁴⁸⁵

Neben dem Sächsischen Philologenverein existierte noch ein Bund Entschiedener Schulreformer, der vornehmlich fortschrittlich gesinnte Lehrer an höheren Schulen in sich vereinte. Dieser beteiligte sich mit einem eigenen Einheitsschulplan an der Diskussion, vermochte jedoch keine entscheidenden Impulse zu geben.¹⁴⁸⁶ Insgesamt ausgeprägter war dagegen das Engagement bei den Volksschullehrern. Bereits im Jahr 1911 hatte sich der Sächsische Lehrerverein in einer Denkschrift für die Einführung der Einheitschule eingesetzt, um alle Schulgattungen des Landes, deren Wechselbeziehungen noch rein äußerlicher Natur seien, in ein einheitliches System zu bringen.¹⁴⁸⁷ Im Jahr 1917 wurde zudem eine Materialsammlung publiziert, um den Mitgliedern und anderen Interessierten Argumente für die Vertretung und Verteidigung

¹⁴⁸⁴ Vgl. Ebd., Bl. 115-121; Mitteilungen des Sächsischen Philologenvereins, 1923, S. 81-84. Hiernach das Folgende. – Siehe auch Boehm, Ernst: Einheitsschule und höhere Schule; Kieß, Kurt: Höhere Schule und sechsklassige Grundschule.

¹⁴⁸⁵ Für die diesbezüglichen vom Sächsischen Philologenverein erarbeiteten Reformvorschläge siehe Kapitel G. II. 3. e.

¹⁴⁸⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 59-60 (= Dokument 275); Die Neue Erziehung, 1924, S. 175-176; LLZ, 1924, S. 41-42. – Ab 1925 erkannte das Ministerium für Volksbildung in Fragen des höheren Schulwesens allein den Sächsischen Philologenverein als Interessenvertretung der höheren Lehrerschaft an. Der Bund Entschiedener Schulreformer, der durch den sozialdemokratischen Minister Hermann Fleißner noch gleichberechtigt behandelt worden war, wurde als Ansprechpartner nicht mehr akzeptiert. Vgl. Die höhere Schule, 1925, S. 9-10. – Zur schulpolitischen Bedeutung des Bundes siehe auch Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 167-177.

¹⁴⁸⁷ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft, S. 5.

dieser Forderung in der Öffentlichkeit an die Hand zu geben.¹⁴⁸⁸ Nachdem der Sächsische Lehrerverein nach der Novemberrevolution sein Hauptaugenmerk zunächst auf die Neuordnung des Volksschulwesens gerichtet hatte, veröffentlichte der Vorstand – gedrängt durch die entsprechenden Arbeiten im Kultusministerium, auf die die Volksschullehrerschaft durch ihren eigenen Vorschlag Einfluß zu nehmen gedachte – im Januar 1924 einen „Plan für den einheitlichen Aufbau des gesamten Erziehungswesens“.¹⁴⁸⁹ Parallel hierzu erschien auch ein Gutachten zu den im Ministerium erarbeiteten „Grundzügen der Einheitsschule“.¹⁴⁹⁰ Hiernach stellte der Sächsische Lehrerverein zwischen seinem Plan und den „Grundzügen“ eine Übereinstimmung in den Grundsätzen fest, jedoch sei den „Grundzügen“, obwohl sie die Forderungen einer fortschrittlichen Pädagogik weitgehend berücksichtigt hätten, die Lösung der Aufgabe eines einheitlichen organischen Aufbaues des gesamten Erziehungswesens nicht restlos gelungen (z. B. Berufsschule).¹⁴⁹¹ Der Plan des Sächsischen Lehrervereins selbst sah zunächst eine zehnjährige Schulpflicht vor, um die Trennung der Begabungsrichtungen und die Berufswahl in einen späteren – den natürlichen Einschnitten der kindlichen Entwicklung entsprechenden – Lebensabschnitt zu verlegen. Die ersten vier Jahrgänge der Einheitsschule bildeten gemäß dem Reichsgrundschulgesetz die Grundschule, an die sich eine für alle Kinder gemeinsame, aber differenzierte *sechsjährige* Mittelschule anschloß, die als „das Kernstück der gesamten Schulreform“ angesehen wurde. Jede Mittelschule mußte mit einer Grundschule so verbunden sein, daß beide eine gemeinsame Lehrerschaft und Leitung hatten. Auch hier galt Bezirkszwang, der sich auf dem Lande durch Bildung von Zweckverbänden auch über benachbarte Schulbezirke hinweg erstrecken konnte. Die ersten Differenzierungen traten in der Form freier Kursbildung auf. Neben einem für alle gemeinsamen Kernunterricht waren freie Lehrgänge einzurichten, die den Schülern ermöglichen sollten, im 5. und 6. Schuljahr mit Hilfe der Erzieher ihre Begabungs- und Neigungsrichtungen kennenzulernen und diese vom 7. Schuljahr an in festerer Kursgestaltung zur vollen Entfaltung zu bringen, um dadurch die besonderen Aufgaben der Mittelschule zu erfüllen. Aus einer solchen Differenzierung würde sich der Einbau der unteren Klassen der heutigen höheren Schulen und der heutigen Berufsschule naturgemäß ergeben. Ebenso würden in den Ergänzungskursen einer so differenzierten Mittelschule die Lehrer der heutigen höheren Schulen und der Berufsschulen ihre Schüler, ihr Arbeitsfeld und ihre Arbeitsaufgabe finden. Für alle Kinder, die sich – bis die allgemeine zehnjährige Schulpflicht verbindlich eingeführt sei – zunächst noch aus wirtschaftlichen Gründen bereits nach dem 8. Schuljahre einem Berufe unmittelbar zuwenden müßten, würde das 9. und 10. Schuljahr in einen dreijährigen Lehrgang mit verminderter Stundenzahl auseinandergezogen als besonderer beruflicher – in seinem Bildungswert aber gleichwertiger – Zweig innerhalb der allgemeinen Mittelschule. Die „Grundzüge“ ließen die organische Eingliederung der Berufsschule leider vermissen.¹⁴⁹² Auf die sechsjährige Mittelschule setzten sich dann die dreijährigen zur Hochschulreife führenden wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und künstlerischen Oberschulen auf. Die zweijährige Realschule und die zweijährige Deutsche Oberschule nach den „Grundzügen“ würden sich mit der sechsjährigen Mittelschule erübrigen. Es gab nur *eine* Art wissenschaftlicher Oberschulen, die nicht bereits von vornherein wieder in starre Typen (Oberrealschulen, Deutsche Oberschulen, Gymnasialoberschulen) gegliedert werden sollten. Durch sprachliche, mathematisch-naturwissenschaftliche, gesellschaftswissenschaftliche Fachgemeinschaften, neben denen noch freie Kursmöglichkeiten bestanden,

¹⁴⁸⁸ Vgl. Ders. (Hrsg.): Die Einheitsschule.

¹⁴⁸⁹ Vgl. LLZ, 1924, S. 38-39 (= Dokument 276). Abdruck auch in: SSZ, 1924, S. 33-35; Landeslehrerbuch des Freistaates Sachsen, 1924, S. 161-163; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, Bd. 1, S. 47-52. Zur Einheitsschuldiskussion im Sächsischen Lehrerverein siehe ausführlich Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 453-463; Mebus, Sylvia: Zu den fortschrittlichen [...] Bestrebungen, S. 131-150. Siehe auch: LLZ, 1924, S. 37 und 232-233; Keim, Wolfgang (Hrsg.): Kursunterricht, S. 216ff.

¹⁴⁹⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 73-77; LLZ, 1924, S. 40-41, Zitat: S. 40; SSZ, 1924, S. 54-55.

¹⁴⁹¹ Vgl. LLZ, 1924, S. 38-41. Hiernach das Folgende.

¹⁴⁹² In Auseinandersetzung mit den „Grundzügen“ faßte der Vorstand des Sächsischen Berufsschulvereins einen Beschluß zu der Stellung der Berufsschule innerhalb der Einheitsschule. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 80 (= Dokument 277); Praxis der Berufsschule, 1924, S. 34. Siehe auch: SSZ 1924, S. 66-67, 150-152 und 179-182.

konnten sich die wissenschaftlichen Oberschulen je nach den örtlichen Bedürfnissen, den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, den Bedürfnissen der Schüler oder nach eigener Überlieferung die besondere Form geben, die von ihnen verlangt wurde und für deren Ausprägung die Möglichkeit vorhanden war. Der Ausgleich und die Herstellung einer inneren Einheit der verschiedenen wissenschaftlichen Oberschulen würden im Kernunterricht erfolgen. Zu wirtschaftlichen Oberschulen würden die schon bestehenden höheren Berufs- und Fachschulen zu entwickeln und auf die sechsjährige Mittelschule aufzusetzen sein. Den besonderen Bedürfnissen der Frauenberufe trügen die Oberschulen in der Gestaltung der freien Kurse Rechnung; gegebenenfalls konnten besondere Abteilungen für Mädchen eingerichtet werden. Der Besuch der Oberschule war freiwillig. Sie stand allen Schülern der Mittelschule (auch des beruflichen Zweiges) offen, soweit diese Schüler durch das Gutachten ihrer Schule für geeignet befunden wurden oder sich in einer Probezeit bewährten. Bindungen für die Art und Zahl der Fremdsprachen und das ihnen eingeräumte Stundenmaß waren in der Mittel- und Oberschule nur für den für alle verbindlichen Kernunterricht auszusprechen. Den besonderen Bedürfnissen der Schüler und ihrem Kraftmaß war es zu überlassen, welche Fremdsprachen in den Ergänzungskursen oder in völliger Wahlfreiheit getrieben wurden. Auch der Mittelschule mußte die Möglichkeit gelassen werden, in besonderen Fällen eine alte Sprache (z. B. Latein) in ihre Ergänzungskurse aufzunehmen.

Die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 14.–16. April 1924 in Bautzen nahm dann das hier umrissene Programm als Ganzes mit der Änderung an, daß die Grundschule sechsjährig sei (die Mittelschule mithin vierjährig), und sie beauftragte die Bezirksvereine und ihre Schulgesetzausschüsse, die Fragen der Differenzierung und Gabelung, des Inhalts der Mittelschule, der erziehlischen und unterrichtlichen Fürsorge für die berufstätige Jugend (16. bis 18. Lebensjahr) besonders zu bearbeiten.¹⁴⁹³ Als Ergebnis dieses Schaffens lag im Dezember 1930 eine Abhandlung über „Die Mittelstufe im Rahmen der Einheitsschule“ vor.¹⁴⁹⁴ Das Thema beschäftigte auch die Vertreterversammlungen des Sächsischen Lehrervereins in Pirna, Glauchau und Zittau sowie zuletzt im Jahr 1932 eine Herbsttagung auf der Augustusburg.¹⁴⁹⁵ Ebenso wurde eine diesbezügliche Diskussion in der Lehrerpresse geführt.¹⁴⁹⁶

Welchen Einfluß der Sächsische Lehrerverein auf die Ausgestaltung eines Einheitsschulgesetzes gehabt bzw. welche Endfassung der Referentenentwurf von Dr. Alwin Wünsche angenommen haben könnte, muß dahingestellt bleiben. Denn mit der Reichsexekution gegen Sachsen im Oktober 1923 sowie der Bildung der Großen Koalition und der Ernennung von Dr. Fritz Kaiser (DVP) zum Minister für Volksbildung im Januar 1924 war das Ende der Einheitsschulbestrebungen in Sachsen – zumindest auf Regierungsebene – besiegelt.¹⁴⁹⁷ Martin Weise, der als Berichterstatter auf der genannten Vertreterversammlung den Plan zum einheitlichen Aufbau des gesamten Erziehungswesens eingehend begründete, konstatierte einleitend: „Die Zeiten, in denen man die Einheitsschule hätte durch einen Machtspruch von oben oder durch eine Willenskundgebung der Mehrheit des sächsischen Volkes verwirklichen können, sind vorüber. Die Einheitsschulfreunde – es sind auch die Freunde der allgemeinen Volksschule – stehen auf der ganzen Linie in der Verteidigung. [...] Gestehen wir es ruhig ein: wir haben in den hinter uns liegenden Monaten die erste große Schlacht um die Einheitsschule [...] verloren, weil wir nicht fertig waren, weil wir zu spät kamen.“¹⁴⁹⁸

¹⁴⁹³ Vgl. Bericht über die 49. ordentliche Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins, S. 111; LLZ, 1924, S. 260-261; Weise, Martin: Der einheitliche Aufbau des gesamten Erziehungswesens, S. 31.

¹⁴⁹⁴ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die Mittelstufe im Rahmen der Einheitsschule.

¹⁴⁹⁵ Vgl. Bericht über die 54. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 25. und 26. März 1929 in Pirna, S. 79-119; 55. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins 14.–16. April 1930 in Glauchau, S. 176-183; 56. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 23. und 24. März 1931 in Zittau, S. 126-148; SSZ, 1932, S. 768-770.

¹⁴⁹⁶ Vgl. SSZ, 1925, S. 449-452; SSZ, 1929, S. 266-267, 849-853 und 876-879; SSZ, 1930, S. 356-358 und 380-381; SSZ, 1931, S. 168-169 und 228-230). Siehe auch Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 335-339.

¹⁴⁹⁷ Vgl. SSZ, 1924, S. 75.

¹⁴⁹⁸ Weise, Martin: Der einheitliche Aufbau des gesamten Erziehungswesens, S. 7-8.

Exkurs: Die „Klagen über die Volksschule“¹⁴⁹⁹

Die Regierungsumbildung im Januar 1924 markierte zugleich den Beginn einer systematischen Kampagne gegen die Volksschule, die sich auf ungeprüfte Vorwürfe, Entstellungen und Unwahrheit stützte, mit dem Ziel, die Ergebnisse der sozialistischen Schulreform herabzusetzen.¹⁵⁰⁰ Der Sächsische Lehrerverein sowie seine Zweigvereine setzten sich in einer Vielzahl von Artikeln und Publikationen mit diesen Angriffen, die sie als „Hetze gegen die Volksschule“ bezeichneten, auseinander. Als Urheber dieser Agitation identifizierten sie die rechtsstehenden Parteien und die christlichen Elternvereine¹⁵⁰¹ mit ihrer Ablehnung der allgemeinen Volksschule, der direktorlosen Schule, der konfessionslosen Schule sowie der Umstellung der inneren Schularbeit mit ihrer Betonung des Arbeitsschulgedankens sowie des Verbots der körperlichen Züchtigung.¹⁵⁰² Beistand erhielten die genannten Kreise durch die Philologen, die aus Standesinteressen den Erhalt der höheren Schulen als selbständige Schulgattung erstrebten.¹⁵⁰³ Zu nennen ist hier vor allem der Dresdner Stadtschulrat Dr. Wilhelm Hartnacke, der sich in der Auseinandersetzung um den Einheitschulentwurf von Dr. Alwin Wünsche entsprechend positioniert hatte.¹⁵⁰⁴ Der neue Minister für Volksbildung, Dr. Fritz Kaiser (DVP), machte sich nun zum Fürsprecher dieser Bewegung, indem er sogleich nach Amtsantritt in einer Ortsgruppenversammlung seiner Partei in Dresden erklärte, daß sehr viele schwere Klagen über Zustände an den Volksschulen aus Lehrer- und Elternkreisen kämen. Ganze Klassen suchten sich der Volksschule zu entziehen; man fordere neue Sexten an den höheren Schulen. Diese Flucht aus der Volksschule sei bedauerlich und müsse durch Verbesserung der Volksschule geändert werden. Hier eröffne sich ein weites Gebiet für die sächsische Lehrerschaft selbst, begangene Fehler zu erkennen und auf ihre Beseitigung hinzustreben.¹⁵⁰⁵

In diesem Kontext erging nun die Verordnung vom 25. März 1924, wonach die höheren Schulen zu berichten hatten über die Ergebnisse der Prüfungen, die mit den für Ostern 1924 zur Aufnahme in die unterste Klasse höherer Lehranstalten angemeldeten Schülern veranstaltet worden waren, sowie über die mit den Ostern 1923 aufgenommenen Schülern in der weiteren Arbeit der Schule gemachten Erfahrungen. Die Bezirksschulräte waren ihrerseits aufgefordert, die aufgrund ihrer Aufsichtstätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über die Volksschularbeit – im Einvernehmen mit dem Bezirkslehrrat – mitzuteilen.¹⁵⁰⁶ Im Dezember 1924 legte das Ministerium für Volksbildung das Ergebnis dieser Erhebungen in der Form einer Denkschrift vor.¹⁵⁰⁷ Diese konnte sich zwar der Feststellung nicht verschließen, daß das gewonnene Material „vorsichtig und kritisch gewertet werden“¹⁵⁰⁸ müsse und die Berücksichtigung der verschiedensten Gesichtspunkte bei der Auswertung der Berichte „zu mancherlei Vorbehalten“¹⁵⁰⁹ zwingen.¹⁵¹⁰ Den-

¹⁴⁹⁹ SächsHStAD, 11125, Nr. 13925.

¹⁵⁰⁰ Vgl. Fröhlich, Walter: Zum Beginn des staatlich organisierten Kampfes, S. 29-35; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 244-248. – In der Ankündigung der 19. Allgemeinen (Haupt-)Versammlung des Sächsischen Lehrervereins in Leipzig Ostern 1925 hieß es darum: „Die Schule, vor allem die Volksschule, steht im Mittelpunkt des heftigsten Kampfes. In ganz Deutschland sind die bildungsfeindlichen Kräfte zum Angriff übergegangen. [...] Die Einheitsschule ist zum fernen Traum geworden.“ Vgl. SSZ, 1925, S. 61.

¹⁵⁰¹ Zur Charakterisierung dieser Gruppen siehe Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 179ff.

¹⁵⁰² Vgl. LLZ, 1924, S. 76-77, 181-183 (Zitat: S. 181), 197-198, 205-206 und 255ff.; SSZ, 1924, S. 609-611 und 662-663; Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Die maßlos heruntergewirtschaftete Volksschule; Bericht über die 49. ordentliche Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins, S. 7-50; Barth, Fritz: Die Hetze gegen die Volksschule.

¹⁵⁰³ Vgl. Weise, Martin: Der Schulkampf in Sachsen, S. 174.

¹⁵⁰⁴ Vgl. Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Die maßlos heruntergewirtschaftete Volksschule, S. 5ff.

¹⁵⁰⁵ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 20. März 1924, S. 2661.

¹⁵⁰⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 41-42.

¹⁵⁰⁷ Vgl. Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten.

¹⁵⁰⁸ Ebd., S. 8.

¹⁵⁰⁹ Ebd., S. 13.

¹⁵¹⁰ So hatte z. B. der Verein Sächsischer Bezirksschulräte schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß wegen der Schwierigkeiten zur Durchführung der nötigen Revisionen ein genügendes Beobachtungsmaterial nicht vorhanden sei, und daß die Bezirksschulräte mit anderweitigen Verwaltungsarbeiten belastet seien. Die geforderten Berichte würden demnach „voraussichtlich nicht auf eingehenden Prüfungen beruhende und auf bestimmte Tatsachen gegründete Urteile [sein], sondern im wesentli-

noch vermochte sie abschließend festzustellen, daß einer „Reihe erfreulicher Tatsachen“ „bedenkliche Mängel“ gegenüberstünden. So sei vielfach die Schulzucht gelockert, und es zeigten sich starke Unzulänglichkeiten im Wissen und Können der Kinder. Sonach seien die Besorgnisse um Jugend und Schule, die weite Kreise des Volkes erfüllten, zu einem guten Teile begründet, wenn auch ernste Bestrebungen zur Förderung der Schularbeit Anerkennung verdienten. Zu einem Teile seien die unerfreulichen Erscheinungen Auswirkungen der allgemeinen Nöte und Gebrechen, der Ernährungs- und Wirtschaftsschwierigkeiten, der seelischen und geistigen Zerrüttung. Eine wohl noch bedeutsamere Ursache der vorgefundenen Mängel liege aber im Schul- und Unterrichtsbetrieb selbst. So sei die Schularbeit nicht mehr einheitlich; alte und neue Lehrweise stünden sich unduldsam gegenüber. Immer mehr mache sich auf methodischem Gebiete ein Subjektivismus breit, der sich an den Lehrplan nicht gebunden erachte, Lehr- und Übungsgebiete nach persönlicher Auffassung bestimme und Wert und Notwendigkeit planmäßiger Übungen unterschätze.¹⁵¹¹ Abschließend umriß die Denkschrift die zur Abstellung der Mängel als notwendig erachteten Maßnahmen. So seien zur Förderung des inneren Unterrichtsbetriebs verbindliche Grundsätze bzw. ein verbindlicher Lehrplan für den Unterricht einschließlich des Religionsunterrichts aufzustellen. Die durch die Bezirksschulräte ausgeübte Schulaufsicht sei durch Anstellung ihnen untergeordneter Beamter zu verstärken. Diese sollten in möglichstem Zusammenwirken mit der Lehrerschaft die Einheitlichkeit der Schularbeit, die Umbildung der Methoden und zielsicheren Unterricht gewährleisten. Zur Hebung der Schulzucht seien Arbeitsstunden zu Lasten der Staatskasse einzuführen. Und schließlich seien bessere äußere Unterrichtsbedingungen durch den weiteren beschleunigten Ausbau der Volksschule zu schaffen.¹⁵¹²

Als die Schrift des Ministeriums im Januar 1925 anlässlich der Behandlung verschiedener Schulfragen im Sächsischen Landtag diskutiert wurde, verteidigte der Minister eingehend ihre Ergebnisse und Schlußfolgerungen gegenüber den von der linken Seite des Hauses aus erhobenen Einwänden.¹⁵¹³ Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins seinerseits erblickte in der amtlichen Verlautbarung einen „Vorstoß gegen die Schulgesetzgebung seit der Staatsumwälzung“¹⁵¹⁴. In einer Gegendenkschrift bezog er darum Stellung zu dem um die Volksschule entbrannten Kampf, um – so das Vorwort – vor allem über Nöte und Hemmungen sowie über Wesen und Arbeit der neuen Schule aufzuklären.¹⁵¹⁵

Abschließend kann festgestellt werden, daß die Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung – auch wenn sie sich um ein ausgewogenes Bild bemühte, indem sie auch zutreffende Beobachtungen anstellte – aus ihrem Entstehungszusammenhang heraus vordergründig nicht an Objektivität interessiert war, sondern die gegen die Volksschule erhobenen Vorwürfe nachträglich durch Herstellung eines ursächlichen Zusammenhangs „zwischen Lerndefiziten von Volksschulkindern und innerer Schulreform“¹⁵¹⁶ als begründet darzustellen versuchte, um das damit verbundene politische Programm des Ministers zu legitimie-

chen nur persönliche Ansichten und auf subjektivem Empfinden beruhende Ausführungen enthalten können“. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/414, Bl. 11.

¹⁵¹¹ Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 69-71, Zitate: S. 69. So hieß es z. B. bereits in den Jahresberichten der Bezirksschulräte auf das Jahr 1920: „Anzuerkennen ist ein ganz dringendes Bedürfnis zur Aufstellung eines neuen Landeslehrplans. Die auf Grund des Lehrplans für die einfachen Schulen vom 5. November 1878 für Bezirke und für einzelne Schulen bearbeiteten Lehrpläne sind veraltet und werden anscheinend von einem Teil der Lehrerschaft nicht mehr beachtet. In manchen Schulen herrscht deshalb eine bedenkliche Planlosigkeit, die nicht ohne nachteilige Wirkung auf die Arbeitserfolge bleiben kann.“ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13649, Bl. 137.

¹⁵¹² Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 71-72.

¹⁵¹³ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3535ff.; Ebd., 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3603ff; LLZ, 1925, S. 67-76 und 85-90; SSZ, 1925, S. 62-70; Landesarbeitsausschuß der SPD (Hrsg.): Gegen die Schulreaktion.

¹⁵¹⁴ SSZ, 1924, S. 673; LLZ, 1924, S. 713. Zu der in der Lehrerpresse erfolgten Auseinandersetzung mit der Denkschrift siehe im Übrigen: LLZ, 1924, S. 714-718; LLZ, 1925, S. 2ff., 22-23 und 43-45; SSZ, 1924, S. 674-677 und 681; SSZ, 1925, S. 21-26.

¹⁵¹⁵ Vgl. Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Zum Kampf um die Volksschule. Siehe auch Wauer, Albin: Fünf Worte zum sächsischen Schulstreit.

¹⁵¹⁶ Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 244.

ren.¹⁵¹⁷ Die veränderten schulpolitischen Rahmenbedingungen ab 1924 bedeuteten für die Volksschullehrerschaft die Einnahme einer Abwehrstellung zur Verteidigung der jungen Errungenschaften.¹⁵¹⁸ Und tatsächlich blieb die Revision der sozialistischen Volksschulreform, deren Kern das Übergangsschulgesetz, das Schulbedarfsgesetz sowie das Lehrerbildungsgesetz waren, „so gut wie erfolglos“¹⁵¹⁹. Während die Bestrebungen zum Abbau der Selbstverwaltung scheiterten¹⁵²⁰, konnte Dr. Fritz Kaiser aber der Konfessionalisierung der Volksschule Vorschub leisten¹⁵²¹.

Nachdem zwischenzeitlich durch Landtagsbeschluß gefordert¹⁵²², erschien im Juli 1927 dann auch der Entwurf eines Landeslehrplanes für die Volksschulen¹⁵²³. Anlässlich der Haushaltsberatungen im Mai des Jahres hatte der Abgeordnete Kurt Weckel (SPD) noch erklärt: „Wir von der Linken sind nicht so sehr hinter einem solchen Plane her, aber wenn man auf das Fehlen dieses Planes hinweist und auf Grund des Fehlens eines Planes die Schularbeit beurteilt, ist es nach meiner Überzeugung doch eigentümlich, wenn dasselbe Ministerium drei Jahre verstreichen läßt, ohne einen solchen Plan herauszugeben.“¹⁵²⁴ Im Mai 1928 lag der Plan nun in seiner endgültigen Fassung vor und trat zum 1. April 1929 in Kraft, womit er die bis dahin gültigen noch aus den Jahren 1876 und 1878 stammenden Vorschriften¹⁵²⁵ ablöste.¹⁵²⁶ Vor dem Landtag verteidigte der Minister den Landeslehrplan sowohl gegenüber inhaltlicher als auch nach seinem formalen Zustandekommen hin geäußerter Kritik.¹⁵²⁷ Der Sächsische Lehrerverein war seinerseits im Jahr 1925 in diesbezügliche Beratungen eingetreten und hatte 1927 einen Bildungsplan für die zehnjährige Volksschule vorgelegt.¹⁵²⁸

3. Die Denkschrift „Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen“

Mit dem Amtsantritt von Dr. Fritz Kaiser (DVP) am 4. Januar 1924 wurden die laufenden Reformarbeiten im höheren Schulwesen jäh abgebrochen und der Verfasser der „Grundzüge der Einheitsschule“, Dr. Alwin Wünsche (SPD), wenig später im Rahmen des Personalabbaues aus dem Dienst entlassen.¹⁵²⁹ An seiner Stelle wurde am 31. Januar 1924 der habilitierte Historiker und Geschichtsphilosoph Ministerialrat Dr. Emil Menke-Glückert (DDP)¹⁵³⁰ mit der Bearbeitung der Frage der Reform des sächsischen höheren Schulwesens beauftragt.¹⁵³¹ Dem Dresdner Stadtschulrat Dr. Wilhelm Hartnacke schien nun auch die Zeit gekommen, daß nach „der rücksichtslosen Willkür der auf die Zerstörung der höheren Schule gerichteten

¹⁵¹⁷ Vgl. LLZ, 1926, S. 595.

¹⁵¹⁸ Vgl. Weise, Martin: Der einheitliche Aufbau des gesamten Erziehungswesens, S. 7.

¹⁵¹⁹ Hänig, Hans: Die sächsische Denkschrift zur Reform der Höheren Schulen, S. 950.

¹⁵²⁰ Siehe Kapitel C. II. 3.

¹⁵²¹ Siehe Kapitel D. VI. 3. d.

¹⁵²² Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 628 (vom 21. April 1926).

¹⁵²³ Vgl. Entwurf eines Landeslehrplanes für die Volksschulen.

¹⁵²⁴ Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 919.

¹⁵²⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 502ff.; Ebd., 1878, S. 434ff.; Kockel, F. W. und E. Kühn (Hrsg.): Lehrplan für die einfachen Volksschulen des Königreichs Sachsen; Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz, S. 260-287. Siehe auch Lesanovsky, Werner: Bildungspolitik, Schule und Pädagogik, S. 73-76.

¹⁵²⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 33-44; Ebd., 1929, S. 15; Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens. Zur Entstehung des Landeslehrplans siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 13649-13651.

¹⁵²⁷ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2082 und 2083. – Ebd., Nr. 1817; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 873 (vom 19. Juni 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3412-3434. Siehe auch: Die höhere Schule, 1927, S. 252-256.

¹⁵²⁸ Vgl. LLZ, 1925, S. 390-392; Bericht über die 51. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 29. bis 31. März 1926 in Plauen, S. 93-176; SächsHStAD, 11125, Nr. 13650, Bl. 219ff.

¹⁵²⁹ Vgl. Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik, S. 12.

¹⁵³⁰ Zur Person Menke-Glückerts siehe Reichel, Andreas: Emil Menke-Glückert.

¹⁵³¹ Hierfür hatte dieser das Recht, alle ihm dazu geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, insbesondere Besprechungen mit den Vertretern der in Betracht kommenden Organisationen zu veranstalten, auch andere für die Reformfrage berufene Persönlichkeiten heranzuziehen und zu hören, in die Lehrpläne und das Unterrichtsverfahren auch nicht zu seinem Ressortgebiet gehöriger Lehranstalten Einsicht zu nehmen, mit den Unterrichtsverwaltungen anderer Länder Fühlung zu suchen und sich über den Stand der Reform in diesen Ländern zu unterrichten, ebenso über die dort befindlichen Reform- und Versuchsschulen. Über das Ergebnis seiner Arbeiten sollte er seinerzeit dem Ministerium Bericht erstatten und Vorschläge unterbreiten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14499, Bl. 1.

Bestrebungen“ in Sachsen „wieder Besinnlichkeit herrscht und eine Verständigung aussichtsvoll erscheinen müßte“¹⁵³². Als der Minister auf der Vertreterversammlung des Sächsischen Philologenvereins vom 25.–28. September 1924 in Meißen auftrat, gab er auch den programmatischen Kompaß für die künftig Gestaltung vor. So seien die bisherigen Reformpläne von der reinen Theorie ausgegangen, wonach es den Anschein gehabt habe, als ob die höheren Schulen so schlecht wären, daß sie von Grund auf an Haupt und Gliederung erneuert werden müßten. Wer aber ernsthaft die tatsächlichen Verhältnisse prüfe, müsse anerkennen, daß die höheren Schulen Sachsens soviel Wertvolles besitzen, daß man nur auf dem Bestehenden weiterzubauen brauche und nur lang Angebahntes durchführen müsse, um Gutes und Zeitgemäßes zu schaffen.¹⁵³³ Daß es dabei einigen mit der Reform nicht schnell genug voranging, zeigen verschiedene Anfragen im Sächsischen Landtag. Der Minister wollte jedoch dem Gesamtreformwerk in Teilgebieten nicht vorgreifen, sondern den Abschluß der Arbeiten Menke-Glückerts abwarten, damit auch die breite Öffentlichkeit zu den Plänen Stellung nehmen könne.¹⁵³⁴ Im September 1926 erschien dann endlich die lang angekündigte und ersehnte Denkschrift, in der die Unterrichtsverwaltung auf 250 Seiten ihre Absichten kundtat.¹⁵³⁵ Nach einer einleitenden und mit einer Statistik versehenen Überblicksdarstellung über die Entwicklung des sächsischen höheren Schulwesens seit 1831 wurden darin die Grundgedanken der Neuordnung sowie – als deren Kernstück – Aufbau und Gliederung des höheren Schulwesens erörtert. Die weiteren Kapitel beschäftigten sich mit Fragen des Lehrplans und Lehrstoffs; der Prüfungen und Versetzungen; der Internate, Schullandheime und höheren Versuchsschule; der pädagogischen Vorbildung der Lehrer und ihrer wissenschaftlichen/pädagogischen Weiterbildung im Amt; sowie der Schulverwaltung und Schulverfassung. Zum Schluß mündeten die Ausführungen in einen unverbindlichen Vorschlag zum Entwurf eines Gesetzes über die dem Ministerium für Volksbildung unterstellten höheren Schulen.¹⁵³⁶ Auf all die hier angedeuteten Problemfelder wird an dieser Stelle nicht eingegangen, sondern auf Einzelaspekte gegebenenfalls später zurückgekommen.

Festzuhalten ist, daß die Denkschrift in organisatorischer Hinsicht die Untauglichkeit der Einheitsschule konstatierte, da diese nur um den Preis einer ganz wesentlichen Minderung der bisherigen wissenschaftlichen Ausbildung an den höheren Lehranstalten zu erkaufen sei. Und bliebe ihre Durchführung auf ein einzelnes Land beschränkt, könnten ihre Reifezeugnisse möglicherweise von den übrigen Ländern nicht anerkannt und damit die Abiturienten in ihrer akademischen Freizügigkeit beeinträchtigt werden. Ein wesentliches Ziel der Einheitsschule könne aber – soweit sich dies durch organisatorische Maßnahmen überhaupt durchführen lasse – durch Förderung von Begabten verwirklicht werden, namentlich durch Aufbauschulen, Förderklassen und Immaturenprüfungen¹⁵³⁷, ohne daß damit Nachteile für die Gesamtheit verbunden wären. Im Allgemeinen sei aber schon der weitaus größte Teil der Begabungen durch die höhere Schule erfaßt, die nach ihren Schülerverzeichnissen keine Standesschule mehr sei.¹⁵³⁸

¹⁵³² Ebd., Bl. 71.

¹⁵³³ Vgl. Die höhere Schule, 1924, S. 122.

¹⁵³⁴ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3191-3192; Ebd., 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4925. – Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1157 (vom 9. Februar 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 123. Sitzung vom 10. März 1925, S. 3885.

¹⁵³⁵ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen. – Im Folgenden kurz als „Denkschrift“ bezeichnet. – Siehe auch Kannig, Fritz: Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 353-359; Hänig, Hans: Die sächsische Denkschrift zur Reform der Höheren Schulen, S. 949-953; Die höhere Schule, 1926, S. 213-214.

¹⁵³⁶ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 202-208 (= Dokument 66).

¹⁵³⁷ Immaturenprüfungen ermöglichten begabten und leistungsfähigen jungen Menschen, das Reifezeugnis einer höheren Schule auch ohne deren Besuch zu erwerben. Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 212f. (= Dokument 168) mit Ergänzungen vom 25. März und 4. Juli 1924 (VBl. S. 53 und 72); Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 52; Kuchta, Beatrix: Probleme sächsischer Wissenschaftspolitik in der frühen Weimarer Republik, S. 59 und 211ff.

¹⁵³⁸ Im Übrigen werde der Begriff der Einheitsschule meist zu äußerlich genommen und zu stark auf das Organisatorische gerichtet. Ihr tiefster Sinn solle doch darin bestehen, eine einheitliche Gesinnung bei der gesamten Nation hervorzurufen. Dies werde durch äußere zwangsmäßig geschaffene organisatorische Einrichtungen nicht verbürgt. Erst durch ihren Geist und ihre Arbeit erhalte die Schule ihre notwendige Beziehung zum Leben der Nation. Seien alle Schularten auf dieses Ziel gerichtet, so würden sie eine Einheitsschule auch bei scheinbarem Nebeneinander, keine Einheitsschule mit äußeren Gebärden, mit einem mehr oder weniger eingestandenem Hinwegsehen über die in jeder Volksgemeinschaft natürlich vorhandenen Unter-

Aber auch die Pläne des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an den vier Schultypen – Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Deutsche Oberschule – festzuhalten und deren jeweilige Eigenart noch stärker zu entfalten¹⁵³⁹, schienen der sächsischen Unterrichtsverwaltung nicht die rechte Alternative zu sein. So hätten sich in Sachsen im Laufe der Zeit die einzelnen Schularten immer mehr einander angenähert, was zu einer großen Mannigfaltigkeit (und Unübersichtlichkeit) des sächsischen höheren Schulwesens geführt habe. Dieser Entwicklung wolle sich die Unterrichtsverwaltung nicht mit einem Machtspruch entgegenstellen, wohl aber dem Bestreben nach Vereinheitlichung Rechnung tragen. Das Ziel sei daher die „gegliederte höhere Einheitsschule“, in der auf einem möglichst weitgehenden gemeinsamen Unter- und Mittelbau eine im Wesentlichen nach Berufskomplexen gegliederte – aber durch eine Gruppe von Kernfächern zusammengehaltene – Oberstufe aufsetze.¹⁵⁴⁰ Über die Einzelheiten dieses Programms geben die folgenden Abschnitte Auskunft.

a. Die neunstufigen Knabenanstalten

„Es muß zugegeben werden, daß der erste Anblick des sächsischen höheren Schulwesens in seiner Vielgestaltigkeit verwirrend wirken kann. Bei genauerem Zusehen zeigt sich freilich, daß diese Vielgestaltigkeit den Vorzug hat, nicht künstlich geschaffen, sondern aus dem Leben natürlich gewachsen zu sein.“¹⁵⁴¹ Grundsätzlich existierten mit Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule und Deutscher Oberschule vier Grundtypen neunstufiger zur Hochschulreife führender Anstalten, die durch Veränderungen in der Abfolge ihres fremdsprachlichen Unterrichts verschiedene Varianten ausgebildet hatten.

Nach den Lehr- und Prüfungsordnungen von 1893 und 1902 war in den Gymnasien und Realgymnasien grundständiges Latein (Sexta bis Oberprima) sowie Französisch als neuere Fremdsprache ab Quarta vorgeschrieben. Während beim Gymnasium die dritte Fremdsprache (Griechisch) in Untertertia einsetzte¹⁵⁴², begann im Realgymnasium die dritte Fremdsprache (Englisch) erst ein Jahr später (in Obertertia).¹⁵⁴³ In Abweichung von dieser Sprachenfolge wurden im Kontext der neusprachlichen Reformbewegung¹⁵⁴⁴ auch Reformgymnasien und Reformrealgymnasien zugelassen. So führte das Realgymnasium in Dresden-Neustadt (Drei-König-Schule) im Schuljahr 1895/1896 einen Lehrplan ein, der in Sexta mit Französisch begann und Latein in Untertertia sowie Englisch in Untersekunda folgen ließ.¹⁵⁴⁵ Wurde dieses System, das nach dem Ort seiner Ersterprobung in Sachsen als „Dresdner Ordnung“ bezeichnet wurde, an einem Gymnasium praktiziert – wie etwa beim dem 1903 bereits als Reformgymnasien gegründeten

schiede der Begabung und der fördernden oder hemmenden Einflüsse vom Elternhaus, sondern eine solche, die den Besonderheiten der einzelnen Kindesnatur Rechnung trüge, dabei aber sozial eine weitgehende Gemeinsamkeit des Fühlens, Wollens und Handelns gewährleiste. Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 50-53.

¹⁵³⁹ Vgl. Die Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens; Müller, Sebastian F.: Die Höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik.

¹⁵⁴⁰ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 47-50, Zitat: S. 50.

¹⁵⁴¹ Menke-Gluckert, Emil: Das höhere Schulwesen in Sachsen, S. 49. Nach Angabe des Sächsischen Philologenvereins hatte man Mitte der 1920er Jahre über 70 verschiedene Spielarten der sächsischen höheren Schule festgestellt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 3, Bl. 13.

¹⁵⁴² Ab Obersekunda konnte zudem fakultativ Hebräisch – für das Studium der Theologie – und/oder Englisch getrieben werden.

¹⁵⁴³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1893, S. 43; Ebd., 1903, S. 32. Zuvor hatte für die Gymnasien und Realgymnasien noch eine andere Sprachenfolge gegolten. Vgl. Ebd., 1882, S. 175; Ebd., 1884, S. 46. Der Einfachheit halber beziehe ich mich an dieser Stelle aber ausschließlich auf die genannten Ordnungen, weil sie die für die weitere Entwicklung maßgeblichen waren.

¹⁵⁴⁴ Vgl. Schröder, Konrad (Hrsg.): Wilhelm Viëtor: „Der Sprachunterricht muß umkehren“. Siehe auch Engwer, Theodor: Der neusprachliche Unterricht seit 1914, S. 41-62.

¹⁵⁴⁵ Vgl. Jahresbericht der Drei-König-Schule (Realgymnasium) zu Dresden-Neustadt, 1896, S. 68; Vogel, Georg Theodor: Begründung und weitere Ausführung des Antrags auf Änderungen im sprachlichen Unterricht der Drei-Königs-Schule; Ders.: Die Anfänge der sächsischen Reformschule, S. 5-7; Amlung, Ullrich: Dresdner Schulwesen in der Weimarer Republik, S. 185. Siehe auch Ziehen, Julius: Der Frankfurter Lehrplan und die Art seiner Verbreitung; Behrend, Felix (Hrsg.): Reformanstalten und Oberrealschule.

König Georg-Gymnasium in Dresden-Johannstadt –, so war die dritte Fremdsprache Griechisch.¹⁵⁴⁶ Während das Reformgymnasium nur nach der „Dresdner Ordnung“ existierte, gab es beim Reformrealgymnasium eine weitere Variante, die erstmals 1898/1899 bei dem im Aufbau befindlichen Realgymnasium in Plauen i. V. zugelassen worden war und daher als „Plauener Ordnung“ bezeichnet wurde. Auch hier war Französisch die erste Fremdsprache, doch setzten Latein und Englisch jeweils ein Jahr früher als nach der „Dresdner Ordnung“, d. h. bereits in Quarta bzw. Obertertia, ein.¹⁵⁴⁷

Während die Zahl der Reformanstalten ständig zunahm, sank andererseits die Zahl der Gymnasien und Realgymnasien mit grundständigem Latein stetig. Mitte der 1920er Jahre wiesen unter den 16 Vollgymnasien nur noch sieben ausschließlich Klassenzüge mit Latein auf, drei hatten Latein- und Englischzüge nebeneinander. Von den 14 Realgymnasien hatten nur noch zwei ausschließlich Klassenzüge mit Latein. Im Schuljahr 1926/1927 betrug die Gesamtzahl aller Sexten mit Latein gerade noch 20 von insgesamt 221 Sexten an sämtlichen höheren Schulen des Landes, also rund 9 %.¹⁵⁴⁸

Eine weitere Verschiedenheit im fremdsprachlichen Unterricht des Unterbaues der höheren Schulen entstand, als in der Nachkriegszeit in wachsendem Umfang Englisch als erste neuere Fremdsprache zugelassen wurde. So wichen die Schulen der gleichen Art nicht nur in der Wahl der ersten neueren Sprache voneinander ab, oft fand sich ein Nebeneinander der beiden Sprachen innerhalb der gleichen Schule. Und da auch die Schulen mit grundständigem Latein dazu übergingen, beim Vorhandensein mehrerer Züge den einen in einen neusprachlichen Reformzug, sei es einen französischen oder englischen, umzuwandeln, so wurde auch hier eine immer größere Mannigfaltigkeit herbeigeführt. Im Schuljahr 1925/1926 hatten 135 Sexten Französisch, 96 Englisch als erste Fremdsprache. All das erschwerte den Übergang von einer Schulart zur anderen, unter Umständen den Wechsel innerhalb derselben Schulart, ja sogar derselben Schule.¹⁵⁴⁹

Neben den genannten Reformanstalten waren weitere Schulen ohne grundständigem Latein die Oberrealschule und die Deutsche Oberschule. Beide begannen in Sexta mit einer neueren Fremdsprache, die zweite Fremdsprache folgte in Untertertia. In der Oberrealschule waren dies nach der Lehr- und Prüfungsordnung von 1908 Französisch und Englisch. In der Deutschen Oberschule wurde mit Französisch oder Englisch begonnen, dann folgte die zweite neuere Fremdsprache oder Latein; im ersten Fall ähnelte der Lehrplan dem der Oberrealschule, im zweiten Fall dem des Realgymnasiums. Eine dritte Fremdsprache wurde an beiden Schultypen pflichtmäßig nicht getrieben; bei der Oberrealschule war Latein wahlfrei ab Obersekunda möglich.¹⁵⁵⁰

Während Gymnasium und Realgymnasium mit grundständigem Latein einen dreijährigen gemeinsamen Unterbau hatten und eine Trennung ab Untertertia erfolgte, bestand bei den höheren Schulen mit einer grundständigen neueren Fremdsprache entweder ein gemeinsamer dreijähriger oder – sofern die

¹⁵⁴⁶ Das König Georg-Gymnasium erteilte den Schülern Unterricht in einem gemeinsamen Unterbau (Sexta bis Obertertia). Ab Untersekunda erfolgte eine Trennung in einen Reformgymnasialzug und einen Reformrealgymnasialzug. Vgl. Erster/Vierter/Fünfter Jahresbericht des König Georgs-Gymnasiums zu Dresden-Johannstadt, S. 13, 59 und 39-40; Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 75, S. 1-2.

¹⁵⁴⁷ Vgl. Städtische Realschule mit Realgymnasialklassen zu Plauen i. V. Bericht über das Schuljahr von Ostern 1898 bis Ostern 1899, S. 23 und 26; Vogel, Georg Theodor: Die Anfänge der sächsischen Reformschule, S. 8ff.; Schmidt, Roland: Sprachenfolge der „Plauener Ordnung“ machte Schule, S. 12.

¹⁵⁴⁸ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 14-17 und 57-58; Menke-Glückert, Emil: Das höhere Schulwesen in Sachsen, S. 49.

¹⁵⁴⁹ Vgl. Ebd.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1908, S. 116; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 57. Der Lehrplan der Deutschen Oberschule war endgültig noch nicht geregelt. Grundsätze über die Dauer des fremdsprachlichen Unterrichts wurden in den Vereinbarungen der Länder vom 30. Mai 1925 und vom 25. März 1931 festgehalten. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1925, S. 171 (= Dokument 180); Ebd., 1931, S. 87ff. (= Dokument 219). – Alternativ zur genannten Sprachenregelung an der Deutschen Oberschule sah der zur Erprobung zugelassene Lehrplanentwurf des Sächsischen Philologenvereins vor: Französisch ab Sexta bis Oberprima oder nur bis Untersekunda und Englisch ab Obersekunda anstatt Französisch; oder umgekehrt: Englisch ab Sexta bis Oberprima oder nur bis Untersekunda und Französisch ab Obersekunda anstatt Englisch. In allen vier Fällen war Latein stets Pflichtfach von Untertertia bis Oberprima. Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 14, S. 90 und 94.

„Plauener Ordnung“ in Betracht kam – zweijähriger Unterbau, über den hinaus kein gemeinsamer Lehrplan vorhanden war. Eine Ausnahme davon bildeten Oberrealschule und Realschule, die in ihrem Lehrplan bis einschließlich Untersekunda übereinstimmten.¹⁵⁵¹ Nach den Plänen des Ministeriums für Volksbildung sollten nun alle Schulen mit einer grundständigen neueren Fremdsprache einen gemeinsamen dreijährigen Unterbau erhalten, wobei der Unterbau nach der „Plauener Ordnung“ entfiel. Zu diesem Zweck war bereits durch Verordnung vom 13. Januar 1926 bestimmt worden, mit Beginn des Schuljahres 1926/1927 an allen höheren Schulen mit dem Englischen als erster neuerer Fremdsprache zu beginnen.¹⁵⁵² Dadurch sollte die Entscheidung über die für die Kinder zu wählende Schulart um drei Jahre hinausgeschoben, d. h. vom 10. in das 13. Lebensjahr verlegt werden. Auch konnte im Falle einer Umschulung während dieser drei Jahre innerhalb dieser Schularten leichter gewechselt werden.¹⁵⁵³

Außer dem gemeinsamen dreijährigen Unterbau sollten nach den Plänen der Unterrichtsverwaltung Reformgymnasium und Reformrealgymnasium noch zwei Jahre einen gemeinsamen Lehrplan erhalten, wonach an diesen Schulen bis einschließlich Obertertia ein Schüler von der einen zur anderen Schulart übergehen konnte. Die gleiche Möglichkeit hatte er – jeweils mit geringfügigen Stundenabweichungen – zwischen der Deutschen Oberschule, dem Reformgymnasium und Reformrealgymnasium einerseits und der Deutschen Oberschule und der Oberrealschule/Realschule andererseits, je nachdem die Deutsche Oberschule eine neuere Fremdsprache und Latein oder zwei neuere Fremdsprachen trieb. Durch die Anfügung eines zweijährigen gemeinsamen Mittelbaues verlängerte sich die Entscheidung über die Wahl der Schulart bis Untersekunda, also in der Regel bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, in dem die Richtung von Begabung, Neigung und Berufsinteresse des Schülers schon deutlicher hervortrat.¹⁵⁵⁴ Mit der Beschränkung der Mittelstufe auf zwei Jahre verlängerte sich in dem neunjährigen Lehrgang die Dauer der Oberstufe entsprechend auf vier Jahre. Allein die Oberrealschule unterschied sich von den übrigen höheren Schulen dadurch, daß sie nicht einen zweijährigen, sondern einen dreijährigen Mittelbau hatte, der mit der Realschule übereinstimmte. Von Seiten der Oberrealschule, und zwar hauptsächlich der Großstadt, gab es Bestrebungen, auch bei Realschule und Oberrealschule den gemeinsamen Unter- und Mittelbau auf fünf Jahre zu beschränken, um sich die Vorteile, die der vierjährige Oberbau für die anderen höheren Lehranstalten, namentlich für die Behandlung der Geschichte aufwies, gleichfalls nutzbar zu machen. Seitens der Realschule, namentlich aus den mittleren und kleineren Städten, wurde dagegen aber Widerspruch erhoben, da sie des Anschlusses nach oben bedurften. Die Oberrealschulen ihrerseits waren auf den Zuzug der Schüler aus den Realschulen angewiesen, da ihr eigener Schülerbestand zur genügenden Füllung der Oberklassen nicht ausreichte. Würden die Oberrealschulen mit vierjährigem Oberbau versehen, so müßten einmal für die abgehenden Untersekundaner Einrichtungen getroffen werden, die ihnen einen Abschluß ihrer Bildung sicherten. Zum anderen müßte es den fremden Schülern, die mit dem Reifezeugnis der sechsstufigen Realschulen kämen, ermöglicht werden, Anschluß an das Klassenziel der Obersekunda zu finden. Daher wurde an dem bewährten organischen Zusammenhang von Oberrealschule und Realschule in der Form des gemeinsamen sechsjährigen Unter- und Mittelbaues festgehalten.¹⁵⁵⁵

Von der Vereinheitlichung des höheren Schulwesens ausgenommen blieben die Gymnasien und Realgymnasien mit grundständigen Lateinklassenzügen¹⁵⁵⁶, für deren Einrichtung künftig die gleichen Grundsätze wie bisher bei der Zulassung von Reformzügen gelten sollten: in erster Linie eine ausreichende Zahl von Anmeldungen. Daß sich die Teilnehmerzahlen bis Oberprima genügend halten und unter-

¹⁵⁵¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1904, S. 1ff; Ebd., 1908, S. 85ff.

¹⁵⁵² Vgl. Verordnungsblatt, 1926, S. 6 (= Dokument 183).

¹⁵⁵³ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 58-59 und 121-124.

¹⁵⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 60-61.

¹⁵⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 61-62. Siehe auch: Die höhere Schule, 1932, S. 258.

¹⁵⁵⁶ Große Fürsprecher hatten derartige Einrichtungen in den Hochschulen, die großen Wert auf altsprachlich vorgebildete Abiturienten legten. Zum anderen sollte auch Schülern, die von Anstalten mit grundständigem Latein aus anderen deutschen Ländern kamen, die Möglichkeit des Übergangs gegeben werden, ohne besondere Schwierigkeiten der Umschulung.

wegs nicht verlieren würden, sollte durch eine besonders strenge Auslese hinsichtlich der sprachlichen Begabung unter den in die Sexta Aufzunehmenden gewährleistet werden.¹⁵⁵⁷ Um sich als sprachlich unbegabt herausstellenden Schülern den Wechsel von Gymnasien und Realgymnasien mit grundständigem Latein zu den anderen Formen der höheren Schulen etwas zu erleichtern, ließ die Unterrichtsverwaltung bei diesen beiden Arten der höheren Schule den Beginn der zweiten Fremdsprache, und zwar das Englische, schon in Quarta zu, womit es bei dem bisherigen Zustand blieb. Gymnasien und Realgymnasien mit grundständigem Latein nahmen damit eine völlige Sonderstellung ein. Aber diese bedeutete einen Vorteil für die aus Quarta zu anderen Formen der höheren Schule übergehenden Schüler. So brachten sie wenigstens die Kenntnis der Elemente einer neueren Fremdsprache mit, was ihnen bei dem Gymnasium und Realgymnasium mit einer grundständigen neueren Fremdsprache den Anschluß in Untertertia erleichterte. Im Lateinischen waren sie voraus und konnten sich darauf konzentrieren, um auf der Grundlage der mitgebrachten ersten Elemente der neueren Sprache das ihnen noch Fehlende nachzuholen. Die Vorteile eines weiteren gemeinsamen zweijährigen Mittelbaues wie an den Schulen mit einer grundständigen neueren Fremdsprache wiesen die Schulen mit grundständigem Latein nicht auf, da jede von Untertertia an einen selbständigen Lehrplan hatte.¹⁵⁵⁸

Nach der Lehrplanangleichung im Unter- und Mittelbau sollte im Oberbau der eigentliche Charakter der einzelnen Schulart hauptsächlich hervortreten. Bereits im Jahr 1907 hatten die Gymnasien und Realgymnasien Erlaubnis zur freieren Gestaltung des Unterrichts in der Unter- und Oberprima durch die sogenannte Gabelung (Bewegungsfreiheit) erhalten. Nach den vorwaltenden Begabungen und Neigungen der Schüler konnten eine sprachlich-geschichtliche und eine mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung gebildet werden. Den reiferen Schülern sollte durch Abminderung der Anforderungen in diesen oder jenen Fächern eine gründlichere Beschäftigung mit anderen Lehrgegenständen ermöglicht und damit größere Arbeitsfreudigkeit und reicherer Arbeitserfolg erzielt werden. Dabei bot sich zugleich die Möglichkeit, von der strengen Gebundenheit und Unselbständigkeit in der Schule zur Freiheit und Selbstbestimmung im akademischen oder beruflichen Leben den wünschenswerten Übergang zu schaffen.¹⁵⁵⁹ Durch die „Verordnung über Neuordnung des Unterrichts an den neunstufigen höheren Lehranstalten für die männliche Jugend“ vom 11. Februar 1919 wurde die Gabelung an allen sächsischen Gymnasien und Realgymnasien für die beiden oberen Klassen verbindlich eingeführt.¹⁵⁶⁰ Durch die Abbaumaßnahmen zu Beginn

¹⁵⁵⁷ Die Probleme, die sich aus sprachlicher Minderbegabung ergeben konnten, beschrieb die Denkschrift folgendermaßen: Erhalte das Gymnasium mit grundständigem Latein sprachlich Minderbegabte, dann scheiterten diese beim Übergang aus der Quarta in die Untertertia, da die geistigen Kräfte für die Erlernung des Griechischen nicht mehr ausreichten. Solche Schüler fänden dann nur schwer Anschluß an eine andere Art der höheren Schule. Dem Gymnasium mit grundständigem Latein diene zunächst, falls eine solche Anstalt am Ort vorhanden war, das Realgymnasium mit grundständigen lateinischen Klassenzügen als Stütze. Ein Übergang der Schüler zu ihm nach dem Verlassen der Quarta sei möglich. Andererseits sei ein Hinüberwechseln von Schülern der gleichen Klassenstufen aus dem Realgymnasium mit grundständigem Latein in ein Gymnasium mit grundständigem Latein denkbar. Angenehm sei die Lage für das Realgymnasium in beiden Fällen nicht. Im ersten Fall würde es der Zufluchtsort von sprachlich nicht ausreichend begabten Schülern, im zweiten Fall gebe es an das Gymnasium seine gut begabten Schüler ab. Mißlich stehe es um die Schüler eines Gymnasiums mit grundständigem Latein, die aus Quarta abgehen müßten, wenn kein Realgymnasium mit grundständigem Latein am Ort vorhanden sei, fast noch mißlicher um solche Schüler, die aus Mangel an Sprachbegabung das gleiche Schicksal in einem Realgymnasium mit grundständigem Latein treffe. Eine Übergangsmöglichkeit zu anderen höheren Schulen sei für sie nicht da.

¹⁵⁵⁸ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 59-60 und 61.

¹⁵⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 9; Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 75, S. 2; Koch, Kerstin: Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung, S. 62ff. und 191ff. Siehe auch allgemein hierzu Schwarz, Sebald: Die Bewegungsfreiheit in der höheren Schule; Bolle, Wilhelm: Zur freieren Gestaltung der Oberstufe höherer Schulen, S. 33-52; Ders.: Der Reformschulgedanke und seine Fortsetzung in der Gabelung, S. 622ff.; Löffler, Eugen: Das öffentliche Bildungswesen in Deutschland, S. 77ff.

¹⁵⁶⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 58 und Ergänzungsverordnung hierzu vom 25. Oktober 1921 (VBl. S. 156f.) (= Dokument 144); Deutsches Philologen-Blatt, 1919, S. 155-157, 176-179 und 196-197; Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 76, S. 1-2; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 401. Die genannte Verordnung entstand im Ergebnis einer Beratung der Gymnasialrektoren, die bereits am 21. September 1918 – also noch vor der Revolution – unter dem Vorsitz von Schulrat Dr. Friedrich Giesing stattgefunden hatte. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/378, Bl. 125-153.

des Jahres 1924 wurde diese Einrichtung vielfach eingeschränkt.¹⁵⁶¹ Abhilfe schaffte hier die Verordnung vom 2. April 1925, welche die freiere Gestaltung des Unterrichts bei einer Klassenstärke von mindestens 15 Schülern, wobei keine der beiden Abteilungen weniger als sechs Schüler enthalten durfte, wiederum zuließ.¹⁵⁶²

Nach den Plänen des Ministeriums¹⁵⁶³ sollte die Gabelung bis auf die drittletzte Klasse (Obersekunda) ausgedehnt werden, was seit Ostern 1922 bereits an einigen Schulen erprobt worden war. Schien die Bewegungsfreiheit für die Oberrealschulen zunächst noch entbehrlich, so sollten auch diese nun – soweit nicht schon geschehen – entsprechende Versuche unternehmen. Gleiches wurde den Deutschen Oberschulen bei ihrem weiteren Ausbau in Aussicht gestellt. Wo Gründe wirtschaftlicher Natur oder der Wunsch einer genügenden Anzahl von Schülern mit gleichschwebendem Interesse es rechtfertigten, sollte auch die Belassung eines Normalzuges freigestellt werden. Aus Gründen der Sparsamkeit und der Einheitlichkeit des Lehrgehalts war die Gabelung künftig nur in den charakteristischen Fächern vorgesehen.

Durch den einen Zweig der Gabel wurde der besondere Charakter der Schule betont, so bei der altsprachlichen Gabel des Gymnasiums oder der neusprachlichen Gabel des Realgymnasiums oder der mathematischen Gabel der Oberrealschule. Mit der anderen Gabel suchte die einzelne höhere Schule den Anschluß an ihre Schwesteranstalt. So näherte sich die mathematische Gabel des Gymnasiums mit ihren verminderten Anforderungen in den alten Sprachen und ihren erhöhten Leistungen auf dem Gebiete der Mathematik und Naturwissenschaften der sprachlichen Gabel des Realgymnasiums, wo in den alten Sprachen erhöhte und in der Mathematik verminderte Leistungen sich fanden. Bei dem Realgymnasium näherte sich gleichfalls die mathematische Gabel der sprachlichen Gabel der Oberrealschule an.

Das Realgymnasium nahm in seinen beiden Formen eine Sonderstellung ein, da bei ihm die Gefahr einer Zerstückelung der Unterrichtsfächer bestand und infolge der durch sie bedingten geringeren Stundenzahl wichtiger Fächer ein Vertiefen in einem Unterrichtsfach stark in Frage gestellt war. Das Ministerium wollte deshalb in der mathematischen Gabel des Realgymnasiums zulassen, daß die erste neuere Fremdsprache von Obersekunda an fortfiel, um dadurch einen vertieften Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften zu ermöglichen. Auch war bei der Verteilung der Stundenzahlen auf die Gabeln der Fall vorgesehen, daß auf die Erlernung der zweiten neueren Fremdsprache verzichtet und dafür die erste bis zur Oberprima durchgeführt werde. Die Unterrichtsverwaltung hielt es für unerwünscht, daß der Unterricht in der zweiten neueren Fremdsprache von Obersekunda ab nach der Erlernung der Elemente in Untersekunda abgebrochen wurde. Da aber der Wunsch nach einer solchen Gestaltung der Gabel ihr von vielen Seiten entgegengebracht worden sei, wollte sie Versuchen damit nicht entgegenstehen und die endgültige Regelung erst aufgrund praktischer Erfahrungen treffen.

Außer den sprachlich-historischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Gabeln wollte das Ministerium im Bedürfnisfall und bei genügend starker Beteiligung auch eine künstlerisch-technische und eine rein technische Gabel zulassen, für die hauptsächlich die Deutsche Oberschule in Frage kamen, und eine wirtschaftliche Gabel, die an einer Oberrealschule oder einer Deutschen Oberschule eingerichtet werden konnte. Auch wollte sie unter Umständen gegen eine Trennung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gabel in eine mehr nach der mathematischen oder mehr nach der naturwissenschaftlichen Seite hin orientierte Gabel keine Bedenken erheben.

¹⁵⁶¹ Die Verordnung vom 23. Januar 1924 bestimmte, daß die freie Gestaltung des Unterrichts in den Oberklassen der Vollanstalten nur bei einer Schülerzahl von mehr als 25 zulässig war. Sie durfte nur eingeführt werden, wenn für eine besondere Abteilung mindestens 10 Schüler angemeldet waren, und sie hatte sich auf die für die betreffende Abteilung charakteristischen Fächer zu beschränken; in den übrigen Fächern (z. B. Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Zeichnen, Gesang, Turnen) hatten alle Schüler gemeinsam Unterricht zu erhalten. Soweit Abteilungen mit freier Gestaltung schon bestanden, war zu prüfen, inwieweit diese ab Ostern 1924 zusammengelegt werden konnten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/408, Bl. 32 (= Dokument 157).

¹⁵⁶² Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 62.

¹⁵⁶³ Vgl. Ebd., S. 62-66 und 217ff.; Menke-Gluckert, Emil: Das höhere Schulwesen in Sachsen, S. 49; Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 79, S. 2. – Hiernach das Folgende.

Eine grundsätzliche Verwischung des Charakters der Schule sollte durch die Gabelung nicht stattfinden. Das Gymnasium behielt in beiden Abteilungen Griechisch, das Realgymnasium in beiden Abteilungen Latein. Schwierigkeiten ergaben sich nur, wenn sich an der Oberrealschule zu den zwei an ihr vorhandenen Gabeln als dritte eine Lateingabel gesellte, weil die Oberrealschule damit ihren Charakter als lateinlose Anstalt verlor und die Grenze zum Realgymnasium verschwamm. Wurde diese Lateingabel gestattet, so hatte die Schule die Bezeichnung Reformoberrealschule zu führen.¹⁵⁶⁴

Fassen wir nun die zurückliegenden Ausführungen zusammen, so kann festgestellt werden, daß das Ministerium für Volksbildung Mitte der 1920er Jahre die Pläne für eine allgemeine Einheitsschule aufgegeben hatte und vielmehr beabsichtigte, bei der Reform des höheren Schulwesens auf den hergebrachten Strukturen aufzubauen. Es folgte dabei einer Entwicklung, die ihren Beginn ausgangs des 19. Jahrhunderts hatte und von selbst „aus Zersplitterung wieder zur Einheit“¹⁵⁶⁵, zu einer gegliederten höheren Einheitsschule, hindrängte, d. h. zu einer Form der höheren Schule, bei der im Unter- und Mittelbau der Lehrplan möglichst gleichartig war und bei der erst auf der Oberstufe durch freiere Gestaltung des Unterrichts und unter möglichster Berücksichtigung von Begabungsrichtungen und Berufsneigungen der Schüler das Charakteristische der einzelnen Schulformen hervortrat. Die notwendige Ergänzung erhielt dieses Programm durch den 1932 veröffentlichten Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens, der sein Hauptaugenmerk nicht auf die einzelnen Schulgattungen, sondern durch Rahmenlehrpläne auf die Unterrichtsfächer legte und so die Einheit der höheren Schulen betonte. Eine Sondergruppe bildeten hier

¹⁵⁶⁴ Um den nötigen Freiraum für den Lateinunterricht zu erhalten, wurde solchenfalls die grundständige moderne Fremdsprache ab Obersekunda nicht weitergetrieben, was nach der Vereinbarung der Länder vom 19. Dezember 1922 grundsätzlich statthaft war. Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 63-64 und 236. – Trat die Auffassung zutage, daß die Gabelung noch nicht ausreichend die Sonderbegabungen einer Klasse zusammenfaßte, konnte die Einrichtung von Kern- und Kursunterricht Abhilfe schaffen. Dies wurde zunächst nur in Dresden praktiziert; Ostern 1922 richtete die Kreuzschule, Ostern 1923 das König Georg-Gymnasium, Ostern 1924 das Staatsgymnasium Dresden-Neustadt Kurse ein. Das Ministerium wollte Versuche mit dem Kursunterricht jederzeit zulassen, aber seine Einführung nirgends anordnen. Es erblickte den großen Vorteil solcher Kurse neben der Rücksichtnahme auf besondere Begabungen und Berufsrichtungen vornehmlich in dem Gedanken der Vorbereitung auf eine künftige freiere Arbeitsweise, wie sie auf der Hochschule Brauch war. Da das nur in einem engen Kreis ginge, war die Zahl der Kursteilnehmer auf zehn bis zwölf Schüler beschränkt. Auch war für die Teilnehmer eine gewisse Reife erwünscht, die frühestens mit dem Eintritt in die Unterprima gegeben erschien, weshalb die Einrichtung auf die beiden obersten Klassen beschränkt war. Die Kursfächer sollten mit dem Bildungsziel der Schule in innerer Beziehung stehen, was – soweit die äußere Organisation in Frage kam – am besten in Verbindung mit der freieren Gestaltung des Unterrichts (Gabelung) geschah, wenn auch eine Eingliederung in den Stundenplan ohne Gabelung nicht ausgeschlossen schien. Hiernach gestaltete sich an Schulen mit Kurssystem das Bild in folgender Weise: Eine Anzahl Fächer war für alle Schüler verbindlich, die sogenannten Kernfächer: Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Turnen und Philosophische Propädeutik. Darüber hinaus hatte der Schüler an den Unterrichtsfächern einer bestimmten Abteilung der Gabel, den sogenannten charakteristischen Fächern: einerseits den fremden Sprachen, andererseits Naturkunde und Chemie, Physik und Mathematik, teilzunehmen. Für die Kern- und die charakteristischen Fächer waren insgesamt 30 Stunden für beide Abteilungen vorgeschrieben, für die Kursfächer standen dann noch sechs Stunden – drei Kurse zu je zwei Stunden – zur Verfügung. Nach Beschluß der Lehrerversammlung und mit Einwilligung der Eltern und des Schularztes konnte besonders begabten Schülern noch ein weiterer Kurs zur freien Wahl zugestanden werden. Die Belegung der einzelnen Kurse unterlag dabei gewissen Beschränkungen. Zwei Stunden dienten der Erweiterung und Vertiefung des Sprachunterrichts. Es handelte sich dabei um die im Lehrplan vorgesehenen Sprachen: Latein und Griechisch, Französisch und Englisch. Für die Besucher gewisser Gabeln an einzelnen Schulen war die Teilnahme an einem neusprachlichen oder naturkundlichen Kurs Pflicht. Auch durften unter Wegfall der grundständigen Fremdsprache Kurse für Spanisch, Russisch und Italienisch eingeführt werden. Zwei weitere Stunden sollten möglichst der Kunst dienen, und zwar entweder der Musik oder der bildenden Kunst, einschließlich Zeichnen. Zu freier Wahl verblieben dann noch zwei und für besonders Begabte vier Stunden. Fehlte einem Schüler jede künstlerische Neigung oder besaß er starke Neigung auf anderen Gebieten, dann konnten die zwei für künstlerische Kurse vorgesehenen Stunden für einen freien Kurs verwendet werden. Bedingung war in jedem Falle, daß der Schüler an dem belegten Kurs bis zum Ende des Schuljahres, an Sprachkursen bis zur Reifeprüfung teilnahm, da die Kurse als dem Unterricht gleichwertig galten. Einen für alle Schulen verbindlichen Plan für die Kurse aufzustellen, schien dem Ministerium nicht möglich. Vielmehr konnte sich jede Schule besondere Aufgaben stellen, die aus ihrer Eigenart, aus dem Berufsinteresse ihres Schülerkreises oder aus der Lage in einer bestimmten Stadt oder Landschaft erwachsen. Nur sollte verhindert werden, daß die Schüler zu Spezialisten ausgebildet oder auf Abwege geführt würden. Die Kurse bereiteten zwar zur Hochschule und zum Eintritt in das praktische Leben vor, sie waren aber kein Ersatz für die Hochschule und das praktische Leben selbst. Vgl. Ebd., S. 64-66.

¹⁵⁶⁵ Bolle, Wilhelm: Der Reformschulgedanke und seine Fortsetzung in der Gabelung, S. 619.

die Gymnasien und Realgymnasien (alten Stils) mit grundständigem Latein, die in ihrer Eigenart bestehen bleiben sollten, solange sie genügend Besucher fanden.¹⁵⁶⁶

¹⁵⁶⁶ Siehe Kapitel G. III. 3.

Die Abfolge des fremdsprachlichen Unterrichts an den höheren Knabenschulen 1882–1934

	Jahr der Einführung	Sexta (VI)	Quinta (V)	Quarta (IV)	Untertertia (III)	Obertertia (II)	Untersekunda (I)	Obersekunda
Gymnasium	1882	Latein	Französisch		Griechisch			Hebräisch* u. Englisch*
	1893	Latein		Französisch	Griechisch			Hebräisch* u. Englisch*
	1927	Latein		Englisch	Griechisch			Hebräisch* u. Französisch*
Reformgymnasium „Dresdner Ordnung“	1903	Französisch			Latein		Griechisch	
	1926	Englisch			Latein		Griechisch	
	1933	Englisch			Latein		Griechisch	Hebräisch* u. Französisch*
	1934	Französisch			Latein		Griechisch	Hebräisch* u. Englisch*
Realgymnasium	1884	Latein	Französisch		Englisch			
	1903	Latein		Französisch		Englisch		
	1927	Latein		Englisch		Französisch		
	1929	Latein		Englisch			Französisch	
	1933	Latein		Englisch			Französisch	Griechisch*
Reformrealgymnasium „Dresdner Ordnung“	1895	Französisch			Latein		Englisch	
	1926	Englisch			Latein		Französisch	
	1933	Englisch			Latein		Französisch	Griechisch*
	1934	Französisch			Latein		Englisch	Griechisch*
Reformrealgymnasium „Plauener Ordnung“ Oberrealschule	1898	Französisch		Latein		Englisch		
	1908	Französisch			Englisch			Latein*
	1926	Englisch			Französisch			Latein*
	1934	Französisch			Englisch			Latein*
Realschule	1884		Französisch		Englisch			
	1904	Französisch			Englisch			
	1926	Englisch			Französisch			
	1934	Französisch			Englisch			
Deutsche Oberschule	1922	Französisch oder Englisch			Latein oder die zweite neuere Fremdsprache			
	1926	Englisch			Latein oder Französisch			
	1933	Englisch Englisch			Latein Französisch			Griechisch* o. Französisch* Latein*
	1934	Französisch Französisch			Latein Englisch			Griechisch* o. Englisch* Latein*

* wahlfreier Unterricht / Quellen: Gesetz- und Verordnungsblatt, 1882, S. 175; Ebd., 1884, S. 46 und 83; Ebd., 1893, S. 43; Ebd., 1903, S. 34; Ebd., 1904, S. 25; Ebd., 1908, S. 116; Verordnungsblatt, 1926, S. 6; Ebd., 1927, S. 17; Ebd., 1929, S. 2; Ebd., 1930, S. 1; Ebd., 1932, S. 37; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 8-9, 56-62 und 217ff.; Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Anlage II; Reichsministerialblatt, 1932, S. 38; Ebd., 1933, S. 64; Die höhere Schule, 1933, S. 43.

b. Die verkürzten Formen der neunstufigen Knabenanstalten

Neben den voll ausgebauten neunstufigen höheren Schulen existierten verkürzte Formen derselben in der Gestalt von Aufbauschulen, deren Lehrgang Untertertia bis Oberprima umfaßte. Sie nahmen besonders begabte Volksschüler, die seinerzeit den Übergang in die Sexta einer höheren Schule nicht bewerkstelligen konnten, nach erfülltem 7. Schuljahr auf und führten sie in sechs Jahren zum Abitur.¹⁵⁶⁷ Da es sich bei den neunstufigen Anstalten bereits um Begabtschulen gehandelt hatte, waren an den Aufbauschulen um so größere Anstrengungen zur Erreichung des Bildungsziels zu vollbringen. Eine Herabminderung der Anforderungen kam für die Unterrichtsverwaltung nicht in Frage, um die Aufbauschulen nicht zu höheren Schulen zweiten Grades zu machen.¹⁵⁶⁸ Ein probates Hilfsmittel erblickte man vielmehr in der Einrichtung von Förder-, Begabten- oder Aufbauklassen. Solche wurden 1919 erstmals in Leipzig an der Nikolaischule und der Oberrealschule Nord in den ordentlichen Schulaufbau eingegliedert. In Nebenzügen der Klassenstufen Unter- und Obertertia sollten besonders begabte Volksschüler in beschleunigtem Unterricht soweit gefördert werden, um die drei Jahre Vorsprung der übrigen Schüler, insbesondere bei der Erlernung der fremden Sprachen, einigermaßen aufholen und dann in die lehrplanmäßige Untersekunda einer neunstufigen höheren Schule eintreten zu können, um so das Ziel der Hochschulreife in sechs Jahren zu erreichen.¹⁵⁶⁹

Neben den 1922 im Zusammenhang mit dem Abbau der Seminare gegründeten Aufbauschulen, die allesamt als Deutsche Oberschule eingerichtet worden waren¹⁵⁷⁰, existierte noch die 1920 aus der ehemaligen Kadettenanstalt hervorgegangene Landesschule Dresden.¹⁵⁷¹ Sie war als ein „realistisches Seitenstück zu den altbewährten humanistischen Fürsten- und Landesschulen“¹⁵⁷² gedacht und umfaßte die Klassen Untertertia bis Oberprima eines Reformrealgymnasiums und von Obersekunda aufwärts auch einen Oberrealschulzug. Aufgenommene Volksschüler (ohne Fremdsprachenkenntnisse) sollten in Unter- und Obertertia in Förderklassen zum Übergang in die lehrplanmäßige Untersekunda vorbereitet werden; die erste im Schuljahr 1921/1922 aufgenommene Aufbauklasse trat später in den Oberrealschulzug ein.¹⁵⁷³

Aufbauschulen waren ebenso die eben genannten und eine humanistische Bildung vermittelnden Fürsten- und Landesschulen in Meißen und Grimma, die als Eliteschulen ihre Schüler aus besonders leistungsstarken Quartanern der höheren Schulen mit grundständigem Latein rekrutierten.¹⁵⁷⁴ Im Schuljahr 1924/1925 wurden erstmals auch Schüler mit einer grundständigen neueren Fremdsprache sowie solche besonders begabten Volksschüler, die bisher keinerlei fremdsprachlichen Unterricht hatten, aufgenommen und in je einem Reformgymnasialzug nach „Dresdner Ordnung“ zusammengefaßt, der neben dem humanistischen Zug einherlief und mit diesem in Unter- und Oberprima möglichst zusammengeführt werden sollte. Da nach den Plänen des Ministeriums für Volksbildung die höheren Schulen mit grundständigem Latein gegenüber den Reformanstalten eine Sonderstellung einnehmen sollten, kündigte sich zwischen den wenigen verbleibenden Gymnasien, Realgymnasien und Fürsten- und Landesschulen eine Konkurrenzsituation an, da die Erstgenannten kaum ein Interesse daran haben konnten, ihre leistungsstarken Schüler an

¹⁵⁶⁷ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 56. Die Möglichkeit der Volksschüler, noch in Untertertia in eine höhere Schule überzutreten, war im Wesentlichen der Reformbewegung zu verdanken, die das Latein aus dem Unterbau der höheren Schulen beseitigt und so einen engeren Anschluß an die Volksschule überhaupt hergestellt hatte, wohingegen Schulen mit grundständigem Latein direkt von der Grundschule abzweigten. Vgl. Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 75, S. 1; Deutsches Philologen-Blatt, 1921, S. 133.

¹⁵⁶⁸ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 67.

¹⁵⁶⁹ Vgl. Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 76, S. 1.

¹⁵⁷⁰ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 56.

¹⁵⁷¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 178; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 97 (vom 13. Oktober 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 150. Sitzung vom 21. Oktober 1920, S. 4696-4701; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 851 (vom 27. Oktober 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 154. Sitzung vom 28. Oktober 1920, S. 4903-4907; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 393 (vom 28. Oktober 1920); Amlung, Ullrich: Landesschule Dresden, S. 24-49.

¹⁵⁷² Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 97 (vom 13. Oktober 1920), S. 2.

¹⁵⁷³ Vgl. Amlung, Ullrich: Landesschule Dresden, S. 31.

¹⁵⁷⁴ Vgl. Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen.

die Fürstenschulen abzugeben. Der Wettbewerb zwischen den beiden Fürsten- und Landesschulen wurde schließlich so entschieden, daß sich ab 1929/1930 St. Afra in Meißen den alleinigen Zugriff auf alle altsprachlichen, insbesondere lateinisch vorgebildeten Schüler und damit auch seinen Bestand als humanistisches Gymnasium sicherte. St. Augustin in Grimma dagegen mußte sich mit den Neusprachlern begnügen, konnte als Reformgymnasium seine Schüler aber aus einem weit größeren Spektrum rekrutieren. An beiden Anstalten entfielen die Förderklassen.¹⁵⁷⁵

c. Die sechsstufigen Knabenanstalten

Neben den neunstufigen höheren Lehranstalten sowie ihren verkürzten Formen wurde die Aufmerksamkeit der Unterrichtsverwaltung auch den sechsstufigen Anstalten, den Realschulen, zuteil. Bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Gemeinschaftserziehung an den höheren Schulen erklärte Kultusminister Wilhelm Buck (MSPD) im Juni 1919, daß er den Wunsch und die berechtigte Hoffnung habe, daß bei konsequenter Durchführung der Einheitsschule, und sofern diese im Laufe von Jahren ihren Befähigungsnachweis erbringe, das Bestehen der Realschulen an und für sich überflüssig werde.¹⁵⁷⁶ Von dem Abgeordneten Prof. Dr. Franz Rendtorff (DNVP) wurde diese Äußerung dahin gedeutet, daß die Realschule mit ihrem Bildungsziel perspektivisch nicht in der Einheitsschule aufgehen solle, sondern daß an den (ersatzlosen) Abbau der Realschule zugunsten der Einheitsschule gedacht und nach dieser Seite gewirkt werde, und daß der sächsische Mittelstand, der wesentlich diese Schulen besuche, dadurch einen schweren Schlag erleiden würde.¹⁵⁷⁷ Auch in der Öffentlichkeit regte sich Widerspruch gegen den vermuteten Abbau, was in einer Vielzahl von Entschließungen von Protestveranstaltungen dokumentiert ist.¹⁵⁷⁸ Für Beruhigung sorgte dann der Nachfolger im Amt des Kultusministers, Dr. Richard Seyfert (DDP), indem er sich in seiner Programmrede vom 16. Dezember 1919 nachdrücklich für den Erhalt der Realschulen aussprach.¹⁵⁷⁹ Welche Aufgaben waren hierbei zu lösen?

Aufgrund mangelnder Schülerzahlen sahen sich die Realschulen vielfach in ihrem Bestand gefährdet. Einmal erwachsen ihnen Konkurrenten in den höheren Abteilungen der Volksschule, die im Gegensatz zur Realschule schulgeld- und gegebenenfalls auch lernmittelfrei waren und daher für Kinder ärmerer Familien eine ernsthafte Alternative boten, eine über das 8. Volksschuljahr hinausgehende Bildung zu erlangen.¹⁵⁸⁰ Zwar ergab eine Ende 1921 vom Ausschuß für die Realschulen und Oberrealschulen im Sächsischen Philologenverein durchgeführte Umfrage, daß eine unmittelbare Gefahr für die bestehenden Realschulen durch die höheren Abteilungen nicht gegeben war, der Vorstand des Sächsischen Philologenvereins glaubte aber trotzdem der Angelegenheit „fortgesetzte ernste Aufmerksamkeit“ schenken zu müssen, „da die Entwicklung leicht einen bedrohlichen Charakter annehmen“ könne.¹⁵⁸¹ Weiter beeinträchtigte die Umwandlung der Seminare in Deutsche Oberschulen in einigen mittleren und kleineren Städten die Realschulen, da wiederum Schüler den nun neu eröffneten neunstufigen zur Hochschule führenden Anstalten den Vorzug gaben. Um die Realschulbildung im Interesse eines planmäßigen Aufbaues des höheren Schulwesens zu erhalten, wurden daher mancherorts Realschulen durch Verträge zwischen dem Staat

¹⁵⁷⁵ Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 18-19; Ebd., 1925, S. 2 und 86; Ebd., 1926, S. 76; Ebd., 1927, S. 95; Ebd., 1928, S. 91-92; Ebd., 1929, S. 71; Ebd., 1930, S. 93; Ebd., 1931, S. 77; Ebd., 1932, S. 59; Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen, S. 78-81.

¹⁵⁷⁶ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1649-1650; Ebd., 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1970. Zum Verhältnis von Realschule und Einheitsschule siehe auch Lang, ...: Die Erweiterung der Realschule um ein Jahr, S. 97-101.

¹⁵⁷⁷ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 57. Sitzung vom 11. Juli 1919, S. 1965.

¹⁵⁷⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/214, Bl. 101, 107-125, 131, 135, 136 und 154-157; Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 114-116.

¹⁵⁷⁹ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919 S. 2469-2470; Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 86-87.

¹⁵⁸⁰ Siehe hierzu auch Kapitel G. III. 5.

¹⁵⁸¹ Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 17, S. 44.

und den Stadtverwaltungen an die Deutschen Oberschulen angegliedert.¹⁵⁸² Neben dem Aufkommen neuer Bildungsangebote anderer Anstalten war die Attraktivitätseinbuße der Realschulen ganz wesentlich einem weiteren Umstand geschuldet. Mit Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nach Artikel 173 Satz 1 des Friedensvertrags von Versailles vom 28. Juni 1919 entfiel nämlich die Berechtigung zur Ausstellung des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses, das seinen Inhabern außer der Berechtigung zum bevorzugten Dienst im Heere auch den Zugang in mittlere Stellen der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftslebens ermöglicht hatte.¹⁵⁸³ Mit dem Erwerb des Realschulzeugnisses war fortan also keine Berechtigung mehr verbunden, sondern er bescheinigte seinen Inhabern allein den Abschluß eines bestimmten sechsjährigen Bildungsganges sowie die Reife für Obersekunda einer neunstufigen höheren Schule.¹⁵⁸⁴ Um angesichts dieser Gemengelage die genügende Füllung der Realschulen sicherzustellen, war man daher 1919 übereingekommen, im Rahmen der Gemeinschaftserziehung die Aufnahme von Mädchen schon in die Unterklassen der Realschulen zuzulassen.¹⁵⁸⁵

Unter den veränderten Bedingungen sahen sich die Realschulen (auch) veranlaßt, ihre inhaltliche Zielbestimmung neu zu formulieren und gegen andere abzugrenzen. Nach ihrer Lehr- und Prüfungsordnung von 1904 vermittelten die Realschulen weder eine Fach- oder Berufsbildung noch eine wissenschaftliche Bildung als Vorbereitung zur Hochschule. Vielmehr waren sie Lehranstalten mit selbständigen Bildungszwecken, die für den unmittelbaren Übergang in das bürgerliche Leben eine über das Ziel der Volksschulen hinausgehende allgemeine Bildung vermittelten.¹⁵⁸⁶ Die Begründung von Oberrealschulen seit 1908 durch Aufsetzen eines geschlossenen dreijährigen Oberbaues auf die Realschulen brachte eine Verwischung dieses ursprünglichen Charakters, indem das Ziel und die Aufgabe dieses Oberbaues mit seiner stärkeren wissenschaftlich-theoretischen Betrachtungs- und Arbeitsweise in weitem Umfange auch für die Unterrichtsmethode der Realschule maßgebend wurde. Sie betrachtete sich mehr und mehr – namentlich in den größeren Städten – als Unter- und Mittelbau der neunstufigen Oberrealschule und sah vielfach ihr oberstes Ziel in der Vorbereitung ihrer Schüler für die Versetzung nach Obersekunda.¹⁵⁸⁷ Demgegenüber gestalteten die höheren Handelsschulen des Wirtschaftsministeriums den allgemeinbildenden Teil ihres Unterrichts immer mehr auf Kosten des Fachunterrichts aus und erhoben den Anspruch, in ihren Zielen den Realschulen gleichwertig zu sein.¹⁵⁸⁸ So trat im höheren Schulwesen ein Dualismus – wie er im Berufsschulwesen längst verhängnisvoll bestand – immer stärker in Erscheinung.¹⁵⁸⁹ Nach den Vorstellungen von Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) sollte die Realschule jedenfalls als höhere Schule in ihrem wissenschaftlichen Charakter bleiben, in ihrem Oberbau aber durch Hinlenkung auf das Staatswissenschaftliche und das Volkswirtschaftswissenschaftliche mehr dem Berufsleben dienstbar gemacht werden. Sie sollte also nicht so stark zu einer Gelehrtschule hin- als vielmehr in das unmittelbare praktische Leben hineinführen und besonders Begabten auf dem Weg über die höhere Berufsschule auch den Zugang zur Hochschule eröffnen.¹⁵⁹⁰ Die Denkschrift von 1926 bemerkte, daß die Realschule sich wieder mehr auf ihre ursprüngliche Aufgabe, eine gute Vorbildung für gehobene Berufe des praktischen

¹⁵⁸² Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 86; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 11.

¹⁵⁸³ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 1.

¹⁵⁸⁴ Vgl. Müller, Detlef K. und Bernd Zymek: Sozialgeschichte und Statistik des Schulsystems, S. 25. Auf dem sächsischen Realschulreifezeugnis konnte der Vermerk erscheinen: „Dieses Zeugnis entspricht zugleich dem früheren Befähigungsnachweis für den einjährig-freiwilligen Militärdienst“. Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 2.

¹⁵⁸⁵ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1645-1646 und 1649-1650; Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919, S. 197f. (= Dokument 22).

¹⁵⁸⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1904, S. 2. Zur Begriffsbestimmung der Realschule in der Lehr- und Prüfungsordnung von 1904 siehe: Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen, 1910, S. 205ff.

¹⁵⁸⁷ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 69. – Nach Einschätzung eines Zeitgenossen habe sich die „Realschule [...] als eine Rumpfanstalt betrachtet und voll Neides auf die Schwesteranstalten [ge]blickt, die nach Aufsetzung eines dreiklassigen Oberbaues ihre eigenen Abiturienten der Hochschule zuführen“ durften. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, unpag., Denkschrift. Vorschläge für die Beseitigung einiger Übelstände im höheren Schulwesen Sachsens, S. 2.

¹⁵⁸⁸ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 69-70.

¹⁵⁸⁹ Siehe Kapitel G. III. 4.

¹⁵⁹⁰ Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919 S. 2469-2470.

Lebens zu geben, werde besinnen müssen. Bei voller Wahrung ihres Charakters als allgemeinbildende Schule werde sie durch stärkere Betonung wirtschaftlicher Gesichtspunkte den Erfordernissen des beruflichen Lebens ausreichend Rechnung tragen müssen.¹⁵⁹¹

Mit Erhöhung der Anforderungen seitens der Anstellungsbehörden und Arbeitgeber an die Vorbildung der Bewerber steigerte sich entsprechend das Verlangen, den Abschluß des Realschulbesuchs wieder mit einer Berechtigung zu verbinden.¹⁵⁹² Kannte man bisher nur die Obersekunda- und die Vollreife, so wurde nun für die mittlere gehobene Beamtenlaufbahn vielfach Unterprimareife als Mindestmaß gefordert. Für die Realschulen war diese Entwicklung folgenreich, da ihr sechsjähriger Lehrgang selbst mit Untersekunda abschloß und sie sich daher vielfach zum Ausbau ihrer Anstalt veranlaßt sahen. Der Sächsische Philologenverein wies in einer Eingabe vom 22. Oktober 1923 auf diese Problematik hin und schlug vor, das Realschulwesen nicht von Grund auf umzugestalten, sondern beim Vorhandensein einer genügend großen Anzahl von Schülern die Einrichtung einer Abschlußklasse zu gestatten.¹⁵⁹³ Auch das Ministerium für Volksbildung erkannte die Gefahr, daß Realschulabiturienten nur für ein Jahr in die Obersekunda einer Oberrealschule eintreten könnten, um sie mit dem Zeugnis für Unterprima wieder zu verlassen. Da dies den Abbruch eines in sich geschlossenen, auf drei Jahre berechneten Bildungsganges bedeute, würden die Abgänger für die Aufgaben ihres zukünftigen Berufes nicht abschließend vorgebildet und für die Obersekunda der Oberrealschule in den meisten Fällen nur eine unerwünschte Belastung sein. Eine zweckmäßigere Lösung erblickte man vielmehr darin, daß die Realschule ihre Schüler ein weiteres Jahr behalte und durch die Errichtung einer neuen Klassenstufe, eines 7. Jahres, den hervorgetretenen Bedürfnissen entspreche. Mit dem erfolgreichen Abschlusse dieses 7. Realschuljahres – ob mit oder ohne besondere Abschlußprüfung war noch dahingestellt – sollte der Schüler eine der Unterprimareife gleichwertige Reife erwerben, ohne daß damit eine Übergangsmöglichkeit in die Unterprima einer Oberrealschule geschaffen oder überhaupt der Beginn des Ausbaues der Realschule zur Vollanstalt markiert werden sollte. Die Begründung eines 7. Jahres blieb der freien Entschliebung der Stadtverwaltungen überlassen und war vom Ministerium für Volksbildung zu genehmigen, solange die Bedingung der Unterprimareife für den mittleren gehobenen Dienst noch nicht allgemein festgelegt war. Ostern 1926 wurde erstmals an der Realschule in Falkenstein i. V. diese Neuerung zunächst versuchsweise zugelassen.¹⁵⁹⁴

Eine Neuerung in der Berechtigungsfrage brachte dann die Verordnung vom 4. Januar 1927 über die Einführung der mittleren Reife. Hiernach konnte die mittlere Reife als ein über die Volksschule hinausgehendes Bildungsziel unter anderem den Schülern und Schülerinnen zugesprochen werden, die von Untersekunda nach Obersekunda einer höheren Schule (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Deutsche Oberschule, Aufbauschule, sechststufige Studienanstalt) regelrecht versetzt worden waren oder die die Abgangsprüfung einer Realschule bzw. einer höheren Mädchenschule mit Erfolg abgelegt hatten. Solchenfalls war dem Versetzungs- bzw. Reifezeugnis der Zusatz anzufügen: „Dieses Zeugnis schließt das Zeugnis der mittleren Reife ein. [...]“. Inhaber des Zeugnisses der mittleren Reife einer höheren Abteilung einer Volksschule erhielten dagegen nicht automatisch die Reife für Obersekunda, sondern hatten, wenn sie in dieselbe einer höheren Schule einzutreten beehrten, eine Aufnahmeprüfung abzulegen.¹⁵⁹⁵ Daß die

¹⁵⁹¹ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 70.

¹⁵⁹² Zur Entwicklung (und „Überspannung“) des Berechtigungswesens siehe Kapitel G. III. 2.

¹⁵⁹³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14499, Bl. 17-19.

¹⁵⁹⁴ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 70-71. – Dieses 7. Realschuljahr war übrigens schon im Gesetz vom 15. Februar 1884 zugelassen, indem für die oberste Klasse der sechststufigen Schule ein zweijähriger Kursus eingerichtet werden konnte. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1884, S. 22, § 50. – Ebenso sollte in den Plänen von Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) die Realschule um ein Jahr verlängert werden. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919 S. 2469, Ziffer 7. – Auch bekannte sich die Vertreterversammlung des Sächsischen Philologenvereins in Bautzen 1925 zur Einführung des 7. Realschuljahres. Vgl. Die höhere Schule, 1925, S. 125.

¹⁵⁹⁵ Zu diesen Aufnahmeprüfungen waren Schüler, die in der Untersekunda einer höheren Schule sitzengeblieben waren, dennoch aber die mittlere Reife erworben hatten, nicht zugelassen, da sie bereits durch ihr Sitzenbleiben ihre Unreife für die Obersekunda dargelegt hatten. Aufnahmeprüfungen blieben so den Schülern vorbehalten, die die mittlere Reife anderweit, nicht aber an einer höheren Schule, erlangt hatten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/422, Bl. 122.

mittlere Reife Gruppen von Schülern umschloß, die verschiedene Bildungsgänge mit verschiedenen Bildungsmitteln zurückgelegt hatten, machte sich so äußerlich in der Abstufung der Wertigkeit dieser Zeugnisse geltend, je nachdem, von welcher Anstalt sie ausgestellt worden waren.¹⁵⁹⁶

Der Sächsische Philologenverein befürchtete jedoch, daß die Einführung der mittleren Reife zu einem starken Absinken der Leistungshöhe der höheren Schule führen werde, da wegen des Wettbewerbs mit den höheren Volksschulabteilungen sich die Güte des der höheren Schule zugeführten Schülermaterials verschlechtern würde. Zudem sei die Höhe der an die Obersekundareife zu stellenden Anforderungen an das Wissen und Können auf die Dauer nicht haltbar, wenn ein so wichtiger Teil der mit ihr verbundenen Berechtigungen auf dem leichteren Wege über die gehobenen Abteilungen der Volksschule zu erlangen sei.¹⁵⁹⁷ Das Ministerium für Volksbildung wurde darum gebeten, daß die kleinen Realschulen im Lande durch die Gewährung der mittleren Reife an die Schüler des 9. und 10. Volksschuljahres nicht geschädigt würden, d. h. daß in solchem Falle die Genehmigung der Einführung solcher Klassen versagt werde.¹⁵⁹⁸ In der Öffentlichkeit waren die Philologen stets darauf bedacht, den qualitativen Unterschied zwischen mittlerer Reife und Obersekundareife herauszukehren, um Irrtümern vorzubeugen und sich gegenüber der unliebsamen Schulkonkurrenz abzuheben.¹⁵⁹⁹

d. Die Mädchenanstalten

Wie oben gezeigt, hatte sich in Sachsen das Mädchenbildungswesen gesondert vom Knabenbildungswesen entwickelt; die Gemeinschaftserziehung war als Notbehelf nur ausnahmsweise zugelassen. Jedoch war es nur zu einer geringen Zahl von Schulgründungen gekommen, wobei sich allgemein der Weltkrieg hemmend ausgewirkt hatte. Da insbesondere Klein- und Mittelstädte nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügten, traten die bürgerlichen Parteien zum Beginn der Weimarer Republik wiederholt für die Gewährung staatlicher Beihilfen für das höhere Mädchenbildungswesen ein. In den Staatshaushaltsplan sollten – wie es für das höhere Knabenschulwesen längst übliche Praxis war – entsprechende Mittel eingestellt werden, um so zu einer gleichmäßigen Unterstützung der Knaben- und Mädchenanstalten zu gelangen. Dieses Ansinnen scheiterte aber am Widerstand der Linksparteien, die die Mädchenschulen als Standesschulen betrachteten und ihr deswegen die Existenzberechtigung absprachen. Auch unter Berufung auf Sparsamkeit hielt man eine finanzielle Förderung für entbehrlich, da den Mädchen ja der Besuch der Knabenschulen freigestellt war. Der Gemeinschaftserziehung wurde so der Vorzug vor dem Mädchenbildungswesen eingeräumt, um auch den künftigen Aufbau der Einheitsschule zu erleichtern.¹⁶⁰⁰ Das Gesetz vom 6. März 1924 wies dann ja auch in diese Richtung.¹⁶⁰¹ Auf der anderen Seite gesellte sich zu dem Mangel an Bildungseinrichtungen ein wachsendes Bildungsbedürfnis der Mädchen. Die Folge hiervon war, daß sich die Knabenbildungsanstalten mit einem außerordentlichen Andrang von Mädchen – insbesondere nach der Umwandlung der Seminare in Deutsche Oberschulen – konfrontiert sahen. Es trafen hier also zwei Tendenzen aufeinander, die sich wechselseitig bedingten, so daß Ursache und Wirkung nicht klar voneinander

¹⁵⁹⁶ Welche Berechtigungen im praktischen Leben die mittlere Reife verlieh, blieb zunächst der weiteren Entwicklung überlassen. Ebenso wie dies bei dem Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis der Fall gewesen war, sollten sich im öffentlichen Verwaltungsdienst wie im Wirtschaftsleben die Grundsätze selbst herausbilden, inwieweit Inhaber des Zeugnisses der mittleren Reife als befähigt angesehen wurden, in ihre mittleren Berufe einzutreten. Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 1f. (= Dokument 186) und 13ff. (= Dokument 188). Siehe auch Kapitel D. II. 2. und G. III. 2.

¹⁵⁹⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/421, Bl. 15; Die höhere Schule, 1927, S. 61-64.

¹⁵⁹⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 3, Bl. 15.

¹⁵⁹⁹ Vgl. Ebd., Nr. 16250, Bl. 197; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 156 (vom 1. Februar 1927); Dresdner Anzeiger, 1927, Nr. 133, S. 2; Die höhere Schule, 1930, S. 278-279; Ebd., 1931, S. 62-63; Ebd., 1932, S. 288, 290 und 296.

¹⁶⁰⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 213; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 271 (vom 19. Juni 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 47. Sitzung vom 26. Juni 1919, S. 1613-1618. – Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 76. Sitzung vom 17. November 1921, S. 2442-2443. – Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 490 (vom 14. Dezember 1921), S. 1, Ziffer II; Ebd., Nr. 491 (vom 15. Dezember 1921), Ziffer I; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 10. Januar 1922, S. 2948-2950 und 2957; Ebd., 92. Sitzung vom 19. Januar 1922, S. 3006.

¹⁶⁰¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 201f. (= Dokument 52).

zu trennen sind. Einmal wurde die Gemeinschaftserziehung wegen fehlender Mädchenanstalten praktiziert, und umgekehrt wurden neue Mädchenschulen nicht errichtet, weil die Gemeinschaftserziehung möglich war. Von den 4866 Mädchen, die im Jahr 1914 eine höhere Schule besucht hatten, gingen 88,7 % auf eine höhere Mädchenschule bzw. Studienanstalt. Im Jahr 1926 lag ihr Anteil nur noch bei 57,9 %; umgekehrt ausgedrückt: von 14.972 Mädchen an höheren Schulen besuchten 6303 Knabenanstalten.¹⁶⁰² Während viele Schulen diese Entwicklung begrüßten und die Gemeinschaftserziehung durchführten, gingen andere dazu über, bei ausreichender Zahl von Mädchen besondere Klassen für diese einzurichten.¹⁶⁰³ Eine einheitliche Praxis war demnach in der Frage der Gemeinschaftserziehung nicht vorhanden.

Gegner der Gemeinschaftserziehung waren vornehmlich die Vertreter des höheren Mädchenbildungswesens selbst. So stellte im Anschluß an die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung des deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen in Halle/Saale am 26./27. September 1919¹⁶⁰⁴ der Sächsische Landesverein für das höhere Mädchenbildungswesen im Mai 1920 Leitsätze zum Neuaufbau des höheren Mädchenbildungswesens auf. Dieses müsse, soweit möglich, einheitlich mit dem der Knabenbildung, jedoch in sich selbständig und nach den durch die körperlich-geistige Sondernatur der Mädchen gegebenen inneren Gesetzen, erfolgen. Die Gleichwertung der Bildungsziele mit denen der Knaben dürfe dadurch nicht beeinträchtigt werden. Für die höhere Mädchenbildung seien demnach besondere Anstalten – sechsstufige höhere Mädchenschulen und die sich auf ihnen aufbauenden zweijährigen Frauenschulen sowie in der Regel dreijährigen Oberschulen – zu schaffen; wo das noch nicht möglich sei, stünde den Mädchen als Notbehelf der Besuch der entsprechenden Knabenanstalten frei.¹⁶⁰⁵ Der Verband sächsischer Lehrerinnen forderte in seinen Reformvorschlägen vom November 1924, die Mädchenbildung möge nach denselben Grundsätzen wie die Knabenbildung geregelt werden, für beide seien die gleichen Schulgattungen vorzusehen. Angesichts des jährlich wachsenden Zudrangs zu den höheren Schulen sei die Gründung neuer Mädchenbildungsanstalten dringend zu fordern. Soweit Mädchen die höheren Knabenschulen besuchten, seien weibliche Lehrkräfte einzustellen und bei genügender Zahl besondere Mädchenklassen zu bilden.¹⁶⁰⁶ Der Landesverband Sächsischer Frauenvereine erachtete in einer Eingabe vom Februar 1925 den gemeinsamen Unterricht von Knaben und Mädchen in erzieherischer Hinsicht als nachteilig für die Mädchen, da diese ausschließlich von männlichen Lehrkräften unterrichtet würden und der ganze Unterricht naturgemäß auf die Knaben eingestellt sei. Bei der Ausgestaltung des Mädchenbildungswesens sei aber die Bevorzugung *einer* Schulgattung als für die Mädchen besonders geeignet nicht wünschenswert. Insbesondere sei die Möglichkeit humanistischer Bildung für die Mädchen zu erhalten. Die Frauenschule in ihrer alten Form sollte jedoch nicht weiterbestehen.¹⁶⁰⁷ Im November 1925 veröffentlichten die Kollegien der vier Leipziger höheren Mädchenschulen ihre Richtlinien zur Reform des höheren Mädchenschulwesens. Darin lehnten sie jede Form der Koedukation ab; Mädchen sollten in den Knabenanstalten nur in den Orten zugelassen werden, in denen es an Mädchenbildungsanstalten fehlte, die zu gleichen Berechtigungen führten. Als die Normalform der höheren weiblichen Bildungsanstalt wurde die neunklassige Vollanstalt, namentlich die sechsstufige höhere Mädchenschule mit ihrem dreijährigen Aufbau (dreijährige Studienanstalt), angesehen. Den Bedürfnissen der besonderen Begabung sowie des Universitätsstudiums sollte durch die freiere Gestaltung des Unterrichts (Gabelung) Rechnung getragen

¹⁶⁰² Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 21 und 24.

¹⁶⁰³ Vgl. Ebd., S. 78-79. Zur Diskussion um die Gemeinschaftserziehung siehe auch: Die höhere Schule, 1926, S. 169-180, 191-196, 208-209 und 222-224.

¹⁶⁰⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/188, Bl. 186-187.

¹⁶⁰⁵ Vgl. Ebd., Nr. 11864/189, Bl. 32 (= Dokument 269). Die Unterrichtsgemeinschaft mit den Knaben wurde wesentlich deswegen abgelehnt, da die Mädchen trotz ihrer vermeintlich geringeren Leistungsfähigkeit während der Entwicklungsjahre gleichen Anforderungen zu genügen haben würden wie die in diesem Alter kräftigeren Knaben. Außerdem zerstöre die Gemeinschaftserziehung die „Ehrfurcht“ und die „fromme Scheu“, die Knaben und Mädchen von Haus aus vor dem anderen Geschlecht hätten, was eine sittliche Gefährdung impliziere. Vgl. Ebd., 10693, Nr. 442, AE 3.

¹⁶⁰⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14499, Bl. 117-118 (= Dokument 283).

¹⁶⁰⁷ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1075, AE 3 (= Dokument 284). Siehe auch: Ebd., Nr. 479, AE 3 (= Dokument 272).

werden. Zwecks Einführung der Mädchen in die antike Kultur war ein selbständiger gymnasialer Schultyp vorzusehen, der sich auf der vierten Klasse des Normaltyps der höheren Mädchenschulen aufbauen sollte.¹⁶⁰⁸

Auch das Ministerium für Volksbildung lehnte in seiner Denkschrift von 1926 die Gemeinschaftserziehung als allgemeinen Grundsatz ab, da die vorliegenden Erfahrungen noch nicht ausreichten, um eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. In Orten aber, wo eine höhere Schule für Mädchen nicht vorhanden war oder wo eine Knabenanstalt die bestehende Mädchenanstalt in ihrem Bildungsziel überstieg, war der Eintritt von Mädchen in die Knabenanstalten weiterhin gestattet.¹⁶⁰⁹ Aber auch gegen eine grundsätzliche Änderung des Mädchenbildungswesens sprach sich die Unterrichtsverwaltung aus. Insbesondere wurde die Forderung nach völliger Übereinstimmung der Organisation der Mädchen- und Knabenanstalten als nicht ausreichend begründet abgelehnt. Und die Mädcheneinheitsschule mit einem sechsjährigen Unterbau sowie einem dreijährigen Oberbau mit einer Anzahl differenzierter Züge fand als einziger Typus ebenso keine Anerkennung.¹⁶¹⁰ Die Hauptform unter den höheren Mädchenbildungsanstalten blieb sonach die sechsstufige höhere Mädchenschule. Im Gegensatz zu den Knaben, für die das berufliche „Fortkommen“ die beherrschende Rolle spielte, konnten die Mädchen die Entscheidung für einen akademischen Beruf oder wenigstens die Hochschulreife auf ein späteres Lebensalter aufschieben, da für sie die Verheiratung oder eine berufliche Tätigkeit, für deren Ausübung die Reife für Obersekunda genügte, hauptsächlich in Frage kamen. Entsprechend vereinigte die höhere Mädchenschule in sich eine Vielzahl von verschiedensten Begabungen, denen die Lehrordnung vom 1. April 1922 Rechnung trug. Die von manchen geforderte Umwandlung in eine Mädchenrealschule verwehrte das Ministerium, da man damit eine weit größere Zahl von Schülerinnen als bisher in eine ihrer Anlage nicht entsprechende Bahn gezwungen haben würde. Dieser Übelstand hätte sich dann in verstärktem Maße in der dreistufigen Studienanstalt ausgewirkt, wenn diese im Aufbau auf eine Mädchenrealschule sich noch mehr der Oberrealschule angenähert hätte. Daher behielt die höhere Mädchenschule ihren bisherigen Stundenplan, der nur geringfügige Änderungen erfuhr. So wurde analog zu den Knabenschulen – um die Einbeziehung in die gegliederte höhere Einheitsschule zu gewährleisten – das Englische als grundständige Fremdsprache eingeführt, bevor Französisch in Klasse III (Untertertia) folgte. Eine weitere Veränderung ergab sich in Obertertia durch Einführung der Kurzschrift als Pflichtfach.¹⁶¹¹ Auf der höheren Mädchenschule baute sich weiterhin ein dreijähriger Oberbau, die dreistufige Studienanstalt, auf, die zur Hochschulreife führte, und die künftig die Bezeichnung „Reformoberrealschule für Mädchen“ tragen sollte. Da ihr Lehrplan von 1910¹⁶¹² die mathematischen Fächer so stark betont hatte – ohne die Anforderungen der Oberrealschule vollständig zu übernehmen –, waren der großen Zahl vorwiegend sprachlich begabter Mädchen unnötige Hindernisse in ihren Bildungsgang gestellt worden. Während sich in der Oberrealschule naturgemäß die Mehrheit der Abiturienten technischen bzw. mathematisch-naturwissenschaftlichen Studien zuwandte, war der Anteil der Abiturientinnen der dreistufigen Studienanstalt, die für solche Studien in Frage kamen, viel geringer. So machte sich hier die Notwendigkeit zur freieren Gestaltung des Unterrichts (Gabelung) besonders bemerkbar. Der Befriedigung dieses Bedürfnisses sollten im Allgemeinen zwei Abteilungen, die sprachlich-geschichtliche mit zwei neueren Fremdsprachen und wahlfreiem Latein sowie eine mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung, dienen. Für Mädchen, die ein geisteswissenschaftliche Studium anstrebten, für das die Kenntnis der lateinischen Sprache voraus-

¹⁶⁰⁸ Vgl. Richtlinien zur Reform des Höheren Mädchenschulwesens, S. 26-28 (= Dokument 287). Auf Wunsch von Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) fand am 16. Januar 1926 mit Vertreterinnen der Leipziger Höheren Mädchenschulen eine Besprechung über die Neugestaltung des höheren Mädchenbildungswesens statt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14505, Bl. 1-4. Siehe auch: Die höhere Schule, 1926, S. 31-32.

¹⁶⁰⁹ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 79.

¹⁶¹⁰ Vgl. Ebd., S. 79-81.

¹⁶¹¹ Vgl. Ebd., S. 81-82, 86-87 und 248.

¹⁶¹² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 589ff.

gesetzt oder doch empfohlen war, sollte eine dritte Abteilung mit pflichtmäßigem Latein eingerichtet werden. Ein entsprechender Versuch wurde Ostern 1920 erstmals an der mit der 1. höheren Mädchenschule verbundenen dreistufigen Studienanstalt in Leipzig gestattet. Wo ein Bedürfnis nach Gabelung nicht bestand oder wegen zu geringer Schülerzahl nicht durchführbar war, galt der bisherige Normalplan der ungegabelten dreistufigen Studienanstalt, der die verschiedenen Begabungen dennoch möglichst berücksichtigen sollte.¹⁶¹³ Die Verordnung vom 26. Januar 1932 sowie der Landeslehrplan vom 10. Mai 1932 erklärten dann für die dreiklassige Studienanstalt den Zug mit pflichtmäßigem Latein zum Normalzug, wobei die entsprechende Stundenzahl in den neusprachlichen bzw. mathematisch-naturwissenschaftlichen Gabeln geringer ausfiel.¹⁶¹⁴ Den Bedenken, daß eine neu auftretende alte Fremdsprache eine außerordentlich schwere Belastung für die Schülerinnen sei, die vielen den Aufstieg unmöglich mache und dadurch den Oberbau überhaupt gefährde, konnte sich das Ministerium nicht gänzlich verschließen, und es bekundete zumindest die mittelfristige Absicht, den neusprachlichen Zug wieder zum Normalzug für die dreistufige Studienanstalt machen zu wollen.¹⁶¹⁵

Neben den dreiklassigen Studienanstalten wurden ebenso die sechsklassigen Studienanstalten beibehalten, die den Stundenplan des Reformrealgymnasiums erhielten.¹⁶¹⁶ Um besonders begabten Mädchen einen geschlossenen Lehrgang von neun Jahren, der von Anfang an auf das Ziel der obersten Klasse Bedacht nahm, zu geben, sollten die sechsklassigen Studienanstalten möglichst zu neunklassigen Vollanstalten ausgebaut werden. Soweit neunstufige Mädchenbildungsanstalten den Formen der Knabenschulen entsprachen, hatten sie künftig die gleichen Namen zu führen, z. B. Mädchengymnasium, Mädchenreformgymnasium usw. Der andersartige Entwicklungsrhythmus sowie die Anforderungen, die das Geschlecht an Stoffauswahl und Stoffbehandlung stellte, sollten in den Lehrplänen entsprechend berücksichtigt werden. Alle höheren Mädchenbildungsanstalten erhielten einen gemeinsamen dreijährigen Unterbau, der dem der Knabenschulen im Wesentlichen entsprach, wobei die Abänderungen wegen des verbindlichen Nadelarbeitsunterrichts zwanglos durch Übertragung des Lehrplans vom 1. April 1922 auch auf die Unterklassen der neunstufigen Mädchenbildungsanstalten zu bewerkstelligen waren. Wo diese Schulen aus wirtschaftlichen Gründen als selbständige Anstalten nicht zu gründen waren, konnten sie unter den gleichen Bezeichnungen an eine höhere Mädchenschule von Untertertia ab angegliedert werden.¹⁶¹⁷ Weitere Ausbaumöglichkeiten erblickte die Denkschrift schließlich in der Schaffung von Einrichtungen im Anschluß an die höhere Mädchenschule, die in Aufgabe und Ziel dem 7. Realschuljahr entsprechen konnten. Die weitere Entwicklung der Frauenschule sollte zunächst abgewartet und der Stundenplan der einzigen bestehenden derartigen Anstalt in Dresden-Altstadt solange nicht abgeändert werden.¹⁶¹⁸

e. Die Kritik an der Denkschrift

Am 24. September 1926 stellte Volksbildungsminister Dr. Fritz Kaiser (DVP) die Denkschrift über die Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen Vertretern der Presse vor. Er erklärte, daß die Denkschrift keinen völligen Umsturz bringe und es nicht der Ehrgeiz des Ministeriums gewesen sei, auf Kosten der höheren Schule etwas ganz Neues zu schaffen. Auch habe sich Sachsen bewußt von der preußischen Regelung abgewandt, indem es die in den sächsischen Verhältnissen historisch begründete, organisch gewordene und noch schärfer herauszuarbeitende bewegliche Einheitsschule durchführe. Und nach Überzeugung des Ministeriums könne diese gegliederte höhere Einheitsschule mit ihrem gemeinsamen

¹⁶¹³ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 82-85 und 87-89.

¹⁶¹⁴ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 47; Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Anlage II, S. 8.

¹⁶¹⁵ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 258.

¹⁶¹⁶ Vgl. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Anlage II, S. 4.

¹⁶¹⁷ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 81 und 85-86.

¹⁶¹⁸ Vgl. Ebd., S. 89-90.

Unter- und Mittelbau und der Beweglichkeit im Oberbau einmal der Ausgangspunkt für eine allgemeine deutsche Reform (Vereinheitlichung) des höheren Schulwesens werden.¹⁶¹⁹

Von Seiten der Volksschule wurde im Grundsatz bemängelt, daß aus der Denkschrift und ihren Vorschlägen der Wille zu einer wirklichen Schulreform nicht zu erkennen gewesen sei. Was die Denkschrift an Reformvorschlägen bringe, sei durch die natürliche Entwicklung oder durch Verordnung bereits Wirklichkeit oder werde als notwendige Forderung der allgemeinen Entwicklung nur etwas weitergeführt. Insbesondere bleibe die Denkschrift im Bereich der höheren Schule stecken. Die notwendige Konsequenz der auf der Unter- und Mittelstufe wirkenden Tendenz zur Vereinheitlichung müsse jedoch die Forderung sein, nun auch mit der Organisation des gesamten Schulwesens nach einem einheitlichen Plan Ernst zu machen und die Volksschule mit einzuschließen; hier jedoch versage die Logik des Verfassers. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung wurde zudem scharfe Kritik an dem Verfahren des Zustandekommens der Denkschrift geübt. So habe man es mit ihr „nicht so eilig gehabt wie seinerzeit mit der Denkschrift über die Volksschule, die für die Volksschullehrerschaft eine politische Schrift war und, [...], das Quellenbuch für konservative Politiker, kirchliche Elternvereine und alle die wurde, die auf das Schlagwort von der ‚heruntergewirtschafteten Volksschule‘ ihre Hoffnung gesetzt hatten“. Die Denkschrift über die Volksschule aus dem Jahr 1924 sei schnell innerhalb von Monaten mit Hilfe von Interessengegnern der Volksschule zusammengestellt worden. Die Denkschrift über die Neuordnung des höheren Schulwesens sei dagegen in jahrelanger gemeinsamer Arbeit von Schulverwaltung und Philologenschaft entstanden. Die Aufgabe der höheren Schule werde sowohl in geschichtlicher Entwicklung als auch nach ihrer kulturellen Bedeutung gewürdigt, die der Volksschule allein vom Standpunkte der Aufnahmeprüfungen und der Vorbereitung für die höhere Schule dargestellt. Im Jahr 1924 wurde das Material für das Urteil über die Volksschule von den höheren Lehrern geliefert, die sich in dieser Zeit durch Reformpläne für eine Einheitschule bedrängt sahen und sich in außerordentlicher Erregung gegenüber Volksschule und Volksschullehrern befanden. Nun verlasse man dieses Prinzip, indem man die von Seiten der Hochschule geäußerten Beschwerden über mangelhafte Leistungen der Abiturienten¹⁶²⁰ nicht als Maßstab des Urteils heranziehe. Die bei der Volksschule erkannten Mängel seien in erster Linie nicht mit den Auswirkungen der Kriegs- und Inflationszeit, sondern mit den Lehrern in Zusammenhang gebracht worden. Der höheren Schule werde dagegen mit Verständnis für alle Schwierigkeiten begegnet. Und während aus der Denkschrift über die Volksschule als Hauptsache die Forderung vermehrter Aufsicht folge, sei es bei der höheren Schule innerer und äußerer Ausbau bis zur Möglichkeit von Pflichtstundenermäßigungen für ihre Lehrer. Die Volksschullehrerschaft erwarte nun Gerechtigkeit und für die Volksschule die gleiche Behandlung, wie sie der höheren Schule zuteil geworden sei.¹⁶²¹

Hierauf entgegnete das Ministerium für Volksbildung, daß das höhere Schulwesen seine letzte allgemeine Regelung im Jahr 1876 erfahren habe, und es die lange seitdem verstrichene Zeit notwendig gemacht habe, in der Denkschrift alle Seiten und Probleme des höheren Schulwesens umfassend zu betrachten. Die Volksschule habe dagegen erst in den letzten Jahren neue gesetzliche Grundlagen erhalten,

¹⁶¹⁹ Vgl. Dresdner Anzeiger, 1926, Nr. 450, S. 1; LLZ, 1926, S. 595-596. Am 26. September 1926 ließ die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei noch verlauten, daß die Denkschrift die unter zusammenfassender Leitung entstandene gemeinsame Arbeit aller zuständigen Referenten sei und demnach nicht als das Werk eines einzelnen, sondern als amtliche Schrift des Ministeriums gewertet sein wolle. Vgl. Dresdner Anzeiger, 1926, Nr. 452, S. 3.

¹⁶²⁰ Vgl. Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Urteile über die Leistungen der höheren Schule; Die höhere Schule, 1927, S. 125-130.

¹⁶²¹ Vgl. Dresdner Anzeiger, 1926, Nr. 488, S. 4; Ebd., Nr. 505, S. 4; LLZ, 1926, S. 596-599; SSZ, 1926, S. 539-542 (Zitat: S. 539), 559-561 und 579-583; NSSZ, 1926, S. 331-333. Die verschiedene Behandlung der Volksschule und höheren Schule äußerte sich auch darin, daß beide Organisationen unterschiedliches Gehör beim Ministerium für Volksbildung fanden. So hatte der Sächsische Lehrerverein 1928 beklagt, daß er zwar zur gutachtlichen Stellungnahme zum Landeslehrplan für die Volksschulen herangezogen worden sei, das Ministerium aber zur mündlichen Verhandlung mit Rede und Gegenrede nicht bereit gewesen sei; bei den Lehrplanarbeiten für die höhere Schule sei anders verfahren worden. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2083, AE 3-4. Und im Jahr 1932 kritisierte der Sächsische Lehrerverein, daß ihm der Landeslehrplan für die höheren Schulen vor der Drucklegung nicht zur Stellungnahme vorgelegt worden sei, während sich umgekehrt der Sächsische Philologenverein sehr wohl zu dem Landeslehrplan für die Volksschulen äußern können. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 203.

weswegen eine allgemeine Neuordnung von Landes wegen nicht mehr in Betracht zu ziehen war. Und die Denkschrift von 1924 befasse sich nur mit der einen Frage, wie zur Zeit die Lehr- und Erziehungserfolge der Volksschule zu beurteilen seien. Der Vorwurf unterschiedlicher und ungerechter Behandlung der Volksschule sei angesichts dessen, was in den letzten Jahren in schwerster Finanznot des Staates für die Volksschullehrerschaft geschehen sei, unverständlich.¹⁶²² Anlässlich der Haushaltsberatungen im Jahr 1927 nahm der Minister nochmals zu den Vorwürfen Stellung.¹⁶²³

Während aus der Volksschullehrerschaft scharfe Kritik geübt wurde, fand das in der Denkschrift aufgestellte Programm bei der Philologenschaft Zustimmung, da deren eigene Konzeptionen und Vorschläge in dieselbe Richtung wiesen. Ende 1919 war der Sächsische Philologenverein durch Kultusminister Dr. Richard Seyert (DDP) aufgefordert worden, sich zu verschiedenen Fragen der Neugestaltung des höheren Schulwesens zu äußern.¹⁶²⁴ Dieser sprach sich grundsätzlich gegen die Durchführung der allgemeinen Einheitsschule sowie eine Verlängerung der Grundschule über vier Jahre hinaus aus, um die höheren Schulen in ihrer bisherigen Organisation zu erhalten.¹⁶²⁵ Im Jahr 1921 wurde dann von der Vertreterversammlung ein vom Pädagogischen Ausschuß und Beirat des Sächsischen Philologenvereins entworfener „Plan eines einheitlichen Schulsystems für die höheren Schulen“ beschlossen.¹⁶²⁶ Dieser ging ebenso wie die Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung von der Beobachtung aus, daß die Ausbreitung der Reformschulen mit ihrem lateinlosen Unterbau zu größerer Einheitlichkeit des höheren Schulwesens führe. Diese Schulen bräuchten nur – unbeschadet der Sonderstellung des Gymnasiums alten Stils als wichtigster Pflegestätte der humanistischen Bildung – weiter ausgebaut sowie ab Untersekunda mit ausreichend differenzierten Zügen ausgestattet zu werden, um zu der „höheren Einheits- und Differenzierungsschule“ zu gelangen.¹⁶²⁷ In der Auseinandersetzung um den Referentenentwurf des Ministeriums für Volksbildung „Gründzüge der Einheitsschule“ sowie den vom Sächsischen Lehrerverein verabschiedeten „Plan für den einheitlichen Aufbau des gesamten Erziehungswesens“ trat der Sächsische Philologenverein als Kritiker der Konzeptionen auf.¹⁶²⁸ Als Gegenentwurf beschloß die Vertreterversammlung im April 1924 ihrerseits „Leitsätze zum Ausbau des höheren Schulwesens im Freistaat Sachsen“, die wiederum auf dem Gedanken des Reformschulsystems beruhten.¹⁶²⁹ Folgerichtig erklärte sich der Sächsische Philologenverein in seinem Gutachten vom März 1927 mit den in der ministeriellen Denkschrift niedergelegten Gedanken im Allgemeinen einverstanden, da sie im Wesentlichen den eigenen Leitsätzen, die an dieser Stelle nochmals ausgebreitet wurden, entsprachen. Vor allem billigte er es, daß die Denkschrift das Gewordene folgerichtig fortzuführen suche, und in Fragen, die noch nicht spruchreif seien, auf eine Entscheidung verzichte und so den Weg zu einer gesunden Weiterentwicklung freilasse. Als Anlage folgten noch die Stellungnahmen der Fachgruppen für die einzelnen Schulgattungen.¹⁶³⁰ Als weiteres Material zur Neuord-

¹⁶²² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14503, Bl. 207-212; Sächsische Staatszeitung, 1926, Nr. 247, S. 1.

¹⁶²³ Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 924-926.

¹⁶²⁴ Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 2, S. 1-2; Deutsches Philologen-Blatt, 1921, S. 116-117.

¹⁶²⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 8, Bl. 274-275; Boehm, Ernst: Einheitsschule und höhere Schule; Kieß, Kurt: Höhere Schule und sechsklassige Grundschule; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 219.

¹⁶²⁶ Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 15, S. 109-115; Deutsches Philologen-Blatt, 1922, S. 7-8. Siehe auch: SSZ, 1922, S. 146-147.

¹⁶²⁷ Vgl. Weidenkaff, K.: Unterrichts- und Erziehungsfragen im Sächsischen Philologenverein, S. 234-236, Zitat: S. 234; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 14, S. 89; Deutsches Philologen-Blatt, 1921, S. 340. – Das humanistische Gymnasium, 1920, S. 99-101; Deutsches Philologen-Blatt, 1921, S. 133-153; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 19, S. 74; Die höhere Schule, 1924, S. 14-15.

¹⁶²⁸ Siehe Kapitel G. II. 2.

¹⁶²⁹ Vgl. Die höhere Schule, 1924, S. 53-55 (= Dokument 280) und 55-57; Ebd., 1925, S. 69-70; SSZ, 1924, S. 281-282. – Die Hauptversammlung des Sächsischen Philologenvereins bat im September 1924 in einer Entschliebung, die Reform des höheren Schulwesens im Sinne der von der Vertreterversammlung im April d. J. beschlossenen Leitsätze durchzuführen sowie baldigst ein neues Gesetz über das höhere Schulwesen zu verabschieden. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/62, Bl. 136. Diese Wünsche wurden auf der Vertreterversammlung im September 1928 in Zwickau erneut vorgetragen. Vgl. Die höhere Schule, 1928, 223.

¹⁶³⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 3; Die höhere Schule, 1927, S. 37-59 und 67-68. Im Jahr 1929 wurde nochmals festgestellt: Mit dem Erscheinen der Denkschrift „und ihrer Durchführung fand die Reform einen vorläufigen Abschluß.

nung wurde im Januar 1926 und im März 1927 je ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die allen höheren Schulen gemeinsamen Belange, nicht aber die Besonderheiten der einzelnen Schularten zu regeln suchte.¹⁶³¹ Im März 1928 veröffentlichte der Sächsische Philologenverein Vorschläge der Landesfachgruppen und Schulgattungen zu einem Landeslehrplan für die höheren Schulen.¹⁶³² In der Weltwirtschaftskrise trat dann angesichts von Sparmaßnahmen die pädagogische Arbeit des Sächsischen Philologenvereins hinter die beamten- und schulpolitische Arbeit zurück. Die baldige Herausgabe eines umfassenden Schulprogramms im Hinblick auf die Vereinheitlichung des höheren Schulwesens wurde der Vertreterversammlung vom 8./9. Oktober 1932 in Dresden in Aussicht gestellt.¹⁶³³

III. Das höhere Schulwesen in der Weltwirtschaftskrise

An dieser Stelle werden als Folgen des Personalabbaus die Einschnitte in die organisatorische Höhe des höheren Schulwesens beleuchtet. Unter den Stichworten „Inflation“ und „Deflation“ erfahren die Schülerbewegung sowie die sich aus ihr ergebenden Rückwirkungen auf die Schulorganisation eine Darstellung. Sodann werden Konfliktlinien nachgezeichnet, die sich aus dem Nebeneinander verschiedener Schulgattungen ergeben hatten.

1. Die Sparmaßnahmen im höheren Schulwesen

Wie die Lehrkräfte an den Volks- und Berufsschulen so waren im Frühjahr 1924 auch die Philologen vom Personalabbau betroffen.¹⁶³⁴ Aus dem Dienst entlassen wurden vornehmlich die über 60 Jahre alten Lehrer und Direktoren, um den Philologennachwuchs nicht in andere Berufe abzudrängen. Andererseits durfte – im Gegensatz zur Volksschule, wo die Lehrer über die gleiche Lehrbefähigung verfügten – kein mechanischer Abbau erfolgen, da wegen des an den höheren Schulen praktizierten Fachlehrersystems die für die einzelnen Unterrichtsfächer nötigen Lehrkräfte nicht in jedem Falle entbehrlich waren.¹⁶³⁵ Das Abbauergebnis wurde im Sommer 1924 auf reichlich 10 % beziffert¹⁶³⁶, was natürlich Konsequenzen für die organisatorische Höhe des Schulwesens hatte.

Diese Auswirkungen bezogen sich zunächst auf die Klassenbildung. Nach den gesetzlichen Vorschriften sollte die Zahl der Schüler in der Regel in Unter- und Mittelklassen nicht über 40, in den drei Oberklassen nicht über 30, und in den Seminaren nicht über 25 ansteigen. Die Zahl der Schülerinnen der höheren Mädchenschulen sollte in der Regel in den Klassen VII bis IV nicht mehr als 40, in den Klassen III bis I sowie in den Klassen der Studienanstalten nicht mehr als 30 betragen. Wenn diese Zahlen in einer Klasse dauernd überschritten wurden, so war dieselbe zu teilen und eine Parallelklasse zu bilden.¹⁶³⁷ Zur Vorbereitung des Abbaues im Jahr 1924 teilte das Ministerium für Volksbildung Richtlinien für Maßnahmen zur Abminderung der persönlichen Ausgaben im Bereiche des höheren Schulwesens mit. So wurde für Ostern 1924 die Zusammenlegung schwach besetzter Klassen für unbedingt erforderlich erachtet. Eine Teilung der Oberklassen konnte grundsätzlich nur bei einer Gesamtschülerzahl von mehr als 25 in

Dabei zeigte sich freilich, daß grundlegende neue Gedanken in dem Reformwerk nicht auftraten und nicht auftreten konnten, hatte doch die höhere Schule seit Jahrzehnten im Zustand einer ‚latenten Schulreform‘ gestanden. Die Denkschrift stellte fest und führte allgemein durch, was an zahlreichen Stellen schon organisch gewachsen war. Das war für viele vielleicht eine Enttäuschung, und doch bewies gerade diese Tatsache, daß die höhere Schule nicht von der starren Rückständigkeit erfüllt war, welche ihr die Gegner andichteten.“ Vgl. Die höhere Schule, 1929, S. 258.

¹⁶³¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14499, Bl. 195ff. (= Dokument 62); Ebd., Nr. 14504, D 3, Bl. 36-51 (= Dokument 70) und 51-55.

¹⁶³² Vgl. Lehrplan-Entwürfe des Sächsischen Philologenvereins vom 15. März 1928.

¹⁶³³ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 256.

¹⁶³⁴ Siehe Kapitel E. I. 1.

¹⁶³⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/84, Bl. 10; Ebd., Nr. 13316/9, Bl. 71; Ebd., Nr. 13917, Bl. 89-90.

¹⁶³⁶ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3185.

¹⁶³⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 320 (§ 11) und 330 (§ 57 Absatz 2); Ebd., 1908, S. 81, § 1 Absatz 2; Ebd., 1910, S. 141, § 4.

einer Klasse, für Mittelklassen von mehr als 35, für Unterklassen von mehr als 40 Schülern zugelassen werden. Die drei Oberklassen der Realschule galten künftig als Mittelklassen. Ferner wurde erwogen, ob Klassen mit weniger als 15 Schülern nach Ostern 1924 überhaupt weitergeführt werden konnten. Waren andere höhere Lehranstalten (auch verschiedener Schulträger) am Orte, so war zunächst die Zusammenlegung mit der entsprechenden Klasse einer Schule gleicher Gattung oder, falls eine solche nicht bestand, mit der entsprechenden Klasse einer Schule anderer Gattung, in diesem Falle unter dem Gesichtspunkte der freien Gestaltung des Unterrichts, zu erwägen. Das Ministerium beabsichtigte nötigenfalls gesetzliche Maßnahmen dahingehend zu treffen, daß Lehrkräfte an einer städtischen Schule auch an staatlichen Unterrichtsanstalten und umgekehrt zur Unterrichtserteilung herangezogen werden konnten. Wo keine andere höhere Schule am Orte war, kam zunächst die Zusammenlegung zweier aufeinanderfolgender Klassen in tunlichst weitem Ausmaße in Betracht. Soweit dies nicht möglich war, wollte das Ministerium für staatliche Schulen die Weiterführung zu schwach besetzter Klassen voraussichtlich nicht genehmigen.¹⁶³⁸ Das Gesetz zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen vom 27. März 1924 verpflichtete die höheren staatlichen und nichtstaatlichen Schulen eines Ortes, sich zur Erzielung sparsamster Arbeitsleistung und zu voller Ausnutzung der Pflichtstundenzahl durch Zusammenlegung von Klassen, Beschäftigung von Lehrkräften an mehreren Anstalten oder anderer geeignete Maßnahmen gegenseitig zu unterstützen.¹⁶³⁹

Nachdem eine im Jahr 1924 veranstaltete Umfrage ergeben hatte, daß in 218 Unterklassen die Zahl 40, in 78 Mittelklassen die Zahl 35 und in 5 Oberklassen die Zahl 30 überschritten wurde, beantragte die Abgeordnete Dr. Doris Hertwig (DVP), bei der geplanten Reform des höheren Schulwesens die Klassenstärke so zu regeln, daß sie in keinem Falle die im Schulbedarfsgesetz für die Volksschulen festgesetzten Zahlen¹⁶⁴⁰ überschreite. Auch Minister Dr. Fritz Kaiser (DVP) hielt eine Herabsetzung der Klassenstärke für die einzelnen Schulstufen für unbedingt notwendig, und er kündigte an, zunächst im Verordnungswege auf die Einhaltung der gesetzlichen Höchstzahlen hinwirken zu wollen. Jedoch war die Teilung übermäßig gefüllter Klassen mit dem Problem behaftet, daß sie zum Teil die Schaffung neuer Stellen erforderte, die ja gerade durch den Personalabbau eingezogen worden waren.¹⁶⁴¹ Im Gegensatz zur Volksschule, die zur Zeit der Durchführung der Sparmaßnahmen einen Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen hatte¹⁶⁴², drängte im selben Zeitraum eine ständig wachsende Zahl an Schülern zur höheren Schule¹⁶⁴³, so daß vor allem die Unterklassen bereits so voll waren, daß dort eher eine Teilung als eine weitere Auffüllung angebracht erschien¹⁶⁴⁴. So mußten z. B. trotz Personalabbaues Ostern 1924 25 neue Sexten eingerichtet werden.¹⁶⁴⁵ Und trotz der besonders starken Sextanerjahrgänge 1930 und 1931 sprach sich das Finanzministerium mit Blick auf die ungünstige Finanzlage wiederum gegen die Neueinstellung von Lehrern aus. Vielmehr war bei der Aufnahme von Sextanern mit den vorhandenen Lehrkräften auszukommen sowie Zusammenlegung von Klassen, Vereinigungen von Klassen in einer beschränkten Zahl von Unter-

¹⁶³⁸ Die Gemeinden und Gemeindeverbände, die höhere Schulen unterhielten, hatten entsprechend zu verfahren. Für diejenigen städtischen höheren Schulen, die staatliche Unterstützung genossen, wurde, falls sie diese Grundsätze ohne ausreichende Begründung außer acht ließen, eine Kürzung oder gegebenenfalls gänzliche Streichung des staatlichen Zuschusses erwogen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/408, Bl. 32 (= Dokument 157).

¹⁶³⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 208, Ziffer II Absatz 3.

¹⁶⁴⁰ Die Höchstzahl betrug in der Volksschule in einer Klasse mit einem Jahrgang 35, in einer Klasse mit mehreren Jahrgängen 30 Schüler. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 410, § 31 Absatz 1.

¹⁶⁴¹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 1655; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1010 (vom 8. November 1924); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 112. Sitzung vom 20. Januar 1925, S. 3548-3550; Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 114. Sitzung vom 27. Januar 1925, S. 3605; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1179 (vom 18. Februar 1925); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 121. Sitzung vom 26. Februar 1925, S. 3874 und 3877; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 457 (vom 28. Februar 1925).

¹⁶⁴² Siehe Kapitel E. II. 2. b.

¹⁶⁴³ Siehe Kapitel G. II. 3.

¹⁶⁴⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/84, Bl. 10.

¹⁶⁴⁵ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3185.

richtsstunden und Einschränkung von Gabelungen vorzunehmen.¹⁶⁴⁶ Daraus ergab sich unmittelbar eine Intensivierung der Arbeitslast für den einzelnen Lehrer, was äußerlich in der Erhöhung der Pflichtstundenzahl zum Ausdruck kam.

Nach dem Gesetz vom 22. August 1876 waren zur wöchentlichen Unterrichtserteilung verpflichtet die Direktoren im Allgemeinen bis zu 14, die Direktoren der Realschulen II. Ordnung jedoch bis zu 16 Stunden, die ordentlichen und provisorischen Oberlehrer (wissenschaftliche Lehrer) bis zu 24, sowie die Fachlehrer für Gesang, Turnen, Zeichnen und Schreiben bis zu 28 Stunden. Die Direktoren waren ermächtigt, diese Zahlen unter Berücksichtigung der Schwierigkeit des Lehrgegenstandes, der Zahl der Schüler, der Menge der Korrekturen oder des Alters eines Lehrers angemessen zu vermindern. Bei den beiden Fürstenschulen konnten die wöchentlich Lehrstunden für den Direktor auf 12, für die übrigen Lehrer auf 18 Stunden herabgesetzt werden.¹⁶⁴⁷ Von der Absenkung war in der Praxis auch reichlich Gebrauch gemacht worden, so daß dem gesetzlichen Höchstmaß eine tatsächliche Pflichtstundenzahl von durchschnittlich 22 bei den wissenschaftlichen und 26 bei den Fachlehrern gegenüberstand.¹⁶⁴⁸ Eine gegenläufige Tendenz offenbarte sich dann zum Beginn der Weimarer Republik. So beklagte die 2. Hauptversammlung des Sächsischen Philologenvereins am 24. September 1921 in Leipzig in einer Entschließung, daß in letzter Zeit seitens von Stadtverwaltungen Bestrebungen im Gange seien, die wöchentliche Stundenzahl der höheren Lehrer durch einseitige Verfügungen wesentlich zu erhöhen. Dies bedeute eine ungebührliche Beeinträchtigung der berechtigten Interessen der städtischen höheren Lehrerschaft und führe dazu, daß diese Lehrer innerhalb der gesamten höheren Lehrerschaft eine besondere Gruppe bildeten, die in ihren Rechten und Berufsbedingungen gegenüber den staatlichen Lehrern benachteiligt würden.¹⁶⁴⁹ Der Gang der künftigen Entwicklung war damit schon angekündigt. Im Zusammenhang mit dem Personalabbau im höheren Schulwesen bestimmte die Verordnung vom 23. Januar 1924 nämlich, daß die Lehrer die gesetzlich festgelegte Pflichtstundenzahl nun in jedem Fall zu erteilen hatten. Stundenermäßigungen wurden nur noch in Höhe von zwei Stunden gewährt und waren in jedem einzelnen Fall ausführlich zu begründen und dem Ministerium anzuzeigen.¹⁶⁵⁰ Das Gesetz zur Durchführung des Personalabbaugesetzes in den Schulen vom 27. März 1924 führte sodann eine allgemeine Pflichtstundenerhöhung herbei. Die Direktoren waren nun zur Erteilung von 14, die Direktoren der Realschulen zu 16, die Oberlehrer zu 26, sowie die Fachlehrer zu 30 Stunden Unterricht verpflichtet. Stundenermäßigung war nur mit Genehmigung der obersten Schulbehörde um höchstens vier Stunden statthaft. Auch konnte Schulleitern und Lehrern, die ständig mit der Besorgung bestimmter Verwaltungsgeschäfte beauftragt waren, die dazu erforderliche Zeit auf die Pflichtstunden angerechnet werden.¹⁶⁵¹ Durch das Schuländerungsgesetz 1925 verminderte sich die Pflichtstundenzahl um zwei Stunden für die Lehrer aller Gattungen sowie die Direktoren der Realschulen, die zu Beginn des Schuljahres das 50. Lebensjahr vollendet hatten; damit war das Alter des Lehrers als Grund für eine Stundenermäßigung aus dem Ermessen des Direktors genommen.¹⁶⁵² Das Schuländerungsgesetz 1927 hielt die getroffene Regelung auch im Schuljahr 1927/1928 aufrecht, wobei die Altersermäßigung jetzt ab dem 45. Lebensjahr eintrat.¹⁶⁵³ Das Schuländerungsgesetz 1928 führte die Pflichtstundenzahl wieder auf ihr ursprüngliches Maß zurück; jedoch trat nun eine Erhöhung um zwei Stunden für die Lehrer ein, die bei Beginn des Schuljahres 1928/1929 das 45. Lebensjahr noch nicht voll-

¹⁶⁴⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/254, Bl. 59; Ebd., Nr. 11864/255, Bl. 24; Verordnungsblatt, 1929, S. 53.

¹⁶⁴⁷ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 323-324 (§ 28), 328 (§ 41) und 330 (§ 54).

¹⁶⁴⁸ Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 117 (vom 18. Februar 1924), S. 6.

¹⁶⁴⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14493, Bl. 267-268.

¹⁶⁵⁰ Vgl. Ebd., Nr. 11864/408, Bl. 32, Ziffer 8.

¹⁶⁵¹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 208, Ziffer II Absatz 1.

¹⁶⁵² Vgl. Ebd., 1925, S. 54, Ziffer II.

¹⁶⁵³ Vgl. Ebd., 1927, S. 80.

endet hatten.¹⁶⁵⁴ Die Schuländerungsgesetze 1929 und 1930 verlängerten diese Bestimmung bis einschließlich Schuljahr 1931/1932.¹⁶⁵⁵

Die Pflichtstunden der Lehrer an höheren Schulen 1876–1932

Jahr	Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden	Bemerkungen
1876	Direktoren bis zu 14; Oberlehrer* bis zu 24; Fachlehrer bis zu 28; Direktoren der Realschulen II. Ordnung bis zu 16	Stundenermäßigung durch den Direktor möglich; an den beiden Fürstenschulen Stundenermäßigung für die Direktoren auf 12, für die übrigen Lehrer auf 18 möglich
01/1924	Direktoren 14; Oberlehrer 24; Fachlehrer 28; Direktoren der Realschulen bis zu 16	Ermäßigung durch den Direktor bis zu 2 Stunden möglich
04/1924	Direktoren 14; Oberlehrer 26; Fachlehrer 30; Direktoren der Realschulen 16	Ermäßigung mit Genehmigung der obersten Schulbehörde bis zu 4 Stunden möglich; sowie Stundenermäßigung bei Schulleitung und Erledigung von Verwaltungsgeschäften
1925	Direktoren 14; Oberlehrer 26; Fachlehrer 30; Direktoren der Realschulen 16	abzüglich 2 Stunden ab dem 50. Lebensjahr für Lehrer aller Gattungen sowie Direktoren der Realschulen
1927	Direktoren 14; Oberlehrer 26; Fachlehrer 30; Direktoren der Realschulen 16	abzüglich 2 Stunden ab dem 45. Lebensjahr für Lehrer aller Gattungen sowie Direktoren der Realschulen;
1928	Direktoren 6 bis 14; wissenschaftliche Lehrer 24; Fachlehrer 28	zuzüglich 2 Stunden bis zum 45. Lebensjahr (gilt nicht für Direktoren)
1929	Direktoren 6 bis 14; wissenschaftliche Lehrer 24; Fachlehrer 28	zuzüglich 2 Stunden bis zum 45. Lebensjahr (gilt nicht für Direktoren)
1930	Direktoren 6 bis 14; wissenschaftliche Lehrer 24; Fachlehrer 28	zuzüglich 2 Stunden bis zum 45. Lebensjahr (gilt nicht für Direktoren)
1931/1932	Direktoren 8 bis 16; wissenschaftliche Lehrer 26**; Fachlehrer 30**	zuzüglich 2 unbezahlter Überstunden ab dem 45. Lebensjahr (sofern diese anfielen); Stundenermäßigung eingeschränkt sowie für Stellvertretung der Schulleitung halbiert

* Oberlehrer = wissenschaftliche, akademisch gebildete Lehrer

** Die Bestimmung wurde ausgesetzt, so daß die frühere Regelung galt.

Quellen: Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 323-324 (§ 28), 328 (§ 41) und 330 (§ 54); SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/408, Bl. 32, Ziffer 8; Sächsisches Gesetzblatt, 1924, S. 208, Ziffer II Absatz 1; Ebd., 1925, S. 54, Ziffer II; Ebd., 1927, S. 80; Ebd., 1928, S. 71-72, Ziffer II; Ebd., 1929, S. 45, Ziffer II; Ebd., 1930, S. 16, Ziffer II; Ebd., 1931, S. 157-158 (Artikel 3 Absatz 1 und 4) und 158 (Artikel 5 Absatz 2); Verordnungsblatt, 1931, S. 79 (Ziffer I. a) und 80 (Ziffer IV. 2).

Von Lehrerseite wurde den Sparmaßnahmen der Regierung mit entschiedener Ablehnung begegnet. Der Bund Entschiedener Schulreformer sprach sich in einer Eingabe vom Januar 1924 gegen „das verantwor-

¹⁶⁵⁴ Vgl. Ebd., 1928, S. 71-72, Ziffer II.

¹⁶⁵⁵ Vgl. Ebd., 1929, S. 45, Ziffer II; Ebd., 1930, S. 16, Ziffer II.

tungslose Wettrennen im Schulabbau“¹⁶⁵⁶ aus. Der Sächsische Philologenverein kritisierte auf seiner Hauptversammlung im September 1924 die Abbaumaßnahmen wegen materieller Schädigung und Eingriff in die Beamtenrechte.¹⁶⁵⁷ In der Folge wurde vor allem die Pflichtstundenfrage wegen dienstlicher Überlastung der Lehrer und vermehrter Krankheitsfälle immer wieder thematisiert und eine baldige Absenkung der Sätze gefordert. Nach dem vom Sächsischen Philologenverein vorgelegten Entwurf eines Gesetzes für das höhere Schulwesen vom März 1927 sollten die Oberstudiendirektoren bis zu 8, ihre Stellvertreter bis zu 16, die planmäßigen Lehrer mit abgeschlossener Hochschulbildung bis zu 22, sowie die Fachlehrer, die die akademischen Staatsprüfungen für das höhere Lehramt nicht abgelegt hatten, bis zu 26 Stunden erteilen bei einer jeweiligen Ermäßigung um zwei Stunden nach erfülltem 45. Lebensjahr.¹⁶⁵⁸ An und für sich war die Regierung auch bestrebt gewesen, die Pflichtstunden wieder herabzusetzen.¹⁶⁵⁹ Sie unterließ es jedoch, weil die dabei notwendig gewordene Vermehrung des Personalaufwands, insbesondere durch Errichtung neuer Stellen, Staat und Gemeinden vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt hätte. Zudem seien für einige Lehrgebiete sächsische Anwärter auch nicht vorhanden gewesen.¹⁶⁶⁰ Spätestens ab 1930 mußte jedoch eingeräumt werden, daß angesichts des jahrelangen Andrangs zum Studium für das höhere Lehramt der letztgenannte Grund nicht (mehr) zutreffend war.¹⁶⁶¹ Maßgeblich blieben also finanzielle Beweggründe, die insbesondere in der Weltwirtschaftskrise immer stärkeres Gewicht erhielten.

Wie für das Volks- und Berufsschulwesen führte die Sparverordnung vom 21. September 1931 auch für das höhere Schulwesen umfängliche Abbaumaßnahmen herbei. Nach ihren Bestimmungen entfiel wahlfreier Unterricht in Kurzschrift, Werkunterricht, Nadelarbeiten, im Spiel und in Italienisch; im Instrumentenspiel war er um ein Viertel zu kürzen. Nicht genügend besetzte Klassen waren stärker als bisher zusammenzulegen sowie die Wochenstundenzahlen nach näherer Anordnung des Ministeriums für Volksbildung herabzusetzen. Erhöht wurde die Pflichtstundenzahl für die wissenschaftlichen Lehrer auf 26 Stunden, und für die Lehrer der Künste und Fertigkeiten, soweit sie nicht nach der Prüfungsordnung vom 1. April 1924 geprüft worden waren, auf 30 Stunden. Die Oberstudiendirektoren hatten je nach der Größe der Schule 8 bis 16 Unterrichtsstunden in der Woche zu erteilen. Weitgehend eingeschränkt wurden die Möglichkeiten für Stundenermäßigungen. Das Schulgeld wurde für Schüler aller höheren Schulen mit Wirkung zum 1. April 1932 auf 240 RM jährlich erhöht bei gleichzeitiger Verminderung der Mittel für teilweisen oder völligen Schulgelderlaß. Und schließlich war in allen Schularten sämtlichen Vertretern, Aushilfslehrern und nichtständigen (nichtplanmäßigen) Lehrkräften für den 31. Oktober 1931 vorsorglich zu kündigen.¹⁶⁶² Die im Amt verbliebenen Lehrer hatten dagegen durch Änderung des Besoldungsgesetzes Gehaltskürzungen hinzunehmen.¹⁶⁶³

Die genannten Maßnahmen traten zum 1. November 1931, also inmitten des laufenden Schuljahres in Kraft. Dies erforderte – insbesondere wegen Ausscheidens von Lehrkräften – eine Neuordnung der Unterrichtsarbeit (Stundenverteilung), die vielfach auf Schwierigkeiten stieß und so einen geordneten Unterrichtsbetrieb gefährdete.¹⁶⁶⁴ Die Lehrerschaft selbst warnte eindringlich vor den befürchteten negativen Auswirkungen auf den gesamten Schulorganismus.¹⁶⁶⁵ Um diesen Bekundungen stärkeres Gewicht zu

¹⁶⁵⁶ SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/408, Bl. 308.

¹⁶⁵⁷ Vgl. Ebd., Nr. 11864/62, Bl. 136.

¹⁶⁵⁸ Vgl. Ebd., Nr. 14504, D 3, Bl. 43, § 13. Siehe auch: Ebd., Nr. 14509, Bl. 19; Die höhere Schule, 1925, S. 136 (+1); Ebd., 1927, S. 11-12, 34, 97-101 und 160-161; Ebd., 1928, S. 33-34, 87 und 223; Ebd., 1930, S. 120; Ebd., 1932, S. 59; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1429 (vom 20. Juni 1925), S. 1, Ziffer 2. a.

¹⁶⁵⁹ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 204-205, § 10.

¹⁶⁶⁰ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 40 (vom 1. Februar 1928), S. 10.

¹⁶⁶¹ Vgl. Ebd., 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 28-29.

¹⁶⁶² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 157-159, Artikel 2 (Absatz 2), 3 (Absatz 1 und 4), 5 (Absatz 2), 7 (Absatz 3), 8 (Absatz 3), 9 (Absatz 2) und 14 b.

¹⁶⁶³ Vgl. Ebd., S. 171ff.; Amt und Volk, 1931, S. 153ff.; Die höhere Schule, 1932, S. 309-311. Zur Kritik an den Gehaltsänderungen siehe auch: SächsHStAD, 10693, Nr. 2556, AE 197-199.

¹⁶⁶⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/190, Bl. 306 und Bl. 307; Die höhere Schule, 1931, S. 345 (= Dokumente 229 und 230).

¹⁶⁶⁵ Vgl. Die höhere Schule, 1931, S. 290-293 und 305-311.

verleihen, versammelten sich am 18. Oktober 1931 rund 3000 Philologen zu einer Protestveranstaltung in Dresden.¹⁶⁶⁶ Für die Regierung, die ebenfalls geladen war, sprach Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker (DVP). Er erkannte die besonders schwierige Lage, in der sich die höhere Schule befinde, an. Sie stehe am Anfang eines starken Schrumpfungsprozesses¹⁶⁶⁷; Geburtenrückgang, Wirtschaftskrisis und Schulgelderhöhung¹⁶⁶⁸ würden einen bedeutenden Rückgang der Schülerzahlen bewirken. Die Unterrichtsverwaltung wolle aber nicht den natürlichen Gang der Entwicklung abwarten, sondern sie durch unmittelbare Eingriffe beschleunigen, um so in kurzer Zeit zu einer substantiellen Einschränkung der finanziellen Aufwendungen zu kommen. Dabei gelte es, Rückbildung, Sparmaßnahmen sowie die Vereinheitlichung des höheren Schulwesens in Bahnen zu lenken, die organisches Gestalten ermöglichten. Das Ministerium sei bestrebt, besondere Härten auszugleichen; es beabsichtige, möglichst viele Junglehrer in der Schularbeit zu belassen, und werde dafür sorgen, daß keiner der vorsorglich gekündigten Assessoren am 1. November 1931 vor dem Nichts stehen werde.¹⁶⁶⁹

Und in der Tat wurden – soweit sich das Ministerium für Volksbildung wohl gegen das Finanzministerium durchzusetzen vermochte – einige Milderungen der Abbaubestimmungen vorgenommen.¹⁶⁷⁰ So habe sich die Regierung überzeugen lassen, daß eine Verkürzung der Wochenstunden der Schüler auf 30 durch schematische Abstriche nicht möglich sei, da der Lehrer dann eine viel intensivere Arbeit leisten müsse, wenn er das bisherige Bildungsziel nur annähernd erreichen wolle.¹⁶⁷¹ So blieb es bei den in den Lehr- und Prüfungsordnungen der einzelnen höheren Schulgattungen festgelegten Wochenstundenzahlen, die erst mit dem Inkrafttreten des Landeslehrplans zum 1. April 1933 revidiert wurden.¹⁶⁷² Um den verschiedenen Begabungen und Neigungen der Schüler (weiterhin) Rechnung zu tragen, wurde wahlfreier Unterricht beibehalten.¹⁶⁷³ Ausgesetzt wurde die Pflichtstundenerhöhung für Lehrer – nicht jedoch für die Oberstudiendirektoren –, mit der Einschränkung, daß Lehrer über 45 Jahre bis zu zwei Überstunden unentgeltlich zu erteilen hatten, sofern ihnen solche übertragen werden mußten.¹⁶⁷⁴ So blieb die im Schuländerungsgesetz 1930 festgelegte Pflichtstundenzahl bis zum 31. März 1932 und auch darüber hinaus in Geltung.¹⁶⁷⁵ Die Einschränkungen für Stundenermäßigungen wurden dagegen beibehalten.

Durch verschiedene Maßnahmen versuchte die oberste Schulbehörde Beschäftigungsmöglichkeiten für Junglehrer zu schaffen. So sollten etwa zwei Fünftel aller im Lande vorhandenen Stellenanwärter auch weiterhin als vollbeschäftigte Stellenanwärter beibehalten werden. In erster Linie kamen dabei jene Assessoren in Betracht, die in Abschlußklassen Unterricht erteilten, den sie bis zum Schuljahresende fortzuführen hatten. Bei den Mädchenbildungsanstalten war auf die Weiterbeschäftigung vornehmlich weiblicher Lehrkräfte zu achten. Des Weiteren sollten fürs ganze Land etwa 45 Studienassessoren als Vertreter für Krankheits- und Urlaubsfälle eingestellt und jeweils an die entsprechenden Schulen abgeordnet werden. Wenn sie dort nicht durch Vertretungsunterricht in Anspruch genommen waren, hatten sie Verwaltungsgeschäfte aller Art zu übernehmen. Die dann noch vorhandenen Studienassessoren waren möglichst mit einer Anzahl von Stunden so zu beschäftigen, die ihnen ein Existenzminimum gewährleisteten. Diese Stunden waren zu gewinnen durch Beseitigung von Überstunden, Übertragung von Privat- und nebenamtlichem Unterricht sowie durch den Verzicht auf die Verwendung von Ruheständlern bei der Unterrichtserteilung. Weiterhin konnten planmäßige Lehrer einen Teil ihrer Pflichtstunden als sogenannte Ver-

¹⁶⁶⁶ Vgl. Ebd., S. 325-334; Amt und Volk, 1931, S. 194-196; Deutsches Philologen-Blatt, 1931, S. 637-638.

¹⁶⁶⁷ Siehe Kapitel G. III. 3.

¹⁶⁶⁸ Sowie auch die Verschärfung der Auslesebestimmungen. Siehe Kapitel G. III. 2.

¹⁶⁶⁹ Vgl. Amt und Volk, 1931, S. 195.

¹⁶⁷⁰ Vgl. Die höhere Schule, 1931, S. 341-347.

¹⁶⁷¹ Vgl. Ebd., S. 341.

¹⁶⁷² Vgl. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Anlage II.

¹⁶⁷³ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 79, Ziffer I. c.

¹⁶⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 79 (Ziffer I. a) und 80 (Ziffer IV. 2).

¹⁶⁷⁵ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1096 (vom 29. Oktober 1932), Ziffer 1; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4446 und 4449.

zichtsstunden abgeben sowie sich auf Antrag ohne Gehalt auf höchstens drei Jahre beurlauben lassen. Zudem versetzte das Ministerium für Volksbildung unter Anwendung einer Bestimmung des alten Zivilstaatsdienergesetzes aus dem Jahr 1835¹⁶⁷⁶ eine Anzahl planmäßiger Lehrkräfte auf Wartegeld bzw. in den einstweiligen Ruhestand. Um Lehrer zum freiwilligen Renteneintritt zu bewegen, wurden ihnen finanzielle Vergünstigungen angeboten.¹⁶⁷⁷

Trotz einiger Milderungen mußten die Sparmaßnahmen doch insgesamt die Leistungsfähigkeit der höheren Schule herabsetzen und damit auch die Unterrichtserfolge bzw. das Erreichen der weitgesteckten Ziele des Landeslehrplans in Frage stellen.¹⁶⁷⁸ War allgemein schon von der Überbürdung der höheren Schüler die Rede¹⁶⁷⁹, so befanden sich diese zudem nun in überfüllten Klassen. Die ohnehin erschöpften, überreizten Lehrer sahen sich neben der normalen – durch Abbau erschwerten – Unterrichtsarbeit noch mit zeitraubenden Sonderaufgaben wie etwa die Erarbeitung von Sonderlehrplänen konfrontiert.¹⁶⁸⁰ Und die Direktoren hatten neben ihren vermehrten Unterrichtsstunden eine außerordentlich gewachsene Verwaltungsarbeit, die umfangreiche Statistiken, Erhebungen, Enqueten immer neu erforderte, zu bewältigen, so daß sie zu einer einheitlichen, zusammenhängenden Arbeit pädagogisch-geistiger Führung ihrer Anstalten keine Zeit mehr fanden.¹⁶⁸¹ Die Vertreterversammlung des Sächsischen Philologenvereins am 7./8. Oktober 1932 in Dresden sprach sich darum in Entschlüssen erneut gegen die „Drosselungsmaßnahmen“ aus.¹⁶⁸² So bestehe seit über einem Jahr in Sachsen der widersinnige Zustand, daß im Verfolge der Notverordnung vom 21. September 1931 und durch Anwendung eines hundertjährigen Gesetzes die an der höheren Schule vorhandene Arbeit auf eine verkleinerte Zahl von Lehrkräften gehäuft und damit den anderen entzogen werde. Das bedeute, daß an die 200 Studienräte lange vor Erreichung der Altersgrenze zur Untätigkeit verurteilt worden seien, weiteren 100 das gleiche Schicksal drohe, ohne daß einer der 700 Assessoren jemals eine Anstellung erhoffen könne.¹⁶⁸³ Es müsse vor aller Öffentlichkeit gefordert werden, daß mit diesem Abbau und Raubbau endlich Schluß gemacht werde. Dazu gehöre, daß in der höheren Schule wieder normale Arbeitsbedingungen hergestellt würden. Überlastete und nervöse Studienräte, die zudem unter dem seelischen Drucke der Gefahr der Entlassung stünden, könnten keine freudvollen Erzieher und Freunde der Jugend sein. In überfüllten Klassen könne fruchtbringender Unterricht und sinnvolle Erziehung nicht gedeihen. Es sei endlich an der Zeit, diese Zustände zu beseitigen.¹⁶⁸⁴

Nochmals bilanziert und kritisiert wurden die Bestimmungen und Auswirkungen der Notverordnungen am 7. Februar 1933 im Sächsischen Landtag. Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) wies hier-

¹⁶⁷⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1835, S. 177, § 19.

¹⁶⁷⁷ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 158, Artikel 10; Verordnungsblatt, 1931, S. 73-74 (= Dokument 225); 81 (Ziffer IV und Nr. 91 [= Dokument 226]) und 95 (= Dokument 236); Ebd., 1932, S. 11-12, 18 (= Dokument 241), 21-22 und 59; Die höhere Schule, 1931, S. 345 (= Dokumente 229, 230 und 231).

¹⁶⁷⁸ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 310 und 321-322; Ebd., 1933, S. 25; Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 234-236.

¹⁶⁷⁹ Vgl. Holtorf, Herbert: Die höhere Schule einst und jetzt.

¹⁶⁸⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1932 S. 21 (Ziffer II) und 62.

¹⁶⁸¹ Vgl. Die höhere Schule, 1931, S. 306; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4440.

¹⁶⁸² Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 253ff., Zitat: S. 253; Amt und Volk, 1932, S. 145-146; SSZ, 1932, S. 775.

¹⁶⁸³ Zum zahlenmäßigen Ergebnis des Personalabbaues sowie den Arbeitsmarktperspektiven siehe auch: Die höhere Schule, 1931, S. 367-369; Ebd., 1932, S. 37-39 und 311-313.

¹⁶⁸⁴ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 253. Zudem faßte die Gruppe der Studienassessoren und -referendare im Sächsischen Philologenverein eine besondere Entschlußung, wonach durch das Zurückgehen der Schülerzahl, insbesondere der Anzahl von Sexten und Quinten, die sächsischen Jungphilologen Ostern 1933 erneut von Arbeitslosigkeit bedroht seien, während die Zahl der berufsfertigen Junglehrer beständig wachse. Es erscheine daher sinnlos, an der im Kriege vorgenommenen Arbeitserhöhung der Studienräte festzuhalten, die sich damals nur durch den Mangel an Lehrkräften rechtfertigen ließ. Es würde den Absichten der Reichsregierung widersprechen, die junge Generation eines Berufsstandes in das Herr der Arbeitslosen, das sie verringern wolle, zu stoßen, während die älteren Standesgenossen wegen Überlastung die von ihnen geforderte treue Erziehungsarbeit an dem heranwachsenden Geschlecht nicht mit letzter Sorgfalt leisten könnten. Ebenso sei es an der Zeit, der Überfüllung der Klassen ein Ende zu setzen. Klassen mit hohen Schülerzahlen ließen sich nur rechtfertigen, wenn es, wie in der Notzeit des Krieges und kurz danach, an Lehrern mangelte, nicht aber, wenn ein ganzes Geschlecht arbeitsfreudiger und begeisterter junger Erzieher vor den Toren der Schule warten mußten. Der Arbeitsmangel der höheren Schule ist durch Verordnung künstlich erzeugt, zum Nachteil der beschäftigungslosen Junglehrer und zum unermesslichen Schaden der deutschen Jugend, an deren Erziehung ein Staat, der zur Unterstützung der Wirtschaft Milliarden verausgabte, engherzig spare. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 257.

bei vor allem auf den Schrumpfungsprozess im höheren Schulwesen hin, der „eine gewisse Gesundung, eine Abkehr von untragbarer Übersteigerung“ der vergangenen Jahre bedeute, zugleich jedoch „für die Lage der höheren Lehrerschaft [...] verhängnisvoll“ sei. Gleichzeitig verteidigte er aber die künstliche Beschleunigung dieser Entwicklung als unausweichlich. Anstatt also auf einen organisatorischen Ausbau des höheren Schulwesens – etwa durch Absenkung der Pflichtstundenzahl oder Verkleinerung der Klassen – zuzusteuern, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sollte der Zustrom zum Studium für das höhere Lehramt eingedämmt sowie der Philologennachwuchs auf andere Berufe orientiert werden.¹⁶⁸⁵ Demgegenüber befand ein Vertreter des Deutschen Philologenverbandes grundsätzlich: „Sparmaßnahmen müssen dort ihre Grenze finden, wo [...] die Substanz des höheren Schulwesens bedroht ist.“¹⁶⁸⁶ Dessen „gesunde Rückbildung“ sei freilich insofern unvermeidlich, als die Auswirkungen des Geburtenrückganges in Betracht kämen; darüber hinausgehende künstliche Forcierung der Schrumpfung durch dekretierte Abbau- und Drosselungsmaßnahmen bedeuteten dagegen den „Verfall des höheren Schulwesens“.¹⁶⁸⁷

2. Die Inflation der höheren Schule

Unter „Inflation der höheren Schule“ verstehen wir ganz allgemein die Zunahme der Schülerzahlen, deren Ursachen und Abhilfemaßnahmen im Folgenden das Augenmerk gilt.

Mit der zahlenmäßigen Entwicklung des Schulbesuchs an den höheren Lehranstalten im Deutschen Reich hatte sich schon eingehend der Geschäftsführer des Deutschen Philologenverbandes, Studienassessor Georg Ried, in einer bereits 1933 erschienenen Schrift beschäftigt.¹⁶⁸⁸ Aufgrund der kritischen Auseinandersetzung mit umfangreichem statistischen Material identifizierte Ried vier Etappen der Entwicklung der Gesamtschülerzahlen: „1. eine stetige langsame Zunahme bis 1914; 2. ein stärkeres Ansteigen von 1914–1926; 3. von da ab ein langsames Sinken bis 1931, das nur im Jahre 1930 vorübergehend unterbrochen wird; 4. von 1931 auf 1932 ein starker Absturz.“¹⁶⁸⁹ In Sachsen stiegen die Schulbesuchszahlen von 14.572 im Jahr 1884 über 32.832 im Jahr 1914 auf 39.556 im Jahr 1920, um 1926 mit 52.976 schließlich ihren Höhepunkt zu erreichen.¹⁶⁹⁰ Die Zeit etwa von der Reichsgründung 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war gekennzeichnet durch eine Strukturwandlung des gesamten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, das sich auf die Entwicklung und Ausweitung des höheren Schulwesens direkt ausgewirkt hatte. Starken Auftrieb erhielt dieses durch den Ausbau des Real- und Mädchenschulwesens und der Gleichstellung der humanistischen und realistischen Anstalten im Jahr 1900.¹⁶⁹¹ In den Anfangsjahren der Weimarer Republik – in einer von einem allgemeinen Reformwillen geprägten „Zeit des pädagogischen Enthusiasmus“¹⁶⁹² – erfolgte dann eine „Erweiterung des höheren Bildungswesens durch seine Öffnung für bisher ausgeschlossene Volksschichten“¹⁶⁹³. Es brach sich die

¹⁶⁸⁵ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3277, 3293 und 3294; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 814 (vom 15. März 1931), 1101 (vom 17. November 1932) und 1096 (vom 29. Oktober 1932); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4438–4454, Zitate: S. 4450; Die höhere Schule, 1933, S. 49–63.

¹⁶⁸⁶ Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 15.

¹⁶⁸⁷ Ebd., S. 110. Anders ausgedrückt: „Der Versuch, [...] in Anpassung an den gegenwärtigen Depressionszustand durch äußere Mittel eine Verkleinerung des Organismus der höheren Schule zu erzielen, bedeutet einen Angriff auf ihr Lebensrecht.“ Vgl. Die höhere Schule, 1933, S. 76.

¹⁶⁸⁸ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?

¹⁶⁸⁹ Ebd., S. 19.

¹⁶⁹⁰ Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen, 1924/1926, S. 368–369; Ebd., 1930, S. 252–253; Ebd., 1931/1934, S. 328–329; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1928/1929 (1930), S. 326–329 und 334–335; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 23–24; Deutsches Philologen-Blatt, 1930, S. 276; Die höhere Schule, 1932, S. 311; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 21; Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 19, 43 und 44.

¹⁶⁹¹ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 10–15. Zu dieser Epoche siehe auch Lässig, Simone und Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich (vor allem den Aufsatz von Karlheinz Blaschke); Retallack, James (Hrsg.): Sachsen in Deutschland.

¹⁶⁹² Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 20.

¹⁶⁹³ Ebd., S. 34.

demokratische Forderung nach Abschaffung von Bildungsprivilegien bahn, d. h. der Aufhebung des „Bildungsmonopols“ als die „Beschränkung der Bildungsmöglichkeiten der beherrschten Klasse“¹⁶⁹⁴. Dem zeitgenössischen Schlagwort vom „Aufstieg der Tüchtigen“ trug die Weimarer Reichsverfassung in Artikel 146 Absatz 1 insofern Rechnung, als das öffentliche Schulwesen organisch auszugestalten war, und für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend waren. Einen verstärkten Übertritt von der Volksschule zur höheren Schulen ergab sich dann mit der Durchführung des Reichsgrundschulgesetzes im Jahre 1921, das unter Abschaffung privater Vorschulen die gemeinsame vierjährige Grundschule für alle Kinder festgelegt hatte.¹⁶⁹⁵ Waren in Sachsen 1914/1915 4,8 % der Schüler des ersten Grundschuljahres in die höhere Schule übergetreten, so waren es 1928 15,6 % und 1929 14 %.¹⁶⁹⁶ Und schließlich hatte auch der Aufschwung der Mädchenbildung seinen Anteil an der Zunahme der Gesamtschülerzahl. Lag der Mädchenanteil 1914 bei 14,8 %, betrug er 1929 schon 30,6 %.¹⁶⁹⁷ Wichtige Voraussetzung bzw. Begleitung dieser Entwicklung war die Beseitigung wirtschaftlicher Hemmungen für den höheren Schulbesuch durch weitgehende Erleichterungen für minderbemittelte Schichten. Hierzu zählten (mit Rücksicht auf den Vermögensstand der Eltern und die Geschwisterzahl) Befreiung und Ermäßigung bei Schulgeldleistungen, Gewährung von Erziehungsbeihilfen, Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Unterstützung begabter Schüler, Überlassung kostenloser Lehrmittel, Zuschüsse für Fahrtkosten, Wanderungen, Speisungen usw.¹⁶⁹⁸ Daneben war ein verstärkter Zudrang zur Oberstufe auch das Ergebnis der Erleichterung des Hochschulbesuches infolge des Ausbaues der wirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen, des Deutschen Studentenwerks sowie des Stipendienwesens.¹⁶⁹⁹ Und nicht zuletzt begünstigte die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die überhaupt eine leichtere Erreichbarkeit der Schulen ermöglichte, den höheren Schulbesuch.¹⁷⁰⁰ Insgesamt bewirkten diese Faktoren so eine „Verbreiterung [des] Rekrutierungsbereiches und eine Gewinnung neuer sozialer Schichten“¹⁷⁰¹, womit sich – zunächst – der Charakter der höheren Schule als Standesschule verändern mußte.¹⁷⁰²

Nachdem die allgemeine Öffnung (und Demokratisierung) des Bildungswesens der höheren Schule breite Schülerkreise erschlossen hatte, setzte ab 1926 eine – im nächsten Kapitel näher zu erläuternde – Abnahme der Gesamtschülerzahl ein, von der jedoch die Oberstufe unberührt blieb. Im Gegenteil nahm die Zahl der Abiturienten (Oberprimaner) schon seit der Jahrhundertwende – nur kurzzeitig durch Krieg und Inflation unterbrochen – stetig und ab 1926 sogar in verschärfter Tendenz zu. Die Gesamtzahl der Oberklassen (in Sachsen) stieg von 1924 bis 1929 von 250 auf 499, die Gesamtzahl der Schüler dieser Klassen von 4098 auf 10.264. Die Zahl der Oberprimaner vermehrte sich zwischen 1927 und

¹⁶⁹⁴ Alt, Robert: Das Bildungsmonopol, S. 7. Siehe auch Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 460ff.; Petrat, Gerhardt: Die gezielte Öffnung der Hochschulreife für alle Volksschichten, S. 75-91.

¹⁶⁹⁵ Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 28. In Sachsen gab es anfänglich bisweilen Ausnahmen vom Grundschulprinzip, insofern begabte Schüler vorzeitig nach Sexta versetzt worden waren. Diese Praxis wurde nach Aussage von Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker dann eingestellt. Vgl. Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 630 (vom 13. Dezember 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 84. Sitzung vom 21. Februar 1924, S. 2438-2439.

¹⁶⁹⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 106; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 22-23. Die Prozentsätze des Übergangs von der Grundschule zur höheren Schulen müssen jedoch kritisch betrachtet werden, da aus ihrem Ansteigen nicht ohne weiteres auf eine Vermehrung des Sextanerbestandes geschlossen werden kann. Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 66ff.

¹⁶⁹⁷ Vgl. Woelker, Konrad: Die Überfüllung der höheren Schulen, der Hochschulen und der akademischen Berufe, S. 25.

¹⁶⁹⁸ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 29-31.

¹⁶⁹⁹ Vgl. Ebd., S. 31-32.

¹⁷⁰⁰ Vgl. Ebd., S. 31.

¹⁷⁰¹ Ebd., S. 32.

¹⁷⁰² Eine auf die Schülerverzeichnisse sich stützende eingehende sozialstatistische Untersuchung muß an dieser Stelle ebenso unterbleiben wie die Rekonstruktion der zeitgenössischen diesbezüglichen Diskussion. Für statistische Angaben siehe: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1927, S. 338-341. Zur sozialen Herkunft der Schüler an den höheren Schulen Dresdens siehe Koch, Kerstin: Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung, S. 129ff.

1932 von 1434 auf 3642; die Zahl der im Jahr 1914 erteilten Reifezeugnisse betrug dagegen nur 900.¹⁷⁰³ Ursache dieser Entwicklung war eine sich bei dem Besuch der höheren Schule vollziehende Veränderung. Vor dem Krieg hatte diese ab Untertertia, mit der die allgemeine Schulpflicht erfüllt war, mit jedem Schuljahr regelmäßig eine gewisse Zahl ihrer Schüler verloren, die sich praktischen Berufen zuwandten. Die Zahl der Sextaner, die schließlich zur Reifeprüfung gelangten, war so relativ gering. In den Nachkriegsjahren regte sich dagegen das Bestreben, immer länger auf der höheren Schule zu verweilen. Der Rückgang der Schwundsätze führte so zu einem Zuwachs an Schülern, der nicht allein das Ergebnis des verstärkten Sexta-Eintritts der Vorjahre (Zuwachs von unten), sondern wesentlich einer „Anstauung von Schülermassen“ in der Oberstufe (also von innen heraus) geschuldet war.¹⁷⁰⁴ Hierfür können drei – im Folgenden zu erläuternde – Hauptgründe angeführt werden: das Berechtigungswesen, die Änderung der Funktion der höheren Schule, die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Seit dem 19. Jahrhundert eröffneten *Berechtigungen* aufgrund bestandener Schulprüfungen bzw. aufgrund des Erreichens bestimmter Klassenstufen den unmittelbaren – ohne besondere Aufnahmeprüfungen regelten – Zugang zu bestimmten Bildungsstätten und Berufslaufbahnen.¹⁷⁰⁵ „Nachteilig für das Berechtigungswesen in Deutschland war nur, daß es sich im Gegensatz zum angelsächsischen Raum zu einem Mechanismus verfestigte, der einen sozialen Auf- oder Abstieg im Sinne persönlicher Bewährung nahezu ausschloß. Dieses starre, der neuzeitlichen Mobilität in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entgegenstehende Auswahlprinzip in den beruflichen Anwartschaften mußte als Hypothek von den Bildungspolitikern der Weimarer Zeit übernommen werden.“¹⁷⁰⁶ In Sachsen waren mit dem Mandat über die Vorbereitung junger Leute zur Universität vom 4. Juli 1829 an den Gelehrtenschulen Reifeprüfungen allgemein eingeführt worden. Deren Bestehen hatte zum Eintritt in den Staatsdienst sowie zum Übergang auf die Hochschule berechtigt.¹⁷⁰⁷ ¹⁷⁰⁸ Den historischen Hintergrund bildete die mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft verbundene Ausbreitung des modernen Staates, der sich einen hinreichend vorgebildeten Beamtennachwuchs sicherzustellen und zugleich den Andrang „unfähige[r] Subjecte“¹⁷⁰⁹ zur Landesuniversität einzudämmen suchte. Daß fortan „nur Geschicklichkeit und Fleiß, keineswegs aber Vorzüge der Geburt und des Standes der Aeltern, oder Reichthum besondere Ansprüche auf künftige Anstellung geben“¹⁷¹⁰ sollten, dokumentiert dabei den hier sich vollziehenden Übergang vom ständischen

¹⁷⁰³ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 25; Woelker, Konrad: Die Überfüllung der höheren Schulen, der Hochschulen und der akademischen Berufe, S. 25.

¹⁷⁰⁴ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 37-49, Zitat: S. 37.

¹⁷⁰⁵ Zur Entwicklung des deutschen Schulzeugnisses und des Berechtigungswesens siehe Urabe, Masashi: Funktion und Geschichte des deutschen Schulzeugnisses; Wolter, André: Von der Elitenbildung zur Bildungsexpansion; Breitschuh, Gernot: Zur Geschichte des Schulzeugnisses, S. 35-63; Dohse, Walter: Das Schulzeugnis; Meyer, Ruth: Das Berechtigungswesen in seiner Bedeutung für Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, S. 371-383; Müller, Detlef K.: Sozialstruktur und Schulsystem, S. 65-84; Ders. und Bernd Zymek: Sozialgeschichte und Statistik des Schulsystems, S. 21-25; Messerschmidt, Manfred: Militär und Schule in der wilhelminischen Zeit, S. 65ff.; Behrend, Felix (Hrsg.): Vom Sinn und Unsinn des Berechtigungswesens. – Hiernach auch die Ausführungen zum „Einjährigen“.

¹⁷⁰⁶ Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, S. 24.

¹⁷⁰⁷ Vgl. Gesetzsammlung, 1829, S. 121ff. und Abänderungsverordnung hierzu vom 30. Juni 1861 (GVBl. S. 108). Die Bekanntmachung vom 2. Mai 1831 nannte jene öffentlichen gelehrten Schulen, die nach dem Mandat von 1829 zur Abnahme von Reifeprüfungen und zur Ausstellung von Reifezeugnissen berechtigt waren; namentlich die Landesschulen zu Meißen und Grimma, die Kreuzschule zu Dresden, die Thomasschule und Nikolaischule zu Leipzig, sowie die Gymnasien zu Annaberg, Bautzen, Chemnitz, Freiberg, Plauen, Schneeberg, Zittau und Zwickau. Vgl. Gesetzsammlung, 1831, S. 98.

¹⁷⁰⁸ Als Ausnahme hiervon wurde bestimmt: „Von der Verbindlichkeit, zum Behuf der Inscription auf der Universität, ein nach vorstehenden Erfordernissen eingerichtetes Maturitätszeugniß beibringen zu müssen, sollen auch künftig noch Diejenigen frei bleiben, welche, ohne öffentliche gelehrte Schulen besucht zu haben, und ohne die Absicht, dem Staatsdienste, oder einer eigentlich wissenschaftlichen Laufbahn sich zu widmen, bloß zum Zwecke eigener besserer Geistesbildung, oder vollkommenerer bürgerlicher Thätigkeit, die Landesuniversität zu beziehen, und daselbst in einzelnen Lehrfächern Vorlesungen zu hören wünschen. Diesen soll, wenn sie sich zu dieser Absicht beim Rector der Universität ausdrücklich bekennen, und sich sonst über ihren vorherigen Aufenthalt und sittliches Verhalten genügend ausweisen, die Inscription [...] erteilt und der beliebige Zutritt in den Hörsälen verstattet werden“. Vgl. Gesetzsammlung, 1829, S. 124, § 12.

¹⁷⁰⁹ Gesetzsammlung, 1829, S. 122, § 1 Absatz 2.

¹⁷¹⁰ Ebd., § 2.

zum Leistungsprinzip¹⁷¹¹, wenngleich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern für den höheren Schulbesuch mitbestimmend blieben¹⁷¹². Als mittlerer Schulabschluß – also zwischen Volksschul- und Abiturzeugnis angesiedelt – entwickelte sich ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zudem das sogenannte „Einjährige“, das Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligen Heeresdienst, das seinen Inhabern neben dem bevorzugten (nämlich verkürzten) Dienst im Heere¹⁷¹³ den Zugang zu mittleren Berufen in Verwaltung und Wirtschaftsleben sowie zur Offizierslaufbahn eröffnet hatte. Diese Berechtigung konnte auf dreierlei Weise erworben werden: mit dem Versetzungszeugnis für die Obersekunda einer neunstufigen Anstalt, dem Abschlußzeugnis einer sechsstufigen Anstalt (Realschule) sowie durch eine Prüfung vor einer Militärbehörde. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nach Artikel 173 Satz 1 des Friedensvertrags von Versailles vom 28. Juni 1919 entfiel nun das Einjährigen-Zeugnis, wodurch sich „ein Vakuum im Berechtigungswesen“¹⁷¹⁴ ergab. „Den bürgerlichen Schichten war seit dieser Zeit der Orientierungspunkt eines gewohnten Bildungsziels genommen; [...]. Im Zuge dieses ‚Verlustes der Mitte‘ konzentrierte sich das Bildungsstreben jener Bevölkerungskreise, die sich bisher mit dem ‚Einjährigen‘ als Abschlußzeugnis begnügt hatten, eindeutig auf das Abitur.“¹⁷¹⁵ Verstärkt wurde diese Tendenz dadurch, daß während der Weimarer Zeit die schulischen Vorbildungsforderungen an die Berufsanwärter permanent stiegen, so daß zwischen Volksschule und Abitur zum Teil neue „Reifen“ (Unter- und Oberprimareife) entstanden und vielfach eben das Abitur als Mindestmaß gefordert wurde. Die im Reichsschulausschuß Anfang 1920 noch gehegte Hoffnung, daß Arbeitgeber und Anstellungsbehörden „auch tüchtige und begabte Volks- oder Mittelschüler annehmen und sich von der rein formalen Forderung freimachen [würden], wonach einfach der erfolgreiche Besuch einer bestimmten Klasse der höheren Schule verlangt wird“¹⁷¹⁶, sollte sich so als illusorisch erweisen.¹⁷¹⁷

Die Anhebung der schulischen Vorbildungsforderungen war einerseits aus standespolitischen Gründen erfolgt, um hieran höhere Besoldungsansprüche knüpfen zu können.¹⁷¹⁸ Zum anderen verweist dieser Vorgang auf eine prinzipielle *Änderung der Funktion der höheren Schule*, die seit der Jahrhundertwende neben ihrer Hauptaufgabe der Vorbereitung auf das Universitätsstudium immer mehr die Vorbildung für eine Reihe gehobener Berufe in Wirtschaft und Verwaltung übernommen hatte, für welche die frühere geringere Ausbildung nicht mehr ausreichend war. Besonders trug hier die Einführung der akademischen Volksschullehrerausbildung bei. Zwar hatten in Sachsen schon vor dem Weltkrieg die Volksschullehrerseminare zu den höheren Schulen gezählt, weswegen ihre 1922 begonnene Umwandlung in Deutsche

¹⁷¹¹ Vgl. Urabe, Masashi: Funktion und Geschichte des deutschen Schulzeugnisses, S. 35ff., 52 und 144.

¹⁷¹² Gleichwohl konnte das Reifezeugnis in der Tradition des Benefizienzeugnisses beim Vorliegen entsprechender schulischer Leistung zur Erlangung von Stipendien, Freitischen und sonstigen Vergünstigungen dienen. Vgl. Urabe, Masashi: Funktion und Geschichte des deutschen Schulzeugnisses, S. 25ff.

¹⁷¹³ Bedingung der Verkürzung des Wehrdienstes war nach § 8 der Wehrordnung, daß die jungen Männer die während ihrer Dienstzeit entstandenen Kosten für Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung selbst trugen.

¹⁷¹⁴ Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 319.

¹⁷¹⁵ Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, S. 26-27. Siehe auch Schulz, Otto: Der Aufstieg des Volkskinds über Volksschule und Berufsschule, S. 9ff. – Eine entgegengesetzte Prognose hatte noch der Abgeordnete Arthur Arzt (MSPD) im März 1919 anlässlich der Beratung des Übergangsschulgesetzes abgegeben. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 17. Sitzung vom 27. März 1919, S. 599.

¹⁷¹⁶ Zitiert nach Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 319.

¹⁷¹⁷ Der Reichsschulausschuß selbst gelangte im April 1922 zu der Überzeugung, „daß auf das Berechtigungswesen nicht ganz verzichtet werden könne. Wenn man davon absehen würde, an die Erreichung einer bestimmten Schulreife Berechtigungen zu knüpfen, so würde das zur Folge haben, daß der Zugang zu den einzelnen Berufen durch vielgestaltige Aufnahmeprüfungen geregelt werden würde, die ohne Zweifel eine Erschwerung der Ausbildung und eine stärkere Belastung von Arbeitgebern und Anstellungsbehörden auf der einen und Schülern auf der anderen Seite bedeuten werde.“ Zitiert nach Bäumer, Gertrud: Schulaufbau, Berufsauslese, Berechtigungswesen, S. 58.

¹⁷¹⁸ Die mit dieser Materie bestens vertraute Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern, Gertrud Bäumer, äußerte sich diesbezüglich 1928 in der Vossischen Zeitung: „Solange der Aufbau der Beamtenhierarchie und ihrer Besoldung (!) so stark orientiert ist an dem Vorhandensein bestimmter Schulreifezeugnisse, ist gar nicht daran zu denken, daß der standespolitische Druck (!) auf die Erhöhung der Vorbildung irgendwie geringer wird. [...] Solange mit jedem Jahr verlängerter Schullaufbahn lebenslängliche finanzielle und gesellschaftliche Vorteile verbunden sind, wird natürlich das Wettrennen um diese Jahre andauern, und wenn sie auch für die Anforderungen des Berufes so nutzlos und überflüssig, wie nur möglich wären.“ Zitiert nach Borgius, Walther: Die Schule – ein Frevel an der Jugend, S. 60.

Oberschulen und Aufbauschule an der Gesamtzahl der Lehranstalten nichts geändert hatte. Aber die das Volksschullehrerstudium anstrebenden Schüler trugen, da sie nun das Reifezeugnis einer neunstufigen höheren Lehranstalt beehrten, zu einer Vermehrung der Abiturientenzahlen bei.¹⁷¹⁹

Der Hauptgrund für den Zudrang zur Oberstufe der höheren Schule ist jedoch zu sehen in den *wirtschaftlichen Verhältnissen* zum Ende der 1920er Jahre. „Der mangelnde Lebensraum und die zunehmende Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt der Jugendlichen trieb immer mehr Schüler dazu, der drohenden Beschäftigungslosigkeit durch verlängerten Schulbesuch zu entfliehen oder eine Besserung der Verhältnisse auf der Schule abzuwarten.“¹⁷²⁰ Und unter den Bedingungen der sich zuspitzenden Weltwirtschaftskrise sowie dem fortbestehendem Mangel an Berufsperspektiven behielten die Abiturienten dieses Verhalten (Aufschieben der Berufswahl) bei und nahmen vielfach ein Verlegenheitsstudium auf, was wiederum zur „Überfüllung der Hochschulen und des akademischen Arbeitsmarktes“¹⁷²¹ führte.¹⁷²² In seinem Jahresbericht für 1931/1932 stellte der Rektor der Universität Leipzig, Prof. Dr. Theodor Litt, fest: „Schwerste Sorgen bereitet der Universität und der Unterrichtsbehörde heute mehr denn je die immer noch unheimlich hohe Zahl von Studierenden. Heute noch 7097! (Noch etwas mehr als im letzten W.-Halbjahr.) Sie ist nicht deshalb in erster Linie zu beklagen, weil sie den Universitätsunterricht vor schier unlösbare Aufgaben stellt, obwohl auch in dieser Hinsicht viel unerträgliche Mißstände vorliegen, sondern vor allem aus dem Grunde so bedenklich, weil diese Vielen zum größten Teil auf absehbare Zeit hin nicht auf ein Unterkommen im Beruf rechnen können.“¹⁷²³

Auf Seiten der Reichsbehörden war dieser Entwicklung dauernde Aufmerksamkeit geschenkt worden. So fand am 2. Juli 1930 unter Vorsitz des Reichsministers des Innern eine Konferenz statt, an der neben Vertretern der drei Reichsministerien des Innern, der Wirtschaft und der Arbeit auch Vertreter der Unterrichtsverwaltungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Oldenburg und Lübeck teilnahmen. Diese billigten die von der Berichterstatterin Gertrud Bäumer vorgelegten „Leitsätze für Schulaufbau, Berufsauslese und Berechtigungswesen“.¹⁷²⁴ Hiernach sei das nächstliegende Mittel, um der ungesunden Entwicklung zu begegnen, die Verbesserung der Auslese sowohl in der Regelung des Überganges von der Grundschule zur höheren Schule als auch beim Eintritt in die Oberstufe der höheren Lehranstalten. Gleichzeitig solle den der Art ihrer Begabung nach für die höhere Schule ungeeigneten Kindern andere Wege zu angemessenen Berufen eröffnet werden. Das entscheidende Mittel zur Entlastung der höheren Schule sei darum der Ausbau der Volksschulen, die Kräftigung der Mittelschule nach preußischem Vorbild sowie die Entwicklung der Berufs- und Fachschulen, da durch diese Typen den Anforderungen weiter Gebiete des Berufslebens, soweit es sich nicht um das Erfordernis akademischer Vorbildung handele, weit zweckmäßiger entsprochen werden könne als durch die höhere Schule mit dem für sie maßgeblichen Ziel der Hochschulreife. Damit dieser Mittelbau des Bildungswesens das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und den Zustrom Ungeeigneter zur höheren Schule absaugen könne, müsse jedoch seine Gleichwertigkeit unter dem Gesichtspunkt der Berufsreife ausdrücklich von den Unterrichtsverwaltungen bestätigt werden.¹⁷²⁵

¹⁷¹⁹ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 23ff., 34-36 und 48-49.

¹⁷²⁰ Ebd., S. 49. Dies führte wiederum zu weiterer Übersteigerung der Vorbildungsanforderungen, da die Arbeitgeber nun Kandidaten aus dem entstandenen Überangebot von Kräften mit höherer Schulbildung oder akademischer Bildung auswählen konnten, während die Inhaber geringerer Abschlüsse unberücksichtigt blieben. Um diesen Nachteil wettzumachen, begehrten diese nun auch das Abitur, was weiter zur Überfüllung der höheren Schule beitrug. Vgl. Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 261.

¹⁷²¹ Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 122.

¹⁷²² Zur Frequenz der sächsischen Hochschulen siehe Lambrecht, Ronald: Studenten in Sachsen, S. 43ff.; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1930 (1931), S. 153-238; SSZ, 1931, S. 8-9 und 149-150.

¹⁷²³ Die Leipziger Rektoratsreden, S. 1686.

¹⁷²⁴ Vgl. SächsHStAD, Nr. 11864/423, Bl. 99-105. Abdruck der Leitsätze in Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 261-263. Hiernach das Folgende.

¹⁷²⁵ Die Bemühungen der Unterrichtsverwaltungen, Volksschule, Mittelschule, Berufs- und Fachschule entsprechend den Anforderungen des Berufslebens zu entwickeln, und ihre Anerkennung der Gleichwertigkeit dieser Ausbildungen mit der Obersekundareife der höheren Schulen unter dem Gesichtspunkt der Berufsreife könne nur dann einen praktischen Erfolg für die Lösung der Probleme haben, wenn bei den Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und bei der gesamten Wirtschaft die-

Im Sinne dieser Leitsätze trafen die deutschen Länder am 4. April 1931 eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der mittleren Reife¹⁷²⁶, die in einigen Ländern – in Sachsen durch Verordnung vom 4. Januar 1927¹⁷²⁷ – in Erwartung einer baldigen reichseinheitlichen Regelung und auf der Grundlage der Richtlinien, die der Unterausschuß des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 16. Dezember 1926 aufgestellt hatte¹⁷²⁸, bereits eingeführt worden war. Das Zeugnis der mittleren Reife, für dessen Erwerb grundsätzlich ein mindestens zehnjähriger Gesamtschullehrgang mit Vollunterricht erforderlich war, galt als der Nachweis des Grades allgemeiner Bildung und geistiger Reife, der für den Eintritt in Beruf oder Berufslaufbahnen der mittleren Stufe des Berufsaufbaues notwendig war.¹⁷²⁹ Der Deutsche Philologenverband – namentlich Felix Behrend und Georg Ried – kritisierten sowohl die Leitsätze der Berliner Konferenz als auch die Ländervereinbarung, da sie unter dem Schlagwort „Abbau des Berechtigungswesens“ eine neue Berechtigung schufen, die als reiner Verwaltungsakt jedoch keine neuen Berufsaussichten und Arbeitsmöglichkeiten hervorbringe, sondern die Konkurrenz der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt nur an anderer Stelle erscheinen lasse.¹⁷³⁰

Wie gestaltete sich nun die Problemwahrnehmung in Sachsen? Bereits im Jahr 1920 hatte der Rektor a. D. der Drei-König-Schule in Dresden, Geheimer Studienrat Prof. Dr. Theodor Vogel, in einer Denkschrift „Vorschläge für die Beseitigung einiger Übelstände im höheren Schulwesen Sachsens“ unterbreitet. Nach Vogels Ansicht trug die viel zu große Zahl der höheren Schulen Sachsens die Hauptschuld an der Überfüllung der akademischen Berufe und der Entstehung eines akademischen Proletariats (arbeitsloser Akademiker). Um den großen sozialen Mißständen und der schweren materiellen Not abzuhelpfen, müsse sofort eingegriffen und vor allem der unvermeidliche Zwang anerkannt werden, die Zahl der sächsischen Abiturienten einzuschränken. Die von Vogel unterbreiteten Vorschläge sahen hierfür hauptsächlich die Herabsetzung der zulässigen Höchstschülerzahl auf 30 pro Klasse sowie den Wegfall der Parallelklassen auf der Oberstufe vor.¹⁷³¹

Der Sächsische Philologenverein widmete sich dem Gegenstand auf seiner Vertreterversammlung am 27. September 1929. In einem Vortrag über „Die Breitenentwicklung der höheren Schule“ befaßte sich der Vorsitzende des Vereins, Dr. Alfred Jentzsch, mit den Ursachen des Anwachsens der Gesamtschülerzahl (insbesondere der Zahl der Schüler der Oberstufe). Im Anschluß daran nahm die Versammlung eine Entschließung an, wonach die gegenwärtige Breite der höheren Schule im Wesentlichen das Ergebnis einer Entwicklung sei, auf die sie selbst keinen Einfluß gehabt habe. Dies seien: Wirtschaftskrisis; Lage des

se Gleichwertigkeit auch anerkannt werde. Gegenüber der bisherigen Auffassung und Praxis, erhöhten Anforderungen an die Berufsleistung vor allem durch eine Erhöhung der schulmäßigen Vorbildung zu entsprechen, müßten bei behördlichen und privatwirtschaftlichen Berufslaufbahnen die Fortbildungsmöglichkeiten innerhalb des Berufes selbst ausgebaut werden.

¹⁷²⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 87 (= Dokument 220). Abdruck in: Die höhere Schule, 1931, S. 161. – Zur Entstehung der Vereinbarung siehe Bäumer, Gertrud: Schulaufbau, Berufsauslese, Berechtigungswesen, S. 56-63; Lang, Johannes: Mittlere Reife und Schulaufbau, S. 5ff.; Führ, Christoph: Zur Reichsschulpolitik der Weimarer Republik, S. 319-321; Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, S. 20-46. Für Entwürfe einer sächsischen Ausführungsverordnung zu der Ländervereinbarung siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 16253, unpag.

¹⁷²⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1927, S. 1-2 (= Dokument 186) und Ausführungsverordnung hierzu vom 8. Februar 1927 (Vbl. S. 13-15) (= Dokument 188) sowie Ergänzungsverordnungen vom 4. Januar 1929 (Vbl. S. 1-2 und 27) (= Dokument 198) und vom 12. Januar 1929 (SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/422, Bl. 282). Siehe auch Kapitel D. II. 2. und G. II. 3. c.

¹⁷²⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16250, Bl. 212-222.

¹⁷²⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 87, Absatz 1 und 2.

¹⁷³⁰ Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1931, S. 225-228 und 241-243; SSZ, 1931, S. 414. Siehe auch Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, S. 33. – Der Zweite Vorsitzende des Sächsischen Philologenvereins, Horst Gasse, führte im März 1932 hierzu aus: „So ist jene Vereinbarung eine Maßnahme auf dem Papier geblieben und die mittlere Reife eine Berechtigung ohne Möglichkeit der Betätigung. Sie erscheint als untaugliches Mittel gegenüber der Krise unserer Zeit: nur wenige von denjenigen, die mit dem Zeugnis der mittleren Reife vorzeitig die höhere Schule verlassen, werden ein Unterkommen finden. Das Allheilmittel, das man in jener Berechtigung sah, ist sie bestimmt nicht, und so ergibt sich zur Zeit wenigstens der völlige *Leerlauf* der mittleren Reife.“ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 55, Hervorhebung im Original.

¹⁷³¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, unpag., Zitat: S. 1. Im Dezember 1919 hatte auch Kultusminister Dr. Richard Seyfert (DDP) bemerkt, daß die Zahl der höheren Schulen durch Abbau den Bedürfnissen des Landes anzupassen sowie der Zudrang zur höheren Schule einzudämmen sei. Vgl. Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2469-2470.

Arbeitsmarktes, welche die Unterbringung auch der geistigen Arbeiter nicht ermögliche und dabei zu einer Verlängerung des Schulbesuches und einem Anwachsen des Studiums aus Verlegenheit führe; Übersteigerung der Forderungen von Gewerkschaften in Bezug auf die Vorbildung ihrer Anwärter aus rein gewerkschaftlichen Gründen; Übersteigerung des Berechtigungswesens; Fortbildungsschulzwang; Bedürfnis der Wirtschaft nach höher ausgebildeten Arbeitskräften; Wachsen des Bildungsbedürfnisses des Volkes; größere Bewertung geistiger Ausbildung nach Beweis der Unsicherheit materiellen Besitzes durch die Inflation; sowie eine geringere Kinderzahl, die es ermögliche, dem einzelnen Kinde eine bessere Ausbildung zu geben. Der Sächsische Philologenverein lehne es ab, die höhere Schule als eine Art Fürsorgeanstalt in der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis zu betrachten. Er erblicke vielmehr eine seiner höchsten Aufgaben in der Erhaltung ihrer wissenschaftlichen und erzieherischen Leistungsfähigkeit. Eines der besten Mittel, um insbesondere Ungeeignete von ihr fernzuhalten, sei die Durchführung einer gerechten Auslese, als deren Grundlage man fordere: möglichst einheitliche Versetzungsordnung, einheitlich geregelte neue Reifeprüfungsordnung, sparsame Anwendung der Kompensationen, Beseitigung der Bestimmung, daß die Zurückweisung eines Sextaners an die Volksschule an den einstimmigen Beschluß des Kollegiums gebunden sei.¹⁷³² Im Hinblick auf die Absenkung der schulischen Vorbildungsforderungen für praktische Berufe verständigte sich der Sächsische Philologenverein im Jahr 1932 mit dem Sächsischen Industrie- und Handelstag und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft auf Grundsätze zum dem Problem des Berechtigungswesens und der Überfüllung des Arbeitsmarktes mit akademisch Vorgebildeten.¹⁷³³

Auch die sächsische Unterrichtsverwaltung hatte sich frühzeitig mit den Ursachen des Andrangs zur höheren Schule auseinandergesetzt. Die Ausführungen der 1924 erschienenen Denkschrift, die ihr Entstehen wesentlich dem Kampf gegen die Einheitsschule verdankt hatte, waren jedoch stark von Schuldzuweisungen gegenüber der Volksschule geprägt.¹⁷³⁴ Die Denkschrift aus dem Jahr 1926 erkannte dagegen an, daß die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte und ihre Einwirkung auf die Wirtschaft mittlerweile für mannigfaltige Tätigkeiten insbesondere in der Industrie akademische Bildung verlangten, für die früher ohne Hochschulstudium auszukommen war.¹⁷³⁵ Mit Blick auf den in den Jahren 1930 und 1931 anstehenden starken Sextanerandrang beschäftigte sich Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker (DVP) am 2. Dezember 1929 im Rahmen einer Vortragsreihe des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens eingehend mit dem Thema. Nach seinen Ausführungen verschiebe sich als Auswirkung des Schülerandranges die durchschnittliche Begabungshöhe immer mehr zur Mittelmäßigkeit, weshalb die höhere Schule in einem Kampf um die Erhaltung ihrer Eigenschaft als Leistungsschule stehe. Abhilfe bestünde hier in Veränderungen im Berechtigungswesen sowie in einer strengeren Schülersauslese, die in Verbindung mit einer verfeinerter Schullaufbahnberatung und einer besseren Organisation der Erziehungsbeihilfen für unbemittelte begabte Kinder erfolgen müsse.¹⁷³⁶ Auf diesen Komplex wies dann auch

¹⁷³² Vgl. Die höhere Schule, 1929, S. 281-283 und 284; Amt und Volk, 1929, S. 321-322; Deutsches Philologen-Blatt, 1929, S. 725-726. Siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 3, Bl. 14-15. – Der Redebeitrag des Ministerpräsidenten Wilhelm Büniger (DVP) bewegte sich dann in dieselbe Richtung. Vgl. SächsHStAD, 12737, Nr. 120, unpag.

¹⁷³³ Unter anderem war darin allgemein vereinbart, daß für den Übergang in praktische wirtschaftliche Berufe vornehmlich eine gute Allgemeinbildung, praktisches Verständnis und Blick für die Notwendigkeiten des täglichen Lebens erforderlich seien, und es erst in zweiter Linie auf das Ausmaß der schulischen Vorbildung ankommen solle. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 226-227 (= Dokument 296) und 255.

¹⁷³⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/416, Bl. 36-39; Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und den höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten, S. 24-26 und 66-69. Siehe auch Hänig, Hans: Aufgaben der sächsischen Schulreform, S. 919. – Zur sogenannten „Flucht aus der Volksschule“ siehe Kapitel G. II. Exkurs.

¹⁷³⁵ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 72.

¹⁷³⁶ Vgl. Woelker, Konrad: Die Überfüllung der höheren Schulen, der Hochschulen und der akademischen Berufe, S. 25-35; Sächsische Staatszeitung, 1929, Nr. 283, S. 3; Die höhere Schule, 1929, S. 347-348. Seit 1928 hatte sich auch im Landtag die Wahrnehmung der Überfüllungsproblematik intensiviert. Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 62. Sitzung vom 31. Januar 1928, S. 2199; Ebd., 87. Sitzung vom 10. Juli 1928, S. 3300-3311; Ebd., 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3403 und 3408-3409; Ebd., 4. Wahlperiode, 24. Sitzung vom 28. Januar 1930, S. 919-929; Ebd., 31. Sitzung vom 19. März 1930, S.

die Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung über die Ausgestaltung des ihm unterstellten Schulwesens hin, die im März 1930 an den Landtag gelangte.¹⁷³⁷ Und im Anschluß und unter Auswertung der oben genannten Sitzung im Reichsministerium des Innern fand am 11. Juli 1930 unter Vorsitz von Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) eine Besprechung statt, die auf Regierungsebene der allgemeinen Verständigung der mit der Überfüllung der höheren Schulen, Hochschulen und akademischen Berufen zusammenhängenden Fragen diente.¹⁷³⁸

Während hinsichtlich der Absenkung der schulischen Vorbildungsanforderungen an die Anstaltsbehörden und Arbeitgeber nur appelliert werden konnte¹⁷³⁹, gab es im Zuständigkeitsbereich der Unterrichtsverwaltung nur beschränkt Möglichkeiten, um der Überfüllung der höheren Schule zu begegnen – zuvorderst die bereits erwähnte Schülerauslese. Die Aufnahme in die höhere Schule erfolgte aufgrund einer Prüfung, durch welche ermittelt wurde, ob der angemeldete Schüler die zur Aufnahme erforderlichen Vorkenntnisse besaß.¹⁷⁴⁰ War ein Schüler angenommen, so konnte er aus der höheren Schule nur entlassen werden, wenn er nach zweijährigem Besuche einer Klasse die Reife für die nächst höhere nicht erlangt hatte.¹⁷⁴¹ Nach Einführung der allgemeinen Volksschule 1919 sowie der Grundschule 1921 wurde ein neues Aufnahmeverfahren eingerichtet, das nunmehr beim Übergang in die Sexta der höheren Schule die Mitwirkung der Grundschule vorschrieb.¹⁷⁴² Durch Verordnung vom 17. Dezember 1926 erfolgte die Aufnahme nur noch probeweise. Schüler, die nach *einstimmigem* Urteil der in der Klasse unterrichtenden Lehrer sich nach halb- oder ganzjähriger Bewährungsfrist als ungeeignet für den Besuch einer höheren Schule erwiesen hatten, waren aus derselben zu entlassen und wieder der Volksschule zuzuführen. Die Zurückverweisung durfte aber in der Regel nur erfolgen, wenn den Erziehungsberechtigten drei Monate vorher von der beabsichtigten Maßnahme mit Begründung Kenntnis gegeben worden war.¹⁷⁴³ Die Verordnung vom 6. Juni 1930 verschärfte die Probezeitbestimmung, so daß Schüler schon nach dem Urteil der *Mehrheit* der in der Klasse unterrichtenden Lehrer entlassen werden konnten. Die Frist zur Verständigung der Erziehungsberechtigten wurde auf einen Monat verkürzt.¹⁷⁴⁴

Mit Blick auf den bevorstehenden Eintritt der beiden starken Nachkriegsgeburtensjahrgänge in die Sexta in den Jahren 1930 und 1931¹⁷⁴⁵ bestimmte die Verordnung über den Schülerandrang zu den höheren Schulen vom 15. Juli 1929 neben Maßnahmen in der Klassenbildung auch eine „ständige Verfeinerung der Schülerauslese“. Diese war nicht auf die Neuaufnahmen allein zu beschränken, sondern es war vielmehr auf allen Klassenstufen und insbesondere bei den Übergängen in die Obersekunda und Unterprima eine besonders sorgfältige Sichtung vorzunehmen, damit Schüler, die nach Begabung und Leistungsfähigkeit den notwendigen Anforderungen der höheren Schule nicht entsprachen, einem für sie geeigneteren Bildungswege zugeführt werden konnten.¹⁷⁴⁶ Für die Aufnahmeprüfungen der Jahre 1931 und 1932 wurde

1188; Ebd., 32. Sitzung vom 20. März 1930, S. 1222-1223; Ebd., 37. Sitzung vom 13. Mai 1930, S. 1423; Ebd., 5. Wahlperiode, 50. Sitzung vom 1. Juli 1931, S. 1963-1964 und 1980; Ebd., 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4466-4467.

¹⁷³⁷ Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 25-27.

¹⁷³⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 106-109.

¹⁷³⁹ Vgl. Verhandlungen, 4. Wahlperiode, 32. Sitzung vom 20. März 1930, S. 1223.

¹⁷⁴⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 320, § 12 Absatz 2.

¹⁷⁴¹ Vgl. Ebd., 1913, S. 112, § 56 Absatz 4.

¹⁷⁴² Vgl. Verordnungsblatt, 1920, S. 147; Ebd., 1923, S. 13-14 (= Dokument 156); Ebd., 1925, S. 89-90; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 143-151. Siehe auch: Landtagsakten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 21 (vom 14. Dezember 1920); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 12. Sitzung vom 14. Januar 1921, S. 352, Nr. 92; Hylla, Erich: Der Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen; Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Richtlinien für den Übergang aus der Grundschule zur höheren Schule; SSZ, 1932, S. 914-917 und 939-940.

¹⁷⁴³ Vgl. Verordnungsblatt, 1926, S. 89-90, Ziffer 9.

¹⁷⁴⁴ Vgl. Ebd., 1930, S. 57.

¹⁷⁴⁵ Die Zahl der Sextaner betrug 1929: 6275, 1930: 9614, 1931: 9163, 1932: 7031.

¹⁷⁴⁶ Vgl. Verordnungsblatt, 1929, S. 53-54, Zitat: S. 53. Daß bei den Prüfungen im Jahr 1930 von 11.722 Prüflingen 1982 (= 17 %) die Aufnahmeprüfung nicht bestanden hatten, wurde vom Ministerium als Erfolg gewürdigt. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 106.

allen höheren Schulen die verfeinerte Schülersauslese nochmals ausdrücklich zur Pflicht gemacht.¹⁷⁴⁷ Ebenso mahnte die Verordnung über weitere Sparmaßnahmen im Schulwesen vom 10. April 1931 eine ständige gewissenhafte Sichtung auf allen Klassenstufen, insbesondere bei den Übergängen in die Untertertia, Obersekunda und Unterprima sowie bei den Sextanern, an.¹⁷⁴⁸

Auch wenn das Ministerium wiederholt neue Bestimmungen zur Verschärfung der Auslese erdachte und Neuregelungen für das Aufnahme- und Reifeprüfungsverfahren sowie eine strengere Handhabung der Versetzungsbestimmungen erwog, mußte sich dennoch die in der Verordnung vom 30. April 1932 zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis durchsetzen, daß sich die Ablenkung von Schülern, welche die Sexta erfolgreich passiert hatten, auf andere Bildungswege im Allgemeinen ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten nicht bewerkstelligen ließ. Die Eltern sollten daher durch die Schule „in der richtigen Weise verständigt und beraten werden“, so daß sie sich zur Abmeldung ihrer Kinder von der allgemeinbildenden höheren Schule bereit fanden. Hierzu war ihnen die Aussichtslosigkeit des weiteren Schulbesuchs der für die höhere Schule nicht geeigneten Kinder und deren Neigung für einen gewerblichen oder ähnlichen Beruf eindringlich darzulegen.¹⁷⁴⁹ Auf der anderen Seite hatten aber auch die Lehrer ihren Anteil am ausbleibenden „Erfolg“. Denn wenn infolge Ausscheidens nicht leistungsfähiger Schüler Klassenziffern auf ein Maß herabsanken, die die Bildung einer Verschmelzungs Klasse mit 40 oder mehr Schülern erheischten, schien diesen zuweilen Zurückhaltung in der praktischen Handhabung der Auslesebestimmungen geboten.¹⁷⁵⁰ Und zum anderen war aufgrund der Vereinbarung der Länder über die mittlere Reife vom 4. April 1931 die bisher in Sachsen gültige Bestimmung aufgehoben worden, wonach die mittlere Reife auf Beschluß der Lehrerversammlung auch solchen Schülern zugesprochen werden konnte, die die Untersekunda einer neunstufigen oder die 1. Klasse einer sechsstufigen höheren Lehranstalt nicht mit Erfolg durchlaufen hatten, sofern der Durchschnitt ihrer Leistungen in den wissenschaftlichen Fächern mindestens 3 betrug.¹⁷⁵¹ In der Praxis ergaben sich damit wieder alle Schwierigkeiten und all jene Nachteile, mit denen die höhere Schule schon vor Einführung der mittleren Reife im Jahr 1927 zu kämpfen gehabt hatte. Die Nichterteilung der mittleren Reife an nichtversetzte Untersekundaner führte nämlich dazu, daß die Sitzenbleiber, die ja keinen Berechtigungsnachweis erworben hatten, eben nicht von der Schule abgingen bzw. abgehen konnten, sondern noch ein zweites Jahr in Untersekunda blieben und dann auch soweit gefördert waren, daß sie doch noch in die Oberklassen und vielleicht auch mit Mühe bis zum Abitur gelangen konnten. Die mit der Ländervereinbarung beabsichtigte Wirkung, nämlich die Ableitung der Schüler von der höheren Schule, wurde so in ihr Gegenteil verkehrt. Dieses Problem erkennend wandt sich die Gruppe der Oberstudiendirektoren im Sächsischen Philologenverein an das Ministerium für Volksbildung. Sie wies auf die fehlenden Mittel hin, ungeeignete Schüler vom Besuche der höheren Klas-

¹⁷⁴⁷ Zudem war angesichts des Sextanerandrangs an Orten mit mehreren höheren Schulen eine Ausgleichsstelle zu schaffen, die verhindern sollte, daß an Schulen mit niedriger Anmeldeziffer Prüflinge von geringerer Begabung und Leistungsfähigkeit aufgenommen, während am selben Orte an Schulen mit stärkerem Andrang bessere Schüler abgewiesen wurden; und daß an einer Schule Sexten mit zu großer Schülerzahl entstanden, während die Sexten der anderen noch nicht gefüllt waren. Vgl. Verordnungsblatt, 1930, S. 95-96, insbesondere Ziffer 11-14; Ebd., 1931, S. 89. Siehe auch: Die höhere Schule, 1932, S. 202.

¹⁷⁴⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 28, Ziffer 8; Ebd., 1932, S. 3 (Mitteilungen). Eine eingeforderte Berichterstattung, wie nun im Einzelnen die Auslesevorschriften durchgeführt worden seien, ließ aber aufgrund der Verschiedenartigkeit der eingegangenen Meldungen keine umfassende Auswertung zu. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 47. – Das Reichsministerium des Innern stellte im Jahr 1932 Richtlinien für die Auslese an den höheren Schulen auf, auf deren Grundlage eine diesbezügliche Vereinbarung der Länder jedoch nicht erzielt werden konnte. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 219-220; SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 166ff. Das Ministerium für Volksbildung stellte sich einer solchen Vereinbarung zu diesem Zeitpunkt entgegen, da sie den Ereignissen nur nachhinken und – auch im Hinblick auf die sich nunmehr sowieso vollziehende Rückbildung des höheren Schulwesens – Anlaß zu der Frage geben würde, warum eine solche Vereinbarung nicht schon viel früher getroffen worden sei. Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 9051, Bl. 276.

¹⁷⁴⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 47.

¹⁷⁵⁰ „Wenn sie [die Lehrerschaft] die geforderte Auslese übt, ist es nicht angängig, daß man sie dafür mit übergroßen Klassen bestraft, die Unterricht und Auslese im folgenden Jahr zur Unfruchtbarkeit verdammen.“ Vgl. Die höhere Schule, 1930, S. 119-120 und 263, Zitat: S. 120.

¹⁷⁵¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16251, Bl. 238 und 239; Verordnungsblatt, 1927, S. 14, Ziffer I Absatz 4; Ebd., 1931, S. 60 (= Dokument 222).

sen fernzuhalten. Und so führe auch das Sitzenlassen nicht zur Säuberung der Schule, denn solange ein Zögling nicht irgendeinen Abschluß erlangt habe, sei die Zustimmung der Eltern zur Abmeldung nicht zu erreichen. Die Oberstudiendirektoren beantragten darum, mit rückwirkender Kraft von Ostern 1932 an den höheren Schulen wiederum das Recht zu geben, *geeigneten* Untersekundanern, denen der Zugang zu den Oberklassen gesperrt werden solle, das Zeugnis der mittleren Reife zu erteilen. Solange diese Möglichkeit jedoch nicht (wieder) bestand, versuchten Lehrer vielfach einem Gewissenskonflikt dadurch zu entgehen, daß sie anstatt des Sitzenlassens die Versetzung nach Obersekunda jenen schwachen Schülern als „Gnadenzeugnis“ gewährten, deren Abgang von der Schule als durch die Eltern versichert angenommen werden konnte. „Warum soll der Junge, der sowieso verschwindet und da und dort noch Leidliches leistet und mit den Fächern, in denen er versagt, sicher nichts mehr zu tun hat, warum soll dieser Junge nun noch 1 Jahr in U II bleiben?“ Welcher Gebrauch später von der Obersekundareife tatsächlich gemacht wurde, entzog sich freilich dem Einfluß der Lehrerschaft.¹⁷⁵²

In diesem Kontext hatte der Sächsische Philologenverein auch wiederholt die Einrichtung von Abschlußklassen und Abschlußzügen im 8. oder 10. Schuljahr (d. h. nach Quarta bzw. Obertertia) gefordert, um dem „abgebrochenen höheren Schüler“, der die höhere Schule vorzeitig verlassen mußte, „den seiner Anlage gemäßen Abschluß der Ausbildung zu ermöglichen und die notwendige strenge Auslese aus einer ‚Ausmerze‘ zu einer sinnvollen Schulbahnberatung umzugestalten“¹⁷⁵³.

Einen weiteren Beitrag zur Ableitung von Schülern aus der Oberstufe bzw. zur Eindämmung des Zustroms zur Hochschule versprach sich das Ministerium für Volksbildung, als es sich jeweils zu Jahresbeginn 1932 und 1933 mit einem Mahnblatt an die sächsischen Abiturienten und deren Eltern richtete, in dem es auf das steigende Überangebot an Akademikern und deren Aussichtslosigkeit auf künftige Anstellung hinwies. „Zu einem Hochschulstudium sollte sich nur entschließen, wer eine unwiderstehliche innere Verpflichtung zur wissenschaftlichen Arbeit in sich fühlt[e], nach Begabung, Leistungsfähigkeit und Charakter für diese Arbeit ganz besonders berufen und stark genug [war], entsagungsvolle harte und schwere Jahre, die ihm als Akademiker bevorstehen w[ü]rden, zu überwinden.“ Alle anderen Schüler wurden eindringlich vor der Aufnahme eines Studiums gewarnt und statt dessen auf Alternativen in praktischen Berufen hingewiesen.¹⁷⁵⁴ Und der oben bereits zitierte Rektor der Universität Leipzig, Prof. Dr. Theodor Litt, erklärte: „Möglichst frühzeitige Ablenkung vom Studienwege bleibt nach wie vor die vordringlichste Aufgabe. Denn allen abweichenden Meinungen gegenüber muß mit Nachdruck betont werden: es ist die äußerlich schwierigste und kostspieligste, die innerlich ungesündeste Form der Erwerbslosenbeschäftigung, die sich in Gestalt dieser Hochschulüberfüllung verwirklicht.“¹⁷⁵⁵ Ergänzung erhielten diese Appelle durch praktische Maßnahmen. So existierte eine Landesstelle für Berufshilfe, die die Aufgabe hatte, den Abiturienten Zugang zu den praktischen Berufen zu verschaffen.¹⁷⁵⁶ Daneben bestand als ein Sondergebiet der allgemeinen Berufsberatung die akademische Berufsberatung, die im Auftrage des Landesarbeitsamtes im Einvernehmen mit dem Ministerium für Volksbildung von dem Sächsischen Akademischen Auskunftsammt für Studien- und Berufsfragen in Leipzig durchgeführt wurde.¹⁷⁵⁷ Dessen Tätigkeit war aber wegen fehlender finanzieller Mittel für die Reisekosten der Berufsberater bisweilen erschwert.¹⁷⁵⁸ Aber auch von

¹⁷⁵² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16253, unpag., Eingabe der Gruppe der Oberstudiendirektoren im Sächsischen Philologenverein vom 8. Juni 1932, hieraus die Zitate; Die höhere Schule, 1932, S. 47-48.

¹⁷⁵³ Die höhere Schule, 1932, S. 336. Siehe auch: Ebd., 1932, S. 57 und 256.

¹⁷⁵⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 90 (Zitat) und 99. Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker bemerkte hierzu, daß die Aufklärungsbemühungen bei den Eltern nur auf geringes Verständnis stöße. Vgl. Ebd., 10717, Nr. 9061, Bl. 22.

¹⁷⁵⁵ Die Leipziger Rektoratsreden, S. 1686.

¹⁷⁵⁶ Vgl. SächsHStAD, 10717, Nr. 9061, Bl. 28; Ebd., 11125, Nr. 11864/459, Bl. 135-136; Die höhere Schule, 1933, S. 31-33. Zur Durchführung der Abiturientenhilfe in Leipzig siehe: Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 555-557.

¹⁷⁵⁷ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 72-75; Verordnungsblatt, 1932, S. 67-69.

¹⁷⁵⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 10281/26, Bl. 79ff.

vornherein war diesen Bemühungen insofern Grenzen gesetzt, als der Andrang zur Hochschule ja zum Teil das Ergebnis versperrter praktischer Berufslaufbahnen war.¹⁷⁵⁹

Anläßlich der Haushaltsberatungen 1931 sprach sich nun auch der Sächsische Landtag für Auslesmaßnahmen aus und regte zudem eine Reform der Reifeprüfung an.¹⁷⁶⁰ Der Anlaß hierfür war ein vom Dresdner Stadtschulrat Wilhelm Hartnacke auf dem Deutschen Ärztetag geäußelter Vorschlag, künftig einen Unterschied zu machen zwischen einem Schulabgangszeugnis und einem Hochschulreifezeugnis.¹⁷⁶¹ Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker (DVP) erachtete die Teilung des Abschlusses der neunstufigen höheren Schulen in eine Hochschulreife und in eine bloße Abschlußreife jedoch für kaum durchführbar. Die Bildungsarbeit der höheren Schule baue notwendig auf wissenschaftlicher Begabung auf und müsse einheitlich sein. Die Einrichtung von „wissenschaftlichen“ Klassen der Oberstufe und solche für praktische Begabungen sei auch wirtschaftlich nicht zu verantworten. Das Ziel müsse vielmehr sein, für praktische Begabungen mit den Schulen für die mittlere Reife und den Fachschulen auszukommen.¹⁷⁶²

Gleichwohl war das Ministerium für Volksbildung aufgrund der von den Vorsitzenden der Ausschüsse für die Reifeprüfungen an den höheren Schulen erstatteten Berichte zu der Ansicht gelangt, daß bisher nicht allenthalben mit der nötigen Strenge geprüft worden war, und daß vielfach Schüler die höhere Schule bis zur Operprima durchlaufen hatten, obwohl sie für den Besuch der höheren Schule nicht geeignet waren.¹⁷⁶³ Bei den Reifeprüfungen für Ostern 1933 galten daher die Leitsätze, die in einer Sitzung von Vertretern der Unterrichtsverwaltungen der deutschen Länder im Reichsministerium des Innern am 3. Februar 1933 beschlossen worden waren. Hiernach hatte die Prüfungskommission jeder Schule für jeden einzelnen Abiturienten aktenmäßig festzustellen, ob ihm – unter Würdigung seiner Gesamtpersönlichkeit – nach seinen menschlichen und geistigen Anlagen, seinen Neigungen und Leistungen vom Hochschulstudium abzuraten war. Wer trotz dieses Abratens ein Hochschulstudium ergriff, kam für Studienvergünstigungen nicht in Betracht und mußte sich in den ersten drei Semestern Nachprüfungen unterziehen.¹⁷⁶⁴ Obwohl das Ministerium jedem Prüfungsausschuß strengste Auslese zur Pflicht gemacht hatte, befand es das Resultat für nicht befriedigend. In der Verordnung vom 11. Januar 1934 kritisierte es, daß die Ausführung der Anordnung von den einzelnen Anstalten mit verschiedener Strenge gehandhabt worden war sei. So habe es Schulen gegeben, die ihren Prüflingen in einer Höhe von 80 % vom Hochschulstudium abgeraten; andere, die Schülern mit der wissenschaftlichen Durchschnittszensur 3 und 3a nicht vom Hochschulstudium abgeraten; und schließlich solche, die alle Abiturienten unterschiedslos für hochschulreif erklärt hatten. Das Ministerium erblickte in dem laxen Verhalten eine bewußte Mißachtung und erwartete für die Zukunft strengste Befolgung seiner Anweisungen, wobei diejenigen Rektoren, die sich nicht mit aller Klarheit in den Dienst der Maßnahmen zur Begrenzung des Hochschulzuganges stellten, zur Verantwortung gezogen werden sollten.¹⁷⁶⁵

¹⁷⁵⁹ Im Übrigen propagierte das Reichsministerium des Innern vor allem ein „Werkjahr“ zur vorübergehenden Entlastung der Hochschulen und des Arbeitsmarktes. Vgl. SächsHStAD, 10717, 9061, Bl. 29ff.; Ebd., 11125, Nr. 11864/459, Bl. 74ff. und 133; Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 463-466, 553-555 und 585-586; Ebd., 1933, S. 100-102; Schairer, Reinhold: Die akademische Berufsnot, S. 96-111; Köhler, Henning: Arbeitsdienst in Deutschland, S. 229-237. – Die sächsische Regierung richtete z. B. landwirtschaftliche Arbeitsgänge auf einigen Staatsgütern ein, die die Abiturienten nach den Grundsätzen des freiwilligen Arbeitsdienstes aufnahmen. Dadurch sollte zunächst Beschäftigung und zugleich eine für das spätere Leben nützliche Schulung geboten werden. Vgl. SächsHStAD, 10717, 9061, Bl. 9, 22-23 und 28. – Zur Abiturientenhilfe in Sachsen siehe auch: Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4452.

¹⁷⁶⁰ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 586 (vom 3. Juli 1931), S. 2-3, Ziffer II. 12; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 52. Sitzung vom 6. Juli 1931, S. 2183; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 157 (vom 16. Juli 1931), S. 16, Ziffer II. 6. Siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 9.

¹⁷⁶¹ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 52. Sitzung vom 6. Juli 1931, S. 2153.

¹⁷⁶² Vgl. SSZ, 1932, S. 834; Die höhere Schule, 1932, S. 228-229.

¹⁷⁶³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/416, Bl. 38. Von einer neuen – strengere Anforderungen stellenden – Reifeprüfungsordnung versprach man sich die gewünschte Wirkung. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 9.

¹⁷⁶⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 314 (= Dokument 251) und 315; Reichsministerialblatt, 1933, S. 111-112; Deutsches Philologen-Blatt, 1933, S. 95; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4452.

¹⁷⁶⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 342.

Da die geschilderten Mittel – Ausleseverfahren, Warnung vor dem Studium und Arbeitsbeschaffung – sich insgesamt als unzureichend erwiesen hatten, erließ das Ministerium für Volksbildung am 13. Oktober 1933 – in Durchführung des Reichsgesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933¹⁷⁶⁶ – eine Verordnung zur Anpassung des Umfanges der höheren Schulen an den Bedarf an akademischem Nachwuchs. Die Auswahl der zum Studium zuzulassenden Abiturienten und der in den Oberbau der höheren Schule aufzunehmenden Untersekundaner sollte dabei nicht mechanisch, sondern aufgrund tatsächlich bestehender Leistungsfähigkeit erfolgen. Zu diesem Zweck hatten alle Schüler der genannten Klassenstufen unter Vorgabe gleicher – ohne Rücksicht auf die Sonderart der einzelnen Schule oder der Schulgattung nehmender – Fragestellungen drei Arbeiten anzufertigen, die zentral im Ministerium nach einheitlichen Maßstäben ausgewertet wurden. Jede Schule hatte sodann aufgrund der für sie ermittelten Quote die Einzelauslese vorzunehmen.¹⁷⁶⁷ Ein Bericht über die Durchführung und die Ergebnisse dieser Sichtungsmaßnahmen wurde später eigens unter schlagkräftigem Titel veröffentlicht.¹⁷⁶⁸ Der dann in den Folgejahren zu verzeichnende Rückgang der Besuchsziffern sowohl der höheren Schule als auch der Hochschule war jedoch nicht primär das Ergebnis der NS-Bildungspolitik, sondern durch den Schrumpfungsprozeß des höheren Schulwesens selbst begründet.¹⁷⁶⁹

¹⁷⁶⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1933, Teil 1, S. 225 und Ausführungsverordnung hierzu vom selben Tag (RGBl. I S. 226); Deutsches Philologen-Blatt, 1933, S. 209-211. Siehe auch Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik, S. 162-180.

¹⁷⁶⁷ Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 80-81; Die höhere Schule, 1933, S. 351; Deutsches Philologen-Blatt, 1933, S. 506-507. Zur Entstehung und Handhabung der Verordnung siehe: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/459, Bl. 251ff.; Ebd., Nr. 11864/460-462. Die Anordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Dezember 1933 setzte die Zahl der Abiturienten, die im Jahr 1934 eine Zulassung zur Hochschule erhielten, auf 15.000 und den dabei auf Sachsen entfallenden Anteil auf 1339 fest. Vgl. Reichsministerialblatt, 1934, S. 16-17; Der Gemeindetag, 1934, S. 33ff. – Antriebe erhielten die sächsischen Maßnahmen aber auch durch die begabungstheoretisch-erbbiologischen Auffassungen des Ministers für Volksbildung (und früheren Dresdner Stadtschulrats) Dr. Wilhelm Hartnacke, der sich nun endlich zur Durchführung seines Programms in der Lage sah. Vgl. Hartnacke, Wilhelm: Das Schlagwort im Kampfe gegen die höhere Schule; Ders.: Organische Schulgestaltung; Ders.: Ständeschule – Leistungsschule; Ders.: Naturgrenzen geistiger Bildung; Ders.: Bildungswahn – Volkstod! Siehe auch Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Dr. Wilhelm Hartnacke und das Begabungsproblem; Titze, Hartmut: Der Akademikerzyklus, S. 282-291; Wollersheim, Heinz-Werner: Erbbiologische Untiefen der Begabungsdiskussion, S. 44-53.

¹⁷⁶⁸ Vgl. Wohlfahrt, Erich und Wilhelm Hartnacke: Geist und Torheit auf Primanerbänken.

¹⁷⁶⁹ Vgl. Lambrecht, Ronald: Studenten in Sachsen, S. 46.

Die Schülerzahlen in den höheren Schulen (einschließlich Seminaren) 1884–1934*

Jahr	Unterstufe				Mittelstufe				Oberstufe				Gesamt
	VI	V	IV	Summe	U III	O III	U II	Summe	O II	U I	O I	Summe	
1884													14.572
Knaben													13.494 (92,6)
Mädchen													1078 (7,4)
davon an													
Kn.anst.												–	
Mäd.anst.												1078 (100)	
1899													22.711
Knaben													21.429 (94,4)
Mädchen													1282 (5,6)
davon an													
Kn.anst.												–	
Mäd.anst.												1282 (100)	
1911													31.353
Knaben													28.157 (89,8)
Mädchen													3196 (10,2)
davon an													
Kn.anst.												28 (0,9)	
Mäd.anst.												3168 (99,1)	
1914													32.832
Knaben													27.966 (85,2)
Mädchen													4866 (14,8)
1920													39.556
Knaben													31.560 (79,8)
Mädchen													7996 (20,2)
1921													39.927
Knaben													31.477 (78,8)
Mädchen													8450 (21,2)

	Unterstufe				Mittelstufe				Oberstufe				
Jahr	VI	V	IV	Summe	U III	O III	U II	Summe	O II	U I	O I	Summe	Gesamt
1922													41.905
Knaben													32.947 (78,6)
Mädchen													8.958 (21,4)
1923													44.954
Knaben													34.223 (76,1)
Mädchen													10.731 (23,9)
1924												4098	49.467
Knaben												3691 (90,1)	36.735 (74,3)
Mädchen												407 (9,9)	12.732 (25,7)
1925												4835	52.128
Knaben												4264 (88,2)	37.861 (72,6)
Mädchen												571 (11,8)	14.267 (27,4)
1926												6209	52.976
Knaben												5430 (87,5)	38.004 (71,7)
Mädchen												779 (12,5)	14.972 (28,3)
1927	7215	9071	9381	25.667	7892	6334	5101	19.327	2832	1976	1434	6242	51.236
												[7730]	
Knaben	4884 (67,7)	6133 (67,6)	6304 (67,2)		5500 (69,7)	4551 (71,9)	3786 (74,2)		2418 (85,4)	1705 (86,3)	1269 (88,5)		36.550 (71,3)
Mädchen	2331 (32,3)	2938 (32,4)	3077 (32,8)		2392 (30,3)	1783 (28,1)	1315 (25,8)		414 (14,6)	271 (13,7)	165 (11,5)		14.686 (28,7)
davon an													
Kn.anst.	1020 (43,8)	1308 (44,5)	1325 (43,1)		1007 (42,1)	629 (35,3)	461 (35,1)		170 (41,1)	77 (28,4)	40 (24,2)		6037 (41,1)
Mäd.anst.	1311 (56,2)	1630 (55,5)	1752 (56,9)		1385 (57,9)	1154 (64,7)	854 (64,9)		244 (58,9)	194 (71,6)	125 (75,8)		8649 (58,9)
1928				19.040				22.848	3691	2951	2594	9.236	51.162
Knaben									2913 (78,9)	2380 (80,7)	2229 (85,9)	7522 (81,4)	35.709 (69,8)
Mädchen									778 (21,1)	571 (19,3)	365 (14,1)	1714 (18,6)	15.453 (30,2)
1929	6275	5684	5974	17.933	6775	7460	7211	21.446	3963	3373	2928	10.264	49.643
Knaben	4255 (67,8)	3627 (63,8)	3863 (64,7)		4491 (66,3)	5036 (67,5)	5024 (69,7)		3100 (78,2)	2656 (78,7)	2366 (80,8)		34.418 (69,3)
Mädchen	2020 (32,2)	2057 (36,2)	2111 (35,3)		2284 (33,7)	2424 (32,5)	2187 (30,3)		863 (21,8)	717 (21,3)	562 (19,2)		15.225 (30,7)

	Unterstufe				Mittelstufe				Oberstufe				
Jahr	VI	V	IV	Summe	U III	O III	U II	Summe	O II	U I	O I	Summe	Gesamt
1930	9614	5931	5429	20.974	5744	5655	6809	18.208	4294	3540	3241	11.075	50.257
Knaben	6521 (67,8)	3971 (67,0)	3446 (63,5)		3737 (65,1)	3806 (67,3)	4646 (68,2)		3418 (79,6)	2790 (78,8)	2534 (78,2)		34.869 (69,4)
Mädchen	3093 (32,2)	1960 (33,0)	1983 (36,5)		2007 (34,9)	1849 (32,7)	2163 (31,8)		876 (20,4)	750 (21,2)	707 (21,8)		15.388 (30,6)
1931	9163	8985	5572	23.720	5189	4754	5205	15.148	3979	3699	3409	11.087	49.955
Knaben	6192 (67,6)	6023 (67,0)	3688 (66,2)		3339 (64,3)	3145 (66,2)	3505 (67,3)		3063 (77,0)	2943 (79,6)	2681 (78,6)		34.579 (69,2)
Mädchen	2971 (32,4)	2962 (33,0)	1884 (33,8)		1850 (35,7)	1609 (33,8)	1700 (32,7)		916 (23,0)	756 (20,4)	728 (21,4)		15.376 (30,8)
1932	7031	8437	8259	23.727	5095	4146	4334	13.575	2707	3359	3642	9708	47.010
Knaben	4754 (67,6)	5678 (67,3)	5478 (66,3)		3410 (66,9)	2745 (66,2)	2862 (66,0)		2119 (78,3)	2656 (79,1)	2937 (80,6)		32.639 (69,4)
Mädchen	2277 (32,4)	2759 (32,7)	2781 (33,7)		1685 (33,1)	1401 (33,8)	1472 (34,0)		588 (21,7)	703 (20,9)	705 (19,4)		14.371 (30,6)
1933	6222	6744	8036	21.002	7936	4194	3866	15.996	2156	2333	3220	7709	44.707
Knaben	4191 (67,4)	4570 (67,8)	5387 (67,0)		5267 (66,4)	2844 (67,8)	2566 (66,4)		1706 (79,1)	1840 (78,9)	2532 (78,6)		30.903 (69,1)
Mädchen	2031 (32,6)	2174 (32,2)	2649 (33,0)		2669 (33,6)	1350 (32,2)	1300 (33,6)		450 (20,9)	493 (21,1)	688 (21,4)		13.804 (30,9)
1934	5512	5893	6477	17.882	7653	6519	3854	18.026	1625	1743	2135	5503	41.411
Knaben	3808 (69,1)	3957 (67,1)	4380 (67,6)		5170 (67,6)	4451 (68,3)	2638 (68,4)		1293 (79,6)	1418 (81,4)	1710 (80,1)		28.825 (69,6)
Mädchen	1704 (30,9)	1936 (32,9)	2097 (32,4)		2483 (32,4)	2068 (31,7)	1216 (31,6)		332 (20,4)	325 (18,6)	425 (19,9)		12.586 (30,4)

* Die Prozentangaben in den Klammern beziehen sich auf die jeweils darüberstehende Schülerzahl bzw. auf die Verteilung von Mädchen auf Knaben- und Mädchenanstalten. Aufgrund unterschiedlicher Quellenangaben weicht für das Jahr 1928 die Summe der Einzelwerte von der Ziffer der Gesamtschülerzahl geringfügig ab. Und ebenso existiert für das Jahr 1927 ein alternativer Wert, der in Klammern angegeben ist.

Quellen: Statistisches Jahrbuch Sachsen, 1924/1926, S. 368-369; Ebd., 1930, S. 252-253; Ebd., 1931/1934, S. 328-329; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1928/1929 (1930), S. 326-329 und 334-335; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 23-24; Deutsches Philologen-Blatt, 1930, S. 276; Die höhere Schule, 1932, S. 311; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 21; Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 19, 43 und 44.

3. Die Deflation der höheren Schule

Seit 1926 befand sich das höhere Schulwesen in einem Schrumpfungsprozeß, der – durch steigende Abiturientenzahlen zunächst überdeckt¹⁷⁷⁰ – im Jahr 1932 offen hervortrat. Seine tiefere Ursache hatte dieser Vorgang in der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage, dem Absinken der Einkommensverhältnisse der Eltern, den wiederholten Sparmaßnahmen sowie den Erhöhungen des Schulgeldes bei gleichzeitiger Verminderung der Schulgelderleichterungen. Und angesichts der trostloser werdenden Lage auf dem akademischen Arbeitsmarkt setzte sich zunehmend die Einsicht durch, daß auch eine höhere Schulbildung die Berufsaussichten nicht verbessern würde. Die Rückbildung des höheren Schulwesens äußerte sich in einer Abnahme der Gesamtschülerzahlen sowie in einem Rückgang in der Besetzung aller Klassenstufen. Das Bild wurde etwas verschoben durch den Eintritt der beiden starken Nachkriegsgeburtengänge in die Sexta in den Jahren 1930 und 1931. In Sachsen nahm 1932 die Gesamtschülerzahl gegenüber dem Vorjahr daher „nur“ um 2945 (= 6 %) ab. Mit 2132 Schülern fiel der Verlust bei den Sextanern dabei am größten aus; er entsprach einem Rückgang von 23 % gegenüber 1931. Zum Ausdruck kam hierin eine nachlassende Neigung zum Übergang zur höheren Schule. Betrug der Anteil der Grundschüler, die in die Sexta eintraten 1928 noch 15,6 %, so waren es 1932 nur noch 8 %. Diese ständige Verminderung des Zugangs wurde zusätzlich dadurch gefördert, daß die Grundschuljahrgänge (und damit der Rekrutierungsbereich) infolge des seit 1921/1922 sich vollziehenden Geburtenrückganges ständig abnahmen. Und während etwa bis 1929 ein starker Hang zum längeren Verweilen auf der höheren Schule festzustellen war, setzte zudem auch in den übrigen Klassen eine Abkehr von der höheren Schule ein. Die Schwundsätze beim Klassenübergang waren in einer dauernden Zunahme begriffen, so daß z. B. die Mittelstufe 1932 gegenüber 1928 einen zahlenmäßigen Rückgang von 40,5 % zu verzeichnen hatte. Diese Tendenz setzte sich in der Oberstufe fort, so daß eine ständig abnehmende Zahl an Abiturienten die höhere Schule verließ.¹⁷⁷¹ Mit der sinkenden Schülerzahl, vor allem mit dem Rückgang der Anmeldungen für Sexta, griff so in immer stärkerem Maße ein Prozeß der Abbröckelung des höheren Schulwesens von unten her und von innen heraus um sich, so daß die Schulen mit nur einer Sexta zahlenmäßig immer mehr das Übergewicht errangen. Besonders bedenklich war dies für die Doppelanstalten, die auf einem gemeinsamen Unterbau zwei höhere Schultypen nebeneinander führten. Denn mit nur einer Sexta konnten sie den Schülerbedarf beider Zweige nicht mehr decken. Der Wegfall von Parallelklassen erzwang deswegen die Rückbildung zum Normaltyp. Und in letzter Konsequenz führte der Schülermangel zum Absterben ganzer Anstalten, was wiederum die Beschäftigungsmöglichkeiten der Philologen (insbesondere seines Nachwuchses) verminderte.¹⁷⁷²

¹⁷⁷⁰ Bemerkenswerterweise setzte mit Beginn des Jahres 1927 ein „Kreuzzug“ gegen die höhere Schule ein, der aus der Zunahme der Abiturientenzahlen auf ein „Aufblähen“ des höheren Schulwesens generell schloß. Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 50ff. „Man verallgemeinerte [...] dieses nur für die Oberstufe geltende Anschwellen auf das gesamte höhere Schulwesen zu einer Zeit, wo dieses bereits seit Jahren in Rückbildung begriffen war, und schloß aus dem Anwachsen der Abiturientenzahlen auf immer neuen Zustrom zur höheren Schule überhaupt.“ Vgl. Ebd., S. 46-47. Zur zeitgenössischen Wahrnehmung der Überfüllungsproblematik siehe auch Hesse, Alexander: „Bildungsinflation“ und „Nachwuchsmangel“; Titze, Hartmut: Der Akademikerzyklus; Friedeburg, Ludwig von: Bildungsreform in Deutschland, S. 263-268; Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland, S. 490-492.

¹⁷⁷¹ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 93-107. Zur quantitativen Entwicklung des sächsischen höheren Schulwesens siehe auch Morgenstern, Richard (Hrsg.): Mitglieder-Verzeichnis des Sächsischen Philologenvereins, 1931, S. 89ff.; Ders. (Hrsg.): Verzeichnis der Lehrer an den höheren Schulen Sachsens, 1934, S. 99ff.; Deutsches Philologen-Blatt, 1930, S. 275-277; Ebd., 1931, S. 260-262; Die höhere Schule, 1930, S. 94-96; Ebd., 1931, S. 39-42 und 190-193; Ebd., 1932, S. 40-44, 55-56, 157-160 und 311-313.

¹⁷⁷² Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 107-109. Zur zahlenmäßigen Auswirkung des Schrumpfungsprozesses für Sachsen siehe: Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4449-4450; Die höhere Schule, 1932, S. 311-313.

Der Schülerverlust (Schwundsätze) an den höheren Schulen 1928–1932 (in %)

Jahr	beim Übergang nach							
	V	IV	U III	O III	U II	O II	U I	O I
1928	3,3	2,9	2,5	15,5	8,2	37,3	7,6	1,2
1929	4,1	2,8	2,8	14,0	7,7	37,8	8,6	0,8
1930	5,5	4,5	3,9	16,5	8,7	40,5	10,7	3,9
1931	6,5	6,0	3,9	17,0	7,9	41,2	13,4	4,1
1932	8,7	9,0	8,3	20,1	8,6	47,3	15,5	4,6

Quelle: Die höhere Schule, 1932, S. 159.

Mit dem – im vorangegangenen Kapitel dargestellten – Anwachsen der Schülerzahlen waren gleichermaßen eine Vermehrung der Lehranstalten und eine Differenzierung der Schultypen einhergegangen.¹⁷⁷³ In Sachsen hatten im Jahr 1830 nur 13 Gelehrtschulen existiert, die allesamt Gymnasien waren. Im Schuljahr 1926/1927 gab es dagegen 113 öffentliche höhere Schulen; nämlich 85 *neunstufige* sowie 28 selbständige *sechsstufige* höhere Lehranstalten. Die Zahl der Gymnasien war in einem Jahrhundert gerade um fünf auf 18 gestiegen, während neben sie getreten waren als neue neunstufige Schularten: 24 Realgymnasien, 15 Oberrealschulen, 22 Deutsche Oberschulen und Aufbauschulen, eine staatliche höhere Versuchsschule, fünf höhere Mädchenschulen mit Studienanstalten; und als sechsstufige Schularten: 17 öffentliche Realschulen sowie 11 sechsstufige höhere Mädchenschulen, die nicht in Verbindung mit einer anderen höheren Schule standen.¹⁷⁷⁴ War das Gymnasium zunächst die alleinige Vorbereitungsstätte für die Universität, wurde es mit dem Aufkommen der Realanstalten aus dieser Monopolstellung verdrängt.¹⁷⁷⁵ Hatten im Jahr 1884 37,6 % aller Schüler noch ein Gymnasium besucht, so waren es 1931 nur noch 15,4 %. Und entsprechend stiegen umgekehrt die Besuchsziffern bei den Realanstalten, wobei sich insbesondere die Reformrealgymnasien, die Oberrealschulen, die Deutschen Oberschulen sowie die zur Hochschulreife führenden Mädchenanstalten wachsender Beliebtheit erfreut hatten.¹⁷⁷⁶

Am 7. Februar 1933 setzte sich Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) im Sächsischen Landtag eingehend mit den geschilderten Entwicklungstendenzen auseinander. Auf den naheliegenden Einwand, daß das Ministerium, indem es auf immer strengere Auslese und auf immer stärkere Ableitung von Schülern aus der Oberstufe hindränge, den Rückbildungsprozeß des höheren Schulwesens selbst noch verschärfe, entgegnete er, daß aus der Erkenntnis, die Jugend nicht mehr so verhängnisvoller Fehlleitung auszusetzen, auch die Folgen zu ziehen seien, von denen man sich nicht durch andere Rücksichten ab-

¹⁷⁷³ Vgl. Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, S. 28.

¹⁷⁷⁴ Von den 85 neunstufigen höheren Schulen waren 41 staatlich oder standen unter staatlicher Verwaltung; die übrigen waren Gemeindeanstalten. Alle öffentlichen sechsstufigen Schulen waren bis auf eine Stiftungsanstalt Gemeindeschulen. Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 13ff.; Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 21ff.; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4452. Zur staatlichen höheren Versuchsschule in Dresden („Dürerschule“) siehe Amlung, Ullrich: Reformpädagogische Versuchsschulen in Dresden, S. 28–32; Ders.: Dresdner Schulwesen in der Weimarer Republik, S. 190–191; Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen, S. 433–452; Koch, Kerstin: Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung, S. 20–21; Dietrich, Dorothea: Die Dresdner Dürerschule, S. 44–50; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 169–171.

¹⁷⁷⁵ Die Einführung der freieren Gestaltung des Unterrichts (Gabelung) an den Gymnasien seit 1907 kann in diesem Zusammenhang als ein Bemühen der Unterrichtsverwaltung verstanden werden, der Attraktivitätseinbuße des humanistischen Gymnasiums etwas entgegenzuwirken. Vgl. Die höhere Schule, 1925, S. 82. – Zum Abgrenzungstreit zwischen Realschule und Gymnasium im 19. Jahrhundert siehe Eckert, Manfred: Die schulpolitische Instrumentalisierung des Bildungsbegriffs; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 34–35.

¹⁷⁷⁶ Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen, 1924/1926, S. 368–369; Ebd., 1929, S. 224–225; Ebd., 1931/1934, S. 316–317; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1923 (1924), S. 84 und 94.

bringen lassen dürfe. So falsch es wäre, die Rückbildung noch künstlich zu fördern¹⁷⁷⁷, so schwer würde es sich in der Zukunft rächen, wenn man glaubte, sie, soweit sie sachlich berechtigt sei, künstlich aufhalten zu können. Der Grundfehler, an dem der Aufbau des höheren Schulwesens vor allem kranke, bestehe in einem viel zu großen Bestand an neunstufigen Vollanstalten. Und die Zurückführung auf einfachere Verhältnisse sei nicht nur ein Gebot der Selbsterhaltung, sondern bedeute gleichzeitig eine gewisse Gesundung. Die Unterrichtsverwaltung habe dafür zu sorgen, daß aus dieser Umbildung ein höheres Schulwesen entstehe, das, von den Folgen einer irrtumsreichen Fehlentwicklung befreit, auf schämlere, gesunde Grundlage zurückgeführt werde. Unvermeidlich sei daher, daß eine Anzahl neunstufiger Anstalten oder Züge eingehen, eine Anzahl zusammengelegt und eine weitere Anzahl zu sechsstufigen Anstalten zurückgebildet werden müßten. Selbstverständlich könne und dürfe sich diese Rückbildung aber nicht schlagartig vollziehen, sie dürfe sich auch nicht selbst überlassen bleiben, sondern müsse in Bahnen gelenkt werden, die eine planwirtschaftliche Um- und Neugestaltung gewährleisten. Dabei müsse auf Vereinheitlichung und Vereinfachung Gewicht gelegt werden.¹⁷⁷⁸

Zur weiteren Auseinandersetzung mit der programmatischen Äußerung der Regierung wird an dieser Stelle zunächst ein Rückblick über die Entwicklung eingeschoben, die das höhere Schulwesen seit der Veröffentlichung der Denkschrift über dessen Neuordnung im Jahr 1926 genommen hatte. So hatte sich Walther Schieck – damals noch Präsident des Sächsischen Staatsrechnungshofes – in seinen im Januar 1928 veröffentlichten Vorschlägen für eine Verwaltungsreform zwar für eine angemessene Ausnutzung der Pflichtstunden sowie in wenigen konkreten Einzelfällen für Sparmaßnahmen ausgesprochen, jedoch das in der Denkschrift entwickelte Programm nicht in Frage gestellt.¹⁷⁷⁹ Vielmehr wurden die Stundentafeln der Denkschrift, die die Anzahl der Unterrichtsstunden in den einzelnen Unterrichtsfächern, Schultypen und Klassenstufen festgelegt hatten, mit geringfügigen Änderungen im Schuljahr 1927/1928 zunächst in den Unterklassen (Sexta, Quinta, Quarta), in den Schuljahren 1929/1930 und 1930/1931 auch in Obertertia und Untersekunda bzw. den entsprechenden Klassenstufen der sechsstufigen Anstalten, sowie im Schuljahr 1932/1933 in Unterprima eingeführt.¹⁷⁸⁰ Äußerlich hatte sich dies auf den fremdsprachlichen Unterricht im Gymnasium ausgewirkt, dessen zweite Fremdsprache 1927/1928 das Englische anstelle von Französisch wurde. Ferner setzte im Realgymnasium die dritte Fremdsprache ein Jahr später ein als bisher. Schüler, die zum Schuljahr 1925/1926 in die Sexta einer höheren Schule aufgenommen worden waren, mußten sich 1929/1930 bei Versetzung nach Obertertia also noch ein Jahr bis zum Beginn des Französischunterrichts gedulden.

Nachdem Ministerialdirektor Dr. Konrad Woelker (DVP) zwischenzeitlich im Landtag Auskunft erteilt hatte¹⁷⁸¹, informierte sodann das Ministerium für Volksbildung ausführlich in seinem „Plan [...] für die Ausgestaltung des ihm unterstellten Schulwesens von Ostern 1931 ab“ über den Stand der Neuordnung. So seien die Schwierigkeiten der wachsenden Schülerzahlen und die Sonderaufgaben der einzelnen Jahre dem organischen Fortschreiten der Neuordnung nicht günstig gewesen. Andererseits hätten sie gerade besonders deutlich erwiesen, wie nötig eine straffere Zusammenfassung und eine innere und äußere Vereinfachung des höheren Schulwesens seien. Das Ministerium, dem die Vereinfachung sehr am Her-

¹⁷⁷⁷ Diese Ansicht befindet sich im Widerspruch zu der Haltung, die die Regierung noch im Jahr 1931 eingenommen hatte. Damals war in Erwartung von Sparerfolgen der Rückbildungsprozeß künstlich beschleunigt worden. Siehe Kapitel G. III. 1.

¹⁷⁷⁸ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4448-4454. Das hier sich erhebbende Problem war freilich, daß sich der von der Regierung anvisierte „gesunde Normalumfang“ der höheren Schule nicht beziffern ließ. Auszugehen hätte dieser von dem Bedarf bestimmter Gruppen und Berufsschichten an entsprechend vorgebildetem Nachwuchs gehabt. Doch den Normalwert dieses Verhältnisses zwischen Bedarf und Umfang zu ermitteln, war aufgrund des Fehlens statistischer Unterlagen nicht möglich. Vgl. Die höhere Schule, 1933, S. 73-76.

¹⁷⁷⁹ Vgl. Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, S. 81-82. Siehe auch: Die höhere Schule, 1928, S. 17-22, 61-68 und 160-161.

¹⁷⁸⁰ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 217ff.; Verordnungsblatt, 1927, S. 17; Ebd., 1929, S. 2; Ebd., 1930, S. 1; Die höhere Schule, 1932, S. 47. – Zu der Denkschrift siehe Kapitel G. II. 3.

¹⁷⁸¹ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 345 (vom 5. Mai 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 29. Sitzung vom 5. Mai 1927, S. 951; Ebd., 62. Sitzung vom 31. Januar 1928, S. 2198-2202.

zen liege, habe in dieser Richtung verschiedene örtliche Maßnahmen durchführen können, so die Angliederung verschiedener städtischer Realschulen an Deutsche Oberschulen und mehrerer höherer Mädchenschulen an andere höhere Schulen. Außerdem solle in Freiberg das Gymnasium mit dem Realgymnasium zu einer höheren Schule verschmolzen werden. Das Ministerium halte noch weitere Vereinfachung in größerem Umfange für möglich und nötig, sei dabei aber in starkem Maße auf die Mithilfe der Städte angewiesen, bei denen mitunter der Wille zur Vereinfachung durch das Streben örtlicher Instanzen gelähmt werde, möglichst jede Schulform in ihrer Stadt vertreten zu sehen und ihre sechsstufigen höheren Schulen tunlichst in neunklassige umzuwandeln. Das Ministerium vertraue darauf, daß nach Wiedereintritt gleichbleibender Verhältnisse bessere Voraussetzungen für die Vereinfachung gegeben sein werden. Es sei bemüht, eine größere innere Vereinheitlichung durch die neuen Lehrpläne vorzubereiten. Und es hoffe, daß ebenso bis Ostern 1931 auch das Gesetz über das höhere Schulwesen in neuer Form verabschiedet und eine Landesschulordnung (als Ausführungsverordnung zu dem Gesetz) erlassen sein werde.¹⁷⁸² Diese Absichtserklärung erhielt ihren rechtlichen Ausdruck in der Sparverordnung vom 21. September 1931, wonach das mittlere wie das höhere Schulwesen zu vereinheitlichen und ebenso wie die gesamte Schulverwaltung zu vereinfachen war.¹⁷⁸³ Das Ministerium hielt es dabei für unzweckmäßig, über diese Umgestaltung allgemein bindende Vorschriften zu erlassen. Es sollte vielmehr im Einzelfall geprüft werden, wie das gesamte Schulwesen eines Ortes unter Berücksichtigung seiner Umgebung und des Schulwesens der Nachbarorte bzw. eines größeren Bezirks und des ganzen Landes je nach den besonderen Verhältnissen am zweckmäßigsten planwirtschaftlich umzugestalten, zu vereinfachen und zu vereinheitlichen war.¹⁷⁸⁴ Eine Absage erteilte die sächsische Regierung allen Plänen, die auf eine Verkürzung der höheren Schule auf acht Jahre zielten.¹⁷⁸⁵

Gleichzeitig mit der Denkschrift war als dringend notwendige Ergänzungsarbeit die Aufstellung neuer Lehrpläne in Angriff genommen worden; hatte sich durch die Neuordnung doch eine solche Verschiebung der Stundenzahlen für die einzelnen Fächer ergeben, daß die bisherigen Lehrplanvorschriften als völlig unzulänglich, ja als unerfüllbar angesehen werden mußten. Für die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen galten noch die schon oben genannten Lehr- und Prüfungsordnungen aus der Zeit der Jahrhundertwende. Für die Reformanstalten, die Deutschen Oberschulen und die Aufbauschulen gab es überhaupt keine allgemein verbindlichen Vorschriften, so daß die Einzelschule sich mit einem eigenen Lehrplan zu behelfen gezwungen war. Das bedeutete in der Praxis ein völliges Durcheinander, das den

¹⁷⁸² Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 29.

¹⁷⁸³ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 16 Absatz 1. Neben der organisatorischen Vereinfachung aus fiskalischen Gründen sollte die Vereinheitlichung des zersplitterten neunstufigen höheren Schulwesens auch dem Zwecke dienen, endlich – entgegen der in der Denkschrift von 1926 bekundeten Absicht – landesweit gleiche Maßstäbe bei den Reifeprüfungen aufstellen zu können (zumindest für einzelne Fächer gleiche Aufgaben). Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 155; SSZ, 1932 S. 834; Die höhere Schule, 1932, S. 228.

¹⁷⁸⁴ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4453-4454. Zur „Planmäßigkeit in der Verteilung der Schulen über das ganze Land“ siehe auch: Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 189.

¹⁷⁸⁵ Diese Haltung war bereits in den Jahren 1921/1922 eingenommen worden, als sich die Hamburger Oberschulbehörde zu einem entsprechenden Vorgehen anschickte. Und als im Jahr 1930 die preußische Regierung derartige Absichten bekundete, hatte die sächsische Regierung sofort geltend gemacht, daß so einschneidende Maßnahmen nur im Einverständnis mit allen übrigen deutschen Ländern getroffen werden könnten, was sich aus der Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse der höheren Schulen vom 19. Dezember 1922 ergebe. Das sächsische Ministerium für Volksbildung habe die Frage einer Verkürzung der Schuldauer bei seinen Arbeiten zur Neuordnung des höheren Schulwesens bereits eingehend geprüft und dabei – in Übereinstimmung mit dem Sächsischen Philologenverein – die Überzeugung gewonnen, daß eine Verkürzung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der höheren Schule den Bedürfnissen der Jugend nicht gerecht werde und somit auch nicht dem Wohle des Volksganzen diene. Außerdem sei gerade die heutige Zeit für das Experiment die allerungeeignetste. Denn es würde dazu führen, daß ständig ein ganzer Jahrgang höherer Schüler ein Jahr früher als bisher den Arbeitsmarkt belaste. Auch dürften die Ersparismöglichkeiten nicht überschätzt werden. An Stelle des weggefallenen Jahres würden sich für den Übergang zur Hochschule wahrscheinlich neue Einrichtungen nötig machen. Außerdem würden etwaige Ersparnisse erst in späteren Jahren eintreten, da die Verkürzung der Schulzeit, wenn sie nicht eine Vergewaltigung sein solle, nicht eher wirksam werden könnte, als bis der gesamte Schulorganismus in Aufbau und Lehrplan entsprechend umgestellt sei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14497, Bl. 128-130 und 218; Ebd., 10693, Nr. 3293; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 161 (vom 18. November 1930); Die höhere Schule, 1930, S. 393-395 und 413-414; Ebd., 1932, S. 227, Ziffer III. 2; LLZ, 1930, S. 1107; NSSZ, 1930, S. 359-360.

Wechsel von einer Schule auf die andere erschwerte.¹⁷⁸⁶ Der Sächsische Philologenverein hatte sich für Lehrpläne eingesetzt, die nach Schulgattungen geordnet waren, um vor allem für Junglehrer und Vertreter übersichtliche und eindeutige Anweisungen zu erhalten. Der zum 1. April 1933 in Kraft gesetzte neue Landeslehrplan vom 10. Mai 1932¹⁷⁸⁷ beschritt indes einen anderen Weg, indem er zwar grundsätzlich an den bestehenden Schulgattungen festhielt, seine Vorschriften im Übrigen aber durch Rahmenlehrpläne nach Fächern gliederte und die Aufgaben der Schulgattungen durch Zusätze und Abstriche regelte. Indem er so nicht das Trennende der verschiedenen Schularten, sondern die Einheit der höheren Schule betonte und zugleich auf die Angabe des Charakters sowie festumrissener Ziele der einzelnen Schulgattungen verzichtete, schuf er auf diese Weise der Vereinheitlichung von innen heraus eine starke Grundlage.¹⁷⁸⁸

In äußerlicher/organisatorischer Hinsicht wurde an dem Englischen als erster neuerer Fremdsprache zunächst noch festgehalten. Um jedoch der Vereinheitlichung des gesamten deutschen höheren Schulwesens nicht im Wege zu stehen, schloß sich Sachsen nachträglich der Vereinbarung der Länder vom 30. Januar 1932 an und führte im Schuljahr 1934/1935 das Französische als erste neuere Fremdsprache wieder ein.¹⁷⁸⁹ Der Oberbau der höheren Schulen erfuhr im Landeslehrplan gewisse Veränderungen. Wurden in der Denkschrift und seinen Stundentafeln gewissermaßen noch alle möglichen Spielarten in Aussicht gestellt, so ließen die neuen Stundentafeln neben den Normalzügen nur noch sprachlich-geschichtliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Gabeln zu, die sie zudem auf die Primen beschränkte.¹⁷⁹⁰ In Wegfall geriet die Lateingabel der Oberrealschule, die in den drei Oberklassen 14 Stunden Latein aufgewiesen hatte (Reformoberrealschule).¹⁷⁹¹ Ebenfalls gestrichen wurden die Wechselsprachen, die der Schüler sich zwar innerhalb der Schulgattung wählen konnte, aber dann pflichtmäßig betreiben mußte (Russisch, Spanisch, Italienisch). In den Primen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gabel des Realgymnasiums konnte die erste Fremdsprache (Englisch) aufgegeben werden, um die freierwerdenden Stunden zur Vertiefung anderer Fächer zu verwenden; die zweite Fremdsprache (Französisch) war regulär von Untersekunda bis Oberprima zu treiben. Während es nach der Denkschrift wahlfreien

¹⁷⁸⁶ Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 450.

¹⁷⁸⁷ Vgl. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932; Verordnungsblatt, 1932, S. 37 und Ergänzungsverordnung hierzu vom 1. Oktober 1932 (VBl. S. 63f.). Siehe auch: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/381; Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 450-452; Die höhere Schule, 1932, S. 151-153; Amt und Volk, 1932, S. 92-93; Die Neue Erziehung, 1933, S. 28-30; Unterrichtsblätter für Mathematik und Naturwissenschaften, 1932, S. 273-278; SSZ, 1932, S. 419-422; Koch, Kerstin: Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung, S. 100ff.

¹⁷⁸⁸ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 151; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 453. Der Zweite Vorsitzende des Sächsischen Philologenvereins, Horst Gasse, kommentierte den Plan folgendermaßen: „Mit diesem Lehrplan erhält die Arbeit der sächsischen Philologenschaft wieder festen Boden unter den Füßen; der Unsicherheit im Aufbau des Lehrstoffes, die für manche Schulgattungen bisher unumgänglich sein mußte, weil für sie überhaupt noch keine Lehrpläne bestanden, ist ein Ende gemacht. Damit ist die Gewähr gegeben, daß innerhalb der verschiedenen Schulgattungen in allen Schulen des Landes eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt wird; und Einheitlichkeit, die den Schulen von innen her erwächst, ist mehr wert als eine Vereinheitlichung, die ihnen von außen her auferlegt wird. Jetzt werden die Schüler, die durch Wechsel des Wohnorts innerhalb Sachsens aus ihrer bisherigen schulischen Entwicklung gerissen werden, in der neuen Schule viel eher Anschluß finden und dort anknüpfen können, wo sie in ihrer alten Schule aufgehört haben. Daß man die Notwendigkeit, zunächst einmal eine solche Einheitlichkeit herzustellen, gesehen und trotz allem Drängen von mehr oder minder berufener Seite nach äußerer Vereinheitlichung des sächsischen höheren Schulwesens sich vor überstürzten Maßnahmen gehütet, vielmehr erst einmal auf den bestehenden Zustand aufgebaut hat, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß man gewillt ist, den Realitäten des Lebens den Vorzug vor ausgeklügelten Theorien zu geben, hinter denen nur gar zu oft reine Verwaltungsinteressen stehen. Erwächst eine Vereinheitlichung von innen, aus pädagogischer Notwendigkeit heraus, so sind wir die letzten, die sie bekämpfen; alle von außen aufgezwungene Vereinheitlichung, die nur Klammern um die natürlich gewachsene Organisation unseres Schulwesens legt, lehnen wir ab.“ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 151.

¹⁷⁸⁹ Vgl. Reichsministerialblatt, 1932, S. 38 (= Dokument 238); Ebd., 1933, S. 64; Das deutsche Schulwesen. Jahrbuch 1930/1932, S. 48-49; Sächsische Verwaltungspraxis, 1933, Sp. 88; Die höhere Schule, 1933, S. 43 (= Dokument 250); Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 303. Siehe auch: Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 451; Die höhere Schule, 1932, S. 152. – Aber auch diese Regelung genoß nur vorübergehende Geltung, denn durch den Erlaß vom 20. April 1936 wurde wiederum das Englische zur ersten neueren Fremdsprache. Vgl. Deutsche Schulerziehung, 1940, S. 226; Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 331-332.

¹⁷⁹⁰ Schon durch Verordnung vom 26. Januar 1932 sollte im Schuljahr 1932/1933 in der Obersekunda nicht mehr gegabelt werden, was später insoweit widerrufen wurde, als durch die Gabelung keine zusätzlichen Kosten entstanden. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 47 und 256.

¹⁷⁹¹ Vgl. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Anlage II.

Unterricht nur jeweils von Obersekunda bis Oberprima beim Gymnasium in Hebräisch und bei den beiden lateinlosen Formen der Oberrealschule in Latein gab und damit auch das Französische aus dem Gymnasium verbannt war¹⁷⁹², zeigte sich der Landeslehrplan hier großzügiger. Jeweils von Obersekunda bis Oberprima konnte wahlfrei getrieben werden Französisch im Gymnasium, Hebräisch und Französisch im Reformgymnasium, Griechisch im Realgymnasium und Reformrealgymnasium, Latein in der Oberrealschule und der neusprachlichen Deutschen Oberschule, sowie Griechisch oder Französisch in der Deutschen Oberschule mit Latein. Kern- und Kursunterricht fand im neuen Lehrplan keine Berücksichtigung mehr. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß er im Einzelfall auf Antrag hin genehmigt worden war.¹⁷⁹³ Während die Denkschrift also dazu geneigt hatte, den Oberbau im Hinblick auf den zukünftigen Beruf auszugestalten und entsprechend zu differenzieren, betonte der Landeslehrplan wieder stärker den allgemeinbildenden Charakter der höheren Schule. So ergab sich als Vorteil der Neuordnung größere Übersichtlichkeit und günstigere Übergangsmöglichkeit von einer Schule zur anderen.¹⁷⁹⁴

Als der Landeslehrplan am 25. Mai 1932 der Öffentlichkeit vorgestellt worden war, hatte Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) erklärt, daß das Ministerium zunächst geögert habe, auf die Herausgabe des Planes zuzukommen, weil es gehofft habe, den neuen Lehrplan mit den Plänen für eine organisatorische Vereinfachung und Vereinheitlichung des höheren Schulwesens verbinden zu können. Bei dieser Arbeit habe sich jedoch herausgestellt, daß es nicht möglich gewesen sei, für irgendeine Form der Vereinheitlichung eine von der Mehrheit getragene Zustimmung zu erhalten. So stark von den verschiedenen Seiten der Ruf nach Vereinheitlichung erschalle, so zähe hielten alle Beteiligten an der Schulform fest, der sie irgendwie nahestünden. Eine Verständigung sei nicht zu erreichen. Das Ministerium werde dennoch auf eine Vereinheitlichung hinarbeiten.¹⁷⁹⁵ Und auf Befragen erklärte Walther Schieck (DVP) in der bereits oben genannten Landtagssitzung vom 7. Februar 1933, daß sich die Unterrichtsverwaltung bei ihren Plänen nach wie vor an die organisatorischen Grundsätze der Denkschrift von 1926 gebunden fühle und dementsprechend das Ziel in der höheren gegliederten Einheitsschule sehe. Jedoch könne in der Oberstufe in Art und Maß dieser Gliederung (Gabelung) nicht mehr so weit gegangen werden.¹⁷⁹⁶ Ebenso halte die Regierung an der Denkschrift fest, wenn sie das sechststufige höhere Schulwesen wieder zu größerer Bedeutung bringen wolle, was insbesondere von der Realschule gelte. Es handele sich dabei nicht um eine künstliche Wiederbelebung einer durch die Entwicklung überholten Einrichtung, sondern nur darum, der Realschule die Stellung wiederzugeben, die sie in der übersteigerten Entwicklung der letzten Jahre leider verloren habe.¹⁷⁹⁷

¹⁷⁹² Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 217.

¹⁷⁹³ Vgl. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Anlage II.

¹⁷⁹⁴ Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1932, S. 450.

¹⁷⁹⁵ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 145.

¹⁷⁹⁶ Damit korrigierte der Ministerpräsident teilweise die in einem Rundfunkvortrag am 10. Februar 1932 über „Beruf und höhere Schule“ gemachten Aussagen seines Ministerialdirektors Dr. Konrad Woelker. Dieser hatte eine Umbildung des Schulwesens im Allgemeinen und der höheren Schule im Besonderen damit begründet, daß sich die Verhältnisse gegenüber dem Erscheinungsjahr der sächsischen Denkschrift 1926 grundlegend geändert hätten. Habe man damals größtmögliche Bewegungsfreiheit in der Oberstufe durch Gabelung und weitgehende Differenzierung der Schultypen im Schulaufbau geschaffen, um den Weg zum erkorenen Beruf bereits auf der Schule zu bahnen, so müsse man jetzt angesichts der Wirtschaftslage Einrichtungen für eine gleichmäßige Bildung schaffen, da ja niemand wisse, welchen Beruf er einmal werde ausüben können. Am besten eigneten sich hierfür – in völliger Abkehr von den Grundsätzen der Denkschrift – gewisse Grundformen der höheren Schule. Der Zweite Vorsitzende des Sächsischen Philologenvereins, Horst Gasse, vermutete dahinter die Rückkehr zu den entschieden Schultypen der Vorkriegszeit, und er kritisierte: Habe man 1926 von unten nach oben, von der Veranlagung hin nach dem zukünftigen Beruf gesehen, so sehe man das Problem nunmehr nur noch von oben, von der Überfüllung der Hochschulen und der akademischen Berufe her. Das Handeln der Unterrichtsverwaltung werde damit nicht mehr von pädagogischen Erwägungen, sondern allein von wirtschaftlichen Erfordernissen bestimmt. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 56. – Während man also in den Jahren nach dem Kriege vom Individuum ausging, von dem Rechte jedes Kindes auf bestmögliche, jeder spürbaren Sonderbegabung entsprechende Bildung (Gabelung, Kern- und Kursunterricht), so betonte man unter dem wirtschaftlichen Druck sehr stark die Belange der Gesamtheit. Vgl. Ebd., 1933, S. 25.

¹⁷⁹⁷ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 814 (vom 15. März 1932), Ziffer 3; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4441-4442 und 4453.

Die Zahl der höheren Schulen und ihre Besuchsziffern 1884–1931*

Gymnasien									Reformgymnasien						Realgymnasien						
Jahr	Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen	
1884	16	5481	37,6	5481	40,6	—	—	0	—	—	—	—	—	—	11	2788	19,1	2788	20,7	—	—
1911	19**	6262	20,0	6258	22,2	4	0,1	(?)	—	—	—	—	—	—	18***	7528	24,0	7518	26,7	10	0,3
1922	14	3701	9,4	3645	11,7	56	0,7	5	2392	6,0	2386	7,6	6	0,1	9	3932	9,9	3765	12,1	167	2,0
1927	15	5141	10,0	4616	12,6	525	3,6	3	2027	3,9	1973	5,4	54	0,4	7	3716	7,2	3644	9,9	72	0,5
1931	12	4782	9,6	4444	12,9	338	2,2	6	2877	5,8	2755	8,0	122	0,8	5	2565	5,2	2561	7,4	4	0,03

Reformrealgymnasien									Oberrealschulen						Realschulen						
Jahr	Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen	
1884	0	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—	20	3057	21,0	3057	22,6	—	—
1911	(10)	—	—	—	—	—	—	5	2115	6,7	2107	7,5	8	0,3	29	8211	26,2	8205	29,1	6	0,2
1922	13	5403	13,7	5315	17,0	88	1,0	10	4342	11,0	4170	13,4	172	2,1	28	9388	23,7	8497	27,2	891	10,6
1927	17	8706	16,9	7818	21,3	888	6,0	15	8689	16,9	8038	21,9	651	4,4	17	6791	13,2	5816	15,9	975	6,6
1931	23	10.665	21,4	9666	28,1	999	6,5	20	9286	18,6	8276	24,0	1010	6,6	6	1021	2,0	707	2,1	314	2,0

Seminare									Deutsche Oberschulen						Aufbauschulen						
Jahr	Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen	
1884	19	2318	15,9	2168	16,1	150	13,9	0	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—
1911	25	4447	14,2	4069	14,5	378	11,8	0	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—
1922	26	3895	9,8	3424	11,0	471	5,6	0	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—
1927	0	—	—	—	—	—	—	20	6827	13,3	4329	11,8	2498	17,0	2	568	1,1	288	0,8	280	1,9
1931	0	—	—	—	—	—	—	22	9028	18,1	5432	15,8	3596	23,4	2	648	1,3	379	1,1	269	1,7

Höhere Lehranstalten für Mädchen								Studienanstalten						Höhere Mädchenschulen							
Jahr	Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen	
1884	3	928	6,4	—	—	928	86,1														
1911	5	2790	8,9	—	—	2790	87,3														
1922								5	2772	7,0	—	—	2772	33,1	8	3749	9,5	—	—	3749	44,8
1927								5	3640	7,1	—	—	3640	24,7	11	5009	9,8	—	—	5009	34,0
1931								11	7403	14,9	—	—	7403	48,1	4	1096	2,2	—	—	1096	7,1
Höhere Versuchsschulen								Gesamt													
Jahr	Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen		Anzahl	Schüler		Knaben		Mädchen								
1884	0	—	—	—	—	—	—	69	14.572	100	13.494	100	1078	100							
1911	0	—	—	—	—	—	—	101	31.353	100	28.157	100	3196	100							
1922	0	—	—	—	—	—	—	118	39.574	100	31.202	100	8372	100							
1927	1	256	0,5	124	0,3	132	0,9	113	51.370	100	36.646	100	14.724	100							
1931	1	433	0,9	208	0,6	225	1,5	112	49.804	100	34.428	100	15.376	100							

* Die linke Spalte enthält jeweils die absoluten Zahlen, die rechte Spalte den prozentualen Anteil an der Summe der Schüler, der Knaben bzw. der Mädchen eines Jahres.

** Einschließlich Reformgymnasien.

*** Darunter 10 Reformrealgymnasien.

Quellen: Statistisches Jahrbuch Sachsen, 1924/1926, S. 368-369; Ebd., 1929, S. 224-225; Ebd., 1931/1934, S. 316-317; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1923 (1924), S. 84 und 94.

4. Der Dualismus im höheren Schulwesen

Wie im beruflichen Schulwesen so war auch im höheren Schulwesen zunehmend ein Dualismus in Erscheinung getreten, da auch hier Anstalten existierten, die sich in ihren Lehrplänen immer stärker einander annäherten, sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Ressortzugehörigkeit aber als Konkurrenten gegenüberstanden.¹⁷⁹⁸ So hatten die höheren Handelsschulen des Wirtschaftsministeriums (zuvor: Ministerium des Innern) in steigendem Maße neben der Berufsbildung auch die Allgemeinbildung ihrer Schüler in ihr Bildungsziel aufgenommen und sich so stark den Realschulen des Kultusministeriums angenähert, denen sie sich als gleichwertig erachteten.¹⁷⁹⁹ Umgekehrt war das Kultusministerium seinerseits bestrebt gewesen, die berufliche Bildung seiner allgemeinbildenden Lehranstalten stärker zu betonen. So plante es z. B. zum 1. Oktober 1920 die Errichtung einer Volkswirtschaftsschule. Auch wenn sich die Pläne nicht weiter zu konkretisieren schienen, genügten sie doch, den Widerspruch des Wirtschaftsministeriums herauszufordern.¹⁸⁰⁰ Dann waren in Leipzig ab 1920 Bestrebungen zur Einrichtung von Wirtschaftsgymnasien durch Angliederung von Parallelklassen an die Oberrealschulen im Gange.¹⁸⁰¹ Und 1921 beschloß der Stadtrat zu Leipzig, einen Klassenzug der 1. Realschule zu einer Wirtschaftsoberrealschule bzw. Reformrealschule auszubauen. Die Schule sollte den Charakter einer höheren Schule des Kultusministeriums behalten und nur durch Einführung einiger wirtschaftlicher Fächer eine bessere Vorbereitung für den Eintritt in das Wirtschaftsleben gewährleisten.¹⁸⁰² Nach der Beobachtung von Gewerbeschulrat Hans Calletsch sei man „mit diesen Fragen überall am Werke“ gewesen, um den betreffenden Anstalten auf festere Füße zu helfen und ihre Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit für das Wirtschaftsleben zu dokumentieren. Mit Blick auf die höheren Handelsschulen bemerkte Calletsch, daß es nun wohl angebracht sei, ihrem Ersuchen nachzugehen und ihrem Ausbau in Richtung des Wirtschaftsgymnasiums die Wege zu ebnen, wenn nicht Anstalten, die bisher ganz anderen Zwecken gedient hätten, in Zukunft die Aufgaben zufallen sollten, zu deren Lösung doch die Handelsschulen in erster Linie berufen seien.¹⁸⁰³ Und eine etwa 1921 beim Wirtschaftsministerium einberufende Versammlung mit für den Handelsschulbeirat bestimmten Vertretern sprach den Wunsch aus, daß das Kultusministerium nicht nur die Einrichtung von Wirtschaftsrealschulen, sondern die Einführung von wirtschaftlichen und Handelsfächern in den Unterricht der höheren Schulen überhaupt unterlassen solle, „da es sich bei alledem nur um unzulängliche Nachahmungen des Handelsschulgedankens handeln könne“.¹⁸⁰⁴

Wie bereits oben dargestellt, war das Wirtschaftsministerium zunehmend geneigt, die höhere Handelsschule unter Aufgabe ihres Charakters als Aufbauschule im direkten Anschluß an die Grundschule einzurichten.¹⁸⁰⁵ Denn der Übergang von der Volksschule zur allgemeinbildenden höheren Lehranstalt und von dort wieder zur Handelslehranstalt bedeute eine außerordentliche Störung des Bildungsganges. Demgegenüber sei eine viel gleichmäßigere Ausbildung der Schüler zu erzielen, wenn diese nach der Grundschule in ein und derselben Anstalt bis zum Ende des Lehrganges unterrichtet würden, da so eine bereits frühe Einstellung auf die Unterrichtsfächer der späteren Klassen gewährleistet sei. Insbesondere für Kinder von Kaufleuten und Fabrikanten, die schon als Geschäftsnachfolger bestimmt seien und eine entsprechende kaufmännische Bildung erhalten sollten, sei eine derartige Einrichtung wünschenswert.¹⁸⁰⁶

¹⁷⁹⁸ Zum Dualismus im Berufsschulwesen siehe Kapitel F. III.

¹⁷⁹⁹ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 53 und 69-70.

¹⁸⁰⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/1, Bl. 1-15.

¹⁸⁰¹ Vgl. Ebd., Nr. 18302, Bl. 35 und 38.

¹⁸⁰² Vgl. Ebd., Bl. 80.

¹⁸⁰³ Vgl. Ebd., Bl. 38.

¹⁸⁰⁴ Vgl. Ebd., Bl. 69-71, Zitat: Bl. 71.

¹⁸⁰⁵ Siehe Kapitel F. II. 2. b.

¹⁸⁰⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/437, Bl. 93-94.

Daneben betrieb das Wirtschaftsministerium die Errichtung der Wirtschaftsoberschule mit dem Ziele der Hochschulreife.¹⁸⁰⁷

Gegen diese Absichten erhob das Ministerium für Volksbildung grundlegende Einwände, und zwar nicht aus „engherzigem Ressortpartikularismus“, sondern wegen der Verantwortlichkeit, die es für den organischen Ausbau des sächsischen höheren Schulwesens habe. Dieses leide schon an einem Zuviel an Schulformen und an einem Zuviel an örtlichen Ausgestaltungen, die häufig nicht im Rahmen einer geordneten Planwirtschaft, sondern nicht selten lediglich als Konzessionen an rein lokalpatriotische Wünsche entstanden seien. Das Ministerium sei bemüht, das zersplitterte höhere Schulwesen wieder zu größerer Einheitlichkeit zu bringen, und alle Vereinfachungsbestrebungen würden durch die Errichtung eines Unterbaues an den Handelsschulen aufs Schwerste gestört, da zu den vielen schon vorhanden höheren Schulformen eine neue hinzukommen würde. Nach und nach würde der größte Teil der höheren Handelsschulen (und Wirtschaftsoberschulen) zu sechs- bzw. neunstufigen Vollanstalten ausgebaut werden. Dabei könnten die Bedürfnisse, denen die geplante Einrichtung dienen sollte, durch die Schulen des Ministeriums für Volksbildung im vollen Umfange befriedigt werden. Insbesondere böten die Realschulen sowie die höheren Abteilungen der Volksschule einen durchaus geeigneten Unterbau auch für die Handelsschulen, ohne die Schüler dabei zeitiger als nötig auf eine Berufswahl festzulegen. Auch in den Sexten der höheren Handelsschule könne in Anbetracht des Schüleralters von 10 Jahren im Wesentlichen nur allgemeinbildender Unterricht erteilt werden, weswegen in etwa nach dem Lehrplan des Unterbaues der höheren Lehranstalten verfahren werden müßte. Da diese Sexten entsprechend ihres Charakters in den Geschäftsbereich der Unterrichtsverwaltung gehörten und damit verschiedene Klassen einer höheren Handelsschule unter unterschiedlicher/uneinheitlicher Leitung stehen würden, seien dauernde Dualismus-schwierigkeiten unausweichlich.¹⁸⁰⁸ Und schließlich würden alle Bemühungen des Ministeriums, durch Auslese den Zudrang zu der höheren Schule einzudämmen, gegenstandslos, wenn es dem Wirtschaftsministerium gestatten würde, Sexten mit ungefähr dem gleichen Lehrplan einzurichten, die den Zustrom dann aufnehmen würden, der von den allgemeinbildenden höheren Lehranstalten abgewiesen wurde.¹⁸⁰⁹ In aller Regel hatte die Unterrichtsverwaltung also schwere Bedenken und erteilte seine Zustimmung zur versuchsweisen (einmaligen) Einrichtung von Sexten an höheren Handelsschulen nur zurückhaltend, d. h. im Ausnahmefall, z. B. wenn es sich bereits vor vollendete Tatsachen gestellt sah (Bautzen 1926, Chemnitz 1927); wenn ein Beschluß des Gesamtministeriums vorlag (Chemnitz 1928); oder beim Vorliegen besonderer Umstände, etwa im Falle Freital, das keine höhere Schule besaß, weswegen die Einrichtung einer Handelsschulsexta genehmigt worden war, um den dortigen Kindern künftig den längeren Schulweg nach Dresden und die Entrichtung eines erhöhten Fremdenschulgeldes zu ersparen. Ab 1930 wurden (versuchsweise) weitere Sexten eingerichtet an den höheren Handelsschulen in Zwickau, Wurzen, Freiberg, Grimma und Döbeln.¹⁸¹⁰

In Bezug auf die Wirtschaftsoberschule nahm das Ministerium für Volksbildung den Standpunkt ein, daß das Wirtschaftsministerium mit dieser Schulform begonnen habe, die Grenzen zwischen Fach- bzw. Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen zu verwischen, indem es Schulen mit vorherrschend allgemeinbildendem Charakter und fachlichem Einschlag als zu seinem Aufgabenkreis gehörig in Anspruch genommen habe. Der Plan des Wirtschaftsministeriums durchkreuze die Absichten des Ministeriums für Volksbildung, einzelne Typen seines höheren Schulwesens stärker auf das Wirtschaftliche auszurichten und an geeigneten Schulen durch entsprechende Gabelung seinerseits Wirtschaftsoberzüge zu eröffnen. Die Ziele dieser Wirtschaftsoberzüge könnten ohne Schwierigkeiten so geformt werden, daß sie

¹⁸⁰⁷ Hierzu ebenso wie zur höheren Handelsschule siehe Kapitel F. II. 2. b.

¹⁸⁰⁸ So sollte z. B. der geplante Unterbau der Chemnitzer Höheren Handelsschule dem Leiter der Realschule unterstellt werden, woran letztlich die Verständigung zwischen den beteiligten Ministerien gescheitert war.

¹⁸⁰⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/437, Bl. 92, 98-99, 102-103 und 164, Zitat: Bl. 102.

¹⁸¹⁰ Vgl. Ebd., Nr. 11864/437 und 11864/477.

den Bedürfnissen im Wesentlichen Rechnung trügen, die das Wirtschaftsministerium mit seiner Wirtschaftsoberschule befriedigen wolle. Es sei also nicht nötig, neue höhere Schulen zu gründen, an denen in Sachsen im Allgemeinen auch kein Mangel herrsche. Gehe das Wirtschaftsministerium dazu über, die Wirtschaftsoberschule einzurichten, so seien dann auch auf dem Gebiete des höheren – zur Hochschulreife führenden – Schulwesens aufgrund der Doppelbearbeitung gleicher und verwandter Gebiete durch zwei verschiedene Regierungsstellen unaufhörlich nachteiligste Dualismusstreitigkeiten zu erwarten.¹⁸¹¹ Wirtschaftsoberschulen existierten seit 1926 in Plauen, Chemnitz, Dresden und Leipzig.¹⁸¹²

Hinter der ablehnenden Haltung der Unterrichtsverwaltung, die sie im Einzelfall aufgab, stand neben organisatorischen Erwägungen auch eine grundsätzlich neue Auffassung von dem Charakter und der Aufgabe der höheren Schule. Ausgehend von der Überlegung, daß Veränderungen im höheren Schulwesen immer dann sich vollzogen hatten, wenn die Schuleinrichtungen für neu entstandene oder umgestaltete Berufsgruppen nicht mehr ausreichten, sollte nun dem Berufsgedanken in der höheren Schule immer mehr Raum gegeben werden. Dabei sollte den Schülern keine spezielle Berufsausbildung nach Art der Fachschule vermittelt, sondern zunächst die Blickrichtung der Schularten stärker auf die innerhalb ihrer Beziehungseinheit ruhenden Berufskomplexe eingestellt werden, wobei in dem Lehrplan grundlegende Bildung und Berufsvorbereitung voneinander abzugrenzen waren. Dies würde für die sechsklassigen Anstalten, die ihre Schüler bestimmungsgemäß überwiegend unmittelbar zu den praktischen Berufen überleiteten, leichter sein als für die neunstufigen, die einen Teil der Schüler auf Hochschulen, den anderen auch in das praktische Leben entließen. Es käme für die neunstufigen Anstalten vorwiegend nur für die Oberstufe in Betracht. Vor allem an den Oberrealschulen und Deutschen Oberschulen sollten wirtschaftliche und technische Gabeln (Oberschulzüge) eingerichtet werden.¹⁸¹³

Welche Stellung nahmen die Handelsschullehrer und Philologen in dieser Frage ein? Eine Versammlung von Leitern höherer Handelsschulen beklagte im Oktober 1921, daß das Wirtschaftsministerium die bisherige Praxis, die höheren Handelsschulen auf dem Verordnungswege als höhere Schulen zu behandeln, aufgegeben habe, und der Mangel einer gesetzlichen Grundlage nunmehr in Erscheinung trete. Verbunden war diese Feststellung mit der Bitte um Schaffung eines Handelsschulgesetzes mit Anerkennung der höheren Handelsschulen als höhere Schulen mit der Bezeichnung „Handelsrealschulen“. ¹⁸¹⁴ Gegenüber Vertretern der Lehrerschaft erklärte das Wirtschaftsministerium am 8. Dezember 1921, daß einer Anerkennung der jetzt bestehenden Handelsschulen mit höheren Abteilungen als höhere Schulen im Sinne des Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876¹⁸¹⁵ entgegenstünde, daß diese Anstalten überall auch Fortbildungsschulabteilungen hätten, und daß eine verschiedene Behandlung der an diesen Abteilungen tätigen Lehrer und der Lehrer an den übrigen Handelsschulen unmöglich erscheine. Das Kultusministerium lehne ebenfalls die Anerkennung als höhere Schule sowie auch die Bezeichnung „Handelsrealschule“ ab.¹⁸¹⁶ Wenige Tage später stellte das Wirtschaftsministerium rekapitulierend fest, daß es vor der Frage stehe, ob es eine Trennung seiner Schulen in höhere und niedere Handelsschulen nach der Besoldung der Lehrkräfte und weiter dann eine verschiedene Besoldung der Lehrtätigkeit an den höheren Abteilungen und den Lehrlingsabteilungen eintreten lassen solle. Eine derar-

¹⁸¹¹ Vgl. Ebd., Nr. 16131, Bl. 193ff.; Ebd., Nr. 18281/1, Bl. 159-160; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 54-55.

¹⁸¹² Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/437, Bl. 13-14; Ebd., Nr. 18281/1, Bl. 174.

¹⁸¹³ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 36-40, 63 und 71; Menke-Glückert, Emil: Das höhere Schulwesen in Sachsen, S. 50. Siehe auch: Praxis der Berufsschule, 1927, S. 181-186.

¹⁸¹⁴ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18302, Bl. 48-54. Schon im September 1919 hatten Direktoren von höheren Handelsschulen die Einführung der Bezeichnung „Handelsrealschule“ beantragt, um den Charakter ihrer Anstalten als höhere Schulen amtlich zu dokumentieren, ohne daß aber das Verhältnis in der Stundenzahl zwischen allgemeinen Fächern und Handelsfächern berührt werden sollte. Eine Beschlußfassung hierüber setzte das Wirtschaftsministerium nach Rücksprache mit dem Kultusministerium aus. Vgl. Ebd., Bl. 8 und 13.

¹⁸¹⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 317ff.

¹⁸¹⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18302, Bl. 60-61.

tig verschiedene Bewertung wesentlich gleicher schulischer Aufgaben halte es aber für undurchführbar. Wenn die Gleichstellung der Lehrkräfte an den höheren Abteilungen der Handelsschule mit den Lehrkräften der höheren Schulen des Kultusministeriums nur durch Spaltung des Handelsschulwesens erreicht werden könne, so müsse sie abgelehnt werden. Da die Bezeichnung „Handelsrealschule“ dazu benutzt werde, diese Gleichstellung zu erreichen, sei auch diese Bezeichnung abzulehnen.¹⁸¹⁷

Zur Lösung dieses Problem plädierte der Sächsischen Philologenverein wiederholt für die Unterstellung des gesamten beruflichen Schulwesens unter das Ministerium für Volksbildung und die Einreihung der höheren Handelsschulen und Wirtschaftsoberschulen – unter Erhaltung ihrer Eigenart – in den Gesamtaufbau des höheren Schulwesens.¹⁸¹⁸ In diesem Sinne versuchten Vertreter des Vorstandes der Abteilung Handelsschulen im Sächsischen Philologenverein am 26. Oktober 1928 den Gewerbeschulrat Hans Calletsch dazu zu bewegen, sich für die Verankerung der höheren Handelsschulen in dem Gesetz über das höhere Schulwesen einzusetzen. Sollte es aber nicht angängig sein, die höheren Abteilungen an den Handelsschulen allein in dieses Gesetz zu bringen, so sollte er dafür Sorge tragen, daß auch die Lehrlingsabteilungen ebenfalls Aufnahme fänden. Calletsch hielt dies indes für eine „etwas starke Zumutung an einen Beamten des Wirtschaftsministeriums“ und erklärte, daß er den Übergang der Handelsschulen in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Volksbildung nicht befördern werde. Er betonte, daß die Handelsschulen und ihre Lehrer unter dem Wirtschaftsministerium stünden, welches dafür Sorge tragen werde, daß die Schulen weiterhin in seinem Sinne verwaltet und ausgebaut würden.¹⁸¹⁹ Ebenso sprach sich die Gruppe der Direktoren an sächsischen Handelsschulen für die Erhaltung und größere Herauskehrung der höheren Handelsschulen und Wirtschaftsoberschulen als höhere Fachschulen mit der Handelsbetriebswissenschaft als Mittel- und Ausgangspunkt der von ihnen zu vermittelnden Bildung aus; ferner für die Erhaltung der bisherigen Einheit der Handelsschulkörper; sowie die Beibehaltung des Wirtschaftsministeriums als Unterrichtsministerium für diese Schulen.¹⁸²⁰ Und auch die Vertreter der Wirtschaftskreise in den Schulvorständen und Schulausschüssen der Handelsschulen des Handelskammerbezirks Chemnitz vertraten die Ansicht, daß der Dualismus nicht dadurch gelöst werde, daß höhere Abteilungen von 17 Handelsschulen und die Wirtschaftsoberschulen bei vier dieser Lehranstalten aus dem als Gesamtorganismus in sich wie mit der Wirtschaft zusammenhängenden Handelsschulwesen des Landes herausgerissen und dem Ministerium für Volksbildung unterstellt, die Lehrlingsabteilungen derselben 17 Anstalten und die gesamten übrigen Handelsschulen dagegen dem Wirtschaftsministerium belassen würden. Viel folgerichtiger und einfacher sei es, die beiden einzigen zur Zeit dem Ministerium für Volksbildung unterstehenden höheren Handelsschulabteilungen – an der Höheren Schule für Frauenberufe in Leipzig und am Realgymnasium in Zittau – gleich den übrigen 17 höheren Handelsschulen und 53 übrigen Handelsvoll- und Handelslehrlingsschulen dem Wirtschaftsministerium mit zu unterstellen.¹⁸²¹

Indem durch die Sparverordnung vom 21. September 1931 die gewerblichen Lehranstalten zum 1. November 1931 dem Ministerium für Volksbildung unterstellt wurden, gelangten schließlich auch die höheren Handelsschulen und Wirtschaftsoberschulen unter dessen Obergangsverwaltung.¹⁸²² Der Dualismus war in der Lokalinstanz damit freilich nicht überwunden, wohl konnte das Ministerium aber etwa bestehende Doppeleinrichtungen leichter beseitigen. So sollte die Realschule der höheren Handelsschule angenähert werden, um in den Orten, in denen ein Nebeneinander dieser Schulen unwirtschaftlich war, beide miteinander verschmelzen zu können. Diese Annäherung sollte aber nicht so weitgehend sein, daß beide Schul-

¹⁸¹⁷ Vgl. Ebd., Bl. 69.

¹⁸¹⁸ Vgl. Ebd., Nr. 16107, Bl. 162-163; Ebd., Nr. 14504, D 3 (Bl. 10) und D 25 (Ziffer 1, 2 und 7); Ebd., Nr. 14509, Bl. 157; Ebd., Nr. 16406, Bl. 32; Sächsischer Philologenverein/Schulgattung höhere Handelsschulen (Hrsg.): Denkschrift zur Änderung in der Verwaltung des sächsischen höheren Handelsschulwesens, S. 2; Die höhere Schule, 1930, S. 57-58.

¹⁸¹⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16406, Bl. 15.

¹⁸²⁰ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1763, Bl. 118-119; Ebd., 11125, Nr. 16250, Bl. 276-281.

¹⁸²¹ Vgl. Ebd., 10693, Nr. 1763, Bl. 59-60.

¹⁸²² Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 15 (Absatz 1) und 18; Kapitel F. III. 4. a.

arten in den Orten, in denen sie als getrennte Gattungen noch Raum hatten, nebeneinander keine Berechtigung mehr gehabt hätten.¹⁸²³ Da für die Schulen, die ehemals unter dem Wirtschaftsministerium standen, zunächst die bisher geltenden Vorschriften in Kraft blieben, waren rechtliche Schwierigkeiten bei den Vereinheitlichungsbemühungen nicht ausgeschlossen.¹⁸²⁴ Das immer wieder genannte und geforderte neue Gesetz für die höheren Schulen, daß die Einfügung der höheren Handelsschule und Wirtschaftsoberschule als eigenständige Schulgattungen in den Gesamtaufbau des höheren Schulwesens hätte bewirken können, war nicht zustande gekommen.

5. Die Frage des mittleren Schulwesens

Im Jahr 1932 wurde in der vom Reichsverband Deutscher Handelslehrer mit Hochschulbildung herausgegebenen Zeitung festgestellt: „Während die Organisation der Volksschulen und der höheren Schulen Sachsens einen gewissen Abschluß zeigt, ist der Mittelbau im Schulwesen Sachsens strittig, weil sich die verschiedensten Schularten um ihn bemühen.“¹⁸²⁵ Nach der Sparverordnung vom 21. September 1931 war neben dem höheren auch das mittlere Schulwesen zu vereinheitlichen und zu vereinfachen.¹⁸²⁶ Es galt sonach zwischen jenen Anstalten, die Schüler im 5. bis 10. Schuljahr unterrichteten, einen *Ausgleich* zu finden, namentlich zwischen den höheren Abteilungen der Volksschule (abgekürzt „ha-Klassen“), die sich auf ein 9. und 10. Schuljahr erstrecken konnten¹⁸²⁷, ferner den sechsstufigen höheren Lehranstalten (Realschule, höhere Mädchenschule, höhere Handelsschule) sowie den Einrichtungen der Fach- und Berufsschulen. Die Einführung einer (neuen) Mittelschule nach preußischem Vorbild wurde in der Debatte übereinstimmend abgelehnt, weswegen sie in der folgenden Erörterung unberücksichtigt bleibt.¹⁸²⁸

Nachdem diese Problematik zunächst wenig Aufmerksamkeit gefunden hatte, brannte im Herbst 1932 „der Kampf um die Neuordnung des mittleren Schulwesens in Sachsen hell auf“¹⁸²⁹. Ausgangspunkt war eine Bekanntmachung der Stadt Dresden, zum 1. April 1933 die Einrichtung sechsstufiger Züge an den städtischen höheren Schulen vorzubereiten. Da in Dresden eine selbständige sechsklassige Realschule nicht mehr existierte, mußten Knaben, soweit sie eine über die Bildung der höheren Volksschulabteilungen hinausgehende Schulbildung erhalten sollten, die neunstufigen höheren Lehranstalten besuchen. Dies führte dazu, daß die Schule vielfach nicht vor Erreichen der Hochschulreife verlassen wurde und so eine immer größere Zahl von Studienberechtigten zur Hochschule strömte. Im Gegensatz dazu war für die Mädchen nach dem Besuch der sechsstufigen höheren Mädchenschule ein Bildungsabschluß mit Reifeprüfung gegeben, so daß sie nicht so sehr zum weiteren Besuch der dreistufigen Studienanstalt und damit zum Hochschulstudium selbst gedrängt wurden. Ausgehend von diesen Tatbeständen sollten nun an allen oder einigen höheren Schulen Dresdens besondere, auf sechs Jahre berechnete Realschulzüge oder überhaupt sechsklassige Züge eingerichtet werden, die in Sexta bis Quarta grundsätzlich dem Lehrplan der entsprechenden Klassen der neunstufigen Anstalt folgten, von Untertertia bis Untersekunda aber auf eine mehr den praktischen Bedürfnissen angepaßte Bildung mit abschließender Reifeprüfung hinführten, um

¹⁸²³ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4453. Zum Verhältnis und einem möglichen Ausgleich von Realschule und höherer Handelsschule siehe auch: Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 76-78, 289-291, 301 und 315-317; Die höhere Schule, 1927, S. 64-65; Ebd., 1933, S. 42-43 und 76-78. – Die stärkere Orientierung der Realschule auf praktische und wirtschaftliche Fächer war zuvor beim Wirtschaftsministerium auf grundsätzliche Ablehnung gestoßen. So hatte sich das Ministerium für Volksbildung mit diesem in jedem einzelnen Falle zu verständigen und dessen Zustimmung einzuholen. Diese war jedoch nicht zu erreichen, wenn die Einrichtung wirtschaftlicher Züge an den Realschulen den Bestand bereits existierender höherer Handelsschulen zu gefährden schien. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/2, Bl. 47 und 57.

¹⁸²⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 85, Ziffer 1.

¹⁸²⁵ Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 76.

¹⁸²⁶ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 16 Absatz 1.

¹⁸²⁷ Siehe Kapitel D. II. 2.

¹⁸²⁸ Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 125; Die höhere Schule, 1932, S. 226 und 256; Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg, S. 6-7.

¹⁸²⁹ Deutsches Philologen-Blatt, 1933, S. 33.

auch den Knaben, die nicht das Ziel der Hochschulreife und des Hochschulstudiums hatten, auf einer städtischen höheren Schule eine schon nach sechs Jahren abgeschlossene Bildung zu gewähren. Auf diese Weise sollte für die Eltern eine wesentliche Erleichterung bei der Beantwortung der Schulwahlfrage eintreten¹⁸³⁰ und außerdem der übergroße Zudrang zur Universität eingeschränkt werden.¹⁸³¹

Daß die Philologen nunmehr die höhere Schule als wissenschaftliche und zugleich beruflich-praktische Bildungsanstalt interpretierten, betraf unmittelbar auch die Belange der Berufsschule¹⁸³², die sogleich einen „Gegenschlag“ führte. So beschloß der Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen (L. S. B.) auf seiner Vertreterversammlung am 8./9. Oktober 1932 in Schandau Grundsätze für den Aufbau eines *einheitlichen beruflichen Schulwesens* in Sachsen. Hiernach hatte ein solches Berufspflichtschulen, Berufsmittelschulen und Berufsoberschulen zu umfassen, die stärker als bisher in das Berechtigungswesen¹⁸³³ einzureihen waren. Das einheitliche Berufsschulwesen hatte durch klare Ausrichtung der schulischen Maßnahmen auf den Beruf, durch Anerkennung der praktischen Arbeit als Bildungsfaktor die zweckmäßige Schulbahn der praktischen Begabungen zu schaffen und sie so in das Ganze des Bildungssystems einzubauen, damit diesen Begabungen der Aufstieg von der praktischen Arbeit aus möglich werde.¹⁸³⁴ Bald darauf erschien das Schulprogramm des L. S. B. in Gestalt einer Abhandlung, deren Anliegen es war, das berufliche Schulwesen aus seiner „Aschenbrödelstellung“ herauszuführen.¹⁸³⁵ Die Ausführungen mündeten in einem Reformvorschlag, der dahin zielte, künftig im gesamten Bildungswesen eine Scheidung in wissenschaftlich-theoretische und praktische Begabungen vorzunehmen. Diese würde dann zu der klaren Trennung der beiden Bildungswege führen: allgemeinbildende Schulung, die den wissenschaftlichen Menschen bilde; praktisch-berufliche Schulung, die den berufs-praktischen Menschen bilde. Nach Beendigung der Grundschule sollten der wissenschaftlich-theoretischen Begabung weiterhin die neunstufigen höheren Lehranstalten dienen, die jedoch von Quarta bis Obertertia einen exakten Werkunterricht verbindlich einführen sollten, um unter anderem Begabungsrichtungen festzustellen und etwa fehlgeleiteten Schülern noch rechtzeitig den Anschluß an die richtige Bildungsbahn zu ermöglichen. Die Oberstufe der Volksschule dagegen beschulte die Schüler, die als spät erwachte theoretisch-wissenschaftliche Begabungen zur Aufbauschule übergingen; sowie die praktischen Begabungen, die nach erfüllter Schulpflicht ins Berufsleben eintraten. Die Scheidung dieser beiden Gruppen sollte künftig bereits nach dem 7. Schuljahr erfolgen. Für die wissenschaftlichen Begabungen übernahm die Volksschule noch ein weiteres Jahr die Vorschulung zur Aufbauschule; die praktischen Begabungen wurden zur beruflichen Schule überführt und erhielten hier unter anderem einen allgemein-technischen Unterricht, der in die handwerklichen Techniken einführte und der Berufsfindung diene. Damit erhielt das 8. Pflichtschuljahr seinen speziellen Bildungsinhalt, der diesen Begabungen entspreche. Keinen Platz mehr in diesem Plan hatten die Realschulen mit ihrer „unklare[n] Zwischenstellung“ zwischen Handelsschule und Oberrealschule. Ihr Oberbau sollte in Berufsmittelschulen bzw. -mittelschulzügen aufgehen.¹⁸³⁶ Die Änderung des alten Namens Realschule in „Gewerberealschule“ oder „Handelsrealschule“ könnte dann die klare Aus-

¹⁸³⁰ Gedacht war, daß Kinder noch nachträglich in einen neunstufigen Klassenzug hinübertreten konnten, wenn sich in Sexta bis Quarta ihre besondere Eignung für ein wissenschaftliches Studium herausstellte. Und umgekehrt konnten Kinder aus dem neun- in einen sechsklassigen Zug wechseln, wenn sich in den ersten drei Jahren zeigte, daß sie nach Anlage und Befähigung dazu besser geeignet waren.

¹⁸³¹ Vgl. Dresdner Anzeiger, 1932, Nr. 245, S. 6.

¹⁸³² Vgl. SSZ, 1932, S. 761.

¹⁸³³ Bislang war durch Verordnung vom 4. Januar 1929 die Frage der Erteilung der mittleren Reife an die Berufsschulen geregelt worden. Vgl. Verordnungsblatt, 1929, S. 1 (Ziffer I) und 27 (= Dokument 198); LLZ, 1929, S. 36. Siehe auch Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Berufsschule und Berechtigungswesen; Schubert, Rudolf: Mittlere Reife; Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg, S. 33-36.

¹⁸³⁴ Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 332-333; Die höhere Schule, 1932, S. 304 (= Dokument 295); Beruf und Schule, 1932, H. 33 und 44; SSZ, 1932, S. 762-763.

¹⁸³⁵ Vgl. Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg, Zitat: S. III.

¹⁸³⁶ Das gleiche Schicksal war nach Beschluß der Vertreterversammlung (Referat Bauer, Leitsatz II. 3. c) auch der höheren Handelsschule zugeacht.

richtung dieser Klassenzüge auf den Beruf kennzeichnen.¹⁸³⁷ Und ebenso überflüssig wurden die höheren Abteilungen der Volksschule, gegen die sich der Sächsische Berufsschulverein schon in einer Eingabe vom 13. Januar 1925 gewandt hatte, weil er befürchtete, daß ein 9. und 10. Schuljahr dem Handwerk und Gewerbe eine Zahl von Auszubildenden entziehen und auf Dauer den Schwerpunkt von der Allgemein- auf die Fachbildung verlegen werde, wodurch „eine verkappte Berufsschule“ entstünde.¹⁸³⁸ Hier anknüpfend erklärte der L. S. B. nun, daß die Einrichtung des 9. und 10. Volksschuljahres in Orten mit höheren allgemeinbildenden und gut gegliederten beruflichen Schulen zu „Grenzüberschreitungen“ führen müsse, da die Volksschule Aufgaben übernehmen wolle, die bereits von anderen Schularten seit Jahren erfüllt würden. Und da sie Schülerwerbung auf Kosten bereits bestehender Einrichtungen betreibe, sei ihre Existenz nicht weiter zu rechtfertigen.¹⁸³⁹

Von den Philologen wurde dieser Plan eines organischen Schulaufbaues – trotz seiner anerkannten Klarheit, Einfachheit und Geschlossenheit – vor allem darum kritisiert, weil er die sechsstufigen höheren Schulen (Realschulen, höhere Handelsschulen) und die Wirtschaftsoberschulen in das berufliche Schulwesen eingliedern wolle, obwohl diese keine fachlich eingestellten und einer bestimmten Berufsausbildung dienende Anstalten seien, sondern allgemeinbildende Schulen wirtschaftlicher Richtung, die auf einen Komplex von Berufen vorbereiteten. Sie erfüllten – wenn auch zum Teil mit einem anderen Bildungsgut – die Aufgaben, die der Landeslehrplan vom 10. Mai 1932 den höheren Schulen stelle. Dieses Ziel werde aber nicht durch Übung im manuellen Können oder Anlernen technischer Fähigkeiten erreicht, sondern durch eine wissenschaftliche Lehrmethode, weswegen in die höheren Wirtschaftsschulen auch wissenschaftlich vorgebildete Lehrkräfte und nicht Berufspraktiker gehörten.¹⁸⁴⁰ Weitere Ablehnung erfuhr die beabsichtigte Einführung einer zur Hochschulreife führende Berufsoberschule, da solche Pläne im Widerspruch zu dem Zweck der Ländervereinbarung über die mittlere Reife stünden. Wenn heute im Reich und in den Ländern Pläne zur Vereinheitlichung des mittleren Schulwesens betrieben würden, so geschehe dies einzig und allein in der Hoffnung, dadurch wieder Wege zu erschließen und auszubauen, die rechtzeitig von der Hochschule weg und in die mittleren Schichten des Berufslebens hineinführen sollen.¹⁸⁴¹

Welche Stellung nahmen nun die Vertreter der Volksschule zu den bisher geschilderten Plänen ein? Seit seiner Bautzener Tagung 1924 hatte sich der Sächsische Lehrerverein wiederholt mit dem einheitlichen Aufbau des Schulwesens und insbesondere mit der Mittelstufe als dessen Kernstück beschäftigt.¹⁸⁴² Die Vertreterversammlung vom 25./26. März 1929 in Pirna bekannte sich erneut zum Einheitsschulgedanken. Da es sich bei dessen Verwirklichung jedoch nicht mehr allein um den Aufstieg der „Begabten“ handeln könne, müßten die Bildungswege der gesamten Jugend verbreitert werden. Die Vertreterversammlung forderte daher eine Verlängerung der Schulpflicht über das 14. Lebensjahr hinaus, die durch Erweiterung der Möglichkeiten zum freiwilligen Schulbesuch bis zum 10. Schuljahr anzubahnen sei. Diesem Zweck seien die höheren Abteilungen der Volksschule dienlich, die auch ohne Fremdsprache in sechsstufigem Aufbau zum Ziel der mittleren Reife führen sollten. Ihre innere Geschlossenheit und ihre Verbundenheit mit den übrigen Klassenzügen der Volksschule sollte durch die Lehrkräfte und durch den Lehrplan sichergestellt; ihre räumliche Absonderung – als im Widerspruch zu dem Gedanken der allgemeinen Volksschule stehend – beendet; sowie die Bestimmung, die die Errichtung dieser Klassen in Rücksicht auf andere Schularten einschränke, aufgehoben werden. Ferner sollten neben den höheren Abteilun-

¹⁸³⁷ Vgl. Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg, S. 8 (Zitat) und 36-39.

¹⁸³⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 13874, Bl. 29.

¹⁸³⁹ Vgl. Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg, S. 9 und 23-24, Zitat: S. 24; SSZ, 1932, S. 1002-1003; Die höhere Schule, 1932, S. 326.

¹⁸⁴⁰ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 277, 317-320 und 333-335; Ebd., 1933, S. 26. – Und ebenso wie die höhere Schule bemühte sich die Handelsschule um eine klare organisatorische Abgrenzung des wirtschaftswissenschaftlichen Schulwesens von dem allgemeinberuflichen Schulwesen. Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 364-366.

¹⁸⁴¹ Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1933, S. 33.

¹⁸⁴² Siehe Kapitel G. II. 2.

gen Klassen des 9. und 10. Schuljahres durch Aufsetzen auf die Normalklassen errichtet werden, was insbesondere für offensichtlich noch nicht berufsreife Kinder für nötig erachtet wurde. Hervorragend begabte ehemalige Volksschüler, die die höhere Abteilung nicht besucht hatten, sollten zur Prüfung für die mittlere Reife zugelassen werden.¹⁸⁴³

Angesichts der dann sich regenden Entwicklungen im mittleren Schulwesen und der aufkommenden „schulpolitische[n] Hochspannung“¹⁸⁴⁴ meldete sich der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins am 6. November 1932 mit einer Erklärung. Hierin stimmt er zu, daß die verwirrende Vielgestaltigkeit der Schultypen im höheren Schulwesen zu beseitigen sei; eine planmäßige Vereinfachung nur im Zusammenhang des gesamten Bildungsaufbaus erfolgen könne; die allgemeine Volksschule ihre Bedeutung für das Bildungswesen der Nation zurückerhalten; der Überschätzung einer vorwiegend theoretischen Bildung entgegenarbeitet; sowie das Lebensziel der praktischen Berufe höher bewertet werden müsse. Das erstrebenswerte Ziel erblickte der Sächsische Lehrerverein in einer allgemeinen Mittelstufe, die sich auf die gemeinsame Grundstufe aufbaue, alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr erfasse und nach Begabungsgraden und Begabungsrichtungen der Schüler gegliedert sei, und an die sich wissenschaftliche, künstlerische und wirtschaftliche Oberschulen anschließen. Eine Mittelstufe solcher Art setze im Sinne der Reichsverfassung die Arbeit der Grundstufe organisch fort, schüfe allen weiterführenden Lehranstalten einen gemeinsamen Unterbau und beseitige damit die verwirrende Vielgestaltigkeit des höheren Schulwesens und des Fach- und Berufsschulwesens. In ihr könnten die Bedürfnisse des praktischen Lebens befriedigt und eine gute Berufsvorbildung ebenso geleistet wie die Grundlagen einer wissenschaftlichen Bildung gelegt werden. Lehrer der Volks-, Berufs- und höheren Schule fänden in ihr ein gemeinsames Arbeitsfeld. Auf keinen Fall könne dagegen die gebotene Vereinfachung und Vereinheitlichung des Schulwesens zustande kommen, wenn jede der drei Lehrergruppen nur auf den Ausbau ihres eigenen Wirkungsfeldes bedacht sei und den Gesamtaufbau des Schulwesens außer acht lasse. Und im Verfolg dieses Zieles werde der Sächsische Lehrerverein allen Bestrebungen, die bestehenden Einrichtungen der Volksschule, besonders auch die höheren Abteilungen und das 9. und 10. Schuljahr, einzuschränken oder abzubauen, schärfsten Widerstand entgegensetzen.¹⁸⁴⁵

Dem Programm des L. S. B. stimmte der Sächsische Lehrerverein darin zu, daß die in das praktische Leben gehenden Jugendlichen nicht überwiegend mit intellektuellen Bildungsgütern zu fördern seien und daß um die Reifezeit eine allgemeine Vorbildung für die praktischen Berufe notwendig sei. Er müsse jedoch der Meinung aufs Schärfste widersprechen, daß hierzu die Angliederung des 8. Schuljahrs an die Berufsschule erforderlich sei und die allgemeine Berufsbildung nur von der Berufsschule selbst geleistet werden könne. Die Volksschule lege vielmehr durch ihre gesamte Bildungsarbeit den Grund für alle weitere Berufsbildung. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, die Berufsvorbereitung beginne erst mit dem Eintritt in die Berufsschule. Wenn die Volksschule ihren Kindern die Kulturtechniken vermittele, ihren mündlichen und schriftlichen Ausdruck schule, die Gestaltungskräfte der Hand durch Zeichnen und Werkarbeit entfalte, den Körper ertüchtige und auf der Oberstufe in Erdkunde, Geschichte, Lebenskunde und Naturkunde Naturgesetze erkennen lasse und zu Einblicken in die Zusammenhänge des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Lebens des Volkes führe, dann leiste sie eine Bildungsarbeit, die jede spezielle Berufsbildung voraussetzen muß. Von Berufsbildung in besonderem Sinne könne erst dann die Rede sein, wenn der Jugendliche in einem Berufe stehe und in ihm Erfahrungen und Erkenntnis eigener Art erwerbe. Solche Berufserfahrungen fehlten jedoch den Schülern der „berufsvorbereitenden Klassen“;

¹⁸⁴³ Vgl. Bericht über die 54. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 25. und 26. März 1929 in Pirna, S. 119 (= Dokument 291). – In einer anderen Wendung war die Rede von dem „Aufstieg der ‚Begabten‘ aus der Masse zum Aufstieg der Masse zur ‚Begabung‘“. Vgl. SSZ, 1929, S. 849.

¹⁸⁴⁴ SSZ, 1932, S. 761.

¹⁸⁴⁵ Ebd., S. 845 und 846-847. An anderer Stelle hieß es: „Wer etwas mehr will als ganz belanglose Änderungen innerhalb des Bestehenden, muß bei der fragwürdigen Gestalt des heutigen Schulwesens unfehlbar aller Schulgattungen irgendwie in den Kreis seiner Erörterungen ziehen.“ Vgl. Ebd., S. 763.

wie sie der L. S. B. wünsche. Der Sächsische Lehrerverein fordere demgegenüber nach wie vor, die Schon- und Bildungszeit der Jugend bis zum 16. Lebensjahr zu verlängern, den Unterricht in den oberen Jahrgängen der Volksschule inhaltlich und methodisch nach den künftigen Berufsmöglichkeiten auszurichten und am „Gesamtmenschentum“ der Jugend zu arbeiten, ehe mit dem Eintritt in das Erwerbsleben die spezielle Berufsausbildung durch besondere Fach- und Berufsschulen erfolge.¹⁸⁴⁶

Die Lehrer an den höheren Schulen hatten die Einheitsschulpläne des Sächsischen Lehrervereins stets abgelehnt, da diese darauf gerichtet seien, höhere Schule und Berufsschule zu zerschlagen und sie einer „aufgeblähten Volksschule“ einzugliedern¹⁸⁴⁷ – mit dem Ziele, die „Erziehung zur Persönlichkeit“ zu beseitigen und sie „durch eine Ausbildung [des Kindes] zum bewußten Gliede der Masse“ zu ersetzen.¹⁸⁴⁸ In dem in der Erklärung des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins umrissenen Mittelschulplan wurde der erneute Beweis gesehen, daß die Volksschullehrer „ohne jede Rücksicht auf fremde Grenzen in ungezügelter Expansionsdrang immer nur ihr Wirkungsfeld auszubauen bestrebt“ seien. Einer äußeren Einheitlichkeit zuliebe sollen alle Kinder das gleiche Schulgebäude besuchen. Der inneren Ungleichheit wolle man nun unter Verwendung der Lehrer aller Schulgattungen durch Differenzierung Rechnung tragen. Das sei der gegenwärtige Zustand, bloß unter einem Dache, in einem äußerlich aufgebauten, wenig übersichtlichen Zweckverband. Zudem komme der „Pferdefuß der schematischen Einheitsschule“ darin zum Vorschein, daß die gemeinsame Grundstufe, in der die Kinder weder nach Begabungshöhe noch Begabungsrichtung getrennt würden, nach den Plänen des Sächsischen Lehrervereins mindestens sechs Jahre dauern solle. Ein einheitlicher Aufbau des gesamten Schulwesens sei auch nach Auffassung der Philologen sicher notwendig. Nur sei er kaum so zu erreichen, daß man alle vorhandenen Bildungseinrichtungen der Volksschule „ausliefere“ und nach Grundsätzen gliedere, die für sie gelten mögen. Das bedeute eine nicht wieder gut zu machende Schädigung der Begabten. Das deutsche Schulwesen müsse organisch aufgebaut sein, *einheitlich* in der allgemeinen Aufgabe der Erziehung zum Deutschen, zum Staatsbürger, *differenziert* nach Begabung und Bildungsziel. „Ein einheitliches Schulwesen, jawohl – aber keine Einheits-Volksschule!“¹⁸⁴⁹

Auch wenn in Richtung Einheitsschule praktisch noch nichts erreicht war, so leistete der Sächsische Lehrerverein doch – aus der Erfahrung von 1923/1924 heraus – die notwendige theoretische Vorarbeit, um bei veränderten parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen rasch mit einem ausgereiften Plan zur Stelle sein zu können. Den Philologen mochten diese Absichten daher nur als eine allgemeine ferne Bedrohung erscheinen; unmittelbar und konkret beschäftigte sie aber „die außerordentliche Aufblähung der höheren Abteilungen“ der Volksschule.¹⁸⁵⁰ Im Jahr 1932 erschienen in der Zeitschrift des Sächsischen Philologenvereins wiederholt Artikel – sowie im November eine Artikelserie –, die das Ziel verfolgten, „die durch äußere Verhältnisse und die besondere Werbung der Volksschullehrer aufgeblähte Einrichtung in die Grenzen zurückzuführen, die Gesetze und Verordnungen gezogen haben“.¹⁸⁵¹ Der Sächsische Philologenverein habe seine frühere Begrüßung der höheren Abteilungen nur unter der Voraussetzung gegeben, daß sie als Zweig der Volksschule diejenigen Kinder aufnehmen, die über den Durchschnitt der Volksschüler hinaus bildbar seien, ohne aber in der höheren Schule auf längere Dauer mit fortkommen zu können. Es handele sich da um Schüler mit vorwiegend sinnhaft-anschaulicher Begabung, der die Volksschulmethodik in besonderer Weise entspreche. Nun sei aber durch die Wirtschaftskrise und die unsoziale Überhöhung des Schulgeldes an der höheren Schule ein starker Andrang zu den höheren Volksschulabteilungen eingetreten, so daß in diesen Klassen sich in der Hauptsache solche Schüler befänden, die ihrer

¹⁸⁴⁶ Vgl. SSZ, 1932, S. 846. Siehe auch: Ebd., S. 761-764.

¹⁸⁴⁷ Wenn bei zehnjähriger Schuldauer keine Absonderung nach Begabung mehr erfolge, bliebe als höhere Schule nur noch deren Oberbau im Anschluß an die 10. Klasse (Obersekunda bis Oberprima).

¹⁸⁴⁸ Vgl. Die höhere Schule, 1929, S. 118-119; Ebd., 1930, S. 4-5; Ebd., 1931, S. 146-147 (Zitate).

¹⁸⁴⁹ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 304 (Zitate); Ebd., 1933, S. 25-26. – Demgegenüber wurde in der Sächsischen Schulzeitung betont, daß der vom Sächsischen Lehrerverein vorgelegte Plan kein Volksschulplan, sondern ein allgemeiner Mittelschulplan sei, der das gesamte mittlere Schulwesen, organisch gegliedert, in sich vereinigen wolle. Vgl. SSZ, 1932, S. 764.

¹⁸⁵⁰ Vgl. Die höhere Schule, 1931, S. 146.

¹⁸⁵¹ Vgl. Ebd., 1932, S. 96, 167, 286-298, 326-327 und 335-337, Zitat: S. 326. Hiernach das Folgende.

Anlage nach zwar in die höhere Schule gehörten, wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse nun aber in einer ihrer Begabung nicht entsprechenden Weise ausgebildet werden mußten. Da die höheren Abteilungen im Stoff zwar über die allgemeinen Volksschulen hinausgingen, in seiner Behandlung aber an deren Vorschriften gebunden seien, könnten sie gerade nicht die Aufgabe der sechsstufigen höheren Schule übernehmen, weswegen ihre Bildung für die begabten Kinder Minderbemittelter nur „ein Surrogat höherer Bildung“¹⁸⁵² sein könne.

Im Ministerium für Volksbildung hatte sich Oberregierungsrat Dr. Max Rosenmüller¹⁸⁵³ zum Fürsprecher dieser Bewegung gemacht. In einer Dienstbesprechung im November 1928 berichtete er von „zahlreichen von der Realschule aus gekommenen Klagen“, nach denen für diese aus der Errichtung von höheren Volksschulabteilungen „eine ernste Existenzgefahr“ erwachsen sei. Die Tatsachen der Schulgeldfreiheit der höheren Abteilungen und der Finanznot der Gemeinden als Unterhaltungsträger der Realschulen seien allein so schwerwiegende Gesichtspunkte, daß die kleineren Städte geradezu dazu getrieben würden, ihre Realschulen eingehen zu lassen.¹⁸⁵⁴ Dazu komme noch die „weitgehende Propaganda“, die von der Volksschule betrieben werde und die die Realschule aufs Schwerste schädige. Der für das Volksschulwesen zuständige Ministerialrat Dr. Paul Weinhold wies demgegenüber auf den geringen Anteil der h-Klassen hin. Hiernach hatte Leipzig gerade 3,3 % der Volksschulknaben in höheren Abteilungen, Dresden 5,8 %, und Chemnitz 7,5 %.¹⁸⁵⁵ Und nach einer Erhebung von 1926/1927 gehörten von rund 18.000 Volksschulklassen 518 Klassen der höheren Abteilung der Volksschule an, das waren 2,7 % der Klassen; von rund 540.000 Volksschülern saßen 10.360 (= 2 %) in den höheren Abteilungen. Das offenbarte, daß von einer „beängstigenden Vermehrung der höheren Abteilungen oder gar von einer Beeinträchtigung der Entwicklung der höheren Schule gar nicht gesprochen werden“ konnte. Und in der Tat widerspiegelten diese Zahlen die nach den gesetzlichen Bestimmungen seit 1923 vom Ministerium für Volksbildung geübte restriktive Bewilligungspraxis.¹⁸⁵⁶

Position bezogen in dieser Debatte auch Vertreter der Wirtschaft, die sich im Jahr 1932 mit dem Sächsischen Philologenverein auf gemeinsame Grundsätze verständigten. Hiernach wurde in der sechsstufigen höheren Schule die in erster Linie geeignete Anstalt für diejenigen erblickt, die eine über die Volksschulbildung hinausgehende Schulbildung erstrebten, und bei denen eine ausgesprochene Begabung vorlag, die auf die Wahl eines praktisch-wirtschaftlichen Berufs deutete. Namentlich die Realschule sollte für diesen Zweck nicht nur erhalten, „sondern in jeder Beziehung neu belebt werden“.¹⁸⁵⁷ Seit Einführung der Oberrealschule im Jahr 1908 war sukzessive eine „Zerbröckelung der sächsischen Realschul-Organisation“¹⁸⁵⁸ erfolgt, da immer mehr Realschulen den Ausbau zur Vollanstalt erstrebten. Infolge der sich dauernd erhöhenden Vorbildungsanforderungen an die Berufsanwärter entwertete sich zunehmend das Zeugnis der Realschule, die als selbständige Anstalt dauernd Besucher verlor, weil die Schüler immer stärker zur Oberstufe der neunstufigen Anstalten drängten. So kam auch bald der Begriff von der „sterbenden Realschule“ auf.¹⁸⁵⁹ Nach dem Willen von Wirtschaft und Philologenschaft sollte dieser Entwick-

¹⁸⁵² Ebd., S. 289.

¹⁸⁵³ Zur Person Rosenmüllers siehe: Die höhere Schule, 1929, S. 329.

¹⁸⁵⁴ Auch Ministerialrat Prof. Dr. Emil Menke-Glückert nahm an, daß den einzelnen Gemeinden der Ausbau höherer Abteilung erwünscht sei, da die wesentlichen Kosten dafür zu Lasten des Staates gingen und so eine gehobene Abteilung „ein billiger Ersatz für eine Realschule“ sei. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 72.

¹⁸⁵⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/423, Bl. 73ff.

¹⁸⁵⁶ Vgl. Ebd., Nr. 11864/422, Bl. 176. Zu den gesetzlichen Bestimmungen siehe vor allem: Sächsisches Gesetzblatt, 1923, S. 30, § 4 Absatz 3; Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens, S. 49-50 (= Dokument 175).

¹⁸⁵⁷ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 226.

¹⁸⁵⁸ SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/86, unpag., Denkschrift. Vorschläge für die Beseitigung einiger Übelstände im höheren Schulwesen Sachsens, S. 1.

¹⁸⁵⁹ Vgl. Woelker, Konrad: Die Überfüllung der höheren Schulen, der Hochschulen und der akademischen Berufe, S. 25 (Zitat) und 28. Im Jahr 1929 bestanden nur noch 13 selbständige Realschulen, 9 Realschulzüge in Verbindung mit einem Realgymnasium sowie 8 Realschulzüge in Verbindung mit einer Deutschen Oberschule. Vgl. Landtags-Akten, 4. Wahlperiode, Vorlagen, Nr. 32 (vom 25. März 1930), S. 21-22. Zur zahlenmäßigen Entwicklung der Realschulen siehe auch: Die höhere Schule, 1925, S. 71-73; Ebd., 1930, S. 55-57.

lung nun gegengesteuert werden. Der Übergang besonders befähigter Schüler mit bestandener Reifeprüfung zur neunstufigen Anstalt sollte durch entsprechende Lehrplangestaltung der sechsstufigen höheren Schulen gewährleistet werden, da einer vollständig abgerundeten Schulbildung der Vorzug zu geben war vor der Wahl einer neunstufigen Anstalt mit Abbruch der Ausbildung nach sechs Jahren. Ein Bedürfnis für die Ausdehnung der Volksschule auf ein 9. und 10. Schuljahr wurde nicht anerkannt. Je mehr fähige Schüler die Volksschule durchliefen, um so mehr würde sie ihre eigenen normalen Leistungen steigern können, und um so weniger würde die Neigung entstehen, über die Volksschulbildung hinausgehende Volksbildungsansprüche unnötigerweise zu stellen.¹⁸⁶⁰

Die Volksschullehrer fanden sich mit diesen Entwicklungen nicht einverstanden. In seiner Erklärung vom 6. November 1932 nahm der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins Stellung zu der an den höheren Schulen Dresden geplanten Einrichtung sechsstufiger Züge mit praktischer Bildung. Wenn heute die höhere Schule durch Angliederung sechsstufiger Züge (Realschulklassen) der Volksschule die Schüler der höheren Abteilungen zu entziehen versuche, dann arbeite sie den Bestrebungen entgegen, der allgemeinen Volksschule ihre Bedeutung für das Bildungsleben der Nation zurückzugeben. Sie setze sich damit auch in Gegensatz zu ihrer bis jetzt mit Nachdruck vertretenen Auffassung, daß die höhere Schule Ausleseschule für Hochbegabte sein müsse. Noch vor wenigen Jahren habe die Lehrerschaft der höheren Schule die Umwandlung der sechsstufigen Realschulen in neunstufige Anstalten gefordert. Heute solle die Realschule als Bildungsstätte für praktisch Begabte neu entstehen. Unbedenklich gebe man zu, daß die gewünschte sechsstufige höhere Schule nur noch auf einem gewissen Mindestmaß von theoretischer Bildung bestehen werde. Das Bestreben des Philologenvereins, seinem Nachwuchs Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, sei menschlich durchaus verständlich, es dürfe jedoch nicht auf Kosten der Volksschule und der Bevölkerungskreise geschehen, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage seien, ihre Kinder in die höhere Schule zu schicken.¹⁸⁶¹

Bezüglich der gegen die höheren Volksschulabteilungen gerichteten Vorwürfe, Einwände und Irrtümer waren die Volksschullehrer stets um Gegendarstellung und Richtigstellung bemüht.¹⁸⁶² Nachdem in der Zeitschrift des Sächsischen Philologenvereins die oben genannte Artikelserie erschienen war, die sich mit Stellung, Aufgabe und Grenzen der höheren Volksschulabteilungen beschäftigt hatte, schrieb die Sächsische Schulzeitung hierzu: „Die Leitung des Sächsischen Philologenvereins ist zum konzentrischen Angriff auf die ha-Klassen und das 9. und 10. Schuljahr der Volksschule übergegangen. [...] In einem Leitartikel und sechs Einzelabhandlungen wird dafür gestritten, der allgemeinen Volksschule jede unmittelbare Verbindung mit irgendeinem Bereiche des praktischen Lebens zu nehmen, sie in hilflose Abseits-

¹⁸⁶⁰ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 226-227. Siehe auch: Ebd., 1933, S. 27.

¹⁸⁶¹ Weiter hieß es: Es sei bedauerlich, daß neuerdings auch der Verband sächsischer Industrieller und die Industrie- und Handelskammer Dresden diese Bestrebungen des Philologenvereins unterstützten. Der Sächsische Lehrervereins habe durchaus Verständnis dafür, daß dem praktischen Wirtschaftsleben mit einem Überangebot an Abiturienten nicht gedient sei, die auf einer neunstufigen Anstalt eine vorwiegend theoretische Ausbildung erfahren hätten. Er sehe im Gegensatz zum Sächsischen Philologenverein in der Neueinrichtung sechsstufiger Schulen an höheren Schulen nicht den geeigneten Weg, den Übelstand zu beseitigen. Eine ausgebaute Volksschule entspräche den Bedürfnissen der Wirtschaft zweifellos besser. Diese Behauptung werde gestützt gerade von Vertretern der Industrie, des Handels und des Bankgewerbes, die Lehrlinge mit einer solchen abgeschlossenen Volksschulbildung eingestellt und in zahlreichen Zuschriften ausdrücklich die Zweckmäßigkeit der von der Volksschule übermittelten Vorbildung hervorgehoben hätten. Auch der Reichsstädtebund und der Schulausschuß des Deutschen und Preußischen Städtetages hätten sich für den Ausbau, für Aufbauklassen der Volksschule ausgesprochen, die begabte und bildungswillige Schüler der Volksschule in weiterführendem Lehrgange über das Ziel der allgemeinen Volksschule hinaus fördern und eine gründliche Vorbildung für das Wirtschaftsleben und die werktätigen Berufe geben sollten. Vgl. SSZ, 1932, S. 845-846. – In der Leipziger Lehrerzeitung hieß es außerdem zu diesen sechsstufigen Zügen: „Sie sind eine Sackgasse und in Ziel, Inhalt und Methode keine ‚höhere‘ Schule mehr. Daß der neue Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens, der vor kaum Jahresfrist herausgekommen ist, dieses Novum noch nicht kennt, beweist: Diese Bastardform ist nicht organisch gewachsen, sondern ganz plötzlich als erlösender Gedanke emporgeschossen, diktiert von äußeren Bedrängnissen des Standes, nicht von inneren Notwendigkeiten der Schule und des Kindes.“ Zitiert nach: Die höhere Schule, 1932, S. 336. Siehe auch: SSZ, 1932, S. 649-650, 761 und 770.

¹⁸⁶² Vgl. SSZ, 1932, S. 674 und 694-696.

stellung zu drängen.“¹⁸⁶³ Die Motivation der Philologen war dabei längst ausgemacht: sie stemmten „sich aus standespolitischen Gründen gegen alles, was auf einen organischen Aufbau des Schulwesens zusteuert“¹⁸⁶⁴.

Am 7. Februar 1933 wurde im Sächsischen Landtag dann endlich ein einschlägiger Antrag beraten und angenommen. Dieser ging davon aus, daß sich gegenwärtig Bestrebungen nach Beseitigung des 9. und 10. Schuljahres zugunsten eines weiteren Ausbaues des Realschulwesens geltend machten, wodurch minderbemittelten Kreisen die letzte Möglichkeit genommen würde, befähigten Kindern eine über die allgemeine Volksschulbildung hinausgehende vertiefte Allgemeinbildung zu gewähren. Die Regierung wurde darum ersucht, einen Abbau des 9. und 10. Schuljahres nicht vorzunehmen; die Schulgeldfreiheit in diesen Klassen wieder einzuführen; sowie den weiteren Ausbau des 9. und 10. Schuljahres in die Wege zu leiten. In der Begründung bemerkte der Abgeordnete Kurt Weckel (SPD), daß nun wieder ein „Kampf zwischen Volksschule und höherer Schule“ entbrannt sei, und wenn die höhere Schule wie 1923¹⁸⁶⁵ versuche, wieder eine Flucht aus den höheren Abteilungen der Volksschule hinüber nach den Realschulen, die wieder aufgemacht werden sollen, zu bewerkstelligen, so müsse die gesamte Elternschaft diesen „Sirenengesängen“ doch mit den notwendigen Zweifeln begegnen.¹⁸⁶⁶ Der Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) bemerkte zu dem Antrag, daß die Zurückführung der Realschule zu ihrer alten Bestimmung¹⁸⁶⁷ durchaus nicht von dem Ziele getragen sei, das 9. und 10. Schuljahr der höheren Abteilung der Volksschule zu beseitigen. Es sei auch keine Verminderung dieser Klassen eingetreten; sie hätten im Gegenteil eine kleine Vermehrung erfahren. So hätten im Jahre 1926/1927 in 16 Schulbezirken 57 Klassen für das 9. und 10. Schuljahr bestanden, im Jahre 1932 in 20 Schulbezirken 59. Wenn die Klassenzahl nicht entsprechend der Vermehrung der Schulbezirke mitgestiegen sei, so habe dies seinen Grund darin, daß die Schüler dieser Altersstufe aus den schwachen Geburtenjahrgängen der beiden letzten Kriegsjahre stammten. Wenn das Ministerium also keinen Abbau des 9. und 10. Schuljahres vorgenommen habe und auch keinen Abbau beabsichtige, so könne es sich angesichts der bestehenden gesetzlichen Vorschriften andererseits auch nicht zum Ziele setzen, das 9. und 10. Schuljahr allgemein weiter auszubauen.¹⁸⁶⁸

Und noch an einer weiteren Stelle wurden die Auseinandersetzungen im mittleren Schulwesen geführt. Zunehmend forderten nämlich die Direktoren und Lehrer an den Handelsschulen den Ausbau ihrer Anstalten nach unten durch Aufsetzen bereits auf das 7. Volksschuljahr, um einmal den allgemein gesteigerten Vorbildungsforderungen zu entsprechen sowie auch gegenüber den höheren Abteilungen der Volksschule nicht ins Hintertreffen zu geraten.¹⁸⁶⁹ Nachdem Letztgenannte die mittlere Reife vergeben durften, verlangten Vertreter des beruflichen Schulwesens in einer Entschliebung im April 1927 dieselbe Berechtigung auch für jene gewerblichen Schulen, die im 9. und 10. Schuljahr zwei Jahre Vollunterricht hatten oder diesen Zielen durch einen neben der praktischen Berufstätigkeit erteilten mehrjährigen Unterricht gerecht wurden. Und Fachschulen, die eine praktische Lehrzeit als Aufnahmebedingung verlangten und zweijährigen Vollunterricht erteilten, sollten, da sie den allgemeinen sechsstufigen höheren Schulen

¹⁸⁶³ Ebd., S. 932

¹⁸⁶⁴ Ebd., S. 779.

¹⁸⁶⁵ Siehe Kapitel G. II. Exkurs.

¹⁸⁶⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3295; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1102 (vom 17. November 1932); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4465-4471, Zitate: S. 4467 und 4468. – In der Zeitschrift des Sächsischen Philologenvereins wurde zu dem Antrag bemerkt: Wenn man den begabten Knaben und Mädchen auch aus ärmeren Kreisen helfen wolle, müsse man Aufhebung oder soziale Gestaltung des Schulgeldes an den höheren Schulen beantragen. Hier böte sich auch dem Sächsischen Lehrerverein eine „schöne Gelegenheit“, in wirklich sozialem Sinne für die Erhaltung der Bildungsmöglichkeiten bei den ihm nahestehenden Abgeordneten einzutreten. Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 327.

¹⁸⁶⁷ Siehe Kapitel G. III. 4.

¹⁸⁶⁸ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4453.

¹⁸⁶⁹ Dieser Ausbau sollte also nicht mehr von der Zustimmung des Ministeriums für Volksbildung abhängen, sondern ohne weiteres durch Entschliebung eines Schulvorstandes möglich sein. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16250, Bl. 202-204 und 276-281.

gleichwertig seien, mit der Obersekundareife abschließen.¹⁸⁷⁰ Das Wirtschaftsministerium gab diesem Drängen nach und regelte in der Verordnung vom 20. Juli 1927 die Frage der mittleren Reife für die ihm unterstehenden Schulen.¹⁸⁷¹

In Eingaben an das Ministerium für Volksbildung gab der Sächsische Lehrerverein wiederholt seiner Sorge ob des Erweiterungsstrebens der Handelslehranstalten Ausdruck. So hätten besonders höhere Handelsschulen versucht, Klassen oder sogar den gesamten Zug der höheren Abteilung der Volksschule zu sich herüberzuziehen. Die Handelsschule in Sebnitz z. B. nehme Schüler nach vollendetem 7. Schuljahr in ihre unterste Klasse auf. Das Bestehen dieser Unterklasse der Handelsschule wirke sich derartig nachteilig auf die höheren Abteilungen der Volksschule aus, daß im Schuljahr 1932 keine 8a-Klasse des 8. Schuljahres habe gebildet werden können und die Schüler der höheren Abteilung, die nicht nach dem 7. Schuljahr auf die Handelsschule oder eine auswärtige höhere Schule übergingen, durch ihre zwangsläufige Rückkehr in die Normalklasse der Volksschule in ihrem Bildungsgange beeinträchtigt würden. Es bestehe die Gefahr, daß unter dem Druck der Not und dem starken Schülerrückgang an Handelslehranstalten und nichtstaatlichen Fach- und höheren Schulen hier und da höhere Abteilungen der Volksschule geopfert würden, um einzelne nicht mehr lebensfähige Klassen jener Schularten zu erhalten. Das Ministerium wolle daher allen Bestrebungen, die auf eine Beseitigung der höheren Abteilung der Volksschule vom 5. bis 10. Schuljahr, insbesondere des 9. und 10. Schuljahres gerichtet seien, entgegentreten und im gegebenen Einzelfalle bei den Verhandlungen über Vereinheitlichung und Vereinfachung die Rechte der Volksschule und ihrer Lehrerschaft entschieden wahren.¹⁸⁷²

Umgekehrt erblickten auf der Gegenseite die Handelsschullehrer in den höheren Abteilungen der Volksschule ganz „unzulängliche und unzumutbare, künstlich dekretierte Ausbildungsmöglichkeiten“, die ihren Zulauf nur durch eine „groteske Schleuder Konkurrenz im Schulgeld“ sicherten. Gerade in den finanziellen Notzeiten seien ihnen als die zweckmäßigeren Einrichtungen die schon seit vielen Jahrzehnten bestehenden organisch erwachsenen Wirtschaftsschulen (Gewerbe- und Handelsschulen) vorzuziehen.¹⁸⁷³ Zum Leidwesen der Handelsschule hatte sich diese Ansicht nicht allenthalben durchgesetzt. So habe z. B. in Radeberg eine Mehrheit der Stadtverordneten die Einrichtung von höheren Volksschulabteilungen beschlossen, während doch der geldliche Zuschuß für die schon bestehende Handelsschule wesentlich geringer ausgefallen wäre.¹⁸⁷⁴ Auf Ausgleich bedacht war hingegen ein allgemeiner Vorschlag, in der Zeit des Schülerrückgangs die entsprechend Begabten, soweit dies ohne Klassenvermehrung möglich war, am Unterricht der Handelsschule in all jenen Lehrstunden teilnehmen zu lassen, die beiden Schulgattungen gemeinsam waren, und in den sonstigen Gegenständen getrennten Unterricht zu erteilen. Durch dieses „geschwisterliche[...] Handinhandgehen“ wäre damit ein Weg gewiesen, teilweise konkurrierende 9. und 10. Schuljahre in mittleren Städten zu erhalten.¹⁸⁷⁵

¹⁸⁷⁰ In der Entschließung wurde zudem kritisiert, daß überhaupt zwei Arten von Reife (mittlere Reife und Obersekundareife) geschaffen worden seien. Besser wäre nur eine Art Reife gewesen, die möglichst hochzuhalten und als Lebensreife und nicht nur als Schulreife zu charakterisieren gewesen wäre. Und grundsätzlich sprach man sich auch aus gegen die Richtlinien, die der Unterausschuß des Ausschusses für das Unterrichtswesen im Dezember 1926 für die mittlere Reife aufgestellt hatte, da sie die in der beruflichen Schulung liegenden Bildungswerte und Erziehungsmittel verkannten und sich von der Überschätzung der philologisch eingestellten Schulen nicht freimachten. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16250, Bl. 243. Siehe auch: Ebd., Bl. 200-201.

¹⁸⁷¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16250, Bl. 257 (= Dokument 192) und Ergänzungsverordnungen hierzu vom 3. Dezember 1928, 26. Januar 1929, 30. November 1929, 23. Februar 1931 und 30. Juli 1931 (Ebd., Nr. 16251, Bl. 39, 66, 88, 204 und 233) (= teilweise Dokument 203). – Im Jahr 1932 trafen die Länder eine Vereinbarung über die Zuerkennung der mittleren Reife an die zweiklassigen Handelsschulen. Vgl. Reichsministerialblatt, 1932, S. 723-724 (= Dokument 247); Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 321-322.

¹⁸⁷² Vgl. SSZ, 1932, S. 226-227, 770 und 971; Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 125. Siehe auch: Die höhere Schule, 1932, S. 96.

¹⁸⁷³ Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 76-78, Zitate: S. 77.

¹⁸⁷⁴ Vgl. Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4443.

¹⁸⁷⁵ Vgl. Deutsche Handelsschul-Warte, 1932, S. 125-126, Zitat: S. 126.

Das Ministerium für Volksbildung, das seit Inkrafttreten der Sparverordnung vom 21. September 1931 die Aufsicht über das berufliche Schulwesen führte, wollte sich selbst zunächst nach keiner Seite hin festlegen. So wurde in einer der das vogtländische Treuen betreffenden Verordnung offen gelassen, ob die dortige Handelsschule oder die höhere Abteilung der Volksschule die gegebene Einrichtung sei. Um beide Institutionen zu einheitlicher Wirkung zu verbinden, wurde daher für die Schuljahre 1932/1933 und 1933/1934 ein Versuch genehmigt. Die höhere Abteilung führte hiernach die Klassen für das 5., 6. und 7. Schuljahr unter der Leitung der Volksschule. Die Handelsschule führte die Schuljahre 8, 9 und 10 unter ihrer Leitung und hatte dabei an den Landeslehrplan des beendeten 7. Schuljahres anzuschließen, wobei sie im 8. Schuljahr einen Zusatzunterricht handelswissenschaftlichen Gepräges bis zu fünf Stunden erteilen konnte. Im 9. und 10. Schuljahr galt der Normallehrplan für höhere Handelslehranstalten. Schulgeld wurde für die Schuljahre 5 bis 7 nicht erhoben, im 8. Schuljahr nur für den handelswissenschaftlichen Zusatzunterricht, und für das 9. und 10. Schuljahr galten die Schulgeldsätze der Handelsschule. Die örtliche Schulpflege für die Schuljahre 5 bis 7 übernahm der Schulausschuß, für die Schuljahre 8 bis 10 der Handelsschulausschuß. Die Aufsicht über die Unterrichtserteilung stand in den Schuljahren 5 bis 7 dem Bezirksschulrat, in den Schuljahren 8 bis 10 dem Handelsschuldirektor oder dem Gewerbeschulrat zu. Ab Ostern 1935 verlieh das Abschlußzeugnis der Schule die mittlere Reife. Dieser Kompromiß freilich mochte die Volksschule nicht zu befriedigen, da ihr der folgerichtige Ausbau der höheren Abteilung genommen war und alle Kinder, die diese Klassen besuchten, sich in einen Lehrgang fügen mußten, für den das Handelsschulmäßige maßgebend war. Andererseits sicherte die Lösung beiden Schulgattungen den Bestand, so daß beiderseits künftige Entwicklungswege gewahrt blieben.¹⁸⁷⁶

Eine letzte Konfliktlinie schließlich verlief im mittleren Schulwesen zwischen den höheren Handelsschulen und den Realschulen, deren Verhältnis im vorangegangenen Kapitel unter dem Stichwort „Dualismus im höheren Schulwesen“ behandelt wurde.

IV. Die innere Verwaltung der höheren Schule

Wie im Volksschulbereich so waren nach der Novemberrevolution auch im höheren Schulwesen Bestrebungen zur Einführungen der kollegialen Schulleitung im Gange. Dieser Frage gilt zunächst die Aufmerksamkeit. Sodann werden die Bemühungen der weiblichen Lehrkräfte um Zugang zu leitenden Stellen im höheren Mädchenbildungswesen sowie im Ministerium für Volksbildung dargestellt.

1. Direktorat und kollegiale Schulleitung

Die innere Verwaltung der höheren Schulen war durch das Gesetz vom 22. August 1876 geregelt. Hiernach hatte jede Anstalt ihr eigenes Lehrerkollegium, an dessen Spitze ein Direktor stand und dem die unmittelbare Leitung der Anstalt zukam. Diese Leitung erstreckte sich gleichermaßen auf den äußeren wie den inneren Schulbetrieb.¹⁸⁷⁷ Als Vorgesetztem kam dem Direktor die unmittelbare Beaufsichtigung seiner Berufsgenossen zu. So konnte er sich durch besondere Anordnungen bezüglich der Behandlung der Lehrgegenstände und die Verteilung des Lehrstoffs direkt in die Unterrichtsführung seiner Kollegen einmengen. Disziplinargewalt übte er aus durch das Recht der Erteilung von Verweisen. Ebenso konnte er einem Lehrer die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagen. Unter Umständen war er befugt, ein-

¹⁸⁷⁶ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 113; SSZ, 1932, S. 299-300.

¹⁸⁷⁷ Zur äußeren Verwaltungsarbeit zählten die Ausführung der von der vorgesetzten Behörde ergehenden Anordnungen sowie die Berichterstattung; das Entwerfen der Lektionspläne und deren rechtzeitiges Einsenden zur Genehmigung; die Einberufung und Leitung der Lehrer- und Fachkonferenzen; die Entgegennahme der Anmeldungen zur Aufnahme und zum Abgang von Schülern; die Aufsicht über das gesamte Schuleigentum; die Verwahrung (Repositor) der Schulakten; sowie das Führen des Schulsiegels.

zelen Lehrern den Gebrauch bestimmter Schulstrafen zu verbieten. Schließlich durfte er in dringenden Fällen bis zu drei Tagen sich selbst und bis zu sieben Tagen den Lehrern Urlaub erteilen.¹⁸⁷⁸

Unter dem Vorsitz des Direktors bildeten die an einer Anstalt angestellten ständigen Lehrer die Lehrerkonferenz (Lehrerversammlung). Sie hatte als ihre hauptsächliche Aufgabe anzusehen die Förderung einheitlicher Tätigkeit durch gegenseitige Anregung, Mitteilung und Besprechung; sodann die Beratung und Beschlußfassung über wichtige Angelegenheiten und Vorkommnisse der Schule; sowie die Erledigung der höheren Orts ihr zugewiesenen Geschäfte. Ferner konnte sie über Schulstrafen sowie die Zusammenstellung der Schulordnung entscheiden. Der Direktor war seinerseits jedoch nicht genötigt, gegen seine Ansicht durch Stimmenmehrheit gefaßte Beschlüsse ohne vorher eingeholte Entscheidung der höheren Behörde auszuführen. Diese Maßregel konnte in der Praxis jedoch insofern vermieden werden, als dem Direktor ja selber ein Ermessensspielraum zustand, welche Angelegenheiten überhaupt als „wichtig“ erachtet und auf die Tagesordnung gesetzt wurden.¹⁸⁷⁹ Gegenüber dem mit einer Fülle von Kompetenzen ausgestatteten Direktor war die Lehrerkonferenz also im Wesentlichen auf eine mehr beratende Funktion beschränkt. Dies änderte sich nach der Novemberrevolution.

Im Verordnungswege wurden zu Beginn des Jahres 1919 die Konferenzrechte der Lehrer gestärkt. Zum 1.) wurde analog zur Volksschule in den Zuständigkeitskreis der Lehrerversammlungen bei den höheren Lehranstalten explizit gewiesen die Beratung über die Hausordnung; den Lehrplan; die Grundsätze für die Aufstellung des Stundenplans, für Stellvertretungen, für die Zensurerteilung, die Versetzung der Schüler und die Ordnung der Prüfungen; die Durchführung von Verordnungen und Verfügungen der Schulbehörden; besondere Veranstaltungen der Schule; Vorschläge für den Ankauf von Lehrmitteln und von Büchern für die Schüler- und die Lehrerbücherei; sowie Wünsche und Anträge, die den inneren Schulbetrieb oder andere allgemeine Angelegenheiten der Schule betrafen.¹⁸⁸⁰ Zum 2.) wurden an den höheren Schulen aus dem Kreis der Lehrerversammlung heraus besondere Lehrerausschüsse gebildet. Diese waren von dem Direktor der Anstalt vor allgemeinen Anordnungen über den inneren Dienstbetrieb gutachtlich zu hören; auch hatten sie das Recht, dem Direktor in allen Angelegenheiten, die den Beamten gemeinsam waren, Anregungen zu geben. Die Entschliebung auf Anträge und Vorschläge des Lehrerausschusses oblag dem Direktor. Wenn er diesen nicht stattgeben wollte, so hatte er sie auf Verlangen des Lehrerausschusses der vorgesetzten Behörde vorzulegen.¹⁸⁸¹ Und zum 3.) wurde die Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Besetzung von Direktoren- und Konrektorenstellen eingeführt.¹⁸⁸² Diese Regelungen bedeuteten die Anbahnung der kollegialen Schulleitung, indem der innere Schulbetrieb dem Direktor fast vollständig entzogen und der Lehrerschaft zugesprochen worden war. Aber sie bedeuteten auch eine Halbheit, da der Direktor – obzwar er in den inneren Angelegenheiten über keine weiterreichenden Kompetenzen verfügte als jedes andere Mitglied des Kollegiums – als Vorgesetzter weiterhin Aufsichts- und Kontrollrechte gegenüber den Lehrern wahrnehmen konnte. Zur Verwirklichung der kollegialen Schulverwaltung war daher die Ausübung der Dienstaufsicht allein auf die Oberbehörde zu beschränken und

¹⁸⁷⁸ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 320 (§ 9 Absatz 1), 323 (§ 27) und 325 (§ 34 a und d); Ebd., 1877, S. 44 (§ 3), 47 (§ 10 Absatz 4) und 50 (§ 15 Absatz 2); Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 48-49.

¹⁸⁷⁹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 320 (§ 9 Absatz 3) und 321 (§ 14 Absatz 3 und 8); Ebd., 1877, S. 45 (§ 5), 46 (§ 9 Absatz 1) und 46-47 (§ 10); Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 48.

¹⁸⁸⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 12-13 (= Dokument 99) und 136 (= Dokument 110).

¹⁸⁸¹ Die Verweigerung der Ausführung konnte im Einzelfall einen Konflikt oder die Verschärfung eines schon bestehenden Mißverhältnisses zwischen Direktor und Kollegium bedeuten. Und rief der Direktor die Behörde an, bestand die Gefahr, daß sie gegen ihn entscheiden und ihn im Wiederholungsfall der Lächerlichkeit preisgeben konnte. Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 22-23 (= Dokument 104) und 39 (= Dokument 105); Ebd., 1920, S. 36 (= Dokument 119); Ebd., 1927, S. 70; Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 49-50; LLZ, 1921, S. 650. Durch Verordnung vom 7. Juni 1933 gerieten die Lehrerausschüsse wieder in Wegfall, da ein Bedürfnis für ihre Beibehaltung nicht mehr gesehen wurde. Vgl. Verordnungsblatt, 1933, S. 35 (= Dokument 259).

¹⁸⁸² Vgl. Ebd., 1919, S. 231 (= Dokument 113); Ebd., 1920, S. 3 (= Dokument 115).

dem Schulleiter neben seinem Schulunterricht allein die Erledigung der äußeren Schulverwaltung und Repräsentation der Schule gegenüber Behörden, Eltern und der übrigen Öffentlichkeit zuzuweisen.¹⁸⁸³

Eine Initiative in diese Richtung ging im Sächsischen Landtag anlässlich der Haushaltsberatungen im Jahr 1922 von der KPD-Fraktion aus. Hier brachte der Abgeordnete Ernst Schneller einen Antrag ein, in dem Etat-Kapitel 94 (höhere Schulen) die vorgesehenen Stellen für Oberstudiendirektoren zu streichen und dafür die Stellenzahl für Oberstudienräte entsprechend zu vermehren. Denn die kollegiale Selbstverwaltung erschöpfe sich nicht darin, bei der Besetzung von Stellen aus drei vom Kultusministerium vorgeschlagenen Bewerbern einen auszuwählen, der dann mit Disziplinargewalt über dem Kollegium stehe. Und es sei „ein ganz beträchtliches Armutszeugnis“, wenn die Philologen an der autoritativen Leitung der höheren Schulen, für die es einen inneren Grund nicht gebe, festhielten, während in den Volksschulen positive Erfahrungen mit der Selbstverwaltung längst vorlägen. Der Antrag, der letztlich die Regierung veranlassen sollte, die Reform des höheren Schulwesens überhaupt in die Wege zu leiten, wurde am 19. Januar 1922 mit 47 gegen 46 Stimmen angenommen.¹⁸⁸⁴ Ermutigt durch diesen Beschluß beantragten die Kommunisten darauf auch im Etat-Kapitel 95 (Seminare) die Streichung der Stellen für Oberstudiendirektoren. Als Begründung wurde angeführt, daß vor allem die jüngeren Herren an den Seminaren mit den Meinungen des leitenden Direktors durchaus nicht einverstanden seien. Und es habe sich gezeigt, daß die Seminare nicht die Ergebnisse zeigten, die im Interesse eines fortschrittlichen Volksschulwesens und vor allen Dingen auch im Interesse der Erfüllung der Bedingungen des Übergangsschulgesetzes erforderlich seien.¹⁸⁸⁵ Am 14. Februar 1922 gab Kultusminister Hermann Fleißner (USPD) im Haushaltsausschuß A eine Regierungserklärung zu dem Thema ab. Er betonte, daß der Haushaltplan gemäß Artikel 42 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen zwar als Gesetz verabschiedet werde, ein derartiges Finanzgesetz bestehende Gesetze aber nicht ändern könne. Die Einführung der kollegialen Schulverwaltung an den höheren Schulen sei daher nur durch Abänderung der einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes vom 22. August 1876 zu erreichen. Zudem sei die Stellung der Oberstudiendirektoren in der Besoldungsordnung zum Besoldungsgesetz gesetzlich festgelegt worden. Solange also beide Gesetze nicht geändert worden seien, hätten die Oberstudiendirektoren weiterhin einen Anspruch auf ihre Stelle und ihre Dienstbezeichnung.¹⁸⁸⁶ Der Landtag konnte sich diesen Bedenken schließlich nicht verschließen und stimmte für die

¹⁸⁸³ Vgl. Deutsches Philologen-Blatt, 1920, S. 49-50.

¹⁸⁸⁴ Vgl. Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 10. Januar 1922, S. 2952, 2956 (Zitat) und 2958; Ebd., 92. Sitzung vom 19. Januar 1922, S. 3006. Siehe auch: Ebd., 2. Wahlperiode, 44. Sitzung vom 19. Juni 1923, S. 1142 und 1145. – Zum Reformtempo zu Beginn der Weimarer Republik siehe Kapitel G. II. 1.

¹⁸⁸⁵ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 533 (vom 25. Januar 1922), Ziffer III; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 93. Sitzung vom 26. Januar 1922, S. 3075-3078.

¹⁸⁸⁶ Weiter wies Fleißner darauf hin, daß bei den durch Gemeinden unterhaltenen höheren Lehranstalten die Stellen der Direktoren durch einen Beschluß des Landtages gelegentlich der Haushaltsplanfeststellung nicht beseitigt werden könnten, die Direktoren dieser Anstalten vielmehr die Dienstbezeichnung Oberstudiendirektor weiterführen würden und insofern eine Ungleichmäßigkeit entstünde. – In schultechnischer Beziehung bemerkte Fleißner dreierlei: 1.) Während in der Verwaltung und Leitung der Volksschulen zwischen der Lehrerschaft und dem Ministerium als Zwischeninstanz das Bezirksschulamt bestehe, sei eine solche Zwischeninstanz zwar für die gemeindlichen höheren Lehranstalten in Gestalt der Schulkommissionen vorhanden, nicht aber für die staatlichen höheren Schulen. Bei Einführung der kollegialen Schulverwaltung müßte aber eine solche Zwischenstelle geschaffen werden, um die Tätigkeit der Zentralstelle nicht zu sehr zu erschweren. Schon vom finanziellen Standpunkt aus müsse dies vermieden werden. – 2.) Die Lehrerschaft der Volksschule sei nach ihrer Vorbildung und Lehrbefähigung ein einheitlicher Körper, so daß jeder Lehrer so gut wie den gesamten Unterricht in einer Klasse zu erteilen imstande sei. In den höheren Schulen bestehe dagegen ein Fachlehrersystem; die Lehrer unterschieden sich in ihrer wissenschaftlichen Vorbildung und Lehrbefähigung. Unter solchen Verhältnissen sei es viel schwieriger, eine Einheitlichkeit des Unterrichts bei der Vielseitigkeit und Verschiedenheit der wissenschaftlichen Interessen der Lehrer zu schaffen und festzuhalten. Hierzu sei eine willenskräftige, pädagogisch erfahrene Persönlichkeit notwendig, die in unverrückbarem Blicke auf das Wohl des Gesamtunterrichts die Interessen der einzelnen Fächer zu vereinigen und Unterricht und Erziehung nach einem gemeinsamen Ziele zu lenken wisse. Die Lehrerversammlung solle dabei tatkräftig mitwirken. Ohne die einigende und fürsorgende Kraft aber einer starken Persönlichkeit, die über den Interessen der Einzelwissenschaft stehe, würde es leicht zur Überbürdung der Schüler durch zu hohe Forderungen in diesem oder jenem Fach und zur Benachteiligung anderer Fächer kommen. – 3.) Die Regierung habe bei der Besetzung der zuletzt freigewordenen Stellen die Wünsche der Lehrerschaft gehört, und von keiner sei der Wunsch nach Einführung der kollegialen Schulverwaltung ausgesprochen worden. Es würde deshalb dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht widersprechen, wenn diese der an den höheren Schulen angestellten

Wiederaufhebung des bereits zu Kapitel 94 gefaßten Beschlusses sowie gegen die Annahme des KPD-Antrags zu Kapitel 95.¹⁸⁸⁷ Hierauf stellte die KPD einen Alternativantrag, der nun dahin ging, die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Einführung der kollegialen Schulverwaltung an den höheren Schulen zu ersuchen.¹⁸⁸⁸ Dieser Antrag blieb jedoch unbehandelt, und anstelle einer gesetzlichen Neuordnung begnügte sich die Regierung im Folgenden, diese Frage, die wohl endgültig erst im Zusammenhang mit der gesamten Neuordnung des höheren Schulwesens geklärt werden sollte, im Wege der Verordnung zu regeln.

Wie verhielt sich die Lehrerschaft an den höheren Schulen zu der dargestellten Entwicklung? Im Mai 1920 hatte die Vertreterversammlung des Sächsischen Philologenvereins Leitsätze zur Schulleiterfrage¹⁸⁸⁹ beschlossen und sich zugleich gegen die Einrichtung von Lehrerausschüssen ausgesprochen, da aus „denselben eine Art von Nebenregierung erwachsen könne, die vielleicht stark von Parteiungen, Gunst und Mißgunst sich beeinflussen lassen“¹⁸⁹⁰ würden. Angesichts der im Landtag gemachten Versuche zur Einführung der kollegialen Schulverwaltung erklärte sich die im Januar 1922 abgehaltene Vertreterversammlung wiederum dafür, daß das Amt des Rektors mit der Dienstbezeichnung Oberstudiendirektor beibehalten werde. Der Rektor solle unter Mitwirkung des betreffenden Lehrerkollegiums auf Lebenszeit von der Behörde ernannt werden, zwar keine Disziplinarbefugnis gegenüber dem einzelnen Lehrer haben, aber im Einvernehmen mit der Lehrerversammlung, die grundsätzlich Beschlußrecht in allen Fragen der Schule habe, die *verantwortliche* Aufsicht über die Schule führen. Die Vertreterversammlung fordere, daß im demokratischen Staate die Entscheidung einer Berufsgruppe beachtet werde, und daß sich die oberste Schulbehörde nicht von Außenstehenden zu unberechtigten Eingriffen in das Selbstbestimmungsrecht einer geschlossenen Beamtengruppe drängen lasse.¹⁸⁹¹ In einer im Februar 1922 unter den Mitgliedern des Sächsischen Philologenvereins durchgeführten Befragung sprachen sich gerade 10 % der Befragten für die Einführung der kollegialen Schulverwaltung aus. 87 % erklärten, daß sie zwar der Lehrerversammlung das Beschlußrecht in allen Angelegenheiten der Schule zugebilligt wissen wollten, an dem lebenslänglichen verantwortlichen Direktorat aber unbedingt festhielten.¹⁸⁹²

Lehrer auf Anträge von außen her aufgezwungen würde. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 31-32 und 34-41; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 195-196. – Diese Argumente finden sich zum Teil sehr ähnlich auch bei (Ministerialrat) Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, Nr. 76, S. 2; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 10. Januar 1922, S. 2963-2964.

¹⁸⁸⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 571 (vom 14. Februar 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 97. Sitzung vom 23. Februar 1922, S. 3339-3345; LLZ, 1922, S. 139.

¹⁸⁸⁸ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte, Nr. 574 (vom 16. Februar 1922); Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 97. Sitzung vom 23. Februar 1922, S. 3339.

¹⁸⁸⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 48 und 134 (= Dokument 268); Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 6, Anlage. – Diese Entschließung bestätigte die Vertreter- und Hauptversammlung des Sächsischen Philologenvereins im Oktober 1922 in leicht veränderter Fassung. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 130 und 133-137.

¹⁸⁹⁰ Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 6, S. 5.

¹⁸⁹¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 25; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 18, S. 65. – Zu dem Begriff „Verantwortlichkeit“ siehe auch: Die höhere Schule, 1924, S. 147-149; Ebd., 1925, S. 10-23.

¹⁸⁹² Gegen die Wahl des Direktors auf Zeit sprach aus Sicht der Philologen, daß die in bestimmten Zeitabschnitten sich wiederholende Wahl nur Unruhe und Spaltung in die Lehrerschaft bringen und damit die gesamte dienstliche Tätigkeit in Mitleidenschaft ziehen würde. Ein von der Behörde auf Lebenszeit ernannter Schulleiter wisse sich dagegen die unbedingt nötige Unabhängigkeit von Strömungen und Parteien innerhalb seines Lehrerkollegiums zu bewahren. Zudem werde bei einer Wahl gelegentlich der Ungeeignteste emporgehoben. Und gerade die Tüchtigen und Eifrigen würden sich um einen zeitlich befristeten Posten nicht bemühen, da sie ihr kaum begonnenes Werk nicht würden fortsetzen können. Dagegen sei bisher bei Stellenbesetzung eine sorgfältige Prüfung erfolgt, so daß in den meisten Fällen eine Auslese unter den Tüchtigsten stattgefunden habe. Verbunden mit diesen Feststellungen war die Bitte an das Kultusministerium, von der Einführung der kollegialen Schulverwaltung abzusehen, das verantwortliche Direktorat mit Ernennung auf Lebenszeit weiter bestehen zu lassen, aber die Rechte der Lehrerversammlung umgehend gesetzlich festzulegen. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 108-109; Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 19, S. 76. – Ebenso sprach sich die Freie Vereinigung der Oberstudiendirektoren im Januar 1924 in einem auf Verlangen des Ministeriums für Volksbildung erstellten Gutachten für das lebenslängliche Direktorat bzw. gegen die befristete Schulleitung aus und unterbreitete Vorschläge für das Verfahren bei der Schulleiterwahl. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14498, Bl. 157-158. – Und im August 1925 nahm der Sächsische Philologenverein folgenden Leitsätze an: „Die Leitung der Schule ist einem auf Lebenszeit einzusetzenden Rektor zu übertragen. Der Rektor ist unter Mitwirkung der Lehrerschaft von der Behörde zu ernennen. Diese schlägt der Lehrerschaft mehrere Kandidaten

Für das Kultusministerium sprach an sich vieles für die Beibehaltung des im Verordnungsweg im Jahr 1919 geschaffenen Systems der Schulverwaltung, da insbesondere die Lehrerversammlung im Wesentlichen über die in den Beschlüssen des Sächsischen Philologenvereins umgrenzten Rechte verfügte. Um aber die Ansicht der *gesamten* Lehrerschaft (und nicht nur der Mitglieder der Standesorganisation) in Erfahrung zu bringen, veranstaltete die Regierung im Frühjahr 1922 unter der Leitung der Lehrerausschüsse an sämtlichen höheren Schulen unter den planmäßig und nichtplanmäßig angestellten Lehrern eine geheime Abstimmung darüber, ob diese die Einführung der kollegialen Schulverwaltung wünschten oder nicht. Zudem wurden die zuständigen Lehrerorganisationen sowie der Sächsische Gemeindetag zur gutachtlichen Berichterstattung zu der Frage aufgefordert.¹⁸⁹³ Die Umfrage ergab, daß von den 2626 Lehrkräften (einschließlich Direktoren) 385 (= 14,7 %) für die Einführung der vollen kollegialen Schulverwaltung unter Beseitigung des zeitlich unbefristeten und verantwortlichen Direktorats stimmten. Für die Erweiterung der kollegialen Schulverwaltung im Sinne der Beschlüsse des Sächsischen Philologenvereins bei Beibehaltung des zeitlich unbefristeten und verantwortlichen Direktorats sprachen sich dagegen 2106 Lehrer (= 80,2 %) aus; die Reststimmen verteilten sich auf Enthaltungen, Verhinderungen und ungültige Stimmen.¹⁸⁹⁴ Der bereits oben dargestellten gutachtlichen Stellungnahme des Sächsischen Philologenvereins schloß sich der Sächsische Gemeindetag inhaltlich an.¹⁸⁹⁵

Diesen Umständen Rechnung tragend erging nach monatelangen Entwurfsarbeiten¹⁸⁹⁶ schließlich die Verordnung über die Befugnisse der Lehrerversammlungen und der Schulleiter an den höheren Lehranstalten vom 10. Dezember 1923. Nach dieser hatte die Lehrerversammlung grundsätzlich über *alle* Angelegenheiten der Schule, insbesondere über die des Unterrichts und der Erziehung zu beraten und Entscheidungen zu fassen. Dagegen hatte der Schulleiter – der Begriff „Direktor“ wurde nicht mehr gebraucht – die Schule zu vertreten, den Verkehr mit den Schulbehörden zu vermitteln, die Verwaltungsgeschäfte der Anstalt zu führen und für die Einhaltung der Bestimmungen über den *äußeren* Schulbetrieb zu sorgen. Der Schulleiter war nicht mehr der Vorgesetzte der Mitglieder der Lehrerversammlung. Jeder Lehrer war vielmehr für seine Arbeit der Lehrerversammlung und den Behörden unmittelbar verantwortlich.¹⁸⁹⁷ Diese Bestimmungen über die innere Schulverfassung hatte indes nur kurze Zeit Bestand, denn mit dem Jahreswechsel 1923/1924 vollzog sich auch ein personeller Wechsel an der Spitze des Ministeriums für Volksbildung.¹⁸⁹⁸ Nun konnte sich die Ansicht durchsetzen, daß sich die Vorschriften der Verordnung vom 10. Dezember 1923 in ihrer praktischen Durchführbarkeit nicht allenthalben bewährt hätten und vielfach darum auf Widerspruch gestoßen seien, daß sie in Bezug auf die Befugnisse des Schulleiters gegen das Gesetz vom 22. August 1876 verstießen. Die Verordnung vom 16. Juli 1924 traf darum neue gesetzeskonforme Bestimmungen, die zugleich der Entwicklung der Zwischenzeit Rechnung trügen. So

vor. Die Lehrerschaft hat bindendes Ablehnungsrecht, und die Anstellungsbehörde hat der Ablehnung nachzugeben. Die Ablehnung kann zweimal ausgesprochen werden. Nach der zweiten Ablehnung hat die Anstellungsbehörde das Recht der freien Ernennung.“ Ergänzt waren diese Sätze um Richtlinien über die Tätigkeit der Konrektoren. Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14499, Bl. 157-158.

¹⁸⁹³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 41.

¹⁸⁹⁴ Vgl. Ebd., Bl. 57-58, 60-63 und 126, Ziffer II. – Zu den Befürwortern der vollen kollegialen Schulleitung zählten unter anderem die Philologen im Bund Entschiedener Schulreformer, der sich bereits 1921 mit einem entsprechenden – abschlägig beschiedenen – Gesuch an das Kultusministerium gewandt hatte. Vgl. Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben, Nr. 13, S. 61; Ebd., Nr. 14, S. 76.

¹⁸⁹⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 113-114; Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1922, Sp. 193-194.

¹⁸⁹⁶ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/409, Bl. 148ff.

¹⁸⁹⁷ Nur bei schweren Verfehlungen oder Gefahr im Verzuge war der Schulleiter nach Vernehmen mit dem Lehrerausschuß berechtigt, einem Lehrer die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig zu untersagen. Weiterreichende Aufsichtsrechte über den inneren Schulbetrieb hatte er nur dann, wenn er im Einzelfall vom Ministerium damit beauftragt wurde. Dringende Angelegenheiten, zu deren Behandlung an sich die Lehrerversammlung zuständig war, deren Erledigung aber unaufschiebbar war, durfte der Schulleiter selbst erledigen und mußte sich gegebenenfalls einer Nachprüfung durch die Lehrerversammlung stellen. Hatte der Schulleiter Bedenken gegen einen Beschluß der Lehrerversammlung, so konnte er innerhalb von fünf Tagen die Entscheidung der vorgesetzten Behörde anrufen. Solchenfalls hatte die Lehrerversammlung das Recht, ihre Auffassung schriftlich mit einzuberichten. Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 213-216 (= Dokument 169).

¹⁸⁹⁸ Von Hermann Fleißner (SPD) zu Dr. Fritz Kaiser (DVP).

wurde wieder der Schulleiter der für den *gesamten* Schulbetrieb Verantwortliche, der Anordnungen treffen konnte, nicht aber über Disziplinargewalt gegen die Lehrer verfügte. Der Lehrerversammlung stand in allen Angelegenheiten der Schule nun das Recht und die Pflicht der *Mitwirkung* zu; diese erschöpfte sich jedoch im Wesentlichen wieder im Beraten und Unterbreiten von Vorschlägen; zuvor bestehende Entschließungsrechte waren weitgehend aufgehoben. Damit aber – so die Verordnung – sei die geeignete äußere Form für eine Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeit gegeben, die der höheren Schule die ihr unentbehrliche zusammenfassende Leitung gewähre, dabei aber die wertvolle Mitbetätigung der Lehrerschaft sicherstelle.¹⁸⁹⁹ Kritiker glaubten dagegen, daß hier wiederum die Gefahr drohe, daß die Lehrerpersönlichkeit in ihrer freien Entfaltung gehemmt und durch bürokratischen Druck die natürliche lebensfrohe Beziehung zwischen Lehrer und Schüler zerstört werde.¹⁹⁰⁰

Die Denkschrift des Ministeriums aus dem Jahr 1926 bemerkte, daß seit der Regelung von 1924 wieder eine gewisse Beruhigung innerhalb der Lehrerschaft eingetreten sei. Es habe sich im Allgemeinen die Auffassung durchgesetzt, daß es weniger auf feste Bestimmungen als auf den Geist der Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Lehrerversammlung ankomme. Für die oberste Schulbehörde komme daher weniger eine grundsätzliche Neuregelung in Frage, wohl aber die Abänderung einzelner Bestimmungen. So müsse der Oberstudiendirektor wieder für befugt erklärt werden, den Unterricht seiner Lehrer, so oft er dies nach seinem pflichtmäßigen Ermessen für nötig halte, auch unangemeldet zu besuchen. Dieses Recht müsse er haben, um seiner vielfachen Verantwortung, darunter auch der für die Einhaltung der Lehrpläne, gerecht werden zu können. Ferner erschien dem Ministerium die Vorschrift praktisch undurchführbar, daß die Lehrerversammlung in *allen* Angelegenheiten der Schule zur Mitwirkung herangezogen werden soll. Es würde der Zeitersparnis dienen, wenn die Lehrerversammlung nur in *wichtigen* Angelegenheiten mit tätig werde. Glaubt sie sich zu Unrecht vom Direktor übergangen, könne sie die oberste Schulbehörde anrufen.¹⁹⁰¹ Intendiert war damit ein weiterer Ausbau der Machtbefugnisse des Schulleiters bzw. die Wiederherstellung des alten Direktorats. Demgegenüber beschloß die Vertreterversammlung des Sächsischen Philologenvereins 1928, daß die Lehrerversammlung das Recht der Beschlußfassung in *allen* Angelegenheiten der Schule haben solle, ohne aber in jedem Falle von ihm Gebrauch machen zu müssen.¹⁹⁰²

2. Frauen in leitender Stellung

Nach dem Gesetz über das höhere Mädchenbildungswesen vom 16. Juni 1910 war die Leitung von höheren Mädchenschulen und Studienanstalten einem Direktor zu übertragen.¹⁹⁰³ Allein die Leitung privater Anstalten durfte in die Hände von entsprechend vorgebildeten Frauen gelegt werden.¹⁹⁰⁴ Ursprünglich wollte die Regierung die Direktorenstellen geeigneten Frauen grundsätzlich auch an den öffentlichen

¹⁸⁹⁹ Dem Schulleiter stand das Recht zu, in angemessenen Zwischenräumen und in der Regel nach vorheriger Ankündigung die Unterrichtsstunden der Lehrkräfte zu besuchen und Hefte sowie Klassenbücher und Klassenlisten durchzusehen. Im Einvernehmen mit dem Lehrerausschuß durfte er einem Lehrer den Gebrauch gewisser Strafen sowie bei schweren Verfehlungen und bei Gefahr im Verzuge die Ausübung der Amtsverrichtungen (vorläufig) untersagen. Gingen dem Schulleiter gegen einen Beschluß der Lehrerversammlung, den er durchzuführen hatte, Bedenken bei, so konnte er spätestens innerhalb einer Woche die Entscheidung der vorgesetzten Behörde anrufen. Solchenfalls hatte er der Lehrerversammlung seinen Bericht zur Kenntnis zu bringen und ihr die Möglichkeit zu geben, auch ihre Auffassung schriftlich zu begründen. Und im umgekehrten Falle – wenn die Lehrerversammlung Bedenken gegen eine Maßnahme des Schulleiters hatte –, konnte auch sie die Entscheidung der vorgesetzten Behörde anrufen. Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 76-78 (= Dokument 174) und Ergänzungsverordnung hierzu vom 3. März 1925 (VBl. S. 18). Siehe auch Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 9. Juli 1924, S. 3199; Bäumer, Gertrud: Deutsche Schulpolitik, S. 39.

¹⁹⁰⁰ Vgl. LLZ, 1924, S. 444.

¹⁹⁰¹ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 196-197 und 204-206.

¹⁹⁰² Vgl. Die höhere Schule, 1928, S. 223.

¹⁹⁰³ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1910, S. 142 (§ 8 Absatz 4) und 143 (§ 16 Absatz 2).

¹⁹⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 142 (§ 10 Absatz 2) und 144 (§ 18 Absatz 2).

Schulen zugänglich machen¹⁹⁰⁵, was in den Verhandlungen des Landtags jedoch nicht durchzusetzen war. Vor allem die Erste Kammer hielt diese Vorschrift für bedenklich, und zwar nicht, weil man die Lehrerinnen etwa für nicht befähigt hielt, sondern weil man damit von dem Grundsatz abgerückt wäre, nach dem im öffentlichen Dienst eine Frau nicht die Vorgesetzte eines wissenschaftlich gebildeten Mannes sein könne. Und wenn die Lehrer, die eine „berechtigte Abneigung“ dagegen hätten, sich unter die Leitung einer Direktorin zu stellen, nun überhaupt darauf verzichteten, in den höheren Mädchenschuldienst einzutreten, könnten den höheren Mädchenschulen immerhin „sehr schätzenswerte Kräfte“ entgehen. Die Lehrer würden ja auch immer riskieren, wider ihren Willen an eine Schule mit einer Lehrerin an der Spitze versetzt zu werden.¹⁹⁰⁶ In der Zweiten Kammer wurde die Frage der Leitung kontroverser diskutiert. Die Mehrheit maß dem Problem der „Männerwürde“ dabei keine so große Bedeutung zu und bejahte die Übertragung der Leitungsgeschäfte auf eine Frau, weil sie es für konsequent hielt, einer zur Verwaltung eines Lehramtes für fähig erachteten Person auch die Fähigkeit zur Anstaltsleitung zuzuerkennen, auch wenn diese weitergehende Anforderungen stelle als das bloße Lehramt. Eine Minderheit glaubte dagegen, daß die Frau der an einen Direktor gestellten organisatorischen Aufgabe nicht gewachsen sein werde. Außerdem bringe es das Schulleben mit sich, daß Verfehlungen, vielfach auch sittlicher Natur, vorkämen, für deren Untersuchung und Verhandlung eine Direktorin nicht geeignet sei. Ebenso wurde in Zweifel gezogen, daß man den Lehrern rechtlich zumuten könne, sich unter die Leitung einer Direktorin zu begeben. Und schließlich sei auch die Tatsache von Bedeutung gewesen, daß anlässlich einer von der Regierung veranstalteten Umfrage von sämtlichen Frauen, die perspektivisch als Leiterinnen derartiger Schulen in Frage gekommen seien, ablehnende Antworten eingegangen seien.¹⁹⁰⁷ Nachdem die Zweite Kammer in dieser Frage zunächst für die Regierungsvorlage gestimmt hatte, trat sie im Vereinigungsverfahren dann aber dem Beschluß der Ersten Kammer bei. „Das Interesse der Schule hängt ja mit dieser Frage nicht in dem Maße zusammen, daß wir hier nicht doch nachgeben und die Erfüllung unseres Wunsches einer ferneren Zukunft überweisen könnten.“¹⁹⁰⁸

Diese Zukunft ließ nicht allzu lange auf sich warten. Im November 1919 richtete der Verband akademisch gebildeter Lehrerinnen/Abteilung Sachsen eine Petition an die Sächsische Volkskammer, welche die Zulassung weiblicher Lehrkräfte zu leitenden Stellen an höheren Mädchenbildungsanstalten bezweckte, und die sich unter anderem auf Artikel 128 RV berief, wonach alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen sowie alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte zu beseitigen waren.¹⁹⁰⁹ Die Volkskammer konnte sich diesem Begehren nicht verschließen und überwies die Petition am 8. Januar 1920 der Regierung zur Berücksichtigung.¹⁹¹⁰ Diese entsprach dem Beschluß mit einer Vorlage, die am 11. Mai 1920 ohne weitere Aussprache in sofortiger Schlußberatung angenommen wurde.¹⁹¹¹ Die entsprechende Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen führte das Gesetz vom 14. Mai 1920 herbei, womit das Amt des Schulleiters an höheren Mädchenschulen und Studienanstalten nun auch Lehrerinnen offen stand.¹⁹¹² In der Folge gelangten wiederholt Eingaben des Sächsischen

¹⁹⁰⁵ Vgl. Landtags-Akten, 1909/1910, Königliche Dekrete, Bd. 3, S. 509 (§ 10 Absatz 4), 510 (§ 17 Absatz 2), 526 und 530.

¹⁹⁰⁶ Vgl. Ebd., 1. Kammer, Berichte, Bd. 1, S. 163 und 167; Mitteilungen, 1909/1910, 1. Kammer, 22. Sitzung vom 11. März 1910, S. 338-339; Ebd., 42. Sitzung vom 12. Mai 1910, S. 853-854, Zitate: S. 853.

¹⁹⁰⁷ Vgl. Landtags-Akten, 1909/1910, 2. Kammer, Berichte, Bd. 2, S. 1278-1279 und 1283; Mitteilungen, 1909/1910, 2. Kammer, 74. Sitzung vom 7. Mai 1910, S. 3050 (Zitat) und 3054.

¹⁹⁰⁸ Ebd., 79. Sitzung vom 12. Mai 1910, S. 3295.

¹⁹⁰⁹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/189, Bl. 3 und Ergänzung hierzu vom 7. April 1920 (Ebd., Nr. 11864/188, Bl. 218).

¹⁹¹⁰ Vgl. Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 451 (vom 3. Dezember 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 73. Sitzung vom 16. Dezember 1919, S. 2454-2455; Ebd., 77. Sitzung vom 8. Januar 1920, S. 2686; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 214 (vom 8. Januar 1920).

¹⁹¹¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/189; Ebd., 10693, Nr. 42; Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 67 (vom 4. Mai 1920); Verhandlungen, Volkskammer, 115. Sitzung vom 11. Mai 1920, S. 3650; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 298 (vom 11. Mai 1920).

¹⁹¹² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 101 (= Dokument 30).

Landesvereins für das höhere Mädchenschulwesen, des Verbandes Sächsischer Lehrerinnen sowie des Landesverbandes Sächsischer Frauenvereine an Regierung und Landtag, die unter anderem die endliche Durchführung dieser Gesetzesbestimmung anmahnten.¹⁹¹³ Als im Frühjahr 1927 die Oberstudiendirektorenstelle an der Höheren Mädchenbildungsanstalt in Dresden-Johannstadt wieder zu besetzen war, beklagte die Abgeordnete Dr. Else Ulich-Beil (DDP)¹⁹¹⁴, daß hierfür wiederum keine weibliche Lehrkraft in Aussicht genommen worden sei, und sie ersuchte die Regierung um Auskunft, warum diese abermals gezögert habe, die von ihr selbst in der Denkschrift zur Neuordnung des höheren Schulwesens vertretenen Grundsätze¹⁹¹⁵ praktisch zur Anwendung zu bringen. Seit 1919 seien insgesamt mindestens sechs Oberstudiendirektorenstellen neu zu besetzen gewesen, wobei in keinem Fall die Wahl auf eine Frau entfallen sei. Zwar gehöre auch der Mann als Erzieher an die Mädchenschule, aber die Führung und der ausschlaggebende Einfluß stehe auch deswegen der Frau zu, weil sie sich als Geschlechtsgenossin besser in die Seele der Schülerin einfühlen könne. Durch Ministerialrat Dr. Reuter ließ die Regierung hierzu erklären, daß sie die fragliche Stelle in Dresden-Johannstadt an sich mit einer weiblichen Lehrkraft besetzt hätte. Doch hätten die vorgeschlagenen und in Frage gekommenen Lehrerinnen zur Teilnahme an den Verwaltungsgeschäften bisher keine Gelegenheit gehabt oder gesucht, weswegen das Ministerium Bedenken habe, die Leitung einer so reich gegliederten Schule wie der Höheren Mädchenbildungsanstalt, die verschiedene Schularten (Seminar, Grundschule, höhere Mädchenschule und Deutsche Oberschule) umfasse, einer mit der Verwaltung nur wenig vertrauten Persönlichkeit zu übertragen. In diesen Bedenken sei es durch die Erwägung bestärkt worden, daß ein Mißlingen des erstmaligen Versuchs mit einer weiblichen Leitung seine Wiederholung erschweren müßte. Das Ministerium habe deshalb zum Leiter einen Lehrer ernannt, der sich im Schulwesen bereits organisatorisch betätigt habe und auch auf dem Gebiete der Mädchenerziehung erfahren sei. Und die an erster Stelle für das Rektorat vorgeschlagene Lehrerin habe man als zweiten Konrektor an die Mädchenbildungsanstalt berufen, wo ihr ein fest umgrenztes Gebiet der Schulverwaltung zugeteilt werden solle. Habe sie sich in die praktischen Verwaltungsaufgaben eingearbeitet, so werde die Grundlage dafür geschaffen sein, ihr bei Gelegenheit ein Rektorat zu übertragen. In Entgegnung hierzu kritisierte Dr. Else Ulich-Beil die Einstellung, Frauen erst jahrelang von der Leitung auszuschließen, um ihnen dann mangelnde Erfahrung in den Verwaltungsgeschäften als Grund ihrer Nichtberücksichtigung vorzuhalten, wengleich doch geeignete und gewillte Bewerberinnen stets vorhanden seien.¹⁹¹⁶

Die Bestrebungen der Frauen auf Zugang in Leitungspositionen beschränkten sich nicht nur auf die Schulen, sondern waren auch auf höhere Ebenen der Unterrichtsverwaltung gerichtet. Mit Minna Faßhauer (USPD) wurde 1918/1919 in Braunschweig erstmals eine Frau „Volkskommissar für Volksbildung“. ¹⁹¹⁷ Ein Novum, das für Sachsen freilich noch lange Zukunftsmusik bleiben sollte. Im April 1922 ersuchte der Landtag die Regierung, die Berufung einer pädagogisch und wissenschaftlich gebildeten Frau ins Kultusministerium für das gesamte Mädchenbildungswesen in Aussicht zu nehmen.¹⁹¹⁸ Angesichts der

¹⁹¹³ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/189, Bl. 32, Ziffer III. 3; Ebd., Nr. 14499, Bl. 117-118, Ziffer 3; Ebd., 10693, Nr. 479, AE 3, Ziffer 3; Ebd., Nr. 1075, AE 3, Ziffer 4.

¹⁹¹⁴ Zur Person Ulich-Beils siehe Ulich-Beil, Else: Ich ging meinen Weg.

¹⁹¹⁵ Hier hatte das Ministerium erklärt, daß es danach streben werde, den weiblichen Lehrkräften Anteil an der Leitung höherer Mädchenbildungsanstalten zu gewähren. Sei doch bisher noch keine einzige Frau als Oberstudiendirektor an einer höheren Mädchenbildungsanstalt oder gar an einer Studienanstalt tätig, und nur eine einzige bekleide das Amt eines Studiendirektors. Allerdings hätten sich in einzelnen Fällen die Lehrerinnen selbst nicht entschließen können, für eine Amtsgenossin einzutreten, sondern den männlichen Kollegen den Vorzug gegeben. Das Ministerium werde wie bisher bemüht sein, den berechtigten Wünschen der Frauen in dieser Frage entgegenzukommen. Wünschenswert erscheine es ihm auch, daß eine Frau als Beraterin in allen Angelegenheiten des Mädchenbildungswesens in das Volksbildungsministerium berufen werde. Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 91.

¹⁹¹⁶ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 281 (vom 29. März 1927); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 3. Mai 1927, S. 944-947; Ebd., 29. Sitzung vom 5. Mai 1927, S. 953.

¹⁹¹⁷ Vgl. Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen, S. 196.

¹⁹¹⁸ Vgl. Landtags-Akten, 1. Wahlperiode, Berichte Nr. 643 (vom 23. März 1922), Buchstabe e; Verhandlungen, 1. Wahlperiode, 103. Sitzung vom 5. April 1922, S. 3693.

Untätigkeit der Regierung beschloß der Landtag im Juli 1928 abermals, die Regierung zu ersuchen, im Volksbildungsministerium eine Referentin zu ernennen, inzwischen aber eine Hilfsarbeiterin zuzuziehen.¹⁹¹⁹ Der Minister Dr. Fritz Kaiser (DVP) signalisierte, daß er dieser Frage durchaus günstig gegenüberstehe, und daß man auch die Möglichkeit ins Auge fassen könne, der Referentin noch andere Gebiete zu übertragen.¹⁹²⁰ Der Verband Sächsischer Lehrerinnen konnte in dem Beschluß, eine Lehrerin als Hilfskraft ins Ministerium zu berufen, indes nur einen Notbehelf sehen, da die Beurlaubung einer Lehrerin voraussichtlich nur auf ein Jahr erfolgen könne. Die gegenwärtigen Fragen der Schulverwaltung verlangten jedoch eine so weitreichende Kenntnis und Lösung, die für längere Zeit gültig sein solle, daß eine nur für kurze Zeit tätige Hilfskraft in der Hauptsache nur mit den laufenden Verwaltungsarbeiten betraut werden könne. Die Schaffung einer Referentenstelle scheine daher als die weitaus glücklichere Form für die Mitarbeit der Frauen an der Verwaltung.¹⁹²¹ Die Berufung einer Schulleiterin bzw. einer Referentin kann für den Untersuchungszeitraum nicht ausgemacht werden.

V. Die äußere Verwaltung der höheren Schulen

Nach dem Gesetz über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 übte das Kultusministerium als oberste Schulbehörde das Oberaufsichtsrecht über die höheren Lehranstalten aus und bildet für deren innere und äußere Angelegenheiten die oberste Instanz. Unter seiner unmittelbaren Aufsicht, Leitung und Verwaltung standen alle *Staatsanstalten*, an denen es auch das gesamte Lehrpersonal ernannte.¹⁹²² Die *Gemeindeanstalten* wurden dagegen – sofern vertragsgemäß oder gesetzlich nichts anderes bestimmt war – unmittelbar von der Gemeindebehörde unter Mitwirkung der Gemeindevertreter verwaltet.¹⁹²³ Zu diesem Zweck war den Lehranstalten zunächst eine Schulkommission (Gymnasial-, Realschulkommission) vorgesetzt. Diese wurde in Städten mit der Revidierten Städteordnung zusammengesetzt aus einem juristisch befähigten Mitglied des Stadtrats oder der Stadtgemeinde, welches vom Stadtrat ernannt wurde; zwei wissenschaftlich gebildeten Gemeindemitgliedern, welche auf Vorschlag des Stadtrats von der obersten Schulbehörde ernannt wurden; sowie dem Direktor der Anstalt. Für Gemeindeanstalten in Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte sowie in Landgemeinden war die Schulkommission in derselben Weise zu bilden, nur traten an die Stelle des Stadtrats der Stadtgemeinde- bzw. der Landgemeinderat.¹⁹²⁴ In den Aufgabenkreis der Schulkommission fiel die nächste Aufsicht über die Anstalt, namentlich in Bezug auf Unterricht und Schulzucht; die Vermittlung des Geschäftsverkehrs zwischen dem Direktorium der Anstalt einerseits und der Gemeindebehörde und dem Kultusministerium andererseits; die Begutachtung der Personalangelegenheiten der Lehrer, namentlich der Gesuche um Be-

¹⁹¹⁹ Vgl. Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 710 (vom 29. Februar 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 72. Sitzung vom 9. März 1928, S. 2580 und 2613; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 796 (vom 18. April 1928): S. 2, Ziffer III. 2; Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 87. Sitzung vom 10. Juli 1928, S. 3311; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 211 (vom 11. Juli 1928), S. 16, Ziffer II. 5.

¹⁹²⁰ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2164, Bl. 483-484.

¹⁹²¹ Vgl. Ebd., Nr. 2087, AE 3.

¹⁹²² Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 318 (§ 4 Absatz 1 und 2) und 333 (§ 67 Absatz 1). – Die Aufsicht über die höheren Lehranstalten war zunächst geregelt gewesen durch die Verordnungen vom 21. März 1835 (GVBl. S. 206ff.), 2. Januar 1862 (GVBl. S. 3f.) sowie vom 28. August 1874 (GVBl. S. 226ff.) (= Dokument 90). – Durch zwei Verordnungen zum Jahreswechsel 1919/1920 wurde die Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Besetzung von Direktoren- und Konrektorenstellen eingeführt. Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 231 (= Dokument 113); Ebd., 1920, S. 3 (= Dokument 115).

¹⁹²³ Das Recht der Verwaltung umfaßte die Leitung der ökonomischen Angelegenheiten; die Ernennung des gesamten Lehrpersonals; die Ernennung, Entlassung und disziplinarische Beaufsichtigung des Beamten- und Bedienstetenpersonals bei der Anstalt; sowie die rechtliche Vertretung der Anstalt nach außen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 318, § 5 Absatz 1 und 2.

¹⁹²⁴ Empfang eine Stadtgemeinde zur Unterhaltung der Gemeindeanstalt vom Staate entweder gar keinen oder nur einen solchen festen jährlichen Zuschuß, der weniger als ihr eigener jährlicher Aufwand für die Anstalt betrug, so konnte der Stadtrat, sofern derselben wenigstens drei wissenschaftlich gebildete Mitglieder angehörten, die Funktionen der Schulkommission übernehmen. Solchenfalls hatte er jedoch zur endgültigen Beschlußfassung den Direktor der Anstalt zuzuziehen. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 319, §§ 6 (Absatz 1 und 2) und 7 (Absatz 1 und 2).

förderung, Gehaltsverbesserungen und Unterstützungen, sowie aller Gesuche um Gewährung von Beihilfen für die Anstalt aus Staatsmitteln; die Präsentation der von der Kollaturbehörde ernannten Lehrer unter Vorlegung der Zeugnisse zwecks Genehmigung der Anstellung; sowie die Ausführung aller Aufträge und Anordnungen der obersten Schulbehörde.¹⁹²⁵ Diese Bestimmungen galten auch für die Oberrealschulen und die höheren Mädchenbildungsanstalten, und ihre Anwendung ist auch auf die Deutschen Oberschulen, für die gesetzliche Grundlagen ja nicht existierten, anzunehmen.¹⁹²⁶

Durch das Gesetz vom 1. August 1919 wurde die Zusammensetzung der Schulkommissionen derart geändert, daß ihr nun neben dem juristisch befähigten Mitglied vier Gemeindemitglieder, von denen mindestens zwei wissenschaftlich gebildet und mindestens zwei männlichen Geschlechts sein mußten, sowie ein Vertreter des Lehrerkörpers der Anstalt angehörten. Damit war also auch die Vertretung nicht wissenschaftlich gebildeter Gemeindemitglieder möglich. In den Schulkommissionen für höhere Mädchenschulen durften sämtliche Mitglieder der Gemeinde weiblichen Geschlechts sein.¹⁹²⁷

Die Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung aus dem Jahr 1926 wollte an der Einrichtung der Schulkommission sowie deren Aufgabenkreis festhalten, ihre Bezeichnung aber in Schulausschuß abändern.¹⁹²⁸ Zum 1. Januar 1935 wurde die Zusammensetzung der Schulkommissionen der höheren Schulen wiederum neu geregelt.¹⁹²⁹

VI. Die Finanzierung der höheren Schulen

Die Finanzierung der höheren Schulen oblag grundsätzlich jenen Stellen, von denen die Errichtung dieser Anstalten ausgegangen war, namentlich dem Staat bzw. den Gemeinden sowie privaten Unternehmern.¹⁹³⁰ Die Unterhaltungskosten wurden bestritten aus den für den Unterricht zu gewährenden Leistungen an Schulgeld, Aufnahme- und Abgangsgebühren; aus dem Ertrag der den Anstalten gehörenden Fonds und Stiftungen; sowie aus den erforderlichen Zuschüssen der dazu Verpflichteten bzw. aus Beihilfen des Staates¹⁹³¹; auch kamen Spenden in Betracht¹⁹³². Die zum Beginn der Weimarer Republik herrschende Fi-

¹⁹²⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 320, § 8.

¹⁹²⁶ Vgl. Ebd., 1908, S. 81, § 1 Absatz 2; Ebd., 1910, S. 140, § 1 Absatz 3.

¹⁹²⁷ Vgl. Ebd., 1919, S. 203f. (= Dokument 23). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10693, Nr. 41; Verhandlungen, Volkskammer, 49. Sitzung vom 30. Juni 1919, S. 1641-1643; Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 358 (vom 9. Juli 1919); Verhandlungen, Volkskammer, 58. Sitzung vom 12. Juli 1919, S. 2033-2034; Volkskammer-Akten, Beschlüsse, Nr. 143 (vom 14. Juli 1919). – Diese gesetzliche Bestimmung erhielt infolge der Anpassung der Schulgesetzgebung an die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen durch das Gesetz vom 17. Juli 1926 eine neue redaktionelle Fassung. Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1926, S. 156, Artikel 4. – Siehe auch: Volkskammer-Akten, Berichte, Nr. 750 (vom 14. Juli 1920), S. 1, Ziffer I; Verhandlungen, Volkskammer, 138. Sitzung vom 15. Juli 1920, S. 4375 und 4377.

¹⁹²⁸ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 194-195 und 203-204. – Zur Stellungnahme des Sächsischen Gemeindetages zu den verwaltungstechnischen und finanzpolitischen Aspekten der Denkschrift siehe: Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, 1927, Sp. 107-112; LLZ 1927, S. 169-171.

¹⁹²⁹ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1934, S. 162 (= Dokument 84) und Ausführungsverordnung hierzu vom 30. November 1934 (GBl. S. 163) (= Dokument 85).

¹⁹³⁰ Zur Errichtung oder Umgestaltung höherer Unterrichtsanstalten war, sofern diese nicht vom Staate selbst ausging, die Genehmigung der obersten Schulbehörde erforderlich. Wurde die Errichtung durch eine Gemeinde beabsichtigt, so war nachzuweisen, daß die nötigen Mittel und Unterrichtsräume vorhanden waren und daß für das Volksschulwesen am Orte genügend gesorgt war. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 317, § 2.

¹⁹³¹ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 318, § 3. Wurden Realschulen (II. Ordnung) staatliche Zuschüsse gewährt, so nahm die oberste Schulbehörde die Besetzung der Stelle des Direktors und des ersten Oberlehrers an diesen Anstalten für sich in Anspruch. Vgl. Ebd., S. 329, § 49 Absatz 2. – In den Genuß der Befreiung vom Schulgeld sowie von Aufnahme- und Abgangsgebühren kamen zunächst Kinder von Lehrern in denjenigen Anstalten, in welchen diese angestellt bzw. bis zum Tode oder zur Pensionierung angestellt gewesen waren. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 323, § 26. Nachdem die Philologen in der Besoldungsordnung jedoch den Richtern und Beamten mit akademischer Bildung finanziell gleichgestellt worden waren, wurde dieses Privileg durch das Gesetz vom 24. Dezember 1908 zum 1. Januar 1909 abgeschafft. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1908, S. 376f. (= Dokument 10). Zur Entstehung des Gesetzes siehe: SächsHStAD, 10692, Nr. 12580 und 12914; Landtags-Akten, 1907/1908, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 58 (vom 8. Oktober 1908); Landtags-Akten, 1907/1908, 1. Kammer, Berichte, Nr. 413 (vom 12. November 1908); Mitteilungen, 1907/1908, 1. Kammer, 64. Sitzung vom 25. November 1908, S. 1155-1157; Landtags-Akten, 1907/1908, 2. Kammer, Berichte, Bd. 3, Nr. 593 (vom 15. Dezember 1908); Mitteilungen, 1907/1908, 2. Kammer, 160. Sitzung vom 16. Dezember 1908, S. 4641-4642; Landtags-Akten, 1907/1908, Ständische Schriften, Nr. 88 (vom 17. Dezember 1908). – Einen gesetzlichen Anspruch auf staatliche Unterstüt-

nanznot von Staat und Gemeinden erschwerte zunehmend die Unterhaltung der höheren Schulen. Der bequemste Weg zur Abhilfe/Milderung schien zunächst die unmittelbare Belastung der Schülereltern zu sein. So wurde der im Königreich Sachsen für die staatlichen und staatlich unterstützten höheren Lehranstalten geltende Schulgeldjahressatz von 150 M auf 200 M und sodann – wie auch die Aufnahme- und Abgangsgebühren¹⁹³³ und die Beiträge für die Schülerübungen im Handfertigungs- und naturwissenschaftlichen Unterricht¹⁹³⁴ – immer weiter erhöht, um die daraus erzielten Einnahmen wenigstens teilweise dem gesunkenen Geldwert anzupassen.¹⁹³⁵ Die Gemeinden, die für ihre Schulen keinen Staatszuschuß beanspruchten, hatten in der Bemessung des Schulgeldes freie Hand, waren aber verpflichtet, jede Feststellung oder Veränderung vor ihrem Inkrafttreten dem Ministerium anzuzeigen.¹⁹³⁶ Durch die Lehr- und Prüfungsordnungen landeseinheitlich war dagegen die Höhe der zu entrichtenden Prüfungsgebühren geregelt, die ebenso wiederholt Neubemessungen unterzogen worden war.¹⁹³⁷

Für die Kinder auswärts wohnender Erziehungspflichtiger durfte an den staatlichen und staatlich unterstützten höheren Lehranstalten zunächst kein höherer Schulgeldsatz verlangt werden als von den Ortsansässigen. Von diesem im Königreich Sachsen streng durchgeführten Grundsatz rückte das Kultusministerium im Jahr 1920 ab, nachdem sich die Unmöglichkeit erwiesen hatte, Bezirksverbände bzw. Gemeinden, die selber keine höheren Schulen unterhielten, aber eine größere Anzahl von Schülern in auswärtige Schulen schickten, zur Gewährung von Beihilfen im Wege der Vereinbarung mit den Schulträgern zu bewegen. Angesichts der wesentlich gestiegenen Unterhaltungskosten durften die Gemeinden daher für die von auswärts die Schule besuchenden Kinder erhöhte Schulgelder festsetzen.¹⁹³⁸ Verschiedene Elternausschüsse wandten sich ob dieser als unsozial empfundenen Maßnahmen mit Eingaben an den Sächsischen Landtag.¹⁹³⁹

Diese Problemlage und die Unzweckmäßigkeit der bisher getroffenen Maßnahmen überschauend richtete sich im Februar 1921 eine Reihe von Städten mit der Bitte an Regierung und Landtag, Verwaltung und Lasten der städtischen höheren Schulen auf den Staat zu übernehmen. So sehr im Interesse der Finanzlage der Städte zwar eine Vermehrung der Einnahmen geboten erscheine, so müsse doch dagegen Einspruch erhoben werden, daß man durch fortgesetzte Steigerung des Schulgeldes weite Kreise vom Besuche der höheren Schulen ausschließe. Vor allem das hohe Fremdenschulgeld, das bis zum vierfachen des Normalsatzes betrage, bedeute den Ausschluß des platten Landes von den höheren Schulen.¹⁹⁴⁰ Auch

zung hatten die Gemeinden nicht. Vielmehr mußten sie sich mit kleinen Zuweisungen begnügen. Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 190. Auch höhere Privatanstalten konnten um Staatsunterstützungen nur bitten; entsprechende Mittel konnten – wenn sich denn unter den Abgeordneten ein Fürsprecher fand – vom Landtag in den Staatshaushaltplan eingestellt werden. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 665, Bl. 49-52; Ebd., Nr. 1467; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 106 (vom 25. Januar 1923); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 19. Sitzung vom 22. Februar 1923, S. 477-478; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Beschlüsse, Nr. 40 (vom 23. Februar 1923).

¹⁹³² Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 217f.; Ebd., 1924, S. 29.

¹⁹³³ Von der Abforderung von Aufnahme- und Abgangsgebühren durfte nur dann abgesehen werden, wenn ein Schüler eine staatliche höhere Lehranstalt verließ, um unmittelbar in eine andere staatliche höhere Lehranstalt überzutreten. Beim Wechsel von einer Staats- zu einer Gemeindeanstalt oder umgekehrt mußte indes durch die Eltern um Erlaß nachgesucht werden. Vgl. Verordnungsblatt, 1921, S. 27 und Ergänzung hierzu vom 17. Juni 1921 (VBl. S. 76 [II 1151 B]) nebst Aufhebungs- bzw. Abänderungsverordnung vom 12. Juni 1922 (VBl. S. 94).

¹⁹³⁴ Vgl. Verordnungsblatt, 1919, S. 222f.; Ebd., 1923, S. 86f., 172 und 183; Ebd., 1924, S. 14f.; Ebd., 1925, S. 51.

¹⁹³⁵ Vgl. Ebd., 1919, S. 185f.; Ebd., 1920, S. 69f. und 95f.; Ebd., 1922, S. 48f. und 144; Ebd., 1923, S. 3f., 69, 151f. und 204f.; Ebd., 1924, S. 14f., 42 und 107; Ebd., 1928, S. 55f.; Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 14 b Absatz 1; Sächsische Staatszeitung, 1923, Nr. 233, Beilage.

¹⁹³⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1876, S. 319, § 5 Absatz 4; Ebd., 1877, S. 43-44, § 2.

¹⁹³⁷ Vgl. Ebd., 1920, S. 1920, S. 114f.; Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 556f.; Ebd., 1923, S. 8; Verordnungsblatt, 1924, S. 6f.; Ebd., 1928, S. 59.

¹⁹³⁸ Vgl. Verordnungsblatt, 1919 S. 186; Ebd., 1920, S. 70 (Ziffer IV) und 146; Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 190. Ein erhöhtes Schulgeld sowie erhöhte Aufnahme- und Abgangsgebühren hatten grundsätzlich alle Reichsausländer zu entrichten; in der Regel ein Vielfaches, ab dem 1. April 1924 jedoch nur noch das Doppelte des jeweiligen Normalsatzes. Vgl. Verordnungsblatt, 1924, S. 42 und 81.

¹⁹³⁹ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 516.

¹⁹⁴⁰ Diesem Mißstand sollte ursprünglich die Einführung von höheren Abteilungen an den Volksschulen abhelfen, die dann freilich aber eine andere Entwicklung nahmen. Siehe Kapitel D. II. 2.

werde sich die Hoffnung auf das Entgegenkommen der Bezirksverbände nicht erfüllen, da deren Finanzkraft anderweit beansprucht sei. Es erscheine deshalb als einzig befriedigender und gangbarer Ausweg die Übernahme aller höheren städtischen Schulen durch den Staat, der dann durch Schulumlagen die Gemeinden entsprechend an den Lasten beteiligen könne. Damit würden die Kosten der höheren Volksbildung nicht mehr von einigen Städten, sondern in gerechter Weise von der Allgemeinheit getragen, wodurch das gesamte höhere Schulwesen erhalten und weiter entwickelt werden könne. Das eröffne die Möglichkeit, die höhere Schulbildung wirklich der Allgemeinheit zugänglich zu machen und „jedem Tüchtigen den Aufstieg zu Gebieten größter Wirksamkeit zu eröffnen“.¹⁹⁴¹

Grundsätzlich waren zur Abmilderung unsozialer Folgen Schulgeldermäßigungen vorgesehen gewesen, um vor allem begabten Kindern minderbemittelter Eltern den Zugang zur höheren Schule zu erleichtern. Besuchten zwei oder mehr Kinder derselben Familie gleichzeitig öffentliche höhere Lehranstalten, konnte bei Vorweisen ausreichender Begabung und Würdigkeit ein Erlaß (Geschwisterermäßigung) gewährt werden. Auch war bei Kriegerwaisen sowie Kindern bedürftiger Kriegsbeschädigter möglichst weitherzig zu verfahren. Die Entscheidung hierüber lag in allen Fällen in den Händen der Lehrerversammlung, die einen Teil der Schulgeldsolleinnahme für diese Erlaßzwecke verwenden konnte. Dieser Teil betrug zunächst 15 % und wurde schrittweise auf 30 % im Jahr 1923 angehoben.¹⁹⁴² Damit der Minderbemittelte aber nicht mehr „nur durch Bitten und Gesucheschreiben Zutritt“¹⁹⁴³ zur höheren Schule erhalten konnte, plante die linkssozialdemokratische Regierung unter Dr. Erich Zeigner, die Schulgeldfreiheit gesetzlich einzuführen.¹⁹⁴⁴ Auch die Länder hatten sich im Reichsschulausschuß im Dezember 1922 darüber verständigt, daß völlige Schulgeldfreiheit an den höheren Schulen anzustreben sei, dem jedoch die schwierigen finanziellen Verhältnisse der Länder entgegenstünden. Einen Ausweg erblickten sie darin, daß das Reich selbst Zuschläge zur Reichseinkommenssteuer für Bildungszwecke erhebe und den Ländern zufließen lasse, oder den Ländern eine selbständige Erhebung einer derartigen Steuer gestatte. Wenn dies nicht möglich sei, käme auch eine Staffelung der Schulgeldsätze nach dem Einkommen der Eltern in Betracht.¹⁹⁴⁵ Im Juni 1925 beschloß dann auch der Sächsische Landtag, die Regierung zu ersuchen, die Staffelung des Schulgeldes an den höheren Schulen nach der sozialen Lage der Eltern zu erwägen. Der Minister Dr. Fritz Kaiser (DVP) erklärte hierauf, daß der Reichsfinanzminister schon 1921 die Vorstände der Landesfinanzämter angewiesen habe, gegen Schulgeldregelungen, bei denen eine progressive Staffelung nach dem Einkommen der Eltern vorgesehen sei, Einspruch zu erheben, weil in diesem Falle die Schulgeldgebühren die Eigenschaft einer Steuer erhielten, die Einkommensbesteuerung aber grundsätzlich dem Reiche vorbehalten sei. Demnach sei nur eine degressive Staffelung des Schulgeldes zulässig. Da aber gemäß einer weiteren Anweisung des Reichsfinanzministeriums der Höchstsatz nicht auf einen sehr hohen Beitrag festgesetzt werden dürfe, könne bei einer solchen Staffelung nicht erreicht werden, daß einzelne besonders hohe Einkommen entsprechend hoch herangezogen würden. Die degressive Staffelung hätte außerdem eine starke Mehrbelastung der Schulleitungen und Kassenverwaltungen wegen der Feststellung der Vermögensverhältnisse der antragstellenden Eltern zur Folge, was zur Einstellung neuer Beamter führen müßte. Aus beiden Gründen, die Unmöglichkeit, eine gerechte Heranziehung nach dem Einkom-

¹⁹⁴¹ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14522, Bl. 165-168, Zitat: Bl. 168.

¹⁹⁴² Vgl. Ebd., Nr. N 139, Bl. 29; Verordnungsblatt, 1919 S. 186; Ebd., 1920, S. 70 (Ziffer IV), und 112; Ebd., 1921, S. 26, 51 und 119; Ebd., 1923, S. 151-152, Ziffer IV Absatz 4; Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 1923 (1924), S. 82-85. Die Vorschrift, wonach Schulgeldermäßigung stattzugeben war, wenn zwei oder mehrere Kinder einer Familie die höhere Schule besuchten, sofern das betreffende Kind eine ausreichende Begabung und Würdigkeit vorwies, wurden von den Gemeinden teilweise kritisiert, da hierbei die Vermögensverhältnisse der Eltern nicht berücksichtigt würden und die so verfügbaren „Zwangserlasse[...]“ die Mittel für wirklich Bedürftige schmälerten. Das Ministerium für Volksbildung verschloß sich jedoch dieser Ansicht, da es nichts von einer Darlegung der Vermögensverhältnisse der antragstellenden Eltern hielt. Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2080, AE 3-4, Zitat: AE 4.

¹⁹⁴³ SächsHStAD, 11125, Nr. 14522, Bl. 166.

¹⁹⁴⁴ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 44. Sitzung vom 19. Juni 1923, S. 1140; Verordnungsblatt, 1923, S. 152 (Ziffer VII) und 204.

¹⁹⁴⁵ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 16273, Bl. 49-50;

men überall zu erreichen, sowie den praktisch-technischen Schwierigkeiten, könne die Regierung die Einführung eines gestaffelten Schulgeldes nicht empfehlen. Dazu komme, daß bereits Schulgelderlaß gewährt werde, der ausschließlich die Minderbemittelten treffe, so daß dadurch wohl der Ausgleich für das noch nicht gestaffelte Schulgeld praktisch geschaffen worden sei.¹⁹⁴⁶

Auch die Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung vom Jahr 1926 widmete sich der Finanzierung des höheren Schulwesens. In erster Linie sollte erwogen werden, ob nicht ein Teil der Ausgaben für die Lehrerbesoldung für die städtischen höheren Schulen in gleicher Weise auf die Gesamtheit der Gemeinden umzulegen sei. Da Bezirksverbände und Gemeinden bisher nicht zur freiwilligen Beitragsleistung in größerem Umfange zu bewegen gewesen seien, erscheine eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit nunmehr für angezeigt. Der von vielen auch für die höhere Schule verfochtene Grundsatz völliger Schulgeldfreiheit sei angesichts der Finanznot der Schulträger nicht durchführbar. Vielmehr hätte eine Reihe von Städten mit staatlich unterstützten Schulen darum nachgesucht, ihnen namentlich für auswärtige Schüler die Erhöhung des Schulgeldes zu gestatten. In diesem Kontext – und im Sinne einer einheitlichen Schulpolitik – sei die Unterrichtsverwaltung überhaupt bestrebt, die Höhe des Schulgeldes für alle staatlichen und städtischen Schulen nach einheitlichen Grundsätzen zu bestimmen. Denn vielfach sei das Schulgeld in den staatlich nicht unterstützten Schulen höher als bei den staatlichen und den staatlich unterstützten Schulen, was dazu führe, daß manche Eltern die Wahl der Erziehungsstätte für ihre Kinder nicht nach inneren Gründen, sondern lediglich nach der Höhe des Schulgeldes trafen. Auch solle das Fremdenschulgeld den Normalsatz nicht übersteigen, da die Eltern von Kindern, die auswärtige Schulen besuchten, vielfach noch besondere Ausgaben für Fahrt und Beköstigung in den Schulorten hätten.¹⁹⁴⁷

In einem Schreiben vom 18. September 1926 teilte das Ministerium für Volksbildung dem Finanzministerium seine Besorgnis um den möglichen Abbau städtischer höherer Schulen mit, da die Gemeinden den hohen Unterhaltsaufwand aus Staatsbeihilfen und Steuerüberweisungen allein nicht decken könnten. Von den 113 öffentlichen höheren Schulen befänden sich 72 in kommunaler Trägerschaft, die damit auch den Großteil der Schüler aufnehmen würden; ihr Wegfall könne nicht ausgeglichen werden. Eine Erhöhung der Schulgeldsätze erscheine aber nicht angängig, da sie den Besuch von Kindern armer Eltern unmöglich machen würde. Es müßten also anderweit Hilfsmöglichkeiten erwogen werden.¹⁹⁴⁸

Da nun einerseits die gesetzliche Regelung nicht zu bewerkstelligen war, andererseits aber die Gemeinden nach höheren Staatsbeihilfen und Schulgelderhöhung immer stärker drängten – wie etwa eine Eingabe des Sächsischen Gemeindetags vom Frühjahr 1928 belegt¹⁹⁴⁹ –, sah sich das Ministerium für Volksbildung veranlaßt, eine Neuregelung nun doch vorzunehmen. So wurde durch die Verordnung vom 16. Juli 1928¹⁹⁵⁰ das Schulgeld für die Schüler und Schülerinnen der staatlichen und unter staatlicher Verwaltung stehenden höheren Schulen zum 1. Oktober 1928 um 50 % auf 180 RM jährlich erhöht. Im Gegenzug entfielen die bisherigen Schülerbeiträge, für die nun 10 % von dem eingehenden Schulgeld der Anstaltsrechnung abzuführen waren.¹⁹⁵¹ Bis 30% der Schulgeldsolleinnahme waren weiterhin durch die Lehrerversammlung für Schulgelderlaß und -ermäßigung verwendbar.¹⁹⁵² Die Aufnahme- und Abgangs-

¹⁹⁴⁶ Vgl. Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 146. Sitzung vom 30. Juni 1925, S. 4925-4927; Ebd., 186. Sitzung vom 10. Juni 1926, S. 6390. Auf dieses Argumentationsmuster wurde dann stets zurückgegriffen, sobald erneut eine Staffelung des Schulgeldes in Vorschlag gebracht worden war. Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3401; Ebd., 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4448. – Demgegenüber hatte die Regierung Zeigner im März 1923 ihre Bereitschaft signalisiert, anstelle der vorläufig nicht zu realisierenden Schulgeldfreiheit auf eine Regelung in Form des rückläufig gestaffelten Schulgeldes zuzukommen. Vgl. Verordnungsblatt, 1923, S. 69, Ziffer V.

¹⁹⁴⁷ Vgl. Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, S. 189-191.

¹⁹⁴⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/251, Bl. 34-39.

¹⁹⁴⁹ Vgl. Ebd., Nr. 11864/252, Bl. 211-212 und 213a-213b.

¹⁹⁵⁰ Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 55-56 (= Dokument 196). Hiernach das Folgende.

¹⁹⁵¹ Dieser Betrag wurde im Jahr 1931 auf 8 % und dann auf 5 % gesenkt. Vgl. Verordnungsblatt, 1931, S. 41f.; Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 14 b Absatz 3.

¹⁹⁵² Diese Erleichterungen durften auf Antrag indes nur gewährt werden, wenn die wirtschaftlichen oder Familienverhältnisse der Erziehungspflichtigen eine solche Hilfe angezeigt erscheinen ließ und wenn die zu bedenkenden Schüler in Fleiß und Be-

gebühren betrugen in jedem Fall 10 RM; zu Erlaßzwecken durften höchstens 10% der Solleinnahme verwendet werden. Die Gemeinden und Gemeindeverbände, die für ihre höheren Schulen staatliche Unterstützung erhielten, wurden ermächtigt, Schulgelder sowie Aufnahme- und Abgangsgebühren nach denselben Sätzen und unter Befolgung der Vorschriften über Schulgelderlaß und -ermäßigung zu erheben. Für auswärts wohnende Erziehungspflichtige konnte das Schulgeld um 60 RM jährlich, die Aufnahme- und Abgangsgebühr um je 5 RM erhöht werden. Die Gemeinden und Gemeindeverbände jedoch, die das Schulgeld für Auswärtige in dieser Weise erhöhten, waren verpflichtet, Schulgelderlasse und -ermäßigungen auch nach diesen erhöhten Schulgeldsätzen zu bemessen. Durch Verordnung vom 3. August 1928 wurde die Anhebung des Schulgeldes um eine Erhöhung der Prüfungsgebühren ergänzt.¹⁹⁵³ Bald darauf wurde im Sächsischen Landtag auf Antrag von KPD und SPD die Schulgeldfrage einmal grundsätzlich aufgerollt. Vor allem der Abgeordnete Otto Röttscher (KPD) betonte dabei, indem er auf die unsoziale Wirkung der Verordnungen abstellte, den Charakter der höheren Schule als Standesschule. Die Regierung habe überhaupt nicht die Absicht, die höhere Schule all denen zu erschließen, die über die entsprechende Befähigung verfügten, sondern sie trachte sie als ein „Bildungsprivileg gewisser Schichten“ zu erhalten. Röttscher forderte darum die Aufhebung der Verordnungen und an ihrer Stelle – solange die Schulgeldfreiheit nicht eingeführt sei – die Heranziehung des elterlichen Einkommens als Grundlage einer gerechten Bemessung (Staffelung). Und naturgemäß verstand es der Minister Dr. Fritz Kaiser (DVP), die Verordnung in ein günstiges Licht zu rücken. Da durch vermehrte Schulgeldeinnahme die für Erlaßzwecke zur Verfügung stehenden Mittel sich entsprechend erhöhten, könnten in größerem Umfang als bisher Minderbemittelte bedacht werden, was „durchaus eine soziale Maßnahme“ sei. Des Weiteren wurden in der Verhandlung die gerechte Verwendung dieser Mittel sowie weitere Aspekte der Schulgeldfrage diskutiert, die an dieser Stelle nicht verfolgt werden.¹⁹⁵⁴

Anstelle der vielfach gewünschten Schulgeldfreiheit erhöhte dann die Sparverordnung vom 21. September 1931 das Schulgeld abermals. So wurde es zum 1. April 1932 auf 240 RM jährlich festgesetzt, und schon ab 1. Oktober 1931 waren nur noch 20 % der Schulgeldsolleinnahme für völligen oder teilweisen Schulgelderlaß vorgesehen.¹⁹⁵⁵ Aufgrund einer Anfrage erklärte die Regierung am 16. Dezember 1931, daß sie durch die finanziellen Verhältnisse infolge der Wirtschaftskrise zu dieser Maßnahme gezwungen worden sei und sie nur vorübergehend aufrecht erhalten wolle. Der Zugang wirklich begabter Schüler aus minderbemittelten Kreisen werde durch die Sparmaßnahmen jedoch nicht unterbunden, da auch mit den noch zu Erlaß- und Ermäßigungszwecken zur Verfügung stehenden Mitteln weitgehend geholfen werden könne. Außerdem seien im Staatshaushaltplan für 1931 Mittel für ganze und teilweise Freistellen sowie für

tragen keinen Anlaß zu ernstem Tadel boten, auch ausreichend begabt und leistungsfähig waren, um die Schule voraussichtlich glatt zu durchlaufen. Die Auswahl der zu bedenkenden Schüler wurde der Lehrerversammlung nach freiem Ermessen auch fernerhin in dem Vertrauen überlassen, daß sie sich der hohen Verantwortung gleichmäßiger und gerechter Behandlung jederzeit bewußt blieb und als Ziel stets im Auge hatte, einerseits alle Kräfte zu fördern, die für eine höhere Ausbildung geeignet erschienen, andererseits aber auch mit dem für Erlaß- und Ermäßigungszwecke zur Verfügung stehenden Betrag, der nur als Höchstsumme anzusehen war und nicht planlos ausgegeben werden durfte, haushälterisch umzugehen. Unter den Familienverhältnissen waren besonders die Fälle zu berücksichtigen, wo mehrere Kinder gleichzeitig eine öffentliche Schule besuchten. Hier sollte – soweit nicht den Erziehungspflichtigen nach ihren Einkommens- oder Vermögensverhältnissen die Tragung der vollen Kosten unbedenklich zugemutet werden konnte – für jedes zum Besuche der höheren Schule als geeignet befundene zweite Kind ein Nachlaß von 50 %, für jedes geeignete dritte und weitere Kind ein Nachlaß von 75 % gewährt werden.

¹⁹⁵³ Vgl. Verordnungsblatt, 1928, S. 59.

¹⁹⁵⁴ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2228, H. 91; Landtags-Akten, 3. Wahlperiode, Berichte, Nr. 950 (vom 27. September 1928), 951 (vom 27. September 1928) und 957 (vom 11. Oktober 1928); Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3397-3411, Zitate: S. 3397 und 3400. Auch nach Ansicht des Sächsischen Lehrervereins ließen die Verordnungen die Rücksichtnahme auf die schwierige wirtschaftliche Lage weiter Volksschichten vermissen, und sie erschwerten zusehends den Zugang zur höheren Schule. Daß damit der Aufstieg begabter Kinder aus minderbemittelten Familien behindert werde, bedeute eine Verschärfung der bestehenden Klassengegensätze Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 2228, H. 91, AE 23-24. Gegen die Schulgelderhöhung und für die Erhebung des Schulgeldes auf Grundlage des Elterneinkommens sprach sich auch der Stadtrat Leipzig aus. Vgl. Ebd., Nr. 2423, AE 3-4.

¹⁹⁵⁵ Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 14 b Absatz 1 und 2. Bereits zuvor war dieser Betrag offenbar von 30 % auf 25 % abgesenkt worden. Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 558 (vom 26. Juni 1931), S. 1, Ziffer II. a.

Beihilfen an Heimschüler der mit den staatlichen höheren Schulen verbundenen Schülerheime (Internate) eingestellt. Dazu kämen noch Erziehungsbeihilfen an wenig bemittelte, besonders begabte Schüler. Insgesamt stehe so noch ein Bündel an Maßnahmen der Begabtenfürsorge bereit.¹⁹⁵⁶ Zudem wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schülereltern an den einzelnen Anstalten sehr verschieden waren, weswegen an manchen Schulen der für Schulgelderlaß zu Verfügung stehende Betrag nur so weit reichte, um lediglich Erwerbslosen sowie Erziehungspflichtige mit ganz geringem Einkommen zu berücksichtigen, während an anderen Schulen auch Erziehungspflichtige bedacht werden konnten, die sich in günstigerer finanzieller Lage befanden.¹⁹⁵⁷ Durch Verordnung vom 27. April 1932 nahm das Ministerium, um in dieser Hinsicht einen Ausgleich zu schaffen, von den jeder Schule zur Verfügung stehenden Mitteln 2 % der Schulgeldsolleinnahme für sich in Anspruch, um damit denjenigen Schulen zu helfen, die eine besonders große Schülerzahl aus bedürftigen Kreisen aufwiesen.¹⁹⁵⁸ Im Landtag wurden am 7. Februar 1933 abermals die unsozialen Folgen der Schulgelderhöhung besprochen. Die Initiativen zur Absenkung des Schulgeldes sowie zur vollen Ausschöpfung der für Erlaßzwecke bereitgestellten Mittel gingen nun von SPD und DVP aus. Ministerpräsident Walther Schieck (DVP) nahm zu diesen Fragen Stellung, und er versicherte, daß die Regierung eine Wiederherabsetzung der Sätze sofort vornehmen werde, sobald die Finanzverhältnisse dies zuließen.¹⁹⁵⁹

Welche Stellung nahm der Sächsische Philologenverein zu dieser Frage ein? Dieser sprach sich wiederholt gegen Schulgelderhöhungen aus, da diese „zwangsläufig die ärmeren Schichten von einer gleichmäßigen Beteiligung am deutschen Bildungsgut und damit an der Volksgemeinschaft“ ausschlossen und so auch „die Verwurzelung der höheren Schule in breiten und verschiedenartigsten Volksschichten“ aufhöre. Statt der Schaffung von Freistellen, die nur ein Notbehelf seien, müsse an den höheren Schulen die Schulgeldfreiheit eingeführt werden, die durch eine den „begüterten Volksgenossen“ aufzuerlegende Schulsteuer finanziert werden könne.¹⁹⁶⁰ Als Begründung dieser Forderung wurde u. a. auf Artikel 145 RV verwiesen, wonach der Erfüllung der Schulpflicht die Volksschule mit mindestens acht Jahren diene und nur der Unterricht unentgeltlich sei, der für jeden Deutschen Pflicht sei. Wenn jedoch die Volksschule in ihren Mauern z. B. mit den höheren Abteilungen etwas anderes gründe, so sei dies nicht mehr eine Pflichtschule, sondern eine Wahlschule, die über die eigentliche Erfüllung der Schulpflicht hinausgehe, womit auch der verfassungsmäßige Anspruch auf Schulgeldfreiheit in diesen Einrichtungen entfallen müßte. Wenn die Regierung durch die Sparverordnung vom 21. September 1931 nun ein Schulgeld

¹⁹⁵⁶ Vgl. SächsHStAD, 10693, Nr. 3300; Ebd., 11125, Nr. 11864/255, Bl. 285; Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 674 (vom 21. Oktober 1931); Die höhere Schule, 1932, S. 12.

¹⁹⁵⁷ Auf dieses Problem hatte der Abgeordnete Kurt Weckel (SPD) wiederholt hingewiesen. Vgl. Verhandlungen, 3. Wahlperiode, 87. Sitzung vom 10. Juli 1928, S. 3305-3306; Ebd., 91. Sitzung vom 13. November 1928, S. 3404. Und ein Antrag vom Abgeordneten Joseph Hardt (DVP), der die Schaffung eines Ausgleichsstocks bezweckte, um bedürftigen Schulen Beträge zur Schaffung von Freistellen zur Verfügung stellen zu können, wurde noch im Juli 1931 vom Landtag abgelehnt. Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 558 (vom 26. Juni 1931), S. 1, Ziffer II. a; Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 2. Juli 1931, S. 2018.

¹⁹⁵⁸ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. N 139, Bl. 1 und 32.

¹⁹⁵⁹ Vgl. Landtags-Akten, 5. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1096 (vom 29. Oktober 1932) und 1101 (vom 17. November 1932); Verhandlungen, 5. Wahlperiode, 102. Sitzung vom 7. Februar 1933, S. 4443-4448 und 4454.

¹⁹⁶⁰ Vgl. SächsHStAD, 11125, Nr. 14504, D 3, Bl. 33 (Zitat 2); Ebd., Bl. 37, § 4; Ebd., Nr. 14509, Bl. 17 (Zitat 1); Verhandlungen, 2. Wahlperiode, 44. Sitzung vom 19. Juni 1923, S. 1140 (Zitat 3) und 1143; Landtags-Akten, 2. Wahlperiode, Berichte, Nr. 1429 (vom 20. Juni 1925), S. 2, Ziffer 2. c; Die höhere Schule, 1924, S. 58; Ebd., 1928, S. 223. Die Vertreterversammlung des Sächsischen Philologenvereins vom 7./8. Oktober 1932 in Dresden faßte hierzu folgende Entschließung: „Im vorigen Jahr [...] wurde das Schulgeld an den höheren Schulen auf eine bisher noch nie dagewesene Höhe heraufgesetzt. Gerade die Mittelschichten unseres Volkes (kaufmännische Angestellte, Handwerker, Beamte und Lehrer), aus denen die höhere Schule oft die begabtesten, fleißigsten und tüchtigsten Kinder erhielt, können heute trotz größter Opfer und Entbehrungen ihren Kindern nicht mehr den Wunsch nach einer vertieften geistigen Bildung erfüllen. Die höhere Schule ist in Gefahr, eine Ständeschule zu werden. Freistellen, Erziehungsbeihilfen und Lernmittelgewährung sind so sehr eingeschränkt worden, daß sie nur unzureichende Hilfe bieten. Besonders hart tritt das bei der Geschwisterermäßigung in Erscheinung. Wer über die Not des Augenblicks hinweg an die Zukunft unseres Volkes und Staates denkt, muß den Wunsch haben, kinderreichen Familien besonders zu helfen. Der Sächsische Philologenverein hat von jeher den Grundsatz der Schulgeldfreiheit vertreten. Solange diese aber nicht zu erreichen ist, fordert er mit aller Entschiedenheit eine Ermäßigung des überhöhten Schulgeldsatzes und eine Vermehrung der Erleichterungen, vor allem für kinderreiche Familien.“ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 257.

für das 9. und 10. Volksschuljahr einführe, so offenbar deshalb, weil die Schulpflicht nur bis zum 8. Volksschuljahr dauere. Dementsprechend müßten auch an den höheren Schulen, die ebenso als Wahlschulen der Erfüllung der Schulpflicht dienten, die entsprechenden Alterklassen (Sexta bis Untertertia) schulgeldfrei werden, da diese Stufen noch im schulpflichtigen Alter stünden.¹⁹⁶¹

Des Weiteren wurde kritisiert, daß der natürliche Schrumpfungsprozeß des höheren Schulwesens¹⁹⁶² äußerlich und künstlich durch eine Übersteigerung des Schulgeldes beschleunigt werde, was nicht zu einer gesunden Rückbildung der höheren Schule, sondern zu ihrem Verfall führe. Der „Erwerb höherer Allgemeinbildung [werde so] zu einem Privileg der allerdings wenig zahlreichen Kinder kapitalkräftiger Eltern“. ¹⁹⁶³ Die Kinder ärmerer Familien drängten dagegen aufgrund der Wirtschaftskrise, der unsozialen Überhöhung des Schulgeldes sowie der verschärften Auslese an den höheren Schulen zu den höheren Volksschulabteilungen, die nur im 9. und 10. Schuljahr ein mäßiges Schulgeld erhoben.¹⁹⁶⁴ Diese Tendenz sei jedoch nur eine Zeiterscheinung, eine Äußerlichkeit, die nicht dazu beitragen dürfe, den Sinn des Schulaufbaues zu verfälschen, indem sie zur Grundlage der Differenzierung nicht die Begabungsrichtung der Kinder, sondern den Geldbeutel ihrer Eltern mache. Wenn man aber diese sinnloseste aller Differenzierungen nicht preisgeben wolle, dann solle man die unbemittelten begabten Kinder wenigstens nicht auf einen für sie ungeeigneten Bildungsweg verweisen, sondern für sie in jeder großen Stadt bzw. in jedem Bezirk eine oder mehrere höhere Schulen zu „Armenschulen“ bestimmen. Diese wären reguläre höhere Schulen mit den gleichen Berechtigungen, aber es dürfte kein Schulgeld erhoben werden. Grundsätzlich sei es aber hohe Zeit, eine Schulorganisation, die eine Auslese der Begabungen nach Höhe und Richtung fördere und geeignete Bildungswege darbreite, zu schaffen und dadurch zu erhalten, daß die Aufbringung der Schullasten so geregelt werde, daß jeder seine Kinder dem ihrer Begabung gemäßen Bildungswege zuführen könne.¹⁹⁶⁵

¹⁹⁶¹ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 298. Artikel 145 RV lautet indes: „Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.“ Vgl. Reichsgesetzblatt, 1919, S. 1410. Es wurde in der Verfassung demnach gar kein Unterschied gemacht zwischen Normalzug und sonstigen Zügen, so daß für sämtliche Einrichtungen der Volksschule Schulgeldfreiheit gegolten haben könnte. Ob diese nun unbedingt auf die ersten acht Jahre zu beschränken war, ist nach dem Wortlaut zumindest fraglich.

¹⁹⁶² Siehe Kapitel G. III. 3.

¹⁹⁶³ Vgl. Die höhere Schule, 1933, S. 25 (Zitat), 74 und 76.

¹⁹⁶⁴ Zur Konkurrenz zwischen höherer Schule und höheren Abteilungen der Volksschule siehe Kapitel G. III. 5.

¹⁹⁶⁵ Vgl. Die höhere Schule, 1932, S. 167 und 337 (Zitat).

Die Schulgeldsätze an den staatlichen und staatlich unterstützten höheren Schulen 1919–1932

Jahr	Schulgeld	Aufnahmegebühren	Abgangsgebühren	
			mit Reifezeugnis	ohne Reifezeugnis
10/1919	200 M	15 M	15 M	9 M
07/1920	400 M	30 M	30 M	20 M
04/1922	600 M	50 M	50 M	30 M
10/1922	2400 M	200 M	200 M	120 M
01/1923	4800 M	400 M	400 M	240 M
04/1923	18.000 M	1500 M	1500 M	900 M
09/1923	100.000 M	100.000 M	100.000 M	60.000 M
10/1923	10 Mio. M	10 Mio. M	10 Mio. M	6 Mio. M
12/1923	3 GM	3 GM	3 GM	2 GM
02/1924	6 GM	6 GM	6 GM	4 GM
04/1924	96 M	32 M	32 M	24 M
01/1925	120 RM	40 RM	40 RM	28 RM
10/1928	180 RM	10 RM	10 RM	10 RM
04/1932	240 RM			

Anmerkung: Die angegebenen Schulgeldsätze verstehen sich bis einschließlich August 1923 als jährliche, von September 1923 bis einschließlich März 1924 als monatliche, von April 1924 an wieder als jährliche Schulgeldsätze.

Quellen: Verordnungsblatt, 1919, S. 185f.; Ebd., 1920, S. 69f. und 95f.; Ebd., 1922, S. 48f. und 144; Ebd., 1923, S. 3f., 69, 151f. und 204f.; Ebd., 1924, S. 14f., 42 und 107; Ebd., 1928, S. 55f.; Sächsisches Gesetzblatt, 1931, S. 159, Artikel 14 b Absatz 1; Sächsische Staatszeitung, 1923, Nr. 233, Beilage.

Die Gebührensätze für die Teilnahme an Reifeprüfungen an den höheren Schulen 1920–1928

	06/1920	09/1922	01/1923	01/1924	10/1928
Gymnasien					
a) volle Prüfung	100 M	200 M	800 M	30 GM	50 RM
b) Ergänzungsprüfung	80 M	160 M	640 M	25 GM	40 RM
c) Fachprüfung im Hebräischen	30 M	60 M	240 M	15 GM	20 RM
Realgymnasien					
a) volle Prüfung	100 M	200 M	800 M	30 GM	50 RM
b) Ergänzungsprüfung	50 M	100 M	400 M	20 GM	25 RM
Oberrealschulen, Realschulen, höhere Mädchenschulen und Studienanstalten					
	100 M	200 M	800 M	30 GM	50 RM

Quellen: Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, S. 1920, S. 114f.; Sächsisches Gesetzblatt, 1922, S. 556f.; Ebd., 1923, S. 8; Verordnungsblatt, 1924, S. 6f.; Ebd., 1928, S. 59.

VII. Zusammenfassung

Die Entwicklung des sächsischen höheren Schulwesens war durch „Expansion und Differenzierung“¹⁹⁶⁶ gekennzeichnet. Die Zahl der Anstalten wuchs innerhalb eines Jahrhunderts von 13 auf 112 an, wobei seit dem 19. Jahrhundert neben dem humanistischen Gymnasium die Realschule, das Realgymnasium und die Oberrealschule aufkamen, die ihren Unterricht nicht mehr auf die alten Sprachen, sondern die neueren Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften ausrichteten. Mit der grundsätzlichen Gleichberechtigung aller neunstufigen Anstalten zum Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Gymnasium mit grundständigem Latein aus seiner Stellung als alleiniger Vorbereitungsstätte für die Universität verdrängt; die Realanstalten erlangten deutlich das Übergewicht. Eine weitere Differenzierung erfolgte durch die Zulassung der Reformanstalten mit ihrem lateinlosen Unterbau sowie der Einführung der Deutschen Oberschule. Schließlich entwickelte sich gesondert vom Knabenbildungswesen – aber dieselben Berechtigungen verleihend – das Mädchenbildungswesen, deren Hauptform die höhere Mädchenschule war; zum Abitur führten die drei- und sechsklassigen Studienanstalten. Die Gemeinschaftserziehung von Mädchen und Knaben war als Notbehelf nur ausnahmsweise dort zugelassen, wo keine Mädchenbildungsanstalt am Ort vorhanden war.

Die Gründung höherer Schule ging entweder vom Staat oder den Gemeinden aus, die solchenfalls auch für die Unterhaltung aufzukommen hatten. Staatliche Anstalten unterstanden der direkten Aufsicht des Ministeriums, Gemeindeanstalten war eine aus Gemeindevertretern und -mitgliedern bestehende Schulkommission vorgesetzt. Um angesichts der ungünstigen Finanzverhältnisse von Staat und Gemeinden die Unterhaltung der höheren Schulen zu gewährleisten wurden wiederholt die Schulgeldsätze angehoben; zur Unterstützung von Minderbemittelten war Schulgeldermäßigung bzw. -erlaß möglich.

Wirtschafts- und Finanzkrise hatten sich auch auf den Organisationsgrad der höheren Schule ausgewirkt. Infolge des im Jahr 1924 durchgeführten Personalabbaus wurden die Pflichtstunden der Lehrer erhöht sowie die Klassenfrequenz heraufgesetzt. In der Weltwirtschaftskrise waren die Lehrer mit Gehaltskürzungen, Kündigungen sowie zwangsweiser Pensionierung und Versetzung in Wartegeld konfrontiert. Das Ausscheiden von Lehrkräften inmitten des laufenden Schuljahres gefährdete den geordneten Schulbetrieb. Weiter Einschnitte in den Schulorganismus drohten die Leistungsfähigkeit der höheren Schule herabzusetzen. Kritiker sprachen daher vom „Verfall der höheren Schule“.

Nachdem das höhere Schulwesen im Jahr 1876 seine allgemeine gesetzliche Regelung erfahren hatte, befand es sich in einer latenten Schulreform. Im Verordnungswege waren immer wieder versuchsweise Neuerungen genehmigt worden, so die Einführung einer grundständigen neueren Fremdsprache, der Bewegungsfreiheit (Gabelung) sowie von Kern- und Kursunterricht im Oberbau, die Einrichtung von Aufbau- und Förderklassen, Immaturrenprüfungen, sowie die Neugestaltung des Lehrplans. Das erste bedeutende Ereignis zum Beginn der Weimarer Republik war der im Zusammenhang mit der Akademisierung der Volksschullehrerausbildung erfolgte Abbau der Lehrerseminare. Eine tiefgreifende Reform des höheren Schulwesens sollte dann der im Jahr 1923 vom Ministerium für Volksbildung vorgelegte Einheitsschulplan bewirken, der eine je vierjährige Grundschule, Mittelschule und Oberschule vorsah. Während sich der Sächsische Lehrerverein und der Bund Entschiedener Schulreformer mit eigenen Konzeptionen an der Diskussion über den Gesamtaufbau des Schulwesens beteiligten, kämpfte der Sächsische Philologenverein für den Erhalt der höheren Schulen als eigenständige neunstufige Schulformen und schlug statt dessen die Vereinheitlichung des Unterbaues der Einzeltypen vor. Begleitet wurde der Kampf gegen die Einheitsschule wie die Ergebnisse der sozialistischen Schulreform überhaupt durch eine systematische Kampagne, die sogenannte „Hetze gegen die Volksschule“, die einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Lerndefiziten und innerer Schulreform behauptete. Die Regierungsumbildung im Januar 1924 markierte das Ende der Einheitsschulbestrebungen.

¹⁹⁶⁶ Zymek, Bernd: Schulen, S. 171.

Eine grundlegende programmatische Neuordnung erfuhr das höhere Schulwesen mit der im Jahr 1926 vorgelegten Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung. Diese machte – im Gegensatz zu Preußen, das zu den entschiedenen Schultypen zurückgekehrt war – die mit der Differenzierung einhergehende und im System der Reformschulen wurzelnde Tendenz zur Vereinheitlichung der höheren Schulen zum leitenden Prinzip. Die Grundformen der höheren Schulen, die aus den praktischen Bedürfnissen des Lebens hervorgewachsen waren, drängten in ihrem Entwicklungsgang von sich aus zu einer gegliederten höheren Einheitsschule. Daraus ergab sich die Beibehaltung der neunstufigen höheren Lehranstalten bei weitestgehender Angleichung des Unter- und Mittelbaues (mit Englisch als grundständiger neuerer Fremdsprache), auf dem sich eine nach Berufskomplexen differenzierte, aber durch eine Gruppe von Kernfächern zusammengehaltene Oberstufe, aufbaute. Die notwendige Ergänzung erhielt dieses Programm durch den 1932 veröffentlichten Landeslehrplan, der nicht das Trennende der verschiedenen Schularten, sondern die Einheit der höheren Schule betonte. Indem er seine Vorschriften durch Rahmenlehrpläne nach Fächern gliederte und die Aufgaben der Schulgattungen durch Zusätze und Abstriche regelte, schuf er der Vereinheitlichung von innen heraus eine starke Grundlage. Eine Sondergruppe bildeten hier die Gymnasien und Realgymnasien (alten Stils) mit grundständigem Latein, die in ihrer Eigenart bestehen bleiben sollten, solange sie genügend Besucher fanden.

Direkte Rückwirkungen auf die Organisation des höheren Schulwesens hatten sich aus der Zu- und Abnahme seiner Besuchsziffern ergeben. Infolge der Verbreiterung des Rekrutierungsbereichs der höheren Schule hatte die Zahl der Schüler beständig zugenommen. Auf der Oberstufe hielt dieser Trend auch nach 1926 noch an, was zusätzlich dazu geführt hat, daß eine ständig wachsende Zahl von Abiturienten auf die Hochschulen strömte. Daß die Schüler – im Gegensatz zur Vorkriegszeit – immer länger auf der höheren Schule verweilten, stand in wesentlichem Zusammenhang mit Veränderungen im Berechtigungswesen, der Änderung der Funktion der höheren Schule sowie den sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnissen. Von Seiten des Ministeriums für Volksbildung gab es nur ungenügende Mittel, dieser Entwicklung (der Überfüllung der höheren Schule und der Hochschule) entgegenzusteuern. So waren in erster Linie die Lehrer gehalten, die Schülersauslese auf allen Klassenstufen ständig zu verschärfen und nicht ausreichend begabte Schüler auf für sie geeignete Schullaufbahnen zu verweisen. Hierfür kamen die Einrichtungen des auf zehn Schuljahre bemessenen mittleren Schulwesens in Betracht, für das zur Attraktivitätserhöhung als neuer Schulabschluß die mittlere Reife geschaffen worden war. Weiteren Erfolg versprach sich das Ministerium davon, Abiturienten vor der Aufnahme eines Studiums zu warnen. Flankiert wurden diese Bemühungen durch Arbeitsbeschaffungsprogramme. In der Regel hatten diese Maßnahmen nur einen sehr mäßigen Erfolg; Entlastungen traten erst im Zuge des im höheren Schulwesen ablaufenden Schrumpfungsprozesses ein.

Wegen der seit 1926 abnehmenden Gesamtschülerzahlen geriet das höhere Schulwesen in einen Schrumpfungs- bzw. Rückbildungsprozeß. Mit dem Rückgang der Anmeldungen für Sexta sowie der auf allen Klassenstufen zu verzeichnenden Abkehr von der höheren Schule griff in immer stärkerem Maße ein Prozeß der Abbröckelung des höheren Schulwesens von unten her und von innen heraus um sich. Unvermeidlich war daher, daß eine Anzahl neunstufiger Anstalten oder Züge eingehen, eine Anzahl zusammengelegt und eine weitere Anzahl zu sechsstufigen Anstalten zurückgebildet werden mußten. Wie der Abbau bzw. die Verschmelzung von Schuleinrichtungen zu erfolgen hatte, sollte in jedem Einzelfall unter Abwägung der örtlichen Gegebenheiten entschieden werden.

Da im höheren Schulwesen Anstalten existierten, die sich in ihren Lehrplänen immer stärker einander anglichen, aber verschiedenen Ministerien unterstanden, trat zunehmend ein Dualismus in Erscheinung. Das Ministerium für Volksbildung lehnte den Ausbau der höheren Handelsschule zur sechs- oder neunklassigen Vollanstalt ab, weil dies einerseits allen Vereinfachungsbestrebungen zuwidergelaufen wäre, andererseits die oberste Schulbehörde selbst einzelne Typen seines höheren Schulwesens stärker auf das Wirtschaftliche ausrichten wollte. Umgekehrt lehnte das Wirtschaftsministerium die stärkere Orientierung der Realschule auf praktische und wirtschaftliche Fächer ab, um bereits existierende höhere Handels-

schulen nicht in ihrem Bestand zu gefährden. So hemmten sich die Schulen wechselseitig in ihrer Entwicklung. Indem das Ministerium für Volksbildung die Oberaufsicht über die gewerblichen Lehranstalten erhielt, wurde dieser Dualismus in der Zentralinstanz beseitigt; freilich war er vor Ort damit nicht überwunden, wohl aber konnte das Ministerium etwa bestehende Doppelseinrichtungen nun leichter beseitigen und überhaupt planmäßiger agieren.

Wechselseitige Reibungsflächen existierten im mittleren Schulwesen in allen Konstellationen zwischen Realschule, höherer Handelsschule, höherer Abteilung der Volksschule und Berufsschule. Vor allem die durch den Geburtenrückgang bedingte Nichtauslastung bestehender Schuleinrichtungen, die zumal immer mehr dieselben oder ähnliche Bildungsziele verfolgten, ließ die Konkurrenz um die Schulkinder entbrennen. Die höhere Schule wollte zur Kompensation des Sextanerrückgangs die durch die Schülerauslese (und wiederholten Schulgelderhöhungen) von den neunstufigen Anstalten abgeleiteten Schüler im eigenen Schulaufbau behalten, verfügte aber nicht mehr über die hier in Frage kommenden Realschulen, die in Zeiten der Konjunktur ausgebaut worden waren, so daß die Kinder vielfach die höhere Handelsschule oder die höheren Abteilungen der Volksschule besuchten. Zudem erhob nun auch die Berufsschule Anspruch auf das 8. Schuljahr sowie die sechs- und neunstufigen höheren Lehranstalten mit wirtschaftlicher Ausrichtung. Die Vertreter aller Schulgattungen waren mit entsprechenden Grundsatzprogrammen hervorgetreten, um jeweils den eigenen Bereich als Pflegestätte eines besonderen Bildungsgutes für unentbehrlich zu erklären. Verbunden damit war der wechselseitige Vorwurf, jeweils nur auf den Ausbau der eigenen Schulform bedacht zu sein und zugleich in den Arbeitsbereich anderer Schulgattungen einzudringen, um die eigenen Betätigungsmöglichkeiten angesichts von Schülermangel, Spar- und Abbaumaßnahmen zu gewährleisten.

Im Bereich der inneren Verwaltung existierten Bestrebungen zur Beseitigung des autoritativen Direktorats zugunsten der kollegialen Schulverwaltung. Zwar behielt der Direktor grundsätzlich seine Stellung als verantwortlicher Leiter der Anstalt, doch verlor er die Aufsichtsbefugnis über seine Kollegen. Zur Mitwirkung in den Angelegenheiten der Schule war die Lehrerversammlung berufen. Die grundsätzliche Gleichberechtigung von Mann und Frau hatte in der Praxis jedoch nicht dazu geführt, daß befähigte weibliche Lehrkräfte in Leitungspositionen in Schule und Schulverwaltung berufen worden waren.

H. **Schlußbemerkungen**

Ziel der Arbeit war es, einen Überblick über die äußere Schulreform im Freistaat Sachsen in der Zeit der Weimarer Republik zu vermitteln. Da die Kapitel jeweils mit einer Zusammenfassung abschließen, soll auf Wiederholungen verzichtet und statt dessen versucht werden, ein allgemeines Entwicklungsmuster im Gesamtaufbau des Schulwesens zu formulieren: Nach meiner Auffassung ist im Untersuchungszeitraum eine Tendenz zur Vereinheitlichung und Vereinfachung des Schulwesens (sowie der Schulverwaltung) zu konstatieren. Diese wirkte jedoch nicht im Sinne eines organischen Gesamtaufbaues des Schulwesens (Einheitsschule). Vielmehr wurde unter Aufrechterhaltung der äußeren Gliederung – bei gleichzeitiger Schaffung von Anschluß- und Übergangsmöglichkeiten zwischen den Schulgattungen – jeweils eine größere innere Geschlossenheit insbesondere im beruflichen, mittleren und höheren Schulwesen erstrebt.

Auszugehen hat diese Feststellung von einem Schulwesen, das durch Expansion und Differenzierung eine reiche Gliederung erfahren hatte. Die einzelnen Schulgattungen zerfielen in eine Vielzahl von Schultypen, die jeweils der Befriedigung eines bestimmten Bildungsbedürfnisses dienten. Im höheren Schulwesen war zunächst das humanistische Gymnasium die alleinige hochschulvorbereitende Anstalt. Neben dieses traten das Reformgymnasium „Dresdner Ordnung“, das Realgymnasium, das Reformrealgymnasium „Dresdner Ordnung“, das Reformrealgymnasium „Plauener Ordnung“, die Oberrealschule, die Deutsche Oberschule Typ A, die Deutsche Oberschule Typ B, die Aufbauschule sowie – als sechsklassige Anstalt – die Realschule. Für Mädchen existierten die höhere Mädchenschule, die sechsklassige Studienanstalt und die dreiklassige Studienanstalt. An dem Differenzierungsprozeß nahm auch die zunehmende Entwicklung der Fortbildungsschule zur Berufsschule und die Anbahnung seiner Loslösung von der Volksschule Anteil. Vor allem in den Groß- und Mittelstädten konnten gut ausgebaute und fachlich gegliederte Fortbildungsschulen selbständig unter eigener Leitung bestehen. Überwiegend blieben sie aber im Hinblick auf Gemeinsamkeit der Lehrkräfte und Schulräume organisatorisch mit der Volksschule verbunden. Und in jedem Falle wurde die Volks- und Fortbildungsschule einheitlich noch von derselben Ortsbehörde (Schulvorstand) verwaltet; auch bestand eine Gemeinschaft im Hinblick auf die Finanzierung. Und schließlich existierte eine große Vielgestaltigkeit auch im gewerblichen Schulwesen, das grob in Gewerbeschulen, Handelsschulen und Landwirtschaftsschulen mit je weiterer innerer Differenzierung zerfiel.

Diese Schultypenvielfalt rief zunehmend jedoch auch Schulkonkurrenzen hervor. Vor allem die durch den Geburtenrückgang bedingte Abnahme der Schülerzahlen führte dazu, daß die diversen bestehenden Schuleinrichtungen nicht ausgenutzt werden konnten. Die verschiedenen Schulgattungen – vor allem im Bereich des mittleren Schulwesens – standen sich darum als Konkurrenten gegenüber, indem sie auf Kosten der jeweils anderen ihre eigenen Klassen zu füllen bestrebt waren. In diesen Auseinandersetzungen erhielt die Schulgeldfrage besondere Bedeutung. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise zum Ende der Republik nahm die Attraktivität der schulgeldfreien Einrichtungen (vor allem der höheren Volksschulabteilungen) zu, und die schulgeldpflichtigen Anstalten gerieten ins Hintertreffen. Freilich wurde die Schulbahnwahl so nicht mehr durch innere Gründe, sondern allein durch äußere Umstände bestimmt. Schulkonkurrenz war aber auch das Ergebnis der Unterstellung von Schulen, die ähnliche oder gleiche Bildungsziele verfolgten, unter verschiedene Aufsichtsbehörden. Ein solcher Dualismus bestand im beruflichen Schulwesen zwischen dem allgemeinen Fortbildungsschulwesen, das dem Kultusministerium unterstand, einerseits sowie dem dem Wirtschaftsministerium unterstellten gewerblichen Schulwesen andererseits. Im höheren Schulwesen entstand ein Dualismus, indem die Realschule wirtschaftlich orientiert wurde, während die höhere Handelsschule ihren Ausbau zur grundständigen Vollanstalt, entweder in der Form der sechsklassigen Handelsrealschule oder der neunklassigen Wirtschafts Oberschule, erstrebte.

Aus dieser Zersplitterung ergab sich für die Unterrichtsverwaltung die Aufgabe, wieder eine größere Einheitlichkeit im Schulwesen herzustellen.¹⁹⁶⁷ Im Bereich der Elementarbildung wurde dies realisiert mit Ablösung der ständisch strukturierten (dreigliedrigen) Volksschule durch die allgemeine Volksschule, deren Besuch in ihren unteren vier Jahren (Grundschule) für alle Kinder ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis oder den Vermögensstand der Eltern verbindlich war. Jedoch wurden in der allgemeinen Volksschule wiederum Differenzierungen durch die Errichtung von höheren Abteilungen ermöglicht, so daß nun eine Spaltung verlief zwischen den Normalzügen, den höheren Volksschulabteilungen vom 5. bis 8. Schuljahr, sowie den höheren Abteilungen, die sich auf ein 9. und 10. Schuljahr erstreckten und zur mittleren Reife führten. Die Letztgenannten trugen in sich auch die Tendenz zur organisatorischen Selbstständigkeit und zur Überleitung ins mittlere oder höhere Schulwesen. Die Volksschullehrer waren indes bestrebt, die Einheitlichkeit der Volksschule durch das Lehrerkollegium der jeweiligen Anstalt zu wahren. Der sodann im Jahr 1923 vorgelegte Plan einer Einheitsschule für alle Kinder wenigstens bis zum 8. Schuljahr, durch den das höhere Schulwesen wegen Verlusts der Klassenstufen Sexta bis Untertertia sowie Oberprima auf vier Jahre beschränkt worden wäre, wurde infolge des Regierungswechsels im Januar 1924 nicht umgesetzt.

Nachdem die Entscheidung gegen die allgemeine Einheitsschule gefallen war, wurde das höhere Schulwesen im Sinne der gegliederten höheren Einheitsschule umgestaltet. Während anfänglich über die entschiedenen Schultypen und ihre Reformvarianten eine Vielzahl von Laufbahnen zur Hochschule vorhanden war, erfolgte nun die Angleichung der Lehrpläne im Unter- und Mittelbau der höheren Schulen mit Englisch als grundständiger Fremdsprache. Dies erleichterte den Wechsel zwischen den Anstalten und schob die Entscheidung über die für die Kinder zu wählende Schulart auf ein späteres Lebensalter hinaus.¹⁹⁶⁸ Erst im Oberbau trat das Charakteristische der einzelnen Schulform zutage. Durch Gabelung konnten die Begabungen und Berufsneigungen der Schüler berücksichtigt werden. Der Landeslehrplan von 1932 gab die Orientierung auf den zukünftigen Beruf und damit die Differenzierung im Oberbau jedoch wieder auf und betonte statt dessen wieder stärker den allgemeinbildenden Charakter der höheren Schule. Die Vereinfachung des Oberbaus erfolgte vordergründig zur Einsparung von Lehrkräften, womit in der Weltwirtschaftskrise pädagogische Erwägungen gegenüber finanziellen Erfordernissen in den Hintergrund traten. Die Einschränkung der Gabelung war aber auch ein Tribut an die rückläufigen Schülerzahlen, die eine ungenügende Füllung der einzelnen Gabeln und Klassen befürchten ließen. Wegen des seit 1926 ablaufenden Schrumpfungs- bzw. Rückbildungsprozesses mußte eine Anzahl neunstufiger Anstalten oder Züge eingehen, eine Anzahl zusammengelegt und eine weitere Anzahl zu sechsstufigen Anstalten zurückgebildet werden.

Im Bereich des beruflichen und mittleren Schulwesens gab es vor allem eine Reihe von Dualismusschwierigkeiten wegen unterschiedlicher Ressortzugehörigkeit von Schulen, dies sich in Lehrplan und -ziel einander angenähert hatten. Zur Beseitigung dieser Doppeleinrichtungen mußte zunächst Einheitlichkeit in der Zentralverwaltung hergestellt werden. Diese wurde wesentlich erreicht durch Überführung der dem Wirtschaftsministerium unterstehenden fachlichen Schulen in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Volksbildung. Indem allmählich fast alle fachlichen Lehranstalten aus den anfangs zuständigen Fachverwaltungen auf die oberste Schulbehörde übergingen¹⁹⁶⁹, setzte sich auch in der Schulverwaltung die Tendenz zur Vereinheitlichung durch. Die Vereinfachung in der Lokalinstanz ließ sich angesichts der Vielfalt der Schuleinrichtungen, für die zudem unterschiedliche gesetzliche Grundlagen galten, jedoch

¹⁹⁶⁷ Diese Tendenz war auch im Hochschulbereich durch Anschluß kleinerer Spezialhochschulen an größere Einrichtungen zu Tage getreten; so war z. B. 1923 die Angliederung der Tierärztlichen Hochschule Dresden an die Universität Leipzig als Veterinärmedizinische Fakultät, sowie 1929 die Überführung der Forstlichen Hochschule Tharandt als Abteilung in die Technische Hochschule Dresden erfolgt. Vgl. Kuchta, Beatrix: Sächsische Hochschulpolitik in der Weimarer Republik, S. 53.

¹⁹⁶⁸ Eine Sonderstellung nahmen die Gymnasien und Realgymnasien mit grundständigem Latein ein, die einen gemeinsamen dreijährigen Unterbau und dann getrennte Lehrpläne hatten.

¹⁹⁶⁹ Vgl. Schmidt, Gerhard: Ordnungsarbeiten, S. 16.

nicht durch einen allgemeinen Spruch von oben her verwirklichen. Auch wollte sich das Ministerium für Volksbildung nicht festlegen, welche Einrichtung die gegebene sei. So waren im Einzelfall der Abbau und die Verschmelzung von Anstalten je nach den örtlichen Gegebenheiten und unter Mitwirkung aller Beteiligten vorzunehmen. Die Durchführung dieser Maßnahmen ließ sich im Rahmen dieser Arbeit aber nicht überschauen, sondern müßte in lokalen Studien untersucht werden.

Trotz des Festhaltens am gegliederten Schulwesen und dem Streben nach je innerer Geschlossenheit gab es Versuche, die Schulgattungen durch Schaffung von Übergangsmöglichkeiten stärker miteinander zu vernetzen. Grundsätzlich befanden sich Volksschule und Berufsschule zunächst in einer gewissen Isolation bzw. Abseitsstellung ohne Anschluß an weiterführende Bildungseinrichtungen. Verpflichtend für alle Kinder war die gemeinsame vierjährige Grundschule, nach deren Durchlaufen sie entweder in der Volksschule blieben (sei es im Normalzug oder in höheren Abteilungen) oder in die Sexta einer höheren Schule eintraten. Hier wurde also eine entscheidende Weichenstellung für die künftige Schul- und damit Berufslaufbahn getroffen, die zunächst eine endgültige war. Ein späterer Wechsel der Schulgattung wurde dann ermöglicht über die Aufbauschule, die ihre Zöglinge nach erfülltem 7. Schuljahr aufnahm. Die Eröffnung dieses neuen Weges zur Hochschule sollte zur Bildungsgerechtigkeit beitragen. Schwierigkeiten konnten aber dort auftreten, wo Schüler keine oder nur geringe Fremdsprachenkenntnisse mitbrachten. Um den Anschluß an den Unterricht der höheren Schule zu erleichtern, konnten darum Aufbau- und Förderklassen eingerichtet werden.¹⁹⁷⁰ Das 8. Volksschuljahr freilich blieb eine „Sackgasse“¹⁹⁷¹, da ein Anschluß an weiterführende Schulen – mit Ausnahme der Fortbildungsschule – hier nicht gegeben war. Eine weitere Vernetzung wurde schließlich durch das Berechtigungswesen geschaffen. Mit Einführung der mittleren Reife eröffnete sich von der Volks- und Berufsschule aus – nach zehnjährigem Gesamtlehrgang – nun auch der Übergang zur Obersekunda der höheren Schule und damit zur Hochschule. Da der fremdsprachliche Unterricht der höheren Volksschulabteilungen jedoch auf vier Stunden beschränkt war, ergaben sich wiederum praktische Schwierigkeiten bei der Bewältigung des lehrplanmäßigen Pensums.

¹⁹⁷⁰ Ein Wechsel zu Gymnasium und Realgymnasium war dabei eher unwahrscheinlich, da dort bereits seit Sexta Lateinunterricht erteilt wurde, der nicht mehr aufzuholen war. Viel eher kamen die Reformanstalten, die Oberrealschule und die Deutsche Oberschule in Betracht, die eine grundständige neuere Fremdsprache hatten, und wo die zweite Fremdsprache erst in Untertertia (8. Schuljahr) einsetzte.

¹⁹⁷¹ Lang, Johannes: Mittlere Reife und Schulaufbau, S. 24.

I. Bibliographie

I. Ungedruckte Quellen

Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden

10692 Ständeversammlung des Königreichs Sachsen

- 6612 Protocolle der außerordentlichen Deputation zur Vorberathung des Entwurfs eines Volksschulgesetzes, 1871–1873.
- 6613 Das Königliche Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes für das Königreich Sachsen betr., 1871–1873.
- 6614 Das Königliche Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes für das Königreich Sachsen betr., 1871–1873.
- 6615 Das Königliche Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes für das Königreich Sachsen betr., 1871–1873.
- 6616 Das Königliche Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes für das Königreich Sachsen betr., 1871–1873.
- 6855 Das Königliche Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes für das Königreich Sachsen betreffend, 1871–1873.
- 6856 Königl. Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betr., 1871–1873.
- 6857 Entwurf eines Volksschulgesetzes, 1871–1873.
- 6858 Königl. Decret, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betr., 1871–1873.
- 6859 Petitionen, den Entwurf eines Volksschulgesetzes für das Königreich Sachsen betreffend, 1871–1873.
- 6860 Protocolle der außerordentlichen Deputation für das Volksschulgesetz, 1871–1873.
- 7302 Decret No. 36, den Entwurf eines Gesetzes über die höheren Unterrichtsanstalten betreffend, 1875–1876.
- 7303 Decret No. 36, den Entwurf eines Gesetzes über die höheren Unterrichtsanstalten betreffend, 1875–1876.
- 7408 Das Königl. Decret No. 36, den Entwurf eines Gesetzes über die höheren Unterrichtsanstalten betr., 1875–1876.
- 7409 Das Königl. Decret No. 36, den Entwurf eines Gesetzes über die höheren Unterrichtsanstalten betr., 1875–1876.
- 7658 Petition des Gemeindevorstandes Zschoge in Mögen und Gen. um Wiederaufhebung des Instituts der Fortbildungsschule betr., 1877/1878.
- 7880 Das Königliche Decret Nr. 11, die mit der Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen betr., 1879–1880.
- 7982/07 Decret an die Stände, eine Darlegung der mit der Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen betreffend, 1879–1880.
- 7982/36 a Königl. Decret No. 13, den Entwurf zu einem Gesetze über gewerbliche Schulen betreffend, 1879–1880.
- 8372 Das Königl. Decret No. 23, den Entwurf eines Gesetzes, veränderte Bestimmungen über die Realschulen I. und II. Ordnung betreffend, 1883–1884.
- 8520 Das Königl. Decret No. 23, den Entwurf eines Gesetzes, veränderte Bestimmungen über die Realschulen I. u. II. Ordnung betr., 1883–1884.
- 10938 Petition des Verbandes sächs. Lehrerinnen, die Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen für Mädchen betreffend, 1899–1900.
- 12560 Das Kgl. Dekret Nr. 3, betr. die Zulassung von Mädchen in die höheren Schulen, das Kgl. Dekret Nr. 34, die Rücknahme dieser Vorlage betreffend, sowie die zum Kgl. Dekret Nr. 3 eingegangene Petition der sächsischen Abteilung des Vereins Frauenbildung – Frauenstudium in Dresden, die Mädchengymnasialbildung betreffend, 1907–1908.
- 12579 Das Kgl. Dekret Nr. 16, den Entwurf eines Gesetzes über die Oberrealschulen betr., 1907–1908.
- 12580 Das Kgl. Dekret Nr. 58, den Entwurf eines Gesetzes, eine Abänderung des Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 betr., 1907–1908.
- 12876 Königl. Dekrete Nr. 3 und 34, die Zulassung von Mädchen in die höheren Schulen sowie die Zurücknahme dieses Dekretes betreffend, 1907–1908.

- 12913 Königl. Dekret Nr. 16, den Entwurf eines Gesetzes über die Oberrealschulen betreffend, 1907–1908.
- 12914 Königl. Dekret Nr. 58, den Entwurf eines Gesetzes, eine Abänderung des Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 betreffend, 1907–1908.
- 13226 Das Kgl. Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen betr., 1909–1910.
- 13517 Königl. Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen betr., 1909–1910.
- 13518 Königl. Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen betr., 1909–1910.
- 13519 Königl. Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen betreffend, 1909–1910.
- 13785 Präparationen und Protokolle des Vereinigungsverfahrens, 1911–1912.
- 13826 Das Königliche Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes, die Abänderung des Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 betreffend, 1911–1912.
- 14095 Protokolle über das Vereinigungsverfahren beider Kammern, 1911–1912.
- 14133 Königl. Dekret Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 betreffend, 1911–1912.
- 14412 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14413 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14414 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14415 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14416 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14417 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14418 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14419 Den durch das Kgl. Dekret Nr. 28 vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes usw. betreffend, 1911–1912.
- 14421 Protokolle und Stenogramme der Außerordentlichen Deputation für das Königl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betr., 1911–1912.
- 14422 Protokolle und Stenogramme der Zwischen-Deputation für das Königl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betr., 1911–1912.
- 14423 Protokolle der Außerordentl. Deputation. (Dekret Nr. 28, Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend.), 1911–1912.
- 14437 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14438 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14439 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14440 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14441 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14442 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14443 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14444 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14445 Kgl. Dekret Nr. 28, den Entwurf eines Volksschulgesetzes betreffend, 1911/1912.
- 14665 Petition des Vorstandes des Sächsischen Fortbildungsschulvereins zu Chemnitz um gesetzliche Neuregelung des Fortbildungsschulwesens, 1913–1914.
- 14974 Petition des Vorstandes des Sächsischen Fortbildungsschulvereins um gesetzliche Neuregelung des Fortbildungsschulwesens, 1913–1914.
- 15153 Antrag des Abgeordneten Dr. Roth und Genossen, die Vorlegung eines Gewerbeschulgesetzentwurfs betreffend, 1915–1916.

- 15658 Antrag des Abg. Dr. Roth und Genossen, die Vorlegung eines Gewerbeschulgesetzentwurfs betreffend sowie eine hierzu eingegangene Petition, 1915–1916.
- 15740 Antrag des Abgeordneten Dr. Roth und Genossen auf Vereinheitlichung des sächsischen Fachschulwesens sowie die hierzu eingegangenen Petitionen, 1917–1918.
- 15767 Das Königl. Dekret Nr. 32, den Entwurf eines Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen betreffend, 1917–1918.
- 15953 Königl. Dekret Nr. 32, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen betreffend, 1917–1918.
- 16101 Antrag des Abgeordneten Dr. Roth und Genossen auf Vereinheitlichung des sächsischen Fachschulwesens sowie die hierzu eingegangenen Petitionen, 1917–1918.

10693 Volkskammer/Landtag des Freistaates Sachsen 1919–1933

- 8 Druckstücke der zur Verteilung gelangten Petitionen und sonstigen Drucksachen, Bd. 1, 1919–1920.
- 9 Druckstücke der zur Verteilung gelangten Petitionen und sonstigen Drucksachen, Bd. 2, 1919–1920.
- 34 Vorlage 41, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kirchenaustrittsgesetzes betreffend, 1919–1920.
- 42 Vorlage 67, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen vom 16. Juni 1919 betreffend, 1919–1920.
- 49 Vorlage 99, betreffend die Auszahlung der Bezüge an die Lehrer an den Volks- und Fortbildungsschulen, 1919–1920.
- 72 Antrag des Abgeordneten Barthel und Gen. und des Abgeordneten Arzt und Gen., die Auslegung der Bestimmung in § 18 Abs. 3 des Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen v. 22. VII. 1919 betr., 1919–1920.
- 119 Vorlage 19, den Entwurf eines Kirchenaustrittsgesetzes betreffend, 1919–1920.
- 178 Vorlage 97, eine Denkschrift über die Übernahme der vormaligen Kadettenanstalt zu Dresden in die sächsische Unterrichtsverwaltung betreffend, 1919–1920.
- 181 Antrag Bühring und Genossen, Regelung der Beamten- und Lehrergehälter resp. Teuerungszulagen betreffend, 1919–1920.
- 213 Bitteschrift der Stadt Bautzen um Einstellung von Mitteln in den Staatshaushaltsplan zur Unterstützung von höheren Mädchenanstalten und Studienanstalten, 1919–1920.
- 239 Vorlage 15, den Entwurf eines Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen betreffend, 1919–1920.
- 240/1 Unterschriften zur Eingabe des Just.-Rats Dr. Hillig in Leipzig zur Vorlage 15, 1919–1920.
- 241 Vorlage 17, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung der Schulkommissionen der höheren Schulen, 1919–1920.
- 242 Vorlage 18, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeinschaftserziehung an höheren Schulen, 1919–1920.
- 252 Vorlage 53, den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 betreffend, sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben, 1919–1920.
- 253 Vorlage 54, den Entwurf eines Gesetzes über das religiöse Erziehungsrecht betreffend, 1919–1920.
- 260 Vorlage 88, den Entwurf eines Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz vom 30. März 1920 (R.G.Bl. S. 402) betreffend, 1919–1920.
- 268 Antrag des Abgeordneten Arzt und Genossen, die Erteilung des Religionsunterrichts betreffend, 1919–1920.
- 269 Antrag des Abgeordneten Arzt und Genossen auf Erlass eines Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen, Bd. 1, 1919–1920.
- 276 Eingaben des Vereins Sächsischer Schuldirektoren, des Landesverbands Sächsischer Seminarakademiker in Dresden und Genossen, betreffend den § 9 Absatz 4 des Sächsischen Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 (Wahl der Schulleiter), 1919–1920.

- 302 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 1,
1920–1922.
- 303 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 2,
1920–1922.
- 340 Vorlage 83, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das höhere
Mädchenbildungswesen betreffend, 1920–1922.
- 343 Vorlage 94, den Entwurf eines Gesetzes über Gemeinschaftserziehung an den Seminaren
betreffend, 1920–1922.
- 348 Vorlage 119, betreffend die Weiterzahlung der Besoldung der Lehrer an den öffentlichen
allgemeinen Volks- und Fortbildungsschulen, 1920–1922.
- 366 Antrag des Abgeordneten Claus und Gen[ossen] auf Einbringung eines Gesetzentwurfs
wegen Regelung der persönlichen Volksschullasten, 1920–1922.
- 368 Antrag des Abgeordneten Ebert und Genossen auf Beseitigung des Religionsunterrichts
aus der Schule, 1920–1922.
- 372 Antrag des Abg. Barthel und Genossen, Einspruch gegen den Entwurf des neuen
Reichsschulgesetzes betreffend, 1920–1922.
- 412 Sächsischer Berufsschulverein, Dresden: Eingabe, betreffend den Entwurf eines Berufs-
schulgesetzes, 1920–1922.
- 413 Verein Sächsischer Handelsschulmänner, Leisnig: Eingabe, die Regelung des Berufs-
schulwesens betreffend, 1920–1922.
- 414 Verband hauptamtlicher Lehrer an den Berufsschulen Sachsens, Glauchau: Entschlie-
ßung, die Unterstellung des Berufsschulwesens unter das Wirtschaftsministerium betref-
fend, 1920–1922.
- 442 Sächsischer Landesverein für das höhere Mädchenbildungswesen, Lichtenstein-Callnberg,
Eingabe gegen die Gemeinschaftserziehung von Knaben und Mädchen, 1920–1922.
- 471 Der Sächsische Seminarlehrerverein, Dresden, Eingabe, den Landeslehrerbeirat betref-
fend, 1920–1922.
- 472 Der Sächsische Erzieherbund, Eingabe, betreffend die Wahl des Landeslehrerrates,
1920–1922.
- 479 Der Landesverband Sächsischer Frauenvereine, Dresden: Eingabe, betreffend Änderun-
gen im höheren Mädchenbildungswesen, 1920–1922.
- 503 Sächsische Schulvorstände, Eingaben gegen den Reichsschulgesetzentwurf, 1920–1922.
- 516 Der Ausschuß der Elternschaft auswärtiger Oberrealschüler zu Riesa a. d. E., Gröba und
die Elternversammlung der Realschule zu Mittweida usw. Eingaben, betr. die Schul-
gelderhöhung für auswärtige Schüler, 1920–1922.
- 530 Vorstand des Vereins Sächsischer Schuldirektoren, Dresden: Gesuch um Aufhebung von
§ 9 Abs. 4 des Übergangsschulgesetzes, 1920–1922.
- 546 Eingaben gegen die verbindliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem
Lande, 1920–1922.
- 547 Eingaben gegen die verbindliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem
Lande, 1920–1922.
- 548 Eingaben gegen die verbindliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem
Lande, 1920–1922.
- 549 Eingaben gegen die verbindliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem
Lande, 1920–1922.
- 550 Unerledigte Eingaben über den Dualismus im Berufsschulwesen, 1920–1922.
- 581 Vorlage 62, den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der persönlichen Volks-
schullasten zwischen Staat und Schulgemeinden in den Rechnungsjahren 1920 und 1921
betreffend, 1920–1922.
- 665 Akten des Landtags über unerledigte Eingaben, 1920–1922.
- 685 Vorlage 36, den Entwurf eines Gesetzes über die Trennung des Kirchen- und Schul-
dienstes der Volksschullehrer betreffend, 1920–1922.
- 689 Vorlage 48, den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schulgemeinden betref-
fend, 1920–1922.
- 706 Vorlage 99, den Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Lehrerseminare und
Lehrerinnenseminare betreffend, 1920–1922.
- 709 Vorlage 104, den Entwurf eines Schulbedarfsgesetzes betr., 1920–1922.

- 769 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 1, 1922–1926.
- 817 Vorlage 72, den Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Schulbedarfsgesetzes betreffend, 1922–1926.
- 831 Vorlage 108, den Entwurf eines Notgesetz über Schulbeihilfen für gewerbliche Schulen betreffend, 1922–1926.
- 850 Vorlage 174, den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes betreffend, 1922–1926.
- 880 Antrag der Abgeordneten Frl. Dr. Hertwig und Genossen, die Bildung eines ständigen Landesschulbeirates betreffend, 1922–1926.
- 886 Anträge a) des Abgeordneten Dr. Seyfert und Genossen, den Entwurf eines Reichsschulgesetzes betreffend, b) der Abgeordneten Hickmann, Voigt und Genossen, die Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zur Artikel 146 R.V. (Reichsschulgesetz) betr., 1922–1926.
- 888 Antrag des Abgeordneten Hofmann und Gen., das Verbot des Schulgebets an mehreren katholischen Schulen in der Lausitz betr., 1922–1926.
- 892 Antrag des Abgeordneten Anders und Genossen, die Vereinfachung der Verwaltung betreffend, 1922–1926.
- 1075 Landesverband Sächsischer Frauenvereine, Dresden. Eingabe zu der geplanten Reform der höheren Schulen, 1922–1926.
- 1099 Verband Sächsischer Musikschuldirektoren, Dresden: Eingabe, betreffend Unterstellung der Musikschulen unter die Zuständigkeit des Ministeriums für Volksbildung, 1922–1926.
- 1171 Gesamtvorstand des Sächsischen Berufsschulvereins, Dresden, und Genossen: Gesuche um Aufhebung der Verordnungen des Min. des Kult. u. ö. U. vom 8. Febr. 1923 und vom 19.12.21, betreffend die gegenseitigen Beziehungen der Schulen des Kultus- und des Wirtschaftsministeriums bzw. das Berufsschulwesen betr., 1922–1926.
- 1172 Sächsischer Berufsschulverein, Dresden: Eingabe, betreffend die Einbringung eines Berufsschulgesetzes, 1922–1926.
- 1173 Sächsischer Berufsschulverein, Dresden: Eingabe gegen die Aufnahme Volksschulpflichtiger vor Ablauf der achtjährigen Schulpflicht in die Handelsschulen, 1922–1926.
- 1174 Sächsischer Berufsschulverein, Dresden: Eingabe zu Vorlage 108, den Entwurf eines Notgesetzes über Schulbeihilfen für gewerbliche Schulen betr., 1922–1926.
- 1178 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., EntschlieBungen, betreffend Religions- und Schulfragen, 1922–1926.
- 1185 Bund sächsischer Handelsschulmänner und Genossen, Dresden/Bautzen: Gesuch, betreffend gesetzliche Regelung des Handelsschulwesens, 1922–1926.
- 1187 Schutzgemeinschaft für die höheren Schulen, Leipzig, u. a. Eingabe in Sachen der künftigen Gestaltung des höheren Schulwesens, 1922–1926.
- 1188 Sächsischer Lehrerverein, Dresden: Herabsetzung der Pflichtstundenzahl, wahlfreier Unterricht, Klassenstärke und andere Angelegenheiten in den Volksschulen, 1922–1926.
- 1189 Sächsischer Lehrerverein, Dresden, Sächsischer Philologen-Verein, Dresden, u. a., Eingaben zum Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen, 1922–1926.
- 1192 Sächsischer Philologenverein, Dresden, Eingabe gegen die Versetzung des Bezirksschulrates für Dresden I, Oberschulrat Dr. Michel, an das Lehrerinnenseminar Dresden-Johannstadt, 1922–1926.
- 1309 Vorlage 194, den Entwurf eines Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues, 1922–1926.
- 1389 Antrag des Abgeordneten Bertz u. Gen., die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel in den Volks- und Fortbildungsschulen betreffend – Ber. Nr. 100 – mit 1 Eingabe, 1922–1926.
- 1467 Gesuche der Direktoren und Lehrkörper der vier berechtigten Privatrealschulen Sachsens, Dresden, und des Sächsischen Philologenvereins, Dresden, um Gewährung genügend hoher laufender Staatsunterstützungen, 1922–1926.
- 1470 Eingaben, betreffend die Zusammenlegung der Schulaufsichtsbezirke Dresden II und III, Plauen I und II sowie Wurzen und Grimma, 1922–1926.
- 1513 Vorlage 30, den Entwurf eines Gesetzes über die Ausbildung der Volksschullehrer betreffend, 1922–1926.

- 1535 Vorlage 99, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftserziehung an höheren Schulen betreffend, 1922–1926.
- 1536 Vorlage 101, den Entwurf eines Personalabbaugesetzes betreffend, 1922–1926.
- 1537 Vorlage 117, den Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Personalabbaus in den Schulen betreffend, 1922–1926.
- 1540 Vorlage 121, den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Schulgesetzgebung an die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (Anpassungsschulgesetz) betreffend, 1922–1926.
- 1560 Vorlage 175, den Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes betreffend, 1922–1926.
- 1578 Vorlage 234, den Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des gesamten beruflichen Unterrichtswesens (Schulüberleitungsgesetz) betreffend, 1922–1926.
- 1579 Vorlage 235, den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung von Behörden der Evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, 1922–1926.
- 1622 Anträge des Abg. Arzt u. Gen.: a) betreffend die Anzahl der Kirchenaustrittserklärungen, b) betreffend das Offenhalten der Standesämter zur Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen, c) betreffend Mitteilung von Adressen der Eltern neugeborener Kinder an die Pfarrämter durch die Standesämter, 1922–1926.
- 1645 Antrag des Abgeordneten Voigt und Genossen, betreffend Unterrichtsbefreiung von Lehrern und Schülern zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Handlungen und staatlich nicht anerkannten religiösen Feiertagen, 1922–1926.
- 1646 Antrag des Abgeordneten Dr. Seyfert u. Gen. auf Zusammenfassung der in einzelnen Gesetzen verstreuten zusammengehörigen Bestimmungen über den Auf- und Ausbau der Schule, 1922–1926.
- 1647 Antrag des Abgeordneten Dr. Seyfert u. Gen. wegen Erteilung der gleichen Studienberechtigungen an die deutschen Oberschulen und die Aufbauschulen nach Typus A wie der nach Typus B, 1922–1926.
- 1651 Antrag des Abg. Arzt u. Gen., den Wegfall des Religionsunterrichts innerhalb der ersten vier Schuljahre, 1922–1926.
- 1652 Aktenheft über 1. den Antrag des Abg. Arzt u. Genossen, den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen betreffend, 2. den Antrag des Abg. Siegert u. Gen., betreffend die Frage des Schulbesuchs an staatlich nicht anerkannten Feiertagen, 1922–1926.
- 1653 Antrag des Abg. Bertz u. Gen. auf Aufhebung einer Verordnung des Volksbildungsministeriums, die Unterrichtsstunden der Fortbildungsschüler betreffend, 1922–1926.
- 1654 Antrag des Abg. Claus u. Gen., Maßnahmen gegen den drohenden Lehrerüberfluß an Volks- und Berufsschulen betreffend, 1922–1926.
- 1655 Antrag der Abg. Frll. Dr. Hertwig u. Gen. auf Regelung der Klassenstärke für die einzelnen Schulstufen an den höheren Schulen, 1922–1926.
- 1656 Antrag des Abg. Siegert u. Gen., verschiedene Schulfragen betreffend, 1922–1926.
- 1657 Antrag des Abg. Siegert u. Gen., betreffend, die Unterstellung der beruflichen und gewerblichen Schulen für Knaben und Mädchen unter das Wirtschaftsministerium, 1922–1926.
- 1658 Antrag des Abg. Gündel u. Gen., betreffend den Entwurf über die Änderung des Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919, 1922–1926.
- 1703 Verein Sächsischer Schuldirektoren in Dresden, Eingabe wegen Änderung des § 14 des Übergangsschulgesetzes u. a., 1922–1926.
- 1704 Vorstand des Sächsischen Lehrervereins, Dresden, und Zentrale der Elternräte der V.S.P.D., Leipzig, und andere. Gesuch um Ergänzung des § 31 Abs. 4 des Schulbedarfsgesetzes v. 31.7.22, 1922–1926.
- 1706 Gesuch des Sächsischen und Leipziger Berufsschulvereins um Änderung des Schulbedarfsgesetzes in Richtung, daß die Anrechnung des wahlfreien Unterrichts, der stundenmäßig festgelegten Jugendpflege und der Arbeitsstunden in die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte gestattet wird, 1922–1926.
- 1709 Eingaben des Stadtrats, der Stadtverordneten – usw. – zu Radebeul, des Rats und der Stadtverordneten zu Dresden, des Rats der Stadt Leipzig – u. a. – betreffend Änderung des § 31 des Schulbedarfsgesetzes, 1922–1926.
- 1719 Mitteilungen der Staatsregierung gemäß § 1 Abs. 4 des Personalabbaugesetzes über die Wiederbesetzung von Beamten- und Lehrerstellen usw., 1922–1926.

- 1763 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 1, 1926–1929.
- 1766 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 4, 1926–1929.
- 1798 Vorlage Nr. 62, über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Seminarumwandlungsgesetzes, 1926–1929.
- 1803 Vorlage Nr. 83, den Entwurf eines Gesetzes über die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung betreffend, 1926–1929.
- 1817 Antrag des Abg. Böchel u. Gen. auf Zurückziehung des Landeslehrplanes, 1926–1929.
- 1901 Der Christliche Elternverein Neustadt i. Sa., Eingabe, die Rechte der christlichen Staatsbürger betreffend, 1926–1929.
- 2059 Landesverband der Christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe, die Auskunftserteilung an Elternräte betreffend, 1926–1929.
- 2062 Sächsischer Berufsschulverein, Dresden-N.: Eingabe zur gesetzlichen Regelung des Berufsschulwesens, zur Dualismusfrage u. a., 1926–1929.
- 2063 Elternschaft der 18., 19. u. 20. Volksschule in Leipzig: Eingabe gegen die Auskunftserteilung über die Bekenntniszugehörigkeit der Kinder seitens der Eltern volksschulpflichtiger Kinder an die Leitungen der Volksschulen, 1926–1929.
- 2064 Landesverband der Christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A.: Eingabe, enthaltend 3 Entschließungen, betreffend Errichtung von Bekenntnisschulen u. a., 1926–1929.
- 2065 Bezirksverband der Christlichen Elternvereine im Schulaufsichtsbezirk Dresden 3, Radebeul: Eingabe, die Anwendung von Art. 148 Abs. 2 der Reichsverfassung gegenüber der christlichen Elternschaft betreffend, 1926–1929.
- 2068 Bezirksverband Groß-Dresden der christlichen Elternvereine, Eingabe gegen die Schlechterstellung der evangelischen Mehrheit zugunsten Andersdenkender, 1926–1929.
- 2070 Schulbezirksvertretung zu Kötzschenbroda. Eingabe, die Aufhebung des Notgesetzes für gewerbliche Schulen vom 29. Dezember 1923 betreffend, 1926–1929.
- 2073 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingaben, die Abmeldung vom Religionsunterricht betreffend, 1926–1929.
- 2074 Bezirksgruppe III der christliche Elternvereine Dresdens, Eingabe wegen der Beseitigung religiöser Inschriften und Sinnbilder in und an den Schulen, 1926–1929.
- 2075 Bezirksverband Groß-Dresden der christlichen Elternvereine zu Dresden, Eingabe, die religiösen Inschriften und Sinnbilder in und an den Schulen betreffend, 1926–1929.
- 2076 Landesverband Sachsen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands, Dresden, Eingabe gegen die religiöse Umrahmung der Schulfeste, 1926–1929.
- 2077 Die Stadtverordneten zu Dresden, Eingabe gegen die Erteilung von Religionsunterricht im 9. und 10. Schuljahr, 1926–1929.
- 2078 Bezirksverband Groß-Dresden der christlichen Elternvereine, Dresden-A., Eingabe, betreffend Sicherstellung religiöser Unterweisung in Vollklassen über das achte Schuljahr hinaus, 1926–1929.
- 2079 Landesverband Sachsen der christlichen Elternvereine, Dresden-A., Eingabe, betreffend Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht in der Schule, 1926–1929.
- 2080 Stadtrat zu Zwickau zugleich für die Kommission der höheren Schulen in Zwickau. Eingabe, den Schulgelderlaß an den höheren Schulen betreffend, 1926–1929.
- 2082 Bezirkseaternrat der christlichen Elternvereine Groß-Dresden, Dresden, Eingabe gegen die Herausgabe eines Landeslehrplanes, 1926–1929.
- 2083 Sächsischer Lehrerverein, Dresden, Eingabe zum Landeslehrplan, 1926–1929.
- 2087 Verband Sächsischer Lehrerinnen, Leipzig. Eingabe, die Schaffung eines Referats im Volksbildungsministerium, das einer Frau übertragen wird, betreffend, 1926–1929.
- 2153 Sächsischer Lehrerverein, Dresden-N., Eingabe zu den §§ 4 und 5 des Gesetzes über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer, 1926–1929.
- 2164 Niederschriften des Haushaltsausschusses A, Bd. 3, 1926–1929.
- 2228 Anträge, Bd. VIII, 1926–1929.
- 2229 Antrag des Abg. Kaiser u. Gen. auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Verwaltungsreform, 1926–1929.
- 2240 Vorlage Nr. 7, den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes 1927 betreffend, 1926–1929.
- 2241 Vorlage Nr. 40 über den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes 1928, 1926–1929.

- 2242 Vorlage Nr. 76 über den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes 1929, 1926–1929.
 2274 Anträge, Bd. 9, betreffend den Reichsschulgesetzentwurf, 1926–1929.
 2275 Anträge, Bd. 10, 1926–1929.
 2312 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 1, 1929–1930.
 2313 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 2, 1929–1930.
 2330 Vorlage Nr. 32 über den Plan des Ministeriums für Volksbildung für die Ausgestaltung des ihm unterstellten Schulwesens von Ostern 1930 ab, 1929–1930.
 2332 Anfragen der Abgeordneten an die Regierung, Bd. 1, 1929–1930.
 2412 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe, die Ansetzung einer dritten Wochenstunde Religionsunterricht für die obersten drei Schuljahre betreffend, 1929–1930.
 2414 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe, die Beibehaltung des lutherischen Katechismus betreffend, 1929–1930.
 2415 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe gegen die Beseitigung des Religionsunterrichts in den ersten beiden Schuljahren, 1929–1930.
 2416 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe, Änderung des Gesetzes über die Lehreranstellung betreffend, 1929–1930.
 2418 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe wegen dem Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten kirchlichen Feiertagen, 1929–1930.
 2419 Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens, Dresden-A., Eingabe wegen des Begriffs Vertreter der Elternschaft des Schulbezirks, 1929–1930.
 2420 Bezirksverband der christlichen Elternvereine Zwickau-Land, Zwickau, Eingabe gegen die Beseitigung des Religionsunterrichts im 1. und 2. Schuljahr, 1929–1930.
 2422 Ev.-luth. Landesschulverein für Sachsen, Dresden, Eingabe wegen Einbringung eines Landesschulgesetz, 1929–1930.
 2423 Rat der Stadt Leipzig. Eingabe, die Schulgelderhöhung an den höheren Schulen betreffend, 1929–1930.
 2469 Sächsischer Lehrerverein, Dresden-N.: Eingabe zur Verwaltungsreform, Beseitigung des Dualismus im Schulwesen betreffend, 1929–1930.
 2470 Rat der Kreisstadt Zwickau: Eingabe wegen der Vereinheitlichung des Berufsschulwesens, 1929–1930.
 2515 Vorlage Nr. 30 über den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes 1930, 1929–1930.
 2516 Anträge, Bd. 1, 1929–1930.
 2553 Denkschriften und Druckstücke der Regierung, 1930–1933.
 2554 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 1, 1930–1933.
 2555 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 2, 1930–1933.
 2556 Beim Landtag eingegangene und an seine Mitglieder verteilte Druckschriften, Bd. 3, 1930–1933.
 2780 Eingaben gegen die Notverordnung vom 21.9.31, 1930–1933.
 2819 Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins in Berlin, Eingabe, den Umfang und die Wirkungen des Volksschulabbaues betreffend, 1930–1933.
 2823 Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen, Dresden: Eingabe zur Junglehrerfrage, 1930–1933.
 2826 Landesverband Sachsen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands, Eingabe gegen die Wiedereinführung des Katechismusunterrichts u. a., 1930–1933.
 2831 Stadtrat zu Zwickau: Eingabe wegen der Vereinheitlichung des Berufsschulwesens, 1930–1933.
 2832 Verband Sächsischer Buchhändler, Dresden u. a., Eingaben gegen die Sparmaßnahmen im Schulwesen, 1930–1933.
 2858 Sächsischer Lehrerverein, Dresden: Eingabe zur Verwaltungsreform, 1930–1933.
 2955 Sächsischer Lehrerverein, Dresden, Eingabe zu den §§ 4 und 5 des Gesetzes über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer, 1930–1933.

- 2967 Antrag Renner u. Gen. – Nr. 213 – Gehaltskürzungsverordnung vom 8. Dezember 1930, 1930–1933.
- 3249 Anfrage Renner u. Gen. wegen der endgültigen Regelung der Ablösung des Kirchschullehens, 1930–1933.
- 3251 Sächsischer Gemeindetag, Dresden-A., Eingabe wegen der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schulbezirken über das Kirchschullehnsvermögen, 1930–1933.
- 3252 Antrag Siegert und Gen.: Evangelische Sammelschulen bzw. -klassen, 1930–1933.
- 3253 Antrag Renner und Gen. – Nr. 16 – Schulspeisung, 1930–1933.
- 3255 Antrag Renner und Gen. – Nr. 94 – Stundenbedarf an Volks- und Berufsschulen, 1930–1933.
- 3258 Antrag Bley, Fischer (Dresden), Bekenntnisschulen, Religionsunterricht, 1930–1933.
- 3263 Anfrage Siegert u. Gen., Agitation des Bezirkslehrervereins zu Bischofswerda gegen die Erteilung des Religionsunterrichts, 1930–1933.
- 3264 Antrag Siegert u. Gen., § 3 Abs. 2 des Schulbezirksgesetzes vom 17.7.1926 (Schulvermögen) 1930–1933.
- 3272 Anträge: Arndt u. Gen. – Nr. 638 – Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens; Renner u. Gen. – Nr. 639 – Durchführung der zu Kap. 71 [Staatshaushaltplan] 1931 (Volks- und Berufsschulen) gefaßten Beschlüsse; Arndt u. Gen. – Nr. 651 – Bildung eines Fonds zur Beschäftigung stellenlos gewordener Junglehrer, 1930–1933.
- 3277 Anfrage Arndt u. Gen. – Nr. 1101 –, Verwendung von 20 v. H. der Schulgeld-Solleinnahmen für Schulgelderlaß, 1930–1933.
- 3278 Antrag Renner u. Gen. – Nr. 1113 – wegen der Durchführung der bei Beratung der Kap. 71 und 71 a gefaßten Beschlüsse auf Aufhebung der Sparverordnungen im Schulbetriebe und Vorlegung einer Denkschrift über die Entwicklung des Gesundheitszustandes der Schüler, 1930–1933.
- 3280 Antrag Renner u. Gen. – Nr. 1136 – gegen die durch die Sparmaßnahmen auf schulischem Gebiet eingetretenen Mißstände, 1930–1933.
- 3286 Anfrage D. Hickmann u. Gen. – Nr. 1224 – wegen ausreichender Beheizung aller Schulen des Landes, 1930–1933.
- 3293 Anfrage Siegert u. Gen. – Nr. 814 – wegen der Abbaumaßnahmen im höheren Schulwesen, 1930–1933.
- 3294 Antrag D. Hickmann, Hardt u. Gen. – Nr. 1096 – gegen die Sparmaßnahmen der Regierung auf dem Gebiete des höheren Schulwesens, 1930–1933.
- 3295 Antrag Arndt u. Gen. – Nr. 1102 – gegen die Beseitigung des 9. und 10. Schuljahres der Volksschulen zugunsten eines weiteren Ausbaues des Realschulwesens, 1930–1933.
- 3300 Kurze Anfrage D. Hickmann, Hardt, Voigt – Nr. 674 – Schulgeldmaßnahmen (höhere Schulen), 1930–1933.
- 3303 Antrag Arndt u. Gen. – Nr. 148 – und Bretschneider, Claus, Dr. Kastner – Nr. 170 – neuntes Schuljahr, 1930–1933.
- 3304 Antrag Dr. Bünger, DVP: Einspruch gegen die Klassenzusammensetzungen in den Volksschulen, 1930–1933.
- 3308 Kurze Anfrage Dieckmann, Hickmann, wegen Erteilung des Religionsunterrichts an den sächsischen Volksschulen, 1930–1933.
- 3314 Anfrage D. Hickmann, Voigt u. Gen. wegen des Fortbestands der landwirtschaftlichen Schulen Sachsens, 1930–1933.
- 3315 Antrag Voigt, D. Hickmann, Hardt und Gen., Religionsunterricht an den Berufsschulen, 1930–1933.

10701 Staatskanzlei

- 203 Ernennung, Versetzung u. Entlassung v. Beamten, 1923–1925.
- 321 Schul-Angelegenheiten, 1919–1922.
- 322 Schul-Angelegenheiten, 1922–1927.
- 324 Berufsschulen, 1920–1924.

10717	Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten
1107	Abbau- u. Ersparnisprogramm der Reichsregierung, 1923–1930.
5002	Beamtenabbau, 1923–1929.
5359	Reichs-Notverordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Allgemeines, 1930–1931.
5360	Reichs-Notverordnungen. Sicherung der Reichsfinanzen. 1931–1933.
5361	In der Finanzmin.-Konferenz v. 20.9.1932 eingesetzter Sparausschuß, 1932–1933.
5364/1	Wirtschaftskrise, 1931–1932.
5418	Finanzwesen Sachsens. Allgemeines, 1899–1931
5419	Finanzwesen Sachsens. Allgemeines, 1932.
5432	a.) Bericht d. Finanz-Min. über die Finanzlage Sachsens, 1931; b.) Bericht über die Verhandlungen des Reichsratsausschusses zur Finanzlage von Reich und Ländern, 1932; c.) Gewährung eines Kassenkredits, 1932.
9044	Reichsschulkonferenz/Reichsschulausschuß, 1919–1933.
9047	Religionsunterricht, 1920–1935.
9048	Fortbildungsschulwesen, 1920–1935.
9051	Höheres Schulwesen, 1923–1934.
9061	Berufshilfe für Abiturienten, 1932–1935.
9062	Ersparnismaßnahmen im sächs. Schulwesen, 1932–1934.
10719	Gesandtschaft Berlin
1005	Reichs-Schulgesetz, 1921–1924.
1006	Reichsschulgesetz, 1925–1927.
10736	Ministerium des Innern
9339	Verwaltungsreform in Sachsen. Eingaben zur Schieckschen Denkschrift, 1928–1929.
9341	Verwaltungsreform in Sachsen. Schieck'sche Denkschrift, 1928–1933.
9344	Verwaltungsreform in Sachsen. Spezialstaatsverwaltungsstellen (Fachdienststellen), 1928.
11394	Landeskulturrat und landwirtschaftl. Angel., 1908–1921.
11125	Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts
10281/26	Sächsisches Akademisches Auskunftsamt für Studien- und Berufsfragen, 1932–1936.
10333	Die Organisation des Ministerii des Cultus, 1831–1845.
10334	Die Organisation des Ministerii des Cultus, 1845–1870.
10335	Die Organisation des Ministeriums des Kultus, 1871–1896.
10335/1	Die Organisation des Ministeriums des Kultus, 1896–1911.
10335/2	Die Organisation des Ministeriums des Kultus, 1911–1922.
10335/3	Die Organisation des Ministeriums des Kultus, 1919–1925.
10363	Das Regulativ über die Ressortverhältnisse zwischen dem Ministerio des Kultus und öffentlichen Unterrichts und den in Evangelicis beauftragten Staatsministern betr., 1837–1891.
10573/45	Besoldungsgesetz, 1930–1932.
10573/81	Personalabbau, Entstehungsgeschichte der VO. u. des Ges. betr., 1923–1924.
10573/82	Personalabbau, Eingaben von Berufsorganisationen, 1923–1924.
10573/83	Personalabbau, 1923–1925.
10573/84	Personalabbau, 1923–1932.
10573/85	Personalabbau, 1923–1937.
10573/86	Landeschulbeirat, 1920–1933.
10573/101	Sparmaßnahmen im sächsischen Schulwesen, 1933.
11283/1	Erlaß eines Gesetzes über das höhere Unterrichtswesen, 1872–1875.
11284	Erlaß eines Gesetzes über das höhere Unterrichtswesen, 1875–1876.
11287/5	Gesetz über das höhere Schulwesen, 1910–1916.
11529	Reform der sächsischen Gymnasien, 1888–1913.
11864/62	Philologen pp. Vereine, Versammlungen usw., 1914–1926.

- 11864/185 Gesetz über das höhere Mädchenbildungswesen vom 16. Juni 1910, 1905–1909.
- 11864/186 Gesetz über das höhere Mädchenbildungswesen vom 16. Juni 1910, 1909–1911.
- 11864/187 Das höh. Mädchenbildungswesen, 1911–1918.
- 11864/188 Das höh. Mädchenbildungswesen, 1917–1920.
- 11864/189 Das höhere Mädchenbildungswesen, 1919–1925.
- 11864/190 Das höhere Mädchenbildungswesen, 1925–1931.
- 11864/214 Realschulwesen, 1908–1924.
- 11864/230 Aufnahme von Mädchen an den Gymnasien, 1911–1914.
- 11864/231 Aufnahme von Mädchen an den Gymnasien, 1914–1916.
- 11864/232 Aufnahme von Mädchen an den Gymnasien, 1916–1918.
- 11864/233 Aufnahme von Mädchen a. d. Gymnasien u.s.w. u. gastweise Teilnahme am Unterrichte, 1918–1919.
- 11864/234 Aufnahme von Mädchen a. d. Gymn. u.s.w. und gastweise Teilnahme am Unterrichte, 1919–1925.
- 11864/251 Staatshaushaltplan für die Gym., Realgym. usw., Kap. 70, 1926–1928.
- 11864/252 Staatshaushaltplan für die Gym., Realgym. – Rj. 1928 –, 1927–1928.
- 11864/254 Staatshaushaltplan für die Gymnasien usw., Kap. 70 – Rj. 1930 –, 1929–1930/1931.
- 11864/255 Staatshaushaltplan für die Gym., Realgym. usw., 1930–1931.
- 11864/284 Berechtigungen der höheren Mädchenbildungsanstalten, 1911–1915.
- 11864/390 Reichsschulsausschuß [Reichsschulkonferenz], 1919–1922.
- 11864/408 Personalabbau bei den höheren Lehranstalten, 1923–1924.
- 11864/409 Befugnisse der Schulleiter und der Lehrerversammlungen, 1922.
- 11864/410 Ausschuß für das Unterrichtswesen, 1924–1926.
- 11864/411 Ausschuß für das Unterrichtswesen, 1926–1929.
- 11864/412 Ausschuß für das Unterrichtswesen, 1929–1932.
- 11864/413 Ausschuß für das Unterrichtswesen, 1932–1934.
- 11864/414 Aufnahme der Grundschüler in die höhere Schule, 1924–1927.
- 11864/416 Aufnahme der Grundschüler in die höhere Schule, 1928–1932.
- 11864/421 Mittlere Reife, 1921–1926.
- 11864/422 Mittlere Reife, 1926–1927.
- 11864/423 Mittlere Reife, 1928–1931.
- 11864/429 Abbau der Vorschulen (zur Durchführung des Grundschulgesetzes), 1920–1932.
- 11864/437 Wirtschaftsoberschulen, 1925–1933.
- 11864/459 Maßnahmen gegen die Überfüllung der höheren Schulen u. Hochschulen, 1931–1933.
- 11864/460 Maßnahmen gegen die Überfüllung der höheren Schulen u. Hochschulen, 1933–1934.
- 11864/461 Maßnahmen gegen die Überfüllung der höheren Schulen u. Hochschulen, 1933–1934.
- 11864/462 Maßnahmen gegen die Überfüllung der höheren Schulen u. Hochschulen, 1934–1936.
- 11864/477 Wirtschaftsoberschulen, 1931–1939.
- 12881/224 Entwurf eines Gesetzes, die Umwandlung der Volksschullehrerseminare und der Lehrerinnenseminare in andere höhere Lehranstalten betr., 1920–1928.
- 12881/238 Gemeinschaftserziehung an den Seminaren, 1921–1924.
- 12881/266 Umwandlung der Volksschullehrerseminare und der Lehrerinnenseminare in andere höhere Lehranstalten betreffend, 1921–1929.
- 13058/9 Ausführung des Grunderwerbssteuergesetzes und des Landessteuergesetzes, 1919–1922.
- 13058/18 Erlaß eines Gesetzes über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Lehrer, 1919–1923.
- 13058/30 Vermögensauseinandersetzung an Kirchschullehen, 1923–1930.
- 13058/31 Vermögensauseinandersetzung an Kirchschullehen, 1929–1932.
- 13058/169 Vermögensauseinandersetzung an Kirchschullehen, 1924–1946.
- 13106/8 Elementarvolksschulwesen, 1916–1919.
- 13106/9 Angelegenheiten der allgemeinen Volksschule, 1918–1919.
- 13106/13 Übergangsgesetz für das Volksschulwesen, 1919.
- 13106/14 Angelegenheiten der allgemeinen Volksschule, 1921–1926.
- 13106/15 Angelegenheiten der allgemeinen Volksschule, 1926–1929.
- 13106/16 Allgemeine Angelegenheiten der Volksschulen, 1929–1933.
- 13106/17 Entscheidungen zum Übergangsschulgesetz, 1919.

- 13106/18 Sitzungs-Niederschriften der ständischen außerord. Deputation für das Volksschulgesetz, 1912.
- 13106/19 Sitzungs-Niederschriften der ständischen Zwischendeputation für das Volksschulgesetz, 1912.
- 13106/20 Neuregelung des Volksschulwesens, 1907–1909.
- 13106/21 Neuregelung des Volksschulwesens, 1909–1910.
- 13106/22 Aufhebung der Ortsschulinspektion der Geistlichen bzw. Reform des Religionsunterrichts, 1908–1910.
- 13106/23 Aufhebung der Ortsschulinspektion der Geistlichen bzw. Reform des Religionsunterrichts, 1909–1914.
- 13106/24 Umgestaltung des Volksschulwesens, 1910–1911
- 13106/25 Umgestaltung des Volksschulwesens, 1911.
- 13106/26 Umgestaltung des Volksschulwesens, 1911–1912.
- 13106/27 Umgestaltung des Volksschulwesens, 1911–1918.
- 13166 Die Vertretung der Schulgemeinden, 1842–1846.
- 13198 Fortbildungsschulen, 1874–1876.
- 13199 Fortbildungsschulen, 1877–1879.
- 13200 Berichte der Bezirksschulinspektoren über den Stand des Fortbildungsschulwesens, 1879.
- 13201 Fortbildungsschulen, 1880–1888.
- 13202 Fortbildungsschulen, 1889–1897.
- 13202/1 Fortbildungsschulen, 1897–1901.
- 13202/3 Fortbildungsschulen, 1897–1908.
- 13202/4 Fortbildungsschulen, 1909–1915.
- 13313ff. Die Anstellung der Bezirksschulinspektoren, 1874–1915.
- 13316/6 Die Bezirksschulinspektoren, 1917–1919.
- 13316/7 Bezirksschulräte, Anstellung, 1920–1922.
- 13316/8 Allgemeine Angelegenheiten der Bezirksschulräte, 1921–1924.
- 13316/9 Allgemeine Angelegenheiten der Bezirksschulräte, 1924–1926.
- 13316/10 Die Anstellung der Bezirksschulinspektoren, 1926–1929.
- 13342 Die allgemeinen Angelegenheiten der Bezirksschulinspektionen, 1874–1878.
- 13343 Die allgemeinen Angelegenheiten der Bezirksschulinspektionen, 1878–1884.
- 13344 Die allgemeinen Angelegenheiten der Bezirksschulinspektionen, 1885–1890.
- 13344/1 Beurlaubung von Bezirksschulräten, 1920–1921.
- 13365/5 Religionsunterricht in der Volksschule, 1919–1921.
- 13365/6 Religionsunterricht an der Volksschule, 1920–1921.
- 13365/7 Religionsunterricht an der Volksschule, 1921–1923.
- 13365/8 Religionsunterricht an der Volksschule, 1922–1926.
- 13365/9 Religionsunterricht an der Volksschule, 1926–1928.
- 13365/10 Religionsunterricht an der Volksschule, 1929–1931.
- 13365/11 Religionsunterricht (Moralunterricht usw.), 1918–1919.
- 13383/7 Ortsschulinspektionsverhältnisse (Ortsschulaufsicht), 1917–1921.
- 13385ff. Wahl und Zusammenstellung der Schulvorstände (Schulausschüsse), 1874–1920.
- 13394 Schulvorstände [Schulbezirksvorstände usw.], Schulausschüsse, 1919–1922.
- 13395 Schulbezirksvorstand, 1922–1927.
- 13396 Schulausschuß, 1928–1934.
- 13397 Entscheidungen zum Übergangsgesetz (Schulvorst[and]), 1918–1920.
- 13421ff. Jahresberichte der Bezirksschulinspektoren/Exposés über den Stand des sächsischen Volksschulwesens, 1875–1917.
- 13565 a) Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1918, b) Berichte über den Religionsunterricht, 1919.
- 13566 Jahresberichte der Bezirksschulräte auf das Jahr 1919, 1920.
- 13567 Jahresberichte der Bezirksschulräte auf das Jahr 1920, 1921.
- 13568 Jahresberichte der Bezirksschulräte auf das Jahr 1921, 1922.
- 13569 Jahresberichte der Bezirksschulräte auf das Jahr 1922, 1923.
- 13586 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1923, 1924.
- 13587 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1924, Bd. 1, 1925.
- 13588 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1924, Bd. 2, 1925.

- 13589 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1925, Bd. 1, 1926.
 13590 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1925, Bd. 2, 1926.
 13591 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1926, Bd. 1, 1927.
 13592 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1926, Bd. 2, 1927.
 13593 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1927, Bd. 1, 1928.
 13594 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1927, Bd. 2, 1928.
 13595 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1928/1929, Bd. 1, 1929.
 13596 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1928/1929, Bd. 2, 1929.
 13597 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1929/1930, Bd. 1, 1930.
 13598 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1930/1931, Bd. 1, 1931.
 13599 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1929/1930, Bd. 2, 1930.
 13600 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1930/1931, Bd. 2, 1931.
 13601 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1931/1932, Bd. 1, 1932.
 13602 Jahresberichte der Bezirksschulräte für das Jahr 1931/1932, Bd. 2, 1932.
 13603ff. 27.-43. Bericht über den Stand des Volksschulwesens in den Jahren 1901–1917, 1902–1918.
 13620 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulinspektoren, 1875–1883.
 13621 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulinspektoren, 1884–1892.
 13621/1 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulinspektoren, 1893–1900.
 13622 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulinspektoren, 1901–1921.
 13623 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulinspektoren, 1908–1913.
 13624 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulinspektoren, 1913–1921.
 13625 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulräten, 1922–1928.
 13626 Jahreskonferenzen mit den Bezirksschulräten, 1928–1930.
 13638 Hauptkonferenzen der Lehrer sowie Hilfslehrerkonferenzen, 1908–1923.
 13649 Lehrplan für den Unterricht in einfachen Volksschulen, 1906–1924.
 13650 Lehrplan in Volksschulen, 1924–1927.
 13651 Landeslehrplan für die Volksschule, 1926–1933.
 13720 Einrichtungen bezüglich der Fortbildung von Mädchen, 1888–1920.
 13721 Mädchenfortbildungsschule, 1920–1923.
 13813 Etat, Kap. 96, Volksschulen, 1912/1913–1922, 1911–1924.
 13815 Staatshaushaltsplan, Kap. 96, 1924, 1923–1925.
 13820 Staatshaushaltsplan, Kap. 71, 1929, 1928–1931.
 13824 Die Expeditionsbeamten bei den Bezirksschulinspektoren, 1909–1924.
 13837 Schulsteuergesetze, 1913–1923.
 13851 Grundschule, 1919–1925.
 13854 Schulleiter (Schuldirektoren), 1919–1921.
 13855 Schulleiter (Schuldirektoren), 1921–1923.
 13856 Schulleiter, 1922–1927.
 13857 Schulleiter und Schulleitung (Volksschule), 1927–1930.
 13858 Schulleiter und Schulleitung (Volksschule), 1930–1934.
 13860 Übernahme der Schullasten auf den Staat, 1917–1921.
 13861 Schulbedarfsgesetz, 1920–1921.
 13862 Gesetz über die Verteilung der persönlichen Volksschullasten zwischen Staat und Schulgemeinden in den Rechnungsjahren 1920 und 1921, 1921–1922.
 13863 Übernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat, 1919–1922.
 13864 Schulbedarfsgesetz, 1921–1922.
 13865 Schulbedarfsgesetz, 1922.
 13866 Ausführungsverordnung zum Schulbedarfsgesetz, 1922–1923.
 13872 Schulbedarfs-Gesetz, Wirtschaftsplan. Berechnung zur VO Nr. 68 v. 4.9.1928, 1929–1930.
 13874 Schuländerungs-Gesetz, 1924–1925.
 13875 Ausführungs-Verordnung zum Schuländerungs-Gesetz, 1925–1931.
 13876 Schuländerungs-Gesetz 1927, 1927.
 13877 Schuländerungs-Gesetz 1928, 1927–1928.
 13878 Schuländerungs-Gesetz 1929, 1928–1929.
 13879 Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz, 1920.

- 13880/1 Elternversammlung, Elternrat, 1919–1924.
 13880/2 Elternversammlung, Elternrat, 1924–1927.
 13880/3 Elternversammlung, Elternrat, 1927–1931.
 13881 Lernmittel in der Volksschule 1920–1921.
 13882 Lernmittel in der Volksschule, 1921–1924.
 13885 Lernmittel in der Volksschule, 1926–1928.
 13886 Lernmittel in der Volksschule, 1928.
 13887 Lernmittel in der Volksschule. Allgemeines, 1928–1933.
 13889 Art. 146, Abs. 2 der Reichsverfassung, 1919–1925.
 13890 Reichsschulgesetz (Gesetz zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen), 1925–1927.
 13891 Gesetz zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 und 149 der Reichsverfassung – von Keudelscher Entwurf –, 1927–1929.
 13893 Volksschule und Kirche, 1921–1923.
 13894 Volksschule und Kirche, 1923–1924.
 13895 Volksschule und Kirche, 1924–1929.
 13905 Überweisung der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer an die Schulbezirke, 1921–1922.
 13917 Lehrer-Abbau, 1923–1925.
 13918 Lehrerabbau, 1924.
 13919 Lehrerabbau, 1924.
 13920 Lehrerabbau, 1924–1926.
 13921 Lehrerabbau, 1924.
 13922 Lehrerabbau, 1924.
 13923 Lehrerabbau, 1924.
 13925 Klagen über die Volksschule und ihre Behebung, 1924–1927.
 13928 Jahresberichte der Bezirksschulräte über die Fortbildungs-(Berufs-)Schulen. Berichtsjahre 1925/26 u. 1926/27, 1925–1927.
 13929 Jahresberichte der Bezirksschulräte über die Berufsschulen auf das Jahr 1927/28, 1928.
 13930 Jahresberichte der Bezirksschulräte über die Berufsschulen. Berichtsjahr 1928/29, 1929.
 13931 Jahresberichte der Bezirksschulräte über die Berufsschulen. Berichtsjahr 1929/30, 1930.
 13932 Jahresberichte der Bezirksschulräte über die Berufsschulen. Berichtsjahr 1930/31, 1931.
 13933 Jahresberichte der Bezirksschulräte über die Berufsschulen. Berichtsjahr, 1931/32, 1932–1933.
 13934 Übersichten über die Fortbildungsschulen, 1920.
 13947 a Gesetz zur Vereinheitlichung des gesamten beruflichen Unterrichtswesens (Schulüberleitungsgesetz), 1925–1927.
 13950 Sparmaßnahmen 1931, 1931–1933.
 13951 Sparmaßnahmen 1931, 1931.
 13952 Sparmaßnahmen 1931, 1931.
 13953 Sparmaßnahmen 1931, 1931.
 13954 Sparmaßnahmen 1931, 1931–1932.
 13955 Sparmaßnahmen 1931, 1931.
 14493 Allgemeine Anstellungs-, Dienst- und Urlaubsverhältnisse, Besoldungsdienstalter der Beamten und Lehrer, allg. Unterstützungsangelegenheiten, (Beamten- u. Lehrerausschüsse), 1919–1922.
 14497 Schulreform (Allgemeines), 1919–1923.
 14498 Schulreform (Allgemeines), 1923–1924.
 14499 Schulreform (Allgemeines), 1924–1926.
 14502 Schulreform (Allgemeines) – Denkschrift –, 1926.
 14503 Schulreform (Allgemeines) – Denkschrift –, 1926–1933.
 14504 Gutachten über die Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen (Denkschr. des Min. f. Volksb., 1927–1929.
 14505 Schulreform (Allgemeines) – Lehrpläne –, 1926–1930.
 14508 Schulreform – Verschiedenes –, 1924–1928.
 14509 Schulreform – Verschiedenes –, 1928–1931.
 14510 Aufbau- & Oberschule, 1920–1921.

- 14511 Aufbau- u. Oberschule, 1922–1931.
- 14522 Erhöhung der Staatsbeihilfen für höhere Gemeinde-Lehranstalten, 1920–1922.
- 14528 Landesschulausschuß, 1917–1919.
- 14529 Tagung des Landesschulausschusses 1920, 1919–1920.
- 14548 Gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse durch die Länder, 1921–1925.
- 14567 Schulunterricht und Kirche, 1921–1926.
- 16058 Restlose Unterstellung d. Bergakademie unter d. Min. f. V., 1936–1940.
- 16104 Vereinheitlichung des sächsischen Fachschulwesens, Antrag Roth, 1917–1918.
- 16105 Vereinheitlichung des sächs. Fachschulwesens, 1919–1920.
- 16106 Vereinheitlichung des sächs. Fachschulwesens, 1921–1924.
- 16107 Vereinheitlichung des sächs. Fachschulwesens, 1925–1927.
- 16108 Vereinheitlichung des sächs. Fachschulwesens, 1928–1931.
- 16109 Vereinheitlichung des sächs. Fachschulwesens, 1930–1933.
- 16111 Sächs. Berufsschulverein, 1923–1930.
- 16115 Das Verhältnis der gewerbl. Fach- und Fortbildungsschule zur Pflichtfortbildungsschule, 1904–1912.
- 16118 Volksschulwesen, Allgemeines, 1922–1931.
- 16119 Abbau der Schulen, 1923–1924.
- 16121 Grundsatz-Akten, 1929–1945.
- 16123 Volksschul-Gesetz, 1911–1912.
- 16124 Volksschulgesetz, 1912–1929.
- 16125 Übergangsgesetz für das Schulwesen, insbesondere für das Volksschulwesen, 1919–1925.
- 16127 Reichsgesetze über die Berufsschulpflicht – Reichs-Fortbildungsschulgesetz –, 1920–1927.
- 16128 Sächsisches Berufsschulgesetz, 1920–1923.
- 16129 Sächs. Berufsschulgesetz, 1923–1924.
- 16130 Berufsschulgesetz, 1925–1926.
- 16131 Sächsisches Berufsschulgesetz, 1926.
- 16132 Berufsschulgesetz, 1926–1927.
- 16134 Schulbedarfsgesetz, 1921–1922.
- 16144 Landesschulausschuß zur Prüfung des gesamten öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesens, 1917–1920.
- 16157 Übergang des Berufs- und Fachschulwesens auf das Ministerium für Volksbildung, 1934.
- 16158 Überführung der zum Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums gehörigen Fachschulen in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Volksbildung, 1934–1936.
- 16249 Maßnahmen wegen des Schülerrückganges, 1928–1933.
- 16250 Mittlere Reife, 1925–1928.
- 16251 Mittlere Reife, 1927–1931.
- 16253 Mittlere Reife, 1932.
- 16273 Ausschuß für das Unterrichtswesen, 1921–1930.
- 16274 Ausschuß für das Unterrichtswesen, 1931–1934.
- 16294 Maßnahmen zur Linderung der Lernmittelnnot (Lernmittelfreiheit usw.), 1922–1924.
- 16304 Entwurf zu einem Landeslehrplan für die Berufsschulen Sachsens, 1931.
- 16405 Sächsischer Philologenverein, 1918–1927.
- 16406 Sächs. Philologenverein, 1929–1935.
- 16420 Auskunftserteilungen über das gewerbliche Schulwesen Sachsen, 1910–1926.
- 16450 Gewerbliche Schulen. Allgemeines, 1899–1901.
- 16453 Gewerbliche Schulen. Allgemeines, 1904–1906.
- 16455 Gewerbliche Schulen, Allgemeines, 1908–1910.
- 16457 Gewerbliche Schulen, Allgemeines, 1914–1920.
- 16459 Gewerbl. Schulen, Allgemeines, 1931–1932.
- 16460 Gewerbl. Schulen, Allgemeines, 1933–1934.
- 16465 Jahresberichte der Gewerbeschulräte, 1933.
- 16520 Gewerbeschulausschuß, 1917–1923.
- 16521 Verband sächsischer Gewerbeschulmänner, 1905–1922.
- 16522 Vereinigung gewerblicher Lehrer Sachsens, 1918–1921.
- 16537 Gewerbeschulrat Chemnitz, 1914–1928.

- 16542 Beaufsichtigung der gewerbl. Lehranstalten durch die Gewerbe-Schulräte u. durch Beauftragte des Ministeriums, 1919–1936.
- 18279 Handelsschulen, Allgemeines, 1908–1912.
- 18280 Handelsschulen, Allgemeines, 1913–1921.
- 18281 Handelsschulen, Allgemeines, 1928–1931.
- 18281/1 Wirtschaftsschulen, Wirtschaftsoberschulen, 1920–1928.
- 18281/2 Wirtschaftsschulen, Wirtschaftsoberschulen, 1928–1933.
- 18297 Beirat für das Handelsschulwesen, 1912–1930.
- 18299 Gewerbeschulrat Dresden II – Handelsschulen –, 1904–1930.
- 18301 Beaufsichtigung der höheren Handelsschulen des Landes, 1910–1922.
- 18302 Handelsrealschulen, 1919–1923.
- 18303 Handelsrealschulen, 1918–1925.
- 18304 Handelsjahresschulen (Handelsvorschulen), 1911–1925.
- 18315 Verein sächsischer Handelsschulmänner, 1905–1921.
- 18316 Bund sächsischer Handelsschulmänner, 1921–1925.
- 18529 Gesetzliche Einführung der Fortbildungsschulpflicht für Mädchen, 1907–1923.
- 18765 Neuordnung des Fortbildungsschulwesens in Sachsen, 1913–1923.
- N 139 Generalverordnungen, 1932–1933.

12495 Verein Sächsischer Schuldirektoren

- 23 Eingaben an die Regierung, 1919–1929.

12737 Personennachlaß Emil Menke-Glückert

- 120 [ohne Titel]

II. Gedruckte Quellen, Literatur und Hilfsmittel

- Abelein, Manfred: Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland. Ihre verfassungsgeschichtliche Entwicklung und ihre verfassungsrechtlichen Probleme (= Ordo Politicus, Bd. 8), Köln/Opladen 1968.
- Abteilung Berufsbildung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Hrsg.): Die kaufmännische Berufsschule. Tatsachen und Forderungen, Hamburg 1930 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 18281, Bl. 88ff.].
- Adam, Thomas: Das sächsische Schulgesetz von 1874 [sic!] und die Etablierung der Fortbildungsschule. Sachsens schulpolitischer Beitrag für die Moderne?, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 138, 1998, S. 345–360.
- Adler, Klaus (Red.): Forschungen zur sächsischen Erziehungs- und Schulgeschichte – Ziele, Methoden, Einblicke (= Dresdner Reihe zur Forschung, H. 10/85), Dresden 1985.
- Adolphs, L.: Die deutsche Wirtschaftsoberschule (= Wirtschaftspädagogische Schriften, Bd. 2), Eberswalde et al. 1942.
- Alphabetisches General-Repertorium zu den Acten und Mittheilungen der Kammerverhandlungen sämtlicher constitutionellen Landtage des Königreichs Sachsen vom Jahre 1831 bis zu dem Jahre 1855, Leipzig/Dresden 1857.
- Alt, Robert: Das Bildungsmonopol, Berlin 1978.
- Amlung, Ullrich: Landesschule Dresden. Entstehung, Konzeption und Praxis (1920–1933), in: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (Hrsg.): Lernräume. Von der Landesschule Dresden zur Akademie, Dresden 2009, S. 24–49.
- Amlung, Ullrich: Reformpädagogische Versuchsschulen in Dresden in der Zeit der Weimarer Republik, in: Lühr, Hans-Peter (Red.): Zwischen Reform und Restriktion. Sächsische Schulgeschichte im 20. Jahrhundert (= Dresdner Hefte, Jg. 27, H. 97, herausgegeben vom Dresdner Geschichtsverein e. V.), Dresden 2009, S. 16–35.
- Amlung, Ullrich: Dresdner Schulwesen in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Stadtmuseum Dresden (Hrsg.): Dresdner Geschichtsbuch, Bd. 6, Altenburg 2000, S. 165–198.
- Amt und Volk. Monatsschrift des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens, Dresden 1927–1934.
- Amtlicher Bericht über die [...] Gesamtsitzung des Landeskulturrates, Dresden 1889–1925.

- Die angefeindete Beamtenpolitik der Regierung Heldt, Dresden 1924.
- Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis (= Stilkes Rechtsbibliothek, Nr. 1), Berlin 1930.
- Apelt, ...: Die Reform der höheren Mädchenschule (Frauenbildung – Frauenstudium). Vortrag, gehalten in der Gehestiftung zu Dresden im Dezember 1908, in: Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung, 1909, Nr. 5/6, S. 17-28.
- Arbeitsgemeinschaft von Lehrern an höheren sächsischen Handelsschulen (Hrsg.): Die Wirtschaftsober-
schule. Notwendigkeit und Organisation, Stundenplan, Lehrplan, Dresden 1925 [vorhanden in:
SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/1, Bl. 80ff.].
- Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 40, Tübingen 1921.
- Arnhardt, Gerhard: Reformarisches im Denken und Handeln an den Fürsten- und Landesschulen Meißen,
Schulpforte und Grimma zwischen 1900 und 1930 – Motive, Quellen, Erscheinungsbilder, in:
Pehnke, Andreas und Hermann Röhrs (Hrsg.): Die Reform des Bildungswesens im Ost-West-
Dialog. Geschichte, Aufgaben, Probleme (= Greifswalder Studien zur Erziehungswissenschaft,
Bd. 1), Frankfurt am Main et al. 1998, S. 113-126.
- Arnhardt, Gerhard: Marginalien zu Tradition und Bestand in der sächsischen Schulgeschichte, in: Pädago-
gische Rundschau, Jg. 46, 1992, S. 199-212.
- Arnhardt, Gerhard: Die Erneuerung des „Elementar-Volksschulwesens“ im Rahmen der liberalen Staats-
reformen nach 1831 in Sachsen, in: Dresdner Hefte, Jg. 8, 1991, H. 2, S. 64-69.
- Arnhardt, Gerhard: Zu den Anfängen des höheren Schulwesens in Sachsen, in: Adler, Klaus (Red.): For-
schungen zur sächsischen Erziehungs- und Schulgeschichte – Ziele, Methoden, Einblicke (= Dresdner Reihe zur Forschung, H. 10/85), Dresden 1985, S. 35-44.
- Arnhardt, Gerhard und Klaus Frotscher: Aus der Arbeit der Forschungsgemeinschaft sächsische Bil-
dungsgeschichte – Stand und Quellen lokal- und territorialstaatlicher Erkundungen, in: Pädagogi-
sche Rundschau, Jg. 46, 1992, S. 213-223.
- Arzt, Arthur: Welche Mängel zeigt der gegenwärtige Religionsunterricht und auf welche Weise ist ihnen zu
begegnen?, Dresden 1908.
- Aus der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen, Dresden 1925–1933.
- Außerordentliche allgemeine Versammlung [des Sächsischen Lehrervereins] am 11. Oktober 1931 in
Dresden. Bearbeitet nach stenographischen Aufnahmen der Verhandlungen, Dresden 1931.
- Auswirkungen des Reichsschulgesetzentwurfs auf Organisation und Finanzierung des deutschen Volks-
schulwesens. Beispiele – Urteile, Leipzig 1927.
- Badura, Peter: Die Verfassungsgeschichte des Königreichs Sachsen von 1815–1918, in: Bauer, Hartmut et
al. (Hrsg.): 100 Jahre Allgemeines Baugesetz Sachsen, Stuttgart et al. 2000, S. 3-18.
- Baethge, Martin und Knut Nevermann (Hrsg.): Organisation, Recht und Ökonomie des Bildungswesens
(= Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 5), Stuttgart 1984.
- Baring, Adolf: Die Zwickauer Thesen und die Landeskirche, Dresden 1909.
- Barth, Fritz: Die Hetze gegen die Volksschule. Bericht in der Vertreterversammlung des Sächsischen
Lehrervereins in Bautzen am 14. April 1924, Leipzig 1924.
- Barth, Georg: Für Kirche und Schule. Eine kulturpolitische Übersicht (= Schriften der Deutschnationalen
Volkspartei in Sachsen (Arbeitsgemeinschaft), H. 5), Dresden 1924.
- Bäumer, Gertrud: Schulaufbau, Berufsauslese, Berechtigungswesen. Im Auftrage des Reichsministerium
des Innern, Berlin 1930.
- Bäumer, Gertrud: Deutsche Schulpolitik (= Wissen und Wirken, Bd. 53), Karlsruhe 1928.
- Bäumer, Gertrud: Das Mädchenschulwesen, in: Rethwisch, Conrad et al.: Die höheren Lehranstalten und
das Mädchenschulwesen im Deutschen Reich (= Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich, Bd.
II), Berlin 1904, S. 237-422.
- Bauser, Adolf: Die deutsche Oberschule als deutsche Kulturschule, Stuttgart/Leipzig 1921.
- Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, Leipzig 1919.
- Becker, Hellmut und Gerhard Kluchert: Die Bildung der Nation. Schule, Gesellschaft und Politik vom
Kaiserreich zur Weimarer Republik, Stuttgart 1993.
- Becker, Reinhard: Der Reich-Länder-Finanzausgleich im Bismarckreich und in der Weimarer Republik.
Vergleich zweier unterschiedlicher Finanzausgleichssysteme unter Berücksichtigung des Span-
nungsverhältnisses zwischen Föderalismus und Unitarismus, Dissertation Christian-Albrechts-
Universität Kiel o. J.

- Beer, Volker: Die Entwicklung der hochschulvorbereitenden Bildung in Zittau von den Anfängen bis zur Gegenwart, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1989, Typskript.
- Behrend, Felix (Hrsg.): Vom Sinn und Unsinn des Berechtigungswesens, Leipzig 1929.
- Behrend, Felix (Hrsg.): Reformanstalten und Oberrealschule (= Schulreform und Bildungsziel), Leipzig 1928.
- Behrens-Corbet, Heidi und Norbert Reichling: „Wir fordern die freie Schule, weil sie die Schule des Sozialismus ist“. Die Bewegung für freie weltliche Schulen in der Weimarer Republik, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 23, 1987, H. 4, S. 485-505.
- Belling, Dirk: Die Entwicklung der polizeilichen Aufgaben und Befugnisse der Gemeinden in Sachsen (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 2: Rechtswissenschaft, Bd. 2912), Dissertation (Bayreuth), Frankfurt am Main et al. 2000.
- Bendele, Ulrich: Sozialdemokratische Schulpolitik und Pädagogik im wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Eine sozialhistorisch-empirische Analyse (= Campus-Forschung, Bd. 75), Dissertation (Frankfurt am Main), Frankfurt am Main et al. 1979.
- Berg, Christa (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4: Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, München 1991.
- Berger, Erich: Das nationale und konfessionelle Gefüge der Bevölkerung im Königreich Sachsen, Dissertation (Leipzig), Halle 1912.
- Berger, Helmut: Die rechtliche Organisation des Volks- und Berufsschulwesens in Sachsen, Dissertation (Leipzig), Chemnitz 1929.
- Berger, W.: Sachsen unter der Revolution. Wahlhandbuch für die Landtagswahl 1920, Dresden 1920.
- Berger, Willi: Der Verlauf der Revolution in Sachsen. Eine Skizze, Dresden 1920.
- Bericht über den Stand der dem Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts unterstellten Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten im Königreiche Sachsen. Schuljahr 1876–1877/Erhebung vom 1. December 1878/Erhebung vom 1. December 1880. Veröffentlicht vom Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichtes, Dresden 1878/1879/1881.
- Bericht über den Stand des Unterrichtswesens im Königreich Sachsen, Dresden 1873.
- [Erster bis Sechster] Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten im Königreiche Sachsen. Erhebung vom 1. Dezember 1884/2. Dezember 1889/1. Dezember 1894/1. Dezember 1899/1. Dezember 1904/1. Juni 1911, Dresden 1885–1912.
- Bericht über die [...] Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins, Leipzig 1919–1929 [vorhanden in: SächsHStAD, Bibliothek].
- Bericht über die Unterrichts- und Erziehungsanstalten im Bereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern. Erhebung vom 1. Dezember 1908, o. O. u. J.
- Beruf und Schule. Eigentum der Fachschaft Berufsbildende Schulen des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Sachsen, Leipzig 1930–1934.
- Beyer, E.: Fünfundzwanzig Jahre Sächsischer Lehrerverein. Zur Geschichte des SLV in den Jahren 1898 bis 1923, Leipzig o. J.
- Bezirkslehrerverein Dresden-Land (Hrsg.): Christlicher Religionsunterricht auf Grund der Zwickauer Thesen. Stoffsammlung und Aufbau, Leipzig 1913.
- Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (Hrsg.): Bibliographie Bildungsforschung, Baltmannsweiler 1995ff.
- Birkefeld, Steffen und Thomas Daelen: Sachsens Wirtschaft in der Krise 1929–1932, in: Dresdner Hefte, Jg. 12, 1994, H. 3, S. 8-16.
- Blanckmeister, Franz: Die sächsischen Kirchschullehen, in: Beiträge zur sächsischen Kirchengeschichte, Jg. 40, 1931, S. 86-91.
- Blanckmeister, Franz: Sächsische Kirchengeschichte, Dresden 1899.
- Blanke, Hermann-Josef (Hrsg.): Deutsche Verfassungen. Dokumente zu Vergangenheit und Gegenwart (= UTB, Bd. 2336), Paderborn et al. 2003.
- Blaschke, Karlheinz: Die sächsische Verfassung von 1831 als Epochengrenze, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 37, 1991, S. 306-310.
- Blaschke, Karlheinz: Sachsen und Thüringen, in: Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 586-603.

- Blaschke, Karlheinz: Die Verwaltung in Sachsen und Thüringen, in: Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3: Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie, Stuttgart 1984, S. 778-797.
- Blaschke, Karlheinz: Königreich Sachsen und thüringische Staaten, in: Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 608-644.
- Blaschke, Karlheinz: Die Ausbreitung des Staates in Sachsen und der Ausbau seiner räumlichen Verwaltungsbezirke, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 91, 1954, S. 74-109.
- Bleicher, Heinrich: Kommunale Finanzwirtschaftslehre, in: Gerloff, Wilhelm und Franz Meisel (Hrsg.): Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2: Besondere Steuerlehre – Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften – Der öffentliche Kredit, Tübingen 1927, S. 376-478.
- Blömeke, Sigrid et al. (Hrsg.): Handbuch Schule. Theorie – Organisation – Entwicklung (= UTB, Bd. 8392), Bad Heilbrunn 2009.
- Böckstiegel, Elke: Volksrepräsentation in Sachsen. Zur Entwicklung der Repräsentation des sächsischen Volkes von 1789–1850 (= Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 564), Dissertation (Freiburg), München 1998.
- Boehm, Ernst: Einheitsschule und höhere Schule. Vortrag, gehalten in Dresden am 27. Sept. 1919 auf der Gründungsversammlung des Sächs. Philologenvereins, Dresden 1920.
- Bohlen, Adolf: Die höheren Beamten nach drei Gehaltskürzungen. Das Ergebnis der Notverordnungen in Zahlen. Herausgegeben vom Reichsbund der höheren Beamten, Berlin ²1931 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/45, Bl. 520ff.].
- Böhm, Ernst: Einheitsschule und höhere Schule. Vortrag gehalten in Dresden am 27. September 1919, Dresden 1920.
- Bohmann, Herbert: Das Gemeindefinanzsystem (= Neue Schriften des Deutschen Städtetages, H. 2), Stuttgart et al. ²1956.
- Bolle, Wilhelm: Der Reformschulgedanke und seine Fortsetzung in der Gabelung, in: Pädagogisches Zentralblatt, Jg. 6, 1926, S. 618-627.
- Bolle, Wilhelm: Zur freieren Gestaltung der Oberstufe höherer Schulen, in: Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Jg. 4, 1922, S. 33-52.
- Bölling, Rainer: Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 32), Göttingen 1978.
- Bormann, Kirsten: Über die gesetzliche Einführung der Mädchenfortbildungsschule in Sachsen (1873–1919) – eine Projektskizze, in: Stratmann, Karlwilhelm (Hrsg.): Historische Berufsbildungsforschung. Beiträge zu einem gemeinsamen deutschen Wissensbereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik (= Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beihefte, H. 9), Stuttgart 1992, S. 190-204.
- Bosse, Hans Alexander von (Hrsg.): Königlich Sächsische Revidierte Landgemeindeordnung unter Berücksichtigung der Landtagsverhandlungen, Leipzig 1873.
- Bramke, Werner: Sachsen Industrie(gesellschaft) vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Bramke, Werner und Ulrich Heß (Hrsg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert (= Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 2), Leipzig 1998, S. 27-51.
- Bramke, Werner: Die Industrieregion Sachsens. Ihre Herausbildung und Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Schulze, Rainer (Hrsg.): Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich (= Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung: Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd. 3), Essen 1993, S. 291-317.
- Bramke, Werner: Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert. Strukturelle Entwicklung und soziale Problemfelder vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis in die frühen 60er Jahre, Leipzig 1992.
- Brandenburg, Erich: Zur Entstehung des landesherrlichen Kirchenregiments im albertinischen Sachsen, in: Historische Vierteljahrschrift, Jg. 4, 1901, S. 195-237.
- Braune, Peter: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert (= Rosa-Luxemburg-Stiftung/Texte, Bd. 16), Dissertation (Berlin), Berlin 2004.

- Breitschuh, Gernot: Zur Geschichte des Schulzeugnisses, in: Bolscho, Dietmar et al. (Hrsg.): Grundschule ohne Noten. Neue Zeugnisse in der Diskussion (= Beiträge zur Reform der Grundschule, Bd. 38/39), Frankfurt am Main 1979, S. 35-63.
- Breitsohl, Theo M.: Die Kirchen- und Schulpolitik der Weimarer Parteien 1918/19. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte der Weimarer Republik, Dissertation (Tübingen), Stuttgart 1978.
- Brocke, Bernhard vom: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen in Deutschland und Österreich. Systembrüche und Kontinuitäten 1918/19–1933/38–1945/46, in: Bruch, Rüdiger vom und Brigitte Kaderas (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 193-214.
- Brocke, Bernhard vom und Peter Krüger (Hrsg.): Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918 (= Veröffentlichung der Forschungsstelle für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte an der Philipps-Universität Marburg), Berlin 1994.
- Bünz, Enno und Christoph Volkmann: Das landesherrliche Kirchenregiment in Sachsen vor der Reformation, in: Bünz, Enno et al. (Hrsg.): Glaube und Macht. Theologie, Politik und Kunst im Jahrhundert der Reformation (= Schriften der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, Bd. 5), Leipzig 2005, S. 89-109.
- Bürger, Jödis: Carl Friedrich Wilhelm von Gerber als sächsischer Kultusminister. Eine rechts- und verfassungsgeschichtliche Untersuchung zu seinem rechtlichen und politischen Wirken im Spannungsfeld von Staat und Kirche im ausgehenden 19. Jahrhundert (= Dresdner Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 4), Dissertation (Dresden), Frankfurt am Main 2007.
- Burkhardt, F.: Die Unterrichts- und Erziehungsanstalten in Sachsen. Erhebung vom 28. Februar 1927, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jg. 74/75, 1928/1929, S. 280-371.
- Burkhardt, F.: Die Unterrichts- und Erziehungsanstalten in Sachsen. Erster Teil: Volksschulen (einschl. Hilfsschulen). Erhebung vom 15. Mai 1931, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jg. 77, 1931, S. 102-131.
- Burkhardt, F.: Die Unterrichts- und Erziehungsanstalten in Sachsen. Zweiter Teil: Berufliche Schulen. Erhebung vom 1. Dezember 1931, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jg. 78/79, 1932/1933, S. 148-174.
- Burkhardt, Gustav: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Sächsischen Berufsschulvereins, Chemnitz 1925.
- Butzer, Hermann: Der Reichssparkommissar der Weimarer Republik, in: 50 Jahre Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung (= Schriftenreihe des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, Sonderband), Stuttgart et al. 2002, S. 54-112.
- Calinich, Ernst Adolph Eduard: Das gesamte Unterrichtswesen im Königreiche Sachsen, Leipzig 1843.
- Calletsch, Hans: Die Wirtschaftsoberschule. (Sächsisches System), in: Veröffentlichungen der Internationalen Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen, Zweite Folge, April 1928, Nr. 4, S. 241-252.
- Chemnitzer Konferenz (Hrsg.): Vorschläge zur Reform des Religionsunterrichts in den evangelisch-lutherischen Volksschulen des Königreichs Sachsen, Dresden 1910 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/23, Bl. 82ff.].
- Christ, Karl: Sozialdemokratie und Volkserziehung. Die Bedeutung des Mannheimer Parteitags der SPD im Jahre 1906 für die Entwicklung der Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Bd. 24), Dissertation (Erlangen/Nürnberg), Frankfurt am Main et al. 1975.
- Clauß, Kurt: Grundzüge des sächsischen Verwaltungsrechtes (= Juristische Handbibliothek, Bd. 462), Leipzig 1930.
- Clausnitzer, Eduard et al. (Hrsg.): Handwörterbuch des Volksschulwesens, Leipzig/Berlin 1920.
- Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts mit Einschluß des Rechts der frommen Stiftungen und der Ehe. Unter Genehmigung des Königl. hohen Ministeriums des Cultus mit Erläuterungen aus ungedruckten Verordnungen versehen. Sammt vollständigen chronologischen und alphabetischen Registern, Leipzig 1840.
- Cristiani, B.: Die Zwickauer Thesen und die Dresdner Synodalbeschlüsse. Kritische Betrachtungen zur Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen, Leipzig 1909.
- Denkschrift, betr. die Unterstellung der berufsbildenden Schulen in Sachsen unter das Wirtschafts-Ministerium, o. O. 1933, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16460, S. 356-359].

- Denkschrift des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht, Dresden 1921 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16108, Beilagenheft 1, Bl. 1ff.].
- Denkschrift des Reichsministeriums des Innern über Maßnahmen zur Umgestaltung des höheren Schulwesens, insbesondere zur Einführung der deutschen Oberschule und der Aufbauschule, in: Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode, Bd. 376, S. 5977-5994.
- Denkschrift des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung zur Neuordnung der Lehrerbildung im Freistaate Sachsen, Dresden o. J.
- Denkschrift des Vereins sächsischer Handelsschulmänner, betreffend besondere gesetzliche Regelung des sächsischen Handelsschulwesens, Leisnig 1919 [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 9, Bl. 71-80].
- Denkschrift des Vereins sächsischer Handelsschulmänner, betreffend eine gesetzliche Neuregelung des sächsischen Handelsschulwesens, Pirna 1909 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16115, Bl. 120-121].
- Denkschrift des Wirtschaftsministeriums über die Vereinigung der Berufsschulen unter seiner Aufsicht, Blasewitz 1921 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16108, Beilagenheft 1, Bl. 76ff.].
- Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder der Volks- und Hilfsschulen, Dresden 1932, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 2553, AE 364-367].
- Denkschrift über den Gesundheitszustand der Schüler und Schülerinnen der beruflichen Schulen, Dresden 1932, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 2553, AE 368-371].
- Denkschrift über den Stand der Dualismuslösung im berufsbildenden Schulwesen Sachsens, o. O. 1933, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16460, S. 360-364].
- Denkschrift über die grundständige deutsche Oberschule sowie über die Aufbauschule, in: Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jg. 64, 1922, H. 6, Beilage.
- Denkschrift zur Ausgestaltung der sächsischen landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und Errichtung von landwirtschaftlichen Beispielswirtschaften, einer Lehranstalt für Garten- und Obstbau sowie einer Versuchs- und Beispielsgärtnerei (vom 17. November 1919), in: Volkskammer-Akten, Vorlagen, Nr. 68, Anlage.
- Deuerlein, Ernst: Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, H. 94), Bonn 1972.
- Deutsche Handelsschul-Warte. Herausgegeben vom Reichsverband Deutscher Handelslehrer mit Hochschulbildung, Leipzig/Berlin 1921–1934.
- Die deutsche Oberschule nach den Beschlüssen des Sächs. Seminar-Lehrervereins in ausführlichen Lehrplanvorschlägen bearbeitet und herausgegeben vom Lehrplanausschuß, Dresden 1921.
- Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Stuttgart 1982–1988.
- Deutsche Schulerziehung. Jahrbuch des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin 1940/1943
- Das deutsche Schulwesen. Jahrbuch. Mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern herausgegeben vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin 1926–1933.
- Deutscher Lehrerverein (Hrsg.): Umfang und Wirkungen des Volksschulabbaus. Ein Mahnruf an die Regierenden und an die Öffentlichkeit, Berlin 1932 [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 2819].
- Deutsches Philologen-Blatt. Korrespondenz-Blatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand, Leipzig 1912–1935.
- Diere, Horst: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Zur Entstehung, Struktur und Rolle der zentralen schulpolitischen Institution im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Jg. 22, 1982, S. 107-120.
- Dietel (geb. Kuchta), Beatrix: Berufungswege und Berufungskonkurrenz. Die Universität Leipzig in der deutschen Hochschullandschaft der Weimarer Republik, in: Hesse, Christian und Rainer Christoph (Hrsg.): Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 12), Basel 2012, S. 471-490.
- Dietel (geb. Kuchta), Beatrix: Die Ruhestandsbedingungen der sächsischen Professoren in der Weimarer Republik. Ein Streiflicht staatlicher Hochschulpolitik der 1920er und frühen 1930er Jahre, in: Lambrecht, Ronald und Ulf Morgenstern (Hrsg.): "Kräftig vorangetriebene Detailforschungen". Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag (= Edition Kirchhof & Franke, Abteilung: Zeitgeschichte, Bd. 6), Berlin 2012, S. 187-214.

- Dietrich, Bernhard: Das kaufmännische Unterrichtswesen im Königreich Sachsen und in den Thüringischen Staaten. Denkschrift verfaßt im Auftrage des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen (= Veröffentlichungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen, Bd. 5), Braunschweig 1897.
- Dietrich, Dorothea: Die Dresdner Dürerschule – eine bemerkenswerte pädagogische Einrichtung des höheren Schulwesens, in: Rat des Bezirkes Dresden (Hrsg.): Beiträge zur sächsischen Schulgeschichte (= Dresdner Hefte, Jg. 5, H. 12), Dresden 1987, S. 44-50.
- Dietrich, Richard: Die Verwaltungsreform in Sachsen 1869–1873, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte, Jg. 61, 1940, S. 49-85.
- Dietze, Hugo: Die Geschichte der öffentlichen Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft 1865–1904. Festschrift, Dresden 1904.
- Dietze, Hugo: Die Geschichte der Öffentlichen Höheren Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft von 1904 bis 1929. Festschrift zum 75jährigen Jubiläum der Schule, o. O. u. J.
- Dietze, Robert: Das sächsische Kirchschullehn. Ein rechtsgeschichtlicher und juristischer Beitrag zur Teilung des Schul- und Kirchenvermögens, Leipzig 1929.
- Döhler, Emil: Die Neuordnung des höheren Mädchenbildungswesens im Königreich Sachsen, in: Frauenbildung, Jg. 10, 1911, S. 524-534.
- Dohse, Walter: Das Schulzeugnis. Sein Wesen und seine Problematik (= Pädagogische Studien, Bd. 10), Weinheim 1963.
- Dokumente zur Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus 1945 (= Monumenta paedagogica, Bd. 23), Berlin 1985.
- Dommach, Hermann: Der Reichssparkommissar Moritz Saemisch in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2012.
- Döring, Detlef und Jonas Flöter (Hrsg.): Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Geschichte (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 2), Leipzig 2011.
- Drehwald, Suzanne und Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, Leipzig 1998.
- Dresdner Anzeiger, Dresden 1808–1943.
- Dresdner Journal. Königlich Sächsischer Staatsanzeiger/Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden, Dresden 1848–1914.
- Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Urteile über die Leistungen der höheren Schule, o. O. 1927.
- Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Dr. Wilhelm Hartnacke und das Begabungsproblem, Dresden 1926 [vorhanden in: SächsHStAD, Bibliothek].
- Dresdner Lehrerverein (Hrsg.): Die maßlos heruntergewirtschaftete Volksschule, Dresden 1924 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 14508, Bl. 11ff.].
- Eckert, Manfred: Die schulpolitische Instrumentalisierung des Bildungsbegriffs. Zum Abgrenzungsstreit zwischen Realschule und Gymnasium im 19. Jahrhundert, Dissertation (Bochum), Frankfurt am Main 1984.
- Eggers, Philipp: Bildungswesen, in: Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 349-373.
- Ehrerbietigste Petition des Katholischen Lehrerverbandes im Königreiche Sachsen, Wünsche zu einem neuen Volksschulgesetz betreffend, Dresden 1912 [vorhanden in: SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 222-223].
- Eigenwill, Reinhardt (Hrsg.): Zäsuren sächsischer Geschichte, Beucha 2010.
- Elsner, Hermann: Das Gemeindefinanzsystem. Geschichte, Ideen, Grundlagen (= Neue Schriften des Deutschen Städtetags, H. 36), Stuttgart et al. 1979.
- Endler, Hugo: Das sächsische Übergangsschulgesetz im Berufsschulwesen, in: Sächsische Staatszeitung, 1923, Nr. 144, S. 1-2.
- Endler, Hugo: Zum fünfzigjährigen Jubiläum der sächsischen Fortbildungsschule. Die Ausbildung der Berufsschullehrer, in: Sächsische Staatszeitung, 1923, Nr. 96, S. 6.
- Endler, Hugo: Stand des sächsischen Fortbildungs-(Berufs)-schulwesens, in: Sächsische Staatszeitung, 1923, Nr. 46, S. 4.
- Endler, Hugo: Der gegenwärtige Stand des Mädchenberufsschulwesens im Freistaat Sachsen, in: Sächsische Staatszeitung, 1922, Nr. 173, S. 1-2; Nr. 174, S. 1-2; Nr. 175, S. 1-2.
- Endler, Hugo: Die Umgestaltung der Fortbildungsschule zur Berufsschule, in: Sächsische Staatszeitung, 1922, Nr. 102, S. 1-2; Nr. 103, S. 1-2; Nr. 104, S. 1-2.

- Endler, Hugo: Entwurf zu Satzungen für eine Distrikts- oder Verbandsfortbildungsschule mit fachberuflicher Gliederung, Leipzig 1910 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13202/4, Bl. 19ff.].
- Engwer, Theodor: Der neusprachliche Unterricht seit 1914, in: Reichsministerium des Innern und Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): Das deutsche Schulwesen. Jahrbuch 1925, Berlin 1926, S. 41-62.
- Enke, Rudolf: Über den Stand des gewerblichen Schulwesens Sachsens, in: Bericht über die erste Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner zu Dresden, Zittau 1907 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16521, Bl. 28ff.], S. 17-30.
- Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946, Berlin 1946ff..
- Entscheidungen und Verordnungen der obersten Schulbehörde zu dem Gesetz, das Volksschulwesen betreffend, vom 26. April 1873 und der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 25. August 1874 (= Juristische Handbibliothek, Bd. 33), Dresden/Leipzig 1876-1897.
- Entscheidungen und Verordnungen der obersten Schulbehörde zu dem Königlich Sächsischen Volksschulgesetze, Leipzig 1901-1914.
- Entwurf eines Landeslehrplanes für die Volksschulen, Dresden 1927.
- Der Entwurf eines Schulgesetzes für das Königreich Sachsen, in: Leipziger Blätter für Pädagogik, Jg. 6, 1872, S. 53-69.
- Erger, Johannes: Lehrer und Schulpolitik in der Finanz- und Staatskrise der Weimarer Republik 1929-1933, in: Engelhardt, Ulrich et al. (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (= Industrielle Welt, Sonderband), Stuttgart 1976, S. 233-259.
- Ernst Schneller – Schulpolitische Reden im sächsischen Landtag. Teil 1 (1921/22). Ausgewählt und eingeleitet von Karl-Heinz Zieris, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Jg. 2, 1962, S. 239-299.
- Ernst Schneller – Schulpolitische Reden im sächsischen Landtag. Teil II (1923, Januar bis März). Ausgewählt und eingeleitet von Karl-Heinz Zieris, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Jg. 3, 1963, S. 249-295.
- Ernst Schneller – Schulpolitische Reden im sächsischen Landtag. Teil III (April 1923 bis März 1924). Ausgewählt und mit einem Nachwort versehen von Karl-Heinz Zieris, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Jg. 4, 1964, S. 227-274.
- Ertel, Annerose: Zur Entwicklung sächsischer Versuchsschulen in den Jahren der Weimarer Republik und Bewertung ihrer pädagogischen Leistungen, Dissertation Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR/Berlin 1988, Typskript.
- Exposé über das Seminarwesen im Königreiche Sachsen. Nebst einer Beilage. Als Manuskript gedruckt vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Dresden 1867.
- Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930, Löbau 1930.
- Feldman, Gerald D.: Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, in: Historische Zeitschrift, Jg. 238, 1984, S. 569-609.
- Ferrari-Demski, Peter: Zur Entwicklung der achtklassigen allgemeinbildenden Einheitsschule in der SBZ bzw. in der DDR in den Jahren 1945 bis etwa 1951/52 (= Pädagogik und Zeitgeschehen, Bd. 2), Dissertation (Dortmund), Münster 1999.
- Feurich, Walter: „Überleitung“ oder Neuanfang? Zur kirchlichen Umgestaltung in Sachsen 1918/1919, in: Zwischen Aufbruch und Beharrung. Der deutsche Protestantismus in politischen Entscheidungsprozessen, Berlin 1978, S. 63-89.
- Fickert, ...: Wirtschaft, Bildung und Wirtschaftsoberschule, in: Die höhere Schule im Freistaat Sachsen, Jg. 3, 1925, H. 12, S. 106-107; H. 13, S. 119-121; H. 15, S. 137-139.
- Fischer, Max: Das Schulwesen des Freistaates Sachsen, Glauchau 1921.
- Fischer, Ralf: Die Erziehungswirklichkeit am Gymnasium in Cottbus als Bestandteil kommunal- und bildungspolitischer, theoriegeschichtlicher und sozialer Entwicklungen im Zeitalter der bürgerlichen Umwälzungen in Preußen und Sachsen, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1987, Typskript.
- Fischer, Thomas: Max Heldt. Große Koalition und SPD-Spaltung (1924-29), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919-1952, Beucha 2006, S. 182-219.
- Fleißner, Hermann: Der Kampf um die Volksschule in Sachsen, in: Die Neue Zeit, Jg. 31, 1913, Bd. 1, S. 794-801.

- Florey, Robert (Hrsg.): Codex der Sächsischen Elementar-Volksschule. Zusammenstellung aller Gesetze und Verordnungen, das sächsische Elementar-Volksschulwesen betreffend von 1835–1867, Leipzig 1868.
- Flöter, Jonas: Die Leipziger Gelehrtenschulen im 19. Jahrhundert. Zum Verhältnis von neuhumanistischem Bildungsideal, höherem städtischen Schulwesen und staatlicher Schulpolitik, in: Döring, Detlef und Jonas Flöter (Hrsg.): Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Geschichte (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 2), Leipzig 2011, S. 145–162.
- Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen und Preußen. Die Fürsten- und Landesschulen Grimma, Meißen, Joachimsthal und Pforta (1868–1933) (= Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 38), teilw. Habilitationsschrift (Leipzig) Köln et al. 2009.
- Flöter, Jonas: Eliten-Bildung in Sachsen. Ausbildungssystem und Sozialstruktur der sächsischen Fürstenschulen Grimma und Meißen von der Gründerzeit bis zum Ende der Weimarer Republik, Habilitationsschrift Universität Leipzig 2007, Typoskript.
- Flöter, Jonas: Fürstenschulen im Übergang. Die „linksrepublikanische Bildungspolitik“ und der Niedergang des humanistischen Landesschulwesens in Sachsen 1918–1926, in: Miller-Kipp, Gisela und Bernd Zymek (Hrsg.): Politik in der Bildungsgeschichte – Befunde, Prozesse, Diskurse, Bad Heilbrunn 2006, S. 231–246.
- Flöter, Jonas (Hrsg.): Erziehung zur Elite. Die Fürsten- und Landesschulen zu Grimma, Meißen und Schulpforte um 1900. Publikation zur Ausstellung, Leipzig 2003.
- Flöter, Jonas: Friedrich Ferdinand Freiherr (seit 1868 Graf) von Beust, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, bearbeitet von Martina Schattkowsky und Frank Metasch, Online-Ausgabe: www.isgv.de/saebi.
- Flöter, Jonas und Günther Wartenberg (Hrsg.): Die sächsischen Fürsten- und Landesschulen. Interaktion von lutherisch-humanistischem Erziehungsideal und Eliten-Bildung (= Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 9), Leipzig 2004.
- Foerster, Erich: Kirche und Schule in der Weimarer Verfassung, Stuttgart 1925.
- Förster, Hellmut: Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens im Königreich Sachsen, Dissertation (Dresden), Berlin 1940.
- Die Fortbildungsschule. Zeitschrift für das Fortbildungs-, Fach- und Gewerbeschulwesen. Organ des Sächsischen Fortbildungsschulvereins und seiner Unterverbände, Leipzig 1907–1911.
- Fortbildungsschulpraxis. Monatsschrift für das Fortbildungs-, Fach- und Gewerbeschulwesen, Leipzig 1912–1920.
- Frackowiak, Johannes: Soziale Demokratie als Ideal. Verfassungsdiskussionen in Sachsen nach 1918 und 1945 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 10), Dissertation (Leipzig), Köln et al. 2005.
- Frahm, Friedrich: Handelsvorschulen (Handelsjahresschulen). Vortrag, gehalten im Ausschuß des Deutschen Handlungsgehilfenfestes am 9. Juni 1910 (= Schriften des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Bd. 48), Hamburg 1911 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 18304, Bl. 28ff.].
- Franz, Eugen: Ludwig Freiherr von der Pfordten (= Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 29), München 1938.
- Franzke, Astrid: Von den Anfängen. Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenstudium in Leipzig, in: Nagelschmidt, Ilse (Hrsg.): 100 Jahre Frauenstudium an der Alma Mater Lipsiensis. Reden und Vorträge zur Konferenz am 09. Mai 2006 an der Universität Leipzig (= Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Reihe C, Bd. 5), Leipzig 2007, S. 73–91.
- Der Freiheitskampf. Amtliche Tageszeitung der NSDAP, Gau Sachsen, Dresden 1930–1945.
- Frey, Krimhild: Zur Geschichte des Pädagogischen Vereins zu Chemnitz (1831–1934). Eine sozialhistorische Untersuchung zur Chemnitzer Volksschullehrerkorporation (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Bd. 1016), Dissertation (Greifswald), Frankfurt am Main et al. 2011.
- Friedeburg, Ludwig von: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt am Main 1989.
- Friedemann, Paul: Geschichtliches über die Schulaufsicht, in: Leipziger Lehrerzeitung, Jg. 1, 1893/1894, Nr. 28, S. 259–262.
- Friedrich, Norbert: Der Kampf der Protestanten für Religionsunterricht und Bekenntnisschule in der Weimarer Republik – ein Paradigma für die Haltung zum Verfassungsstaat?, in: Brakelmann, Günter et al. (Hrsg.): Auf dem Weg zum Grundgesetz. Beiträge zum Verfassungsverständnis des

- neuezeitlichen Protestantismus (= Entwürfe zur christlichen Gesellschaftswissenschaft, Bd. 10), Münster 1999, S. 111-124.
- Fritsch, Theodor: Die sächsischen Bezirksschulinspektoren von 1874 bis 1914, o. O. 1950, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, Bibliothek].
- Fröhlich, Walter: Die nach der Novemberrevolution von 1918 in Sachsen geschaffenen neuen gesetzlichen Grundlagen für das Volksschulwesen, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 34, 1988, H. 6, S. 258-261.
- Fröhlich, Walter: Zum Beginn des staatlich organisierten Kampfes der imperialistischen Kräfte gegen die Volksschule in Sachsen 1924, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden, Pädagogische Reihe, Jg. 22, 1988, H. 1, S. 27-36.
- Fröhlich, Walter: Standpunkte der KPD, USPD und SPD zur Arbeit der Elternbeiräte in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Jg. 30, 1986, H. 1, S. 23-30.
- Fröhlich, Walter: Die Entwicklung von Elternräten in Sachsen nach der Novemberrevolution von 1918, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden, Pädagogische Reihe, Jg. 18, 1984, H. 1, S. 25-33.
- Frotscher, Jutta: Richard Seyfert (1862–1940). Nestor der akademischen Volksschullehrerausbildung in Sachsen, in: Rohbeck, Johannes und Hans-Ulrich Wöhler (Hrsg.): Auf dem Weg zur Universität. Kulturwissenschaften in Dresden 1871–1945, Dresden 2001, S. 183–195.
- Frotscher, Jutta: Volksschullehrerausbildung in Dresden 1923–1931 (= Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 22), Dissertation (Dresden), Köln et al. 1997.
- Frotscher, Klaus: Umbrüche im höheren Schulwesen? Über den Einfluß der sächsischen Staatsverfassung von 1831 auf die Pädagogik, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 37, 1991, H. 4, S. 236-239.
- Frotscher, Klaus: Zur Entwicklung und Ausgestaltung des Realschulwesens in Dresden von den Anfängen bis 1914, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1989, Typoskript.
- Fügner, Willy: Die öffentlichen Ausgaben für Schul- und Hochschulzwecke in Sachsen in der Vor- und Nachkriegszeit, Dissertation (Leipzig), Bleicherode 1936.
- Führ, Christoph (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6/I: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland, München 1998.
- Führ, Christoph (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6/II: 1945 bis zur Gegenwart. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, München 1998.
- Führ, Christoph: Kompetenzverteilung und Bildungsreform. Bildungspolitische Probleme des Föderalismus, dargestellt am Beispiel des Verhältnisses von Reich und Ländern in der Weimarer Republik bzw. von Bund und Ländern in der Bundesrepublik. Ein Überblick. (Vortrag vor der Wissenschaftlichen Jahrestagung 1971 der Gesellschaft zur Förderung pädagogischer Forschung in Frankfurt am Main), in: Führ, Christoph: Bildungsgeschichte und Bildungspolitik. Aufsätze und Vorträge (= Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 65), Köln et al. 1997, S. 116-136.
- Führ, Christoph: Die Schulpolitik des Reiches und der Länder am Beginn der Weimarer Republik, in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): „Neue Erziehung“ – „Neue Menschen“. Ansätze zur Erziehungs- und Bildungsreform in Deutschland zwischen Kaiserreich und Diktatur (= Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland, Bd. 5), Weinheim/Basel 1987, S. 161-176.
- Führ, Christoph: Schulpolitik im Spannungsfeld zwischen Reich und Ländern. Das Scheitern der Schulreform in der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 20. 1970, H. 42, S. 3-32.
- Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933). Darstellung und Quellen, Weinheim et al. 1970.
- Fuß, Richard: Neuordnung im Schulwesen und Hochschulwesen. Eine Übersicht über die bisher erlassenen Gesetze und Verordnungen, in: Sächsische Verwaltungspraxis, 1933, Nr. 13, Sp. 329-342.
- Gebler, Joachim: Die Novemberrevolution und die Bewegung der Lehrerräte – dargestellt am Beispiel der Lehrerbewegung in Leipzig, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig/Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 14, 1965, H. 2, S. 197-203.
- Gebler, Joachim: Die schulpolitischen Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins während der Novemberrevolution 1918/19 (April 1918 bis Juli/August 1919), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig/Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 11, 1962, H. 4, S. 872-874.

- Gebler, Joachim: Die schulpolitischen Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins während der Novemberrevolution 1918/19 (April 1918 bis Juli/August 1919), Dissertation Karl-Marx-Universität Leipzig 1961, Typoskript.
- Gehe, ... von: Selbstverwaltung und staatliches Aufsichtsrecht nach der sächsischen Gemeindeordnung vom 1. August 1923, in: Fischers Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 57, 1925, H. 1/3, S. 1-87.
- Geis, Max-Emanuel: Die „Kulturhoheit der Länder“. Historische und verfassungsrechtliche Aspekte des Kulturföderalismus am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Öffentliche Verwaltung, Jg. 45, 1992, S. 522-529.
- Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Gegenwart, Frankfurt am Main et al. 2011.
- Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962, Frankfurt am Main et al. 2000.
- Geißler, Walter: Der Elternrat an Volksschulen (= Schulpolitische Handbücherei, Bd. 1), Dresden 1926.
- Geißler, Walter: Das Werden des Reichsschulgesetzes. Wortlaut der Entwürfe 1921–1928 und ihrer Begründungen, Dresden o. J.
- Gellert, M.: Das Privatschulwesen im Königreich Sachsen, in: Fortbildungsschulpraxis, Jg. 12, 1918, Nr. 1, S. 1-5; Nr. 2, S. 9-16.
- Der Gemeindetag. Zeitschrift für deutsche Gemeindepolitik, Stuttgart/Berlin 1933–1943.
- Gemeinsames Ministerialblatt. Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei, Dresden 1924–1932.
- Gentsch, Dirk H.: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch-pädagogische Analyse zur Schulpolitik der SPD in Deutschland in den Jahren von 1919 bis 1933. Eine Studie (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Bd. 569), Frankfurt am Main 1994.
- Georgi, Johannes: Die politischen und geistigen Kämpfe um die sächsische Volksschulgesetzgebung von 1830–1873, Dissertation (Leipzig), Leipzig 1931.
- Gerloff, Wilhelm: Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Deutschlands, in: Gerloff, Wilhelm und Franz Meisel (Hrsg.): Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 3: Der Staatshaushalt und das Finanzsystem der wichtigsten Kulturstaaten vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Tübingen 1929, S. 1-69.
- Gerloff, Wilhelm und Josef Brix: Reichs- und Gemeindefinanzen, in: Brix, Josef et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 3, Jena 1924, S. 535-541.
- Gesetze und Verordnungen, das Seminar- und Volksschulwesen im Königreiche Sachsen betreffend. Auf Veranlassung des Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts herausgegeben, Dresden 1875.
- Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen, Dresden 1818–1831.
- Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich/die Republik/den Freistaat Sachsen, Dresden 1835–1920.
- Gewerbeschau. Sächsische Gewerbezeitung zur Förderung von Gewerbe, Industrie und gewerblich-technischem Schulwesen, Dresden 1869–1922.
- Giese, Gerhardt: Die Schule im Reich. Ein Überblick über 60 Jahre Reichsschulpolitik, in: Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts, Jg. 21, 1931, H. 3, S. 228-239.
- Giesecke, Hermann: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 13, 1965, H. 2, S. 162-177.
- Giesing, Friedrich: Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen, in: Sächsische Staatszeitung, 1922, Nr. 75-79, jeweils S. 1-2 [als Sonderdruck auch vorhanden in: Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden].
- Glötz, Peter und Klaus Faber: Grundgesetz und Bildungswesen, in: Benda, Ernst et al. (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Studienausgabe, Teil 2, Berlin/New York 1995, S. 1363-1424.
- Glühmann, Günter: Die Organisation und Funktionsverteilung der sächsischen Staatsministerien, Dissertation (Leipzig), Dresden 1932.
- Goeschen, Andreas: Die bekenntnisfreie weltliche Schule. Kein Fall der Weltanschauungsschule im Sinne des Art. 7 Abs. 5 Alt. 2 GG? Darstellung des inhaltlichen Bedeutungswandels der Begriffe bekenntnisfreie Schule und Weltanschauungsschule von Weimar bis heute und Untersuchung der Frage, ob Art. 7 Abs. 5 Alt. 2 GG private Volksschulen in bekenntnisfreier weltlicher Form zuläßt (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 2: Rechtswissenschaft, Bd. 4255), Dissertation (Berlin), Frankfurt am Main et al. 2005.

- Göhre, Paul: Volksschulreform in Sachsen, in: *Kommunale Praxis*, Jg. 11, 1911, Sp. 321-328.
- Göhre, Paul: *Die Sächsische Volksschule und ihre Reform*, Chemnitz 1910.
- Goldt, Christoph: *Parlamentarismus im Königreich Sachsen. Zur Geschichte des Sächsischen Landtages 1871–1918* (= Geschichte, Bd. 8), Dissertation (Münster), Münster 1996.
- Götz, Margarete: *Die Grundschule in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Untersuchung der inneren Ausgestaltung der vier unteren Jahrgänge der Volksschule auf der Grundlage amtlicher Maßnahmen*, Habilitationsschrift (Würzburg), Bad Heilbronn/Obb. 1997.
- Götz, Margarete und Uwe Sandfuchs: *Geschichte der Grundschule*, in: Einsiedler, Wolfgang et al. (Hrsg.): *Handbuch Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik*, Bad Heilbrunn 2005, S. 13-30.
- Götz, R. (Hrsg.): *Gesetz, veränderte Bestimmungen über die Realschulen I. und II. Ordnung betreffend, vom 15. Februar 1884, nebst den Ausführungsbestimmungen hierzu, den Lehr- und Prüfungsordnungen für die Realgymnasien und Realschulen und dem Regulativ für die Prüfungen der Candidaten des höheren Schulamts mit den dazu erlassenen Abänderungen und Nachträgen*, Leipzig 1884.
- Götz, R. (Hrsg.): *Lehr- und Prüfungsordnung für die Gymnasien, abgeändert und mittels Bekanntmachung vom 8. Juli 1882 neu veröffentlicht, nebst Verordnung vom 8. Juli 1882, Änderungen und Nachträge zur Verordnung vom 29. Januar 1877 betr., und dem Regulativ für die Prüfung der Candidaten des höheren Schulamts mit den dazu erlassenen Abänderungen und Nachträgen. Zugleich als Nachtrag zu der von dem Herausgeber s. Z. veranstalteten Handausgabe des Gesetzes über die Gymnasien etc. vom 22. August 1876*, Leipzig 1882.
- Götz, R. (Hrsg.): *Gesetz über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 und die Ausführungsverordnung vom 29. Januar 1877 mit Lehr- und Prüfungsordnungen. Nebst einem Anhang, enthaltend: das Regulativ für die Prüfungen der Candidaten des höheren Schulamts, Bestimmungen aus den Staatsdienergesetzen, die Pensionsgesetze und dazu gehörige Verordnungen. Mit Erläuterungen auf Grund der Motiven und ständischen Verhandlungen*, Leipzig 1877.
- Graefe, Camillo: *Zu den Leitsätzen der sächsischen Lehrer-Versammlung zu Zwickau über die Umgestaltung des Religions-Unterrichts in der Volksschule. Vortrag, auf der Versammlung evang. Hausväter und Hausmütter in der Ephorie Annaberg am 31. Januar 1909*, Annaberg 1909 [vorhanden in: *SächsHStAD*, 11125, Nr. 13106/22, Bl. 245ff.].
- Graff, Albert (Hrsg.): *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923 in der zur Zeit geltenden Fassung mit den noch geltenden Bestimmungen der früheren Städte- und Landgemeindeordnung*, Freiberg 1933.
- Graul, Andreas: *Modernes Staatswesen und Industrialisierung. Die Mittelbehörden im Regierungsbezirk Leipzig 1835–1943*, in: *Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Bewegte sächsische Region. Vom Leipziger Kreis zum Regierungsbezirk Leipzig 1547–2000. Eine Ausstellung des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig und des Regierungspräsidiums Leipzig* (= Veröffentlichungen der Sächsischen Archivverwaltung, Reihe C: Ausstellungskataloge, Bd. 1), Leipzig 2001, S. 61-102.
- Groebe, Klaus von der: *Reichsinnenministerium*, in: Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): *Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1985, Stuttgart 1985, S. 156-168.
- Grohmann, Ingrid: *Das Ende der regionalen Verwaltung. Die Auflösung der Kreishauptmannschaft Bautzen durch die sächsische Regierung vor 60 Jahren*, in: *Dresdner Neueste Nachrichten*, Jg. 2, 1992, Nr. 163, S. 5.
- Grohmann, Ingrid und Volker Jäger: *Regionale kursächsische Verwaltung. Die ältere Kreishauptmannschaft Leipzig, die älteren Amtshauptmannschaften (1764–1816 und 1835/1873)*, in: Zwahr, Hartmut et al. (Hrsg.): *Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube und Manfred Unger*, Beucha 2000, S. 457-469.
- Groß, Reiner: *Die sächsische Verfassung vom 4. September 1831 und die Verwaltungsorganisation*, in: *Stiftung für Kunst und Kultur der Kreissparkasse Freiberg/Freiburger Altertumsverein e.V. (Hrsg.): Regionale Wirtschaftsgeschichte. Die Geschichte der Verwaltung in Sachsen und der Region Freiberg* (= Andreas-Möller-Geschichtspreis 2006 und 2007), Freiberg 2008, S. 71-77.
- Groß, Reiner: *Geschichte Sachsens*, Leipzig 2004.
- Groß, Rainer: *Zur Ausarbeitung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923*, in: Bräuer, Helmut und Elke Schlenkrich (Hrsg.): *Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Festschrift für Karl Czok zum 75. Geburtstag*, Leipzig 2001, S. 347-372.

- Groß, Rainer: Der Freistaat Sachsen und seine Bemühungen um eine Verwaltungsreform in der Weimarer Republik, in: John, Uwe (Hrsg.): Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Bd. 15), Stuttgart 1997, S. 639-658.
- Groß, Rainer: Verfassungen deutscher Territorialstaaten zwischen 1816 und 1831. Ernestinische Staaten und Königreich Sachsen im Vergleich, in: John, Jürgen (Hrsg.): Kleinstaaten und Kultur in Thüringen vom 16. bis 20. Jahrhundert, Weimar et al. 1994, S. 395-406.
- Großmann, Reinhold: Die Wirtschaftsoberschule, in: Die höhere Schule im Freistaat Sachsen, Jg. 8, 1930, H. 20/21, S. 372-373.
- Gründel, Roland und Joachim Petzold: Die Gründung der kursächsischen Fürstenschulen, in: Dresdner Hefte, Jg. 15, H. 52, 1997, S. 80-86.
- Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumsparität in der Weimarer Republik (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 39), Dissertation (Berlin), Düsseldorf 1968.
- Gündel, Herbert: Das sächsische Kirchschullexikon als Stiftung, Dissertation (Leipzig), Leipzig 1932.
- Günther, Christiane: Die Entwicklung technischer Bildung in Sachsen vom 18. Jahrhundert bis zur Gründung der Königlichen Gewerbeschule Chemnitz, Bachelorarbeit Technische Universität Chemnitz 2008, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, Bibliothek].
- Günther, Karl-Heinz (Hrsg.): Geschichte der Erziehung, Berlin 1988.
- Günther, Karl-Heinz: Traditionen und Leistungen der Geschichte der Erziehung als Wissenschaftsdisziplin in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Die historische Pädagogik in Europa und den USA. Berichte über die historische Bildungsforschung, Teil 2: Bundesrepublik Deutschland, CSSR, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, UdSSR, Ungarn (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 3.2), Stuttgart 1985, S. 31-63.
- Günzel, O. und H. Hauschild (Hrsg.): Beruflicher Bildungsweg, berufliche Schulbahn. Bearbeitet von einem Vorstandsausschuß des Landesvereins Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen (= Untersuchungen und Berichte über Fragen des beruflichen Schulwesens, Nr. 3), Leipzig 1932.
- Gutachten des Reichssparkommissars über das Schulwesen des Landes Sachsen, Berlin 1933, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 10573/101].
- Häberle, Peter: Kulturhoheit im Bundesstaat. Entwicklungen und Perspektiven, in: Bundesrat (Hrsg.): 50 Jahre Herrenchiemseer Verfassungskonvent. Zur Struktur des deutschen Föderalismus. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposium vom 19. bis 21. August 1998 in Kloster Seeon, Nördlingen 1999, S. 55-88.
- Hamburger, Franz: Lehrer zwischen Kaiser und Führer. Der Deutsche Philologenverband in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zur Sozialgeschichte der Lehrerorganisationen (= Deutsche Hochschulschriften, Alte Reihe, Bd. 699), Dissertation (Heidelberg), Frankfurt am Main/Washington 1994.
- Hammer, Michael: Volksbewegung und Obrigkeiten. Revolution in Sachsen 1830/31 (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 3), Dissertation (Dresden), Weimar et al. 1997.
- Hammerstein, Notker (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 1: 15.-17. Jahrhundert. Von der Renaissance und der Reformation bis zum Ende der Glaubenskämpfe, München 1996.
- Hammerstein, Notker und Ulrich Herrman (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 2: 18. Jahrhundert. Vom späten 17. Jahrhundert bis zur Neuordnung Deutschlands um 1800, München 2005.
- Hänig, Hans: Die sächsische Denkschrift zur Reform der Höheren Schulen, in: Die Neue Erziehung, Jg. 8, 1926, H. 12, S. 949-953.
- Hänig, Hans: Aufgaben der sächsischen Schulreform, in: Die Neue Erziehung, Jg. 7, 1925, H. 12, S. 918-921.
- Haupt, Joachim: Neuordnung im Schulwesen und Hochschulwesen (= Das Recht der nationalen Revolution, H. 5), Berlin 1933.
- Hausmann, Christopher: Die „Alte Sozialdemokratische Partei“ 1926-1932. Ein gescheitertes Experiment zwischen den parteipolitischen Fronten, in: Grebing, Helga et al. (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 273-294.
- Landtagsbüro (Hrsg.): Handbuch des Landtags des Freistaates Sachsen, Dresden 1929.
- Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, 6 Bde., München 1989-2005.

- Handbuch für die sächsischen Hilfsschullehrer. Bestimmungen über das Hilfsschulwesen aus den Schulgesetzen und Verordnungsblättern des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung, Dresden 1930.
- Hansmeyer, Karl-Heinrich (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 36), Stuttgart et al. 1973.
- Harbauer, Peter: Zur Berufsbildungspolitik der sächsischen Sozialdemokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik, Dissertation Humboldt-Universität Berlin 1981, Typoskript.
- Hartnacke, Wilhelm: Bildungswahn – Volkstod! Vortrag, gehalten am 17. Februar 1932 im Auditorium Maximum der Universität München für die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene, München 1932.
- Hartnacke, Wilhelm: Naturgrenzen geistiger Bildung. Inflation der Bildung, schwindendes Führertum, Herrschaft der Urteilslosen, Leipzig 1930.
- Hartnacke, Wilhelm: Das sächsische Schulwesen von heute, in: Großmann, Karl (Hrsg.): Sachsen. 1000 Jahre deutscher Kultur, Berlin/München 1929, S. 115-122.
- Hartnacke, Wilhelm: Standesschule – Leistungsschule, Leipzig 1929.
- Hartnacke, Wilhelm: Organische Schulgestaltung. Gedanken über Schulorganisation im Lichte der neueren Begabtenforschung, Radebeul 1926.
- Hartnacke, Wilhelm: Das Schlagwort im Kampfe gegen die höhere Schule. Ein Wort zur Abwehr (= Veröffentlichungen des Sächsischen Philologenvereins, Nr. 11) Leipzig 1923.
- Hase, Armin: Kirchschullehn und Schullehn, in: Sächsisches Archiv für Rechtspflege, N. F. Jg. 3, 1923, H. 1/3, S. 1-19; H. 4/6, S. 77-97.
- Haupt-Sachregister zum Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen auf die Jahre 1818 bis 1907, Dresden 1908.
- Hebeler, Lieselotte: Der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen 1895–1935, Dissertation (Leipzig), Braunschweig 1936.
- Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 3), Dissertation (Berlin), Weimar et al. 1995.
- Heindl, Wolfgang: Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 5: Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 565), Dissertation (Heidelberg), Frankfurt am Main et al. 1984.
- Heinecke, Fritz: Der höhere Lehrer im Zeitalter der Entstehung seines Berufstandes und die Einführung der Abgangsprüfungen. Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Sachsen, Dissertation (Leipzig), Borna-Leipzig 1935.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 1), Stuttgart 1976.
- Hennecke, Frank J. (Hrsg.): Schulgesetzgebung in der Weimarer Republik. Vom 11. August 1919 bis 24. März 1933. Sammlungen von Rechtsvorschriften des Reiches und der Länder Baden, Bayern und Preußen (= Sammlungen der Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Bekanntmachungen zum Elementar- bzw. Volksschulwesen im 19./20. Jahrhundert, Bd. 7), Köln et al. 1991, Nachdruck.
- Hermann, Konstantin: Arthur Göpfert. Zehn Jahre kommissarischer Leiter des Volksbildungsministeriums, in: Pieper, Christine et al. (Hrsg.): Braune Karrieren. NS-Protagonisten in Sachsen am Beispiel Dresdens, Dresden 2012, S. 222-226.
- Herold, Corrina: Berufsethos zwischen Institutionalisierung und Professionalisierung. Studien zur Rolle des Sächsischen Lehrervereins im Professionalisierungsprozeß sächsischer Volksschullehrer zwischen 1848 und 1873 (= Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 3), Dissertation (Leipzig), Leipzig 1998.
- Herrlitz, Hans-Georg et al.: Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart. Eine Einführung, Weinheim/München 1993.
- Herrmann, Matthias und Danny Weber (Hrsg.): Oberlausitz. Beiträge zur Landesgeschichte. Wissenschaftliches Symposium zum 100. Todestag von Hermann Knothe (= Kamenzer Beiträge, Bd. 5), Görlitz/Zittau 2004.
- Hertel, Otto: Der Leipziger Lehrerverein in den Jahren 1896–1920. Festschrift zur Feier des 75jähr. Bestehens, Leipzig 1921.
- Herzog, Heinrich: Beitrag zur Geschichte des sächsischen Konsistorialgesetzes vom 15. April 1873, in: Herberger der Christenheit, Jg. 7, 1969, S. 149-211.
- Herzog, Heinrich: Die Geistlichen Räte bei der Regierungsbehörde der sächsischen Oberlausitz in Bautzen 1821 bis 1926, in: Herberger der Christenheit, Jg. 5, 1965, S. 136-177.

- Herzog, Heinrich: Die rechtliche Sonderstellung der Oberlausitz in der sächsischen Landeskirche, in: Herbergen der Christenheit, Jg. 3, 1959, S. 71-95.
- Hesse, Alexander: „Bildungsinflation“ und „Nachwuchsmangel“. Zur deutschen Bildungspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg (= Erziehungswissenschaftliche Dissertationen, Bd. 2), Dissertation (Siegen), Hamburg 1986.
- Hettlage, Karl M.: Die Finanzverwaltung, in: Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, Stuttgart 1985, S. 177-201.
- Heydorn, Heinz-Joachim und Gernot Koneffke: Zur Bildungsgeschichte des deutschen Imperialismus. Einleitungen zur Neuherausgabe der Preußischen Schulkonferenzen 1890/1900 und der Reichsschulkonferenz von 1920, Glashütten 1973.
- Heyner, Erwin: Der Kampf um die Neugestaltung der sächsischen Gymnasien, insbesondere der Kreuzschule zu Dresden (1845–1850), in: Arbeiten aus dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek zu Dresden, Bd. 8, Dresden 1937, S. 71-114
- Hickmann, Hugo: Warum wollen wir die evangelische Volksschule?, Dresden 1921.
- Hickmann, Hugo: Was haben wir von dem Reichsschulgesetz zu halten?, Dresden 1921.
- Hickmann, Hugo: Zum Schulkampf in Sachsen. Ein Merkbuch, Dresden 1921.
- Hoffmann, Johannes: Schule und Lehrer in der Reichsverfassung. Ein Kommentar, Stuttgart/Berlin 1921.
- Hofmann, Andreas: Zur Geschichte des Sächsischen Lehrervereins während des ersten Weltkrieges und den Weimarer Jahren 1914–1933, rekonstruiert anhand der Publikationen der Sächsischen Schulzeitung, Magisterarbeit Technische Universität Dresden 2010, Typoskript.
- Hohendorf, Gerd: Das sächsische Schulgesetz von 1835 – Teil der liberalen Staatsreformen?, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 29, 1983, H. 1, S. 39-42.
- Hohendorf, Gerd: Die Schulpolitik der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918, in: Pädagogik, Jg. 13, 1958, H. 11, S. 776-806.
- Hohendorf, Gerd: Die pädagogische Bewegung in den ersten Jahren der Weimarer Republik, Berlin 1954.
- Die höhere Schule im Freistaat Sachsen. Zeitschrift des Sächsischen Philologenvereins, Radebeul 1924–1933.
- Holtorf, Herbert: Die höhere Schule einst und jetzt. Das Problem der Überbürdung in jugendpsychologischer Beleuchtung. Auf Grund einer Erhebung an 4 Universitäten und mehreren höheren Lehranstalten, unterstützt vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Leipzig 1931.
- Hörnig, ...: Überblick über die Entwicklung des sächsischen Realschulwesens, in: Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen, 1903, S. 130-138.
- Hornschi, Hans-Erich: Die Entwicklung des Finanzausgleichs im Deutschen Reich und in Preußen von 1919 bis 1944 (= Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Bd. 3), Kiel 1950.
- Hortsch, Hanno und Frank Wehrmeister (Hrsg.): Berufsschullehrerausbildung in Dresden in Vergangenheit und Gegenwart. Aus Anlaß der 70. Wiederkehr des Beginns der Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern an der Technischen Hochschule Dresden am 1. April 1924 (= Dresdner Beiträge zur Berufspädagogik, Bd. 6), Dresden 1994.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart et al. 1993, Rev. Nachdr. der 1. Auflage.
- Huber, Ernst Rudolf und Wolfgang Huber: Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. 4: Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1988.
- Huhle, Willy: Die sächsischen Gemeindeverbände (nach dem Stande am 1. Januar 1930), Dissertation (Leipzig), Leipzig 1930.
- Das humanistische Gymnasium. Zeitschrift des Deutschen Gymnasialvereins, Leipzig 1890–1936.
- Hunger, Johannes: Die Fortbildungsschule Sachsens von ihrer Begründung bis zur Einführung der gesetzlichen Fortbildungsschulpflicht für Knaben durch das Volksschulgesetz vom Jahre 1873, in: Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts, Jg. 23, 1933, H. 2, S. 131-141.
- Hunger, Johannes: Das Fortbildungsschulwesen in Sachsen von 1835–1873, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde, Jg. 47, 1926, H. 2, S. 254-294.
- Hunger, Johannes: Die Anfänge des Fortbildungsschulwesens in Sachsen (bis 1835), in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde, Jg. 46, 1925, S. 124-173.

- Hürten, Heinz: Die Kirchen in der Novemberrevolution. Eine Untersuchung zur Geschichte der Deutschen Revolution 1918/19 (= Eichstätter Beiträge, Bd. 11), Regensburg 1984.
- Hylla, Erich: Die Oberstufe der Volksschule, Berlin/Leipzig 1931.
- Hylla, Erich: Der Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen. Bestimmungen, Erfahrungen, Vorschläge (= Die Deutsche Schule, Beiheft, Nr. 1), Leipzig 1925.
- Idel, Horst: Der Kampf um das sächsische Volksschulgesetz vor dem ersten Weltkrieg unter Berücksichtigung der Rolle der SPD, Dissertation Technische Universität Dresden 1968, Typoskript.
- Immatrikulations- und Disziplinar-Ordnung für die Studierenden der Universität Leipzig. Neudruck vom Oktober 1912, Leipzig 1913.
- Inhaltsverzeichnis der (zu den) Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages, Dresden 1920–1933.
- Inhaltsverzeichnis zu den Akten und Verhandlungen der Sächsischen Volkskammer, Dresden 1921.
- Inhaltsverzeichnis zu den Landtagsakten und Mitteilungen über die Verhandlungen des [...] ordentlichen Landtags, Dresden 1917–1919.
- Jahrbuch des Deutschen Vereins für Berufsschulwesen, Leipzig 1925/1928.
- Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin 1920–1923.
- Jahrbücher des Königlich Sächsischen Oberverwaltungsgerichts, Leipzig 1902–1942.
- Jahresbericht der Drei-König-Schule (Realgymnasium) zu Dresden-Neustadt als Einladungsschrift zu der feierlichen Entlassung der Abiturienten am 21. März und zu den öffentlichen Prüfungen am 23., 24. und 25. März 1896, Dresden 1896.
- [...] Jahresbericht des König Georgs-Gymnasiums zu Dresden-Johannstadt und Einladung zu den öffentlichen Prüfungen am [...], Dresden 1904ff.
- Jeismann, Karl-Ernst und Peter Lundgreen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987.
- Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985.
- Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3: Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie, Stuttgart 1984.
- Jeserich, Kurt G. A. et al. (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983.
- Junghans, Helmar: Die kursächsische Kirchen- und Schulordnung von 1580 – Instrument der „lutherischen“ Konfessionalisierung?, in: Junghans, Helmar (Hrsg.): Die sächsischen Kurfürsten während des Religionsfriedens von 1555 bis 1618. Symposium anlässlich des Abschlusses der Edition „Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen“ vom 15. bis 18. September 2005 in Leipzig. Veranstaltet von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und dem Theologischen Arbeitskreis für Reformationsgeschichtliche Forschung Berlin (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Bd. 31), Leipzig/Stuttgart 2007, S. 209–238.
- Justin, Jürgen J. (Hrsg.): Berufsschullehrerausbildung in Chemnitz. Beiträge zur Entwicklung der Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen an der Technischen Universität Chemnitz, Chemnitz 2001.
- Kaden, Herbert E.: Das sächsische Bergschulwesen. Entstehung, Entwicklung, Epilog (1776–1924), Dissertation (Hagen), Köln et al. 2012.
- Kähler, W.: Das mittlere und niedere technische Unterrichtswesen im Königreich Sachsen, in: Lexis, Wilhelm (Hrsg.): Der mittlere und niedere Fachunterricht im Deutschen Reich (= Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich, Bd. IV/3), Berlin 1904, S. 114–149.
- Kahlert, Helmut: Prolegomena zur Geschichte der Bildungsökonomie. Bibliographie und Darstellung (1850–1945) (= Studien zur ökonomischen Bildungsforschung, Bd. 6), Weinheim/Basel 1978.
- Kahlert, Helmut: Das Schulgeld als Instrument der Finanz- und Bildungspolitik, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Jg. 22, 1974, S. 38–44.
- Kaemmel, Otto: Der Kampf um das humanistische Gymnasium. Aufsätze zur Reform des höheren Schulwesens, Leipzig 1901.
- Kaemmel, Otto: Die Organisation des höheren Unterrichts im Königreich Sachsen. Sonderabdruck aus Dr. A. Baumeister's „Handbuch der Erziehungs- und Unterrichtslehre für höhere Schulen“, München 1897.
- Kalender für den sächsischen Staatsbeamten, Dresden 1901–1935.

- [Kalender und] Statistisches Jahrbuch für das Königreich/den Freistaat/das Land Sachsen, Dresden 1873–1939.
- Kammerloher-Lis, Stephanie: Die Entstehung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 191), Dissertation (Regensburg), Frankfurt am Main et al. 1999.
- Kannig, Fritz: Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen, in: Die Erziehung, Jg. 2, 1927, S. 353-359.
- Karlsch, Rainer und Michael Schäfer: Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter, Leipzig 2006.
- Katz, Martin: Die Berufsmöglichkeiten der Schüler höherer Lehranstalten. Die Berechtigungen der höheren Schulen, Leipzig 1930.
- Katzer, Ernst: Das evangelisch-lutherische Kirchenwesen der sächsischen Oberlausitz, Leipzig 1896.
- Keim, Wolfgang: Chancengleichheit im Bildungswesen. Ideal der Weimarer Verfassung – politischer Auftrag heute, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen (Hrsg.): Die Weimarer Verfassung. Wert und Wirkung für die Demokratie, Erfurt 2009, S. 119-143.
- Keim, Wolfgang (Hrsg.): Kursunterricht – Begründungen, Modelle, Erfahrungen, Darmstadt 1987.
- Keller, Katrin: Landesgeschichte Sachsen (= UTB, Bd. 2291), Stuttgart 2002.
- Keppeler-Schrumpf, Helga: „Bildung ist nur möglich auf der Grundlage des Volkstums.“ Eine Untersuchung zu Richard Seyferts volkstümlicher Bildungstheorie als volksschuleigene Bildungskonzeption (= Pädagogik und Zeitgeschehen, Bd. 5), Dissertation (Dortmund), Münster 2005.
- Kerschensteiner, Georg et al.: Das neunte Schuljahr. Gutachten über eine Erweiterung der Schulpflicht. Mit einem Vorwort von Winkl. Geh. Rat Hans v. Nostitz (= Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, H. 81/82), Jena 1929.
- Der Keudellsche Reichsschulgesetzentwurf. Wortlaut, Grundlagen, Kritik, Leipzig 1927.
- Kieß, Kurt: Höhere Schule und sechsklassige Grundschule. Denkschrift, verfaßt im Auftrage des Vorstandes des Sächsischen Philologenvereins, Leipzig 1920.
- Kießling, Wolfgang: Ernst Schneller. Lebensbild eines Revolutionärs, Berlin 1974.
- Kilper, Heiderose und Roland Lhotta: Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland (= Grundwissen Politik, Bd. 5), Opladen 1996.
- Kim, Sun-Ryol: Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche in der Weimarer Verfassung von 1919. Eine Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Kirche in Preußen seit der Reichsgründung von 1871 (= Hamburger Theologische Studien, Bd. 13), Dissertation (Hamburg), Hamburg 1996.
- Kirchberg, Ulrike: Vom Privileg zum Allgemeingut? Bildungspolitik in Sachsen im 19. Jahrhundert, in: Verein für sächsische Landesgeschichte e.V. (Hrsg.): König Johann von Sachsen 1801/1854–1873. Ein Blick auf Deutschland (= SAXONIA, Bd. 7), Dresden 2000, S. 80-88.
- Kirsch, Günter: Vom vorläufigen Grundgesetz vom Februar 1919 zur Verfassung für den Freistaat Sachsen vom November 1920, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 37, 1991, H. 5, S. 297-299.
- Kirsch, Karl: Die Aufsicht des Geistlichen über die Volksschule, nach den Grundsätzen des deutschen Schulrechts. Ein Beitrag zur Pastoralklugheit, Leipzig 1840.
- Klein, Armin: Kulturpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.
- Klein, Thomas: Sachsen (= Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Reihe B: Mitteldeutschland, Bd. 14), Marburg 1982.
- Klement, Günter: Die beiden Klassenlinien in den kulturpolitischen Auseinandersetzungen in den Jahren 1918–1920 unter besonderer Berücksichtigung des Klassenkampfes auf bildungspolitischem Gebiet im damaligen Freistaat Sachsen, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1975, Typoskript.
- Klenke, Dietmar: Die SPD-Linken in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932, Dissertation (Münster), Münster 1989.
- Klimpel, Gustav: Gemeindefinanzen und Realsteuern in Sachsen, Dresden 1929.
- Knortz, Heike: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik (= UTB, Bd. 3399), Göttingen 2010.
- Kobuch, Agatha: Die sächsischen Bezirksschulinspektionen und Bezirksschulämter und ihre Registraturen, in: Archivmitteilungen, Jg. 15, 1965, H. 3, S. 100-106.
- Koch, Kerstin: Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung im höheren Schulwesen Dresdens zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Fächer Mathematik, Physik

- und Chemie, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1992, Typoskript.
- Kockel, F. W. und E. Kühn (Hrsg.): Lehrplan für die einfachen Volksschulen des Königreichs Sachsen vom 5. November 1878. Mit erläuternden Anmerkungen und Sachregister, Dresden ¹¹1911.
- Kohlbach, Hugo: Das Schulwesen in Sachsen, Dresden 1927.
- Köhler, Henning: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 10), Dissertation (Berlin), Berlin 1967.
- Kohn, Maritta: Gustav Friedrich Dinter als Lehrerbildner am Friedrichstädter Volksschullehrerseminar (1797–1807), Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1988, Typoskript.
- König, Helmut et al.: Beiträge zur Bildungspolitik und Pädagogik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise 1918–1923, Bd. 1 (= Monumenta paedagogica, Reihe B, Bd. 4), Berlin 1968.
- Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, 2 Bde., Bern/München 1963.
- Köstlin, Thomas: Die Kulturhoheit des Bundes. Eine Untersuchung zum Kompetenz- und Organisationsrecht des Grundgesetzes unter Berücksichtigung der Staatspraxis in der Bundesrepublik Deutschland (= Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht, Bd. 3), Dissertation (Tübingen), Berlin 1989.
- Krappig, Birgit: Die Entwicklung des höheren Schulwesens in Zwickau Ausgang der Humboldtschen Gymnasialreform bis zum Beginn des I. Weltkrieges, Dissertation Pädagogische Hochschule „Ernst Schneller“ Zwickau 1992, Typoskript.
- Kraul, Margret: Das deutsche Gymnasium 1780–1980 (= Edition Suhrkamp, Bd. 1251), Frankfurt am Main 1984.
- Kraus, Hans-Christof: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 82), München 2008.
- Krause-Vilmar, Dietfried: Schule und Politik in Deutschland. Eine Einführung in die Schulgeschichte seit 1848, Hagen ⁶2005.
- Kretzschmar, Hellmut: Die sächsische Verfassung vom 4. September 1831, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde, Jg. 52, 1931, S. 207-248.
- Kretzschmar, Johannes F. (Hrsg.): Das Höhere Schulwesen im Königreiche Sachsen. Gesetz über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876, nebst Ausführungsverordnung und der einschlagenden Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen (= Juristische Handbibliothek, Bd. 158), Leipzig 1903.
- Kriester, Karl: Die Entwicklung des Realschulwesens in Preußen und Sachsen im 19. Jahrhundert bis zum Jahre 1859 bzw. 1860, Dissertation (Leipzig), Halle 1914.
- Kroll, Frank-Lothar: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 65), München 2003.
- Kronhagel, Kristian Klaus: Religionsunterricht und Reformpädagogik. Otto Eberhards Beitrag zur Religionspädagogik in der Weimarer Republik (= Jugend – Religion – Unterricht, Bd. 10), Dissertation (Hamburg), Münster 2004.
- Kronhagel, Kristian Klaus: Religionsunterricht und Verfassung in der Weimarer Republik. Die Diskussion über Art. 149 in der Weimarer Nationalversammlung, in: Weiße, Wolfram (Hrsg.): Wahrheit und Dialog. Theologische Grundlagen und Impulse gegenwärtiger Religionspädagogik (= Religionspädagogik in einer multikulturellen Gesellschaft, Bd. 4), Münster et al. 2002, S. 181-199.
- Kuchta, Beatrix: Sächsische Hochschulpolitik in der Weimarer Republik, in: Westfälische Forschungen, Jg. 60, 2010, S. 51-72.
- Kuchta, Beatrix: Das Personalabbaugesetz von 1923/24 und die sächsischen Hochschulen, in: Hehl, Ulrich von (Hrsg.): Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952 (= Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe A, Bd. 3), Leipzig 2005, S. 193-220.
- Kuchta, Beatrix: Probleme sächsischer Wissenschaftspolitik in der frühen Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu Hochschulpolitik und Hochschulreform am Beispiel der Universität Leipzig 1918–1924, Magisterarbeit Universität Leipzig 2004, Typoskript.
- Kühne, Alfred (Hrsg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, Leipzig ²1929.

- Kümmel, Klaus (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung 1918–1945 (= Quellen und Dokumente zur Geschichte der Berufsbildung in Deutschland, Reihe A, Bd. 2), Köln/Wien 1980.
- Kunz, Lothar: Reformistische und restaurative Tendenzen der schulpolitischen Auseinandersetzungen zur Zeit der Weimarer Republik, in: Dithmar, Reinhard und Jörg Willer (Hrsg.): Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Zur Entwicklung des Schulwesens in der Weimarer Republik, Darmstadt 1981, S. 125-154.
- Kupke, Anne-Kristin: Die Kirchen- und Schulvisitationen im 17. Jahrhundert auf dem Gebiet der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen. Mit einem Repertorium der Visitationsakten (= Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 30), Dissertation (Leipzig), Leipzig 2010.
- Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 28, 1980, H. 1, S. 20-46.
- Küppers, Heinrich: Der Katholische Lehrerverband in der Übergangszeit von der Weimarer Republik zur Hitlerdiktatur. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Volksschullehrerstandes (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 18), Dissertation (Köln), Mainz 1975.
- Kurtz, Dietmar: Zur Geschichte der Schulaufsicht im deutschsprachigen Raum, Dissertation (Tübingen), Darmstadt 1982.
- Lahmeyer, Gustav und Erich Schneider: Das Reichsgrundschulgesetz (Gesetz, betreffend die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen) in der Fassung des Gesetzes vom 26. Februar 1927 (Reichsgesetzblatt, Teil 1, S. 67) und das Gesetz, betreffend den Lehrgang der Grundschule nebst Ausführungsbestimmungen und den Bestimmungen der Preußischen Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 betreffend die Aufsicht des Staates über Privatschulen (= Taschen-Gesetzsammlung, Bd. 117), Berlin 1927.
- Lambrecht, Ronald: Studenten in Sachsen 1918–1945. Studien zur studentischen Selbstverwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie zum politischen Verhalten der sächsischen Studentenschaft in Republik und Diktatur (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 28), Dissertation (Leipzig), Leipzig 2011.
- Landé, Walter (Hrsg.): Aktenstücke zum Reichsvolksschulgesetz, Leipzig 1928.
- Landé, Walter: Die Schule in der Reichsverfassung, Berlin 1929.
- Landé, Walter: Die staatsrechtlichen Grundlagen des deutschen Unterrichtswesens, in: Anschütz, Gerhard (Hrsg.): Handbuch des deutschen Staatsrechts, Bd. 2 (= Das öffentliche Recht der Gegenwart, Bd. 29), Tübingen 1932, S. 690-724.
- Landesamt für Arbeitsvermittlung (Hrsg.): Anstalten für die Berufsausbildung von Frauen und Mädchen im Freistaat Sachsen, Dresden 1921.
- Landesarbeitsausschuß der SPD (Hrsg.): Der Abbau der freien Gemeindeverfassung Sachsens, Dresden 1925.
- Landesarbeitsausschuß der SPD (Hrsg.): Gegen die Schulreaktion. Landtagsreden der Genossen Arzt und Weckel vom 20. und 27. Januar 1925, Dresden 1925.
- Landesverein Sächsischer Taubstummlehrer (Hrsg.): Denkschrift des Landesvereins Sächsischer Taubstummlehrer zum Entwurf des neuen Volksschulgesetzes, Liebertwolkwitz 1907.
- Landtags-Acten, 1. Abtheilung: Die königlichen Mittheilungen an die Kammern und die Eingaben der Letzteren an den König enthaltend, Dresden 1834–1873.
- Landtags-Acten, 2. Abtheilung: Die Protocolle der 1. Kammer, Dresden 1834–1873.
- Landtags-Acten, 2. Abtheilung: Die Protocolle der 1. Kammer, Beilagen, Dresden 1834–1873.
- Landtags-Acten, 3. Abtheilung: Die Protocolle der 2. Kammer, Dresden 1834–1873.
- Landtags-Acten, 3. Abtheilung: Die Protocolle der 2. Kammer, Beilagen, Dresden 1834–1873.
- Landtags-Akten, Berichte, Dresden 1920–1933.
- Landtags-Akten, Berichte der I. Kammer, Dresden 1873–1918.
- Landtags-Akten, Berichte der II. Kammer, Dresden 1873–1918.
- Landtags-Akten, Beschlüsse, Dresden 1920–1933.
- Landtags-Akten, Königliche Dekrete, Dresden 1873–1918.
- Landtags-Akten, Ständische Schriften, Dresden 1873–1918.
- Landtags-Akten, Vorlagen, Dresden 1920–1933.
- Lang, ...: Die Erweiterung der Realschule um ein Jahr: eine 7klassige Realschule im Rahmen der Einheitschule, in: Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen, Jg. 30, 1919, S. 97-101.
- Lang, Johannes: Mittlere Reife und Schulaufbau. 9. und 10. Schuljahr, Leipzig 1923.

- Lang, Johannes: Über die Entstehung der Schulparagraphen in der Reichsverfassung, in: Leipziger Lehrerzeitung, Jg. 28, 1921, Nr. 14, S. 269-273.
- Langewiesche, Dieter und Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 5: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989.
- Lassar, Gerhard: Ein Beschluß des Reichsgerichts auf Grund des Art. 13 Abs. 2 der Reichsverfassung, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 40, 1921, S. 98-112.
- Lässig, Simone und Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Weimar et al. 1997.
- Laubach, Hans-Christoph: Die Politik des Philologenverbandes im Deutschen Reich und in Preußen während der Weimarer Republik. Die Lehrer an höheren Schulen mit Universitätsausbildung im politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld der Schulpolitik von 1918–1933 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 258), Dissertation (Konstanz), Frankfurt am Main et al. 1986.
- Laube, Horst und Karl Seyfert (Hrsg.): Das Sächsische Volks- und Berufsschulrecht, Radebeul 1933.
- Laufer, Heinz und Ursula Münch: Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1998.
- Lechler, Frank: Parlamentsherrschaft und Regierungsstabilität. Die Entstehung staatsorganisatorischer Vorschriften in den Verfassungen von Baden, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen und Württemberg 1918–1920 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 932), Dissertation (Mannheim), Frankfurt am Main et al. 2003.
- Lehrordnung für die Höhere Mädchenschule im Freistaat Sachsen. Veröffentlicht am 1. April 1922, Leipzig 1922.
- Lehrplan-Entwürfe des Sächsischen Philologenvereins vom 15. März 1928. Vorschläge der Landesfachgruppen und Schulgattungen zu einem Landeslehrplan für die höheren Schulen, Dresden 1928.
- Leipziger Lehrerverein (Hrsg.): Die Zwickauer Thesen und Geh. Kirchenrat D. Rietschel. Material zur Beurteilung des Streites um den Religionsunterricht in der Volksschule, Leipzig 1909.
- Leipziger Lehrerzeitung. Organ des Leipziger Lehrervereins und der Verwaltung der Pädagogischen Zentralbibliothek (Comeniusstiftung), Leipzig 1893–1933.
- Leipziger Lehrerzeitung (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen über das Volks- und Berufsschulwesen im Freistaate Sachsen seit 1919 einschließlich der wichtigsten reichsgesetzlichen Bestimmungen, Leipzig 1929.
- Die Leipziger Rektoratsreden 1871–1933. Herausgegeben vom Rektor der Universität Leipzig Professor Dr. iur. Franz Häuser zum 600-jährigen Gründungsjubiläum der Universität im Jahr 2009, Bd. II: Die Jahre 1906–1933, Berlin 2009.
- Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1894–1933.
- Lemke, Hans et al.: Dokumente zur Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung, 4. Folge: Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus 1945 (= Monumenta paedagogica, Reihe B, Bd. 23), Berlin 1985.
- Lesanovsky, Werner: Bildungspolitik, Schule und Pädagogik im sächsischen Parlament 1869–1900. Eine Studie über die bildungspolitische Tätigkeit der Sozialdemokratie (= Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), teilw. Dissertation (Zwickau), Hamburg 1998.
- Lesanovsky, Werner: Die bildungspolitische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im sächsischen Landtag von 1877 bis 1900. Ein Beitrag zum bildungspolitischen Kampf der revolutionären Sozialdemokraten in der II. Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dissertation Pädagogische Hochschule „Ernst Schneller“ Zwickau 1976, Typoskript.
- Leski, Horst: Schulreform und Administration. Vom Einheitsschulprogramm der Weimarer Reichsverfassung bis zu den Schulreformprogrammen des niedersächsischen Kultusministeriums, Dissertation Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg 1990, Typoskript.
- Lexis, Wilhelm: Die Berechtigungen der Reifezeugnisse, in: Rethwisch, Conrad et al.: Die höheren Lehranstalten und das Mädchenschulwesen im Deutschen Reich (= Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich, Bd. II), Berlin 1904, S. 157-174.
- Lexis, Wilhelm (Hrsg.): Der mittlere und niedere Fachunterricht im Deutschen Reich (= Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich, Bd. IV/3), Berlin 1904.
- Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik, Leipzig 1924.
- Lindemann, Friedrich: Die Verhandlungen über den Entwurf eines Gesetzes, die Organisation der Gelehrtschulen betreffend, in der ersten Kammer der hohen Ständeversammlung des Königreiches Sachsen, Zittau/Leipzig 1834.

- Lindemann, Friedrich: Die wichtigsten Mängel des Gelehrten Schulwesens im Königreiche Sachsen nebst Anträgen zu deren Verbesserung. Dem hohen Gesamtministerium des Königreiches sowie den hohen versammelten Ständen des Vaterlandes zu geneigten Berücksichtigung ehrfurchtsvoll dargelegt, Zittau/Leipzig 1834.
- Lipinski, Richard: Heraus aus der Kirche. Eine Mahnung. Kirchengesetz vom 4. August 1919 und 26. Januar 1920 sowie die Verordnung vom 4. Februar 1920 nebst Vordruck, Leipzig 1926.
- Lipinski, Richard: Die allgemeine Volksschule und der Religionsunterricht in der Republik Sachsen (Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919), Leipzig 1919.
- Lipsmeier, Antonius: Die Berufsschulforderungen der Reichsschulkonferenz von 1920. Ein Programm in fünfzig Jahren Berufsschulgeschichte, in: Die deutsche Berufs- und Fachschule, Jg. 66, 1970, S. 857-874.
- Löffler, Eugen: Das öffentliche Bildungswesen in Deutschland, Berlin 1931.
- Lommatzsch, Georg: Die öffentlichen Volksschulen in Sachsen. Erhebung vom 1. Mai 1923, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jg. 70/71, 1924/1925, S. 136-141.
- Lommatzsch, Georg: Die Einwohnerzahlen der Landgemeinden von 1834 bis 1900 und die Veränderungen in der Verwaltungseinteilung des Königreiches seit 1815, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jg. 51, 1905, S. 13-91.
- Lommatzsch, Georg und Hans Benisch: Die Unterrichts- und Erziehungsanstalten in Sachsen. Erhebung vom 25. März 1922, in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jg. 69, 1923, S. 78-138.
- Lorey, Wilhelm: Handelsrealschule, (sächsische) höhere Handelsschule und sächsische Wirtschaftsober-schule, in: Kühne, Alfred (Hrsg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, Leipzig 1929, S. 405-416.
- Lorey, Wilhelm: Über die gegenwärtige Lage der Handelsrealschulen. Bericht, erstattet auf der Ausschluß-Sitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen am 10. und 11. Mai 1918 in Eisenach, Braunschweig 1918 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 18303, Beiheft, Bl. 25ff.].
- Löscher, Hermann: 400 Jahre mittlere Schulaufsicht in Sachsen. Von der Visitationskommission zum Bezirksschulamt, in: Wissenschaftliche Beilage des Dresdner Anzeigers, Jg. 7, 1930, Nr. 6, S. 21-23; Nr. 7, S. 25-27.
- Löscher, Hermann: Ursprung und Auflösung der Kircheninspektion, in: Fischers Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 61, 1927, S. 1-67.
- Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil II: 1918–1980 (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1468), Göttingen 1981.
- Maihofer, Werner: Kulturelle Aufgaben des modernen Staates, in: Benda, Ernst et al. (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Studienausgabe, Teil 2, Berlin/New York 1995, S. 1201-1288.
- Männich, Walter: Ziel und Inhalt der staatsbürgerlichen Erziehung in der Berufsschule des imperialistischen Deutschlands bis 1933. Untersucht unter schulpolitischen Aspekt und mit besonderer Berücksichtigung des staatsbürgerkundlichen Unterrichts im Land Sachsen, Dissertation Technische Universität Dresden 1969, Typskript.
- Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik 1929–1933 (= Geschichte kompakt), Darmstadt 2004.
- Matzerath, Josef: 1831 – Die konstitutionelle Monarchie als Beginn der Moderne, in: Eigenwill, Reinhardt (Hrsg.): Zäsuren sächsischer Geschichte, Beucha 2010, S. 153-165.
- Matzerath, Josef: „Wenn sie auch nicht mehr ferner proprio jure hier sein könnten.“ Ständische Kontinuitäten im konstitutionellen Parlament am Beispiel des sächsischen Landtags, in: Gehrke, Roland (Hrsg.): Aufbrüche in die Moderne. Frühparlamentarismus zwischen altständischer Ordnung und monarchischem Konstitutionalismus (1750–1850). Schlesien – Deutschland – Mitteleuropa (= Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, Bd. 12), Köln et al. 2005, S. 119-139.
- Matzerath, Josef: „Sachsen zweiter Classe“. Die Rechtsgleichheit der Schönburgischen Rezeßherrschaften mit Sachsen im Jahre 1878, in: Matzerath, Josef: Aspekte sächsischer Landesgeschichte. Variationen der Moderne 1868 bis 1952, Dresden 2003, S. 18-22.
- Matzerath, Josef: Vom König gewährt. Sachsens Verfassung von 1831, in: Matzerath, Josef: Aspekte sächsischer Landesgeschichte, Dresden 1998, S. 66-70.
- Mausbach, Joseph: Kulturfragen in der deutschen Verfassung. Eine Erklärung, Mönchen-Gladbach 1920.
- Mebus, Sylvia: Erinnerter Geschichte. Schulreformbestrebungen im Freistaat Sachsen in den zwanziger Jahren, in: PÄD Forum, Jg. 11 bzw. 26, 1998, H. 3, S. 294-299.

- Mebus, Sylvia: Die Sächsische Verfassung von 1831. Impuls für die Emanzipation der Lehrer?, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 37, 1991, H. 4, S. 234-236.
- Mebus, Sylvia: Zu den fortschrittlichen bildungspolitischen und pädagogischen Bestrebungen im Sächsischen Lehrerverein 1918 bis 1924, untersucht an der "Sächsischen Schulzeitung", Dissertation Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR/Berlin 1988, Typoskript.
- Meisel, Franz: Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Gerloff, Wilhelm und Franz Meisel (Hrsg.): Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1: Wesen und Aufgabe der Finanzwissenschaft – Ihre Stellung und Beziehungen zu anderen Wissenschaften – Geschichte der Finanzwissenschaft – Die öffentlichen Ausgaben – Die Einnahmen aus privat- und öffentlich-rechtlichen Unternehmungen – Gebühren- und Allgemeine Steuerlehre, Tübingen 1926, S. 245-290.
- Mellmann, P.: Geschichte des Deutschen Philologen-Verbandes (Vereinsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands) bis zum Weltkrieg, Leipzig 1929.
- Menke-Glückert, Emil: Tausend Jahre Bildungs- und Schulgeschichte Sachsens, in: Großmann, Karl (Hrsg.): Sachsen. 1000 Jahre deutscher Kultur, Berlin/München 1929, S. 87-114.
- Menke-Glückert, Emil: Das höhere Schulwesen in Sachsen, in: Naumann, Kurt und Erwin Stein (Hrsg.): Sachsen. Kultur und Arbeit des sächsischen Landes mit besonderer Berücksichtigung der Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Berlin-Friedenau 1928, S. 46-50.
- Menke-Glückert, Emil: Über das deutsche Gymnasium, in: Sächsische Schulzeitung, Jg. 87, 1920, Nr. 38, S. 593-596.
- Merkel, Erich und Martin Böhme: Der Gemeindebeamte. Ein Handbuch des Verfassungs- und Verwaltungsrechts mit besonderer Berücksichtigung des sächsischen Verwaltungsrechts für die Gemeindebeamten, insbesondere zur Vorbereitung auf die Verwaltungsassistenten- und mittlere Verwaltungsprüfung (= Juristische Handbibliothek, Bd. 287), Leipzig 1929.
- Messerschmidt, Manfred: Militär und Schule in der wilhelminischen Zeit, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 23, München 1978, S. 51-76.
- Meyer, Johannes: Ein Jahrhundert sächsische Schulgeschichte 1831–1931. Zum 100jährigen Bestehen der selbständigen obersten Schulbehörde Sachsens am 1. Dezember 1931, Borna 1931.
- Meyer, Ruth: Das Berechtigungswesen in seiner Bedeutung für Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Sozialgeschichte der Schule im Übergang zur Industriegesellschaft, Weinheim/Basel 1977, S. 371-383.
- Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 16, Leipzig 1908.
- Meyrich, O.: Pflichtstunden und Arbeitstag der Lehrer, Leipzig o. J. [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 302, Bl. 66ff.].
- Michael, Berthold und Heinz-Hermann Schepp: Die Schule in Staat und Gesellschaft. Dokumente zur deutschen Schulgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 22), Göttingen/Zürich 1993.
- Michael, Berthold und Heinz-Hermann Schepp: Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, 2 Bde. (= Fischer Athenäum Taschenbücher, Bde. 3003/3004), Frankfurt am Main 1973/1974.
- Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens vom 10. Mai 1932, Dresden 1932.
- Mitteilungen des Sächsischen Erzieherbundes, Dresden 1920–1921.
- Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, Dresden 1921–1928.
- Mitteilungen des Sächsischen Philologenvereins, Radebeul 1923.
- Mitt[h]eilungen über die Verhandlungen des Außerordentlichen Landtags im Königreiche Sachsen, Dresden 1848–1915.
- Mitt[h]eilungen über die Verhandlungen des Ordentlichen Landtags im Königreiche Sachsen, Dresden 1840–1918.
- Mitteilungsblatt der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst, Dresden 1920–1933.
- Mitzenheim, Paul: Die Greilsche Schulreform 1921 bis 1923. Wesentliche Ergebnisse und Schlußfolgerungen, in: Weisbecker, Manfred (Hrsg.): Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute (= Reihe Demokratischer Sozialismus, Bd. 1), Jena 2004, S. 79-100.
- Möckel, Andreas: Selbständigkeit und Isolation der Hilfsschule in der Weimarer Republik, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, Stuttgart 1976, S. 117-130.

- Moderow, Hans-Martin: Eigenlogik oder Dependenz des mittelstaatlichen Schulwesens? Beispiele aus dem Königreich Sachsen, in: Fuchs, Eckhardt (Hrsg.): Regionen in der deutschen Staatenwelt. Bildungsräume und Transferprozesse im 19. Jahrhundert, Bad Heilbrunn 2011, S. 109-132.
- Moderow, Hans-Martin: Sachsens Volksschule am Ende des Kaiserreichs. Grundlegende Probleme und Dresdner Beispiele, in: Lühr, Hans-Peter (Red.): Zwischen Reform und Restriktion. Sächsische Schulgeschichte im 20. Jahrhundert (= Dresdner Hefte, Jg. 27, H. 97, hrsg. vom Dresdner Geschichtsverein e. V.), Dresden 2009, S. 5-15.
- Moderow, Hans-Martin: Die sächsische Mädchenschulreform von 1910, in: Glaser, Edith (Hrsg.): Mädchenschulgeschichte(n). Die preußische Mädchenschulreform und ihre Folgen (= Ariadne 53/54), Kassel 2008, S. 100-110.
- Moderow, Hans-Martin: Das kirchliche Stiftungsvermögen der evangelischen Volksschulen und sein Schicksal bis in das 20. Jahrhundert. Untersuchungen zu einem grundlegenden Problem der Volksschulfinanzierung am Übergang zur Moderne – Sachsen, Brandenburg und Württemberg im Vergleich, in: Flöter, Jonas und Christian Ritzi (Hrsg.): Bildungsmäzenatentum. Privates Handeln, Bürgersinn, kulturelle Kompetenz seit der Frühen Neuzeit (= Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 33), Köln 2007, S. 207-231.
- Moderow, Hans-Martin: Volksschule zwischen Staat und Kirche. Das Beispiel Sachsen im 18. und 19. Jahrhundert (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 25), Dissertation (Leipzig), Köln et al. 2007.
- Mohrmann, Heinz: Zur Bildungspolitik und Bildungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie (= Studien zur Hochschulentwicklung, Bd. 65/III), Berlin 1980.
- Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme (= Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1), München 1960.
- Monatsblätter. Verbandszeitung der Sächsischen Gewerbeschulmänner, Dresden 1911–1917.
- Moosche, Hans-Joachim: Die akademische Ausbildung der Volksschullehrer in Sachsen während der Weimarer Republik, dargestellt am Beispiel der Technischen Hochschule Dresden, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1990, Typoskript.
- Morgenstern, Richard (Hrsg.): Verzeichnis der Lehrer an den höheren Schulen Sachsens. Stand vom 1. Oktober 1934, Radebeul-Dresden o. J.
- Morgenstern, Richard (Hrsg.): Mitglieder-Verzeichnis des Sächsischen Philologenvereins zugleich Verzeichnis der Lehrkräfte an den höheren Schulen Sachsens. Stand 15. Januar, Radebeul-Dresden 1931
- Mosel, Curt von der: Handwörterbuch des Sächsischen Verwaltungsrechts mit Einschluß des einschlagenden Reichsrechtes (jedoch unter Ausschluß des Reichsversicherungsrechtes) und unter Mitberücksichtigung des Staats- und Kirchenrechtes sowie der sonstigen vom Verwaltungsrecht berührten Rechtsgebiete, 2 Bde., Leipzig 1926.
- Müller, Adolf: Der Rote Katechismus – Wahrheit oder Lüge?, Dresden 1910 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/23, Bl. 49 b ff].
- Müller, Detlef K.: Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel des Schulwesens im 19. Jahrhundert (= Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 7), Dissertation (Frankfurt am Main) Göttingen 1977.
- Müller, Detlef K. und Bernd Zymek: Sozialgeschichte und Statistik des Schulsystems in den Staaten des Deutschen Reiches, 1800–1945 (= Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. II/1), Göttingen 1987.
- Müller, Georg: Hundert Jahre Sachsens Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts (Ministerium für Volksbildung) 1831–1931, in: Neue Pädagogische Studien, Jg. 3, 1931, S. 193-219.
- Müller, Georg: Die sächsischen Kultusminister des 19. Jahrhunderts, in: Mittheilungen der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung Vaterländischer Sprache und Alterthümer, Jg. 10, 1912, H. 5, S. 80-84.
- Müller, Georg: Beiträge zur Geschichte der Südlasitzer Schulverwaltung im 19. Jahrhundert, in: Studia Lusatica. Dem Königlich Sächsischen Altertumsvereine zur Feier seines 75jährigen Bestehens gewidmet und überreicht von der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften, Görlitz 1900, S. 93-130.
- Müller, Sebastian F.: Die Höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik. Zum Einfluß von Parteien, Verbänden und Verwaltung auf die Schul- und Lehrplanreform 1919–1925 (= Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3), Dissertation (Tübingen), Weinheim/Basel 1977.

- Müller, Uwe: Heinrich Gustav (seit 1918 von) Beck, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, bearbeitet von Martina Schattkowsky und Frank Metasch, Online-Ausgabe: www.isgv.de/saebi.
- Müller, Winfried: Landes- und Regionalgeschichte in Sachsen 1945–1989. Ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaften in der DDR, in: Bünz, Enno (Hrsg.): 100 Jahre Landesgeschichte (1906–2006). Leipziger Leistungen, Verwicklungen und Wirkungen (= Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 38), Leipzig 2012, S. 345–447.
- Müller, Winfried: Zwischen Stagnation und Modernität. Sachsens Weg zur Verfassung von 1831, in: Schmid, Alois (Hrsg.): Die bayerische Konstitution von 1808. Entstehung, Zielsetzung, europäisches Umfeld (= Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Beiheft, Bd. 35), München 2008, S. 179–210.
- Müller, Winfried: Herzog Moritz und die Neugestaltung des Bildungswesens nach der Einführung der Reformation im albertinischen Sachsen, in: Blaschke, Karlheinz (Hrsg.): Moritz von Sachsen – Ein Fürst der Reformationszeit zwischen Territorium und Reich. Internationales wissenschaftliches Kolloquium vom 26. bis 28. Juni 2003 in Freiberg (Sachsen) (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Bd. 29), Leipzig/Stuttgart 2007, S. 173–201.
- Müller, Winfried: Die Gründung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland, in: Historisches Jahrbuch, Jg. 114, 1994, S. 76–106.
- Müller, Winfried et al.: Oberlausitz (= Kulturlandschaften Sachsens, Bd. 4), Leipzig 2011.
- Müller-Röcknitz, Hans: Der Sächsische Weg. Ein kirchliches Wort für eine Gemeinschaftsschule in Sachsen, Großdrebnitz ²1927 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13651, Bl. 409ff.].
- Müller-Rolli, Sebastian und Reiner Anselm (Hrsg.): Evangelische Schulpolitik in Deutschland 1918–1958. Dokumente und Darstellung (= Eine Veröffentlichung des Comenius-Instituts Münster), Göttingen 1999.
- Mumm, Reinhard: Das Reichsschulgesetz zur Ausführung von Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung (= Friedrich Mann's pädagogisches Magazin, Bd. 890), Langensalza 1922.
- Muth, Wolfgang: Berufsausbildung in der Weimarer Republik (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte/Beiheft, Nr. 41), Dissertation (Münster), Stuttgart 1985.
- Nachrichten vom Landtage [erschieden als Außerordentliche Beilage zur Leipziger Zeitung; in der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden unter dem Titel: Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreiche Sachsen], Dresden 1831–1837.
- Näf, Werner: Staatsverfassungen und Staatstypen 1830/31 (= Quellen zur neueren Geschichte), Bern ²1968.
- Nagel, Anne Christine: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt am Main 2012.
- Nagelschmidt, Ilse (Hrsg.): 100 Jahre Frauenstudium an der Alma Mater Lipsiensis. Reden und Vorträge zur Konferenz am 09. Mai 2006 an der Universität Leipzig (= Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Reihe C, Bd. 5), Leipzig 2007.
- Naumann, Johannes: Ergebnisse der Zwickauer Verhandlungen über die Umgestaltung des Religionsunterrichts, in: Neues Sächsisches Kirchenblatt, Jg. 15, 1908, Nr. 48, Sp. 753–758.
- Naumann, Kurt und Erwin Stein (Hrsg.): Sachsen. Kultur und Arbeit des sächsischen Landes mit besonderer Berücksichtigung der Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Berlin-Friedenau 1928.
- Naumann, Kurt Emil und Johannes Köhler (Hrsg.): Sächsisches Gemeindehandbuch. Auskunftsbuch des Sächsischen Gemeindetages, Dresden 1925.
- Nave, Karl-Heinz: Das Grundschulproblem betrachtet im Zusammenhang mit der Entstehung der deutschen Grundschule nach der Novemberrevolution von 1918 und aus der Sichtweise der modernen anthropologischen Forschung. Eine schulpolitische Studie, Dissertation Universität Köln 1959.
- Neemann, Andreas: Landtag und Politik in der Reaktionszeit. Sachsen 1849/50–1866 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 126), Dissertation (Tübingen), Düsseldorf 2000.
- Die Neue Erziehung. Monatsschrift für entschiedene Schulreform und freiheitliche Schulpolitik, Jena 1919–1933.
- Neuere Berufsschulgesetzgebung. Eine Sammlung der Versuche aus Sachsen, Hessen, Hamburg, Preußen, Thüringen, Bayern und dem Reich, Leipzig 1925.
- Neues Sächsisches Kirchenblatt, Leipzig 1894–1937.

- Neumann, Friedrich Julius: Zur Gemeindesteuerreform in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung auf sächsische Verhältnisse, Tübingen 1895.
- Die Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens. Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin 1924.
- Nitzsche, Emil: Das neue Volksschulgesetz für Sachsen, in: Kommunale Praxis, Jg. 12, 1912, S. 161-170.
- Nitzschke, Volker: Die Auseinandersetzungen um die Bekenntnisschule in der Weimarer Republik in Zusammenhang mit dem Bayerischen Konkordat, Dissertation (Berlin), Würzburg 1965.
- Nohl, Hermann und Ludwig Pallat (Hrsg.): Handbuch der Pädagogik, 4 Bde., Langensalza, 1928–1933.
- Oestreich, Paul: Ein großer Aufwand, schmähhlich!, ist vertan. Rund um die Reichsschulkonferenz. Gesammelte Aufsätze (= Entschiedene Schulreform, Bd. 23), Leipzig 1924.
- Oettel, Andreas: Zur Verwaltungsgliederung Sachsens im 19. und 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Freiburger Raumes, in: Stiftung für Kunst und Kultur der Kreissparkasse Freiberg/Freiburger Altertumsverein e.V. (Hrsg.): Regionale Wirtschaftsgeschichte. Die Geschichte der Verwaltung in Sachsen und der Region Freiberg (= Andreas-Möller-Geschichtspreis 2006 und 2007), Freiberg 2008, S. 79-92.
- Oettel, Andreas: Zur Verwaltungsgeschichte Sachsens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Statistik in Sachsen, Jg. 12, 2006, H. 1, S. 69-98.
- Offenstein, Wilhelm: Der Kampf um das Reichsschulgesetz, Düsseldorf ²1928.
- Oppermann, Detlef: Gesellschaftsreform und Einheitsschulgedanke. Zu den Wechselwirkungen politischer Motivation und pädagogischer Zielsetzungen in der Geschichte des Einheitsschulgedankens (= Sozialhistorische Untersuchungen zur Reformpädagogik und Erwachsenenbildung, Bd. 1), Dissertation (Frankfurt am Main), Frankfurt am Main 1982.
- Otto, Gerhard: Eigentum und öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte am sächsischen Kirchschullehn. Ein Beitrag zur vermögensrechtlichen Auseinandersetzung ehemals organisch vereinigter Kirchen- und Schulämter (= Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, H. 79), Leipzig 1933.
- Pache, Oskar: Handbuch des deutschen Fortbildungsschulwesens, 7 Bde. (= Schriften des deutschen Vereines für das Fortbildungsschulwesen), Wittenberg 1896–1905.
- Pädagogischer Verein zu Chemnitz (Hrsg.): Staats- oder Gemeindeschule? Eine Stoffsammlung, Chemnitz 1918.
- Pädagogischer Verein zu Dresden (Hrsg.): Ansichten und Wünsche, eine zeitgemäße Reform des sächsischen Volksschulwesens betreffend, Leipzig 1868.
- Pallas, K.: Die Entstehung des landesherrlichen Kirchenregiments in Kursachsen vor der Reformation, in: Neue Mitteilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen, Bd. 24, 1910, H. 2, S. 129-171.
- Pätzold, Günter: Quellen und Dokumente zur Geschichte des Berufsbildungsgesetzes 1875–1981 (= Quellen und Dokumente zur Geschichte der Berufsbildung in Deutschland, Reihe A, Bd. 5), Köln/Wien 1982.
- Pätzold, Wilhelm: Das Schuldirektorat in Sachsen. Ein Beitrag zur Geschichte des sächsischen Schulwesens, Dresden 1926 [vorhanden in: SächsHStAD, Bibliothek].
- Paetzold, Wilhelm: Geschichte des Volksschulwesens im Königreich Sachsen, Leipzig 1908.
- Paul, Gernot: Lehrerbildung und Politik. Eine Analyse der Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik (= Erziehungswissenschaftliche Dissertationen, Bd. 1), Dissertation (Hamburg), Hamburg 1985.
- Paul, Max: Die Deutsche Oberschule und Aufbauschule in Sachsen. Ihre Entstehung und Entwicklung und ihre Gedanken und Fragen, Annaberg 1928.
- Paulsen, Friedrich: Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, Bd. 2, herausgegeben und in einem Anhang fortgesetzt von Rudolf Lehmann, Berlin/Leipzig ³1921.
- Pech, Edmund: Deutsche Schulpolitik in der zweisprachigen Lausitz 1918–1933, in: Lëtopis, Jg. 49, 2002, H. 2, S. 3-16.
- Pehnke, Andreas: Sächsische Reformpädagogik. Traditionen und Perspektiven, Leipzig 1998.
- Penndorf, Balduin: Die Einführung der Gewerbefreiheit im Königreich Sachsen und ihr Einfluß auf das gewerbliche Schulwesen, in: Die Fortbildungsschule, Jg. 5, 1911, S. 177-185.
- Peter, Hermann et al.: Übersicht über die geschichtliche Entwicklung der Gymnasien (= Veröffentlichungen zur Geschichte des gelehrten Schulwesens im albertinischen Sachsen, Bd. 1), Leipzig 1900.
- Petrat, Gerhard: Die gezielte Öffnung der Hochschulreife für alle Volksschichten in der Weimarer Republik, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Re-

- publik (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 1), Stuttgart 1976, S. 75-91.
- Petschel, Dorit (Bearb.): Die Professoren der TU Dresden 1828–2003 (= 175 Jahre TU Dresden, Bd. 3), Köln et al. 2003.
- Pfeiffer, Johannes: Die Entwicklung der sächsischen Kirchenverfassung von 1830–1914, Leipzig 1930.
- Pfuhl, Werner: Die allgemeinen Ursachen für die Entstehung des technischen Bildungswesens in Deutschland und die Einordnung der polytechnischen Schule zu Dresden in das System der technischen Bildung zur Zeit der industriellen Revolution, Dissertation Technische Universität Dresden 1972, Typoskript.
- Philipp, Albrecht: Der neue Reichsschulgesetzentwurf. Einführung und Kritik (= Schriften der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen (Arbeitsgemeinschaft), H. 17), Dresden 1925.
- Philipp, Albrecht: Der Kampf um die evangelische Volksschule Sachsens. Ein Rückblick auf die Reichsschulgesetzverhandlungen und eine Mahnung an die christlichen Eltern. Nach einem Vortrag, gehalten in Dresden-Briesnitz am 19. März 1928 (= Schriften der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen (Arbeitsgemeinschaft), H. 25), Dresden 1928.
- Philipp, Albrecht (Hrsg.): Sachsen und der Reichsschulgesetzentwurf. Aktenstücke und Sitzungsberichte, Leipzig 1928.
- Philipp, L. (Hrsg.): Das höhere Schulwesen im Königreiche Sachsen. Sammlung der auf dasselbe bezüglichen und der sonst einschlagenden Gesetze, Verordnungen usw. Mit einem ausführlichen Sachregister, Dresden 1889.
- Pinther, Georg (Hrsg.): Sächsische Volks- und Berufsschulbestimmungen für Schulleitungen, Schulbezirke, Schulausschüsse, Elternräte, Dresden 1928.
- Pischel, Otto (Hrsg.): Das neue Sachsen. Ein Handbuch für Verwaltung und Wirtschaft, Dresden 1934.
- Poetzsch-Heffter, Fritz: Handkommentar der Reichsverfassung, Berlin ³1928.
- Popitz, Johannes: Die staatsrechtlichen Grundlagen des öffentlichen Finanzwesens, unter besonderer Berücksichtigung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern, in: Harms, Bernhard (Hrsg.): Recht und Staat im Neuen Deutschland. Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, Bd. 1, Berlin 1929, S. 176-206.
- Popitz, Johannes: Die Wandlungen in den Aufgaben und im Zuständigkeitsverhältnis von Reich und Ländern auf Grund der Weimarer Verfassung, in: Harms, Bernhard (Hrsg.): Recht und Staat im Neuen Deutschland. Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, Bd. 1, Berlin 1929, S. 152-175.
- Popitz, Johannes: Die Finanzpolitik seit 1918–1928, in: Müller, Hermann et al. (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918–1928, Berlin 1928, S. 179-202.
- Popitz, Johannes: Der Finanzausgleich, in: Gerloff, Wilhelm und Franz Meisel (Hrsg.): Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2: Besondere Steuerlehre – Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften – Der öffentliche Kredit, Tübingen 1927, S. 338-375.
- Popitz, Johannes: Reich, Länder und Gemeinden. Das Reich, seine organisatorischen, wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Ländern und Gemeinden, in: Brix, Josef et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, 2. Ergänzungsband, Jena 1927, S. 1081-1091.
- Poste, Burkhard: Schulreform in Sachsen 1918–1923. Eine vergessene Tradition deutscher Schulgeschichte (= Studien zur Bildungsreform, Bd. 20), Dissertation (Paderborn), Frankfurt am Main et al. 1993.
- Poste, Burkhard: Von der Volks- zur Einheitsschule. Demokratisch-sozialistische Schulreform in Sachsen 1918–1923, in: Grebing, Helga et al. (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 226-236.
- Praxis der Berufsschule. Monatsschrift des Sächsischen und Thüringer Berufsschulvereins, Leipzig 1921–1929.
- Quarck, Max: Schulkämpfe und -kompromisse im deutschen Verfassungswerk, in: Die Neue Zeit, Jg. 38, 1919, S. 6-12, 30-40 und 61-68.
- Rachel, Paul: Zur Entwicklung des Handelsschulwesens in den letzten 25 Jahren, in: Gewerbeschau, Jg. 36, 1904, S. 211-212, 228-230 und 243-245.
- Rat des Bezirkes Dresden (Hrsg.): Beiträge zur sächsischen Schulgeschichte (= Dresdner Hefte, Jg. 5, H. 12), Dresden 1987.

- Rätzer, Manfred: Kurze Geschichte der Öffentlichen Handelslehranstalt Leipzig, in: Sächsisches Wirtschaftsministerium (Hrsg.): Die Öffentliche Handelslehranstalt zu Leipzig 1831–1850. Festschrift zum 170. Jahrestag ihrer Gründung (= Erinnerungen, Bd. 2), Leipzig 2001, S. 17–111.
- Regulativ für die Gelehrtschulen im Königreiche Sachsen, Dresden 1847.
- Regulativ für die Gymnasien im Königreiche Sachsen, Dresden 1870.
- Regulativ für die Realschulen vom 2ten Juli 1860, Dresden 1860.
- Reh, Johannes: Gottlob Leberecht Schulze. Der Verfasser des ersten sächsischen Volksschulgesetzes von 1835, Dissertation (Leipzig), Leipzig 1919.
- Reichel, Andreas: Emil Menke-Glückert, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, bearbeitet von Martina Schattkowsky und Frank Metasch, Online-Ausgabe: www.isgv.de/saebi.
- Reichel, Andreas: Hermann Fleißner, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, bearbeitet von Martina Schattkowsky und Frank Metasch, Online-Ausgabe: www.isgv.de/saebi.
- Reichel, Andreas: Karl Friedrich (Fritz) Kaiser, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, bearbeitet von Martina Schattkowsky und Frank Metasch, Online-Ausgabe: www.isgv.de/saebi.
- Reichel, Andreas: Wilhelm Hartnacke, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, bearbeitet von Martina Schattkowsky und Frank Metasch, Online-Ausgabe: www.isgv.de/saebi.
- Reichelt, Bernd: Die Entwicklung der Baugewerkschulen in Sachsen 1837–1918, in: Stratmann, Karlwilhelm (Hrsg.): Historische Berufsbildungsforschung. Beiträge zu einem gemeinsamen deutschen Wissensbereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik (= Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beihefte, H. 9), Stuttgart 1992, S. 175–189.
- Reichelt, Erich: Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 (= Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, H. 32), Leipzig 1928.
- Reichsgesetzblatt. Herausgegeben im Reichsministerium des Innern, Berlin 1871–1945.
- Reichsministerialblatt. Zentralblatt für das Deutsche Reich. Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1923–1945.
- Reichsministerium des Innern (Hrsg.): Die Reichsschulkonferenz 1920. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen. Amtlicher Bericht, Leipzig 1921.
- Der Reichsschulgesetzentwurf 1927. Kunst und Wissenschaft urteilen über den Reichsschulgesetzentwurf, Dresden 1927.
- Reichszentrale für Heimatdienst (Hrsg.): Wirtschaftskrise und öffentliche Finanzen. Die gegenwärtige Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1931 [vorhanden in: SächsHStAD, 10717, Nr. 5364/1, Bl. 96ff.].
- Reinhardt, Paul: Die sächsischen Unruhen der Jahre 1830–1831 und Sachsens Übergang zum Verfassungsstaat (= Historische Studien, Bd. 8), Dissertation (Halle-Wittenberg), Halle 1916.
- Reiniger, Max: Die Erneuerung der Volksschuloberstufe, Langensalza 1932.
- Renner, Kurt: Geschichte der landwirtschaftlichen Berufsbildung in Sachsen, in: Stratmann, Karlwilhelm (Hrsg.): Historische Berufsbildungsforschung. Beiträge zu einem gemeinsamen deutschen Wissensbereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik (= Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beihefte, H. 9), Stuttgart 1992, S. 205–219.
- Renzsch, Wolfgang et al.: Einleitung/Föderalismus, in: Detterbeck, Klaus et al. (Hrsg.): Föderalismus in Deutschland, München 2010, S. 1–29.
- Repertorium zu den Landtagsakten und Mitteilungen über die Verhandlungen des [...] Ordentlichen Landtags, Dresden 1895–1914.
- Retallack, James (Hrsg.): Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830–1918 (= Studien zur Regionalgeschichte, Bd. 14), Bielefeld 2000.
- Rethwisch, Conrad: Deutschlands höheres Schulwesen im neunzehnten Jahrhundert. Geschichtlicher Überblick im Auftrage des Königl. Preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Mit amtlichen Nachweisungen über den Besuch der höheren Lehranstalten des Deutschen Reiches, Berlin 1893.
- Rethwisch, Conrad et al.: Die höheren Lehranstalten und das Mädchenschulwesen im Deutschen Reich (= Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich, Bd. II), Berlin 1904.
- Reulecke, Jürgen: Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, Jg. 21, 1982, S. 199–219.

- Richert, Hans: Die Ober- und Aufbauschule, Leipzig 1923.
- Richter, Anja: „Volkserziehung ist Staatssache“. Staatliche Omnipotenz und höhere Bildung in Sachsen im 19. Jahrhundert, in: Miller-Kipp, Gisela und Bernd Zymek (Hrsg.): Politik in der Bildungsgeschichte – Befunde, Prozesse, Diskurse, Bad Heilbrunn 2006, S. 215-230.
- Richter, Franz Helmut: Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, in: Heckmann, Hermann (Hrsg.): Sachsen. Historische Landeskunde Mitteldeutschlands, Würzburg 1990, S. 101-125.
- Richter, J.: Die Entwicklung des Fortbildungsschulgedankens in Sachsen von 1557–1873, in: Praxis der Berufsschule, Jg. 1, 1921, S. 49-56 und 65-68.
- Richter, Julius: Die Anfänge der Mädchenschulen in Sachsen, in: Fritzsche, Theodor (Hrsg.): Festschrift zum 80. Geburtstag des Oberschulrates DDR. Georg Müller. Im Auftrage der Sachseengruppe der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte, Leipzig 1930, S. 6-24.
- Richter, Julius: Geschichte der sächsischen Volksschule (= Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd. 59), Berlin 1930.
- Richter, Ludwig: Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 47), Dissertation (Köln), Düsseldorf 1996.
- Richtlinien zur Reform des Höheren Mädchenschulwesens, eingereicht von den vier Kollegien der I., II., III., IV. Höheren Mädchenschule zu Leipzig, Leipzig 1925 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 11864/190, Bl. 91 II ff.].
- Ried, Georg: Schrumpfung oder Verfall der höheren Schule?, Leipzig 1933.
- Riege, Jochen: Die sechsjährige Grundschule. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Gestalt aus pädagogischer und politischer Perspektive (= Studien zur Bildungsreform, Bd. 27), Dissertation (Marburg), Frankfurt am Main et al. 1995.
- Rietschel, Ernst: Simultanschule, konfessionslose Schule und konfessionelle Schule. Geschichtliches und Prinzipielles zu dem Streite um Schule und Religionsunterricht im Königreich Sachsen, Leipzig 1911.
- Rietschel, Georg: Zur Reform des Religionsunterrichts in der Volksschule. Sind die Zwickauer Leitsätze des Sächsischen Lehrervereins geeignet, als Grundlage für die Umgestaltung des Religionsunterrichts zu dienen? Leipzig 1909.
- Rocksch, Wolfgang: Der Kampf der KPD und SPD im Kreise Pirna gegen den Reichsschulgesetzentwurf Keudells (1927), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig/Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 14, 1965, S. 221-224.
- Rocksch, Wolfgang: Die schulpolitischen Kämpfe der Arbeiterbewegung im Kreise Pirna in den Jahren 1924–1932 unter besonderer Berücksichtigung des Schulkampfes der KPD, Dissertation Karl-Marx-Universität Leipzig 1956, Typoskript.
- Röhr, Paul: Die Entwicklung des Finanzsystems des Deutschen Reiches und sein Verhältnis zu Ländern und Gemeinden in Sonderheit durch die Reform von 1919/20, Dissertation Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1927.
- Röhr, Werner: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, Bd. 1: Analyse einer Zerstörung/Bd. 2: Analyse ausgewählter Forschungen – Übersichten – Register (= Chronos, Bd. 4/5), Berlin 2011/2012.
- Röllig, Gerhard: Wirtschaftsgeographie Sachsens, Leipzig 1928.
- Rosin, Heinrich: Das Reichsschulgesetz. Reichsgesetz zu Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (= Schulfragen in der Reichsverfassung, Bd. 5), Berlin 1927.
- Rosseaux, Ulrich: 1697 – Politik und Konfession. Die Wahl Augusts des Starken zum polnischen König, in: Eigenwill, Reinhardt (Hrsg.): Zäsuren sächsischer Geschichte, Beucha 2010, S. 119-135.
- Rost, Bernhard: Entwicklung und Stand des höheren Mädchenschulwesens im Königreich Sachsen mit besonderer Berücksichtigung der letzten Decennien. Historisch-statistisch dargestellt, Leipzig 1907.
- Rost, Bernhard: Die gymnasiale Ausbildung der Mädchen im Königreich Sachsen, Leipzig 1907.
- Rost, Bernhard: Die Sächsischen Lehrerinnenseminare in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrem gegenwärtigen Stande. Historisch-statistisch dargestellt, hauptsächlich nach der verwaltungsrechtlichen Seite, Leipzig 1907.
- Rother, Anne (Red.): Einheit in der Vielfalt. 50 Jahre Kultusministerkonferenz 1948–1998. Herausgegeben vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Neuwied et al. 1998.
- Rüdiger, Bernd: Freistaat in der Weimarer Republik (1918–1933), in: Czok, Karl (Hrsg.): Geschichte Sachsens, Weimar 1989, S. 429-479.

- Rüdiger, Bernd: Der Freistaat in der Weimarer Republik, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 30, 1984, H. 3, S. 138-144; H. 4, S. 145-155.
- Rüdiger, Bernd: Revolutionäre Kommunalpolitik und Kommunalpolitik in der Revolution. Zur Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte in den Städten Sachsens während der Novemberrevolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Jg. 7, 1979, S. 121-185.
- Rudloff, Michael: Die Strukturpolitik in den Debatten des sächsischen Landtags zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Bramke, Werner und Ulrich Heß (Hrsg.): Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Weimar et al. 1995, S. 241-260.
- Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923) (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 1), Dissertation (Bochum), Weimar et al. 1995.
- Ruhland, Volker: Verwaltungsgeschichte Sachsens. Ein Überblick (= Kleines historisches Sachsen-Universum), Dresden 2006.
- Rühle, Otto: Das sächsische Volksschulwesen. Eine zusammenfassende Darstellung der sächsischen Schulverhältnisse, Leipzig 1904.
- Sachregister über die Königlich Sächsischen Landtags-Verhandlungen der Jahre [...] als Repertorium zu den Landtags-Acten und Mittheilungen über die Verhandlungen des [...] ordentlichen Landtags, Dresden 1835–1894.
- Sachse, Arnold: Über die Tragweite der Schulbestimmungen in der Reichsverfassung, in: Pädagogisches Zentralblatt, Jg. 9, 1929, S. 448-462.
- Sachse, Arnold: Schulunterhaltung, in: Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): Das deutsche Schulwesen. Jahrbuch 1927, Berlin 1928, S. 25-46.
- Sachse, Arnold: Die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen der deutschen Schule, in: Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): Das deutsche Schulwesen. Jahrbuch 1927, Berlin 1928, S. 1-24.
- Sachse, Arnold: Der bisherige Aufbau der Schulbehörden in den deutschen Bundesstaaten, in: Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, 1920, S. 108-148.
- Sachse, Arnold: Der Reichsschulgedanke. Entstehung, Entwicklung, Veränderung, Berlin 1925.
- Sachsen und seine besondere Lage im Reich, in: Mitteilungsblatt der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst, Jg. 13, 1932, Nr. 24, S. 1-3.
- Sächsische Bibliographie, Dresden 1962ff.
- Der Sächsische Gemeindetag, Dresden 1928–1935.
- Sächsische Gewerbeschule. Herausgegeben vom Sächsischen Gewerbeschulverband, Dresden/Leipzig 1917–1929.
- Sächsische landwirtschaftliche Zeitschrift. Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen, Dresden 1874–1933.
- Sächsische Schulzeitung. Zeitung des Sächsischen Lehrervereins und seiner Zweigvereine sowie des Sächsischen Pestalozzi-Vereins und seiner Zweigvereine, Dresden/Leipzig 1847–1934.
- Sächsische Staatszeitung. Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen, Dresden 1914–1932.
- Sächsische Verwaltungspraxis. Zeitschrift für Gesetzes- und Verwaltungskunde, Dresden 1931–1933.
- Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und den höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten (Verordnung Nr. 73 des Ministeriums für Volksbildung vom 25. März 1924). Denkschrift des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung, Dresden 1924.
- Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Berufsschule und Berechtigungswesen. Den Teilnehmern des Deutschen Berufs- und Fachschultages Jena, Pfingsten 1928. Im Auftrag des Reichsvereins der Hauptamtlichen Lehrerschaft deutscher Berufsschulen, Leipzig 1928.
- Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Entwurf eines Berufsschulgesetzes. Ein Vorschlag zur Beseitigung des Dualismus im beruflichen Schulwesen Sachsens und zum organischen Aufbau dieses Schulwesens, Dresden 1928.
- Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Die Berufsschule Sachsens unter dem Ministerium für Volksbildung, Dresden 1927.
- Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Zur Frage der Pflichtstundenzahl der Berufsschullehrer Sachsens, Dresden 1924 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13874, Bl. 42ff.].
- Sächsischer Berufsschulverein (Hrsg.): Warum fordert der Sächsische Berufsschulverein die Bildung eines selbständigen Landesberufsschulamtes?, Dresden 1922 [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 1172, AE 6-10].
- Sächsischer Fortbildungsschulverein (Hrsg.): Grundzüge für eine gesetzliche Neuregelung des Fortbildungsschulwesens, Chemnitz 1911 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13202/4, Bl. 35ff.].

- Sächsischer Landtag (Hrsg.): Festveranstaltung „175 Jahre sächsische Verfassung“ am 4. September 2006 (= Veranstaltungen des Sächsischen Landtags, H. 35), Dresden 2007.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die höhere Abteilung der Volksschule und die Wirtschaft, o. O. 1933.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die Mittelstufe im Rahmen der Einheitsschule, Dresden 1930.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Zur Frage der Kirchschullehen. Schule, Schulbezirk und Kirchschullehen, Leipzig 1929 [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 2312, Bl. 184ff.].
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Richtlinien für den Übergang aus der Grundschule zur höheren Schule. Ein Vorschlag für eine Verordnung des Ministeriums, Leipzig 1929.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Materialsammlung zum Schulkampf, 2 Bde., Dresden 1925/1926.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Zum Kampf um die Volksschule, Leipzig 1925.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Religionsunterricht oder nicht? Verhandlungen der außerordentlichen Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins am 30. März 1919 in Dresden, Dresden 1919 [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 8, Bl. 237-261].
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Denkschrift zur Neuordnung der Volksschullehrergehalte in Sachsen, Chemnitz 1918 [vorhanden in: SächsHStAD, 10693, Nr. 8, Bl. 37-65].
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die Einheitsschule. Stoffe zu Verhandlungen in Lehrervereinen und in der Öffentlichkeit, Chemnitz 1917.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Stellungnahme der Vertreterversammlung des S. L.-V. zum Regierungsentwurf für ein neues Volksschulgesetz am 27. und 28. Januar 1912 in Dresden. Sonderbeilage zur Sächsischen Schulzeitung, o. O. 1912.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Wünsche der sächsischen Lehrerschaft zu der Neugestaltung des Volksschulgesetzes. Nach den Beschlüssen der Vertreterversammlung zusammengestellt und begründet vom Vorstande des Sächsischen Lehrervereins, Leipzig 1911.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Grundforderungen der Sächsischen Volksschullehrer zur Reform des Volksschulgesetzes. Im Auftrag des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins verfaßt von Mitgliedern der Dresdner Schulgesetzkommission, Dresden 1910.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die Neugestaltung des Volksschulgesetzes, Leipzig 1910.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Die Umgestaltung des Religionsunterrichts in den sächsischen Volksschulen, Leipzig 1908.
- Sächsischer Lehrerverein (Hrsg.): Drei Hauptforderungen der sächsischen Volksschullehrer. Denkschrift, Leipzig 1907.
- Sächsischer Pestalozzi-Verein (Hrsg.): Landeslehrerbuch des Freistaates Sachsen. Zugleich Jahrbuch zum Kalender des Sächsischen Pestalozzi-Vereins, Dresden 1924/1928.
- Sächsischer Philologenverein: Rundschreiben des Vorstandes an die Mitglieder, Dresden 1919–1922.
- Sächsischer Philologenverein (Hrsg.): Die Aufbauschule. Lehrpläne für ihre verschiedenen Formen. Bearbeitet vom Pädagogischen Beirat des Sächsischen Philologenvereins (= Veröffentlichungen des Sächsischen Philologenvereins, Nr. 9), Annaberg 1922 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16405, Bl. 62ff.].
- Sächsischer Philologenverein/Schulgattung höhere Handelsschulen (Hrsg.): Denkschrift zur Änderung in der Verwaltung des sächsischen höheren Handelsschulwesens, Dresden 1930, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 18281, Bl. 202ff.].
- Sächsischer Schulverein für Reform des Religionsunterrichts (Hrsg.): Die Forderungen des Sächsischen Schulvereins zum Volksschulgesetzentwurf. Abdruck der vom Vereine an die gesetzgebenden Körperschaften gerichteten Petition (=Schriftensammlung des Sächsischen Schulvereins für Reform des Religionsunterrichts, 2. Folge, H. 1), Leipzig 1912.
- Sächsischer Schulwart. Organ des Sächsischen Erzieherbundes, Dresden 1922–1924.
- Sächsisches Gesetzblatt, Dresden 1920–1943.
- Sächsisches Verwaltungsblatt. Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei, Dresden 1932–1943.
- Sammlung der Gesetze und Verordnungen für das Königreich Sachsen, Dresden 1832–1834.
- Sander, Else: Die Pflicht-Berufsschule für Mädchen (Die Pflichtfortbildungsschule), in: Kühne, Alfred (Hrsg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, Leipzig 1929, S. 224-241.
- Schäirer, Reinhold: Die akademische Berufsnot. Tatsachen und Auswege, Jena 1932.
- Schäme, Arthur: Der Dualismus im sächsischen Fortbildungsschulwesen und seine Beseitigung durch das Gesetz. Vortrag, gehalten auf dem 10. Sächsischen Fortbildungsschultag in Oschatz, Leipzig 1911.
- Schecker, Margarete: Die Entwicklung der Mädchenberufsschule (= Drei Generationen Berufsschularbeit, Bd. 2), Weinheim 1963.

- Scheer, ...: Schulwesen in der Reichsverfassung, in: Brix, Josef et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 3, Jena 1924, S. 692-696.
- Scheller, Henrik: Der deutsche Bildungsföderalismus im Spannungsfeld zwischen föderalem Kompetenzstreit und europäischer Harmonisierung, in: Detterbeck, Klaus et al. (Hrsg.): Föderalismus in Deutschland, München 2010, S. 225-256.
- Scheller, Henrik: Der deutsche Bildungsföderalismus – zwischen Kulturhoheit der Länder und europäischer Harmonisierung, in: Vogel, Bernhard et al. (Hrsg.): Halbzeitbilanz. Die Arbeitsergebnisse der deutschen Bundesstaatskommission im europäischen Vergleich (= Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Bd. 23), Baden-Baden 2006, S. 30-46.
- Schenk, Johannes: Zu den Auseinandersetzungen um das Reichsschulgesetz in der Zeit der Weimarer Republik (1919–1933), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Jg. 30, 1986, H. 4, S. 643-646.
- Scheuffler, ...: Sächsische Kultusminister, in: Sächsisches Kirchen- und Schulblatt, 1911, Nr. 37, Sp. 582-586 und Nr. 49, Sp. 631-633.
- Schieck, Walther: Zur sächsischen Verwaltungsreform, Dresden 1928.
- Schlesinger, Walter: Die Landesherrschaft der Herren von Schönburg (= Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Bd. 9, H. 1), Münster/Köln 1954.
- Schlichting, Uta von: Die Weimarer Schulartikel. Ihre Entstehung und Bedeutung, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht, Jg. 14, 1972/1973, S. 27-94.
- Schlüter, Marnie: Reichsschulpolitik zwischen zentralistischer Ambition und föderalistischer Tradition. Die Abteilung für Bildung und Schule im Reichsministerium des Innern 1919–1934, Dissertation Westfälische Wilhelms-Universität Münster 2002, Typoskript.
- Schmeitzner, Mike: Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha/Markkleeberg 2011.
- Schmeitzner, Mike: 1918 – Revolution und Freistaat. Sachsens Weg in die Republik, in: Eigenwill, Reinhardt (Hrsg.): Zäsuren sächsischer Geschichte, Beucha 2010, S. 183-207.
- Schmeitzner, Mike: Alfred Fellisch. Ein Minderheitskabinett unter Ausnahmezustand (1923/24), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 159-181.
- Schmeitzner, Mike: Erich Zeigner. Der Linkssozialist und die Einheitsfront (1923), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 125-158.
- Schmeitzner, Mike: Georg Gradnauer. Der Begründer des Freistaates Sachsen (1918–20), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 52-88.
- Schmeitzner, Mike: Wilhelm Buck. Moderator des „linksrepublikanischen Projekts“ (1920–23), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 89-124.
- Schmeitzner, Mike: Einheitsfront oder Große Koalition? Der sächsische Landtag im Krisenwinter 1923/24, in: Matzerath, Josef: Aspekte sächsischer Landesgeschichte. Variationen der Moderne 1868 bis 1952, Dresden 2003, S. 60-66.
- Schmeitzner, Mike: Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 12), Dissertation (Dresden), Köln et al. 2000.
- Schmeitzner, Mike: Georg Gradnauer und die Begründung des Freistaats Sachsen 1918–1920. Parlamentarisierung und Demokratisierung der sächsischen Revolution, in: Aurig, Rainer et al. (Hrsg.): Landesgeschichte in Sachsen. Tradition und Innovation (= Studien zur Regionalgeschichte, Bd. 10), Bielefeld 1997, S. 249-270.
- Schmeitzner, Mike: Johann Wilhelm Buck (1869–1945). Politiker und Staatsmann des „Neuen Sachsen“, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte, Jg. 66, 1995, S. 249-271.
- Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006.
- Schmeitzner, Mike und Michael Rudloff: Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997. Herausgegeben von der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 1997.
- Schmidt, Carsten: Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Sozialpolitik und Kriegsgesellschaft in Dresden 1914–1918, Dissertation (Dresden), Marburg 2007.

- Schmidt, Gerhard: Zur Staats- und Verwaltungsreform nach 1830, in: *Dresdner Hefte*, Jg. 8, 1991, H. 2, S. 47-52.
- Schmidt, Gerhard: Aus der Geschichte der Oberlausitz unter besonderer Berücksichtigung der Kirchengeschichte bis ins 19. Jahrhundert, in: *Lëtopis*, Reihe B, Jg. 34, 1987, S. 88-98.
- Schmidt, Gerhard: Die Zentralverwaltung Sachsens von 1831–1918, in: *Lëtopis*, Reihe B, Jg. 27, 1980, S. 19-42 und 113-134.
- Schmidt, Gerhard: Die Einschränkung der rechtlichen Sonderstellung der sächsischen Oberlausitz im 19. Jahrhundert, in: *Lëtopis*, Reihe B, Jg. 24, 1977, S. 51-83.
- Schmidt, Gerhard: Die sächsischen Amtshauptmannschaften 1874–1945 und ihre Vorläufer, in: *Lëtopis*, Reihe B, Jg. 20, 1973, S. 14-36.
- Schmidt, Gerhard: Reformbestrebungen in Sachsen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Bd. 7), Dresden 1969.
- Schmidt, Gerhard: Die Staatsreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine Parallele zu den Steinschen Reformen in Preußen (= Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden, Bd. 7), Weimar 1966.
- Schmidt, Gerhard: Das Verhältnis von Staat und Kirche in Sachsen im 19. Jahrhundert, in: *Sächsische Heimatblätter*, Jg. 12, 1966, H. 5, S. 399-406.
- Schmidt, Gerhard: Ordnungsarbeiten am Bestand des sächsischen Ministeriums für Volksbildung, in: *Archivmitteilungen*, Jg. 10, 1960, H. 1, S. 15-21.
- Schmidt, Hartmut: Die Sprache des Regimes und die Sprache der Bürger. Carl Goerdeler und andere zum Leipziger Universitätsjubiläum 1934, in: Berner, Elisabeth et al. (Hrsg.): *Ein grofs vnnd narhafft haffen*. Festschrift für Joachim Gessinger, Potsdam 2005, S. 65-90.
- Schmidt, Roland: Geschichte des Sächsischen Schulwesens von 1600 bis 1918 (= Kleine sächsische Bibliothek, Bd. 7), Dresden 2008.
- Schmidt, Roland: Sprachenfolge der „Plauener Ordnung“ machte Schule, in: *Vogtland-Anzeiger. Heimatzeitung für Plauen Stadt und Land*, Jg. 14, 2003, Nr. 296, S. 12.
- Schmoldt, Benno: Von der Volksschule zur Sekundarstufe I. Ein historischer Überblick. Entwicklung und Einzelheiten einer Schulart (= Grundlagen der Schulpädagogik, Bd. 10), Baltmannsweiler 1994.
- Schneider, Klemens: Die Privatschule in der Reichsverfassung, in: *Schulpolitisches Jahrbuch*, 1930, S. 5-19.
- Schneider, Michael C.: Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, in: Vollnhals, Clemens (Hrsg.): *Sachsen in der NS-Zeit*, Leipzig 2002, S. 72-84.
- Scholtze, A.: Humanismus und Realismus im höheren Schulwesen Sachsens während der Jahre 1831–1851 (= Wissenschaftliche Beiträge zu dem Programm der städtischen Realschule zu Plauen i. V./Ostern 1894), Plauen i. V. 1894.
- Schorb, Alfons Otto und Volker Fritzsche: *Schülerneuerung in der Demokratie. Die Reichsschulkonferenz von 1920 und der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen. Ein kritischer Vergleich*, Stuttgart 1966.
- Schreyer, Eduard (Hrsg.): *Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts mit Einschluß des Eherechts und des Rechtes der frommen und milden Stiftungen*. Zweite, gänzlich umgearbeitete und bis auf die neueste Zeit fortgeführte und ergänzte Auflage, Leipzig 1864.
- Schreyer, Eduard (Hrsg.): *Supplement zum Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts mit Einschluß des Rechtes der frommen Stiftungen und der Ehe*. Enthaltend die neuere einschlagende Gesetzgebung seit dem Jahre 1840 und Berichtigungen und Nachträge zum Hauptwerke mit Erläuterungen aus ungedruckten Verordnungen versehen. Sammt vollständigen chronologischen und alphabetischen Registern, Leipzig 1852.
- Schröbler, Erich und Martin Schmidt-Breitung: *Sachsens Volks- und Berufsschule nach der nationalen Erneuerung*, Freiberg i. Sa. 1933.
- Schröbler, Erich und Martin Schmidt-Breitung: *Sachsens Volks- und Berufsschulwesen. Handbuch für Schulverwaltungen, Lehrer, Studierende des Lehramtes an Volks- und Berufsschulen und für Eltern*, Freiberg i. Sa. 1929.
- Schröder, Konrad (Hrsg.): *Wilhelm Viëtor: „Der Sprachunterricht muß umkehren“*. Ein Pamphlet aus dem 19. Jahrhundert neu gelesen, München 1984.
- Schröder, Wilhelm Heinz: *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation*. Ein Handbuch (= Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7), Düsseldorf 1995.
- Schubert, Rudolf: *Mittlere Reife. Eine Frage für Schule und Wirtschaft* (= Berufsschulpolitische Zeit- und Streitfragen), Leipzig 1932.

- Schultze, Karin: Zur Maßregelung und Verfolgung progressiver sächsischer Lehrer 1933/34 und deren aktive Einflußnahme auf die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des Schulwesens nach 1945. Ein Beitrag zur Erbe- und Traditionspflege in der Schulgeschichte der DDR, Dissertation Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR/Berlin 1986, Typoskript.
- Der Schultwart. Monatsbote/Organ des Sächsischen Erzieherbundes, Dresden 1921–1922.
- Schulz, Heinrich: Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes, Berlin 1926.
- Schulz, Heinrich: Der Weg zum Reichsschulgesetz, Leipzig 1920.
- Schulz, Heinrich: Sozialdemokratie und Schule, Berlin 1907.
- Schulze, ...: Die Verstädtlichung bzw. Verstaatlichung der Handelsschulen in Sachsen, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, Jg. 16, 1919, Nr. 47, S. 345-350.
- Schulz, Otto: Der Aufstieg des Volkskindes über Volksschule und Berufsschule, Berlin/Leipzig 1930.
- Schulze, Gottlob Leberecht (Hrsg.): Das Elementar-Volksschulgesetz für die Königlich Sächsischen Lande vom 6. Juni 1835 nebst zugehöriger Verordnung vom 9. Juni 1835 und dem Regulative vom 13. Juli 1835 [...], Dresden 1835.
- Schürer, Gerold: Das sächsisch-erzgebirgische Klöppelschulwesen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, Dissertation Bergakademie Freiberg 1988, Typoskript.
- Schütte, Friedhelm: Berufserziehung zwischen Revolution und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Bildungs- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Dissertation (Hagen), Weinheim 1992.
- Schutzgemeinschaft für die höheren Schulen: Die Zertrümmerung des humanistischen Gymnasiums im Freistaate Sachsen, in: Das humanistische Gymnasium, Jg. 34, 1923, S. 67-75.
- Schwab, Alexander: Schulprobleme in der Revolution, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. 45, 1918/19, S. 629-659.
- Schwabe, Ernst: Das Gelehrtenschulwesen Kursachsens von seinen Anfängen bis zur Schulordnung von 1580. Kurze Übersicht über die Hauptzüge der Entwicklung (= Aus Sachsens Vergangenheit, Bd. 2), Leipzig/Berlin 1914.
- Schwabe, Ernst: Beiträge zur Geschichte des sächsischen Gelehrtenschulwesens von 1760–1820. Beigegeben: Die Pförtner Schulordnung von 1808 (= Veröffentlichungen zur Geschichte des gelehrten Schulwesens im albertinischen Sachsen, Bd. 4), Leipzig 1909.
- Schwarte, Norbert: Schulpolitik und Pädagogik der deutschen Sozialdemokratie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (= Sozialwissenschaftliches Forum, Bd. 8), Dissertation (Bochum), Köln et al. 1980.
- Schwartz, Hermann (Hrsg.): Pädagogisches Lexikon, 4 Bde., Bielefeld 1928–1931.
- Schwarz, Sebald: Die Bewegungsfreiheit in der höheren Schule, ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen (= Entschiedene Schulreform, H. 43), Leipzig 1924.
- Seeliger, Konrad: Theodor Vogel. Beiträge zur Geschichte des höheren Schulwesens im Königreich Sachsen, in: Neue Jahrbücher für Pädagogik, Jg. 17, 1914, S. 293-321, 386-407 und 449-466.
- Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulgesetz vom 26. April 1873 nebst Ausführungsverordnung und den damit in Verbindung stehenden Gesetzen und Verordnungen. Fünfte Auflage besorgt von J. F. Kretzschmar (= Juristische Handbibliothek, Bd. 338), Leipzig 1906.
- Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schulrechts. Dritte, bis auf die neueste Zeit fortgeführte und ergänzte Auflage, Leipzig 1890.
- Seydewitz, Paul von (Hrsg.): Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts mit Einschluß des Eherechts und des Rechtes der frommen und milden Stiftungen. Supplementband zur zweiten Auflage, enthaltend die einschlagende Gesetzgebung seit dem Jahre 1863 und Nachrichten zum Hauptwerke, Leipzig 1879.
- Seyfert, Richard: 10 Jahre Übergangsschulgesetz im Freistaat Sachsen, in: Neue Pädagogische Studien, Jg. 1, 1929, S. 397-410.
- Seyfert, Richard: Das Schulwesen im Freistaat Sachsen seit der Revolution, in: Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Jg. 4, 1922, S. 134-139.
- Seyfert, Richard: Auf dem Weg zu einem neuen Volksschulgesetz, in: Deutsche Schulpraxis, Jg. 28, 1908, Nr. 30, S. 233-235; Nr. 31, S. 243-246.
- Simon, Chr. August: Quellenschriften zur Geschichte der Volksschule und der Lehrerseminare im Königreiche Sachsen, Leipzig 1910.
- Simon, O.: Gewerbliches Unterrichtswesen, in: Fleischmann, Max (Hrsg.): Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts, Bd. 2, Tübingen 1913, S. 271-284.

- Simon, Oskar: Das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen in Deutschland. Ein Überblick über seine Entwicklung und seinen gegenwärtigen Stand, Berlin 1903.
- Siegert, Gustav: Der Kampf um das sächsische Volksschulgesetz, in: Leipziger Lehrerzeitung, Jg. 6, 1898/1899, Nr. 26, S. 293-296; Nr. 27, S. 305-308.
- Spitzner, ...: Zur Frage der Schulaufsicht, in: Der Schulwart, Jg. 3, 1922, Nr. 5, S. 102-107.
- Staatshandbuch für das Königreich Sachsen, Dresden 1837–1914.
- Staatshaushalts-Etat für das Königreich Sachsen für die Finanzperiode [...], Dresden 1878–1915.
- Staatshaushaltsplan für das Land Sachsen auf das Rechnungsjahr [...], Dresden 1918–1944.
- Städtische Realschule mit Realgymnasialklassen zu Plauen i. V. Bericht über das Schuljahr von Ostern 1898 bis Ostern 1899 erstattet durch [Direktor] Prof. Dr. A. Scholtze, Plauen i. V. 1899.
- Stahl, Friedrich: Das sächsische Volks- und Berufsschulwesen, in: Naumann, Kurt und Erwin Stein (Hrsg.): Sachsen. Kultur und Arbeit des sächsischen Landes mit besonderer Berücksichtigung der Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Berlin-Friedenau 1928, S. 43-46.
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Zur kulturpolitischen Zusammenarbeit der Länder 1868 bis 1918. Arbeitsmaterial der Kultusministerkonferenz (= Dokumentation/Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD, Nr. 16), Bonn 1965.
- Starke, ...: Die Auseinandersetzung über das sächsische Kirchschuluhn und über das preußische Küsterschulvermögen, in: Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt, Bd. 54, 1933, S. 1006-1012.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Der Finanzausgleich im Deutschen Reich, Teil I: Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern (= Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 16), Berlin 1931.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Der Finanzausgleich im Deutschen Reich, Teil II: Der Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden (= Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 17), Berlin 1931.
- Stellungnahme zu dem Gutachten des Reichssparkommissars über das Schulwesen des Landes Sachsen vom 24. Oktober 1934, Dresden 1934, Typoskript [vorhanden in: Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden].
- Steude, Rudolf: Bildungswesen, in: Heckmann, Hermann (Hrsg.): Sachsen. Historische Landeskunde Mitteldeutschlands, Würzburg ³1991, S. 135-151.
- Stober, Rolf: Quellen zur Entstehungsgeschichte der Sächsischen Verfassung. Dokumentation, Dresden 1993.
- Stoerl, Heinrich (Hrsg.): Das Fortbildungsschulwesen des Königreiches Sachsen in seinen gesetzlichen Bestimmungen (= Meinholds' Juristische Handbibliothek, Bd. 69), Leipzig 1896.
- Stoye, Werner: Die Änderungen in der Organisation der sächsischen Verwaltung seit 1930 bis zum Inkrafttreten des Sächsischen Ermächtigungsgesetzes vom 27.5.1933, Dissertation (Leipzig), Dresden 1933.
- Streit, Arnold (Hrsg.): Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1925 und Gemeindewahlordnung vom 15. Oktober 1926. Handausgabe mit den zugehörigen Bestimmungen und Erläuterungen (= Juristische Handbibliothek, Bd. 451), Leipzig ³1928.
- Szejnmann, Claus-Christian W.: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik, Leipzig 2000.
- Taubert-Striese, Annett: Der Leipziger Lehrerverein, ein bedeutender Vertreter der Reformpädagogik. Eine Studie zu seiner geschichtlichen Entwicklung, seinen pädagogischen Leistungen und seinen praktischen Erfolgen (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Bd. 698), Dissertation (Passau), Frankfurt am Main et al. 1996.
- Tenorth, Heinz-Elmar: Historische Bildungsforschung – geschriebene und ungeschriebene Geschichte, in: Handro, Saskia und Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.): Geschichtsdidaktik. Identität – Bildungsgeschichte – Politik. Karl-Ernst Jeismann zum 50jährigen Doktorjubiläum (= ZfL-Texte, Nr. 18), Münster 2007, S. 45-70.
- Tetzner, Hartwig: Grundriß des sächsischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts, Leipzig 1929.
- Tews, Johannes: Zum deutschen Schulkampf. Die deutschen Reichsschulgesetzentwürfe in ihrem Verhältnis zu Staat, Kirche und Erziehung, Frankfurt am Main 1926.
- Tews, Johannes: Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen, Langensalza ⁷1920.

- Theise, Frank: Verfassung, Parlament und Justiz im Königreich Sachsen 1850–1900, in: Manca, Anna Gianna und Luigi Lacchè (Hrsg.): Parlament und Verfassung in den konstitutionellen Verfassungssystemen Europas (= Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient, Bd. 13), Berlin 2003, S. 435-467.
- Thiel, Ulf: Historische Bildung in Sachsen 1830 bis 1933. Ein Längsschnitt zur Genese des sächsischen Geschichtsunterrichts vor dem Hintergrund der Entwicklung von Schulstrukturen und Geschichtslehrerbildung (= Schriften zur Kulturgeschichte, Bd. 22), Dissertation (Hagen), Hamburg 2012.
- Thiele, Klaus: Die Rolle von Paul Göhre in den Auseinandersetzungen um das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz und im Kampf um ein neues Volksschulgesetz in Sachsen. Ein Beitrag zur Untersuchung des Revisionismus auf dem Gebiet der Bildungspolitik und Pädagogik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zwischen 1900 und 1914, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1981, Typoskript.
- Thieme, André: Wilhelm Bünger. Regierung auf tönernen Füßen (1929/30), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 220-240.
- Thieme, André: Wilhelm Bünger (1870–1937), in: Sächsisches Staatsministerium der Justiz (Hrsg.): Sächsische Justizminister 1831 bis 1950. Acht biographische Skizzen (= Sächsische Justizgeschichte, Bd. 4), Dresden 1994, S. 117-142.
- Thieme, Karl: Die Theologie der Heilstatsachen und das Evangelium Jesu. Ein Wort zur Beruhigung über die moderne Theologie im Kampf um die Zwickauer Thesen der sächsischen Lehrerschaft, Gießen 1909.
- Thomas, Ralf: Die Neuordnung der Schulen und der Universität Leipzig, in: Junghans, Helmar (Hrsg.): Das Jahrhundert der Reformation in Sachsen. Im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft für Sächsische Kirchengeschichte anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens, Leipzig 2005, S. 115-132.
- Thomas, Ralf: Wirkungen der Reformation auf die Kirchenverfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, in: Herbergen der Christenheit, Jg. 18, 1993, S. 33-47.
- Thümmler, Johannes: Die Entwicklung des sächsischen Gemeindesteuerechts seit 1832, Oederan i. Sa. 1931.
- Tiesler, Steffi: Bildungspolitische Bestrebungen bei der Entwicklung des Elementarschulwesens im albertinischen Sachsen vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, Dissertation Pädagogische Hochschule „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden 1987, Typoskript.
- Titze, Hartmut: Der Akademikerzyklus. Historische Untersuchungen über die Wiederkehr von Überfüllung und Mangel in akademischen Karrieren, Habilitationsschrift (Göttingen), Göttingen 1990.
- Töpfer, Thomas: Die „Freyheit“ der Kinder. Territoriale Politik, Schule und Bildungsvermittlung in der vormodernen Stadtgesellschaft. Das Kurfürstentum und Königreich Sachsen 1600–1815 (= CONTUBERNIUM. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 78), Dissertation (Leipzig), Stuttgart 2012.
- Trinks, Karl: Die Selbstverwaltung als Baugesetz der neuen Schule. Vortrag, abgehalten am 6. April 1925 auf der 19. Allgemeinen Versammlung des Sächsischen Lehrervereins in Leipzig, o. O. u. J.
- Trögel, Robert: Das sächsische Volksschulgesetz von 1835, seine äußere und innere Geschichte, in: Pädagogische Studien, Neue Folge, Jg. 40, 1919, S. 153-165.
- Troitzsch, ...: Sachsen [I], in: Brix, Josef et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 3, Jena 1924, S. 46-56.
- Troitzsch, ...: Sachsen [II], in: Brix, Josef et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, 2. Ergänzungsband, Jena 1927, S. 851-859.
- Übersicht der Königlich Sächsischen Hof-, Staats- und Militärbehörden 1832, Leipzig 1832.
- Uhlig, Gottfried: Geschichte des sächsischen Schulwesens bis 1600 (= Kleine Sächsische Bibliothek, Bd. 6), Dresden 1999.
- Uhlig, Otto: Die liberal-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als Förderin der Kulturarbeit in Sachsen, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 19, 1913, S. 88-95.
- Uhlig, Otto: Die Schulreform in Sachsen und ihr Scheitern, in: Kommunale Praxis, Jg. 13, 1913, Sp. 97-104.
- Uhlig, Otto: Die Volksschule. Materialsammlung zur Schulreform, Dresden 1913 [vorhanden in: Sächs-HStAD, Bibliothek].
- Ulbricht, Gunda: Die exemten Mittelstädte Sachsens im Prozeß der Gemeindeverfassungsreform 1918 bis 1933, Dissertation Technische Universität Dresden 1994, 4 Bde., Typoskript.

- Ulbricht, Gunda: Die Selbstverwaltungsgarantie und das Werden der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen 1923/25, in: *Sächsische Heimatblätter*, Jg. 37, 1991, H. 5, S. 300-301.
- Ulich-Beil, Else: *Ich ging meinen Weg. Lebenserinnerungen*, Berlin 1961.
- Ullmann, Otto: Die bisherige und die künftige Tätigkeit der Bezirkslehrerräte und Bezirkslehrausschüsse, in: *Leipziger Lehrerzeitung*, Jg. 32, 1925, Nr. 38, S. 769-776.
- Die Umgestaltung des höheren Schulwesens, insbesondere die Einführung der deutschen Oberschule und der Aufbauschule. Denkschrift des Reichsministeriums des Innern, Leipzig 1923.
- Unterrichtsblätter für Mathematik und Naturwissenschaften, Frankfurt am Main 1895–1943.
- Urabe, Masashi: Funktion und Geschichte des deutschen Schulzeugnisses, Dissertation (Hiroshima), Bad Heilbrunn 2009.
- Verband der Gartenbauvereine im Königreich Sachsen (Hrsg.): *Das gärtnerische Fachschulwesen betreffend*, Leipzig o. J.
- Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner (Hrsg.): *Zur Unterstellungsfrage, vorgetragen auf der Hauptversammlung des V. S. G. in Chemnitz, am 20. November 1921, o. O. u. J.* [vorhanden in: *SächsHStAD*, 10693, Nr. 550, Bl. 13ff.].
- Verein Sächsischer Bezirksschulräte (Hrsg.): *Das Bezirksschulamt und der Bezirksschulrat in der Verwaltungsreform*, Dresden o. J. [vorhanden in: *SächsHStAD*, 10736, Nr. 9344, Bl. 118-121].
- Verein Sächsischer Schuldirektoren (Hrsg.): *Gedanken über Schulaufsicht und die Wahl des Schulleiters*, Dresden 1919 [vorhanden in: *SächsHStAD*, 12495, Nr. 23].
- Verein Sächsischer Schuldirektoren (Hrsg.): *Vom Schuldirektorat. Stimmen aus den Schulgemeinden*, Dresden o. J. [vorhanden in: *SächsHStAD*, 12495, Nr. 23].
- Verein Sächsischer Schuldirektoren (Hrsg.): *Wünsche zur Neugestaltung des Volksschulgesetzes*, Loschwitz 1911 [vorhanden in: *SächsHStAD*, 11125, Nr. 13106/25, Bl. 216ff.].
- Vereinigung gewerblicher Lehrer Sachsens (Hrsg.): *Das sächsische Gewerbeschulgesetz. Feststellungen, Betrachtungen und Wünsche über ein einheitliches gewerbliches Schulwesen und die Anstellung von Gewerbelehrern in Sachsen*, Dresden 1918 [vorhanden in: *SächsHStAD*, 11125, Nr. 16104, Bl. 89ff.].
- Verhandlungen des Landesschulausschusses vom 13. bis 16. April 1920 in Dresden, Dresden 1920.
- Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1871–1944.
- Verhandlungen der Sächsischen Volkskammer, Dresden 1919/1920.
- Verhandlungen des Sächsischen Landtages, Dresden 1921–1933.
- Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Berlin 1921.
- Verordnungsblatt des Evangelisch-Lutherischen Landesconsistoriums zu Dresden, Dresden 1874–1926.
- Verordnungsblatt des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts für den Freistaat Sachsen, Dresden 1919–1922.
- Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung, Dresden 1923–1943.
- [...] Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins [...]. Bearbeitet nach stenographischen Aufnahmen der Verhandlungen, Dresden 1930–1932.
- Verzeichnis der Gewerbe-, Landwirtschafts- und Handelsschulen im Geschäftsbereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern. Zusammengestellt auf Anordnung des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern, Dresden 1902–1909.
- Verzeichniß der Gewerbe-, Landwirtschafts- und Handelsschulen im Geschäftsbereiche des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern. Zusammengestellt auf Anordnung des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern, Dresden 1883–1890.
- Verzeichnis der Lehranstalten im Geschäftsbereiche des Sächsischen Wirtschaftsministeriums. Zusammengestellt nach dem Stande vom 15. Juni 1927, Dresden 1927.
- Vilsmeier, Franz (Hrsg.): *Der Gesamtunterricht (= Quellen zur Unterrichtslehre, Bd. 8)*, Weinheim 1967.
- Vogel, Georg Theodor: *Die Anfänge der sächsischen Reformschule. Erinnerungen eines Beteiligten*, Dresden 1920.
- Vogel, Georg Theodor: *Begründung und weitere Ausführung des Antrags auf Änderungen im sprachlichen Unterricht der Drei-Königs-Schule*, Dresden 1894.
- Vogel, Jesko: *Der sozialdemokratische Parteibezirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition*, 2 Bde. (= Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 52/1+2), Dissertation (Leipzig), Hamburg 2006.
- Vogel, Paul: *Die Idee des deutschen Gymnasiums und ihre Verwirklichung (= Friedrich Mann's pädagogisches Magazin, Bd. 853)*, Langensalza 1922.

- Voigt, Carsten und Michael Rudloff: Die Reichsexekution gegen Sachsen 1923 und die Grenzen des Föderalismus, in: Richter, Michel et al. (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Halle 2007, S. 53-72.
- Voigt, Rüdiger: Die Auswirkungen des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden auf die kommunale Selbstverwaltung von 1919 bis zur Gegenwart (= Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 259), Dissertation (Kiel), Berlin 1975.
- Volksskammer-Akten, Berichte, Dresden 1919–1920.
- Volksskammer-Akten, Beschlüsse, Dresden 1919–1920.
- Volksskammer-Akten, Vorlagen, Dresden 1919–1920.
- Vondenhoff, Michael: Die Schule zwischen Staatsanstalt und causa ecclesiastica. Das Schulwesen des 19. Jahrhunderts im Spannungsverhältnis von Staat und Kirche in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung Preußens, Dissertation (Bonn), Aachen 2008.
- Vorländer, Hans und Claudia Creutzburg: Wirtschaftskrise und Notstandsprogramme, in: Landtagskurier, Jg. 19, 2009, H. 7, S. 18-19.
- Vorschläge zur Reform des Volksschulwesens mit Berücksichtigung des Fachschulwesens in Sachsen. Herausgegeben von dem geschäftsführenden Ausschuß der Landesvereinigung der seminaristisch vorgebildeten, staatlich geprüften Fachlehrer, Meerane 1911.
- Vorstand des Verbandes Sächsischer Lehrerinnen (Hrsg.): Zur Reform des Volksschulwesens. Wünsche und Vorschläge sächsischer Lehrerinnen, Dresden 1909 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 18529, Bl. 33ff.].
- Voßen, Stephan: Der „Sachsenkonflikt“, in: Grebing, Helga et al. (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 263-272.
- Vötsch, Jochen: Kursachsen, das Reich und der mitteldeutsche Raum zu Beginn des 18. Jahrhunderts, Dissertation (Erfurt), Frankfurt am Main et al. 2003.
- Wacker, Uli: Der Versuch des Sächsischen Lehrervereins, den Deutschen Lehrerverein in eine Gewerkschaft zu transformieren (1918–1928). Ein Beitrag zur Geschichte der Linken im Deutschen Lehrerverein, in: Krause-Vilmar, Dietfried (Hrsg.): Lehrerschaft, Republik und Faschismus. Beiträge zur Geschichte der organisierten Lehrerschaft in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 79-144.
- Wagner, Andreas: Martin Mutschmann. Der braune Gaufürst (1935–45), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 279-308.
- Wagner, Andreas: Walther Schieck. Die Regierung der Krise (1930–33), in: Schmeitzner, Mike und Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 241-256.
- Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935 (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 22), Dissertation (Leipzig), Köln et al. 2004.
- Wagner-Winterhager, Luise: Schule und Eltern in der Weimarer Republik. Untersuchungen zur Wirksamkeit der Elternbeiräte in Preußen und der Elternräte in Hamburg 1918–1922 (= Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 7), Dissertation (Göttingen), Weinheim et al. 1979.
- Walter, O. E. (Hrsg.): Das Königlich Sächsische Volksschulrecht. Gesetz, das Volksschulwesen betreffend, vom 26. April 1873 nebst der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 25. August 1874 und den auf das Seminar- und Volksschulwesen bezüglichen sonstigen Gesetzen und Verordnungen. Mit Erläuterungen und ausführlichem alphabetischem Sachregister (= Meinholds Juristische Handbibliothek, Bd. 28), Leipzig 1896.
- Wartenberg, Günther: Visitationen des Schulwesens im albertinischen Sachsen zwischen 1540 und 1580, in: Wartenberg, Günther: Wittenberger Reformation und territoriale Politik. Ausgewählte Aufsätze. Herausgegeben von Jonas Flöter und Markus Hein (= Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 11), Leipzig 2003, S. 159-174.
- Wartenberg, Günter: Sachsen II, in: Müller, Gerhard (Hrsg.): Theologische Realenzyklopädie, Bd. 29, Berlin/New York 1998, S. 558-580.
- Was aus dem Kleinen Katechismus Dr. Martin Luthers nebst Bibelsprüchen und Kirchenliedern in den evangelischen Schulen des Königreichs Sachsen nach den Beschlüssen der Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 3. Januar 1910 werden soll, Dresden 1910 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13106/23, Bl. 49 a ff.].

- Wattendorff, Ludwig (Hrsg.): Die Schul- und Universitäts-Ordnung Kurfürst Augusts von Sachsen. Aus der Kursächsischen Kirchenordnung vom Jahre 1580 (= Sammlung der bedeutendsten pädagogischen Schriften aus alter und neuer Zeit, Bd. 7), Paderborn et al. 1890.
- Wauer, Albin: Fünf Worte zum sächsischen Schulstreit. Eine Studie zur Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung über Mängel im Volksschulwesen, Dresden 1925.
- Wehrmeister, Frank: Fortbildungsschule in Sachsen I. Allgemeine und gewerbliche Fortbildungsschule in Sachsen im Spannungsfeld schulpolitischer und gewerblicher Interessen 1815–1933 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Bd. 656), Dissertation (Dresden), Frankfurt am Main 1995.
- Wehrmeister, Kirsten: Fortbildungsschule in Sachsen II. Geschlechtsspezifische Erziehung und berufliche Qualifikation in der sächsischen Mädchenfortbildungsschule 1835–1925 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Bd. 710), Dissertation (Dresden), Frankfurt am Main 1997.
- Weidemüller, Otto Reinhard: Fünfzig Jahre staatliche fachmännische Schulaufsicht. Vortrag, gehalten auf der Jahresversammlung der Bezirksschulräte am 30. Dezember 1924 in Dresden, in: Pädagogische Studien, Jg. 46, 1925, S. 97–115.
- Weidenkaff, K.: Unterrichts- und Erziehungsfragen im Sächsischen Philologenverein, in: Deutsches Philologen-Blatt, Jg. 29, 1921, H. 16, S. 234–236.
- Weineck, Hans et al.: Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Bezirk Ostachsen, Dresden 1968.
- Weinhold, Paul: Die Oberstufe der Volksschule im Mittelbau des deutschen Schulwesens, in: Das deutsche Schulwesen. Jahrbuch 1930/32, Berlin 1933, S. 130–148.
- Weinhold, Paul: Zur Oberstufe der Volksschule. Woher? Wohin?, Dresden 1932.
- Weinhold, Paul (Hrsg.): Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens. Mit einer Einführung und einem Anhang, Dresden 1928.
- Weise, Martin: Der einheitliche Aufbau des gesamten Erziehungswesens. Vortrag, gehalten auf der 49. ordentlichen Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins in Bautzen April 1924, Leipzig 1924.
- Weise, Martin: Der Schulkampf in Sachsen, in: Die Neue Erziehung, Jg. 6, 1924, H. 4, S. 172–175.
- Weiß, Georg: Das deutsche Gymnasium als die neue höhere Schule (= Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin, H. 818), Langensalza 1921.
- Weiß, Georg: Zur Geschichte der Reichsschulkommission (= Pädagogisches Magazin. Abhandlungen vom Gebiete der Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaften, H. 843), Langensalza 1921.
- Welche Folgen können die Bestrebungen des Sächsischen Fortbildungsschul-Vereins für unsere Handelsschulen haben? Referat von Oberlehrer Kühn, Zwickau, gehalten auf der 31. ordentlichen Jahresversammlung des Vereins sächsischer Handelsschulmänner zu Leipzig am 12. Juni 1909, o. O. 1909 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16115, Bl. 124–124].
- Wende, Erich: Der Ausbau des Schulwesens, in: Müller, Hermann et al. (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918–1928, Berlin 1928, S. 445–462.
- Wende, Erich: Gegenwartsprobleme des Schulrechts, in: Harms, Bernhard (Hrsg.): Recht und Staat im Neuen Deutschland. Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, Bd. 1, Berlin 1929, S. 390–436.
- Wenzel, Ute: Der Geschichtsunterricht im Land Sachsen in der Weimarer Republik (1918–1933), Dissertation Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1989, Typoskript.
- Werthmann, Sabine: Vom Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit. Ein Beitrag zur deutschen Justizgeschichte des 19. Jahrhunderts (= Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 69), Dissertation (Frankfurt am Main), Frankfurt am Main 1995.
- Westhoff, Paul (Hrsg.): Verfassungsrecht der deutschen Schule. Beiträge zur Auslegung der Schulartikel der Reichsverfassung vom 11. August 1919, Düsseldorf 1932.
- Wetzel, Michael: Das Schönburgische Amt Hartenstein 1702–1878. Sozialstruktur, Verwaltung, Wirtschaftsprofil (= Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 10), Dissertation (Chemnitz), Leipzig 2004.
- Wiedenfeld, Kurt und Balduin Penndorf: Universität und Handels-Hochschule (= Leipziger Verkehr und Verkehrspolitik, Nr. 7), Leipzig 1927.
- Wirsching, Andreas: Zwischen Leistungsexpansion und Finanzkrise. Kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik, in: Birke, Adolf M. und Magnus Brechtken (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Local Self-Government. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich (= Prinz-Albert-Studien, Bd. 13), München et al. 1996, S. 37–64.

- Wittreck, Fabian: Weimarer Landesverfassungen. Die Verfassungsurkunden der deutschen Freistaaten 1918–1933, Tübingen 2004.
- Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen (= Historische und Pädagogische Studien, Bd. 12), Habilitationsschrift (Kiel), Berlin 1980.
- Wohlfahrt, Erich und Wilhelm Hartnacke: Geist und Torheit auf Primanerbänken. Bericht über die sächsischen Maßnahmen zur Begrenzung des Hochschulzuganges, Radebeul 1934.
- Wohlrab, E. H.: Zum Ausbau der ländlichen Fortbildungsschule mit Rücksicht auf das Handwerk, Leipzig 1908 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13202/3, Bl. 205ff.].
- Wohlrab, E. H.: Weitere Vorschläge zum Ausbau unserer ländlichen Fortbildungsschule mit Rücksicht auf die Ministerialverordnung vom 17. Dezember 1907, Meißen o. J. [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13202/3, Bl. 206ff.].
- Wolff, Georg: Das Reich und die Schule. Vortrag, gehalten auf der Deutschen Lehrerversammlung zu Hamburg am 4. Juni 1925, Berlin 1925.
- Wolff, Georg: Die Schule in der Verfassung des Deutschen Reiches (= Schulpolitische Bücherei, Bd. 15), Langensalza 1919.
- Woelker, Joachim: Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931 (= Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, H. 80), Leipzig 1933.
- Woelker, Konrad: Die Überfüllung der höheren Schulen, der Hochschulen und der akademischen Berufe, in: Amt und Volk, Jg. 4, 1929, H. 2, S. 25-35.
- Woelker, Konrad: Vorbereitendes Gutachten über die Beseitigung des Dualismus im Berufsschulwesen, Dresden 1923, Typoskript [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 13947 a, Bl. 1ff.].
- Woelker, Konrad: Die Verfassung des Freistaates Sachsen (= Juristische Handbibliothek, Bd. 448), Leipzig 1921.
- Wollersheim, Heinz-Werner: Erbbiologische Untiefen der Begabungsdiskussion. Das Beispiel des Dresdner Stadtschulrates Wilhelm Hartnacke zwischen 1919 und 1935, in: Lühr, Hans-Peter (Red.): Zwischen Reform und Restriktion. Sächsische Schulgeschichte im 20. Jahrhundert (= Dresdner Hefte, Jg. 27, H. 97, herausgegeben vom Dresdner Geschichtsverein e. V.), Dresden 2009, S. 44-53.
- Wolter, Andrä: Von der Elitenbildung zur Bildungsexpansion. Zweihundert Jahre Abitur (1788–1988) (= Oldenburger Universitätsreden, Nr. 28), Oldenburg 1989.
- Wothge, Rosemarie et al.: Zur Pädagogik und Schulpolitik der KPD in der Weimarer Republik. Eine Auswahl aus der Zeitung "Der Klassenkampf" (= Erziehung und Gesellschaft. Materialien zur Geschichte der Erziehung), Berlin 1961.
- Wünsche des Sächsischen Fortbildungsschulvereins, ein besonderes Gesetz für das Fortbildungsschulwesen betreffend, Chemnitz 1913 [vorhanden in: SächsHStAD, 10692, Nr. 14974, Bl. 2-3].
- Wünsche des Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner zur gesetzlichen Neugestaltung des gewerblichen Schulwesens. Zusammengestellt vom Gesamtvorstand am 24. Juni 1917, Chemnitz 1917 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 16520, Bl. 17ff.].
- Wünsche und deren Begründungen der Vereinigung der seminarisch vorgebildeten, staatlich geprüften Fachlehrer im Königreich Sachsen, Meerane 1911 [vorhanden in: SächsHStAD, 10692, Nr. 14414, Bl. 167-170].
- Wychgram, Jakob (Hrsg.): Handbuch des Höheren Mädchenschulwesens. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachgenossen, Leipzig 1897.
- Wyduckel, Dieter: Der Verwaltungsaufbau und dasungsverfahren in Sachsen um 1900, in: Reich, Siegfried (Hrsg.): Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum des sächsischen Obergerichtes, München 2002, S. 79-106.
- Wyduckel, Dieter: Die Entwicklung der Staats- und Kommunalverwaltung in Sachsen von 1815 bis 1918, in: Bauer, Hartmut et al. (Hrsg.): 100 Jahre Allgemeines Baugesetz Sachsen, Stuttgart et al. 2000, S. 19-43.
- Wyduckel, Dieter: Die Trennung von Justiz und Verwaltung in Sachsen nach 1831, in: Dresdner Hefte, Jg. 17, 1999, H. 4, S. 21-29.
- Wyduckel, Dieter: Staats- und religionsrechtliche Probleme der sächsisch-polnischen Verbindung, in: Verein für sächsische Landesgeschichte e.V. (Hrsg.): Sachsen und Polen zwischen 1697 und 1765. Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz vom 26. bis 28. Juni 1997 in Dresden (= SAXONIA, Bd. 4/5), Dresden 1998, S. 191-202.

- Wysocki, Josef: Die Kommunalfinanzen in Erzbergers Reformkonzept. Finanzzuweisungen statt eigener Steuern, in: Hansmeyer, Karl-Heinrich (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 36), Stuttgart et al. 1973, S. 35-59.
- Yu, Jinyoung: Die Entwicklung berufsbildender Schulen in Preußen, Sachsen und Württemberg zwischen 1869 und 1914. Ein Vergleich der preußischen, sächsischen und württembergischen Entwicklungen im beruflichen Schulwesen bis zum Ersten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung der Metalltechnik, des Maschinenbaus und der Elektronik, Dissertation Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover 2011, Typoskript.
- Zeitschrift des (Königlich) Sächsischen Statistischen Landesamtes, Dresden 1905–1946.
- Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, Tübingen 1951ff.
- Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen. Organ des Vereins zur Förderung des lateinlosen höheren Schulwesens sowie des Vereins Sächsischer Realschullehrer, Leipzig 1889–1919.
- Zentralblatt (Central-Blatt) für das Deutsche Reich. Herausgegeben im Reichsministerium des Innern, Berlin 1873–1922.
- Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): Die deutsche Schulreform. Ein Handbuch für die Reichsschulkonferenz, Leipzig 1920, unveränderter Nachdruck Vaduz 1987.
- Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen, Leipzig 1920.
- Zieger, Alfred: Schulmeister, Schullehrer, Volkslehrer. Das Werden des Lehrerstandes in Sachsen als Beitrag zu einer Soziologie des Berufsstandes, Langensalza et al. 1932.
- Zieger, Bruno: Der Handelsschulgedanke in Kursachsen im 18. Jahrhundert. Beiträge zu einer Geschichte des Handelsschulwesens, Dresden 1900.
- Ziegler, Adolf: Der Dualismus im kaufmännischen Schulwesen im Freistaat Sachsen, in: Deutsche Handelsschul-Warte, Jg. 11, 1931, Nr. 3, S. 34-47.
- Ziegler, Adolf: Die Wirtschaftsoberschule, in: Dresdner Anzeiger, Jg. 196, 1926, Nr. 69, S. 2.
- Ziegler, Adolf: Die Wirtschaftsoberschule, in: Die höhere Schule im Freistaat Sachsen, Jg. 2, 1924, H. 6, S. 33-34; H. 8, S. 49-50.
- Ziehen, Julius: Der Frankfurter Lehrplan und die Art seiner Verbreitung. Ein Vortrag, gehalten in der Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg am 14. Januar 1905, Leipzig 1905.
- Zimmermann, Hans Kuno: Die Entwicklung der Kircheninspektionen, in: Beiträge zur sächsischen Kirchengeschichte, Jg. 16, 1903, S. 120-209.
- Zur Frage der Wirtschaftsaufbauschule (= Veröffentlichungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Bd. 65), Braunschweig 1926 [vorhanden in: SächsHStAD, 11125, Nr. 18281/1, Bl. 197ff.].
- Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen. Denkschrift des Ministeriums für Volksbildung, Dresden 1926.
- Zur Rechtsstellung der Schul- und Küsterschullehen in Sachsen [Gutachten vom 9. August 1999], in: Campenhausen, Axel Frh. von und Christoph Thiele: Göttinger Gutachten II. Kirchenrechtliche Gutachten in den Jahren 1990-2000 erstattet vom Kirchenrechtlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (= JUS ECCLESIASTICUM, Bd. 69), Tübingen 2002, S. 310-324.
- Zymek, Bernd: Schulen, in: Langewiesche, Dieter und Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 5: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S. 155-208.